

Helmut Halter



Stadt unterm Hakenkreuz

Kommunalpolitik in Regensburg während der NS-Zeit

Helmut Halter / Stadt unterm Hakenkreuz

Regensburger Studien und Quellen zur Kulturgeschichte

1

Herausgegeben von den Museen und dem Archiv der Stadt Regensburg

Universitätsverlag Regensburg – Eine Gründung
der Universität Regensburg und der Mittelbayerischen Zeitung

Helmut Halter

Stadt unterm Hakenkreuz

Kommunalpolitik in Regensburg während der NS-Zeit

Universitätsverlag Regensburg



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 International License. Einzelheiten finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>. Die Creative-Commons-Lizenzbedingungen für die Weiterverwendung gelten nicht für Inhalte (wie Grafiken, Abbildungen, Fotos, Auszüge usw.), die nicht Teil der Open-Access-Publikation sind. Für diese muss unter Umständen eine weitere Genehmigung des Rechteinhabers eingeholt werden. Die Verpflichtung zur Recherche und Klärung der Erlaubnis liegt allein bei der Partei, die das Material weiterverwendet.

Bibliographische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten
sind im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

1. Auflage 1994

© 2024 Universitätsverlag, Regensburg, Leibnizstraße 13, 93055 Regensburg
Printed in Germany

ISBN 978-3-86845-177-1

E-ISBN 978-3-86845-178-8 (PDF)

DOI <https://doi.org/10.61036/3868451771>

Das Buch wird als Open Access veröffentlicht.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlags ist es nicht gestattet, dieses Buch
oder Teile daraus auf fototechnischem oder elektronischem Weg zu vervielfältigen.

Weitere Informationen zum Verlagsprogramm erhalten Sie unter:
www.universitätsverlag-regensburg.de

Die von den Museen und dem Archiv der Stadt Regensburg herausgegebene Reihe „Studien und Quellen zur Geschichte Regensburgs“ verändert im 24. Jahr ihres Bestehens ihren Reihentitel. Gleichzeitig wechselt die Reihe vom Buchverlag der Mittelbayerischen Zeitung in den Universitätsverlag Regensburg, der 1992 von der Mittelbayerischen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH und der Universität Regensburg gegründet wurde. Im Universitätsverlag erscheinen bereits das Forschungsmagazin „Blick in die Wissenschaft“ sowie die Schriftenreihe der Universität Regensburg U.R.

Die bisherige Reihe „Studien und Quellen zur Geschichte Regensburgs“, die sich hauptsächlich mit historischen Themen beschäftigte, besteht seit 1970. Band 1 war der inzwischen längst vergriffene Titel „Geschichte Regensburgs – eine Übersicht nach Sachgebieten“ von Guido Hable. Mit dem 1984 erschienenen Band 2 „Regensburg im Wandel“ von Dieter Albrecht übernahmen die Museen und das Archiv der Stadt Regensburg die Herausgabe der erfolgreichen Reihe, die bis jetzt sieben Bände umfaßt. 1987 wurde parallel dazu noch die Reihe „Studien und Quellen zur Kunstgeschichte Regensburgs“ ins Leben gerufen, in der bis jetzt drei Bände mit kunsthistorischen Themen erschienen sind.

Um jedoch das gesamte Spektrum der Kulturgeschichte der Stadt Regensburg und deren Stellung im allgemeinen kulturhistorischen Entwicklungsprozeß abzudecken, entschlossen sich Verleger und Herausgeber, die beiden Reihen unter dem neuen Titel „Regensburger Studien und Quellen zur Kulturgeschichte“ zusammenzulegen. Daß die Veränderung der Reihe mit dem vorliegenden Band vom Helmut Halter „Stadt unterm Hakenkreuz“ erfolgt, soll auch deutlich machen, daß ein im lokalen oder regionalen Bereich angesiedeltes Thema durchaus überregionales Interesse verdient und auch überregionalen Ansprüchen gerecht werden kann.

Die Titel der neuen Reihe werden in Zukunft über die Deutsche Bibliothek für die internationalen Katalogsysteme erschlossen. Die Vertriebswege des Universitätsverlages sollen dazu beitragen, die Schriftenreihe in wissenschaftlichen Bibliotheken sowie im bundesweiten Universitäts- und Fachbuchsortiment zu verbreiten.

Verlag und Herausgeber

Vorwort

Bei der vorliegenden Untersuchung handelt es sich um die überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die im Sommer 1990 von der Philosophischen Fakultät III der Universität Regensburg angenommen wurde. Betreut hat meine Arbeit Prof. Dr. Dieter Albrecht, dem ich für sein kritisches Interesse, für seine Anregungen und für die Förderung, die er mir zukommen ließ, herzlich danken möchte.

Daß meine Forschungen in dieser Form überhaupt möglich waren, verdanke ich vor allem dem Leiter des Stadtarchivs Regensburg, Dr. Heinrich Wanderwitz, dessen wissenschaftlicher Mitarbeiter ich vier Jahre lang war. Während dieser Zeit gehörte es zu meiner Tätigkeit, die neu aufgefundenen Akten der Stadtverwaltung aus der NS-Zeit zu archivieren, die die wichtigste Quellengrundlage meiner Untersuchung bildeten. Ohne die ungewöhnlich guten Arbeitsbedingungen im Regensburger Stadtarchiv hätte meine Dissertation wohl nicht in begrenzter Zeit fertiggestellt werden können.

Bedanken möchte ich mich schließlich bei meinen ehemaligen Kollegen im Stadtarchiv, vor allem bei Ludwig Hilmer, Gerhard Reindl, Johann Schmuck und Isolde Mayer. Zahlreiche Anregungen erhielt ich aus dem Informationsaustausch insbesondere mit Ludwig Hilmer und Gerhard Reindl, die im Rahmen von Dissertationen Regensburgs Kommunalpolitik in den Jahren 1945-49 bzw. in der Zeit der Weimarer Republik untersuchen. Weitere wichtige Informationen zu Fragen der Rüstungsindustrie und des Zweiten Weltkriegs erhielt ich von Rainer Ehm, zur Geschichte der NSDAP von Erich Zweck, zum Siedlungswesen von Stefan Maier und Gerhard Meier, zum Flugzeugwerk von Peter Schmoll, zur Wehrmacht von Dr. Wolfgang Schmidt, zum Komplex "Zwangssterilisierungen und 'Euthanasie'" von Dr. Clemens Cording sowie zur jüdischen Gemeinde von Martina Langer-Plän. Ihnen allen sei hier ebenso herzlich gedankt wie Nikolaus Braun, Dr. Ludwig Hitzenberger, Manfred Metz, Johann Rösch, Ulrike Scholz, Thomas Shihabi und Manfred Steger für technische Hilfen sowie meinen Eltern, die mich maßgeblich unterstützt haben.

Meiner Frau danke ich für ihr Verständnis und ihre Geduld. Ihr und unseren Kindern widme ich deshalb dieses Buch.

Helmut Halter

Inhalt

Einleitung	15
Erster Teil:	
Die Stadt Regensburg und ihre Verwaltung	19
I. Stadtgebiet und Bevölkerungsentwicklung im Dritten Reich	19
A. Stadtgebiet	19
1. Die Eingemeindungen des Jahres 1938	19
2. Weitere Eingemeindungspläne	23
B. Bevölkerungsentwicklung	25
1. Das Bevölkerungswachstum in den dreißiger Jahren	25
2. Die Bevölkerungsentwicklung im Zweiten Weltkrieg	27
3. Geburten, Eheschließungen und Todesfälle	28
II. Stadtrat und -verwaltung Anfang der dreißiger Jahre	32
A. Die Mehrheitsverhältnisse zu Beginn der dreißiger Jahre	32
B. Die Stadtverwaltung unter Oberbürgermeister Dr. Hipp	34
C. Der Stadtrat	36
D. Die Reichstagswahl am 5.März 1933	38
III. Nationalsozialistische Machtergreifung und -konsolidierung bis Sommer 1933	40
A. Die Entwicklung bis zum 20.März 1933	41
1. Der 9.März 1933	41
2. Die Stadtratssitzung vom 10.März 1933	44
3. Die weitere Entwicklung auf Landesebene	45
4. Die Unterdrückung der Linksparteien	47
B. Der 20.März 1933	48
C. Die Konsolidierungsphase bis zum Sommer 1933	51
1. Erste Maßnahmen	51
2. Die Klärung der Verhältnisse bis zum Sommer 1933	53
3. Einschüchterung der städtischen Bediensteten	58
4. Die Gleichschaltung des öffentlichen Lebens	60
5. Verfolgung politischer Gegner und Gleichschaltung des Stadtrats	63
6. Die beginnende Gleichschaltung der Presse	71

IV. Die Führungsebene der Stadtverwaltung im Dritten Reich	73
A. Die Spitzenbeamten	73
1. Oberbürgermeister Dr. Otto Schottenheim	77
a. Herkunft und Werdegang bis 1933	77
b. Dr.Schottenheim als Oberbürgermeister	79
c. Zur Persönlichkeit Dr. Schottenheims	82
d. Dr. Schottenheims Nachkriegsschicksal	86
2. Bürgermeister Hans Herrmann	87
3. Die übrigen Beigeordneten	92
a. Rechtsrat Max Zwick	92
b. Rechtsrat Richard Ehrhardt	93
c. Die Rechtsräte Dr. Josef Reuß, Dr. Heinrich Sachs und Lorenz Ederer	95
d. Stadtbaurat Philipp Schipper	98
e. Die Stadtschulräte Dr. Andreas Freudenberger und Wolfgang Weigert	99
f. Stadtrat Fritz Reinemer	101
g. Stadtkämmerer Karl Sailer	104
B. Stadtrat bzw. Ratsherrenkollegium	105
1. Der Stadtrat bis 1935	105
2. Die "Vorläufigen Gemeinderäte"	107
3. Die Berufung der Ratsherren im Herbst 1935	109
4. Das Ratsherrenkollegium bis 1945	112

Zweiter Teil:

Stadtverwaltung und NSDAP	117
I. Die NSDAP in Regensburg	117
A. Stadtverwaltung und Gaudienststellen	117
B. Die regionale und lokale Ebene	120
II. Stadtverwaltung und NSDAP 1933-1939	123
A. Die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen im Überblick	123
1. Die Ausgangslage	123
2. Die Deutsche Gemeindeordnung (DGO) von 1935	127
B. Der Einfluß der NSDAP auf das städtische Personalwesen	130
1. Das städtische Personal	130
2. Repressive Maßnahmen	134
3. Unterbringung "Alter Kämpfer"	136

4. Die Beziehungen zur Deutschen Arbeitsfront	138
5. Teilnahme städtischer Bediensteter an NS-Veranstaltungen	140
6. Kriegsvorbereitungen im Personalwesen	141
C. Finanzielle Leistungen für Dienststellen der Partei	144
D. Die Förderung von Parteibauten und -projekten	148
1. Die Parteizentrale	148
2. Die Motor-SA-Schule "Bayerische Ostmark"	153
3. Einrichtungen von NSV und HJ	156
4. Der Plan für eine Thingstätte und weitere Projekte	159
E. Stadtverwaltung und Reichsarbeitsdienst (RAD)	160
F. Stadtverwaltung und Vierjahresplan	163
G. NS-Veranstaltungen	167
1. "Führer"-Besuche	167
2. Weitere Veranstaltungen	170
III. Terror, Anpassung und Widerstand	172
A. Opposition und Anpassung	172
B. Terror	175
C. Betroffene Gruppen und Institutionen	177
1. Die Gleichschaltung der Regensburger Presse	177
2. Die Verfolgung der ehemaligen Linksparteien	181
3. Die Stadtverwaltung und der Terror gegen die Juden	183
4. Die Rolle der Stadtverwaltung im Kirchenkampf	199
5. Terror im Gesundheitswesen: KZ-Einweisung von Alkoholikern, Zwangssterilisierungen und "Euthanasie"	209
D. Die Verschärfung des Terrors unter Kriegsbedingungen	214

Dritter Teil:

Stadtverwaltung, Staatsbehörden und Wehrmacht	217
I. Stadtverwaltung und Staatsaufsicht	217
A. Die Kreis- bzw. Bezirksregierung von Niederbayern und der Oberpfalz	217
B. Der Vollzug der Staatsaufsicht	219
II. Stadtverwaltung und Polizei	222
A. Die Beteiligung an den Kosten der Polizeiverwaltung	223
B. Die Ausweitung der staatlichen Polizeibefugnisse	224

1. Feuerwehr	224
2. Luftschutz	226
3. Meldewesen und weitere polizeiliche Aufgaben	229
C. Städtische Polizeibefugnisse	230
III. Stadtverwaltung und Militär	234
A. Der Ausbau der Wehrmachtseinrichtungen in Regensburg	235
1. Die Standortkommandantur	237
2. Die ersten drei neuen Kasernen	237
3. Weitere Kasernenbauten	241
4. Weitere Wehrmachtsbauten	243
5. Nicht verwirklichte Projekte	245
6. Die Exerzierplatzfrage	248
7. Wohnraumbeschaffung	250
B. Sonstige dienstliche und gesellschaftliche Kontakte zwischen Stadt und Wehrmacht	252

Vierter Teil:

Ausgewählte Schwerpunkte der Kommunalpolitik 255

I. Das städtische Finanzwesen	255
A. Die Finanzwirtschaft der Stadt Regensburg in den dreißiger Jahren	255
1. Die finanzielle Lage zum Zeitpunkt der NS-Machtergreifung	255
2. Der Notetat 1933	260
3. Die Haushaltsentwicklung bis zum Zweiten Weltkrieg	264
a. Die Entwicklung des ordentlichen Haushalts	265
b. Die Entwicklung der Steuereinnahmen	266
c. Die Vermögensentwicklung	268
Exkurs: Erwerbung des Schlosses Regendorf und des Guts Königswiesen	270
d. Außerordentliche Etats und Schuldenentwicklung	273
e. Reinvermögen	275
f. Zusammenfassung	276
4. Die einzelnen Haushaltsjahre	276
B. Die Finanzentwicklung im Zweiten Weltkrieg	284
1. Die Umstellung der Finanzwirtschaft auf die Kriegsverhältnisse	284
2. Die weitere Entwicklung der städtischen Finanzen	286

II. Wirtschaft und Soziales	291
A. Die Ausgangslage 1933	291
1. Wirtschafts- und Sozialstruktur	291
2. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt	293
B. Die Entwicklung bis zum Zweiten Weltkrieg	295
1. Reichs- und Landesprogramme zur Arbeitsbeschaffung	295
2. Städtische Aktivitäten zur Arbeitsbeschaffung	297
a. Der Katalog städtischer Maßnahmen	297
b. Mißerfolge: Konkurse und gescheiterte Ansiedlungsprojekte	301
3. Von der Massenarbeitslosigkeit zur Hochkonjunktur	304
C. Die Ansiedlung von Vierjahresplan-Betrieben	310
1. Das Flugzeugwerk	310
a. Die Vorgeschichte der Betriebsansiedlung	312
b. Der Regensburger Verkehrsflughafen	313
c. Die Aufbauphase	314
d. Die städtischen Leistungen beim Aufbau des Flugzeugwerks	320
e. "Göringheim" und Erweiterung der Schottenheimsiedlung	321
f. Die Baubeschränkungen zugunsten des Flughafenbetriebs	327
g. Der Ausbau des Flugzeugwerks im Zweiten Weltkrieg	328
h. Der Luftangriff vom 17. August 1943 und seine Vorgeschichte	331
i. Verlagerung von Produktionsstätten und weitere Luftangriffe	335
k. Raumfragen und Quartierbeschaffung	339
2. Das Holzverzuckerungswerk	340
a. Werksansiedlung und städtische Leistungen bis 1939	340
b. Werkswohnungsbau	343
c. Die "Südholag" im Zweiten Weltkrieg	344
D. Hafen und Schifffahrt	345
1. Die Ausgangssituation	345
2. Die Entwicklung des Regensburger Hafens in den dreißiger Jahren	348
3. Osthafen-Projekt und Henkel-Ansiedlung	353
4. Die Entwicklung des Hafens im Zweiten Weltkrieg	359
E. Weitere wichtige Entwicklungen im Zweiten Weltkrieg	363
1. Ansiedlungsprojekte neuer Betriebe	363
2. Der Arbeitsmarkt für Deutsche	364
3. Arbeitseinsatz ausländischer Zwangsarbeiter, Kriegsgefangener und KZ-Häftlinge	367
a. Der Beginn des "Ausländereinsatzes" in Regensburg	368
b. Neue Massenlager	370

c. Das Stadtamhofer Außenkommando des KZ Flossenbürg	376
d. Todesopfer unter den in Regensburg eingesetzten Ausländern	378
III. Bauwesen und Verkehr	383
A. Überblick	383
1. Die organisatorischen Grundlagen	383
2. Die Entwicklung der Baukonjunktur in Regensburg	385
3. Zukunftspläne vor Kriegsbeginn	387
4. Stadtplanung in den ersten Kriegsjahren	390
B. Großbauten und Projekte	391
1. Das neue Verwaltungsviertel an Moltkeplatz und Minoritenweg	391
a. Das Ostmarkmuseum	393
b. Der Neubau der Freiwilligen Sanitätskolonne	394
c. Der Neubau der Polizeidirektion	396
d. Der Neubau des Technischen Rathauses	398
e. Arbeitsamts-Neubau und Erweiterung der Kinderklinik	401
f. Das Neubauprojekt der Ortskrankenkasse	403
g. Weitere Neubauprojekte am Minoritenweg	404
h. Die Planung für den Moltkeplatz	405
2. Sonstige größere Baumaßnahmen in der Altstadt	407
a. Der Umbau der Dompost	407
b. "Coppenrath-Haus", "Alte Wache" und "Neue Waag"	409
c. "Verschönerung des Stadtbilds" und Ansätze zur Altstadtsanierung	411
C. Wohnungsmarkt und Wohnraumbeschaffung	413
1. Die Ausgangslage	413
2. Die Entwicklung des Regensburger Wohnungsmarkts 1933 bis 1939	414
3. Die Schottenheim-Siedlung	423
a. Vorläufer	423
b. Motive für den Siedlungsbau in Regensburg	426
c. Siedlungsideologie und Wirklichkeit	428
d. Die Baugeschichte:	
Vorbereitungsphase - Harthof - Flachlberg - Reicher Winkel -	
Zwischenbilanz 1937 - Weitere Siedlungsabschnitte - Zukunfts-	
konzept 1941 - Fortsetzung des Siedlungsbaus im Krieg	431
4. Wohnraumbeschaffung im Zweiten Weltkrieg	450
a. Zukunftsplanung in den ersten Kriegsjahren	450
b. Wohnungsbau im Krieg	452
c. Maßnahmen zur Wohnraumlenkung	455
d. Evakuierung und Umquartierung	456

D. Innerstädtischer Verkehr und Fernverkehr	458
1. Fernverkehr	458
a. Autobahnbau	458
b. Baumaßnahmen der Reichsbahn	461
c. Der Rhein-Main-Donau-Kanal	464
2. Adolf-Hitler- und neue Regenbrücke	468
a. Die Ausgangslage	468
b. Die Planungsphase	469
c. Die Finanzierungsverhandlungen	470
d. Der Brückenbau	473
3. Innerstädtischer Verkehr	476
a. Die Straßenbahn	476
b. Maßnahmen zur Verbesserung des innerstädtischen Verkehrs	480
c. Der Gesamtverkehrsplan aus dem Jahr 1941	481
E. Weitere Tiefbauten und Planungen aus der Kriegszeit	483
1. Parks und Grünanlagen	483
a. Stadtparkerweiterung und Stadthalle	483
b. Die Zwangsöffnung des Dörnbergparks	485
c. Weitere Parks und Grünanlagen	488
2. Kanalisation und wichtige Baumaßnahmen der städtischen Werke	489
a. Kanalisation	490
b. Wasserwerk	490
c. Gas- und Elektrizitätswerk	492
3. Freizeit- und Sportanlagen	493

Fünfter Teil:

Die Stadtverwaltung im Zweiten Weltkrieg	495
--	-----

I. Zentralismus und Selbstverwaltung: Kommunale Entscheidungskompetenz unter Kriegsbedingungen	495
II. Regensburg und die Kriegsergebnisse	498
A. Zukunftsvisionen und Stagnation: Die ersten Kriegsjahre	498
B. Die Luftangriffe ab 1943	500
1. Die drei Luftangriffe auf das Messerschmitt-Werk	500
2. Die Luftangriffe bis Ende 1944	502
3. Die Angriffe der letzten Kriegsmonate	506

C. Luftschutz	509
III. Verwaltung im Krieg	513
A. Neue Aufgaben	514
1. Versorgung der Bevölkerung	515
2. Das Gesundheitswesen	522
3. Das Schulwesen bei Kriegsende	524
4. Die Behebung von Bombardierungsfolgen	526
5. Die städtische Wehrmachtstelle	528
6. Regelung von Entschädigungsansprüchen	528
7. Deckung des "kriegswichtigen Raumbedarfs"	529
8. Verlagerung kriegswichtiger Industrie nach Regensburg	534
B. Verwaltung unter erschwerten Bedingungen	536
IV. Kriegsschäden in Regensburg: Versuch einer Bilanz	547
Zusammenfassung	551
Abkürzungen	557
Quellen und Literatur	561
Personenregister	573

EINLEITUNG

Horst Matzerath hat mit seiner umfassenden Untersuchung zur nationalsozialistischen Kommunalpolitik aus dem Jahr 1970 die seither vorherrschende Meinung geprägt, die Gemeinden seien im Dritten Reich zu reinen Vollzugsorganen von Staat und Partei degradiert worden; von kommunaler Selbstverwaltung könne für diese Epoche nicht mehr die Rede sein¹. Diese Annahme bildete zunächst auch die Arbeitsgrundlage für die vorliegende Untersuchung², jedoch hat sich, wie im einzelnen zu belegen sein wird, gezeigt, daß Matzeraths Kernthese in ihrer Schärfe zumindest für Regensburg nicht zutrifft.

Grundlage dieser Arbeit bilden die Regensburger Bürgermeisterakten aus dem Dritten Reich. Sie sind ebenso wie die meisten Dezernatsakten der Stadtverwaltung, soweit sie nicht bei Kriegsende vernichtet wurden, in der Zentralregistratur des Stadtarchivs Regensburg zugänglich³. Ein Teil davon, vor allem Unterlagen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs, galt bislang als verschollen. Diese Akten wurden 1988 in ungeordneten Beständen der Stadtverwaltung wieder aufgefunden und an das Archiv abgegeben⁴. Neben dem normalen Schriftverkehr des Stadtoberhauptes und seines Stellvertreters finden sich hier zahlreiche persönliche Notizen beider Bürgermeister wie auch der übrigen städtischen Spitzenbeamten. Diesen Informationen kommt deshalb besondere Bedeutung zu, weil hier die Entscheidungsprozesse, die natürlich angesichts einer gleichgeschalteten Presse nicht an die Öffentlichkeit drangen, zwar sehr subjektiv, aber auch umso anschaulicher kommentiert wurden.

Die regelmäßigen Meldungen der Stadtverwaltung an die Kreis- bzw. Bezirksregierung liegen nur teilweise vor. Bis Sommer 1934 handelte es sich um Halbmonats-, von da an um Monatsberichte⁵. Ihr Aufbau war vorgeschrieben und wurde im Lauf der Jahre, etwa nach Kriegsbeginn, mehrfach an die veränderten Bedingungen angepaßt⁶. Dies gilt auch für die sonstigen Berichtarten⁷. Insgesamt geben die offiziellen Berichte der Stadt an die Aufsichtsbehörde nur eine recht willkürliche, sehr knappe Darstellung der Ereignisse und Entwicklungen⁸; auch die Regierungspräsidenten kritisierten verschiedentlich die Dürftigkeit der gemeindlichen Monatsberichte⁹. Als ergiebiger erwiesen sich die vielen - in den neu aufgefundenen Bürgermeisterakten enthaltenen - internen Monatsberichte städtischer Dienststellen, die dem Oberbürgermeister als Grundlage für seine eigenen Meldungen an die Aufsichtsbehörde wie auch für seine regelmäßigen Pressegespräche dienten.

¹ Matzerath (1970) passim; ebd. S.9 ff. zur Schwierigkeit, "Kommunalpolitik" und "Selbstverwaltung" begrifflich zu fassen.

² Vgl. die von Rebentisch (in Engeli/Hofmann/Matzerath 1981) formulierten Desiderate für die Lokalgeschichtsforschung zur NS-Zeit.

³ Zit. "ZR".

⁴ Zit. nach den Kürzeln der Verwaltungsbereiche, etwa "DS" (Direktorialsekretariat), "EWA" (Ernährungs- und Wirtschaftsamt), vgl. Abkürzungsverzeichnis.

⁵ Die HMB vollständig in ZR 3725 b. Zahlreiche Mb bzw. Materialien hierzu ebd. und in ZR 3725 c sowie verstreut in verschiedenen DS-Akten. Irreführend der Titel des Akts ZR 3725 d ("Monatsberichte 1936-1939").

⁶ Einzelheiten in StA 22036 und ZR 3725 b.

⁷ Lage-, Schnell- und Sonderberichte, vgl. Reg.-Anweisung 26.7.1934, ebd. Die Lageberichte waren ab November 1934 nur noch zweimonatlich zu geben, mit ME vom 24.4.1936 wurden sie abgeschafft.

⁸ Abgesehen von seltenen Meldungen über prominenten Besuch enthält die Rubrik "Allgemeine politische Lage" regelmäßig die Standardformel "ohne Neuigkeit".

⁹ Vgl. Rundschreiben 14.1.1935 und 21.2.1940, StA 22036 bzw. DS 544. Weitere Beispiele: ZR 3725 b.

Über die Bürgermeisterakten hinaus wurden sämtliche einschlägigen Bestände des Regensburger Stadtarchivs in die Untersuchung einbezogen. Hier sind vor allem die ebenfalls neu aufgefundenen Protokolle des Ratsherrngremiums¹⁰, die Registraturen einzelner Ämter, die für den hier behandelten Zeitraum fast vollständigen Zeitungsbande, die Foto-, die Plan- und die Zeitungsausschnittsammlung sowie verschiedene Nachlässe zu nennen. Im Einzelfall erwies es sich als notwendig, Materialien einzusehen, die noch bei der Verwaltung selbst verwahrt werden.

Neben den städtischen Akten waren in erheblichem Umfang die Unterlagen der Aufsichtsbehörde, also der Kreis-, ab 1938 Bezirksregierung von Niederbayern und der Oberpfalz heranzuziehen¹¹. Wichtige Vorgänge fanden ihren Niederschlag in deren regelmäßigen Berichten an das bayerische und das Reichsinnenministerium¹² sowie in den entsprechenden Sachakten auf Gau-, Landes- und Reichsebene. Die einschlägigen Unterlagen wurden im Bayerischen Hauptstaatsarchiv München, den Bundesarchiven Koblenz und Freiburg und einigen weiteren Archiven eingesehen. Auf örtlicher Ebene schließlich konnte dank des Entgegenkommens einer Reihe von Behörden und Betrieben deren einschlägiges Material benutzt werden¹³.

Einen Sonderfall stellte die Materialbeschaffung zum Regensburger Flugzeugwerk dar. Wegen der strengen Geheimhaltung, der seine Produktion unterlag, fanden sich in den städtischen Akten nur dürftige Hinweise; die Regensburger Registratur des (staatlichen) Gewerbeaufsichtsamts wurde bei einem Bombenangriff größtenteils zerstört¹⁴. Die Verwaltungsakten der Messerschmitt AG Augsburg und ihrer Regensburger Tochtergesellschaft sind bis auf Fragmente¹⁵ und einige technische Unterlagen¹⁶ vernichtet worden. Andererseits bedeutete die Ansiedlung dieses Werks einen solchen Entwicklungsschub für alle Bereiche der Kommunalpolitik, daß sich weiter ausgreifende Recherchen als erforderlich erwiesen. So waren Materialien amerikanischer Provenienz heranzuziehen, insbesondere die Berichte, die dem "United States Strategic Bombing Survey" (USSBS)¹⁷ als Grundlage gedient haben. Eine weitere wichtige Überlieferung bilden die Akten der US-Militärregierung¹⁸ sowie schließlich einige US-Geheimdienstberichte¹⁹.

¹⁰ Sie liegen bis Ende 1944 vollständig vor, während Ausschuß- bzw. Beiratsprotokolle nur für einige Jahre erhalten sind. Allerdings handelt es sich um Ergebnis-, nicht um Wortprotokolle.

¹¹ Staatsarchiv Amberg. Die letzte Regierungsabgabe (1987) war Anfang 1990 noch nicht endgültig verzeichnet, daher die Zitierweise "1 blau", "2 orange" etc., jeweils ergänzt um die Altsignaturen.

¹² Die RPB im HStAM: MA 106672 (1933-1937), MA 106673 (1938-1940), MA 106674 (Januar 1941 - November 1943) und MA 106696 (Dezember 1943 - März 1945). Die Konzepte für die Lageberichte an das RMdI in StA 22036-22041 und HStAM MA 106691. Vgl. D.Albrechts Vorwort zu "Die kirchliche Lage in Bayern" Bd.I S.VII ff. sowie H.Witetschek: Die bayerischen Regierungspräsidentenberichte 1933-1943 als Geschichtsquelle, Historisches Jahrbuch 87 (1967) S.355-372; W.Ziegler (1973) S.XXIII und S.XLI; Kammerbauer (1981) S.288 ff.

¹³ Dank gebührt den Mitarbeitern der Heil- und Pflgeanstalt Karthaus, der OBAG, der Südzucker AG und der Kalkwerke Funk, die dem Verfasser Einblick in ihre Unterlagen gewährten.

¹⁴ Frdl. Auskunft an den Verfasser.

¹⁵ Imperial War Museum London.

¹⁶ Sammlung des Deutschen Museums München. Das Archiv der Messerschmitt-Bölkow-Blohm AG Ottobrunn verfügt nur noch über Bilanzen und Wirtschaftsprüfungsberichte bis 1943 (frdl. Mitteilung an den Verfasser).

¹⁷ Darunter der "Survey of Messerschmitt Factory and Functions" (1.8.1946), im Text als "Survey" zitiert, der ein Kapitel über das Werk in Rgbg. enthält. Er wurde dem Verfasser als Kopie aus dem Nationalarchiv Washington von Peter Schmoll zur Verfügung gestellt. Nachdruck der 31 wichtigsten Einzelberichte im Jahr 1976, darunter der "Aircraft Industry Report" (USSBS Bd.2, s. Lit.verz.). Zur Entstehungsgeschichte des USSBS vgl. David MacIsaacs Einführung im 1.Band, S.VII-XXIX.

¹⁸ Vgl. allg. James J. Hastings: Die Akten des Office of Military Government for Germany (U.S.), VfZG 24 (1976) S.75-104. Zu den für Rgbg. einschlägigen OMGUS-Akten vgl. Hilmer (passim). Der im Text zitierte "OMGUS-Report" im Nationalarchiv Washington, RG 260-145/1-10.

¹⁹ ADI (K) - Reports, erstellt vom War Department's G-2 (Intelligence) Division, Nationalarchiv Washington, RG 165, Nummern 573/1944, 577/1944 und 607/1944. Auch diese Berichte wurden dem Verfasser von Herrn Schmoll überlassen.

Abschließend sei nochmals darauf hingewiesen, daß gegen Kriegsende Unterlagen vernichtet wurden. Es lassen sich etwa bei den die jüdische Gemeinde betreffenden städtischen Akten beträchtliche Lücken nachweisen, und es gibt Zeugenaussagen über brennende Papierberge kurz vor Kriegsende, so im Hof der Polizeidirektion²⁰.

Dennoch bestand das Hauptproblem für die vorliegende Untersuchung nicht in der Beschaffung, sondern vielmehr in der Aufarbeitung einer erdrückenden Fülle von Material. So stellte sich die Frage nach dem Gesamtkonzept: Sollte eine Abhandlung zur NS-Kommunalpolitik entstehen, dargestellt am Beispiel einer mittelgroßen bayerischen Provinzstadt, oder sollten auch Einzelvorgänge detailliert beschrieben werden, die nur den ortskundigen Leser interessieren dürften ?

Versucht wurde ein Kompromiß: Die ausführliche Darstellung der für die Stadt Regensburg wichtigen Ereignisse und Entwicklungen, eingebettet in den größeren Rahmen der bereits vorliegenden Spezialstudien zur Lokal- und Regionalgeschichte in der NS-Zeit sowie zur nationalsozialistischen Kommunalpolitik im allgemeinen.

²⁰ Vgl. z.B. Manuskript Geyer über seine Erlebnisse in den letzten Kriegstagen, M 619 (Stadtarchiv).

ERSTER TEIL: DIE STADT REGENSBURG UND IHRE VERWALTUNG

I. Stadtgebiet und Bevölkerungsentwicklung im Dritten Reich

A. Stadtgebiet

Regensburg, die "altehrwürdige Donaustadt"²¹, gelegen am nördlichsten Punkt des Flusses in durchschnittlich knapp 340 m Meereshöhe, umfaßte seit den Eingemeindungen von 1924 eine Fläche von 4554 ha²². Durch einige kleinere Grenzveränderungen wuchs die Stadt bis zum Jahr 1933 auf 4631,27 ha²³.

Von diesen 46 km² war nur ein geringer Teil städtischer Eigenbesitz. Dies machte sich in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre schmerzlich bemerkbar, als man Gelände für den Siedlungs- und Wohnungsbau und für die Ansiedlung von Industriebetrieben benötigte. Ziel einer vorausschauenden Stadtplanung mußte es daher sein, Grund auf Vorrat zu erwerben, wenn sich die Gelegenheit bot und die Finanzlage es zuließ. So erklären sich die 1936 wieder aufgenommenen Bemühungen, weitere Vororte einzugemeinden. Dabei erzielte die Stadt allerdings nur einen Teilerfolg: Am 1.4.1938 wurden im Westen und Südwesten die drei Nachbargemeinden Großprüfening, Dechbetten und Ziegetsdorf eingegliedert, mit denen es auch schon 1924 Verhandlungen gegeben hatte. Die viel weiter ausgreifenden Pläne des Jahres 1939 mußten nach Beginn des Zweiten Weltkriegs zurückgestellt werden und sind teils bis heute nicht verwirklicht.

1. Die Eingemeindungen des Jahres 1938²⁴

Ausgelöst wurden die Eingemeindungen des Jahres 1938 durch die Ansiedlung des Flugzeugwerks im Stadtwesten zwei Jahre zuvor. Denn die mit dem Flughafenbetrieb verbundenen Baubeschränkungen entzogen ein großes, altstadtnahes Gebiet - vermeintlich auf Dauer - der Bebauung, während man angesichts des sprunghaften Bevölkerungszuwachses dringend Siedlungs- und Wohnbaugelände benötigte. Zudem gingen immer häufiger Anfragen ansiedlungswilliger Betriebe nach geeigneten Grundstücken ein.

²¹ Titel eines Fremdenverkehrs-Werbefilms aus dem Jahr 1926.

²² Damals waren sieben nördlich der Donau gelegene Kommunen eingemeindet worden: Stadtamhof, Steinweg, Reinhausen, Weichs, Schwabelweis, Sallern und Winzer; vgl. Reindl S.30.

²³ Vgl. ZRa 13772 zum Grenzstreit mit der Nachbargemeinde Barbing, der zum 1.10.1932 vom MIInn zugunsten der Stadt entschieden wurde. Abmarkungsverzeichnisse in ZR E 61-70.

²⁴ Vgl. allg. ZR 10046 und ZRa 13737-13749.

Die Deutsche Gemeindeordnung von 1935 bot die Rechtsgrundlage für die Eingemeindungen. Dort war - entgegen der vorgeblichen Großstadtfeindschaft des Nationalsozialismus - die Veränderung von Gemeindegrenzen wesentlich erleichtert worden: Allein das "öffentliche Wohl" sollte entscheiden²⁵. Dies weckte die Begehrlichkeit vieler deutscher Städte so sehr, daß Reichsinnenminister Frick einschränkende Richtlinien erlassen mußte; er wies auf die Gefahren einer zu weitreichenden Verstädterung hin²⁶.

In Regensburg entsprachen die Verhältnisse Fricks strengen Kriterien nur mit Einschränkungen: Ein enger baulicher Zusammenhalt mit dem Stadtgebiet war bei keiner der drei Gemeinden gegeben, und sie waren alle auch allein lebensfähig²⁷. Nachdem Frick angeordnet hatte, Stadterweiterungen "auf Grund von Planungen (...), deren Verwirklichung nicht in greifbare Nähe gerückt ist", besonders kritisch zu würdigen, hätte die Kreisregierung von Niederbayern und der Oberpfalz die Pläne der Regensburger Stadtverwaltung wohl ablehnen müssen. Dennoch setzte Oberbürgermeister Schottenheim das Eingemeindungsverfahren am 18.7.1936, unmittelbar nach der Standortentscheidung des Flugzeugwerks, in Gang²⁸ und unterrichtete auch Gauinspekteur Ganninger als "Beauftragten der NSDAP" entsprechend: "Die Entwicklung der Stadt Regensburg nach Westen und nach Süden in Verbindung mit der neu zu errichtenden Flugzeugfabrik und der damit in Verbindung stehenden großen Arbeitersiedlung verlangt die Eingemeindung obengenannter Gemeinden."²⁹

Regierungspräsident Holzschuher unterstützte die Stadt in ihren Plänen. Mit seiner entsprechenden Erklärung begaben sich Schottenheim und Theo Croneiß, der Betriebsführer des künftigen Flugzeugwerks, zu Innenminister Wagner, dem "starken Mann" im Land; er solle "die Wege zu Epp öffnen" - zum Reichsstatthalter in Bayern³⁰. Wagner und die Reichsstatthalterei signalisierten Zustimmung³¹, Schottenheim und sein Sachbearbeiter, Rechtsrat Zwick, konnten sich ihrer Sache bereits sicher sein: "Die Bürgermeister der 3 Gemeinden werden bei der Regierung vorgeladen. Ihr Nein spielt aber keine Rolle."³² Und auch die Bedenken anderer Stellen, etwa der Kreisbauernschaft, wurden vom Tisch gewischt.

Erst im August 1936 unterrichtete Schottenheim seine Ratsherren, die früheren Stadträte, über den Eingemeindungsantrag. Selbstverständlich stimmten sie nachträglich zu - ein Beispiel für den Ablauf der Entscheidungsprozesse; bei einer so zentralen Frage wie der Vergrößerung des Stadtgebiets wären die Ratsherren natürlich vorher zu hören gewesen³³. Die Gemeinderäte von Großprüfening, Dechbetten und Ziegetsdorf lehnten dagegen den bevorstehenden Verlust ihrer Selbständigkeit einhellig ab, da er nur Nachteile für die Einwohner mit sich bringe³⁴. Der Versuch, ihre Auflösung zu verhindern, war allerdings längst zum Schei-

²⁵ §§ 13 und 14 DGO, vgl. "Amtliche Begründung" 2, DRuPrStA 31.1.1935. Verhandlungen der beteiligten Gemeinden blieben zulässig, mußten aber vorab der Aufsichtsbehörde gemeldet werden, die auch die Leitung übernehmen konnte.

²⁶ Richtlinien 2.12.1935, Abdruck in ZRa 13757. Vgl. zur Kompetenzverteilung auch die Entschließung des MInn vom 9.7.1936, Abdruck in ZRa 13737. Allg. zur Eingemeindungspolitik im Dritten Reich Matzerath (1970) S.335 ff.

²⁷ Sch. bezeichnete sie als die "Rosinen" aus dem Bezirk (Notiz 9.9.1936, DS 552).

²⁸ Antrag 18.7.1936, ZRa 13745 und StA (1987) 1 blau 119 = 4029 c.

²⁹ Sch. an Ganninger, 22.8.1936, DS 552. Gedacht war zunächst an Siedlungen in Großprüfening.

³⁰ Notiz Sch., 28.7.1936, ebd., vgl. Reg. an Reichsstatthalter, 28.7.1936, StA (1987) 1 blau 119 = 4029 c.

³¹ Vermerk Sch., 30.7.1936, DS 552. Tags darauf genehmigte Epp die Einleitung der Verhandlungen (Mitteilung des MInn, 5.8.1936, ZRa 13745 und StA <1987> 1 blau 119 = 4029c).

³² Vermerk Sch., 24.8.1936, DS 552.

³³ § 55 DGO, vgl. Rh-Prot. 20.8.1936.

³⁴ Ablehnungsbeschlüsse September 1936 in ZR 11342, vgl. auch Gemeinderats-Prot. Großprüfening 1. und 19.9.1936 sowie Ziegetsdorf 6. und 19.9.1936 (Stadtarchiv, Bestand "Prüfening" 2 bzw. "Ziegetsdorf" 1).

tern verurteilt: Ohne inhaltliche Begründung lehnte das Innenministerium eine entsprechende Eingabe³⁵ ab, da den Gemeinden in diesem Verfahren keine Parteistellung zukomme³⁶.

In den folgenden Detailgesprächen mit den drei Gemeinden hatte die Stadt also leichtes Spiel³⁷. Schien dabei auch dem Oberbürgermeister das gegenseitige Mißtrauen allmählich zu schwinden³⁸, so machte sich doch wohl eher Resignation bei den drei Bürgermeistern breit. Denn große Harmonie herrschte nicht zwischen den Beteiligten: Von seiten der Stadt hieß es, kostenintensive Maßnahmen für die Wasserversorgung, im Straßen- und Wegebau oder zur Erweiterung der Schulhäuser seien nur deshalb erforderlich, weil die Gemeinden in der Vergangenheit ihre Aufgaben vernachlässigt hätten; nun bräuchten sie sich nicht zu beschweren, wenn ihnen höhere Steuern bevorstünden³⁹. - Zu klären blieb zudem die Vertretung der Vororte im Ratsherrenkollegium. Jedem von ihnen sicherte man dort einen Sitz zu, doch sollte es noch lange Jahre dauern, bis dieses Versprechen - und nur für kurze Zeit - eingelöst wurde.

Der zunächst angestrebte Eingemeindungstermin, der 1.10.1937, konnte infolge der schlep-
penden Behandlung der Angelegenheit durch Kreisregierung, Innenministerium und Reichs-
statthalterei nicht eingehalten werden⁴⁰. Erst Ende 1937 verfügte Epp die Eingemeindung
zum 1.4.1938⁴¹. Letzte Streitpunkte legte man Anfang März 1938 bei⁴², es kam in den drei
Gemeinden zu "Abschiedsveranstaltungen"⁴³, und schließlich konnte die Eingemeindung mit
einem Festakt im Reichssaal vollzogen werden.

Großprüfening⁴⁴

In Großprüfening⁴⁵ lebten zu dieser Zeit auf einer Fläche von 233 ha 950 Menschen, rund 150 davon in der neuen Siedlung der katholischen Liga-Bank (Ligasträße). Die Gemeinde hatte knapp 10000 RM Barvermögen, sie besaß ein Feuer- und ein Armenhaus sowie eine zentrale Wasserleitung, und auch die Kanalisation war schon teilweise durchgeführt. Die öffentliche

³⁵ Eingabe 30.9.1936, ZR 10046, 11342 und StA (1987) 1 blau 119 = 4029 c.

³⁶ Den drei Gemeinden bekanntgegeben am 5.11.1936, Abschrift: ZR 10046 und 11342. Selbst das Bezirks-, heute Landratsamt hatte letztlich die Eingemeindung befürwortet (12.10.1936 an Reg., ZR 11342 und StA <1987> 1 blau 119 = 4029 c. Vgl. Gemeinderats-Prot. Großprüfening vom gleichen Tag, ZR 10046).

³⁷ Vgl. Vermerk zur Besprechung mit Kreisleiter Weigert, den drei Bürgermeistern und ihren Politischen Leitern, 5.10.1936, DS 552. Die Verhandlungen aus Sicht der Reg. samt ihrem Abschlußbericht an das MInn, 8.10.1937, in StA (1987) 1 blau 119 = 4029 c.

³⁸ Notiz 5.10.1936, DS 552.

³⁹ Schlußbericht Stadt an Reg., 17.6.1937, ZRa 13749. Einladung an den Bürgermeister von Dechbetten zu einem klärenden Gespräch in ZR 10292.

⁴⁰ Vgl. Sch.s laufende Notizen, DS 552. Schlußbericht der Stadt, 17.6.1937, in ZRa 13749.

⁴¹ Epp an Stadt (23.12.1937, ZRa 13745), an die Reg. (StA 1987 1 blau 119 = 4029 c) und an die drei Bürgermeister (Abschrift ZR 10046 und 11342).

⁴² Notiz Sch. 3.1.1938, DS 552, wonach der Stadt in finanzieller Hinsicht mehr zugesprochen worden war als erwartet. Die Einzelheiten in ZRa 13745, 13748 und StA (1987) 1 blau 119 = 4029 c, vgl. auch Rh-Prot. 8.4.1938. Zum Inkrafttreten des Rgbg.er Ortsrechts: Note Sachs', 24.9.1938, ZR 19849, vgl. Wbl 30.9.1938. Zur späteren Frage von Entschädigungsansprüchen zwischen Stadt und Bezirk: ZRa 13750.

⁴³ Einzelheiten in ZRa 13746-13749, vgl. auch PSt 500 sowie BA und BOM 11.1.1938. Zur Eingemeindungszereemonie: BOM 2.-3.4.1938.

⁴⁴ Beschreibung der drei Gemeinden nach ZR 10040, 10046, ZRa 13745-13749 und StA (1987) 1 blau 119 = 4029c (mit Wirtschaftsplan). Zur Haushalts- und Kassenlage ZR 11080-11105. Vgl. Visitationsbericht des Bezirksamts 30.12.1935, ZR 10045.

⁴⁵ Zum folgenden neben den in Anm.44 genannten Materialien ZR 10293 f. und Bestand "Prüfening" (Stadtarchiv) passim. Zum Wohnungswesen ZR 5108. Haupt- und weitere Gemeindegesetzungen sowie Gemeinderats-Prot. in ZR 10294.

Fürsorge unterstützte drei Familien. In der gemeindeeigenen Schule unterrichtete eine Lehrkraft 86 Kinder. Das Gebäude mußte dringend erweitert werden; die Achtkläßler besuchten, wie in allen drei Vororten, städtische Schulen⁴⁶.

Die Wirtschaftsstruktur Großprüfenings war geprägt von 35 Acker- und Gartenbaubetrieben, allerdings machten Arbeiter der Dechbettener Ziegelei und der dortigen Maschinenfabrik etwa die Hälfte der Bevölkerung aus. Außerdem besaßen verschiedene wohlhabende Regensburger hier Villen und Landhäuser. In politischer Hinsicht⁴⁷ hatte sich früher der hohe Arbeiteranteil bemerkbar gemacht; noch bei der Reichstagswahl vom 5.3.1933 waren 50 Stimmen auf die KPD, 31 auf die SPD entfallen. Dennoch dominierte auch hier die BVP mit 144 Stimmen, die damit die NSDAP (125) hinter sich gelassen hatte. Selbst bei der Reichstagswahl vom 12.11.1933 blieben noch 20 Stimmzettel leer. Bürgermeister von Großprüfening war seit 1929 der Landwirt Otto Röhl, dem seit Sommer 1933 der Oberlehrer a.D. und Ortsgruppenleiter der NSDAP Anton Filchner zur Seite stand. Er galt bei der Kreisleitung der NSDAP als besonders gewissenhafter Politischer Leiter⁴⁸. Der Gemeinderat setzte sich nach seiner Gleichschaltung am 22.4.1933 für einige Monate aus je vier BVP- und NSDAP-Vertretern zusammen, selbst 1936 war noch einer der - nunmehr sechs - Gemeinderäte nicht Mitglied der NSDAP⁴⁹.

Dechbetten⁵⁰

Die größte und am dünnsten besiedelte der drei Gemeinden war Dechbetten mit einer Fläche von 290 ha und 473 Einwohnern. Auch hier gab es eine - allerdings sanierungsbedürftige - Gemeindeschule. Der Ort war ebensowenig kanalisiert wie Ziegetsdorf, doch bestand schon eine zentrale Wasserleitung. Für ihre Einrichtung hatte man sich erheblich verschulden müssen; die noch bestehende Restbelastung von gut 40000 RM ging auf die Stadt über. Zwanzig Gewerbebetriebe gab es in Dechbetten, darunter die bedeutende Ziegelei Mayer & Reinhardt KG, die 1937 allein fast 12000 RM Gewerbesteuer abgeführt hatte, und die "Bayerische Maschinenfabrik Schlageter"⁵¹. Bürgermeister von Dechbetten blieb auch nach 1933 der Bauer Georg Schropp, dem zwei Beigeordnete und sechs Gemeinderäte zur Seite standen⁵².

Ziegetsdorf

Ziegetsdorf war mit 52 ha der kleinste der eingemeindeten Vororte. Das Dorf hatte 509 Einwohner, 81 Häuser und 17 Gewerbebetriebe, 40 % der werktätigen Bevölkerung waren Arbeiter⁵³. Das Barvermögen, der gemeindliche Grundbesitz, aber auch die Fürsorgelasten waren gering, lediglich das Feuer- und das Armenhaus gehörten der Gemeinde⁵⁴. Daneben besaß auch Ziegetsdorf eine Volksschule mit einem Lehrer für 50 Kinder. Zum Zeitpunkt der Ein-

⁴⁶ Lt. Mb Bauamt 30.4.1938 (DS 694) war die Schulhauserweiterung abgeschlossen.

⁴⁷ Stadtarchiv, Bestand "Prüfening" 5 und Prot. 1925-1933. Zu früheren Wahlergebnissen: Bestand "Prüfening" 19.

⁴⁸ Kreisleitung an stellv. Gauleiter 10.12.1937, StA (NSDAP) 20.

⁴⁹ Die Hauptsatzung der Gemeinde vom 12.6.1935 sah einen Beigeordneten und sechs Gemeinderäte vor, vgl. "Prüfening" 15. Weitere Einzelheiten in ZR 10293 f.

⁵⁰ Vgl. ZR 10292.

⁵¹ Einzelheiten zum Kassenwesen in Stadtarchiv: Bestand "Dechbetten" 9. Hier auch die Prot. des Gemeinderats 1928-1934.

⁵² Hauptsatzung 12.6.1935 in ZR 10292. Wahlergebnisse bis 1936 in ZR 10307.

⁵³ Bericht des Bezirksamts 12.10.1936, ZRa 13745.

⁵⁴ Vgl. ZR 5109 zum Bauwesen in Ziegetsdorf bis 1935.

gemeindung bestand, wie erwähnt, noch keine Kanalisation. Die Wasserversorgung erfolgte durch Brunnen, die teils mangelhaftes Wasser lieferten.

Die Gleichschaltung hatte nicht zur Absetzung des amtierenden Bürgermeisters Herrmann geführt. Sein Stellvertreter wurde allerdings der Ortsgruppenleiter der NSDAP, Johann Spangler⁵⁵. Im Herbst 1934 erregte der Ziegetsdorfer Pfarrer Dr. Georg Thalmayr mit einer Predigt großes Aufsehen; er wurde von einem Hauptwachtmeister der Gendarmeriestation der "versteckten Hetze" bezichtigt. Zwar zeigten sich die früheren, bei der Gleichschaltung verdrängten Dorfhonoratioren verärgert, doch Hilflosigkeit und Borniertheit auf seiten der Gendarmen wurden aufgewogen durch ihre Macht, so daß den aufgebrachten Meinungsführern, vorwiegend Bauern, nur Hohn und Ironie blieben - gepaart allerdings mit Angst. Das Ergebnis war kennzeichnend für die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf den Dörfern: Es kehrte "Ruhe" ein, Ziegetsdorf und Pentling erhielten einen neuen Kirchenvorstand, und die katholisch-konservativen Kreise hielten sich mit ihrer Kritik zunehmend zurück, nachdem ihnen klargemacht worden war, daß sie bei öffentlichem Aufbegehren mit "Schutzhaft" zu rechnen hatten⁵⁶.

Durch die Eingemeindung der drei Ortschaften wuchs Regensburg um 575 auf nunmehr 5219 ha⁵⁷, erreichte damit im Westen die natürliche Grenze der Donau und umfaßte nun auch in vollem Umfang die Besitzungen des kurz zuvor von der Stadt erworbenen Guts Königswiesen. Die Einwohnerzahl stieg um über 1900 auf rund 86000. Das Vermögen, das die drei Orte einbrachten, betrug 320000 RM und bestand überwiegend aus Grundbesitz, an Schulden waren dagegen nur 40000 RM zu übernehmen⁵⁸.

Nachdem alle Feierlichkeiten vorüber waren, ließ das Interesse der Stadt Regensburg an ihren Neuerwerbungen deutlich nach⁵⁹. Immerhin übernahm das städtische Wasserwerk die Versorgung der drei Vororte, und das Bauamt begann bzw. vollendete einige der versprochenen Arbeiten, etwa die Pflasterung der Ortsdurchfahrten von Dechbetten und Großprüfening⁶⁰, gemeinsam mit dem Landesamt für Denkmalpflege die Instandsetzung der St. Anna-Kapelle in Großprüfening⁶¹ und auch die Erweiterung der dortigen Schule⁶².

2. Weitere Eingemeindungspläne⁶³

Während der Verhandlungen über die Eingemeindung der drei genannten Vororte hatte es Pläne, teils auch schon Gespräche mit anderen Nachbarorten gegeben, die einer erheblich weiterreichenden Vergrößerung des Stadtgebiets galten. Zwar forcierte man dieses Projekt zunächst noch nicht, doch 1939 gewann es allmählich Konturen⁶⁴. Konkret richtete sich die

⁵⁵ Vgl. ZR 10304 und Stadtarchiv: Bestand "Ziegetsdorf" 1.

⁵⁶ Der Vorgang in ZR 8978. Ordinariat an Bezirksamt 3.6.1935, wonach ein neuer Kirchenvorstand berufen sei, ZR 8977.

⁵⁷ Das Amtliche Gemeindeverzeichnis für Bayern nach der Volkszählung und dem Gebietsstand vom 17. Mai 1939 (hg. vom Statistischen Landesamt) meldete zwar 5225 ha, doch findet sich sonst zumeist die wohl korrekte Zahl von 5218,738 ha, vgl. z.B. Fragebogen Stand 30.6.1941, DS 538.

⁵⁸ Rh-Prot. 8.4.1938.

⁵⁹ Klagen und Beschwerden über gestiegene Steuern und fehlende Ansprechpartner im Ratsherren-Kollegium, v.a. aus Ziegetsdorf, in ZRa 13745.

⁶⁰ Vgl. Mb Tiefbauamt, DS 562.

⁶¹ Mb Bauamt Juli 1938, DS 847, vgl. auch ZR 8969.

⁶² PSt 506, Pressegespräch 3.5.1938.

⁶³ Zur Vorgeschichte in den zwanziger Jahren: ZRa 13751-13756.

⁶⁴ Bericht H., vgl. Rh-Prot. 24.3.1939, sowie Sch. an Reg., 14.4.1939, ZRa 13757.

Begehrlichkeit der Stadt auf Burgweinting und Kareth, aus dem Gebiet von Barbing auf die Flur Irl, den nördlich der Donau gelegenen Teil von Tegernheim und aus Oppersdorf auf die gesamte Steuergemeinde Lappersdorf. Dies hätte eine Vergrößerung um 3000 ha und einen Bevölkerungszuwachs von rund 3700 Personen bedeutet.

Die Eingliederung Irls hing mit den schon in den zwanziger Jahren projektierten Osthafenplänen zusammen, deren Verwirklichung nun greifbar nahe schien. Die gesamte Flur Irl, wo die Stadt bereits in großem Umfang Gelände erworben hatte, war als Gelände für ansiedlungswillige, auf einen Wasseranschluß angewiesene Betriebe vorgesehen. Industriegelände schaffen wollte man auch in Burgweinting, bis zu dessen Grenze sich die neuen Wehrmachtsbauten ausdehnten; ihre Erweiterung wäre zwangsläufig außerhalb des Stadtgebiets erfolgt. Der Ostbahnhof mit seinen Nebenanlagen lag bereits auf Burgweintinger Gebiet, dieser Bereich wäre also für Industrieansiedlungen ebenfalls besonders wertvoll geworden. Die Eignung des Westteils von Tegernheim für Industriezwecke hatte sich bei der Standortwahl des Holzverzuckerungswerks gezeigt, dessen Betriebsgelände sich bis auf das Gebiet der Gemeinde erstreckte. Für die Nachbargrundstücke gab es schon verschiedene Interessenten, darunter die IG Farben mit einer geplanten Bleitetraethylanlage. Außerdem war Tegernheim ein gesuchtes Wohngebiet für die Beschäftigten der Schwabelweiser Großbetriebe, so daß die Gemeinde ihren dörflichen Charakter weitgehend verloren hatte. Überlegungen zur Wohnraumbeschaffung sprachen auch für die Eingliederung Kareths und Lappersdorfs, die man 1924 noch für verfrüht gehalten hatte. Denn durch die starke Siedlungstätigkeit Regensburger Bürger war der "bauliche Zusammenhang" mit Kareth bereits gegeben, und in beiden Gemeinden sollten nun Siedlungsbauten ausgeführt werden.

Hinter den Expansionsbestrebungen stand also der Mangel an Gelände für Wohnbauten und Industrieansiedlungen. Als immer schmerzlicher empfand man die Baubeschränkungen, die den Stadtwesten in seiner Entwicklung behinderten, während für die Ansiedlung neuer Betriebe nur der Stadtosten und -südosten in Frage kamen; häufig mußte man zu dieser Zeit bereits ansiedlungswillige Firmen auf später vertrösten. Aufgrund dieser Überlegungen ordnete Schottenheim am 24.3.1939 die Einleitung konkreter Verhandlungen an⁶⁵. Gegenüber der Bezirksregierung begründete er die "unabweisbare Notwendigkeit" neuer Eingemeindungen mit dem starken Wachstum der Stadt seit 1933, verwies auf die "jüngsten politischen Ereignisse, die zur Erweiterung des deutschen Lebensraums nach Osten führten", und sprach die "ungeahnten Entwicklungsmöglichkeiten" an, die sich daraus künftig für Regensburg ergäben. Einer Verwaltung, die hier nicht rechtzeitig die erforderlichen Schritte ergreife, könne der Vorwurf mangelnder Voraussicht später nicht erspart bleiben⁶⁶.

Der Landrat zeigte sich im Prinzip einverstanden mit den Eingemeindungen, der Kreisbauernführer protestierte scharf⁶⁷. Mit Kriegsbeginn erledigte sich die Angelegenheit dann von selbst, denn nach den Anweisungen des Reichsinnenministeriums waren sämtliche Arbeiten einzustellen, die der Veränderung von Gemeindegrenzen dienten; Ausnahmen waren nur aus kriegswichtigen Gründen zulässig⁶⁸. So schnell mochte Schottenheim zwar nicht aufgeben; mit der kriegsbedingten Dringlichkeit des Osthafens, dessen Bau bevorstehe, und der Bleitetraethylanlage, die in engem Zusammenhang mit dem Holzverzuckerungswerk arbeiten sollte, untermauerte er um die Jahreswende 1939/40 seinen Antrag⁶⁹. Selbst mit der "derzeitigen"

⁶⁵ Rh-Prot. 24.3.1939.

⁶⁶ Begleitbericht zum Antrag vom 14.4.1939, ZRa 13757 und StA (1987) I blau 119 = 4029 c. Hiernach auch die Einzelbegründungen für die Eingemeindungswünsche.

⁶⁷ Die Einzelheiten in StA (1987) I blau 119 = 4029 c.

⁶⁸ RdErl zur Vereinfachung der Verwaltung 30.8.1939, RMBliv S.1811, vgl. auch DurchfVO zur KriegswirtschaftsVO 26.9.1939, GVBl S.277. Allg. zur Rechtslage StA (1987) I blau 62 = 4007 a.

⁶⁹ Berichte an die Reg., 23.11.1939 und 3.2.1940, ZRa 13757.

Ablehnung der Eingemeindungspläne durch das Innenministerium im März 1940⁷⁰ gab er sich noch nicht zufrieden und versuchte in der Folgezeit noch mehrfach, das Eingemeindungsverfahren in Gang zu setzen. Erst Verhandlungen Bürgermeister Herrmanns mit der Reichsstatthalterei ergaben, daß die Anträge auf Kriegsdauer keine Erfolgsaussicht hatten.⁷¹

Während des Dritten Reichs sind die genannten Orte nicht mehr eingemeindet worden. Nach Kriegsende sollte es noch Jahrzehnte dauern, bis zumindest die Erweiterung des Stadtgebiets nach Osten und Süden gelang; Kareth, Lappersdorf und Tegernheim haben ihre Selbständigkeit bis heute bewahrt.

B. Bevölkerungsentwicklung

1. Das Bevölkerungswachstum in den dreißiger Jahren

Durch die Zuzüge nach dem Ersten Weltkrieg und mit den Eingemeindungen von 1924 war Regensburgs Bevölkerungszahl auf 75000 gestiegen⁷². Anhand der An- und Abmeldungen schrieb das Einwohneramt sie bis zum 31.12.1932 auf 84329 fort⁷³. Noch der städtische Haushaltsplan 1933/34⁷⁴ nahm eine Bevölkerungszahl in ähnlicher Höhe an, jedoch erwies sich die Fortschreibung als sehr ungenau; vor allem die polizeiliche Abmeldung scheint bei Wegzügen häufig unterlassen worden zu sein. Die Volkszählung vom 16.6.1933 ergab für Regensburg eine Zahl von nur 81106 Einwohnern⁷⁵. Sie taucht in den amtlichen Unterlagen ebenso häufig auf wie leicht abweichende Angaben⁷⁶, so daß man sich mit der Feststellung zufrieden geben muß, daß Regensburg zu Beginn der nationalsozialistischen Zeit mit rund 81000 Einwohnern noch weit vom Status einer Großstadt entfernt war. Rund drei Viertel der Gesamtbevölkerung wohnten in der Altstadt und den Stadtteilen südlich der Donau, rund 20000 Menschen in den Gebieten nördlich des Flusses, davon jeweils die Hälfte westlich und östlich des Regens.

21647 Haushalte bestanden zum Zeitpunkt der Volkszählung, davon 19582 Familien-, 1992 Einzel- und 73 Anstaltshaushalte. Knapp die Hälfte der Familienhaushalte bestand aus drei bis vier, jeweils rund ein Viertel aus zwei bzw. aus fünf und mehr Personen⁷⁷. Der durchschnittliche Familienhaushalt umfaßte 3,77 Personen⁷⁸. In der Altstadt, wo teils noch fast

⁷⁰ ME 20.3.1940, ZRa 13757 und StA (1987) 1 blau 119 = 4029 c.

⁷¹ Bericht an die Reg., 26.6.1940, ebd. Noch 1941 führte Sch. die Eingemeindungen als wichtiges Nachkriegsprojekt auf und behielt sich vor, zumindest den auf Irl bezogenen Antrag zu erneuern, sobald mit dem Bau des Osthafens begonnen werde (Programmrede DS 523 und ZR 3723).

⁷² Ergebnis der Volkszählung 1925 lt. Zeitschrift des Statistischen Landesamtes 57 (1925) S.356: 74391 Einwohner; lt. ZR 19554: 75786 Einwohner als amtliches Endergebnis; lt. Revisionsbericht des Bayerischen Prüfungsverbands: 76948 (PAM 534).

⁷³ Fragebogen für eine Darlehensaufnahme, ZR 11310.

⁷⁴ Beschlossen 29.5. und 13.6.1933. Die Haushaltspläne liegen im Stadtarchiv Rgbg. vor.

⁷⁵ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 53 (1934) S.10.

⁷⁶ Häufigstgenannte Alternative: 81171. Abweichungen u.a. in PÜW 7, ZR 11311, 11332, ZRa 12739, 18151 und Statistischem Jahrbuch Deutscher Gemeinden 1933 (1935).

⁷⁷ 1-2 Personen: 24,9 %, 3-4 Personen: 48,6 %, 5 und mehr Personen: 26,5 % (alle Zahlen lt. Statistischem Jahrbuch der deutschen Gemeinden 1935).

⁷⁸ Lt. Statistischem Jahrbuch für das Deutsche Reich 53 (1934) S.15 geringfügig höhere Zahl von Haushalten, daher nur 3,70 Personen pro Haushalt.

mittelalterliche Wohnverhältnisse herrschten, war die Bevölkerungsdichte extrem hoch. Die Wohnungsnot mag dazu beigetragen haben, daß 1931 bis 1934 jeweils die Abmeldungen aus der Stadt die Zahl der Zuzüge übertrafen⁷⁹. Der Wanderungsverlust überzog sogar den Geburtenüberschuß; bis 1934 setzte sich der seit 1931 beobachtete leichte Rückgang der Einwohnerzahl fort, erst ab 1935 gab es wieder Bevölkerungszuwächse nicht nur durch Geburtenüberschuß, sondern auch durch Zuzüge⁸⁰.

Übereinstimmend belegen alle Quellen für die Jahre 1937 und dann vor allem 1938 und 1939 ein sprunghaftes Wachstum der Einwohnerzahl. Dabei spielten der Geburtenüberschuß und die Eingemeindungen vom 1.4.1938, die allein einen Zuwachs von gut 1900 Neubürgern brachten, eine geringere Rolle als der Wanderungsgewinn. Das Flugzeugwerk und die vielen Großbaustellen im Stadtgebiet lockten zahlreiche Arbeitskräfte mit ihren Familien an, sich in Regensburg niederzulassen.

Bevölkerungsentwicklung in den dreißiger Jahren ⁸¹			
Jahresende	Einwohner	Veränderung	Zuzug/Abwanderung
1932	81919		
1933	81359	- 560	- 812
1934	81330	- 29	- 452
1935	82218	+ 888	+ 626
1936	82749	+ 531	+ 79
1937	84465	+ 1716	+ 1327
1938	88677	+ 4212	+ 2682
1939	97969	+ 9292	

Die Volkszählung vom 16.5.1939 zeigte, zu welchem ungenauen Ergebnissen die Fortschreibung der Bevölkerungszahl erneut geführt hatte. Zu diesem Stichdatum hatte Regensburg eine Wohnbevölkerung von knapp 96000⁸², und es erscheint kaum vorstellbar, daß die Stadt allein in den wenigen Monaten seit Jahresende 1938 rund 7000 Neubürger gewonnen haben soll⁸³. Auch die Zahl der Haushalte hatte sich seit 1933 bedeutend vermehrt, von 21647 auf 26052 - ein Beleg für die starke Neubautätigkeit in den vorangegangenen Jahren. Vor allem die Zahl der Haushalte mit fünf und mehr Personen hatte deutlich abgenommen, was wohl so interpretiert werden muß, daß es gelungen war, überfüllten Wohnraum zu lichten. Dafür spricht auch der Rückgang der Durchschnittsgröße aller Familienhaushalte von 3,77 auf 3,53 Personen. Bemerkenswert ist schließlich, daß anders als noch um die Jahrhundertwende

⁷⁹ Namensliste der seit 1900 ausgewanderten Regensburger, "soweit diese Anschriften zu ermitteln waren", in EMA 501.

⁸⁰ Jährliche Berichte zum Wohnraum an MWi, PÜW 7. Neu stationierte Wehrmachtseinheiten wurden bis 1941 nur zur Aufenthalts-, nicht zur Wohnbevölkerung gezählt, was für manche Abweichung verantwortlich sein mag, vgl. DS 531-542.

⁸¹ Jeweils Jahresende. Quelle: Standesamtsberichte, ergänzt durch Meldungen des Einwohneramts, DS 531-542, sowie Unterlagen aus ZR 17089, 17092 und PÜW 7. Abweichungen u.a. in ZR 11316, ZRa 13464, 13745, 13757 und Akt "Statistik allg." (Registratur des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik).

⁸² Vgl. ZR 19556 sowie Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden (1941) und Beiträge zur Statistik Bayerns Bd.127 (= Amtliches Gemeindeverzeichnis für Bayern nach der Volkszählung und dem Gebietsstand vom 17.Mai 1939).

⁸³ Aufenthaltsbevölkerung lt. Statistischem Landesamt: 97924 (Mb 29.6.1939, DS 667 und 847). Die Differenz zur Wohnbevölkerung stimmt nicht mit der tatsächlichen Garnisonsstärke von rund 5000 Mann überein.

bereits über die Hälfte aller Haushalte nur noch drei bis vier Personen umfaßte, im Regelfall also die typische Kleinfamilie⁸⁴.

2. Die Bevölkerungsentwicklung im Zweiten Weltkrieg

Seit Kriegsbeginn war bei allen Einwohnerzahlen große Vorsicht geboten, denn im Zuge der nun einsetzenden Bevölkerungsbewegungen stieg die Fluktuation bedeutend. So befanden sich beispielsweise Ende Oktober 1939 rund 900 "Rückgeführte" aus Polen, also deutschstämmige Flüchtlinge, in Regensburg - immerhin knapp 1 % der Stammeinwohnerschaft⁸⁵. Gegen die "Bergung" aus den bedrohten westlichen Grenzgebieten des Reichs wehrte sich Schottenheim denn auch mit dem Hinweis auf die längst überbelegte Stadt⁸⁶. Trotzdem war ab 1940 ein weiterer, "außerordentlich starker Zuzug von Arbeitskräften für die kriegswichtigen Betriebe (Messerschmitt GmbH, Holzverzuckerungswerke AG und Schiffswerften)" zu beobachten, der die ohnehin schon katastrophale Wohnungsnot in Regensburg zusätzlich verschärfte⁸⁷ und zur Entstehung ausgedehnter Barackensiedlungen führte.

1939	97969
1940	99706 ⁸⁹
1941	101593
1942	100309 ⁹⁰
1943	100849 ⁹¹

Hätte man zu den für Ende 1939 errechneten 97969 Einwohnern das Militärpersonal hinzugezählt, so wäre die Schwelle zur Großstadt längst überschritten gewesen, wie Schottenheim gegenüber der Presse betonte⁹². Selbst ein Jahr später war allerdings die "Schallgrenze" allein mit der ständigen Bevölkerung noch nicht erreicht, die Einreihung in die Ortsklasse A⁹³ ließ noch auf sich warten. Erst am 15.8.1941 bestätigte das Statistische Landesamt die Fortschreibungszahlen⁹⁴, und Ende 1941 konnte Schottenheim an Reichsstatthalter und Gauleiter voller Stolz über die "erfreuliche Entwicklung Regensburgs zur Großstadt" berichten. Als

⁸⁴ Alle Zahlen: Statistisches Jahrbuch der deutschen Gemeinden 1941.

⁸⁵ Zwick an Wehrwirtschaftsbezirk XIII, 23.10.1939, ZR 394.

⁸⁶ Vgl. RPB 9.10.1939.

⁸⁷ Vermerk H., 24.2.1941, DS 779.

⁸⁸ Wie Anm.81, vgl. auch BA 5.2.1941 und Distler S.44.

⁸⁹ DS 538 bzw. ZRa 13328. Fortschreibung zum 1.4.1940 (lt.Haushaltsplan) 98122, zum 30.6.1940 98667 Einwohner (ZRa 13141).

⁹⁰ Die Nachkriegsstatistik (s.Anm.81) meldet nur 99908 Einwohner, während Reinemer dem Braunschweigischen Innenministerium eine Zahl von 105000 Einwohnern nannte (10.2.1943, ZRa 13184).

⁹¹ Die "Statistische Abteilung" (s.Anm.81) meldete für Ende 1943 101662 Einwohner.

⁹² BA 26.1.1940.

⁹³ Gesetz zur Anpassung des Ortsklassenverzeichnisses an die veränderten Verhältnisse, 24.5.1940, RGBI I S.811. Die Einstufung in Ortsklasse A brachte eine Reihe von Veränderungen mit sich, von der Beamtenbesoldung über die Einstufung der Bürgermeister und Beigeordneten bis zur Bemessung von Wohngeldzuschüssen.

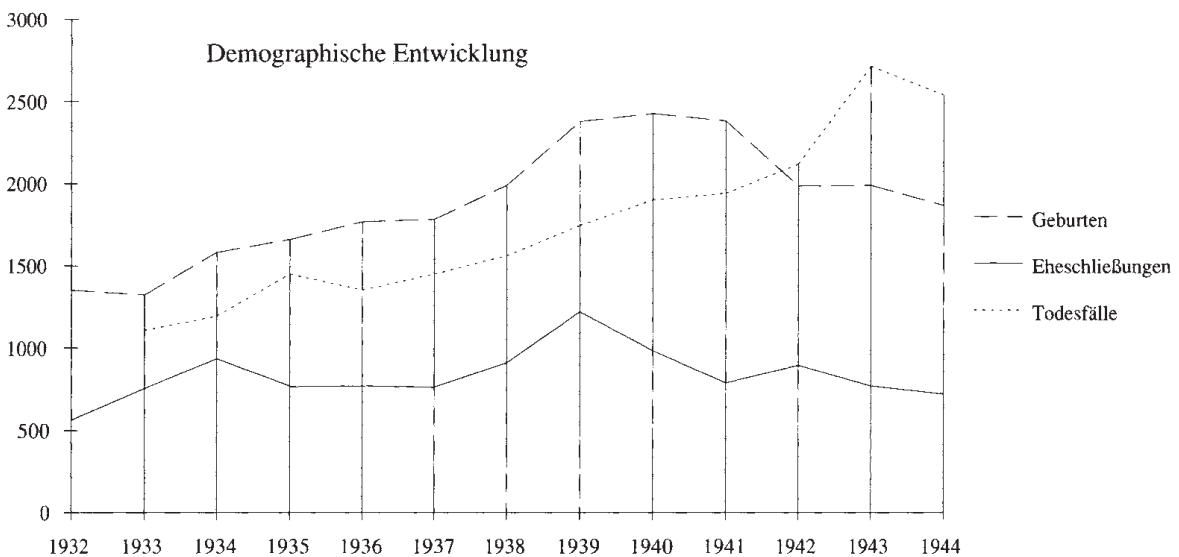
⁹⁴ ZRa 13141. Die Stadt rechnete mit einem Wachstum von rund 1000 Personen pro Quartal, davon 160 durch Geburtenüberschuß, 840 durch Wanderungsgewinn.

Stichtag gab er den 1.1.1941 an und beantragte rückwirkend zu diesem Datum die Höherstufung⁹⁵, wirksam wurde die offizielle Erklärung Regensburgs zur Großstadt allerdings erst zum 1.4.1942⁹⁶ - zu einer Zeit, als die Einwohnerzahl bereits stagnierte. 1942 und 1943 blieb die 100000er-Grenze nur ganz knapp überschritten; dennoch rechnete Schottenheim "trotz der Auswanderung nach dem Osten" mit weiterem Wachstum⁹⁷.

Für 1944 und 1945 sind exakte Angaben nicht möglich. Zu stark waren zu dieser Zeit die Bevölkerungsbewegungen: Regensburger Familien wurden evakuiert, dafür strömten durch das Kriegsgeschehen Angehörige der unterschiedlichsten Gruppen in die Stadt. Wenn daher die Nachkriegsstatistik für 1.1.1945 eine Einwohnerzahl von 102536, für 1.1.1946 eine solche von 130106 meldet⁹⁸, so sind diese Angaben mit größter Vorsicht zu verwenden. Beispielsweise taucht an anderer Stelle für das Jahr 1946 eine Einwohnerzahl von nur 108604 auf⁹⁹. Erst die Volkszählung vom 13.9.1950 erbrachte wieder klare Verhältnisse: Zu diesem Zeitpunkt hatte Regensburg 116996 Einwohner.

3. Geburten, Eheschließungen und Todesfälle

Die Zahl der Geburten in Regensburg¹⁰⁰ war letztmals 1918 hinter der der Todesfälle zurückgeblieben. Danach verzeichnete man bis 1941 alljährlich einen Geburtenüberschuß, erst dann überwogen wieder die Sterbefälle. Der Überschuß wies 1926 (+ 502) und 1928 (+ 557) zwei Höhepunkte auf, die erst 1939 und 1940 nochmals übertroffen wurden. In den Jahren dazwischen zeigte sich, daß die Entwicklung der Geburtenziffer als Indiz für die wirtschaftliche Lage oder zumindest für deren Einschätzung durch die Bevölkerung dienen kann.



⁹⁵ 2.12.1941 an Reichsstatthalter und Gauleiter bzw. Antrag an das RFM, 20.4.1942, ebd.

⁹⁶ Reichshaushalts- und Besoldungsblatt 14, 6.7.1942.

⁹⁷ Rh-Prot. 19.12.1941.

⁹⁸ Akt der "Statistischen Abteilung", s.Anm.81. Nähere Aufschlüsse sind von der Arbeit von Hilmer zu erwarten, s. Vorwort.

⁹⁹ Bericht des bayerischen Prüfungsverbands öffentlicher Kassen (1951), ZRa 13261.

¹⁰⁰ Die folgenden Angaben aus den Jb. der beiden Standesämter, DS 531-542. Laufende Mb über die Bevölkerungsbewegung ab 1938/39 in DS 530. Ab 1944 sind die Zahlen nicht mehr gesichert, sie entstammen, nachdem kein Gesamtbericht vorliegt, verschiedenen Unterlagen in DS 542, teils mußten sie errechnet werden.

Geburtenentwicklung ¹⁰¹			
	Lebendgeburten	auf je 1000 Einwohner	Überschuß bzw. Minderung
1932	1351	?	+ 156
1933	1324	16,59	+ 244
1934	1581	19,95	+ 422
1935	1659	20,83	+ 264
1936	1766	22,05	+ 466
1937	1781	21,76	+ 379
1938	1989	23,79	+ 458
1939	2377	26,37	+ 681
1940	2425	25,06	+ 583
1941	2382	24,33	+ 490
1942	1983	20,24	- 95
1943	1989	20,22	- 680
1944	1865	?	- 632
I-III 1945	408	?	?

Seinen absoluten Tiefstand erreichte der Geburtenüberschuß nach jahrelangem Rückgang 1932. Schulärztin Dr. Schlegl merkte an, daß nun Hunger und Not auch in der Unterschicht die Neigung zur Kleinfamilie durchgesetzt hätten. Über 70 % der Erstkläßler litten an Rachitis, die Zahl der bei den Krankenkassen Versicherten hatte infolge der Arbeitslosigkeit stark abgenommen¹⁰².

Nach der NS-Machtergreifung kehrte sich die sinkende Tendenz beim Geburtenüberschuß um. Schon 1934 war wieder ein Stand erreicht, wie er in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre normal gewesen war. Dieser Umschwung ließ sich auf die stark gestiegene Zahl der Eheschließungen zurückführen: Ehestandsdarlehen, repressive Maßnahmen gegen Doppelverdiener und Auswirkungen der NS-Mutterschaftsideologie machten sich gleichermaßen bemerkbar.

Die folgenden Jahre brachten - bei allerdings zeitweise zunehmender Säuglingssterblichkeit - regelmäßig deutliche Geburtenüberschüsse¹⁰³. Die absolute Rekordzahl von über 2400 Geburten im Jahr 1940 beruhte auf der außergewöhnlichen Zahl von Kriegstraungen. 1941 gab es nochmals einen hohen Geburtenüberschuß, bevor sich die vielen Kriegsoffer auch in dieser Statistik niederschlugen. 1942 blieben die Geburten erstmals leicht, 1943 und 1944 dann deutlich hinter den Sterbefällen zurück, und auch im ersten Quartal 1945 hielt diese Entwicklung an.

¹⁰¹ Wie vorige Anm.

¹⁰² Schulärztlicher Jb. 1932/33, ZRa 12603.

¹⁰³ Zu unehelichen Geburten und der im Krieg steigenden Zahl von Amtsvormundschaften: Jugendamtsbericht 1939-1943, PAM 540. Danach waren Vaterschaftsprozesse von zweijähriger Dauer die Regel, nachdem es sich häufig um "Soldaten mit ständigem Truppenteilwechsel" handelte und Blutgruppenvergleiche kaum noch angestellt wurden, weil die hiermit befaßten Ärzte zum Wehrdienst eingezogen waren.

Seit der Inflationszeit war in Regensburg eine deutliche Zunahme der Eheschließungen zu beobachten (1920: 709, 1923: 445, 1928: 650), bis auch hier die Wirtschaftskrise einen neuerlichen Einbruch bewirkte.

Eheschliessungen in Regensburg ¹⁰⁴					
1932	561	1937	762	1942	892
1933	753	1938	909	1943	770
1934	933	1939	1221	1944	721
1935	767	1940	984		
1936	769	1941	789		

Nach der Einführung der Ehestandsdarlehen im Sommer 1933, die Teil des Versuchs waren, Frauen vom Arbeitsmarkt zu verdrängen¹⁰⁵, nahm die Zahl der Eheschließungen sprunghaft zu¹⁰⁶. Mit diesen Darlehen und der Hoffnung vieler junger Männer, durch eine Heirat der erwarteten Arbeitsdienst- und der Wehrpflicht zu entgehen, begründete das Standesamt auch die Rekordzahl an Ehen, die 1934 geschlossen wurden¹⁰⁷. Für die konstant hohe Zahl an Eheschließungen ab 1935/36 hatte man ebenfalls eine einleuchtende Erklärung: Sie sei durch die "Ehefreudigkeit" verursacht, die die Garnisonsvermehrung mit sich gebracht habe. Tatsächlich befanden sich unter den Heiratswilligen der folgenden Jahre regelmäßig zahlreiche Wehrmuchsangehörige. Mit den vielen Kriegstraungen der Jahre 1939 und 1940 wurde die Rekordzahl des Jahres 1934 nochmals übertroffen. "Ferntraungen", wie sie eine Wehrmuchsverordnung Ende 1939 ermöglichte, waren dagegen bei den Regensburgern nicht beliebt, und auch nur in wenigen Einzelfällen kam es zu nachträglichen Traungen gefallener Soldaten, wie sie seit Anfang 1942 möglich waren¹⁰⁸. Dennoch blieb die Zahl der Eheschließungen bis 1944 auf hohem Niveau konstant.

Die Zahl der Sterbefälle¹⁰⁹ einschließlich der Totgeburten betrug seit den zwanziger Jahren alljährlich rund 1100-1200. Erst in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre nahm sie in Abhängigkeit vom allgemeinen Wachstum der Einwohnerzahl, aber auch aufgrund von Grippe- und Diphtherieepidemien zu. 1938-40 stieg die Säuglingssterblichkeit infolge zunehmender Rachitis rapide an¹¹⁰. Allerdings verfälschten die vielen ortsfremden, vor allem aus dem Landkreis stammenden Erwachsenen und Säuglinge, die in den Regensburger Krankenhäusern verstarben, die Daten nach oben¹¹¹. Dennoch hielt Schottenheim die Schaffung von Mütter- und Säuglingsheimen in Zusammenarbeit mit der NSV für dringend erforderlich, nachdem die Säuglingssterblichkeit - wie allerdings auch die Geburtenrate - den Reichsdurchschnitt um ein Vielfaches überstieg¹¹².

¹⁰⁴ Wie Anm.100.

¹⁰⁵ Gesetz zur Förderung der Eheschließungen 1.6.1933, RGBI I S.323.

¹⁰⁶ 1933 gingen 257, 1934: 214, 1935: 206 Anträge auf Ehestandsdarlehen ein, vgl. Bericht Wohlfahrtsamt 31.10.1936, DS 696; vgl. auch BA und BOw 5.1.1934.

¹⁰⁷ DS 532.

¹⁰⁸ Jb. der Standesämter, DS 531-542. Hier auch Unterlagen zum Stand der Eheleute, der Konfessionsverteilung etc.

¹⁰⁹ Wie Anm.100.

¹¹⁰ Einzelheiten in ZR 20556, vgl. auch Rückblick im 1.Halbjahresbericht 1941 zur Säuglingsfürsorge, GES 503.

¹¹¹ Genaue Zahlen zu den Verstorbenen aus der Stadt selbst in den Standesamtsberichten DS 531 ff.

¹¹² Programmrede 1941, DS 523.

Sterbefälle in Regensburg ¹¹³				
	Summe einschl. Totgeburten	Ortsfremde	Kinder unter 1 Jahr	Säuglings- sterblichkeit
1933	1108	150	193	14,58
1934	1194	?	185	11,70
1935	1445	230	238	15,26
1936	1353	230	227	12,85
1937	1449	264	226	12,69
1938	1558	270	319	16,04
1939	1745	385	406	17,08
1940	1898	437	417	17,20
1941	1943	507	347	14,57
1942	2119	519	251	12,66
1943	2712	630	313	15,74
1944	2540	?	271	14,53

Seit Kriegsbeginn wirkten sich die hier beurkundeten Todesfälle Regensburger Wehrmichtsangehöriger auf die Statistik aus, in größerem Umfang natürlich erst ab 1942¹¹⁴. Die Extremzahl von über 2700 Todesfällen im Jahr 1943 war vor allem auf die Opfer des Luftangriffs auf das Messerschmitt-Werk am 17.8.1943 und eine Reihe von Todesfällen unter den nach Regensburg evakuierten Hamburgern zurückzuführen, doch auch 1944 blieb die Ziffer erschreckend hoch.

In der Statistik der Kriegsjahre¹¹⁵ wurde nach normalen Todesfällen, den von der zentralen Wehrmichtsankunftstelle gemeldeten Gefallenen, gestorbenen Kriegsgefangenen und Luftkriegsopfern differenziert. 1941 verzeichnete die Stadtverwaltung 76 verstorbene "Krieger" aus Regensburg, 1942 waren es angeblich 347, 1943 466, 1944 358 und für das ganze Jahr 1945 244-252. Demnach sind in diesem Zeitraum also knapp 1500 Einwohner der Stadt Regensburg gefallen. Diese Zahl erscheint zu niedrig, folgt man den sonstigen Unterlagen, selbst solchen der Standesämter¹¹⁶. Hinzuzurechnen sind auf jeden Fall die nach Kriegsende, etwa in Gefangenschaft oder an Verwundungen gestorbenen Soldaten sowie die Vermissten. So berichtete die Lokalpresse unter Berufung auf die beim Standes- bzw. beim Einwohnermeldeamt geführten Register Anfang der fünfziger Jahre von 2888 gefallenen und 2090 vermissten Bürgern der Stadt¹¹⁷.

Für Regensburg selbst meldeten die Standesämter von 1943 bis 1945 996 Bombenopfer. Diese Zahl ist, wie im Zusammenhang mit den Kriegereignissen in Regensburg zu zeigen

¹¹³ Wie Anm.100.

¹¹⁴ Vgl. Jugendamtsbericht 1939-1943, PAM 540, wonach auch die Zahl der betreuten Waisen ständig stieg (1939: 2804; 1941: 3040; 1943: 3450).

¹¹⁵ DS 539-542 bzw. (für 1945) DS 129, vgl. auch die Kriegsgräberlisten DS 543, die den Zeitraum bis Oktober 1944 umfassen.

¹¹⁶ Vgl. die umfangreichen Listen in ZRa 12137a, wonach evtl. schon Ende 1944 mindestens 1442 Regensburger gefallen waren, während Ergänzungslisten erst für den 1.4.1945 zufällig genau dieselbe Zahl an Gefallenen ergaben.

¹¹⁷ TA 15.-16.11.1952.

sein wird, deutlich zu niedrig angesetzt, was am Beurkundungsverfahren gelegen haben mag. Die zusammenfassende Analyse des sonstigen Quellenmaterials ergibt eine Zahl von vermutlich rund 1100-1150 Luftkriegsopfern in Regensburg, darunter wohl etwa 130 Ausländern.

Die Zahl der von den Standesämtern beurkundeten Todesfälle unter den in Regensburg eingesetzten Kriegsgefangenen ergibt ein völlig falsches Bild. 1941 sollen es 44 gewesen sein, während die Unterlagen des Bestattungsamts für dieses Jahr allein mindestens 179 tote Sowjetsoldaten nachweisen. Wie noch zu belegen sein wird, dürfte die Zahl der in Regensburg gestorbenen bzw. getöteten Kriegsgefangenen und ausländischen Zwangsarbeiter rund 1000 betragen haben.

Zusammengenommen ergeben diese mit aller Vorsicht zu betrachtenden Zahlen eine Summe von rund 7000 in- und ausländischen Einwohnern aller Kategorien, die dem Kriegsgeschehen zum Opfer gefallen sind.

*II. Stadtrat und -verwaltung Anfang der dreißiger Jahre*¹¹⁸

Wie überall in Deutschland setzte auch in Regensburg im späten 19. Jahrhundert ein Modernisierungsschub ein¹¹⁹. Grundlegende Errungenschaften wie die Verbesserung der Wasserversorgung und Kanalisation, der Bau neuer Schulen, erster Straßenbahnlinien und eines Elektrizitätswerks verbinden sich dabei mit dem Namen des langjährigen Bürgermeisters Oskar (von) Stobaeus, Stadtoberhaupt von 1868 bis 1903. Allerdings wurde der überwiegend liberalen, protestantisch-bildungsbürgerlich geprägten Stadtspitze auch vorgeworfen, sie habe zu wenig für die Industrieansiedlung und damit für die Schaffung von Arbeitsplätzen getan, um das Erstarken einer potentiell linksorientierten Arbeiterschaft zu verhindern und das alteingesessene Gewerbe vor lästiger Konkurrenz zu schützen. Tatsächlich war die Sozialstruktur der Stadt Regensburg zu Beginn der dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts stark von Handel und Dienstleistungen geprägt, während größere Industriebetriebe völlig fehlten.

Stobaeus' Amtsnachfolger führten die Modernisierungspolitik weiter, für die dann der Erste Weltkrieg einen tiefen Einschnitt bedeutete. Die Einstellung ziviler Baumaßnahmen auf mehr als vier Jahre brachte Belastungen mit sich, die nach Kriegsende für die Stadtverwaltung eine schwere Hypothek darstellten - verschärft durch die ohnehin schwierigen Verhältnisse nach der Revolution und dem Friedensvertrag sowie durch den Zuzug vieler Auswärtiger in die Stadt. So hat sich Regensburg von dem hier entstandenen Wohnungsmangel trotz phasenweise sehr intensiver Neubautätigkeit jahrzehntelang nicht mehr erholt.

A. Die Mehrheitsverhältnisse zu Beginn der dreißiger Jahre

Dominierende politische Kraft in Regensburg, wie während der Weimarer Zeit fast überall in Bayern¹²⁰, war die "Bayerische Volkspartei" (BVP), die Partei des politischen Katholizis-

¹¹⁸ Das vorliegende Kapitel beschränkt sich angesichts der bevorstehenden Arbeit von G.Reindl (s. Vorwort) auf die wesentlichsten Daten. Vgl. vorläufig Reindl passim und Finke/Pohl bes. S.41 ff. Überblick und neuere Lit. bei Kurt G. A. Jeserich, zum bayerischen Verwaltungsaufbau vgl. Frotscher und Volkert in DVG S.112-137 (hier S.125 f.) bzw. S.558-567.

¹¹⁹ Grundlegend Albrecht (1984) passim.

¹²⁰ Vgl. allg. BNS I (1977) S.493 und Domröse S.21 ff.

mus¹²¹. Sie verfügte landesweit über einen stabilen Wählerstamm und stellte fast überall die Bürgermeister, so auch in München, Augsburg oder Würzburg. Regensburg spielte eine besondere Rolle für die Partei: In dem (1924 eingemeindeten) Vorort Reinhausen war die Partei nach dem Ersten Weltkrieg gegründet worden; hier wohnte Bayerns Ministerpräsident Heinrich Held; und hier erschien auch die wichtigste BVP-Zeitung, der katholisch orientierte, bayerisch-föderalistische "Regensburger Anzeiger" - das Sprachrohr Helds, der als Schwiegersohn des Verlegers Josef Habel zugleich Hauptgesellschafter des Zeitungsverlags war.

Die Reichstagswahlergebnisse in Regensburg ¹²²				
	1928	1930	1932/I	1932/II
Stimmberechtigte	49446	51297	52336	53949
Wahlbeteiligung (%)	75,9	81,6	82,0	79,4
BVP	16521	16893	19233	19647
SPD	9171	9427	8430	8383
DDP/DStP	3224	2474	697	684
DNVP	2207	1043	896	1665
NSDAP	1505	6659	8545	7263
KPD	1114	2569	3879	3868
DVP	830	379	249	309
Sonstige	2271	2114	677	614

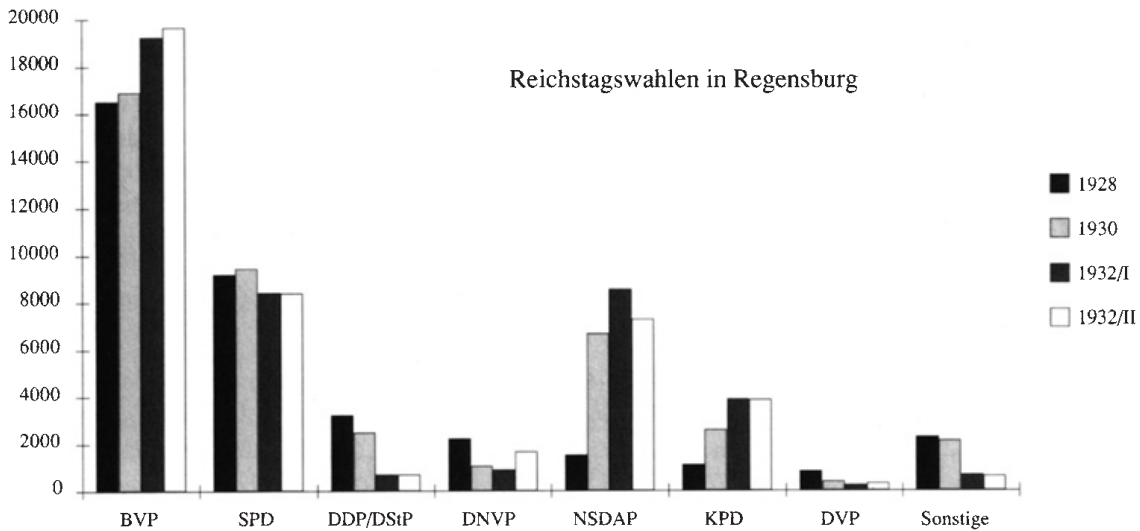
Die BVP lag in der Wählergunst immer deutlich vor der SPD, die dennoch in Regensburg für ostbayerische Verhältnisse über eine erstaunlich starke Position verfügte¹²³. Gegenüber diesen beiden großen Parteien, die Anfang der dreißiger Jahre zusammen 21 der 30 Sitze im Regensburger Stadtrat besetzten - und sich auch angesichts der Krise nicht mehr so scharf bekämpften wie früher -, spielten die übrigen politischen Parteien, selbst die ehemals starken Liberalen, nur eine untergeordnete Rolle. Dies gilt auch für die radikalen Gruppen: Weder KPD noch NSDAP vermochten in Regensburg vor 1933, den Status vergleichsweise harmloser Außenseiter zu überwinden¹²⁴.

¹²¹ Vgl. allg. Bachfischer und Schönhoven.

¹²² Zusammengestellt aus ZR 7724, 8011-8012, 8021-8025, 10351-10360 und 10374. Zu den beiden Reichspräsidenten-Wahlgängen 1932: ZR 8035, 10356 und 10359.

¹²³ Vgl. Raab passim, W.Kick S.71 ff. und Reindl S.23 ff.

¹²⁴ Zur Rgbg.er KPD in der Weimarer Zeit: W.Kick S.103 ff.



B. Die Stadtverwaltung unter Oberbürgermeister Dr. Hipp

Auch in Regensburg stellte die BVP mit Dr. Otto Hipp¹²⁵ das Stadtoberhaupt. Jahrgang 1885, hatte er in München Jura und Nationalökonomie studiert und 1911 promoviert. Bis zu seiner Einberufung zum Kriegsdienst arbeitete er als Rechtsanwalt, unmittelbar nach Kriegsende berief ihn der Regensburger Stadtrat zum Rechtsrat, ab September 1919 schließlich zum Zweiten Bürgermeister. Als Kandidat der BVP wurde er am 28.11.1920 von der Bevölkerung zum Ersten Bürgermeister gewählt; die Staatsregierung verlieh ihm 1922 den Ehrentitel "Oberbürgermeister".

Für seine Verwaltungsführung galt, ausdrücklich formuliert seit der Gemeindeordnung von 1869 und erneut hervorgehoben in der Bayerischen Gemeindeordnung von 1927¹²⁶, das Universalitätsprinzip, d.h. das Recht der Gemeinden, ihre Aktivitäten auf alle Bereiche der örtlichen Verwaltung auszudehnen, die nicht ausdrücklich übergeordneten Behörden vorbehalten waren¹²⁷. Neben den übertragenen Aufgaben, etwa dem Betrieb der Volksschulen, konnte sie also freiwillige Leistungen im Dienst ihrer Bürger übernehmen, und bei einer Stadt der Größe Regensburgs war dies in erheblichem Maß der Fall: Sie unterhielt höhere Schulen, Ver- und Entsorgungsbetriebe, eine Straßenbahn, Freizeiteinrichtungen wie zeitweise ein Theater und vieles mehr.

Generell prägten ein Zuwachs an Aufgaben und in seiner Folge eine zunehmende Bürokratisierung die Kommunalpolitik in den zwanziger Jahren, wobei der wachsenden Bedeutung des Beamtenapparats insbesondere im Finanzwesen der Verlust wichtiger Hoheitsrechte und eine verschärfte Staatsaufsicht gegenüberstanden. In der Wirtschaftskrise zum Ende des Jahrzehnts geriet die Selbstverwaltung in eine ernste Krise; die hohen Folgekosten der Arbeitslosigkeit engten den Spielraum der Kommunen so sehr ein, daß von einer eigenständigen, gestaltenden Politik kaum mehr die Rede sein konnte¹²⁸.

¹²⁵ Hipp hat in der Kommunalpolitik nach 1933 keine Rolle mehr gespielt; seine Person wird im Mittelpunkt der Arbeit von G.Reindl stehen. Kurzbiographie bei Albrecht (1984) S.218 Anm.16, vgl. auch den Abschiedsartikel für Hipp RA 26.5.1933 sowie MZ 14.11.1985.

¹²⁶ GVB1 S.293, vgl. Engeli/Haus S.606 ff.

¹²⁷ Zur Gefährdung kommunaler Selbstverwaltung in der Weimarer Zeit vgl. Matzerath (1970) S.21 ff.

¹²⁸ Vgl. allg. Matzerath (1970) S.31 f. und S.325 ff. Überblick zu sozial- und gesundheitspol. Maßnahmen unter Hipp (Krankenhausbau, Rgbg.er Hilfswerk etc.) bei Reindl (1989) S.25 f.

Hipps Status als Oberbürgermeister war auch nach der noch nicht vom "Führer-Grundsatz" geprägten Bayerischen Gemeindeordnung von 1927 außerordentlich stark. Er führte den Vorsitz im Stadtrat, vertrat die Kommune nach außen, konnte die Geschäftsverteilung innerhalb der Verwaltung vornehmen und, wenn die Umstände es erforderten, auch ohne Mitwirkung des Stadtrats "dringende Anordnungen" erlassen - eine Möglichkeit, von der die neu eingesetzten NS-Bürgermeister in der zweiten Jahreshälfte 1933 vielfach Gebrauch machten, als allerorten die Gemeinderäte nicht funktionsfähig waren. Hipps Jahresbezüge betrug Anfang 1933 rund 20000 RM¹²⁹ - ein für damalige Verhältnisse sehr ansehnliches Einkommen; ein Wohlfahrtsempfänger erhielt in Regensburg rund 500 RM im Jahr, das Durchschnittsgehalt eines städtischen Beamten oder Angestellten betrug 3990 RM¹³⁰.

Nach zehnjähriger Dienstzeit wäre die Neuwahl des Oberbürgermeisters durch die Bevölkerung nötig geworden. Dies umgingen Hipp und Bürgermeister Herrmann, indem sie sich vom Stadtrat die "Unwiderruflichkeit" verleihen ließen. Eine derartige Anstellung auf Lebenszeit war durch die Gemeindeordnung von 1927 möglich geworden. Der Stadtrat sprach sie den beiden Bürgermeistern - nachdem die übrigen Referenten sie für sich selbst abgelehnt hatten - im Frühjahr 1929 gegen die Stimmen von SPD und KPD zu¹³¹. Dies führte in der Öffentlichkeit zu heftigen Debatten und in der Phase der NS-Machtergreifung zu komplizierten Verwicklungen.

Direkt unterstellt war dem Oberbürgermeister das Direktorialsekretariat, geführt von Oberamtmann Franz Jepsen, der zugleich für die BVP dem Stadtrat angehörte und als "graue Eminenz" der Partei galt. Hipps engster Mitarbeiter neben Jepsen war Bürgermeister Hans Herrmann als Grundstücks- und Verkehrsfachmann. Für Soziales war Rechtsrat Max Zwick zuständig, Rechtsrat Richard Ehrhardt leitete das Finanz-, Rechtsrat Dr. Josef Reuß das Rechts- und Gewerbewesen. Das Baureferat unterstand Oberstadtbaudirektor Philipp Schipper, das städtische Schulwesen Stadtschulrat Dr. Andreas Freudenberger. Mit den beiden Bürgermeistern, den drei Rechtsräten, dem Bau- und dem Schulreferenten war die Liste der Spitzenbeamten erschöpft; die Leiter der übrigen Geschäftsabteilungen, die teils ebenfalls die Bezeichnung "Referat" führten, zählten nach ihrer Dienststellung nicht mehr dazu, sondern unterstanden den genannten Referenten.

Im großen und ganzen wurde die Aufteilung der Geschäftsbereiche in der Stadtverwaltung auch nach der NS-Machtergreifung und sogar noch nach dem neuen Geschäftsverteilungsplan vom Oktober 1933 beibehalten. Bis dahin waren mit Hipp und Reuß nur zwei der Genannten ausgeschieden, die übrigen durften nach mehr oder minder großen Schwierigkeiten allesamt im Amt bleiben.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Regensburger Kommunalpolitik unter Hipps Leitung können nicht Gegenstand der vorliegenden Arbeit sein. Zur Erklärung der Vorgänge des 20. März 1933 muß der Hinweis genügen, daß Hipp die NSDAP in seiner Amtszeit konsequent bekämpfte, obwohl er, wie der weitaus größte Teil der BVP oder auch Regensburgs Bischof Buchberger, dem "nationalen Gedanken" sehr nahe stand. Selbst dem monarchistischen "Heimat- und Königsbund" brachte Hipp Sympathie entgegen, doch wollte er nicht öffentlich in Erscheinung treten, damit der Bund den Anschein einer "echten Volksbewegung" nicht verlor¹³².

¹²⁹ Bericht 18.1.1933, ZR 10968.

¹³⁰ Revisionsbericht Prüfungsverband öff. Kassen 1941, u.a. PAM 534.

¹³¹ Einzelheiten in ZRa 13175 und StA 13907.

¹³² Belege im Zusammenhang mit dem "Stahlhelmtag" in Rgbg. 1930 in ZR 9683, vgl. weitere Schreiben Hipps aus dem Jahr 1932 in ZR 10485. Einzelheiten künftig bei Reindl.

Die Regensburger Nationalsozialisten hatten sich wie ihre Parteifreunde fast überall in Bayern jahrelang mit der Rolle einer unbedeutenden Splittergruppe begnügen müssen. Die Hetzereien der neuen, Anfang 1933 gegründeten Tageszeitung "Bayerische Ostwacht" drückten vor allem die Wut aus, die sich bei den örtlichen Nazis durch jahrelange Ohnmacht aufgestaut hatte. Was sie dem Stadtoberhaupt besonders ankreideten, war sein direktes Vorgehen gegen die NSDAP. Die Schikanen gegen eine Kundgebung Hitlers am 6.4.1932 vergaß man Hipp nie. Doch auch durch viele weitere Maßnahmen hatten er und der BVP-dominierte Stadtrat bewiesen, daß sie an der konsequenten Durchsetzung geltender Vorschriften und der Ausnutzung des vorhandenen politischen Spielraums gegenüber der NSDAP festhielten. Wütende Angriffe galten daher dem "schwarzen Filz" unter Hipp: In der Personalpolitik und in der Vergabepraxis für Aufträge und Lieferungen habe er eine skandalöse Günstlingswirtschaft zugunsten von BVP-, seltener SPD-Mitgliedern betrieben¹³³. Die Vorwürfe reichten auch in den ideologischen Bereich; so habe der Theaterbetrieb unter Hipp "offensichtlich kulturbolschewistische Tendenzen" aufgewiesen, vor allem bei der "vollkommen verjudeten Operette"¹³⁴. Soweit sie die Ämterpatronage betrafen, waren diese Vorwürfe wohl nicht unberechtigt - tatsächlich belegen Personalverzeichnisse, daß es unter den städtischen Bediensteten nur ganz wenige alte NSDAP-, dagegen überproportional viele BVP-Mitglieder gab¹³⁵.

C. Der Stadtrat

Formell Teil der Verwaltung, zugleich aber ihr wichtigstes Kontrollorgan, war der Stadtrat - eine Besonderheit des bayerischen Kommunalrechts¹³⁶. Für die Stadtratswahl 1924 hatte man in Regensburg die Zahl der Sitze auf 40 festgelegt. Mit der knappen Mehrheit von 22:20 Stimmen - beide Bürgermeister waren stimmberechtigt - beschloß das Stadtratsplenum dann vor der Kommunalwahl Ende 1929, die Sitzzahl erneut abzusenken, nämlich auf 30, um sich vor dem Erstarken kleiner Splittergruppen zu schützen. Bei der Wahl vom 8.12.1929 errang die BVP 14 der 30 Sitze, die SPD 7, die DDP 4, die Mieter- und Verbraucherschutzpartei 2 und drei kleinere Parteien jeweils einen Sitz, nämlich die Deutschnationalen (DNVP), die Reichspartei des Deutschen Mittelstands (Wirtschaftspartei) und die NSDAP. Dabei hatte letztere gegenüber den vorangegangenen Reichs- und Landtagswahlen von 1928 sogar noch verloren; sie erhielt nur 1372 von 36456 gültigen Stimmen¹³⁷. Bei den Gewählten handelte es sich um folgende Persönlichkeiten¹³⁸:

Für die BVP: Engelhardt Keiter als Fraktionsvorsitzender, Franz Biendl, Max Dauer, Josef Deininger, Fritz Emslander, Margarete Gärtner, Josef Gräßl, Franz Jepsen, Heinrich Kneidl, Johann Oberberger, Wolfgang Prechtel, Bartholomäus Riedelbeck, Xaver Wolf und Matthias Zirngibl

¹³³ Kreisleiter Weigert an MInn über die "Machenschaften" der Verwaltung unter Hipp, 22.4.1933, HStAM MInn 80417. Vgl. auch die NS-Presse ("Schaffendes Volk" bzw. "Bayerische Ostwacht").

¹³⁴ Kreisleiter Weigert an MInn mit Nennung von Namen, 22.4.1933, HStAM MInn 80417.

¹³⁵ Vgl. z.B. Personalverzeichnis ZR 10880.

¹³⁶ Einzelheiten künftig bei Reindl.

¹³⁷ Material zur Stadtratswahl 1929 in ZR 9100-9101, vgl. die Tagespresse, z.B. RA 9.12.1929 und RNN 10.12.1929.

¹³⁸ Dossiers über die Stadträte 1919-1932 in ZR 4970. Besetzungslisten der Ausschüsse, der Funktionen als Verwaltungsbeiräte etc. in ZR 3664 b. Adressenliste (Stand 1932) in ZRa 14053.

Für die SPD: Karl Esser als Fraktionsvorsitzender, Josef Adler, Josef Barth, Michael Burgau, Ludwig Ehrensperger, Hermann Engler und Josef Zollitsch

Für die DDP: Thomas Härtl als Fraktionsvorsitzender, Heinrich Christlieb, August Koller und Karl Staudinger

Für die Mieter- und Verbraucherschutzpartei: Johann Engl und Franz Maierhofer

Für die DNVP: Gustav Bosse

Für die NSDAP: Anton Fischer

Für die Mittelstandspartei: Josef Zorzi.

In den Jahren nach 1929 gab es an dieser Zusammensetzung einige Veränderungen: Für den verstorbenen Xaver Wolf (BVP) rückte der Architekt Dionys Hummel nach, für den zurückgetretenen deutschnationalen Verleger Gustav Bosse¹³⁹ Studienprofessor Dr. Max Priehäüßer. Außerdem trat der einzige NS-Stadtrat¹⁴⁰, der Reichsbahnassistent Anton Fischer, schon im Herbst 1930 nach parteiinternen Querelen aus der NSDAP aus, behielt allerdings sein Mandat und schloß sich der von den vier rechten Splittergruppen gebildeten, von Johann Engl geleiteten Fraktion "Freie Vereinigung" an. Später spielte er keine Rolle mehr in der Kommunalpolitik¹⁴¹. Ein Destruktionsverhalten, wie es die 1929 erstarkten NS-Fraktionen in anderen bayerischen Städten zeigten, war Fischer angesichts der erdrückenden Übermacht der demokratischen Parteien unmöglich - der nationalsozialistische Kampf spielte sich, wenn überhaupt, in der vergleichsweise unbedeutenden NS-Presse, gelegentlich auch auf der Straße ab, nicht jedoch im Stadtrat¹⁴².

In der genannten Zusammensetzung - BVP 14, SPD 7, Freie Vereinigung 5 und DDP 4 Sitze - tagte der Stadtrat unter Hipps Leitung letztmals regulär am 1.2.1933, dem Tag der Reichstagsauflösung, zwei Tage nach Hitlers Machtantritt im Reich¹⁴³. Während die "nationalen Verbände" mit einer Demonstration vom Moltke- (dem heutigen Dachau-) zum Bismarckplatz die "Ernennung der ersten nationalen Reichsregierung seit 14 Jahren" feierten¹⁴⁴, war das Stadtratsplenum, soweit aus dem Protokoll ersichtlich, von der gespannten Atmosphäre dieser Tage kaum ergriffen: Es behandelte kommunalpolitische Alltagsthemen, so den Milchpreis, der gerade heftig umstritten war¹⁴⁵, und Fragen der Arbeitsbeschaffung.

¹³⁹ Bosse spielte im Kulturleben der Stadt weiterhin eine wichtige Rolle, vgl. z.B. seine Aktivitäten im Zusammenhang mit dem "Führer"-Besuch 1937; Einzelheiten in NIB, Akt "Bruckner-Feier 1937".

¹⁴⁰ Der 1924 für den "Völkischen Block" in den Stadtrat gewählte Werkstattgehilfe Johann Eder trat bei der Wahl 1929 nicht mehr in Erscheinung.

¹⁴¹ Beitrittserklärung Fischers zur Freien Vereinigung, 1.1.1932, ZRa 13191, vgl. Sr-Prot. 23.1.1932, VW 29.1.1932, RAZ 18.3.1932 etc. Erklärung der NSDAP-Ortsgruppe über Fischer, 27.10.1930, in ZRa 13159. Zu Person, Auftreten und Parteiaustritt Fischers: ZR 4970 (Akt Fischer), vgl. z.B. RA 24.1.1930 oder RE 5.9.1930 sowie allg. Zweck (1984) S.207 ff.

¹⁴² Zur kommunalpolitischen Konzeptionslosigkeit der NSDAP vor 1933 und ihren konkreten Auswirkungen vgl. Matzerath (1970) S.33 ff.

¹⁴³ Vgl. Domröse S.42 ff. zur Lage in Bayern nach dem 30.1.1933.

¹⁴⁴ RAZ 3.2.1933, BOw 4.2.1933 ("ein begeistertes Schauspiel"), VW und RA 2.2.1933 (ein "kleines Häuflein"). Vgl. Zweck (1984) S.248 f. und Weinmann S.17. Hauptredner waren der örtliche Stahlhelmführer Oberst a.D. Geis und Hans Schemm, der neue Gauleiter der NSDAP.

¹⁴⁵ Vgl. hierzu ZR 20306.

D. Die Reichstagswahl am 5.März 1933

Die folgenden Wochen prägte der Wahlkampf für die Reichstagswahl am 5.März 1933¹⁴⁶ - der Wahl für oder gegen Hitler, den "Tag der erwachenden Nation", wie sich die neue Reichsregierung erhoffte. Auch in Regensburg setzten die Nationalsozialisten ihr inzwischen ausgebautes Propagandainstrumentarium ein, etwa die öffentliche Übertragung von Kanzlerreden per Lautsprecher, Volksspeisungen durch Feldküchen und ein "Trommelfeuer" von Veranstaltungen¹⁴⁷, darunter am 23.2.1933 eine Großkundgebung mit General von Epp, dem künftigen Reichsstatthalter in Bayern¹⁴⁸. Auch die Gegenseite bot prominente Redner auf; so bestritt die legendäre SPD-Reichstagsabgeordnete Toni Pfülf am 12.2.1933 in der Stadthalle eine Kundgebung zum Thema "Demaskierung der NSDAP"¹⁴⁹.

Obwohl es im Wahlkampf immer wieder zu Gewalttaten, Manipulationsversuchen und vor allem nach dem Reichstagsbrand auch zu Polizeimaßnahmen gegen KPD-Angehörige kam¹⁵⁰, kann von systematischem Terror nicht gesprochen werden. Noch waren die Landespolizeien nicht einfach als Herrschaftsinstrumente der Reichsregierung zu mißbrauchen; unmittelbar vor der Wahl verbot die bayerische Regierung sogar für einige Tage das lokale NS-Blatt, die "Bayerische Ostwacht". Für die Regensburger Stadtverwaltung galt Hipps grundsätzliches Verbot, innerhalb der Dienstgebäude Agitation zu betreiben oder auch nur parteipolitische Abzeichen zu tragen¹⁵¹. Gegen die NSDAP gerichtet, erzwang der Hauptausschuß des Stadtrats die Entfernung nicht genehmigter Reklameschilder am damaligen "Braunen Haus" (Bismarckplatz 5)¹⁵², und Hipp untersagte der NSDAP die Benützung städtischer Gebäude bzw. eines Sportplatzes für Werbezwecke¹⁵³.

Die BVP-Liste wurde im Wahlkreis Niederbayern-Oberpfalz von Regensburgs Bürgermeister Herrmann angeführt, der hier erstmals parteipolitisch in den Vordergrund trat¹⁵⁴ - wohl deshalb, weil es nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Reich nicht mehr einfach war, überhaupt einen Spitzenkandidaten zu finden. So wurde Herrmann für einige Wochen Reichstagsabgeordneter; er hat auch an der entscheidenden Sitzung über das Ermächtigungsgesetz teilgenommen¹⁵⁵. Für die Wahl selbst waren 54603¹⁵⁶ Regensburger stimmberechtigt¹⁵⁷. Abgegeben wurden 48048 Stimmen, die Wahlbeteiligung lag also mit 87,99 % recht hoch. 274 Stimmen waren ungültig, die verbleibenden 47774 gültigen Stimmen verteilten sich folgendermaßen:

¹⁴⁶ Vgl. zum Wahlkampf auf Landesebene Domröse S.58 f.

¹⁴⁷ Vgl. Weinmann S.16 ff. Einzelheiten zum Wahlkampf auch bei Zweck (1984) S.249 ff., vgl. die Erinnerungen Walter Saßnicks, des Hauptschriftleiters der VW, in MZ 7.3.1947.

¹⁴⁸ Vgl. zu dieser Veranstaltung StA (NSDAP) 7, vgl. auch RA 26.2.1933, VW 24.2.1933 (ein "Affentheater") und BÖw 27.2.1933.

¹⁴⁹ VW 13.2.1933.

¹⁵⁰ Zum Verbot einer für 27.1. geplanten KPD-Kundgebung: RA 29.1.1933. Zu Verbot und Beschlagnahme des KP-Blatts "Roter Sender": BÖw 9.2.1933.

¹⁵¹ Wiederholte Verf. Hipps, letztmals vom 23.2.1933, ZR 3726.

¹⁵² HA-Prot. 22.2.1933.

¹⁵³ Kreisleiter Weigert an MInn, 22.4.1933, HStAM MInn 80417.

¹⁵⁴ Vgl. z.B. seine Wahlrede in Reinhausen am 15.2.1933 (dazu RA 18.2.1933).

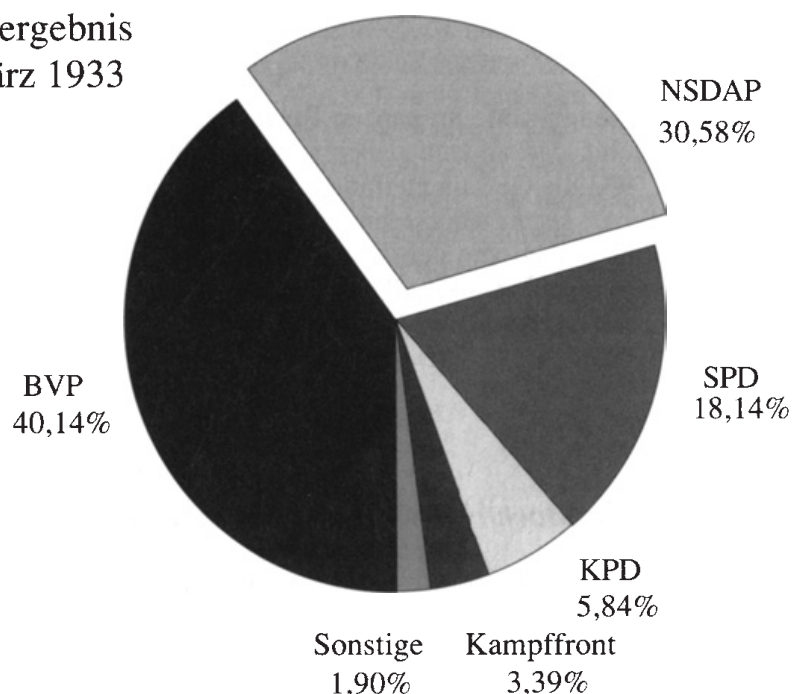
¹⁵⁵ Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich, 24.3.1933, RGBI I S.141. Grundlegend dazu R.Morsey (Hg.): Das "Ermächtigungsgesetz" vom 24.März 1933. Göttingen 1968.

¹⁵⁶ Leicht abweichende Angaben in ZR 10419.

¹⁵⁷ Vgl. ZR 10417 ff. für Rgbg. und Wahlkreis Niederbayern/Oberpfalz, wo Hipp als Wahlleiter fungierte. Die Ergebnisse für den Wahlkreis unter Ausschluß der KPD, die immerhin fast 40000 Stimmen erhalten hatte, auch in Sch. an Reg., 11.4.1933, ZR 10374. Analyse des Wahlergebnisses auf Landesebene bei Domröse S.59 ff.

	Stimmen	%	(Reichstagswahl 6.11.1932)
BVP	19176	40,13	19647
NSDAP	14611	30,58	7263
SPD	8668	18,15	8383
KPD	2790	5,84	3868
Kampffront	1619	3,39	1665
Sonstige	910	1,91	1607

Wahlergebnis 5. März 1933



Die NSDAP konnte also ihre Stimmenzahl mehr als verdoppeln. Dennoch war es ihr bei weitem nicht gelungen, die Vormacht der BVP zu gefährden, deren Wählerpotential sich als außerordentlich stabil erwies. Die SPD hatte bayernweit deutlich¹⁵⁸, in Regensburg leicht zulegen, während die bereits heftig verfolgte KPD schwere Verluste hinnehmen mußte. Die "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot", früher DNVP, blieb auf niedrigem Niveau stabil, und die vier übrigen Parteien spielten keine Rolle mehr¹⁵⁹.

Aus Regensburg wurde neben Herrmann der NS-Kandidat und ehemalige Gauleiter von Niederbayern, Otto Erbersdobler, in den Reichstag gewählt. Er spielte später noch mehrfach eine wichtige Rolle für Regensburgs Kommunalpolitik, so bei der Gleichschaltung der mittelständischen Gewerbeorganisationen, später nach mehrjähriger Abwesenheit von Regensburg als Nachfolger Franz Ganningers, des Gauinspektors Süd der NSDAP. Damit wurde Erbers-

¹⁵⁸ Mehringer (SPD) S.339.

¹⁵⁹ DStP: 548 Stimmen, Christsoziale: 165, DVP: 148, Bauernbund: 49.

dobler zugleich "Parteibeauftragter" für Regensburg, wie es die deutsche Gemeindeordnung vorsah. Insgesamt entfielen je vier Mandate im Wahlkreis Niederbayern/Oberpfalz auf die BVP und die NSDAP sowie eines auf die SPD.

Im Reichsdurchschnitt gewann die NSDAP 43,9 %, in Bayern 42,6 % der Wählerstimmen, also bedeutend mehr als in Regensburg. Die von oben verkündete nationale Aufbruchsstimmung fand also hier, in einer Hochburg des politischen Katholizismus, vergleichsweise geringe Resonanz. Mit einer noch immer sehr deutlichen Mehrheit entschieden sich die Regensburger Wähler und Wählerinnen für die "Systemparteien", denen sie fast 60 % ihrer Stimmen gaben; schon bei seiner Wahlkampfkundgebung vom 23.2.1933 hatte General von Epp die erwartete Niederlage mit Bosheiten über die Wirkung des Weihrauchs auf die Denkfähigkeit der Menschen quittiert¹⁶⁰. Landesweit ergab sich ein anderes Bild: Schon bei der Landtagswahl vom April 1932 hatte die NSDAP mit der BVP fast gleichgezogen¹⁶¹, und nun, am 5.März, hatte sie die BVP nicht nur in der Pfalz, in Ober- und Mittelfranken, sondern sogar in den überwiegend katholischen Kreisen Schwaben, Ober- und Niederbayern übertroffen. Nur in der Oberpfalz und Unterfranken blieb die BVP stärkste Partei.

Trotz ihrer großen Stimmengewinne im ganzen Reichsgebiet hatte die NSDAP ihr Ziel, die absolute Mehrheit, verfehlt. Sie änderte daher bekanntlich ihre Taktik, bis das Ermächtigungsgesetz vom 24.3.1933 die Gewaltenteilung aufhob. Zu dieser neuen Taktik gehörte zum einen der verschärfte Terror gegen Andersdenkende, ausgeübt auf der Grundlage der Reichstagsbrandverordnung¹⁶² vor allem von den zu Hilfspolizisten ernannten Schlägerkommandos von SA und SS. Zum zweiten begann die Durchdringung des Staatsapparats von oben - die Gleichschaltung der Behörden.

III. Nationalsozialistische Machtergreifung und -konsolidierung bis zum Sommer 1933 ¹⁶³

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten in Regensburg fand ihren Höhepunkt in der Verdrängung des Oberbürgermeisters: Am 20.3.1933 wurde Dr. Otto Hipp durch Dr. Otto Schottenheim ersetzt. Dieser Vorgang war eingebettet in eine Vielzahl von Entwicklungen und Maßnahmen, die parallel dazu auf Landes-, Kreis- und Kommunalebene abliefen und alle dem einen Ziel dienten: der Erringung und anschließend - bis Sommer 1933 - der Festigung der Macht. Eine besondere Rolle spielte dabei der Terror. In der "Kampfzeit" hatte sich bei den Nationalsozialisten viel Haß aufgestaut, der sich nun, als dies gefahrlos möglich war, in Gewalttaten entlud. Doch nicht diese individuelle Form des Terrors ist hier gemeint, sondern die von Staat und Partei bewußt eingesetzte Gewalt.

Die entscheidende Zäsur im Kampf um die Macht in Bayern bildeten die Ereignisse des 9.März 1933. Am Abend dieses Tages setzte Reichspräsident von Hindenburg mit General von Epp einen Reichskommissar für das Land ein, bei dem auch die Verfügungsgewalt über

¹⁶⁰ RA 26.2.1933.

¹⁶¹ Vgl. Schönhoven S.542 ff. und Domröse S.50 ff. zu den Strategiedebatten in der BVP gegenüber der NSDAP sowie zu den auf Kronprinz Rupprecht konzentrierten Plänen für eine monarchistische Restauration.

¹⁶² VO zum Schutz von Volk und Staat, 28.2.1933, RGBI I S.83.

¹⁶³ Vgl. allg. Bracher-Sauer-Schulz passim und Matzerath (1970) S.61 ff. und S.81 ff.

die Polizei lag¹⁶⁴. Zentrale Positionen im Verwaltungs- und Polizeiapparat wurden binnen kürzester Frist mit NS-Kommissaren besetzt, die Gewalttaten der zur "Hilfspolizei" ernannten SA-, SS- und Stahlhelmtropps fanden von nun an allerhöchste Billigung¹⁶⁵. Sie verhafteten und mißhandelten politische Gegner, und aufgehetzte Menschenmengen forderten den Rücktritt mißliebiger Beamter, während die Staatsmacht ausgerechnet in Händen derer lag, die diese Fanatisierung, die Anwendung "revolutionär putschistischer Mittel" zu verantworten hatten - ein Vorgang, der den Begriff des gleichzeitigen "Zangendrucks" von unten und oben rechtfertigt¹⁶⁶.

Unter diesem Druck kam es zunächst zur Absetzung wichtiger Funktionsträger, dann zur häufig erzwungenen, nicht selten aber auch aus Opportunismus freiwillig vollzogenen Gleichschaltung des öffentlichen Lebens. Wirtschaftsverbände und Vereine wählten neue, nationalsozialistische Vorstände, Zeitungen und Gewerbetreibende verkündeten öffentlich ihre Übereinstimmung mit den Zielen der "nationalen Revolution". Wo die Bereitschaft dazu fehlte, half man nach - sei es mit direktem Druck, der von der leichten Nötigung bis zu nächtlichen Überfällen und Verhaftungen reichte, sei es auf indirektem Weg, wenn man etwa das Ausbleiben öffentlicher Aufträge androhte. Wer sich nicht anpassen wollte, oder wer - wie die Juden - als Mitglied der "Volksgemeinschaft" unerwünscht war, wurde dem staatlichen Terror ausgesetzt. Dies galt auch für die früheren politischen Gegner des Nationalsozialismus. Dabei erwies sich die Verfolgung der Linksparteien als weit umfassender als die repressiven Maßnahmen gegen exponierte Vertreter des politischen Katholizismus, vor allem die von der BVP gestellten Bürgermeister. Zwar wurden diese oft auf spektakuläre Weise aus dem Amt gedrängt, aber die überwiegende Mehrzahl brutaler Gewaltakte galt Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden.

A. Die Entwicklung bis zum 20.März 1933

1. Der 9.März 1933

Auf kommunaler Ebene ging der Ablösung der Bürgermeister am 9.März 1933 landesweit ein vergleichsweise harmloser, aber symbolträchtiger Akt voraus: die erzwungene Hissung der Hakenkreuzfahne auf den Rathäusern; so auch in Regensburg¹⁶⁷.

Bereits am Vortag hatte die neue Tageszeitung des Gauleiters Hans Schemm, die "Bayerische Ostwacht", Oberbürgermeister Hipps Absetzung gefordert, wenn er weiterhin gegen die NSDAP vorgehe¹⁶⁸. An diesem 8.3.1933 verschafften sich zwei - angeblich auswärtige - Nationalsozialisten mit einem Trick den Schlüssel zum Regensburger Rathaus und hißten dort für kurze Zeit die Hakenkreuzfahne; sehr schnell wurde sie allerdings wieder eingeholt. Hipp sprach von einem dummen Jungentreich, für den er Verständnis habe, doch werde er

¹⁶⁴ Vgl. Domröse S.62 f. zu den Reichskommissaren in den Ländern.

¹⁶⁵ Ebd. S.87.

¹⁶⁶ Albrecht (1984) S.217, vgl. zu den Hintergründen Matzerath (1970) S.62 und Domröse S.62 ff. Neuere Lit. bei R.Morsey: Die verfassungspolitische Entwicklung. In DVG IV S.696-706.

¹⁶⁷ Zur Flaggenhissung in München: P.Steinborn, Grundlagen und Grundzüge Münchener Kommunalpolitik. München 1968 S.529 f, vgl. Hako S.345, Domröse S.73 ff. und Mehringer (SPD) S.340. Zu den Vorgängen in anderen, darunter auch Provinzstädten: Schönhoven S.553 ff., Mehringer (SPD) S.340, G.Hetzer: Die Industriestadt Augsburg. In BNS III (1981) S.1-234, hier S.76 ff. und S.95, sowie K.Tenfelde: Proletarische Provinz. In BNS IV (1981) S.1-382, hier S.222. Beispiele aus dem ganzen Reichsgebiet bei Matzerath (1970) S.66 ff.

¹⁶⁸ BOw 8.3.1933.

nie dulden, daß einmal aus politischen Gründen eine Parteifahne auf dem Rathaus aufgezogen werde¹⁶⁹. Genau dies trat dennoch schon am nächsten Tag ein: Es begann in Regensburg wie in allen größeren Städten Bayerns parallel zur Entmachtung der Landesregierung der Sturm auf die Rathäuser, auf die sozialdemokratische Presse und die Gewerkschaftseinrichtungen¹⁷⁰.

Während sich am Nachmittag des 9.3.1933 im Regensburger Gewerkschaftshaus, dem "Paradiesgarten", SPD-Funktionäre, parteinahe Journalisten und Gewerkschaftler trafen, um die gespannte Lage zu beraten, sich auch auf einen eventuellen SA-Überfall vorzubereiten, sammelte sich diese am Bismarckplatz vor dem "Braunen Haus". In der Altstadt, besonders im Bereich um Kohlenmarkt und Haidplatz, waren viele Menschen unterwegs, da das Gerücht umging, um 18 Uhr solle das Rathaus von den Nationalsozialisten besetzt werden. Dieses Gerücht war auch zur Stadtspitze vorgedrungen: "Kurz nach 4 Uhr" sei die Mitteilung eingelaufen, um 18 Uhr werde eine SA-Formation aufmarschieren und am Rathaus die Hakenkreuzfahne hissen. Man telefonierte mit der Polizeidirektion und erfuhr so von den dramatischen Ereignissen, die sich gleichzeitig in München um die Landesregierung abspielten. Dort tagte gerade der Ministerrat, Epps Einsetzung zum Reichskommissar sei "in Aussicht genommen"¹⁷¹.

Das Regensburger Rathaus war am Nachmittag dieses 9. März durch Landespolizei gesichert. Kurz vor halb fünf Uhr nachmittags erschien deren Einsatzleiter, Hauptmann Salbey, und erklärte, er habe "den dienstlichen Auftrag, gegen ein Eindringen in das Rathaus zu protestieren, aber gegen das Hissen der Flagge nicht Waffengewalt anzuwenden". Hipp verfiel auf die Idee, das Rathaus abzuschließen, weil dann im Fall eines gewaltsamen Eindringens Hausfriedensbruch vorgelegen hätte. Um 17 Uhr erfuhr man telefonisch aus München, daß dort "eine Art Putsch der Nationalsozialisten" herrsche, das bayerische Außenministerium von der SA "belagert" sei und der Ministerrat noch tage, sich aber weigere, Epp von sich aus als Generalstaatskommissar einzusetzen. Eine halbe Stunde darauf wiederholte ein Vertreter der Polizeidirektion gegenüber der Stadtspitze, daß jede Gewaltanwendung durch die Polizei "bei der derzeitigen Lage ausgeschlossen" sei, was man sich durch einen Anruf bei Regierungspräsident Wirschinger bestätigen ließ. Kurz vor 18 Uhr berichtete dieser telefonisch über die neueste Entwicklung in München: Die bayerische Regierung hatte sich an Hindenburg gewandt und allgemeine Bereitschaft von Reichswehr und Landespolizei angeordnet, doch sei die Lage noch nicht entschieden. Wirschinger empfahl dem Oberbürgermeister, der es "lieber auf eine äußere Gewaltanwendung ankommen lassen" wollte, er solle eine Deputation der SA "hereinlassen und ruhig zusehen, ob die dann mit Gewalt die Türe zum Rathausurm aufsprengt". Man unterrichtete Hauptmann Salbey, daß man sich verhalten werde wie vom Regierungspräsidenten angeraten, daß also eine (möglichst kleine) Abordnung der SA vorgelassen werden solle. Außerdem wurde Salbey gebeten, "dafür zu sorgen, daß sonst innerhalb des Rathauses keinerlei Ausschreitungen aus Gewalttätigkeit begangen würden".

Ob die SA nun "mit klingendem Spiel unter dem Jubel einer vieltausendköpfigen Menge" vor das Rathaus zog, oder eher zögerlich, manche SA-Männer nicht einmal uniformiert und "nicht übermäßig mutig"¹⁷², sei dahingestellt. Jedenfalls erschien endlich, wohl gegen halb sieben Uhr abends, Kreisleiter Weigert an der Spitze sechs uniformierter SA-Männer im Rathaus und forderte die Hissung der Hakenkreuzfahne auf dem Gebäude. Empfangen wurde die

¹⁶⁹ Prot. des Verwaltungs- und Polizeisenats 8.3.1933. Vgl. die Tagespresse, darunter VW 9.3.1933, die letzte Ausgabe der Volkswacht.

¹⁷⁰ Vgl. zu den folgenden Vorgängen ZR 11176 und die Tagespresse, z.B. RA, RAZ und RNN 10.3.1933, RAZ und BÖw 11.3.1933, RE 10.-16. bzw. 17.-23.3.1933.

¹⁷¹ Darstellung der Ereignisse aus der Sicht der Stadtspitze nach einem nicht unterzeichneten, wohl von H., vielleicht von Hipp selbst verfaßten Vermerk in ZR 11176.

¹⁷² RNN bzw. RA 10.3.1933.

Delegation von den Bürgermeistern, den Fraktionsführern Keiter, Esser und Härtl sowie einer Reihe weiterer Stadträte und Referenten der Stadtverwaltung. Hipp fragte die SA-Leute nach der Rechtsgrundlage für ihr Verlangen, erhielt jedoch nur die lapidare Antwort: "Wir verlangen das einfach als Regierungspartei"¹⁷³.

Im Namen der Stadt protestierte der Oberbürgermeister, konnte aber nicht verhindern, daß sich Weigert mit seinen Leuten zum Rathaussturm und dann, als er diesen verschlossen fand, zum Vorzimmer der beiden Bürgermeister begab. Dort wurden die Hakenkreuz- und die alte schwarz-weiß-rote Reichsfahne aus dem Fenster gehängt, angeblich unter dem Jubel der vor dem Rathaus versammelten Menge, die nach kurzen Ansprachen des Kreisleiters und des Stahlhelmführers Geis das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied absang. Der SA-Mann, der die Fahnen gehißt hat, soll Johann Hausladen gewesen sein¹⁷⁴ - Parteimitglied seit 1930 und vielfach vorbestrafter Betreiber des berühmten Animierlokals "Café Stadt Wien" in der Weingasse¹⁷⁵.

Wie abgesprochen griff die Polizei nicht ein, und Hipp blieb nur der ohnmächtige Protest: Er telegrafierte an Hindenburg, Hitler und das bayerische Innenministerium und verlangte, die Polizei zur Entfernung der Fahne einzusetzen¹⁷⁶. Der Protest mußte scheitern, da sich auch auf Regierungsebene die Verhältnisse grundlegend geändert hatten: Auf der Grundlage der Reichstagsbrand-Verordnung ernannte der Reichspräsident am Abend dieses 9.März¹⁷⁷ gegen den Widerstand der Regierung Held General von Epp zum Reichskommissar für Bayern.

Epp berief sofort Sonderkommissare für die Ministerien wie für eine Reihe wichtiger Positionen im Land. So wurde Heinrich Himmler kommissarischer Polizeipräsident von München¹⁷⁸. Als Inhaber der Polizeigewalt ordnete Epp zugleich die sofortige Hissung der Hakenkreuzfahne auf den Rathäusern an. Hindenburgs Flaggenerlaß vom 12.März schrieb schließlich vor, daß bis zur endgültigen Regelung der Reichsfarben die schwarz-weiß-rote und die Hakenkreuzfahne gemeinsam zu hissen seien - Symbol für die "ruhmreiche Vergangenheit" und die "kraftvolle Wiedergeburt" des deutschen Volkes¹⁷⁹.

Erst mit der Übernahme der Polizeigewalt im Land an diesem 9.März konnte die Verfolgung politischer Gegner der Nationalsozialisten - besonders der Linksparteien, aber auch einzelner Vertreter der BVP - systematisch betrieben werden; es begann der Kampf gegen SPD und Gewerkschaften, Reichsbanner und Eiserne Front und die ihnen nahestehende Presse¹⁸⁰. In Regensburg waren die sozialdemokratische Tageszeitung "Volkswacht" und das Gewerkschaftshaus "Paradiesgarten" die wichtigsten Angriffsziele¹⁸¹. Am Vormittag des 9.März drangen einige junge Burschen in die Volkswacht-Buchhandlung in der Wahlenstraße ein und verlangten - ohne Erfolg - die Entfernung der Zeitung aus der Auslage. Angesichts der Ge-

¹⁷³ Ebd.

¹⁷⁴ SPD-Nachrichtenblatt 11/1947.

¹⁷⁵ Im Jahr 1936, nach einer Verurteilung zu einer Haftstrafe wegen Kuppelei, entzog die Stadt Hausladen die Wirtschaftskonzession; selbst seine alten Kampfgenossen sollen sein Lokal nun gemieden haben (ZR 10898).

¹⁷⁶ Wortlaut der Telegramme in ZR 11176.

¹⁷⁷ Einsetzungstelegramm Fricks um 20.15 Uhr, vgl. Domröse S.75.

¹⁷⁸ Mehringer (KPD) S.73 und Domröse S.79. Leiter des politischen Referats wurde Heydrich, vgl. allg. S.Aronson: Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD. Stuttgart 1971 (mit Details zur Verhaftungswelle ab 9.3.1933).

¹⁷⁹ Vgl. allg. ZRa 14143-14145. Anlässe zum Beflaggen waren z.B. Hindenburgs und Hitlers Geburtstage oder die Erinnerung an den Marsch auf die Feldherrnhalle. Halbmast wurde am 28.6.1933 aus "Trauer über 14 Jahre Versailles" gesetzt. Einheitliche Regelung im Reichsflaggengesetz, 15.9.1935, RGBI I S.1145, vgl. H.Hansen: Die Festtage des Dritten Reiches. Bayreuth 1936.

¹⁸⁰ Vgl. zur Entwicklung auf Landesebene Domröse S.80 ff.

¹⁸¹ Vgl. zu den Ereignissen dieses Tages ZR 11176, die Lokalpresse und die Erinnerungen einiger Beteiligter, MZ 7.3.1947.

rüchte über die bevorstehende Rathausbesetzung und der zunehmend gespannten Atmosphäre kamen am Nachmittag SPD-Funktionäre, Gewerkschaftler und der Partei nahestehende Journalisten im "Paradiesgarten" zusammen, um die Lage zu beraten. Als sie von der drohenden Einsetzung eines NS-Kommissars in Bayern erfuhren, versetzten sie das Gebäude in den "Verteidigungszustand", stellten sich also auf den bewaffneten Kampf mit den Schlägertrupps der SA ein, denen sie sich hoch überlegen fühlten. Dennoch baten sie um Polizeischutz gegen den erwarteten Angriff. Die hierzu abgeordneten Polizisten wurden am Abend durch Landespolizei ersetzt, so daß mit dem Übergang der Polizeigewalt auf Epp das Gewerkschaftshaus als besetzt angesehen werden muß. Dasselbe galt für das gleichfalls zunächst bewachte, dann besetzte Druckereigebäude der Volkswacht (Spatzengasse 1), wo sich auch das Bezirksbüro der SPD befand, das angeblich geplündert worden ist. Blutige Kämpfe zwischen SA und den "Belagerten" waren auf diese Weise immerhin vermieden worden.

Ob der "Paradiesgarten" noch in der Nacht zum 10.3.1933 von der Landespolizei geräumt und der SA übergeben wurde¹⁸², ist umstritten; jedenfalls hat sie das Gebäude bald in "Horst-Wessel-Haus" umbenannt und hier schon am 15.3.1933 eine Amtswalter-Tagung abgehalten¹⁸³. Reichsbanner, SDAJ und Eiserne Front wurden am 10.3.1933 verboten, die "Volkswacht" konnte nicht mehr erscheinen. Ihr Redakteur Josef Rothhammer geriet in Schutzhaft, seinem Kollegen Walter Saßnick gelang die Flucht ins Saarland, später nach Schweden¹⁸⁴.

In einigen Fällen wurden auch BVP-Funktionäre mißhandelt, teils sogar in Schutzhaft genommen¹⁸⁵. In Regensburg durchsuchte die Landespolizei zeitgleich mit der Aktion gegen die Volkswacht die Verlage des katholisch-konservativen "Anzeigers" und des ehemals linksstehenden Wochenblatts "Regensburger Echo" nach illegalem Material, doch konnten beide Blätter am 10.3.1933 erscheinen, wenn auch unter Vorzensur; diese wurde bald wieder aufgehoben¹⁸⁶.

2. Die Stadtratssitzung vom 10.März 1933¹⁸⁷

Nach den Ereignissen des Vorabends berief Hipp für den 10.März 1933 eine außerordentliche Stadtratssitzung ein. Neben beiden Bürgermeister nahmen die Referenten, 21 von 28 Stadträten und der Kommunalreferent der Kreisregierung daran teil. Ihn hatte Hipp eingeladen, um die Staatsaufsicht direkt über seine Position zu unterrichten¹⁸⁸. Einleitend stellte er fest, daß es für das Vorgehen der SA am Vortag keinerlei Rechtsgrundlage gegeben habe. Noch während dieser einführenden Worte betrat ein SA-Trupp, erneut geführt von Kreisleiter Weigert, den Sitzungssaal und forderte die sofortige Beendigung der Sitzung. Dennoch setzte Hipp seine Ausführungen fort und berief sich dabei auf die "Willensäußerung der Bevölkerung un-

¹⁸² RNN 10.3.1933.

¹⁸³ BOw 16.3.1933, vgl. BOw 25.-26.3.1933. Zu den reichsweiten Terrorakten gegen die Freien Gewerkschaften: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20.Jahrhundert Bd. 4 (Bearb. P.Jahn, Mitarb. D.Brunner) S.50 ff.

¹⁸⁴ Vgl. Hans Feiners Erinnerungen MZ 7.3.1947, vgl. auch Zweck (1984) S.254 und A.Albrecht: Rgbg. und seine Presse. In Regensburger Almanach 1973 (1972) S.103-108, hier S.107.

¹⁸⁵ Schönhoven S.546. Am 7.4.1933 ordnete SA-Kommissar Breitenbach die Entwaffnung der örtlichen Bayernwacht wie aller Wehrverbände außer SA, SS und Stahlhelm an, am 11.4. erklärte sich die Bayernwacht für aufgelöst, vgl. RA 10. bzw. 12.4.1933.

¹⁸⁶ Zur Aktion gegen die republikanische Presse RE 10.-16. und 17.-23.3.1933, RNN 10., 13. und 15.3.1933, RAZ 14.3.1933, BOw 17.3.1933. Vgl. Held S.24.

¹⁸⁷ Zum folgenden: Sr-Prot. 10.3.1933 sowie die Lokalpresse.

¹⁸⁸ Es handelte sich um Oberregierungsrat Eugen Frei; Kurzbiographie bei W.Ziegler (1973) S.XXVIII Anm.26.

serer Stadt", wie sie am 5. März zum Ausdruck gekommen sei. Erneut mischte sich Weigert ein, verlangte die sofortige Absetzung des Themas von der Tagesordnung - die nur diesen einen Punkt enthielt - und drohte in der darauf entstehenden erregten Debatte mehrfach mit den "fürchterlichsten Konsequenzen", falls sich der Stadtrat weiterhin den Anordnungen des Reichskommissars widersetze. Hipp protestierte gegen das Vorgehen der SA-Männer und den Druck, den sie auf die Versammlung ausübten. Aus deren Reihen mischte sich allein DNVP-Stadtrat Prießhauer mehrfach in die Debatte ein und zeigte dabei seine Begeisterung über den Erfolg der "nationalen Revolution". Hipp dagegen erklärte seine Loyalität gegenüber einem von der Reichsregierung eingesetzten Kommissar und ließ den Stadtrat abstimmen, ob er die Sitzung aufheben wolle oder nicht. Als eine große Mehrheit dagegen stimmte, sich aufzulösen, forderte Weigert "die Herren, die deutsch denken" auf, den Saal zu verlassen. Tatsächlich entfernten sich einige der Stadträte, Rechtsrat Zwick und Stadtschulrat Freudenberger. Nun beantragte Weigert schriftlich bei Hauptmann Salbey, die beiden Bürgermeister und die noch anwesenden Stadträte in Schutzhaft zu nehmen. Was genau in den folgenden Minuten geschah, bleibt unklar. Salbey und Weigert zogen sich zurück, wohl um die Verhaftungen zu beraten und sich Anweisungen zu holen, während sonst niemand den Raum verlassen durfte. Wenig später kehrte Salbey allein in den Sitzungssaal zurück und erklärte, daß "Kreisleiter Weigert sich von dem Vorliegen eines Mißverständnisses habe überzeugen lassen und daß er deshalb von dem Vollzug der beantragten Schutzhaftnahme Abstand nehme". Immerhin hatte die SA ihr Ziel erreicht, die Versammlung zu sprengen. Hipp erhielt keine Gelegenheit mehr zur öffentlichen Stellungnahme zu der Flaggenhissung des Vortags - sämtliche Anwesende verließen nach der Erklärung des Polizeihauptmanns den Sitzungssaal, ohne in eine Debatte eingetreten zu sein. Diese turbulente Stadtratssitzung am 10. März 1933 war die letzte, die Hipp geleitet hat.

3. Die weitere Entwicklung auf Landesebene

Nach der Entmachtung der Landesregierung war die Reihe an der mittleren Verwaltungsebene, den Regierungspräsidenten. Für den 12. März waren sie zu Epp geladen, der ihnen in drohendem Ton Richtlinien für das künftige Verhalten sämtlicher staatlicher wie kommunaler Behörden bekanntgab¹⁸⁹. Das Protokoll der Sitzung wurde den Regierungen, Polizeidirektionen und Städten am 17. März zugesandt; es trug schon die Unterschrift des neuen kommissarischen Innenministers Adolf Wagner¹⁹⁰. Darin heißt es: "Die siegreiche nationale Erhebung muß sich in ihren Auswirkungen auch auf die Behörden des Staates und der Gemeinden erstrecken. Diese können nur dann eine ersprießliche Tätigkeit für Volk und Staat entfalten, wenn sie sich unbeirrt und rückhaltlos in den Dienst der nationalen Erhebung stellen." In den daraus abgeleiteten Verhaltensregeln war die Rede von "gesundem Menschenverstand" und "höchster Entschlußkraft", mit der jeder Beamte den "weitgespannten umfassenden Gedanken des deutschen nationalen Volkstums" zu vertreten habe, daß "Zucht und Ordnung unter allen Umständen aufrecht zu erhalten" seien und daß sich die Staatskommissare freuten, "wenn sie den Regierungspräsidenten ihre Hilfe zur Verfügung stellen können". Schließlich rechtfertigten Epp und Wagner die Beurlaubungen, die sie verfügt hatten, mit dem Hinweis, man "erwarte nicht nur eine passive Durchsetzung der Befehle, sondern unbedingte, erhöhte Aktivität im Sinne dessen, was sich jetzt vollzogen hat." Auch zu offenen Rechtsbrüchen erklärte sich Wagner bereit: "Wenn ich schon einmal dareinschlage, dann schlage ich kräftig. (...) Bei den Maßnahmen, die ich für nötig halte, hänge ich mich an keinen Paragraphen. (...) Es han-

¹⁸⁹ Vgl. Domröse S.90 ff.

¹⁹⁰ Abdruck in ZR 10298.

delt sich um Dinge, die in einer Übergangszeit von einem Regime ins andere notwendig sind, also um Dinge vorübergehender Natur."¹⁹¹

Am 15. März trat die bayerische Regierung unter Ministerpräsident Heinrich Held auch förmlich zurück¹⁹². Epp besetzte die Kabinettsposten darauf - zunächst kommissarisch - mit bewährten Parteigenossen¹⁹³. Adolf Wagner, Gauleiter von München und Oberbayern, übernahm das Innenressort. Er sollte sich zum "starken Mann" im Land entwickeln, dem weder Epp selbst noch Ministerpräsident Siebert gewachsen waren; eine ernstzunehmende Konkurrenz erhielt er allenfalls durch die übrigen bayerischen Gauleiter¹⁹⁴. Zum wichtigsten Ansprechpartner für die Kommunen entwickelte sich Wagners Stabsleiter und persönlicher Referent Max Köglmaier, seit 1932 stellvertretender Gauleiter von Oberbayern¹⁹⁵.

Neben Wagner wurde Lindaus Oberbürgermeister, MdL Ludwig Siebert, zunächst Finanzminister, bald darauf Ministerpräsident. Mdr Hans Frank übernahm das Justizministerium, das Kultusressort fiel an den Gauleiter der Bayerischen Ostmark, den Bayreuther Reichstagsabgeordneten und künftigen "Pressezaren" Hans Schemm. Mit der Berufung Hermann Essers, des Leiters der Staatskanzlei, zum Minister ohne Geschäftsbereich¹⁹⁶, der Auflösung des Außen- und der Schaffung eines Wirtschaftsministeriums¹⁹⁷ war die Regierungsbildung abgeschlossen. Erster Wirtschaftsminister wurde der BVP-Abgeordnete Eugen Graf von Quadt zu Wykradt und Isny, der den jüngeren, nationalen Flügel der Landespartei und dessen Anlehenskurs an die NSDAP repräsentierte.

Neben den Ministern spielten die Staatskommissare zur besonderen Verwendung eine wichtige Rolle, darunter SA-Chef Ernst Röhm. Heinrich Himmler, seit jenem 9. März kommissarischer Polizeipräsident von München, wurde Chef der politischen Polizei, ab 1.4.1933 "Politischer Polizeikommandeur Bayerns"; unter ihm leitete Reinhard Heydrich das politische Referat. Himmler unterstanden sämtliche politischen Polizeibehörden, die aus SA, SS und Stahlhelm gebildete Hilfspolizei und "die bereits bestehenden und noch einzurichtenden Konzentrationslager"¹⁹⁸. Zum Dank für die Einbeziehung der BVP in die neue bayerische Regierung billigte ihre nach der Gleichschaltung neugebildete Landtagsfraktion am 29.4.1933 einstimmig das bayerische Ermächtigungsgesetz¹⁹⁹. Allein die SPD-Fraktion mit Albert Roßhaupter an der Spitze verweigerte ihre Zustimmung; auch Regensburgs Abgeordneter Alfons Bayerer hat gegen dieses Landes-Ermächtigungsgesetz gestimmt.

Selbstverständlich gab sich die NSDAP nicht damit zufrieden, die Staatsregierung mit eigenen Parteigängern zu besetzen, die mittlere und die untere Verwaltungsebene dagegen nur einzuschüchtern; dafür kam einem Polizeidirektor oder Oberbürgermeister doch zu viel Macht und Einfluß zu, den er gegen die "Bewegung" hätte nutzen können. Dafür waren aber

¹⁹¹ Ebd.

¹⁹² Held starb im August 1938 in Rgbg., seine Beerdigung soll ebenso wie die des zwei Wochen darauf in Würzburg verstorbenen Georg Heim nur geringes öffentliches Interesse gefunden haben, vgl. RPB 8.9.1938 und Schönhoven S.640 f.

¹⁹³ VO des Reichskommissars für Bayern, die Übernahme der gesamten Regierungsgeschäfte in Bayern betreffend, 16.3.1933, GVBl S.88. Vgl. auch: Bayern im ersten Vierjahresplan S.21 ff.

¹⁹⁴ Zum Machtkampf innerhalb von NSDAP und SA vgl. Domröse S.133 ff., vgl. auch D.Rebentisch: Innere Verwaltung. In DVG IV S.732-774, hier S.750 f.

¹⁹⁵ Vgl. Hanco S.360.

¹⁹⁶ Zu Esser, Journalist und seit 1923 Propagandaleiter der NSDAP: Frei S.12 und passim.

¹⁹⁷ Epps entsprechende Erlasse und Gesetze in GVBl S.113 ff., vgl. zur weiteren Entwicklung Bayern im ersten Vierjahresplan S.25 ff. Zu Epps Position: Reichsstathaltergesetz 7.4.1933, RGBI I S.173. Zu den Aufgaben der Staatskanzlei: VO und Verf. Sieberts, 31.5.1933, GVBl S.153 f.

¹⁹⁸ GVBl 1933 S.95.

¹⁹⁹ Vgl. allg. Schönhoven S.549 ff. Vgl. auch W.Braun: Die Diktaturgewalt des Bayerischen Gesamtministeriums seit dem Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933. Ochsenfurt 1935 (Diss. Würzburg 1934).

auch zu viele alte Rechnungen aus der Kampfzeit zu begleichen, und es standen zu viele Karrieristen aus den eigenen Reihen bereit, die lange auf ihre Chance gewartet hatten, endlich zu Macht und Ansehen zu gelangen. So erklärt sich, daß unmittelbar nach der Ausschaltung der Staatsregierung auch andere wichtige Posten im Land neu besetzt wurden. Für Regensburg betraf dies noch vor der Auswechslung des Oberbürgermeisters Polizeidirektor Bernreuther, der sofort nach dem 9.März beurlaubt wurde. Schon seit dem Abend des 11.März 1933 amtierte an seiner Stelle für einige Tage der Reichstagsabgeordnete und zeitweilige SA-Gruppenführer, Oberst Hans Georg Hofmann²⁰⁰. Allerdings verließ er schon kurz darauf die Stadt, um ebenso wie Bürgermeister Herrmann in Berlin sein Reichstagsmandat wahrzunehmen²⁰¹. Im April wurde er zum Regierungspräsidenten von Ober- und Mittelfranken ernannt. Seine Nachfolge als Regensburger Polizeidirektor trat nach einem kurzen Zwischenspiel ab Mitte April 1933 Fritz Popp aus Ansbach an, der diese Position bis zum Ende des Dritten Reichs behalten sollte²⁰². Ihm war nicht nur die örtliche, sondern auch die gesamte regionale Staatspolizei unterstellt, und im Krieg, vor allem gegen Kriegsende, hat er als Leiter der Luftschutzpolizei enormen Einfluß auf die verschiedensten Bereiche der Kommunalverwaltung gewonnen, da sein Einspruch jede geplante Maßnahme hinfällig machte. Polizeimajor Georg Becher von der Münchener Schutzpolizei schließlich wurde unter gleichzeitiger Beförderung zum Oberstleutnant ab 1.5.1933 Chef der Regensburger Schutzpolizei und löste damit Fritz Stadelmayr ab²⁰³.

4. Die Unterdrückung der Linksparteien

Eine erste Festnahmewelle begann bekanntlich nach der Reichstagsbrand-Verordnung Ende Februar 1933. Sie traf selbst noch nach der Reichstagswahl vom 5.März 1933 - zur Freude der Behörden wie auch der katholisch-konservativen Bevölkerungsmehrheit²⁰⁴ - vorwiegend die KPD und die ihr angeschlossenen Verbände. Unmittelbar nach der Wahl, in den frühen Morgenstunden des 6.März 1933, wurden auch in der Regensburger Hochburg der KPD, dem Stadtteil Schwabelweis, einige ihrer Mitglieder verhaftet²⁰⁵. Sie kamen, anders als Schutzhäftlinge anderer Parteien, nicht in das Gerichtsgefängnis an der Augustenstraße, sondern gleich in das Straubinger Zuchthaus, später in das neu eröffnete Konzentrationslager Dachau²⁰⁶. Trotz dieser Festnahmewelle kann bis zum 9.März noch nicht von einer systematischen Ausschaltung der KPD, geschweige denn der weitaus größeren Linkspartei, der SPD, gesprochen werden; häufig wurden die Betroffenen sehr schnell wieder entlassen. Dies änderte sich erst nach Epps "Machtergreifung" in Bayern. Himmler und Heydrich organisierten nun die systematische Verfolgung der KPD²⁰⁷, und die Verhaftungswelle weitete sich auf Einzelpersonen aus der SPD, ihrem Umfeld und der Gewerkschaften aus. Vor allem die SA-, SS- und Stahlhelm-Hilfspolizisten taten sich bei der Ausschaltung ihrer politischen Gegner

²⁰⁰ BOw 14., 18.-19. und 28.3.1933, RE 17.-23.3.1933, vgl. Weinmann S.99 f. Vgl. auch Die Woche 15.2.1973 und Wiesemann S.467 Anm.13.

²⁰¹ BOw 20.3.1933, vgl. Zweck (1984) S.256.

²⁰² Popp verlegte erst 1934 seinen Wohnsitz nach Rgbg., vgl. Ansbacher an Rgbg.er Stadtrat, 24.1.1934, ZRa 13958.

²⁰³ Verf. Wagners 21.4.1933, StA 4095. Nach einer weiteren Verf. Wagners (20.6.1933, ebd.) wurde Stadelmayr in den dauernden Ruhestand versetzt.

²⁰⁴ Vgl. allg. Domröse S.320 ff.

²⁰⁵ RA 7.3.1933, wo der Polizeibericht zitiert wird; vgl. auch W.Kick S.75.

²⁰⁶ Vgl. RNN 1.4.1933, RE 19.-25.5.1933, RA 5.7.1933; weitere Einzelheiten bei W.Kick S.115 ff. und Weinmann S.30 ff.

²⁰⁷ Mehringer (KPD) S.70 ff., vgl. für München Bretschneider S.22 ff.

hervor, die zugleich der Einschüchterung von Mandatsträgern aller Ebenen diene²⁰⁸. Ab 16.3.1933 soll eine Anweisung Adolf Wagners gegolten haben, wonach jede polizeiliche Überwachung nationalsozialistischer Aktivitäten, also auch jegliches Eingreifen gegen Schlägertrupps und Terrorkommandos, zu unterbleiben hatte²⁰⁹. Einige dieser "Hilfspolizisten" kamen im Zuge der Unterbringung arbeitsloser "Alter Kämpfer" auch bei der Stadtverwaltung unter, darunter der örtliche SS-Führer und Stadtrat Johann Engel und der SA-Sturm-bannführer Eugen Körber, kaufmännischer Angestellter im Stadtlagerhaus und an mindestens vier "Inschutzhaftnahmen" beteiligt²¹⁰.

Gesicherte Zahlenangaben über die Opfer der Verhaftungen sind kaum möglich. Ständig meldete die Presse neue Inhaftierungen, die aber auf Informationen beruhten, die ihrerseits von der Polizeidirektion für veröffentlichungsreif gehalten wurden - sei es aus Gründen der Abschreckung, sei es, weil nicht jede Festnahme ohne Aufsehen ablief. Am 6.3.1933 saßen bereits sechs Regensburger KPD-Angehörige in Schutzhaft²¹¹, in der Nacht vom 9. auf den 10.3.1933 sollen 15 SPD-Mitglieder inhaftiert, dann allerdings nach mehrwöchiger Haft entlassen worden sein. Für den 16.3.1933 meldete die Presse elf weitere Inhaftierungen, darunter den örtlichen Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft, Johann Kimpel²¹². Doch findet sich auch der Hinweis, es habe am 17.3.1933 31 Schutzhäftlinge aus Regensburg gegeben: 21 KPD- und 10 SPD-Funktionäre, darunter einige Stadträte²¹³. Ende März 1933 waren vermutlich etwa 70 Funktionäre der Linksparteien, aber - noch vor den reichsweiten Boykottmaßnahmen - auch 107 der 427 Regensburger Juden, also wohl fast alle Familienväter, inhaftiert²¹⁴.

Angeblich gab es in ganz Bayern allein in der Woche nach dem 9.März rund 5400 Verhaftungen. Die Gefängnisse waren schnell überfüllt, und so wurden seit dem 22.3.1933 politische Häftlinge in Baracken auf dem Gelände einer ehemaligen Pulverfabrik bei Dachau untergebracht. Seit dem 2.4.1933 bestanden ihre Wachmannschaften nur noch aus SS-Leuten - der Beginn des KZ-Systems im deutschen Reich²¹⁵. Innerhalb kürzester Zeit wurde "Dachau" zum Synonym für eine unheimliche Bedrohung, Gerüchte über Folter und Mord machten die Runde, und die Formulierung "Sei still, sonst kommst du nach Dachau" wurde Allgemeingut.

B. Der 20.März 1933²¹⁶

Wie ersichtlich, orientierte sich die Personalpolitik der NSDAP in der Phase der Machtergreifung an der Bedeutung der jeweils zu besetzenden Position. So war es konsequent, daß die

²⁰⁸ Vgl. allg. die Tagespresse mit vielen Hinweisen auf Verhaftungen, vgl. auch Weinmann S.31 und S.99 f. sowie Diehl-Thiele S.75 ff.

²⁰⁹ BA Koblenz, Slg.Schumacher 374, zit. nach Zweck (1984) S.253.

²¹⁰ Körber soll selbst 1943/44 noch sehr "aktivistisch" aufgetreten sein und wurde nach dem Krieg von der Stadtlagerhaus GmbH entlassen, vgl. Prüfungsausschuß an OB, 13.2.1946, ZR 16960.

²¹¹ RA 7.3.1933.

²¹² Ausführlich zu seiner Person W.Kick S.58 ff.

²¹³ RA 17.3.1933, vgl. W.Kick S.61.

²¹⁴ Belege aus der Presse bei Zweck (1984) S.253 ff., Weinmann S.221 und Langer S.99 f. Vgl. die bei Zweck S.254 Anm.731 zitierte Liste der SPD-Schutzhäftlinge.

²¹⁵ Vgl. allg. G.Kimmel: Das Konzentrationslager Dachau. BNS II (1979) S.349-413.

²¹⁶ Zu den folgenden Vorgängen StA (1987) I blau 721 = 4161 u (Personalakt Hipp). Vgl. auch RA, BOw und RNN 21.3.1933, RAZ und VB 22.3.1933, RE 24.-30.3.1933. Kurzfassung der Vorgänge des 20.März bei Albrecht (1984) S.218 ff., vgl. Babl S.3, S.8 und S.13 sowie Weinmann S.26 f.

führenden Kommunalpolitiker ausgewechselt wurden, als sich die Spitzenpositionen auf Landes- bzw. Kreisebene sowie die Polizeiverwaltungen bereits in Händen verdienter Parteigenossen oder aber solcher Beamter befanden, von denen kein Widerstand zu erwarten war. Erst als man dieses Etappenziel erreicht hatte, kümmerte man sich um die unterste Verwaltungsebene, die Gemeinden.

Am 20.3.1933 untersagte Wagner "sämtlichen marxistischen Parteien (...) angehörenden ehrenamtlichen Bürgermeistern" im Interesse von Ruhe und Ordnung die Ausübung ihres Amtes. Sie waren sofort zu beurlauben und "kommissarische Stellvertreter im Einvernehmen mit den Beauftragten der Obersten SA-Führung aufzustellen". Doch beschränkte sich Wagner nicht auf die SPD-Bürgermeister; sinngemäß sollte seine Anordnung auch angewendet werden auf "sonstige Bürgermeister, deren weitere Amtsführung die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu gefährden geeignet ist"²¹⁷. So traf noch am gleichen Tag - unmittelbar bevor in Potsdam am Grab Friedrichs des Großen mit großem Propagandaaufwand die Aussöhnung zwischen altem Staat und neuer Bewegung inszeniert wurde - dasselbe Schicksal wie die Landesregierung nun zahlreiche bayerische Bürgermeister. Wie sein Münchener Kollege Karl Scharnagl²¹⁸ und viele andere wurde an diesem Tag auch Regensburgs Oberbürgermeister Dr. Otto Hipp aus dem Amt gedrängt²¹⁹.

Bereits in den Tagen zuvor hatte es Gerüchte über Hipps bevorstehende Absetzung und die weiterer leitender Beamten der Stadtverwaltung gegeben²²⁰, nun war es soweit: "Anlässlich einer Volksbewegung in Regensburg wurden am 20.März 1933 nachmittags die Herren Oberbürgermeister Dr. Hipp, Rechtsrat Zwick, Rechtsrat Dr. Reuß, Oberstadtbaudirektor Schipper, Oberstadttammann Jepsen zum Rücktritt aufgefordert. Sämtliche Herren kamen dieser Aufforderung nach. Ferner wurden 1 Beamter und 1 Aushilfsangestellter des städt. Wohlfahrtsamtes in Schutzhaft genommen. Vom Herrn kommissarischen Innenminister in München wurde sofort Herr Dr. med. Otto Schottenheim zum kommissarischen I.Bürgermeister von Regensburg ernannt."²²¹

So knapp und nüchtern berichtete Schottenheim selbst wenige Tage nach seinem Amtsantritt, doch enthält sein Text nur einen Teil der Wahrheit; denn nicht eine Volksbewegung oder eine "erregte Menge"²²² erzwangen Hipps Absetzung, noch kamen die genannten Personen ganz ohne Widerstand der Rücktrittsforderung nach. Tatsächlich stellen sich die Ereignisse dieses turbulenten Tages nach den teils widersprüchlichen Quellen folgendermaßen dar:

Am Nachmittag des 20.März versammelte sich, wie bereits bei der gewaltsamen Fahnenhisung am 9.3., eine größere Volksmenge vor der Polizeidirektion am Haidplatz und dem Rathaus. Sie forderte den Rücktritt Hipps und verschiedener leitender Polizeibeamter. Gewerbe-referent Reuß war kurz zuvor gewarnt worden, das Rathaus zu betreten, da geplant sei, ihn und Hipp "durch die Straßen zu zerren"; auch Rechtsrat Zwick soll diese Warnung erhalten haben²²³.

SA-Männer erschienen in der Wohnung des Oberbürgermeisters und forderten ihn auf, sich ins Rathaus zu begeben. Etwa um 15 Uhr empfingen dort die Menschenmenge und eine SA-

²¹⁷ Bayerische Staatszeitung 68, 22.3.1933.

²¹⁸ Vgl. Steinborn (s.Anm.167) S.526 ff. und Hanko S.350 zur Machtübernahme in München durch Karl Fiehler.

²¹⁹ Tabelle zur Auswechslung der Bürgermeister in den 28 größten bayerischen Städten bei Matzerath (1970) S.80. Zur Gleichschaltung der Verwaltungsspitzen im Kreisgebiet: StA (1987) 1 blau 20 = 4003 e.

²²⁰ Schon am 18.3.1933 traten zwei prominente Regensburger für Hipp und Direktoralsekretär Jepsen ein (HStAM MInn 80417, Personalakt Hipp).

²²¹ HMB Sch. an Reg. 31.3.1933, ZR 3725 b.

²²² Letztere Formulierung in Sch. an Reg., 13.5.1933, StA (1987) 1 blau 508 = 4159 i 2.

²²³ Reuß an Generalsekretariat der BVP, 29.3.1933, Personalakt Reuß (Stadtarchiv).

Abteilung die eintreffenden Beamten mit Gejohle, Schmähungen und Beschimpfungen. Auch das Innere des Rathauses war bereits von SA-Leuten besetzt. Sie zwangen mindestens vier, vielleicht fünf der städtischen Spitzenbeamten zur Unterschrift unter vorbereitete Rücktrittserklärungen: Hipp, Reuß, Zwick und Jepsen mußten hier ihrer Absetzung zustimmen, Schipper entweder hier oder im Stadtbauamt am Bismarckplatz²²⁴. Eine in der Presse verschiedentlich erwähnte Rücktrittserklärung von Rechtsrat Ehrhardt²²⁵ ist nicht belegt, wie auch über Stadtschulrat Freudenberger und sein Verhalten an diesem Tag nichts bekannt ist. Bürgermeister Herrmann war vermutlich an diesem 20. März nach Berlin unterwegs, um sein neuerworbenes Reichstagsmandat auszuüben - erstmals bei der Abstimmung über das "Ermächtigungsgesetz", das mit Hilfe von Zentrum und BVP die erforderliche Mehrheit fand und die zentralen Bestimmungen der Weimarer Verfassung außer Kraft setzte. In einem Pressegespräch direkt im Anschluß an die "Machtübernahme" in Regensburg soll die lokale Parteiführung zugesichert haben, Herrmann im Amt zu belassen²²⁶.

Hipp, Reuß und Zwick versuchten, ihre Rücktrittserklärungen dahingehend zu ergänzen, daß ihre Unterschrift nur unter Zwang erfolge, doch nötigte man sie, diesen Zusatz zu streichen. Hipp ließ sich nach seinem erzwungenen Rücktritt nach Hause bringen, dort wurde er in Schutzhaft genommen und in das Landgerichtsgefängnis eingeliefert. Währenddessen begab sich die Menge nach dem erfolgreichen Abschluß der Aktion im Rathaus zum Stadtbauamt am Bismarckplatz 8 und erzwang wohl erst hier den Rücktritt des Baureferenten Schipper. Danach zog man zum Arbeitsamt, wo eine Reihe seiner - angeblich der SPD nahestehenden - Mitarbeiter in Schutzhaft genommen wurde. Auch vor anderen Behörden, vor allem der Kreisregierung und der Polizeidirektion, kam es zu Menschenaufläufen und Verhaftungen, so daß es möglich erscheint, daß gleichzeitig mehrere Einsatztrupps der SA in Aktion waren.

Ob die jeweiligen Menschenmengen überwiegend von der SA gestellt oder ob nur die zahlreichen Schaulustigen zu ihrem drohenden Verhalten aufgestachelt wurden, bleibt letztlich belanglos. Nicht der "Volkszorn" hat es jedenfalls erforderlich gemacht, bedrohte Beamte durch vorübergehende Festnahmen zu "schützen", sondern es handelte sich um gezielte Verhaftungen. Zuständig für ihren Vollzug war der berüchtigte, kommissarisch als stellvertretender Polizeidirektor, dann als Sonderkommissar bei der Kreisregierung amtierende SA-Oberführer Breitenbach, der die Festgenommenen jeweils mit einer Eskorte von 15 Mann ins Justizgebäude schaffte²²⁷.

Zu Hipps Nachfolger berief die Kreisleitung - vielleicht auf Betreiben der Gauleitung²²⁸, eher wohl auf Vorschlag von Kreisleiter Weigert²²⁹ - den Arzt und ehemaligen Freikorpskämpfer Dr. Otto Schottenheim, Mitglied der NSDAP und der SS seit 1929. Er stellte sich nach anfänglichem Zögern, angeblich überredet von Weigert und Breitenbach²³⁰, für das Amt des kommissarischen Bürgermeisters zur Verfügung. Er ging davon aus, daß er es nur kurze Zeit

²²⁴ Reuß erwähnt (ebd.) Jepsens und Schippers Rücktritt nicht, vielleicht weil er sich nur auf Spitzenbeamte mit Referentenstatus bezog (Jepsen) und die späteren Ereignisse am Bismarckplatz nicht mehr erlebt hat (Schipper). Schippers Ehefrau gab später an, auch ihr Mann habe sich im Rathaus befunden, sei dann mit Gewalt ins Gebäude der Kreisregierung gebracht und anschließend in Schutzhaft genommen worden (4.2.1946 an OB Titze, Personalakt Schipper).

²²⁵ Vgl. noch "Ein Tag vor 50 Jahren" (Sonderdruck der MZ, Januar 1983).

²²⁶ RA 21.3.1933, vgl. W.Kick S.312.

²²⁷ RE 24.-30.3.1933.

²²⁸ Laut RA 21.3.1933 wurde Sch. von der "politischen Leitung Oberpfalz-Niederbayern der NSDAP" berufen.

²²⁹ Weigert im Entnazifizierungsverfahren Sch. (1947), vgl. Babl S.13. Vgl. auch Sch. an Reg., 13.5.1933: "Ich wurde von Herrn Kreisleiter Weigert als kommissarischer Bürgermeister bestimmt" (StA 1987 1 blau 508 = 4159 i 2).

²³⁰ Breitenbach vor der Spruchkammer im Entnazifizierungsverfahren Sch. (1947), zit. in MZ 1.7.1947.

werde ausüben müssen²³¹; immerhin betrieb er eine recht einträgliche Praxis. Schottenheims Ernennung wurde der Kreisregierung zunächst, am 20.3.1933 gegen 18 Uhr, telefonisch bestätigt, und zwar von Breitenbach im Auftrag Adolf Wagners²³². Daraufhin beurlaubte Regierungspräsident Wirsching Dr. Hipp förmlich. Dieser bestritt zwar am 21.3.1933 die Rechtswirksamkeit seiner Rücktrittserklärung vom Vortag, bat aber notgedrungen und widerstrebend um seine befristete Beurlaubung²³³.

Schottenheims erste Amtshandlung war es, Zwicks Rücktrittserklärung rückgängig zu machen, den er "zur Weiterführung der Geschäfte dringend benötigte"²³⁴. Tatsächlich erbat sich Zwick schon kurz darauf eine eigene Hilfskraft für ein Spezialgebiet der Verwaltung, nachdem er vertretungsweise auch den Geschäftsbereich von Dr. Reuß zu bearbeiten hatte²³⁵.

Am Abend des 20. März und in der folgenden Nacht gab es scharfe Polizei- und Hilfspolizeikontrollen im ganzen Stadtgebiet, um Zwischenfälle zu vermeiden. Die Hilfspolizei war, folgt man dem "Regensburger Anzeiger", für diese Nacht auf über 80 Mann verstärkt worden²³⁶.

C. Die Konsolidierungsphase bis zum Sommer 1933

1. Erste Maßnahmen

An die Öffentlichkeit trat Schottenheim erstmals am 22. März 1933, als er in der von ihm einberufenen außerordentlichen Stadtratssitzung folgende Erklärung abgab: "Als von der Regierung bestätigter kommissarischer Bürgermeister eröffne ich Ihnen, daß ich die Geschäfte rechtswirksam übernommen habe (...). Von der städtischen Beamtenschaft erwarte ich, daß sie ihre Obliegenheiten im Interesse des Gemeinwohls pflichtgetreu und verantwortlich weiter führt. Den Stadtrat vertage ich auf unbestimmte Zeit. - Damit ist die Sitzung geschlossen."²³⁷ Der Stadtrat wurde also als Kontrollorgan sofort ausgeschaltet; Widerspruch scheint sich in der Sitzung nicht geregt zu haben.

Schon vor Hipps Sturz hatte Stadtschulrat Freudenberger die städtischen Schulturnhallen für die Freie Turnerschaft, den Freien Wassersportverein und den Radfahrerverein "Solidarität" gesperrt²³⁸. Zu den ersten Maßnahmen nach Schottenheims Amtsantritt gehörte es nun, alle Zuschüsse, jede Förderung von Vereinigungen der politischen Linken zu unterbinden und Aufträge an und Lieferungen von jüdischen Betrieben einzustellen. Auf seine Anweisung hin sperrte Finanzreferent Ehrhardt die Zahlungen an das "Kartell für Arbeitersport und -bildung", dem nach dem Haushaltsplan noch 700 RM zugestanden wären, an den Arbeiter-Samariterbund und die Arbeiterjugend; in den nächsten Etat waren diese Posten nicht mehr auf-

²³¹ Sch. an Reg., 13.5.1933, StA 1987 1 blau 508 = 4159 i 2.

²³² Vermerk 21.3.1933, StA (1987) 1 blau 721 = 4161 u.

²³³ Hipp an Reg., 21.3.1933, ebd.; vgl. BOw 23.3.1933.

²³⁴ Sch. an Reg., 13.5.1933, StA (1987) 1 blau 508 = 4159 i 2. Auch erwähnt in dem genannten Bericht von Reuß sowie in der Tagespresse, z.B. RA 21.3.1933, RNN und RAZ 22.3.1933, RE 24.-30.3.1933, vgl. auch Babl S.3.

²³⁵ Zwick an Sch., 23.3.1933, ZR 10384 b. Erstaunlich der Hinweis im HMB vom 31.3., Zwick befinde sich erst seit 27.3. wieder im Dienst (ZR 3725 b).

²³⁶ RA 21.3.1933.

²³⁷ Sr-Prot. 22.3.1933, vgl. auch die Lokalpresse, z.B. RA, RNN und BOw, alle 23.3.1933, sowie RE 24.-30.3.1933.

²³⁸ Freudenberger an Augusten-, Kreuz- und Pestalozzischule, 17.3.1933, ZRa 12584.

zunehmen²³⁹. Die an "marxistische" Organisationen verpachteten Spiel- und Sportplätze wurden ihnen sofort "durch Kündigung entzogen"²⁴⁰. Mit diesen Maßnahmen griff die Regensburger Stadtverwaltung einem generellen Verbot "marxistischer" Organisationen durch Innenminister Wagner sogar noch vor. Nun mußten landesweit sämtliche Verträge, mit denen solchen Vereinigungen öffentliche Grundstücke oder Gebäude überlassen worden waren, sofort gekündigt werden, sie waren stattdessen der SA, der HJ oder dem Stahlhelm zu übergeben²⁴¹. Dasselbe galt für Zuschüsse an die SDAJ; sie mußten, soweit sie noch nicht ausgegeben waren, der HJ zugeführt werden²⁴². Schon Anfang April 1933 teilte Schottenheim der Kreisleitung mit, die von den "nunmehr verbotenen marxistischen Organisationen" benutzten drei Schulturnhallen stünden jetzt den NS-Verbänden zur Verfügung, und Mitte Mai 1933 konnte er den Vollzug von Wagners Anordnung "in allen Teilen" melden²⁴³.

Diese Förderung der NS-Verbände fand ihre Parallele in der bevorzugten Berücksichtigung mittelständischer Gewerbetreibender, die der Partei angehörten. So überrascht es nicht, daß seit dem Frühjahr 1933 die verschiedensten örtlichen, aber auch auswärtigen Firmen bei ihren Angeboten an die Stadtverwaltung darauf verwiesen, wie intensiv sie schon immer den Nationalsozialismus unterstützt oder zumindest mit ihm sympathisiert hätten²⁴⁴.

Zu den ersten Maßnahmen der neuen Stadtspitze gehörte auch die Umbenennung von Straßen; 148 neue Straßenschilder mußten sofort angeschafft werden²⁴⁵. Und auch Führer-Bilder sollten die städtischen Dienststellen per Sammelbestellung beziehen²⁴⁶. Bedeutsamer war die Quartierbeschaffung für die sogenannte Hilfspolizei, bestehend aus SA- und Stahlhelmmännern als "Sicherheits-" und SS-Leuten als "politischer Hilfspolizei". Epp hatte bestimmt, daß die Gemeinden Räume hierfür stellen mußten, wenn staatseigene Gebäude nicht ausreichten. So ersuchte die Polizeidirektion die Stadt, Quartiere für 83 Hilfspolizisten zu beschaffen. Schottenheim reagierte, indem er die Berufsschule im Thon-Dittmer-Palais vorzeitig schloß, doch bestand er darauf, daß die Schulräume zum neuen Schuljahr, d.h. bis 20.4.1933, unbedingt wieder freigemacht werden müßten²⁴⁷. Seit 1921 nutzte die Stadt das reichseigene ehemalige Garnisonslazarett an der Greflinger Straße, seit 1930 waren dort das städtische Säuglingsheim, die Lungenfürsorgestelle und das Jugendamt untergebracht. Der Mietvertrag konnte nur gekündigt werden, wenn "unvorhersehbare Verhältnisse" eintraten und das Reich selbst die Gebäude wieder benötigte. Dies war nun der Fall. Das ehemalige Lazarett wurde innerhalb weniger Tage geräumt und stand den "Hilfspolizisten" - mittlerweile rund 150 Mann²⁴⁸ - ab 12.4.1933 zur Verfügung²⁴⁹. Hier entstand die Zentrale des Terrors der folgenden Monate, hierher verschleppten die "Hilfspolizisten" ihre Opfer, um sie zu mißhandeln²⁵⁰.

²³⁹ Ehrhardts Verf. vom 24.3.1933 in ZRa 13684 und JUG 533.

²⁴⁰ Sportflächen an der Schillerwiese, am Unteren Wöhrd und an der Donaustauffer Straße, vgl. Bericht Lieg. 1.4.1933, ZRa 14149, vgl. auch Rechtsdezernat 28 II (Wiedergutmachung Freier TuS) und "75 Jahre, 1911-1986, Freier Turn- und Sportverein Regensburg". Rgbg. 1986 o.S. Belege aus der Folgezeit u.a. in ZR 10678.

²⁴¹ Wagners Anordnung vom 29.3.1933 in ZRa 14149.

²⁴² Anweisung des Minn 30.3.1933, ZR 19653.

²⁴³ 6.4.1933 an Kreisleitung, ZR 10678, bzw. 12.5.1933 an die Reg., ZRa 14149. Es finden sich zahlreiche Belege, wonach Räume in Schulen außerhalb des Unterrichts NS-Verbänden überlassen wurden.

²⁴⁴ Vgl. z.B. die Beschwerde des inhaftierten Bahnhofsgastwirts Zipfel, der seine BVP-Mitgliedschaft zugab, aber den Pressevorwurf der Hetzerei bestritt und säuberlich seine Spenden an die NSDAP auflistete (8.7.1933, ZR 19595).

²⁴⁵ HA-Prot. 29.3.1933. Umbenannt wurden u.a. die Schützen- in General-von-Epp- (heute Dr.-Joh.-Maier-), die Ostendorfer in Horst-Wessel-Straße, der Wittelsbacher- in Hindenburgpark, ein Teil des Alleengürtels in Adolf-Hitler-Allee; vgl. BOW und RNN 30.3.1933.

²⁴⁶ Verf. Sch. 12.4.1933, ZR 9042, vgl. Rundschreiben Minn 28.5.1934, ZR 2555.

²⁴⁷ Der Vorgang in ZR 18881, vgl. auch Freudenberger an Reg., 27.3.1933, ZRa 12659, Jb. 1932/33 der Berufsschule, ZRa 12658, sowie RE 31.3.-6.4.1933.

²⁴⁸ Sch. an Finanzamt, 12.4.1933, ZR 18881. Am 20.7.1933 sollen nur noch 20, am 18.10.1933 nur noch vier Hilfspolizisten bei der Schutzmannschaft eingesetzt gewesen sein, vgl. ZR 16783.

Auch für das von der SA requirierte Gewerkschaftshaus "Paradiesgarten", inzwischen umbenannt in "Horst-Wessel-Haus", für das ebenfalls beschlagnahmte Druckereigebäude der sozialdemokratischen "Volkswacht" und für ein SA-Heim in der Weingasse stellte die Stadt Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände zur Verfügung. Sogar das Gerichtsgefängnis an der Augustenstraße, wo die meisten Regensburger Schutzhäftlinge einsaßen, erhielt Strohsäcke und Kissen, die teils erst aus Haushaltsmitteln beschafft werden mußten²⁵¹. Allerdings verbot die Finanznot der Stadt allzu weitreichende Großzügigkeit. Finanzreferent Ehrhardt berichtete dem neuen Stadtoberhaupt trotz der für ihn persönlich noch heiklen Lage: "Es ist selbstverständlich, daß alle Bestrebungen nationalen Zwecks nachdrücklichst gefördert werden. Nur wird eine Stadt, deren Haushaltsplan einen Fehlbetrag von rund 1 Million aufweist, finanziell nicht allzuviel tun können."²⁵²

2. Die Klärung der Verhältnisse bis zum Sommer 1933

Zu klären blieben die Personalverhältnisse der beurlaubten Spitzenbeamten Hipp, Reuß, Schipper und Jepsen²⁵³. Sie alle widerriefen in den Tagen nach dem 20. März ihre Rücktritts-erklärungen mit dem Hinweis, daß sie nur unter Zwang unterschrieben hätten²⁵⁴. So gehörte es zu Schottenheims ersten Amtshandlungen, nicht etwa Ruhestandsversetzungen, sondern, bis zur Klärung der Rechtslage, vorläufige Beurlaubungen auszusprechen. Offenbar wollte er diese nicht allein verantworten müssen, jedenfalls forderte der Regierungspräsident schon am 23.3.1933 vom Innenministerium eine Entscheidung, ob die Beurlaubung von Reuß, Schipper und Jepsen bestätigt werde oder nicht²⁵⁵. Folgt man Schottenheims Darstellung, so erschien infolgedessen kurz darauf "im Auftrag des kommissarischen Ministers Adolf Wagner Herr Staatsanwalt Schlumprecht, welcher auf der Regierung im Beisein vom Herrn Präsidenten Wirschinger, Kreisleiter Weigert und mir die Beurlaubung der obengenannten Herren (einschließlich Hipps, Anm.d.Verf.) legalisierte"²⁵⁶. Eine ungeschickte, wengleich entlarvende Formulierung: Selbstverständlich konnte ein Vertreter des kommissarischen Innenministers nicht allein durch sein persönliches Erscheinen eine möglicherweise rechtswidrige Maßnahme "legalisieren", auch wenn Schottenheim dies gern so gesehen hätte.

Staatskommissar Schlumprecht fungierte in diesen hektischen Tagen als Mittler zwischen Innenministerium und Kommunen. Auch Hipp wandte sich nach seinem erzwungenen Rücktritt an ihn und bezog sich dabei auf eine Besprechung bei Wirschinger sowie auf ein Telefonat mit Schlumprecht, wonach ihm dieser mitgeteilt habe, daß Wagner ihm "den Rücktritt nahelegen läßt". Hipp weigerte sich, diesen Schritt zu vollziehen, bis für die Gemeinden eine allgemeine gesetzliche Regelung erlassen worden sei, und berief sich auf seine unwiderrufliche Beamtenstellung, aber auch auf seine absolute Loyalität gegenüber jeder rechtmäßigen Regie-

²⁴⁹ Vermerk Ehrhardt, 30.3.1933, ebd. Die Räumung wurde innerhalb einer Woche vollzogen.

²⁵⁰ Nach Auflösung der "Hilfspolizei" Ende 1933 mietete die Stadt das Garnisonslazarett erneut an, diesmal für den RAD und die SA, denen die Räumlichkeiten kostenlos zur Verfügung gestellt wurden (Vertrag vom 29.11./12.12.1933, ZR 10416, vgl. HA-Prot. 6.12.1933 und 10.1.1934 sowie Sch. an Fürsorgeabteilung der SA-Brigade 81, 6.3.1934, ZR 11213).

²⁵¹ Verzeichnis der abgegebenen Gegenstände, 20.4.1933, ZR 19597. Weitere Einzelheiten ebd.

²⁵² Bericht vom 27.3.1933, ZRa 13908, veranlaßt durch Wagners Aufforderung, die "Grenzhilfe zur Erhaltung des Deutschtums im Grenzland" zu unterstützen.

²⁵³ Weitere Beurlaubungen sind nicht belegt, vgl. Reg. an Minn, 23.3.1933, HStAM Minn 80417; HMB 31.3.1933, ZR 3725 b; Sch. an Reg., 13.5.1933, StA (1987) 1 blau 508 = 4159 i 2.

²⁵⁴ Widerruf Reuß' 23.3. und Verf. Sch. 24.3. im Personalakt Reuß.

²⁵⁵ HStAM Minn 80417.

²⁵⁶ 13.5.1933 an Reg., StA (1987) 1 blau 508 = 4159 i 2.

rung. Schließlich bedankte er sich noch, daß Schlumprecht "ein paar freundliche und wohlthuende Worte für meine einwandfrei nationale Gesinnung" gefunden habe²⁵⁷. Sie kam auch in den Bitt- und Unterstützungsbriefen Dritter für Hipp zum Ausdruck; stets wurden darin sein scharfes Auftreten gegen die Linksparteien und sein explizit nationaler Kurs hervorgehoben, sein Vorgehen gegen die NSDAP dagegen verharmlost²⁵⁸.

Wie ersichtlich, lief in diesen Tagen der Machtkonsolidierung ein komplizierterer Prozeß ab, als es aus der Rückschau zunächst scheinen möchte. Während man auf KPD-Funktionäre keinerlei, auf solche der SPD wenig Rücksicht nahm, ist doch eine gewisse Zurückhaltung der neuen Machthaber gegenüber dem Beamtenrecht und den etablierten Verwaltungen erkennbar, auf die man angewiesen war. Noch herrschte eine Grauzone zwischen geltendem Recht und tatsächlicher Macht, und selbst ein selbstherrlicher und rücksichtsloser Innenminister wie Wagner konnte sich zwar mit Gewalt durchsetzen, nicht aber innerhalb so kurzer Zeit neues Recht schaffen. Nachdem sich das erste Durcheinander um die vielen Beurlaubungen und die erzwungenen Rücktritte ein wenig gelegt hatte, wollte er nicht mehr im rechtsfreien Raum vorgehen, allein schon um die andernfalls zu erwartenden Arbeitsgerichtsverhandlungen zu vermeiden - noch war man sich seiner Sache keineswegs so sicher, wie es aus heutiger Kenntnis der dann folgenden Entwicklung scheinen mag.

Hipps Schicksal blieb in der Schwebe. Gleichzeitig nahmen im Kreisgebiet die Beurlaubungen derart überhand, daß die Regierung die Bürgermeister der unmittelbaren Städte mahnen mußte, Gemeindebeamte nur im Einverständnis mit dem Innenministerium zu beurlauben²⁵⁹. Schottenheim hatte noch angenommen, "daß es in der Macht des kommissarischen Bürgermeisters stehe, jederzeit Beurlaubungen von Gemeindebeamten sowohl vorzunehmen wie auch rückgängig zu machen"²⁶⁰.

Um die Verhältnisse in Regensburg endgültig zu klären, verlangte das Innenministerium am 29.3.1933 einen Bericht der Kreisregierung über die Gründe, die zur Beurlaubung der genannten Beamten geführt hatten. Wirschinger reichte die Anfrage zur Beantwortung an Schottenheim weiter, und am 4.4.1933 erstattete dieser seinen Bericht²⁶¹: "Die am Montag, den 20.3.1933 spontan aus dem Volke heraus gewachsene Bewegung, in der die Erbitterung von Jahren zum Ausdruck kam, forderte stürmisch den Rücktritt des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Hipp, des Rechtsrates Dr. Reuß, des Oberstadtbauamtsdirektors Schipper und des Stadtoberamtmanns Jepsen. Der Groll der Bevölkerung gegen das bisher in Regensburg herrschende System war derart stark, daß zur Vermeidung von schweren Ausschreitungen und unabsehbaren Folgen die sofortige Beurlaubung der vorgenannten Herren in die Wege geleitet werden mußte."

Hipps Fall war keine Ausnahme. Wagner verfügte am 7.4.1933, daß bis Monatsende in allen Gemeinden die Neuwahl des Bürgermeisters stattzufinden habe, "soweit nicht ein berufsmäßiger erster Bürgermeister vorhanden ist, dessen Dienstvertrag noch nicht abgelaufen ist"²⁶². Wo dies zutraf, waren Neuberufungen vorerst zu unterlassen. Dies gab nun in Regensburg zu wilden Spekulationen Anlaß, daß vielleicht Hipps Rückkehr auf den Oberbürgermeisterposten bevorstehe. Noch am gleichen Tag reagierte Schottenheim. In einem Brief an Wagner sprach er von "schwarzer Schiebung", die Hipp zur Unwiderruflichkeit verholfen habe, und

²⁵⁷ Hipps Schreiben vom 23.3.1933 in HStAM MInn 80417.

²⁵⁸ Vgl. Lyzeumsdirektor Pöllinger und Generalmajor a.D. Edenhofer, unter dem Hipp im Ersten Weltkrieg als Leutnant gedient hatte, an MInn, HStAM MInn 80417.

²⁵⁹ Rundschreiben der Reg. 25.3.1933, ZRa 13198 a.

²⁶⁰ Bericht 27.3.1933, ebd.

²⁶¹ HStAM MInn 80417.

²⁶² Bek. 7.4.1933, GVBl S.107.

davon, daß eine Rückkehr des früheren Stadtoberhauptes "schärfste Unruhe vor Allem der national denkenden Kreise und hellste Empörung bei allen Nationalsozialisten auslösen" werde: "Für Regensburg, als der Zentrale der schwarzen Herrschaft wäre dann für immer ein Aufbau im Geiste unseres Führers unmöglich". Auch Bürgermeister Herrmann sei "wie jeder andere Bay.Volksparteiler für die Stadt nicht tragbar", er selbst - Schottenheim - werde dagegen "gerne und freudig" sein Amt niederlegen, wenn die Leitung der Stadt "auch weiterhin in den Händen eines überzeugten Nationalsozialisten liegt"²⁶³. Weigert reagierte ähnlich: Wagners Bekanntmachung vom 21.4.1933 habe in den nationalen Kreisen "lähmendes Entsetzen" hervorgerufen. Daher sandte er ausführliche Berichte über die "Machenschaften" der Stadtspitze unter Hipp an das Innenministerium. Schwerpunkte seiner Vorwürfe bildeten die Ereignisse um die Hitler-Kundgebung am 6.4.1932, die vorgebliche Günstlingswirtschaft der BVP und die "kulturbolschewistischen" Tendenzen am Theater. Abschließend warnte Weigert, daß für Hipp sogar Lebensgefahr bestehe, wenn er in sein Amt zurückkehren sollte, und schlug Schottenheim als ersten und den Staatsanwalt Dr. Heinrich Sachs, auf den noch einzugehen sein wird, zum zweiten Bürgermeister vor²⁶⁴.

Die Aufregung legte sich bald; an eine Rückkehr Hipps war selbstverständlich nicht zu denken. Doch herrschte offenbar im Innenministerium Ratlosigkeit, wie man diese lästigen Berufsbeamten loswerden sollte, die sich weigerten, freiwillig zurückzutreten²⁶⁵. Man wird daher annehmen können, daß in den folgenden Wochen zunehmend Druck auf Hipp ausgeübt wurde, gepaart mit Versprechungen, sich um eine anderweitige Verwendung für ihn zu bemühen. Belegen läßt sich ersteres wohl nicht, während die Bemühungen, Hipp eine angemessene Ersatzstelle - am besten in einem Ministerium - zu verschaffen, ihren Niederschlag in den Akten gefunden haben. Aus der Sicht der Stadt hätte dies die Einsparung der Versorgungsbezüge für Hipp mit sich gebracht. Auch dieser selbst soll eine solche Lösung angestrebt und angeboten haben, auf seine Versorgungsansprüche zu verzichten, wenn ihm andernorts eine gleichwertige Stellung geboten werde²⁶⁶.

Am 23.5.1933 lehnte der Ministerrat Hipps Eingaben endgültig ab. Dieser resignierte und erklärte noch am gleichen Tag "unter Vorbehalt aller wohl erworbenen Rechte" endgültig seinen Amtsverzicht. Damit war der Weg frei für Schottenheims Wahl zum ordentlichen Bürgermeister durch den Stadtrat am 29.5.1933²⁶⁷. Hipps Versorgungsbezüge in Höhe von jährlich knapp 16000 RM wurden vom Stadtrat mit 21:9 Stimmen genehmigt, die NSDAP-Fraktion konnte es sich allerdings nicht verkneifen, entgegen der üblichen Praxis im öffentlichen Teil der Sitzung über den geheim gefaßten Beschluß berichten zu lassen. Die "Ostwacht" vermerkt denn auch "beträchtliche Unruhe" bei der Zuhörerschaft, die "Neuesten Nachrichten" "Bewegung im Saale". Immerhin nahm letztere Zeitung, obwohl längst auf NS-Linie eingeschwenkt, Hipp in Schutz: "Ungeachtet unserer scharfen sachlichen Gegnerschaft gegen den bisherigen Oberbürgermeister müssen wir jedoch feststellen, daß die Pensionssumme um 2000 Mk unter der Summe liegt, die Dr. Hipp nach den gesetzlichen Bestimmungen zusteht"²⁶⁸ - ein Hinweis darauf, daß hier dem scheidenden Oberbürgermeister nochmals eine Bosheit zugefügt wurde, obwohl selbstverständlich eine derart hohe Pension für einen gerade

²⁶³ Das Schreiben in NIH 1 und HStAM MInn 80417, vgl. auch Matthes S.10 f. und S.130 ff.

²⁶⁴ Weigert an MInn, 22. und 23.4.1933, HStAM MInn 80417. Hier auch eine undatierte Denunziation Prießhäußers über angebliche Dienstvergehen Hipps, Herrmanns und Schippers.

²⁶⁵ Vgl. MInn an Stadt 1.5.1933, wo bestätigt wurde, daß derzeit eine Bürgermeisterwahl nicht stattfinden könne, HStAM MInn 80417.

²⁶⁶ Schönhoven S.556 und Domröse S.341. Danach soll Epp Hipps Verwendung im Staatsdienst befürwortet, Siebert sie abgelehnt haben (HStAM MA 105477 bzw. MInn 73687).

²⁶⁷ Zu Hipps Rücktritt: HMB 1.6.1933, ZR 3725 b, vgl. auch die Tagespresse, z.B. RNN und BOW 24.5.1933, RA und VB 26.5.1933.

²⁶⁸ Sr-Prot. 29.5.1933 bzw. BOW und RNN 30.5.1933, vgl. auch Sch. an MInn 31.5.1933, wo von allgemeiner Empörung über Hipps Bezüge die Rede ist, HStAM MInn 80417.

48-jährigen angesichts der Lebensverhältnisse der Bevölkerungsmehrheit Ressentiments wecken mußte.

1934 trat Hipp in die Münchener Rechtsanwaltskanzlei Warmuth ein, die später bei der Verteidigung verfolgter Katholiken hervorgetreten ist²⁶⁹. Aus seiner neuen Berufstätigkeit ergab sich später ein langer Streit um die Anrechnung seines Einkommens auf die Ruhestandsbezüge²⁷⁰. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war er einige Wochen lang Bürgermeister von München, dann von Juni bis September 1945 Kultusminister im Kabinett Schäffer, danach wieder freier Rechtsanwalt. Gestorben ist Dr. Otto Hipp am 1.1.1952 in München²⁷¹.

Schottenheims Verhältnis zu Hans Herrmann, den er noch im April 1933 als untragbar für den Bürgermeisterposten bezeichnet hatte, muß sich bald verbessert haben. In der Stadtrats-sitzung vom 29.5.1933 ließ er die bestehende Vollmacht für Herrmann erneuern, die Stadt in allen Grundstücksangelegenheiten zu vertreten²⁷². Wenig später verfügte das Stadtoberhaupt ausdrücklich, Herrmann sei "als stellvertretender Amtsvorstand von den einzelnen Referenten über alle wichtigeren und bedeutenderen Angelegenheiten" zu unterrichten²⁷³. Seine Einstellung zu Herrmanns Verhaftung Ende Juni 1933 muß daher zwiespältig gewesen sein: Einerseits war ihm der politische Katholizismus zutiefst verhaßt, andererseits konnte er kaum erfreut sein, wenn durch die Inhaftierung wichtiger Mitarbeiter die Verwaltungsarbeit noch stärker beeinträchtigt wurde, als sie es infolge der Beurlaubungen von Reuß, Schipper und Jepsen ohnehin war. Zehn Tage lang, bis zum 5.7.1933, als die letzten inhaftierten BVP-Funktionäre entlassen wurden, blieb Herrmann in Schutzhaft. Er brauchte sie allerdings nicht im Landgerichtsgefängnis zu verbringen, sondern wurde unter polizeilicher Bewachung im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder behandelt. Dort besuchte ihn Weigert und forderte ihn zum Rücktritt auf²⁷⁴. Auf Zureden politischer Freunde einschließlich Bischof Buchbergers entschloß sich Herrmann jedoch, im Amt zu bleiben, um "der Nazi-herrschaft in der Stadtverwaltung wirksamen Widerstand leisten und Antifaschisten so viel als möglich helfen zu können"²⁷⁵. Hans Herrmann blieb bis zum Zusammenbruch des Dritten Reichs Bürgermeister von Regensburg.

Auch bei Reuß, Schipper und Jepsen klärten sich Mitte bis Ende Mai 1933 die Verhältnisse. Ungeduldig hatte Schottenheim darauf gedrängt, da sich aus dem Ausfall der drei Beamten "eine ganz erhebliche Belastung der sich im Amte befindlichen Herren des Stadtrats" ergeben habe²⁷⁶. Lediglich im Fall des Gewerbereferenten Reuß kam es tatsächlich zu einer Personalveränderung, während Schipper und Jepsen schließlich wieder in den Dienst zurückkehrten, letzterer allerdings an anderer Stelle als zuvor.

Am 6.5.1933 hob Schottenheim Reuß' Beurlaubung auf und forderte ihn auf, seinen Dienst wieder anzutreten²⁷⁷. Zwei Tage darauf soll Reuß von einem städtischen Beamten wegen nicht näher bezeichneter Äußerungen über Hitler denunziert worden sein, worauf ihn ange-

²⁶⁹ Die Gauleitung der NSDAP hatte keine Bedenken gegen seine Zulassung als Rechtsanwalt (17.7.1934 an Reg., StA <1987> 1 blau 721 = 4161 u).

²⁷⁰ Einzelheiten in HStAM MInn 80417, vgl. Matzerath (1970) S.84 f. zur Neigung der Kommunen, beurlaubte Beamte anderweitig zu versorgen und damit die Pensionen zu sparen.

²⁷¹ Nachrufe u.a. in TA und MZ 3.1.1952.

²⁷² Sr-Prot. 29.5.1933. Die Originalvollmacht in DS 797.

²⁷³ Verf. 2.6.1933, ZRa 13213 und DS 132. Zum folgenden: Personalakt H., Stadtarchiv.

²⁷⁴ Persönliche Erklärung H. 6.8.1945, NIH 5.

²⁷⁵ Urteilsbegründung bei der Revisionsverhandlung zum Spruchkammerbescheid, s.S.91.

²⁷⁶ 13.5.1933 an Reg., StA (1987) 1 blau 508 = 4159 i 2.

²⁷⁷ HMB 1.6.1933, ZR 3725 b, vgl. allg. Personalakt Reuß. Dieser erhielt nur einen kleinen Teil seines früheren Referats, die Osthilfe-Entschuldungsangelegenheiten, zur kommissarischen Bearbeitung, vgl. dazu die HMB, ZR 3725 b.

lich Weigert und Schottenheim "in heller Empörung" aufforderten, sofort die Stadt zu verlassen. Sicherheitshalber kam er dieser Aufforderung nach und bemühte sich von nun an um eine Anstellung im Staatsdienst²⁷⁸. Unterstützt wurde er darin durch Empfehlungsschreiben Schottenheims und Herrmanns, die der Stadt die Zahlung der Ruhestandsbezüge ersparen wollten²⁷⁹. Am 9.6.1933 bat Reuß, ihn wegen "amtsärztlich nachgewiesener Dienstunfähigkeit" in den Ruhestand zu versetzen. Tatsächlich hatte ihm Bezirksarzt Dr. Scharff am gleichen Tag bescheinigt, er sei "im höchsten Grade ruhebedürftig und außer stande, seine berufliche Tätigkeit wieder aufzunehmen"²⁸⁰. Obwohl es sich bei dieser angeblichen Dienstunfähigkeit nur um einen Vorwand handelte²⁸¹, nahm der Stadtrat das Gesuch an und versetzte Reuß zum 1.7.1933 in den dauernden Ruhestand²⁸².

Rund zwei Monate lang blieb Franz Jepsen, als Stadtrat wie als Direktorialsekretär Hipps "rechte Hand", aus dem Verwaltungsbetrieb ausgeschaltet. Er galt in der Öffentlichkeit als "graue Eminenz" der BVP in der Stadt und als Vertreter der äußersten Rechten innerhalb der Fraktion²⁸³, und er war, ebenso wie Schipper, aufgrund seines Einflusses vielfach angegriffen worden²⁸⁴. Auch seine Beurlaubung hob Schottenheim im Mai 1933 auf²⁸⁵, allerdings entfernte er Jepsen aus seiner nächsten Umgebung und übertrug ihm die Leitung des zum selbständigen Amt erhobenen Vollstreckungsamtes²⁸⁶. Auch nach seiner kurzen Inhaftierung Ende Juni 1933 übernahm Jepsen wieder diese Funktion. Seit Jahren gab es Überlegungen zur Errichtung einer solchen Dienststelle, da die Zahlungsmoral der städtischen Schuldner in der Wirtschaftskrise immer mehr abgenommen hatte und die zentralisierte Eintreibung der Außenstände aller Verwaltungszweige dringend nötig erschien²⁸⁷. Hierfür schien ein erfahrener Verwaltungsfachmann wie Jepsen gerade geeignet, nur für eine Vertrauensposition kam er nicht mehr in Frage.

Philipp Schipper war bei der lokalen NSDAP wegen seines früheren Vorgehens gegen Nationalsozialisten neben Hipp der meistgehaßte Spitzenbeamte der Stadtverwaltung. Ihm galten schärfste Angriffe wegen angeblicher Korruption und einseitiger Vergabepaxis bei städtischen Aufträgen²⁸⁸. Schottenheim verlangte schon am 25.3.1933 einen Bericht Schippers über seine Person und seine Tätigkeit. Darin betonte der Baureferent, daß er "die nationale Erhebung und die damit verbundene Ausmerzungen der Parteienwirtschaft auf das Lebhafteste begrüße", und erklärte sich vorbehaltlos bereit, "als deutscher Beamter (...) mein Amt in der nationalen Front weiterzuführen"²⁸⁹.

²⁷⁸ Reuß an Stadt 7.1.1950, Personalakt Reuß. Auch der HMB 1.6.1933 (ZR 3725 b) erwähnt, daß Reuß am 18.5.1933 "neuerdings beurlaubt" wurde.

²⁷⁹ Sch. an Justizministerium 19.5.1933, NIH 7, vgl. H. an Weigert 23.2.1934, Personalakt Reuß.

²⁸⁰ Das Gutachten ebd.

²⁸¹ S.S.95.

²⁸² Sr-Prot. 13.6.1933, vgl. HMB 16.6.1933, ZR 3725 b. Reuß erhielt ein Ruhegehalt von gut 8000 RM jährlich.

²⁸³ Vgl. Rittmeister a.D. Josef Obpacher, Inhaber der Leichtsteinwerke, selbst alter "Stahlhelmer", an MInn 18.3.1933, HStAM MInn 80417; danach habe der kriegsversehrte Jepsen lediglich aus Opportunismus der BVP angehört und schon immer der "nationalen Sache" gedient. Auch Reindl stuft ihn als Vertreter der äußersten Rechten innerhalb der BVP ein.

²⁸⁴ Beschwerden aus dem Jahr 1927 in ZR 10291 a.

²⁸⁵ HMB 1.6.1933, ZR 3725 b.

²⁸⁶ Bericht an die Reg. 18.10.1933, Personalakt Schipper, vgl. MInn an Reichsstatthalter, 27.10.1933, HStAM MInn 80144. Verf. 23.5.1933 zur Verselbständigung des Vollstreckungsamts: ZR 3726 und ZR 9042.

²⁸⁷ Ehrhardt an Stadtkämmerei Augsburg 23.10.1934, ZRa 13519. Ebd. Jepsens Vierteljahresberichte, wonach sein Amt schon 1934 150000 RM an Rückständen betreiben konnte.

²⁸⁸ Beschwerden aus dem Jahr 1927 in ZR 3667 und ZR 10291 a, vgl. auch Denunziation durch Josef Koch im Namen des Kampfbunds Rgbg.er Architekten, wonach Schipper 1919 der SPD, ab 1924 der BVP nahegestanden, aber selbst dort mit Mißtrauen behandelt worden sei, Baugenehmigungen willkürlich behindert und Kostenvorschläge oft bedeutend überschritten habe (14.8.1933, Personalakt Schipper).

²⁸⁹ Der Bericht vom 7.4.1933 im Personalakt Schipper.

Zu Schippers monatelanger Beurlaubung kam noch hinzu, daß sein Stellvertreter, Oberbaurat Dr. Adolf Holtschmidt, Selbstmord beging²⁹⁰; er erschöß sich am 12.5.1933 in seinem Büro. Als Ursache hierfür vermutete das Stadtoberhaupt eine "Nervenüberreizung"²⁹¹. In Holtschmidts Abschiedsbrief war die Rede von maßloser Arbeitsüberlastung und davon, daß "alle Hinweise auf diese Tatsache an maßgebenden Stellen nur tauben Ohren begegneten"²⁹². Zu Unrecht vermutete demnach ein anderer Mitarbeiter des Bauamts nach Kriegsende, Holtschmidt habe "den unheimlichen politischen Druck nicht mehr tragen" können²⁹³. Unklar bleibt die Rolle des Architekten Max Thum, der vorübergehend die kommissarische Leitung des Bauamts übernommen hatte. Seine Dienstpflichten regelte Schottenheim an eben diesem 12.5.1933²⁹⁴. Ob Holtschmidt sich erschöß, nachdem er von einer künftigen Entmachtung erfahren hatte, oder ob diese neue Geschäftsanweisung erst durch seinen Selbstmord verursacht wurde, bleibt zweifelhaft.

Aus der Sicht der Stadtspitze mußte der durch Holtschmidts Selbstmord entstandene Personalengpaß schleunigst beseitigt werden. Statt dreien war nur noch ein akademisch gebildeter, mittlerweile völlig überforderter Baufachmann vorhanden²⁹⁵. Sowohl Schottenheim als auch Weigert hielten allerdings Schippers Weiterverwendung trotz dessen Anbiederungsversuch für untragbar, sie "würde zu dauernden Angriffen eines großen Teils der Regensburger Bevölkerung führen". Und Schottenheim hatte auch schon mit einem Ersatzkandidaten aus Ingolstadt über die Übernahme des Bauamts verhandelt²⁹⁶. Völlig überraschend gelang es Schipper dennoch, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu entkräften²⁹⁷. Auch er war im Zuge der Verhaftungswelle Ende Juni 1933 festgenommen worden, nach seiner Haftentlassung hob Schottenheim die Beurlaubung auf, verfügte eine Verkleinerung des Bauamts²⁹⁸ und forderte Schipper auf, sich auf einen sofortigen Dienstantritt einzustellen²⁹⁹. Ab dem 17.7.1933 amtierte Schipper wieder als Vorstand des Bauamts, vertreten von den Leitern der Hoch- und Tiefbauabteilung, Baurat Popp und Amtmann Lauerer. Sämtliche Verfügungen über Thums Tätigkeit im Bauamt wurden aufgehoben, die Behörde wieder auf ihren früheren Umfang erweitert³⁰⁰.

3. Einschüchterung der städtischen Bediensteten

Schottenheim befand sich bei seinem Amtsantritt in einer Zwangslage: Die täglichen Dienstgeschäfte mußten weitergehen, er selbst amtierte aber nur ehrenamtlich und hatte als Arzt keine Verwaltungserfahrung, war also gezwungen, Aufgaben zu delegieren. Und die örtliche

²⁹⁰ Oberbauamtmann Dr. Adolf Holtschmidt, * 1888 in Laer bei Bochum, seit 1925 in Rgbg. Vorstand der Abteilung Stadterweiterung, vgl. PAP 1718, vgl. auch Schmetzer S.85.

²⁹¹ HMB 15.5.1933, ZR 3725 b, vgl. Vermerk H. in PAP 1718.

²⁹² PAP 1718.

²⁹³ Bauamtmann Scheidig an OB Titze über die Entwicklung des Stadtbauamts im Dritten Reich, 16.7.1945, DS 27.

²⁹⁴ Verf. Sch. 12.5.1933, DS 132. Am 9.6.1933 gab Reinemer bekannt, Thum werde bis 1.11.1933 kommissarisch den Bereich "Stadterweiterung" des Bauamts bearbeiten (ZR 9042).

²⁹⁵ Bericht an die Reg. 13.5.1933, StA (1987) 1 blau 508 = 4159 i 2; an das MInn mit Randbericht, daß die Verhältnisse im Rgbg.er Bauamt dringend der Klärung bedürften.

²⁹⁶ Ebd.

²⁹⁷ Vermerk Reinemer, undatiert, Personalakt Schipper.

²⁹⁸ Lt. Verf. Sch. wurden dem Bauamt die Fremdenverkehrsförderung, die Gestaltung des Stadtbilds und der Denkmalschutz entzogen (12.7.1933, DS 132 und DS 867).

²⁹⁹ Sch. an Schipper 13.7.1933, Personalakt Schipper.

³⁰⁰ Das Bauamt übernahm die Sachgebiete Feuerwehr und Fremdenverkehr; Verf. Sch. 21. bzw. 25.7.1933, DS 132, ZR 3726 und 9042. Der HMB 31.7.1933 (ZR 3725 b) nennt den 16.7.1933 als Wiederantrittstermin Schippers.

NSDAP verfügte nicht über genügend geeignetes Personal, um eine ganze Stadtverwaltung damit zu durchsetzen. Andererseits war dem neuen Stadtoberhaupt natürlich bewußt, daß ein Großteil seiner Untergebenen der BVP, manche auch der SPD nahestanden, aber nur sehr wenige der NSDAP. Diese Mehrheit war nun so wirksam zu neutralisieren, daß Widerspruch nicht aufkam. Für Regensburg galt dabei wie in München: "In der auch sonst üblichen Kombination von Gewaltmaßnahmen, vor allem gegenüber linken Stadträten und städtischen Bediensteten, und verführerischen Angeboten zum opportunistischen Weitermachen gegenüber der großen Mehrheit des städtischen Fachpersonals, auch sofern es politisch der Bayerischen Volkspartei zuzuordnen war, gelang es den Nationalsozialisten nach außen hin, den Anschein eines relativ geräuschlosen Regimewechsels in der Stadt zu erwecken."³⁰¹

Insgesamt verlief die Gleichschaltung der Stadtverwaltung in Regensburg weniger radikal als andernorts, aber dennoch mit dem gewünschten Ergebnis. Wenn daher im Entnazifizierungsverfahren gegen Schottenheim die Rede davon war, daß ihm seine Toleranz gegenüber den bewährten Verwaltungsbeamten scharfe Kritik aus der NSDAP eingetragen habe, so dürfte in Wahrheit der Zwang der Verhältnisse ausschlaggebend gewesen sein; denn ausgerechnet Toleranz war mit Sicherheit nicht eine seiner herausstechenden Eigenschaften³⁰². Vor allem hätte er zumindest in den ersten Monaten seiner Amtszeit weder die Macht noch einen Grund gehabt, politisch motivierte Entlassungen zu hintertreiben, wenn sie von der Kreisleitung gefordert worden wären - schließlich waren ihm selbst die Sozialdemokratie und der "schwarze Filz" der BVP zutiefst zuwider.

Mitte April 1933 empfahl der Regensburger Gemeindebeamten-Verband seinen Mitgliedern dringend, aus den "marxistischen" Parteien auszutreten³⁰³. Zu dieser Zeit blühte das Denunziationswesen³⁰⁴, doch zumindest die von ihm geführte Stadtverwaltung wollte Schottenheim daraus herausgehalten wissen: "Es muß aber als grobe Unbotmäßigkeit und Disziplinlosigkeit bezeichnet und behandelt werden, wenn beispielsweise einzelne Beamte, Angestellte oder Arbeiter glauben, unter Umgehung der Referenten und des Amtsvorstandes eigenmächtig Selbsthilfemaßnahmen ergreifen zu dürfen, die auf Dienstentlassung des Vorgesetzten oder seine Entfernung aus dem Amte abzielen."³⁰⁵ Es ging dem Stadtoberhaupt also ganz offensichtlich nicht darum, Denunziationen an sich zu unterbinden - vielmehr stand seine eigene Position auf dem Spiel: Intrigen sollten nicht hinter seinem Rücken ablaufen, sonst mußte er befürchten, daß ihm von außen in sein Amt "hineinregiert" würde.

Wie berechtigt die vorsorgliche Warnung des Gemeindebeamten-Verbands war, zeigte sich wenig später. Noch vor dem SPD-Verbot, am 19.6.1933, erklärte Schottenheim vertraulich gegenüber Herrmann und den Leitern der städtischen Werke: "Fälle, in denen Arbeitskräfte der Stadt sich mißliebzig über die nationale Regierung äußern, sind mir wiederholt vorgetragen worden. Ich halte es für angebracht, daß das gesamte Personal eingehend über die Folgen belehrt wird. Insbesondere sind es die Angehörigen der SPD, die ihre Zunge nicht im Zaume behalten können."³⁰⁶ Kurz darauf drohte der Oberbürgermeister dann allen städtischen Bediensteten: "Seit Beginn meiner Amtstätigkeit sind mir eine ganze Reihe von Fällen bekannt geworden, daß Beamte, Angestellte und Arbeiter der Stadt und auch Familienangehörige der

³⁰¹ Martin Broszat, Vorwort zu BNS III (1981) S.XXIII (für München).

³⁰² Vgl. z.B. die in DS 589 enthaltene Episode.

³⁰³ E-Werksdirektor Schiekhofer als stellvertretender Vorsitzender an alle städtischen Dienststellen, 12.4.1933, ZR 9042.

³⁰⁴ Beispiele u.a. in ZRa 13132.

³⁰⁵ Verf. 11.5.1933, ZR 9042. Vgl. z.B. den Fall zweier SA-Männer, die sich bei der Kreisleitung über die Pächterin der Schlachthofwirtschaft beschwert und einen NS-Wirt gefordert hatten; sie wurden gerügt, da es nicht geduldet werden könne, daß sich städtische Bedienstete "an Organisationen wenden, die zur Abstellung angeblicher Mißstände nicht in Frage kommen." Der Vorgang in ZR 17232.

³⁰⁶ Die Verf. in ZRa 13132.

Vorgenannten gegen die nationale Regierung und ihre Maßnahmen abfällige Kritik üben. Es ist mir unter anderem auch bekannt geworden, daß Mitglieder der ehem. Bayernwacht Anschluß bei den nationalen Verbänden suchen, um hier Spitzeldienste zu tun." Künftig werde er mit aller Strenge vorgehen: "Wer sich dem neuen Staat nicht einordnen will oder abfällige Kritik übt, hat keinen Platz mehr im städtischen Dienst."³⁰⁷

Trotz dieser drohenden Worte scheint das berüchtigte "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums"³⁰⁸ für die Regensburger Stadtverwaltung, anders als andernorts, keine Konsequenzen gehabt zu haben. Das Gesetz bot die Möglichkeit, Beamte, die "nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten", und "nichtarische" Beschäftigte des öffentlichen Dienstes zu entlassen bzw. in den Ruhestand zu versetzen. Aber auch solche, die man schlicht für überflüssig hielt, konnten "zur Vereinfachung der Verwaltung" aus dem Dienst entfernt werden³⁰⁹. Jedoch gab es bei der Stadt Regensburg keinen jüdischen Beamten oder Angestellten³¹⁰, und selbst bei der traditionell "roten" Straßenbahn scheint man auf das hier angebotene bequeme Mittel verzichtet zu haben, politisch unliebsame Bedienstete loszuwerden. Während etwa die Stadt München auf der Grundlage des Berufsbeamten-Gesetzes 333 Entlassungen - 3,5 % der Arbeiter und 1 % der Beamten - durchsetzte³¹¹, liegen für Regensburg keinerlei Hinweise vor, daß beim Vollzug des Gesetzes Personal entlassen worden wäre³¹². Nicht einmal zur Stelleneinsparung aus Gründen der "Verwaltungsvereinfachung" bestand angesichts der ohnehin dünnen Personaldecke eine Möglichkeit³¹³. Nur bei wenigen Beamten führten die abgegebenen Fragebögen zu weiteren Erhebungen³¹⁴, und im Abschlußbericht über den Vollzug des Berufsbeamtengesetzes erstattete Schottenheim "Fehlanzeige". Auch eine spätere Personalstatistik enthält keine einzige Eintragung bei den Entlassungen³¹⁵. Für Regensburg gilt somit: "Mehr als die (...) Auswirkungen des Berufsbeamtengesetzes bewirkten psychologische Faktoren und die Unsicherheit des Übergangszustandes eine Anpassung der Verwaltungsbehörden an die Grundsätze des neuen Regimes."³¹⁶

4. Die Gleichschaltung des öffentlichen Lebens³¹⁷

Sehr früh erfolgte die Gleichschaltung der Regensburger Gemeindebeamten-Gewerkschaft. Schon Anfang April 1933 erklärte ihr Vorsitzender, Oberinspektor Eckl, seinen Rücktritt, um Neuwahlen zu ermöglichen. Zugleich wehrte er sich gegen Gerüchte über zu hohe Auf-

³⁰⁷ Verf. Sch. 28.6.1933, u.a. ZR 3726, 9042 und 10970.

³⁰⁸ Gesetz vom 7.4.1933, RGBI I S.175, dazu RGBI I S.233 und GVBl S.178. Grundlegend zu Entstehung und Funktion des Gesetzes Mommsen bes. S.39 ff. und passim, vgl. auch Bayern im ersten Vierjahresplan S.36 f.

³⁰⁹ § 6 des Gesetzes. Zahlreiche Vollzugshinweise in den Rundschreiben des Bayerischen Städtebunds, ZR 10968.

³¹⁰ Formblattanzeige 16.8.1933, StA (1987) 1 blau 451 = 4146 d.

³¹¹ Hanko S.370-402. Die Stadt München hatte sogar geplant, rund 10 % der Arbeiter und 3,4 % der Beamten zu entlassen. Vgl. auch Steinborn (s.Anm.167) S.536, Hetzer (s.Anm.167) S.83 ff. (für Augsburg) und allg. Matzerath (1970) S.74 f.

³¹² Einschlägig wäre ZR 3711, doch enthält der Akt kaum Informationen zum Vollzug in Rgbg. Im Sammelakt der Reg. (StA/1987 1 blau 451 = 4146 d) fehlt die Rgbg. betreffende Mappe.

³¹³ Berichte an die Reg. 16.8., 31.8., 13.9.1933, StA (1987) 1 blau 451 = 4146 d; der letztgenannte Bericht auch in ZR 3711.

³¹⁴ Sch. an Reg., 13.9.1933, s.vorige Anm.

³¹⁵ Bericht an die Reg. 5.9.1934, ZR 3711, bzw. Statistik Stand 1.10.1934, ZR 10970.

³¹⁶ Dieter Rebentisch: Innere Verwaltung. In DVG IV S.732-774, hier S.746.

³¹⁷ Vgl. allg. Domröse S.289 ff. und passim.

wandsentschädigungen für seine bisherige Tätigkeit³¹⁸. Entsprechende Vorwürfe gegen Vereinsvorsitzende, sogar Strafprozesse wegen angeblicher Unterschlagungen, Veruntreuungen etc. gehörten zum Alltag der Gleichschaltungen, denn das weithin verbreitete Bild von der Weimarer Zeit als einer Epoche der Korruption, des Betrugs und der Unredlichkeit sollte nach Möglichkeit verstärkt werden. Zu Eckls Nachfolger wählten die Gewerkschaftsmitglieder³¹⁹ Ewald Mühleisen, der später bis zum Ortsgruppenleiter der NSDAP aufrückte³²⁰. Er zählte zu den aktivsten Alt-Nationalsozialisten der Stadtverwaltung und war einer der ganz wenigen NS-Funktionäre, für die Bürgermeister Herrmann nach Kriegsende nicht als Entlastungszeuge auftreten mochte³²¹. Seine Kritik an der bisherigen Gewerkschaftsführung klang allerdings, verglichen mit den sonst häufig zu hörenden Tönen, geradezu gemäßigt³²².

Seit Mitte März, vor allem dann im April und Mai 1933, erschienen in der Lokalpresse ständig Solidaritätsadressen der verschiedensten Vereinigungen, worin die Übereinstimmung mit den Zielen der "nationalen Revolution" beteuert wurde. Dies rettete jedoch die jeweiligen Vorsitzenden, soweit sie sich bei ihren nationalsozialistischen Mitgliedern unbeliebt gemacht hatten, nicht vor der Absetzung. In der zweiten Aprilhälfte und dann den ganzen Mai hindurch fanden überall außerordentliche Generalversammlungen der verschiedensten Organisationen statt, deren einziger Tagesordnungspunkt darin bestand, neue Vorstände zu wählen - fast ausschließlich nationalsozialistische Mitglieder der jeweiligen Vereinigung³²³. Gut dokumentiert sind diese Vorgänge im Zusammenhang mit den Innungen, die der städtischen Gewerbeaufsicht unterlagen³²⁴. Hier finden sich auch Beispiele dafür, wie man vorging, wenn ein alter Vorstand nicht freiwillig zurückzutreten gedachte.

Als SA-Sonderkommissar bei der Handwerkskammer fungierte der Schlossermeister und Eisenwerkbesitzer Fritz Hamm aus Steinweg, Parteimitglied seit 1928³²⁵, der bei der Kommunalwahl 1929 immerhin die zweite Stelle der NSDAP-Liste eingenommen hatte³²⁶. Seine Aufgabe war es, die oberpfälzischen Handwerkskorporationen gleichzuschalten³²⁷. Der Vorstand der Regensburger Schreinerzwangsinnung sträubte sich, zurückzutreten, und so beantragte Hamm die Beschlagnahme der Geschäftsbücher durch die Stadtverwaltung; es habe im Geschäftsverhalten der Innung "Unregelmäßigkeiten" gegeben. Natürlich kam die Stadt Hamms Aufforderung sofort nach, und einen Monat darauf wählte auch die Schreinerinnung einen neuen Vorstand³²⁸.

³¹⁸ Eckl an seinen Stellvertreter Schiekofler, 5.4.1933, mit dem Zusatz, es sei wohl förderlich, wenn die Beamenschaft einen Mann wähle, "der der nationalen Konzentration auch nach außen hin näher steht als ich" (ZR 4043). Vgl. auch Weinmann S.35.

³¹⁹ Einladung Schiekoflers zur außerordentlichen Generalversammlung am 21.4.1933 in ZR 3726.

³²⁰ Vor 1933 leitete Mühleisen die "Lügenabwehrstelle" der örtlichen NSDAP, später wurde er Ortsgruppenleiter für die Margaretenau (StA/NSDAP 1 und 7).

³²¹ H. an Mühleisen 6.3.1948, NIH 5.

³²² Vgl. z.B. Mühleisen an Schiekofler 8.4.1933, ZR 3726.

³²³ Belege aus der Tagespresse bei Weinmann S.35 ff.

³²⁴ Richtlinien für die Gleichschaltung der Innungen, 19.4.1933, ZR 10235 ff. Ebd. und in ZR 10265 b Berichte über Vorstandsneuwahlen, Beschwerden, Intrigen, Denunziationen etc., vgl. auch Weinmann S.36 ff. Zur Entwicklung auf Landesebene: Domröse S.295, vgl. allg. K.v.Eyll: Berufsständische Selbstverwaltung und Verbände. DVG IV S.682-695, hier S.687 f.

³²⁵ Empfehlungsschreiben Staatssekretär Köglmeiers, ZRA 14104, vgl. auch das erneute Empfehlungsschreiben, als Hamm vor dem Ruin stand, 15.6.1935, StA 3890. Laut AOK an Stadt, 7.6.1939 (DS 642), wurde Hamms Eisenwerk "dieser Tage" aufgelassen.

³²⁶ Hamm soll 1933 H.s Entlassung und dessen Posten für sich selbst gefordert haben, vgl. Babl S.5 f. Hamms Rücktritt als Kammerpräsident im Frühjahr 1934 belegt bei Weinmann S.112.

³²⁷ Weigert an bayerisches Außenministerium 6.4.1933, StA (NSDAP) 20.

³²⁸ Der Vorgang in ZR 10265 b.

War Hamm für die Handwerkskammer zuständig, so fungierte der bereits erwähnte frühere NS-Gauleiter von Niederbayern, MdR Otto Erbersdobler³²⁹, als SA-Sonderkommissar bei der Industrie- und Handelskammer³³⁰. Auch diese wurde Ende Mai 1933 neu gewählt und bestimmte kurz darauf Fritz Weidinger zu ihrem Vorsitzenden, Arthur Knab, den Inhaber der Baufirma Schrickler, zu seinem Stellvertreter³³¹. Erbersdobler nahm an vielen solchen außerordentlichen Generalversammlungen persönlich teil. Jedem Anwesenden mußte klar sein, daß er bei oppositionellem Verhalten mit verschärftem Druck der SA einschließlich in der Presse veröffentlichter Kritik, daneben auch mit dem Ausbleiben öffentlicher Aufträge zu rechnen hatte - zu einer Zeit, als fast jeder Betrieb um seine Existenz kämpfte. So überrascht es nicht, daß mehrfach alle anwesenden Verbandsmitglieder dem von Erbersdobler geleiteten örtlichen "Kampfbund des gewerblichen Mittelstands" beitraten³³², der sich gegen das "jüdische Großkapital", gegen dunkle Mächte, Warenhäuser und Konsumvereine wehrte³³³ und später in der "NS-Hago", der nationalsozialistischen Handels-, Handwerks- und Gewerbeorganisation aufging. Erst im Zusammenhang mit dem mehrfach proklamierten Ende der Revolution im Sommer 1933 untersagte die Reichsleitung der NSDAP das unbefugte Eingreifen in die Privatwirtschaft³³⁴.

Bis 1934 wurden die deutschen IHK nach dem Führerprinzip umorganisiert, die Präsidenten kamen nun nicht mehr durch Wahl, sondern per Ernennung durch das Reichswirtschaftsministerium ins Amt. Dies galt auch für Arthur Knab. Wie sein Duzfreund Schottenheim hatte er einem Freikorps und dem "Bund Oberland" angehört und war 1931 der NSDAP beigetreten, als deren Kreiswirtschaftsberater er bis in die Kreisleitung aufrückte. Im Herbst 1935, etwa gleichzeitig mit seiner Ernennung zum städtischen Ratsherren, folgte er dem verstorbenen Fritz Weidinger als IHK-Präsident nach³³⁵. Damit wurde seine Position als einflußreichster NS-Wirtschaftsfunktionär der Stadt auch nach außen sichtbar.

Die Gleichschaltung im landwirtschaftlichen Bereich fand ihren Ausdruck in der Ernennung des Niedertraublinger Gutsbesitzers Heinrich Dörfler - zugleich Kreisamtsleiter und Fraktionsvorsitzender der NSDAP im Bezirkstag Regensburg - zum Kreisbauernführer³³⁶. Die Freien Gewerkschaften wurden, wie überall, auch in Regensburg am 2. Mai 1933 zerschlagen (s.u.), Ende Juni/Anfang Juli 1933 erfolgte die Gleichschaltung bzw. Auflösung auch der Christlichen Gewerkschaften und Bauernvereine³³⁷. Die Arbeitnehmerorganisationen gingen ebenso wie später die Arbeitgeberverbände in der "Deutschen Arbeitsfront" (DAF) auf; künftig sollte das Arbeitsleben von der "Betriebsgemeinschaft" geprägt sein, nicht mehr vom Aufeinanderprallen der Tarifparteien. Die Regensburger Sportvereine schließlich schaltete der NS-Sportfunktionär, Spediteur und spätere Ratsherr Otto Heyder gleich; soweit ersichtlich, standen spätestens im Frühjahr 1934 jeweils NS-Vorstände an ihrer Spitze³³⁸.

³²⁹ Zu Erbersdobler vgl. HStAM Nachlässe und Sammlungen P 23 sowie IfZ Fa 223/9 (Personalakt).

³³⁰ Weigert 6.4.1933 an bayerisches Außenministerium mit der Bitte um Bestätigung für die Sonderkommissare Erbersdobler und Hamm, StA (NSDAP) 20. Vgl. auch BOw 12.4. bzw. 15.5.1933 sowie Weinmann S.39.

³³¹ HMB 5.7.1933 (StA 22040), vgl. BOw 20.6.1933 und Weinmann S.38 f.

³³² Vgl. z.B. BOw 11.4.1933 (Beitritt sämtlicher Mitglieder der Malerinnung). Zum Umzug des Kampfbundes mit Ansprache Erbersdoblers am 21.4.1933: ZRa 14013. Weitere Belege aus der Tagespresse bei Weinmann S.37 f.

³³³ BOw 25.4.1933.

³³⁴ Vgl. allg. F.Blaich: Die bayerische Industrie 1933-1939. In BNS II (1979) S.237-280, hier S.245.

³³⁵ Vgl. BOm 8.8.1935.

³³⁶ Vgl. ZR 17677 und 17685. Einzelheiten zur Kreisbauernschaft bei Weinmann S.43 ff.

³³⁷ Vgl. Weinmann S. 43. Am 1.2.1934 verschmolzen auch die BayWa und die Warenzentrale des Bayerischen Bauernvereins, vgl. H.Hummer: 50 Jahre BayWa im Raum Regensburg. Regensburger Almanach 1974 (1973) S.70-76, hier S.72.

³³⁸ Vgl. ZR 10754 sowie BOw 13.7.1933 und BA 20.3.1935.

Auf der überörtlichen Ebene erfolgte parallel zu den geschilderten Vorgängen die Gleichschaltung der kommunalen Spitzenverbände. Schon Ende März 1933 schieden die meisten Vorstandsmitglieder des Bayerischen Städtebunds aus³³⁹, Ende Mai wurde der Präsident des Deutschen Städtetags durch einen Nationalsozialisten ersetzt, am 21.6.1933 kam es zur Zwangsvereinigung aller sechs deutschen kommunalen Spitzenverbände zum "Deutschen Gemeindetag" (DGT)³⁴⁰. Ihren Abschluß fand diese Entwicklung im "Gesetz über den Deutschen Gemeindetag"³⁴¹. Dieser stand unter strikter Aufsicht des Reichsinnenministeriums, sollte seine Mitglieder beraten und den Erfahrungsaustausch ermöglichen, hatte aber kein Initiativrecht und konnte nicht mehr als Interessenvertretung auftreten. Sein Vorsitzender war Münchens Oberbürgermeister Karl Fiehler, der zugleich das Hauptamt für Kommunalpolitik der NSDAP leitete³⁴². Auf Landesebene löste seit August 1933 der Bayerische Gemeindetag die bisherigen vier kommunalen Spitzenverbände ab³⁴³, bevor er selbst als "Landesdienststelle Bayern" im DGT aufging.

5. Verfolgung politischer Gegner und Gleichschaltung des Stadtrats

Mit der erwähnten Verfügung Adolf Wagners vom 20.3.1933³⁴⁴ wurden nicht nur mißliebige Bürgermeister zur Absetzung freigegeben, sondern auch allen Gemeinderatsmitgliedern, die der KPD oder der Sozialistischen Arbeiterpartei angehörten, die Ausübung ihres Ehrenamts untersagt. Gleichzeitig setzte sich die Verfolgung prominenter SPD-Mitglieder und damit ihre allmähliche Verdrängung aus den Verwaltungen und Gemeinderäten fort. Nach und nach wurden die SPD-nahen Verbände verboten und alle öffentlichen Mittel für sie gestrichen. Nur für einige Wochen im April 1933 schien sich die Lage zu bessern: Viele Schutzhäftlinge kamen frei, was wohl der propagandistischen Vorbereitung der Feiern zum 1.Mai diente. 60 bis 70 Regensburger sollen von dieser Entlassungswelle betroffen gewesen sein, während die noch Inhaftierten - vielleicht 200 Personen³⁴⁵ - nach Dachau abgeschoben wurden. So gab es Mitte Mai 1933 in Regensburg selbst angeblich keine Schutzhäftlinge mehr³⁴⁶. Belegt ist allerdings, daß das Landgerichtsgefängnis - eine Einrichtung des normalen Strafvollzugs - auch später immer wieder als Haftstätte für Schutzhäftlinge verwendet wurde³⁴⁷.

Die SPD war zwar landesweit noch im Parlament und den Kommunalorganen vertreten, aber die vielen Verhaftungen beraubten sie immer wieder ihrer örtlichen Führer, ihrer organisatorischen Strukturen und ihrer Presse. Es entstand ein "eigentümlicher Schwebezustand instabiler Halblegalität"³⁴⁸, der erst mit dem Parteiverbot Ende Juni 1933 endete. Zugleich zeigte sich der durch die äußere Bedrohung bewirkte innere Zerfall der SPD. Ohnmachtsgefühl,

³³⁹ Die Prot. bis Frühjahr 1933 in ZR 10996.

³⁴⁰ Einzelheiten in ZR 10970, vgl. auch DGT-Rundschreiben 22.6.1933, ZR 10970 a. Vgl. allg. Matzerath (1970) S.98 ff. und S.165 ff. sowie Ribhegge S.49 f.

³⁴¹ 15.12.1933, RGBl I S.1065. Die erhalten gebliebenen Akten des DGT größtenteils im Bundesarchiv Koblenz, Bestand R 36.

³⁴² Vgl. zum Amt für Kommunalpolitik der NSDAP (erst 1934 zum Hauptamt aufgestuft, ohne großen Einfluß) Matzerath passim und BNS I S.552 f. Fiehler spielt in allen Untersuchungen über München im Dritten Reich (Hanko, Bretschneider, Steinborn etc.) eine zentrale Rolle.

³⁴³ Vgl. ZR 10996.

³⁴⁴ Bayerische Staatszeitung 68, 22.3.1933.

³⁴⁵ Die Zahl ist aus den genannten Gründen schwer zu bestimmen; hier nach Weinmann S.31.

³⁴⁶ RE 19.5.1933.

³⁴⁷ Vgl. z.B. RPB 8.6.1938, wonach 70 Personen aus dem Regierungsbezirk in Schutzhaft saßen, davon 62 in Dachau, aber auch drei in Rgbg.

³⁴⁸ Mehringer (SPD) S.341. Ebd. S.339 ff. zur bayerischen SPD in der Phase der NS-Machtergreifung, vgl. für München Bretschneider S.90 ff.

Angst und die Störung der gruppeninternen Kommunikation führten zu einer Welle von Austritten und sogar zur Selbstaflösung ganzer Ortsvereine. Vielfach verzichteten SPD-Gemeinderäte, die im April 1933 aus der Haft entlassen worden waren, auf ihre Mandate. Terror und Einschüchterung, die Erfahrungen der Haft, zugleich aber auch die Hoffnung, künftig in Ruhe gelassen zu werden, mögen zu diesem Verhalten beigetragen haben.

Die Verhaftungen und Entlassungen wirkten sich auch auf die SPD-Vertreter im Regensburger Stadtrat aus. Den ersten Schritt zu dessen Gleichschaltung hatte die willkürliche Veränderung der Sitzverteilung auf der Grundlage des "Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" vom 31.3.1933 dargestellt³⁴⁹. Alle Landtage und gemeindlichen Selbstverwaltungskörperschaften außerhalb Preußens³⁵⁰ wurden für aufgelöst erklärt. Sie waren nun neu zu bilden, und zwar nach der Stimmenverteilung bei der Reichstagswahl vom 5. März, allerdings unter Ausschluß der auf die KPD entfallenen Anteile. In vielen deutschen Städten und Gemeinden genügte diese willkürliche Veränderung der Sitzverteilung, um der Koalition aus NSDAP und Deutschnationalen eine Mehrheit zu verschaffen, nicht aber in Regensburg und weiten Teilen Ostbayerns, wo die Ergebnisse der NSDAP deutlich hinter dem Reichsdurchschnitt zurückgeblieben waren. Für Regensburg betrug die Zahl der Stadtratssitze 28³⁵¹; das Verfahren, wie man sie besetzte, wirkt grotesk: Höchst bürokratisch verfuhr man beim Vollzug eines reinen Willkürakts - der Neuverteilung von Stadtratsmandaten auf der Grundlage von Reichstagswahlergebnissen. Die Fraktionen reichten neue "Wahlvorschläge" ein, dann trat der Gemeindewahlausschuß zusammen, um unter Abzug des 5,84-%-Anteils an KPD-Stimmen die neue Sitzverteilung zu beschließen. Dem Ausschuß gehörten neben Schottenheim Vertreter der Parteien an, nicht an der Sitzung teilgenommen hat allerdings Alfons Bayerer, Landtagsabgeordneter der SPD und ihr künftiger Fraktionschef im Stadtrat. Der Ausschuß erklärte zunächst die vorliegenden Wahlvorschläge von BVP und SPD sowie den gemeinsamen von NSDAP und "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" für gültig und errechnete anschließend daraus folgende, für die Nationalsozialisten enttäuschende Sitzverteilung im Stadtrat: BVP 12, NSDAP und Kampffront 11 (10+1), SPD 5 Sitze. Die BVP blieb also in Regensburg trotz der Listenverbindung von Nationalsozialisten und Deutschnationalen stärkste Fraktion³⁵². Dies galt auch für die meisten kreisfreien Städte des Regierungsbezirks: Nur in Passau und Schwandorf vermochte die NSDAP die BVP zu übertreffen, ansonsten bestand überall eine zumindest rechnerische Mehrheit von BVP und SPD.

In Regensburg waren nur noch sechs der bisherigen BVP-Stadträte und keiner mehr von denen der SPD vertreten - sei es aus Mangel an Mut, sei es, weil sich viele der exponierten Sozialdemokraten in Haft befanden. In den Stadtrat zogen nun folgende Persönlichkeiten ein³⁵³:

Für die BVP: Rechtsanwalt Engelhardt Keiter als Fraktionsvorsitzender, Arbeitersekretär Josef Deininger, Reichsbahnsekretär Benedikt Götz, Architekt Dionys Hummel, Postinspektor Heinrich Kneidl, Vorhandwerker Johann Oberberger, Studienprofessor Wolfgang Prechtl³⁵⁴, Verleger Dr. Fritz Pustet, Schlossermeister Friedrich Seßler, Berufsschullehrer Dr. Hans Soß, Diplomkaufmann Hans Weigert und BVP-Kreisgeschäftsführer Hans Wutzlhofer.

³⁴⁹ RGBI I S.153 mit den bayerischen Gesetzen vom 7.4. und 10.5.1933, GVBl S.105 und S.127.

³⁵⁰ Hier waren am 12.3.1933 Landtags- und Kommunalwahlen abgehalten worden.

³⁵¹ Vgl. Art.1 des 1. bayerischen Gleichschaltungsgesetzes, GVBl S.105.

³⁵² Wahlvorschläge der Parteien, Personalien der Kandidaten und Prot. der Wahlausschuß-Sitzung vom 22.4.1933 in ZRa 13162. Meldung an die Reg., 24.4.1933, in StA (1987) I blau 137 = 4036 c. Vgl. die Meldung an den Städtetag, 27.6.1933, ZR 10447. Ebd. weitere Einzelheiten.

³⁵³ Wbl 25.4.1933; die Liste auch in StA (1987) I blau 137 = 4036 c.

³⁵⁴ Vgl. Chrobak (1981) S.399.

Neubildung der Stadträte in den kreisfreien Städten ³⁵⁵					
	Sitze	NSDAP	BVP	SPD	Kampffront
Amberg	20	6	9	4	1
Deggendorf	15	6	7	2	-
Landshut	24	9	9	5	1
Neumarkt	15	6	7	2	-
Passau	20	11	8	-	1
Regensburg	28	10	12	5	1
Schwandorf	15	9	6	-	-
Straubing	20	8	8	3	1
Weiden	20	7	8	5	-

Für die NSDAP: Hauptlehrer und Kreisleiter Wolfgang Weigert als Fraktionsvorsitzender, Elektromonteur Fritz Bauer, Friseur Rupert Hilmer, Buchhalter Anton Kugler, Kaufmann Karl Otto Melchior, Studienprofessor Dr. Max Priehäuser, vormals DNVP-Stadtrat, Oberinspektor Fritz Reinemer, Oberinspektor Karl Sailer, Zimmermeister und Handwerkskammerpräsident Johann Scheid und der Hilfsarbeiter Josef Scheugenpflug.

Für die SPD: Parteisekretär und MdL Alfons Bayerer als Fraktionsvorsitzender, Geschäftsführer Matthias Bauer, Zimmermann Jakob Deubler, Kraftfahrer Franz Höhne und der Angestellte Max Schinabeck.

Für die "Kampffront": Stadtbaurat a.D. Ernst Ruoff.

Abgesehen von kleinen Veränderungen tagte der Regensburger Stadtrat in dieser Zusammensetzung noch dreimal, nämlich am 27.4., am 29.5. und am 13.6.1933, bevor die Parteiverbote bzw. -auflösungen für eine endgültige Neustrukturierung sorgten. Doch trotz der formal gegebenen Minderheitsposition der NSDAP verhielt sich das Gremium auch bei diesen drei Sitzungen ganz deren Wünschen entsprechend. Insbesondere gilt dies für die BVP-Stadträte, die sich damit auf die Linie des kooperationswilligen, nationalen Flügels der BVP begaben.

Die erste Sitzung des neuen Stadtrats am 27.4.1933 begann mit einer Ansprache Schottenheims. Er sagte unter anderem: "Unsere Aufgabe ist es, jeder an seinem Platz, vergessend alle kleinlichen Bedenken, sich einzusetzen mit allen seinen Kräften an der gigantischen Aufbauarbeit, welche der Führer der deutschen Freiheitsbewegung vollbringen wird. (...) In diesem Sinne wollen auch wir hier im Stadtrat an die Arbeit gehen, wollen wir kleinlichen Zank und Hader von der Schwelle bannen, wollen wir nicht unsere Kraft vergeuden in unfruchtbaren Debatten und Redekünsten, sondern wollen wir alle bei all unseren Reden und Handlungen nur ein Ziel vor Augen halten - Deutschland."³⁵⁶ Die erste Handlung des neuen Stadtrats war es prompt, Adolf Hitler zum Ehrenbürger zu ernennen, wie es in diesen Tagen überall im deutschen Reich geschah³⁵⁷. Der Beschluß fiel einstimmig, nachdem drei der fünf SPD-Stadträte noch inhaftiert waren und die beiden anderen, Alfons Bayerer und Franz Höhne, für die-

³⁵⁵ Nach StA (1987) 1 blau 20 = 4003 e.

³⁵⁶ Sr-Prot. 27.4.1933.

³⁵⁷ Ebd., vgl. auch ZRa 13963 zu der von Franz Ermer gestalteten Ehrenbürgerurkunde sowie die Lokalpresse, z.B. RA 28.4.1933, BOw 29.-30.4.1933 und RE 28.4.-4.5.1933.

sen Punkt der Tagesordnung demonstrativ den Sitzungssaal verließen³⁵⁸. Die Wahl Hitlers zum Ehrenbürger gipfelte in einem dreifachen "Heil". Ansonsten besetzte der Stadtrat entsprechend den Vorschlägen der drei Fraktionen die Ausschüsse neu³⁵⁹, bereitete sich also auf die Alltagsarbeit vor.

Der 1.Mai, der traditionelle Kampftag der Arbeiterbewegung, wurde in Regensburg wie im Reich als neuer "Tag der nationalen Arbeit" aufwendig gefeiert. An einer Großkundgebung auf der Jahnwiese nahmen unter dem Motto "Volksgemeinschaft statt Klassenkampf" fast alle Organisationen des öffentlichen Lebens teil, darunter auch die kirchlichen Vereine und die Freien Gewerkschaften - soweit ihre Vertreter nicht inhaftiert waren, wie etwa SPD-Stadtrat Jakob Deubler, der sich aus der Schutzhaft heraus bei Schottenheim für sein Fernbleiben von der Feier entschuldigte³⁶⁰. Tags darauf kam es im ganzen Reichsgebiet wie auch in Regensburg zur Zerschlagung der Freien Gewerkschaften³⁶¹. Wiederum einige Tage später sollte sich, wie bereits beim "Judenboykott", erneut zeigen, wer an der verordneten Volksgemeinschaft nicht teilhaben durfte: Am 10.5.1933 bat die Regensburger HJ-Führung die städtische Schulbehörde, in den Schulen bekanntzugeben, daß zwei Tage darauf bei einer Kundgebung am Neupfarrplatz "marxistische Schriften" verbrannt würden. Freudenberger unterrichtete die Schulleitungen³⁶², und am Abend des 12.5.1933 fand die feierliche Bücherverbrennung mit Werken mißliebiger Autoren statt³⁶³. Auch die Stadtbücherei wurde von Werken mit "ausgesprochen bolschewistischen, marxistischen, internationalen, pazifistischen oder atheistischen Tendenzen" gesäubert; sie durften nur noch mit Schottenheims Erlaubnis für wissenschaftliche Zwecke und an politisch zuverlässige Personen ausgegeben werden³⁶⁴. -

Die Vorgänge, die zu Dr.Hipps endgültigem Amtsverzicht als Oberbürgermeister geführt hatten, wurden bereits dargestellt. Unmittelbar darauf, am 29.5.1933, verabschiedete der Stadtrat nicht nur den Notetat für das Haushaltsjahr 1933/34; es manifestierten sich die geänderten Machtverhältnisse auch in der Wahl des noch immer kommissarisch amtierenden Dr.Schottenheim zum ordentlichen Bürgermeister³⁶⁵ - ein Amt, das er fast zwölf Jahre lang, bis zum Zusammenbruch des Dritten Reichs, innehaben sollte. Selbstverständlich war er der einzige Bewerber, vorgeschlagen von der NSDAP-Fraktion. Obwohl die Wahl selbst geheim stattfand, war das Ergebnis einstimmig - alle fünf SPD-Stadträte waren anwesend³⁶⁶ und gaben Schottenheim ihre Stimme ebenso wie die 12 BVP-Vertreter sowie der ebenfalls stimmberechtigte Bürgermeister Herrmann. Zuvor hatten sich die drei Fraktionen geeinigt, das Amt bei einer jährlichen Aufwandsentschädigung von 3000 RM auf die Dauer des Ermächtigungsgesetzes, also bis zum 1.4.1937, ehrenamtlich zu besetzen. Schottenheim bedankte sich für das Vertrauen, das man ihm bewiesen habe, und umschrieb sein "Programm" mit den

³⁵⁸ In München waren Hitler und Epp am 26.4. zu Ehrenbürgern ernannt worden, wobei das demonstrative Verlassen des Saals durch die SPD-Fraktion in der folgenden Sitzung zu Prügel Szenen führte, vgl. Hanko S.353 und Steinborn (s.Anm.167) S.537 ff. Einzelheiten zur Verdrängung der SPD-Mandatsträger in anderen bayerischen Städten (durch "Hinausprügeln" wie in München und Nürnberg, "freiwilliges" Verlassen des Rathauses wie in Augsburg oder Schutzhaft) bei Mehringer (SPD) S.343f.

³⁵⁹ Undatierte gedruckte Liste der Ausschußmitglieder in ZRa 13191.

³⁶⁰ Eingangsstempel 22.5.1933, ZR 19809. Rund 20-minütige Filmaufnahme der Veranstaltungen des 1.5.1933 im Stadtarchiv.

³⁶¹ RA, BOW und RNN 3.5.1933, RE 5.-11.5.1933, vgl. Weinmann S.35.

³⁶² Der Vorgang in ZRa 12481.

³⁶³ Belegt bei Weinmann S.121, Foto u.a. im MZ-Sonderdruck Januar 1983.

³⁶⁴ Sch. an Reg. 18.5.1933, ZRa 13557. Ebd. Reg. an Stadt 28.4.1933, worin eine entsprechende Anordnung des MK bekanntgegeben worden war.

³⁶⁵ Wahlbestätigung durch MInn am 20.6.1933 (HStAM MInn 80467; H. an Reg., 8.6.1933; auch in StA (1987) 1 blau 137 = 4036 c). Die Einzelheiten zur Wahl samt Weigerts Wahlvorschlag, Niederschrift und Stimmzettel in ZRa 13181. Vgl. auch die Lokalpresse, z.B. BOW 29.5.1933.

³⁶⁶ Matthias Bauer war ausgeschieden und durch Buchbinder Wilhelm Rappl ersetzt worden, vgl. Anwesenheitslisten 29.5. und 13.6.1933 in den Sr-Prot.

Worten "Arbeit und Brot". Zudem betonte er, daß er sich um den Bürgermeisterposten nicht aus persönlichem Ehrgeiz gedrängt, sondern aus dem Gefühl heraus gehandelt habe, "an diesem Platz ein geeigneter Arbeiter zu sein an dem Bau eines schöneren und glücklicheren Deutschland"³⁶⁷.

Wenige Tage vor der nächsten Stadtratssitzung - der letzten, an der SPD-Vertreter teilnahmen - beging die prominente Regensburger Sozialdemokratin und Frauenrechtlerin Toni Pfülf Selbstmord. Sie hatte schon der Weimarer Nationalversammlung, dann dem Reichstag angehört, unter anderem war sie Vorsitzende des Bundes sozialistischer Frauen und galt als "Volkstribunin mit dem scharfen Verstand und der meisterhaften Rhetorik"³⁶⁸. Mit ihrer Fraktion hatte sie im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt, war jedoch, als bei der Zerschlagung der Gewerkschaften der Generalstreik ausblieb, zusammengebrochen und hatte einen ersten Selbstmordversuch unternommen. Am 8.6.1933, im Alter von 56 Jahren, nahm sie sich das Leben und hat somit das Verbot ihrer Partei nicht mehr erlebt. Als Motiv für ihren Schritt hinterließ sie, daß sie nicht Angst vor den Nationalsozialisten oder einem Berufsverbot habe; vielmehr sei es "die grenzenlose Verzweiflung über die Tatsache, daß unsere Männer (...) nicht bis zum letzten Atemzug gegen das gekämpft haben, was nun kommt."³⁶⁹

In der letzten Stadtratssitzung vor den Parteiverboten, am 13.6.1933, sollte sich erneut erweisen, daß auch die Regensburger Sozialdemokraten nicht über den von Toni Pfülf geforderten Kampfgeist verfügten. Auf der Tagesordnung stand neben Alltagsgeschäften die Wahl eines neuen Spitzenbeamten, nachdem Rechtsrat Reuß in den Ruhestand versetzt werden mußte. Die Wahl fiel mit den Stimmen der anwesenden SPD-Stadträte auf den Staatsanwalt Dr. Heinrich Sachs, den - wiederum einzigen - Kandidaten der NSDAP³⁷⁰.

Der Regensburger Stadtrat hat sich also mehrfach den Wünschen der NSDAP-Minderheit freiwillig unterworfen. Entscheidungen wie die Wahl eines neuen Referenten, die Besetzung der Ausschüsse und eine Reihe anderer Sachfragen wurden vor der Beratung im Plenum zwischen den drei Fraktionsvorsitzenden Keiter, Weigert und Bayerer ausgehandelt. Die Presse vermerkte staunend, teils auch voll Bewunderung, daß die früher endlosen Debatten nun "dank der energischen und zielbewußten Führung unseres Stadtoberhaupts" in "nationalsozialistischer Kürze" verliefen³⁷¹. Es ist müßig, sich darüber aufzuhalten, ob sich die Verhältnisse in Regensburg bei einem anderen Verhalten von BVP und SPD anders entwickelt hätten - vielleicht hätte man die Wahl Schottenheims oder Sachs' verzögern können. Festzuhalten bleibt aber in jedem Fall: Weder die vorher so selbstbewußte BVP leistete in erkennbarem Ausmaß Widerstand im Stadtrat - und dies, obwohl ihr eigener Oberbürgermeister gerade erst unter äußerst fragwürdigen Bedingungen entmachtet worden war; noch brachten die jeweils nicht inhaftierten SPD-Stadträte den Mut auf, konsequent gegen die Vorschläge der NSDAP-Fraktion zu votieren, nicht einmal bei geheimen Abstimmungen. Erstaunlicherweise wurde nicht nur die BVP für ihr Wohlverhalten belohnt, indem die ihr nahestehenden Beamten, wenn auch teils nach kurzer Inhaftierung, im ganzen Land üblicherweise im Amt bleiben durften³⁷²; sondern auch SPD-Mitglieder unter den städtischen Beschäftigten be-

³⁶⁷ Sr-Prot. 29.5.1933.

³⁶⁸ Mehringer (SPD) S.498. Vgl. allg. A.Dertinger: Dazwischen liegt nur der Tod. Bonn 1984. Vgl. auch W.Kick S.78 ff. sowie MZ 23.6.1986 und Die Woche 26.6.1986 zur Gedenktafel am Gewerkschaftshaus.

³⁶⁹ Mehringer (SPD) S.498. Vgl. zur Strategiedebatte in der SPD W.Hoegner: Flucht vor Hitler. München 1977.

³⁷⁰ Für den aus "persönlichen und familiären Gründen" ausscheidenden Fritz Bauer (NSDAP; Rücktrittsgesuch 12.6.1933, ZRa 13162) rückte Karl Schmid nach (Sr-Prot. 13.6.1933); vgl. Liste ZRa 13191. Sie nennt Rappl (SPD) und Schmid (NSDAP), während M.Bauer (SPD) und F.Bauer (NSDAP) fehlen; sie muß also aus der Zeit nach dem 13.6.1933 stammen.

³⁷¹ BOw bzw. RNN 14.6.1933.

³⁷² Schönhoven S.560.

kamen kaum Schwierigkeiten, wenn sie ihren früheren politischen Neigungen abschworen und sich nicht in irgendeiner Weise auffallend verhielten. -

Bekanntlich galt dies allerdings nicht für die sozialdemokratische Partei selbst. Schon Mitte Mai 1933 hatte Innenminister Wagner bei seinem Antrittsbesuch in Regensburg angekündigt, er werde künftig keine Parteien mehr dulden³⁷³. Vier Wochen später wurde klar, daß das Verbot der SPD unmittelbar bevorstand. Voller Zynismus verfügte Wagner am 17.6.1933: "In den Kreisen der Bevölkerung löst es außerordentliche Erbitterung aus, daß sich Angehörige dieser Partei³⁷⁴ noch in den Vertretungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden befinden und damit über das Wohl und Wehe von Teilen des deutschen Volkes mitbestimmen. Da die Auswirkungen dieser Erbitterung nicht zu übersehen sind, sind die sozialdemokratischen Mitglieder der Gemeinderäte, Bezirkstage und Kreistage, soweit sie nicht selbst ihr Amt niederlegen, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit sowie zu ihrem eigenen persönlichen Schutz bis auf weiteres von den Sitzungen fernzuhalten."³⁷⁵ Wie auf Reichsebene wurden der SPD in Bayern am 22.6.1933 jegliche Tätigkeit untersagt und sämtliche Mandate entzogen; ihr Vermögen war bereits früher beschlagnahmt worden³⁷⁶. Erneut kam es zu vielen Verhaftungen, so auch in Regensburg. In der Nacht vom 24. auf den 25.6.1933 und in den folgenden beiden Tagen wurden 44 führende SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre in Schutzhaft genommen, darunter auch die fünf verbliebenen Stadträte. Sie alle erklärten in den nächsten Tagen ihren Rücktritt³⁷⁷. 14 der Verhafteten kamen am 7.7.1933 ins KZ Dachau, darunter Karl Esser, Stadtrat Max Schinabeck und der "Volkswacht"-Redakteur Rothammer³⁷⁸. Auch sind Fälle schwerer Mißhandlungen bekannt geworden. So wurden der örtliche Reichsbannerführer Franz Kobl und vier weitere SPD-Mitglieder schon am 21.6.1933 in der Kaserne der "Hilfspolizei", dem ehemaligen Greflinger Krankenhaus, furchtbar zusammengeschlagen³⁷⁹. Tags darauf brachte Kobl den Mut - oder die Naivität - auf, sich bei Schottenheim über die Mißhandlungen zu beschweren. Dieser sah ihn sich offenbar persönlich an, denn er fragte, ganz offensichtlich irritiert, bei der SS an, wie sich der Fall verhielt³⁸⁰. Mit folgender Antwort mußte er sich zufrieden geben: "Kobl ist der berühmte Reichsbannerführer, einer der größten Hetzer und Schreier, der sich auch noch vor ca. 3 Wochen besonders hervorgetan hat und aufreizende Reden geführt hat. Als Nationalsozialisten und Kämpfer Adolf Hitlers, unseres Reichskanzlers, sind wir verpflichtet Ordnung zu schaffen und derart rabiate Elemente zur Vernunft zu bringen. Über die weiteren gemachten Angaben des Kobl, der sich z.Zt. im Konzentrationslager Dachau befindet, ist nichts bekannt."³⁸¹

Auch das bürgerliche Lager blieb vom Terror nun nicht mehr verschont. Ende Juni 1933 war die NSDAP auf Anbieterungsversuche nicht mehr angewiesen, wie sie beispielsweise von seiten der "Katholischen Aktion" formuliert worden waren; vielmehr betrieb sie eine "wohldosierte Politik der Einschüchterung und Zermürbung"³⁸² gegenüber der BVP. Bereits am 21.6.1933 wurden bei 39 prominenten Regensburger BVP-Funktionären Haussuchungen durchgeführt, darunter bei Ministerpräsident Held und Josef Habbel, den Verlegern des

³⁷³ RA 16.5.1933. Wagner trug sich an diesem Tag auch in das "Goldene Buch" der Stadt ein.

³⁷⁴ Die SPD-Reichsleitung war nach Prag ins Exil gegangen.

³⁷⁵ StAnz. 138, 18.-19.6.1933.

³⁷⁶ Mehringer (SPD) S.346 f.

³⁷⁷ HMB 1.7.1933, ZR 3725 b; vgl. auch RA 28.6.1933 und W.Kick S.76 f.

³⁷⁸ W.Kick S.77, vgl. z.B. MZ 9.11.1945 mit Namenslisten und kurzem Überblick zur illegalen SPD in Rgbg. Landesweit sollen rund 1000 Personen verhaftet worden sein, vgl. Mehringer (SPD) S.347.

³⁷⁹ Einzelheiten bei W.Kick S.143; vgl. MZ 9.11.1945.

³⁸⁰ Sch. schrieb: "Der Mann muß furchtbar mißhandelt worden sein, der ganze Körper ist mit Striemen bedeckt."

³⁸¹ Der Schriftwechsel in NIS 3. Kobl erhielt nach dem Zweiten Weltkrieg als Ausgebombter und KZ-Häftling die Wohnung des NS-Ratsherrn Gaschler, vgl. Wohnungsamt 73.

³⁸² Schönhoven S.576.

"Anzeigers", bei Bauernführer Georg Heim und allen Stadträten der Partei³⁸³. Gleichzeitig mit der Verhaftungswelle gegen SPD und Gewerkschaften, am 26.6.1933 um fünf Uhr morgens, wurden landesweit die Reichs- und Landtagsabgeordneten, die meisten Stadträte sowie zahlreiche weitere prominente BVP-Funktionäre in Schutzhaft genommen - in ganz Bayern bis zu 2000 Personen³⁸⁴, in Regensburg neben Bürgermeister und MdR Herrmann viele ehemalige und alle zwölf amtierenden Stadträte der Partei sowie drei ihr angehörende höhere Verwaltungsbeamte: Amtmann Danner, Obersekretär Hierl und - wie nicht anders zu erwarten - Franz Jepsen³⁸⁵. Die lapidare Begründung auf Herrmanns Haftbefehl, ausgestellt von Polizeidirektor Popp, lautete: "Seine Inschutzhaftnahme erfolgt, weil auf Anordnung der Bayer. Polit. Polizei vom 26.6.33 sämtliche Reichs- und Landtagsabgeordneten der Bay. Volkspartei in Schutzhaft zu nehmen sind"³⁸⁶.

Für den Stadtrat ergab sich aus dem SPD-Verbot und den Verhaftungen der letzten Juniwoche eine weitere Verschiebung der Gewichte. In der Sitzung vom 4.7.1933, der letzten für mehrere Monate, fehlten selbstverständlich die fünf SPD-Stadträte, daneben aber auch fünf der zwölf Mandatsträger der BVP. Fraktionsführer Keiter³⁸⁷, Götz, Kneidl, Prechtel und Wutzlhofer befanden sich noch in Haft³⁸⁸, von den übrigen waren Soß und Oberberger inzwischen zurückgetreten³⁸⁹. Für sie verpflichtete Schottenheim sogar noch Nachrücker, nämlich Alfons Goppel, Rechtsanwalt und späterer bayerischer Ministerpräsident, sowie den Schneidermeister Bernhard Suttner³⁹⁰ - ein grotesker Vorgang, nachdem Wirtschaftsminister Graf Quadt noch am selben Tag die landesweite Selbstauflösung der BVP erklärte³⁹¹. Damit war der Zweck der Schutzhaft-Befehle gegen Prominente aus dem bürgerlichen Lager erreicht, und nun konnte man die vielen neuen Häftlinge wieder entlassen. Alle inhaftierten BVP- sowie einige SPD- und Reichsbanner-Angehörige aus Regensburg kamen bis 5.7.1933 wieder auf freien Fuß - die Augustenburg "spie (...) den örtlichen politischen Abschaum aus", wie die "Ostwacht" kommentierte³⁹². Innenminister Wagner versäumte nicht, den Entlassenen "äußerste Zurückhaltung, besser noch Abtreten von der politischen Bühne" anzuraten³⁹³. In den folgenden Tagen erklärten sämtliche Regensburger BVP-Stadträte und Nachrücker förmlich ihren Rücktritt³⁹⁴.

Gewalttäter aus den Reihen von SA und SS kamen dagegen in den Genuß einer pauschalen Amnestie für ihre aus "politischer Überzeugung" begangenen Straftaten³⁹⁵. Dies war Teil der Zähmungsstrategie gegenüber der allmählich zu selbstbewußt auftretenden SA. Dazu gehörte auch, daß Hitler, Frick und andere bis Mitte Juli 1933 mehrfach das Ende der nationalsozialistischen Revolution verkündeten - hatte man die SA zur Machtergreifung und in der Phase

³⁸³ Belege bei Weinmann S.32.

³⁸⁴ Schönhoven S.577 ff., vgl. auch Domröse S.346 ff. Zur Kreisebene: HMB, StA 22040.

³⁸⁵ Lt. HMB 1.7.1933 (ZR 3725 b) war Danner schon entlassen worden, während Jepsen und Hierl erst am 5.7.1933, nach der Selbstauflösung der BVP, freikamen, vgl. HMB 15.7.1933 (ebd.). Fälle städtischer Arbeiter, die am 27.6.1933 in Schutzhaft genommen wurden, in ZRa 13142. Zur Schutzhaft gegen BVP-Stadtrat Gräbl: W.Kick S.309 ff.

³⁸⁶ Abdruck des Haftbefehls vom 25.6.1933 in NIH 1.

³⁸⁷ Vgl. Empfehlungsschreiben seines Schwagers, eines alten NS-Pg, 1.7.1933, ZRa 13162.

³⁸⁸ RA 5.7.1933.

³⁸⁹ Am 23.6. bzw. 1.7.1933, vgl. HMB 1.7.1933, ZR 3725 b.

³⁹⁰ Anordnung an Goppel und Suttner, wonach sie nachzurücken hätten, 3.7.1933, ZRa 13162.

³⁹¹ StAnz.153, 6.7.1933, vgl. auch Schönhoven S.578. Grundlegend K.Schwend: Die Bayerische Volkspartei. In E.Matthias (Hg.): Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1960, S.457-519.

³⁹² BOw 19.7.1938.

³⁹³ Anordnung Wagners zur Freilassung aller BVP-Funktionäre, soweit kein "Fluchtverdacht" vorlag, im StAnz.153, 6.7.1933. Vgl. auch BOw 6.7.1933.

³⁹⁴ Die Erklärungen in ZRa 13162, vgl. die HMB 15. bzw. 31.7.1933, ZR 3725 b.

³⁹⁵ Amnestie vom 2.8.1933 für politisch motivierte Straftaten zugunsten des NS-Staats, GVBl S.211.

der Gleichschaltung gebraucht, so wurde sie überflüssig, wenn nicht sogar gefährlich, sobald man über die normale Staats- und Polizeigewalt verfügte³⁹⁶.

Obwohl bei der Stadtratssitzung vom 4.7.1933 NS-Fraktionschef Weigert fehlte, ergab sich erstmals eine formale Mehrheit für die Nationalsozialisten: 9 NSDAP-, 7 BVP- und der Kampfbund-Vertreter Ruoff nahmen teil. Doch war die NSDAP auf diese formale Mehrheit längst nicht mehr angewiesen, beide wichtigen Entscheidungen fielen erneut einstimmig, also mit den Stimmen der anwesenden BVP-Stadträte: die Verleihung des Ehrentitels "Oberbürgermeister" an Schottenheim sowie die Besetzung der fünf "erledigten" sozialdemokratischen Mandate mit ebenso vielen Nationalsozialisten - "um einen störungsfreien Fortgang der Arbeiten des Stadtrats und der Ausschüsse zu gewährleisten."³⁹⁷

Am 7.7.1933 erklärte die Reichsverordnung "Zur Sicherung der Staatsführung"³⁹⁸ die SPD-Mandate in allen Parlamenten und kommunalen Körperschaften für unwirksam. Soweit ein Bedürfnis danach bestehe, könne die Staatsaufsichtsbehörde "die Sitze entsprechend dem Volkswillen nach Überwindung des Parteienstaats" neu besetzen³⁹⁹, was in Regensburg die Kreisregierung kurz darauf getan hat. Am 13.7.1933 gab das Innenministerium schließlich bekannt, daß Mandatsträger aufgelöster Parteien ihre Mandate niederzulegen hätten, soweit sie "nicht Anschluß bei den Fraktionen der NSDAP finden"⁴⁰⁰. Dies war bei keinem der Regensburger BVP-Stadträte der Fall. Ungeklärt blieb nur noch das Verhältnis zur "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot". Die örtliche NSDAP duldete deren Vertreter Ernst Ruoff bis 1935 als Hospitanten im Stadtrat. Zu zahlreichen, vor allem versorgungs- und bautechnischen Fragen hat er in dieser Zeit Gutachten verfaßt, mit denen er sich offenbar nicht sonderlich beliebt machte⁴⁰¹. Oberst a.D. Maximilian Aschenauer, der den zweiten Platz auf der Kampffront-Liste eingenommen hatte, versuchte sogar, wenn auch ohne Erfolg, von der Ausschaltung der BVP zu profitieren, indem er sich als Stadtratskandidat anbot - nicht ohne darauf hinzuweisen, daß er kürzlich seine Aufnahme in die NSDAP beantragt habe⁴⁰².

Das "Gesetz gegen die Neubildung der Parteien" vom 14.7.1933⁴⁰³ bildete den vorläufigen Abschluß der Gleichschaltung im politischen Bereich. Die NSDAP wurde zur alleinigen politischen Organisation, zum "Bindeglied zwischen Volksgemeinschaft und Führung", während die Neubildung anderer Parteien nun mit Zuchthausstrafe bedroht war⁴⁰⁴.

³⁹⁶ Vgl. allg. R.Morsey: Die verfassungspolitische Entwicklung. In DVG IV S.696-706, hier S.698. Ausführlich zum Konflikt zwischen SA und Politischer Organisation P.Longerich: Die braunen Bataillone. München 1989.

³⁹⁷ Sr-Prot. 4.7.1933 und Sch. an Reg., 6.7.1933, StA (1987) I blau 137 = 4036 c. Der Antrag selbst in ZRa 13198 a. Vgl. auch RA und BOW 5.7.1933 und RE 7.-13.7.1933.

³⁹⁸ RGBI I S.462.

³⁹⁹ Ebd., § 3 der VO, vgl. auch Erläuterungen des MInn 13.7.1933, GVBl S.186, und Rundschreiben des Bayerischen Gemeindetags 14.7.1933, ZRa 13162.

⁴⁰⁰ StAnz.161, 15.7.1933.

⁴⁰¹ Angeblich mußte er sich sagen lassen: "Merken Sie doch endlich einmal, daß Ihre Mitwirkung wenig (...) erwünscht ist." (Ruoff an Sch. 24.8.1935, ZR 18426). Vgl. ZRa 13133 zu seiner Tätigkeit als Verwaltungsrat des Wasserwerks.

⁴⁰² Aschenauer an Reinemer 5.7.1933, ZRa 13162.

⁴⁰³ RGBI I S.479.

⁴⁰⁴ Vgl. auch Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat, 1.12.1933, RGBI I S.1016.

6. Die beginnende Gleichschaltung der Presse⁴⁰⁵

Anfang 1933 gab es eine sehr vielfältige Lokalpresse in Regensburg. Alle großen Parteien verfügten über eigene oder ihnen nahestehende Organe. Dominierende Tageszeitung war mit einer Auflage von rund 15000 Exemplaren der auch überregional weithin beachtete katholisch-konservative "Regensburger Anzeiger". Das traditionsreiche, Mitte des 19. Jahrhunderts gegründete Blatt war Sprachrohr von Ministerpräsident Held, der dort als Chefredakteur gearbeitet hatte und 1901, schon als Schwiegersohn des einflußreichen Verlegers Josef Habel, Gesellschafter des Zeitungsverlags geworden war. Die Geschäftsführung des "Anzeigers" lag 1933 bei Franz Woll und Dr. Josef Held, dem Sohn des Ministerpräsidenten, politischer Redakteur war Dr. Karl Debus⁴⁰⁶.

Die 1920 gegründete SPD-Tageszeitung "Volkswacht für Oberpfalz und Niederbayern" fand nur in Regensburg und einigen weiteren ostbayerischen Städten größere Verbreitung, nicht dagegen auf dem Land. Immerhin erreichte sie um 1932 mit einer Auflage von rund 7000 Exemplaren erheblich mehr Leser als fast alle NS-Blätter Bayerns⁴⁰⁷. Neben dem BVP-nahen "Anzeiger" und der SPD-eigenen "Volkswacht" bestanden in Regensburg die ehemals liberalen, Anfang 1933 auf NS-Kurs umgeschwenkten "Neuesten Nachrichten"⁴⁰⁸, als früheres Verbandsorgan des bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes die "Regensburger Allgemeine Zeitung", das KPD-Blatt "Roter Sender" (oder "Roter Wecker")⁴⁰⁹ und die erst im Februar 1933 gegründete "Nachtausgabe"⁴¹⁰. Schließlich erschienen als Wochenzeitung das früher linksrepublikanisch orientierte, nun ebenfalls auf NS-Linie eingeschwenkte "Regensburger Echo", das "Regensburger Sonntagsblatt" als Vorläufer einer Bistumszeitung⁴¹¹ sowie schließlich das "Regensburger Wochenblatt" als Amtsblatt der Stadtverwaltung.

Als Kampforgan der NSDAP⁴¹² agitierte seit Frühjahr 1931 das "Schaffende Volk", herausgegeben von Gauleiter Maierhofer und finanziert aus seinen Diäten als Reichstagsabgeordneter sowie durch Spenden der Parteimitglieder. Das Blatt, das seit Herbst 1932 als Tageszeitung erschien, galt unter den NS-Zeitungen Nord- und Ostbayerns neben der "Coburger Nationalzeitung" noch als halbwegs seriös, dennoch wurde es in seiner zweijährigen Geschichte viermal verboten. Seine höchste Auflage lag bei 4500 Exemplaren, Hauptschriftleiter war seit Herbst 1932 Ulrich Berg, gedruckt wurde die Zeitung von Ernst Sauer, später von der Graphischen Kunstanstalt Schiele⁴¹³. Nach der Absetzung Maierhofers als Gauleiter Anfang 1933 geriet das "Schaffende Volk" in finanzielle Schwierigkeiten, der neue Gauleiter

⁴⁰⁵ Zum Hintergrund grundlegend Frei passim. Vgl. neuerdings N.Frei/J.Schmitz: Journalismus im Dritten Reich. München 1989.

⁴⁰⁶ Held S.24 und S.115. Woll schied zum 1.11.1933 als Geschäftsführer aus.

⁴⁰⁷ Frei S.36 f.

⁴⁰⁸ Vgl. zum Schwenk des Verlegers Aumüller seine Denunziation eines Amtsgerichtsrats, 8.4.1933, ZRa 14107. Den Anzeiger nannte er ein Blatt, das im "Kloakenkrieg" die "Kampfmethoden der schmutzigsten marxistischen Gazetten glatt in den Schatten gestellt" habe.

⁴⁰⁹ Frei erwähnt die Zeitung nicht; lt. W.Kick S.115 und Weinmann S.20 ein Wbl der KPD-Ortsgruppe, das bald nach dem 30.1.1933 verboten worden sei, vgl. BOw 9. und 14.2.1933.

⁴¹⁰ Hierzu Weinmann S.14.

⁴¹¹ "Regensburger Sonntagsblatt" (1926-1938), bis 1935 hg. vom Diözesan-Caritasverband (Dr. Reichenberger), Druck F. Pustet, Redakteur ab 1932 J.L. Hämmerle, vgl. Chrobak (1981) passim, der nachweist, daß das "Sonntagsblatt" bis 1935 keinen kirchenamtlichen Charakter trug.

⁴¹² Vgl. Frei passim, bes. S.4 f. zur Presse im Gau und S.8-33 zur NS-Presse in Bayern vor 1933 sowie zu Hans und Georg Schemm als Zeitungsverlegern. Zur Rgbg.er NS-Presse bis 1933: Zweck (1984) S.239 f. Anm.620 und S.248. Vgl. auch F.Kern: Die Kampfpresse der NSDAP im Gau Bayerische Ostmark 1923-1933. Diss. München 1941.

⁴¹³ Frei S.19 f. und S.31.

Hans Schemm degradierte es ab 28.1.1933 zum Wochenblatt⁴¹⁴, um eine eigene Tageszeitung auf den Markt bringen zu können. Diese erschien unter dem Namen "Bayerische Ostwacht" als Nebenausgabe von Schemms recht erfolgreichem "Fränkischen Volk" erstmals am 28.1.1933 mit einer Probenummer; die erste offizielle Ausgabe datierte vom 1.2.1933⁴¹⁵. Von Anfang an übernahm die "Ostwacht" die Funktion eines amtlichen Organs der NSDAP. Sie verdrängte das "Schaffende Volk" aus dessen Räumen im "Braunen Haus" (Bismarckplatz 5) und soll schon nach wenigen Tagen eine Auflage von 3000 Exemplaren erreicht haben⁴¹⁶.

Grundlage für das Verhältnis zwischen Stadtverwaltung und Lokalpresse war ein Hauptauschuß-Beschluß von 1926. Danach wurden Inserate städtischer Dienststellen und Betriebe nur den örtlichen Zeitungen zugewiesen, die als offizielles Organ einer der Stadtratsfraktionen fungierten⁴¹⁷. Diesen Status hatten Ende 1932 der "Anzeiger", die "Volkswacht", die "Neuesten Nachrichten" und die "Allgemeine Zeitung". Sofort nach ihrer Gründung wurde auch die "Ostwacht" in diesen Kreis aufgenommen⁴¹⁸. Wochenblätter erhielten keinerlei Annoncen - eine Maßnahme, die sich gegen das für seine Polemik berüchtigte "Echo" wandte. Diese strenge Regelung wurde allmählich durch das Bedürfnis aufgeweicht, vor allem die Anzeigen der Stadtwerke allen Leserschichten bekannt zu machen. So gelangten Ende 1932 auch "Echo" und "Schaffendes Volk" in den Genuß städtischer Werbeanzeigen und kostenlos zu veröffentlichender Mitteilungen. Vom Bezug der gewinnbringenden "Anzeigen amtlichen Charakters" blieben sie jedoch nach wie vor ausgeschlossen⁴¹⁹.

Mit Presseverboten gegen NS-Blätter griff die Regierung Held mehrfach in den Wahlkampf für die Reichstagswahl vom 5.März 1933 ein. In Regensburg konnten die "Ostwacht" und die "Neuesten Nachrichten" jeweils einige Tage lang nicht erscheinen, und am Tag vor der Wahl erging ein unbefristetes Verbot des Innenministeriums gegen die gesamte KPD-Publizistik⁴²⁰. Nach den Ereignissen des 9.März verschärfte sich die Unterdrückung der Linkspresse. Die "Volkswacht" konnte nach der Besetzung des Verlagsgebäudes, nach Verhaftung und Flucht ihrer wichtigsten Journalisten ab dem 10.März 1933 nicht mehr erscheinen, auch die Verlage von "Anzeiger" und "Echo" wurden am 9.März durchsucht, die Blätter selbst unter Vorzensur gestellt. Karl Debus mußte als politischer Redakteur des "Anzeigers" ausscheiden und wurde durch Dr. Rudolf Werner ersetzt⁴²¹. Der neue kommissarische Polizeichef Hans Georg Hofmann hob zwar bei seinem Amtsantritt die Vorzensur auf, verlangte aber, die Presse müsse sich "unbedingt auf den Boden der Tatsachen" stellen oder mit schärfsten Konsequenzen rechnen⁴²². Zugleich verbot Staatskommissar Esser landesweit für eine Woche alle SPD-Zeitungen⁴²³. Daß Regensburgs kommissarischer Bürgermeister Schottenheim allerdings selbst Ende März 1933 noch nicht mit einem dauernden Verbot der "Volkswacht" rechnete, belegt seine Anweisung, ihr "künftig" keine amtlichen Bekanntmachungen mehr zum Abdruck zur Verfügung zu stellen. Tatsächlich muß in der bayerischen SPD bis zum Partei-

⁴¹⁴ Ebd. S.20 mit Überblick über die weitere Geschichte des Blattes sowie S.31 zu den Veränderungen Ende Januar 1933.

⁴¹⁵ BOw 1.2.1933, vgl. die Kommentare in den Konkurrenzblättern, z.B. VW 26.1.1933.

⁴¹⁶ BOw 11.2.1933.

⁴¹⁷ HA-Prot. 20.12.1926.

⁴¹⁸ Verf. Hipsps 6.2.1933, ZRa 14106.

⁴¹⁹ Verf. H. 20.11.1932, ebd. Am 21.2.1933 genehmigte Hipp, auch der Ostwacht amtliche Mitteilungen zur Verfügung zu stellen (ZR 3726).

⁴²⁰ Frei S.37.

⁴²¹ Held S.24.

⁴²² RA 16.3.1933, BOw 18.-19.3.1933.

⁴²³ Verf. 13.3.1933, zit. bei Frei S.37.

verbot im Sommer 1933 die Hoffnung bestanden haben, daß ihre Presse wieder zugelassen werden könnte⁴²⁴.

Der Kampf um die - für manchen Verlag lebenswichtige - Druckgenehmigung für amtliche Bekanntmachungen wurde sofort nach dem NS-Machtantritt in Bayern mit voller Schärfe geführt. Staatskommissar Esser ordnete an, entsprechende Verträge mit gegnerisch eingestellten Verlagen aufzulösen, denn nachdem die Gefahr bestehe, daß sie verboten würden, sei die "schleunige Verbreitung amtlicher Anordnungen" nicht mehr gewährleistet⁴²⁵ - eine zynische Argumentation: Man unterdrückte Zeitungen und nahm genau dies zum Anlaß, ihnen die Anzeigeneinnahmen vorzuenthalten. Wie von der "Ostwacht" gefordert, entzog auch Schottenheim der "Volkswacht" die amtlichen Bekanntmachungen⁴²⁶. Den weitergehenden Antrag des NS-Blattes, dieses zum Amtsblatt der Stadt zu erklären, erfüllte er allerdings weder jetzt noch später. Teils in anbiedernder, teils auch in denunziatorischer Form bewarben sich nun die übrigen Regensburger Zeitungen um die offiziellen Inserate⁴²⁷, doch saß die Verbitterung über die vielfachen Schmähungen in der "Kampfzeit" zu tief, selbst gegenüber den Blättern, die sich nun opportunistisch zeigten. Ab Sommer 1933 wurden die amtlichen Bekanntmachungen der Stadt ausschließlich der "Ostwacht" zur Verfügung gestellt, während die übrigen Organe sie lediglich - selbstverständlich kostenlos - nachdrucken durften⁴²⁸.

Bis dahin konsolidierten sich auch in Regensburg die Verhältnisse in der Presselandschaft. Die bürgerlichen Zeitungsverlage - "Anzeiger" und "Allgemeine" - hatten zunächst nur durch den Entzug behördlicher Anzeigen und Druckaufträge sowie durch die befristete Verhaftungsaktion gegen die BVP Ende Juni 1933 zu leiden⁴²⁹, die SPD-Publizistik wurde dagegen schnell und endgültig ausgeschaltet. Ende Mai 1933 beschlagnahmte Polizeidirektor Popp das Verlagsgebäude der "Volkswacht" in der Spatzengasse, wo sich auch das Kreisbüro Niederbayern/Oberpfalz der SPD befand, und stellte es der SA zur Verfügung⁴³⁰. Anfang Juni nutzte Gauleiter Schemm seine Anwesenheit zum Gautag der NSDAP, um das Anwesen an sein eigenes Blatt, die "Ostwacht", zu übergeben, die ab 3.6.1933 in diesem Gebäude hergestellt wurde⁴³¹.

IV. Die Führungsebene der Stadtverwaltung im Dritten Reich

A. Die Spitzenbeamten

Mit Hipp, Reuß und Schipper waren bei der NS-Machtergreifung drei der sieben städtischen Spitzenbeamten beurlaubt worden. Hipp wurde durch Schottenheim, Reuß durch Sachs ersetzt, Schipper konnte nach einigen Monaten wieder in sein Amt zurückkehren. Die Ge-

⁴²⁴ Frei S.40; der Wilhelm Högner zitiert.

⁴²⁵ Erlaß vom 23.3.1933, Staatsanz. 71, 25.3.1933.

⁴²⁶ Verf. 24. und 27.3.1933, ZRa 14106 bzw. DS 514 und ZR 9042.

⁴²⁷ Vgl. z.B. Echo-Verlag und RNN-Verleger Aumüller an Stadt, 1. bzw. 8.4.1933, ZRa 14107.

⁴²⁸ Verf. Sch. 11.8.1933, ZR 3726, 9042 und ZRa 14106; Grundlage: "Gesetz über die Veröffentlichung amtlicher Bekanntmachungen" 1.8.1933, GVBl S.209. Vgl. auch die im Wbl 6.7.1935 veröffentlichte städtische Satzung.

⁴²⁹ Held S.24.

⁴³⁰ RNN 22.5.1933 und RE 19.-25.5.1933.

⁴³¹ W.Kick S.75.

schäftsverteilung blieb auch bei einer Neufassung im Herbst 1933⁴³² weitgehend unverändert; keiner der Referenten wurde sichtbar entmachtet. Neue Gesichter kamen erst 1934: Stadtschulrat Freudenberger und Kämmerer Heinrich Öhrl wurden pensioniert und durch Wolfgang Weigert, den Kreisleiter der NSDAP, bzw. durch Karl Sailer ersetzt. Schottenheim selbst konnte sich seit seiner Wahl zum berufsmäßigen Oberbürgermeister am 29.10.1934 ausschließlich seiner Arbeit als Stadtoberhaupt widmen und sich bemühen, endlich den Informationsvorsprung seiner Referenten aufzuholen.

Unmittelbar vor dem Inkrafttreten der Deutschen Gemeindeordnung (DGO) vom 30.1.1935 wählte der Stadtrat Kämmerer Sailer und Personalchef Fritz Reinemer, der 1933 zunächst Franz Jepsen als Direktorialsekretär nachgefolgt war, zu berufsmäßigen Stadträten, sie erhielten also Referentenstatus. Ihre Amtszeit betrug nach der DGO künftig zwölf Jahre⁴³³. Auch eine neue Geschäftsverteilung wurde erforderlich⁴³⁴. Die Stadtverwaltung wurde nun in Anlehnung an die Richtlinien des Deutschen Gemeindetags in acht Referate aufgeteilt, deren Leiter dem Bürgermeister als rechtsverbindlich handelnde, weisungsgebundene "Beigeordnete" zur Seite standen⁴³⁵. Diese mußten u.a. ihre "arische" Abstammung nachweisen und "jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat" eintreten⁴³⁶. Prompt traten die noch nicht der NSDAP angehörenden Referenten gemeinsam mit zahlreichen anderen städtischen Beamten am 1.5.1935 der Partei bei. So umfaßte nun die Führungsebene der Stadtverwaltung fünf Alt-Pg (Schottenheim, Weigert, Sailer, Sachs und Reinemer) und vier Neumitglieder (Herrmann, Schipper, Zwick und Ehrhardt), war also komplett mit Parteigenossen besetzt⁴³⁷.

Neben dem "Ersten Beigeordneten" - in Regensburg Bürgermeister Herrmann - hob die DGO den Stadtkämmerer aus dem Kreis der Spitzenbeamten heraus⁴³⁸. Somit rückte in Regensburg nun der erst im Vorjahr ernannte Kämmerer Sailer zum Beigeordneten auf, der nicht mehr dem Finanzreferenten Ehrhardt unterstand⁴³⁹. Die übrigen Beigeordneten erhielten den Titel "Stadtrat" - je nach Ressort "Stadtrechts-", "Stadtschul-" oder "Stadtbaurat".

Bis Mitte 1939 änderte sich nichts an der personellen Zusammensetzung der Stadtspitze. Erst das Ausscheiden Ehrhardts, dessen Stelle nicht mehr besetzt wurde, die Einberufungen zur Wehrmacht vor und nach Kriegsbeginn und schließlich die kriegsbedingte Schaffung neuer Dienststellen führten zu einer Umorganisation. Teile von Ehrhardts Referat fielen Sachs zu, die Neuverteilung der übrigen Bereiche konnte Schottenheim nur noch ankündigen, aber wegen der Einberufungen nicht mehr wie geplant durchführen⁴⁴⁰. Er selbst wurde Anfang August 1939 zu einer Wehrübung eingezogen und kehrte erst nach dem Polenfeldzug in sein Amt zurück. Herrmann zog daher vorübergehend die Dienstaufgaben Schottenheims und Reinemers an sich und verteilte die von Sachs auf Sailer und Zwick⁴⁴¹, dem auch das

⁴³² Geschäftsverteilung H., von Sch. unverändert übernommen, 18.9.1933 (PAM 508, DS 131, 132 und 867). Am gleichen Tag: Bericht Sch. an Reg. über Erledigung der Beurlaubungen vom Frühjahr (StA 1987 I blau 451 = 4146 d).

⁴³³ § 44 DGO.

⁴³⁴ 6.4.1935, DS 516, 519, 867 und PAM 523, Übergangsregelungen (8.4.1935) in DS 519.

⁴³⁵ §§ 6 und 34 DGO. Lt. § 35 konnte der Bürgermeister nach wie vor jede Angelegenheit aus dem Geschäftsbereich eines Beigeordneten an sich ziehen.

⁴³⁶ Bek. zur DGO 29.3.1935, GVBl hier S.148.

⁴³⁷ Liste der Beigeordneten, StA (1987) I blau 20 = 4003 e, und Adressenliste April 1937, ZRa 14033; vgl. vorläufige und endgültige Hauptsatzung (28.6. bzw. 30.9.1935, letztere mit "künftig wegfallend"-Vermerk für Reinemers Posten).

⁴³⁸ Amtliche Begründung zur DGO 3, DRuPrStA 1.2.1935.

⁴³⁹ Vgl. undatiertes Vermerk, DS 522, zur Aufwertung der Position des Kämmerers.

⁴⁴⁰ Verf. 8.7.1939, u.a. DS 867 und ZRa 13200.

⁴⁴¹ Die Verf. u.a. in PAM 539 und ZRa 13535.

neugeschaffene Ernährungs- und Wirtschaftsamt unterstand. Reinemer und Sachs, die ebenfalls eingezogen worden waren, blieben bis Frühjahr bzw. Herbst 1940 ihren Dienststellen fern. Nur die Berufung eines "juristischen Hilfsarbeiters", des Syndikus Dr. Wilhelm Pellkofer⁴⁴², brachte Entlastung. Seine Aufgabe war es, daß er "eben da aushilft, wo eine rechtskundige Arbeitskraft gebraucht wird", den Referentenstatus erhielt er allerdings nicht⁴⁴³.

Mitte 1940 stellte sich die Geschäftsverteilung folgendermaßen dar: Unter der Gesamtleitung Schottenheims war Herrmann zuständig für Wirtschaft, Verkehr und Grundstückswesen. Zwick unterstanden das Sozialwesen sowie die ernährungs- und kriegswirtschaftlichen Aufgaben. Der abwesende Sachs leitete formell die Werke, die in der Praxis Schottenheim an sich gezogen hatte. Pellkofer bearbeitete anstelle von Sachs die Gewerbeaufsicht, die Preisüberwachung, später auch das Versicherungswesen. In den vier übrigen Referaten hatte sich nichts geändert: Sailer amtierte als Kämmerer, das Bauwesen verblieb Schipper, der Schulbereich Kreisleiter Weigert, das Personalreferat Reinemer⁴⁴⁴. Mit Sachs' Rückkehr von der Wehrmacht im Herbst 1940 wurden diese ersten Umverteilungsmaßnahmen hinfällig⁴⁴⁵, doch erzwang seine neuerliche Einberufung im Februar 1941 die nächste Umschichtung⁴⁴⁶. Seit Ende 1941 galten auch neue Benennungen: "Der Oberbürgermeister" hieß nun "Amtsvorstand", die Referate "Dezernate"⁴⁴⁷.

Aus dem Wehrdienst heraus bewarb sich Sachs mit Erfolg um den Posten des Stadtkämmerers in Weimar. So berief Schottenheim Lorenz Ederer zum neuen Rechtsrat. Als er im November 1942 endlich ernannt werden konnte, war Pellkofer bereits seit einem halben Jahr bei der Wehrmacht. Ab Anfang 1943 arbeitete Schottenheim halbtags als Arzt in einem Hilfslazarett, und auch Ederer mußte im zweiten Quartal 1943 Wehrdienst leisten. Die Überlastung der übrigen Dezernenten nahm also weiter zu. Erneut übernahm Herrmann, der unermüdliche Arbeiter in der Verwaltungsspitze, neue Aufgaben, und man mußte auch größere Sachgebiete zur selbständigen Bearbeitung an erfahrene rangniedrigere Beamte abgeben⁴⁴⁸. Daß es gelang, Ederer und Pellkofer von der Wehrmacht freizubekommen⁴⁴⁹, verhinderte den Zusammenbruch der Stadtverwaltung.

Mit Verschlechterung der Kriegslage konnte Kreisleiter Weigert seinem Hauptberuf als Stadtschulrat immer weniger Zeit widmen. Ende 1943 beurlaubte ihn Schottenheim schließlich auf Kriegsdauer "für Zwecke der NSDAP"⁴⁵⁰ und sah sich gezwungen, das Schul- und Erziehungsdezernat selbst zu übernehmen⁴⁵¹. Kurz darauf fiel Baudezernent Schipper aus; eine schwere Erkrankung machte ihn auf Dauer dienstunfähig. Somit ging es nun nicht mehr um möglichst elegante Lösungen, sondern nur um die Frage, wie man die Verwaltung

⁴⁴² * 20.11.1902 in Grafenau; die Verf. vom 14.3.1940 u.a. in DS 520 und ZR 3822.

⁴⁴³ Rh-Prot. 19.1.1940. Zu bearbeiten hatte Pellkofer v.a. Rechtsfragen aus dem ehemaligen Referat von Sachs, darunter den Vollzug der "VO über den Einsatz des jüdischen Vermögens".

⁴⁴⁴ Sch. an Reg. 7.5.1940, ZR 10315 und StA (1987) I blau 20 = 4003 e.

⁴⁴⁵ Auflistung der Aufgaben Pellkofers in Verf. Sch. 25.9.1940, u.a. DS 520, 867 und PAM 539.

⁴⁴⁶ Die Verf. vom 5.2.1941 u.a. in DS 867 und PAM 539.

⁴⁴⁷ Verf. 25.11.1941, u.a. ZRa 13200 und PAM 539.

⁴⁴⁸ Vgl. Verf. H. bzw. Sch., 19.6. und 7.7.1943, PAM 540.

⁴⁴⁹ Vgl. die Meldungen an die Reg., PAM 519, wonach Pellkofer am 10.6.1942 eingezogen, am 8.10.1943 wieder entlassen wurde.

⁴⁵⁰ Verf. 29.11.1943, StA (1987) I blau 137 = 4036 c.

⁴⁵¹ Verf. 3.12.1943, DS 62. Die Personalsachen wies Sch. Reinemer zu, die schulaufsichtlichen Fragen gingen auf Bezirksschulrat Held über.

überhaupt noch organisieren konnte. Anfang 1944⁴⁵² legte Herrmann einen neuen, längst von den Kriegserfordernissen geprägten Geschäftsverteilungsplan vor⁴⁵³. Die Stadtverwaltung gliederte sich nun in sieben Bereiche. Schottenheim bearbeitete die Wehrmachts- und Verteidigungsangelegenheiten, das Siedlungswesen und eine Reihe kultureller Fragen, befristet auf Kriegsdauer zudem das Schuldezernat und die Stadtwerke. Herrmann selbst blieb Vertreter des Stadtoberhauptes und zuständig für Verkehrs- und Wirtschaftsfragen, zudem für den Ausgleich kriegswichtigen Raumbedarfs. Außerdem unterstand ihm das Kriegsschädenamt. Sailer leitete weiterhin das Finanz-, Zwick das Sozial- und Gesundheitswesen sowie das Ernährungs- und Wirtschaftsamt. Reinemer blieb Personal- und Presse-, Ederer Rechts- und Gewerbebezernat mit weitreichenden Kompetenzen auch im Wohnungswesen. Oberbauamtmann Pfenning vertrat Schipper und war somit verantwortlich für die baulichen Sofortmaßnahmen nach Luftangriffen. Neben diesen sieben Dezernaten blieb das Referat des Syndikus Pellkofer bestehen, der vorwiegend mit Rechtsfragen beschäftigt war, die sich aus dem Kriegsgeschehen ergaben⁴⁵⁴. Drei Tage, nachdem Herrmann diese Geschäftsverteilung vorgelegt hatte, wurde das Messerschmittwerk im Stadtwesten zum zweiten Mal bombardiert. Aufgaben wie die Wohnraumbeschaffung für Luftkriegsbetroffene oder die "baulichen Sofortmaßnahmen" erwiesen sich nun als hochaktuell, während die Überwachung der Flußbadeanstalten oder die Förderung des Fremdenverkehrs, selbst das Siedlungswesen, der Straßengrunderwerb oder die Planung für den Osthafen kaum mehr eine Rolle spielten.

Bei der Abwicklung von Verwaltungsarbeiten aller Art, die im Zusammenhang mit den ersten drei Bombardierungen standen, hatten sich erhebliche Schwierigkeiten ergeben. Wollte man ein allgemeines Chaos vermeiden, so mußten alle Verwaltungsakte in einer Hand zusammenlaufen. Daher übertrug Schottenheim Herrmann Ende Oktober 1944 die Koordinierung der Maßnahmen nach Luftangriffen, und ihm unterstellte er auch die städtische Wehrmachtstelle, während Sailer das Kriegsschädenamt übernahm⁴⁵⁵. Die übrigen Dezernenten behielten ihre einschlägigen Kriegsaufgaben⁴⁵⁶. Herrmann war also der große Koordinator, immer wieder bewährte sich nach den Luftangriffen sein Improvisationsgeschick. Bis zum Großangriff vom 13. März 1945 gelang es ihm, die städtische Infrastruktur unter schwierigsten Bedingungen aufrecht zu erhalten - zum Nutzen der Bevölkerung, aber auch im Dienst der Wehrmacht und der Rüstungsindustrie.

⁴⁵² Am 25.9.1940 (u.a. DS 520) hatte Sch. H. beauftragt, die vielfach geänderte Geschäftsverteilung von 1935 neu zu fassen. Meldungen einzelner Ämter über ihre Kompetenzen in PAM 540. Vgl. auch den Entwurf einer neuen Hauptsatzung, 23.9.1940, mit reduzierter Zahl an Beigeordneten.

⁴⁵³ Handschriftliche Datierung 22.2.1944, DS 132. Vgl. auch verwaltungsinternes Telefonverzeichnis, Stand 15.2.1945, ZRa 13451.

⁴⁵⁴ Bericht Pellkofers 23.2.1944, DS 132.

⁴⁵⁵ Verf. Sch., 28. bzw. 30.10.1944, PAM 540 bzw. DS 132.

⁴⁵⁶ Verf. Sch. 30.10.1944, DS 132 und PAM 540; vgl. auch Telefonverzeichnis, Stand 15.2.1945, ZRa 13451.

1. Oberbürgermeister Dr. Otto Schottenheim⁴⁵⁷

a. Herkunft und Werdegang bis 1933

Otto Schottenheim wurde am 20.10.1890 in Regensburg als Sohn des Oberpostverwalters Konrad Schottenheim und seiner Frau Amalie, geb. Jäger, geboren. Die Familie stammte aus Altfallter bei Schwarzenfeld in der Oberpfalz⁴⁵⁸. Schottenheim besuchte das Neue Gymnasium in Regensburg und studierte anschließend in Würzburg, Erlangen und München Medizin. Am Ersten Weltkrieg nahm er als Lazarettarzt teil und erwarb eine Reihe von Auszeichnungen⁴⁵⁹. Danach meldete er sich zur Freikorpskompanie Sengmüller und nahm an der gewaltsamen Niederschlagung der Räterepublik im Mai 1919 teil. Zu seinen ehemaligen Freikorpskameraden hielt er auch später Kontakt⁴⁶⁰. Mitte Mai 1919 ging der 28-jährige Schottenheim nach Erlangen, um seine Ausbildung zum Arzt mit der Promotion abzuschließen. Seine Dissertation ist verschollen, laut der Promotionsurkunde erhielt Schottenheim die Gesamtnote "sehr gut"⁴⁶¹.

1920 ließ sich Schottenheim in Regensburg als praktischer Arzt nieder und erwarb sich bald einen Ruf als sozialer Wohltäter, der sich sehr für seine Patienten einsetzte. Insbesondere in der Obdachlosensiedlung am Pulverturm soll er häufig ohne Bezahlung gearbeitet haben. Neben seinem sozialen ließ jedoch auch sein politisches Engagement nicht nach. 1922 wurde er Mitglied des "Bundes Oberland"⁴⁶², später des deutsch-völkischen Offiziersbundes und des obskuren "Lebensborns"⁴⁶³. Angeblich auf Anregung Dr. Heinrich Dörflers, eines der ältesten Parteigenossen der Stadt, zugleich Chefarzt des Evangelischen Krankenhauses und Inhaber einer Privatklinik⁴⁶⁴, trat Schottenheim am 1.4.1929 als Mitglied Nr. 122988 der NSDAP bei, kurz darauf auch der SS⁴⁶⁵. Anfang 1931 schloß er sich außerdem dem NS-Ärztebund an, aus dem er nach seiner Wahl zum berufsmäßigen Oberbürgermeister und der damit verbundenen Schließung seiner Praxis allerdings wieder austreten mußte⁴⁶⁶. Innerhalb der Partei wurde er 1934 stellvertretender Gauamtsleiter für Kommunalpolitik⁴⁶⁷, später Sanitätsbrigadeführer der SA. Innerhalb der SS stieg er 1938 zum Oberführer auf⁴⁶⁸. Daneben gehörte er ab 1934 dem NS-Fliegerkorps, dem NS-Studentenbund, dem Reichsluftschutzbund und dem Reichsbund deutscher Beamter an, während er der NSV erst 1935 beitrug. Mitglied des Roten Kreuzes war Schottenheim seit 1914, seinen Kreisvorsitz für Niederbayern und die Oberpfalz übernahm er 1934⁴⁶⁹.

⁴⁵⁷ Nachlaß Sch. (30 Ordner) im Stadtarchiv (zit.: NIS). Personalakt der Reg.: StA (1987) 1 blau 731 = 4162 s. Einschlägig auch HStAM: Nachlässe und Sammlungen, P 3998 Dr. Otto Schottenheim. Briefe und Einladungen im Akt A 1952/13, ein ihm gewidmeter Marsch "Hakenkreuzfahne" in NIS 1 (15.10.1933, Text F.Kirsinger, Musik R.Eisenmann), Aufsätze und ein "Dramatischer Akt" in der Manuskriptsammlung, M 487. Kurze Würdigung seiner Person bei Albrecht (1984) S.233 f.

⁴⁵⁸ Deutsches Führerlexikon 1934/35 S.435.

⁴⁵⁹ Sch. an Reg. 5.11.1936, StA (1987) 1 blau 731 = 4162 s.

⁴⁶⁰ Privatbriefe, Einladungen, Beitragsquittungen des Verbands ehemaliger Freikorpskämpfer usw. verstreut im NIS.

⁴⁶¹ Frdl. Mitteilung des Prüfungsamtes der Medizinischen Fakultät der Universität Erlangen.

⁴⁶² Kurzer Überblick bei Kraus S.683, vgl. auch HStAM MA 100428.

⁴⁶³ Unterlagen dazu in BA Koblenz, NS 20-30 Bd.3. Beitragsquittungen u.a. in NIS 7.

⁴⁶⁴ Vgl. Nachruf auf Dörfler, BOm 17.8.1937.

⁴⁶⁵ Mitgliedsnummer 1527 (NIS 12); fehlerhaft Babl S.2. Abweichend Sch. an Reg. 8.2.1938: Pg-Nummer 122188, Beitritt zur SS ebenfalls 1.4.1929 (StA 1987 1 blau 731 = 4162 s).

⁴⁶⁶ Beitritt 24.1.1931 (Erklärung 8.2.1938, s. vorige Anm.).

⁴⁶⁷ Ebd.

⁴⁶⁸ Ebd.

⁴⁶⁹ Ebd. Unterlagen zum Roten Kreuz in NIS 24, vgl. seine Erinnerungen in NIS 30, hier S.3349 (scharfe Kritik am Bayerischen Rot-Kreuz-Präsidenten, SA-Brigadeführer Dziewas).

Schottenheim soll sich vor 1933 zwar durchaus als Nationalsozialist zu erkennen gegeben haben, eine exponierte Position, etwa als Parteiredner, hatte er jedoch nicht. Aktionen seiner Partei unterstützte er vor allem finanziell⁴⁷⁰ und organisierte als Vorsitzender des "Opferings" in der "besseren Gesellschaft" Regensburgs Spenden an die NSDAP⁴⁷¹. Er war ständig in der Umgebung von Kreisleiter Weigert zu finden, seines Schul- und Duzfreundes, mit dem ihn das ganze Dritte Reich hindurch ein kameradschaftliches Verhältnis verband⁴⁷². Folgt man Matzeraths und Rebentischs Typologie der NS-Oberbürgermeister, so gehörte Schottenheim zu den "Prominenten": bürgerlichen Existenzen mit starken NS-Sympathien, geboren nach 1885, der NSDAP nach 1928 beigetreten. Auch er verfügte als promovierter Hochschulabsolvent, aber nicht Jurist, über einen gewissen lokalen Bekanntheitsgrad und propagandistische Fähigkeiten⁴⁷³.

Die Berufung Schottenheims zum kommissarischen Bürgermeister wurde bereits dargestellt. Sein angebliches Zögern, den Posten anzunehmen, wäre verständlich, da er eine ausgedehnte, recht einträgliche Praxis betrieb, die ihm ein Jahreseinkommen von 20-30000 RM sicherte - bedeutend mehr, als er als hauptamtlicher Oberbürgermeister verdient hat. Allein aus Liebe zu seiner Heimatstadt wollte Schottenheim das Bürgermeisteramt dann doch übernommen haben. Der Ankläger im Entnazifizierungsverfahren unterstellte ihm daneben aber auch, gewiß nicht zu Unrecht, persönlichen Ehrgeiz und Geltungsbedürfnis⁴⁷⁴. Welche Überlegungen Weigert und seine Berater bewogen haben, den nicht sonderlich exponierten, nur durch seine mehrjährige Partei- und SS-Mitgliedschaft profilierten Schottenheim zum Bürgermeister zu machen, ist nicht belegt. Schottenheim kann jedenfalls nicht als Typus des Rabauken bezeichnet werden, der sich selbst an die Macht geputscht hätte. Man darf wohl annehmen, daß sein in Teilen der Bevölkerung bekanntes soziales Engagement, wohl auch ein gewisser Respekt vor der akademischen Bildung des Arztes, seine langjährige Freundschaft mit Weigert sowie beider Vorliebe für ein "geselliges Beisammensein" bei Bier und Zigarren im Ratskeller zu dieser Berufung entscheidend beigetragen haben. Vielleicht kam die Überlegung hinzu, daß den im bürgerlichen Leben erfolgreichen Arzt in einer durch und durch konservativen Stadt wie Regensburg geringere Schwierigkeiten erwarteten als einen "Alten Kämpfer", der durch sein Verhalten in der Kampfzeit die lokalen Gewerbetreibenden und die "bessere Gesellschaft" verschreckt hatte. Ob es darüber hinaus parteiinterne Motive gab, die erklären würden, warum nicht Weigert selbst den Bürgermeisterposten übernahm, darüber läßt sich nur spekulieren. Zumindest sollen neben Schottenheim auch Weigert und der spätere Stadtkämmerer Karl Sailer als Kandidaten für den Bürgermeisterstuhl gegolten haben; Schottenheim sei in Parteikreisen wegen seiner mangelnden Härte gegenüber der etablierten Beamten-schaft als unzuverlässig angesehen worden - eine Äußerung, die nicht nur sachlich unbegründet war, sondern auch in seinem Entnazifizierungsverfahren gefallen ist und folglich wohl als Entlastungsaussage für das ehemalige Stadtoberhaupt gedacht war⁴⁷⁵.

⁴⁷⁰ Babl S.2 und 14.

⁴⁷¹ Zweck (1984) S.246 f., vgl. auch VW 11.8.1932 und BOw 20.3.1933.

⁴⁷² Nur die Kriegslage soll Sch. pessimistischer beurteilt haben als Weigert, vgl. dessen Aussage beim Entnazifizierungsverfahren gegen Sch. (nach Babl S.13).

⁴⁷³ vgl. Rebentisch und Matzerath (in Schwabe) S.128 ff. bzw. 175 ff. Damals stand lt. Matzerath (S.159) die Forschung noch in den Anfängen.

⁴⁷⁴ Babl S.1 f. bzw. 17.

⁴⁷⁵ Sie stammte von Breitenbach; s. auch S.83.

b. Dr. Schottenheim als Oberbürgermeister

Den Ehrentitel "Oberbürgermeister" verlieh der Stadtrat Schottenheim am 4.7.1933. Noch blieb es allerdings bei einer jährlichen Aufwandsentschädigung von nur 3000 RM. Nach der neuen Geschäftsverteilung vom Herbst 1933 behielt sich das Stadtoberhaupt neben der allgemeinen Geschäftsleitung und der Vertretung der Stadt nach außen den Vorsitz in verschiedenen Gremien vor, so im Stadtrat, den meisten seiner Ausschüsse, im katholischen Stiftungsrat, im Stadtjugendamt und im Aufsichtsrat der Stadtlagerhaus GmbH. Zugleich zog er das Personalwesen der Beamtenschaft an sich. Die Hauptarbeit in diesem wichtigen Bereich leistete weiterhin der hierfür im Juni 1933 zum Hilfsreferenten berufene Direktoralsekretär Reinemer, der dem Oberbürgermeister direkt unterstellt blieb. Einen größeren Geschäftsbereich tatsächlich zu bearbeiten, war dem ehrenamtlich tätigen Stadtoberhaupt zeitlich unmöglich; lediglich sämtliche Heeresangelegenheiten ordnete er sich zu. Erst nach der hauptamtlichen Übernahme seines Amtes legte Schottenheim seine persönlichen Schwerpunkte fest, indem er die Wehr- und Theaterangelegenheiten⁴⁷⁶ sowie die Siedlungsverwaltung an sich zog⁴⁷⁷. Das Siedlungswesen bezeichnete er öffentlich als sein "Steckenpferd", von Anfang an kümmerte er sich um jede Einzelheit, die die von ihm gegründete Siedlung betraf. Er erklärte, jederzeit, für jeden Bürger und in jeder Angelegenheit zu sprechen zu sein, in der es um die Siedlung ging, er verfaßte Zeitungsartikel, führte bei jeder Gelegenheit Besucher, sogar Schulklassen durch die Siedlung und behielt sich persönlich die Auswahl der Siedlerfamilien vor⁴⁷⁸.

Vereidigt wurde Schottenheim am symbolträchtigen 9. November 1933 gemeinsam mit allen bayerischen Bürgermeistern bei einer von Adolf Wagner angeordneten Feier am Königsplatz in München. Das Datum demonstrierte, zehn Jahre nach dem mißglückten Putschversuch, den Sieg des Nationalsozialismus bis hinab zur einzelnen Gemeinde. Bei dieser Gelegenheit schwor Schottenheim wie sämtliche Gemeindeoberhäupter, er werde sein Amt "im Sinne des Führers gewissenhaft leiten" und sich "mit Hab, Gut und Blut einsetzen für Volk und Vaterland"⁴⁷⁹. Sein Porträtfoto wurde ab Ende 1933 an sämtliche städtischen Dienststellen ausgeliefert, die damit - zu recht hohen Preisen - in ihren Büroräumen zum Führerkult beitragen konnten⁴⁸⁰.

Die Arbeit als Oberbürgermeister war auf die Dauer ehrenamtlich nicht zu bewältigen. Schottenheim mußte sich, schweren Herzens, wie er mehrfach erwähnte, entschließen, seine Arztpraxis aufzugeben und sich zum berufsmäßigen Oberbürgermeister wählen zu lassen. Dies geschah in der Stadtratssitzung vom 29.10.1934⁴⁸¹. Nachdem Gauinspekteur Ganninger

⁴⁷⁶ Sch.s. ausgedehnter Schriftwechsel zum Theater verteilt sich über seinen gesamten Nachlaß und zahlreiche ZR-Akten. Die Prot. des Theater-Ausschusses bis 1935 in ZR 18364.

⁴⁷⁷ Geschäftsverteilung 18.10.1933 bzw. vorläufige Geschäftsverteilung 6.4.1935, u.a. in DS 516, 519, 867 und PAM 523, vgl. auch Übergangsregelungen 8.4.1935, DS 519.

⁴⁷⁸ Zum Engagement Sch.s für seine Siedlung vgl. Maier (1986) S.108 f.

⁴⁷⁹ Der Vorgang in ZRa 13181, Einzelheiten auch in StA (1987) 1 blau 20 = 4003 e. Bei seiner Rückkehr aus München geleitete die SA Sch. mit "klingendem Spiel" zum Rathaus, vgl. Einladung an Presse und Prominenz 8.11.1933, ZR 9042 und ZRa 13181. Vgl. auch Bayern im ersten Vierjahresplan S.70 ff.

⁴⁸⁰ Verf. Sch. 12.12.1933, ZRa 14107.

⁴⁸¹ Sr-Prot. 29.10.1934; Wahlprot. und Bericht in StA (1987) 1 blau 500 = 4158 f. Von Inkompetenz zeugt die apologetische Feststellung Babls (S.2 f.), alle Stadtratparteien, selbst die KPD, hätten Sch. einstimmig gewählt.

keine Einwände erhoben und erklärt hatte, Schottenheim genieße sein Vertrauen⁴⁸², wurde die Wahl vom Innenministerium bestätigt⁴⁸³.

Die Deutsche Gemeindeordnung, die am 1.4.1935 in Kraft trat, stärkte die Position des Bürgermeisters außerordentlich. In Stadtkreisen trug er die Amtsbezeichnung "Oberbürgermeister" und war in Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern hauptamtlich angestellt⁴⁸⁴. Die Gemeindebehörde Regensburg hieß nun nicht mehr "Der Stadtrat", sondern "Der Oberbürgermeister von Regensburg"⁴⁸⁵. Als solcher vertrat Schottenheim nicht nur die Stadt nach außen, ihm kam auch eine Schiedsrichterfunktion zwischen den "widerstreitenden Interessen" zu, die er in dem "für die Gemeinschaft förderlichsten Ausgleich zu vereinen" hatte⁴⁸⁶. Er war in "voller und ausschließlicher Verantwortung" Führer der Gemeinde und Dienstvorgesetzter der gemeindlichen Beschäftigten⁴⁸⁷, unterlag also nicht mehr der Kontrolle durch ein gewähltes Organ; die Mitwirkung der Stadträte - nunmehr "Ratsherren" - wurde auf die reine Beratung beschränkt⁴⁸⁸. Weder die Wahl eines mit Kontrollbefugnissen ausgestatteten Stadtrats durch die Bevölkerung noch die frühere Trennung von Beschluß und Ausführung wären mit dem Führerprinzip vereinbar gewesen; künftig war allein die Entscheidung des Bürgermeisters rechtswirksam⁴⁸⁹.

Der Oberbürgermeister oder sein Vertreter, der Erste Beigeordnete⁴⁹⁰, mußten die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst aufweisen⁴⁹¹, was in Regensburg auf Bürgermeister Herrmann zutraf. Zudem sollte er Nationalsozialist, aber auch seinem Amt "fachlich gewachsen" sein⁴⁹², was aus der Sicht der Partei in vielen deutschen Städten nach der NS-Machtergreifung nicht der Fall gewesen war⁴⁹³. In Regensburg kam allerdings das in der DGO festgesetzte Berufungsverfahren für neue Bürgermeister, das der Partei den beherrschenden Einfluß zuschrieb und endgültig von demokratischen Prinzipien gelöst war⁴⁹⁴, nicht zur Anwendung, da Schottenheim bis zum Zusammenbruch des Dritten Reichs im Amt blieb - im Deutschen Reich eher die Ausnahme⁴⁹⁵. Sein Vertrag hatte ursprünglich eine Laufzeit von zehn Jahren, bis zum 31.10.1944 gehabt⁴⁹⁶, nun wurde eine zwölfjährige Amtsdauer vorgeschrieben⁴⁹⁷. Für Schottenheims Besoldung galt seit seiner Wahl zum hauptamtlichen Oberbürgermeister eine Übergangslösung, ab 1.4.1935 betrug sein Gesamteinkommen einschließlich der Zuschläge für seine beiden Töchter rechnerisch 19800 RM, gekürzt 17800 RM im Jahr⁴⁹⁸. Seine Dienstzeit setzte der Stadtrat ab 1.3.1927 an. Diese willkürliche Vorverlegung des Amtsantritts begründete man lapidar mit "sachlichen Gründen" und dem

⁴⁸² Ganninger an Reg. 7.11.1934, StA (1987) 1 blau 500 = 4158 f.

⁴⁸³ Ebd. und HStAM MInn 80467, vgl. Mb 8.4.1935, ZR 3725 c.

⁴⁸⁴ §§ 32 bzw. 39 DGO.

⁴⁸⁵ Verf. Sch. 8.4.1935, alte Briefköpfe zu überstempeln, u.a. DS 867.

⁴⁸⁶ Bek. zur DGO 29.3.1935, GVBl hier S.142.

⁴⁸⁷ §§ 36 und 37 DGO.

⁴⁸⁸ §§ 6 und 32 DGO sowie § 9 DurchfVO 22.3.1935, RGBl I S.393.

⁴⁸⁹ Amtliche Begründung 3, DRuPrStA 1.2.1935; vgl. auch Bek. zur DGO 29.3.1935, GVBl hier S.142.

⁴⁹⁰ § 35 DGO.

⁴⁹¹ § 40 DGO.

⁴⁹² Anordnung 150/35 des Stellvertreters des Führers an die Beauftragten der NSDAP in den Gemeinden, 25.7.1935; Abdruck in ZR 10294.

⁴⁹³ Vgl. Matzerath (in Schwabe) bes. S.166 ff. und passim.

⁴⁹⁴ Vgl. Amtliche Begründung 3, DRuPrStA 1.2.1935: "Es bedarf keiner besonderen Begründung, daß im neuen Staat für eine Wahl des leitenden Gemeindebeamten kein Raum ist. (...) Die Partei als Repräsentant des Volkes muß in der Lage sein, auf die Besetzung der Stellen leitender Gemeindebeamten maßgebenden Einfluß zu üben."

⁴⁹⁵ Vgl. Matzerath (in Schwabe) S.166 ff. und 188.

⁴⁹⁶ DS 60 und StA (1987) 1 blau 500 = 4158 f.

⁴⁹⁷ § 44 DGO.

⁴⁹⁸ Sr-Prot. 13.11.1934, auch in StA (1987) 1 blau 500 = 4158 f.

"Ausgleich von Härten". Als die Kreisregierung als Aufsichtsbehörde dies nicht hinnahm, verfiel Herrmann auf das Argument, Schottenheim habe als Arzt Regensburg so gut kennengelernt, daß man dies als Förderung der Ausbildung zum Oberbürgermeister werten könne⁴⁹⁹. Dies war selbst für eine wohlwollende Aufsichtsbehörde zu fadenscheinig; sie lehnte die willkürliche Verlängerung der Dienstzeit Schottenheims nach wie vor ab⁵⁰⁰ - zum Bedauern der Ratsherren⁵⁰¹. So erklären sich Herrmanns Bemühungen, Schottenheim die Tantiemen aus seinen Aufsichtsratsposten beim Bayerischen Lloyd und der OWAG zu sichern, die er seit Juni 1935 bzw. Juli 1936 innehatte⁵⁰². In den frühen Kriegsjahren war Schottenheim zudem in seiner Eigenschaft als SS-Oberführer Aufsichtsrat bei der "Allod Eigenheim und Kleinsiedlung GmbH" (Berlin-Steglitz), einer Wohnbaugesellschaft für Polizei-, SS- und Wehrmachtsangehörige⁵⁰³. Schließlich gehörte er dem Beirat der Messerschmitt GmbH an⁵⁰⁴.

Im Juni 1939 ordnete das Reichsinnenministerium an, daß alle deutschen Bürgermeister für die Wehrmacht zur Verfügung stehen müßten. Sie wurden verpflichtet, ihre Stellvertreter so zu wählen, daß sie für den Wehrdienst zu alt seien. Zu diesem Zweck mußten nötigenfalls sogar Rücktritte erzwungen werden⁵⁰⁵. Wenig später, am 1.8.1939, wurde Schottenheim tatsächlich zu einer Wehrübung eingezogen, von der er vor Kriegsbeginn nicht mehr zurückkehrte; vielmehr machte er als Sanitätsoffizier den gesamten Polenfeldzug mit⁵⁰⁶. Für die bei der Wehrmacht erfahrene Kameradschaft, für die Dynamik des deutschen Angriffs fand er begeisterte Worte und beklagte später immer wieder, daß er in Regensburg zur Untätigkeit verdammt sei. So heißt es in einem Brief an seine noch in Polen stationierte Einheit: "Ich stehe wieder in meiner Tretmühle und muß feststellen, daß es in Ihrem Kreise wesentlich schöner war."⁵⁰⁷ Und gegenüber einem seiner Ratsherren äußerte Schottenheim, er "hoffe nur, daß der Krieg bald ein Ende nimmt, damit wieder mit der Aufbauarbeit fortgefahren werden kann; denn z. Zt. ist es nicht schön, Bürgermeister einer Stadt zu sein."⁵⁰⁸

Am 9.10.1939 war der Oberbürgermeister nach Regensburg zurückgekehrt⁵⁰⁹ und hatte kurz darauf seine Dienstgeschäfte wieder übernommen, darunter das neue Flüchtlings-Quartieramt und verschiedene Aufgaben aus Sachs' Dienstbereich⁵¹⁰ - er stürzte sich also in die Arbeit. In den späteren Kriegsjahren war dies anders; in zunehmendem Maß scheint ihm der Verwaltungsalltag lästig geworden zu sein⁵¹¹. Während sich Herrmann nach wie vor mit ungeheurer Disziplin in die Arbeit kniete und sich sogar immer neue Tätigkeitsfelder suchte, fehlte dem

⁴⁹⁹ Sr-Prot. und H. an Reg. 15.3.1935, HStAM MInn 80467; Einzelheiten auch in StA (1987) 1 blau 500 = 4158 f.

⁵⁰⁰ Vgl. auch H.s nochmaligen Vorstoß 3.10.1935 (mit noch ungeschickterer Begründung) und MInn an Reg. 12.12.1935, HStAM MInn 80467.

⁵⁰¹ Rh-Prot. 8.7.1936. Nachtrag zum Dienstvertrag samt den vom MInn angeordneten Änderungen in StA (1987) 1 blau 500 = 4158 f.

⁵⁰² HStAM MInn 80467, vgl. auch Bericht H. über Sch.s Nebentätigkeiten 4.7.1939, NIH 7 und StA (1987) 1 blau 731 = 4162 s.

⁵⁰³ Sch. übte diese Funktion von 1938 bis 1942 aus, ohne an den Sitzungen teilzunehmen. Auch Regierungspräsident Holzschuher, inzwischen Chef des Siedlungsamtes im Rasse- und Siedlungshauptamt der SS, hatte einen Aufsichtsratsposten bei der "Allod".

⁵⁰⁴ Geschäftsverteilung 22.2.1944, DS 132.

⁵⁰⁵ Anweisung 21.6.1939, ZR 10408.

⁵⁰⁶ Unklar die Hintergründe einer Mitteilung, das RMdI habe die Abordnung Sch. nach Krakau wegen seines Gesundheitszustandes aufgehoben (MInn an Reg., StA <1987> 1 blau 731 = 4162 s).

⁵⁰⁷ Brief 7.11.1939, NIS 1.

⁵⁰⁸ Brief an Rupert Hilmer 6.11.1939, ebd.

⁵⁰⁹ Reinemer an DGT 2.10.1940, ZR 10315. Ladung zur a.o. Ratsherren-Sitzung am 10.10.1939, bei der Sch. eine persönliche Erklärung abgab, in ZRa 13204.

⁵¹⁰ Auch nach Sachs' zweiter Einberufung übernahm Sch. wieder die Funktion als "Erster Werksleiter", vgl. Verf. 5.2.1941, u.a. DS 867 und PAM 539. Lt. Telefonverzeichnis 1.10.1941 (ZRa 13451) gehörte das Theater nicht mehr zu seinem Geschäftsbereich.

⁵¹¹ Zahlreiche Belege verstreut in NIS, gehäuft in NIS 1 und 15.

Stadtoberhaupt offenbar die Motivation hierzu. Privat schrieb er⁵¹²: "Vielleicht ist es mir (...) möglich, wieder einmal zu einer kämpfenden Truppe zu kommen. Das Herumsitzen in der Heimat wird mir allmählich unerträglich." Nach seinem Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat der "Allod" im Jahr 1942 bat Schottenheim daher um eine andere Aufgabe innerhalb der SS⁵¹³ und meldete sich schließlich zum Lazarettendienst an der "Heimatfront". Am 26.2.1943 wurde er einberufen und arbeitete nun ein Jahr lang halbtags als Oberstabsarzt im Hilfs-lazarett Augustenschule⁵¹⁴. Erst Ende 1943, als er Weigerts Geschäftsbereich als Stadtschulrat mit übernahm, muß seine ständige Abwesenheit vom Amt als Oberbürgermeister unhaltbar geworden sein.

Die kampflose Übergabe der Stadt Regensburg an die US-Truppen am 27.4.1945 war zusammen mit Schottenheims Siedlungspolitik - die vom Ansatz her verfehlt war, wie noch zu zeigen sein wird - diejenige Maßnahme, die ihm in der Bevölkerung am meisten Verehrung eingebracht hat. Zu bedenken ist dabei, daß der Kampfkommandant und die Verteidigungstruppen in der Nacht zuvor die Stadt fluchtartig verlassen hatten, diese also kaum noch verteidigt werden konnte. Für angebliche, in den Nachrufen auf Schottenheim verschiedentlich erwähnte Pläne der SS, ihn in diesen dramatischen Stunden vor ein Kriegsgericht zu stellen und zum Tode verurteilen zu lassen, fanden sich keine Belege⁵¹⁵. Am 30.4.1945 wurde er verhaftet und interniert.

c. Zur Persönlichkeit Dr. Schottenheims

Ein Beobachter des Entnazifizierungsverfahrens schilderte Schottenheim als "hochanständigen, korrekten, durchaus rechtlich denkenden und handelnden Charakter mit aufrechtem geradem Wesen von etwas bajuwarischer Prägung und impulsivem Auftreten, der zwar überzeugter, bewußter Nationalsozialist war, aber sich im Bedarfsfalle doch ein selbständiges, unabhängiges Urteil und eigene Entscheidung bewahrt hatte"⁵¹⁶. Der Prozeßbeobachter konnte also seine Sympathien für das ehemalige Stadtoberhaupt ebensowenig verbergen wie seine offenkundige Verachtung für die "Befriedigung persönlicher Rachsucht und Gehässigkeit"⁵¹⁷ in der politischen Säuberung der Nachkriegszeit. Tatsächlich reagierte Schottenheim auf echte oder vermeintliche Kritik nicht selten aggressiv, etwa wenn er sich "Belehrungen" verbat oder eine in völlig normalem Ton gehaltene Anfrage eines Siedlungsbewerbers als unverschämte Erpressung bezeichnete⁵¹⁸. Alles "Minderwertige" war ihm zuwider; so befürwortete er auch die Praxis der Zwangssterilisierungen⁵¹⁹. Dennoch ergab die Befragung der einschlägigen Zeugen im Entnazifizierungsverfahren, daß niemand etwas davon und von der "Euthanasie" gewußt habe - weder Dr. Reiß und Dr. Scharff, die Leiter der Heil- und Pflegeanstalt bzw. des Gesundheitsamtes, noch Schottenheim, der behauptete, nur durch Gerüchte von "diesen unmenschlichen Vorgängen" erfahren zu haben⁵²⁰. Zumindest für die Sterilisierungen ist dies natürlich falsch; sie fanden nicht im Geheimen statt, das Sterilisie-

⁵¹² Brief 6.2.1943, NIS 7.

⁵¹³ Schreiben an SS-General Pohl, ZR 19102.

⁵¹⁴ Bis 3.3.1944, vgl. die laufenden Meldungen an die Reg., PAM 519.

⁵¹⁵ Vgl. z.B. TA 17./18.10.1970: "Daß die Stadt Rgbg. 1945 kampflos übergeben werden konnte, ist ihm zu verdanken". In einem Zeitungsinterview zu seinem 75.Geburtstag sprach Sch. davon, er habe bei dieser Gelegenheit "mit seinem Kopf gespielt".

⁵¹⁶ Babl S.1 f.

⁵¹⁷ Ebd. S.3.

⁵¹⁸ 7.3.1936 an Dingolfings Kreisleiter Kraemer, NIS 5; viele weitere Belege verstreut in NIS.

⁵¹⁹ S.S.211 f.

⁵²⁰ Babl S.7.

runngesetz war veröffentlicht, an seinem Vollzug beteiligten sich die verschiedenen Verwaltungsebenen, und Oberinspektor Albert Graßmann, Leiter des städtischen Jugendamts, trug sogar die Funktionsbezeichnung "Sterilisationspfleger"⁵²¹.

Daß Schottenheim zumeist nicht als fanatischer NS-Revolutionär handelte, hatte sich schon gezeigt, als er bei seinem Amtsantritt Rechtsrat Zwicks Rücktrittserklärung rückgängig machte und später den größten Teil der überwiegend konservativen Beamenschaft im Amt beließ. Selbst im Siedlungswesen erwies er sich nicht als Parteifanatiker; so hatten Nicht-Nationalsozialisten zumindest anfangs durchaus eine Chance, eine Siedlerstelle zu erwerben. Andererseits muß Schottenheim selbstverständlich als überzeugter und engagierter Nationalsozialist bezeichnet werden, wie an einigen Beispielen belegt werden soll. So drohte er beispielsweise dem städtischen Personal mehrfach, etwa im Sommer 1933, mit den Worten: "Wer sich dem neuen Staat nicht einordnen will oder abfällige Kritik übt, hat keinen Platz mehr im städtischen Dienst."⁵²² Nachdem 1935 der überwiegende Teil der Beamten und Angestellten der NSDAP beigetreten war, rief Schottenheim zwei Jahre darauf mit einer unmißverständlichen Warnung die letzten Zögerer zu diesem Schritt auf: Er "erwarte, daß diesem letzten Appell von allen jenen, die noch nicht Mitglied der Partei sind, Folge geleistet wird"⁵²³. Daß der Oberbürgermeister im persönlichen Gespräch versucht hätte, seine Untergebenen zum Parteibeitritt zu bewegen, ist allerdings nicht belegt, zumindest fanden sich hierfür keine Zeugen, wenn auch beim Entnazifizierungsverfahren entsprechende Gerüchte im Raum standen⁵²⁴.

In diesem Verfahren gelang es der Verteidigung, Stadtrat Reinemer als eigentlichen "bösen Geist" der Stadtverwaltung darzustellen - was er vermutlich auch war. Doch selbst wenn Schottenheim nur Forderungen Dritter ausführte - er war es letztlich, der die Mitgliedschaft in konfessionellen Verbänden untersagte, der Verzeichnisse darüber anlegen ließ, welchen Vereinigungen seine Untergebenen angehörten⁵²⁵, welche städtischen Beamten ihre Kinder zur HJ schickten⁵²⁶ oder der NSV nicht beigetreten waren⁵²⁷. Kennzeichnend auch seine Stellungnahme zur geplanten Versetzung des Regensburger Landgerichtspräsidenten Ludwig Engert, Parteimitglied seit 1920: "Die Verhältnisse am hiesigen Landgericht, das meines Wissens nur einen einzigen nationalsozialistischen mittleren Beamten besitzt, lassen es dringend angezeigt erscheinen, daß es von einem einwandfreien Nationalsozialisten geleitet wird."⁵²⁸ Schließlich ist im Zusammenhang mit dem Berufsbeamtengesetz Schottenheims Eintreten für die Entlassung Karl Essers belegt, eines der führenden Köpfe der Regensburger SPD, hauptberuflich Administrator der Dörnberg-Stiftung. Obwohl diese nicht der Stadt unterstand, empörte sich der Oberbürgermeister über die "nationale Unzuverlässigkeit" des zu dieser Zeit in Dachau inhaftierten Esser, der sich "als höherer Offizier dem staatsfeindlichen Marxismus zugewandt" habe⁵²⁹. "Dachau" war dem Oberbürgermeister auch als Drohung geläufig; als Fazit einer Besprechung über angebliche Preistreibereien in einer bestimmten Branche notierte er für sich: "Als Exempel: 1 oder 2 nach Dachau"⁵³⁰.

⁵²¹ Graßmann schreckte nicht vor der Denunziation widerspenstiger "Pfleglinge" bei der Gestapo zurück, s.S.212.

⁵²² Verf. 25.7.1933, u.a. DS 132, ZR 3726 und 9042.

⁵²³ Verf. 14.10.1937, DS 513.

⁵²⁴ Vgl. SPD-Nachrichtenblatt 2/1947, wonach die Spruchkammer solche Zeugen suchte.

⁵²⁵ Verf. 7.11. und 8.12.1938, NIS 10 und ZR 16559, vgl. auch Verf. 16.11.1940, u.a. ZR 20732.

⁵²⁶ ME 5.1.1936 und entsprechende Verf. Sch., NIS 5.

⁵²⁷ Meldung 14.4.1939, NIS 6.

⁵²⁸ Sch. an Justizministerium 25.1.1934, NIS 9. Engert wurde dennoch versetzt, vgl. Weinmann S.136.

⁵²⁹ Sch. an Reg. 30.1.1934, ZR 3711.

⁵³⁰ Notiz 22.2.1934, DS 666.

Als Intrigant und Denunziant hat sich Schottenheim also zwar nicht oft, nachweislich aber doch einige Male betätigt. So war er sich nicht zu schade, der Kreisleitung der NSDAP Hausbesitzer zu melden, die zur Reichstagswahl 1936 seiner Meinung nach unzureichend beflaggt hatten. Eine Liste der entsprechenden Häuser aus seiner Nachbarschaft kommentierte er folgendermaßen: "Ich würde es für dringend notwendig halten, die Bewohner der Reichsstraße einmal gründlich unter die Lupe zu nehmen; die dort anzutreffende Beflaggung zeigt, welcher Geist hier herrscht. Ich bin überzeugt, daß sämtliche Nein-Stimmen von der Intelligenz stammen. (...) Es gibt Leute, denen es nicht schaden würde, wenn man aus seiner vornehmen Reserve heraustreten würde."⁵³¹ Prompt lud der stellvertretende Kreisleiter die Hausbesitzer vor⁵³², darunter Josef Zirkl, eines der Opfer des 23. April 1945.

Eingaben, in denen Schottenheim in der Phase der Gleichschaltung gebeten wurde, seine Beziehungen spielen zu lassen⁵³³, beantwortete er meist zurückhaltend, manches Mal aber auch mit entlarvender Offenheit. Daß Schottenheim dabei als eingefleischter Nationalsozialist die "marxistischen" Kreise verabscheute, kann nicht überraschen, doch hegte er auch tiefe Verachtung für den "schwarzen Filz", als welchen er die politische und gesellschaftliche Dominanz der katholisch-konservativen Kreise vor der Machtübernahme wertete. Daß er Herrmann in diesem Zusammenhang zunächst als untragbar bezeichnet hatte, wurde bereits erwähnt. Auch seine Parteinahme im Kampf um den "Regensburger Anzeiger" ist bezeichnend. Der Versuch, das einflußreiche Blatt durch ein monatelanges Verbot ökonomisch in die Knie zu zwingen, hatte zu verschiedenen Eingaben katholischer Kreise geführt, Schottenheim dagegen telegrafierte an Ministerpräsident Siebert: "Regensburgs nationale Bevölkerung begrüßt mit freudiger Genugtuung dreimonatliches Verbot Bayer. Anzeiger. Bisher versteckter in letzter Zeit offener Kampf dieses Blattes gegen heutigen Staat wegen starker Beunruhigung der Bevölkerung unerträglich. Bitte namens nationalsozialistischer Bevölkerung Regensburgs gegen versuchte Abkürzung des Verbots hart zu bleiben."⁵³⁴ Und als die "Deutsche Vereinigung für Säuglings- und Kleinkinderschutz" den Regensburger Kinderarzt Dr. Köck, Leiter des städtischen Säuglingsheimes, als Gaufachberater vorsah und nun Schottenheim um eine Stellungnahme bat, antwortete er mit einem einzigen Satz: "Dr. Köck ist das Schwärzeste vom Schwarzen, ein verdrukter, unangenehmer, unbrauchbarer Zeitgenosse"⁵³⁵. Im Kirchenkampf schließlich berichtete er Anfang 1937: "Die breite Masse des Volkes, wenigstens in unserer Gegend, ist mehr denn je kirchlich fanatisiert."⁵³⁶

Zahlreiche Äußerungen belegen auch seine ausgeprägte Abneigung gegen Pazifismus und Demokratie sowie seinen Antisemitismus. In der Weimarer Zeit habe ein "Niedergang auf allen Gebieten des menschlichen Lebens" geherrscht, verschuldet durch das "System", den "Streit von Interessentengruppen und Parteien"⁵³⁷. Immer wieder beklagte Schottenheim die "Verjudung" Deutschlands und die Mißachtung des "männlichen Geistes"; er selbst war begeisterter Anhänger militärischer Disziplin und hielt engen gesellschaftlichen Kontakt zu den Offizieren des Standorts. Selbst der Architektur habe "der Jude (...) seinen zersetzenden Stempel aufgedrückt"⁵³⁸. Die Endphase der Weimarer Republik charakterisierte Schottenheim: "Das war die Zeit, reif für den Bolschewismus und reif für den Untergang. Bolschewismus heißt Judenherrschaft, heißt die Herrschaft des Asiatentums, heißt Zerstörung all des-

⁵³¹ 3.4.1936, NIS 5.

⁵³² Die Einzelheiten in ZR 10450, vgl. auch W.Kick S.378.

⁵³³ Zahlreiche Beispiele verstreut in NIS, v.a. NIS 3.

⁵³⁴ Telegramm 6.6.1934, NIS 9 und HStAM MA 106642.

⁵³⁵ NIS 3.

⁵³⁶ Zit. im RPB 5.2.1937.

⁵³⁷ Programmrede 1941, DS 523.

⁵³⁸ Ebd.

sen, was unsere Vorfahren in vieltausendjähriger Geschichte geschaffen. Der Jude hat und wird immer und ewig nur zerstören können; der Jude ist Parasit und wird es bleiben (...). Wir waren weiß Gott nahe genug an den Bolschewismus herangerückt, und wenn ich zurückdenke an die Zeiten der Räterepublik in München, wenn ich zurückdenke an unsere Aufmärsche in der Kampfzeit und sehe vor mir die haßerfüllten Gesichter, vor allem der Frauen, mit ihrem 'Heil Moskau', so weiß ich, was für ein unendliches Leid über Deutschland gekommen wäre, wäre dem Juden dieser sein letzter Anschlag geglückt."⁵³⁹ Schottenheims Verhalten in der Pogromnacht 1938 ist im Zusammenhang mit der städtischen Judenpolitik noch darzustellen. Andererseits behaupteten Zeugen im Entnazifizierungsverfahren, Schottenheim habe sogar noch als Oberbürgermeister Judenfamilien ärztlich betreut⁵⁴⁰. Es mag sich dabei um Falschaussagen gehandelt haben, vielleicht kannte er aber auch tatsächlich, wie so manche Deutschen, "seine" Juden, die er trotz aller Verachtung für die "Rasse" persönlich aus der anti-jüdischen Propaganda herausgehalten wissen wollte.

Unbestechlich zeigte sich Schottenheim, wenn es um Einberufungen zur Wehrmacht ging. Ein Beleidigungsverfahren gegen den Präsidenten der Regensburger Reichsbahndirektion, Dr. Emil Wehrmann, belegt zugleich, daß bei den Unabkömmlichkeitserklärungen Intrigen und Manipulationsversuche allgemein für gängig gehalten wurden. Wehrmann hatte sich ohne Erfolg um die "uk"-Stellung eines Bekannten bemüht und behauptet, der Oberbürgermeister habe in einem ähnlichen Fall ebenfalls seine Beziehungen spielen lassen. Scharf verwahrte sich Schottenheim: Obwohl er als Leiter der Ortspolizeibehörde berechtigt sei, sich persönlich für eine uk-Stellung einzusetzen, habe er dies bewußt niemals getan, um Gerüchte zu vermeiden⁵⁴¹. Vielmehr sei er immer bestrebt gewesen, "Leute an die Front zu bringen"⁵⁴². Zumindest im Fall des Syndikus Pellkofer hat Schottenheim allerdings doch der Entlassung von der Wehrmacht nachgeholfen⁵⁴³. Auch über die Leitung der städtischen Kinderklinik gab es mancherlei Gerüchte; ihr Leiter Dr. Schaudig wurde im Sommer 1941 zum Kriegsdienst einberufen, während sein wesentlich jüngerer Stellvertreter Dr. Walter Reinemer - ausgerechnet der Neffe des gleichnamigen NS-Funktionärs und städtischen Beigeordneten - die provisorische Leitung der Klinik übernahm⁵⁴⁴.

Schließlich wurde im Entnazifizierungsverfahren gegen das ehemalige Stadtoberhaupt folgende Episode kolportiert: Eine Gruppe halbverhungelter griechischer Kinder, die sich im Krieg auf dem Transport in die "Nordstaaten" befand, sollte angeblich auf Bitten der begleitenden Krankenschwester beim Aufenthalt in Regensburg mit Milch versorgt werden. Schottenheim habe diese Bitte mit den Worten "Das Gesindel braucht keine" brüsk abgelehnt⁵⁴⁵. Solche Begebenheiten kursierten angeblich in der Bevölkerung, doch hätten es die Mitwisser abgelehnt, als Zeugen aufzutreten⁵⁴⁶.

⁵³⁹ Wortlaut der Rede zur Aprilwahl 1938 in NIS 17.

⁵⁴⁰ Babl S.6.

⁵⁴¹ Vgl. Reinemers Vermerk 8.12.1939, wonach auf Wunsch Sch.s für Lehrer keine uk-Anträge gestellt wurden, PAM 536.

⁵⁴² Sch. drohte Wehrmann einen "Denkzettel" an, informierte die Reg. und das Kreisgericht der NSDAP und erstattete Strafanzeige gegen den vermeintlichen Verursacher des Gerüchts. Die Ermittlungen ergaben einen anderen Schuldigen, und Wehrmann mußte seine Äußerungen vor Gaurichter Götz zurücknehmen. Der Vorgang (Juni - September 1940) in DS 765.

⁵⁴³ Sch. an Pellkofer 6.7.1943, NIS 7: "Ich habe vor, Sie wieder für die Stadt zu reklamieren. Ich muß hier nur langsam und vorsichtig vorgehen."

⁵⁴⁴ Einzelheiten in DS 671 (mit Hinweisen auf einen ungeklärten Skandal) und ZR 18841 f., vgl. auch Babl S.7 f. und 14 zum angeblichen "Personalfilz" und zu Spitzeldiensten von Weigerts Tochter an der Kinderklinik. Erst Anfang 1945 konnte Schaudig, mittlerweile uk-gestellt, seinen Dienst wieder antreten, vgl. Zwicks Wb. zur Kinderklinik, DS 770.

⁵⁴⁵ Babl S.15.

⁵⁴⁶ Ebd.

Auch für Schottenheim trifft somit die Gesamtcharakterisierung zu, die Helmut Hanco für Münchens Oberbürgermeister Fiehler gegeben hat: Er war "hin- und hergerissen zwischen Sachverstand und Ideologie, zwischen den Grundsätzen einer rechtlich gesicherten Verwaltung und den politischen Zielsetzungen der Partei"⁵⁴⁷. Schottenheim kannte die Übergriffe der SA, SS und des NSKK, aber auch die unglaublichen Urteile der NS-Justiz, etwa in den Prozessen um den SPD-Literaturschmuggel oder die sogenannte "Neupfarrplatz-Gruppe". Er muß gewußt haben, welche Methoden die Gestapo anwandte und welche Zustände im Krieg in den Gefangenenlagern des Stadtgebiets herrschten. Wenn er also im Jahr 1947 feststellte, er habe die Morde beim "Röhm-Putsch" oder auch die Judenpogrome, die ihm stark "gegen seine Begriffe von Gerechtigkeit und Menschlichkeit gingen"⁵⁴⁸, nur deshalb nicht als Anlaß zum Rücktritt genommen, weil er fürchtete, es werde ein radikalerer Nachfolger an seine Stelle treten, so erweist sich dies als Schutzbehauptung. Selbst Kreisleiter Weigert wollte ja nur auf seinem Posten ausgeharrt haben, um "Schlimmeres zu verhüten". Man fragt sich, wer eigentlich dieses "Schlimmere" noch repräsentieren sollte, wenn nicht die führenden Exponenten der Partei. Ganz offenkundig hat Schottenheim in den beschriebenen und zahlreichen weiteren Fällen mit seinen Aktivitäten für die Ziele der NSDAP gegen das Gebot der zur Neutralität verpflichteten Verwaltungsarbeit verstoßen. Es wäre völlig unzutreffend, wollte man krampfhaft eine Unterscheidung zwischen der "bösen" Partei und der "neutralen" Stadtverwaltung samt ihrem Oberbürgermeister treffen, die nur ihre Pflicht getan habe, unabhängig vom Regime - Schottenheim war überzeugter Nationalsozialist; dies war nicht zu trennen von seinem Amt als Oberbürgermeister.

d. Dr. Schottenheims Nachkriegsschicksal

Die erste Entnazifizierungsverhandlung gegen den internierten Alt-Oberbürgermeister⁵⁴⁹ fand von 19.5. bis 30.6.1947 im großen Sitzungssaal der Bezirksregierung statt. Die Anklage sah ihn als Hauptschuldigen und aktivistischen Parteiverbrecher und plädierte für eine Strafe von 7 Jahren Arbeitslager, verbunden mit weiteren Zwangsmaßnahmen wie dem Vermögenseinzug. Der Verteidiger, der Münchener Rechtsanwalt Dr. Baier, wollte ihn dagegen als "Entlasteten" eingestuft wissen, da er aktiven Widerstand geleistet und hierdurch Nachteile erlitten habe. Das Urteil folgte schließlich der Anklage und bezeichnete Schottenheim als Hauptschuldigen. Er wurde unter Anrechnung der bisherigen Haft zu viereinhalb Jahren Arbeitslager verurteilt, sein Vermögen eingezogen; der Streitwert lautete auf 200000 RM. Zudem erhielt er Berufsverbot als Arzt auf zehn Jahre. Nach der Urteilsverkündung brachte man ihn zurück ins Internierungslager. Die Reaktionen in der Bevölkerung auf das Urteil der Spruchkammer waren zwiespältig; viele verehrten Schottenheim nach wie vor, und sogar das SPD-Nachrichtenblatt sprach von Sympathien und menschlichem Ansehen "nicht nur in ausgesprochenen Nazi-Kreisen"⁵⁵⁰.

Wie allgemein üblich, fiel der Spruch der Berufungskammer bedeutend milder aus. Sie ordnete Schottenheim am 27.8.1948 als "minderbelastet" ein, so daß er schon 1950 als "Mitläufer" galt⁵⁵¹. Laut späteren Presseberichten verbrachte Schottenheim insgesamt nur drei

⁵⁴⁷ Hanco S.335.

⁵⁴⁸ Babl S.4.

⁵⁴⁹ Zum folgenden Babl passim. Babl nahm für das Haus Thurn und Taxis als Beobachter an der Verhandlung teil. Vgl. zum Verfahren auch die Berichterstattung der MZ 20.5.-1.7.1947. Wohnungsangelegenheit Sch. in Wohnungsamt 51.

⁵⁵⁰ Nr.11/1947.

⁵⁵¹ Bescheid der Reg. über seine Versorgungsbezüge 23.12.1955, StA (1987) 1 blau 731 = 4162 s.

Jahre im Internierungslager⁵⁵². Im "Synagogenbrandprozeß" gegen ihn, Kreisleiter Weigert, dessen Stellvertreter Schmidbauer und Dr. Gräfe, den Chef der Feuerwehr, wurde das ehemalige Stadtoberhaupt - offenbar in allen Instanzen - sogar freigesprochen.

In den fünfziger Jahren nahm Schottenheim seine Tätigkeit als Arzt wieder auf. Pensionszahlungen für seine Amtszeit als Oberbürgermeister hat der Stadtrat mehrfach abgelehnt. Wie bei Weigert fand sich der mittlerweile für die CSU zum Oberbürgermeister gewählte Herrmann nicht damit ab, vielmehr rief er die Entscheidung der Regierung an, und diese verfügte Ende 1955, daß die Stadt ihrem früheren Oberhaupt eine Pension zu zahlen habe⁵⁵³.

Schottenheims hohes Ansehen und seine Beliebtheit als Arzt zeigten sich auch nach 1945 noch häufig, sei es beim Versuch, die inzwischen umbenannte Konradsiedlung wieder nach ihm zu benennen⁵⁵⁴, sei es in den zahlreichen Presseartikeln zu seinen runden Geburtstagen⁵⁵⁵. Dr. Schottenheim starb am 2.9.1980. Noch in der Begräbnisansprache Pfarrer Konrad Schießls und in den Nachrufen war vor allem die Rede von seiner sozialen Betätigung als Arzt wie als Förderer der Siedlungen. Besondere Dankbarkeit galt seinem Verhalten bei der kampflosen Übergabe der Stadt am 27. April 1945, mit dem er sich angeblich in Lebensgefahr begeben hatte. Auch die Stadt Regensburg, vertreten von Oberbürgermeister Friedrich Viehbacher, hat ihm eine ehrende Todesanzeige gewidmet⁵⁵⁶. Die Schattenseiten seiner Persönlichkeit, die Zeitverhältnisse, während derer er amtierte - und zu denen er an nicht unmaßgeblicher Stelle auch beigetragen hat -, deutete man dabei nur behutsam an; von Rassismus, Terror und Mord war keine Rede mehr.

2. Bürgermeister Hans Herrmann ⁵⁵⁷

Hans Herrmann wurde am 26.1.1889 in Regensburg als Sohn des Kohlenführers Wolfgang Herrmann geboren. Seine einfache Herkunft soll ihn zeitlebens belastet haben und erklärt vielleicht seinen immensen Fleiß, seine bis zur Aufopferung reichende Ausdauer und seine spartanische Lebensweise.

Herrmann besuchte die humanistischen Gymnasien in Metten und Regensburg, dann studierte er bis 1915 in München bzw. Würzburg Jura und Volkswirtschaft. Seinen Vorbereitungsdienst leistete er am Amts- und am Landgericht München, dem Bezirksamt Regensburg⁵⁵⁸, für gut anderthalb Jahre bei der Stadtverwaltung Regensburg sowie schließlich in einer Münchener Anwaltskanzlei ab. Sofort nach ihrer Gründung Ende 1918 trat er der BVP bei. Nach der Staatsprüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst arbeitete er als juristischer Hilfsarbeiter, dann als Ratsassessor und Stadtsyndikus bei der Regensburger Stadtverwaltung, bevor er 1922 zum berufsmäßigen Stadtrat ernannt wurde⁵⁵⁹. Ende 1924 wählte der Stadtrat Herrmann mit knapper Mehrheit - sein Gegenkandidat war Rechtsrat Zwick⁵⁶⁰ - zum zweiten

⁵⁵² MZ 20.10.1965 bzw. TA 17./18.10.1970.

⁵⁵³ Stadtratsbeschlüsse 3.10. und 1.12.1955, förmlicher Bescheid der Reg. 23.12.1955. Die Einzelheiten in StA (1987) I blau 731 = 4162 s.

⁵⁵⁴ Vgl. z.B. MZ 18.8.1952 sowie MZ und Die Woche, 10. bzw. 13.11.1980.

⁵⁵⁵ Vgl. zu Sch.s Popularität Babl S.1 und 6 sowie Maier S.140 Anm.548. Zur 1959 angebrachten Gedenktafel für Sch. in "seiner" Siedlung: Ehm (1989) S.121 Anm.1.

⁵⁵⁶ MZ und Die Woche, 4.9.1980.

⁵⁵⁷ Personalakt H. und sein Amtsnachlaß (zit. NIH) im Stadtarchiv.

⁵⁵⁸ Entspricht heute dem Landratsamt.

⁵⁵⁹ 16.6.-16.7.1920 bzw. 16.7.1920-18.5.1922; Dienstverträge in NIH 4.

⁵⁶⁰ Schmetzer S.75 f.

Bürgermeister, als der er ab 1.1.1925 amtierte⁵⁶¹. Seine Spezialgebiete waren das Werksreferat, das Verkehrs- und das Grundstückswesen, daneben leitete er unter anderem die Aufsichtsräte der Stadtlagerhaus GmbH und der Stadtbau GmbH sowie den Verwaltungsrat der städtischen Sparkasse. Auch er erhielt 1929 die Unwiderruflichkeit verliehen, verzichtete allerdings freiwillig auf einen Teil der ihm zustehenden Bezüge. Diese betragen im Jahr 1933 13754 RM.

Bereits erwähnt wurde, daß Schottenheim Herrmanns Position trotz anfänglicher Zweifel an seiner Person schon im Mai 1933 - und nach seiner Haftentlassung erneut - ausdrücklich stärkte. Vielleicht wollte das Stadtoberhaupt, wie in Herrmanns Spruchkammerverhandlung 1946 vermutet wurde, keinen weiteren Nationalsozialisten neben sich dulden, der ihm hätte gefährlich werden können⁵⁶². Jedenfalls fällt auf, daß Schottenheim seinen Bürgermeister immer wieder um Informationen über Einzelfragen bat, gelegentlich auch ein bestimmtes Vorgehen empfahl, aber ihm so gut wie nie direkte Anweisungen gab. Denn Herrmann war ihm durch seinen immensen Fleiß und seine enorme Detailkenntnis überlegen - ein Mann, auf dessen Kompetenz auch ein nationalsozialistischer Oberbürgermeister nicht verzichten konnte.

Nach der Geschäftsverteilung vom Oktober 1933 war Herrmann von den anderen Referenten weiterhin über alle wichtigen Angelegenheiten auf dem laufenden zu halten, um notfalls das Stadtoberhaupt vertreten zu können. Daneben behielt er das Verkehrs-, das Werks- und das Grundstücksreferat sowie die katholischen Kultus- und Stiftungsangelegenheiten⁵⁶³, er war Vorsitzender des Werkausschusses und des Aufsichtsrats der Flughafen GmbH sowie nebenamtlicher Geschäftsführer der Stadtlagerhaus GmbH. Zum 1.11.1935 übernahm er zudem den Aufsichtsratsvorsitz bei der Stadtbau GmbH⁵⁶⁴.

Die Deutsche Gemeindeordnung von 1935 hob die Position des "Ersten Beigeordneten" - in Stadtkreisen: "Bürgermeister"⁵⁶⁵ - neben dem Gemeindeoberhaupt besonders hervor. Er vertrat den Oberbürgermeister, erhielt aber unabhängig von einer eventuellen Verhinderung des Stadtoberhauptes das Recht, an seiner Stelle Verwaltungshandlungen vorzunehmen. Die Geschäftsverteilung, die Schottenheim hierzu erließ⁵⁶⁶, teilte Herrmann wiederum das Wirtschafts-, Verkehrs- und Grundstücksreferat zu. Vor allem die Verwaltungsaufgaben, die mit der Industrieansiedlung zu tun hatten, unterlagen somit seiner Federführung. Abzugeben hatte er den großen Bereich der städtischen Werke an Ehrhardt, der nach seiner Entmachtung als Finanzreferent mit neuen Aufgaben versehen werden mußte. Im Zuge der Neuorganisation der Stadtverwaltung, die sich aus den zahlreichen Einberufungen zu Kriegsbeginn ergab, mußte Herrmann zeitweise zusätzlich zu seinem eigenen Referat Schottenheims und Reinemers Geschäftsaufgaben versehen, letztere immerhin bis Frühjahr 1940. Die zunehmende Personalnot auf der Spitzenebene der Stadtverwaltung zwang ihn auch im Verlauf der folgenden Jahre immer wieder, neue Geschäftsbereiche an sich zu ziehen⁵⁶⁷, darunter den "Ausgleich kriegswichtigen Raumbedarfs" - eine enorm arbeitsintensive Aufgabe, wie noch zu zeigen sein wird. Er hatte auch die "zivilen und militärischen Planungen" zu sammeln und der Regierung zu melden. Nach den Bombardierungen vom Oktober 1944 wurde Herrmann endgültig der entscheidende Mann in der Stadtverwaltung. Nun sah sich Schottenheim gezwungen, sämtliche Maßnahmen nach Luftangriffen sowie die bisherige städtische Wehr-

⁵⁶¹ Dienstvertrag in NIH 4.

⁵⁶² Schreiben vom 4.7.1946, Personalakt H.

⁵⁶³ Vgl. auch DS 797 (Handakt H. zu den Rechtsgrundlagen des Grundstückswesens).

⁵⁶⁴ Verf. Sch. 31.10.1935, ZR 19103.

⁵⁶⁵ § 34 DGO.

⁵⁶⁶ 6.4.1935, u.a. DS 516, 519, 867 und PAM 523, vgl. Übergangsregelung 8.4.1935, DS 519.

⁵⁶⁷ Vgl. Geschäftsverteilung 22.2.1944, DS 132, und Telefonverzeichnis 15.2.1945, ZRa 13451.

machtstelle bei Herrmann zusammenzufassen⁵⁶⁸. Herrmanns neue Aufgabe umfaßte ein weites Feld: Er mußte Auffanglager und Notunterkünfte für auswärtige Arbeitskräfte, rückgeführte Volksdeutsche, "fremdvölkische" Flüchtlinge, Fremdarbeiter und Kriegsgefangene bereitstellen und ausstatten lassen sowie die Verpflegung der dort Untergebrachten organisieren. Gemeinsam mit Zwick und der NSV hatte er Evakuierungsmaßnahmen für die Stadt zu treffen und für den Fall einer Störung im Nachrichtennetz einen HJ-Kurierdienst einzurichten. Der Einsatz der Hilfstrupps von Reichsarbeitsdienst und Wehrmacht, von HJ und Kriegsgefangenen war zu koordinieren, darüber hinaus in Zusammenarbeit mit NSKK und NSV Lagerplätze für geborgene Möbel und Hausrat zu schaffen. Das auf Anweisung des Gauleiters eingerichtete Sachgebiet "Raum- und Unterbringungsfragen" umfaßte die Vermittlung von Ausweichunterkünften für fliegergeschädigte Betriebe und Behörden, also den Ausgleich kriegswichtigen Raumbedarfs. Schließlich hatte Herrmann im Zusammenhang mit all diesen Aufgaben das Reichsleistungsgesetz, d.h. die Beschlagnahme von Räumen, Fahrzeugen etc. zu vollziehen, die Pferde- und Kfz-Ergänzung zu überwachen und nach Luftangriffen die Lageberichte der städtischen Dienststellen auszuwerten. All dies mußte ständig mit der Partei und der örtlichen Luftschutzleitung, also der Polizeidirektion, abgestimmt werden.

Fast ein halbes Jahr lang hat Herrmann dieses immense Arbeitspensum bewältigt - gerade im kritischsten Zeitraum, als auch in Regensburg das öffentliche Leben zusammenzubrechen drohte. So galt er in der Bevölkerung weiterhin, und zu Recht, als "Arbeitstier", auf dessen Schultern die Stadtverwaltung ruhte. Zudem genoß er den Ruf des integren Fachmanns, dem man zutraute, daß er seine Position tatsächlich nur behalten hatte, um "Schlimmeres zu verhüten". Inwieweit er im Zusammenhang mit den katastrophalen Zuständen in den Massenlagern tatsächlich helfend eingreifen konnte, ist nicht nachweisbar. Viele Organisationen und Einzelpersonen, von Bischof Buchberger über die Evangelische Kirche und die Jüdische Gemeinde bis zu Vertretern fast aller Parteien, darunter auch der frühere SPD-Vorsitzende Karl Esser, stellten Herrmann nach Kriegsende "Persilscheine" aus, erklärten ihn also zum Nicht-Aktivisten, der immer wieder seine schützende Hand über sie gehalten habe⁵⁶⁹. Die Richtigkeit dieser Behauptungen läßt sich anhand der Akten nicht belegen - es wäre auch zu riskant gewesen, entsprechende Schriftstücke zu produzieren. Andererseits ist Herrmann aber auch keine schikanöse Maßnahme nachweisbar, sieht man einmal von der Tatsache ab, daß er ein abgebrühter Grundstückshändler war und hier im Interesse der Stadtverwaltung manche Notlage ausnützte - nicht nur die der Jüdischen Gemeinde, als sie gezwungen war, das Gelände der abgebrannten Synagoge zu verkaufen.

Kaum bekannt war in der Öffentlichkeit, daß Herrmann am 1.5.1935 als Mitglied Nr. 3613732 der NSDAP beigetreten ist⁵⁷⁰. Nach dem Krieg sollte Herrmann allen Ernstes behaupten, wer der NSDAP in den ersten vier bis fünf Jahren (sic !) nach der "Machtergreifung" beigetreten sei, habe die Gefährlichkeit des Nationalsozialismus noch nicht erkennen können⁵⁷¹. Daneben war er Mitglied in rund 40 verschiedenen, darunter zahlreichen NS-Vereinen und -Organisationen, so seit 1928 im Reichskolonialbund, ab 1930 im "Volksbund für das Deutschtum im Ausland"⁵⁷², später in der NSV usw. Ab etwa 1936 gehörte er als Fördermitglied der SS an, zu der er allerdings "keinerlei Verbindung" gehalten haben wollte⁵⁷³. Ab Mai

⁵⁶⁸ Verf. 28. bzw. 30.10.1944, wonach das Sachschädenamt Sailer verblieb, in PAM 540 bzw. DS 132.

⁵⁶⁹ Zahlreiche Belege in NIH 5, weitere Einzelheiten im Spruchkammerbescheid 1948, ebd. Zahlreiche Glückwünsche auch vieler ehemaliger Nationalsozialisten an H. zu verschiedenen Anlässen in NIH 1-3 und 6.

⁵⁷⁰ Z.B. handschriftlich ausgefüllter Fragebogen, DS 621.

⁵⁷¹ Persönliche Erklärung 6.8.1945, NIH 5.

⁵⁷² Zu dessen Rgbg.er Aktivitäten vgl. Weinmann S.126 ff.

⁵⁷³ Verhandlung vor der Berufungskammer 4.2.1947, NIH 5.

1937 füllte Herrmann in der Partei als Leiter des Grenzlandamts die Position eines Kreisstellenleiters aus. Zudem wurde er Kreisgruppenleiter des "Bundes Deutscher im Osten" - angeblich, damit er beim Empfang für Hitler in Uniform antreten konnte⁵⁷⁴. Bei diesem Verband handelte es sich nicht um eine Parteiorganisation, sein Ziel war es, "durch umfassende Ost- und Grenzlandschulung die Willensbildung der gesamten Bevölkerung nach dem Osten, als dem deutschen Schicksalsraum zu leiten"⁵⁷⁵.

Im Frühjahr 1940 vermerkte Herrmann in einem Fragebogen seine Funktionen als Kreishauptstellenleiter und Kreisstabsmitglied der NSDAP⁵⁷⁶, im Juli 1942 - kurz nach der Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes⁵⁷⁷ - übernahm er innerhalb der Partei schließlich die Funktion eines Kreisrevisors, als welcher er alljährlich die Kassenführung bei vier Ortsgruppen zu prüfen hatte⁵⁷⁸. In seinem Antrag, Herrmann das Kriegsverdienstkreuz zu verleihen, bescheinigte ihm Schottenheim: "Bürgermeister Herrmann ist ein hervorragender Mitarbeiter, der sich auch in der Partei aktiv betätigt. Sein umfassendes Wissen auf allen Gebieten der Verwaltung, seine aufopfernde, nie erlahmende Arbeitskraft ist gerade bei Erledigung der kriegswichtigen Aufgaben der Stadt von besonderem Wert."⁵⁷⁹

Die US-Besatzungstruppe berief Herrmann unmittelbar nach Kriegsende zum "Leiter der Stadtverwaltung". Als allerdings kurz darauf seine zahlreichen Aktivitäten in den verschiedenen NS-Organisationen bekannt wurden, ordnete sie seine Entlassung an. Auf diese Aktivitäten war es auch zurückzuführen, daß Herrmann am 27.8.1946 in der ersten Instanz von der Entnazifizierungsspruchkammer als "Belasteter" eingestuft und zu einem halben Jahr Arbeitslager verurteilt wurde. Dies soll in Teilen der Öffentlichkeit blankes Entsetzen hervorgerufen haben; eine Fülle von Briefen an Herrmann belegte seine Wertschätzung als Persönlichkeit, die im Dritten Reich Verfolgte geschützt habe⁵⁸⁰. Dagegen kommentierte das Nachrichtenblatt des SPD-Landesverbands Bayern: "Herrmanns Wirksamkeit im Dritten Reich war für die 'Kleinen' weit über Regensburg hinaus gerade wegen Herrmanns bekannter Gesinnung eine Aufforderung, sozusagen nicht päpstlicher zu sein als der Papst"⁵⁸¹ - mit anderen Worten: Das Beispiel des prominenten, bekanntermaßen konservativen Bürgermeisters galt vielen als Rechtfertigung dafür, ihrerseits auf Opposition zu verzichten.

Die Berufungsverhandlung führte zu einem grotesken Vorgang: Der öffentliche Ankläger sprach sich völlig überraschend für eine Einstufung Herrmanns als Hauptschuldigem aus und begründete dies vor allem mit seinen unvollständigen bzw. falschen Angaben im Entnazifizierungs-Fragebogen. Denn Herrmann hatte tatsächlich ausgerechnet seine Fördermitgliedschaft in der SS anzugeben "vergessen"⁵⁸². Wohl wissend, daß ihn dies zu Fall bringen konnte, verwandte er sein ganzes rhetorisches Geschick darauf, zu belegen, daß seine vielen Mitgliedschaften in den verschiedensten Vereinen bei einem Bürgermeister üblicher Praxis entsprachen. Außerdem zog er frühere Untergebene als Zeugen dafür heran, daß sich tatsächlich niemand an seine - nur formale - SS-Mitgliedschaft erinnerte und von seinen Mitarbei-

⁵⁷⁴ Ebd. und "Persönliche Erklärung" 6.8.1945, NIH 5. Vgl. auch Notizen H. für die Spruchkammer-Verhandlung 27.8.1946, NIH 8.

⁵⁷⁵ Werbung des DGT für den BDO 14.2.1934, mit weiteren Unterlagen zu dem Verband in ZRa 13912. Beitritt der Stadt zum BDO lt. HA-Prot. 27.9.1934.

⁵⁷⁶ Fragebogen DS 621.

⁵⁷⁷ Urkunde 1.5.1942, NIH 4.

⁵⁷⁸ Persönliche Erklärung 6.8.1945, NIH 5.

⁵⁷⁹ PAM 533.

⁵⁸⁰ Zahlreiche Belege in NIH 5 und NIH 7-9. In NIH 8 H.s. Ansprache vor der Spruchkammer, wonach er aktiven Widerstand geleistet habe, die Klageschrift und weitere Einzelheiten.

⁵⁸¹ Ausgabe Niederbayern/Oberpfalz 18/1946, ebd.

⁵⁸² Der Fragebogen in NIH 8; bei der Frage nach einer SS-Mitgliedschaft war "Nein" eingetragen.

tern auch keine Beiträge abgeführt worden seien⁵⁸³. Tatsächlich wird man Herrmann zugute halten müssen, daß er keineswegs ein fanatischer Nationalsozialist gewesen ist, doch hier hat er gelogen. Immerhin war ihm seine Fördermitgliedschaft in der SS so wichtig erschienen, daß er sie im Frühjahr 1940 in einem eigenhändig ausgefüllten Fragebogen nach seinen Funktionen in der NSDAP als erste aufführte⁵⁸⁴.

Das erstinstanzliche Urteil wurde 1947 von der Berufungskammer aufgehoben, sie stufte Herrmann als Mitläufer ein⁵⁸⁵ - ein Urteil, das ein Jahr darauf auch der Kassationshof im bayerischen Sonderministerium bestätigte, obwohl die Militärregierung ihre "Non-Concurrence" zum Berufungskammerbescheid erklärt hatte⁵⁸⁶. Herrmann bat den Stadtrat mit Erfolg um seine Wiedereinstellung und gleichzeitige Versetzung in den Ruhestand⁵⁸⁷. Von nun an arbeitete er für Caritasverband und Bischöfliche Stiftungsadministration, während er gleichzeitig als Fraktionsvorsitzender der CSU im Stadtrat amtierte. Am 30.3.1952 wurde er als Kandidat der CSU zum Oberbürgermeister gewählt, bei der folgenden Wahl im Jahr 1956 in diesem Amt bestätigt. In dieser Zeit setzte er sich ungewöhnlich stark für einige der ehemals führenden Nationalsozialisten der Stadt ein, so für Schottenheim und Weigert. Beiden versuchte er gegen breiten politischen Widerstand Pensionen zu erkämpfen, im Fall des früheren Stadtoberhaupts auch mit Erfolg⁵⁸⁸; Weigert hingegen mußte er aus seinen Verfügungsmitteln eine "freiwillige Beihilfe" anweisen, nachdem sich der städtische Personalausschuß in diesem Fall stur gestellt hatte⁵⁸⁹.

"Persilscheine" hat Herrmann, teils gemeinsam mit Franz Jepsen, auch für Stadtkämmerer Sailer ausgestellt - vor 1933 einem der aktivsten Nationalsozialisten der Stadtverwaltung; für Josef Lindner, 1933 einem der drei Ortsgruppenleiter der NSDAP in Regensburg; für Otto Heyder, Kreisredner und Kreispropagandaleiter der NSDAP; für Lorenz Ederer, den wichtigsten NS-Juristen der Stadt; und sogar für Johann Engel, einen der führenden SS-Schläger in der Phase der "Machtergreifung". Zumeist nannte Herrmann diese und viele andere Parteiaktivisten "irregeleitete Idealisten", nur ganz selten weigerte er sich, als Entlastungszeuge aufzutreten, um die Betroffenen nicht belasten zu müssen⁵⁹⁰. Dieses Verhalten erscheint zumindest ungewöhnlich, bedenkt man, daß Herrmann angeblich zwölf Jahre lang unter der NS-Herrschaft gelitten hatte. 1954-1958 vertrat er schließlich die Stadt im Bayerischen Landtag, seit 1955 auch als Bezirksvorsitzender der CSU. Am 20.8.1959 ist Hans Herrmann als amtierender Oberbürgermeister gestorben⁵⁹¹. Schottenheim nannte ihn in seinem Beileidsschreiben einen getreuen Freund; "in zwölf Jahren gemeinsamer und oft so schwieriger Arbeit war einer des anderen Stütze."⁵⁹² Wenig später wurde eine soeben fertiggestellte Volksschule im Stadtnorden nach Hans Herrmann benannt.

⁵⁸³ Vgl. auch seine Erklärung 16.8.1946, NIH 5.

⁵⁸⁴ Fragebogen für die Reichsverkehrsgruppe Binnenschifffahrt, DS 621.

⁵⁸⁵ Zahlreiche Glückwünsche in NIH 5.

⁵⁸⁶ Die Einzelheiten in NIH 5 und 8.

⁵⁸⁷ H. an Stadtrat 12.7.1948, NIH 4.

⁵⁸⁸ Vgl. auch H.s (für Sch. entlastende) eidesstattliche Erklärung zur Frage der kampflosen Übergabe der Stadt, 3.1.1947, NIH 5.

⁵⁸⁹ H. an Weigert (privat) 22.12.1952, NIH 8, wonach im Personalausschuß "eine für Sie günstige Entscheidung" nicht zu erreichen gewesen sei, "auch nicht in der von München angeregten bescheidenen Form". Als Entlastungszeuge für Weigert hatte H. bei dessen Entnazifizierung nicht auftreten wollen (H. an Frau Weigert 5.6.1948, NIH 5).

⁵⁹⁰ H.s eidesstattliche Erklärungen in NIH 5.

⁵⁹¹ Zu H.s Nachkriegskarriere sind genauere Aufschlüsse von der Arbeit Ludwig Hilmers zu erwarten (s. Vorwort). Zeitungsausschnitte zu seiner Person aus den fünfziger Jahren in ZRa 13188 und 20683. Vgl. generell NIH und MZ 26.1.1989.

⁵⁹² Sch. an Anna Fritz (H.s Haushälterin), NIH 9.

3. Die übrigen Beigeordneten

a. Rechtsrat Max Zwick

Max Zwick wurde 1881 in Bärnau a.d. Waldnaab als Sohn eines Kaufmanns und Landwirts geboren⁵⁹³. Nach der Schulzeit in Amberg und Regensburg studierte er in München Jura. Seinen Vorbereitungsdienst leistete er in Tirschenreuth, Amberg und Regensburg ab, wo er seit 1908 die neue städtische Rechtsauskunftsstelle führte. Nach der Staatsprüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst arbeitete Zwick ab 1909 als Amtsanwalt für den Stadtbezirk Regensburg und juristischer Hilfsarbeiter des städtischen Polizeireferenten. 1910 wurde er zum Ratsassessor ernannt, 1912 lehnte er eine Bürgermeisterstelle in Landsberg ab, nachdem man ihm in Regensburg die Position eines Rechtsrates zugesichert hatte. Diese trat er 1913 an und wurde 1919 ebenso wiedergewählt wie dann erneut im Jahr 1929. Anfangs hatte er das Polizei- und Gewerbereferat geleitet, später wurden ihm das gesamte Wohlfahrts- und Gesundheitswesen sowie die Lebensmittelüberwachung und -versorgung als Aufgabengebiete zugeteilt.

Nachdem Schottenheim Zwicks Rücktritt am 20.3.1933 nicht akzeptiert hatte, blieb diesem sein Arbeitsbereich erhalten, und auch die Geschäftsverteilung von Oktober 1933 beließ ihm das Sachgebiet "Sozial- und Wohlfahrtsreferat, Bevölkerungsbewegung, Lebensmittelversorgung". Damit unterstanden ihm neben dem Bezirksfürsorgeverband Regensburg-Stadt auch die Jugend- und Gesundheitsfürsorge, die Gesundheits- und Lebensmittelpolizei sowie einige kleinere Sachgebiete, darunter die Angelegenheiten des Arbeitsdienstes (gemeinsam mit dem Baureferat) und der Verkehr mit dem Arbeitsamt. In allen Fragen des Gesundheitswesens, etwa der Seuchenüberwachung⁵⁹⁴, der Säuglingsfürsorge, den Prophylaxemaßnahmen oder der Schulgesundheitspflege, mußte Zwick mit dem seit 1932 tätigen Bezirksarzt Dr. Pius Scharff zusammenarbeiten, dem auch das 1936 neu errichtete Staatliche Gesundheitsamt unterstellt wurde⁵⁹⁵. In seiner Tätigkeit legte Zwick ausgesprochenen Übereifer an den Tag, wenn er durch ein scharfes Vorgehen gegen Wohlfahrtsempfänger den Sozialetat entlasten konnte. So beantragten er und Scharff die Einweisung von Alkoholikern in das Konzentrationslager Dachau, und Zwick verschärfte die Pflichtarbeit für Wohlfahrtserwerbslose, um vermeintliche "Drückeberger" auszusondern. Sein generelles Mißtrauen gegen soziale Randgruppen teilte er mit Schottenheim, dessen volle Unterstützung er fand; dieser erklärte auch: "Nach eingezogener Erkundigung war Rechtsrat Zwick politisch niemals tätig, sodaß ich für ihn eintreten kann"⁵⁹⁶.

Zwick trat am 1.5.1935 der NSDAP bei⁵⁹⁷. Die Geschäftsverteilung vom 6.4.1935 beließ ihm das Sozialwesen, außerdem vertrat er die Stadt im Aufsichtsrat der Bayerischen Milchversorgungs-GmbH. Abgeben mußte er das Stadtjugend-, das Standes- und das Einwohneramt,

⁵⁹³ Zum folgenden ZRa 13183.

⁵⁹⁴ Vgl. z.B. ZR 3725 b, 8504 a-d, 20496, 20505 sowie allg. den Bestand GES.

⁵⁹⁵ Gesetz zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens 3.7.1934, RGBI I S.531, vgl. Volkert S.73 f., vgl. auch ZRa 13453 und StA (1987) 2 orange 135 = 513. Liste städtischer Kompetenzen in der ME vom 25.11.1935, GES 501; ebd. Einzelheiten zur finanziellen Belastung der Stadt.

⁵⁹⁶ Sch. an Ganninger 17.1.1935, ZR 11210, im Zusammenhang mit einer Arbeitsgemeinschaft städtischer Fürsorge-referenten, in die Zwick berufen wurde, nachdem die Gauleitung andere Persönlichkeiten wegen politischer Unzuverlässigkeit abgelehnt hatte.

⁵⁹⁷ Pg-Nr. 3614895 (ZRa 13183).

während er die katholischen Kultus- und Stiftungsangelegenheiten sowie die Aufsicht über den Schlachtviehhof und die Schulärzte zu übernehmen hatte. Sein Vertrag wäre Ende 1939 abgelaufen, daher befaßten sich Oberbürgermeister und Ratsherren im Frühjahr 1939 mit einer nochmaligen Wiederberufung⁵⁹⁸. Um die Stelle nicht öffentlich ausschreiben zu müssen, benötigte man die Zustimmung der Reichsstatthalterei, der nun auch der Kreisleiter Zwicks politische Zuverlässigkeit bestätigte⁵⁹⁹. Bei Sachs' Einberufung zur Wehrmacht Ende August 1939 erhielt Zwick dessen Geschäftsbereich mit Ausnahme der Werksangelegenheiten zur provisorischen Bearbeitung zugewiesen⁶⁰⁰. Hinzu kam das neugeschaffene Ernährungs- und Wirtschaftsamt (EWA). Damit war er endgültig unverzichtbar, und mit Epps Einverständnis⁶⁰¹ verlängerte Herrmann Zwicks Vertrag am 15.9.1939 um weitere zwölf Jahre⁶⁰².

Auf Dauer war Zwick mit der Leitung von zwei Referaten überfordert. Insbesondere seiner Entlastung diente daher die Berufung des Syndikus Pellkofer im März 1940. Eine weitere Entlastung brachte der Übergang einer Reihe städtischer Kompetenzen im Gesundheitswesen auf das staatliche Gesundheitsamt. Jedoch wurde dies aufgewogen durch die Arbeit für die städtischen Hilfskrankenhäuser. Und auch das Ernährungs- und Wirtschaftsamt mußte mehrfach erweitert bzw. um neue Abteilungen und Außenstellen ergänzt werden⁶⁰³. Auch die (materielle) Regelung von Personenschäden nach Luftangriffen gehörte zwangsläufig zu seinem Aufgabengebiet⁶⁰⁴. Verursacht durch die verschiedenen Personalveränderungen auf der Spitzenebene der Stadtverwaltung waren schließlich sowohl die katholischen als auch die evangelischen Kultusangelegenheiten seinem Geschäftsbereich zugeschlagen worden. Seine "aufopfernde Arbeitsleistung" bei diesen kriegswichtigen Aufgaben sei "von ganz besonderem Wert", wie ihm Schottenheim im Jahr 1942 anlässlich des Vorschlags zum Kriegsverdienstkreuz bescheinigte⁶⁰⁵.

Problematisch schien im Jahr 1939, als Zwicks Wiederberufung im Raum stand, daß er 1946 die Altersgrenze erreicht hätte, die DGO jedoch eine zwölfjährige Amtszeit vorschrieb. In der Praxis hatte dies keine Konsequenzen: Zwick wurde Ende 1945 nur für wenige Monate des Dienstes enthoben, danach entwickelte er sich, wiederum als Stadtrechtsrat, neben Herrmann zu einer der wichtigsten Stützen beim Wiederaufbau der Stadtverwaltung. 1950 wurde er pensioniert, gestorben ist er am 24.9.1970⁶⁰⁶.

b. Rechtsrat Richard Ehrhardt

Richard Ehrhardt wurde 1885 in Regensburg als Sohn des städtischen Bauamtmanns gleichen Namens geboren⁶⁰⁷. Auch er studierte Jura und legte 1911 die Staatsprüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst ab, nachdem er einen Teil seines Vorbereitungsdienstes bereits beim Regensburger Stadtmagistrat abgeleistet hatte. Einige Jahre war er als Eisenbahnassessor tätig, bevor er 1917 als Rechtsrat wieder in städtischen Dienst trat. Der Nachkriegsstadtrat

⁵⁹⁸ Rh-Prot. 9.3.1939.

⁵⁹⁹ Zum folgenden ZRa 13183 und StA (1987) 1 blau 137 = 4036 c. Im Schriftwechsel vor der Wiederberufung nannte Sch. Zwick gegenüber Ganninger "national zuverlässig" (6.3.1939).

⁶⁰⁰ Verf. H. 29.8.1939, ZRa 13535.

⁶⁰¹ Zustimmung 11.9.1939, ZRa 13183 und StA (1987) 1 blau 137 = 4036 c.

⁶⁰² Vgl. Rh-Prot. 16.9.1939.

⁶⁰³ Vgl. Geschäftsverteilung 22.2.1944, DS 132, und Ämter- bzw. Telefonverzeichnisse, ZRa 13451 und 13453.

⁶⁰⁴ Vgl. Verf. Sch. 30.10.1944, DS 132 und PAM 540.

⁶⁰⁵ Das Begründungsschreiben in PAM 533.

⁶⁰⁶ Frdl. Mitteilung des Personalamts.

⁶⁰⁷ Zum folgenden: Personalakt, Stadtarchiv.

bestätigte ihn in diesem Amt, und ab 1922 leitete Ehrhardt das städtische Finanzwesen. 1927 bewarb er sich als Kandidat von DDP und SPD um eine Rechtsratstelle in München, unterlag aber einem deutschnationalen Konkurrenten. Diese Kandidatur sollte später zu einer Nachfrage Schottenheims führen; hier distanzierte sich Ehrhardt von der SPD⁶⁰⁸. Ehrhardts Dienstvertrag, der im Herbst 1929 ausgelaufen wäre, wurde vom Stadtrat um zehn Jahre verlängert⁶⁰⁹.

Richard Ehrhardt war politisch der farbloseste der städtischen Spitzenbeamten⁶¹⁰. Nirgends findet sich ein Hinweis, daß seine Auswechslung im Zuge der NS-Machtergreifung auch nur zur Debatte gestanden wäre. Vielleicht mangelte es der lokalen NSDAP an einem geeigneten Fachmann für das komplizierteste Gebiet der Kommunalpolitik, das Finanz- und Steuerwesen⁶¹¹. Dieses verblieb Ehrhardt auch nach der Geschäftsverteilung vom Oktober 1933, zudem hatte er die evangelischen Kultus- und Stiftungs- sowie die Theaterangelegenheiten zu bearbeiten. Unterstellt wurde ihm das neue Vollstreckungsamt, zu dessen Leiter Schottenheim den früheren Direktorialsekretär Franz Jepsen degradiert hatte.

Auch Richard Ehrhardt trat am 1.5.1935 der NSDAP bei⁶¹², doch half ihm dies nichts - mit dem Vollzug der DGO von 1935 wurde er als Finanzreferent entmachtet. Es hätte nahegelegen, ihm die nunmehr besonders exponierte Position des Stadtkämmerers zu überlassen, doch zog der Oberbürgermeister es vor, seinen alten Partei- und Duzfreund Karl Sailer mit dieser Aufgabe zu betrauen⁶¹³. Ehrhardt mußten neue, aus anderen Referaten ausgegliederte Aufgaben zugewiesen werden. Zu diesem Zweck schuf der Oberbürgermeister ein "Werks- und Wehrreferat". Dessen Hauptbestandteil waren die städtischen Werke: Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerk samt Straßenbahn, Kraftwagenbetrieb und Betriebsamt, der Verwaltungsstelle der Werke. Hinzu kamen die bislang von Schottenheim selbst bearbeiteten militärischen Angelegenheiten, vor allem das Erfassungswesen. Erhalten blieben Ehrhardt die evangelischen Kultus- und Stiftungsangelegenheiten, das Theater und einige kleinere Verwaltungsaufgaben.

Wegen eines chronischen Leidens mußte sich Ehrhardt in den folgenden Jahren immer wieder, teils auch für längere Zeit, dienstunfähig melden. Daher beantragte er am 16.3.1939, ein halbes Jahr vor Ablauf seines Vertrags, seine Versetzung in den Ruhestand. Um einen wie auch immer motivierten Vorwand scheint es sich nicht gehandelt zu haben, denn selbst gegenüber dem Gauinspekteur nannte Schottenheim Ehrhardts Krankheit als Ursache für das Ruhestandsgesuch⁶¹⁴. Herrmann, der das Stadtoberhaupt während dessen Urlaub vertrat, genehmigte den Antrag zum 1.9.1939 und dankte Ehrhardt für seine 22-jährige Tätigkeit im Dienste der Stadt. Der Posten wurde nicht neu besetzt, da ohnehin eine der drei Rechtsratstellen - an sich die Reinemers - den Vermerk "künftig wegfallend" trug. Gestorben ist Richard Ehrhardt am 29.12.1943.

⁶⁰⁸ Bericht an Sch. 8.8.1936, ebd.

⁶⁰⁹ Sr-Prot. 18.4.1929.

⁶¹⁰ Bezeichnend für sein Verhältnis zu Sch. allerdings dessen Notiz 11.6.1935 (DS 637), wonach er den Urlaub des Rechtsrates abwarten wollte, um einen bestimmten Betrag aus einem Darlehen der Werke abzuzweigen.

⁶¹¹ Liste der Aufgaben des Steuer- und des Revisions- bzw. Rechnungsprüfungsamtes in den Schreiben an die Stadträte von Würzburg bzw. Schweinfurt 24. und 31.1.1935, ZRa 13523 bzw. 13516.

⁶¹² Pg-Nr. 3613304 (Personalakt). Ehrhardts Sohn, ein Arzt, soll Mitglied der SS gewesen und in den späten vierziger Jahren in die USA ausgewandert sein.

⁶¹³ Vgl. die persönliche Korrespondenz Sch. - Sailer NIS 18.

⁶¹⁴ Sch. an Ganninger 6.3.1939, ZRa 13183. Ruhestandsgesuch, Genehmigung und amtsärztliches Gutachten im Personalakt.

c. Die Rechtsräte Dr. Josef Reuß, Dr. Heinrich Sachs und Lorenz Ederer

Josef Reuß⁶¹⁵ war 1892 in der Nähe von Bamberg als Bauernsohn geboren worden, hatte seine Schulzeit in Bamberg verbracht und dann begonnen, in München Jura zu studieren. Wegen seiner Einberufung zum Kriegsdienst mußte er sein Studium unterbrechen. Als in München die Räterepublik ausgerufen wurde, meldete er sich zum Freikorps Epp, doch verwendete man ihn wegen einer Kriegsverletzung nur einen Monat lang im Bürodienst der Stadtkommandantur⁶¹⁶. Im Jahr 1920 beendete er sein Studium, im Juli 1922, während des Vorbereitungsdienstes, promovierte er, und nach der Staatsprüfung für den gehobenen Justiz- und Verwaltungsdienst arbeitete er vorübergehend bei einem Münchener Rechtsanwalt, im Justizministerium, dann als dritter Staatsanwalt am Landgericht München. 1925 wählte ihn der Regensburger Stadtrat mit den Stimmen des rechten politischen Lagers zum Rechtsrat und Nachfolger Ferdinand Dithorns. Zu bearbeiten hatte er vor allem das Gewerbe- und das Rechtswesen einschließlich der städtischen Polizeibefugnisse.

Reuß gehörte zu den im Zuge der NS-Machtergreifung beurlaubten städtischen Spitzenbeamten. Seinen Antrag auf Versetzung in den Ruhestand begründete er mit krankheitsbedingter Dienstunfähigkeit, doch war dies nur ein Vorwand. Ein ärztliches Gutachten, das er benötigte, um eine neue Stelle antreten zu können - er wurde 1934 Landgerichtsrat in Kaiserslautern, 1935 in Augsburg -, bescheinigte ihm schon im Dezember 1933 völlige Gesundheit⁶¹⁷. Und eine spätere vertrauliche Anfrage über die tatsächlichen Hintergründe für den Rücktritt beantwortete Reinemer folgendermaßen: "Der frühere Rechtsrat und nunmehrige Landgerichtsrat Dr. Josef Reuß wurde (...) im Zuge der Säuberung der Stadtverwaltung von unbeliebten Beamten in den Ruhestand versetzt. Die Unbeliebtheit resultierte in der Hauptsache in einer gewissen Schroffheit im dienstlichen Verkehr und in einer eigenwilligen Kritik am politischen Geschehen insbesondere vor der Machtübernahme."⁶¹⁸

1940-1943 war Reuß als Kriegsverwaltungsrat bei der Wehrkreisverwaltung XVIII in Salzburg tätig, am 1.2.1945 ist er endgültig in den Ruhestand getreten. All die Jahre über führte er in imponierender Sturheit einen Streit mit der Stadt über seine Ruhestandsbezüge⁶¹⁹, die der Stadtrat ebenso wie bei Hipp zu niedrig angesetzt hatte, um die beiden ausgeschiedenen Spitzenbeamten zu demütigen⁶²⁰. Erst 1937/38 erreichte Reuß die Gleichstellung mit seinen früheren Kollegen, indem er drohte, aus dem Staatsdienst auszuschneiden, was für die Stadt die Verpflichtung zur Übernahme der vollen Pension bedeutet hätte. Doch mußte er noch lange Jahre kämpfen, bis er tatsächlich angemessen entschädigt wurde. Erst kurz vor seinem Tod erreichte er, daß das ihm zustehende Grundgehalt nachbezahlt wurde - eine ausdrücklich als "Akt der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts" bezeichnete Maßnahme⁶²¹. Gestorben ist Dr. Reuß ein halbes Jahr darauf, am 6.9.1950.

Für den Posten des städtischen Gewerbereferenten gab es nach Reuß' erzwungenem Rücktritt im Juni 1933 nur einen Bewerber, den von der NSDAP-Fraktion vorgeschlagenen Staatsan-

⁶¹⁵ Zum folgenden Personalakt Reuß, Stadtarchiv.

⁶¹⁶ Bericht Reuß' 29.3.1933, Personalakt.

⁶¹⁷ Ebd.

⁶¹⁸ Reinemers Brief vom 16.8.1938 ebd.; im Hintergrund standen Ermittlungen des Augsburger NS-Rechtswahrerbunds gegen Reuß.

⁶¹⁹ Einzelheiten ebd.

⁶²⁰ Sr-Prot. 1.2.1934 mit Antrag an die Reg., bei der Staatsregierung für eine Sonderregelung einzutreten.

⁶²¹ Prot. Personalausschuß 10.3.1950 und Stadtrat 22.3.1950.

walt Dr. Heinrich Sachs⁶²². Dieser war 1903 in der Nähe von Schweinfurt als Sohn eines Bäckers geboren worden und hatte in Würzburg und Berlin Jura studiert. 1926 legte er sein Examen ab, seinen Referendardienst leistete er in Schweinfurt und Berlin, 1927 promovierte er. Nach der Staatsprüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst im Sommer 1930 arbeitete er zeitweise als selbständiger Rechtsanwalt in Schweinfurt, dann als Assessor am Coburger Amtsgericht, bevor er Mitte 1932 zum Staatsanwalt an das Regensburger Landgericht berufen wurde⁶²³. Besonders qualifiziert hatte sich Sachs aus NS-Sicht durch sein Engagement im "Deutschen Hochschulring", einer Gründung der aus dem Ersten Weltkrieg heimgekehrten Frontstudenten und - zumindest den vertretenen Inhalten nach - Vorläufer des NS-Studentenbundes. Verbandsintern hatte Sachs das Amt für das Grenz- und Auslandsdeutschtum, dann ein Jahr lang sogar den Gesamtverband geleitet. Mitglied der NSDAP war er seit 1.9.1930⁶²⁴. Sein bekannter Status als NS-Aktivist soll ihn sogar zu einem der möglichen Kandidaten für den Oberbürgermeister-, zumindest aber für den Bürgermeisterposten in Regensburg qualifiziert haben.

Trotz geheimer Abstimmung wählte der Stadtrat Sachs unmittelbar nach der Genehmigung von Reuß' Rücktritt einstimmig, also mit den Stimmen von BVP und SPD, zum neuen Rechtsrat⁶²⁵. Die Geschäftsverteilung vom Oktober 1933 übertrug ihm die Leitung des Gewerbereferats, also vor allem den Vollzug der Gewerbeordnung, sowie die Bearbeitung von Rechtsfragen der verschiedensten Verwaltungszweige. Zudem leitete er die städtische Rechtsauskunftsstelle und hatte eine Reihe von Vorsitzenden- bzw. Stellvertreterposten inne. Daneben vertrat er die Stadt als Aufsichtsrat beim Bayerischen Lloyd und der OWAG⁶²⁶. Im Herbst 1936 kamen die städtischen Versicherungsangelegenheiten⁶²⁷, Ende 1937 die Preisüberwachung im Grundstückswesen hinzu, die sich aus dem Vierjahresplan ergab⁶²⁸. Anfang 1939 übernahm Sachs außerdem die Rechtsangelegenheiten der städtischen Werke⁶²⁹. Hinweise auf sein persönliches Verhältnis zum Oberbürgermeister finden sich selten⁶³⁰, doch mit Reinemer muß Sachs Anfang 1934 so heftig zusammengestoßen sein, daß sich die Stadtratsfraktion der NSDAP einen ganzen Abend lang damit befaßte⁶³¹. Kurz nach seiner Wahl war Sachs die Funktion eines Rechtsberaters der SA-Gruppe Bayerische Ostmark übertragen worden, 1937 wurde er Rechtsstellenleiter bei der Kreisleitung der NSDAP, spätestens 1939 Ortsgruppenleiter für den Stadtteil Hindenburgpark (heute: Stadtpark)⁶³². Ab 1935 leistete er in mehreren Etappen seinen Wehrdienst, zuletzt - schon während des Kriegs - als Oberleutnant.

⁶²² Personalakten in den Stadtarchiven Rgbg. und Weimar; Signatur des letzteren: "Stadtverwaltung 1919-1945 1-11-66". Vgl. auch BOw 14.6.1933.

⁶²³ Ebd.

⁶²⁴ Pg-Nr. 299835 (Ebd., auch belegt in Sch. an Reg. 7.5.1940, ZR 10315).

⁶²⁵ Sr-Prot. 13.6.1933, vgl. HMB 16.6.1933, ZR 3725 b. Ein Stimmzettel war immerhin ungültig.

⁶²⁶ Lt. Geschäftsordnung 6.4.1935 trug Sachs' Referat nun den Titel "Gewerbewesen und sonstige Rechtsangelegenheiten" oder kurz "Gewerbereferat" (Fragebogen DGT Stand 30.12.1937, ZRa 13881).

⁶²⁷ Verf. Sch. 31.10.1936, DS 867.

⁶²⁸ Dienstanweisung Sch. 3.11.1937, PÜW 11, bezüglich der Befugnis, Ordnungsstrafen auszusprechen, veröff. Wbl 19.3.1938.

⁶²⁹ Verf. 9.1.1939, ZRa 13200.

⁶³⁰ In DS 686 eine undatierte Notiz Sch.s über ein "Querschießen" Sachs' in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Rgbg.er Turnerschaft.

⁶³¹ Sch. notierte: "Zum Teil stürmischer Verlauf, Weigert arbeitet auf Versöhnung hin". Und tags darauf: "Fall Reinemer / Dr.Sachs erledigt" (16. und 17.1.1934, DS 548).

⁶³² Lt. handschr. Lebenslauf im Personalakt (Stadtarchiv Weimar) zum 1.9.1939. Nach StA (NSDAP) 1 war Sachs schon früher Ortsgruppenleiter geworden; so auch Wolf S.27. Sein Stellvertreter war der städtische Angestellte Andreas Dorn (zu einer Dienststrafe gegen ihn: PAP alt 805/8).

Einen Teil der Dienstaufgaben Ehrhardts sollte nach dessen Ausscheiden Sachs übernehmen⁶³³, doch wurde er wenige Tage vor Kriegsbeginn zur Wehrmacht eingezogen und kehrte ein Jahr später nur noch einmal für kurze Zeit in sein Amt zurück⁶³⁴. Aus dem Kriegsdienst heraus bewarb er sich Anfang 1942 um die Stelle des Stadtkämmerers in der Gau- und Landeshauptstadt Weimar⁶³⁵. Schottenheim gab ihn frei⁶³⁶, und so wurde er von der Stadt Weimar zum Kämmerer ernannt. Verfügbar war er zu dieser Zeit allerdings nicht; er befand sich als Oberleutnant beim Ausbildungsstab Pilsen, seine Familie behielt ihren Wohnsitz in Regensburg. Die weitere militärische Karriere von Sachs ist hier ohne Belang, es bleibt nur zu ergänzen, daß er kurz vor Kriegsende schwer verwundet wurde und am 24.4.1945 in einem Goslarer Reservelazarett gestorben ist.

Sachs' Nachfolger wurde mit monatelanger Verzögerung Lorenz Ederer, einer der aktivsten NS-Juristen der Stadt. Geboren 1902, hatte Ederer 1929 die Staatsprüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst abgelegt und war danach als Rechtsanwalt am Regensburger Landgericht, dann als Hilfsrichter in Amberg tätig gewesen. 1930 trat er der NSDAP und der SA bei⁶³⁷. Als Rechtsberater der SA-Brigade 81 war er seit 1935 Ratsherr in Regensburg, zudem leitete er das Kreisrechtsamt der NSDAP, war Kreisrechtsberater der NSV und örtlicher Führer des NS-Rechtswahrerbundes⁶³⁸. Innerhalb der SA stieg er bis zum Obersturmbannführer auf⁶³⁹.

Zu Kriegsbeginn hatte sich Schottenheim bereit erklärt, Ederer, der als Ratsherr städtischer Ehrenbeamter war, für den Kommunaldienst in den besetzten Ostgebieten freizustellen, zog diese Meldung allerdings wegen Ederers angeblich angegriffenem Gesundheitszustand zurück⁶⁴⁰. Nach Sachs' Ausscheiden leitete der Oberbürgermeister dann das Berufungsverfahren für Ederer zum neuen hauptamtlichen Beigeordneten ein⁶⁴¹, allerdings mußte der Rechtsanwalt noch von seiner Tätigkeit als Hilfsrichter in Amberg freigestellt und aus seiner Funktion als Ratsherr entlassen werden. Erst Ende 1942 konnte er sein neues Amt antreten⁶⁴².

Ederers Dienstaufgaben umfaßten weite Teile des von Sachs bearbeiteten Geschäftsbereichs, vor allem also Rechts- und Versicherungsfragen sowie das Gewerbeamt mit seinen Überwachungsfunktionen, die Preisbehörde und die 1941 mit dieser zusammengelegte Wohnungsmeldestelle. Letzterer kam in den späten Kriegsjahren immer größere Bedeutung zu; im Zusammenhang mit der Wohnraumversorgung der Luftkriegsgeschädigten mußte sie Anfang 1944 zu einem eigenen Wohnungs- und Quartieramt erweitert werden⁶⁴³.

Am 10.6.1945 wurde Ederer wegen seiner vielfältigen politischen Aktivitäten entlassen, von der Stadt erhielt er später auch nur einen dementsprechend niedrigen Unterhaltsbeitrag.

⁶³³ Verf. 8.7.1939, u.a. DS 867 und ZRa 13200.

⁶³⁴ Personalakt Sachs, Stadtarchiv Weimar, bzw. Reinemer an DGT 2.10.1940, ZR 10315. Sch. hätte Sachs auch für die Militärverwaltung Belgiens und der Niederlande freigegeben (7.5.1940, ZR 10315).

⁶³⁵ Personalakt Sachs, Stadtarchiv Weimar.

⁶³⁶ Freigabeerklärung 12.2.1942, Auflösung des bis 1943 befristeten Dienstvertrags 5.5.1942; die Einzelheiten im Personalakt Sachs, Stadtarchiv Rgbg., vgl. auch Personalakt seines Nachfolgers Ederer, HStAM MInn 80526.

⁶³⁷ Parteinummer 218917; der "Politische Nachrichtendienst" des MInn Oktober 1932 nennt, wohl durch Schreibfehler, als einziges Rgbg.er Mitglied des NS-Juristenbundes einen Franz Ederer (ZR 133).

⁶³⁸ HStAM MInn 80526, Personalakt Ederer, und StA (1987) I blau 137 = 4036 c. Die letztgenannte Funktion auch belegt bei Wolf S.102. Weitere Funktionen bei Weinmann S.136.

⁶³⁹ StA (Mil.) 21.

⁶⁴⁰ Sch. an Reg. 12.9.1939 bzw. 14.3.1940, ZR 3715.

⁶⁴¹ Einzelheiten in ZR 10309, StA (1987) I blau 137 = 4036 c und HStAM MInn 80526.

⁶⁴² Vgl. zur wochenlangen Abwesenheit Ederers wegen Ableistung des Wehrdienstes im Frühjahr 1943 die Meldungen an die Reg., PAM 519.

⁶⁴³ Vgl. zu Ederers Aufgaben Geschäftsverteilung 22.2.1944 (DS 132) und Verf. Sch. 30.10.1944 (PAM 540), vgl. auch Telefonverzeichnis 15.2.1945, ZRa 13451.

Trotzdem nannte ihn Herrmann 1948 einen irregeleiteten Idealisten⁶⁴⁴. Gestorben ist er am 7.11.1960 in Regensburg⁶⁴⁵.

d. Stadtbaurat Philipp Schipper⁶⁴⁶

Philipp Schipper wurde 1883 in Bayreuth als Sohn eines Forstbeamten geboren. Er besuchte ein humanistisches Gymnasium, dann die Technische Hochschule in München. Nach der Staatsprüfung fand er zunächst eine Anstellung als Regierungsbaumeister, bevor er 1912 als Bauamtsassessor in den Dienst der Stadt Regensburg trat. 1917, während seiner Militärdienstzeit, wurde er zum Bauamtman, 1920 zum Oberbauamtman befördert und schließlich 1924 als Nachfolger Adolf Schmetzers zum Oberstadtbaurat gewählt. Seit 1927 trug er den Titel "Oberstadtbaudirektor".

Am 20.3.1933 wurde Schipper aus dem Amt entfernt, doch durfte er schließlich trotz der vorangegangenen heftigen Vorwürfe über seine Amtsführung als letzter von allen Beurlaubten auf seinen Posten zurückkehren. Kurz darauf trat er dem NSKK bei, angeblich auf Druck des Adjutanten von SA-Brigadeführer Rakobrandt, der dem Bauamt zum Dienst zugeteilt worden war⁶⁴⁷. Die Geschäftsverteilung vom Oktober 1933 behielt Schipper nach wie vor die Leitung des Stadtbauamts und den Vorsitz im Vergabeausschuß des Stadtrats vor, und letzterer bestätigte ihn Anfang 1934 auf weitere fünf Jahre im Amt⁶⁴⁸. Die DGO von 1935 definierte seinen Titel als "Stadtbaurat", wobei ihn zunächst Baurat Popp, dann Baurat Albert Kerler häufig vertraten⁶⁴⁹. Am 1.5.1935 schloß sich auch Schipper der NSDAP an, kurz darauf der NSKOV; im NSKK stieg er bis zum Sturmführer auf⁶⁵⁰.

Schippers Verhältnis zu Schottenheim entwickelte sich keineswegs zum Positiven, vielmehr notierte der Oberbürgermeister mehrfach sehr kritische Bemerkungen über Schippers Tätigkeit⁶⁵¹. Die bereits in der Weimarer Zeit von verschiedener Seite kritisierten Kostenüberschreitungen bei Neubauprojekten scheinen auch in den dreißiger Jahren so häufig gewesen zu sein, daß man sie fast schon resigniert zur Kenntnis nahm⁶⁵². Erst für Ende 1938 ist belegt, daß Schottenheim ein Disziplinarverfahren und sogar Schippers fristlose Entlassung erwog⁶⁵³. Dennoch vertrat er ab 1939 die Stadt in der örtlichen Luftschutzleitung.

Anfang 1944 machte eine schwere Erkrankung Schipper den Dienst unmöglich. Schon zuvor hatte Schottenheim mit Oberbauamtman Pfenning einen ständigen Vertreter für ihn berufen⁶⁵⁴. Hierfür wäre eigentlich Oberbaurat Albert Kerler vorgesehen gewesen, der wichtigste Siedlungsarchitekt der Stadt, doch befand sich dieser bei der Wehrmacht und kehrte aus Rußland nicht mehr zurück; er galt seit 1944 als vermißt. Zum 1.12.1944 wurde Schipper auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzt⁶⁵⁵. Die Spruchkammer stufte ihn als Mitläufer ein

⁶⁴⁴ Eidesstattliche Erklärung 20.3.1948, NIH 5.

⁶⁴⁵ Frdl. Hinweis des Personalamts.

⁶⁴⁶ Zum folgenden: Personalakt Schipper, Stadtarchiv.

⁶⁴⁷ Vgl. Schippers Ehefrau an OB Titze 4.2.1946, Personalakt Schipper.

⁶⁴⁸ Sr-Prot. 20.2.1934, vgl. HMB 1.3.1934 (ZR 3725 b).

⁶⁴⁹ Vgl. die Rh-Prot., wonach Schipper die vielen Baugesuche meist von einem Vertreter vortragen ließ.

⁶⁵⁰ Die Einzelheiten ebd., vgl. auch H.s Unterlagen in NIH 5.

⁶⁵¹ Einmal mußte Sch. seinen Finanzreferenten nach München schicken, um "wieder gut zu machen, was Schipper (...) angestellt hat" (Notiz 3.10.1934, DS 838).

⁶⁵² Vgl. Notiz Sch. zur Überschreitung des Kostenvorschlags für den Rathausneubau um fast 100 %, DS 666.

⁶⁵³ Sch. an H. 11.10.1938, NIH 8.

⁶⁵⁴ Verf. Sch. 9.11.1943, DS 132. Für den Tiefbau blieb Oberbauamtman Lauerer Stellvertreter des Dezernenten.

⁶⁵⁵ Verf. Sch. 8.8.1944, Personalakt Schipper.

und hielt ihm zugute, er habe Kontakte zu jüdischen Familien aufrechterhalten, sei allgemein beliebt und hilfsbereit gewesen und habe sich auch öffentlich kritisch gegenüber dem Nationalsozialismus geäußert⁶⁵⁶. Am 1.10.1949 ist Philipp Schipper, der für die großen städtischen Baumaßnahmen im Dritten Reich die Verantwortung trug, gestorben.

e. Die Stadtschulräte Dr. Andreas Freudenberger und Wolfgang Weigert

Als Stadtschulrat leitete Dr. Andreas Freudenberger das städtische Schulwesen. Geboren 1870 in Nürnberg, hatte er in München und Erlangen neue Sprachen studiert. 1908 legte er die philologische Staats- und noch im gleichen Jahr die Promotionsprüfung ab, ab 1909 unterrichtete er an einem Gymnasium in Nürnberg, 1910 trat er seinen Dienst als Stadtschulrat in Regensburg an. Bei der Wahl der berufsmäßigen Stadträte im Jahr 1919 sowie erneut zehn Jahre darauf bestätigte ihn der Stadtrat jeweils im Amt. Freudenbergers politisch liberale Einstellung war allgemein bekannt, und im Herbst 1933 mußte er ebenso wie 170 weitere städtische Bedienstete erklären, alle früheren Kontakte abgebrochen zu haben⁶⁵⁷. Trotz seiner "politischen Unzuverlässigkeit" unterstanden ihm auch nach der Geschäftsverteilung von Oktober 1933 die städtischen Schulen, deren Lehr- und sonstiges Personal, die Schulgesundheitspflege, die Schulküchen und -büchereien sowie die Jugendhorte. Zudem war er gemeinsam mit Sachs für den Geschäftsbereich "Sport und Leibesübungen" verantwortlich.

Anfang 1934 bat Freudenberger, ihn aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand zu versetzen⁶⁵⁸. Zu diesem Zeitpunkt war er 63 Jahre alt, Hinweise auf andere Hintergründe für die vorzeitige Vertragsbeendigung finden sich nicht. Unter dankbarer Anerkennung seiner 24-jährigen Tätigkeit nahm der Stadtrat das Gesuch an⁶⁵⁹. Nach seiner Pensionierung zog Freudenberger nach München, wo er am 16.11.1940 gestorben ist.

Als Stadtschulrat wurde Freudenberger durch Wolfgang Weigert, den Kreisleiter der NSDAP, ersetzt. Dieser war am 24.10.1893 in Zeitlarn bei Regensburg geboren worden. 1912 hatte er die Prüfung an der Lehrerbildungsanstalt Amberg abgelegt, 1919 den Staatskonkurs für die Lehrtätigkeit an öffentlichen Volksschulen. Danach begann er seine Arbeit als Hilfslehrer in dem kurz darauf eingemeindeten Regensburger Vorort Steinweg; bis 1930 rückte er zum Hauptlehrer auf⁶⁶⁰. Über seinen Beitritt zur NSDAP und seine Aktivitäten in ihren Gliederungen lassen sich keine exakten Angaben machen, denn angeblich gingen ihm Ende April 1945 bei der Besetzung seines Hauses durch US-Soldaten sämtliche Urkunden und Belege verloren⁶⁶¹. Bei der Kommunalwahl des Jahres 1929 stand er jedenfalls erst an siebter Stelle des Wahlvorschlags der NSDAP⁶⁶², danach machte er jedoch eine steile Karriere in der Partei, als deren Kreisleiter er seit 1932 amtierte. Dem Stadtrat gehörte er seit der Neubesetzung im April 1933 als Fraktionsführer der NSDAP an.

In der Stadtratssitzung vom 7.3.1934 wählte die NSDAP-Fraktion Weigert auf zehn Jahre zum neuen Stadtschulrat⁶⁶³. Dazu übernahm er auch die Aufgaben Freudenbergers als ne-

⁶⁵⁶ Abschrift der Spruchkammer-Entscheidung 9.1.1948, NIH 5.

⁶⁵⁷ Seine Erklärung in Sch. an Reg. 24.11.1933, StA (1987) I blau 316 = 4146 a.

⁶⁵⁸ 5.3.1934, Personalakt (Stadtarchiv).

⁶⁵⁹ Sr-Prot. 7.3.1934.

⁶⁶⁰ Frdl. Mitteilung des Personalamts.

⁶⁶¹ Vgl. ZRa 13354 und Sr-Prot. 7.3.1934 mit Zeitungsartikeln, vgl. auch die Berichte zu Weigerts 50.Geburtstag am 24.10.1943.

⁶⁶² Wbl 22, 3.12.1929.

⁶⁶³ Sr-Prot. 7.3.1934, vgl. HMB 3.4.1934, ZR 3725 b.

benamtlicher Bezirksschulrat⁶⁶⁴. Der neue Schulreferent war als führender Parteifunktionär ein vielbeschäftigter Mann. An den Stadtratssitzungen nahm er trotz seiner gleichzeitigen Funktion als Fraktionsführer der NSDAP nur selten teil⁶⁶⁵. Dies legt die Vermutung nahe, daß dem Kreisleiter eine Pfründe zugeschanzt worden war, die ihn finanziell absicherte, ohne ihn allzu sehr zu belasten, denn seine Parteiämter erfüllte er ehrenamtlich - zumindest legte er größten Wert darauf, dies öffentlich zu bekunden. Im Oktober 1934 setzte er sich sogar mit Presseerklärungen gegen Gerüchte über seine Nebeneinkünfte zur Wehr und versicherte, weder für seine Tätigkeit als Kreisleiter noch als Kreisamtsleiter der NSV und Kreisbeauftragter für das Winterhilfswerk irgendein Gehalt, ja nicht einmal die Spesen ersetzt zu bekommen⁶⁶⁶. Die Tatsache, daß sich Weigert am Pfaffensteiner Hang, der teuersten Wohnlage der Stadt, ein Haus baute, hatte zu manchen Gerüchten geführt; ihnen zufolge sollte er sich - gemeinsam mit Schottenheim - auch am Winterhilfswerk bereichern und einen potentiellen Zeugen erpreßt haben. Als Verursacher dieser Gerüchte wurden zwei Parteimitglieder festgestellt, gegen die im Sommer 1935 ein Parteiausschlußverfahren lief⁶⁶⁷.

Schottenheims Geschäftsverteilung von 1935 beließ im Schulwesen fast alles beim alten, abzugeben hatte Weigert nur die Aufsicht über die Schulärzte an den Gesundheitsreferenten Zwick. Dafür übernahm er von diesem das Jugendfürsorgewesen⁶⁶⁸, womit ihm auch das Stadtjugendamt unterstand. 1938 umfaßte sein Referat die Aufsicht über 12 Volksschulen, das Mädchen-Lyzeum und die Berufsbildungsschule⁶⁶⁹.

Weigerts Aktivitäten als Kreisleiter der NSDAP können nicht Gegenstand der vorliegenden Arbeit sein, hier geht es nur um seine Funktion als Stadtschulrat, und in dieser blieb er recht farblos. Vergleichsweise wenige Schriftstücke tragen seine Unterschrift, was ebenso an gezielter Aktenvernichtung vor Kriegsende liegen kann wie an geringem Arbeitsaufwand für sein Amt. Offene Rechtsbrüche in seiner Tätigkeit als städtischer Beamter sind jedenfalls nicht nachweisbar.

Mit der Verschlechterung der Kriegslage konnte sich Weigert seinem Dezernat immer weniger widmen. So beurlaubte ihn der Oberbürgermeister Ende 1943, wie vom Gauleiter beim Regierungspräsidenten beantragt, "für Zwecke der NSDAP". Weigert wurde also hauptamtlicher Kreisleiter, seine Geschäftsaufgaben als Stadtschulrat mußte Schottenheim selbst übernehmen⁶⁷⁰.

Wegen seiner führenden Rolle in der Regensburger NSDAP wurde Weigert nach Kriegsende von der Spruch- wie auch von der Berufungskammer als belasteter Aktivist eingestuft⁶⁷¹. Zugleich waren zwei Strafverfahren gegen ihn anhängig: Wegen seiner Rolle bei den Morden des 23. April 1945 und beim Synagogenbrand wurde er 1948 vom Landgericht Weiden bzw. 1949 vom Landgericht Regensburg zu 18 und 21 Monaten Zuchthaus verurteilt⁶⁷², die Gesamtstrafe war somit fast schon verbüßt. Weigerts Beamtenverhältnis galt mit seiner Einstu-

⁶⁶⁴ MK an Reg. 10.4.1934, Abschrift in ZRa 12441.

⁶⁶⁵ Lt. Anwesenheitslisten: Teilnahme nur an den drei Sitzungen nach seiner Wahl, 1935 erschien er zu keiner Sitzung, in den folgenden drei Jahren insgesamt nur viermal.

⁶⁶⁶ BOM 13.10.1934 und RE 19.-25.10.1934.

⁶⁶⁷ Einzelheiten in NIS 3.

⁶⁶⁸ Die mehrfach wechselnden Verf. Sch.s in DS 519 und 867.

⁶⁶⁹ Stellenplan 2.7.1938, PAM 517.

⁶⁷⁰ EntschlieÙung 29.11.1943, StA (1987) 1 blau 137 = 4036 c; Verf. Sch. 3.12.1943, DS 62. Personalfragen des Schuldezernats fielen Reinemer zu, schulaufsichtliche Bezirksschulrat Held.

⁶⁷¹ DS 556. Das Urteil vom 9.6.1949 auch erwähnt in ZRa 13354.

⁶⁷² Urteil vom 19.2.1948 samt Revisionsbeschluß des OLG Nürnberg vom 2.11.1948 veröff. in Justiz und NS-Verbrechen II, Amsterdam 1969, S.234 ff. bzw. S.318 ff., vgl. auch Weikl 1981 S.474; das zweite Urteil am 3.7.1949.

fung zum Belasteten als erloschen, er hatte daher, als ihm nach der Haftentlassung die dauernde Dienstunfähigkeit bescheinigt wurde, keinerlei Versorgungsanspruch, weder als ehemaliger Lehrer noch als Stadtschulrat. Daher bewarb er sich trotz dieser angeblichen Dienstunfähigkeit, wenn auch erfolglos, wieder um eine Verwendung in der Schul- oder allgemein in der Stadtverwaltung⁶⁷³.

Im Wiederaufnahmeverfahren vor der Hauptkammer München erreichte Weigert, der zunächst nach Kempten, dann nach München verzogen war, Ende 1953 die Aufhebung seiner Einstufung als Aktivist. Somit galt er wieder als im Ruhestand befindlich und erhielt ab 1954 entsprechende Bezüge, allerdings nur die eines Hauptlehrers a.D.⁶⁷⁴. Anfang 1956 gelangte das städtische Personalamt eher zufällig zu einer Abschrift aus Weigerts Strafregister. Daraufhin wurde dessen Beamtenverhältnis, nun wegen seiner Vorstrafen, erneut für gelöst erklärt, und er erhielt keine Versorgungszahlungen mehr. Erstaunlich ist daran, daß bis dahin anscheinend niemand im Personalamt die beiden Urteile gegen den prominentesten Nationalsozialisten der Stadt zur Kenntnis genommen hatte. Weigert bat nun das Innenministerium, die beamtenrechtlichen Folgen seiner Verurteilungen aufzuheben. Die Stadt wurde zur Stellungnahme aufgefordert, und der inzwischen zum Oberbürgermeister aufgestiegene Herrmann befürwortete gegenüber dem Stadtrat, Weigert seine Pension zu belassen⁶⁷⁵. So leicht ließ sich der Hauptausschuß nicht zu diesem Gnadenakt bewegen; nochmals mußte Herrmann bitten, "die Angelegenheit nicht unter politischen Gesichtspunkten und nicht lediglich gefühlsmäßig zu beurteilen"⁶⁷⁶ - eine eigenartige Stellungnahme, denn die Rechtslage war ja klar. Was Herrmann zu seiner Toleranz gegenüber dem einstmals mächtigsten Nationalsozialisten der Stadt bewog, bleibt unklar. Jedenfalls verfügte das bayerische Innenministerium 1957, daß die Stadt einen Unterhaltsbeitrag für Weigert zu leisten hatte - eine Pflicht, der sie bis zu seinem Tod am 24.6.1974 nachkam⁶⁷⁷.

f. Stadtrat Fritz Reinemer

Franz Jepsen, einflußreicher BVP-Stadtrat und Direktorialsekretär Hipps, war beim Amtsantritt Schottenheims beurlaubt und später von diesem aus seiner direkten Umgebung entfernt worden. Das Direktorialsekretariat übernahm Fritz Reinemer, Jahrgang 1889, bislang Oberinspektor im städtischen Einwohneramt.

Nach dem Besuch der Realschule und der Prüfung für den mittleren Staats- und Gemeindeverwaltungsdienst im Jahr 1908 war Reinemer in der Regensburger Stadtverwaltung untergekommen⁶⁷⁸. Nach dem Ersten Weltkrieg schloß er sich offenbar zunächst der SPD an, denn im Herbst 1933 mußte er sich von ihr distanzieren. Der NSDAP trat Reinemer bereits im Jahr 1923 bei und erhielt die Mitgliedsnummer 3701⁶⁷⁹. Bei der Stadtratswahl 1924 kandidierte er an zweiter Stelle auf der Liste des "Völkischen Blocks"⁶⁸⁰, nach der Aufhebung des NSDAP-Verbots gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der neuen Regensburger Orts-

⁶⁷³ Weigert an Stadt 21.9.1950, ZRa 13354.

⁶⁷⁴ Personalausschuß- bzw. Sr-Prot. 10.5. bzw. 11.6.1954.

⁶⁷⁵ Schreiben H. 15.9.1956, ZRa 13354.

⁶⁷⁶ HA-Prot. 18.9.1956, DS 556.

⁶⁷⁷ Frdl. Auskunft des städtischen Personalamts.

⁶⁷⁸ StA (1987) 1 blau 20 = 4003 e.

⁶⁷⁹ Belegt in BA Koblenz NS 25-20, im Urteil des Verwaltungsgerichts Rgbg. gegen Reinemer (14.6.1954, StA <1987> 1 blau 137 = 4036 c) sowie in StA (NSDAP) 13.

⁶⁸⁰ Wbl 24.12.1924.

gruppe⁶⁸¹. Bis 1933 stieg er als Führer des Kreisamts für Kommunalpolitik zum Mitglied der Kreisleitung der NSDAP auf und war nun zuständig für die politische Schulung der Gemeindebeamten⁶⁸².

Versetzt man sich in die Gedankengänge der Kreisleitung, so erscheint es plausibel, daß man Reinemer zu Schottenheims Direktorialsekretär machte, denn damit war er nicht nur engster Mitarbeiter des neuen Stadtoberhaupts, sondern auch dessen Kontrolleur. Der gesamte, auch der vertrauliche und geheime Schriftwechsel des Oberbürgermeisters ging durch seine Hand⁶⁸³. Es wird wohl zutreffen, daß in bestimmten Kreisen der örtlichen NSDAP Schottenheims Berufung mit einem gewissen Mißtrauen gesehen worden war, denn schließlich handelte es sich bei ihm nicht um einen bewährten alten Kämpfer, der sich hochgedient hatte, sondern um den Typus des intellektuellen Seiteneinsteigers. Manchem alten SA-Haudegen mag es vernünftig erschienen sein, dem neuen Stadtoberhaupt einen Aufpasser zur Seite zu stellen, der die Interessen der Partei wahrte, und hierfür bot sich Reinemer als hochrangiger NS-Funktionär wie auch als erfahrener Verwaltungsfachmann an.

Nach der Umbildung des Stadtrats im April 1933 rückten sowohl Karl Sailer als auch Fritz Reinemer in dieses Gremium auf. Im Juni 1933 dehnte Reinemer seine Tätigkeit als Direktorialsekretär auf das Personalwesen aus, für das er nun als Hilfsreferent fungierte⁶⁸⁴. Dahinter mag die Überlegung gestanden haben, daß die formale Machtübernahme nicht genügte, wenn unterhalb der Spitzenebene der "schwarze Filz" weiterbestand und sich die ehemaligen BVP-Anhänger gegenseitig förderten. Wiederum gemeinsam mit Karl Sailer rückte Reinemer 1934 in eine höhere Besoldungsstufe vor, während gleichzeitig die allgemeine Senkung der Beamtengehälter zur Debatte stand⁶⁸⁵. Neben dem Oberbürgermeister und dem Kreisleiter entwickelten sich Reinemer und Sailer zu zentralen Figuren der Regensburger Kommunalpolitik. Wie zuvor Jepsen in der BVP, galt Reinemer als "graue Eminenz" in der Stadtverwaltung, vielleicht auch als deren "böser Geist"; selbst Schottenheim mußte Rücksicht auf ihn nehmen⁶⁸⁶. Diese Einschätzung schimmerte gelegentlich sogar nach außen durch, etwa wenn Schottenheim im Jahr 1934 bekanntgab, daß sich der Direktorialsekretär im Urlaub befinde und es zwecklos sei, seine Abwesenheit für die Erledigung wichtiger Angelegenheiten auszunützen⁶⁸⁷.

Zum 1.4.1935 trat die DGO in Kraft, die ausführliche Bestimmungen zur Berufung der städtischen Spitzenbeamten - nunmehr "Beigeordnete" - enthielt. Um dieses komplizierte Verfahren zu vermeiden, beantragte die NSDAP-Fraktion zwei Tage vor dem genannten Datum, die Zahl der berufsmäßigen Stadträte um zwei zu erhöhen. Sofort wurden Sailer und Reinemer noch nach dem alten Verfahren zu Beigeordneten mit Referentenstatus gewählt: Sailer zum Kämmerer, Reinemer zum Personal- und Pressereferenten⁶⁸⁸. Stabsleiter Köglmeier selbst, die rechte Hand Innenminister Wagners, soll dieses Vorgehen angeraten haben⁶⁸⁹. Daß es sich

⁶⁸¹ Vgl. Personallisten ZR 3824 und Presseartikel zu Reinemers 50.Geburtstag am 9.1.1939.

⁶⁸² Vgl. Hauptamt für Kommunalpolitik der NSDAP an Stellvertreter des Führers 29.1.1938, BA Koblenz NS 25-669.

⁶⁸³ Obersekretär Andreas Hierl wurde am 30.3.1933 aus dem Einlaufamt versetzt, wo er die Post des Stadtoberhaupts zu öffnen hatte. Sein Nachfolger war Stadtsekretär Ulrich Bergbauer, vgl. Sch. an Oberpostdirektion 30.3.1933, ZRa 12062.

⁶⁸⁴ Eigene Verf. Reinemers 9.6.1933, ZR 9042.

⁶⁸⁵ Sr-Prot. 24.1.1934.

⁶⁸⁶ Vgl. Babl S.5.

⁶⁸⁷ Verf. 25.9.1934, ZR 9042.

⁶⁸⁸ Sr-Prot. 30.3.1935 und Mb 8.4.1935, ZR 3725 c, vgl. auch Prot. der "Vorläufigen Gemeinderäte" 26.4.1935. Dienstverträge: DS 60 und StA (1987) 1 blau 508 = 4159 i.

⁶⁸⁹ Vermerk Personalakt Reinemer, zit. im Urteil des Verwaltungsgerichts Rgbg. 14.6.1954, StA (1987) 1 blau 137 = 4036 c.

dabei um eine gut vorbereitete und abgesicherte Aktion handelte, erwies sich schließlich daran, daß die Kreisregierung noch am gleichen Tag der Berufung der beiden neuen Spitzenbeamten zustimmte⁶⁹⁰.

Reinemer konnte also seine Macht weiter ausbauen. Er übernahm ein neugeschaffenes, bunt zusammengewürfeltes Referat, für das verschiedene Bezeichnungen überliefert sind⁶⁹¹. Seine wichtigsten Geschäftsaufgaben waren die Personalangelegenheiten, diese allerdings unter Oberaufsicht Schottenheims, dessen Hilfsreferent er blieb, und die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt. Unterstellt wurden ihm unter anderem das Personal- sowie das Ein- und Auslaufamt, womit er die Kontrolle über den gesamten Schriftverkehr der Stadt und des Oberbürgermeisters behielt. Daneben unterstanden ihm das Standes-, das Einwohner- und das Wahlamt⁶⁹², womit er Zugriff auf die persönlichen Daten aller Regensburger hatte⁶⁹³. Schließlich bearbeitete Reinemer den Geschäftsbereich "Fremdenverkehr", Anfang 1936 kam das Pfandamt hinzu⁶⁹⁴, Mitte 1938 dann auch förmlich das gesamte städtische Personalwesen⁶⁹⁵.

Für den zentralen Bereich der Pressearbeit bestand zunächst keine eigene städtische Dienststelle; vermutlich wurde Reinemer hier persönlich tätig. Erst im Sommer 1937 wurde eine eigene "Nachrichtenstelle" aufgebaut⁶⁹⁶, die die beiden Lokalzeitungen und den "Völkischen Beobachter" auszuwerten und ihrerseits Nachrichten, gelegentlich auch größere Artikel, an die Presse zu geben hatte. Zudem führte sie wöchentliche Pressegespräche durch und sammelte die Materialien, die von den einzelnen Dienststellen für den Monatsbericht des Oberbürgermeisters geliefert wurden⁶⁹⁷. Ende 1938 wurde diese Stelle umbenannt in "Städtischer Informationsdienst", ihr Charakter als "Propagandaministerium" der Stadtverwaltung blieb erhalten⁶⁹⁸.

Reinemer drängte sich immer mehr ins Zentrum der Ereignisse, sei es bei offiziellen Empfängen, sei es beim Vollzug oberbürgermeisterlicher Verfügungen oder in den Ratskeller-Gesprächen. Wie bereits angedeutet, liegt die Vermutung nahe, daß die Kreisleitung der NSDAP hier für eines ihrer Mitglieder eine zusätzliche Stelle innerhalb der Stadtspitze durchgesetzt hat, um ihren Einfluß weiter zu festigen. Dabei mag vielleicht auch der Gedanke mitgespielt haben, gegen die älteren, immer noch einflußreichen, aber aus der Sicht der Partei nicht unbedingt zuverlässigen Referenten aus der Ära Hipp ein institutionell fundiertes Gegengewicht zu schaffen. Andererseits kann es sich bei der Berufung Reinemers aber auch um eine Maßnahme Schottenheims gehandelt haben, mit dem er seinen engsten Mitarbeiter in eine echte Führungsposition holte - und diesem ein höheres Einkommen sicherte. Zumindest deutet die eigenartige Ämterzusammenstellung in seinem Referat auf eine Sonderstellung Reinemers hin, sei es als "Parteispitzel" in der Verwaltung und Kontrolleur des Oberbürgermeisters, sei es als dessen persönlicher Vertrauter. Schließlich ist auch eine dritte, harmlose Erklärung denkbar, daß es nämlich allein um die Entlastung der bisherigen Referenten ging und zu diesem Zweck ein neues Referat geschaffen wurde.

⁶⁹⁰ Sch. an Reg. 30.3.1935, deren Entschließung vom gleichen Tag sowie Wahlprot. in StA (1987) 1 blau 508 = 4159 i.

⁶⁹¹ "Presse, Statistik und Bevölkerungsbewegung einschließlich Personalangelegenheiten" oder auch nur "Personalreferat". Überlegungen, eine statistische Abteilung einzurichten: ZRa 13517.

⁶⁹² Lt. Telefonverzeichnis 15.8.1938 (ZRa 13451) "Einwohner-, Wahl- und Wehrpflichtamt".

⁶⁹³ Vgl. Geschäftsverteilung 6.4.1935, s.Anm.477.

⁶⁹⁴ Verf. 10.1.1936, ZRa 13557.

⁶⁹⁵ Verf. 4.7.1938, ZRa 13200.

⁶⁹⁶ Fragebogen des DGT Stand 2.7.1937, ZRa 13526.

⁶⁹⁷ Ebd. Zur Pressestelle: Bestand PSt, Stadtarchiv. Notizen für die Pressegespräche v.a. in DS 865 und PSt 502 ff.

⁶⁹⁸ Umbenennung gemeindlicher Nachrichtenstellen auf Anordnung des RMdI, um Verwechslungen mit dem politischen Nachrichtendienst zu vermeiden, vgl. Anweisung 12.9.1938, ZRa 13526, und Verf. Sch. 7.11.1938, ZRa 3726 und NIS 10.

Im Sommer 1939, gleichzeitig mit dem Oberbürgermeister, wurde Reinemer zu einer Wehrübung eingezogen, bis März 1940 blieb er seinem Amt fern⁶⁹⁹. Nach seiner Rückkehr übernahm er wieder seine alten Aufgaben, allerdings ging 1942 das Einwohner-, Wahl- und Wehrpflichtamt, wie seit langem geplant, auf die Polizeidirektion über, und der Stadt verblieb als Rumpfdienststelle lediglich die sogenannte "Einwohnerkartei". Alle Ämterverzeichnisse der Kriegsjahre⁷⁰⁰ schrieben Reinemer mit kleinen Abweichungen untereinander das städtische Personalwesen, Tariffragen, "politische Angelegenheiten", die Pressearbeit, Statistik und Bevölkerungsbewegung sowie das Theater als wichtigste Aufgaben zu.

Fritz Reinemer wurde am 23.5.1945 verhaftet und kurz darauf förmlich dienstenthoben. In seinem Entnazifizierungsverfahren bestritt er - als Mitglied der Kreisleitung ! - jegliche Aktivität für die NSDAP, es habe nur eine formelle Mitgliedschaft bestanden. Tatsächlich wurde er am 27.6.1949 letztinstanzlich von der Außenstelle Regensburg der Hauptspruchkammer München als "Mitläufer" eingestuft⁷⁰¹ - ein weiteres Beispiel für die vielfach belegte Tendenz, selbst führende NS-Aktivisten als vergleichsweise harmlos hinzustellen. Reinemer wurde rückwirkend zum 1.6.1949 in den Ruhestand versetzt, erhielt allerdings nur die Versorgungsbezüge eines Oberinspektors. Seine Klage hiergegen wurde vom Verwaltungsgericht Regensburg wie schließlich auch vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abgewiesen⁷⁰². Gestorben ist Reinemer am 27.8.1973 in Regensburg.

g. Stadtkämmerer Karl Sailer

Weitgehend parallel zu Reinemers Karriere verlief diejenige Karl Sailers. Geboren 1889, seit 1907 im mittleren städtischen Dienst⁷⁰³, gehörte der Rechnungsoberinspektor ebenfalls zu den ältesten Regensburger Nationalsozialisten⁷⁰⁴. Auch er war Träger des Goldenen Parteiabzeichens und trat schon 1929 als Stadtratskandidat auf der NSDAP-Liste an. Gemeinsam mit Reinemer, daneben auch Amtmann Mühleisen, galt er als einer der aktivsten Nationalsozialisten der Stadtverwaltung. Vor allem als Vertreter der Beamtenschaft trat er in Erscheinung, so bei der Gleichschaltung der örtlichen Beamtengewerkschaft.

Auch Sailer zog im April 1933 in den Stadtrat ein, er gehörte ab Herbst 1933 dem Aufsichtsrat der Stadtlagerhaus GmbH an⁷⁰⁵ und wurde gemeinsam mit Reinemer 1934 in eine höhere Besoldungsstufe befördert⁷⁰⁶. Als Stadtkämmerer Heinrich Öhrl im Alter von 63 Jahren in den Ruhestand versetzt wurde, wählte der Stadtrat Sailer wenig später zum neuen Kämmerer⁷⁰⁷. Formal war diese Position noch nicht der eines Referenten gleichgestellt; noch firmierte Ehrhardt als Finanzreferent und damit als Sailers Vorgesetzter. Doch beim Vollzug der DGO, also der förmlichen Aufwertung des Kämmerers zum Beigeordneten, vergab Schottenheim diesen Posten eben nicht an den langjährigen Finanzchef Ehrhardt, sondern an Sailer.

⁶⁹⁹ Reinemer an DGT 2.10.1940, ZR 10315.

⁷⁰⁰ ZRa 13451, 13453 bzw. DS 132.

⁷⁰¹ Lt. Urteil des Verwaltungsgerichts Rgbg. gegen Reinemer 14.6.1954, StA (1987) 1 blau 137 = 4036 c. Vgl. auch Wohnungsamt 33.

⁷⁰² Urteile Verwaltungsgericht Rgbg. 14.6.1954 und Bayerischer Verwaltungsgerichtshof 12.6.1957, StA (1987) 1 blau 137 = 4036 c.

⁷⁰³ StA (1987) 1 blau 20 = 4003 e.

⁷⁰⁴ Pg-Nr. 20700, 20827 oder 55371; Quellen: StA (1987) 1 blau 137 = 4036 c (Urteil Verwaltungsgericht Rgbg. gegen Reinemer 14.6.1954) / Antrag auf Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes, PAM 533 / StA (NSDAP) 13.

⁷⁰⁵ Vgl. ZR 16960.

⁷⁰⁶ Sr-Prot. 24.1.1934.

⁷⁰⁷ Sr-Prot. 11.5.1934 bzw. Personalakt Öhrl, Stadtarchiv. Öhrl ist am 2.2.1940 gestorben.

Erneut schafften also dieser und Reinemer gemeinsam den Sprung zum Spitzenbeamten. Sailer leitete nun das gesamte städtische Finanz- und das Sparkassenwesen, hinzu kam eine Abteilung des Liegenschaftsamtes. Berücksichtigt man, daß zu dem an sich schon äußerst komplizierten Gebiet der gemeindlichen Eigeneinnahmen die gegenseitigen Überweisungsbeziehungen zwischen Gemeinden und Kreisen, Land und Reich, zum Unfallversicherungsverband, der Landesdienststelle des Deutschen Gemeindetags etc. hinzu kamen, so wird verständlich, weshalb die DGO dem Gemeindegamterer eine besonders herausgehobene Position verlieh; seine Aufgabe erforderte zumindest in den größeren Städten tatsächlich einen hochqualifizierten Fachmann.

Eine Ergänzung erfuhr Sailers Aufgabenbereich durch den Vierjahresplan, als ihm die Erfassung und Verwertung von Altmaterialien zugewiesen wurden⁷⁰⁸, sowie vorübergehend nach Sachs' Einberufung zur Wehrmacht bei Kriegsbeginn⁷⁰⁹. In den späten Kriegsjahren schließlich mußte Sailer das Kriegsschädenamt übernehmen⁷¹⁰. Dabei bescheinigte Schottenheim seinem Kämmerer rückblickend, es sei ihm "in überraschend kurzer Zeit" gelungen, die städtische Finanzwirtschaft zu ordnen. Daß die Grundlagen hierfür durch Ehrhardt gelegt worden waren, erwähnte er nicht, denn es ging um die Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes an Sailer: "Seine fanatische Einsatzbereitschaft für Führer und Volk, seine bewährte Mitarbeit bei allen kriegswichtigen Aufgaben der Stadt stempeln ihn zu einem der verdienstvollsten leitenden Beamten"⁷¹¹.

Auch Sailer wurde kurz nach Kriegsende dienstenthoben. Wie so vielen NS-Aktivisten bescheinigte Herrmann ihm eidesstattlich, er sei kein Aktivist gewesen⁷¹². Ab 1949 erhielt Sailer einen Unterhaltsbeitrag, ab 1951 die vollen Versorgungsbezüge eines pensionierten Kämmerers. Gestorben ist er am 14.4.1983⁷¹³.

B. Stadtrat bzw. Ratsherrenkollegium⁷¹⁴

1. Der Stadtrat bis 1935

Bereits dargestellt wurde die Verdrängung der demokratischen Parteien aus dem Regensburger Stadtrat bis zum Sommer 1933. In dessen letzter Sitzung am 4.7.1933 hatte die NSDAP-Fraktion beantragt, die fünf freigewordenen SPD-Mandate mit Nationalsozialisten zu besetzen. Drei Wochen später vollzog die Kreisregierung diesen Schritt und berief die "vom 1. Bürgermeister im Einvernehmen mit dem Kreisleiter der NSDAP" vorgeschlagenen Parteigenossen Hans Gebert, Josef Kaiser, Josef Liebl, Josef Lindner und Hans Putz⁷¹⁵. Gebert war in Wahrheit allerdings von SA-Oberführer Breitenbach, dem Sonderkommissar bei der Re-

⁷⁰⁸ Verf. Sch. 4.11.1936, DS 867.

⁷⁰⁹ Funktion als "Erster Werksleiter", also als Verwaltungschef der städtischen Werke und Betriebe (Verf. H. 29.8.1939, ZRa 13535).

⁷¹⁰ Vgl. Verf. Sch. 28.10.1944, PAM 540, und Telefonverzeichnis 15.2.1945, ZRa 13451.

⁷¹¹ Begründung für den Verleihungsantrag, PAM 533.

⁷¹² Eidesstattliche Erklärung 18.5.1948, NIH 5.

⁷¹³ Frdl. Mitteilung des Personalamts.

⁷¹⁴ Grundlage dieses Kapitels sind die Stadtrats- bzw. Ratsherrenprotokolle (Stadtarchiv).

⁷¹⁵ EntschlieÙung 27.7.1933, ZRa 13162, vgl. auch Sr-Prot. 30.11.1933. Zur Neubesetzung von Stadträten ab Sommer 1933 allg. Matzerath (1970) S.76.

gierung, ins Gespräch gebracht worden⁷¹⁶. Erst am 10.10.1933 bestellte diese, angeblich erneut auf Vorschlag Schottenheims "im Einvernehmen mit dem Kreisleiter"⁷¹⁷, sechs Ersatzleute für die zwölf verwaisten BVP-Sitze: Heinrich Berger, Johann Engel, Hans Horz, Josef Huber, Hans Wartner und Xaver Zwick⁷¹⁸.

Elf der 22 Sitze waren also neu besetzt worden, die übrigen verteilten sich - mit einer Ausnahme - auf die am 27.4.1933 nachgerückten Stadträte Hilmer, Kugler, Melchior, Dr. Priehäuser⁷¹⁹, Reinemer, Sailer, Scheid, Scheugenpflug und Weigert sowie den Kampfbund-Hospitanten Ruoff. Die Ausnahme bezieht sich auf Fritz Bauer, der durch den Schiff-Oberoffizianten Karl Schmid ersetzt worden war. Dieser legte seinerseits in der ersten Sitzung des neuen Stadtrats sein Amt nieder und wurde durch den Maurermeister und Baugeschäftsinhaber Xaver Schwarz aus Steinweg, Ortsgruppenleiter Regensburg-Nord der NSDAP, abgelöst. In derselben Sitzung erklärte sich der neue Stadtrat mit der Verringerung der Mandate von 28 auf 22 sowie einer Verkleinerung der Ausschüsse einverstanden.

Die Ausschüsse hatten unabhängig von der monatelangen Sitzungspause des Plenums weitergetagt, seit 12.Juli allerdings ohne Beteiligung von BVP-Stadträten. Mehrfach stellte man dabei in öffentlicher Sitzung Beschlüsse über einen Gegenstand zurück, bis die NSDAP-"Fraktion" - dieser Begriff wurde, obwohl sinnentleert, beibehalten - intern beraten hatte. Die Sitzungen gerieten zur Schauveranstaltung, bei der der Öffentlichkeit, insbesondere den anwesenden Pressevertretern, ein Bild der Geschlossenheit geboten werden sollte. Und auch an der Zusammensetzung des Stadratsplenums, das erstmals wieder am 30.11.1933 tagte, zeigte sich die Umfunktionierung des Gremiums: Unter den 17 Stadträten, die - allesamt im Braunhemd - an dieser Sitzung teilnahmen, waren nur noch sieben, die auch schon die erste Sitzung nach der Umgestaltung am 27.4.1933 erlebt hatten; und kein einziger dieser sieben verfügte über Stadtratserfahrung aus der Zeit vor 1933. "Mitarbeiter" statt kritischer, politisch erfahrener Kontrolleure waren nun erwünscht, Zustimmung statt kontroverser Diskussion, zumindest vor der Öffentlichkeit.

Begeistert kommentierte die "Ostwacht" erneut den "in ihrer Kürze imponierenden Verlauf" der Sitzung⁷²⁰. Das neue Bild vom Stadtrat beinhaltete Geschlossenheit zum Wohl der Allgemeinheit und damit den Kontrast zu den früheren Auseinandersetzungen zwischen den Parteien. Somit kam Kreisleiter Weigert, dem Fraktionsführer, entscheidende Bedeutung zu: Er hatte die Stadträte so zu disziplinieren, daß interne Auseinandersetzungen nicht an die Öffentlichkeit drangen. Denn natürlich gab es in den nichtöffentlichen Fraktionsdebatten auch heftige Auseinandersetzungen, über die sich allerdings nur in ganz seltenen Fällen Andeutungen finden⁷²¹. Daß nun im Plenum ein neuer Ton herrschte, belegen auch die Niederschriften: Anordnungen des Oberbürgermeisters nahm man zur Kenntnis, erklärte sein Einverständnis und ähnliches - der Stadtrat hatte sich zum Akklamationsorgan entwickelt.

Dennoch wäre es voreilig, daraus zu schließen, daß damit auch die einzelnen Stadträte bedeutungslos geworden wären. Denn immerhin handelte es sich um Persönlichkeiten, die in der örtlichen NSDAP und ihren Gliederungen zu einflußreich waren, als daß ein Oberbür-

⁷¹⁶ Breitenbach an Reg. 8.7.1933, StA (NSDAP) 17: Vorschlag von neun SA-Mitgliedern, von denen neben Gebert später Sack und Horz berufen wurden.

⁷¹⁷ Vorschlag Sch. und Weigert 14.9.1933 mit den Namen der sechs dann bestellten Stadträte in ZRa 13162 und StA (1987) I blau 137 = 4036 c.

⁷¹⁸ Sr-Prot. 30.11.1933, vgl. HMB 1.12.1933, ZR 3725 b (mit Adressenliste) und 10309.

⁷¹⁹ Vgl. ZR 4970. Ein Beitritt Priehäusers zur NSDAP soll wegen "Vorfällen mit dem Stadttheater" gescheitert sein, doch tritt er ab April 1933 regelmäßig als NS-Stadtrat auf. Anfang 1934 legte er aus unbekanntem Gründen sein Mandat nieder, vgl. HMB 15.1.1934 (ZR 3725 b) und RE 19.-25.1.1934.

⁷²⁰ BOw 1.12.1933.

⁷²¹ Vgl. "Fall Reinemer/Dr.Sachs", s.S.96, vgl. allg. Matzerath (1970) S.93.

germeister sie einfach übergehen konnte - etwa Kreisleiter Weigert als Fraktionsführer, die drei Ortsgruppenleiter der Partei, führende Mitglieder von SA, SS und NSKK. Viele von diesen alten, engagierten Nationalsozialisten zeigten sich in zentralen Bereichen der Kommunalpolitik sehr aktiv, und sie nahmen auch erstaunlich diszipliniert an den Sitzungen teil⁷²². So mancher NS-Stadtrat, der vielleicht aus einem gewissen Idealismus zu der Partei gestoßen war, hoffte hier nun positiv zur Entwicklung der Stadt beitragen zu können. Tatsächlich konnte man Wünsche und Forderungen im direkten Gespräch mit Schottenheim oder auf dem Umweg über den Kreisleiter durchaus zur Geltung bringen - oft genug stimmte ja das Stadtoberhaupt selbst mit diesen Wünschen überein.

Als endgültiger Abschluß der Gleichschaltung gilt die Vereidigung der Beamten (wie auch der Wehrmacht) auf Hitler nach Hindenburgs Tod⁷²³. Am 14.9.1934 gelobten auch die Regensburger Stadträte feierlich: "Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe."⁷²⁴

2. Die "Vorläufigen Gemeinderäte"

Am 30.1.1935 war die Deutsche Gemeindeordnung (DGO) erlassen worden, am 1.4.1935 trat sie in Kraft. Zwei Tage zuvor fand die feierliche Abschlusssitzung des Stadtrats in seiner bisherigen Funktion und Zusammensetzung statt. Schottenheim dankte den Stadträten und bezeichnete die bisherige Zusammenarbeit in Plenum und Ausschüssen als ungetrübt: "Immer konnten wir bei allen Fragen uns auf der Plattform nationalsozialistischen Denkens finden"⁷²⁵.

Trotz der nun auch offiziellen Einführung des Führergrundsatzes im Kommunalrecht verzichtete die DGO nicht auf das genossenschaftliche Element der Selbstverwaltung, den Gemeinderat, der allerdings nicht mehr von der Bevölkerung gewählt wurde. Er blieb für Stadtkreise unter dem Namen "Ratsherren-Kollegium"⁷²⁶ bestehen und mußte spätestens bis zum 1.10.1935 berufen werden⁷²⁷. Bis dahin hießen die bisherigen Stadträte nun "Vorläufige Gemeinderäte". Die Zahl der Ratsherren war in einer Hauptsatzung festzulegen⁷²⁸, berufen wurden sie auf sechs Jahre vom Beauftragten der NSDAP, der sich dabei mit dem Bürgermeister abzustimmen hatte⁷²⁹. Waren sich Parteibeauftragter und Bürgermeister nicht einig, ging die Auffassung des ersteren vor⁷³⁰.

Ausdrücklich untersagt war den Gemeinderäten, sich als Vertreter bestimmter Gruppen oder Verbände zu betrachten. Nur dem Gemeinwohl sollten sie sich verpflichtet fühlen, doch forderte die DGO auch, daß der Ratsherr - es waren nur Männer vorgesehen - einen gewissen Einfluß auf das öffentliche Leben ausübte⁷³¹. Hitlers Stellvertreter Heß sprach in seinen Anweisungen an die Parteibeauftragten davon, daß die Zusammensetzung der Gemeinderäte ein

⁷²² Im Schnitt waren 1934 18 von 22 Stadträten anwesend (13 Sitzungen), vgl. Anwesenheitslisten in den Prot. Die Stadträte vervierfachten sich trotz Finanznot der Stadt ihr Sitzungsgeld, vgl. Sr-Prot. 24.1.1934.

⁷²³ Reichsgesetz 20.8.1934, RGBI I S.785.

⁷²⁴ Sr-Prot. 14.9.1934.

⁷²⁵ Prot. 30.3.1935.

⁷²⁶ § 48 DGO.

⁷²⁷ § 20 DurchfVO 22.3.1935, RGBI I, hier S.393.

⁷²⁸ § 49 DGO. Sie durfte in Stadtkreisen 36 nicht überschreiten.

⁷²⁹ §§ 51 und 52 DGO.

⁷³⁰ Anordnung Heß 151/53, 25.7.1935, ZR 10294.

⁷³¹ § 51 DGO.

Spiegelbild der Gemeinde darzustellen habe; etwa am Ort befindliche Großbetriebe sollten durch Vertreter ihrer Führung und "Gefolgschaft" auch im Gemeindegremium präsent sein⁷³². Gemeinderat konnte nur werden, wer einen "guten Leumund" hatte und als "national zuverlässig" galt⁷³³. Dies war gleichbedeutend mit "nationalsozialistisch": "...ein anderes 'National sein' als das Nationalsozialistischsein gibt es im Dritten Reich nicht"⁷³⁴. Jede "Vettern- und Cliqueswirtschaft" sollte ausgeschlossen sein⁷³⁵, folglich durfte kein Bürger an Entscheidungen beteiligt werden, die ihn selbst betrafen⁷³⁶, und auch Beschäftigte der Gemeindeverwaltung kamen grundsätzlich nicht als Ratsherren in Frage⁷³⁷. In Regensburg wurde dieses Prinzip durchbrochen, zwei der späteren Ratsherren standen in städtischem Dienst (s.u.).

Aufgabe des Kollegiums war es, "die dauernde Fühlung der Verwaltung (...) mit allen Schichten der Bevölkerung" zu sichern und den Maßnahmen des Bürgermeisters "in der Bevölkerung Verständnis (zu) verschaffen"⁷³⁸. Dagegen hatte es nicht das Recht, sich zur Vorberatung selbst zu versammeln oder die Behandlung bestimmter Fragen zu fordern⁷³⁹. Eine echte Kontrolle der Verwaltung war also weder möglich noch beabsichtigt. Immerhin waren die Gemeinderäte verpflichtet, abweichende Meinungen bei den Plenarsitzungen zu äußern und auch in die Niederschrift aufnehmen zu lassen⁷⁴⁰, doch zeigen die Regensburger Protokolle, daß dieser Fall äußerst selten und in bedeutsamen Fragen nie vorkam.

Jeder Ratsherr erhielt ähnlich wie heute einen Verwaltungszweig zugeteilt, für den er als sachverständiger, nicht weisungsgebundener "Verwaltungsrat" fungierte⁷⁴¹. Daneben bestanden auch die Stadtratsausschüsse fort, die nun "Beiräte" hießen⁷⁴². Die Regensburger Hauptsatzung sah drei von ihnen für Verwaltungs-, Werks- und Wohlfahrtsfragen vor, ließ aber die Möglichkeit offen, weitere einzurichten⁷⁴³. Hiervon hat Schottenheim Ende 1936 Gebrauch gemacht, als er die drei alten durch fünf neue Beiräte ersetzte, nämlich für Verwaltungs- und Polizei-, für Finanz-, Personal-, Theater- und Werksangelegenheiten⁷⁴⁴. Kurz darauf kam noch ein Beirat für die Vergabe von Aufträgen und Lieferungen hinzu⁷⁴⁵, später weitere für Stiftungsangelegenheiten und die öffentliche Jugendhilfe⁷⁴⁶.

Die feierliche Abschiedssitzung des alten Stadtrats am 30.3.1935 diente allein der propagandistischen Selbstdarstellung. Schon an Schottenheims Anweisung an die Stadträte, sich weiter zur Verfügung zu stellen⁷⁴⁷, zeigte sich, daß das Gremium in der Praxis unverändert weiterbestand. In den folgenden Monaten fanden normale Plenar- und Ausschusssitzungen der

⁷³² Anweisungen 1-5 an die Beauftragten der NSDAP in den Gemeinden (149-153/35, alle 25.7.1935), Abschriften in ZR 10294.

⁷³³ § 51 DGO.

⁷³⁴ Anordnung Heß 151/53, 25.7.1935, ZR 10294.

⁷³⁵ Amtliche Begründung 2, DRuPrStA 31.1.1935.

⁷³⁶ § 25 DGO.

⁷³⁷ § 51 DGO; dies galt auch für Beamte der Staatsaufsichtsbehörde.

⁷³⁸ §§ 6 und 48 DGO, vgl. Bek. zur DGO 29.3.1935, GVBl hier S.153.

⁷³⁹ Bek. zur DGO 29.3.1935, GVBl hier S.158.

⁷⁴⁰ § 57 DGO.

⁷⁴¹ Amtliche Begründung 3, DRuPrStA 1.2.1935. Mehrfache Verf. Sch., wichtige Fragen mit dem zuständigen Ratsherren vorzubereiten, z.B. 1.10.1935 und 21.12.1936, ZR 3664 b, 11240, ZRa 13191 und DS 867.

⁷⁴² § 58 DGO.

⁷⁴³ Hauptsatzung 30.9.1935; die Besetzung der Beiräte in Verf. Sch. 1.10.1935, u.a. DS 867, ZR 3664 b, 11240 und ZRa 13191. Beim "Verwaltungsbeirat" handelte es sich um den früheren Hauptausschuß.

⁷⁴⁴ Rh-Prot. 4.12.1936; die personelle Besetzung in ZRa 13194.

⁷⁴⁵ Verf. Sch. 21.12.1936, ZRa 13191.

⁷⁴⁶ Ergänzung zur Hauptsatzung 7.4.1939, Wbl 13.5.1939.

⁷⁴⁷ Verf. Sch. zur Durchführung der DGO, 8.4.1935.

"Vorläufigen Gemeinderäte" statt. Ihre Tagesordnungen unterschieden sich nicht von früher, geändert hatte sich nur die Niederschrift der Beratungsergebnisse, denn bei jeder Sachfrage wurde nun die "Entscheidung des Oberbürgermeisters" angefügt, worin das Führerprinzip zum Ausdruck kam. Formal entmachtet, war der Gemeinderat tatsächlich also nur an die längst übliche, nun zur Norm erhobene Praxis angepaßt worden. Entscheidungen - vorher die des Stadtrats, nun die des Oberbürgermeisters - fielen ja nicht zufällig, sondern nach der Vorarbeit der Verwaltung und der internen Abstimmung mit der Partei. Und ein Gemeinderatsbeschluß, bei dem etwa eine informell vorbereitete Entscheidung aufgehoben worden wäre, war auch vorher undenkbar gewesen. In der Praxis brachten also DGO und Führerprinzip nicht so einschneidende Veränderungen mit sich, wie sich bei oberflächlicher Betrachtung vermuten ließe: Weiterhin mußte in jedem Einzelfall ein Kompromiß zwischen sachlich gerechtfertigtem und politisch gewünschtem Verwaltungshandeln gefunden werden. Kein Bürgermeister hätte - trotz Führer-Grundsatz - laufend Entscheidungen gegen die Parteivertreter im Gemeinderat treffen können, während er andererseits bei einer Häufung ideologisch motivierter, aber sachlich unsinniger Maßnahmen sehr schnell von der Staatsaufsichtsbehörde gebremst worden wäre.

Auch personell blieb die Kontinuität im Regensburger Stadtrat vom Frühjahr 1935 bis zur Berufung der neuen Ratsherren gewahrt, wenn man davon absieht, daß mit der Berufung Karl Sailers und Fritz Reinemers zu Beigeordneten am 30.3.1935 zwei der 22 Stadträte ausscheiden mußten. Die "Vorläufige Hauptsatzung", die Schottenheim am 28.6.1935 erließ, sah folglich nur 20 Ratsherrensitze vor. Nun mußte Gauinspekteur Ganninger also bis zum 1.10.1935 im Benehmen mit dem Oberbürgermeister die neuen Ratsherren berufen.

3. Die Berufung der Ratsherren im Herbst 1935

Ganningers geringes Interesse an seiner Funktion als Parteibeauftragter zeigte sich schon daran, daß er erst am 21.9.1935 20 Ratsherren berief⁷⁴⁸. Zudem scheint es Probleme mit seinem Vorschlag gegeben zu haben: Von den später tatsächlich berufenen 24 Ratsherren fehlten noch drei Namen, ein weiterer war eingeklammert und handschriftlich durch einen anderen ersetzt. Bei allen vieren handelte es sich immerhin um amtierende Stadträte. In diesen Tagen wurde also wohl hinter den Kulissen noch heftig über die künftige Zusammensetzung des Kollegiums gestritten. Vielleicht wollte man verdiente, wenn auch für unfähig gehaltene "Alte Kämpfer" nicht vor den Kopf stoßen, vielleicht handelte es sich auch um Proporzstreitigkeiten zwischen den örtlichen Gliederungen der NSDAP. Zumindest wird deutlich, daß man die Ratsherrenfunktion nicht als bedeutungslos ansah. Gelöst wurde das Problem auf elegante, wenn auch rechtlich nicht einwandfreie Weise: die Erhöhung der Zahl der Ratsherrensitze auf 24. Dies verstieß gegen die geltende "Vorläufige Hauptsatzung", und so kam es am 30.9.1935, zwei Tage nach der tatsächlichen Berufung der Ratsherren, zum Erlaß einer neuen, endgültigen Hauptsatzung, die nun 24 Sitze vorsah.

Unter den vorgesehenen Personen befanden sich mit Hilmer und Engel zwei städtische Bedienstete, die eigentlich nicht Ratsherren werden konnten. Außerdem hatte Gaschler das Bürgerrecht noch nicht erworben, da er noch nicht lange genug in Regensburg wohnte. Auch hier fand man schnelle Lösungen: Schottenheim verlieh Gaschler das Bürgerrecht, und die Kreisregierung genehmigte sowohl diese Maßnahme als auch die Ausnahmeregelungen für Hilmer

⁷⁴⁸ Vgl. Sch.s dringende Mahnung 14.9.1935, ZR 10309. Ganningers Liste in ZR 10309.

und Engel⁷⁴⁹. Somit konnte am 28.9.1935 bei einem Festakt im Alten Rathaus die Vereidigung der Ratsherren erfolgen⁷⁵⁰.

Berufen wurden der Kaufmann Heinrich Berger⁷⁵¹; der Rechtsanwalt und spätere Beigeordnete Lorenz Ederer; der Schreiner, seit 1933 städtische Vollstreckungsassistent Johann Engel⁷⁵²; der Reichsbahninspektor Rudolf Gaschler⁷⁵³; der Prokurist des Milchwerks, Hans Gebert⁷⁵⁴; der Brauereiartikel-Vertreter Simon Heindl⁷⁵⁵; der ehemalige Friseur, nun städtische Angestellte Rupert Hilmer⁷⁵⁶; der Gastwirt und Pächter des stadteigenen "Roten Hahns", Hans Horz⁷⁵⁷; der Kellermeister Josef Huber⁷⁵⁸; der Steueroberinspektor Josef Illnseher⁷⁵⁹; Josef Kaiser, 1933 noch Steuerobersekretär, mittlerweile Nachfolger des SPD-Stadtrats Karl Esser als Administrator der Dörnberg-Stiftung⁷⁶⁰; Arthur Knab, Baumeister, Inhaber der Bau-firma Schrickler und IHK-Präsident⁷⁶¹; der Buchhalter Anton Kugler⁷⁶²; der Reichsbahnse-kretär Josef Liebl⁷⁶³; der Kaufmann Josef Lindner⁷⁶⁴; der Bäckermeister und Handwerks-

⁷⁴⁹ Einzelheiten in ZR 10309 und StA (1987) 1 blau 137 = 4036 c.

⁷⁵⁰ Das Prot. fehlt im Prot.band, liegt aber in ZR 10309 und 10314 vor, vgl. auch Mb 8.10.1935, ZR 3725 c. Liste der Ernannten in ZR 10315, Adressen in ZRa 13881 und 14033. Funktionen als Verwaltungsräte: undatierte Übersicht (1936), ZRa 13194.

⁷⁵¹ Berger, Verwaltungsrat für die städtischen Wohngebäude, blieb in jeder Hinsicht farblos.

⁷⁵² * 1896 Babenhausen/Bezirk Illertissen, Schreiner, ausgewählt im Einvernehmen mit SS-Standartenführer Wagner. Als SS-Sturmführer 1933 Chef der örtlichen Hilfspolizei, noch 1933 städtischer Vollstreckungs-assistent, im Vorzimmer der Bürgermeister Kontrolleur über den Besuchsverkehr. Verwaltungsrat für neue Bauten. 1948 als politischer Gewalttäter zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt - trotz eidesstattlicher Erklärung H. zu seinen Gunsten (4.9.1948, NIH 5). Später wieder städtischer Dienst, leitete bis 1961 das Obdachlosenheim Stadtamhof.

⁷⁵³ Bahnschutzleiter, Goldenes Parteiabzeichen (Pg-Nr. 4398), Standartenführer (ab 1938 Oberführer) der SA und Mitglied des Brigadestabs (Wohnungsamt 73 und ZR 11213). Verwaltungsrat für das Siedlungswesen. Nach jahrelanger Internierung 1949 als Mitläufer eingestuft, 1952 wieder Bahnbeamter, gestorben 7.3.1953. Gaschlers Wohnung bewohnte nach dem Krieg Franz Kobl, s.S.68 (Wohnungsamt 73).

⁷⁵⁴ Lt. H. 23.6.1948 (NIH 5) eine ruhige, sachliche und gemäßigte Persönlichkeit. 1933 einfacher Angestellter, schon damals von SA-Sonderkommissar Breitenbach vorgeschlagen; Herbst 1933 Aufsichtsrat der Stadtlagerhaus GmbH (ZR 16960), Verwaltungsrat für die protestantischen Schulen. Ehrenzeichenträger der NSDAP, Pg-Nr. 72103 (StA/NSDAP 13), SA-Sturmabführer, stellv. Vors. des NSDAP-Kreisgerichts. April 1945 Beisitzer gegen Dr. Maier und Zirkl, 1948 vom LG Weiden freigesprochen, vor Beginn der vom OLG Nürnberg angeordneten Revisionsverhandlung verstorben (Justiz und NS-Verbrechen Bd.II. Amsterdam 1969 S.235, S.305 ff. und S.317 sowie Bd.V 1970 S.397 ff.).

⁷⁵⁵ Ehrenzeichenträger der NSDAP, Pg-Nr. 28233 (StA/NSDAP 13), Beisitzer des Kreisgerichts.

⁷⁵⁶ 1934 Führer der Friseurinnung (ZR 10251; Betriebsabmeldung 1936, ZR 11003 a), dann städtischer Kanzleiasistent, später Leiter der Wohnungsmeldestelle (PÜW 12). NSKK-Staffel-, später Standartenführer (StA/Mil.21), im Einvernehmen mit Brigadeführer Müller ausgewählt.

⁷⁵⁷ Ohne wichtiges Parteiamt, vorgeschlagen von Breitenbach, s.Anm.716. Verwaltungsrat für städtischen Waldbesitz.

⁷⁵⁸ SA-Obersturmbannführer, Verwaltungsrat für den Schlachthof, bei Kriegsende "stellvertretender Abwehrbeauftragter".

⁷⁵⁹ Bei Kriegsende Amtmann, Ehrenzeichenträger der NSDAP, Pg-Nr. 64266 (StA/NSDAP 13), 1935 Kreisamtsleiter, 1938 Ortsgruppenleiter Domplatz (Wolf S.26 f. und StA/NSDAP 1). Verwaltungsrat für das Pfandamt. 1945 interniert, 1948 in Gruppe III, 1949 in Gruppe IV eingereiht (Wohnungsamt 2, vgl. auch eidesstattl. Erklärung H. 5.7.1947, NIH 5).

⁷⁶⁰ Herbst 1933 Aufsichtsrat der Stadtlagerhaus GmbH, Verwaltungsrat für die Sparkasse. Pg seit 1922, Anfang 1933 Ortsgruppenleiter der NSDAP für Rgbg.-Ost (StA/NSDAP 7). Vertreter des NSKK, später Kreisorganisationsleiter der NSDAP. Vgl. auch K.Kick S.154.

⁷⁶¹ Kreisamtsleiter, NSKK-Vertreter, Verwaltungsrat für den Ratskeller.

⁷⁶² 1939 Prokurist der Tabakfabrik Bernard, neben Weigert einer der ältesten Parteiredner (StA/NSDAP 20), Kreisschulungsleiter der NSDAP (ZR 11200; vgl. Weinmann S.125). Fördermitglied der SS, Verwaltungsrat für katholische Schulen, Herbst 1933 Aufsichtsrat der Stadtlagerhaus GmbH (ZR 16960). Nach Kriegsende zwei Jahre inhaftiert, gestorben am 10.10.1947 (Belege in NIH 5).

⁷⁶³ Bei Kriegsende Oberinspektor. Ehrenzeichenträger der NSDAP, Pg-Nr. 70610 (StA/NSDAP 13). Als Schwerkriegsbeschädigter Vertreter der NSKOV (zu dieser Weinmann S.208 ff.), Verwaltungsrat für Stadtrandschulen.

kammerpräsident Hans Meierhofer⁷⁶⁵; der Verwaltungsinspektor Hans Putz⁷⁶⁶; der Alumneumsdirektor Dr. Max Sack⁷⁶⁷; der frühere Hilfsarbeiter, nun Hausmeister Josef Scheugenpflug⁷⁶⁸; der Baugeschäftsinhaber Xaver Schwarz⁷⁶⁹; der praktische Arzt und Führer der Sanitätskolonne des Roten Kreuzes, Dr. Heinrich Seboldt⁷⁷⁰; der ehemalige Gärtnereibesitzer Hans Wartner⁷⁷¹; der Arbeitsamtsangestellte Max Westenhuber⁷⁷² und der Schiffbauer Xaver Zwick⁷⁷³.

Von den 22 Stadträten, die Ende 1933 amtiert hatten, fehlten Weigert, Sailer und Reinemer, die inzwischen zu berufsmäßigen Beigeordneten aufgerückt waren. Auch von den übrigen hatte eine ganze Reihe berufliche Karriere gemacht. Verschiedene altverdiente Parteigenossen tauchten dagegen im neuen Ratsherrenkollegium nicht mehr auf. Dr. Priehäußers Rücktritt wurde bereits erwähnt, ebenso der schmähliche des Kampfbund-Hospitanten und Stadtbaurats a.D. Ernst Ruoff⁷⁷⁴. Auch der Kaufmann Karl Otto Melchior, Organisator des Winterhilfswerks der NSV, war Ende 1934 aus dem Stadtrat ausgeschieden, angeblich aus Gesundheitsgründen⁷⁷⁵. Hans Meierhofer ersetzte Johann Scheid als Handwerkskammerpräsident wie auch als Stadtrat⁷⁷⁶. Die Wiederberufung Bergers, Lindners, Hilmers und Hubers schließlich war, wie die Debatte um die Vorschlagsvarianten zeigt, parteiintern umstritten. Neu berufen wurden Ederer, Gaschler, Heindl, Illnseher, Knab, Meierhofer, Sack, Seboldt und Westenhuber, mithin vier exponierte SA-Vertreter und fünf mit leitenden Parteifunktionen. Die Berufung der beiden Kammerpräsidenten Knab und Meierhofer erfolgte nach dem Grundsatz, einflußreiche Persönlichkeiten der Wirtschaft zur Mitarbeit heranzuziehen; zudem war Knab ein Duzfreund Schottenheims.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß Kreisleitung, Gauinspektion und Oberbürgermeister die Gelegenheit nutzten, eine Reihe alter Stadträte auszuschalten - ob aus persönlichen oder aus fachlichen Gründen, ist im Einzelfall ungeklärt. In anderen Städten war dies anders, wie das

⁷⁶⁴ Anfang 1933 einer der drei Ortsgruppenleiter der NSDAP (StA/NSDAP 7), lt. eidesstattlicher Erklärung H.s (15.4.1948, NIH 5) nie radikaler Parteiaktivist. Herbst 1933 Aufsichtsrat der Stadtlagerhaus GmbH (ZR 16960), Verwaltungsrat für das Gaswerk.

⁷⁶⁵ Vertreter der NS-Handels- und Gewerbeorganisation, NSDAP-Ortsgruppenleiter Obermünster (Wolf S.26 f.), Verwaltungsrat für das Elektrizitätswerk.

⁷⁶⁶ Ehrenzeichenträger der NSDAP, Pg-Nr. 7697 (StA/NSDAP 13), NSKOV-Vertreter auf Kreisebene (StA/NSDAP I, Wolf S.105), Gaufachberater für Kriegsopferversorgung (BOw 1.-2.4.1933), 1938 Gauhauptstellenleiter (ZR 10458). Verwaltungsrat für das Fürsorgewesen.

⁷⁶⁷ Ehrenzeichenträger der NSDAP, Pg-Nr. 64268 (StA/NSDAP 13). Berufen 1933 auf Vorschlag Breitenbachs, s.Anm.716. SA-Staffelführer zur besonderen Verwendung, Verwaltungsrat für Mädchenlyzeum und Berufsschule. "Persilschein" H.s für Sack 5.1.1950 in NIH 5.

⁷⁶⁸ 3.Stelle des NS-Kommunalwahlvorschlags 1929, SA-Obersturm-, dann Standartenführer, Verwaltungsrat für die Märkte.

⁷⁶⁹ Anfang 1933 einer der drei NS-Ortsgruppenführer (Rbgg.-Nord; StA/NSDAP 7), Kreisamtsleiter für Technik, Verwaltungsrat für das Wasserwerk.

⁷⁷⁰ NS-Kreisamtsleiter für Volksgesundheit, Beauftragter für Rassenpolitik (Wolf S.101), Führer des örtlichen NS-Ärztbunds (EWB 1936/37), SA- und NSKK-Vertreter, Verwaltungsrat für die Versorgungsanstalten.

⁷⁷¹ 1933 vorgeschlagen vom Gärtnerverband (StA/NSDAP 17), SA-Vertreter im Stadtrat, Ortsgruppenkulturwart, Verwaltungsrat für Stadtgärtnerei und Theater. Gewerbeabmeldung für Wartners Kumpfmühler Gärtnerei in ZR 11003 b. 1955-1958 für die Bayernpartei im Stadtrat.

⁷⁷² Ehrenzeichenträger und mit Pg-Nr. 3678 eines der frühen NSDAP-Mitglieder aus Rbgg. (StA/NSDAP 13), NSKK-Sturmführer, Verwaltungsrat für die Flußbäder.

⁷⁷³ SA-Obersturmführer, Verwaltungsrat für die Notstandsküche, bei Kriegsende Kantinenführer. Sch. urteilte: "Ich konnte aus seiner Mitarbeit keinen Nutzen ziehen. Sein Wollen war gut, jedoch fehlte jegliches Können." (26.1.1938 an Ganninger, NIS 10).

⁷⁷⁴ Ruoff, ehemals Gas- und Wasserwerksdirektor in Kattowitz, wurde von Sch. für den Verwaltungseinsatz in den besetzten Ostgebieten gemeldet (12.9.1939, ZR 3715).

⁷⁷⁵ Rücktrittsgesuch 11.10.1934, ZRa 13162.

⁷⁷⁶ Vgl. BOM 8.8.1935.

Münchener Beispiel zeigt, wo das Ratsherrenkollegium mit dem früheren Stadtrat fast identisch war⁷⁷⁷.

4. Das Ratsherrenkollegium bis 1945

Zwar enthielt die DGO einen verbindlichen Katalog wichtiger Angelegenheiten, zu denen die Gemeinderäte zu hören waren⁷⁷⁸, doch die Praxis sah anders aus. Ende 1936 berichtete Schottenheim dem Parteibeauftragten: "In den letzten Monaten hielt ich alle 8-14 Tage eine Ratsherrensitzung, bei der sämtliche städtischen Belange durchbesprochen wurden. Die wichtigsten neuen Vorgänge konnten jedoch meist nicht behandelt werden, da sie geheimzuhaltende Dinge betrafen (Wehrmattersangelegenheiten, Flugzeugwerke usw.)"⁷⁷⁹. Ob die städtischen Referenten, wie vom Oberbürgermeister angeordnet, solche Themen mit den zuständigen Beiräten vorbereiteten, erscheint angesichts der angeschnittenen Geheimhaltungsproblematik sehr fraglich. Insofern nützte es den Ratsherren nichts, daß sie Zutritt zu allen Beiräten hatten⁷⁸⁰ - das Problem des Informationsvorsprungs der Verwaltung gegenüber den Ratsherren, das sich noch heute stellt, konnte auch damals nicht gelöst werden. Dies mag zur rückläufigen Anwesenheitsdisziplin der Ratsherren beigetragen haben⁷⁸¹; es gab einzelne dieser Ehrenbeamten, die monate-, ja jahrelang an keiner Sitzung teilnahmen. Einen "Rekord" stellte in dieser Hinsicht in den Vorkriegsjahren die Sitzung vom 25.5.1939 dar, bei der gerade 9 von 24 Ratsherren anwesend waren. Der Arzt und Kreisamtsleiter Seboldt brachte es fertig, von 1936 bis zum Kriegsbeginn an 17 von 87 Sitzungen teilzunehmen⁷⁸², wofür zunächst wohl der Neubau des Verwaltungsgebäudes der von ihm geleiteten Sanitätskolonne verantwortlich war, später vielleicht die Personalintrigen beim Roten Kreuz, in deren Mittelpunkt er stand und die ihre Kreise bis in die Reichszentrale des Roten Kreuzes zogen⁷⁸³. 1935 bis 1938 nahmen im Durchschnitt 15-16 der 24 Ratsherren an den Plenarsitzungen teil, im Jahr 1939 bis zum Kriegsbeginn wurde mit durchschnittlich 13 Anwesenden der absolute Tiefstand erreicht⁷⁸⁴. Anders ausgedrückt: Nur noch gut die Hälfte der Ratsherren nahm ihr Ehrenamt in den Sitzungen wahr. So erscheint es auch fraglich, ob sie bei anderer Gelegenheit ihre Aufgabe erfüllten, den Oberbürgermeister "eigenverantwortlich zu beraten" und die "enge Fühlungnahme mit allen Schichten der Bevölkerung" zu gewährleisten⁷⁸⁵. Als reichlich naiv erwies sich die selbstbewußte Prophezeiung von 1935, daß "der nationalsozialistische Staat auf eine wirklich rege Beteiligung der Ehrenbeamten an den Beratungen ohnehin rechnen kann"⁷⁸⁶. Resigniert charakterisierte Leipzigs ehemaliger Oberbürgermeister Carl Goerdeler, einer der bedeutendsten Kommunalpolitiker im Dritten Reich, die Entwicklung bis zum Jahr 1944: "Die Bürger kennen kaum noch den Namen ihres Bürgermeisters, geschweige denn die von der Partei ernannten, im Verborgenen blühenden Gemeinderäte."⁷⁸⁷

⁷⁷⁷ Hako S.416 f.

⁷⁷⁸ § 55 DGO.

⁷⁷⁹ Sch. an Ganninger 7.12.1936, NIS 8.

⁷⁸⁰ Verf. Sch. 1.10.1935, u.a. in ZR 3664 b und 11240.

⁷⁸¹ Vgl. Bek. zur DGO 29.3.1935, GVBl hier S.156, und Erklärung Sch. zur Anwesenheitspflicht bei der Vereidigung auf Hitler, 28.9.1935. Vgl. allg. zur "Amtsmüdigkeit" der Gemeinderäte Matzerath (1970) S.299 f.

⁷⁸² Je eine Anwesenheitsliste 1937 und 1938 fehlt.

⁷⁸³ Einzelheiten in DS 845, vgl. ZR 8821 zu einem Rechtsstreit Seboldt/Stadt 1934.

⁷⁸⁴ Vgl. die Anwesenheitslisten in den Rh-Prot.

⁷⁸⁵ Urlaubsgesuche und Entschuldigungen in ZRa 13142. Daß die Anwesenheitsdisziplin auch im Krieg nicht stieg, führte zu Beschwerden; Sch. sicherte genauere Kontrollen zu (Prot. 16.9.1943).

⁷⁸⁶ Amtliche Begründung zur DGO, DRuPrStA 1.2.1935.

⁷⁸⁷ Zit. u.a. bei Ribhegge S.51, vgl. allg. Matzerath (1970) S.342 f.

Im Lauf der Jahre gab es mehrfach Veränderungen in der Zusammensetzung des Ratsherrenkollegiums⁷⁸⁸. Am 17.9.1937 schieden Heinrich Berger und Hans Horz aus, Berger angeblich wegen hohen Alters, und Horz, bislang Pächter des "Roten Hahns", weil er nach Landshut zog, um dort die Bahnhofswirtschaft zu übernehmen⁷⁸⁹. Um Berger muß es in Wahrheit jedoch im Sommer 1937 einen größeren Konflikt gegeben haben, denn die Kreisregierung forderte einen Bericht Schottenheims zum "Verhalten" Bergers und zur Frage, ob er Ratsherr bleiben könne⁷⁹⁰. Nachdem man den Fall mit dem "Rücktritt aus Altersgründen" elegant gelöst hatte⁷⁹¹, bat die Kreisregierung sogar um die Vorlage von Bergers Rücktrittserklärung, da sie dem Innenministerium berichten müsse⁷⁹².

Als Ersatz für Berger und Horz berief der Gauinspekteur den Spediteur Otto Heyder und den NSKK-Gruppenführer Wilhelm Müller (-Seyffert)⁷⁹³. Heyder war Kreispropagandaleiter, Kreisredner, Sportfunktionär und spätestens 1939 Leiter der Ortsgruppe "Donaubrücke" der NSDAP⁷⁹⁴, Müller-Seyffert seit seiner Berufung zum Gruppenführer im November 1936 der ranghöchste NSKK-Funktionär im Gau. Der Oberbürgermeister war düpiert, denn er hätte einen anderen Ergänzungsvorschlag zu machen gehabt: den regionalen SA-Chef, Brigadeführer Freund, "der sich ohne Zweifel durch seine Ausschaltung übergangen fühlen wird"⁷⁹⁵. Ganningers Reaktion war bezeichnend: Eine vorherige Absprache, wie in der DGO vorge-schrieben, sei aus Termingründen unmöglich gewesen, und Freund hätte er ohnehin nicht akzeptiert, "weil er sich einerseits nicht mit dem Vorschlag der Kreisleitung deckte, andererseits die SA mit einer so reichlichen Anzahl von Ratsherren (...) vertreten ist, die ihrer tatsächlichen Bedeutung und zahlenmäßigen Stärke nach jeder Richtung hin gerecht wird." Stattdessen wollte er angesichts der vielen Verkehrsprobleme der Stadt lieber einen Fachmann hierfür berufen⁷⁹⁶. Müller-Seyffert scheint sein neues Amt allerdings nicht sonderlich ernst genommen zu haben⁷⁹⁷.

Eine weitere Veränderung des Kollegiums hätte sich aus den Eingemeindungen von 1938 ergeben sollen. Nach den Verträgen mit Großprüfening, Dechbetten und Ziegetsdorf waren aus jedem der drei neuen Stadtteile ein Ratsherr zu berufen und die Zahl der Sitze um drei zu erhöhen. Doch dauerte es fast fünf Jahre, bis diese Regelung endlich durchgeführt wurde⁷⁹⁸. Ganninger war "ingeschnappt", da er über die Eingemeindungsverhandlungen nur ungenügend informiert worden war⁷⁹⁹, und schlug verspätet drei Parteigenossen als Ratsherren vor, gegen zwei von denen Schottenheim Bedenken erhob⁸⁰⁰. Jahrelang geschah nichts mehr in dieser Angelegenheit, erst im Herbst 1941 legte die Kreisleitung Ganningers Nachfolger,

⁷⁸⁸ Veränderungen bis Kriegsende lt. Telefonverzeichnis 15.2.1945, ZRa 13451.

⁷⁸⁹ Vermerk 30.9.1937, DS 547, vgl. auch Rh-Prot. 20.8.1937.

⁷⁹⁰ 17.7.1937, ZR 10309.

⁷⁹¹ Sch. an Reg. 30.8.1937, ebd.

⁷⁹² Schreiben vom 1.10.1937, ebd.

⁷⁹³ Prot. 19.11.1937.

⁷⁹⁴ Wolf S.27 und Ortsgruppen-Verzeichnis 1.6.1939 (StA/NSDAP 1). Heyders Amt als Kreisredner belegt in StA/NSDAP 20. Lt. eidesstattlicher Erklärung H.s (2.2.1948, NIH 5) nie radikaler Parteifunktionär.

⁷⁹⁵ Sch. an Ganninger 26.10.1937, ZRa 13191. Friends Hochzeit immerhin im Mb November 1937 erwähnt (DS 545).

⁷⁹⁶ Schreiben vom 31.10.1937, ZRa 13191.

⁷⁹⁷ Müller hat nur viermal an den Sitzungen teilgenommen, vgl. Anwesenheitslisten.

⁷⁹⁸ Vgl. zum folgenden den bruchstückhaften Briefwechsel zwischen Sch. und den Parteibeauftragten, ZR 10309.

⁷⁹⁹ Notiz Sch. 15.1.1938, DS 552.

⁸⁰⁰ Sch. an Ganninger 21.6.1938, ZR 10309. Ortsgruppenleiter Großprüfening und Oberlehrer a.D. Anton Filchner sei zu alt, Johann List, Angestellter der Heil- und Pflegeanstalt und Stützpunktleiter der NSDAP in Dechbetten, habe nicht die "genügende Fühlung" mit seiner Gemeinde. Nur mit dem Gastwirt Josef Herrmann (vgl. ZRa 13961), ehemals Bürgermeister von Ziegetsdorf, erklärte Sch. sich einverstanden.

MdR und Gauhauptamtsleiter Erbersdobler, neue Vorschläge vor⁸⁰¹. Um nun die Zahl der Sitze endlich auf 27 aufstocken zu können, war noch die Hauptsatzung zu ändern. Ihre Neufassung erließ Schottenheim Ende 1941⁸⁰², und nochmals verging fast ein Jahr, bis die Kreisleitung eine neue Vorschlagsliste vorlegte. Darin benannte sie den Postrat und Alt-Pg. Richard Hansen für Dechbetten⁸⁰³, den Wasserwart und Milchhändler Michael Hofmeister für Großprüfening⁸⁰⁴ und den Baumeister und Ortsgruppenleiter Johann Spangler für Ziegetsdorf⁸⁰⁵. Gemeinsam mit einem weiteren Neumitglied wurden sie Anfang 1943 als neue Ratsherren vereidigt⁸⁰⁶.

In der Zwischenzeit hatte es weitere Veränderungen in der Zusammensetzung des Ratsherren-Kollegiums gegeben. Am 22.9.1939 entließ Schottenheim den ehemaligen Gärtnereibesitzer Hans Wartner aus dem Ehrenamt, der aus nichtigem Anlaß einen schweren persönlichen Zusammenstoß mit Kreisleiter Weigert gehabt hatte⁸⁰⁷. Ein solcher Vorfall genügte also, um einen Ratsherren zum Rücktritt zu nötigen - ein Vorgang, der die tatsächliche Machtverteilung dokumentiert, denn laut DGO hätte der Kreisleiter keinerlei Recht gehabt, in die Amtsführung der Ratsherren einzugreifen; dies konnte allenfalls der Parteibeauftragte. Neben Wartner war Müller-Seyffert, der am 20.1.1939 letztmals an einer Sitzung teilgenommen hatte, wieder aus dem Ratsherren-Kollegium ausgeschieden⁸⁰⁸. Der berüchtigte NSKK-Funktionär, dessen Rolle in der Pogromnacht 1938 noch zu beleuchten sein wird, war mittlerweile zum Obergruppenführer aufgestiegen und verabschiedete sich offenbar aus Regensburg. Das Sitzungsprotokoll vom 4.7.1939 verzeichnet jedenfalls die Amtseinführung zweier neuer Ratsherren, Fritz Rix und Georg Wiesend⁸⁰⁹. Rix hatte bis 1934 als SA-Sonderbeauftragter beim Bezirksamt Regensburg⁸¹⁰, danach als Oberführer der NSKK-Gruppe Bayerische Ostmark amtiert⁸¹¹. Auch Regierungsschulrat Wiesend stand als Ganningers Adjutant und Hauptstellenleiter bei der Gauinspektion an sehr exponierter Position - protokollarisch noch vor dem Kreisleiter. Gleichzeitig fungierte er als Kreiswalter des NS-Lehrerbunds⁸¹².

Die Amtszeit der Ratsherren, die seit 1933 amtierten, wäre am 1.10.1939 abgelaufen, jedoch verlängerte eine Verordnung zur Verwaltungsvereinfachung kurz nach Kriegsbeginn alle Amtszeiten "bis auf weiteres"⁸¹³. Davon profitierten dann auch die erst 1935 berufenen Ratsherren. Ihre Entmachtung, beruhend auf dem Informationsvorsprung der Verwaltung, ging jedoch weiter: Ende 1940 wies Schottenheim seine Dezernenten an, ihm künftig wichtige Angelegenheiten vor der Anmeldung zur Tagesordnung zur Kenntnis zu bringen; er wollte sich die Entscheidung vorbehalten, welche Themen wann mit den Ratsherren zu besprechen waren. Ganz bewußt nahm er also das Recht in Anspruch, gegen die eindeutige Bestimmung der DGO zu verstoßen, wonach den Ratsherren alle wichtigen Fragen vorgelegt werden

⁸⁰¹ Die Liste vom 30.10.1941 in ZR 10309. Sie benennt statt List Postrat Richard Hansen als Vertreter Dechbetzens.

⁸⁰² Hauptsatzung 20.12.1941, genehmigt 3.7.1942, vgl. Wbl 21/1942. Eine erste Neufassung (23.9.1940) war nicht in Kraft getreten, nachdem sie verschiedene Reg.-Anweisungen nicht berücksichtigt hatte.

⁸⁰³ Alt-Pg seit 5.8.1925.

⁸⁰⁴ Pg seit 1.5.1931.

⁸⁰⁵ Pg seit 1.5.1933. Zur Funktion als Ortsgruppenleiter Wolf S.27 und StA (NSDAP) 1.

⁸⁰⁶ Prot. 22.1.1943.

⁸⁰⁷ Wartner an Kreisleitung 20.2.1939, Abschrift ZR 10309. Wartners Nächstfolger im Aufsichtsrat der Stadtbau GmbH wurde vermutlich Heyder, vgl. ZR 17064.

⁸⁰⁸ ZR 10309 verzeichnet seinen Rücktritt ebensowenig wie die Rh-Prot., doch meldete der Mb 25.4.1939 (DS 667) unter "Festlichkeiten" Müllers Verabschiedung.

⁸⁰⁹ Ansprache Sch. in NIS 17.

⁸¹⁰ W.Ziegler (1973) S.26 Anm.2.

⁸¹¹ Belegt für 1938 in ZR 17689, vgl. StA (Mil.) 21.

⁸¹² Wiesends Funktionen u.a. belegt in ZR 384, 10456 und ZRa 14033, vgl. Weinmann S.143 und Wolf S.100.

⁸¹³ VO 11.10.1939, RGBI I S.2019.

mußten - eine Bestimmung, die in der Praxis, vor allem unter Kriegsbedingungen mit ihren verschärften Geheimhaltungsvorschriften, längst ausgehöhlt war.

Am 23.9.1941 legte Josef Scheugenpflug sein Amt als Ratsherr nieder, eine Begründung für seinen Schritt ist nicht überliefert⁸¹⁴. Für ihn schlug die Kreisleitung den stellvertretenden Kreisleiter Fritz Schmidbauer vor, zugleich Kreisorganisations- und Ortsgruppenleiter Arnulfsplatz⁸¹⁵. Schottenheim und der neue Gauinspekteur Erbersdobler waren einverstanden, und so konnte Schmidbauer am 5.12.1941 vereidigt werden⁸¹⁶. Die nächste Veränderung ergab sich aus Ederers Ernennung zum Dezernenten. Nachrücker für ihn wurde SA-Obersturmbannführer und Ortsgruppenleiter Ernst Kappelmeyer, im Zivilberuf Versicherungsinspektor, Pg seit 1.8.1930⁸¹⁷. Seine Amtseinführung erfolgte am 22.1.1943, gemeinsam mit derjenigen der Vertreter der eingemeindeten Vororte. Einer dieser drei, Postrat Richard Hansen, mußte schon nach wenigen Monaten wieder ausscheiden, da er wegen der Auflösung der Reichspostdirektion Regensburg nach Nürnberg versetzt wurde⁸¹⁸. Sein Nachfolger war der technische Reichsbahn-Oberinspektor und SS-Standartenführer Julius Lassack, ein Duzfreund des Oberbürgermeisters, der allerdings nicht in Dechbetten wohnte. Somit wurde mit seiner Berufung der Eingemeindungsvertrag erneut verletzt⁸¹⁹.

Der Bauunternehmer Xaver Schwarz schied, angeblich aus Gesundheitsgründen, am 24.8.1943 aus dem Kollegium aus. Er wurde am 16.9.1943 nach dem üblichen Verfahren - Vorschlag der Kreisleitung, Einverständniserklärung des Oberbürgermeisters und des Parteibeauftragten - durch den Kaufmann, Kreishauptamts- und Ortsgruppenleiter Haidplatz, Wilhelm Weithenauer, ersetzt⁸²⁰. Wie im Fall Hansen, hatte die Stadt auch mit der Berufung Lassacks kein Glück: Er wurde schon im Januar 1944 als Polizeidirektor nach Gießen versetzt. Die Berufung eines Ersatzmannes soll noch eingeleitet worden sein⁸²¹; durchgeführt wurde sie vermutlich nicht mehr.

Im Sommer 1944 waren von den 27 Regensburger Ratsherren sieben zur Wehrmacht eingezogen (Engel, Hilmer, Kaiser, Meierhofer, Rix, Sack und Westenhuber), zwei befanden sich "im Osteinsatz" (Gaschler und Kappelmeyer)⁸²². Die letzte erhalten gebliebene Zusammenstellung datiert vom 15.2.1945 und nennt nur 26 statt 27 Namen, vermutlich weil für Lassack kein Nachfolger mehr berufen worden war. Noch immer befanden sich neun Ratsherren bei der Wehrmacht oder im auswärtigen Einsatz⁸²³.

⁸¹⁴ ZR 10309, vgl. Rh-Prot. 9.10.1941.

⁸¹⁵ Wolf S.26 f. und StA (NSDAP) 1. Vgl. auch Wohnungsamt 23.

⁸¹⁶ ZR 10309 und Rh-Prot. 5.12.1941.

⁸¹⁷ Vgl. die Schreiben vom 21. und 24.9.1942, ZR 10309.

⁸¹⁸ Der Vorgang ebd., vgl. Sch. an Reg. 19.6.1943, StA (1987) 1 blau 137 = 4036 c.

⁸¹⁹ Vorschlag der Kreisleitung 22.6.1943, Berufung durch Erbersdobler 9.7.1943, Vereidigung 19.7.1943, vgl. ZR 10309 und Rh-Prot.

⁸²⁰ Der Vorgang in ZR 10309. Weithenaus Funktionen u.a. belegt bei Wolf S.26 f. und in StA (NSDAP) 1, Verzeichnis der Ortsgruppen 1.6.1939. Pg-Nr. 722234.

⁸²¹ Vermerk H. 10.8.1944, ZR 10309.

⁸²² Ebd.

⁸²³ Telefonverzeichnis ZRa 13451.

Die Amtszeiten der Regensburger Stadträte bzw. Ratsherren

	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	April 1945
Bauer	5.3.- 13.6.												
Berger	30.11.				17.9.								
Ederer			28.9.							12.12.			
Engel	30.11.												
Gaschler			28.9.										
Gebert	30.11.												
Hansen											22.1.- 25.7.		
Heindl			28.9.										
Heyder					19.11.								
Hilmer	5.3.												
Hofmeister											22.1.		
Horz	30.11.				17.9.								
Huber	30.11.												
Illnseher			28.9.										
Kaiser	30.11.												
Kappelmeyer											22.1.		
Knab			28.9.										
Kugler	5.3.												
Lassack											19.7.	Aug.	
Liebl	30.11.												
Lindner	30.11.												
Meierhofer			28.9.										
Melchior	5.3.	11.10.											
Müller						19.11.	Apr.						
Dr.Priebäuber		12.1.											
Putz	30.11.												
Reinemer	5.3.		30.3.										
Rix							4.7.						
Ruoff			28.9.										
Dr.Sack			28.9.										
Sailer	5.3.		30.3.										
Scheid	5.3.		Aug.?										
Scheugenpflug	5.3.									23.9.			
Schmid	13.6.- 30.11.												
Schmidbauer									5.12.				
Schwarz	30.11.										1.9.		
Dr.Seboldt			28.9.										
Spangler											22.1.		
Wartner	30.11.						22.2.						
Weigert	5.3.	7.3.											
Weithenauer											16.9.		
Westenhuber			28.9.										
Wiesend							4.7.						
Zwick	30.11.												

ZWEITER TEIL: STADTVERWALTUNG UND NSDAP

I. Die NSDAP in Regensburg

Für die Jahre bis Kriegsbeginn ist die Geschichte der NSDAP in Regensburg bereits untersucht worden¹, hier sind daher nur einige Ergänzungen zum bisherigen Forschungsstand zu machen. Daran schließt sich die Analyse der vielfältigen Beziehungen zwischen Stadt und Partei im Verwaltungsalltag an.

A. Stadtverwaltung und Gaudienststellen

Die reichsweite Krise der NSDAP zur Jahreswende 1932/33 erfaßte auch Niederbayern und die Oberpfalz, wo die Partei seit Ende 1930 von Otto Erbersdobler bzw. dem glücklosen Gauleiter Franz Maierhofer geführt wurde. Erst durch organisatorische Veränderungen und unter neuer Führung überwand man die Krise: Am 19.1.1933 richtete Hitler den Großgau "Bayerische Ostmark" ein, der die Oberpfalz, Niederbayern und Teile von Oberfranken umfaßte und dem Bayreuther Lehrer Hans Schemm als Gauleiter unterstellt wurde². Er übernahm im Zuge der NS-Machtergreifung in Bayern das Kultusministerium und begann zugleich gemeinsam mit seinem Bruder, von Bayreuth aus einen Pressekonzern aufzubauen, dem auch die Regensburger Tageszeitung "Bayerische Ostwacht", später "Bayerische Ostmark", angehörte. Im März 1935 verunglückte Schemm bei einem Flugzeugabsturz tödlich³. Nachdem die Gauleitung monatelang kommissarisch von seinem ehemaligen Stellvertreter Ludwig Ruckdeschel geführt worden war, berief Hitler am 5.12.1935 nicht diesen, sondern den Lehrer und thüringischen Minister Fritz Wächtler zum neuen Gauleiter⁴. Ruckdeschel blieb sein Stellvertreter und sah sich um seine Karrierechance betrogen. Erst kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs ergab sich für ihn die Gelegenheit zur Rache: Er ließ auf Hitlers Befehl seinen langjährigen Vorgesetzten Wächtler erschießen, der beim Herannahen der Front aus Bayreuth geflohen war, und wurde so für wenige Tage der letzte Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar der - 1942 in "Gau Bayreuth" umbenannten - bayerischen Ostmark. Ruckdeschel war für die Morde des 23. April 1945 in Regensburg sowie auch andernorts für

¹ Bis 1933 Zweck (1973 bzw. 1984); 1933-1936: Weinmann; 1936-1939: Wolf.

² Vgl. Zweck (1984) S.244 f. Kurzbiographie Schemms: Deutsches Führerlexikon 1934/35, Berlin 1934, S.409. Vgl. R.Hambrecht: Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken. Nürnberg 1976. F.Kühnel: Hans Schemm. Nürnberg 1985 (= Diss. Erlangen 1984), sowie die bei W.Ziegler (1981) S.19 Anm.60 angegebene Lit. Zu Maierhofer: HStAM Nachlässe und Sammlungen (P 483 Franz Maierhofer) und IfZ: Fa 223/56 (Personalakt Franz Maierhofer).

³ Vgl. Kühnel (s. vorige Anm.) S.377 ff. und S.437 Anm.7 zu Gerüchten um Schemms Tod. In Rgbg. benannte man den Wittelsbacher-Platz, später eine Schule nach ihm (heute Platz der Einheit bzw. Konradschule), vgl. Prot. der Trauer Sitzung des Stadtrats, 6.3.1935.

⁴ Fritz Wächtler, * 1891 in Triebes (Thüringen), Volksschullehrer, Frontoffizier im Ersten Weltkrieg; 1929 MdL, 1932 Volksbildungsminister in Thüringen, 1933 MdR. Wächtler übernahm von Schemm auch die Führung des NSLB. Kurzbiographie bei W.Ziegler (1973) S.XXXII Anm.41, vgl. auch Kühnel (s.Anm.2) S.437 f. Anm.14.



Oberbürgermeister Schottenheim (2. v.l.) und Gauleiter Wächtler (2. v.r.), Mai 1941
Städtische Bildstelle / Sammlung Lang

weitere Mordtaten in den letzten Kriegstagen verantwortlich. Dies brachte ihm nach dem Krieg jahrelange Internierung und eine Zuchthausstrafe von acht Jahren ein⁵.

Der 1933 geschaffene Großgau "Bayerische Ostmark" umfaßte zwar überwiegend altbayerische Gebiete, wurde aber vom fränkischen Bayreuth aus geleitet. Dies führte, wie noch zu zeigen sein wird, zu mancherlei Spannungen und Reibungsverlusten. Offenbar blieben diese der Reichsleitung der NSDAP nicht verborgen. Daher erhielt der südöstliche Gauabschnitt, bestehend aus Niederbayern und der südlichen Oberpfalz, im Herbst 1933 eine eigene Gauinspektion mit Sitz in Regensburg⁶. Gauinspektoren und somit ranghöchste Nationalsozialisten der Stadt wurden die beiden Reichstagsabgeordneten Franz Ganninger (bis 1940), ein Duzfreund Schottenheims, dann Otto Erbersdobler⁷. Einfluß auf die Kommunalpolitik gewannen sie durch ihre Tätigkeit als "Beauftragte der NSDAP"⁸, Erbersdobler zudem bei der Gleichschaltung des Regensburger Gewerbes, Ganninger als Führer des "Ostmarkhaus-Bauvereins",

⁵ Urteil des LG Weiden (19.2.1948) gegen Ruckdeschel, Weigert und andere in Justiz und NS-Verbrechen II, Amsterdam 1969, S.234 ff., vgl. Weikl (1981) S.474.

⁶ Vgl. Wolf S.25 und Weinmann S.49, vgl. BOM 3. bzw. 14.10.1933 zu den Funktionen des Gauinspektors. Vgl. auch Rang- und Organisationsliste der NSDAP, Stuttgart 1946.

⁷ Ganninger nahm nach der Rückkehr vom Wehrdienst am 3.10.1940 den Dienst als Gauinspektor wieder auf (Wiesend an Stadt 5.10.1940, NIS 11), wurde aber schon am 30.11.1940 nach Nürnberg versetzt (Vermerk NIS 16, vgl. Rh-Prot. 28.11.1940). In StA 14176 unter dem 10.4.1941 der Hinweis auf einen kommissarischen Gauinspektor Dauchert. Zu Erbersdoblers Amtseinführung: Rh-Prot. 19.12.1941.

⁸ Matzerath (in Schwabe) S.188 schreibt den Parteibeauftragten kein großes politisches Gewicht zu.

der ein nie verwirklichtes Neubauprojekt für die verschiedenen Parteidienststellen verfolgte. Ansonsten blieben beide Gauinspektoren farblos. Ganninger zeigte geringes Interesse an den Aufgaben eines Parteibeauftragten; ihn als "Drahtzieher" bei der Ausschaltung des katholisch-konservativen "Bayerischen Anzeigers"⁹ zu bezeichnen, hieß seine Bedeutung überschätzen. Auch der Streit um seine Kirchensteuer im Sommer 1939, der behördenintern für einige Aufregung sorgte und in dem die Stadt einen förmlichen Beschluß zu seinen Ungunsten erließ, belegt, daß er nicht einflußreich genug war, um seinetwegen geltendes Recht zu beugen¹⁰.

Als Gauhauptstellenleiter und damit in der Parteihierarchie noch vor dem Kreisleiter tauchen in den Quellen drei Personen auf: Ganningers Adjutant Georg Wiesend und Hans Putz, die beide auch als städtische Ratsherren amtierten, und Ludwig Wegertseder¹¹.

Verschiedene weitere Gaudienststellen der NSDAP hatten ihren Sitz nicht in Bayreuth, sondern in Regensburg. Bis Herbst 1934 befand sich das Hauptquartier der SA-Gruppe "Bayerische Ostmark", die seit April 1933 Arthur Rakobrandt¹² unterstand, am Emmeramsplatz 2. Allerdings wurde ihre Verlegung nach Bayreuth unumgänglich, als die ihr unterstellte Regensburger SA-Brigade 81 hier untergebracht werden mußte, da die Reichswehr das bisherige Quartier der Brigade im ehemaligen Garnisonslazarett an der Greflinger Straße selbst benötigte. Ein als Behelf geplanter Umzug der Gruppenführung in die ehemalige Kreistaubstummenanstalt scheiterte, da die Reichswehr auch diese Anstalt für die sogenannte "Heeresdienststelle 6" pachtete¹³, und so mußte sie nach Bayreuth übersiedeln.

Beinahe wäre auch die SA-Gauschule von Thurnau nach Regensburg verlegt worden. Im Spätsommer 1937 ging nach längeren Vorgesprächen der förmliche Antrag bei der Stadt ein, hierfür ein Gebäude zur Verfügung zu stellen, doch mußte sie aus Mangel an geeigneten Räumlichkeiten auf das fürstliche Schloß Alteglöfshaus als Quartier verweisen¹⁴.

Der SS-Abschnitt XXVIII wurde zeitweise von Regensburg aus geleitet¹⁵; die Gauführung des NSKK unter Wilhelm Müller (-Seyffert), der ab November 1936 den Rang eines Gruppenführers innehatte¹⁶, befand sich seit Sommer 1933 hier¹⁷. Dies gilt auch für den Reichsarbeitsdienst-Gau XXIX¹⁸, der von dem Ende 1940 gestorbenen Generalarbeitsführer Karl Laur geleitet wurde. Diesem stand Oberstarbeitsführer Emil Leutner zur Seite. Bis zur Verlegung nach Bayreuth Ende 1937 bestand das Gauamt für Kommunalpolitik in Regensburg, als des-

⁹ Held S.26.

¹⁰ Die Einzelheiten in ZR 10510.

¹¹ Wegertseders Funktion u.a. belegt in der Kandidatenliste für die Ergänzungswahl zum großdeutschen Reichstag, 7.12.1938, ZR 10458.

¹² BOw 13.1. bzw. 19.6.1934. Ab Juli 1937 unterstand die SA-Gruppe Gruppenführer Wagenbauer (BOm 5.7.1937), nachdem Rakobrandt die Gruppenführung Südbayern des RLB übernommen hatte. Von Juni 1942 bis zum Ende des Dritten Reichs war er Stabsführer des RLB-Präsidiums (frdl. Mitteilung H.Henrich).

¹³ ZR 1110. Einzelheiten zur im Oktober 1934 aufgelösten Kreistaubstummenanstalt in ZR 10959 und ZRa 12596, vgl. auch M.Ziegler S.305; zum geplanten Quartiertausch: ZR 10416 und 11221. Belege aus der Tagespresse bei Weinmann S.77.

¹⁴ Der Vorgang in DS 819. Lt. Antrag der Brigade 81 (17.9.1937) ging es um die Unterbringung von rund 120 Mann.

¹⁵ Goldene-Bären-Straße 1, vgl. Abschnittsleitung an Stadt 26.9.1936, NIS 8, vgl. auch Weinmann S.96.

¹⁶ BOm 6.11.1936.

¹⁷ Vgl. BOw 6. bzw. 10.8.1933 zur Übersiedlung der Gruppenstaffel von Bayreuth nach Rgbg..

¹⁸ Roritzerstraße 2, dann Weißenburgstraße 5.

sen stellvertretender Leiter Schottenheim fungierte¹⁹, und schließlich amtierte der Aufsichtsratsvorsitzende des Messerschmitt-Konzerns und Chef des Regensburger Flugzeugwerks, Theo Croneiß, als Gaujägermeister.

Darüber hinaus trugen verschiedene Regensburger Persönlichkeiten formal hohe Parteiränge, ohne entsprechende Funktionen auszuüben. In erster Linie gilt dies für Wilhelm Freiherrn von Holzschuher, von 1934 bis 1939 Regierungspräsident von Niederbayern und der Oberpfalz, der in der SS den Rang eines Gruppenführers einnahm. Auch Schottenheim und Polizeidirektor Popp trugen hohe SS-Ränge ohne entsprechende Tätigkeit in dieser Parteigliederung.

B. Die regionale und lokale Ebene

Bedeutsamer als die Beziehungen zur weit entfernten Gauleitung waren die zur örtlichen NSDAP und ihren Gliederungen²⁰. Als Kreisleiter der Partei fungierte der Hauptlehrer - ab 1934 Stadtschulrat - Wolfgang Weigert. Sein Stellvertreter war Fritz Schmidbauer, der ebenfalls jahrelang dem städtischen Ratsherrenkollegium angehört hat. Weitere exponierte Parteifunktionäre, die auch die Kommunalpolitik beeinflussten, waren der städtische Personalreferent Fritz Reinemer als Kreisamtsleiter der NSDAP für Kommunalpolitik, der Ratsherr und spätere Rechtsrat Lorenz Ederer, ebenfalls Mitglied der Kreisleitung, Ewald Mühleisen und danach Stadtkämmerer Sailer als Kreisstellenleiter im Amt für Beamte. Neben den bereits Genannten gehörten Heyder, Illnseher, Knab, Kugler, Kaiser, Meierhofer, Seboldt, Weihenauer und Wiesend zumindest zeitweise der Kreisleitung und dem Ratsherrenkollegium an. IHK-Präsident Knab leitete das Kreisamt für Technik und amtierte im Krieg als Kreiswirtschaftsberater, Heyder bzw. ab Anfang 1939 Hans Zeitler²¹ fungierten als Kreispropaganda-, Kugler als Kreisschulungs-, Kaiser als Kreisorganisationsleiter. Das im Herbst 1934 eingerichtete Kreisschulungslager der NSDAP befand sich bis zu seiner Verlegung in das Stadtgut Königswiesen am Unteren Wöhrd²².

Es würde zu weit führen, die übrigen Funktionsträger der Regensburger NSDAP und ihrer Gliederungen namentlich aufzuführen. Anfang 1933 hatten nur drei Ortsgruppen bestanden, Mitte der dreißiger Jahre waren es schon 18, vor dem Krieg 35²³, wobei viele Ratsherren, aber auch städtische Verwaltungsbeamte die exponierte Position eines Ortsgruppenleiters einnahmen. Hier seien lediglich, ohne auf die mehrfachen internen Umstrukturierungen einzugehen und ohne Anspruch auf Vollständigkeit, was den Gesamtzeitraum bis 1945 angeht, einige wichtige Entscheidungsträger der Parteigliederungen und angeschlossenen Verbände genannt, mit denen in den dreißiger Jahren dienstliche Kontakte auf Bürgermeisterebene bestanden²⁴.

¹⁹ General-von-Epp- (heute Dr.-Johann-Maier-) Straße 4, vgl. BA Koblenz: NS 25-20. Tätigkeitsberichte lückenhaft in BA Koblenz: NS 25-188 und 190. Amtsleiter war Verwaltungsamtmann Karl Gortner, Stabsleiter beim RegPräs (30.3.1937 an NS-Hauptamt für Kommunalpolitik, BA Koblenz: NS 25-668; vgl. Einwohnerbuch 1936/37). Zur kommunalpolitischen Schulung BA Koblenz: NS 25-669 und 670 (Trägerschaft der Partei, Finanzierung durch Staat und Gemeinden).

²⁰ Vgl. zur Organisation der NSDAP um 1933 Zweck (1984) S.239 Anm.620.

²¹ Amtsantritt 15.1.1939 (Liste der Feste, DS 667).

²² Wöhrdstraße 60, vgl. Prot. zum Neubau der Jugendherberge 2.9.1937, ZRa 12773, und Notiz Sch. 15.11.1938, DS 809, wonach die Kreisschule am Unteren Wöhrd beim Abbruch der dortigen Baracken geräumt werden müsse.

²³ Einwohnerbuch 1939/40. Verschiedene Ortsgruppenverzeichnisse in StA (NSDAP), vgl. auch NIB, Akt "Chemie".

²⁴ StA (NSDAP), bes. 1-3 und StA (Mil.) 21, vgl. Weinmann und Wolf passim mit Pressebelegen. Weitere Quellen: ZR 384, 4050, 10456, 10458, 10678 und DS 515.

Führer der in Regensburg ansässigen SA-Brigade 81²⁵ waren zunächst Eugen Zech, nach dessen Beförderung in den Stab der Obersten SA-Führung, von Mai 1935 bis Ende 1937, Adolf Freund, dann Konrad Häfner²⁶. Ihr Hauptquartier befand sich, wie erwähnt, ab Anfang 1934 im ehemaligen Garnisonslazarett an der Greflinger Straße²⁷, seit November dieses Jahres am Emmeramsplatz 2²⁸. Auch die nachgeordneten SA-Gliederungen kamen hier unter. Führer der SA-Standarte 11 war Georg Forster²⁹, doch auch der Ratsherr Rudolf Gaschler³⁰, Georg Marquart und Dr. Peter Seyboth trugen den Rang eines Standartenführers³¹. Bis zum Obersturmbannführer der SA brachte es unter anderem Lorenz Ederer, der spätere städtische Rechtsrat. Die SA-Reiterstandarte 81 wurde von Alois Schmid geführt, die SA-Marinestandarte 20 von Fritz Hoffmann³². Ab 1939 soll eine "SA-Standarte Regensburg" unter Leitung von Rudolf Gaschler gebildet worden sein³³.

Ende 1933 wurde die von Standartenführer Deubl³⁴ geleitete SS-Standarte 31, die das Gebiet von Niederbayern und der Oberpfalz umfaßte, nach Straubing verlegt. An ihrer Stelle bezog nun die Standarte 68 Quartier in Regensburg. Sie residierte in der Kumpfmühler Straße 67, wohl ab August 1938 im Gebäude der soeben geräumten Polizeidirektion am Haidplatz 1³⁵. Geleitet wurde sie anfangs von Standartenführer Wagner, ab Anfang 1938 von Obersturmbannführer Max Wittrien, der zuvor den neuen Unterabschnitt "Bayerische Ostmark" des SD aufgebaut hatte³⁶. Daneben bestanden in Regensburg eine SS-Reiterstandarte 15, später eine Reiterstandarte 17³⁷. Ein örtlicher SS-Reitersturm, wo sich Mitglieder der "besseren Gesellschaft" trafen, soll schon früh aufgelöst worden sein, da er den Fußtruppen zu elitär erschien. Deren lokaler Führer war lange Zeit der Sturmführer, städtische Vollstreckungsassistent und Stadtrat Johann Engel. Ihm folgte unter anderem Sturmführer Ludwig Männer, der wegen seiner Rolle in der "Kristallnacht" im Jahr 1950 zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde.

Zum SD, dem gefürchteten Sicherheitsdienst der SS, haben sich für Regensburg fast keine Informationen erhalten. Belegt ist lediglich, daß die Monatsberichte des Oberbürgermeisters, die ungeschminkt die Lage auf den wichtigsten Gebieten der Stadtentwicklung darstellen

²⁵ Neuorganisation der SA im Sommer 1933 wegen ihres Wachstums; die Untergruppe Niederbayern-Oberpfalz (Sitz Rgbg.) hieß nun "Brigade 81", darunter: Standarte 11 (Oberpfalz), Sturmabteilung I (südliche Oberpfalz) sowie die örtlichen SA-Stürme. Der Stahlhelm wurde im April 1934 in eine SA-Reserve I umgewandelt. Vgl. Weinmann S.72 ff., S.90 ff. und Zweck (1988/Grundwissen) S.140.

²⁶ Einladungsliste ZR 17689, vgl. BOM 3.1.1938 und Wolf S.46; hier (S.45 ff.) weitere Einzelheiten zur örtlichen SA.

²⁷ Dank SA-Brigade an Stadt 1.2.1934, ZR 18819.

²⁸ Vgl. Brigade an Stadt 28.11.1934, ZR 11213. Feierliche Fahnenüberführung in das neue Dienstgebäude am 23.12.1934.

²⁹ Belegt für 1938 in ZR 17689, vgl. Wolf S.52. Die Standarte umfaßte rund 3500 Mann.

³⁰ Belegt für 23.12.1934 in ZR 11213.

³¹ Wolf S.27. Seyboth leitete auch das Rassenpolitische Amt bei der NS-Kreisleitung, vgl. Einladungsliste Juli 1938, ZR 17689. Zudem enge private Kontakte zu Familie Sch.

³² Seit 1.2.1936 in der "Goldenen Glocke" (Steinergasse 4), vgl. ihr Schreiben vom 27.1.1936, ZR 11213.

³³ Wolf S.46 und S.53.

³⁴ SS-Oberführer Deubl noch 1938 in Rgbg. belegt in ZR 17689. Zur Rgbg.er SS vgl. Weinmann S.96 ff. und Wolf S.49 ff.

³⁵ Mb August 1938 (DS 847), vgl. aber Umzugsmeldung 18.5.1943, NIS 7.

³⁶ * 1906 in Willin (Pommern), gelernter Bankkaufmann; seine Position im SD belegt in ZR 17689. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde W. Geschäftsführer einer Rgbg.er Wohnbaugesellschaft, gestorben ist er 1960.

³⁷ Vgl. HA-Prot. 22.8.1934: Vermietung von Räumen im Herzogspalais (Am Prebrunntor 4) an Reiterstandarte 15. Am 1.8.1937 Verlegung der Reiterstandarte 17, geführt von Obersturmführer Streit, von Nürnberg nach Rgbg. (Schillerstraße 37), vgl. Meldung 2.8.1937, ZR 11213.

sollten, auch der SD-Außenstelle Regensburg zugestellt wurden³⁸, und daß man sich im Einzelfall gegenseitig über Personalangelegenheiten informierte³⁹.

Als Kreisamtsleiter der NSV fungierte in den dreißiger Jahren Kreisleiter Weigert, von Mitte 1942 bis Kriegsende unterstand sie Hans Hoffmann, der nach dem Krieg wegen der Erschießung Michael Lottners am 23. April 1945 zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde⁴⁰. Der HJ-Bann 311⁴¹ hatte seine Zentrale in der Sedanstraße 19. Er unterstand ebenso wie der örtliche Jugendherbergsverband Oberbannführer Karl Schäfer, der BdM und die Jungmädchen den jeweiligen Untergaueführerinnen des Banns 311, Hedwig Reiß und Friedl Hornauer. Elsa Fahr leitete die NS-Frauenschaft, die ihr Heim im "Weißen Lamm" eingerichtet hatte⁴².

Dem NS-Kraftfahrerkorps (NSKK) kam durch seine Motorsportschule an der Maxhüttenstraße besondere Bedeutung für Regensburg zu. Hier und nicht in Bayreuth hatte daher auch Wilhelm Müller (-Seyffert) seinen Dienstsitz. Er leitete, wie erwähnt, ab November 1936 im Rang eines Gruppenführers die Motorbrigade "Bayerische Ostmark". Über die Führung der in Regensburg stationierten Motorstandarte 81 bestehen Unklarheiten. Vermutlich unterstand sie anfangs Walter Best, dann dem späteren Ratsherrn Fritz Rix und ab September 1937 Oberstaffelführer Hegendörfer⁴³. Eine ihrer Staffeln wurde von Ratsherr Hilmer geführt. Seit 1937 umfaßte die Motorbrigade "Bayerische Ostmark" drei Standarten in Regensburg, Weiden und Deggendorf, die Regensburger M 81 setzte sich aus drei Staffeln zusammen, von denen eine, bestehend aus vier Stürmen, in Kelheim stationiert war, die beiden anderen mit je fünf Stürmen in Regensburg⁴⁴.

Die Standarte 90 des NS-Fliegerkorps, das im April 1937 den Deutschen Luftsportverband ersetzte, wurde von Obersturmbannführer Georg Groher⁴⁵ geleitet und war in der Landshuter Straße 18, dann in der D.-Martin-Luther-Str.10 untergebracht, dem Nebengebäude der Kreisleitung. Daneben bestanden in Regensburg unter anderem Büros des NS-Lehrerbunds, der NS-Ärzeschaft und des NS-Rechtswaherbunds⁴⁶. Die Kreisverwaltung der DAF befand sich im "Horst-Wessel-Haus", dem ehemaligen Gewerkschaftshaus "Paradiesgarten" an der Richard-Wagner-Straße. Geleitet wurde sie von Richard Staeffler, ab 1938 von Andreas Magerl, nachdem sein Vorgänger Ende 1937 wegen öffentlich verübter Unzucht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war⁴⁷.

Die Zahl der Regensburger Bürger, die vor 1933 zur NSDAP gestoßen waren, läßt sich nicht einwandfrei ermitteln. 14 bis 19 eng beschriebene Blätter umfassen Namenslisten über diesen Personenkreis, die nach Kriegsende von der oder für die US-Militärregierung erstellt wurden,

³⁸ Lt. Wittrien an Stadt 31.7.1936 (ZR 11213) war er vom Reichssicherheitshauptamt mit der Führung des neu aufzubauenden SD-Unterabschnitts beauftragt; Postadresse SD: Kurt Morstadt, Greflingerstraße 6/I. Lt. undatiertem handschr. Vermerk (DS 544) gingen die Mb an SS-Obersturmführer A. (= Arthur ?) Welke, Minoritenweg 32/II.

³⁹ Vgl. z.B. SD-Außenstelle Rgbg. an Kreisleitung 22.9.1942 (Abschrift in PAP 1375) über eine Frau, die wohl bei der Stadt als Kriegsaushilfe eingestellt werden sollte. Ihr Mann, Staatsanwalt, Landrat und "fanatischer Pole", war in Auschwitz ums Leben gekommen, "Vorsicht dürfte auf jeden Fall geboten sein."

⁴⁰ Urteil LG Rgbg. 3.7.1948, bestätigt vom OLG Nürnberg am 4.1.1949, vgl. Justiz und NS-Verbrechen II, Amsterdam 1969 S.769 ff. und 782.

⁴¹ Einzelheiten zu den NS-Jugendverbänden bei Weinmann S.167 ff. und Wolf S.57 ff.

⁴² Einzelheiten bei Weinmann S.198 ff. bzw. Wolf S.74 ff.

⁴³ Belegt in ZR 17689, vgl. BA 17.9.1935, BOM 10.9.1937, Weinmann S.83 ff. und Wolf S.54 ff.

⁴⁴ NSKK-Korpsführer an Einzelbrigaden, 15.8.1937, BA Koblenz: NS 24-320.

⁴⁵ Belegt für 1938 in ZR 17689, lt. Einwohnerbuch 1939/40: Standartenführer; Einzelheiten zum NSFK bei Wolf S.76 f.

⁴⁶ Fragebogen für "Handbuch der Bayerischen Ostmark", wohl Anfang 1938, ZR 17089. Vgl. ZR 1326 zum NSLB.

⁴⁷ RPB 8.12.1937.

aber unvollständig sind⁴⁸. Auch über die Gesamtzahl der eingeschriebenen Parteimitglieder liegen keine zuverlässigen Angaben vor. 1074 Wohnungen politisch Belasteter wurden vom Kriegsende bis zum Herbst 1946 im Auftrag der Militärregierung beschlagnahmt⁴⁹, 5601 ihrer Bewohner wegen Parteimitgliedschaft die Aufnahme in die Wählerliste zur Landtagswahl verweigert⁵⁰. Allerdings sind darin neu zugezogene Flüchtlinge enthalten, während gefallene und verstorbene, aber auch ehemalige Aktivisten fehlen, die sich nicht um die Aufnahme in die Wählerliste bemühten, sowie all die ehemaligen Parteigenossen, die ohnehin nicht wählen konnten, etwa die Internierten. Die tatsächliche Zahl der NSDAP-Mitglieder aus Regensburg wird man daher mindestens doppelt so hoch ansetzen müssen; die Mitgliederlisten einiger Ortsgruppen aus dem Sommer 1941 belegen, daß im Durchschnitt knapp ein Fünftel der Erwachsenen der NSDAP angehörte⁵¹. Die nach dem Krieg aufgebaute Regensburger Zweigstelle des "Document Center" erfaßte, allerdings nicht nur im Stadtgebiet, 5200 Parteigenossen, je 3500 SA- und SS-Personalakten, 1600 Blockleiter und vieles mehr⁵².

Erwähnt sei abschließend, daß mehrere aus Regensburg stammende bzw. längere Zeit hier lebende Personen in führende Positionen der NS-Bewegung gelangten. So war Hitlers langjähriger Justizminister Franz Gürtner Regensburger⁵³, der NS-Ideologe Dietrich Eckart hatte hier, am "Neuen Gymnasium", 1888 sein Abitur gemacht⁵⁴, Himmler 1918 seinen Grundwehrdienst geleistet⁵⁵.

II. Stadtverwaltung und NSDAP 1933 - 1939

A. Die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen im Überblick

1. Die Ausgangslage

Daß mit Schottenheim ein überzeugter Nationalsozialist an die Spitze der Stadtverwaltung trat, wurde sowohl intern als auch in den Außenbeziehungen sofort spürbar: Es folgte die Gleichschaltung nach innen, während das Verhältnis zur Öffentlichkeit, also zu Behörden, Parteien und Verbänden, zum örtlichen Gewerbe und der Presse, zur Reichswehr, zur Kirche und zur jüdischen Gemeinde neu zu definieren war. In der ersten Phase nach seinem Amtsantritt wirkte Schottenheim dabei wie ein Vollzugsorgan der Kreisleitung der NSDAP. Doch schon nach wenigen Wochen, erst recht seit seiner Wahl zum ordentlichen Bürgermeister Ende Mai 1933, entwickelte er eigenes Profil. Erstaunlich schnell verstand er sich nicht mehr

⁴⁸ Hand- und maschinenschr. Listen 28.8. und 5.9.1945, teils mit Eintrittsdaten, Zugehörigkeit zu Parteigliederungen und Adressen, StA (Mil.) 21. Umfangreiche, teils sehr detaillierte Listen auch in Wohnungsamt 27 und 68.

⁴⁹ Listen in Wohnungsamt 68. Ebd. auch Listen zu Verhafteten samt Begründung ("Gestapo-Spitzel", SS-Mitgliedschaft etc.).

⁵⁰ Frdl.Hinweis von Herrn Hilmer. Beschwerden nicht Zugelassener in ZRa 12158, weitere Unterlagen, Denunziationen etc. in DS 9, Wohnungsamt 68 und RTA 47, vgl. auch Hilmer bes. S.64 und Distler S.87.

⁵¹ StA (NSDAP) 8; ebd. 9: Parteibeitritte 1936; vgl. auch DS 546 (Abschlußbericht über die Aufbauarbeit 1937), wonach am 20.4.1937 über 500 Mitarbeiter der NSDAP in der Jahnturnhalle vereidigt wurden.

⁵² Hilmer S.64.

⁵³ Grundlegend L.Gruchmann: Justiz im Dritten Reich 1933-1945. München 1988

⁵⁴ 100 Jahre Albrecht-Altendorfer-Gymnasium, Rgbg. 1980 S.54.

⁵⁵ B.F.Smith: Heinrich Himmler 1900-1926. München 1979 S.72 ff.

nur als Führer, sondern auch als Teil der Stadtverwaltung, die er nötigenfalls sogar gegenüber Forderungen der Partei abschirmte. Ein anderes Verhalten hätte seinem Verständnis von seiner eigenen Bedeutung nicht entsprochen.

Übereinstimmung besteht in der Forschung darüber, daß bereits vor 1933 nicht nur die Idee der kommunalen Selbstverwaltung vielfach attackiert wurde, sondern auch ihre praktische Verwirklichung in eine tiefe Krise geraten war. In traditionellen Selbstverwaltungsangelegenheiten machten die zunehmende Zahl von Reichs- und Landesregelungen sowie die verschärfte Staatsaufsicht die Gemeinden häufig zu Vollzugsorganen des Reiches oder der Länder. Zudem hatte schon die Erzbergersche Finanzreform ihren Entscheidungsspielraum erheblich eingeengt, die sozialen Folgekosten der Wirtschaftskrise dann zur völligen Zerrüttung der kommunalen Finanzen geführt. So fanden die neuen NS-Bürgermeister im Jahr 1933 "Selbstverwaltungsinstitutionen vor, die in ihrer theoretischen Fundierung ebenso wie in ihrer praktischen Realisierung nachhaltig geschwächt" waren⁵⁶.

In seiner grundlegenden Untersuchung zur nationalsozialistischen Kommunalpolitik⁵⁷ stellte Horst Matzerath 1970 die These auf, im Dritten Reich sei die kommunale Selbstverwaltung vollkommen ausgehöhlt worden, die Gemeinden seien zwischen den Ansprüchen der Partei und ihrer Gliederungen einerseits und der verschärften Staatsaufsicht andererseits aufgerieben, zu reinen Vollzugsorganen Dritter degradiert worden - sie hätten einen ununterbrochenen Abwehrkampf gegen "rivalisierende, beeinflussende, beaufsichtigende, anweisende, genehmigende und bewilligende Instanzen"⁵⁸ zu führen gehabt. In dieser Schärfe trifft diese These, die von Matzerath selbst mehrfach wiederholt⁵⁹ und auch von Dieter Rebentisch aufgegriffen, von Albert von Mutius und anderen dagegen mit Einschränkungen versehen worden ist⁶⁰, auf Regensburg nicht zu - nicht einmal im Krieg, wie noch zu zeigen sein wird. Vielmehr ergab sich hier in mancherlei Hinsicht eine Sonderentwicklung, die allein schon daraus ersichtlich wird, daß sich das Stadtoberhaupt - anders als viele andere deutsche Oberbürgermeister - von 1933 bis 1945 im Amt behaupten konnte⁶¹. Hierfür waren mehrere Umstände maßgebend:

Zum einen spielte eine ganz zentrale Rolle, daß sich die Gauleitung des Gaus Bayerische Ostmark nicht in Regensburg befand, der weitaus größten Stadt des Gaus, sondern in Bayreuth und damit schon räumlich sehr weit entfernt. Bei dem erst Anfang 1933 von Hitler eingerichteten Großgau handelte es sich um ein künstliches Gebilde ohne gemeinsame Tradition. Zwar mußte man im überwiegend altbayerischen Gaugebiet die Entscheidung hinnehmen, den Sitz der Gauleitung in die "Wagnerstadt" zu legen, doch besonders freundschaftliche Beziehungen bestanden nicht zur fränkischen Zentrale. Vielmehr darf man eine gewisse Eifersucht zwischen Regensburg, den anderen ostbayerischen Metropolen wie Passau und Landshut und der Gauhauptstadt vermuten, die, anders als München oder Nürnberg, nie eine besondere Rolle für Ostbayern gespielt hatte.

Ein zweiter entscheidender Aspekt zur Beurteilung der Position von Regensburgs Oberbürgermeister lag in dessen Person selbst begründet. Schottenheim nahm nicht nur einen hohen

⁵⁶ Mutius S.1060; ebd. S.1059 f. kurzer Forschungsbericht.

⁵⁷ S. Lit.verz.

⁵⁸ Matzerath (1970) S.418. Vgl. auch Diehl-Thiele passim; U.Probst: Die Entwicklung der gemeindlichen Selbstverwaltung in Bayern, Würzburg 1975; M.Funke: Führer-Prinzip und Kompetenz-Anarchie im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. In: Neue Politische Literatur 20 (1975) S.60-67.

⁵⁹ Z.B. Matzerath (1978) S.20.

⁶⁰ Vgl. z.B. Mutius S.1057, der angesichts konträrer Forschungsergebnisse differenziertere Fragestellungen fordert. Selbst Rebentisch (z.B. in Schwabe 1981, S.138 ff.), der ansonsten Matzeraths Fazit teilt, rückt vorsichtig von dessen radikaler Kernthese ab.

⁶¹ Vgl. Rebentisch und Matzerath (in Schwabe 1981) passim zur Auswechslung von OB im Dritten Reich.

Rang in der SS ein, er verfügte auch über ausgesprochen gute Beziehungen zum örtlichen Kreisleiter der NSDAP einerseits, zum langjährigen Regierungspräsidenten Holzschuher als Repräsentant der Staatsaufsichtsbehörde andererseits - und nicht zuletzt in örtlichen Angelegenheiten über einen großen Informationsvorsprung gegenüber der Gauleitung. Selbstverständlich mied er im allgemeinen die Konfrontation mit dem Gauleiter und seinem Stellvertreter⁶², doch wenn die Bedeutung des Einzelfalls es rechtfertigte, hat er auch sie nicht gescheut⁶³. In der Auseinandersetzung mit nachgeordneten Gauämtern zeigte sich Schottenheim erst recht alles andere als devot - schließlich war er selbst stellvertretender Gauamtsleiter für Kommunalpolitik. Man kann unterstellen, daß er es vorgezogen hätte, seine Stadt allein unter Kontrolle der unumgänglichen Staatsaufsicht, nicht aber der zusätzlichen Einmischung durch die Gauleitung zu regieren, die nur zu lästigen Verwicklungen führte. Insgesamt blieb daher der Informationsfluß zur Gauleitung auf das vorgeschriebene Maß beschränkt bzw. wurde sogar - willentlich oder aus Nachlässigkeit - unterbunden⁶⁴.

Die Fragestellung, inwieweit es den Kommunen gelang, sich der Ansprüche der Partei zu erwehren, inwieweit also die Oberbürgermeister von der NSDAP abhingen oder nicht, geht zumindest für die Verhältnisse in Regensburg von falschen Voraussetzungen aus. Denn damit wird unterstellt, es habe ein ständiger Abwehrkampf der Kommunen gegen Partei und Staatsaufsicht stattgefunden - was einfach nicht der Fall war. Überall waren ja überzeugte Nationalsozialisten zu Oberbürgermeistern bestellt worden, sie verstanden sich also selbst als Parteivertreter, machten jedoch sehr oft einen ähnlichen Prozeß durch wie Schottenheim, der sehr schnell lernte, daß es nicht genügte, eine Überzeugung zu haben, sondern daß er eben auch eine Bürokratie führen mußte. Sicherlich läßt sich nachweisen, daß im Dritten Reich Oberbürgermeister geradezu von einer Stadt in die andere "versetzt" wurden oder im Konflikt mit der Partei ihr Amt zu räumen hatten. Doch kann dies keinesfalls als Kriterium für das Maß der Abhängigkeit im normalen Verwaltungsalltag dienen. Horst Matzerath und Dieter Rebentisch müssen selbst ständig Beispiele dafür anführen, daß sich Kommunen, Deutscher Gemeindetag und Reichsinnenministerium gegen die ausufernden Ansprüche der Parteidienststellen zur Wehr setzten⁶⁵, und daß die Position der Bürgermeister insbesondere durch das 1935 in der Deutschen Gemeindeordnung festgelegte Führer-Prinzip weiter gestärkt wurde.

Nicht recht zu überzeugen vermag das Argument, daß dies in Wahrheit eine Schwächung gewesen sein soll, da die Bürgermeister "nun nicht wie vordem auf ihre demokratische Legitimation pochen konnten; sie waren mehr denn je Staatsbeauftragte, die mit den von der Partei ernannten Ratsherren auskommen mußten"⁶⁶. Denn die gleichen Untersuchungen heben regelmäßig die Entmachtung der Ratsherren und einen vielfach ausgesprochen autoritären Führungsstil der Oberbürgermeister nach innen hervor. Deutlich unterbewertet bleibt dabei - zumindest im Fall Regensburgs - auch die Abschirmung der Verwaltung nach außen mit bürokratischen Mitteln, also insbesondere gegenüber den auswuchernden Ansprüchen der verschiedenen Parteigliederungen, vor allem der SA. Zu unterschiedlich waren die Machtstrukturen in den einzelnen Gauen ausgeprägt, als daß man aus der NS-Geschichte Berlins oder Stuttgarts, Nürnbergs, Münchens oder der Großstädte im Ruhrgebiet auf die Verhältnisse in der Bayerischen Ostmark schließen könnte. Angesichts der Vielzahl abweichender Entwicklungen im Deutschen Reich ist also nur eine Einzelfallwürdigung sinnvoll.

⁶² Vgl. ebd. S.189 ff. und allg. J.Noakes: Oberbürgermeister and Gauleiter, in Hirschfeld/Kettenacker (1981) S.194-254. Bezeichnend ein Vermerk Sch.s über einen Anruf Ruckdeschels, der verlangte, eine Frau wegen abfälliger Äußerungen über ihn anzuzeigen (12.2.1937, NIS 4).

⁶³ Vgl. etwa den Kampf um die Standortentscheidung für das Holzverzuckerungswerk, s.S.341.

⁶⁴ Vgl. z.B. die heftigen Vorwürfe der DAF-Gauverwaltung (26.9.1936, ZR 11225).

⁶⁵ Vgl. z.B. Rebentisch und Matzerath (in Schwabe 1981) S.143 ff. bzw. S.192 ff.

⁶⁶ Noakes (wie Anm.62) S.226.

Die wichtigen kommunalpolitischen Entscheidungen fielen in Regensburg, selbstverständlich ohne Einschaltung der Öffentlichkeit, aber eben auch der Gauleitung, vor allem in den häufigen Gesprächen zwischen Oberbürgermeister, Spitzen der Verwaltung und örtlichen Parteigrößen. Auf diese informelle Ebene bezog sich das boshafte Wort von der "Ratskellerpolitik": Im städtischen Ratskeller trafen sich ständig die Entscheidungsträger, neben Schottenheim vor allem sein Schulfreund Weigert - von ihm mit "Gangerl" angesprochen, als Kreisleiter vermeintlich der mächtigste Mann der Stadt, als Stadtschulrat jedoch seit 1934 auch Untergebener des Oberbürgermeisters⁶⁷. Dazu stießen andere Parteifunktionäre, aber auch städtische Spitzenbeamte und Vertreter weiterer Behörden. "Der Wegfall eines transparenten, von klar erkennbaren Mehrheiten abhängigen demokratischen Entscheidungsprozesses hatte keineswegs die Pluralität der Anschauungen und Zielvorstellungen beseitigen können (...), sondern nur einer Vielzahl hintergründiger Durchsetzungsversuche Tür und Tor geöffnet."⁶⁸ Zwar war bei wichtigen Fragen der Einfluß der Partei auf die Verwaltung durch die engen Beziehungen zwischen Oberbürgermeister und Kreisleiter und infolge der zunehmenden Durchdringung der Stadtspitze mit führenden Nationalsozialisten jederzeit gewährleistet - es blieb Kreisleiter Weigert ein leichtes, seinen alten Freund beim abendlichen "Umtrunk" im Ratskeller auf Wünsche und Forderungen seiner Dienststellen hinzuweisen, auch in Sachfragen eine gemeinsame Linie zu verabreden. Sicherlich ließ Schottenheim auch wider besseres Wissen aus ideologischen Gründen manches Projekt unterstützen, das er nicht unbedingt als hilfreich für die Stadtentwicklung ansah. Doch nutzte er diesen engen Kontakt, seine guten Beziehungen zum Regierungspräsidenten und seinen hohen SS-Rang seinerseits, um allzu lästige Einmischungsversuche nachgeordneter Parteistellen abzuwehren, wo eine geordnete Verwaltung sie unerwünscht erscheinen ließ⁶⁹. Nicht selten waren ihm die Belange der Stadtverwaltung wichtiger als die Wünsche der Partei. Daß Schottenheim dabei kein Blatt vor den Mund nahm, ist vielfach belegt, so etwa, wenn er die Unterbringung ungeeigneter "Alter Kämpfer" oder die Auflösung der städtischen Regiebetriebe verweigerte, die von der Partei zugunsten des gewerblichen Mittelstands gefordert worden war. Hier stand ihm die Belegschaft dieser Betriebe näher, die in der Privatwirtschaft nicht untergebracht werden konnte, also arbeitslos geworden wäre. Zunehmende Distanz prägte daher das Beziehungsgefüge zwischen Partei und Stadtverwaltung spätestens dann, wenn es um die Abwehr der ausufernden finanziellen Ansprüche anfangs der SA, später insbesondere der NSV und der HJ ging.

So entstand ein kompliziertes Gleichgewicht zwischen den Parteidienststellen, dem Oberbürgermeister und der nach wie vor konservativ durchsetzten Stadtverwaltung⁷⁰. Zumeist wird es gar nicht nötig gewesen sein, Schottenheim zu parteitreuem Verhalten zu nötigen; er war von selbst eher geneigt, der HJ oder der NSV Gelder zukommen zu lassen als den kirchlich-konservativen Trägern von Jugendarbeit und freier Wohlfahrtspflege. So finden sich für die gesamte Zeit des Dritten Reichs keine Hinweise auf irgendeinen größeren Konflikt zwischen ihm und der Kreisleitung der NSDAP. Wo immer es sich mit seinem ausgeprägten Selbstbewußtsein als Führer der Verwaltung vereinbaren ließ, hat Schottenheim ganz selbstverständlich als Nationalsozialist entschieden.

⁶⁷ Vgl. Matzerath (1970) S.90 ff. zur Kompetenzabgrenzung in Städten, wo Kreisleiter Dezementenstatus erhielten.

⁶⁸ Hanko S.407 (für München).

⁶⁹ Vgl. z.B. Notiz zur örtlichen KdF 23.2.1935, DS 846: "Ich habe (...) erklärt, daß ich gegen diesen Geist mit allen Mitteln bei der Regierung und in Berlin vorgehen werde." Vgl. die Klagen der Reg. über Einmischungsversuche der Partei in die Verwaltung (Berichte an das RMdI Herbst 1934, StA 22037) und die Richtlinien des RMdI in "Deutsche Verwaltung" 20.11.1934.

⁷⁰ Vgl. allg. Ribhegge S.46.

2. Die Deutsche Gemeindeordnung (DGO) von 1935⁷¹

Die entscheidenden Schritte zur Einbindung der Gemeinden in den NS-Staat waren bereits 1933 vollzogen worden. Die am 30.1.1935 erlassene, als "nationalsozialistisches Grundgesetz" konzipierte Deutsche Gemeindeordnung (DGO)⁷², die am 1.4.1935 in Kraft trat, faßte vor allem bereits geltendes Recht oder zumindest die bestehende Praxis zusammen. Selbst die Abschaffung der Wahl des Gemeinderats durch die Bevölkerung bedeutete allenfalls in der Theorie noch eine grundlegende Neuerung - auch Kommunalwahlen hätten mit Sicherheit die 99-%-ige Zustimmung zur Einheitsliste erbracht, wie sie bei den Reichstagswahlen üblich war.

Warum ein solches "Grundgesetz" nötig sei, legte die "Amtliche Begründung zur Deutschen Gemeindeordnung" dar, die zeitgleich mit der DGO veröffentlicht wurde⁷³. Der liberal-demokratische Staat mit seiner "zersetzenden Parteienwirtschaft" habe die organisatorische und finanzielle Zerrüttung der Kommunen herbeigeführt; durch Berufsbeamten- und Gleichschaltungsgesetze, vor allem aber durch die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, zur Belebung der Wirtschaft und zur Entschuldung der Gemeinden habe man erst wieder Ordnung schaffen müssen. Nun wolle man das Kommunalrecht im ganzen Reichsgebiet vereinheitlichen⁷⁴. Im Vorwort der DGO heißt es programmatisch: "Die Deutsche Gemeindeordnung will die Gemeinden in enger Zusammenarbeit mit Partei und Staat zu höchsten Leistungen befähigen und sie damit instand setzen, (...) mitzuwirken an der Erreichung des Staatszieles: in einem einheitlichen, von nationalem Willen durchdrungenen Volke die Gemeinschaft wieder vor das Einzelschicksal zu stellen, Gemeinnutz vor Eigennutz zu setzen und unter Führung der Besten des Volkes die wahre Volksgemeinschaft zu schaffen"⁷⁵.

Selbstverwaltungs- und Universalitätsprinzip, wonach die Kommunen ihre Tätigkeit auf alle Bereiche der örtlichen Verwaltung ausdehnen konnten, die nicht übergeordneten Stellen übertragen waren, blieben also erhalten⁷⁶ - jedoch ausdrücklich unter stärkerer Einbindung in das "Volksganze", in Staat und Partei. Die Selbstverwaltung wurde ergänzt, teils auch relativiert durch den Leitgedanken nationalsozialistischen Herrschaftsverständnisses, den Führergrundsatz. Er wurde, obwohl in der Praxis schon etabliert, förmlich Bestandteil des Kommunalrechts: Die "Besten des Volkes" sollten führen, auf allen Ebenen der Verwaltung "Autorität nach unten und uneingeschränkte Verantwortung nach oben" gelten, und das schloß von unten nach oben gerichtete Kontrolle aus⁷⁷. Dies konnte eine Aushöhlung der Selbstverwaltung dann mit sich bringen, wenn die (auch institutionell verstärkte) Staatsaufsicht diesen Grundsatz restriktiv handhabte.

Erstaunlich scheint zunächst, daß die DGO den Einfluß der NSDAP auf die Kommunalpolitik fast nur in den wenigen Regelungen über den Parteibeauftragten festschrieb. Eine zentrale Rolle spielte er nur im allerdings sensiblen Bereich der Personalentscheidungen, und wenn

⁷¹ Alle einschlägigen Untersuchungen kommentieren die DGO mehr oder weniger ausführlich. Grundlegend (auch zur Vorgeschichte) nach wie vor Matzerath (1970) bes. S.105 ff. und S.132 ff., vgl. Engeli/Haus S.673 ff. Zeitgenössische Kommentare aufgelistet bei Mutius S.1055.

⁷² RGBI I S.49, vgl. auch 1.-3. DurchfVO 22.3.1935 (RGBI I S.393), 25.3.1936 (RGBI I S.272) und 30.3.1937 (RGBI I S.428), Vollzugsvorschriften in GVBl 1935, S.127, 166, 179 f., 445 f., 495. An städtischen Akten zentral: ZR 11240 und 11240 a (darin die neugefaßten Satzungen, vgl. Bericht Sachs 1.10.1935). Weitere Vorschriften zur DGO auch in DS 678.

⁷³ DRuPrStA 30.1.-2.2.1935.

⁷⁴ Allgemeiner Teil der "Amtlichen Begründung", DRuPrStA 30.1.1935.

⁷⁵ RGBI I 1935 S.49.

⁷⁶ Vgl. "Amtliche Begründung" 2 (s.Anm.73), vgl. Bek. zur DGO 29.3.1935, GVBl hier S.128 f. Bei übertragenen Aufgaben war die Gemeinde nachgeordnete, weisungsgebundene Behörde und unterlag der Fachaufsicht, vgl. "Amtliche Begründung" 4.

⁷⁷ "Amtliche Begründung" 1, s.Anm.73.

das Spitzenpersonal entsprechend ausgesucht war, erübrigten sich weiterreichende Kompetenzen der Partei. Mit dem Institut des Parteibeauftragten sollte dem Grundsatz der Einheit von Staat und Partei Rechnung getragen werden; es sei "nicht zu verkennen, daß auf bestimmte Entschließungen des Bürgermeisters (...) dem politischen Willen der Bewegung Einfluß eingeräumt werden muß"⁷⁸. Dies implizierte allerdings auch, daß zu weitgehende Einmischungsversuche von Parteidienststellen unterbunden werden sollten. Zu schlecht waren die Erfahrungen aus der Phase der Machtergreifung, als daß man ein solches Kompetenzwirrwarr zwischen Partei, SA und Verwaltungen nochmals heraufbeschwören wollte.

Beteiligt waren die Parteibeauftragten vor allem an der Berufung des Bürgermeisters, der Beigeordneten und der Gemeinderäte⁷⁹, der Verabschiedung der Hauptsatzung sowie schließlich an der Verleihung von Ehrenbürgerwürden⁸⁰. Beauftragter der NSDAP war in Stadtkreisen grundsätzlich der Kreisleiter⁸¹, in Regensburg wäre also Wolfgang Weigert zu ernennen gewesen. Da er als Stadtschulrat jedoch zugleich zur Beamtenschaft gehörte, trat an seine Stelle der Gauinspekteur der NSDAP, Franz Ganninger. Er versah dieses Amt bis zu seiner Versetzung nach Nürnberg Ende 1940, wo er als Gauobmann der DAF fungierte; sein Nachfolger wurde MdR Otto Erbersdobler. Der Parteibeauftragte war nur an Weisungen des Gauleiters gebunden, also weder staatlichen noch gar kommunalen Stellen untergeordnet. In die eigentliche Verwaltungstätigkeit durfte er sich nicht einmischen, doch gehörte es zu seinen selbstverständlichen Pflichten, über die Angelegenheiten der Gemeinde genau unterrichtet, dabei aber "über örtliche Reibereien und Streitigkeiten erhaben" zu sein⁸². Inwieweit ein Parteibeauftragter tatsächlich Einfluß gewann, hing von den örtlichen Gegebenheiten, von seiner Person, der des Bürgermeisters und von dessen Stellung in der Parteihierarchie ab. Franz Ganninger scheint, wie erwähnt, seine Aufgabe nicht sonderlich wichtig genommen zu haben. Mehrfach war er verantwortlich für die Verzögerung von Berufungsverfahren, symptomatisch war auch, daß er erst weit über ein Jahr nach seiner Ernennung zum Parteibeauftragten, Ende 1936, Schottenheim um einen Bericht über die Arbeit der Ratsherren bat⁸³.

Der Erlaß einer "Hauptsatzung" war ebenso in der DGO vorgeschrieben wie der einer jährlichen Haushaltssatzung und der von Satzungen über den Anschluß- und Benutzungszwang, etwa für die Wasser- und Energieversorgung oder, soweit vorhanden, die Benutzung eines städtischen Schlachthofs. Darüber hinaus waren die Kommunen befugt, eigene Angelegenheiten, etwa das Abgabewesen, per Satzung zu regeln⁸⁴. Bei der Hauptsatzung⁸⁵ handelte es sich um das "Verfassungsstatut" der Gemeinden. Erlassen wurde sie vom Bürgermeister nach Beratung mit dem Gemeinderat und nach Zustimmung durch den Parteibeauftragten, enthalten mußte sie die Zahl der Beigeordneten und Gemeinderäte. Darüber hinaus konnten darin Regelungen über die Beiräte, die Aufwandsentschädigungen, Ehrentitel, Anstellungsvoraussetzungen und dergleichen getroffen werden⁸⁶. Für Regensburg erließ Schottenheim am 28.6.1935 eine vorläufige Hauptsatzung, am 30.9.1935 wurde sie durch eine gültige Satzung ersetzt und später mehrfach geändert, ergänzt bzw. neugefaßt⁸⁷.

⁷⁸ Vgl. Heß' Anweisungen 25.7.1935 (ZR 10294) mit Richtlinien für die Parteibeauftragten sowie "Amtliche Begründung" 3, s.Anm.73.

⁷⁹ §§ 41, 45, 51, 54 DGO.

⁸⁰ § 33 DGO.

⁸¹ AusführungsVO des Stellv. des Führers zu § 118 DGO, 26.3.1935, RGBI I S.470.

⁸² Anordnungen 149/35 und 150/35 des Stellv. des Führers 25.7.1935, ZR 10294.

⁸³ Ganninger an Sch. 2.12.1936, NIS 8.

⁸⁴ § 18 DGO, vgl. "Amtliche Begründung" 2, s.Anm.73.

⁸⁵ §§ 3 und 83 DGO, vgl. Bek. über die DGO 29.3.1935, GVBl hier S.130.

⁸⁶ Vgl. Heß in Anordnung 152/35, 25.7.1935, ZR 10294, vgl. auch Bek. 29.3.1935, GVBl hier S.130.

⁸⁷ Vgl. ZR 13123 und 13124. Der Inhalt der Hauptsatzung ist beim jeweiligen Sachkapitel behandelt.

Mochte man die restriktive Regelung der Eingriffsmöglichkeiten untergeordneter Parteidienststellen noch als Maßnahme sehen, die die Selbstverwaltung stärkte, so wurde diese durch die Neuregelung der Gemeindegewirtschaft erheblich eingeschränkt⁸⁸. Kernpunkte stellten dabei die reichsweite Vereinheitlichung des kommunalen Haushaltswesens und die Einführung der verbindlichen Haushaltssatzung dar. Die DGO brachte hier weitreichende Veränderungen mit sich, die gesondert zu behandeln sind. Faßt man sie zusammen, so erweist sich gerade hier die Tendenz zur Zentralisierung, d.h. die Neigung, die gemeindliche Selbstverwaltung zu beschneiden oder zumindest unter strenge Aufsicht zu stellen. Dies gilt umso mehr, als auch die Staatsaufsicht selbst ausgeweitet wurde⁸⁹.

Mit dem Recht der Aufsichtsbehörde, im Konfliktfall die Ausschaltung des Bürgermeisters herbeizuführen, mit ihren weitreichenden Befugnissen im Bereich des gemeindlichen Wirtschafts- und Finanzwesens und schließlich mit der Einschaltung der Partei in die wesentlichen Personalentscheidungen wurde die kommunale Selbstverwaltung durch die DGO formal in wichtigen Teilen ausgehöhlt. In der Praxis waren allerdings so schwerwiegende Konflikte, daß die Berufung eines Staatskommissars erforderlich geworden wäre, selten - alle Beteiligten kannten die Hierarchie und konnten sich danach richten, und schon das Berufungsverfahren für die Entscheidungsträger sorgte im allgemeinen dafür, daß zentrale Positionen zumindest in den Städten mit zuverlässigen Nationalsozialisten besetzt waren.

Im Verwaltungsalltag brachte daher die DGO vor allem einen Machtgewinn für den Bürgermeister mit sich. Er mußte es verstehen, sich mit der Aufsichtsbehörde gut zu stellen - wie es in Regensburg der Fall war. Weiter mußte er gute Kontakte zur örtlichen Partei halten oder darin selbst eine so starke Position haben, daß ein Konflikt für seine vorgesetzte Behörde risikant geworden wäre. Auch diese Voraussetzung war bei Schottenheim gegeben. Daher konnte er der Stadt Regensburg in viel stärkerem Maß seinen persönlichen Stempel aufdrücken, als es einem Bürgermeister in der Weimarer Zeit möglich gewesen wäre. So bestimmte Schottenheim persönlich über die städtische Wohnungspolitik, und da hier sein Interesse in erster Linie dem Siedlungsbau galt, verhinderte er jahrelang einen effizienten Kampf gegen die Wohnungsnot.

In den Jahren des Wirtschaftsaufschwungs, etwa von Sommer 1935 bis Sommer 1938, ließen sich Partei und Verwaltung in Regensburg gegenseitig gewähren, nachdem es ohnehin genug Gelegenheit gab, öffentlich und gemeinsam das Erreichte zu feiern. Die zentralistischen Neigungen des totalitären Staats wurden überlagert von der gesteigerten Entfaltungsmöglichkeit der Stadt, die auf der wirtschaftlichen Scheinblüte beruhte. Generell hatten Reichs- und Parteiführung die Bürokratie unter Kontrolle, daher konnte man der unteren Verwaltungsebene einigen Spielraum lassen. In Zeiten außenpolitischer Spannung war allerdings die Konzentration aller Kräfte auf die Bedürfnisse des Reichs zu erwarten. Bereits die Sudetenkrise im Herbst 1938 bewies, daß diese Erwartung nicht tög. Und 1939 wuchs der politische Druck zusehends weiter an. Allerdings bestand auf Regierungsebene Uneinigkeit darüber, ob es sinnvoller sei, die Kommunen als Befehlsempfänger zu behandeln, die man - auch finanziell - entsprechend ausbeuten konnte, oder ob nicht eine Dezentralisierung zur effektiveren Verwaltung führte, man also die Selbstverwaltung stärken oder zumindest beibehalten sollte. Nach wie vor ging es also um den traditionellen Streit um die kommunale Selbstverwaltung, wobei die "Zentralisten" vor allem in den für die Rüstung verantwortlichen Behörden und der Wehrmacht, die Verfechter der Gemeindeautonomie im Innenministerium angesiedelt waren.

⁸⁸ §§ 60-105 bzw. §§ 8 und 106-116 DGO.

⁸⁹ Zur Interpretation der Auswirkungen vgl. Matzerath (1970) S.157 ff. und Ribhegge S.50 f.

B. Der Einfluß der NSDAP auf das städtische Personalwesen

1. Das städtische Personal⁹⁰

Zwar ist der Aufbau der Regensburger Stadtverwaltung durch Dienstanweisungen und Stellenpläne, Ämterlisten und Sachakten gut dokumentiert, doch weichen die Angaben zur Zahl der Beschäftigten derart stark voneinander ab, daß zuverlässige Aussagen hierzu unmöglich sind. Unklar muß vor allem bleiben, inwieweit die Personalstatistik "geschönt" wurde, indem man etwa in der Hochphase der Arbeitslosigkeit nur Neueinstellungen, nicht aber Entlassungen zählte oder auch jede noch so kurzfristige Beschäftigung erfaßte⁹¹. Denn auch in der nationalsozialistischen Personalpolitik ging es um das Verschieben von Posten, die Versorgung von Parteigenossen mit Arbeit und ihre Bevorzugung gegenüber Nichtmitgliedern der NSDAP, also um genau die "Vetternwirtschaft", die man den Politikern der Weimarer Zeit immer unterstellt hatte⁹².

Die für Anfang 1933 vorliegenden Angaben über die Zahl der städtischen Beamten und Angestellten reichen von rund 370 bis zu 500⁹³. Bis Herbst 1934 soll die Stadtverwaltung 209 Beamte und Angestellte neu eingestellt haben⁹⁴, an anderer Stelle ist hierfür eine Zahl von 72 Personen genannt⁹⁵. Ähnliche Abweichungen innerhalb der städtischen Arbeiterschaft - sie war vor allem in den Werken und beim Bauamt beschäftigt - erklären sich durch saisonale und konjunkturelle Schwankungen.

Den Alltag der Verwaltung in den "Aufbaujahren" kennzeichnete eine ständige Zunahme des Arbeitsanfalls. So mußten die Personalkürzungen zu Beginn des Jahrzehnts sehr schnell zurückgenommen werden, und die seit langem aufgeschobenen Neueinstellungen wurden, wenn auch zeitlich versetzt, unumgänglich. Viele der Verwaltungsgeschäfte, die im Dienst der Partei zusätzlich zu bewältigen waren, erwiesen sich als sehr zeit- und personalaufwendig. Schon 1934 mußte das Standesamt neue Kräfte anfordern, weil die Mehraufgaben für Rassenforschung und Ariernachweise anders nicht mehr zu bewältigen waren⁹⁶. In einem anderen Fall waren in viel zu kurz gesetzten Fristen sämtliche Familienbögen der Regensburger Einwohnerschaft durchzusehen, um die Unterlagen für die Verleihung der "Ehrenkreuze der deutschen Mutter" zu beschaffen⁹⁷. Als noch umfangreicher erwies sich allerdings die Zunahme der normalen Dienstgeschäfte, die sich aus dem Konjunkturaufschwung und dem Bevölkerungswachstum ergab. Einen dritten, ebenfalls gewachsenen Verwaltungsbereich bildeten Geschäfte, die zwar zu den normalen übertragenen Aufgaben einer Kommune gehörten, die sich aber unter den spezifischen Bedingungen des nationalsozialistischen Staats erweitert hatten, etwa das sehr umfangreiche Erfassungswesen für Wehrmacht und Reichsarbeitsdienst.

⁹⁰ Grundlage sind die Personaldezernats- bzw. -amtsakten (Bestand PAM, Stadtarchiv). Entwicklung des Personalstands bis 1941 lückenhaft in ZRa 13193 und 13253.

⁹¹ Lt. Übersicht in DS 59: 26 Neueinstellungen bis Ende 1933. Im Winterhalbjahr 1933/34 angeblich 44 Personen, weitere 24 Neueinstellungen geplant bis Sommer 1934 (Bericht 13.3.1934, ZR 10861).

⁹² Die "Futterkrippenwirtschaft" erreichte ein "vorher unvorstellbares Ausmaß" (Matzerath 1970 S.86, vgl. ebd. S.272 ff. und Matzerath <in Schwabe> 1981 S.177).

⁹³ Lt. ZR 3824 am 1.1.1933 500 Beamte und Angestellte. Ebd. weitere Personallisten. Lt. Revisionsbericht 1941 (PAM 534 und ZRa 13261) S.57 ff. am 31.3.1933 zusammen 367 Beamte und Angestellte. Erhebliche Abweichungen in ZR 10970 c, ZRa 13464 und 13929 sowie regelmäßig in den Haushaltsplänen.

⁹⁴ 49 Beamte, 160 Angestellte und 89 Arbeiter; die Zahlen für 1.10.1934 in ZR 10970 c. Vollständige Liste der Beamten und Angestellten samt Besoldungsstufen, Stand Ende 1933, in PAM 505, vgl. Personalverzeichnisse September 1934, ZR 10880. Lt. Übersicht in ZRa 13193: 1176 Beschäftigte incl. Arbeiter.

⁹⁵ Die Referenten Sachs und Weigert, 20 Beamte, 31 Dauer-, 19 sonstige Angestellte und Arbeiter (Statistik ZR 10970). Vgl. auch ZR 3824, 10970 c, ZRa 13193 und 13253.

⁹⁶ 2.3.1934, ZRa 13214. Vgl. schon den Gb. 1933 des Standesamts, DS 531.

⁹⁷ Vgl. ZR 10556.

Der reichsweite Einheitsplan für die Verwaltungsgliederung, wie ihn der Deutsche Gemeindetag vorschlug⁹⁸, führte in Regensburg vor allem zur Neunummerierung der Geschäftsabteilungen, während nur wenige neue Dienststellen eingerichtet wurden:

- eine "Städtische Siedlungsverwaltung", die direkt dem Oberbürgermeister unterstand, im Sommer 1936⁹⁹;
- eine Dienststelle für die Aufgaben, die sich aus dem Vierjahresplan ergaben;
- eine Preisüberwachungsstelle, die also ebenfalls eine der Vierjahresplan-Aufgaben zu übernehmen hatte und offenbar lange Zeit völlig überfordert war¹⁰⁰;
- die Bauleitung für die Brückenbauten, die zwar von einem Staatsbeamten geführt wurde, aber dem Oberbürgermeister unterstand¹⁰¹;
- die städtische Nachrichtenstelle.

Bis 1937 stieg die Zahl der städtischen Beamten und Angestellten auf rund 420, bis Herbst 1938 auf weit über 600 und bis Kriegsbeginn auf mindestens 670, wenn nicht 710¹⁰². Auffallend ist vor allem die Personalvermehrung in den Jahren 1938 und 1939. Sie fällt mit dem sprunghaften Bevölkerungswachstum in dieser Zeit zusammen und ist nicht nur auf die Eingemeindungen 1938, sondern auch auf die generelle Zunahme der Verwaltungsaufgaben zurückzuführen. Ab Kriegsbeginn kommen in den Statistiken die Kriegsaushilfsangestellten hinzu, die die zur Wehrmacht und anderen Dienststellen eingezogenen Mitarbeiter ersetzen, während diese selbst weiter als städtische Bedienstete geführt wurden.

Die starke Vergrößerung des Stammpersonals in den späten dreißiger Jahren zeigte sich bei allen kommunalen Behörden als Folge der neu zugewiesenen bzw. erweiterten Verwaltungsaufgaben. Dem entsprach in Regensburg jedoch keine ebenso starke Erhöhung der Personalausgaben, denn das neueingestellte Personal gehörte überwiegend den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen an¹⁰³. Der in den Haushaltsplänen für die Beamten und Angestellten vorgesehene Jahresaufwand stieg von 1933 bis 1936 nur langsam, von 1,41 auf 1,47 Millionen RM, im folgenden Jahr auf 1,57 Millionen RM¹⁰⁴. Die Löhne und sozialen Lasten für die städtischen Arbeiter sollten demnach von 487000 RM (1933) auf 556000 RM (1937) gestiegen sein¹⁰⁵. Diese für die Öffentlichkeit bestimmten Zahlen waren jedoch, folgt man dem übrigen Aktenmaterial, wieder erheblich zu niedrig angesetzt. Schon im Haushaltsjahr 1933/34 gab die Stadtverwaltung allein für ihre aktiven Beamten und Angestellten rund 1,93 Millionen RM aus, die Versorgungsbezüge für die Ruhestandsbeamten und -angestellten betragen 410000 RM¹⁰⁶, die Lohnsumme der städtischen Arbeiter insgesamt 770000 RM¹⁰⁷. Faßt man diese Zahlen zusammen, so errechnet sich eine Gesamtsumme von über 3,1 Millionen RM,

⁹⁸ Vgl. ZRa 13203. Ämterliste der Stadtverwaltung lt. Telefonverzeichnis 1.11.1937, ZRa 13451.

⁹⁹ Verf. 11.8.1936, u.a. in DS 779. Die GA 14 war nur für die Verwaltung zuständig, die technischen Arbeiten verblieben dem Bauamt.

¹⁰⁰ Zwick an Sch. 17.7.1937, ZR 20953. Die Akten in ZR 20951 ff. und PÜW, vgl. ZR 20186 zur Preisüberwachungsstelle der Reg.

¹⁰¹ Dienstanweisung 10.2.1936, u.a. DS 132.

¹⁰² Lt. Haushaltsplan 1937 416 Beamte und Angestellte, ab 1938 fehlen exakte Angaben. Lt. Revisionsbericht 1941 (PAM 534 und ZRa 13261) schon März 1936 421, Herbst 1938 625 Beamte und Angestellte. DS 59 (Liste der Diensteantritte seit 1933): Sommer 1938 694, April 1939 716 Beamte und Angestellte, vgl. auch Stellenplan 2.7.1938, PAM 517.

¹⁰³ Revisionsbericht 1941, PAM 534, S.58.

¹⁰⁴ Diese Steigerung und ungenehmigte Beförderungen kritisierte auch die Reg. (3.8.1937, PAM 517). Am 2.7.1938 legte die Stadt einen überarbeiteten Stellenplan vor.

¹⁰⁵ Jahresrechnungen jeweils abgedruckt im Etat des übernächsten Rechnungsjahres. Tarifordnung 1936-1945 für städtische Arbeiter in PAM 522.

¹⁰⁶ Aufgegliedert nach Dienststellen in PAM 523.

¹⁰⁷ Fragebogen des DGT 15.2.1935, ZR 10970 c.

die die Stadt Regensburg im Haushaltsjahr 1933/34 für Personalkosten aufgewendet hat¹⁰⁸. Dieser Betrag war zwar um 340000 RM niedriger als zwei Jahre zuvor, doch stellte er innerhalb des Gesamtetats von (veranschlagten) 8,1 Millionen RM dennoch einen der bedeutendsten Posten dar.

Jährlicher Personalaufwand pro Einwohner (in RM) ¹⁰⁹	1936	1937
Regensburg	23,5	26,6
Würzburg	23,7	26,5
Bamberg	30,4	32,8
Augsburg	34,5	36,8
Fürth	36,3	35,8
(Reich)	33,1	33,7

Die Einsparungen gegenüber den früheren Jahren waren allein auf Personalkürzungen zurückzuführen. Nicht zum Tragen kam jedenfalls die - beim öffentlichen Dienst berüchtigte - "2. Besoldungsangleichungs-Verordnung" (2.BAV) der bayerischen Regierung¹¹⁰. Mit ihr war im Sommer 1933 versucht worden, die Behörden durch die Anpassung der Beamtengehälter an die (gekürzten) der Staatsbeamten zu maßregeln, sie aber auch zu entlasten. Doch begegnete der Vollzug der 2.BAV starkem inhaltendem Widerstand der Bürokratie. Obwohl die Öffentlichkeit den Eindruck gewinnen konnte, daß hier in das geheiligte Territorium der Beamtenbesoldung eingegriffen werde, verstand es - nicht nur - die Regensburger Stadtverwaltung, den tatsächlichen Vollzug der 2.BAV jahrelang zu verzögern¹¹¹. Trotz der geforderten "größten Beschleunigung" lagen der Kreisregierung erst im Herbst 1933 die Kürzungsvorschläge der Bezirke und Städte vor¹¹². Schottenheim vertrat darin den Standpunkt, bei den gehobenen Beamten und Pensionisten sollten alle Kürzungen in vollem Umfang, bei den unteren Rängen dagegen nur dann vollzogen werden, wenn im Einzelfall eine frühere Höherstufung politisch motiviert gewesen war oder die Vorbildung des Betroffenen seine Gehaltsstufe nicht rechtfertigte¹¹³. Doch auch die städtischen Spitzenbeamten forderten eine wohlwollendere Behandlung als geplant¹¹⁴. Schottenheim sah sich gezwungen, seine Untergebenen vorzuwarnen: Zwar sei er ernstlich bemüht, den strengen Vollzug der 2.BAV zu verhindern, doch bezweifle er, daß er damit durchdringen werde, daher seien Gehaltsrückforderungen zu befürchten¹¹⁵. Erste Entscheidungen fielen mit der neuen Besoldungsordnung für die Beamten¹¹⁶ und dem in der 2.BAV geforderten Stellenplan, den die Stadt der Regierung Anfang 1934 zur Genehmigung vorlegte. Die darin enthaltenen Vorschläge zu den Umgruppierungen

¹⁰⁸ Erhebliche Abweichungen im Revisionsbericht 1941, PAM 534.

¹⁰⁹ Revisionsbericht 1941, PAM 534 und ZRa 13261.

¹¹⁰ 7.8.1933, GVBl S.211 (= VO zum Änderungsgesetz über die Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts, 30.6.1933, RGBl I S.433).

¹¹¹ Vgl. Sch.s laufende Notizen, PAM 530; weitere Einzelheiten in ZR 3812, ZR E 37-52, PAM 505 und v.a. 508 ff.

¹¹² Vgl. Mahnung der Reg. 24.10.1933, ZR 3811. Erst am 26.10.1933 legte die Stadt ihre Vorschläge vor (ZR 3812).

¹¹³ Vermerk Sch. 31.10.1933, NIS 16, vgl. auch Notiz 15.1.1934, DS 530, wonach der Ausschuß versucht habe, für die unteren Dienstgrade einen Ausgleich zu schaffen.

¹¹⁴ S.S.95 zum Reichsstreit Reuß - Stadt, in dem der ehemalige Rechtsrat die Gleichstellung mit seinen früheren Kollegen erzwang; diesen war das Grundgehalt erhöht worden, um die Auswirkungen der 2.BAV abzufangen.

¹¹⁵ Verf. 8.1.1934, ZR 9042.

¹¹⁶ Sr-Prot. 24.1.1934. Die Besoldungsordnung u.a. in PAM 511, 528, 531, ZR 3811 und 3817.

konnten allerdings erst sehr viel später nach komplizierten und zähen Verhandlungen förmlich beschieden werden¹¹⁷.

Der überregionale Vergleich zeigt, daß der Personalaufwand der Regensburger Stadtverwaltung pro Einwohner weder den Durchschnitt bayerischer noch deutscher Städte ähnlicher Größe erreichte. 1935 bis 1938 schwankte der Anteil der Personal- an den Gesamtausgaben der Stadt immer um die 20-%-Marke, 1939 sank er - trotz absoluter Steigerung - auf 17,0 %, da die Gesamtausgaben noch bedeutend stärker angewachsen waren. Demgegenüber wiesen die meisten Vergleichsstädte einen erheblich höheren Prozentsatz aus. Nur Bamberg hielt sich 1937 eine ähnlich billige Stadtverwaltung wie Regensburg, in Augsburg verschlangen die Personalkosten ein Viertel der Gesamtausgaben, in Fürth sogar fast 30 %¹¹⁸. Die Ursache hierfür lag zum einen am geringeren Personalstand der Stadt Regensburg - vergleichbare Städte beschäftigten im Schnitt 8,98 Beamte und Angestellte auf je 1000 Einwohner, Regensburg nur 7,85. Zum anderen war der erstaunlich niedrige Anteil der Personal- an den Gesamtausgaben auch auf die niedrigere Durchschnittsbesoldung zurückzuführen. Hatte das Jahreseinkommen eines städtischen Beamten oder Angestellten 1932 im Schnitt noch 3990 RM betragen, so war es 1938 auf 3690 RM, 1939 sogar auf 3580 RM gesunken. Mit anderen Worten: Der Stellenkegel wies insgesamt deutlich mehr Beschäftigte in den unteren Gehaltsgruppen auf, als dies andernorts der Fall war¹¹⁹. Die Stadt Regensburg zeichnete sich somit durch eine sehr sparsame Personalwirtschaft aus, sie war, verursacht durch die geringe Steuerkraft, eine der am sparsamsten verwalteten größeren Städte des Deutschen Reichs¹²⁰.

Zur Frage der Effizienz bescheinigte der Bayerische Prüfungsverband öffentlicher Kassen der Regensburger Stadtverwaltung rückblickend für die Jahre 1935 bis 1939 zwar eine geordnete Verwaltungs- und Rechnungsführung; auch die Finanzwirtschaft weise eine gesunde Entwicklung auf. Doch zeige die Organisations- und Wirtschaftlichkeitsanalyse erhebliche Mängel, die Stadtverwaltung sei "noch nicht den Anforderungen der Neuzeit entsprechend organisiert". Immerhin räumte der Gutachter ein, daß erst der Neubau des Technischen Rathauses die Raumfrage für die größeren Verwaltungszweige (Finanzen, Bau und Werke) befriedigend gelöst und so organisatorische Veränderungen überhaupt erst ermöglicht habe, die dann durch den kriegsbedingten Personalmangel nicht mehr vorgenommen werden konnten¹²¹.

Die Wochenarbeitszeit der städtischen Bediensteten betrug seit der Ära Hipp 47,5 Stunden¹²². Auch Schottenheim änderte daran bis zum Frühjahr 1935 nichts¹²³, verkürzte also nicht etwa zum Zweck der Arbeitsbeschaffung die Dienstzeiten, obwohl es Überlegungen gab, die 40-Stunden-Woche einzuführen. Man hielt wohl weder erhebliche Lohneinbußen noch - bei einem Lohnausgleich - drastisch steigende Personalkosten für vertretbar¹²⁴. Zulässig wäre es dabei sogar gewesen, eine Wochenarbeitszeit von bis zu 54 Stunden einzuführen, ohne zusätzliche Vergütungen zu gewähren¹²⁵. Eine Verringerung der Arbeitszeit verfügte Schottenheim erst zum "Tag der nationalen Arbeit" 1935; nur noch 46 Wochenstunden mußte jetzt gearbeitet werden, in den folgenden Jahren schwankte die Wochenarbeitszeit zwischen 45,5 und

¹¹⁷ Bescheid 19.7.1935; Kürzungsliste 23.9.1935, ZR 3712, Personallisten mit den Umgruppierungen: ZR 3811. Streit gab es die ganzen 30er Jahre über, im Einzelfall noch in der Nachkriegszeit, vgl. z.B. ZR 4228.

¹¹⁸ Ebd., S.59. Vgl. auch Revisionsbericht 1951, ZRa 13261.

¹¹⁹ Revisionsbericht 1941, PAM 534, S.60 ff.

¹²⁰ Ebd.

¹²¹ Ebd. S.121.

¹²² Verf. Hipp 13.9.1932, ZRa 13316.

¹²³ Vgl. Verf. 22.5.1933 und 15.6.1934, ebd. und ZR 9042.

¹²⁴ Vgl. ZR 4245.

¹²⁵ Nachrichtendienst des DGT 1.12.1934, ZR 10970.

47,4 Stunden¹²⁶. Einen gravierenden Einschnitt brachte erst eine Reichsverordnung über die Arbeitszeit der Beamten aus dem Frühjahr 1938 mit sich, die eine Wochenarbeitszeit von 51 Stunden vorschrieb¹²⁷. Dabei blieb es auch nach Kriegsbeginn, 1942 wurde die Wochenarbeitszeit sogar auf 56 Stunden erhöht.

Unterstellt man als zutreffend, daß die Regensburger Stadtverwaltung von Frühjahr 1933 bis Frühjahr 1939, also in nur sechs Jahren, rund 250 neu eingestellte Beamte und Angestellte verzeichnete¹²⁸, dann handelte es sich dabei immerhin um mehr als ein Drittel der Belegschaft. Sie dürften neben ihrer fachlichen Qualifikation vor allem nach der Parteizugehörigkeit ausgewählt worden sein. Im höheren Dienst war der Anteil des nach 1933 eingestellten Personals besonders hoch, beispielsweise waren alle drei angestellten Ärzte, 60 der 98 Lehrkräfte und sechs der zwölf höheren technischen Beamten erst in dieser Zeit eingetreten. Andererseits bedeutete dies jedoch auch, daß fast zwei Drittel der zu Kriegsbeginn tätigen Angestellten und Beamten, vor allem solche des einfachen, des mittleren und des gehobenen Dienstes, noch in der Zeit der Weimarer Republik, teils sogar noch im Kaiserreich, eingestellt worden waren.

2. Repressive Maßnahmen¹²⁹

Der ersten Einschüchterungskampagne gegen die städtische Belegschaft, wie sie für den Zeitraum bis zum Sommer 1933 beschrieben wurde, folgten weitere ähnliche Maßnahmen. Die mehrfachen Anweisungen Hitlers und Fricks, daß nach dem "siegreichen Abschluß der Revolution" die Autorität des Staates unter allen Umständen sicherzustellen sei, kamen auch den städtischen Bediensteten zur Kenntnis; es sei "jedem Versuch, diese Autorität zu erschüttern oder auch nur anzuzweifeln, woher er auch kommen mag, rücksichtslos und unter Einsatz aller staatlichen Machtmittel entgegenzutreten."¹³⁰ Anhaltspunkte für oppositionelles Verhalten hatten die einzelnen städtischen Dienststellen sofort dem Oberbürgermeister zu melden.

Im Sommer 1933 gab Schottenheim die Anordnung der Staatsregierung bekannt, daß ehemaligen SPD-Mitgliedern die sofortige Entlassung aus dem öffentlichen Dienst drohte¹³¹. Daher mußte nun jeder städtische Beamte und Angestellte schriftlich seine nationale Zuverlässigkeit erklären¹³². Die Bestimmungen verschärfen sich noch: Die Staatsregierung untersagte den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes "jede auch nur lose Beziehung" zu den ins Exil gegangenen Vertretern von SPD und KPD. Frühere Mitglieder dieser Parteien hatten schriftlich zu erklären, daß keinerlei Kontakte mehr bestünden, bei falschen Angaben drohte die sofortige Entlassung¹³³. 170 entsprechende persönliche Erklärungen städtischer Bediensteter mußte der Oberbürgermeister insgesamt weiterleiten¹³⁴. Diese Zahl erscheint hoch, doch ist zu bedenken, daß es sich in vielen Fällen um Personen handelte, die nur kurze Zeit, besonders zu Beginn der Weimarer Republik, einer der Linksparteien angehört hatten; selbst Reinemer mußte eine solche Erklärung abgeben.

¹²⁶ Verf. Sch. 29.4. und 1.10.1935, 18.5. und 18.9.1936 sowie 4.5.1937, ZRa 13316, teils auch in ZR 3726 und 19189.

¹²⁷ VO 13.5.1938, RGBI I S.593; Verf. Sch. 25.6.1938, ZRa 13316.

¹²⁸ Liste der Diensteantritte seit 20.3.1933, April 1939, DS 59.

¹²⁹ Vgl. Matzerath (1970) S.255 ff. und allg. Mommsen passim.

¹³⁰ Verf. 7.9.1933, ZR 9042.

¹³¹ 25.7.1933, DS 132, ZR 3726 und 9042.

¹³² Undatierte Verf. Sch., die gesammelten Erklärungen bis 10.8.1933 vorzulegen, ZR 9042.

¹³³ StAnz 17.10.1933, von Sch. bekanntgegeben 24.10.1933, ergänzt 30.10.1933, ZR 3726 und 9042.

¹³⁴ Sendung Sch. an Reg. 24.11.1933, StA (1987) 1 blau 316 = 4146 a.

Ab Herbst 1933 betraf auch die NS-Rassenpolitik die städtische Beamtenschaft. Jeder Heiratswillige mußte nun den Ariernachweis für seine künftige Ehefrau erbringen¹³⁵. Schon am 25.7.1933, und damit noch vor einer entsprechenden Anweisung der Staatsregierung, hatte Schottenheim auch den "Deutschen Gruß" eingeführt. Im Dienst war grundsätzlich mit erhobenem rechtem Arm und "Heil Hitler" zu grüßen, von den Beamten wurde dies auch außerhalb des Dienstes "erwartet". Insbesondere galt dies bei Aufmärschen der Wehrverbände und anderen "nationalen Kundgebungen"¹³⁶. Seit Anfang 1934 galt für alle Angehörigen des öffentlichen Dienstes, daß der "Deutsche Gruß" auch außerhalb des Dienstes zu verwenden war und seine Verweigerung die fristlose Entlassung nach sich ziehen konnte¹³⁷.

Nach Hindenburgs Tod wurde die städtische Beamtenschaft auf Hitler vereidigt, die Angestellten folgten später¹³⁸. Schon seit Sommer 1934 wurden auch Nachwuchskräfte nur noch eingestellt, wenn sie ihren "freiwilligen" Arbeitsdienst abgeleistet hatten¹³⁹. Angesichts der "nicht unbegründeten" Klagen über die "mangelnde Leistungsfähigkeit eines größeren Teils der städtischen Arbeiterschaft" ordnete Schottenheim 1935 zusätzlich amtsärztliche Untersuchungen sowie die Einsichtnahme in die polizeilichen Straflisten als Voraussetzung für Neueinstellungen an¹⁴⁰. Ob es sich um eine Form des Protestes handelte, wenn sich, wie verschiedentlich zu beobachten, die Krankmeldungen häuften, oder ob das Personal tatsächlich so sehr unter Druck stand, daß es einfach anfälliger für Krankheiten wurde, ist natürlich nicht zu klären. Daß allerdings der Oberbürgermeister hier ein gewisses Mißtrauen entwickelte, zeigte sich, wenn er verfügte, bei "allen Fällen chronischen Krankseins das Pensionierungsverfahren einzuleiten"¹⁴¹. Überall witterte er mangelnde Arbeitsmoral; insbesondere die Unpünktlichkeit vieler Bediensteter war ihm ein Dorn im Auge, so daß er nicht nur den Betroffenen, sondern auch ihren Vorgesetzten disziplinarische Schritte androhte¹⁴². Immer wieder sah er sich auch genötigt, die Dienstanweisungen zum "Deutschen Gruß" zu wiederholen¹⁴³; dieser kann also im Verwaltungsalltag nicht immer ernst genommen worden sein. Insbesondere den Bediensteten der Straßenbahn rief Schottenheim die geltenden Bestimmungen ins Gedächtnis - vielleicht war hier also die Distanz zum "neuen Staat" weiter verbreitet als in anderen Verwaltungszweigen¹⁴⁴.

Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes war das Alltagsleben erheblich einfacher, wenn sie der Partei angehörten¹⁴⁵. Mit dem geringen Monatsbeitrag entging man ständigen Belästigungen, dauerndem Mißtrauen und Repressalien bis hin zur Beförderungssperre. Beschäftigte der Stadtverwaltung, die nicht im März 1933 zur NSDAP gestoßen waren, wurden im Zuge der sogenannten "Schemm-Aktion" nachdrücklich zum Parteibeitritt aufgefordert, als wegen der zerrütteten Finanzen des Gaus die Aufnahmesperre vorübergehend aufgehoben wurde. Zum fraglichen Stichtag, dem 1.5.1935, sind auch die noch nicht der NSDAP angehö-

¹³⁵ Verf. Sch. 28.9.1933, ZR 9042.

¹³⁶ DS 132, ZR 3726 und 9042; die Regierungsanordnung vom 4.8.1933 in GVBl S.216.

¹³⁷ Bek. 15.1.1934, ZR 11195, vgl. Verf. Sch. 24.1.1934, ZR 9042. Im Nachrichtendienst des DGT am 21.9.1935 der Hinweis auf ein entsprechendes Arbeitsgerichtsurteil, ZR 11195.

¹³⁸ Verf. Sch. 27.8.1934, ZR 9042; Verzeichnisse in ZRa 13286, vgl. auch Sr-Prot. 14.9.1934. Die ab 1938 gültigen Anstellungs- und Beförderungsgrundsätze für Beamte und Angestellte in PAM 523 und 528.

¹³⁹ Aufforderung des DGT 21.6.1934, ZR 11219, und Verf. Sch. 26.6.1934, ebd. und ZR 9042. Vorreiterrolle der Stadt Potsdam, vgl. Nachrichtendienst des DGT 21.5.1934, ZR 4136.

¹⁴⁰ Verf. 20.4.1935, ZR 4296.

¹⁴¹ Verf. 9.6.1936, NIS 5. Es ging um die Häufung von Krankmeldungen aus dem Wohlfahrtsamt.

¹⁴² Verf. 14.9.1934, ZR 9042.

¹⁴³ Z.B. Verf. 27.9.1933 und 16.3.1934, ZR 9042 und 16461, 19.12.1934, ZR 9042 und ZRa 12715, und 22.8.1936, ZR 3726.

¹⁴⁴ Vgl. Hanko S.368 zur traditionell "roten" Straßenbahn in München; vgl. auch Verf. Sch. 13.6.1934, DS 778, zu den auffallend häufigen Krankmeldungen von Straßenbahnführern.

¹⁴⁵ Vgl. W.Kick bes. S.216 ff.

renden städtischen Referenten einschließlich Bürgermeister Herrmanns beigetreten. Kurz darauf untersagte Regierungspräsident Holzschuher die Mitgliedschaft von Beamtenkindern in konfessionellen Jugendverbänden, im Herbst 1937 folgte schließlich nochmals eine geradezu drohende letzte Aufforderung Schottenheims zum Parteibeitritt an seine Untergebenen¹⁴⁶.

3. Unterbringung "Alter Kämpfer"¹⁴⁷

Eine Verflechtung besonderer Art zwischen NSDAP und Stadtverwaltung ergab sich aus der Aktion zur Arbeitsbeschaffung für die "Alten Kämpfer" der Bewegung¹⁴⁸. Unmittelbar nach der Einsetzung Epps zum Reichskommissar war es den Gemeinden zur Pflicht gemacht worden, aus politischen Gründen entlassene Nationalsozialisten wieder einzustellen¹⁴⁹. In den folgenden Monaten versuchte die Partei, in Regensburg insbesondere die Fürsorgeabteilung der SA-Brigade 81, ihre arbeitslosen Mitglieder bei der Stadt unterzubringen, sie also einigermassen sicher zu versorgen. Nachdem in Regensburg keine Entlassungen auf der Grundlage des Berufsbeamtengesetzes durchgeführt wurden, konnte dies nur durch die Schaffung neuer Stellen geschehen, was die dargestellte Steigerung des städtischen Personalstands erklärt. Monatelang war diese Unterbringungsaktion offenbar auf informeller Ebene, d.h. durch direkte Einflußnahme in Einzelfällen abgelaufen, wobei Reinemers Ernennung zum Hilfsreferenten für Personalfragen ein ausreichendes Entgegenkommen für die Wünsche der Partei gewährleistete¹⁵⁰. Im Sommer 1933 verfügte dann das Landesarbeitsamt, daß künftig "offene Arbeitsstellen vorzugsweise mit geeigneten Angehörigen der SA oder SS der NSDAP zu besetzen" seien; dies sei eine "Ehrenpflicht" der Arbeitsämter. Damit verband sich eine Drohung, die für die Regensburger Stadtverwaltung nicht mehr nötig war: Arbeitgeber, die vorwiegend Mitglieder der inzwischen aufgelösten Parteien einstellten, hätten mit schärfsten Maßnahmen zu rechnen¹⁵¹.

Wie viele "Alte Kämpfer" tatsächlich in der Stadtverwaltung unterkamen, ist unklar. Zwar berichtete der Oberbürgermeister der SA-Fürsorge im März 1934, bis dahin seien "nachweislich mehr als 80 Parteigenossen teils für ganz, teils für vorübergehend (...) in Arbeit und Brot gebracht" worden, und die Stadt habe somit vorbildlich ihre Pflicht erfüllt¹⁵². Doch muß es sich eben in vielen Fällen tatsächlich nur um befristete Beschäftigungen gehandelt haben, wie sich aus dem Überblick über die tatsächliche Vermehrung des städtischen Stammpersonals ergibt.

Um die schwer vermittelbaren Altparteimitglieder besser betreuen zu können, wurde bei jedem Arbeitsamt eine eigene Versorgungsstelle der SA eingerichtet, die die Personalunterlagen der Betroffenen sammelte und an einen Kontaktbeamten der Behörde weiterleitete¹⁵³.

¹⁴⁶ Verf. 14.10.1937, DS 513.

¹⁴⁷ Einzelheiten in ZRa 13251, ZR 4232, 4300, DS 515 und PAM 514 sowie StA (NSDAP) 14; hier auch Material zu Personalentscheidungen aufgrund Parteizugehörigkeit ohne fachliche Qualifikation.

¹⁴⁸ Arbeitslose Altmitglieder der Wehrverbände, Pg-Nr. unter 300000 und über ein Jahr tätige "Amtswalter" der Partei.

¹⁴⁹ Vgl. Domröse S.89.

¹⁵⁰ Vgl. Matzerath (1970) S.86 ff. zum Einfluß der Partei auf die Personalpolitik der Verwaltungen, sehr häufig durch Besetzung der Personaldezernate.

¹⁵¹ Zit. im Rundschreiben des Landesarbeitgeberverbands bayerischer Gemeinden 17.7.1933, ZRa 13934.

¹⁵² 8.3.1934, NIS 9, vgl. Notizen Sch. 13.-15.3.1934, DS 848.

¹⁵³ Ebd. In Rgbg. nahm diese Position der stellv. AA-Direktor Dr. Lippert ein, vgl. Miersch an BFV 24.2.1934, ZR 11077.

Angehörige der Wehrverbände erhielten sogar noch höhere Priorität bei der Arbeitsvermittlung als Kinderreiche¹⁵⁴. Trotzdem blieben manche auch noch Mitte 1934 nicht vermittelbar¹⁵⁵. Für sie richtete die SA-Gruppe auf Anordnung der Obersten SA-Führung in Regensburg einen "technischen Lehrsturm" ein, wo die arbeitslosen Männer sich in Fortbildungskursen bessere Qualifikationen verschaffen konnten. Werkstatt, Lehrsaal und Maschinen stellte kostenlos die Reichsbahndirektion Regensburg, die benötigten Werkzeuge, Materialien und auch Zuschüsse bettelte die Gruppenführung bei anderen Stellen, darunter bei der Stadtverwaltung, zusammen¹⁵⁶.

Die Aktion zur Unterbringung der "Alten Kämpfer" erwies sich aus der Sicht der Betroffenen als Erfolg. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung nannte eine Zahl von 40-70 % dieses Personenkreises, die schon bis Herbst 1933 untergebracht worden seien¹⁵⁷. Doch führte das häufig sehr fordernde, oft wohl auch ausgesprochen arrogante Auftreten der SA zu mancher Verstimmung, gerade bei solchen Bürgermeistern, die von sich aus gern bereit waren, viel für die Partei zu tun. So beschwerte sich die SA-Brigade 81 im März 1934 in barschem Ton bei Schottenheim, daß im städtischen Bauamt noch ein ehemaliges KPD-Mitglied beschäftigt sei. Außerdem wurde dem Oberbürgermeister nahegelegt, künftig die Zustimmung der Brigade einzuholen, wenn freie Stellen nicht mit "Alten Kämpfern" besetzt werden sollten¹⁵⁸.

Aushilfskräfte, die im Sommer 1933 allein aufgrund ihrer Mitgliedschaft in Partei oder SA eingestellt wurden, waren beispielsweise der SS-Mann Franz Kittel, Adjutant des SS-Standartenführers Deubl, der SS-Mann Adam Kaltenecker und der SA-Truppführer Paul Donhauser, die als Aushilfen im Wohlfahrtsamt unterkamen, der SS-Mann und landwirtschaftliche Hilfsarbeiter Josef Uttenhofer, der nun Straßenbahnführer wurde, und der Ingenieur Hans Hofmann, Adjutant bei der Gauleitung des Arbeitsdienstes, der im Vorbereitungsbüro für die Autobahn und somit im Stadtbauamt eine Stelle erhielt¹⁵⁹. Nicht selten erwies sich allerdings ein "Alter Kämpfer" als fachlich unqualifiziert, undiszipliniert oder unkameradschaftlich. Zwei Beispiele mögen dies belegen: Der Straßenbahnführer Martin Hölzl erhielt den - angesichts der strengen Marktkontrollen durchaus verantwortungsvollen - Posten eines Torwächters im Schlachthof nicht aufgrund irgendeiner Qualifikation, sondern wegen seiner niedrigen Mitgliedsnummer in NSDAP und SS, obwohl sich Schlachthofdirektor Kolb gegen ihn ausgesprochen hatte¹⁶⁰. Und das Auftreten, die mangelhafte Arbeitsleistung und -disziplin des SS-Mannes Georg Hummel, der der "Hilfspolizei" angehörte und Ende Juli 1933 beim Regensburger Gaswerk als Laternenwächter unterkam, führten zu heftigen Beschwerden seiner Kollegen und Vorgesetzten¹⁶¹. In anderen Städten scheint es ähnliche Schwierigkeiten gegeben zu haben, die letztlich dazu führten, daß auch nationalsozialistisch geführte Verwaltungen sich gegen solche politisch motivierten Einstellungen sträubten¹⁶². So überrascht es nicht, daß die Neuregelung der Arbeitsverwaltung dem Regensburger Oberbürgermeister sehr gelegen kam. Jede freiwerdende Stelle mußte nun ausnahmslos dem Arbeitsamt gemeldet werden, direkte Bewerbungen bei der Stadt waren zwecklos. Dies bedeu-

¹⁵⁴ Vgl. Zwick als BFV-Vorsitzender an AA 20.10.1933, ZR 11077.

¹⁵⁵ 321 von 1813 WE (= 17,7 %) gehörten im April 1934 einem der Wehrverbände an, vgl. Bericht des BFV, ZR 11076 a.

¹⁵⁶ Zuschußantrag an Stadt 16.5.1934, ZR 11213. H. befragte die Werke und stellte Werkzeug und etwas Geld zur Verfügung (ebd.).

¹⁵⁷ Zit. im Rundschreiben des Landesarbeitgeberverbands bayerischer Gemeinden 7.11.1933, ZRa 13934.

¹⁵⁸ Der Schriftwechsel in NIS 9 und ZRa 13377.

¹⁵⁹ ZRa 13276-13276x.

¹⁶⁰ Der Vorgang in ZR 17235.

¹⁶¹ Einzelheiten in NIS 9.

¹⁶² Vgl. z.B. für München Hanko S.401.

tete einen gewissen Schutz gegenüber den ungedulden Forderungen der SA¹⁶³, über die sich mittlerweile sogar das Arbeitsamt beklagte¹⁶⁴.

Selbstverständlich spielte auch in den folgenden Jahren die Eigenschaft als Parteimitglied oder gar "Alter Kämpfer" eine wesentliche Rolle bei Stellenbesetzungen¹⁶⁵. Der Ausschluß aus der SA rechtfertigte sogar eine Entlassung aus dem städtischen Dienst¹⁶⁶, während man bei Beförderungen oder der Erteilung von Zusatzurlaub Alt-Parteigenossen bevorzugte¹⁶⁷.

4. Die Beziehungen zur Deutschen Arbeitsfront¹⁶⁸

Eine Reihe neuer Bestimmungen revolutionierte schon zu Beginn des Dritten Reichs das deutsche Arbeitsrecht: die Reichsregierung erließ ein Gesetz über Betriebsvertretungen¹⁶⁹, dem später die Gesetze zur "Ordnung der nationalen Arbeit" und zur "Ordnung der Arbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben" folgten¹⁷⁰. Die Dienststellen des "Treuhänders der Arbeit", eingerichtet im Mai 1933 bei der Gründung der DAF¹⁷¹, übernahmen die Funktion, die früher die Tarifpartner gehabt hatten. In das innerbetriebliche Vakuum, das durch die Ausschaltung der Gewerkschaften entstand, versuchte die nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (NSBO) einzudringen, doch verschwand mit dem "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" die Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft bis auf einen kümmerlichen Rest, die "Vertrauensräte". Damit war der Einfluß der NSBO gebrochen, das Führerprinzip hatte sich auch auf der Ebene der "Betriebsgemeinschaft" durchgesetzt¹⁷². Die Arbeitnehmer waren zugunsten des Firmeneigentümers entmachtet worden, der nun "Betriebsführer" hieß und "die allein entscheidende, aber auch voll verantwortliche Spitze des Betriebs" darstellte¹⁷³. Außer ihm gehörten den Vertrauensräten von der Belegschaft gewählte Vertrauensleute an, für die Verwaltungen bestanden solche Gremien allerdings nur dort, wo sie keine Hoheitsaufgaben erfüllten, also etwa bei den Werken.

Konkrete Hinweise auf die Umwandlung des Betriebsrats bei der Stadtverwaltung in einen "Vertrauensrat" fehlen weitgehend¹⁷⁴. Soweit rekonstruierbar, scheint sich hier nicht das Problem einer eventuellen Oppositionshaltung der Arbeitnehmer gestellt zu haben, sondern es fehlten schlicht geeignete Nationalsozialisten, die als Vertrauensräte in Frage gekommen wären. So beschwerte sich die Kreisbetriebszellenleitung der NSDAP, daß kein einziger Arbeiter des E-Werks die Gewähr für eine nationalsozialistische Handlungsweise biete, und schlug

¹⁶³ Presseerklärung 11.5.1934 in ZR 3726, gedruckt z.B. in BA 12.5.1934.

¹⁶⁴ Vgl. Notizen Sch. 13.-15.3.1934, DS 848.

¹⁶⁵ Vgl. die Reichsgrundsätze zur Bevorzugung von Pg 14.10.1936, RGBI I S.893. Rechtsgrundlagen für die Quoten in PAM 524, z.T. auch in ZR 10970, weitere Einzelheiten in PAM 520. Vgl. auch Reinemers Meldung 11.9.1936, ZR 4232.

¹⁶⁶ Nachrichtendienst DGT 21.5.1935, ZR 10970, vgl. Meldung eines SA-Sturms 7.9.1934, ZR 11213.

¹⁶⁷ Vgl. z.B. Sch. an Stadtrat von Eichstätt April 1934, ZRa 13237, Sr-Prot. 5.7.1934 sowie Anweisung H. 5.8.1935, ZRa 13333. 1936 erlaubte das Reichsfinanzministerium, "Alten Kämpfern" 5 Jahre zusätzlich als Dienstzeit anzurechnen (Erlaß 7.12.1936, Abdruck ZRa 13377; hier auch Liste der betroffenen Alt-Pg). Vgl. auch Erlaß 15.7.1937 RGBI I S.254 und Nachrichtendienst DGT 1.11.1934, ZR 10968.

¹⁶⁸ Zur Rgbg.er DAF vgl. Weinmann S.101 ff. Vgl. allg. R.Smelser: Robert Ley. Paderborn 1989

¹⁶⁹ 4.4.1933, RGBI I S.161. *

¹⁷⁰ 20.1.1934, RGBI I S.45, bzw. 23.3.1934, RGBI I S.220; vgl. auch Richtlinien MInn 20.4.1934, Staatsanz. 21.4.1934.

¹⁷¹ Gesetz über Treuhänder der Arbeit 19.5.1933, RGBI I S.285.

¹⁷² Einzelheiten zur lokalen NSBO bei Weinmann S.40 ff.

¹⁷³ Meyers Lexikon 8.Aufl. 1936 Bd.1 Sp.1269. Vgl. allg. F.Blaich: Die bayerische Industrie 1933-1939. In BNS II (1979) S.237-280, hier S.247 ff.

¹⁷⁴ Vgl. für Augsburg G.Hetzer: Die Industriestadt Augsburg. In BNS III (1981) S.1-234, hier S.89 f.

den arbeitslosen SS-Scharführer Johann Hiltl zur Neueinstellung vor¹⁷⁵. Kurz darauf wurde man noch deutlicher: "Wir mußten wiederholt feststellen, daß ganze Betriebe der Stadt ohne einen Nationalsozialisten sind. Da wir in kürzester Zeit überall neue Betriebsräte eingesetzt haben müssen, ersuchen wir Sie, (...) zuverlässige SA-Männer oder Parteigenossen einzustellen. (...) Wir gestatten uns die Bemerkung, daß andere Betriebe, in denen keine Nationalsozialisten in unserem Sinne sich befanden, bereitwilligst unseren Wünschen entgegenkamen."¹⁷⁶ Allerdings mußte Reinemer als Verantwortlicher für das Personal, obwohl engagierter Parteigenosse, hier klare Grenzen ziehen: Neueinstellungen seien unmöglich, da das Personal bei den Werken ohnedies übersetzt sei¹⁷⁷.

Die am 10.5.1933 gegründete Deutsche Arbeitsfront (DAF) war ein der NSDAP angeschlossener Verband. Angesichts ihres Auftrags, zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft ausgleichend zu wirken und damit die wahre Betriebsgemeinschaft zu verwirklichen, mußte sie sich zwangsläufig zu einer kaum funktionsfähigen Organisation entwickeln; großen Respekt und freiwillige Zustimmung erfuhr sie nirgends in Bayern¹⁷⁸. Ihr größter propagandistischer Erfolg lag denn auch in der Gründung der Freizeit-Organisation "Kraft durch Freude" Anfang 1934¹⁷⁹. Mit ihren Ämtern für "Feierabend", Sport, "Schönheit der Arbeit" und "Reisen, Wandern, Urlaub", mit der NS-Kulturgemeinde oder auch der ihr angeschlossenen Volksbildungsstätte beeinflusste und überwachte die KdF das Freizeitverhalten der werktätigen Bevölkerung¹⁸⁰. Darüber hinaus entfaltete die DAF Aktivitäten in verschiedenster Richtung; in Regensburg betrieb sie beispielsweise eine Rechtsberatungsstelle und eine eigene Fortbildungsschule, beschäftigte einen eigenen Kreisjugendwarter oder organisierte in Zusammenarbeit mit dem NSKK Führerscheinkurse¹⁸¹. Sich im städtischen Dienst der Mitgliedschaft in der DAF zu entziehen, scheint noch schwieriger gewesen zu sein, als nicht Mitglied der NSDAP zu werden. Dementsprechend nahm die Stadtverwaltung sogar, wenn auch widerstrebend, an der zentralen Einziehung der DAF-Mitgliedsbeiträge teil, wie sie in der Privatwirtschaft üblich war¹⁸².

1935 wurde die Arbeitsbuchpflicht generell eingeführt; die Regensburger Handwerkskammer genehmigte Lehrverträge nur noch, wenn der Jugendliche die Mitgliedschaft in HJ oder BdM nachweisen konnte¹⁸³. Von nun an mischte sich die DAF noch stärker in die innerbetrieblichen Verhältnisse ein, etwa durch die von ihr organisierten "Reichsberufswettkämpfe"¹⁸⁴. Auch die städtischen Betriebe beteiligten sich am "Leistungskampf der deutschen Betriebe", bei dem es um Gaudiplome oder sogar den Erwerb der Auszeichnung als NS-Musterbetrieb ging¹⁸⁵. Zudem nahmen immer wieder Angehörige der Stadtverwaltung am "Berufswettkampf der deutschen Jugend", ab 1938 auch am "Berufswettkampf aller schaffenden Deutschen"

¹⁷⁵ 24.7.1933, ZR 16535.

¹⁷⁶ Schreiben 11.8.1933, ebd.

¹⁷⁷ Ebd., Notiz Reinemer. 1935 liegen Wahlergebnisse zum "Vertrauensrat" vor (ZR 3668; hier auch Liste der Vertrauensmänner in den größten Rgbg.er Betrieben, 16.5.1936). Verhandlungen mit dem ausdrücklich so genannten "Betriebsratsvorsitzenden" des Gaswerks in ZR 4250.

¹⁷⁸ Vgl. BNS I (1977) S.200, vgl. auch A.Kranig: Lockung und Zwang, Stuttgart 1983, sowie die Beiträge von Petzina, van Eyll und Boelcke in DVG IV, hier S.672 f., S.685 f. und S.800 f. Zusammenfassend R.Smelser: Eine "braune Revolution"? In: Der Zweite Weltkrieg (1989) S.418-429.

¹⁷⁹ Vgl. aber Sch.s kritische Notiz zur lokalen KdF 23.2.1935, DS 846.

¹⁸⁰ Einzelheiten zur KdF und ihren Veranstaltungen bei Weinmann S.112 ff. und Wolf S.90 ff. Auch in Rgbg. ersetzte eine KdF-"Volksbildungsstätte", die Weigert unterstand, die Volkshochschule, vgl. BA und BOM 19.10.1936.

¹⁸¹ Vgl. Weinmann Anhang S.11 und Wolf S.85 ff.

¹⁸² Details zu den daraus entstehenden Konflikten zwischen Behörden und Partei in ZR 11225.

¹⁸³ Reg. an RMdI 8.10.1935, StA 22037.

¹⁸⁴ Vgl. für Rgbg. Wolf S.88 f., vgl. Verf. zum Betriebsappell der Werke 10.12.1937 über den "Leistungskampf der deutschen Behörden" und den "Berufswettkampf aller schaffenden Deutschen", ZR 16529.

¹⁸⁵ Vgl. allg. ZR 16555. Erst 1938/39 befürwortete das RMdI eine Beteiligung der öff. Betriebe am Wettbewerb.

teil¹⁸⁶. Darüber hinaus bestimmte die DAF die Betriebsobmänner. Den städtischen Werken wurde 1938 mit Schottenheims Einverständnis ein "Hauptbetriebsobmann" vorgesetzt, der Elektromaschinist und Parteigenosse Rudolf Koder¹⁸⁷, der auch auf Gauebene tätig wurde¹⁸⁸; nach seiner Einberufung zur Wehrmacht im September 1939 nahm Stadttammann Johann Simon seine Geschäfte wahr¹⁸⁹.

5. Teilnahme städtischer Bediensteter an NS-Veranstaltungen¹⁹⁰

Nicht nur der sich immer weiter ausdehnende Einfluß der DAF innerhalb der Stadtverwaltung barg Konfliktstoff, sondern auch die Frage der Beurlaubung städtischer Bediensteter für Zwecke der Partei. Sehr häufig mußten Dienstbefreiungen ohne Lohnabzug oder Anrechnung auf den Urlaub erteilt werden. Das Spektrum möglicher Anlässe reichte dabei von der Wiedersehensfeier der "aktiven Mitkämpfer des Jahres 1923"¹⁹¹ bis zu den Reichsparteitagen¹⁹², vom Dienst in der "Hilfspolizei" über SA-, SS-, Stahlhelm- oder Luftschutzlehrgänge¹⁹³ bis zu KdF-Fahrten, wenn städtische Arbeiter für die Teilnahme ausgesucht worden waren¹⁹⁴. Nicht immer verliefen die Beurlaubungen allerdings reibungslos. Einzelne Parteiaktivisten, die der Stadtverwaltung angehörten, blieben dem Dienst so oft fern, daß sogar Neueinstellungen erforderlich wurden. Daher ordnete Schottenheim schon Ende 1933 an, die Arbeitszeit sei künftig ausschließlich für den Dienst zu verwenden, und behielt sich Befreiungen für Zwecke der Partei persönlich vor¹⁹⁵. Dennoch hielten es, wie das Beispiel des Reichsparteitags 1935 zeigt, die Betroffenen vielfach nicht für nötig, die Beurlaubung rechtzeitig zu beantragen; einige waren einfach losgefahren, ohne sich überhaupt abzumelden, so daß Schottenheim verärgert klarstellen mußte, daß er derartige Eigenmächtigkeiten nicht hinzunehmen gedachte¹⁹⁶. Tatsächlich mußten beantragte Befreiungen in vielen Fällen verweigert werden, etwa wegen dringender Dienstgeschäfte, was nicht selten böses Blut schuf¹⁹⁷.

Andererseits forderte der Oberbürgermeister selbst die städtischen Bediensteten sehr häufig zur Teilnahme an Veranstaltungen der Partei, ihrer Gliederungen und auch der angeschlossenen Verbände auf - je nach Bedeutung des Ereignisses in Form einer unverbindlichen oder eher nachdrücklichen Einladung, nicht selten auch durch direkte Abordnung, womit die Anwesenheit als Dienstpflicht galt. Bei besonders wichtigen Veranstaltungen ließ sich Schottenheim persönlich melden, wer aus welchen Gründen nicht teilgenommen hatte¹⁹⁸. Von Groß-

¹⁸⁶ Vgl. ZR 11229 bzw. 16559 und Weinmann S.110 f.

¹⁸⁷ DAF an Betriebsobmänner 1.8.1938 und Verf. Sch. 10.8.1938, ZR 16556.

¹⁸⁸ DAF-Gauverwaltung an Stadt 19.9.1938, ZR 11225.

¹⁸⁹ DAF an Simon 9.9.1939, ZR 16535.

¹⁹⁰ Einzelheiten in ZRa 13244 und 13332.

¹⁹¹ Verf. Sch. 25.8. und 6.11.1933, ZR 9042.

¹⁹² Verf. Sch. 25.8.1933, ZR 3726. Belege für Reichsparteitag 1935 in ZR 11197, für 1938 in StA (NSDAP) 15.

¹⁹³ Vgl. z.B. Ehrhardts generelle Verf. 22.11.1933, ZRa 13929. Belege für Freistellung städt. Lehrer v.a. für LS-Kurse in ZRa 12455. Hier auch Beurlaubung Ottmar Heß zum Sonderkurs der Reichsführerschule Bernau sowie Entlastung Georg Wiesends um 8-10 Std. pro Monat für ehrenamtl. Tätigkeit bei der Gauinspektion Süd.

¹⁹⁴ Notiz Sch. 8.2.1934, DS 846, und HA-Prot. 18.4.1934. Die Betroffenen erhielten einen Spesenzuschuß von einer RM pro Tag. Dies wurde selten in Anspruch genommen, nachdem man es absichtlich nicht bekanntgab, vgl. Note H. 28.4.1934, ZR 4299.

¹⁹⁵ Verf. 24.11.1933, ZR 3726 und 9042.

¹⁹⁶ Einzelheiten in ZR 11197. Auch Sch. nahm an sämtlichen Veranstaltungen des Reichsparteitags teil.

¹⁹⁷ Belege z.B. in ZRa 13244.

¹⁹⁸ Vgl. z.B. Verf. 2.10.1933, ZR 9042.

kundgebungen¹⁹⁹, Aufmärschen und Appellen über 1.Mai-Feiern und das gemeinschaftliche Anhören von Rundfunkübertragungen bis hin zu Schulungs-, Theater- und Filmabenden²⁰⁰ reichten die Anlässe, regelmäßig war in diesen Fällen allerdings die ausfallende Arbeitszeit vorher oder nachher einzubringen²⁰¹. Auch kam es vor, daß Reinemer den privaten Besuch eines bestimmten "nationalen" Films empfahl²⁰² und Schottenheim, wie von Goebbels angeordnet, zur einjährigen Wiederkehr der "Machtübernahme" von jedem Beamten verlangte, einem Hilfsbedürftigen ein Mittagessen zu verabreichen²⁰³. In besonderen Notlagen wurden die städtischen Bediensteten auch berufsfremd eingesetzt, so etwa im August 1938, angesichts des Arbeitskräftemangels in der Landwirtschaft, zur Erntearbeit²⁰⁴, oder gegen Kriegsende zum Behelfsheimbau.

Ganz selbstverständlich griff man also in die Privatsphäre der städtischen Bediensteten ein. Ebenso selbstverständlich nannte Schottenheim die Beteiligung aller "Gefolgschaftsmitglieder" am "Dankopfer der Nation", der als "Geburtstagsgeschenk" der SA für Hitler inszenierten reichsweiten Geldsammlung. Sie brauchten ihre "Spende" nur in eine Liste einzutragen, dann wurde sie gleich vom Lohn einbehalten²⁰⁵. Für die Beteiligung am alljährlichen Winterhilfswerk der NSV galten ähnliche Bedingungen, ihr konnte man sich kaum entziehen²⁰⁶. In den ersten Jahren schlug Schottenheim eine Spende in bestimmter Höhe vor, gab allerdings seiner Erwartung Ausdruck, daß diesem Vorschlag entsprochen werde und ließ sich die ausgefüllten Spendenlisten vorlegen²⁰⁷. Später wurden die Spenden dann direkt vom Lohn abgezogen, nachdem man eigene Betriebsappelle zur Werbung für das WHW organisiert hatte²⁰⁸, und im letzten Kriegswinter war nicht einmal mehr die Einwilligung des "Spenders" erforderlich: Die städtische Lohn- und Gehaltsstelle behielt die mittlerweile üblichen 10 % der Lohnsteuersumme einfach ein²⁰⁹. Allzu groß scheint angesichts der vielen verschiedenen Sammlungen allerdings die Spendenfreudigkeit der städtischen Belegschaft, insbesondere die der besserverdienenden Beamten, nicht gewesen zu sein, wie Schottenheim bitter kritisierte²¹⁰.

6. Kriegsvorbereitungen im Personalwesen

Schon 1937 begannen im städtischen Personalwesen die Vorbereitungen für den Mobilisierungsfall. Die Stadt war dabei berechtigt, Unabkömmlichkeits- ("uk"-) Anträge zu stellen, und verpflichtet, schon im Frieden Ersatz- und Verstärkungspersonal für den Ernstfall zu erfassen. Die betroffenen Bürger, deren Dienstverpflichtung man plante, waren hierüber zu informieren, so daß im Spannungs- oder Mobilisierungsfall dann eine einfache "Aufforderung

¹⁹⁹ Z.B. Verf. Sch. 28.9.1938, an einer Abendkundgebung Wächtlers teilzunehmen, ZRa 13339.

²⁰⁰ Beispiele u.a. in ZR 9042, ZRa 12707a, 13316, 13332, 14013, ZR 16529 und 16557.

²⁰¹ Vgl. z.B. Verf. H. 8.11.1933, ZRa 13375.

²⁰² 7.7.1933, ZR 3726 und 9042.

²⁰³ Verf. 29.1.1934 in ZR 9042.

²⁰⁴ Mb August 1938, demnach 242 städtische Bedienstete als Erntehelfer, DS 847.

²⁰⁵ Verf. 7.5.1936, ebd. und ZR 18748. Hier auch Reinemer an SA-Brigade 81 22.9.1936. Die NSKOV plante aus den eingegangenen Geldern zunächst eine "SA-Dank-Siedlung" in der Schottenheim-Siedlung, vgl. Sch.s Notizen ab Ende 1936 in DS 898.

²⁰⁶ Vgl. Rundschreiben Gemeindebeamtenverband 1.7.1933, ZR 9042.

²⁰⁷ Verf. 12.11.1934, ZR 9042.

²⁰⁸ Vgl. z.B. Verf. zur Eröffnung der WHW-Sammlung WHW 1938/39, ZR 16557.

²⁰⁹ Verf. Sch. 25.8.1944, ZR 3710. Wer sich am WHW nicht beteiligte, hatte dies schriftlich zu melden, vgl. Verf. Sch. 7.8.1942, NIS 12.

²¹⁰ Verf. 7.8.1936, ZR 3726. Zur Genehmigung von Sammlungen allg. ZR 19834 f.

zur Dienstleistung" genügte²¹¹. Gleichzeitig mußten auch schon Listen der unabkömmlichen Bediensteten bei den Wehersatzdienststellen eingereicht werden, denn im Ernstfall müsse die Bereitstellung von "Waffenträgern für die unmittelbare Führung des Kampfes (...) unbedingt den Vorrang haben vor allen anderen (...) Maßnahmen, die der Kampfführung nur mittelbar zugute kommen"²¹². Zu dieser Zeit häuften sich schon die Klagen über den Mangel an kompetenten Mitarbeitern²¹³. Betroffen waren vor allem die Dienststellen, die viele Arbeiter beschäftigten, also die Werke samt dem Schlachthof und das Bauamt. Als etwa das Arbeitsamt im Sommer 1938 versuchte, Bau- und Hilfsarbeiter aus den Betrieben und Verwaltungen abzuführen, um sie Vierjahresplan-Projekten zuzuweisen²¹⁴, wehrte sich Personalreferent Reinemer mit dem Hinweis auf den schon jetzt bestehenden großen Mangel an brauchbaren Arbeitern²¹⁵ - Arbeitsstellen in der Privat-, vor allem der Rüstungswirtschaft, in Regensburg insbesondere beim Flugzeugwerk, waren attraktiver und besser bezahlt.

Angesichts der wachsenden außenpolitischen Spannung im Spätsommer 1938 ergingen neue Richtlinien des Reichsinnenministeriums zur "Sicherstellung des Personalbedarfs für den Mobilisierungsfall"²¹⁶. In der Sudetenkrise erwies sich dann, daß sich die Partei zwar in "normalen" Zeiten mit der widerspruchslosen Unterordnung des öffentlichen Dienstes zufriedengab, in Spannungszeiten aber mehr forderte: persönliches Engagement statt Mitläufertum. In den "gegenwärtigen, für unser gesamtes deutsches Volk geschichtlich so bedeutsamen Tagen" verlangte Staatssekretär Köglmaier, der wichtigste Mitarbeiter Innenminister Wagners, engste Zusammenarbeit der Bürokratie mit den Dienststellen der Partei, die auf dem "auf nationalsozialistischer Weltanschauung begründeten innigen Verhältnis zwischen Staat und Partei" beruhen sollte²¹⁷.

Wie sehr man schon im Herbst 1938 mit Kampfhandlungen rechnete, ergab sich aus einer Reihe behördeninterner Anweisungen, die Personalfragen berührten. So durften die Städte und Gemeinden zu den bevorstehenden "Wehrmachtsübungen" im August und September 1938 - der Vorbereitung auf den Einmarsch im Sudetenland - keine Anträge stellen; derartigen Anträgen werde "in keinem Falle stattgegeben"²¹⁸. Außerdem sollten die Gemeinden ausdrücklich Ersatzpersonal für die eingezogenen Gefolgschaftsmitglieder einstellen, sich also auf eine längere Abwesenheit der Eingezogenen einrichten²¹⁹. 146 städtische Gefolgschaftsmitglieder wurden im Zeitraum September/Oktober 1938 zu diesen "Übungen" eingezogen, meist für mehr als vier Wochen²²⁰. Daher verfügte Schottenheim eine Urlaubssperre und zahlreiche verwaltungsinterne Personalumsetzungen. Zudem wies er die Amtsleiter auf die Möglichkeit hin, Pensionäre und Witwen von Beamten gegen Tagegeld zur freiwilligen Dienstleistung bei der Stadtverwaltung aufzufordern; wo all dies nicht genüge, seien eben Überstunden zu leisten²²¹. Kurz vor dem Höhepunkt der Krise hatten die Verwaltungen schließlich Personal für die Befestigungsbauten an der Westgrenze des Reichs abzustellen²²².

²¹¹ "Grundsätze für die Verteilung und den Einsatz der Bevölkerung im Kriege" = Richtlinien des Reichsverteidigungsrats und des OKW 10.6.1939, Abdruck in DS 553. Bekanntgabe der Behörden, die Notdienstleistungen fordern konnten, am 8.7.1939, RGBI I S.1204. Weitere Details in DS 553.

²¹² Anordnung der Reg. 12.2.1937, DS 553.

²¹³ Vgl. z.B. Berichte Betriebsamt, Kranbetrieb und Einhebestelle März 1938, PAM 540.

²¹⁴ Rechtsgrundlage: Kräftebedarfs-VO 22.7.1938, RGBI I S.652.

²¹⁵ Reinemer an AA 8.8.1938, ZRa 13214.

²¹⁶ RdErl 30.7.1938, Abdruck in DS 553.

²¹⁷ Funkspruch an die Regierungspräsidenten, Bürgermeister etc. 29.9.1938, StA 14175 (Eingangsstempel 30.9.1938 auch ZR 11203).

²¹⁸ Schreiben der Reg., 8.8.1938, ebd.

²¹⁹ Ebd.

²²⁰ Mb Oktober 1938, DS 847.

²²¹ Verf. 13.9.1938, ZR 3726 und NIS 10. Aufhebung der Urlaubssperre 7.11.1938 (ebd.).

²²² Vgl. hierzu Briefwechsel Hauptamt für Kommunalpolitik - Stellv. des Führers, BA Koblenz, NS 25/853.

Auch die Stadt Regensburg mußte hierfür binnen 48 Stunden neun Bedienstete benennen, die nicht im Besitz eines Wehrpasses oder einer Mobilmachungsbeorderung sein durften²²³. Befriedigt konnte man allerdings bald zur Kenntnis nehmen, daß die Benannten nicht mehr benötigt wurden²²⁴. Für den Aufbau der deutschen Verwaltung im Sudetenland stellte die Stadt Regensburg dagegen vier Beamte des mittleren Dienstes ab, während sie sich später unter Hinweis auf die Personalnot weigerte, auch noch Kräfte für das Memelland abzugeben²²⁵.

Die Beschaffung von Ersatzpersonal entwickelte sich zu einem großen Problem. Nicht nur die Wehrmacht erhob Anspruch auf städtische Bedienstete; die Polizeidirektion, zuständig für den örtlichen Luftschutz, weigerte sich schon seit 1937, städtische Gefolgschaftsmitglieder freizugeben, die dem Sicherheits- und Hilfsdienst (SHD) angehörten. Bedienstete der Stadt wurden zum Behördenluftschutz, zum freiwilligen Krankenpflagedienst für die Wehrmacht, zum Polizeihilfsdienst, dem Bahn- und Postschutz oder zur Technischen Nothilfe verpflichtet und konnten somit von der Stadtverwaltung nicht mehr für eigene Zwecke uk-gestellt werden²²⁶. Das Arbeitsamt mußte eingestehen, daß im Mobilisierungsfall zu wenig berufstätige Frauen zur Verfügung stünden, um die Anforderungen der Bedarfsstellen zu decken²²⁷. Zudem verfiel man auf die Rückführung berufsfremd eingesetzter Arbeitskräfte in ihre eigentlichen Berufe, soweit es sich um solche aus Mangelbranchen handelte. Auch die Behörden wurden angefragt, ausdrücklich mit dem Hinweis auf den "Kräftebedarf für die Rüstungsindustrie, die Fertigstellung besonderer Bauvorhaben und verstärkter Förderung der Ausfuhr"²²⁸. Regelmäßig erwies sich Personalreferent Reinemer dabei als pragmatisch genug, die Interessen der Stadt in den Vordergrund zu stellen; er verzögerte die Antworten auf Anfragen, die weitere Personalabstellungen befürchten ließen, und suchte Formulierungen, die den größtmöglichen Schutz boten: Die betroffenen Gefolgschaftsmitglieder seien besonders zuverlässig und praktisch unentbehrlich, Ersatz nur schwer zu bekommen²²⁹.

Trotz der spürbaren Entspannung nach dem glimpflichen Ausgang der Sudetenkrise herrschte von nun an ein neuer Ton - ständig betonte man die enge Zusammengehörigkeit von Partei und Verwaltung. Diese schärfere Gangart schlug sich nicht nur in öffentlichen Ereignissen wie den Judenpogromen der "Kristallnacht", sondern auch verwaltungsintern nieder; die Überwachung der städtischen Gefolgschaft verschärfte sich. Ab Ende 1938 wurde von Bewerbern um städtische Beamten- und Angestelltenstellen nicht mehr nur der einfache Arier-nachweis gefordert, der durch die Heiratsurkunde der Eltern belegt werden konnte, vielmehr mußten nun für den Bewerber und seine Ehefrau die Geburtsurkunden der Großeltern vorgelegt werden²³⁰. Alle städtischen Bediensteten hatten für den Personalakt eine förmliche Erklärung über Mitgliedschaften in der NSDAP, ihren Gliederungen bzw. angeschlossenen Verbänden abzugeben, die Zugehörigkeit zu konfessionellen berufsständischen Verbänden wurde verboten²³¹. Nun häuften sich die zentralen Anweisungen über verschiedenste Aspekte der Personalpolitik im Mobilisierungsfall. Sogar die Gesinnungsprüfung des mit Geheimsachen

²²³ MIInn an Stadt 19.9.1938, ZRa 13214, veranlaßt durch Schnellbrief RMdI an die Länder; ebd. Meldung Stadt an MIInn und AA 21.9.1938, worin u.a. fünf Lehrer benannt wurden.

²²⁴ RMdI an MIInn 23.9.1938, Abschrift ebd.

²²⁵ Reinemer an Reg. 6.5.1939, ZR 3714. Das Gehalt der freigestellten Beamten übernahm zunächst das RfM, bis die neu eingerichteten Behörden funktionierten, vgl. RdErl 13.12.1938, RMBliV S.2137, vgl. allg. ZR 4142.

²²⁶ Vgl. PolDir an Stadt 16.10.1937 und 1.11.1938, DS 553, sowie Personallisten Reinemer an Reg. 4.5.1939, ZR 3820. Darin Angaben zur kraftfahr-, nachrichten- und waffentechnischen Ausbildung der Betroffenen.

²²⁷ AA-Direktor Miersch bat die Stadt sogar, Beamtenwitwen unter 50 Jahren zu benennen (5.9.1938, ZR 3819).

²²⁸ Rundschreiben AA 17.12.1938, ZR 4149.

²²⁹ Vgl. z.B. Reinemer an AA 15.2.1939, DS 553.

²³⁰ Verf. Sch. 22.12.1938, DS 519 und ZR 3711.

²³¹ Verf. Sch. 7.11.1938, ZR 3726, Grundlage: RdErl RMdI 22.8.1938, RMBliV S.1358.

befäßen Personals wurde schon vorweggenommen, die Arbeitsämter hatten entsprechende Karteien zu führen²³². Im Frühjahr 1939 traten die Kriegsvorbereitungen im städtischen Personalwesen in ihre entscheidende Phase²³³, im Sommer 1939 nahmen die Einberufungen zur Wehrmacht schließlich ein solches Ausmaß an, daß der Oberbürgermeister in großem Umfang Personal versetzen und Kompetenzen ändern mußte, um die Folgen des Personalman- gels aufzufangen²³⁴. Die Lage symptomatisch beschreibend, sagte Schottenheim kurz vor Kriegsbeginn zu seinen Ratsherren: "Sie stehen heute an diesem Platz, weil Sie die Partei hierher berufen hat. Ich selbst nehme diesen Platz als Oberbürgermeister heute ein, weil mich die Partei berufen hat. Und vergessen wir nie, daß wir nur hier stehen, weil uns die Partei an diesen Platz gestellt hat. Daher muß es unser erstes Bestreben sein, mit der Partei in engster Verbundenheit zu arbeiten."²³⁵

C. Finanzielle Leistungen für Dienststellen der Partei

Nach dem mehrfach verkündeten Ende der "nationalsozialistischen Revolution" im Sommer 1933, vor allem aber seit dem Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1.12.1933²³⁶ herrschte allgemeine Unsicherheit darüber, welche Leistungen der nunmehr staatstragenden NSDAP zustanden und welche ihr verweigert werden konnten. So stiftete die Stadt beispielsweise je 1000 RM für die Vorbereitung des Reichsparteitags und für das Haus der Deutschen Kunst in München - nicht unbedeutende Summen, bedenkt man, daß es sich hier nun wirklich nicht um gemeindliche Aufgaben handelte²³⁷. Ende 1933 legte das Finanz- referat eine lange Liste mit Forderungen vor, die an die Stadt herangetragen worden waren²³⁸. Vor allem die lokale SA, bis Ende 1933 noch als Hilfspolizei eingesetzt, trat nach wie vor äußerst selbstherrlich und fordernd auf, die Gauleitung des Arbeitsdienstes und die Standort- führung des Jungvolks verlangten die Übernahme von Strom- und Gaskosten, die NS-Frauen- schaft bat darum für ihre Nähstube, das NSKK wollte die Heizungskosten für seine Mo- torsportschule auf die Stadt abwälzen. Verschiedene SA- und SS-Stürme verweigerten schlicht die Bezahlung der Mieten für von ihnen benützte Räume, der Reichsarbeitsdienst und einzelne SA- und SS-Männer erbaten bzw. verlangten Freifahrtkarten für die Straßenbahn, während die NS-Frauensschaft ihre Mitarbeiterinnen per städtischen Kraftwagen zu den Stadt- randsiedlungen transportieren lassen wollte.

Ein weiteres Beispiel illustriert, wie Parteidienststellen anfangs mit der Stadtverwaltung um- gehen konnten, wenn es um Einfluß und Zuschüsse ging. Wie daraus zu ersehen ist, beteiligte sich die Stadt im Einzelfall sogar an den Personalkosten, die der Kreisleitung entstanden²³⁹. Im Mai 1934 gab Rechtsanwalt Ederer, Leiter der "Gaurechtsstelle Oberpfalz" und später städtischer Beigeordneter, der Stadt bekannt, er sei von der Reichsleitung beauftragt worden,

²³² Rundschreiben OKW, RMdI und Reichsarbeitsministerium 20.2.1939, DS 553.

²³³ Die Einzelheiten ebd.

²³⁴ Verf. 15.4.1939 und 24.7.1939, ZRa 13214 bzw. PAM 539; u.a. Auflösung des Bezirkswohlfahrtsamtes Stein- weg und der Verwaltungsnebenstelle Reinhausen.

²³⁵ Rh-Prot. 4.7.1939

²³⁶ RGBI I S.1016.

²³⁷ Sch. an Gauleitung und Zahlungsanweisungen, 17.8.1933, ZRa 14015 bzw. HA-Prot. 11.10.1933.

²³⁸ Undatierte Liste FIN 508, ebd. Aufstellung der ausständigen Stromkosten, 22.11.1933; vgl. auch die HA-Prot., die sich ständig mit solchen Anträgen befaßen, und ZR 10678.

²³⁹ Vgl. auch Zuschuß für eine Hilfskraft im NS-Kreisheimstättenamt, da sich dieses häufig mit der Schottenheim- siedlung zu befassen habe (Verf. 28.11.1938, ZR 11204).

die NS-Rechtsbetreuung in der Oberpfalz zu organisieren. Hierzu hatte er eine Rechtsberatungsstelle der Partei für einkommensschwache Bürger einzurichten. Allerdings bestand schon seit Jahrzehnten eine städtische Rechtsberatungsstelle. Über ihre Zukunft schrieb Ederer, sie werde demnächst "in Wegfall" kommen; ein Parteifunktionär teilte also der Stadtverwaltung mit, was sie demnächst tun und lassen werde. Folgerichtig wurden von nun an auch die Zuschüsse der Stadt, die bisher als Gegenleistung für die Rechtsberatung an den Anwaltsverein abgeführt worden waren, an Ederer ausgezahlt²⁴⁰.

Bei Großveranstaltungen mußte die Stadt zum Nutzen der Partei Quartiere beschaffen²⁴¹; so fiel im Juni 1933 der Unterricht in sieben Altstadtschulen aus, da sie als Massenunterkünfte für die Teilnehmer am Gautag der NSDAP benötigt wurden²⁴². Die Stadtverwaltung beteiligte sich auch an der Aufstellung von Lautsprecheranlagen, wenn die Kreisleitung Rundfunkreden Hitlers öffentlich übertragen ließ²⁴³. 1933 und 1934 summierten sich die Propagandakosten, die die Stadt für die Kreisleitung übernahm, auf rund 2200 RM²⁴⁴. Ab 1935 häuften sich dann die Ehrenpreise für Partei-Sportfeste, die Schirmherrschaften des Oberbürgermeisters und ähnliches²⁴⁵. Zudem erhielten immer wieder Parteistellen Zuwendungen, auch solche aus Schottenheims Geschenkkasse²⁴⁶.

Handelte es sich im Einzelfall um geringe Beträge, so summierten sie sich doch zu beträchtlicher Höhe. Angesichts der katastrophalen städtischen Finanzlage mußten daher in den Anfangsjahren die weitaus meisten dieser Gesuche abschlägig beschieden werden. Hier bewährten sich die engen Beziehungen zwischen Schottenheim und Weigert sowie die Tatsache, daß der Stadtrat ausschließlich aus Nationalsozialisten bestand, denen man schwerlich parteifeindliches Verhalten vorwerfen konnte. Umgekehrt hätte der Oberbürgermeister wohl gerne mehr für seine Parteifreunde getan, als es die Finanzlage erlaubte. Dennoch wuchs insgesamt das Bedürfnis der Verwaltungen, sich gegen die Forderungen der Partei abzusichern. Dies führte zu Verhandlungen auf höchster Ebene, die als Teil des Prozesses zur Bändigung der SA anzusehen sind. In verschiedenen grundlegenden Erlassen des Jahres 1934 wurden die Beziehungen zwischen Kommunen und Parteidienststellen geregelt. Die Ereignisse um den sogenannten Röhmputsch, mit denen die Position der SA reichsweit ins Wanken geriet, kamen hinzu, denn nach dem Blutbad des 30.6.1934²⁴⁷ wußte monatelang niemand in der Stadtverwaltung, inwieweit es noch opportun war, der SA entgegenzukommen, und ihre Dienststellen selbst traten auch nicht mehr so bestimmt auf wie früher²⁴⁸.

Am 3.3.1934 hatte der Reichsfinanzminister angeordnet, daß die NSDAP gemäß ihrem Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts zu behandeln sei. Ihren Wünschen, etwa um die Be-

²⁴⁰ Zum 26.6.1934 wurde die städtische Beratungsstelle aufgelöst, und die der Partei nahm die Arbeit auf. Der Vorgang in ZR 19551. Zur Teilfinanzierung einer Bürgerberatungsstelle der Kreisleitung durch die Stadt ab Ende 1934: HA-Prot. 13.11.1934.

²⁴¹ Bevorzugt: die Turnhallen der Altstadtschulen; Einzelheiten in ZRa 14013.

²⁴² Bericht 19.5.1933 sowie Freudenberger an Reg. 20.5. und 30.6.1933, ZR 9382 bzw. ZRa 12420; der Unterricht war nachzuholen. Vgl. z.B. auch Reinemer an Quartieramt der SA-Marinestandarte 20, 3.4.1937, ZRa 13534, und SA-Sturmabteilung I/J 15 an Freudenberger 16.3.1934, ZRa 12537).

²⁴³ Einzelheiten z.B. in ZRa 14013, 13457 und ZR 20067, vgl. HA-Prot. 27.9. und 6.11.1933.

²⁴⁴ Kostenaufstellung der Kreisleitung 13.11.1934, ZR 11194; HA-Prot. vom gleichen Tag zum Beschluß, die Kosten zu übernehmen, sowie Zahlungsanweisung Sch. 14.11.1934, ZR 11194.

²⁴⁵ Beispiele u.a. in ZRa 13944. Vgl. auch Beteiligung an der "Fahrt der Alten Garde" Sommer 1939, ZR 11199.

²⁴⁶ Viele Belege in ZR 11245. Vgl. auch Zuschüsse zu Maifeiern der Kreisleitung (ZR 19658), an den SS-Abschnitt XXVIII (Dank 26.9.1936, NIS 8) oder Werbeanzeige im "NS-Jahrbuch 1941" (ZRa 13543). Selbst von einem SA-Hilfswerklager in Landau/Isar liegt ein Dankschreiben für die Spende von 20 Tonnen Koks durch die Stadt vor (31.10.1935, ZR 11213).

²⁴⁷ Unter den Mordopfern auch der gebürtige Rgbg.er Albert Prolat, gestorben 2.7.1934 beim Transport nach Lichtenberg, vgl. BA Koblenz, NS 23/475.

²⁴⁸ Zu den Spannungen zwischen örtlicher Reichswehr und der SA in der zweiten Jahreshälfte 1934: BA-MA RH 26-10/226. Vgl. zur Landesebene Domröse S.281 ff.

reitstellung von Grundstücken und ähnliches, sei zwar "tunlichst zu entsprechen", doch nur gegen eine Miete, die mindestens die Lasten decke²⁴⁹. Die Steuern für die von der Partei genutzten Grundstücke sollten ihr allerdings "im Billigkeitswege" erlassen werden, und der deutsche Gemeindetag empfahl zumindest niedrige Mieten²⁵⁰. Zentrale Bedeutung gewann dann der Erlaß des Reichsinnenministeriums vom 22.5.1934, der auf einer Vereinbarung zwischen Reichsfinanzminister, Stellvertreter des Führers und Stabschef der SA beruhte. Danach gehörte die "geldliche Unterstützung von Dienststellen der Partei, der SA, der SS und der anderen Gliederungen der Partei nicht zu den Aufgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände" und hatte daher zu unterbleiben²⁵¹. Der Erlaß von Gebühren und Mieten, die kostenlose Überlassung von Heizmaterial, Freifahrkarten, Kraftfahrzeugen, Fuhrleistungen und ähnliches durfte den Kommunen nicht länger zugemutet werden²⁵². All dies galt allerdings nicht, soweit Gliederungen der Partei "unter Entlastung des Haushalts der Gemeinde Aufgaben erfüllen, die sonst von der Gemeinde selbst erfüllt oder anderen Stellen oder Personen bezahlt werden müßten."²⁵³ Zulässig blieben also Zuschüsse oder Sachleistungen für die Jugendarbeit der HJ, für die vielfältigen sozialen Dienste von NSV und NS-Frauenschaft, aber auch für den Reichsarbeitsdienst, und zwar in der Höhe, in der ihre Tätigkeit die Gemeinde entlastete²⁵⁴.

Schließlich beinhaltete diese Entwicklung, die als wichtiger Sieg der Bürokratie über die Partei gewertet werden muß, auch ein Sammelverbot für sämtliche Parteidienststellen außer der NSV. Untersagt war ihnen ausdrücklich, Betriebe und Verwaltungen um Zuschüsse anzugehen²⁵⁵. In der Praxis wurde das Sammelverbot allerdings ständig durchbrochen. Für soziale Zwecke durfte ohnehin gesammelt werden, wie es bei Wunschkonzerten, Versteigerungen und zahllosen weiteren Veranstaltungen zugunsten des Winterhilfswerks²⁵⁶ oder auch der NSV selbst der Fall war; sogar in den städtischen Büros wurden hierfür Spenden eingehoben²⁵⁷. Jedoch auch für das "Deutschtum im Ausland", für die Durchführung des Gautags der NSDAP, den Reichsluftschutzbund und viele andere Zwecke gab es Ausnahmegenehmigungen von dem Verbot²⁵⁸. Allein von der Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft blieben Stadtverwaltung und städtische Betriebe verschont, da sie öffentliche Gelder verwalteten²⁵⁹.

Auch im nächsten Fall handelt es sich um einen Sieg der Verwaltungen über die ausufernden Ansprüche verschiedenster Parteidienststellen, der allerdings im Alltag ebenfalls ausgehöhlt wurde; es geht um die restriktive Regelung der Akteneinsicht. Zwar waren alle Behörden generell angewiesen, der Partei Amtshilfe zu leisten²⁶⁰, aber für die Verwaltungspraxis hatte man doch Regelungen suchen müssen, die das Amtsgeheimnis besser bewahrten. Beispiels-

²⁴⁹ Abdruck in ZR 11194.

²⁵⁰ Nachrichtendienst DGT 21.3.1934, ZR 11194.

²⁵¹ Abdruck in ZR 11194, 18110 und FIN 508, vgl. ME in FIN 508 und ZR 11193 und 3.Änderungsgesetz zum Finanzausgleich 31.7.1938, RGBI I S.967. Den Gemeinden blieben Leistungen an Parteistellen erlaubt, wenn kein Druck ausgeübt worden war, vgl. Minn an Reg. 8.12.1934, Abdruck in FIN 508.

²⁵² Vgl. aber Sailers Notiz 23.7.1937, JUG 549: "Leider muß des öfteren festgestellt werden, daß dieser Erlaß nicht immer beachtet wird."

²⁵³ Preußischer Erlaß 22.5.1934 und RdErl des RMdI 4.9.1934, Abdruck ZR 17941 und FIN 508.

²⁵⁴ Einschlägig v.a. ZR 11194. Rechtsvorschriften und DGT-Rundschreiben zu den kommunalen Leistungen für die NSDAP in FIN 508. Zur Münchener Entwicklung Hanko S.410 ff.

²⁵⁵ "Der Bayerische Bürgermeister" 5.7.1934 mit Fundstellen zur Rechtslage.

²⁵⁶ Umfangreiche Unterlagen zum WHW u.a. in ZR 10117, vgl. Sch.s Notizen in DS 565.

²⁵⁷ Beispiele in ZR 18752.

²⁵⁸ Beispiele in ZR 10992 f.

²⁵⁹ Nachrichtendienst DGT 24.6.1933, wo die Reichsleitung der NSDAP zitiert wird; Abdruck in ZR 18741. Die Stadtlagerhaus GmbH mußte, nachdem weniger als 50 % ihrer Einnahmen aus öffentlichen Geldern stammten, zu der Spende beitragen.

²⁶⁰ Vgl. z.B. Änderungsgesetz zum Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat 3.7.1934, RGBI I S.529; vgl. allg. Matzerath (1970) S.379 ff.

weise hatte erst die Kreisregierung genehmigt, daß die Gauamtsleitung der NSKOV die Listen der Ehrenkreuzinhaber oder das örtliche NSKK die der Auto- und Führerscheinbesitzer einsehen durfte²⁶¹. Ende 1936 trafen Reichsinnenminister und Stellvertreter des Führers eine noch restriktivere Regelung: Akten durften grundsätzlich nur noch an höchste Parteistellen versandt, Einsicht nur bis hinab zum stellvertretenden Gauleiter bzw. den entsprechenden Rängen der SA, der SS und des NSKK gewährt werden, und auch dies nur, wenn ein begründetes Interesse nachgewiesen wurde; innerdienstliche Vorgänge blieben grundsätzlich von der Einsichtnahme ausgenommen²⁶². Diese Beschränkung schloß in der Praxis jedoch die Erteilung von Auskünften nicht aus. Generell waren städtische Dienststellen, insbesondere Einwohner- und Standesamt, ständig mit Arbeiten für Parteistellen befaßt; für die verschiedensten Anlässe mußten Personalien festgestellt werden²⁶³, DAF und NSV verlangten Auskünfte und statistische Angaben, die oft erst mühsam zusammengestellt werden mußten²⁶⁴. Das Einwohneramt klagte: "Nachdem aber die Inanspruchnahme des Amtes durch die Deutsche Arbeitsfront so angewuchs, daß sie nicht mehr tragbar war (es mußten wöchentlich mehrere hundert Aufschlüsse erteilt werden), wurde die gebührenfreie Auskunfterteilung abgelehnt."²⁶⁵ Dem mußte sich sogar Reinemer anschließen; immerhin setzte er eine deutlich ermäßigte Gebühr für die DAF fest²⁶⁶.

Der DAF-Organisation "Kraft durch Freude" gehörte die Stadt als Mitglied des Deutschen Gemeindetags ohnehin an²⁶⁷, darüber hinaus war sie korporatives Mitglied der NSV und in Ganningers Ostmarkhaus-Bauverein. 1940 trat sie auch dem Reichskolonialbund bei²⁶⁸. Daneben galt ihre besondere Förderung dem "Auslandsdeutschtum", nachdem Bürgermeister Herrmann die Kreisgruppe des "Bundes der Deutschen im Osten" (BDO) leitete. Neben diesem erhielten auch der "Volksbund für das Deutschtum im Ausland" (VDA) bzw. der "Deutschtumsfond" des Deutschen Gemeindetags bis Kriegsende regelmäßige Zuschüsse²⁶⁹. Anders als 1933/34 war es nun, da sich die städtische Kassenlage stabilisiert hatte, nicht mehr in gleichem Umfang möglich, aber auch nicht mehr so nötig, Bitten um Unterstützung rigoros abzulehnen. Als besonders auffälliges Beispiel hierfür sei die Beteiligung der Stadt an den Stützungsaktionen für das "heimgekehrte" Saarland genannt.

Schon in der Weimarer Zeit hatte in Regensburg ein Saarverein bestanden. Entgegen den Kürzungs-, vor allem aber Streichungsbeschlüssen bei den Zuwendungen an fast alle anderen Vereine beließ die Stadt dem örtlichen Saarverein seinen Zuschuß²⁷⁰. Als dann das Saarland in das Deutsche Reich eingegliedert wurde, schickte Schottenheim nicht nur ein Glückwunschtelegramm an den dortigen Gauleiter²⁷¹, er wies auch das Gaswerk an, bei der Kokserzeugung mehr Saarkohle einzusetzen²⁷², und fand sich bereit, eine "Weinpatenschaft" für Saarbürgern zu übernehmen; 12000 Liter "Patenwein" bestellte man dort und nötigte die örtlichen Weinhändler und Gastwirte, diesen Wein vermehrt ins Sortiment aufzunehmen. Eine eigene "Festwoche der deutschen Traube und des Weines" im Oktober 1935, verbunden mit

²⁶¹ Verf. 21. und 26.9.1935, ZRa 13464; ebd. auch Genehmigung der Reg. an Kreisleitung, Einsicht in die Wahlakten seit 1918 zu nehmen (30.3.1937).

²⁶² RdErl des RMdI 2.11.1936, bekanntgegeben durch Stellv. des Führers 22.1.1937, Abdruck ebd.

²⁶³ Einschlägig z.B. ZR 10557 und 10560.

²⁶⁴ Vgl. allg. ZR 16528.

²⁶⁵ Bericht 23.11.1936, ZRa 13502.

²⁶⁶ Schreiben an DAF 23.12.1936, ebd. und EMA 501.

²⁶⁷ Vgl. ZR 10968.

²⁶⁸ Einzelheiten in ZR 10518.

²⁶⁹ Einzelheiten in ZRa 13908, vgl. auch HA-Prot. 27.9., 5.12.1934, 12.3.1935.

²⁷⁰ Prot. 22.3.1934, vgl. allg. ZRa 13938.

²⁷¹ Dank des Reichskommissars für die Rückgliederung des Saarlandes 16.3.1935, ZR 10503.

²⁷² Der Vorgang in ZR 16597.

intensiver Pressepropaganda und KdF-Veranstaltungen, vor allem aber die Subventionierung des Preises durch die Befreiung von der Getränkesteuer führten dazu, daß der Saarwein von den Verbrauchern halbwegs akzeptiert wurde. Trotzdem mußte man berichten, daß man doch lieber Pfälzer- oder Rheinwein bestellen wolle, falls sich derartige Aktionen wiederholen sollten²⁷³.

D. Die Förderung von Parteibauten und -projekten²⁷⁴

1. Die Parteizentrale

Bis 1931 bestand für die Oberpfalz eine Gaugeschäftsstelle der NSDAP in Schwandorf, doch erwies sie sich mit dem schnellen Wachstum der Partei als zu klein, und so verlegte Gauleiter Maierhofer das Büro nach Regensburg. Im Anwesen Bismarckplatz 5, wo auch die Hauptgeschäftsstelle von Maierhofers Parteizeitung "Schaffendes Volk" unterkam, wurde nun das "Braune Haus" eingerichtet. Nach Maierhofers Ablösung gingen die Zeitungsräume auf die "Bayerische Ostwacht" des neuen Gauleiters Schemm über. Neben dem Parteibüro und der Redaktion befanden sich im "Braunen Haus" der Buchvertrieb der Kreisleitung, die Büros des Wirtschaftsberaters und Rechtsanwalts Otto Erbersdobler und des von ihm geleiteten "Kampfbunds des Mittelstands". Gegen die beengten Verhältnisse wußte auch Schottenheim kein Mittel²⁷⁵, erst die Übernahme der ehemaligen "Volkswacht"-Druckerei in der Spatzengasse durch die "Ostwacht" am 2.6.1933 brachte eine gewisse Entlastung von der Raumnot.

Aus Sicht der Partei blieb es äußerst unbefriedigend, daß ihre Dienststellen überall im Stadtgebiet verstreut und in gemieteten Räumlichkeiten untergebracht waren. Daher bezog man im Herbst 1934 Teile des Dresdner-Bank-Gebäudes am Neupfarrplatz²⁷⁶, plante aber zugleich ein neues, repräsentatives Parteihaus. Schemm wollte es Anfang 1935 an der Ecke Moltkeplatz/Minoritenweg errichtet wissen, wo später das neue städtische Rathaus entstand²⁷⁷, doch wurde dieses Projekt nach seinem Tod offenbar nicht weiterverfolgt. Bis man an einen Neubau herangehen konnte, mußte eine vermeintliche Übergangslösung gefunden werden. So erwarb die Stadt im Auftrag der Kreisleitung für 61500 RM die "Schwarzhaupt-Villa" (D.-Martin-Luther-Straße 12)²⁷⁸ von der Witwe des jüdischen Großhändlers Salomon Schwarzhaupt. Unmittelbar danach gründete sich ein "Ostmarkhaus-Bauverein", dem Gauinspekteur Ganninger vorstand. Weigert war sein Stellvertreter, Stadtkämmerer Sailer der Schatzmeister; auch die Stadt trat dem Verein korporativ bei²⁷⁹.

²⁷³ Zwick an Hauptvereinigung der Garten- und Weinbauwirtschaft 4.11.1935, ZR 20249, weitere Einzelheiten ebd., in ZR 9689 und ZRa 14058. 1936 und 1937 übernahm Rgbg. Patenschaften für Schweigen und Sommerach (zugewiesen von einem Reichsorganisationsausschuß), örtlich federführend Zwick und Kreisbauernschaft. Zum "Fest der deutschen Traube und des Weines" 1936: ZRa 14060, 1937: ZRa 14059.

²⁷⁴ Vgl. allg. Petsch S.79 ff. und Matzerath (1970) S. 369 ff.

²⁷⁵ Schreiben (20.4.) und Antwort Sch. (24.4.1933), ZRa 14136; vgl. auch den Schriftwechsel in ZR 16395.

²⁷⁶ Belegt bei Weinmann S.50.

²⁷⁷ Schemm an Sch. 8.2.1935, ZR 20620, und dessen Notiz 9.2.1935, DS 666; drei Gegenvorschläge Sch. in Notiz 23.2.1935, DS 634.

²⁷⁸ Vertragsabschluß 18.3.1935. Am 30.11.1933 war der bisherige "Klarenanger" in "D.-Martin-Luther-Straße" umbenannt worden. Vgl. zu dem Gebäude BAP V S.112 f.

²⁷⁹ Vgl. BOM 30.10.1935, BA 1.4.1936, HA-Prot. 26.6.1935.

Nach der Räumung der alten Prachtvilla beantragte Ganninger die Eigentumsübertragung auf seinen Bauverein. Das künftige "Ostmarkhaus" sei geplant als Repräsentationsgebäude, "welches der NSDAP, ihren Gliederungen und betreuten Organisationen ein würdiges Heim bieten und damit die räumliche Voraussetzung für eine starke, der Bedeutung Regensburgs würdige Verankerung politischer Kräfte des neuen Deutschlands gewährleisten" solle. Als Kaufpreis bot Ganninger 30000 RM, und selbst diese an sich schon viel zu niedrige Summe verlangte er als Darlehen der Stadt²⁸⁰. Dem konnte der Oberbürgermeister beim besten Willen nicht entsprechen; die Genehmigung der Kreisregierung hätte er angesichts der städtischen Finanzlage niemals erhalten. Schließlich fand man eine komplizierte, nicht genehmigungspflichtige Finanzierungs konstruktion und vermied zugleich die "peinliche" Situation, daß der Bauverein bei einer Jüdin Schulden gehabt hätte²⁸¹. Im Herbst 1935 wurde schließlich die Auflassung der Schwarzhaupt-Villa an den Ostmarkhaus-Bauverein beurkundet. Zu ihren ohnehin schon beträchtlichen Vorleistungen übernahm die Stadt die Gebühren hierfür. Addiert man alle Leistungen, so ergab sich eine Summe von fast 35000 RM, die dem Bauverein aus städtischen Haushaltsmitteln zufließen. Die Stadt finanzierte damit rund die Hälfte des Gebäudeerwerbs für Kreisleitung und Gauinspektion und überschritt selbst die Höchstgrenze, die Schottenheim sich gesetzt hatte²⁸².

Nach Abschluß der erforderlichen Umbauten übergab der Ostmarkhaus-Bauverein das Anwesen an die Gauinspektion, die Kreisleitung und die 18 Ortsgruppen der NSDAP²⁸³. Den nach wie vor geplanten Neubau selbst wollte der Bauverein, der 1936 angeblich bereits 6100 Mitglieder zählte²⁸⁴, offenbar über Privatkredite finanzieren; große Summen sagte beispielsweise die Dörnberg-Stiftung zu²⁸⁵. Von nun an bemühte sich der Verein um die Nachbargrundstücke, die man für den Neubau benötigte. Auch hier führte Herrmann die eigentlichen Kaufverhandlungen. Dabei bat er Ganninger immer wieder um "Weisungen" - ein Umstand, der die Machtverhältnisse illustriert. Zunächst richtete sich das Interesse auf das nördlich angrenzende Anwesen D.-Martin-Luther-Straße 10²⁸⁶. Es gehörte einer Erbgemeinschaft, die Herrmann mit dem Hinweis unter Druck setzte, die unvermeidliche Vergrößerung des Parteigebäudes werde den Wert ihres Anwesens in jedem Fall mindern. 1937 erwarb die Stadt schließlich für insgesamt 68000 RM das Gebäude im Auftrag des Bauvereins. Auch diesmal übernahm sie wieder beträchtliche Leistungen²⁸⁷.

Noch immer glaubte man nur im Interesse einer Übergangsregelung zu handeln und suchte gleichzeitig nach einem Gelände für neue Monumentalbauten. Im Spätsommer 1937 gelang es Schottenheim, die maßgebenden Vereinsführer davon zu überzeugen, daß das Ostmarkhaus am Moltkeplatz errichtet werden müsse. Er versprach sich davon die Förderung seines Gedankens, in diesem Bereich ein neues Verwaltungsviertel entstehen zu lassen, und wollte wohl den Verhandlungen zum Erwerb des "Neumeier-Blocks" größeren Nachdruck verschaffen²⁸⁸. Da man mit dem Moltkeplatz einen zentralen Aufmarschplatz gewonnen hätte,

²⁸⁰ Ganninger an Stadt 25.6.1935, ZRa 14227.

²⁸¹ Sch. an Ganninger 29.6.1935, ebd.; hier auch der zugehörige Schriftwechsel. Zusammenfassung im Beschluß des Sparkassen-Verwaltungsrats 12.7.1935.

²⁸² EntschlieÙung 28.6.1935, vgl. Rh-Prot. und Dank Ganningers 6.11.1935, ZR 19189.

²⁸³ ZRa 14227.

²⁸⁴ BA 31.5.1936. Ganninger und Sch. forderten auch die städtischen Bediensteten zum Beitritt auf (Verf. 15.5.1936, ZR 19189; hier auch weitere Einzelheiten). Lt. Sch. an Ganninger 11.12.1936 (ebd.), waren bereits 231 Beamte beigetreten.

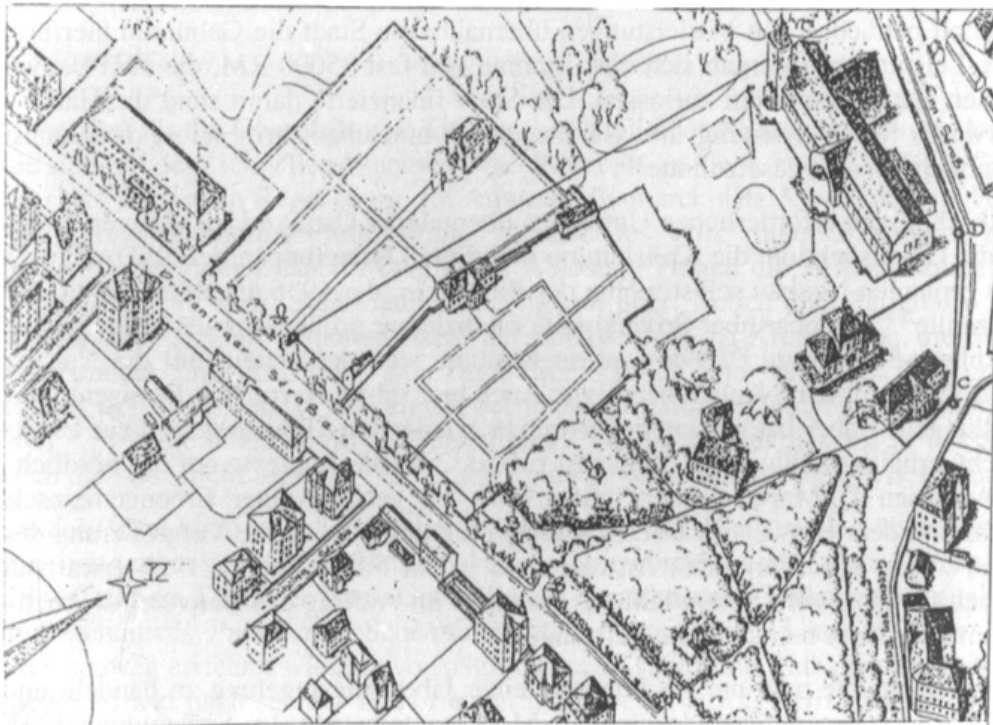
²⁸⁵ K.Kick S.155 mit Belegen aus den Stiftungsakten.

²⁸⁶ Der folgende Vorgang in ZRa 14229.

²⁸⁷ Ebd., vgl. auch Rh-Prot. 8.4.1937.

²⁸⁸ Größere Zuschüsse an die NSDAP konnte er nicht zusichern, vgl. Notizen 18.9. und 14.10.1937, DS 644, wonach Ganninger verlangt hatte, daß die Stadt 20 % der Kosten von 1 Million RM übernehmen solle.

stimmte Ganninger dem Plan zu²⁸⁹, Architekt Wenz legte den Raumbedarf für das Ostmarkhaus an dieser Stelle fest, und Herrmann verhandelte mit den Erben des Neumeierblocks²⁹⁰. Zwar bereitete das Bauamt noch einen Architektenwettbewerb vor²⁹¹, aber das Projekt scheiterte letztlich doch noch; das vorgesehene Gelände sei zu beengt gewesen, und Gauleiter Wächtler habe sich persönlich für einen neuen Standort entschieden, hieß es in der Presse²⁹². Ab Ende 1937 bemühten sich Ostmarkhaus-Bauverein und Herrmann daher wieder um Erweiterungsgelände für das bestehende Parteihaus an der D.-Martin-Luther-Straße und versuchten, das zweite Nachbaranwesen (Haus Nr.14) zu erwerben²⁹³, das zum Teil bereits an Dienststellen des NSKK vermietet war²⁹⁴.



Das geplante Baugelände für das "Ostmark-Haus" im Stadtpark (Mai 1938)

Stadtarchiv, DS 820

Wohl Ende Januar 1938 kam eine neue Idee ins Spiel: die Bebauung der Osthälfte des Stadtparks, der früher schon als möglicher Standort für eine Thing-Stätte (s.u.), aber - unter Hitlers persönlichem Einfluß - auch für ein Musikgymnasium im Gespräch gewesen war²⁹⁵. Hier sollte nun neben monumentalen Parteibauten ein Aufmarschplatz für 50000 Menschen ent-

²⁸⁹ Vgl. Notizen Sch. 16. und 18.9.1937, DS 644, vgl. auch Rh-Prot. 14.10.1937.

²⁹⁰ Vgl. Notizen Sch. Herbst 1937, DS 644, und BA 15.10.1937.

²⁹¹ Mb 30.11.1937, DS 545 und 644. Lt. Abschlußbericht Bauamt 1937 (DS 545) schien noch der Standort D.-Martin-Luther-Straße festzustehen.

²⁹² BA und BOM 24.5.1938.

²⁹³ Der Vorgang in ZRa 14230.

²⁹⁴ Vgl. Notiz Sch. 5.7.1935, DS 666, Gruppenführer Müller plane bei der "Aretin-Villa" ein "Haus der deutschen Kraftfahrt", für das die Finanzierungsaussichten nicht schlecht stünden.

²⁹⁵ Die Mb Bauamt zum jeweiligen Stand der Planung in DS 644. Anweisung an Schipper 7.2.1938, Ganninger Pläne des Stadtparks zu übergeben, in NIS 10.

stehen. Im April 1938 lagen die offiziellen Wettbewerbsunterlagen vor, die sich an alle deutschen, im rechtsrheinischen Bayern ansässigen Architekten wandten. Die Aufgabenbeschreibung lautete: "Die in Regensburg vorhandenen, bisher zerstreut liegenden Dienststellen der NSDAP und ihrer Gliederungen sollen künftig in einem Neubau zusammengefaßt werden, der als Repräsentationsbau (Hoheitsgebäude) dem Ansehen der Partei dienen und das nationalsozialistische Gedankengut auf baukünstlerischem Gebiet eindeutig verkörpern soll". Verlangt wurde "ein klar hervortretender, monumental wirkender Baukörper. (...) Auf eine betont repräsentative Zufahrt, bzw. Zugang wird Wert gelegt."²⁹⁶

Es handelte sich tatsächlich um ein gewaltiges Neubauprojekt, das die gesamte Osthälfte des Stadtparks in ein riesiges Parteigelände mit Monumentalbauten verwandelt hätte²⁹⁷. Auch die Stadthalle, die zu dieser Zeit von der Reichsstelle für Getreide als Lagerraum genutzt wurde, hätte abgebrochen werden müssen. Geplant war dafür eine hufeisenförmige Gebäudegruppe, bestehend aus dem eigentlichen Parteihaus, einer neuen Festhalle mit 7500 Plätzen²⁹⁸ und dem Verwaltungsbau der NS-Verbände. Die drei Trakte sollten sich um den nach Westen geöffneten, mindestens 12000 m² großen Aufmarschplatz gruppieren, diesen wiederum sollte eine neue Straße mit einer künftigen Donau-, der "Dietrich-Eckart-Brücke" verbinden. Der auf diese Weise abgetrennte Westteil des Stadtparks war ausdrücklich aus der Planung ausgenommen²⁹⁹. Die Presse hob besonders hervor, daß die Stadt den Baugrund kostenlos bereitstelle³⁰⁰. Rund 200 Architekten forderten die Wettbewerbsunterlagen an³⁰¹, 99 Entwürfe lagen dem Preisgericht schließlich vor³⁰²; ein erster Preis wurde allerdings nicht vergeben. Weitere Vorbereitungen prägten die folgenden Monate. Nach wie vor arbeiteten städtische Beamte wie Baurat Kerler, der den genauen Raumbedarf festzustellen hatte³⁰³, intensiv an der Planung für die Parteibauten. Trotz des Mangels an Arbeitskräften und Material scheint man damit gerechnet zu haben, daß mit den Bauten tatsächlich begonnen werden könne³⁰⁴, und Schottenheim ließ einen ersten Zuschuß von 10000 RM an den Ostmarkhaus-Verein auszahlen³⁰⁵. Auch Prof. Hermann Giesler, der Spezialist für Monumentalanlagen der NSDAP, wurde in die Vorarbeiten eingeschaltet. Allerdings begann erst im April 1939 die Herstellung eines Holzmodells durch das Stadtbauamt, und nicht einmal dieses wurde bis Kriegsbeginn ganz fertig³⁰⁶. Der Krieg machte das gigantische Bauvorhaben im Stadtpark zunichte, den Regensburgern blieb ihre Grünanlage erhalten. Ob das Projekt in einer Stadt wie Regensburg, die nicht Gauhauptstadt war, finanzierbar gewesen wäre, erscheint fraglich, doch auch weitere Umstände hätten es mit Sicherheit wenn nicht verhindert, so doch beträchtlich verzögert: der außerordentliche Mangel an Arbeitskraft und Baumaterial ebenso wie der an

²⁹⁶ DS 820 (mit Plänen). Dem Preisgericht gehörten neben Baufachleuten auch Wächtler, Ganninger, Weigert, Sch. und der Landesleiter der Reichskammer der bildenden Künste an.

²⁹⁷ Vgl. Ruhl (1989) S.64 ff. mit Abbildungen.

²⁹⁸ Erwähnt im präzisierenden Rundschreiben Ganningers an die Wettbewerbsteilnehmer 30.6.1938, DS 820; hier auch Liste der vorgesehenen Benutzer.

²⁹⁹ Ebd. Schon am 26.1.1938 hatte Sch. Kerler angewiesen, bei der Planung nicht in den Alleebereich einzugreifen (DS 644).

³⁰⁰ BA und BOM 24.5.1938. Die geplante kostenlose Grundübertragung auch in Sch. an Reg. 27.6.1940, ZR 11244.

³⁰¹ Mb Bauamt 30.6.1938, DS 644.

³⁰² Einladung Ostmarkhaus-Bauverein an Sch. zur Teilnahme am Preisgericht 22.8.1938, NIS 10. Vgl. zu Entwürfen und Preisträgern auch BOM 2.9.1938 und BA 3.-4.9.1938 (mit Abbildung eines Modells).

³⁰³ Vgl. undatierten Vermerk in StA (NSDAP) 8, wonach die Kreisleitung rund 220 Räume benötigte.

³⁰⁴ Vgl. Mb Bauamt ab Dezember 1938, DS 667, sowie Reinemer an Institut für deutsche Kultur- und Wirtschaftspropaganda 19.12.1938 (ZRa 14071), wonach mit dem Bau des Ostmarkhauses evtl. "im kommenden Jahr zu rechnen" sei.

³⁰⁵ Verf. 20.3.1939, ZR 19189.

³⁰⁶ Vgl. Lokalpresse, z.B. BA und BOM 13.-14.5.1939, über die Generalversammlung des Bauvereins. Das Holzmodell im städtischen Museum; es wurde 1989 ausgestellt, vgl. Architektur in Rgbg. 1933-1945 S.65. Abbildung auch bei Ruhl (1987) Anhang, Fotos 32-34.

Lagerraum, den man als Ersatz für die Stadthalle benötigt hätte. Eigentlich konnte niemand überrascht sein, als das Bauvorhaben sang- und klanglos eingestellt wurde.

1941 tauchten plötzlich wieder Pläne für einen Neubau an der D.-Martin-Luther-Straße auf. Kernproblem blieb nach wie vor der Ankauf des Anwesens Nr.14, für das sich mittlerweile auch das Flugzeugwerk interessierte, um hier ein Hotel zu errichten³⁰⁷. Herrmann vermittelte ein neues Tauschangebot an die Eigentümergemeinschaft des Hauses³⁰⁸, und im Herbst 1941 soll sogar schon eine Entscheidung des Reichsschatzmeisters der NSDAP über den Ankauf bevorzustanden haben³⁰⁹. Doch war die Erbgemeinschaft unter sich derart zerstritten, daß sich die Verhandlungen letztlich zerschlugen. Damit war auch dieser letzte Anlauf gescheitert, wenigstens noch das Gelände für einen großen Neubau der NSDAP zu erwerben. Anfang 1943 löste sich der Ostmarkhaus-Bauverein auf³¹⁰, und die beiden Anwesen D.-Martin-Luther-Straße 10 und 12 blieben die einzigen parteieigenen Gebäude in Regensburg; alle anderen Quartiere hatte man mieten müssen³¹¹. In der Nachkriegszeit kam es beim Landgericht Regensburg zu einem Wiedergutmachungsverfahren für Frau Betty Schwarzhaupt³¹².



Modell des geplanten Ostmark-Hauses im Stadtpark
Städtische Bildstelle / Sammlung Lang

³⁰⁷ Vgl. DS 511. Demnach hatte sich 1938 auch die Standortkommandantur um das Gebäude bemüht, für das die Erben 80000 RM forderten.

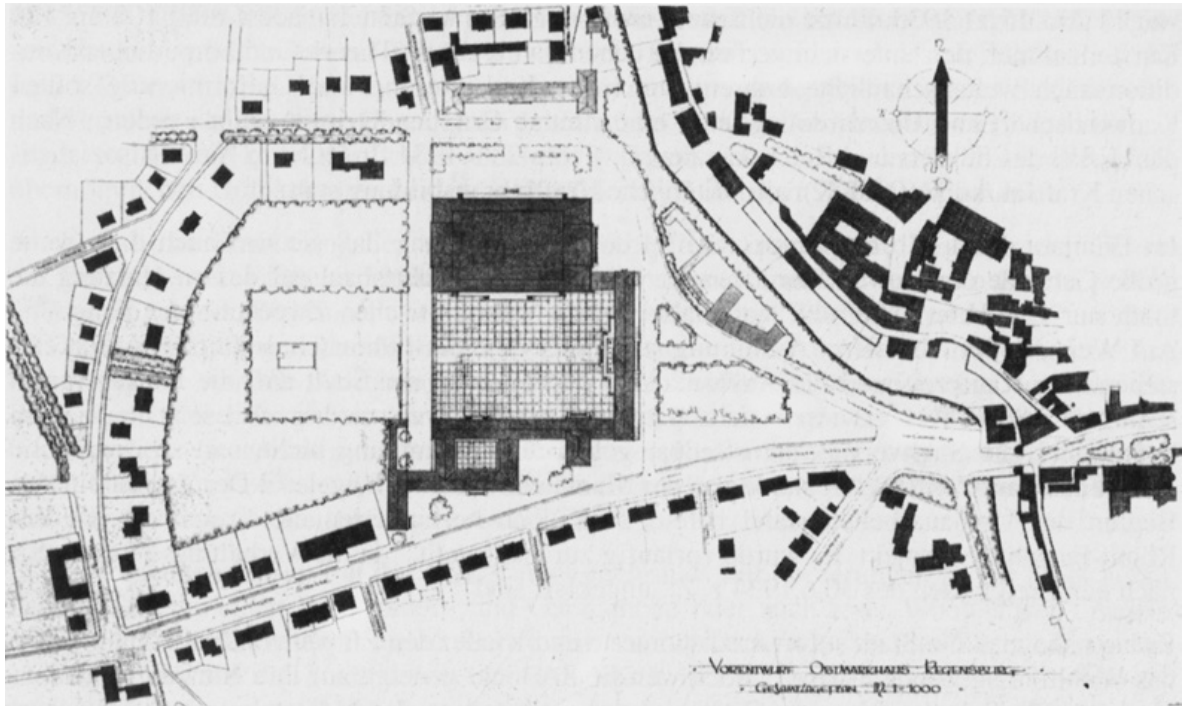
³⁰⁸ H. an Immobilienhändler Fürbacher 30.9.1941, DS 826; hier auch die weiteren Einzelheiten.

³⁰⁹ H. an Flugzeugwerk 17.9.1941, DS 511. Vgl. auch Rh-Prot. 9.10.1941.

³¹⁰ 12.1.1943 an Administration der Dörnberg-Stiftung, zit. nach K.Kick S.156.

³¹¹ NIB Akt ohne Titel, mit Liste der Partei- und Wehrmachtsbauten (1948).

³¹² ZRa 14227, vgl. auch StA 16297.



Lageplan für das Projekt des Ostmark-Hauses im Stadtpark
Städtische Bildstelle / Sammlung Lang

2. Die Motor-SA-Schule "Bayerische Ostmark"

Gegen Ende des Ersten Weltkriegs hatte das Regensburger Militär-Neubauamt östlich des "Kleinen Exerzierplatzes" an der Irlter Höhe mit dem Bau einer Gewehrfabrik begonnen. Allerdings entstanden nur noch wenige Gebäude, da das Werk nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags nicht fertiggestellt werden durfte³¹³. Aus städtischer Sicht war die provisorische Nutzung des Geländes, das immerhin über einen Gleisanschluß verfügte, immer unbefriedigend gewesen. Verschiedenste Konzepte wurden insbesondere für das Wohlfahrtsgebäude der Fabrik diskutiert, darunter die Umsiedlung der Obdachlosen vom "Pulverturm", was zu heftigen Protesten der bereits hier wohnenden Mieter führte³¹⁴.

Erst im Sommer 1933 vollzog sich eine entscheidende Wende. Im August dieses Jahres übersiedelte die NSKK-Gruppenstaffel, geführt von Wilhelm Müller (-Seyffert), von Bayreuth nach Regensburg³¹⁵ und begann in der Kraftzentrale der ehemaligen Gewehrfabrik mit der Einrichtung ihrer "Motor-SA-Schule"³¹⁶ - zu einer Zeit, als sie dazu noch nicht berechtigt

³¹³ Wichtigste Grundbesitzer waren die Maxhütte, die Mannheimer Firma Joseph Vögele AG und die Sparkasse des Saalkreises, Halle/Saale.

³¹⁴ 3.6.1933 an Stadt, ZRa 12861.

³¹⁵ Belege bei Weinmann S.83.

³¹⁶ BOm 14.11.1934, s. Plan S.347 (rechts unten am Bildrand).

war³¹⁷. Am 15.11.1933 wurde die Schule eröffnet³¹⁸. Sie umfaßte zunächst rund 100 bis 120 Kursteilnehmer, der Unterricht vermittelte neben Fahrtechnik, Theorie und körperlicher Kondition auch weltanschauliche Lehren. Durch die Kasernierung und Uniformierung sollten Kameradschaft und Unterordnung unter eine strenge Gruppendisziplin geübt werden: "Nach dem Erlaß des Führers und Reichskanzlers (...) vom 23.8.1934 findet beim Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK) vormilitärische Kraftfahrausbildung statt."³¹⁹

Im Frühjahr 1934 gab die Gruppenstaffel der Stadt bekannt, daß sie nun auch das zweite große Gebäude der Gewehrfabrik beanspruche, den Wohlfahrtsbau, auf dessen Nutzung die Stadt nur verzichtet hatte, um "nationalwichtigen wehrpolitischen Zwecken (zu) dienen"³²⁰. Auf Weisung der Obersten SA-Führung sollte hier eine SA-Führerschule für 300 Mann entstehen, den Kaufpreis und die Ausbaurkosten bürdete man der Stadt auf; die hierfür veranschlagten 68000 RM erwiesen sich später als erheblich zu niedrig angesetzt³²¹. Wehren konnte sich die Stadtverwaltung offenbar gegen diese Zumutung nicht, und so erwarb sie schließlich das Wohlfahrtsgebäude von der Mannheimer Firma Vögele³²². Der Termin für den Beginn der Umbauarbeiten stand bereits fest, doch verhinderten die Ereignisse um den Röm-putsch das Projekt. Es wurde vorläufig zurückgestellt, "da die Verhältnisse für die SA nach den Ereignissen des 30.6.1934 z. Zt. ungeklärt sind"³²³.

Es lag nahe, daß die Stadt sofort umdisponierte und wieder den Einbau von Notwohnungen in das Wohlfahrtsgebäude erwog³²⁴, doch war die SA nicht geneigt, auf ihre Nutzungsoption zu verzichten³²⁵. Sehr bald war die Rede von der Erweiterung der Motorschule auf 200 Mann, die aus "wehrpolitischen Gründen" möglichst zu beschleunigen sei³²⁶. Die Stadtverwaltung erklärte sich bereit, hierfür auch noch die ehemalige Kraftzentrale zu erwerben und zur Verfügung zu stellen, wenn die Schule verbindlich mit 200 Mann belegt und auf Dauer in Regensburg belassen werde³²⁷. 150000 RM wollte sie sich die Gesamtmaßnahme kosten lassen: den Kauf der Kraftzentrale, den Umbau des Wohlfahrtsgebäudes und die Erwerbung weiterer Grundstücke, die teils, erneut außerhalb der Legalität, bereits für den Geländesport benutzt wurden³²⁸.

Die Finanzierungsverhandlungen verliefen sehr zäh³²⁹. Dennoch setzte sich die SA-Brigade erneut über alle Hindernisse hinweg und ließ schon Ende 1934 durch den benachbarten Reichsarbeitsdienst die nötigen Planierungen durchführen, während die Stadt erst im April

³¹⁷ Abschrift des Pachtvertrags mit der Sparkasse des Saalkreises, 1.11.1933/27.1.1934, in ZRa 12138. Zur Kostenübernahme für die Heizung vgl. HA-Prot. 29.11.1933 und FIN 508.

³¹⁸ Belege aus der Tagespresse bei Weinmann S.85.

³¹⁹ Erlaß Reichskriegsministerium und Oberbefehlshaber der Wehrmacht 30.12.1935, BA-MA RH 26-10/226. Vgl. auch Baugenehmigung für einen Schießstand der Schule, Verwaltungsbeirats-Prot. 18.3.1936.

³²⁰ Vermerk zum Schreiben des Reichwehrministeriums 10.8.1933, ZRa 12861, und Brief an die Sparkasse des Saalkreises 12.10.1934, ZRa 12138. Vgl. auch Wehrkreisverwaltungsamt VII an Stadt 3.8.1933, ZRa 12861.

³²¹ Vermerk H. 7.3.1934 über ein Gespräch mit führenden SA-Funktionären des Gaus, ZRa 12861.

³²² 16.6.1934; nachträgliche Genehmigung des Erwerbs und der Umbaukosten zum genannten Preis am 5.7.1934, vgl. Sr-Prot.

³²³ HA-Prot. 5.7.1934 und handschr. Vermerk 11.7.1934, ZRa 12861.

³²⁴ H. an Bauamt 20.8.1934, ZRa 14219.

³²⁵ Vermerk H. 20.9.1934, ZRa 12861, wonach Müller die Einrichtung einer HJ-Führerschule in diesem Gebäude angekündigt hatte.

³²⁶ Darlehensantrag Stadt an Lebens- und Altersversicherungsanstalt für das Bayerische Handwerk und Gewerbe, 13.10.1934, ZRa 12138. Ebd. und ZR 15063 die Grundstücksverhandlungen.

³²⁷ Auch hier sollte die Stadt die Umbaukosten übernehmen. Einzelheiten in ZRa 12138 und Bericht an Reg. 6.3.1935, StA 16424. Vgl. HA-Prot. 10.10.1934.

³²⁸ Sr-Prot. 29.10.1934. Bei einem der beiden Grundstücke kam die Maxhütte der Stadt zuvor, erklärte sich aber bereit, es der Stadt oder direkt der SA zu verpachten, vgl. Werksleitung an Stadt 10.12.1934, und H. an Lieg. 14.12.1934, ZR 15063.

³²⁹ Die Einzelheiten in StA 16424.

1935 das 150000-RM-Darlehen aufnehmen und die Umbauten am Wohlfahrtsgebäude beginnen lassen konnte³³⁰. Geleitet wurden sie von dem Regensburger Architekten Albert Reiß. Im Juni 1935 erwarb die Stadt auch den Kraftzentralenbau von der Sparkasse des Saalkreises³³¹ und vermietete beide Anwesen auf zehn Jahre an das NSKK. Die Monatsmiete war so niedrig angesetzt, daß sie kaum die Lasten deckte³³², während sich die von der Stadt in voller Höhe übernommenen Umbaukosten beider Gebäude letztlich auf über 95000 RM beliefen³³³.

Auch nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht unterlag die Regensburger Schule der Befehlsgewalt Wilhelm Müllers, der sein Führungspersonal vorwiegend aus dem NSKK, teils auch aus der Wehrmacht rekrutierte. Die Schule selbst führte Eugen Hofer³³⁴, ab Mai 1937 Oberstaffelführer Platzer. Finanziert wurde sie nunmehr aus Reichsmitteln, denn ihre Hauptaufgabe war die Ausbildung des Nachwuchses für die motorisierten Verbände der Wehrmacht. Die Fahrschüler wurden vom Wehrbezirkskommando einberufen, und ihre Ausbildung, die im Regelfall in fünf- bis sechswöchigen Kursen erfolgte, trug jetzt offen militärischen Charakter³³⁵. Eingeweiht wurde die erweiterte Schule am 14.12.1935 in Anwesenheit Adolf Hühnleins, des Reichsführers des NSKK³³⁶.

In den folgenden Jahren trat das NSKK noch mehrmals mit Forderungen an die Stadt heran. Diese sollte ihr einen Werkstätten- und Garagenbau oder auch zwei Wohnhäuser finanzieren³³⁷, doch wurden beide Projekte ebensowenig verwirklicht wie der Plan für ein Motorradstadion³³⁸, obwohl die Stadt schon ein Grundstück hierfür erworben hatte³³⁹. Am Morgen nach der sogenannten "Reichskristallnacht" war das Gelände der Motorsportschule Schauplatz einer brutalen Terrormaßnahme: Nachdem die Kursteilnehmer die Synagoge verwüstet und angezündet hatten, wurden die aus ihren Häusern gezerzten Regensburger Juden hier unter demütigenden Umständen zum "Exerzieren" gezwungen, bevor man sie in einem "Schandmarsch" durch die Innenstadt trieb und dann nach Dachau verschickte³⁴⁰.

Nicht nur im Zusammenhang mit Grund- und Gebäudeerwerbungen leistete die Stadt Erhebliches für das NSKK, sondern auch bei der Geländeerschließung. Denn mit zunehmender Belegung der Schule wurden die hygienischen Verhältnisse untragbar; sogar von Seuchengefahr war Anfang 1937 die Rede³⁴¹. Das Kanalisationsprojekt kam allerdings nur sehr langsam voran, erst im Sommer 1938 wurden die Arbeiten vergeben³⁴². Während derartige Kosten im Wohnungsbau auf die Anlieger umgelegt wurden, übernahm hier die Stadt zum wiederholten

³³⁰ Darlehensvertrag 27.4./2.5.1935 und Genehmigung Sch. zum Baubeginn 30.4.1935, ZRa 12138. Genehmigungsantrag für das Darlehen samt Bericht an die Reg. 6.3.1935, in StA 16424.

³³¹ Kaufvertrag 14.6.1935, ZRa 12138.

³³² Sch. an die Schule 26.1.1937, ZR 17538.

³³³ Rechnungsabschluß 1935 der Kämmerei, FIN 509, vgl. auch Liste der Lieg. 2.10.1939, ZRa 12861. Das 150000-RM-Darlehen wurde um 6000 RM überschritten, was Sch. am 21.12.1935 genehmigte (FIN 509).

³³⁴ Vgl. Schriftwechsel zum Obergutachten Gruppenführer Kraus in der fahrlässigen Tötungsangelegenheit Hofer, Dezember 1935, BA Koblenz: NS 24-261.

³³⁵ Erlaß Reichskriegsministerium und Oberbefehlshaber der Wehrmacht 30.12.1935, BA-MA RH 26-10/226, mit weiteren Details zum Ausbildungsziel. Schon hier ist eine Belegstärke der Rgbg.er Schule von 300 Mann genannt. Zum Schulalltag Weinmann S.85 ff.

³³⁶ Belege aus der Presse bei Weinmann S.85. Eintragung Hühnleins ins Goldene Buch am 14.12.1935.

³³⁷ Vermerk H. 10.12.1936, ZR 15063, und Notiz Sch. 10.12.1936, DS 815, mit Lageplan.

³³⁸ Vermerk H. 16.2.1938, ZR 15046, mit Lageplan von Architekt Reiß. Schon am 22.5.1937 hatte Sch. 500 RM gespendet, vgl. Vermerk Sailer 23.7.1937, ZRa 13949.

³³⁹ Kaufvertrag 2.6.1938, ZR 15046. Vgl. zu weiteren Expansionsplänen der Schule Vermerk H. 11.11.1938, ZR 15063, und Notiz Sch. 15.11.1938, DS 816. Neubaupläne vor 1939 auch belegt in Sch. an NSKK-Korpsführer, Mai 1943, DS 879.

³⁴⁰ Foto bei Wittmer nach S.160 Abb.6.

³⁴¹ Notiz Sch. 14.1.1937, DS 817, bzw. Gutachten GesA 3.2.1937, ZR 17537. Hier auch weitere Einzelheiten.

³⁴² Vgl. allg. Mb Bauamt und Notizen Sch., DS 667 und 817, vgl. Meldung Tiefbauabteilung 30.5.1938, DS 562 und ZR 17680.

Mal erhebliche Leistungen für das NSKK. Dieses Entgegenkommen zeigte sie auch beim Unterhalt der Maxhüttenstraße. Mit stillschweigender Duldung der Maxhütte wurde sie von der SA-Schule ebenso wie von den anderen Anliegern benutzt, vor allem dem Arbeitsdienst mit seinem Barackenlager und der Wehrmacht mit dem Nebenzeugamt. Schon 1934 befand sich der Privatweg in einem derart ramponierten Zustand, daß das städtische Bauamt ihn, wie in den folgenden Jahren noch mehrmals, ausbessern mußte³⁴³. Erst Mitte 1942 erreichte Herrmann die Überführung der Straße in städtisches Eigentum³⁴⁴.

Vor dem Krieg umfaßte die NSKK-Schule jeweils rund 300 Kursteilnehmer, spätestens im Herbst 1940 hat sie den Betrieb eingestellt³⁴⁵, jedoch ohne auf die bestehenden Einrichtungen zu verzichten. Vielmehr wachte sie eifersüchtig darüber, in der allgemeinen Raumnot der späten Kriegsjahre nicht verdrängt zu werden³⁴⁶.

3. Einrichtungen von NSV und HJ

NSV und HJ waren die wichtigsten der Parteigliederungen, die den Kommunen Aufgaben abnahmen und deren finanzielle Förderung daher nicht nur zulässig blieb³⁴⁷, sondern auch nachdrücklich verlangt wurde. Beide Organisationen verstanden es, große Apparate aufzubauen, sie von der öffentlichen Hand finanzieren zu lassen und damit nach und nach die gesamte Sozial- und Jugendarbeit zu dominieren³⁴⁸. Dies galt auch in Regensburg: Der Löwenanteil der städtischen Zuschüsse für die freie Wohlfahrt floß HJ und NSV zu³⁴⁹; ständig forderten - und erhielten - sie erhebliche Summen für Arbeiten, die bis dahin teils von der Stadt selbst, teils von anderen Trägern der freien Wohlfahrt und Jugendpflege geleistet worden waren³⁵⁰.

Die NSV ließ sich beispielsweise beim Ernährungs- und beim Winterhilfswerk³⁵¹, bei der Einrichtung von Kindergärten, Schwesternheimen und vielen weiteren Projekten unterstützen³⁵². Die Stadt trat ihr sogar als korporatives Mitglied bei, damit ihr die Miete für ein "Mutter-und-Kind-Heim" nicht bar bezahlt werden mußte, sondern gegen den Mitgliedsbeitrag verrechnet werden konnte³⁵³. Die HJ dagegen nahm dem Jugendamt die Jugendgerichts-

³⁴³ ZR 17537, vgl. auch PolDir an Maxhütte 24.4.1941 und diese an Stadt 29.4.1941, ZR 17538.

³⁴⁴ Die Einzelheiten in ZR 17538, vgl. Rh-Prot. 15.5.1942.

³⁴⁵ Besichtigungsprot. der PolDir durch Vertreter des RfSSuChddtP, 11.-15.10.1940, HStAM MInn 71891. Bei Übernahme der NSKK-Reichsmotorsportschulen auf den Haushalt der NSDAP (1.4.1943) waren alle Mietverträge neu abzuschließen, vgl. Gesamtmietvertrag für alle vom NSKK genutzten städtischen Bauten und Grundstücke 20.9.1943, ZRa 12138.

³⁴⁶ Vgl. Sch. an NSKK-Korpsführer Mai 1943, DS 879, wo er verärgert klarstellte, daß nicht daran gedacht sei, das NSKK zu verdrängen. Zusammenstellung der Grundstücke der ehemaligen Gewehrfabrik 5.12.1941 in A 1956/45 (Stadtarchiv).

³⁴⁷ Vgl. z.B. MInn an Regierungen 29.9.1934, Abdruck FIN 508.

³⁴⁸ Vgl. Matzerath (1970) S.382 ff. Vgl. zu den Aktivitäten der NSV im Sozialwesen allg. Weinmann S.200 ff. und Wolf S.78 ff.

³⁴⁹ Vgl. Haushaltspläne. 1939/40 waren im Etat z.B. 36000 RM für die NSV vorgesehen, vgl. auch Zwick an NSV-Kreisamt 14.8.1939, ZR 18806. Weitere Unterlagen in ZR 11133.

³⁵⁰ Zu den in der freien Jugendpflege tätigen Stellen: Merkblatt des Jugendamts, ZR 18622.

³⁵¹ Zum WHW grundlegend ZR 10117, vgl. Sch.s äußerst kritische Notizen DS 565. Abschlußbericht zum WHW 1934/35 veröff. in BÖm 13.4.1935.

³⁵² Vgl. Notizen Sch. DS 806 zu NSV-Projekten für Kindergärten und -heime. Weitere Einzelheiten in JUG 525, 528 und ZR 10064, vgl. Rh-Prot. 25.3.1938 (kostenlose Abtretung eines Bauplatzes für einen NSV-Kindergarten), vgl. allg. Weinmann S.200 ff. und Wolf S.78 ff.

³⁵³ HA-Prot. 9.1.1935.

hilfe oder auch die Betreuung unehelicher und Pflegekinder ab³⁵⁴, während dem Amt selbst nur die hoheitlichen Aufgaben, etwa die Genehmigung der Pflegeanträge, verblieben³⁵⁵. Auch an der notdürftigen Unterbringung des Jugendamts in provisorischen Räumlichkeiten wird dessen schwindender Einfluß sichtbar; erst Ende 1934 fand es nach seiner Verdrängung durch die SA- und SS-Hilfspolizei³⁵⁶ mitsamt der städtischen Mütterberatungsstelle³⁵⁷ ein neues Quartier im Säuglingsheim der "Blauen Schwestern" (Von-Epp-, heute Dr.-Johann-Maier-Straße 2)³⁵⁸.

Behördenintern wurde die angeblich so vorbildliche Zusammenarbeit zwischen städtischen und Parteistellen allerdings heftig kritisiert³⁵⁹. Zwar hatte Weigert, dem das Jugendamt seit 1935 unterstand, engste Zusammenarbeit mit der NSV-Jugendhilfe und dem Sozialamt der HJ angeordnet³⁶⁰ - während er zugleich den katholischen Jugendfürsorgeverein "restlos abriegeln" wollte³⁶¹ - doch zeigte sich die Stadtspitze umso unwilliger, auf immer neue Forderungen beider Parteidienststellen einzugehen, je größer deren bürokratischer Apparat wurde. 1938 verweigerte Schottenheim etwa die Beteiligung an einer geplanten Haushaltshilfen-Station der NSV mit dem Hinweis auf die hohen Summen, die man ihr ohnehin zur Verfügung stelle³⁶²; allein der Mietverlust durch die Bereitstellung von Räumen bezifferte sich 1936 auf 5000 RM³⁶³.

Wenn die Einrichtung von 18 Ende 1937 geplanten NSV-Gemeindestationen in Regensburg scheiterte, lag dies allerdings auch am Personalmangel - den fehlenden "Braunen Schwestern"³⁶⁴. Geldmangel hingegen verhinderte die Unterbringung der HJ in neuen Heimen; hier konnte die Stadtverwaltung zumeist nur mit Behelfslösungen eingreifen³⁶⁵. Immerhin überließ man HJ und BdM mietfrei eine ganze Reihe von Räumen in städtischen Gebäuden, insbesondere in Schulen³⁶⁶, aber auch die Türme des Jakobs- und des Ostentors³⁶⁷. Schon Anfang 1934

³⁵⁴ Betreuung straffälliger Jugendlicher durch NSV-Jugendhilfe: Jugendamt an Verein für öffentliche und private Fürsorge 14.8.1944, JUG 550; weitere Einzelheiten in JUG 503 f., 509 und PAM 540 (mit Statistiken zur Jugendkriminalität). Zur Fürsorgeerziehung in parteieigenen Heimen: JUG 546. Vgl. auch Bericht 18.12.1946, JUG 551, wonach NSV und Streifendienst der HJ gemeinsam Kinokontrollen durchgeführt hatten.

³⁵⁵ Bericht Weigerts 24.1.1935, NIS 5, und Stadt an OB Klagenfurt 28.1.1941, JUG 550. Tätigkeitsberichte Jugendamt in JUG 504 und PAM 540, Liste seiner Zuständigkeiten Stand 11.4.1935 in ZR 18618, Satzung 26.4.1935 in Wbl 1.6.1935, revidierte Satzung 15.4.1938 in JUG 529.

³⁵⁶ 1933 verdrängt aus den Bürobaracken auf dem Gelände des ehemaligen Garnisonslazaretts; notdürftige Unterbringung bei der AOK, vgl. Jugendamtsleiter Graßmann an Zwick 21.9.1933, DS 677. Die ebenfalls dort befindliche Lungenfürsorgestelle kam später im Männerkrankenhaus der Barmherzigen Brüder unter, bevor sie 1941 vom GesA übernommen wurde; Einzelheiten in ZR 18916, 18920 ff. und 20573 ff.

³⁵⁷ Zur Mütter- und Säuglingsfürsorge allg. ZR 18910, 20556, GES 503 und JUG 526, Tätigkeitsbericht 1937 der 7 städt. Mütterberatungsstellen in DS 847. Zur Zusammenarbeit mit der NSV-Organisation "Mutter und Kind": ZR 18742 und DS 810, vgl. Weinmann S.204.

³⁵⁸ Ihr eigenes Säuglingsheim löste die Stadt Anfang 1934 auf, vgl. DS 676 f. und HA-Prot. 13. und 27.6.1934. Zum Säuglingsheim allg. ZR 18878 ff. Der Vertrag Stadt - Schwesternvereinigung 14.12.1934 in DS 676. 1953 eröffneten die Blauen Schwestern die heutige Hedwigsklinik an der Steinmetzstraße, die ihr Säuglingsheim ersetzte (ZR 18896).

³⁵⁹ Bericht an "Deutsche Vereinigung für Jugendgerichtshilfe" 18.3.1938, JUG 503: "Ich habe bei den Jugendgerichtsverhandlungen das ganze Jahr nicht einmal einen Vertreter des Sozialamtes der HJ gesehen."

³⁶⁰ Umfassende Dienstanweisung 2.1.1936, JUG 501.

³⁶¹ Angekündigt in Weigerts Bericht 24.1.1935, NIS 5. Noch für 1941 1000 RM Zuschuß an den Verein, vgl. ZR 19791.

³⁶² Sch. an NSV-Gauamtsleitung 11.10.1938, ZR 19715, vgl. auch Reinemers Vermerk 29.12.1936, JUG 547: "Die Gesuche häufen sich; die HJ, die DAF und nun die Motorschule, alle wollen (...) von der Stadt Geld."

³⁶³ Bericht an DGT 29.12.1936, ZR 19714; hier weitere Belege für die schroffe Ablehnung von Forderungen der NSV.

³⁶⁴ NSV-Kreisamtsleitung an Stadt 24.11.1937, ZR 18679.

³⁶⁵ Pressebelege für Klagen über fehlende HJ-Heime bei Weinmann S.186 ff.

³⁶⁶ Vgl. undatierte Antwort auf DGT-Anfrage 14.7.1937 (ZR 19653), wonach die HJ in drei Schulen über eigene Räume verfügte. Räume in der Kreuzschule wurden z.B. auch der Jugend des Stahlhelm-Frauenbunds überlassen (27.1.1934, ZRa 12498). Weitere Einzelheiten in ZR 11216, 11228 und ZRa 12647.

bezahlte die Stadt den hierdurch verursachten Mietausfall auf 500 RM³⁶⁸, ein Anwesen am Stahlzingerweg sollte gar erst für die HJ erworben werden³⁶⁹. Selbst ihr Obdachlosenheim am Sandberg wollte die Stadt auf eigene Rechnung umbauen und dann der HJ zur Verfügung stellen³⁷⁰. Mehrfach scheiterten solche Projekte an den Kosten³⁷¹ oder den Ansprüchen, die von der HJ gestellt wurden³⁷²; erst 1938 konnten 5000 RM Rücklage für den Bau von HJ-Heimen im städtischen Haushalt eingestellt werden³⁷³.

Im Zusammenhang mit den Jugendverbänden der Partei ist auch die am Unteren Wöhrd neu errichtete Jugendherberge zu nennen; der Reichsverband der Jugendherbergen war ein der NSDAP angeschlossener Verband, sein örtlicher Zweigverein unterstand HJ-Oberbannführer Schäfer³⁷⁴. Zwar bestand seit 1925 im Katharinenspital eine Jugendherberge, doch gab es dort nicht nur wegen der beengten Räumlichkeiten³⁷⁵, sondern auch deshalb erhebliche Spannungen, weil häufig HJ-Angehörige die betreuenden Ordensschwestern anpöbelten³⁷⁶. So wurden im Spätsommer 1937 vorübergehend das ehemalige RAD-Lager an der Straubinger Straße³⁷⁷, ab dem folgenden Jahr die Hälfte des "Mutter-und-Kind"-Heims der NSV an der Wöhrdstraße als Jugendherberge genutzt, wo bislang die Bauleitung der Adolf-Hitler-Brücke untergebracht gewesen war³⁷⁸. Zugleich begann der Neubau einer großen Jugendherberge unmittelbar neben dem NSV-Heim. Das Baugelände stellte die Stadt³⁷⁹, von den Baukosten - geschätzten 180000 RM - übernahm sie 50000 RM und wollte auch den alten Winterhafen als Freibad herrichten³⁸⁰. Im Mai 1938 legte der Regierungspräsident den Grundstein für den Neubau³⁸¹, doch kam es auch hier, wie bei allen Großprojekten, durch den Mangel an Arbeitskräften zu erheblichen Verzögerungen; bei Kriegsbeginn war das Gebäude noch nicht bezugsfertig³⁸². Im Krieg wurde es ebenso wie die benachbarte provisorische Jugendherberge nach einigen Umbauten von der Polizeidirektion als Quartier benutzt³⁸³, nach Kriegsende richtete die UN-Flüchtlingsorganisation UNRRA hier ein Hospital ein³⁸⁴.

³⁶⁷ Ehrhardt an H. 18.4.1934, FIN 508, und HA-Prot. 16.5.1934. Undatierte Liste von 14 HJ-, BdM- und JM-Heimen in städtischen Gebäuden in DS 701; nur 6 wurden als gut oder geeignet befunden. Weitere Belege für HJ-Heime in ZR 10753 und 11217.

³⁶⁸ H. an DGT 18.5.1934, FIN 508. Die Zuschüsse 1934-1936 in JUG 548.

³⁶⁹ Einzelheiten zum HJ-Heim-Projekt Stahlzingerweg 17 ("Zum großen Stahl") in ZR 16386 b, vgl. auch Rh-Prot. 26.2.1937 und Pressegespräch Sch. 23.2.1937, PSt 502.

³⁷⁰ Rh-Prot. 14.4.1939, vgl. auch Rh-Prot. 3.8. und 21.9.1944 zur geplanten Einrichtung eines HJ-Heims im Jugendwohnheim der Salesianer.

³⁷¹ Vgl. z.B. Projekt eines HJ-eigenen "Hauses der Jugend" im Gebäude der ehemaligen Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft (Orleanstraße), das dann vom Domchor-Verein erworben wurde, da der Stadt die Kosten zu hoch waren; Einzelheiten in ZR 16381, vgl. HA-Prot. 22.3.1934.

³⁷² Vgl. gescheiterte Kaufverhandlungen für das Rudervereinshaus Schopperplatz 2, ZR 16393; dazu Notiz Sch. 15.2.1938, DS 702.

³⁷³ Haushaltsbericht Säiler Oktober 1938, DS 546.

³⁷⁴ BOM und BA 20.5.1935.

³⁷⁵ Vgl. HA-Prot. 27.3.1935 zu Erweiterungsmaßnahmen.

³⁷⁶ Spitalmeister des Katharinenspitals an Stadt 6.8.1937, ZR 1155.

³⁷⁷ Vermerk Sachs 9.8.1937, ZR 10758.

³⁷⁸ Einzelheiten ZRa 12773, vgl. Sch. an Jugendherbergs-Landesverband 9.8.1938, DS 673.

³⁷⁹ Westteil des früheren DDSG-Geländes. Zur Baugenehmigung Rh-Prot. 12.5.1938, zur Grundübertragung (7.11.1939) ZR 16044.

³⁸⁰ Prot. Besprechung Sch., HJ-Oberbannführer Schäfer und Architekt Wenz 2.9.1937; weitere Einzelheiten in ZRa 12773, vgl. auch Mb 1937 des Bauamts, DS 545, Säilers Haushaltsbericht 1938 (DS 546) sowie BOM und VB 20.10.1937.

³⁸¹ RPB 8.6.1938, vgl. Pressegespräch Sch. 3.5.1938, PSt 506. Presseberichte belegt bei Ruhl (1987) S.61.

³⁸² Zum Baufortschritt Mb Bauamt, DS 667.

³⁸³ PolDir an Stadt 23.1.1940 und weitere Einzelheiten in DS 673, vgl. auch Stadt an RVK 14.10.1944, DS 746. Nachdem der alte Hafen im Krieg nicht als Bad genutzt wurde, stellte ihn die Stadt für Feuerlöschboote zur Verfügung, vgl. Reinemer an PolDir 7.8.1941, ZR 18929.

³⁸⁴ Schreiben an den "Landesverband Bayern für Jugendwandern und Jugendherbergen" 10.7.1947, ZRa 12773.

4. Der Plan für eine Thingstätte³⁸⁵ und weitere Projekte

Als Kuriosum sei das Projekt für eine Thingstätte in Regensburg erwähnt, das im Herbst 1933 ins Gespräch kam, zunächst konkrete Gestalt anzunehmen schien, nach kurzer Zeit jedoch sang- und klanglos eingestellt wurde. Im Auftrag des Propagandaministeriums bemühte sich der "Reichsbund der deutschen Freilicht- und Volksschauspiele e.V." um die "Erfassung des ganzen Volkes" in festlichen Weihefesten. Zu diesem Zweck wollte er 20 sogenannte Thingstätten im ganzen Deutschen Reich bauen, darunter auch in Regensburg, und appellierte an die betroffenen Kommunen, sich ihm anzuschließen³⁸⁶. Die damit befaßten städtischen Stellen fanden das Vorhaben durchaus begrüßenswert³⁸⁷, der Stadtrat stimmte dem Bau einer Thingstätte im Stadtsüden, auf der Karthäuser Höhe, zu und erklärte sich bereit, die Planungs-, die Grundstücks- und einen Teil der Baukosten zu tragen³⁸⁸. Der Berliner Architekt Moshamer erarbeitete in städtischem Auftrag noch zwei weitere Entwürfe für mögliche Standorte der Thingstätte im Dörnberg- bzw. im Stadtpark; zwischen 17000 und 25000 Zuschauer sollte sie fassen³⁸⁹. Anfang 1935 beteiligte sich die Stadt Regensburg als größter Gesellschafter an der Gründung der Bayerischen "Spielgemeinschaft für nationale Festgestaltung"³⁹⁰, doch hörte man nun lange nichts mehr von dem Projekt. Während die Passauer Thingstätte zum Herbstanfang 1935 feierlich eingeweiht wurde³⁹¹, mußte man in Regensburg ein Jahr darauf zur Kenntnis nehmen, daß die bayerische Spielgemeinschaft förmlich liquidiert worden sei³⁹².

Auch für die von der Partei gewünschten, von ihr selbst aber nicht finanzierbaren NS-Gemeinschaftshäuser in den einzelnen Stadtteilen entstanden zwar Pläne, doch konnten sie nicht verwirklicht werden. Noch im Frühjahr 1941 gab Gauleiter Wächtler Regensburg für das "erste Bauprogramm zur Errichtung von Gemeinschaftshäusern der NSDAP" frei. Euphorisch dankte ihm Weigert und veranlaßte sofort entsprechende Maßnahmen. Bezogen auf die Schottenheimsiedlung traf man sich mit den Plänen der Stadtverwaltung: Die NSDAP-Ortsgruppe Flachberg schlug den Sandberg als Standort für ein Gemeinschaftshaus vor, wie es auch die Stadt projektierte. Eine ganze Reihe weiterer Ortsgruppen reichte ebenfalls Vorschläge ein, und im Juni 1941 kam sogar noch ein Mitglied der Reichsorganisationsleitung der NSDAP nach Regensburg, um sie zu begutachten. Der "Kreissachbearbeiter für Gemeinschaftshäuser" meldete der Gauleitung, daß er für die nächsten 50 Jahre mit einer auf 180000 gewachsenen Einwohnerschaft rechne und daher neben einigen kleineren vier große Gemeinschaftshäuser samt Festhallen fordern müsse. Kurz darauf werden wohl auch diese Projekte der allgemeinen Entwicklung im Bauwesen zum Opfer gefallen sein, jedenfalls finden sich keine Hinweise darauf, daß sie noch in ein konkretes Stadium getreten wären³⁹³.

³⁸⁵ Vgl. allg. Ruhl (1989) S.71 f.

³⁸⁶ Vgl. ZR 10857. Grundlegend zur Thing-Bewegung R.Stommer: Die inszenierte Volksgemeinschaft, Marburg 1985; vgl. auch Petsch S.113 ff.

³⁸⁷ Prießhauer an Ehrhardt 12.10.1933, ZR 10857, vgl. HA-Prot. 18.10.1933.

³⁸⁸ HA- und Sr-Prot. 13.6. bzw. 5.7.1934, vgl. BOw 6. und 9.7.1934, RE 6.-12.7.1934 und allg. Ruhl (1989) S.71 f.

³⁸⁹ Vgl. HA-Prot. 26.7.1934. Die Entwürfe in der Plansammlung des Stadtarchivs, HD 9-11. Schriftwechsel mit Moshamer in ZR 10857.

³⁹⁰ Vertretungsvollmacht für Ehrhardt laut Sr-Prot. 26.2.1935, vgl. auch BOw 1.9.1934. Weitere Einzelheiten in ZR 10857.

³⁹¹ Reg. an RMdI 8.10.1935, StA 22037; Einladung an Sch. in ZR 10757.

³⁹² Landesstelle München des Propagandaministeriums an Stadt 31.8.1936, ZR 10857. 1942 schlug Theaterintendant Schmid nochmals eine Freilichtbühne im Stadtpark vor, doch mußte das Projekt auf die Nachkriegszeit verschoben werden; die Einzelheiten in ZR 18393.

³⁹³ Der Vorgang in StA (NSDAP) 8.

E. Stadtverwaltung und Reichsarbeitsdienst³⁹⁴

Der zunächst freiwillige, ab 1935 Pflichtarbeitsdienst war keine nationalsozialistische Erfindung; als amtliche Institution bestand er seit Sommer 1931. In Regensburg trugen anfangs die Freien Gewerkschaften, dann ein "Kreisverein für den Arbeitsdienst Niederbayern/Oberpfalz" das erste, im November 1932 eingerichtete offene Männerlager im Herzogspark, während die Stadt als Trägerin der einzelnen Arbeitseinsätze auftrat³⁹⁵. Bis zum Frühjahr 1933³⁹⁶ hatten die Angehörigen des Arbeitsdienstes schon 16 verschiedene Maßnahmen durchgeführt, vor allem im Wegebau für die neuen vorstädtischen Siedlungen³⁹⁷. Bei Schottenheims Amtsantritt waren 35 Arbeitsdienst-Männer zur Beseitigung eines Müllplatzes am Weinweg eingesetzt, darüber hinaus hatte die Stadt noch unter Hipp verschiedene Straßenbaumaßnahmen beantragt, an denen auch der neue kommissarische Bürgermeister festhielt³⁹⁸.

Am Tag nach Schottenheims Amtsantritt fiel die Entscheidung, das Arbeitsdienstlager im Herzogspark in ein geschlossenes Lager umzuwandeln, das "vollkommen militärisch aufgezogen" war und zwei Reserveoffizieren unterstand. Hierzu bauten die Arbeitsmänner das Stallgebäude des ehemaligen Herzogs- oder Württemberg-Palais um³⁹⁹. Im Mai 1933 - kurz nach der Ernennung des Parsbergers Konstantin Hierl zum Staatssekretär und Reichsleiter des Arbeitsdienstes - fand die feierliche Eröffnung statt⁴⁰⁰; 125 Mann konnte das neue Lager aufnehmen, rund 8000 RM hatte es die Stadt gekostet⁴⁰¹.

In den folgenden Monaten stieg die Zahl der Anmeldungen zum Arbeitsdienst so stark, daß man die Vormerklisten schließen mußte. Weit über 100 Mann arbeiteten nun gleichzeitig an bis zu vier verschiedenen Baustellen im Stadtgebiet⁴⁰². Bald kam die Verlegung des Gruppenstabs "Bayerische Ostmark" samt einer vollständigen Stammabteilung nach Regensburg ins Gespräch. Die Stadtverwaltung begrüßte diese Maßnahme freudig⁴⁰³ und mietete schließlich trotz hoher Kosten das Anwesen Roritzerstraße 2 für die gut 100 Beamten und Angestellten des Arbeitsgaus XXIX⁴⁰⁴; später residierten sie in der Weißenburgstraße 5, seit 1934 geleitet von Generalarbeitsführer Laur⁴⁰⁵.

Ab September 1933 lag der Schwerpunkt des Arbeitseinsatzes auf dem Wegebau in der neuen Harthofsiedlung. Hieraus ergaben sich erhebliche Probleme, denn die Arbeitsmänner mußten jeden Tag stundenlang marschieren, um ihren Einsatzort zu erreichen. So kam es Ende 1933 zu einem Quartiersaustausch: Die Stadt stellte Teile des von ihr gemieteten ehemaligen Garnisonslazaretts an der Greflinger Straße, wo bislang die SA- und SS-Hilfsspolizei untergebracht

³⁹⁴ Überblick bei W.A.Boelcke: Arbeit und Soziales, in DVG IV S.793-807, hier S.804 ff. Vgl. für Rgbg. Weinmann S.146 ff.

³⁹⁵ Sch. an Arbeitsgauführung 5.7.1939, ZR 11220.

³⁹⁶ Übersicht über die Lager im Bezirk Rgbg. in RNN 16.2.1933. Zur Kritik an der mangelhaften Arbeitsleistung: HMB 16.3.1933, ZR 3725 b.

³⁹⁷ Vgl. ZR 10416; Einzelheiten zu den Baumaßnahmen auch in ZR 3725 b.

³⁹⁸ HMB 31.3.1933, ZR 3725 b.

³⁹⁹ Am Prebrunntor 4; Verzeichnis der von der Stadt gestellten Ausrüstung in ZR 19597.

⁴⁰⁰ Bauamt an DS 12.5.1933, ZR 3725 b, bzw. Material für Eröffnungsansprache Sch. 9.5.1933, ZR 10416; vgl. auch RA 129, 13.5.1933, und Weinmann S.152 ff.

⁴⁰¹ Sch. an DGT 19.1.1934, ZR 10416. Dem Reichskommissar für den Arbeitsdienst nannte er 12000 RM (22.6.1934, ZR 11221).

⁴⁰² Vgl. laufende Bauamtsberichte, ZR 3725 b.

⁴⁰³ Bauamtsbericht 3.7.1933, ZR 3725 b, vgl. HA-Prot. 4.7. und 2.8.1933.

⁴⁰⁴ Bauamtsbericht 13.9.1933, ZR 3725 b, vgl. HA-Prot. 6., 25.9.1933 und 24.1.1934. Ab 1934 übernahm der Gaustab selbst die Miete, vgl. Sch. an DGT 19.1.1934, ZR 10416. Mietvertrag Stadt - Süddt. Lebensversicherung (München) für Büros in Roritzerstraße 2 in ZR 16409.

⁴⁰⁵ Zum Aufbau des in 30 Gaue aufgeteilten Arbeitsdienstes: BA-MA RH 26-10/154. Der Rgbg.er Arbeitsgauleitung unterstanden 1934 fünf Gruppen, diesen die einzelnen Abteilungen zu je rund 200 Mann.

war, kostenlos der neuen Stammabteilung des Arbeitsdienstes mit ihren 216 Mann zur Verfügung⁴⁰⁶, während das Lager im Herzogspark bis zu dessen Auflösung am 1.2.1934⁴⁰⁷ vom weiblichen Arbeitsdienst genutzt wurde, der sein Quartier bislang in der Altstadt gehabt hatte⁴⁰⁸.

Im Sommer 1934 benötigte die Reichswehr ihr Garnisonslazarett wieder selbst und kündigte der Stadt und deren Untermietern⁴⁰⁹. Daher übergab Schottenheim das Lazarett der Heeresstandortverwaltung, während der Arbeitsdienst in den folgenden Wochen auf stadteigenem Gelände an der Straubinger Straße ein neues Stammlager errichtete⁴¹⁰. Die Kosten hierfür zu übernehmen, lehnte der Oberbürgermeister zunächst ab⁴¹¹, bewilligte schließlich aber doch 45000 RM für die Beschaffung der Baracken, die dem Arbeitsdienst ebenso wie das Gelände unentgeltlich überlassen wurden, solange die Stadt Trägerin seiner Arbeitsmaßnahmen blieb⁴¹². Allerdings litt der Wegebau in der Harthof-Siedlung monatelang unter der gleichzeitigen Einrichtung des neuen Barackenlagers, so daß die Straßen nicht termingerecht fertig wurden⁴¹³.

Auch im zweiten Siedlungsabschnitt übernahm der Arbeitsdienst, 1935 in einen halbjährigen Pflichtdienst umgewandelt⁴¹⁴, wieder den Wegebau. Allerdings war es noch immer nicht gelungen, den Arbeitsmännern ausreichende Bekleidung zu beschaffen. Dementsprechend rissen die Klagen über mangelhafte Leistungen nicht ab⁴¹⁵. Doch nicht nur die äußeren Umstände des Arbeitseinsatzes wurden scharf kritisiert, auch der Satz "Was brauchen wir für die Stadt arbeiten, wir sind Reichsarbeitsdienst" soll an der Tagesordnung gewesen sein⁴¹⁶. Selbst die Strafversetzung einiger Unterführer brachte kaum Fortschritte, nur selten ging der Straßenbau so voran, wie Schottenheim es sich für seine Siedlung gewünscht hätte. Höchstens die Hälfte der in Regensburg stationierten Stammabteilung konnte jeweils tatsächlich hier eingesetzt werden, häufig stockte der Baufortschritt, sei es aus Mangel an Regenkleidung, wegen des Arbeitseinsatzes für den Reichsparteitag oder der wochenlangen Pausen, die im Frühjahr und im Herbst nach den turnusmäßigen Entlassungen entstanden⁴¹⁷. Noch im Frühjahr 1936 vermerkte Schottenheim: "Ich habe das Gefühl, daß die zur Zeit vom Arbeitsdienst angelegten Straßen fast wertlos sind."⁴¹⁸ Erst zum Jahresende 1936 bescheinigte das Bauamt den RAD-Männern - trotz nach wie vor mangelhafter Winterbekleidung - gute Leistungen⁴¹⁹.

⁴⁰⁶ Einzelheiten in ZR 3725 b und 10416. Hier auch Einverständniserklärung der Obersten SA-Führung und Mietvertrag (29.11./12.12.1933), vgl. HA-Prot. 6.12.1933, 10. und 24.1.1934. Neben dem Arbeitsdienst kam hier der Brigadestab 81 der SA unter.

⁴⁰⁷ Vermietung an SA-Nachrichtenabteilung ab 15.2.1934; später kam hier auch die SS-Reiterstandarte 15 unter, vgl. Notiz Sch. 29.1.1934, DS 666, und HA-Prot. 7.2. und 22.8.1934. Zudem richtete die Firma Reemtsma hier ein Fabriklager ein, vgl. ZR 11003 a.

⁴⁰⁸ Weiße-Hahnen-Gasse 2, Einzelheiten in ZR 10416 und 11220, vgl. auch HA-Prot. 6.12.1933. Hinweise auf ein weiteres RAD-Lager an der Werftstraße u.a. in ZR 20157.

⁴⁰⁹ Zweigstelle Rgbg. des Landesfinanzamts an Stadt 7.5.1934 bzw. Stadt an Arbeitsdienst und SA-Brigade 17.5.1934, ZR 10416 und 11221. Hier und in DS 76 die weiteren Einzelheiten.

⁴¹⁰ Vermerk Schipper 4.6.1934, ZR 11221, und HA-Prot. 13.6.1934; zum Standort des Lagers s. Plan S.347 (am rechten Bildrand).

⁴¹¹ Sch. an Reichskommissar für Arbeitsdienst 22.6.1934, ZR 11219.

⁴¹² Zwick an Arbeitsgauleitung 7.7.1934, ZR 10416, Sr- bzw. HA-Prot. 5.7., 22.8., 27.9. und 29.10.1934; weitere Einzelheiten in ZR 11221. Überlassungsvertrag für die Baracken und das Gelände an der Straubinger Straße 28.1.1935 ebd. und ZR 10416. Rechnungsabschluß 26.8.1938 in FIN 500 (Ausgaben von knapp 45000 RM).

⁴¹³ Bauamtsbericht 24.10.1934, ZR 11221, vgl. Berichte Sommer-Herbst 1934, ZR 3725 b.

⁴¹⁴ 26.6.1935, RGBI I S.769.

⁴¹⁵ Vgl. die laufenden Bauamtsberichte, z.B. 12.1. und 27.2.1934, ZR 3725 b.

⁴¹⁶ Notiz Sch. 30.1.1934, DS 940, vgl. Sr-Prot. 4.5.1934.

⁴¹⁷ Die Bauamtsberichte ab 1935 in ZR 3725 c.

⁴¹⁸ Notiz 21.4.1936, DS 940.

⁴¹⁹ Mb November 1936, DS 697, vgl. auch Schipper an Reinemer 29.12.1936, ZR 11219.

Trotz hoher Aufwendungen für den RAD schnitt die Stadt zunächst insgesamt nicht schlecht ab; die Leistungen des Arbeitsdienstes für städtische Projekte wogen die Ausgaben in den ersten Jahren leicht wieder auf⁴²⁰. Doch nachdem der RAD inzwischen auch für das Winterhilfswerk, das NSKK und andere Träger eingesetzt wurde⁴²¹, erschien es allmählich fraglich, ob sich die hohen Kosten für die Stadt noch rentierten. Zudem erwies sich der Standort des Stammlagers als immer noch zu abgelegen für die bevorstehenden neuen Großprojekte: die Regulierung des Wenzenbachs und die Entwässerung von Zeitlarn. Daher erwog die Arbeitsgauleitung schon 1936, das Lager in den äußersten Nordosten des Stadtgebiets zu verlegen⁴²². Diesmal lehnte Schottenheim jede finanzielle Beteiligung kategorisch ab, nachdem die Stadt an den neuen Maßnahmen östlich und nördlich von Regensburg nicht interessiert sei⁴²³. Zudem verlangte er die Rückgabe der städtischen Baracken, nachdem die früheren Hoffnungen auf entsprechende Leistungen des Arbeitsdienstes enttäuscht worden seien⁴²⁴.

Anfang 1937 erteilte Generalarbeitsführer Laur den Aufbaubefehl für das neue Barackenlager der Abteilung 4/292 in Regensburg-Brandlberg⁴²⁵, für das die Stadt erneut das Gelände mietfrei bereitstellte⁴²⁶, obwohl der Arbeitsdienst in der Schottenheim-Siedlung nur noch unbedeutende Leistungen erbrachte; hier mußten nun Fürsorgeempfänger, teils auch Lohnarbeiter, den Straßenbau übernehmen. Immerhin war der RAD entscheidend an den Vorbereitungen für den Führer-Besuch im Juni dieses Jahres beteiligt⁴²⁷. Einen Monat darauf bezog er das neue Lager bei Brandlberg⁴²⁸. Die freiwerdenden städtischen Baracken hatte man zunächst am Sandberg zur Erweiterung der dortigen Notwohnanlage aufstellen wollen⁴²⁹, doch blieben dann einige von ihnen dem Arbeitsdienst überlassen, der als Gegenleistung die übrigen Baracken für die neue städtische Notwohnanlage "Keilbergheim" aufbaute⁴³⁰.

Das Gelände an der Straubinger Straße wurde vom Arbeitsdienst nicht geräumt, vielmehr belegte er es mit einem neuen Stabslager und nutzte auch die angrenzenden städtischen Grundstücke als Sport- und Exerzierplatz⁴³¹. Die Zahl der Arbeitsmänner selbst wurde angesichts des zunehmenden Mangels an Arbeitskräften im Herbst 1937 reichsweit wie auch in Regensburg drastisch abgebaut. Zudem entstand bei Straubing ein neues Lager für die Arbeiten an der Donauregulierung, die im Zusammenhang mit dem Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals standen. Die in Regensburg verbliebenen 80 Mann wurden nun fast ausschließlich für Arbeiten außerhalb des Stadtgebiets eingesetzt, für 1938 beantragte die Stadtverwaltung keine RAD-Maßnahmen mehr⁴³².

Erst 1940 ergaben sich wieder dienstliche Kontakte zum RAD, als dieser sein Vorhaben bekanntgab, nach Kriegsende westlich des Stabslagers an der Straubinger Straße eine Großwäscherei zu errichten⁴³³. Das Vorhaben scheiterte, als das Straßen- und Flußbauamt im Frühjahr 1941 die fraglichen Grundstücke von der Stadt erwarb, um hier, wie vom Generalin-

⁴²⁰ Vgl. Sch. an DGT 19.1.1934, ZR 10416, und Bericht 21.10.1933 über die eingesparten Wohlfahrtsleistungen, ZR 11220.

⁴²¹ Vgl. Schippers kritischen Bericht 26.9.1934, ZR 10416.

⁴²² Vgl. Sch. an Laur 23.6.1936, ebd.

⁴²³ Sch. an Laur 25.9.1936, ebd.

⁴²⁴ Sch. an Laur 11.2.1937, ebd.

⁴²⁵ Befehl 7.3.1937; Lagerbeschreibung im Mb 1.4.1937, DS 545 und 697, vgl. auch BOM 17.3.1937.

⁴²⁶ H. an Laur 1.3.1937, ZR 10416, und Notiz Sch. 8.3.1937, DS 697.

⁴²⁷ Vgl. die Mb in DS 545 und 697.

⁴²⁸ Mb 31.7.1937, ebd.

⁴²⁹ Mb 30.6.1937, ebd.

⁴³⁰ Rh-Prot. 14.7.1937.

⁴³¹ Arbeitsgauleitung an Stadt 23.7.1937, ZR 11221, und Sch. an Arbeitsgauleitung 22.2.1941, DS 800.

⁴³² Vgl. Mb ab Herbst 1937, DS 545 und 697.

⁴³³ Vermerk H. 30.9.1940, DS 800.

spekteur für das deutsche Straßenwesen vorgeschrieben, einen Reichsgerätehof zu einzurichten⁴³⁴. Die Stadt benutzte die Gelegenheit, um vom RAD die Räumung des Stabslagers zu fordern, das dringend als Industriegelände benötigt werde⁴³⁵, doch kam es nicht mehr dazu, da die Arbeitsgauleitung ein bereits projektiertes Stabsgebäude im geplanten neuen Verwaltungsviertel an der Kreuzung der Reichsstraßen R 8 und R 15 unter Kriegsbedingungen nicht errichten konnte. Anfang 1942 verpachtete die Stadt schließlich das Gelände des Stabslagers förmlich an die Arbeitsgauleitung, um endlich einen finanziellen Nutzen daraus zu ziehen⁴³⁶. Wenige Monate später verkaufte sie das Gelände dann an die Baufirma Tausendpfund, die einen Ersatzlagerplatz benötigte, nachdem ihr altes Lager dem Rhein-Main-Donau-Kanal hatte weichen müssen; auf Kriegsdauer durfte der RAD das Gelände allerdings weiterhin nutzen⁴³⁷.

Auch die Bezirksleitung des weiblichen Arbeitsdienstes bemühte sich 1943 um ein Quartier in Regensburg, vor allem um die zunehmende Zahl der dienstverpflichteten weiblichen Arbeitskräfte unterzubringen. Angesichts der allgemeinen Raumnot in der Stadt mußte Herrmann, zuständig für die Regelung des kriegswichtigen Raumbedarfs, der RAD-Gauleitung allerdings absagen⁴³⁸. Erst im Spätsommer 1944 kam das Ansiedlungsprojekt des weiblichen RAD nochmals ins Gespräch. In Regensburg-Reinhausen fand man einen Standort für die Baracken, sogar der Baubeginn war schon festgelegt, doch mußte schließlich der Reichsarbeitsführer die Maßnahme aus kriegsbedingten Gründen einstellen lassen⁴³⁹.

F. Stadtverwaltung und Vierjahresplan⁴⁴⁰

Beim "Parteitag der Ehre" verkündete Hitler im Jahr 1936 den (zweiten) Vierjahresplan der Reichsregierung. Die "natürlichen Mängel", also das Fehlen wichtiger Rohstoffe, sollten ausgeglichen werden durch "deutsche Genialität und deutschen Fleiß", um Deutschland autark und damit kriegsfähig zu machen. Göring erhielt umfassende Befugnisse, um alle Anstrengungen zentral lenken zu können⁴⁴¹. Unter anderem erließ er einen Lohn- und Preisstop, um die schleichende Inflation unter Kontrolle zu halten⁴⁴², Gesetze zur Erschließung von Bodenschätzen und zur Verwertung von Altmaterial⁴⁴³, zur Regelung des Arbeitsmarktes, gegen Wirtschaftssabotage etc. Auf kommunaler Ebene wurden eigene Vierjahresplan- und Preisüberwachungsstellen eingerichtet⁴⁴⁴; schon im Sommer 1936 hatte die Kreisregierung ange-

⁴³⁴ Kaufvertrag 27.3.1941 in ZR 16079 a, vgl. Rh-Prot. 21.2.1941.

⁴³⁵ Sch. an Arbeitsgauleitung 22.4.1941, DS 800.

⁴³⁶ Erster Vertrag 18.4.1940; die Verhandlungen und der abschließende Pachtvertrag 19.1.1942 in DS 800.

⁴³⁷ Kaufvertrag 25.9.1942 und der ganze Vorgang in ZR 16102, vgl. DS 800, Rh-Prot. 8.5.1942 und 23.2.1944 sowie DS 818 zur Beschaffung eines Ersatzlagers für Tausendpfund. In DS 608 ein weiteres Grundstücksgeschäft in diesem Zusammenhang (Notariatsurkunde 21.2.1944).

⁴³⁸ Bezirksverwaltung XIII an Stadt 6.4.1943 bzw. H. an Reg. 24.4.1943, DS 799; hier auch die weiteren Verhandlungen.

⁴³⁹ Bezirksverwaltung XIII an Stadt 3.11.1944, ebd.

⁴⁴⁰ Vgl. allg. D.Petzina: Autarkiepolitik im Dritten Reich, Stuttgart 1968. Überblick und neue Lit. in Petzinas und Boelckes Beiträgen zu DVG IV, hier S.670 f. und S.784 ff.

⁴⁴¹ Vgl. DurchfVO zum Vierjahresplan 18.10.1936, RGBI I S.887.

⁴⁴² DurchfGesetz zum Vierjahresplan/Bestellung eines Reichskommissars für die Preisbildung 29.10.1936, RGBI I S.927, sowie Preisstop-VO 26.11.1936, RGBI I S.955. Vorschriften zum Vierjahresplan in ZR 11181.

⁴⁴³ Gesetz über die Verarbeitung von Altmaterial 16.3.1937, RGBI I S.312.

⁴⁴⁴ Vgl. Verf. Sch. 3. und 4.11.1936, DS 797, vgl. auch Notiz 2.12.1936, DS 871, über die Richtlinien zur Zusammenarbeit mit der NSV. Zusammenfassend zum kommunalpolitischen Aspekt des Vierjahresplans Fiehlers Artikel im VB 4.12.1936.

ordnet, daß den Beobachtungen der Gemeinden zum Rohstoffmarkt und zu entsprechenden Aktivitäten der Industrie größte Aufmerksamkeit zu schenken sei⁴⁴⁵.

Zwar entstanden zwei große Vierjahresplanbetriebe in Regensburg, das Flugzeug- und das Holzverzuckerungswerk als Rüstungs- bzw. als Autarkiebetrieb, doch hatte die Stadtverwaltung nur geringen Einfluß auf diese Neugründungen. Ihr kamen andere, weniger spektakuläre Aufgaben zu, die nichtsdestoweniger zur "Wehrhaftmachung" Deutschlands beitrugen: Neben der Öffentlichkeitsarbeit für den Vierjahresplan⁴⁴⁶ die Einrichtung einer Schweinemästerei für die NSV, die Pflanzung von Maulbeerplantagen für die Seidenraupenzucht, die Erfassung und Verwertung von Altmaterial und die Organisation der Müllverwertung⁴⁴⁷. Selbst Kuriosa wie den Versuch des Kommerzienrats Theuerkauf, aus einer heimischen Malvenart Fasern als Juteersatz zu gewinnen, behielt man im Auge⁴⁴⁸.

Unmittelbar nach Bekanntwerden erster Einzelheiten des Vierjahresplans beauftragte Schottenheim seinen Sozialreferenten Zwick, als Beitrag zum "Ernährungshilfswerk" der NSV die Einrichtung einer Schweinemästerei vorzubereiten⁴⁴⁹. Sie entstand im Frühjahr 1937 am Unterislinger Weg, wobei die Stadt 3000 RM für die Anschaffung von Schweinen, die Wehrmacht Lastwagen und Küchenabfälle zur Verfügung stellten, während die NSV die Sammlung verwertbaren Hausmülls übernahm⁴⁵⁰. Schon bald erwies sich die Mästerei als klein⁴⁵¹. Dennoch beklagte Gauleiter Wächtler, daß in Regensburg die Schweinemast weit hinter dem Durchschnitt zurückbleibe⁴⁵². So entstand das Projekt einer neuen Mästerei der NSV im soeben von der Stadt erworbenen Gut Königswiesen. Auf die Bedenken des neuen Gutspächters Koch wollte Schottenheim keine Rücksicht nehmen, da Regensburg "in dieser Angelegenheit hinter anderen Städten nicht zurückbleiben kann"⁴⁵³, und er genehmigte einen Zuschuß von 25000 RM⁴⁵⁴. Allerdings verzögerte sich die Baumaßnahme angesichts der Lage auf dem Bau- und Arbeitsmarkt bis zum Sommer 1938⁴⁵⁵. Im folgenden Winter blieb die Mästerei erneut unbenutzt, erst im Juli 1939 nahm die NSV sie wieder in Betrieb und legte zugleich die alte Anlage am Unterislinger Weg still⁴⁵⁶. Ende 1940 und im Sommer 1941 genehmigte Schottenheim den großzügigen Ausbau der Mästerei⁴⁵⁷, die mindestens bis 1944 bestanden haben muß, denn dort wurden - ebenso wie im Milchwerk - Jugendliche eingesetzt, die für leichte Verfehlungen Arbeitsauflagen statt gerichtlicher Strafen erhalten hatten⁴⁵⁸.

⁴⁴⁵ 31.7.1936, DS 797.

⁴⁴⁶ Vgl. die Mb 1. und 30.4.1937 zur Kulturfilmreihe "Deutschland hilft sich selbst", DS 846 bzw. 545.

⁴⁴⁷ Vgl. Notiz Sch. 3.2.1937; Arbeitsplan und -bericht der Vierjahresplanstelle, undatiert, in DS 871, vgl. auch die Mb in DS 545.

⁴⁴⁸ Einzelheiten in DS 878.

⁴⁴⁹ Notiz 3.11.1936, DS 871; vgl. zu den Schweinemästereien allg. Matzerath (1970) S.370.

⁴⁵⁰ Notiz Sch. 8.3.1937, Dank der NSV 15.3.1937, DS 871, Pressegespräche 9. und 20.3.1937, PSt 506, sowie Mb 1. und 30.4.1937, DS 545 und 871.

⁴⁵¹ Mb Mai-Juni 1937, DS 545, vgl. auch Mb 30.10.1937, ebd. und DS 871.

⁴⁵² Notiz Sch. 18.11.1937, DS 871.

⁴⁵³ Rh-Prot. 21.1.1938, vgl. Notiz Sch. 4.1.1938, DS 851.

⁴⁵⁴ Vgl. die Notizen Sch. und Mb in DS 871.

⁴⁵⁵ Baugenehmigungen für Ställe und Erweiterungsbauten in den Rh-Prot. 29.4., 17.6. und 26.8.1938, vgl. Mb Bauamt 30.6.1938, DS 851.

⁴⁵⁶ Vgl. die Mb in DS 667 und 871, vgl. zum weiteren Ausbau Rh-Prot. 15.12.1939.

⁴⁵⁷ Rh-Prot. 28.11.1940 und 14.8.1941.

⁴⁵⁸ Stadt an Reg. 30.5.1944, JUG 518. Aufnahme eines Darlehens (90000 RM) für Ernährungshilfswerk während des Kriegs erwähnt in StA 16425. Vgl. zum Kreisschulungslager im letzten Kriegswinter auch Zwick an Kreisleitung 8.12.1944, EWA 501.

In beiden großen Siedlungen ließ Schottenheim ausgedehnte Maulbeerplantagen für die Seidenraupenzucht anlegen⁴⁵⁹; Seide für Fallschirme, nicht etwa für Damenstrümpfe, wolle man gewinnen und zugleich den Siedlern eine Nebeneinnahme verschaffen⁴⁶⁰. Unter Aufsicht des Gartenamts legten Pflichtarbeiter im Frühjahr 1937 neben dem Gemeinschaftshaus im Schottenheim die ersten Hecken mit rund 3000 Sträuchern an, für 1939 erwartete man die erste Ernte⁴⁶¹. Die Pflanzung entwickelte sich so gut⁴⁶², daß man im Göring- wie auch im Schottenheim je eine weitere Maulbeerzucht begann⁴⁶³ und gleichzeitig die größeren ortsansässigen Gewerbebetriebe dafür zu gewinnen suchte, sich diesem Vorbild anzuschließen⁴⁶⁴. Kurz vor Kriegsbeginn legte man schließlich eine weitere Seidenraupenzucht im Bereich der Hans-Schemm-Schule an⁴⁶⁵; über die Erträge der verschiedenen Plantagen liegen keine Unterlagen vor.

Das Autarkiestreben erzwang auch die intensivere Ausbeutung heimischer Bodenschätze und damit die Suche nach neuen Lagerstätten. Dennoch wurden Teile eines seit langem bekannten, nach dem Ersten Weltkrieg zeitweise sogar ausgebeuteten Braunkohlenfelds im Stadt Süden von Regensburg mit der Göringheim-Siedlung überbaut, nachdem ein Abbau der Kohle in absehbarer Zukunft nicht zu erwarten war - und dies, obwohl sich die "Rohstoffbetriebe der Vereinigten Stahlwerke GmbH" (Dortmund) mit dem Hinweis auf das deutsche Autarkiestreben geweigert hatten, auf ihr Bergrecht zu verzichten⁴⁶⁶. Im Nordosten des Stadtgebiets, am Keilberg und in Grünthal, kam es außerdem zu Eisenerz-Schürfungen, die das geologische Institut der Münchener Universität im Auftrag von Görings Dienststelle durchführte⁴⁶⁷. Die ersten Proben brachten günstige Prognosen, so daß man eine Reihe von Tiefbohrungen plante, um genauere Ergebnisse zu erhalten. Eine eventuelle spätere Ausbeutung wollten die Reichswerke Hermann Göring übernehmen⁴⁶⁸. Noch Anfang 1939 zeigte sich Schottenheim optimistisch; ein Erzabbau am Nordabhang des Keilbergs stehe zu erwarten⁴⁶⁹. Unter Kriegsbedingungen konnte man damit nicht mehr rechnen, nur für eine ferne Zukunft behielt man den Bau einer Seilbahn und eines Stichhafens an der Donau im Auge⁴⁷⁰.

Nach der Berufung eines Reichskommissars für die Preisbildung⁴⁷¹ blieb das Preisniveau in Deutschland bis Kriegsbeginn einigermaßen stabil, die Großhandelspreise erhöhten sich um nur 3 %, die Lebenshaltungskosten um 1,1 %. Erst im Krieg kam es zu einer leichten Beschleunigung des Preisanstiegs; 1942 lagen Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten rund 10 % höher als 1936 und 7-8 % höher als 1939. Einzelne Branchen, vor allem der Baubereich und die metallverarbeitende Industrie, verzeichneten allerdings überdurchschnittliche Lohnsteigerungen, da hier die enorme Nachfrage nach Fachkräften zur Umgehung des Lohnstopps geführt, also eine Steigerung der Lohnnebenkosten verursacht hatte⁴⁷². Trotz der gravie-

⁴⁵⁹ Anweisung 4.2.1937 an den Vierjahresplan-Beamten, Oberinspektor Strobl, sich über die Seidenraupenzucht zu informieren und Kontakte zu knüpfen, DS 929; Anordnung zur Bepflanzung 25.2.1937, ZR 11076 a.

⁴⁶⁰ Sch. in seinen Erinnerungen NIS 30, S.3574.

⁴⁶¹ Berichte 18.2. und 27./30.4.1937, DS 545, 672 und 929, sowie Pressegespräch Sch. 9.3.1937, DS 865, vgl. BOM 19.2.1937.

⁴⁶² Vgl. Mb 31.8.1937, DS 545 und 672, vgl. auch BA und BOM 4.7.1937.

⁴⁶³ Mb des Gartenamts 31.3.1938 bzw. 29.8.1939, DS 667 und 672.

⁴⁶⁴ Mb 31.1.1939 DS 667 und 871.

⁴⁶⁵ Mb 29.7.1939, ebd.

⁴⁶⁶ Vgl. ZRa 12808 und 12870.

⁴⁶⁷ Erstmals erwähnt im Mb 30.11.1937, DS 545 und 869.

⁴⁶⁸ Mb 31.12.1937, ebd.

⁴⁶⁹ Notiz 18.2.1939, DS 869.

⁴⁷⁰ Prot. Besprechung über Erweiterung der Südholag 17.2.1942, DS 890.

⁴⁷¹ Vgl. zum folgenden Boelcke (s.Anm.394) S.787 f.

⁴⁷² Mitteilungsblatt des Reichskommissars für die Preisbildung 22.2.1943.

renden Folgen dieser Entwicklung für den örtlichen Arbeitsmarkt, die für Regensburg am Beispiel des Flugzeugwerks noch darzustellen sein werden, gelang es den kommunalen Behörden nicht, erfolgreich dagegen einzuschreiten, da sie nur in die Preis-, nicht in die Lohnüberwachung eingeschaltet waren; diese oblag dem Treuhänder der Arbeit.

Im Herbst 1937 übertrug der Reichskommissar für die Preisbildung die Preisüberwachung bei Mieten und Grundstücken den unteren Verwaltungsbehörden. Sie durften nun Grundstückspreise festlegen und Ausnahmen vom Preisstop genehmigen⁴⁷³. Als federführend hierfür bestimmte Schottenheim das Bauamt, die städtische Liegenschaftsverwaltung hatte die Preisentwicklung am Grundstücksmarkt zu beobachten⁴⁷⁴. Daneben führte die städtische Preisüberwachungsstelle ständige Kontrollen in Handel und Gewerbe durch⁴⁷⁵, jedoch kam es nur selten zur Verhängung von Ordnungsstrafen wegen Verstößen gegen die Preisstop-Verordnung⁴⁷⁶.

Einen letzten Schwerpunkt städtischer Aktivitäten im Dienst am Vierjahresplan bildeten die Erfassung und Verwertung von Abfällen⁴⁷⁷. Im Frühjahr 1937 kam es zu einer ersten konzentrierten Aktion, bei der SA, NSKK und private Fuhrunternehmer an verschiedenen Stellen des Stadtgebiets, vor allem auf wilden Mülldeponien, insgesamt rund 10 t Altmetall sammelten⁴⁷⁸. Mit den entsprechenden Erfolgsmeldungen in der Presse war die Aufforderung an die Bevölkerung verbunden, Schrott abzuliefern⁴⁷⁹. Innerhalb der Stadtverwaltung⁴⁸⁰, den Werken und den Schulen wurde von nun an ebenso gesammelt wie in den privaten Haushalten, und die Pächter der drei städtischen Müllplätze mußten, wie von Göring generell angeordnet⁴⁸¹, die Abfälle sortieren. Außerdem führte die Stadt gemeinsam mit Polizei, NSV und RLB bei den privaten Hausbesitzern eine zugleich dem Luftschutz dienende Entrümpelungsaktion durch⁴⁸². Von Ende 1936 bis Februar 1938 erbrachte dieser "Kampf gegen den Verderb" 253 t Metalle, 126 t Altpapier, 65 t Lumpen, 45 t Knochen und 10 t Altglas, die der Wiederverwertung zugeführt wurden⁴⁸³. Insbesondere im Krieg führte man die verschiedenen Sammlungen weiter und dehnte sie teils sogar noch aus, vor allem auf die Gewerbebetriebe⁴⁸⁴. Das Stadtgartenamt entfernte eiserne Einfriedungen und ersetzte sie durch Randsteine⁴⁸⁵, die Stadtwerke verwendeten zunehmend Materialien aus heimischen Produkten, etwa Treibstoff aus deutschem Öl und Putzwolle aus deutschem Holz⁴⁸⁶, die SA und die HJ sammelten weiterhin Schrott im ganzen Stadtgebiet⁴⁸⁷, und die Stadtverwaltung beteiligte sich auch an der "Metallspende des Deutschen Volkes", die immerhin eine Sammelmenge von 60 t Altmetall erbrachte⁴⁸⁸; die gesamte Ulrichskirche, die man als Sammelplatz nutzte, glich einem Metall-

⁴⁷³ 5.Anordnung über die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse des Reichskommissars für die Preisbildung, RegAnz 15.10.1937, vgl. RdErl im RegAnz 3.11.1937.

⁴⁷⁴ Dienstanweisung 3.11.1937, PÜW 11; ebd. Einzelheiten zur mehrfach geänderten Kompetenzverteilung in der Stadtverwaltung.

⁴⁷⁵ Vgl. die Mb in DS 871, teils auch 545 und 667.

⁴⁷⁶ Die halbjährliche Berichterstattung an die Reg. in PÜW 12, weitere Einzelheiten in PÜW 11.

⁴⁷⁷ Laufende Mb zum Altmaterial in DS 588 und 871.

⁴⁷⁸ Mb 30.4.1937, DS 871.

⁴⁷⁹ Vgl. Pressegespräch Sch. 27.4.1937, PSt 502 und 506.

⁴⁸⁰ Verf. Sch. 14.8.1937, u.a. JUG 502.

⁴⁸¹ Anordnung 11.8.1937, vgl. DS 573 und 871; vgl. zur Müllsituation in Rgbg. Schipper an DGT 10.6.1937, DS 573.

⁴⁸² Mb 30.10.1937, DS 871.

⁴⁸³ Errechnet aus Zwicks Bericht 1.4.1938, DS 871.

⁴⁸⁴ Vgl. z.B. Mb 31.1.1939, ebd. und DS 667.

⁴⁸⁵ Vgl. die Mb in DS 672.

⁴⁸⁶ Vgl. allg. ZR 16544 f.

⁴⁸⁷ Vgl. Presseberichte, z.B. BOM 11., 18., 30.11. und 9.12.1938.

⁴⁸⁸ Sch. an BWA 26.4.1940, ZR 19836, vgl. Verf. 19.4.1940, NIB, Akt "Metallsammlung. Sailer-Denkmal".

lager. Ab 1942 wurden die Kirchenglocken abgenommen, selbst das Museum mußte der Berliner "Reichsstelle für Metalle" eine alte Kanone abliefern⁴⁸⁹. Gegen die Ablieferung gegossener Denkmäler wehrte man sich zwar vehement, obwohl Innenminister Wagner gedroht hatte, er werde sich die Sammelergebnisse "im Einzelnen vorlegen lassen und die Landräte und Oberbürgermeister nach dem Ergebnis beurteilen"⁴⁹⁰, doch konnte man diese Maßnahme nicht völlig verhindern; das Denkmal Bischof Sailers kehrte erst 1949 in beschädigtem Zustand von einem Hamburger Metallager nach Regensburg zurück⁴⁹¹.

Trotz aller Anstrengungen gingen die Erträge aus den verschiedenen Altmaterialsammlungen ab 1942 kontinuierlich zurück, nicht zuletzt wegen des Mangels an Personal und Transportfahrzeugen⁴⁹², aber auch wegen der Konkurrenz, die der Stadt durch die intensive Sammlungstätigkeit an den Schulen entstand. Die Durchforstung der Verwaltung selbst nach überflüssigen Formularen brachte immerhin noch einen Ertrag von 4 Zentnern Altpapier⁴⁹³. Insgesamt scheinen die Sammelergebnisse in Regensburg ständig hinter denen vergleichbarer Städte zurückgeblieben zu sein, wie der Reichskommissar für die Altmaterialverwertung kritisierte⁴⁹⁴.

G. NS-Veranstaltungen

1. "Führer"-Besuche

Die mit Abstand aufwendigste und glanzvollste öffentliche Veranstaltung, die im nationalsozialistischen Regensburg stattfand, war die Brucknerfeier 1937, verbunden mit dem Besuch Adolf Hitlers und einem Gautreffen der NSDAP.

Hitler scheint wegen der Ereignisse um seine Ansprache im Jahr 1932 keine guten Erinnerungen an Regensburg behalten zu haben. So geriet der erste der beiden Besuche, die er der Stadt als Reichskanzler bzw. "Führer" abstattete, sehr kurz und glanzlos: Anlässlich des "Deutschen Tags" mit einem Staatsakt an der Kelheimer Befreiungshalle kam er am 22.10.1933 auch nach Regensburg, doch fanden hier keine Großveranstaltungen statt. Nur eine Begrüßung im Reichssaal durch Schottenheim, die Überreichung der Ehrenbürgerurkunde und einen abendlichen Zapfenstreich der SA vor dem Rathaus sah das Programm vor⁴⁹⁵. Ganz anders verlief die Brucknerfeier im Juni 1937, mitten in der überschäumenden Aufschwungphase der Stadt. Seit längerem gab es Pläne der Internationalen Bruckner-Gesellschaft, eine Büste des Komponisten in der Walhalla aufstellen zu lassen. Nachdem Hitlers Verehrung für Bruckner bekannt war, wurde für Herbst 1936 ein entsprechender Staatsakt in

⁴⁸⁹ Verzeichnisse und weitere Einzelheiten ebd.

⁴⁹⁰ Reg. an Stadt 18.4.1940, NIS 1; Sch.s entsprechende Verf. 19.4.1940 u.a. in JUG 502.

⁴⁹¹ Einzelheiten in NIB, Akt "Metallsammlung. Sailer-Denkmal" und ZR 18429.

⁴⁹² Vgl. Bericht Schipper zur Müllabfuhr 10.9.1941, DS 572.

⁴⁹³ Verf. Sch. 5.4.1943 samt handschr. Vermerk, ZR 9042. Einzelheiten zur Altpapier-, Spinnstoff- und Schuh-sammlung im Frühjahr 1943 in ZR 18755 f.

⁴⁹⁴ Sein ausgedehnter, von Vorwürfen und Rechtfertigungen geprägter Schriftwechsel mit Zwick in DS 573.

⁴⁹⁵ Zum geplanten Programm und dem Auftritt der Domspatzen: Halter (1992) S.374 f.; Quellen: ZRa 14054, vgl. auch HA-Prot. 11.10.1933, auch in ZRa 14016 a, sowie RA 22. bzw. 23.10.1933. Im HMB 3.11.1933 ist er nicht erwähnt (StA 22040).

Anwesenheit des "Führers" vorbereitet⁴⁹⁶. Wegen der viel zu kurzen Frist kam es den städtischen Stellen sehr gelegen, daß der Termin auf 5.-7.Juni 1937 verschoben werden mußte. Der Führerbesuch wurde nun mit dem Gautag der NSDAP zusammengelegt, der erstmals seit 1933 wieder in der größten Stadt des Gaus stattfand. Zum Rahmenprogramm gehörte auch ein Gausportfest.



Oberbürgermeister Schottenheim bei der Übergabe eines Bildbandes an Hitler im Alten Rathaus, 6.6.1937
Repro: Städtische Bildstelle

Für Hitlers Umgebung waren die organisatorischen Vorbereitungen, die nun anliefen, normal - nicht so für die Provinzstadt Regensburg⁴⁹⁷. Staats- und Parteiapparat wurden in Gang gesetzt, um die technische Abwicklung des Führerbesuchs ebenso wie die Sicherheit der anwesenden Prominenz zu gewährleisten. 20000 Mann SA bzw. Werkscharen, 15000 Politische Leiter, 8000 HJ- und 5000 NSKK-Mitglieder erwartete man als Teilnehmer am Gautag⁴⁹⁸, wobei die Gauleitung die Kosten des eigentlichen Gautreffens übernahm, während die Sicherheits- und Absperrungsmaßnahmen vom Propagandaministerium getragen wurden. Zu den städtischen Vorarbeiten gehörte die ohnehin geplante, nun beschleunigte Instandsetzung der Minoritenkirche, die künftig in das neue Ostmarkmuseum einbezogen werden sollte, beim Führerbesuch jedoch als "schönster Konzertsaal des Landes"⁴⁹⁹ diente. Hier wurden die

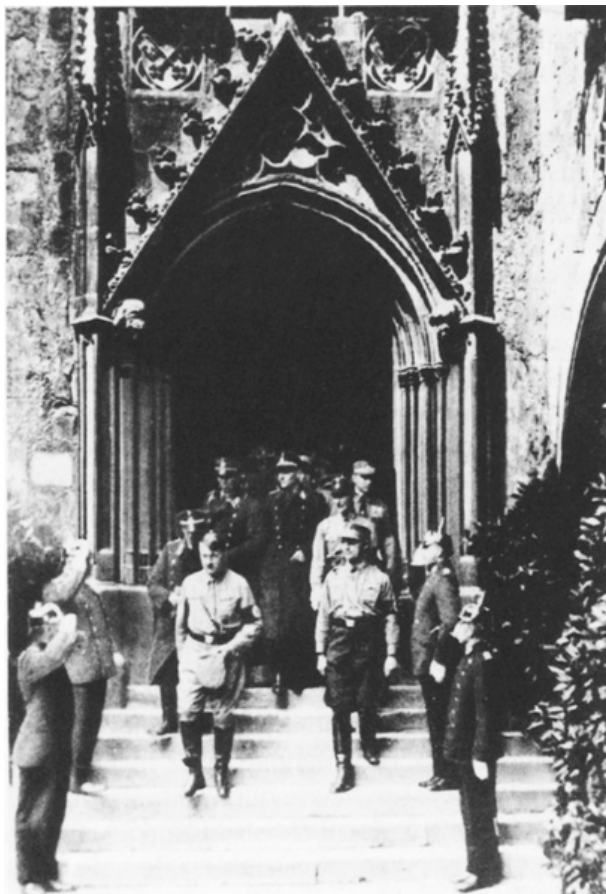
⁴⁹⁶ Örtliche Organisation durch Reinemer, vgl. Sch. an Konzertverein München 4.8.1936, ZRa 14065.

⁴⁹⁷ Zum folgenden StA 14337, ZR 14065, A 1956/26 und NIB, Akt "Bruckner-Feier 1937", letzterer mit Zeitungsausschnitten und Materialien zur Abrechnung. Unergiebig ZR 11198, breite Darstellung in Sch.s Erinnerungen (NIS 30).

⁴⁹⁸ StA 14337, vgl. Reinemer an SS-Standarte "Deutschland" 20.5.1937, ZRa 14012; vgl. auch RPB 5.6.1937 zu den Vorbereitungen.

⁴⁹⁹ Rh-Prot. 20.8.1936.

übertünchten Fresken durch örtliche Kunstmaler freigelegt und die von Hitler gespendete Orgel installiert⁵⁰⁰. Für die Wiederherstellung der Kurfürstenzimmer im Alten Rathaus, wo der "Führer" während seines Aufenthalts wohnte, engagierte man auswärtige Restauratoren⁵⁰¹; Konzertbüros, Künstleragenturen und sogar ein Feuerwerkshersteller boten ihre Dienste an. Ein ausgedehnter Schriftwechsel war mit der in- und ausländischen Presse zu führen, die örtlichen Chöre und Orchester mußten durch auswärtige Musiker verstärkt, aber auch Massenquartiere beschafft werden⁵⁰². Die Aufgaben aus dem kulturellen Bereich erledigte Museumsdirektor Boll, während Reinemer aus städtischer Sicht für die technische Leitung verantwortlich war. Für die wichtigste Phase des Festwochenendes verbot die Kreisregierung den privaten und öffentlichen Nahverkehr im Stadtgebiet ebenso wie den Bootsverkehr auf der Donau⁵⁰³.



Der "Führer" verläßt das Alte Rathaus (6.6.1937)

Repro: Städtische Bildstelle

Ihren Höhepunkt fanden die Feierlichkeiten am 6.Juni 1937. Anlässlich der Enthüllung der Brucknerbüste fand vormittags ein Staatsakt in der Walhalla statt, mittags war der offizielle Empfang für Hitler im Alten Rathaus angesetzt. Dort trug er sich ins "Goldene Buch" der Stadt ein und besichtigte gemeinsam mit Himmler, Ministerpräsident Siebert und weiteren

⁵⁰⁰ Vgl. Rh-Prot. 29.7.1936. Zur Akustikprobe wurde die halbe Belegschaft der Stadtverwaltung in die Kirche abgeordnet (Verf. 27.4.1937, PSt 502). Mit Hilfe von Wandteppichen versuchte man den Hall zu dämpfen.

⁵⁰¹ Vgl. Pressegespräch Sch. 19.5.1937, PSt 502, vgl. auch Stratmann (1989) S.127 f. Die von der Staatlichen Schlösserverwaltung gestellten Wandteppiche hätte die Stadt gern als Dauerleihgabe behalten, vgl. Sch. an Staatssekretär Köglmeier (undatiert, DS 847).

⁵⁰² Zahlreiche Einzelheiten in ZRa 14065.

⁵⁰³ Wbl 4.6.1937, Abdruck ZRa 14065.

Mitgliedern der Reichsleitung der NSDAP, der Reichs- und der Landesregierung die Modelle, die Schottenheim hatte aufbauen lassen, darunter das der neuen "Adolf-Hitler-Brücke", des Technischen Rathauses, des Flugzeugwerks und der Siedlungen⁵⁰⁴. Auch ein eigens geschaffener Prachtband über die "Aufbauarbeit" in Regensburg wurde ihm überreicht⁵⁰⁵. Am Nachmittag folgte der eigentliche Parteitag mit einer Massenkundgebung am Rennplatz, während zum abendlichen Brucknerkonzert in der Minoritenkirche nur geladene Gäste zugelassen waren⁵⁰⁶. Das Gausportfest von 11. bis 13.6.1937 bildete den Abschluß des Gautreffens. Es stand unter Wächtlers Schirmherrschaft und wurde von den drei regional zuständigen Kreisen des Reichsbundes für Leibesübungen ausgerichtet. Rund 4000 Sportvereinsmitglieder und Angehörige von Wehrmacht, SA und SS nahmen daran teil, bis zu 15000 Zuschauer wurden gezählt⁵⁰⁷.

Während sich die Leistungen der Stadt für das Gausportfest in bescheidenem Rahmen hielten⁵⁰⁸, hatte sich der gewaltige Aufwand für den Hitler-Besuch durchaus gelohnt. Regensburg war in den meisten deutschen und vielen ausländischen Zeitungen auf der ersten Seite erschienen, Hitler selbst soll von seinem Aufenthalt recht angetan gewesen sein, und von vielen Teilnehmern an den Veranstaltungen liefen begeisterte Dankschreiben ein⁵⁰⁹. Daß sich dabei die Gesamtkosten als erheblich höher erwiesen als zunächst erwartet, nahm man in Kauf⁵¹⁰; soweit ersichtlich, hatten Hitler selbst 50000 RM, Bayerns Ministerpräsident Siebert zusätzlich 15000 RM als Zuschuß bereitgestellt⁵¹¹, während sich die effektiven Ausgaben der Stadtverwaltung auf knapp 38000 RM beliefen⁵¹². Dafür hatte man eine wertvolle Fremdenverkehrswerbung erhalten, dazu eine neue Orgel sowie restaurierte Kurfürstenzimmer - insgesamt keine unerfreuliche Bilanz.

2. Weitere Veranstaltungen⁵¹³

Gerade an dem außergewöhnlichen Aufwand, der im Zeichen des Personenkults für Hitler betrieben wurde, zeigte sich der provinzielle Rang Regensburgs; nur selten erhielt die Stadt offiziellen Besuch wirklicher Prominenz von Staat und Partei. So kam SA-Chef Röhm noch kurz vor seiner Ermordung nach Regensburg⁵¹⁴, Arthur Rosenberg sprach 1938 bei einer Wahlveranstaltung, angeblich zu 50000 Zuhörern⁵¹⁵, Göring und Reichsorganisationsleiter Ley besichtigten das Flugzeugwerk⁵¹⁶. Hochrangige, aber nicht der absoluten Führungselite

⁵⁰⁴ Vgl. allg. ZRa 14065. Fotos der Szene sind vielfach veröffentlicht, u.a. in der Tagespresse und in "Regensburg - eine Stadt des Reiches" S.107.

⁵⁰⁵ Entwurf in ZRa 13549; Zweitexemplar des Bandes in der Fotosammlung des Stadtarchivs.

⁵⁰⁶ Programmablauf nach StA 14337.

⁵⁰⁷ Sogar eine Notbrücke zum Oberen Wöhrd richtete man ein, vgl. Bauamtsbericht April 1937, DS 545.

⁵⁰⁸ Die Einzelheiten in ZRa 14032.

⁵⁰⁹ Belege u.a. in NIS 4 und ZRa 14065; hier auch Dank Sch.s an die vielen Beteiligten. Zum positiven Fazit auch Rh-Prot. 8.6.1937 und RPB 9.7.1937.

⁵¹⁰ Rechnungsabschluß 1936/37, FIN 500.

⁵¹¹ Belegt u.a. durch Verf. Sch. 19.5.1937 (ZRa 14065), wonach alle Kosten für die Brucknerfeier auf die Führerspende von 50000 RM zu verrechnen seien.

⁵¹² Fragebogen für Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden 1940, ZRa 13544, vgl. aber Sch. an Siebert 29.11.1937, NIB Akt "Bruckner-Feier 1937".

⁵¹³ Vgl. allg. ZRa 14013.

⁵¹⁴ BOw 7.5.1934, Vb 8.5.1934, RE 11.-17.5.1934.

⁵¹⁵ RPB 8.4.1938, vgl. ZRa 13747 und BOm 1.4.1938.

⁵¹⁶ Verf. zur Teilnahme der städtischen Bediensteten am Rüstungsappell 10.6.1942, ZR 9042 und ZRa 13339. Zum Besuch Leys, der von Wächtler begleitet wurde, WSt 2 (Kosten) und ZRa 14014.

angehörige Partei- und Regierungsmitglieder⁵¹⁷ und "Provinzfürsten" wie die beiden Gauleiter Schemm und Wächtler⁵¹⁸ oder Landesminister wie Wagner, Frank und Ministerpräsident Siebert - dieser als Aufsichtsratsvorsitzender des "Bayerischen Lloyd" - besuchten Regensburg selbstverständlich häufiger.

Daneben gab es, vor allem bis zum Kriegsbeginn, eine Fülle öffentlicher Veranstaltungen. Besonderen Rang nahmen dabei die Massenkundgebungen ein, die auch in Regensburg ihre propagandistische Wirkung nicht verfehlt haben dürften. Schon bei der 1.Mai-Feier 1933 konnten sich Tausende als Teil der "Volksgemeinschaft" fühlen, in der die Zersplitterung der Weimarer Zeit überwunden werden sollte. SA und SS marschierten gemeinsam mit Freien und Christlichen Gewerkschaften, mit Kolping, Innungen und Beamtenschaft. Mit völlig anderer Zielsetzung, aber kaum weniger eindrucksvoll, demonstrierte kurz darauf die NSDAP ihre Stärke beim Gautag, der von 2. bis 4.6.1933 in Regensburg stattfand und neben Tausenden von SA-, SS- und NSKK-Männern auch Schemm und Epp in die Stadt führte⁵¹⁹. Erst 1937, im Zusammenhang mit dem "Führer"-Besuch, wurde der Gauparteitag wieder in Regensburg durchgeführt. Doch war die Bevölkerung davor und danach zu den verschiedensten anderen Anlässen auf die Straße gerufen - zum feierlichen Einzug der neu stationierten Truppen wie zu politischen Kundgebungen⁵²⁰, zu 1.Mai- und Führergeburtstags-Feiern, zum Erntedankfest und zum Heldengedenktag, zu "Wahl"-Veranstaltungen wie zu ersten Spatenstichen, Richtfesten und Eröffnungsfeiern wichtiger Neubauten. Ausstellungen mit scheinbar harmloser, aber auch mit spezifisch nationalsozialistischer Thematik⁵²¹ fanden großen Zuspruch, ebenso die "Braunen Ostmarkmessen" und ähnliche Veranstaltungen zur Wirtschaftsförderung⁵²². Die "Feier des deutschen Liedes"⁵²³ und die zahllosen Sportereignisse, selbst die Dult, das "Regensburger Kinderfest"⁵²⁴ und der Knackwurstmarkt wurden propagandistisch aufgebraucht⁵²⁵, die "Festwochen der deutschen Traube und des Weines" bedeuteten nichts anderes als Stützungsaktionen für das Saarland.

Allesamt dienten diese Veranstaltungen entweder direkt dem totalitären Staatszweck: der Gewinnung jedes Volksgenossen für die Ideologie; oder aber sie wurden propagandistisch entsprechend verwertet. Für die Bevölkerung brachten sie eine außergewöhnliche Häufung attraktiver, teils sensationeller Veranstaltungen, und in Verbindung mit den unbestreitbaren, wenn auch aufgebauchten Erfolgen bei der Hebung des Lebensstandards trugen sie im öffentlichen Bewußtsein zur erstaunlich positiven Beurteilung zumindest der dreißiger Jahre bei.

Nur in geringem Maß profitierte die Stadtverwaltung selbst von all diesen Veranstaltungen, die sie zu genehmigen hatte. Schon in der Wirtschaftskrise hatte deren Zahl ab-, dafür die Neigung zugenommen, sie als volksbildend oder aus einem anderen Grund als wertvoll und somit steuerfrei zu deklarieren. So waren die Einnahmen aus der Vergnügungssteuer zurück-

⁵¹⁷ Z.B. SA-Chef Lutze 1935 (Mb 5.12.1935, ZR 3725 c), NSKK-Chef Hühnlein 1935 (Goldenes Buch), Schirachs Stabsführer 1936 (RPB 6.2.1936), Reichskulturkammer 1938 (ZRa 14039), Reichsärztführer Dr. Groß 1939 (DS 667).

⁵¹⁸ Offizieller Antrittsbesuch 11.3.1936 zur Reichstagswahl, vgl. BOM und BA 12.3.1936. Zu weiteren Besuchen vgl. z.B. DS 667 (11.5.1939), RPB 7.7.1939 und 8.3.1940 (23.6.1939 bzw. Februar 1940).

⁵¹⁹ Vgl. HMB 20.6.1933, StA 22040. Einschlägig auch ZRa 14013, vgl. Verf. Sch. 2.6.1933, ZR 3726. Vgl. auch Weinmann S.52.

⁵²⁰ Vgl. z.B. Liste der Festlichkeiten, DS 667.

⁵²¹ Z.B. "Der Weltkrieg 1914/18", "Die Skagerrakschlacht" (April 1936) und "Rheinlands Freiheitskampf gegen Besatzung und Separatismus" (April 1937, alle: ZRa 14071), Heimausstellung der HJ (September 1937), "Blut und Rasse" (November 1937).

⁵²² Vgl. allg. A.Grote: Kulturelle Angelegenheiten - Museen und Ausstellungen. DVG IV S.998-1001.

⁵²³ 1.7.1933 in der Stadthalle (vgl. ZR 16504).

⁵²⁴ 7.-8.7.1934, Einzelheiten in ZR 9691.

⁵²⁵ Viele Beispiele bei Wolf S.28 (mit anschaulicher Beschreibung des öffentlichen Parteilebens).

gegangen. Diese Tendenz hielt im Dritten Reich an: Die Zahl "kulturell wertvoller" Darbietungen stieg angesichts der Zensur stetig, die vielen Veranstaltungen von Reichswehr bzw. Wehrmacht, der Partei und ihrer Gliederungen galten zumeist als steuerfrei⁵²⁶. Dennoch hat sich die Stadt sehr häufig daran beteiligt, sei es als Trägerin, sei es durch Zuschüsse⁵²⁷. Lag die örtliche Durchführung etwa bei der NS-Kulturgemeinde oder der KdF, so stellte man Räume mietfrei bereit, trug die Kosten für Dekorationen, finanzierte Festessen oder verlieh Fahnen und Hitlerbüsten⁵²⁸. Zu wichtigen Anlässen gab der Oberbürgermeister Empfänge, hielt auch nicht selten Ansprachen vor den Teilnehmern und rief die Regensburger Hausbesitzer zum Beflaggen ihrer Häuser auf. Insofern ist die Rolle der Stadtverwaltung als kleines Rädchen im gigantischen Propagandainstrumentarium des Dritten Reichs nicht zu unterschätzen.

III. Terror, Anpassung und Widerstand

A. Opposition und Anpassung

Aus der katholisch-konservativ geprägten Grundeinstellung der Regensburger Bevölkerungsmehrheit und der nicht unerheblichen Zahl an Strafverfahren wegen "Heimtücke" im Verlauf des Dritten Reichs eine "breite Opposition des Volkes" herzuleiten⁵²⁹, erscheint recht gewagt. Eher gilt Dieter Rebentischs These auch für Regensburg, daß "die Perspektive 'Verfolgung und Widerstand' ein Geschichtsbild begünstigt, das durch die begrüßenswerte Solidarisierung mit den Opfern leicht die Verantwortlichkeit für die deutsche Geschichte pauschal 'den Nationalsozialisten' oder 'dem Regime' und somit fast anonymen Mächten anlastet. Demgegenüber ist mit Nachdruck zu betonen: Deutschland ist ebensowenig ein besetztes Land gewesen wie die Diktatur Hitlers eine Fremdherrschaft."⁵³⁰

Auch im streng katholischen Regensburg war das Mitläufertum in all seinen Varianten, mit all seinen - sicherlich manchmal ehrenwerten - Motivationen weit verbreitet. "Widerstand" schon dort anzusetzen, wo nur "ideologische Nichtanpassung" vorlag, da diese Haltung dem totalitären Staat selbst als die gefährlichste erschienen sei, würde den Blickwinkel verkürzen. Es hieße den Mut desjenigen entwerten, der systemwidrig handelte und entsprechende Risiken in Kauf nahm, wollte man sein Verhalten gleichsetzen mit dem desjenigen, der nur systemkritisch dachte, sich aber dennoch - vielleicht mit schlechtem Gewissen - als Mitläufer betätigte. Andernfalls wäre die geringste kritische Bemerkung, jeder auch nur im Privatgespräch geäußerte Zweifel, etwa am glorreichen Endsieg, bereits als "Widerstand" zu werten gewesen - ein ganzes Volk von Widerständlern.

⁵²⁶ Satzung 29.7.1926 (Wbl S.75), neugefaßt aufgrund reichsrechtlicher Regelung vom 7.6.1933 (RGBI I S.351) am 30.6. und 27.11.1933 (Wbl 7.7. bzw. 30.11.1933). Weitere Einzelheiten in ZR 18206 und 18211 ff. Wortlaut der neuen Vergnügungssteuerordnung in Wbl 30.12.1933.

⁵²⁷ Belege in verschiedensten Akten, z.B. ZR 19800 ff. (Dult, Knackwurstmarkt, Narragonia, Zirkusse; Konzessionsvergabe für Verkaufsbuden, Genehmigung von Sonnwendfeiern, Tanzveranstaltungen, Überschreitung der Sperrstunde etc.).

⁵²⁸ Vgl. z.B. Dank der Kreisleitung 23.3.1936, ZRa 13439; hier weitere Belege.

⁵²⁹ Kammerbauer (1981) S.326 f. Vgl. dagegen z.B. I.Kershaw: *The Führer Image and Political Integration*. In Hirschfeld/Kettenacker (1981) S.133-163.

⁵³⁰ Rebentisch (in Engeli/Hofmann/Matzerath 1981) S.128.

Die Mehrheitsverhältnisse hatten sich in Regensburg gegen Ende der Weimarer Republik als erstaunlich stabil erwiesen. Ein radikalisiertes Protestwähler-Potential war zwar vorhanden, doch mehrheitlich wählte die Stadt bei der letzten halbwegs freien Reichstagswahl am 5. März 1933 demokratische Parteien - vor allem BVP, aber auch SPD. Dennoch war in Regensburg wie überall der Grad an Zustimmung zum bzw. Anpassung an den neuen Staat nach der NS-Machtergreifung beachtlich⁵³¹. Auch hier kam es im März 1933, noch vor der reichsweiten Aufnahmesperre der NSDAP, zu einer Welle von Parteibeitritten; freilich wurden die berühmt-berüchtigten "Märzgefallenen" oder "März-Veilchen" von altgedienten Parteigenossen wegen ihres opportunistischen Verhaltens mit Mißtrauen beobachtet. Erheblich weniger Hinweise finden sich auf Parteiaustritte - hierzu gehörte ungewöhnlicher Mut. Der Betriebsleiter des Kalkwerks Büechl, Georg L., verheiratet mit einer Jüdin, brachte ihn auf: Mitglied der Partei seit 1931, der SA seit 1933, trat er 1934 aus beiden aus, als er "die wirklichen Ziele und Ideen der Nazis erkannte"⁵³².

Das Wahlverhalten der Regensburger Bevölkerung belegt, daß eine zumindest anfangs nicht geringe Zahl von Bürgern durchaus bereit war, ihren Unmut zu äußern. So gaben noch bei der Reichstagswahl vom 12.11.1933, bei der die Beisitzer und Schriftführer bereits "im Benehmen mit der örtlichen NSDAP" nach ihrer nationalen Zuverlässigkeit ausgewählt wurden⁵³³, im Wahlkreis Niederbayern/Oberpfalz rund 9,45 % der 870000 Berechtigten, genau 82606 Wähler, ihre Stimmen überhaupt nicht oder in ungültiger Form ab. Bei der gleichzeitigen Volksabstimmung über den Austritt aus dem Völkerbund enthielten sich 28000 Wahlberechtigte der Stimmabgabe, 11000 gaben ungültige und immerhin 21000 Nein-Stimmen ab, zusammen gut 60000 Personen oder 6,92 % aller Wahlberechtigten⁵³⁴. Derart hohe Prozentsätze sind durchaus als Meinungsäußerung gegen den Ein-Parteien-Staat zu werten. Die folgende Volksabstimmung vom 19.8.1934 über die Vereinigung der Ämter von Reichspräsident und Reichskanzler erbrachte aus der Sicht der NSDAP sogar ein noch schlechteres Ergebnis⁵³⁵:

19.8.1934	Wahlkreis Niederbayern-Oberpfalz	Stadt Regensburg
Stimmberechtigte	890000	52200
Abgegebene Stimmen	848000	49900
Folglich nicht abgegeben	42000	2300
Gültig	832000	49100
Ungültig	16000	800
Ja-Stimmen	771000	44800
Nein-Stimmen	61000	4400

Faßt man die Stimmberechtigten zusammen, die sich der Wahl enthielten, absichtlich oder unbeabsichtigt ungültige oder gar Nein-Stimmen abgaben, so ergibt sich, daß immerhin 14,25 % aller Regensburger der Reichsregierung ihre Zustimmung verweigerten.

⁵³¹ Vgl. den bei Brückner S.287 Anlage 11 abgedruckten Bericht der US-Militärregierung zur "Public opinion in Regensburg".

⁵³² Personenkartei in StA (Mil.) 18 (Übersetzung des englischsprachigen Vermerks vom Verfasser).

⁵³³ Vgl. ZR 10423.

⁵³⁴ Vgl. ZR 10420 ff. zu beiden Wahlgängen, für die Sch. als Wahlleiter fungierte; vgl. auch RA 10.-13.11.1933. Unter den 13 Gewählten des Wahlkreises befanden sich Otto Erbersdobler, Hans-Georg Hofmann und Arthur Rakobrandt.

⁵³⁵ Einzelheiten in ZR 10477 f.

Andererseits soll die NSDAP am 1.5.1935, als die Aufnahmesperre für den finanzschwachen Gau Bayerische Ostmark vorübergehend aufgehoben wurde, in Regensburg rund 4500 neue Mitglieder gewonnen haben⁵³⁶, darunter nachweislich ein großer Teil der städtischen Belegschaft⁵³⁷. Spätestens nun, angesichts der unübersehbaren Konjunkturbelebung, wurde überall ein optimistischer Geist spürbar. Der "Mann auf der Straße" war froh, die katastrophale Wirtschaftskrise überstanden zu haben, vertraute - selbst wenn er noch arbeitslos war - auf den weiteren Aufschwung, bewunderte die ersten außenpolitischen Erfolge der Regierung Hitler, kritisierte vielleicht auch insgeheim den beginnenden Kampf gegen die Kirche. Symptome offensichtlicher Auswüchse der NS-Herrschaft, etwa die Auswanderungsbewegung unter den Juden oder die Nacht-und-Nebel-Verhaftungen der Gestapo, nahm man zwar zur Kenntnis, und "Dachau" war jedem ein fester Begriff; aber man versuchte, darüber hinwegzusehen, nicht aufzufallen, Terror und Unfreiheit zu verdrängen. Hierbei halfen viele glanzvolle Veranstaltungen auch demjenigen - vermutlich noch immer die Mehrheit stellenden - Teil der Bevölkerung, der im Herzen dem Nationalsozialismus indifferent oder ablehnend gegenüberstand.

Andererseits mag der beginnende Kirchenkampf manchen gläubigen Katholiken auch in Regensburg veranlaßt haben, seine bislang unkritische Position zum NS-Staat zu überdenken. Vielleicht erklärt dies, daß noch bei der Reichstagswahl vom 29.3.1936, mit großem Aufwand als "schicksalhaft" für Deutschland inszeniert⁵³⁸, immer noch 3,6 % der wahlberechtigten Bürger aus Regensburg der Abstimmung trotz Wahlpflicht fernblieben oder aber ungültige Stimmen abgaben⁵³⁹ - und dies, obwohl für die Auszählung eine Neuerung galt, die den Wahlvorgang als Farce entlarvt: Selbst leere Stimmzettel wurden als "gültig und zwar als Zustimmung zum Kreiswahlvorschlag der NSDAP" gewertet - eine wohl selbst aus der Sicht der dafür Verantwortlichen derart peinliche Regelung, daß sie nicht öffentlich bekannt gegeben werden durfte⁵⁴⁰.

29.3.1936	Wahlkreis Niederbayern-Oberpfalz	Stadt Regensburg
Stimmberechtigte	872000	55400
Abgegebene Stimmen	868000	54800
Folglich nicht abgegeben	4000	1400
Gültig = Ja-Stimmen	861000	54300
Ungültig = Nein-Stimmen	7000	500

⁵³⁶ Lagebericht der Reg. 8.10.1935, StA 22037.

⁵³⁷ Der 1.5.1935 findet sich sehr oft als Datum des Parteieintritts städtischer Bediensteter. Auch H. und die übrigen noch nicht der NSDAP angehörenden Spitzenbeamten sind ihr an diesem Tag beigetreten.

⁵³⁸ Vgl. z.B. Anordnung MInn 24.3.1936, Abdruck in ZR 10450, wonach alle Beamten an entsprechenden Veranstaltungen teilzunehmen hatten.

⁵³⁹ Höchstzahlen ungültiger und Nein-Stimmen in der Altstadt und dem inneren Westen, die wenigsten vom Eisbuckel, aus Weichs, Winzer, ebenfalls einigen Altstadtbezirken; keine einzige aus der Schottenheim-Siedlung.

⁵⁴⁰ Die Einzelheiten zur Wahl in ZR 10450 ff. Unter den 14 Abgeordneten des Wahlkreises waren Wächtler und Ruckdeschel, der mittlerweile nach Passau verzogene Erbersdobler, Ganninger, wiederum Hofmann (inzwischen Staatssekretär in München), NSKK-Gruppenführer Hühnlein und Rakobrandt. Nachrücker waren unter anderem Kelheims Kreistagspräsident Donderer und Weigert.

Bei der Reichstagswahl vom 10.4.1938, verbunden mit der Volksabstimmung über den "Anschluß" Österreichs, zeigten sich nur noch 1,4 % aller Regensburger Wahlberechtigten bereit, ihre Mißbilligung per Stimmzettel kund zu tun⁵⁴¹.

10.4.1938	Wahlkreis Niederbayern-Oberpfalz	Stadt Regensburg
Stimmberechtigte	850000	57950
Abgegebene Stimmen	849000	57675
Folglich nicht abgegeben	1500	275
Gültig	847000	57617
Ungültig	1600	58
Ja-Stimmen	832000	57142
Nein-Stimmen	15000	475

Aus diesen Zahlen zu schließen, auch in Ostbayern habe das NS-Regime inzwischen fast ausschließlich Zustimmung erfahren, wäre allerdings unzutreffend. Immer wieder vermerkte der Regierungspräsident Mißstimmungen in der Bevölkerung und auch Widerspruch gegen die offizielle Politik, so vor allem im Zusammenhang mit den Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kirche, aber auch, wenn er vom Mitleid der Bevölkerung für die Juden nach der Pogromnacht 1938 oder von einer ernsten Stimmung bei Kriegsbeginn und Unmut über die schlechte Versorgungslage berichtete.

B. Terror

Bereits dargestellt wurde der Terror, den SA und SS unter dem pseudolegalen Deckmantel einer "Hilfspolizei" in der Phase der Machtergreifung gegen politische Gegner ausübten. Doch blieben Unterdrückung, Verfolgung und Einschüchterung in all ihren Abstufungen, nunmehr auch vollzogen durch die legalen Staatsorgane, zentraler Bestandteil des NS-Herrschaftssystems - ein unberechenbarer, latent immer als Bedrohung empfundener und daher Anpassung erzeugender Mechanismus⁵⁴². Wer nicht mit dem totalitären Staatszweck übereinstimmte und dies öffentlich auch nur andeutete, blieb von Verhaftung und Mißhandlung, im Extremfall von Hinrichtung oder Ermordung bedroht. Doch sind nicht nur die Opfer zu betrachten, sondern - zumindest beispielhaft - auch die Täter:

Es liegen Hinweise auf die Teilnahme eines ehemaligen Polizeimeisters aus Regensburg an Massenerschießungen in Kiew und Lublin vor⁵⁴³. Regimentskommandeur René Rosenbauer aus Regensburg soll einer der Einsatzleiter beim Massaker von Babi Yar gewesen sein; 1971

⁵⁴¹ Die Einzelheiten in ZR 10453 ff., vgl. BOM und BA 12.4.1938, vgl. auch Wolf S.41. Zur Ergänzungswahl zum "Großdeutschen Reichstag" am 4.12.1938 waren nur einige hundert Personen in Rgbg. stimmberechtigt, die fast durchwegs Ja-Stimmen abgaben; die Einzelheiten in ZR 10458 f. und Mb Dezember 1938, DS 667.

⁵⁴² Matzerath (1970) S.17; vgl. HStAM MInn 71527, MZ 9.11.1945 sowie W.Kick und Kammerbauer (1981). Erinnerungen Betroffener z.B. in MZ 15.2. und 1.10.1946, 7.3.1947 und 29.-30.1.1983. Vgl. auch Die Woche 15.3.1973.

⁵⁴³ Beleidigungsverfahren G.I. gegen Xaver T., RTA 47.

scheiterte der Prozeß gegen ihn an seiner Verhandlungsunfähigkeit⁵⁴⁴. Der gebürtige Regensburger Richard Korherr leitete das "Statistisch-wissenschaftliche Institut beim Reichsführer SS", das 1943 aus Berlin verlegt und im fürstlich Thurn-und-Taxis'schen Jagdschloß Thiergarten bei Regensburg untergebracht wurde⁵⁴⁵. Verschiedene Regensburger SS-Männer waren Aufseher in Dachau, darunter der zeitweilige Führer der Wachmannschaft, Obersturmbannführer Michael Lippert, der Ernst Röhm erschossen hat⁵⁴⁶. Zu erwähnen ist auch der Inspektorenanwärter Max Heidenreich, der von der Stadtverwaltung für den Einsatz in den besetzten Ostgebieten abgestellt wurde und lange Zeit hauptamtlich bei der Kreisleitung von "Lentschütz (Polen)"⁵⁴⁷ arbeitete. Nach dem Krieg war er dreimal interniert, Ende 1947 wurde er an die Volksrepublik Polen ausgeliefert und dort 1949 hingerichtet⁵⁴⁸. Schließlich hat Max Troll mit dem Decknamen "Theo", der wichtigste in München gegen die KPD eingesetzte Gestapospitzel und als solcher verantwortlich für Hunderte von Verhaftungen, anschließend jahrelang in Regensburg gelebt und gearbeitet, zunächst als Assistent des Abwehrbeauftragten beim Flugzeugwerk, dann als Kraftfahrer für ein Möbelhaus. Er war einer der wenigen, dessen Einstufung durch die Spruchkammer als Hauptbelasteter - verbunden mit der Höchststrafe von zehn Jahren Arbeitslager - sogar von der Berufungskammer bestätigt wurde⁵⁴⁹.

Zahllose Hinweise finden sich daneben auch auf "legale", dennoch terroristische Maßnahmen, die während des Dritten Reichs in Regensburg selbst vollzogen wurden. Wichtige Vorgänge schlugen sich in den Berichten des Regierungspräsidenten nieder, umfangreiches Material enthalten darüber hinaus städtische Akten verschiedenster Provenienz, insbesondere solche aus dem Sozialbereich; häufig ging es dabei um die Angehörigen Verhafteter, um die Anstaltseinweisung straffällig gewordener Jugendlicher und ähnliches⁵⁵⁰. Das Verbreiten staatsfeindlicher Gerüchte und "gehässige" Bemerkungen über die HJ führten zu monatelangen Haftstrafen⁵⁵¹, Alkoholiker wurden - nicht selten auf Betreiben des Sozialdezernenten Zwick, der an die Entlastung des Wohlfahrtsetats dachte - in Konzentrationslager eingewiesen, "Ernste Bibelforscher" als Wehrdienstverweigerer zu Gefängnisstrafen verurteilt⁵⁵² und nach Abbüßung der Strafe in Schutzhaft genommen⁵⁵³. Im September 1933 wurden reichsweit eine Woche lang die Personalien sämtlicher Bettler überprüft, in Regensburg kam es zu zwölf Festnahmen wegen Bettelns, zu 59 weiteren wegen Unterkunftlosigkeit⁵⁵⁴. Im Sommer 1936 wiederholte man die Aktion, im Sommer 1938 richtete sie sich gegen "asoziale" Elemente, traf aber auch Juden⁵⁵⁵.

⁵⁴⁴ Frdl. Hinweis von Herrn Raab (Die Woche).

⁵⁴⁵ R.Ehm: Bilanzbuchhalter der Endlösung - Dr. Richard Korherr. In: Stadt und Mutter in Israel S.125-129.

⁵⁴⁶ Vgl. G.Kimmel: Das Konzentrationslager Dachau, BNS II (1979) S.349-413, hier S.364, und Domröse S.160. Bezeichnend für Lippert der bei Wittmer S.145 geschilderte Fall. Elf Dachauer Aufseher aus Rgbg. (1934) genannt in StA (Mil.) 21, ein weiterer (ein "ganz lauer Parteigenosse") erwähnt in Sektion Rgbg.-Nord der NSDAP an Ortsgruppe 15.10.1934, StA (NSDAP) 11.

⁵⁴⁷ Gemeint wohl Leobschütz/Oberschlesien.

⁵⁴⁸ PAP 352 (neu).

⁵⁴⁹ Einzelheiten bei Mehringer (KPD) S.132 ff. und S.148 ff., hier S.156, sowie Bretschneider passim.

⁵⁵⁰ Gehäuft in JUG (Stadtarchiv; z.B. Fälle Ernst A., Magnus L., Anna Sch.). Fuhrunternehmer Hans T. (fünfeinhalb Jahre in Dachau und Flossenbürg) erwähnt in ZRA 14131. Die nicht auffindbaren Akten des Wohlfahrtsamtes dürften weitere Hinweise enthalten.

⁵⁵¹ Vgl. z.B. Reg. an RMdI 6.2.1936, StA 22037.

⁵⁵² Verhaftungen erwähnt in RPB 9.10., 7.11.1936 und 7.1.1939.

⁵⁵³ RPB 7.1.1937 und 7.1.1938.

⁵⁵⁴ PolDir an Reg. 27.9.1933, Abdruck in ZR 11055. Ebd. weitere Einzelheiten zur Bekämpfung der "Zigeunerplage", des Bettelns etc.

⁵⁵⁵ Laut RPB 7.7.1938 wurden von der Kripostelle Rgbg. im Bezirk 82 Personen, darunter sechs Juden festgenommen.

Doch zeigte sich der Staatsterror nicht nur in seinen extremen Formen bis hin zu Haft und Vernichtung, sondern auch in der kleinen, alltäglichen Schikane. Manch bekannteres Mitglied der früheren Parteien hatte unter seiner politischen Vergangenheit zu leiden, sei es durch die Zurücksetzung bei Beförderungen, sei es durch den Verlust des Arbeitsplatzes oder auch nur durch ständige Überwachung und die dadurch hervorgerufene Angst. Andererseits erwies sich die ans Pathologische grenzende Angst des totalitären Staats im Banalen: Das städtische Wasserwerk entließ eine Putzfrau, weil sie mit einem ehemaligen Kommunisten verheiratet war und ihn gelegentlich mit zur Arbeit gebracht hatte; es sei "nicht zugänglich, einem Kommunisten (...) Einblick in die Pläne zu geben und damit die Unterlagen für eine Zerstörungsarbeit zu verschaffen"⁵⁵⁶.

C. Betroffene Gruppen und Institutionen

1. Die Gleichschaltung der Regensburger Presse

Erst im Sommer 1933 setzte eine konsequente Öffentlichkeitsarbeit der NS-Stadtverwaltung ein⁵⁵⁷. Schottenheim gab von nun an wöchentliche Pressekonferenzen und bildete im Direktorialsekretariat eine Dienststelle, die für alle Kontakte zur Presse verantwortlich war; selbst mündliche Auskünfte durften von anderen Geschäftsabteilungen nicht mehr erteilt werden⁵⁵⁸. Zu dieser Zeit erschienen noch sieben - teils schon auf Parteilinie eingeschwenkte - Lokalzeitungen in Regensburg⁵⁵⁹:

	Redakteur	Verleger
"Bayerische Ostwacht"	Ludwig Alwens	Hans Schemm
"Regensburger Anzeiger"	Rudolf Werner	Gebr.Habbel
"Regensburger Neueste Nachrichten"	Felix Stieler	Aumüller & Sohn
"Regensburger Allgemeine Zeitung"	Bernd Opel	Druckerei Schober
"Regensburger Echo"	Ruppert Limmer	Hans Spohn
"Nachtausgabe"	Alois Wagner	Otto Kurz
"Schaffendes Volk"	Ulrich Berg	Ulrich Berg

Offene Kritik an seiner Amtsführung brauchte der Oberbürgermeister, anders als sein Vorgänger, nicht mehr zu befürchten; für die Gleichschaltung der Zeitungen sorgte die Pressegesetzgebung der Reichsregierung⁵⁶⁰. Dennoch verlautete zwischen den Zeilen nach wie vor manch kritischer Unterton, etwa im "Sonntagsblatt" des Caritas-Verbands, in der "Allge-

⁵⁵⁶ Wasserwerksdirektor Metschl an Sch. auf Beschwerde der Betroffenen 15.10.1934, ZR 17328.

⁵⁵⁷ Rechtsgrundlagen für die Beziehung Stadt-Presse in DS 866.

⁵⁵⁸ Verf. 25.7.1933 und 13.9.1934, ZR 3726, 9042 und DS 132.

⁵⁵⁹ Sch. an Reg. 24.7.1933, ZR 19798.

⁵⁶⁰ Grundlegend das Schriftleitergesetz 4.10.1933, RGBI I S.713. Die Vorschriften zum Pressewesen in ZR 11205; hier und in ZRa 13526 weitere Einzelheiten zu Reichspressekammer, Zensur und städtischer Pressearbeit.

meinen", die ab 1.1.1934 nur noch als Wochenblatt erscheinen konnte⁵⁶¹, und auch im "Anzeiger", der sich schon wegen seiner hohen Auflage zum wichtigsten Angriffsziel der Nationalsozialisten entwickelte.

Nach den Übernahmen der SPD-Zeitungen und -Verlage⁵⁶² hatte sich der Bayreuther "NS-Kulturverlag", gemeinsam betrieben von Gauleiter und Kultusminister Hans Schemm sowie seinem Bruder Georg, Ende 1933 soweit konsolidiert, daß man an eine Ausdehnung des Konzerns denken konnte: Es begann die Ausschaltung der neutralen bürgerlichen und der BVP-Presse. Zu diesem Zweck wurde als Nachfolger des Kulturverlags eine neue Gesellschaft gegründet, der "Gauverlag Bayerische Ostmark GmbH (Bayreuth)". Die Brüder Schemm hielten die Hälfte der Geschäftsanteile, die andere Hälfte übernahm die "Standarte GmbH", die Holdinggesellschaft des Eher-Verlagskonzerns, hinter dem Reichsleiter Max Amann stand⁵⁶³. Eine große Kapitalkraft ballte sich hier für die bevorstehenden Übernahmekämpfe zusammen, in denen Schemm auch noch seine Ämter in Partei und Regierung, Amann seine als Führer der Reichspressekammer ausspielen konnten. Mit politischem Druck, Erpressung und Nötigung ging der Gauverlag - verschärft nach Schemms Tod, als Amanns Einfluß wuchs - gegen die noch immer zahlreichen, überwiegend katholisch-konservativen Lokalzeitungen Ostbayerns vor; er erzwang Fusionen und pachtete Verlagsrechte im ganzen Gaugebiet.

Eine wichtige Rolle in diesem Kampf um die Verlage spielten die öffentlichen Druckaufträge; die Stadt Regensburg vergab beispielsweise von April 1935 bis Anfang 1936 Aufträge in Höhe von rund 45000 RM an die örtlichen Druckereien⁵⁶⁴. Wurden daher einem Verlag die amtlichen Bekanntmachungen entzogen, so drohte häufig der Zusammenbruch und somit der Zwang, Übernahmeverhandlungen zuzugestehen. Allerdings war damit ein unerwünschter Nebeneffekt verbunden: Kaum eine Gemeinde konnte unter den Bedingungen der Jahre 1933/34 den Ruin einer lokalen Druckerei einfach hinnehmen. Eine harte Linie verbot sich also von selbst, wollte man NS-feindliche Zeitungen ausschalten, ohne sie zu vernichten. So erklärt sich, daß auch in Regensburg ehemals gegnerisch eingestellte Verlage turnusmäßig mit städtischen Aufträgen bedacht wurden, um ihr Überleben zu sichern⁵⁶⁵.

Hauptangriffsziel des NS-Gauverlags in Regensburg blieb der traditionsreiche katholisch-konservative "Anzeiger" aus dem Habel-Verlag, dessen Hauptgesellschafter Altministerpräsident Held war. Erstmals verboten wurde das Blatt von 9. bis 12.5.1933, im Dezember des gleichen Jahres folgte ein neuerliches kurzes Verbot. Zum 1.1.1934 wurde das Blatt in "Bayerischer Anzeiger" umbenannt, einem Sammeltitel für alle Einzelausgaben⁵⁶⁶. Wenige Monate später erschien darin ein Leitartikel zur Ehrenrettung für Kardinal Faulhaber; Goebbels hatte ihn heftig angegriffen, und der "Anzeiger" versuchte mit Zitaten zu belegen, daß die Kritik des Propagandaministers der Grundlage entbehrte⁵⁶⁷. Daraufhin verbot die Regensburger Polizeidirektion das Blatt auf drei Monate. Alle Versuche, eine Abmilderung zu errei-

⁵⁶¹ BA 5.1.1934.

⁵⁶² Einzelheiten zur Methode, SPD-Verlage und -Druckereien durch Repression und Verbote so schwer zu schädigen, daß sie fast ohne Gegenleistung von Schemms Verlag übernommen werden konnten, bei Frei S.44 ff. und S.79 ff. Vgl. zum Zeitungsimperium der Gebrüder Schemm auch F.Kühnel: Hans Schemm, Nürnberg 1985, S.368 ff.

⁵⁶³ Frei S.66. Gründungsdatum 21.12.1933.

⁵⁶⁴ Sch. an Reg. 18.2.1936, ZRa 14106. Vgl. zum Streit um die amtlichen Mitteilungen Reinemers undatiertes Rundschreiben, PAM 539.

⁵⁶⁵ Vgl. z.B. das Eintreten des neuen Handwerkskammer-Präsidenten Meierhofer für Aumüller, 20.8.1935, ZRa 14107. Zur Auseinandersetzung mit dem Echo-Verleger Hans Spohn um Druckaufträge: ZR 16515 und ZRa 14106.

⁵⁶⁶ Die Lokalausgabe behielt den Untertitel "Regensburger Anzeiger".

⁵⁶⁷ "Zeitrufe - Gottesrufe". BA 17.5.1934. Goebbels hatte Faulhaber unterstellt, erst seit der Machtübernahme gegen die "Entsittlichung" des deutschen Volkes aufgetreten zu sein, was der "Anzeiger" anhand von Zitaten aus früheren Äußerungen des Kardinals widerlegte.

chen, schlugen fehl, nicht zuletzt, weil sich die örtliche NSDAP und auch Schottenheim gegen eine Verkürzung des Verbots aussprachen. Obwohl selbst der Vatikan protestierte, bestätigten Goebbels und schließlich Hitler persönlich das Verbot⁵⁶⁸. Vor Ort kamen weitere Schikanen hinzu: Die SA organisierte Kundgebungen vor dem Verlagsgebäude an der Fröhlichen-Türken-Straße, Scheiben wurden eingeworfen, Polizeidirektor Popp nahm Dr. Werner und Kommerzienrat Habel für kurze Zeit in Schutzhaft. Tatsächlich konnte die Zeitung von 6.6. bis 5.9.1934 nicht erscheinen⁵⁶⁹.

Daß sich der Kampf ausschließlich gegen den politischen Kurs des "Anzeigers" richtete und dessen Übernahme durch den Gauverlag, nicht jedoch seine Vernichtung vorbereiten sollte, erweisen die gleichzeitigen Maßnahmen zur Unterstützung der Belegschaft des Verlags, zu dieser Zeit rund 100 Angestellte und Arbeiter. Man wollte und konnte es sich nicht leisten, einen der wenigen größeren Betriebe der Stadt so zu schädigen, daß sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt noch weiter verschärft hätte⁵⁷⁰. Das monatelange Verbot des "Anzeigers" verfehlte zudem seine Wirkung: Mit Lohndruckaufträgen kirchlicher Kreise gelang es dem Verlag, die Belegschaft zu halten. Außerdem erwarb er im August 1934 als Ersatzobjekt die bisher im Verlag Otto Kurz erschienene "Nachtausgabe". Für ihren Betrieb gründeten zwei Freunde der Familie Habel, Franz Woll aus Nürnberg und der Rechtsanwalt und bayerische Nachkriegs-Justizminister Dr. Josef Müller - der legendäre "Ochsen-Sepp" -, die "Walhalla-Verlags GmbH". Die "Nachtausgabe" mit ihrem Redakteur Leonhard Deininger, später Landrat von Regensburg, wurde vermutlich noch 1934 in "Neue Abendzeitung" umbenannt, erreichte allerdings nur eine Auflage von rund 1500 Exemplaren und mußte im Sommer 1935 ihr Erscheinen einstellen⁵⁷¹.

Schemms nationalsozialistische "Ostwacht" selbst⁵⁷², nach wie vor Kopfblatt des in Bayreuth erscheinenden "Fränkischen Volks", hatte schon Ende 1933 eine so hohe Auflage erreicht, daß sie die frühere Volkswacht-Druckerei in der Spatzengasse verlassen mußte. Ihr Quartier fand sie nun in der ehemaligen Maschinenfabrik Lanz⁵⁷³. Zum 1.10.1934 wuchs sie mit dem "Fränkischen Volk" und der "Coburger Nationalzeitung" zusammen, der Name der neuen Zeitung wurde an den des Verlags und des Gaus "Bayerische Ostmark" angepaßt⁵⁷⁴. Wenig später setzte die Zeitung durch, daß sie nicht mehr nur bei den amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Regensburg, sondern grundsätzlich bei allen städtischen Mitteilungen bevorzugt behandelt wurde⁵⁷⁵. Im Juli 1935 erreichte sie endlich mit rund 15800 Exemplaren eine Auflage in der Größenordnung, wie sie der "Anzeiger" in seiner Hochphase gehabt hatte⁵⁷⁶. Die Beschäftigten des Gauverlags selbst müssen allerdings unter unsozialen Arbeitsbedingungen gelitten haben; Rechtsrat Sachs und der städtische Hauptausschuß erwogen im Sommer 1934

⁵⁶⁸ Albrecht (1984) S.224.

⁵⁶⁹ Vgl. allg. Held S.26 ff., W.Ziegler (1973) S.35 Anm.8, W.Kick S.308 f. und Albrecht (1984) S.223 f., vgl. auch Schönhoven S.605 ff. Die Demonstrationen erwähnt in HStAM Reichsstatthalter 447, das Wiedererscheinen am 6.9.1934 in Reg. an RMdI, StA 22037. Held (S.26) verkennt die Zusammenhänge, wenn er Ganninger als Drahtzieher des Kampfes bezeichnet.

⁵⁷⁰ Zu Solidaritätssammlungen für die Belegschaft: Rundschreiben der Hauptbetriebszellenabteilung der NSDAP 12.6.1934, ZR 18743, vgl. auch Weinmann S.10. Zur innerkirchlichen Auseinandersetzung um die Hilfe für Habel: Chrobak (1981) S.396.

⁵⁷¹ RE 28.8.1935, Held S.29 und Weinmann S.14.

⁵⁷² Wichtigste Mitarbeiter der "Ostwacht" bzw. "Ostmark" 1933-1936 bei Weinmann S.4 - darunter auch Andreas Albrecht als Sportredakteur; er spielte nach 1945 jahrzehntelang eine bedeutende Rolle in der örtlichen Publizistik.

⁵⁷³ Kumpfmühler Straße 11, heute Sitz der MZ. Genehmigung zum Einbau der Ostwacht-Druckerei im Prot. des Verwaltungs- und Polizeisenats, 6.11.1933. Zur weiteren Nutzung der ehemaligen Volkswacht-Druckerei: Schriftwechsel Finanzamt - H. Mai 1934, ZR 16384 und 16542.

⁵⁷⁴ BOw 28.9.1934, auch erwähnt im RPB 8.10.1934 und in Reg. an RMdI vom gleichen Tag, StA 22037.

⁵⁷⁵ Sch. an NS-Gauverlag auf entsprechende Beschwerde, 28.11.1934, ZRa 13223.

⁵⁷⁶ Schriftwechsel Sch. - Handwerkskammerpräsident Meierhofer, ZRa 14107.

sogar eine Strafanzeige, um den Verlag zur Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit-Bestimmungen zu zwingen⁵⁷⁷.

"Nachtausgabe" und "Neueste Nachrichten" konnten sich noch bis Sommer 1935 halten⁵⁷⁸, dem "Echo" als einem "Revolverblatt" sprach die Kreisleitung der NSDAP die Existenzberechtigung ab, die "Allgemeine Zeitung" nannte sie "Organ des örtlichen Judentums"⁵⁷⁹. Tatsächlich war dort verschiedentlich Kritik an der NS-Judenpolitik geübt worden, was zu Gestapoverhören des Verlegers Hans Schober und zum Entzug der öffentlichen Druckaufträge geführt hatte. Eine kleine Meldung über die Wehrmachtskommandantur im Fürstlichen Schloß hatte Schober sogar ein Verfahren wegen Landesverrats eingebracht. So wurde sein Verlag im Herbst 1935 wegen mangelnder nationaler Zuverlässigkeit aus der Reichspressekammer ausgeschlossen; am 30.11.1935 erschien die letzte Ausgabe der "Allgemeinen"⁵⁸⁰. Die Verlagsrechte am "Echo", das im Herbst 1934 wegen gelegentlicher Angriffe auf die örtliche Polizei einmal beschlagnahmt worden war⁵⁸¹, gingen erst zum 31.12.1936 auf den NS-Gauverlag über⁵⁸². Doch waren all dies nur Nebenkriegsschauplätze gegenüber dem Kampf um die endgültige Ausschaltung des "Anzeigers".

Im Oktober 1935 schloß die von Amann geführte Reichspressekammer auch den Verlag des "Anzeigers" wegen "politischer Unzuverlässigkeit" aus. Begründet wurde dieser Schritt pauschal mit der politischen Vergangenheit des Hauptgesellschafters Heinrich Held, Hausdurchsuchungen hätten die engen Beziehungen des Verlags zur Kirche ergeben; innerhalb von vier Wochen sei er zu "verwerten"⁵⁸³. Verzweifelte Rettungsversuche brachten zwar eine Galgenfrist, doch als die Reichspressekammer die Fortführung des Verlags durch Josef Held, den Sohn des Altministerpräsidenten, abgelehnt hatte, blieb nur noch die Verpachtung des Verlags. Am 31.1.1936 gingen die Rechte auf den "Phoenix-Zeitungsverlag Berlin" über, die hierfür eine eigene Tochtergesellschaft, die "Bayerische Anzeiger GmbH" gründete. Unter erpresserischen Umständen wurde kurz darauf der Pacht- in einen Kaufvertrag umgewandelt, und der Gebr.Happel-GmbH verblieb nur noch die technische Herstellung der Zeitung im Lohndruck⁵⁸⁴. Doch selbst jetzt rissen die Klagen nicht ab; im Herbst 1936 stand der "Anzeiger" vor dem Zusammenbruch, rund 100 Arbeitsplätze waren gefährdet, und Held jr. bat sogar die Stadt um Hilfe: Die "Phoenix" habe ihre Versprechungen nicht eingehalten, die finanzielle Lage verschlechtere sich zusehends, denn weil "die Juden nicht mehr annoncieren könnten, würden auch die christlichen Geschäfte nicht mehr annoncieren, da für sie der Anreiz fehle"⁵⁸⁵. Tatsächlich hat sich Schottenheim später verschiedentlich für die Belange des Happel-Verlags eingesetzt⁵⁸⁶.

Ende 1936 war also die Gleichschaltung der Regensburger Presselandschaft abgeschlossen; es erschienen nur noch zwei Tageszeitungen, und beide - "Ostwacht" und "Anzeiger" - lagen

⁵⁷⁷ HA-Prot. 27.9.1934. Offenbar wurde der Konflikt ohne den peinlichen Schritt an die Öffentlichkeit beigelegt.

⁵⁷⁸ Vgl. Meierhofer an Stadt 20.8.1935, ZRa 14107.

⁵⁷⁹ Stellv. Kreisleiter an Reichsverband der deutschen Zeitungsverleger 18.3.1935, StA (NSDAP) 11. Vgl. auch HA-Prot. 20.3.1935, wonach dem "Echo" jegliche Aufträge entzogen wurden.

⁵⁸⁰ ZR 19799 und RPB 9.12.1935, vgl. Schober an US-Militärregierung 19.6.1945, KU 21 und 42.

⁵⁸¹ RPB und Reg. an RMdI 8.10.1934, StA 22037. Es handelte sich um RE 21.-27.7.1934.

⁵⁸² ZR 11003 a, Gewerbeabmeldung des Echo-Verlags 5.1.1937. Lt. Reg. an RMdI 9.12.1935 (StA 22037) hatte der Gauverlag in 8 Bezirken schon 17 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von rund 22000 Exemplaren übernommen.

⁵⁸³ Held S.30, auch erwähnt im RPB und in Reg. an RMdI 9.12.1935, StA 22037. Rechtsgrundlage: 1.DurchfVO zum Reichskulturkammergesetz vom 1.11.1933, RGBI I S.797.

⁵⁸⁴ Held S.32 f. Der Übergang auf die "Phoenix" am 31.1.1936 auch erwähnt im RPB und in Reg. an RMdI 6.2.1936, StA 22037.

⁵⁸⁵ Vermerk Sch. 12.10.1936, DS 848.

⁵⁸⁶ ZR 18014 mit Einzelheiten zu Helds Versuchen (1938/39 und 1943), eine 1934 eingestellte Fachzeitschrift für die Donauschiffahrt wieder aufleben zu lassen.

streng auf Parteilinie⁵⁸⁷. Im Krieg folgte in mehreren Wellen die fast vollständige Zentralisierung der Presse im Gau - der Gauverlag schluckte nach und nach die noch selbständigen Konkurrenzblätter, darunter im Februar 1943 auch den "Anzeiger"⁵⁸⁸. 1944 erreichte der Gauverlag rund 90 % der gesamten Tageszeitungsauflage im Gau; in Regensburg hatte nun der "Regensburger Kurier", das Nachfolgeblatt der "Bayerischen Ostmark"⁵⁸⁹, das absolute Pressemopol.

2. Die Verfolgung der ehemaligen Linksparteien

Der Begriff "marxistische Opposition", wie er seit 1933 verwendet wurde, schloß auch sozialdemokratische Aktivitäten mit ein⁵⁹⁰. Am 14.12.1933 verfügte die Regensburger Polizeidirektion den faktisch schon vollzogenen, entschädigungslosen Einzug des Vermögens der örtlichen KPD und SPD, des Reichsbanners, der Arbeiterwohlfahrt, der SDAJ und einer Reihe weiterer Vereine der politischen Linken⁵⁹¹. Die letzte zumindest im Ansatz bedrohliche "Verschwörung" links stehender Kreise wurde schon wenige Monate darauf zerschlagen.

Trotz der Verhaftungen des Vorjahres war es Hans Dill, dem Grenzsekretär der Exil-SPD für Nordbayern⁵⁹², gelungen, von tschechischem Boden aus ein weitverzweigtes, bis in den fränkischen Raum und nach München reichendes Netz ehemaliger Sozialdemokraten aufzubauen, die sich gegenseitig mit dem "Neuen Vorwärts" und anderen verbotenen Schriften versorgten⁵⁹³. Der Bayerischen Politischen Polizei waren diese Aktivitäten nicht entgangen. Um alle im bayerisch-tschechischen Grenzgebiet aufgegebenen Briefe überprüfen zu können, richtete sie Anfang 1934 in Regensburg eine eigene Dienststelle ein, die zahlreiche Postsendungen mit illegalem Material abfing⁵⁹⁴.

Im Zentrum des Schmuggelrings stand der ehemalige Regensburger Landtagsabgeordnete Alfons Bayerer, eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der ostbayerischen SPD⁵⁹⁵. Seit 1914 hauptamtlich für die Partei tätig, leitete er ab 1919 ihr Bezirkssekretariat und gehörte seit 1924 dem Landtag an; Toni Pfülf verkehrte oft in seinem Haus. Bayerer hatte auch die Funktion als (letzter) SPD-Fraktionsvorsitzender im Regensburger Stadtrat von Karl Esser übernommen, nachdem dieser inhaftiert worden und aus der Partei ausgetreten war. Bayerer befand sich von Juni bis Oktober 1933 in Schutzhaft, die nicht in Dachau, sondern in der Regensburger "Augustenburg" vollzogen wurde⁵⁹⁶. Im Mai 1934 nahm ihn die Gestapo im Zu-

⁵⁸⁷ Kurz darauf Bildung einer Pressestelle unter Reinemer, geleitet von einem Beamten des Wasserwerks, der verwaltungsinterne Mb für die Pressegespr. des OB aufbereitete, Kontakte mit auswärtigen Zeitungen pflegte und Werbematerial versandte.

⁵⁸⁸ Zur Geschichte des Blattes bis dahin Held S.34 ff.

⁵⁸⁹ Nach der Umbenennung des Gaus in "Gau Bayreuth" änderte die Zeitung am 1.8.1942 ebenfalls ihren Titel. Die letzten Ausgaben des "Kuriers" mit Durchhalteparolen entstanden Ende April 1945 in Landshut, vgl. Frei S.79 ff.

⁵⁹⁰ Vgl. Mehringer (KPD) S.213 zu den wenigen bekanntgewordenen tatsächlich kommunistischen Aktivitäten in Rgbg., vgl. Kammerbauer (1981) S.304 ff. und W.Kick S.118 ff.; ebd. S.121 ff. Kurzbiographie Franz Enderleins.

⁵⁹¹ Wbl 23.12.1933, Abschrift ZR 10271. Rechtsgrundlage die Reichsgesetze vom 26.5. und 14.7.1933 (RgBl I S.293 bzw. S.479) sowie eine ME vom 19.9.1933 (StAnz 218). Zum Vermögenseinzug der Arbeiterwohlfahrt: Rundschreiben des Politischen Polizeikommandeurs Bayern 18.8.1933, ZR 19706.

⁵⁹² Zu seiner Person vgl. Mehringer (SPD) S.351 ff.

⁵⁹³ Vgl. zu diesem Schmuggelring Mehringer (SPD) S.361 ff. (Organisationsschema: S.368). Detailliert für Rgbg. W.Kick S.83 ff. Zum für Südbayern zuständigen SPD-Grenzsekretär H.Mehring: Waldemar von Knoeringen, München 1989.

⁵⁹⁴ Mehringer (SPD) S.354.

⁵⁹⁵ Zur SPD in Rgbg. vgl. W.Kick S.71 ff.; Biographie Bayerers ebd. S.73 ff.

⁵⁹⁶ W.Kick S.77.

sammenhang mit der Aufdeckung des Schmuggelrings fest, kurz darauf auch seinen Schwiegersohn, den Regensburger Nachkriegsbürgermeister Hans Weber, bei dem Adressenlisten gefunden wurden⁵⁹⁷. Dadurch flog auch der Münchener Verteilerring auf; über 150 Personen verhaftete die Staatspolizei von April bis August 1934, als das gesamte, auf Ostbayern, Franken und München ausgedehnte Netz zerschlagen wurde. Unter den 21 festgenommenen Regensburgern war mit Franz Höhne ein weiterer der letzten fünf SPD-Stadträte⁵⁹⁸. In 17 Fällen wurden die Ermittlungsverfahren eingestellt, gegen die übrigen vier verhandelte das Oberlandesgericht München im Rahmen von sieben Prozeßblöcken im Januar und Februar 1935. Insgesamt 68 Sozialdemokraten waren angeklagt, 45 von ihnen wurden zusammengerechnet zu 57 Jahren Zuchthaus und 32 Jahren Gefängnis verurteilt. Alfons Bayerer erhielt viereinhalb, Hans Weber vier Jahre Zuchthaus, Franz Höhne zwei Jahre, Josef Köppl acht Monate Gefängnis⁵⁹⁹. Anders als die meisten der Verurteilten wurde Bayerer im August 1939, als er die Strafe verbüßt hatte, tatsächlich freigelassen und nicht ins KZ eingeliefert, da er zu dieser Zeit bereits todkrank war; neun Monate später ist er gestorben⁶⁰⁰. Sein Schwiegersohn Hans Weber verbrachte (bis 1947) insgesamt zehn Jahre in Haft bzw. Internierung; unter anderem war er mit der berüchtigten Strafddivision 999 in Nordafrika eingesetzt⁶⁰¹.

Unter den Ende Juni 1933 verhafteten SPD-Funktionären befand sich auch Karl Esser, eine der einflußreichsten Persönlichkeiten der Regensburger Kommunalpolitik im 20. Jahrhundert⁶⁰². Geboren 1880 in Landau/Pfalz, war er seit Anfang 1910 Administrator der Dörnberg-Stiftung in Regensburg, einer der wohlhabendsten Stiftungen Deutschlands. 1919 trat er der SPD bei und war Gründungsmitglied, später Gauführer des Reichsbanners. Seit 1925 gehörte er dem Stadtrat an, zuletzt als Fraktionsvorsitzender seiner Partei. Er war unter den Opfern der ersten Verhaftungswelle am 10. März 1933, wurde dann am 19.3. freigelassen, jedoch unmittelbar vor der Stadtratssitzung vom 22.3., an der er teilnehmen wollte, erneut festgenommen. Mehrere Monate saß er in der "Augustenburg" ein, trat schließlich unter dem Druck der Verhältnisse aus der SPD aus und verzichtete auf ein neuerliches Stadtratsmandat. Trotzdem erfolgte im Juli 1933 seine dritte Inhaftnahme. Bis März 1934 war er in Dachau inhaftiert, und damit - trotz aller Versuche der Dörnberg-Stiftung, ihn freizubekommen - am längsten von allen Regensburger Opfern der Verhaftungswelle des Juni 1933. Schottenheim hat ihn im Zusammenhang mit seinem Dienstentlassungsverfahren im Jahr 1934 persönlich denunziert; er hielt ihn für politisch unzuverlässig, da er sich "als höherer Offizier dem staatsfeindlichen Marxismus zugewandt" habe⁶⁰³. Nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager arbeitete Esser als Steuerberater in München, im August 1944 war er erneut für vier Wochen in Dachau inhaftiert, nach Kriegsende kehrte er nach Regensburg zurück und erhielt am 23.10.1945 eine der ersten Lizenzen für eine neue, die "Mittelbayerische Zeitung", heute die bedeutendste Tageszeitung der Region.

Als letztes Beispiel für die Verfolgung prominenter Sozialdemokraten aus Regensburg sei der Fall des ehemaligen Stadt- und Kreisrats Matthias Bauer angeführt. Er hatte als Schwerkriegsbeschädigter 1918/19 dem Soldatenrat angehört und seit 1921 die gewerkschaftseigene "Oberpfälzisch-niederbayerische Bauhütte GmbH Regensburg" sowie eine ihrer Tochterge-

⁵⁹⁷ Mehringer (SPD) S.380.

⁵⁹⁸ Kurzbiographie Höhnes bei W.Kick S.100 f. Zu seiner und Webers Rolle beim Literaturschmuggel Mehringer (SPD) S.363 ff. Zur Zerschlagung des Schmuggelrings: RPB und Reg. an RMdI 8.8.1934, StA 22037.

⁵⁹⁹ Einzelheiten bei W.Kick S.92 ff. Vgl. Reg. an RMdI 8.4.1935, StA 22037. Die lokale Berichterstattung bei Weinmann S.137 f.

⁶⁰⁰ W.Kick S.97, vgl. Mehringer (SPD) S.370.

⁶⁰¹ Zu Webers Schicksal vgl. W.Kick S.98 f.

⁶⁰² Vgl. zum folgenden MZ 9.11.1945, Die Woche 1.7.1949, MZ 25.2.1950, W.Kick S.77, S.80, S.99 f. und K.Kick S.145 ff. (mit Quellen aus dem Archiv der Dörnberg-Stiftung).

⁶⁰³ S.S.83.

sellschaften geleitet. Im Zuge der Gleichschaltung der Bauhütte wurde er unter dem Vorwand entlassen, er habe angebliche Unterschlagungen des Prokuristen nicht verhindert; in Wahrheit ging es um Bauers politische Vergangenheit und seine "untragbare Persönlichkeit". Auch ein Arbeitsgerichtsverfahren im Jahr 1935 vermochte ihm nicht zu seinem Recht zu verhelfen⁶⁰⁴.

Im Herbst 1934 konnte der Regierungspräsident berichten, die Überwachung der größeren Betriebe in Regensburg habe gezeigt, daß es hier praktisch keine "marxistische" Bewegung mehr gebe⁶⁰⁵. Die Staatspolizei verhaftete nur noch Einzelpersonen, etwa eine kommunistische Emigrantin, die Kontakte in der Umgebung von Regensburg zu knüpfen versucht hatte, wegen "Vorbereitung zum Hochverrat"⁶⁰⁶. Dennoch sollen in losen Zirkeln, so dem 1935 aufgelösten "Madrigalverein Regensburg", ehemalige Sozialdemokraten weiter illegal aktiv gewesen sein⁶⁰⁷. Als ihr Kopf galt der frühere Fraktionsvorsitzende der SPD im Stadtrat, Michael Burgau⁶⁰⁸. Auch eine "Neu-Beginnen"-Gruppe bestand angeblich zu Kriegsbeginn in Regensburg⁶⁰⁹. Tatsächlich fanden sich immer wieder Flugblätter in Hauseingängen und Briefkästen, anonyme Briefe politischen Inhalts wurden verschickt, "Greuelnachrichten" über Dachau verbreitet, Wände mit Parolen bemalt⁶¹⁰.

3. Die Stadtverwaltung und der Terror gegen die Juden⁶¹¹

Die Regensburger Judengemeinde war eine der ältesten und bis ins Spätmittelalter die bedeutendste in Bayern; über ihre Geschichte im Dritten Reich liegen mehrere Untersuchungen vor⁶¹². Die 427 Regensburger Juden machten wie im ganzen rechtsrheinischen Bayern⁶¹³ und auch im gesamten Reichsgebiet Anfang 1933 etwa 0,5 % der Bevölkerung aus⁶¹⁴. Rabbiner

⁶⁰⁴ Einzelheiten in DS 546. Bauer gehörte für die SPD auch dem ersten Nachkriegsstadtrat an.

⁶⁰⁵ RPB und Lagebericht an das RMDI 9.11.1934, StA 22037.

⁶⁰⁶ RPB 7.12.1934.

⁶⁰⁷ Auflösung durch die PolDir erwähnt im RPB 9.9.1935 und in Reg. an RMDI 8.10.1935, StA 22037. In dem Verein hatten sich Mitglieder des früheren SPD-Volkschors zusammengefunden.

⁶⁰⁸ W.Kick S.95.

⁶⁰⁹ MZ 9.11.1945, vgl. W.Kick S.95 und Mehringer (SPD) S.403. Zu den "Neu-Beginnen"-Gruppen allg. ders. S.391 ff. Kontakte zwischen der SPD in Rgbg. und der in Straubing erwähnt bei A.Großmann: Milieubedingungen von Verfolgung und Widerstand, BNS V (1983) S.433-540, hier S.451 f.

⁶¹⁰ Vgl. RPB 8.10.1935, 7.1., 6.3., 7.4.1936 (Schutzhaft für 5 frühere KPD-Mitglieder wegen Hörens von Radio Moskau), 9.10., 8.12.1936, 7.1., 7.10.1937, 7.7.1939 und 9.5.1940; vgl. auch Wolf S.35 und Kammerbauer (1981) S.332 ff.

⁶¹¹ Zum Hintergrund grundlegend H.Krausnick: Judenverfolgung. In H.Buchheim u.a. (Hg.): Anatomie des SS-Staates 2, Olten-Freiburg 1965 S.281-448. U.D.Adam: Judenpolitik im Dritten Reich. Düsseldorf ²1979. J.Walk (Hg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Heidelberg-Karlsruhe 1981. W.Benz (Hg.): Die Juden in Deutschland. München 1988.

⁶¹² Grundlegend Langer und Wittmer, Überblick bei Kammerbauer (1981) S.298 ff., Albrecht (1984) S.225 ff. und W.Kick S.183 ff. Vgl. auch Ophir/Wiesemann bes. S.86 ff. (kritisiert in AfK 19/1980, S.292 ff.), Stadt und Mutter in Israel S.97 ff. sowie F.Wiesemann: Bibliographie zur Geschichte der Juden in Bayern. München u.a. 1989. Martina Langer-Plän und Klaus Hofmann untersuchen derzeit im Rahmen von Dissertationen den didaktischen Aspekt bzw. die Verdrängung der Juden aus ihren Berufen.

⁶¹³ Vgl. BNS I (1977) S.428, vgl. auch D.Albrecht: Die nationalsozialistische Judenpolitik mit besonderer Berücksichtigung der Oberpfalz, in: Ein Jahrtausend Amberg, hg. von H.Bungert und F.Prechtl. Regensburg 1985 S.123-135, hier S.131.

⁶¹⁴ Lt. Volkszählung 1933: in der Oberpfalz 0,15 %, in Niederbayern nur 0,04 % der Bevölkerung Glaubensjuden, weshalb die RPB die "Judenfrage" bis 1938 nur selten behandelten, vgl. z.B. RPB 4.6.1934. Vgl. allg. I.Kershaw: Antisemitismus und Volksmeinung, BNS II (1979) S.281-348, hier S.288 ff. und S.319. Zur inneren Struktur der jüdischen Gemeinde Rgbg., die seit 1932 von Fritz Öttinger geleitet wurde: Langer S.24 ff. sowie S.35 ff. Zum Richtungsstreit in der Weimarer Zeit vgl. ZR 9313 f.

war bis 1935 Dr. Magnus Weinberg, 1936-1939 folgte ihm Dr. Falk Felix Salomon nach; als Leiter der jüdischen Volksschule amtierte Moses Sonn⁶¹⁵.

Bereits erwähnt wurde das von Schottenheim sofort nach seinem Amtsantritt erlassene Verbot, jüdische Firmen mit städtischen Aufträgen zu versehen⁶¹⁶; weder an der Verhaftung von 107 Regensburger Juden Ende März 1933 noch an den (reichsweit durchgeführten) Boykottmaßnahmen des 1. April⁶¹⁷ war die Stadtverwaltung dagegen aktiv beteiligt. Noch im Verlauf dieses Jahres kam es zu einer ersten Fluchtwelle: 45 Mitglieder der Jüdischen Gemeinde verließen die Stadt, weitere 67 sogar das Deutsche Reich, die Zahl der Gemeindemitglieder sank auf 315⁶¹⁸. Von nun an zogen etwa gleich viele Juden weg und neu zu, daher blieb diese Zahl mehrere Jahre lang ziemlich konstant.

Die Regensburger Juden waren, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil, überproportional in Handel und Gewerbe vertreten; so befanden sich das bedeutende Kalkwerk Funk (s.u.) oder auch die von den Gebrüdern Hirschfeld geführten Kaufhäuser des Tietz-Konzerns in jüdischem Besitz⁶¹⁹. Daher nahmen auch in Regensburg die antisemitische Propaganda⁶²⁰ und somit der Druck auf die jüdischen Familien zu⁶²¹. Schon wenige Wochen nach Schottenheims Amtsantritt fragte die städtische Dultverwaltung an, wie künftig die Zulassung von Juden zur Frühjahrsdult zu handhaben sei⁶²². Nachdem die Kreisregierung einen Beschluß des Schwandorfer Stadtrats, der in dieser Frage vorgeprescht war, für rechtswidrig erklärt hatte⁶²³, stellte man in Regensburg eine Entscheidung vorläufig zurück, was Herrmann und Zwick allerdings nicht hinderte, einem polnischen Juden, dem sein Verkaufsstand auf der Frühjahrsdult 1933 genehmigt worden war, einen Platzverweis zu erteilen - angeblich auf Aufforderung der Kreisleitung. Später rechtfertigte man sich damit, der Betroffene habe doch wissen müssen, "daß in der damaligen erregten Zeit ein jüdischer Händler, noch dazu ein Ausländer, auf einem deutschen Markte nicht willkommen sein konnte". Nicht einmal zu einer Beschwerde bei Herrmann hatte man ihn vorgelassen, doch sei dies ohne Belang, denn sie hätte "keinerlei Erfolg haben können"⁶²⁴.

Zur gleichen Zeit begann die Zuarbeit für die mit "Rasseforschung" befaßten Ministerialstellen, denen die Stadt Akten zur jüdischen Gemeinde, insbesondere Personenverzeichnisse aus dem 19. Jahrhundert, übersandte⁶²⁵. Ein Antrag der Israelitischen Kultusgemeinde, ihr unbe-

⁶¹⁵ Vgl. Langer S. 68 ff. und S.105 ff. sowie Wabra S.21. 1933 betrug die Schülerzahl 18, 1938 noch 15, vgl. ZRa 12418. Der Zentralakt zur jüdischen Volksschule (ZRa 12735) bricht 1933 ab, weitere Unterlagen scheinen - folgt man der großen Lücke in den Altsignaturen - vernichtet worden zu sein.

⁶¹⁶ Vgl. z.B. auch Schippers Verbot, Waren von einer unter jüdischem Einfluß stehenden Firma zu beziehen, 20.9.1935, ZRa 14104.

⁶¹⁷ Einzelheiten bei Wittmer S.143, Boykottliste abgedruckt bei Wabra S.3 ff. Der HMB 5.4.1933 (StA 22040) meldete keine besonderen Vorkommnisse beim Judenboykott. Das "Sonntagsblatt" des Caritas-Verbands kommentierte in NS-Manier; zum Schwenk in der Haltung des Blatts vgl. Chrobak (1981) S.409 ff.

⁶¹⁸ Stadt und Mutter in Israel S.102 und S.110. Bescheinigungen für die Ausfuhr von Hausrat in ZRa 12044, Regelanfragen der PolDir nach Steuerrückständen auswanderungswilliger Juden in ZRa 12095 a.

⁶¹⁹ Zu diesen: ZRa 14430, ZR 18237, Notiz Sch. 27.12.1933, DS 666 und HA-Prot. ab Herbst 1933. Nach Zahlungsschwierigkeiten bot man der Stadt den Kaufhausblock an der Maxstraße zum Kauf an. 1934 kam es zum Vergleich mit den Gläubigern, Leo Hirschfeld führte nun das Kaufhaus an der Ludwigstraße, Julius Seligmann das in Stadthof, während der Firmenname "Tietz Nachf." bis zur Arisierung bestehen blieb (hierzu unter dem Aspekt der Gewerbeüberwachung ZR 19995).

⁶²⁰ Belege bei Weinmann S.221, Langer S.124 ff. und Wittmer S.140 ff. Vgl. auch Manuel Seyboth an Sch. 10.2.1943, DS 709: "Der Antisemitismus war für mich nicht zuletzt maßgebend für meinen Entschluß, noch in der Kampfzeit Parteigenosse zu werden."

⁶²¹ Beispiele bei Langer S.120 ff., vgl. auch Wabra sowie dazu MZ 12.-13.3.1988.

⁶²² Zwick an Sch., ZR 19824.

⁹⁸ Rundschreiben der Reg. 14.7.1933, ebd.

⁶²⁴ Beschwerde des polnischen Generalkonsulats beim Minn 28.8.1933 und Bericht der Stadt 3.10.1933, ZR 19824.

⁶²⁵ Die Einzelheiten in ZRa 12372.

nutzte städtische Freizeiteinrichtungen zur Verfügung zu stellen, wurde dagegen abgelehnt⁶²⁶. Im Frühjahr 1934 mußten die meisten jüdischen Schülerinnen das städtische Mädchenlyzeum verlassen⁶²⁷ - vielleicht auf Veranlassung Weigerts, des gerade neugewählten Stadtschulrats.

Welch groteske Züge die Folgen des Judenhasses im Verwaltungsalltag manchmal annahmen, belegen folgende Beispiele: Über die Verwendung von Geldern aus Stiftungen, die vor 1933 von Juden errichtet worden waren, jedoch "Ariern" zugute kamen, mußte man sich lange den Kopf zerbrechen⁶²⁸; selbst Spenden von Juden für das Winterhilfswerk waren nicht erwünscht. In einem anderen Fall stritt man um die Anschaffung einer Rechenmaschine für die Sparkasse. Stadtrat Gebert sprach sich aus "rein sachlichen" Gründen für ein deutsches Produkt aus, der Sparkassendirektor hatte ein amerikanisches Konkurrenzfabrikat favorisiert, doch war dieses früher von einer jüdischen Firma vertreten worden. Erst wenn sichergestellt sei, daß der Verkäufer "nicht dem semitischen Rassegemisch angehört", wollte sich Gebert von der höheren Qualität der ausländischen Maschine überzeugen lassen⁶²⁹. In einem Konflikt mit der Kreisleitung mußte sich schließlich Kämmerer Sailer hilfesuchend an Schottenheim wenden: Die Partei fordere von ihm, Anträge von Juden auf Anglerkarten abzulehnen, doch habe er keine Rechtsgrundlage dafür. "Was soll ich tun? Gebe ich dem Antrag statt, ist der Teufel los, obwohl das Recht auf meiner Seite ist; lehne ich ihn ab, dann habe ich den Einspruch des Juden zu gewärtigen."⁶³⁰

Ein Zentrum der Angriffe auf die Juden der Region war der Regensburger Schlachthof, wo mehrere von ihnen recht erfolgreich tätig waren. Diese städtische Einrichtung unterstand seit 1919 Bezirkstierarzt Dr. Jakob Kolb, der sich anders als andere städtische Bedienstete in mutiger und erinnerungswürdiger Weise vor die jüdischen Viehhändler und -agenturen stellte. Erstmals wurde dies im Frühjahr 1934 nötig, als der örtliche Kreisverein des "Reichsverbandes des nationalen Viehhandels" forderte, die bekannte Viehagentur Sämman & Jordan vom Schlachtviehmarkt fernzuhalten⁶³¹. Kolb zog sich auf eine juristische Argumentation zurück und belegte, daß er keine Handhabe gegen die Agentur habe. Zudem seien unter den Lieferanten der jüdischen Viehagenten nur fünf nichtarische, aber 51 arische, auch nationalsozialistisch geführte Betriebe⁶³². Sein Mut wurde belohnt, Schottenheim übernahm seine Darstellung und lehnte den Antrag des "Reichsverbandes" ab⁶³³.

Im März 1935 verbot Kreisbauernführer Rabl den "jüdischen Export" vom Schlachthof; das "liberalistisch echt jüdische Spiel" habe zu "Preissteigerei und Preisdrückerei" geführt, diese "saubere Käufergruppe" auf "echt jüdische, freche und niederträchtige Art" ihren Profit gesucht⁶³⁴. Erneut nahm Kolb die jüdischen Viehhändler in Schutz: Ihr Verhalten habe "noch zu keinerlei Beanstandungen Anlaß gegeben", Rabl hingegen mit seinem "robusten" Auftreten weite Kreise der Händler und Metzger "mitunter schwer verstimmt". Wohl wissend, daß dies

⁶²⁶ Vgl. ZRa 12584. Konzession für eine Vereinswirtschaft in Karthaus-Prüll an den "Jüdischen Turn- und Sportverein Rgbg." noch am 1.8.1938 (ZR 18248). Zum 1934 gegründeten Jüdischen Kulturbund vgl. ZRa 12374.

⁶²⁷ Vgl. Langer S.107 zum jüdischen Schulbesuch sowie Wabra passim für das Lyzeum. Am 3.11.1936 Meldung des Lyzeumsdirektors Mühlbach an Weigert, Sch.s Verbot des Schulbesuchs durch jüdische Schülerinnen (30.10.1936) sei den letzten drei Betroffenen mitgeteilt worden (ZRa 12678).

⁶²⁸ Zur 1917 geschaffenen "Jakob-und-Klara-Haymann-Familienstiftung", die erst 1944 in "Rbgg.er Schulkinderstiftung" umbenannt wurde, vgl. ZR 19230 und 19368.

⁶²⁹ Gebert an Reinemer 18.8.1934, ZR 17437.

⁶³⁰ Sailer an Sch. 20.5.1937, ZR 11330.

⁶³¹ Reichsverband/Kreisgruppe Oberpfalz an Stadt 3.5.1934, ZR 17313: "Der Jude ist als Agent kein Vertrauensmann, der nicht (sic!) fähig ist, die Interessen unserer christlichen Kollegen zu vertreten".

⁶³² Kolb an H. 14.5.1934, vgl. auch Frau Sämmanns Schreiben, 9.5.1934, ebd.

⁶³³ 22.5.1934, ebd.

⁶³⁴ Rabl an Kolb 8.3.1935, DS 584.

nun nicht mehr genügte, beschwor Kolb zudem die Gefahr finanzieller Einbußen für den Schlachthof herauf, wenn man die Juden vom Viehhandel ausschließe⁶³⁵.

Noch hatten Anträge auf ein offenkundig gesetzwidriges Vorgehen der städtischen Stellen wenig Aussicht auf Verwirklichung - selbst wenn sie von der Kreisleitung der NSDAP kamen, wie deren Grundsatzantrag zur Ausschaltung der Juden aus dem Regensburger Wirtschaftsleben vom 20.8.1935 (s.u.). Auch das Verbot für Juden und ihre "Strohänner", den Viehmarkt zu beschicken, war darin gefordert worden, und Gauinspekteur Ganninger persönlich fragte an, "weshalb seitens der Schlachthofdirektion Regensburg die fragliche Judenfirma noch nicht ausgetotet (sic !) wurde"⁶³⁶. Erneut war Kolbs Geschicklichkeit gefordert. Er drohte für den Fall eines Regensburger Alleingangs mit Umsatzeinbußen und bezeichnete die jüdischen Viehhändler explizit als "reelle und zuverlässige Geschäftsleute"⁶³⁷. Letztmals konnte er damit Schottenheims Rückendeckung gewinnen⁶³⁸. Nur vor dem Hintergrund dieser jahrelangen vergeblichen Versuche der "nationalen" Viehhändler, ihre jüdischen Konkurrenten auf billige Weise auszuschalten, sind die Krawalle zu verstehen, zu denen es schließlich im November 1936 im Schlachthof kam.

Bei diesen Tumulten handelte es sich, wie später beim Pogrom 1938, keineswegs um "spontanen Volkszorn", sondern um eine bestellte und gelenkte Aktion. Schottenheim notierte, Ganninger habe ihm mitgeteilt, die Partei werde "einmal von sich aus energisch vorgehen", Direktor Kolb sei "schon längst als Gegner der Bewegung erkannt"⁶³⁹. Zwei Wochen später war es soweit: Rund 150 vorwiegend aus Nürnberg stammende Teilnehmer einer Schulungsveranstaltung bedrohten die fünf jüdischen Viehagenten im Schlachthof, und als diese in das Direktionsgebäude flüchteten, wurde Kolb als "Judenknecht" beschimpft, über den man im "Stürmer" einen Artikel veröffentlichen werde⁶⁴⁰. Selbst die Polizei hielt den Auftritt für "verabredet"⁶⁴¹. Die jüdischen Viehhändler kamen in Schutzhaft, Schottenheim untersagte ihnen nun endlich den Zutritt zum Schlachthof. Die Partei vergaß Kolb sein Verhalten auch später nicht; noch 1943 legte die Kreisleitung der Stadtverwaltung nahe, für ihn - soweit ersichtlich, als einzigen der vorgeschlagenen städtischen Bediensteten - das Kriegsverdienstkreuz nicht zu beantragen: Er habe "ein politisches Verhalten an den Tag gelegt, das zu Bedenken Anlaß gibt"⁶⁴². Dennoch konnte sich der Schlachthofdirektor bis Kriegsende halten, erst 1953 ist er in den Ruhestand getreten. Während Frau Sämanns Sohn noch 1941 die Auswanderung nach England, später in die USA gelang, wurde sie selbst gemeinsam mit der fünfköpfigen Familie Jordan im April 1942 "in den Osten deportiert".

Der erwähnte, umfassende Antrag der Kreisleitung vom 20.8.1935 sah nicht nur vor, Juden vom Viehmarkt fernzuhalten, Schottenheim sollte ihnen auch untersagen, Haus- und Grundbesitz zu erwerben, und schließlich sollten Geschäftsleute, die mit Juden verkehrten, vom Bezug städtischer Aufträge ausgeschlossen werden. Nachdem allerdings gesetzliche Regelungen unmittelbar bevorstanden, wurde der Antrag von der Stadtspitze vorerst nicht behandelt⁶⁴³.

⁶³⁵ Kolb an Sch. 12.3.1935, ebd.

⁶³⁶ Ganninger an Stadt 16.3.1936, ZR 17313.

⁶³⁷ Bericht 11.9.1935, ebd.

⁶³⁸ Bericht Kolbs 20.3. und Sch. an Ganninger 23.3.1936, ebd.

⁶³⁹ Notiz 30.10.1936, DS 584.

⁶⁴⁰ Kolbs Bericht 13.11.1936 über die Ereignisse des Vortags in NIS 8.

⁶⁴¹ Zitiert bei Kershaw (s.Anm.614) S.293 Anm.24. Vgl. RPB 8.12.1936, vgl. auch BNS I (1977) S.463, Kammerbauer (1981) S.301, Albrecht (1984) S.226 und Wittmer S.151.

⁶⁴² Kreisleitung an Stadt 19.11.1943 und Liste der Kriegsauszeichnungen, PAM 533.

⁶⁴³ Antrag 20.8.1935, unterzeichnet vom stellv. Kreisleiter Schmidbauer, sowie handschr. Vermerk Reinemer, ZR 17313.

Erst die Nürnberger Gesetze samt ihren zahlreichen Vollzugsvorschriften⁶⁴⁴ bildeten die Rechtsgrundlage dafür, auch den Regensburger Juden die Berufsausübung wie generell das Alltagsleben in jeder Hinsicht zu erschweren⁶⁴⁵. Die Kreisleitung brachte Verzeichnisse der jüdischen Firmen in Umlauf⁶⁴⁶, setzte die Gastwirte unter Druck, keine Juden mehr zu bewirten⁶⁴⁷, und benannte dem Oberbürgermeister die Frauen städtischer Bediensteter, die beim Einkaufen in jüdischen Geschäften beobachtet worden waren⁶⁴⁸. Vom Winterhilfswerk wurden Juden nicht mehr unterstützt⁶⁴⁹, die Neigung zur Auswanderung nahm zu, die Zahl der Juden in Regensburg sank von 364 Mitte 1935 auf 336 zum Jahresanfang 1936. Die zionistische Bewegung, die Anfang 1935 in Regensburg 24 Mitglieder umfaßt hatte, wuchs bis zum Herbst auf 60, bis Januar 1936 auf 105 Personen⁶⁵⁰. Am 1.4.1936 nahm ein Umschulungsheim in Regensburg den Betrieb auf, das jeweils rund 20 jüdische Jugendliche auf die Auswanderung nach Palästina vorbereitete⁶⁵¹. Trotz dieser Entwicklung beklagte der Regierungspräsident noch 1937 Umsatzsteigerungen bei jüdischen Geschäften, aber auch, daß sich die Auswanderung der Juden aus dem Kreisgebiet zu langsam vollziehe⁶⁵². Offenbar bestand bei Parteiaktivisten die gleiche Auffassung; jedenfalls kam es nun wieder häufiger zu direkten Aktionen, etwa dem Beschmieren jüdischer Häuser und Geschäfte, wobei die Täter selbstverständlich unerkannt blieben⁶⁵³. Doch auch Polizeiaktionen wie die bereits erwähnte vom Juni 1938 richteten sich nicht mehr nur gegen "Asoziale", sondern auch gegen Juden⁶⁵⁴.

Seit 1938 wurden auch die Regensburger Juden zum Verkauf ihres Besitzes gezwungen, es vollzog sich nach der bisher mehr oder weniger freiwilligen⁶⁵⁵ die zwangsweise "Arisierung" - zunächst die der Gewerbebetriebe, dann die des privaten Immobilienbesitzes⁶⁵⁶. Schon am Abbruch des Steyrer-Hauses (Untere Bachgasse 5), bis ins frühe 20. Jahrhundert Sitz der jüdischen Synagoge, erwies sich die Verschärfung der Lage: Geld für die Sanierung der einsturzgefährdeten Patrizierburg war zunächst angeblich nicht aufzutreiben, dann zitierte die Presse im Frühjahr 1938 Schottenheim, es sei doch noch gelungen, den Bau zu erhalten⁶⁵⁷. Trotzdem

⁶⁴⁴ Vgl. W.Jochmann: Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870-1945. Hamburg 1988. Vgl. zu den Auswirkungen für die Standesämter deren Gb. 1935, DS 533.

⁶⁴⁵ Lt. RPB 8.10.1935 sehr gedrückte Stimmung der Juden in Rgbg. nach Bekanntwerden der Gesetze. Zum jüdischen Alltagsleben unter NS-Herrschaft insbesondere Benz (s.Anm.611).

⁶⁴⁶ Rundschreiben 16.10.1935, ZRa 12372 a. Aufgelistet sind 22 Einzelhändler, 25 Großhändler und 5 Industriebetriebe.

⁶⁴⁷ Lagebericht der Reg. 8.10.1935, StA 22037. Vgl. den bei Wittmer S.145 geschilderten Fall.

⁶⁴⁸ Gauinspektion an Stadt 23.12.1935, ZRa 13322.

⁶⁴⁹ Anweisung Reichspropagandaministerium 15.2.1937, ZR 10117.

⁶⁵⁰ RPB 8.10.1935 bzw. Lagebericht der Reg. 6.2.1936, StA 22037. Einzelheiten zur örtlichen zionistischen Bewegung bei Langer S.114 ff. sowie M.Langer-Plan: "... und trotzdem atmet man frei". In: Stadt und Mutter in Israel S.214-218. Vgl. auch Wolf S.126 f.

⁶⁵¹ RPB 7.4. und 9.10.1936, vgl. Wittmer S.153. Auflösung des "Umschichtungsheimes" angekündigt im RPB 9.1.1939.

⁶⁵² RPB 7.11., 8.12.1937 und 9.2.1939. Weitere Einzelheiten bei Wolf S.124 ff. Beispiele, daß die Boykottaufrufe vielfach mißachtet wurden, bei Wittmer S.143 f. Vgl. auch Mb der Stapo-Leitstelle München 1.8.1937, wonach "jede Erörterung des Rasseproblems" in katholisch dominierten Gegenden, insbesondere unter den Bauern, sinnlos sei; zit. in BNS I (1977) S.466 f.

⁶⁵³ RPB 7.1. und 8.8.1938.

⁶⁵⁴ RPB 7.7.1938, wonach im Polizeibezirk 6 Juden festgenommen wurden. Ebd. Hinweis auf die Festnahme des jüdischen Kaufmanns Max H. wegen "Rassenschande" in 15 Fällen. Lt. RPB 8.5.1939 wurde H. zu 22 Monaten Zuchthaus verurteilt, obwohl die betreffende Frau Halbjüdin gewesen war.

⁶⁵⁵ Vgl. z.B. Aussage Hermann K. 25.6.1946, ZRa 12158, wonach Simon Oberdorfer schon 1933 sein Kino am Arnulfplatz "an den Nazibonzen Engel" abgeben mußte. Zu Oberdorfer neuerdings grundlegend Günter Schießl u.a., Simon Oberdorfers Velodrom. Regensburg o.J. Die Firma Gebr. Freundlich AG München, die beim Schlachthof ein Holzlager betrieb, war am 17.12.1937 von der "Holzhandel AG" München arisiert worden, vgl. IHK München an Stadt 5.4.1938, ZR 16207.

⁶⁵⁶ VO über Entäußerung jüdischer Geschäftsbetriebe und über Anmeldung des Vermögens 26.4.1938, RGBI I S.414, und VO über den Einsatz des jüdischen Vermögens 3.12.1938, RGBI I S.1709.

⁶⁵⁷ BA und BOM 1.4.1938; Textvorlage PSt 500, vgl. auch Rh-Prot. 8.4.1938.

wurde er ungeachtet aller Proteste des Landesamts für Denkmalpflege und auch des städtischen Denkmalschutzbeauftragten Boll im Oktober 1938 abgerissen⁶⁵⁸.

Als Beispiel für die Arisierung jüdischer Gewerbebetriebe sei der Übergang des Kalkwerks Funk auf den Hermann-Göring-Konzern angeführt⁶⁵⁹. Der traditionsreiche, im 19. Jahrhundert gegründete Betrieb gehörte einer Erbgemeinschaft, deren Interessen von einem Wiener Rechtsanwalt vertreten wurden. Selbst in der Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre hatte das Kalkwerk keine Verluste erwirtschaftet und stand 1938 keineswegs zum Verkauf. Im Mai dieses Jahres wurde allerdings der Göringkonzern auf die günstige Möglichkeit aufmerksam, das im Aufbau befindliche Hüttenwerk Linz von Regensburg aus mit Rohkalkstein zu versorgen⁶⁶⁰. Als die Konzernleitung erfuhr, daß es sich bei Funk um einen jüdischen Betrieb handelte, machte sie den Erben ein Kaufangebot etwa in halber Höhe des tatsächlichen Werts. Nachdem es abgelehnt worden war, inszenierte der Göringkonzern ein Enteignungsverfahren und erpreßte so einen förmlichen Kaufvertrag. Nur etwa 10 % der Kaufsumme kamen tatsächlich den Erben zugute, der Rest floß in Gebühren und Abgaben⁶⁶¹. Gegenüber den Besitzern von Nachbargrundstücken trat das nunmehr zu den "Reichswerken" gehörige Kalkwerk bald ausgesprochen aggressiv auf⁶⁶².

Schon für Oktober 1938 konstatierte der Regierungspräsident, die Arisierung der Judengeschäfte mache besonders in den größeren Städten "gute Fortschritte"⁶⁶³. Als Katalysator in diesem Prozeß, wie auch für die Auswanderungsbewegung, erwiesen sich die Ereignisse der Pogromnacht vom 9. auf den 10.11.1938⁶⁶⁴. Über sie erstattete Reinemer folgenden, die Tatsachen zynisch verdrehenden Bericht: "Die Nachricht vom Tode des deutschen Legations-Sekretärs vom Rath in Paris hat in ganz Deutschland einen Sturm der Erbitterung und Wut gegen die Juden hervorgerufen. In Regensburg stürmte die äußerst erregte Menge kurz nach Mitternacht die jüdischen Geschäfte. Dem sofort alarmierten Absperrdienst ist es zu danken, daß es den Juden selbst nicht an den Kragen ging. Der Absperrdienst sicherte auch sofort die jüdischen Geschäfte. Um 1/2 1 Uhr flammten plötzlich in der Juden-Synagoge in der Lutzen-gasse Flammen auf. Polizei und Feuerwehr waren sofort zur Stelle. Sie konnten aber das völlige Abbrennen des Gebäudes nicht verhindern (...). Bei der Demonstration ist bei sämtlichen jüdischen Geschäften wie Tietz, Manes, Kohn usw. keine Schaufensterscheibe ganz geblieben. Der Inhalt der Auslagen wurde jedoch nicht angetastet."⁶⁶⁵

Der tatsächliche Verlauf der Ereignisse stellt sich dagegen folgendermaßen dar⁶⁶⁶: Wie jedes Jahr und überall in Deutschland, gedachten auch in Regensburg die führenden NS-Funktionäre am Abend des 9. November 1938 des gescheiterten Putschversuchs von 1923. Anschlie-

⁶⁵⁸ ZR 18448, vgl. Wittmer S.160 und Fotos nach S.160.

⁶⁵⁹ Darstellung nach Material, das dem Verfasser freundlicherweise von der Betriebsleitung des Kalkwerks und Dr. Kapphan, dem Rechtsvertreter im Wiedergutmachungsverfahren, zur Verfügung gestellt wurde.

⁶⁶⁰ Vgl. Vermerk H. 20.6.1938, DS 875. Eine Woche darauf sandte er den Reichswerken Unterlagen zu den Eigentumsverhältnissen zu (ebd.).

⁶⁶¹ Im Wiedergutmachungsverfahren wehrte sich der bundeseigene Salzgitter-Konzern als Rechtsnachfolger der Göringwerke bis in die sechziger Jahre, das Kalkwerk seinen rechtmäßigen Besitzern zurückzugeben.

⁶⁶² Vgl. z.B. das beantragte Enteignungsverfahren gegen die Zucker- und die Lederfabrik Günther; deren Besitzer verstieg sich in schwere Beschimpfungen über die Geschäftsmethoden des Göringkonzerns (ZRa 12261 bzw. 12263, vgl. auch ZRa 12264 und ZR 16100). Weitere Einzelheiten zum Ausbau des Werks in DS 549.

⁶⁶³ RPB 7.11.1938.

⁶⁶⁴ Ausführlich Langer S.135 ff. und Wittmer S.161 ff., zusammenfassend Kammerbauer (1981) S.301 und Albrecht (1984) S.227. Vgl. auch MZ 9.11.1945, 23. und 27.4.1948 sowie Sonderbeilagen Januar 1983 und 5.-6.11.1988 (mit vielen Fotos). Aus der Fülle der zum 50.Jahrestag der Pogromnacht erschienenen Veröffentlichungen sei verwiesen auf H.-J.Döschers und H.Gramls Arbeiten, beide unter dem Titel "Reichskristallnacht". Berlin bzw. München 1988.

⁶⁶⁵ Reinemer an MIInn und Reg. 10.11.1938, ZR 3725 d.

⁶⁶⁶ Vgl. Wittmer S.161 ff. und MZ 5.-6.11.1988.

abend an eine große Feier in der Jahnturnhalle trafen sich Schottenheim, Weigert, General v. Cochenhausen, Knab und andere - wie so häufig - zu einem "Umtrunk" im Ratskeller. Nach den Erkenntnissen der Nachkriegsjustiz hatte NSKK-Gruppenführer Müller-Seyffert von München aus dem Chef der Regensburger Motorsportschule, Oberstaffelführer Platzer, telefonisch befohlen, die Synagoge niederzubrennen. Platzer suchte Weigert auf, um sich abzusichern, und ließ dann mit dessen Einverständnis die geplante Aktion anlaufen. Schottenheim wollte erst gegen halb elf Uhr abends durch einen Anruf des Gauleiters davon erfahren haben; später sollte er allen Ernstes behaupten, er sei "konsterniert" gewesen, habe "einen förmlichen Nervenschock" erlitten und "keinen klaren Gedanken fassen" können⁶⁶⁷. Der Leiter der städtischen Berufsfeuerwehr, Bauamtmann Dr. Julius Gräfe, gab allerdings an, er sei von Schottenheim in den Ratskeller befohlen und dort aufgefordert worden, eventuelle Löscharbeiten an der Synagoge nicht zu übereilen⁶⁶⁸.

Gegen Mitternacht erreichten die Lastwagen der NSKK-Schule mit gut 100 aus Österreich stammenden Lehrgangsteilnehmern die Synagoge in der Schöffnerstraße. Ein Vorkommando unter Leitung des Fahrlehrers Liebscher - bekannt als zuverlässiger Nationalsozialist - schlug die Türen ein, demolierte die Inneneinrichtung, übergoß die Trümmer mit Benzin und zündete, wohl gegen ein Uhr nachts, das Gebäude an. Die übrigen Lehrgangsteilnehmer fungierten als Absperrposten, inzwischen eingetroffene SS-Leute erregten sich, daß nicht sie den Brand hatten legen dürfen. Nun trafen Schottenheim und Weigert, kurz darauf auch Müller-Seyffert am Tatort ein. Erst um 1.14 Uhr wurde die Feuerwehr durch einen Polizeiwachtmeister informiert, wenige Minuten später traf Gräfe mit seinen Leuten bei der Synagoge ein. Der Alarmbericht des städtischen Brandschutzamts meldet: "In der Synagoge in der Schöffnerstraße war ein Brand entstanden, der sich rasch auf den ganzen Innenraum ausbreitete. Für die umliegenden Gebäude wurden sofort fünf C-Leitungen bereit gelegt, um ein Übergreifen des Feuers zu verhindern." Es findet sich kein Hinweis auf einen Löschversuch an der brennenden Synagoge selbst; als Brandursache ist "unbekannt" angegeben, die vorgedruckte Frage nach der "anwesenden Polizei" enthält keine Eintragung⁶⁶⁹. Angeblich wurde die Feuerwehr von Uniformierten beim Legen der Schläuche behindert. All dies würde zu Gräfes Aussage passen, ihm sei von Schottenheim befohlen worden, nur die umliegenden Gebäude, insbesondere das der Reichsbank, zu schützen.

Bei den Nachkriegsversuchen zur Vergangenheitsbewältigung⁶⁷⁰ spielte der Synagogenbrand eine zentrale Rolle. Schottenheims Entnazifizierungsverhandlung im Jahr 1947 mußte mehrfach vertagt werden, da eine Zeugin aus London einvernommen werden sollte, um das Verhalten des ehemaligen Stadtoberhauptes in der Brandnacht zu klären⁶⁷¹. Doch erwies sich dies letztlich als unmöglich, nachdem sich Zeugen wie Weigert oder Gräfe, die ihrerseits belastet waren, bedeckt hielten. Festgestellt wurde immerhin, daß sich Schottenheim schon vor dem Eintreffen der Feuerwehr am Tatort aufhielt und mögliche Löscharbeiten an der Synagoge selbst persönlich verhinderte. Auch sagte Reichsbankdirektor Schöllmann unter Eid aus, Schottenheim habe ihm gegenüber Befriedigung darüber geäußert, daß dieser "Schandfleck" endlich verschwinde⁶⁷². All dies veranlaßte den Ankläger, Schottenheim als Hauptschuldigen am Synagogenbrand zu bezeichnen⁶⁷³, doch im eigentlichen Strafprozeß wurde er 1949 vom Regensburger Landgericht freigesprochen; das Gericht hielt es nicht für erwiesen, daß er

⁶⁶⁷ Vgl. Babl S.8.

⁶⁶⁸ Erst zwei Wochen später erging das Gesetz zur Verreichlichung der Feuerwehren.

⁶⁶⁹ Brandschutzamt 2/Alarmberichte 1936-1938 (Stadtarchiv), vgl. auch Babl S.9.

⁶⁷⁰ Auswertung einiger Einzelfälle bei Wittmer S.162 ff. Eine umfassende Untersuchung über die Nachkriegsjustiz und die Aufarbeitung von NS-Verbrechen in Rgbg. bleibt Desiderat.

⁶⁷¹ Vgl. SPD-Nachrichtenblatt 11/1947 und Babl S.10 ff. Weitere Einzelheiten bei Wittmer S.163 f.

⁶⁷² Babl S.9.

⁶⁷³ Ebd. S.16.

schon am Tatort gewesen sei, bevor die Synagoge in Brand gesteckt wurde⁶⁷⁴. Auch die angeklagten Polizeibeamten wurden 1950 freigesprochen⁶⁷⁵, Müller-Seyffert erhielt dagegen als Hauptschuldiger am Synagogenbrand wie auch an vielen der nachfolgenden Ausschreitungen wegen schwerer Brandstiftung und Landfriedensbruch im Jahr 1951 eine Zuchthausstrafe von drei Jahren⁶⁷⁶.

Denn zur gleichen Zeit, als die Aktion in der Synagoge begonnen hatte, waren SA-, SS- und NSKK-Trupps im ganzen Stadtgebiet ausgeschwärmt, um jüdische Bürger aus ihren Häusern zu zerren, die Wohnungen und die Auslagen von Geschäften zu verwüsten; vielfach kam es - entgegen Reinemers oben zitierter Darstellung - zu Plünderungen⁶⁷⁷. Die aus ihren Häusern in die Polizeireviere, dann in die Polizeidirektion verschleppten jüdischen Familien wurden getrennt, etwa 25 Frauen und Kinder nach Hause entlassen. Rund 70 Männer und Jugendliche ließ Müller in den frühen Morgenstunden des 10. November zur NSKK-Schule in der Maxhüttenstraße transportieren, knapp ein Drittel von ihnen wurde von dort direkt nach Dachau gebracht, die übrigen mußten auf Anordnung Müllers auf dem Exerziergelände unter Spott und Gejohle der NSKK-Schüler demütigende "Freiübungen" machen. Erneut kam es zu Mißhandlungen⁶⁷⁸; der Tabakhändler Joel Lilienthal ist fünf Tage später an ihren Folgen gestorben. Am späten Vormittag des 10. November zwangen Müller-Seyffert und seine Leute - ähnlich wie gleichzeitig in Baden-Baden und einigen weiteren Städten - die verbliebene Gruppe jüdischer Männer und Jugendlicher zum Spießrutenlauf durch die Altstadt; unter dem Motto "Auszug der Juden" trieb man sie zum Bahnhof. Einige der Betroffenen wurden für mehrere Wochen in Dachau, die übrigen im Landgerichtsgefängnis inhaftiert⁶⁷⁹.

Im Regierungsbezirk waren alle fünf Synagogen zerstört und 224 Juden nach Dachau verschleppt worden, die Sachschäden wurden auf rund 200000 RM geschätzt⁶⁸⁰. Die Reaktion der "arischen" Bevölkerung auf die Ereignisse der Pogromnacht soll zwiespältig gewesen sein: Während man den gesetzlichen Maßnahmen gegen die Juden volles Verständnis entgegengebracht habe⁶⁸¹, hätten die Ausschreitungen dieser Nacht "unnötigerweise in Stadt und Land Mitleid mit den Juden aufkommen" lassen und seien selbst in Parteikreisen vielfach auf Kritik gestoßen: "In der Zerstörung von Schaufenstern, von Ladeninhalten und Wohnungseinrichtungen sah man eine unnötige Vernichtung von Werten, die letzten Endes dem deutschen Volksvermögen verloren gingen."⁶⁸² Humanitär begründete, öffentliche Proteste, etwa von seiten des Bistumsblattes, gab es allerdings nicht⁶⁸³. Dagegen wurde der verschärfte Druck auf die Juden, ihren Besitz zu verkaufen, für manchen "Arier" und auch für die Stadtverwaltung zu einem guten Geschäft.

⁶⁷⁴ 12.7.1949, vgl. Wittmer S.164 Anm.91; lt. MZ 20.10.1965 legte die Staatsanwaltschaft zwar Berufung ein, doch wurde Sch. auch in der nächsten Instanz freigesprochen. Der Synagogen-Brandprozeß gegen Sch., Weigert, Schmidbauer und Gräfe erwähnt bei W.Kick S.388 ff.

⁶⁷⁵ Wittmer S.170.

⁶⁷⁶ Ebd. S.163 f. Müller bewarb sich 1950 ebenso wie Weigert um eine Stelle bei der Stadt (abgesandt aus der Strafanstalt Rgb., ZRa 13354).

⁶⁷⁷ Viele Beispiele bei W.Kick S.193 ff. und Wittmer S.168 ff., vgl. RPB 9.1. und 9.2.1939.

⁶⁷⁸ Vgl. Langer S.137 und Wittmer S.175 ff.

⁶⁷⁹ Die Einzelheiten bei Langer S.143 ff. und Wittmer S.177 f., vgl. auch M.Langer-Plän: Ein Schandmarsch. In F.Kraft (Hg.): Kristallnacht in Bayern, München 1988 S.80-87.

⁶⁸⁰ RPB 8.12.1938. Der Sonderbericht der Reg. vom 10.11.1938 hatte noch die Inschutzhaftnahme von rund 300 Juden erwähnt (HStAM Reichsstatthalter 823).

⁶⁸¹ Zum Phänomen, daß weite Kreise der Bevölkerung die Radikalisierung der Judenpolitik ab 1938 zumindest bedenkenlos hinnahmen, insbesondere Döscher (s.Anm.664) und W.H.Pehle (Hg.): Der Judenpogrom 1938, Frankfurt 1988.

⁶⁸² RPB 8.12.1938.

⁶⁸³ Chrobak (1981) S.427.

Zunächst wies Schottenheim die zuständigen Dienststellen an, "sämtliche entstandenen Unkosten von der Stadt abzuwälzen (Abbruch der Synagoge, Verschalung der Schaufenster, Lichtrechnungen usw.)"⁶⁸⁴. Bald konnte das Bauamt melden, der von der Israelitischen Kultusgemeinde zu finanzierende⁶⁸⁵ Abbruch der abgebrannten Synagoge schreite "flott vorwärts"⁶⁸⁶; Ratsherr Xaver Schwarz soll das abgetragene Material für sein Baugeschäft verwendet haben⁶⁸⁷. Es entstand ein zwar kleiner, aber wegen seiner zentralen Lage mitten in der südlichen Altstadt attraktiver neuer Bauplatz, für den sich bald verschiedene Interessenten fanden⁶⁸⁸. Ende 1939 verlegte die Stadt den Christbaummarkt hierher⁶⁸⁹, allerdings scheiterte der Plan der Reichspost für ein neues Fernsprech-Zentralamt an dieser Stelle am Einspruch des Luftgaukommandos. Nachdem Herrmann die Preisforderung der Kultusgemeinde erfolgreich gedrückt hatte⁶⁹⁰, erwarb daher die Stadt Ende 1940 den Synagogenbauplatz für knapp 30000 RM⁶⁹¹. Kurz darauf verkaufte sie ihn an die Volksbank Regensburg eGmbH, die hier für die Nachkriegszeit ein "stattliches Bank- und Wohngebäude" plante und der Stadt zum Dank für die günstigen Kaufbedingungen 20000 RM für die Sanierung des "Brixener Hofes" stiftete⁶⁹². Ein schmaler Grundstücksstreifen fiel der benachbarten Reichsbank zu, die damit die Zufahrt zu ihrem eigenen Gebäude verbessern wollte. Als Fazit aus beiden Verkäufen ergab sich, daß die Stadt 31500 RM für ein Gelände einnahm, für das sie nur 30000 RM bezahlt hatte, daß sie auf einfache Weise in den Besitz des Straßengrundes zur Verbreiterung der Luzengasse gelangte und zum dritten einen beträchtlichen Zuschuß zum Ankauf eines sanierungsbedürftigen Gebäudes verbuchen konnte - insgesamt kein schlechtes Geschäft, wenn man bedenkt, unter welchen Umständen diese Transaktionen überhaupt stattfinden konnten⁶⁹³.

Mittlerweile war auch die Arisierung der jüdischen Gewerbebetriebe abgeschlossen worden. Schon Ende November 1938 galt diese Frage als erledigt, die Verhandlungen mit den letzten drei jüdischen Betrieben standen unmittelbar vor dem Abschluß. "Insgesamt wurden in letzter Zeit damit 17 jüdische Betriebe in arischen Besitz übergeleitet und 43 jüdische Betriebe und Berufe liquidiert."⁶⁹⁴ Zum Jahresende 1938 waren auch die letzten Verfahren beendet: "Die Betriebe sind, soweit sie nicht geschlossen wurden, in nichtjüdische Hände übergeführt worden."⁶⁹⁵ Befriedigt zeigte sich auch der Regierungspräsident, obwohl es scharfe Konkurrenz zwischen den "arischen" Kaufinteressenten gegeben habe⁶⁹⁶.

⁶⁸⁴ Verf. 14.11.1938, NIS 10.

⁶⁸⁵ H. an DGT 29.4.1939, ZRa 12372.

⁶⁸⁶ Mb November 1938, DS 847.

⁶⁸⁷ Memorandum der Jüdischen Gemeinde 28.9.1951, DS 730.

⁶⁸⁸ H. an Lieg. 27.2.1940, ZR 15533. Zum folgenden auch StA 16285.

⁶⁸⁹ Einzelheiten in ZR 17141. Anonyme "Hausfrauen aus Groß-Rgbg." schlugen den Synagogenbauplatz als Standort für die seit langem geforderte Markthalle vor (19.12.1938, DS 668).

⁶⁹⁰ Grünhut an Stadt 28.4.1940 (ZR 15533), Rh-Prot. 10.5.1940 und Sch. an Bauamt 26.6.1940, DS 721. Ende 1938 hatte die Stadt dem Finanzamt 50 RM pro m² als angemessen benannt (ZR 15533), bezahlt wurden 40 RM.

⁶⁹¹ Verf. Sch. 3.4.1940, ZR 15533, und Rh-Prot. 28.11.1940. Die Einzelheiten in ZR 15533, DS 721 und StA 16285. Auch der Rgbg.er Möbelhändler Georg Hufer, der ein Wohn- und Geschäftshaus plante, war als Bewerber für den Bauplatz aufgetreten.

⁶⁹² Rh-Prot. 19.12.1940 und Sch. an Reg. 20.2.1941, ZR 15533. Der Verkauf vom 31.12.1940/3.1.1941 erwähnt in DS 798. Am 21.1.1943 erwarb die Volksbank zudem mit nachfolgender Genehmigung der Stadt das Haus Schaffnerstraße 2 von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland; die Einzelheiten in DS 723 und 727.

⁶⁹³ Die Jüdische Gemeinde bat die Stadt am 28.9.1951 (DS 730), für die Instandsetzung der Synagoge aufzukommen, am 15.10.1952 lehnte der Stadtrat dies ab, da die Stadt hierzu nicht verpflichtet sei. Weitere Einzelheiten in DS 730 und ZR E 29.

⁶⁹⁴ Mb November 1938 zur "Judenfrage in Rgbg.", DS 847. Lt. Vermerk 2.12.1938 (ebd.) nur noch 2 nicht abgeschlossene Verfahren.

⁶⁹⁵ Mb 31.12.1938, DS 667 und 847.

⁶⁹⁶ RPB 9.1. und 9.2.1939, letzterer auf Grundlage des städtischen Mb 31.1.1939 (DS 667 und 847), der seinerseits auf einer Mitteilung der IHK beruhte.

Die Gestapo schätzte, daß nunmehr zwei Drittel der Juden zur Auswanderung entschlossen seien⁶⁹⁷. Hierzu nannte die Bezirksregierung folgende Zahlen⁶⁹⁸:

1.10.1938	752	Juden im Regierungsbezirk
1.1.1939	688	"
1.4.1939	590	"
1.7.1939	481	"

Aus Regensburg selbst sollen nach den Unterlagen der Polizeidirektion von 1.1.1933 bis 1.9.1939 insgesamt 366 Juden weggezogen bzw. ausgewandert sein⁶⁹⁹, die tatsächliche Zahl lag wohl etwas höher⁷⁰⁰. Wenn sich am 1.9.1939 noch rund 160 Juden in Regensburg aufhielten, lag dies an den erwähnten Zuzügen in die Stadt.

Den ganzen Januar 1939 hindurch waren beide Standesämter vollauf beschäftigt, die den Juden aufgezwungenen zusätzlichen Vornamen "Sara" bzw. "Israel" in sämtlichen Registern nachzutragen. Dabei erstatteten sie verschiedentlich Strafanzeigen gegen Juden, die der Pflicht zur Namensänderung nicht rechtzeitig nachgekommen waren⁷⁰¹. Im gleichen Monat nahm auch das städtische Pfandamt seine Tätigkeit als Ankaufstelle für jüdischen Schmuck, Gold und Edelmetalle auf, die innerhalb kürzester Fristen abgeliefert werden mußten⁷⁰². Aufsehen erregte der Fall eines kaufmännischen Angestellten, dem es jahrelang gelungen war, seine jüdische Abstammung zu verheimlichen, und der die "Frechheit" besessen hatte, an einer Betriebsfeier teilzunehmen, zu der als Ehrengast auch Schottenheim geladen war⁷⁰³.

Im Sommer 1939 konnte der gewerbliche Bereich im gesamten IHK-Bezirk als "judenfrei" gelten, während nun auch die "Entjudung" des Hausbesitzes "rasch vorwärts" ging⁷⁰⁴. Dabei war die Stadtverwaltung als Genehmigungsbehörde in jedem Einzelfall in die Arisierung von Wohngebäuden eingeschaltet. Zwar hatte sie das Finanzamt und die Devisenstelle zu verständigen und den Gauwirtschaftsberater der NSDAP zu hören, doch war sie befugt, selbst die Auswahl zwischen mehreren Bewerbern um arisierten Besitz zu treffen⁷⁰⁵. Im Sommer 1939 befanden sich noch 26 Wohnhäuser in Regensburg in jüdischem Besitz, vier davon -

⁶⁹⁷ RPB 9.1.1939. Demnach waren erst rund 170 der 224 in der Pogromnacht festgenommenen Juden wieder freigelassen worden.

⁶⁹⁸ RPB 7.3., 8.9. und 9.10.1939.

⁶⁹⁹ PolDir/Kripo an Stadt 20.7.1946 sowie auf dieser Grundlage OB Heiß an Historische Kommission beim Zentral-Komitee der befreiten Juden in der Amerikanischen Zone, 1.8.1946, DS 55. Zur Schwierigkeit, exakte Zahlen anzugeben, vgl. W.Kick S.191 Anm.1. Vgl. auch die von Dr.Rausse erstellten Listen, Manuskriptsammlung (Stadtarchiv), M 222.

⁷⁰⁰ Vgl. Stadt und Mutter in Israel S.109, wonach insgesamt 156 Juden im Reich verzogen, während 233 das Reichsgebiet verließen.

⁷⁰¹ Gb 1939, DS 537.

⁷⁰² Anordnung 21.2.1939, RGBI I S.282. Daß die Pfandleiher 10 % des Ankaufpreises einbehielten, führte nach dem Krieg zum Streit, ob eine Rückerstattungspflicht der Kommunen bestand oder diese nur als Organe des Reichs gehandelt hätten, vgl. ZR E 26, 28 und 30. Einzelheiten zum Ankauf von "Judengut" durch das städtische Pfandamt in ZR 11054, 19016, 19023 und 19039.

⁷⁰³ Die Einzelheiten in DS 883, der Fall sogar im RPB 9.2.1939. Besonders angekreidet wurde dem Betroffenen, daß er es gewagt hatte, die "nationalen Lieder" mitzusingen. - Lt. RPB 9.10.1939 Festnahme Ludwig B. aus Rgbg. wegen Devisenvergehen.

⁷⁰⁴ BOM 24.5.1939 sowie RPB 7.7. und 7.8.1939.

⁷⁰⁵ §§ 8 und 17 VO über den Einsatz des jüdischen Vermögens 3.12.1938, RGBI I S.1709, DurchfErlaß 6.2.1939, RMBliV Sp.265, sowie 2. DurchVO 18.1.1940, RGBI I S.188, vgl. Reg.anweisung 7.2.1940, PÜW 11. Lt. Vermerk 15.5.1942 (DS 716) teilte Ratsherr Illnseher, Amtmann im Finanzamt, zudem mit, er werde wohl mit dem Verkauf jüdischen Besitzes beauftragt und dann gern auf Sch.s Wünsche eingehen.

Wilhelmstraße 3, Dechbettener Straße 13, Untere Bachgasse 6 und das erst 1938/39 eingerichtete Jüdische Altersheim Weißenburgstraße 31⁷⁰⁶ - wurden zu sogenannten "Judenhäusern" bestimmt. Sie "erwiesen sich nach Lage, Art und Größe der Wohnungen am geeignetsten zur Zusammenlegung jüdischer Familien, sie sind auch bereits ausschließlich oder überwiegend von Juden bewohnt."⁷⁰⁷ In solchen Fällen entstanden den kauflustigen "Ariern" erhebliche Schwierigkeiten, wie folgende Beispiele belegen:

Karl Forchheimer, am 9.3.1939 nach England ausgewandert, weigerte sich strikt, seine Villa Wilhelmstraße 3 zu verkaufen, da darin noch Angehörige von ihm wohnten. Als Kaufinteressentin trat die Reichsbahn auf, ein öffentliches Interesse sei gegeben, da der neue Vizepräsident der Regensburger Direktion dringend eine repräsentative Dienstwohnung benötige. Die Bezirksregierung ordnete daraufhin den Verkauf an, beurkundet wurde er nach Schottenheims Genehmigung am 29.3.1940, doch lehnte die Stadt den folgenden Antrag der Reichsbahn ab, das Haus nun zu räumen, da dessen Mieter anderweitig nicht unterzubringen seien - was der Reichsbahn zuvor bereits bekannt gewesen war⁷⁰⁸.

Forchheimer hatte bereits seine Textilfabrik an der Dechbettener Straße an die thüringische Firma Rathgeber verkaufen müssen. Deren Rechtsanwälte beantragten Anfang 1939 die Zwangsarisierung auch des zugehörigen Wohnhauses, denn Frau Forchheimer "provokiere" die Belegschaft des Betriebs damit, daß sie von der Absicht spreche, das Haus in ein Asyl für jüdische Familien umzuwandeln. Eine "derart enge Berührung mit dem jüdischen Element" sei unzumutbar⁷⁰⁹. DAF, IHK und Gauwirtschaftsberater waren gleicher Meinung, die Angriffe auf Frau Forchheimer verschärfen sich, doch konnte die Stadt der Räumung auch dieses Hauses nicht zustimmen, da es als Unterkunft für Juden benötigt wurde. Im Sommer 1939 wanderte seine Besitzerin in die USA aus, während die Fa.Rathgeber, die den Verkauf so forciert hatte, nun wegen ihrer "instabilen Verhältnisse" angeblich nicht mehr in der Lage war, der mittellosen Frau den Kaufpreis zu bezahlen; erst im Herbst 1940 kam es zum Abschluß des Kaufvertrags⁷¹⁰.

Nicht selten entstanden Schwierigkeiten auch aus den veränderten Vermögensverhältnissen. So erwarb der Chamer Bauunternehmer Wanninger, Inhaber eines der größten ostbayerischen Baugeschäfte, Mitte 1940 die Hälfte des Hauses Greflingerstraße 5, um seinen Betrieb nach Regensburg zu verlegen. Verkäufer war Isidor Heller, die andere Haushälfte gehörte seinem nach Luzern ausgewanderten Bruder Hugo. Um zu vermeiden, "daß auch nur zeitweise ein Arier und ein Jude Miteigentümer des gleichen Anwesens sind", verweigerte Herrmann die Genehmigung eines Gesamtkaufvertrags, der offenbar auch nicht mehr zustande kam, als das Vermögen Hugo Hellers vom Reich beschlagnahmt worden war. Im Zuge der "Evakuierung" Isidor Hellers ging schließlich auch dessen Vermögen auf das Reich über⁷¹¹, wie generell am 10.6.1943 das gesamte Eigentum der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland beschlagnahmt wurde⁷¹². Ein Verkauf eingezogenen jüdischen Besitzes fand nun nicht mehr statt,

⁷⁰⁶ Zum Jüdischen Altersheim Langer S.109, vgl. auch Grünhut an EWA 9.10.1939, wonach das Altersheim voraussichtlich im November 1939 eröffnet werde. Das bereits leerstehende Anwesen wurde am 23.12.1942 für knapp 70000 RM von der Reichsvereinigung der Juden an das Deutsche Reich verkauft, jedoch am 5.6.1943 förmlich beschlagnahmt. Vorgesehen war es zur Unterbringung von Finanz- und Polizeibeamten. Die weiteren Einzelheiten in DS 729.

⁷⁰⁷ Bericht H. 19.8.1939, DS 717.

⁷⁰⁸ Die Einzelheiten in DS 713.

⁷⁰⁹ 10.2.1939 an Stadt, DS 717.

⁷¹⁰ Die Einzelheiten ebd.

⁷¹¹ Die Einzelheiten in DS 699. Als Interessenten waren auch die NSV und Sch.s Zigarrenhändler Hans Maier aufgetreten, der "schon immer ein jüdisches Anwesen käuflich erwerben" wollte.

⁷¹² Fernschreiben Reichssicherheitshauptamt 5.6.1943, DS 729.

Herrmann mußte entsprechende Anfragen damit beantworten, daß "weitere Bemühungen des Oberbürgermeisters zunächst leider als aussichtslos" zu bezeichnen seien⁷¹³.

Der folgenden Übersicht sei vorangeschickt, daß es in den meisten Fällen in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren zu Wiedergutmachungsverfahren kam. Grundsätzlich muß nicht jede Arisierung beim Käufer auf Gewissenlosigkeit schließen lassen; im Einzelfall konnte es sich auch um Vereinbarungen zwischen dem jüdischen, zum Verkauf ohnehin gezwungenen Eigentümer und einem ihm genehmen Kaufinteressenten handeln.

ARISIERUNGEN IN REGENSBURG⁷¹⁴

<u>Verkäufer</u>	<u>Objekt</u>	<u>Käufer</u>
Wolfgang und Antonie Bartmann	Danziger Freiheit 4	Rudolf Forster (Kaufmann, Weiden) ⁷¹⁵
Max Behr (Oberlehrer a.D.)	Von-der-Tann-Str.29	Ehepaar Feldmeier (Vollstreckungssekretär) ⁷¹⁶
Carl Bernheim (Kaufmann)	Von-der-Tann-Str.6	Ehepaar Ernstberger (Schreinerei) ⁷¹⁷
Albert Binswanger, Ernst Mayer, Dr.Eisenmann (Fa.Edm.Jacobi Nachf. Fr.Obermeier OHG, Fa.Binswanger, München / Augsburg / Regensburg)	Wöhrdstraße 11	Ehepaar Dr. Braun (Fabrikanten) ⁷¹⁸
Ludwig Bloch (Kaufmann)	Prüfeninger Str.95	Ehepaar Burger (Hauptlehrer ?) ⁷¹⁹
Karolina Eisenmann und Käthe Unterholzner (Augsburg)	Wöhrdstraße 11 a	Ehepaar Dr. Braun (Fabrikanten) ⁷²⁰
Heinrich Feldheimer (Amsterdam)	Ostengasse 12 ("Schwarzes Roß")	Justine Deppisch ⁷²¹
Max und Sofie Firnbacher	Ostengasse 4 / Kalmünzergasse 1 ("Zum Rappen")	Brauhaus Regensburg AG ⁷²²
Max und Ida Firnbacher, Viehhändler	Proskestraße 5	Ehepaar Kehrer (Kaminkehrer) ⁷²³
Sophie Firnbacher, Viehhändlerswitwe	Roritzerstraße 10a	Ehepaar Hoch ⁷²⁴
Karl Forchheimer und Fritz Roßmann (Textilfabrik N.Forchheimer)	Dechbettener Str.13	Fa.Rathgeber: Walter, Alfred und Fritz Rathgeber, Mühlhausen/Thüringen ⁷²⁵

⁷¹³ H. an Frau Krieger 24.1.1944, DS 698. Diese hatte ihre 5-Zimmer-Wohnung als "derart klein" bezeichnet, daß ihr Mann, ein praktischer Arzt, nach der Rückkehr vom Wehrdienst darin keine Praxis betreiben könne.

⁷¹⁴ Sofern kein Wohnort angegeben ist, wohnten die Beteiligten in Rgbg. Selbstverständlich gab es häufig mehrere Kaufinteressenten.

⁷¹⁵ StA 16261.

⁷¹⁶ StA 16294.

⁷¹⁷ StA 16292.

⁷¹⁸ StA 16299, vgl. übernächste Anm.

⁷¹⁹ StA 16283; Erwerber lt. Einwohnerbuch: Karl Burger, Kriminalrat.

⁷²⁰ StA 16299, vgl. vorletzte Anm.

⁷²¹ StA 16281; Besitzer lt. Einwohnerbuch 1949: Studienprofessor Dr. Michael Deppisch.

⁷²² StA 16280.

⁷²³ StA 16282.

⁷²⁴ StA 16284 (Hoch demnach Polizeibeamter; Besitzer des Gebäudes lt. Einwohnerbuch 1949: Alois Hoch, städtischer Oberinspektor).

⁷²⁵ StA 16262.

<u>Verkäufer</u>	<u>Objekt</u>	<u>Käufer</u>
Rosalie Forchheimer	Dechbettener Str.13 (Wohnhaus etc.)	Fa.Rathgeber ⁷²⁶
Karl Forchheimer	Wilhelmstraße 3	Reichsbahn ⁷²⁷
Ehepaar Frank und Friederike Landauer (Regensburg/Crailsheim)	Obere Bachgasse 18 ?	Anna Ostermeier (Landwirtin) ⁷²⁸
Carl Freising (Eisenwaren- und Werk- zeughandlung)	Obere Bachgasse 21	Werkzeughandlung Gottfried (Wilhelm Gottfried, Anton Waffler) ⁷²⁹
Erbengemeinschaft Fa.David Funk (Kalkwerk)	Walhalla-Kalkwerk	Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisen- hütten "Hermann Göring" ⁷³⁰
Julius Glaser	Furtmayrstraße 4	Ehepaar Wozniewski (Brauereiverwalter/ Brauhaus AG) ⁷³¹
Siegfried, Josef und Samuel Grünhut (Kaufleute, Regensburg/USA)	Georgenplatz 2	Ehepaar Gradl (Baugeschäft) ⁷³²
Senta Gutmann, Privatiere	Drexelweg 1 und 3	Franz Hofbauer (Kaufmann) ⁷³³
Senta Gutmann	Neupfarplatz 16	Brauhaus Regensburg AG ⁷³⁴
Isidor und Hugo Heller (Kaufleute, Regensburg/Luzern)	Schwarze-Bären-Str.6	Theodor Kohl (Kaufmann) ⁷³⁵
Gebrüder Heller	Greflingerstr.5	Deutsches Reich ⁷³⁶
Leo Hirschfeld (Kaufhaus H. & C.Tietz Nachf.)	Ludwigstr.2 und 4	Benno Bauer (Kaufmann) ⁷³⁷
Hedwig, Fritz und Emmy Hönigsberger (Regensburg/London)	Greflingerstr.11	Johann Eisenberger (Möbelfabrikant, Sünching) ⁷³⁸
Justin Hönigsberger (Fa.Hönigsberger & Sohn, Essig-/Spirituosenfabrik)	Malergasse 9	Fa.Hengstenberg (Eßlingen) ⁷³⁹
Justin Hönigsberger	Malergasse 9 (Wohnhaus)	Kinder des Verkäufers (Halbjuden) ⁷⁴⁰
Ottmar Holzinger und Karl Brandis (Fa. J. Weiß & Holzinger, Großhandlung)	Maximilianstr.16	Erna Hofbauer (Neustadt/Waldnaab), Fa.Geschw.Pletzer, Fa. Emil Karsch ⁷⁴¹
Ottmar und Ella Holzinger	Weißenburgstr.25	Deutsches Reich / Reichsfiskus (Wehrkreisverwaltung XIII) ⁷⁴²

⁷²⁶ DS 717.

⁷²⁷ Ebd.

⁷²⁸ StA 16278; lt. Einwohnerbuch handelt es sich vermutlich um Untere Bachgasse 4.

⁷²⁹ StA 16279.

⁷³⁰ StA 16296.

⁷³¹ DS 714.

⁷³² StA 16266.

⁷³³ StA 16263.

⁷³⁴ DS 712; hier auch ein Gutachten der Lieg. 4.4.1941, wonach ein höherer Preis erzielt werden könnte, wenn es sich nicht um jüdischen Besitz handelte.

⁷³⁵ DS 715 und StA 16287.

⁷³⁶ DS 699.

⁷³⁷ StA 16273.

⁷³⁸ StA 16268.

⁷³⁹ StA 16275.

⁷⁴⁰ DS 720. Der Vertrag vom 14.4.1939 wurde von Sch. gegen den Widerstand der Gauleitung genehmigt.

⁷⁴¹ StA 16276.

⁷⁴² StA 16298.

<u>Verkäufer</u>	<u>Objekt</u>	<u>Käufer</u>
Israelitische Kultusgemeinde e.V.	Schäffnerstr.2 (Synagoge)	Stadt Regensburg ⁷⁴³
Julius Jacob (Fa.Jacob & Co., Handlung für Kfz-Teile)	Haidplatz 7	Fa.Schoppe & Co. (Heinrich Völker, Hans Köstler, Jakob Schoppe) ⁷⁴⁴
Julius Jordan (Zuckerwarengroßhandel)	Schäffnerstr.22	Josef Ruhland (Kaufmann) ⁷⁴⁵
Erbengemeinschaft Jordan	Fr.-Türken-Str.5 ("Goldener Löwe")	Brauhaus Regensburg AG ⁷⁴⁶
Marie Kahn und Max Kuhn (Textilgeschäft Anton Bloch)	Gesandtenstraße 10	Fa.Kohler & Co. (Konrad Kohler, Kajetan Scheimer, Kajetan Grüneis) ⁷⁴⁷
Emma Lehmann (Kaufmannswitwe)	Ludwigstraße 5	Ehepaar Menzl (Kaufleute) ⁷⁴⁸
Erbengemeinschaft Lehmann (Weingroß- handlung, Likörfabrik; Regens- burg / Fulda / Ludwigshafen / USA)	Spiegelgasse 6	Xaver Zollner (Obst- und Südfrüchte-Großhandlung) ⁷⁴⁹
Albert Levy (Zuckerwarenfabrik und -handlung Fa. Johann Roegner)	Spiegelgasse 4	Vinzenz Weisinger und Hans Huber ⁷⁵⁰
Josef Lilienfeld (Kaufmann)	Neupfarrplatz 12	Karoline Rheinberger (Fabrikantenwitwe, Pirmasens) ⁷⁵¹
Ehepaar Naß (Kaufleute; Fa. August Schleyer Nachf.)	Tändlergasse 6	Ehepaar Schwenck (Schneiderei) ⁷⁵²
Fritz und Elsa Öttinger (Konsulenten)	Bruderwöhrdstr.14	Ehepaar Dr. Giggelberger ⁷⁵³
Fa.Polgar, Lefkovits & Fekete (Budapest)	Landshuter Str.12	Louis Hirdes (Hamburg) ⁷⁵⁴
Erbengemeinschaft Meyer (Tel Aviv/USA)	Von-der-Tann-Str.26	Ehepaar Erhard (Ingenieur) ⁷⁵⁵
Viktor Priester (Fahrradhandlung Fa. Jean Steinböck)	Wahlenstraße 17	? ⁷⁵⁶
Alfred, Philipp und Jakob Regens- burger (Palästina/Schweden)	Bienenheimweg 6	Ehepaar Marchsreiter (Gastwirte) ⁷⁵⁷

⁷⁴³ StA 16285.

⁷⁴⁴ StA 16269.

⁷⁴⁵ Alt-Pg (Mitgliedsnummer 338504), SS-Mitglied seit 1.1.1932, vgl. Ruhland an Stadt 21.11.1940, DS 719; hier und in StA 16286 die weiteren Einzelheiten.

⁷⁴⁶ StA 16265.

⁷⁴⁷ Als Konkurrent war der Papiergroßhändler Liebl aufgetreten, der darin von Verleger Bosse unterstützt wurde; die Einzelheiten in StA 16267, DS 716 und 718.

⁷⁴⁸ StA 16274. Schon 1933 hatte der Weinhändler Fritz Kohn, Inhaber der Fa.C.Lehmann, der Stadt das Anwesen Ludwigstraße 5a samt Lagerhalle verkauft, vgl. Sr-Prot. 29.5.1933.

⁷⁴⁹ StA 16289.

⁷⁵⁰ StA 16288, vgl. ZR 15182 und DS 698 zur späteren Nutzung des Anwesens Spiegelgasse 4 (1942/43).

⁷⁵¹ StA 16277.

⁷⁵² StA 16290.

⁷⁵³ StA 16259.

⁷⁵⁴ StA 16272.

⁷⁵⁵ StA 16293.

⁷⁵⁶ StA 16295, mit Vermerk: Unternehmen liquidiert ?

⁷⁵⁷ StA 16258.

<u>Verkäufer</u>	<u>Objekt</u>	<u>Käufer</u>
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland	Weißenburgstr.31 (Jüd.Altersheim)	Deutsches Reich / Reichsfinanzverwaltung ⁷⁵⁸
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland	"Judenhof" Karthaus (Prüll Nr.23)	Bezirk Niederbayern und Oberpfalz ⁷⁵⁹
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland	Jüdischer Friedhof (Schillerstraße)	Stadt Regensburg ⁷⁶⁰
Max Rosengold, Kaufmann (Berlin)	Brückstraße 9	Fa.Carlson KG (Walter Carlson, Heinz Cloppenburg, Dresden) ⁷⁶¹
Erbengemeinschaft Sabatier	Nürnberger Str.112	Erbteilsübertragung in der Familie ⁷⁶²
Berthold Schild, Metzgermeister	Am Römling 11	Ehepaar Völkel (Metzgermeister) ⁷⁶³
Erbengemeinschaft Schön (Regensburg / Prag)	Herrichstraße 5	Rosa Augustin und Ehepaar Welnhofer ⁷⁶⁴
Albert, Fritz und Josef Schwager (Lederwaren)	Fischmarkt 1	Fa.Karl Schmidt & Co. (Georg Thumann, Weinhändler / Augsburg, Karl Schmidt / Linda bei Vilshofen, Kuni Elze / Regensburg) ⁷⁶⁵
Betty Schwarzhaupt (Kaufmannswitwe)	Watmarkt 1 und 3	Modehaus Fa.Hafner & Co. KG ⁷⁶⁶
Fanny und Albert Seligmann (München)	U.Bachgasse 12-14 (Schwabacher Haus)	Musik- und Pianohaus Weidlich ⁷⁶⁷
Philipp und Maria Staub, (Oberforststehepaar)	Hofgartenweg 5	Dr. Kilian und zwei Töchter der Verkäufer (Werneck, Stuttgart) ⁷⁶⁸
Jacob Wiener	Haidplatz 3-4	(Sicherungshypothek) ⁷⁶⁹

Für die Jahre 1939 bis 1941 belegen zahlreiche Aktenstücke die zunehmenden Schikanen, denen auch die Regensburger Juden im Alltag ausgesetzt waren. So galten für sie nächtliche Ausgangssperren oder auch das Verbot, kulturelle Veranstaltungen zu besuchen, im Krieg kamen der Ausschluß vom Bezug bestimmter Lebensmittel und Gebrauchsgüter⁷⁷⁰ sowie zahlreiche weitere, den Alltag immer mehr zur Qual machende Beschränkungen aller Art hinzu⁷⁷¹.

⁷⁵⁸ DS 729.

⁷⁵⁹ DS 728. Zweck der Erwerbung war der Bau von Krankenbaracken neben der Heil- und Pflegeanstalt.

⁷⁶⁰ DS 728. Friedhof, Leichen- und Wohnhaus sollten in den Stadtpark einbezogen werden, vgl. Rh-Prot. 19.7.1943. Der Kaufvertrag (6.8.1943) auch erwähnt in DS 798, ein Gutachten schon vom 28.4.1936 im Akt "Schillerstraße 29" des Bauverwaltungsamts.

⁷⁶¹ StA 16260.

⁷⁶² DS 724.

⁷⁶³ StA 16257.

⁷⁶⁴ StA 16270.

⁷⁶⁵ StA 16264.

⁷⁶⁶ StA 16297.

⁷⁶⁷ StA 16291 und DS 726.

⁷⁶⁸ StA 16271.

⁷⁶⁹ Wiener hatte eine Sicherungshypothek aufzunehmen, um gut 24000 RM an Gebühren leisten zu können, darunter 17000 RM Reichsfluchtsteuer und 7000 RM Judenvermögensabgabe. Genehmigung durch die Stadt 6.1.1941 und weitere Einzelheiten in DS 722.

⁷⁷⁰ Rechtsvorschriften gesammelt in Wirtschaftsamt 245, EMA 500 und 501. Weitere Einzelheiten verstreut über zahlreiche städtische Akten verschiedener Provenienz. Vgl. allg. Wittmer S.181 ff.

⁷⁷¹ Vgl. z.B. Zwicks Dienstanweisung 13.11.1939 (Wirtschaftsamt 245), wonach Juden nur eine Stunde pro Woche Zutritt zu nur einer Kartenstelle des EWA hatten.

Schon Ende 1939 waren dem Oberbürgermeister auch Pläne zur Deportation der Juden bekannt, verbrämt als "Evakuierung" nach dem Osten; er versprach sich davon eine leichte Entlastung des örtlichen Wohnungsmarktes⁷⁷². Doch erst 1941 begann auch in Regensburg die Vorbereitung auf den letzten, mörderischen Akt der Judenverfolgung⁷⁷³: Zunächst wurden die neu entstandenen Lager für die sowjetischen Kriegsgefangenen nicht nur nach politischen "Kommissaren", sondern auch nach Juden durchsucht; man brachte sie zur sofortigen "Sonderbehandlung" - Erschießung - nach Flossenbürg⁷⁷⁴. Und seit September 1941 mußten die Juden unter der einheimischen Bevölkerung wie überall den gelben Stern tragen⁷⁷⁵ und erfuhren weitere entwürdigende, teils unerträgliche Einschränkungen im Alltagsleben.

Die erste große Deportationswelle⁷⁷⁶ traf etwa ein Vierteljahr nach der Wannsee-Konferenz, am 2. April 1942, 213 Juden aus dem Regierungsbezirk, die in Regensburg zusammengezogen worden waren; die Hälfte von ihnen stammte aus der Stadt selbst. Der Transport ging nach Piaski bei Lublin, von dort vermutlich weiter zum Vernichtungslager Belzec. Weitere fünf oder sechs Personen wurden am 15. Juli deportiert, möglicherweise nach Auschwitz⁷⁷⁷. Ein nächster großer Schub umfaßte 117 überwiegend ältere Oberpfälzer Juden, die am 23. September nach Theresienstadt deportiert wurden⁷⁷⁸. Unter denen, die von den Deportationen profitierten, war auch die Stadtverwaltung: Der Haushaltsansatz 1942/43 wurde unter anderem beim Posten "Einrichtung der Amtsräume" durch die Erwerbung "einiger guter Bilder aus Judengut" um 4500 RM überschritten⁷⁷⁹, für gut 8000 RM hatte man vom Finanzamt ehemals jüdische Einrichtungsgegenstände gekauft, vor allem für den Ratskeller und das Theater⁷⁸⁰.

Mitte 1943 erhielten in Regensburg neben den in Mischehen lebenden nur noch zwei Juden Lebensmittelkarten⁷⁸¹. Am 23.9.1943 verhaftete die Gestapo den Nachkriegsoberbürgermeister Alfons Heiß und seine Ehefrau Alice, eine Halbjüdin, wegen Abhörens von Feindsendern. Frau Heiß wurde nach Auschwitz transportiert und dort am 3.1.1944 ermordet⁷⁸². Am 12.2.1945 schließlich verschleppte man die letzten elf in Mischehen lebenden Juden aus Regensburg nach Theresienstadt und Ravensbrück; sie haben als einzige überlebt. Insgesamt betrug die Zahl der in Polen ermordeten Juden aus Regensburg vermutlich 150⁷⁸³, die der Deportierten 161⁷⁸⁴.

⁷⁷² Einem Freund sicherte Sch. zu, sich um eine Wohnung für ihn zu bemühen: "Sollte jedoch die geplante Evakuierung der Juden in Bälde stattfinden, so wäre natürlich die Angelegenheit sofort günstig zu erledigen." (7.11.1939, NIS 1)

⁷⁷³ Vgl. für Rgbg. Stadt und Mutter in Israel S.117 f., vgl. allg. R.Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden, Berlin 1982. E.Jäckel/J.Rohwer (Hg.): Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1985. A.J.Mayer: Der Krieg als Kreuzzug, Reinbek bei Hamburg 1989.

⁷⁷⁴ Vgl. Stadt und Mutter in Israel S.114.

⁷⁷⁵ RPB 8.10.1941.

⁷⁷⁶ Zum folgenden Langer S.148 ff. Liste mit 106 Namen der am 2.4.1942 Deportierten ebd., Anhang.

⁷⁷⁷ Namensliste bei Langer, Anhang.

⁷⁷⁸ RPB 8.10.1942. Liquidationsliste mit 39 Namen bei Langer, Anhang. Vgl. allg. H.G.Adler: Der verwaltete Mensch, Tübingen 1974.

⁷⁷⁹ Rh-Prot. 19.3.1943 zum Nachtragshaushalt 1942/43.

⁷⁸⁰ Die Einzelheiten zum Möbelkauf aus jüdischem Besitz in ZR E 31.

⁷⁸¹ Handschr. Vermerk EWA 29.6.1943, Wirtschaftsamt 245.

⁷⁸² Einzelheiten bei W.Kick S.191 und S.199 ff.

⁷⁸³ Jüdische Gemeinde an OB Titze, 25.8.1945, NIH 5.

⁷⁸⁴ Kripo an Stadt 20.7.1946, DS 55: 152 Deportierte, dagegen Summe der in Stadt und Mutter in Israel S.117 genannten Zahlen: 161.

4. Die Rolle der Stadtverwaltung im Kirchenkampf

Über die Auseinandersetzung von Partei und Staat mit der katholischen Kirche liegen für Regensburg und Ostbayern umfassende Untersuchungen vor⁷⁸⁵. Nachdem 90,8 % der Regensburger⁷⁸⁶, 91,8 % der Oberpfälzer und sogar 95,5 % der Bevölkerung im ganzen Kreisgebiet Katholiken waren⁷⁸⁷, spielte der Kampf gegen den Protestantismus kaum eine Rolle; Hinweise auf Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber der evangelischen Kirche wurden daher nur am Rande berücksichtigt⁷⁸⁸.

Seit 1927 amtierte Michael Buchberger als Bischof von Regensburg, als Herausgeber des "Lexikons für Theologie und Kirche" ein hochangesehener Gelehrter, als politische Persönlichkeit eher schwach und nachgiebig⁷⁸⁹, vor 1933 ebenso entschieden antinationalsozialistisch wie das "Sonntagsblatt" des Caritas-Verbands, wenn auch mit Sympathien für Stahlhelm und Deutsch-Nationale⁷⁹⁰. Dr. Armin Schlegl, Vorsitzender der örtlichen "Katholischen Aktion", sah in der Zerschlagung des politischen Katholizismus sogar die Chance der "nötigen Reinigung" und "fruchtbaren inneren Erneuerung"⁷⁹¹. Noch hoffte man auf das Reichskonkordat, das am 20.7.1933 abgeschlossen wurde und von dem man sich versprach, daß die Rechte und Ansprüche der Kirche unangetastet bleiben würden⁷⁹².

Weder Gauleiter Schemm noch der konservative Regierungspräsident Wirschinger - oder auf lokaler Ebene Schottenheim - suchten zunächst die Konfrontation mit den Bischöfen von Regensburg und Passau, die ihrerseits auf einen ausgleichenden Kurs bedacht blieben⁷⁹³. So richtete sich der nationalsozialistische Kampf in der ersten Phase kaum gegen die Kirche selbst, vielmehr vorwiegend gegen die kirchennahe Presse, wie am Beispiel des "Regensburger Anzeigers" beschrieben, sowie gegen katholische Laienorganisationen⁷⁹⁴. In Regensburg wurden der Mädchenverein St.Leonhard verboten⁷⁹⁵, die Mällersdorfer Schwestern aus der Heil- und Pflegeanstalt Karthaus verdrängt⁷⁹⁶ und ihre geplante Ansiedlung in der Schottenheim-Siedlung verhindert⁷⁹⁷. Das Neubauprojekt eines Heims für Hausgehilfinnen begründete man mit dem Ziel, "eine wesentliche Bresche" in den "gegenerischen Frontab-

⁷⁸⁵ W.Ziegler (1973 und 1981), Schwaiger/Mai, Chrobak. Überblick bei Weinmann S.224 ff., Kammerbauer (1981) S.309 ff. und Albrecht (1984) S.231 ff. Die wichtigste Lit. zum Kirchenkampf bei C.Link: Staat und Kirchen, in DVG IV S.1002-1016.

⁷⁸⁶ Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 30 (1935) S.365 (8,2 % Protestanten, 0,5 % Juden, 0,5 % Sonstige); vgl. auch Sch. an Reg. 5.5.1934, ZR 10130, und Bericht 2.10.1936, ZR 7949. In Rgbg. gab es Mitte der 30er Jahre 30 Kirchen und 8 Klöster, vgl. Voggenreiter (1936) S.108.

⁷⁸⁷ Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes 66 (1934) S.205. Zum "katholischen Milieu" in Ostbayern W.Ziegler (1973) bes. S.XXVI, S.XXXVIII ff. und passim, für Rgbg. W.Kick S.368 f.

⁷⁸⁸ Vgl. z.B den im RPB 8.2.1940 erwähnten Fall.

⁷⁸⁹ Vgl. W.Ziegler (1981) S.21 f. und Mai S.49: "Buchbergers Haltung mag als die des großen Zauderers erscheinen, der unablässig zur Vorsicht mahnt."

⁷⁹⁰ Vgl. sein Schreiben 20.3.1930, ZR 9683. Zu Buchbergers Haltung zum NS vor 1933 vgl. Chrobak (1981) S.407; ebd. S.402 f. und S.408 zum antidemokratischen wie auch antinationalsozialistischen Kurs des "Sonntagsblatts", vor 1935 allerdings noch ohne kirchenamtlichen Charakter.

⁷⁹¹ Denkschrift "Nach der Niederlage" April 1933, NIS 3; vgl. A.Steinmaus-Pollak: Das als Katholische Aktion organisierte Laienapostolat, Würzburg 1988 (Diss. Rgbg. 1986/87) S.144 ff.

⁷⁹² Vgl. L.Volk: Das Reichskonkordat vom 20.Juli 1933, Mainz 1972.

⁷⁹³ W.Ziegler (1973) S.XXXIV f., vgl. Mai S.54 f.

⁷⁹⁴ Vgl. für Rgbg. W.Kick S.315 f., vgl. allg. E.Kleinöder: Verfolgung und Widerstand der katholischen Jugendvereine, BNS II (1979) S.175-236. Beschwerde eines Vaters, dessen Sohn dem "Neuen Deutschland" angehörte und von HJ-Mitgliedern angepöbeln worden war, in NIS 9.

⁷⁹⁵ RPB 5.7.1934. Die PolDir verbot den Verein und beschlagnahmte sein Vermögen wegen eines gegen die HJ gerichteten Plakats, vgl. auch W.Ziegler (1981) S.27.

⁷⁹⁶ Belegt bei M.Ziegler S.305.

⁷⁹⁷ Weitere Beispiele für den Kleinkrieg gegen katholische Einrichtungen in ZR 10624 (DJK-Sportplatz) und 18667 (Stiftungen).

schnitt" zu schlagen; gemeint war der katholische Dienstmädchenverein, von dessen Mitgliedern bislang kaum eine zur DAF übergewechselt war⁷⁹⁸. Auch dem katholischen Pustet-Verlag, dessen Inhaber sich früher als BVP-Stadtrat exponiert hatte, entstanden einige Schwierigkeiten, nachdem das Verlagsprogramm den örtlichen Parteikreisen äußerst suspekt gewesen sein muß. So beanstandete die Polizeidirektion Anfang 1934 zwei Druckschriften - eine war von Buchberger verfaßt worden - und ließ sie einstampfen⁷⁹⁹. Allerdings setzte sich sogar Schottenheim für den Verlag ein, um dessen Arbeitsplätze zu sichern⁸⁰⁰.

Buchberger selbst hatte Schottenheims Siedlungsprojekt begrüßt und seine Unterstützung zugesagt, er stellte den Domchor für den Hitler-Besuch im Oktober 1933 bereitwillig zur Verfügung⁸⁰¹, und anlässlich des zehnjährigen Jubiläums seiner Bischofsweihe kam es Anfang 1934 zu einem ausgesprochen zuvorkommend gehaltenen Briefwechsel mit dem Stadtoberhaupt⁸⁰². Zwar kritisierte nun allmählich auch das "Sonntagsblatt" zwischen den Zeilen das nationalsozialistische Rassenprogramm, und auch darüber wurde Enttäuschung spürbar, daß sich trotz des Konkordats die Übergriffe gegen kirchliche Einrichtungen fortsetzten; doch blieb man im Ton gemäßigt⁸⁰³. Zumindest in den ersten Jahren seiner Amtszeit gab Schottenheim seinen Untergebenen sogar die Einladungen des Bischöflichen Ordinariats zu den Fronleichnamsprozessionen bekannt⁸⁰⁴.

Neben der direkten Konfrontation zwischen Staat, Partei und kirchlichen Einrichtungen spielte sich der sogenannte "NS-Kulturkampf" vor allem im Bereich des Erziehungswesens ab; wer die Jugend für sich gewinne, dem gehöre die Zukunft⁸⁰⁵. In Regensburg gab es vor 1933 nur wenige Versuche, Schüler in nationalsozialistischem Sinn zu beeinflussen⁸⁰⁶. Nur ein einziges Dienststrafverfahren wurde aus diesem Grund gegen einen Lehrer eingeleitet und nach der NS-Machtergreifung selbstverständlich sofort eingestellt⁸⁰⁷. Zu den ersten Amtshandlungen Wagners als kommissarischem Innenminister gehörte auch die Aufhebung des Verbots für Schüler, sich den NS-Jugendverbänden anzuschließen⁸⁰⁸. Andererseits kam es unter den Regensburger Lehrern nur zu wenigen Entlassungen. Prominenteste Opfer waren Lyzeumsdirektor Dr. August Pöllinger, beurlaubt im März 1933 und ersetzt durch Dr. Hans Mühlbach⁸⁰⁹, weiterhin der ehemalige BVP-Landtagsabgeordnete, Stadtrat und Studienprofessor am Neuen Gymnasium Wolfgang Prechtl⁸¹⁰ sowie Josef Adler, der örtliche Führer der

⁷⁹⁸ DAF-Kreiswaltung an Stadt 13.11.1935, ZRa 13072.

⁷⁹⁹ Erwähnt im Entwurf zum HMB 4.1.1934, StA 22040, vgl. auch RPB 7.5.1935 zur Beschlagnahmung einer Ausgabe der Wochenschrift "Schönere Zukunft".

⁸⁰⁰ Vgl. z.B. Sch. an Landesfinanzamt Nürnberg 13.7.1933, NIS 9. Vgl. auch das erstaunlich positive Gutachten des stellv. Kreisleiters über Pustet (17.2.1936 an Landesstelle Bayerische Ostmark des Reichspropagandaministeriums, StA/NSDAP 11).

⁸⁰¹ Einzelheiten in ZRa 14054, vgl. Halter (1992) S.374 f.

⁸⁰² Der Briefwechsel in ZRa 12284.

⁸⁰³ Vgl. Chrobak (1981) S.414 ff.

⁸⁰⁴ Beispiele für beides in ZR 9042.

⁸⁰⁵ Überblick und neuere Lit. bei P.Eggers: Bildungswesen, DVG IV S.966-988. Grundlegend R.Eilers: Die nationalsozialistische Schulpolitik, Köln-Opladen 1963. M.Heinemann (Hg.): Erziehung und Schulung im Dritten Reich, 2 Bde., Stuttgart 1980. A.Klönne: Jugendprotest und Jugendopposition, BNS IV (1981) S.527-620. Ders.: Jugend im Dritten Reich, Köln 1982. H.-J.Gamm: Führung und Verführung, München ²1984. D.Rossmeißel: Ganz Deutschland wird zum Führer halten, Frankfurt/M. 1985.

⁸⁰⁶ Vgl. ZR 1233.

⁸⁰⁷ Es betraf den Reinhausener Hauptlehrer Franz Ebentheuer, vgl. Hipp an Reg. 30.3.1931, ebd., sowie Freudenberg an Reg. 21.4.1933, ZRa 12445.

⁸⁰⁸ Erlasse 11. und 14.3.1933, vom MK übernommen mit Erlaß 28.3.1933, Abdruck in ZRa 12480.

⁸⁰⁹ Zur Biographie Pöllingers vgl. Wabra S.11 f.; ebd. Überblick über die Geschichte des Lyzeums bis 1941. Einzelheiten dazu in ZRa 12677, 12702, 14389, ZR 16410 und DS 694, Visitationsberichte in ZR 5732. Vgl. auch kritische Notiz Sch. über Mühlbach Ende 1944, DS 688.

⁸¹⁰ Vgl. Chrobak (1981) S.399 und v.Hehl (s.Anm.918) Sp.1151.

SDAJ⁸¹¹. Die anschließende Überprüfung der Lehrerschaft nach dem "Berufsbeamtengesetz" hatte dagegen keine Beurlaubungen zur Folge⁸¹².

Nach dem Abschluß des Konkordats wies Schemm die Lehrerschaft an, nicht nur in ihrer nationalen, sondern auch in ihrer christlichen Haltung ein Vorbild zu geben und daher an den Schulgottesdiensten teilzunehmen⁸¹³. Andererseits galten natürlich auch für die Regensburger Schulen⁸¹⁴ die zahllosen Erlasse über die nationalsozialistische Ausgestaltung der Lehrinhalte⁸¹⁵, die Schulfeiern und vaterländischen Veranstaltungen, die Verwendung des "Deutschen Grußes" oder den Einfluß der HJ auf den Schulalltag⁸¹⁶. Für das Auslandsdeutschtum oder die Saarvereine wurde gesammelt, wer sich traute, durfte seit dem Frühjahr 1934 HJ- oder BdM-Abzeichen und die entsprechenden Uniformen im Unterricht tragen, während Abzeichen und Uniformen konfessioneller Verbände verboten wurden⁸¹⁷. Der Samstag war "Staatsjugendtag", wer keiner Parteiformation angehörte, mußte allerdings zum Unterricht erscheinen. Werbung und Anpassungsdruck spielten zusammen, und so überrascht es nicht, daß im März 1934 bereits 76 % der Schüler an der Oberrealschule, die die Spitzenposition in der Stadt einnahm, ein Jahr später schon 87 % Mitglied der HJ oder einer anderen Parteigliederung waren⁸¹⁸.

Seit Schemms Tod im März 1935 verschärfte sich der Konflikt zwischen Staat, Partei und Kirche in den bayerischen Großstädten, bald darauf auch in Ostbayern, wenn auch in unterschiedlicher, von den örtlichen Gegebenheiten abhängiger Ausprägung⁸¹⁹. Das "Regensburger Sonntagsblatt", das seit Mai 1935 kirchenamtlichen Charakter trug, grenzte sich nun schärfer vom herrschenden "Neuheidentum" ab⁸²⁰, während staatlicherseits der neue Regierungspräsident Holzschuher einen deutlich antiklerikalen Kurs steuerte⁸²¹. Zunächst forderte er genaue Unterlagen über die Mitgliederentwicklung bei den katholischen Jugendverbänden und deren Verhältnis zu HJ und BdM⁸²², dann gab er sämtlichen ihm unterstellten Beamten seine "Erwartung" bekannt, daß sie schleunigst ihre Kinder aus konfessionellen Verbänden abmeldeten; schon nach zwei Monaten konnte er berichten, seiner Erwartung sei entsprochen worden⁸²³. Trotz der zunehmend gespannten Beziehungen zwischen Staat und Kirche⁸²⁴ konnte allerdings noch 1935 in der nationalsozialistisch geprägten Schottenheim-Siedlung eine neue

⁸¹¹ Belege aus der Tagespresse (März/April 1933) bei Weinmann S.141 ff.

⁸¹² Sch. an Reg. 4.8.1933, ZRa 12444.

⁸¹³ Verf. 2.8.1933, Abschrift in ZRa 12477. Zu Schemms persönlicher Gläubigkeit und seinen frühen, nicht immer kirchenfeindlichen Erlassen M.Ziegler S.263.

⁸¹⁴ Die für das (Weigert unterstehende) Schulwesen einschlägigen Akten weisen auffallend große Lücken auf; im Zentralakt "Das Schulwesen in Rgbg." (ZRa 12407) fehlt das Dritte Reich vollkommen.

⁸¹⁵ Einzelheiten bei M.Ziegler S.264, vgl. K.-I.Flessau: Schule der Diktatur, München 1977.

⁸¹⁶ Sammlung in ZR 883 ff. und 11230, weitere Beispiele in ZR 1047, ZRa 12380 ff., 12407 ff., 12425 und 12477 ff., vgl. auch Jb. der Berufsschule, ZRa 12658, sowie (für das Lyzeum) Wabra passim und "100 Jahre Albrecht-Aldorfer-Gymnasium" (1980) S.54 ff. Vgl. M.Ziegler S. 264 ff., Weinmann S.174 ff., Wolf S.62 ff., vgl. auch Bayern im ersten Vierjahresplan S.159 ff.

⁸¹⁷ ME 7.3. bzw. Bek. der Reg. 29.5.1934, ZR 1047. Für die Beziehung Schule-HJ grundlegend die Vereinbarung Reichsjugendführer-Reichserziehungsministerium 7.6.1934, vom MK bekanntgegeben 23.8.1934 (RegAnz 1.9.1934, Abdruck ZR 11216).

⁸¹⁸ Am Neuen Gymnasium 78 %. Die Augustenschule erwarb als erste (März 1936) das Recht, die HJ-Fahne zu hissen, hatte also mehr als 90 % HJ-Mitglieder unter den Schülern. Belege aus der Tagespresse bei Weinmann S.175 ff., weitere Details in ZR 11216.

⁸¹⁹ Vgl. W.Ziegler (1981) S.27 f.

⁸²⁰ Chrobak (1981) S.421 ff. Übergang auf die neue St.Wolfgangs-Verlagsgesellschaft, die Buchbergers Einfluß unterlag, im Mai 1935, vgl. RPB 7.6.1935. Redakteure: Dr. Anton Doeberl und Josef Ludwig Hämmerle, Druck: Friedrich Pustet. Ersetzt durch das "Rgbg.er Bistumsblatt" (1938-1941).

⁸²¹ Einzelheiten in ZRa 12266, vgl. W.Ziegler (1973) S.XXXVIII.

⁸²² Anordnung 11.7.1935, ZR 3725 c.

⁸²³ RPB 9.8. bzw. 8.10.1935.

⁸²⁴ Weitere Belege bei Chrobak (1981) S.420.

Kirche errichtet werden, und dies mit Einverständnis des Innenministeriums und sogar auf einem von der Stadt kostenlos gestellten Grundstück⁸²⁵.

Noch hatte in Regensburg der Kampf um die Gemeinschaftsschule nicht begonnen, der dann zur Verhärtung der Fronten führen sollte. Mäßigend wirkte aber auch die Existenz des Domchors, der weit über Regensburg hinaus berühmten "Domspatzen". Sie erhielten jährliche Zuschüsse von der Reichskanzlei, wofür Domkapellmeister Schrems mit seinem Chor und mit Buchbergers Zustimmung "kulturpolitische deutsche Auslandswerbung" betrieb - so 1937 bei einer ausgedehnten Südamerika-Tournee. Die Domspatzen sangen vor Hitler auf dem Obersalzberg, sie wurden zur Eröffnungsfeier des Reichsparteitags 1938 und im Krieg mehrfach zur Truppenbetreuung in den von den Deutschen besetzten Gebieten herangezogen⁸²⁶.

Die Auseinandersetzung um die Zukunft der Jugenderziehung beschränkte sich nicht auf die Mitgliederwerbung der HJ unter den Schülern; ihre Kernfrage und zugleich erster Höhepunkt des Kirchenkampfes wurde vielmehr der Streit um die Gemeinschaftsschule⁸²⁷. Die Einführung dieses Schultyps als Kampfmaßnahme gegen den kirchlichen Einfluß im Bildungswesen war schon seit 1930 Programm des von Schemm gegründeten NS-Lehrerbunds. Im Frühjahr 1934 begann die Umstellung der Konfessionsschulen zunächst in Hessen, seit dem Herbst dieses Jahres auch in den bayerischen Großstädten⁸²⁸. Bis 1935 beschränkte sich der Kampf im Land fast ausschließlich auf Oberbayern und Nürnberg⁸²⁹, zum Testfall in Regensburg wurde erst im Frühjahr 1936 die neue Hans-Schemm-Schule in der Schottenheim-Siedlung. Schon in der ersten Planung zwei Jahre zuvor hatte Schemm Schottenheim persönlich angewiesen, eine Gemeinschaftsschule einzurichten und sich dabei auf ihn zu berufen; jede konfessionelle Scheidung habe "grundsätzlich zu unterbleiben"⁸³⁰. Der Oberbürgermeister war sich durchaus im klaren, daß Bischof Buchberger, nachdem in der Siedlung bereits die NSV-statt der Mällersdorfer Schwestern angesiedelt worden waren, "einen 2.Stich erleiden wird, wenn er erfährt, daß in der Siedlung eine Gemeinschaftsschule errichtet wird"⁸³¹. Daher ließ Schottenheim die Eltern befragen⁸³², und gestützt auf das Ergebnis von 76,7 % Zustimmung beantragte er bei der Kreisregierung die Genehmigung, die Schule nach der Fertigstellung als Gemeinschaftsschule betreiben zu dürfen⁸³³. Obwohl das Bischöfliche Ordinariat darin einen Bruch des Konkordats sah und förmlich protestierte⁸³⁴, genehmigte Holzschuher Schottenheims Antrag: Hier lägen außerordentliche Verhältnisse vor, nachdem evangelische Kinder andernfalls einen zu weiten Schulweg zurücklegen müßten, der Gemeinschaftsgeist in der Siedlung "in besonderem Maße ausgeprägt" sei und sich ohnehin die Anschauungen über die Vorzüge beider Schultypen "durch den gewaltigen Umbruch der letzten Jahre (...) wesentlich gewandelt" hätten⁸³⁵. Tatsächlich untersagte das Kultusministerium etwa gleichzeitig Klas-

⁸²⁵ Zu den Baumaßnahmen der Kirche in den dreißiger Jahren: ZR 18447.

⁸²⁶ Vgl. Halter (1992) passim.

⁸²⁷ Vgl. W.Ziegler (1973) S.XXXVIII. Einzelheiten zur leichteren Abmeldung vom Religionsunterricht, zur Abschaffung der Schulgottesdienste etc. in ZRa 12395.

⁸²⁸ BNS I (1977) S.540 Anm.16. Vgl. auch M.Ziegler S.280 zur Neuordnung der Lehrerbildung Anfang 1935, die zur Verdrängung der klösterlichen Lehrkräfte beitrug.

⁸²⁹ Vgl. F.Sonnenberger: Der neue "Kulturkampf", BNS III (1981) S.235-327, hier S.285 f. Erste Anzeichen für den beginnenden Schulkampf in der Diözese Rgbg. lt. Gamber (S.218 f.) im Frühjahr 1935.

⁸³⁰ Notiz Sch. über Schemms Besuch 2.4.1934, DS 940.

⁸³¹ Sch. an H. 29.4.1935, DS 940.

⁸³² Die unterzeichneten Vordrucke mit der Forderung nach Einführung der Gemeinschaftsschule (Februar 1936) in ZRa 12556.

⁸³³ Sch. an Reg. 21.3.1936, ZRa 12555.

⁸³⁴ 26.3.1936, ebd., vgl. auch RPB 6.3.1936, der Buchbergers Hirtenbrief gegen die Gemeinschaftsschule und generell vermehrte Anzeichen für Widerstand im Klerus vermerkte.

⁸³⁵ Förmlicher Beschluß 17.4.1936, ZRa 12555.

senteilungen nach Bekenntnissen⁸³⁶ und wies dann auch die Beschwerde des Ordinariats gegen den Betrieb der Hans-Schemm- als Gemeinschaftsschule zurück: Holzschuhers Auffassung sei korrekt, daß ältere Rechtsvorschriften, wo immer möglich, im neuen nationalsozialistischen Geist auszulegen seien⁸³⁷.

Eine geplante Prozession in die Schottenheim-Siedlung wurde dagegen im Frühjahr 1936 untersagt, weil sie nicht altherkömmlich war⁸³⁸. Gleichzeitig wurde die Kirche gezwungen, an Tagen, an denen die öffentlichen Gebäude zu beflaggen waren, ebenfalls die Hakenkreuzfahne zu setzen⁸³⁹. Die Beflaggung von Privathäusern zu Fronleichnam in den Kirchenfarben galt dagegen als "bewußte Ablehnung unserer nationalen Erneuerung", der "mit den gebotenen polizeilichen Mitteln entgegenzutreten" sei⁸⁴⁰. Das außerhalb der Kirchen gültige Versammlungsverbot für die katholischen Jugendverbände, die ersten Entlassungen klösterlicher Lehrkräfte, vor allem aber die Devisen- und Sittlichkeitsprozesse gegen Geistliche erregten viel Aufsehen, häufig auch Empörung über die zu offensichtlichen Lügen in der Presse⁸⁴¹. Infolge der zunehmenden Schikanen⁸⁴² ging nun allmählich auch der Klerus in der ganzen Diözese zum Gegenangriff über. Eine Reihe von Hirtenbriefen und zahllose Predigten wandten sich gegen die Entkonfessionalisierung des Schulwesens, so daß Schottenheim die Kirche bezichtigte, "in den Kampf gegen den Bolschewismus geschickt auch den Kampf gegen den Nationalsozialismus" einzuflechten⁸⁴³.

Unmittelbar auf die Verabschiedung des Gesetzes über die Hitlerjugend, das diese Ende 1936 zur Staatsjugend erklärte⁸⁴⁴, folgte in Bayern die erste große Welle im systematischen Abbau der klösterlichen Lehrkräfte⁸⁴⁵. In Regensburg war zunächst die Mädchenschule Stadtamhof-Steinweg betroffen, die mit der Knabenschule vereinigt wurde⁸⁴⁶. Auf ministerielle Weisung entzog die Stadt den hier tätigen Ordensschwwestern die Genehmigung zur Schulführung und versetzte weltliche Lehrkräfte an die Schule⁸⁴⁷. Landesweit wurden 600 Schulschwwestern entlassen⁸⁴⁸, bis Mitte 1938 sollte sich diese Zahl verdoppeln⁸⁴⁹.

Ebenfalls Anfang 1937 ordnete die Berliner Gestapo-Zentrale wegen "tendenziöser Falschmeldungen" ein dreimonatiges Verbot der Wochenschrift "Schönere Zukunft" aus der Druckerei Pustet an⁸⁵⁰. Eine Ausgabe des "Sonntagsblatts" wurde beschlagnahmt, da sie eine anstößige Predigt Buchbergers wiedergab - obwohl ihn die Gestapo bislang nicht im "Lager der

⁸³⁶ Anordnung 20.4.1936, Abschrift in ZRa 12699.

⁸³⁷ Beschwerde (2.5.) und Beschluß MK (20.6.1936), Abschrift ebd. Vgl. zum Verlauf der Auseinandersetzung Sch.s Erinnerungen NIS 30 S.3301 ff.

⁸³⁸ RPB 6.5.1936 mit weiteren Einzelheiten zu ersten nachhaltigen Protesten der Bischöfe; weitere Belege in den RPB dieser Monate, vgl. auch W.Ziegler (1973) S.83 ff.

⁸³⁹ Bek. 11.5.1936, Abschrift in ZRa 14145.

⁸⁴⁰ Rundschreiben Holzschuher 4.6.1936, ebd.

⁸⁴¹ Vgl. W.Ziegler (1981) S.29 und M.Ziegler S.288, vgl. PolDir an Bayerische Politische Polizei 29.6.1936 über Verlesung eines Hirtenbriefs gegen die Aufhebung der Klosterschulen, StA 19906.

⁸⁴² Vgl. W.Ziegler (1981) S.28 und Kammerbauer (1981) S.313 ff. Zu den dramatischen Umständen, unter denen am 21.6.1937 ein gemeinsamer Hirtenbrief des bayerischen Episkopats verlesen wurde: M.Ziegler S.287. Ebd. S.287 ff. weitere Beispiele für kirchlichen Protest.

⁸⁴³ Zit. im RPB 8.12.1936.

⁸⁴⁴ 1.12.1936, RGBI I S.993, vgl. M.Ziegler S.268.

⁸⁴⁵ Vgl. W.Ziegler (1981) S.30 ff. und M.Ziegler S.282 ff.

⁸⁴⁶ Weigert an Baureferat und den betroffenen Hausmeister 29.12.1936, ZR 10661 bzw. ZRa 12256.

⁸⁴⁷ Sch. an Stadtpfarramt St.Magn 19.11.1936, ZRa 12460. Schriftwechsel mit dem Ordensanwalt in ZRa 12521, weitere Einzelheiten in StA (1987) 5 rot 335 und 336 = 3052 a. Einige Schwestern durften ihre Zimmer im Dachgeschoß des Schulhauses behalten.

⁸⁴⁸ BNS I (1977) S.540 Anm.17. 1936 hatten in Rgbg. noch 35 Klosterschwwestern an städtischen Volksschulen unterrichtet, vgl. Statistiken ZRa 12418.

⁸⁴⁹ Mai S.59.

⁸⁵⁰ RPB 5.2.1937.

übrigen politisierenden Bischöfe Bayerns" ausgemacht hatte⁸⁵¹. Zur gleichen Zeit befragte die Kreisleitung alle Schülereltern über ihre Einstellung zur Gemeinschaftsschule. Während sich Buchberger scharf für die Beibehaltung der nach Konfessionen getrennten Schulen aussprach⁸⁵², riefen Schottenheim und Weigert ebenso wie der NS-Lehrerbund dazu auf, dagegen zu votieren⁸⁵³. In seiner Eigenschaft als Stadtschulrat soll Weigert sogar eine entsprechende Werbetätigkeit der städtischen Lehrerschaft angeordnet haben⁸⁵⁴. Kelheims Kreisleiter Donderer sprach bei einer Großkundgebung in der Stadthalle zu diesem Thema⁸⁵⁵, während Holzschuher weiter zunehmenden kirchlichen Widerstand vermerkte. Zahlreiche Predigten wurden gegen die Gemeinschaftsschule gehalten, immer häufiger tauchten anonyme Flugblätter auf, die Zahl der Verhaftungen wegen "staatsabträglicher Äußerungen" im Zusammenhang mit dem Kirchenkampf nahm zu⁸⁵⁶. Schottenheim mußte - trotz in die Höhe schnellender Zahlen bei den Kirchengaustritten⁸⁵⁷ - berichten: "Die breite Masse des Volkes, wenigstens in unserer Gegend, ist mehr denn je kirchlich fanatisiert, lehnt jede Kampfstellung gegen die Kirche ab und verurteilt jede neue weltanschauliche Lehre, welche versuchen wollte, die bestehenden Konfessionen zu beseitigen. Gleichzeitig lehnt sie auch die Personen ab, welche den Kampf gegen die Kirche, wenn auch nur in versteckter Form, predigen."⁸⁵⁸ Wie ernst Staat und Partei den Protest nahmen, zeigte sich, als bei der Fronleichnamsprozession 1937 sogar "polizeiliche Einsatzkräfte gedeckt bereitgehalten" wurden, unmöglichen Protestaktionen sofort wirksam begegnen zu können⁸⁵⁹. Kurz darauf ordnete das Innenministerium an, wegen der "allgemein unfreundlichen Haltung der kirchlichen Behörden" diesen in der Verwaltungsarbeit nach Möglichkeit nicht mehr entgegenzukommen⁸⁶⁰.

Zu 91 % sollen die Regensburger Eltern der Simultanschule zugestimmt haben⁸⁶¹, in Wahrheit war von seiten der Partei massiv manipuliert worden⁸⁶². Obwohl Buchberger nochmals in allen Kirchen ein Hirtenwort gegen die Gemeinschaftsschule verlesen und Widerrufserklärungen an die Eltern verteilen ließ⁸⁶³, und obwohl die Geistlichen von sich aus einen letzten, verzweifelten Protest gegen die Gemeinschaftsschule vorbrachten⁸⁶⁴, wurde sie am 1.10.1937 in Regensburg förmlich eingeführt⁸⁶⁵.

Zum gleichen Datum erfolgte der Abbau der klösterlichen Lehrkräfte an der Klara- und der Altdorferschule (heute: Kreuzschule)⁸⁶⁶. Weitere Schikanen machten es den Schwestern fast unmöglich, künftig ihren Lebensunterhalt zu erwerben⁸⁶⁷, so daß sie auf Spenden aus der Be-

⁸⁵¹ RPB 8.12.1936 und 7.1.1937.

⁸⁵² Ein diesbezügliches Hirtenwort 28.2.1937 zit. bei Gamber S.221 und Möckershoff S.240.

⁸⁵³ BOM 5.11.1936 bzw. 5.4.1937.

⁸⁵⁴ Vgl. die bei Gamber S.225 f. zit. Beschwerde des Ordinariats bei der Reg., 14.4.1937.

⁸⁵⁵ Am 6.4.1937, vgl. "Aufbauarbeit in Rgbg.", DS 545.

⁸⁵⁶ Vgl. RPB erste Hälfte 1937, vgl. auch M.Ziegler S.291 f.

⁸⁵⁷ Statist. Daten in den Jb. der Standesämter, DS 531-542. 1936 waren 87 Rgbg.er aus der katholischen Kirche ausgetreten, 1937 stieg die Zahl auf 185.

⁸⁵⁸ Zit. im RPB 5.2.1937.

⁸⁵⁹ MInn an Regierungen und Polizeidienststellen 24.5.1937, ZR 17440.

⁸⁶⁰ Rundschreiben 20.8.1937, ZRa 12271; ebd. Einzelheiten zur Behinderung der Einsichtnahme in Meldeunterlagen, Aufgebotsakten etc.

⁸⁶¹ RPB 7.5.1937; die Presseberichte dazu belegt bei Wolf S.37.

⁸⁶² Beispiele bei Gamber S.222 ff. und Wolf S.38 ff., vgl. zu öffentlich bekannt gewordenen Abstimmungs-fälschungen RPB 6.5.1938; vgl. (für Oberbayern) Sonnenberger (s.Anm.829) S.236.

⁸⁶³ RPB 7.5.1937.

⁸⁶⁴ RPB 7.10.1937.

⁸⁶⁵ Vermerk Sch. 9.12.1938, ZR 7951, vgl. BOM 10.9.1937.

⁸⁶⁶ Statist. Übersichten, DS 687.

⁸⁶⁷ Vgl. Kloster St.Klara an Sch. 12.11.1937, ZRa 12457, vgl. allg. M.Ziegler S.286.

völkerung angewiesen waren⁸⁶⁸. Zudem kursierten bereits Gerüchte⁸⁶⁹ über bevorstehende Maßnahmen gegen das Institut der Englischen Fräulein, die größte Anstalt ihrer Art in der Diözese; sie verfügte über eine Vorschule, ein Lyzeum und ein Realgymnasium, daneben über eine Haustöchter- und eine Handelsschule, umfaßte also alle Zweige der höheren Mädchenbildung⁸⁷⁰. Allerdings wiesen die Bilanzen des Instituts schon seit 1933 alljährlich Verluste aus, die sich durch den Entzug der Haussteuerfreiheit für alle Lehranstalten in nichtöffentlicher Trägerschaft weiter erhöhten⁸⁷¹. Als nun auch noch die Staatszuschüsse für das weltliche Lehrpersonal der Englischen Fräulein gestrichen wurden, geriet das Institut in erhebliche Schwierigkeiten. Der Orden mußte die begüterten Eltern ersuchen, das Schulgeld zu verdoppeln; dennoch erwartete Schottenheim den finanziellen Zusammenbruch der Schule. Angeblich wollte die Heeresstandortverwaltung das Schulgebäude erwerben, um hier das lange geplante Garnisonslazarett einzurichten. Eine Übernahme durch die Stadt schien dagegen aus Kostengründen ausgeschlossen⁸⁷².

Der Einfluß der Kirche auf das höhere, insbesondere auf das Mädchenschulwesen, war dem Kultusministerium seit langem ein Dorn im Auge. Hatte man anfangs feststellen können, daß auch in klösterlichen Lehranstalten "das Geschehen im neuen Staate und das Wirken und Wollen der Führerpersönlichkeiten" gewürdigt würden⁸⁷³, so war hier mit der zunehmenden Verschärfung des Kirchenkampfes ein Wandel eingetreten. Angesichts der Verhältnisse in Bayern schien ein radikales Vorgehen dringend nötig: Um 1933 waren zwar nur 13 % der höheren Knaben-, jedoch rund 70 % der höheren Mädchenschulen und sogar fast 90 % aller Mittelschulen für Mädchen in der Hand kirchlicher Einrichtungen - insgesamt 191 Klosterschulen, dazu fast ebensoviele Schülerheime. Dem Kultusministerium war "klar, daß diese Vorherrschaft sobald als möglich gebrochen werden mußte": Knabenschulen sollten reine Staats-, Mädchenschulen Gemeindeangelegenheit werden; für private höhere Schulen bestehe kein Bedürfnis mehr⁸⁷⁴. So verfügte das Ministerium zum Jahresende 1937 die "Neuordnung des höheren Schulwesens", konkret: die Schließung aller mittleren und höheren Klosterschulen samt der angeschlossenen Internate⁸⁷⁵.

Festzustehen schien, daß die Englischen Fräulein in Regensburg ihren Betrieb zum 1.4.1938 schließen sollten⁸⁷⁶, während dem Lyzeum der Armen Schulschwester in Niedermünster samt seiner hauswirtschaftlichen Fach- und Frauenschule⁸⁷⁷ der klassenweise Abbau drohte⁸⁷⁸. Tatsächlich wurden in Bayern bis zum Schuljahresanfang im April 1938 49 höhere kirchliche Schulen geschlossen oder in öffentlichen Betrieb überführt, darunter das "Theresianum" der Karmeliten in Regensburg. Der Rest befand sich zum überwiegenden Teil im Prozeß des stufenweisen Abbaus, es durften also keine ersten Klassen mehr gebildet wer-

⁸⁶⁸ Vgl. M.Ziegler S.290 ff.

⁸⁶⁹ RPB 7.11.1937.

⁸⁷⁰ M.Ziegler S.297.

⁸⁷¹ Vgl. Sailer an H. 20.12.1939, ZR 11313 (Plädoyer gegen den Erlaß von Steuerrückständen des Ordens). Vgl. allg. M.Ziegler S.294.

⁸⁷² Anweisung Sch. an Weigert, über den Stand der Angelegenheit zu berichten, und Bericht Lyzeumsdirektor Mühlbachs, 19. bzw. 22.10.1937, DS 693; zur Kostenfrage auch Notiz Sch. 24.12.1937, ebd. Zum folgenden M.Ziegler S.298 ff.

⁸⁷³ Vgl. Visitationsbericht Bezirksschulrat Helds über das Institut der Englischen Fräulein 13.2.1934, ZR 6043.

⁸⁷⁴ Alle Zahlen und Zitate aus: MK an Bezirksverwaltungsbehörden 11.5.1938, ZRa 14281.

⁸⁷⁵ ME 29.12.1937, zit. bei Mai S.60; Faulhabers Protest 25.1.1938 zit. bei M.Ziegler S.294. ME 31.12.1938 und Einzelheiten zur Umwandlung des Protestantischen Alumneums in ein staatliches Schülerheim in ZR 19517.

⁸⁷⁶ Notiz Sch. 18.1.1938, ebd. Vgl. zur monatelangen Unklarheit über organisatorische Details und finanzielle Folgen der "Neuordnung des höheren Schulwesens" Notizen Sch. DS 693, vgl. auch M.Ziegler S.286 sowie allg. Matzerath (1970) S.371 f.

⁸⁷⁷ M.Ziegler S.278.

⁸⁷⁸ Notiz Sch. 15.1.1938, DS 693. Sch. wollte, falls die Stadt das Institut der Englischen Fräulein doch übernehmen mußte, hier den Lyzeumsbetrieb konzentrieren und Niedermünster der Berufsschule zur Verfügung stellen.

den; die Rumpfanstalten wurden zumeist dem Leiter entsprechender kommunaler Schulen unterstellt⁸⁷⁹. Dieser Weg erwies sich schließlich auch bei den Englischen Fräulein und dem Niedermünster-Institut in Regensburg als nötig⁸⁸⁰; auch hier begann zunächst der stufenweise Abbau. Lyzeumsdirektor Mühlbach wurde mit der Führung der Englischen Fräulein betraut, und die Stadt hatte die ersten Klassen zu übernehmen⁸⁸¹, wofür sie von den Englischen Fräulein zwei, von den Armen Schulschwestern drei Schulräume in deren Instituten mietete⁸⁸².

Zu dieser Zeit wehrten sich die Ordinariate in Regensburg und Passau zunehmend gegen die Unterrichtsverbote für Religionslehrer, immer noch tauchten anonyme Flugblätter auf, und die Gestapo terrorisierte weiterhin die katholischen Vereine⁸⁸³. Ungewöhnlich viele Menschen beteiligten sich 1938 demonstrativ an den Fronleichnamsprozessionen und hielten weiterhin die kirchlichen Feiertage ein, auch wenn diese offiziell für abgeschafft erklärt worden waren⁸⁸⁴. Andererseits wurden in Regensburg 250 Österreicherinnen auf ihre Aufgabe vorbereitet, demnächst Klosterschwestern als Lehrkräfte zu ersetzen, und bis zum Herbst setzte sich hier wie überall in Bayern die Gemeinschaftsschule endgültig durch⁸⁸⁵.

Stur zeigten sich das Kultusministerium, Schottenheim und seine Unterhändler auch bei den Verhandlungen mit dem Mutterhaus der Englischen Fräulein über die vollständige Übernahme des Instituts durch die Stadt. Dieses war hoch verschuldet und verzeichnete nun auch noch einen drastischen Schülerrückgang⁸⁸⁶, so daß angesichts fehlender Einnahmen nur noch der Verkauf des Schul- und Heimtrakts in Frage kam. Eindringlich machte das Kultusministerium klar, was man von der Stadtverwaltung erwarte: Wagner, Staatssekretär Boepple und auch Gauleiter Wächtler sei an einer Lösung der Schulfrage gerade im wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum der Bayerischen Ostmark gelegen, Regensburgs Haltung sei für den ganzen Gau entscheidend, die Stadt solle "eine vorbildliche Lösung schaffen und anstelle der bisherigen klösterlichen Hochburg (...) für die ganze Ostmark ein Bollwerk des Nationalsozialismus errichten"⁸⁸⁷. Finanzielle Bedenken mußten zurückstehen, und so erklärte sich Schottenheim Anfang 1939 bereit, sämtliche Schulen der Englischen Fräulein samt dem Internat zum Schuljahresbeginn 1939 zu übernehmen, um "eine dem heutigen Staatswillen entsprechende Lösung der Schulfrage in Regensburg herbeizuführen". Allerdings machte er seine Erklärung von staatlichen Finanzhilfen abhängig⁸⁸⁸. Tatsächlich wurden daraufhin ein einmaliger Zuschuß von 150000 RM sowie 12000 RM jährlich zur Tilgung der Restkaufsumme zugesagt⁸⁸⁹.

Herrmanns Verhandlungsposition gegenüber dem Orden war somit außerordentlich stark⁸⁹⁰. Wenn ein Kloster "unverhältnismäßig hohe Kaufpreise" zu fordern wagte, konnten die Kom-

⁸⁷⁹ MK an Bezirksverwaltungsbehörden 11.5.1938, ZRa 14281, vgl. auch M.Ziegler S.292 ff. Betroffen waren u.a. die Institute der Salesianerinnen in Pielenhofen, der Armen Schulschwestern in Cham und Neumarkt, der Ursulinen in Landshut und Straubing, der Englischen Fräulein in Neuburg, der Zisterzienserinnen in Landshut-Seligenthal und das evangelische Lyzeum Sulzbach-Rosenberg.

⁸⁸⁰ Die vom MK 5.4.1938 verfügte sofortige Schließung der Mittelschule der Englischen Fräulein (ZRa 14281) war von der Stadt nicht finanzierbar, vgl. Notiz Sch. 19.4.1938, DS 693.

⁸⁸¹ Anordnung MK 26.4.1938, ZRa 14281.

⁸⁸² Rh-Prot. 29.4.1938.

⁸⁸³ RPB 8.12.1937, 7.1. und 8.3.1938.

⁸⁸⁴ RPB 7.7. und 8.8.1938, vgl. auch RPB 8.9.1938 (Beschlagnahmung der Vervielfältigungsapparate der Ordinarie Rgbg. und Passau).

⁸⁸⁵ Vgl. Adolf Wagners triumphierende Bek. 24.10.1938, Abschrift ZRa 12380: ein "Wendepunkt in der Geschichte unseres öffentlichen Volksschulwesens". Vgl. allg. Sonnenberger (s.Anm.829) S.306 ff. und S.324.

⁸⁸⁶ Vgl. Mühlbachs Übersicht 26.9.1938, ZR 11313.

⁸⁸⁷ Boepple an Stadt 23.12.1938, ZR 11313 und DS 693.

⁸⁸⁸ Sch. an MK 12.1.1939, ZRa 14281.

⁸⁸⁹ Boepple an Stadt 30.1.1939, ZRa 14281, vgl. auch ZR 11314 und Rh-Prot. 17.2.1939.

⁸⁹⁰ Vgl. Briefwechsel H. mit Bürgermeistern anderer Städte, ZRa 12408.

munen "davon ausgehen, daß die Eigentümer ihre frühere Erlaubnis zum Betrieb von Unterrichts- und Erziehungsanstalten verloren haben und daß sie in dem Anwesen keinerlei Betriebe mehr eröffnen können, die irgendeine behördliche Genehmigung voraussetzen." Führten die Verhandlungen nicht zum Ziel, so lag ein "öffentlicher Notstand" vor, und die Regierungen hatten den Gemeinden die sofortige Nutzung der erforderlichen Räume zu gestatten; danach sei es allerdings nicht mehr nötig, das Enteignungsverfahren zu beschleunigen⁸⁹¹. Das hieß im Klartext, daß man kirchliche Institutionen auf fragwürdiger Rechtsgrundlage präventiv enteignen konnte und diese dann lange auf die ihnen zustehende Entschädigung warten mußten. Allein die Drohung mit einem solchen Vorgehen dürfte genügt haben, widerspenstige Orden gefügig zu machen.

Unter diesen Bedingungen gelang es Herrmann, angeblich in recht "friedlich" geführten Verhandlungen⁸⁹², den Kaufpreis für die beiden Gebäudetrakte der Englischen Fräulein bedeutend zu drücken - von den zunächst geforderten 850000 auf 745000 RM. Wo es ihm, Sailer und Weigert nützlich erschien, verwiesen sie auf die Weisungen des Ministeriums und Schottenheims, wonach der Orden in allen wichtigen Fragen mit keinem Entgegenkommen zu rechnen habe; im internen Schriftverkehr wurden dagegen durchaus auch konziliantere Lösungen diskutiert⁸⁹³. Zum 1.4.1939 übernahm die Stadt den Schul- und Heimbetrieb der Englischen Fräulein⁸⁹⁴, zum gleichen Datum wurde das Niedermünster-Internat der Armen Schulschwestern aufgehoben. Auch dieses Gebäude hätte die Stadt gern erworben, konnte den Ankauf aber nicht finanzieren⁸⁹⁵. Um "mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung den Eindruck eines rücksichtslosen Vorgehens zu vermeiden"⁸⁹⁶, unterstützten Stadt und Landesregierung immerhin den Versuch der Englischen Fräulein, ein landwirtschaftlich nutzbares Ersatzgrundstück zu erwerben⁸⁹⁷.

Der Kaufpreis für die Gebäude der Englischen Fräulein wurde größtenteils durch die Übernahme der Schulden des Ordens abgegolten, der Rest war durch den Staatszuschuß und die jährlichen Zuwendungen abgedeckt. Somit hatte die Stadt keine sofortigen Zahlungen zu leisten⁸⁹⁸, und daß man sich langfristig verschuldete, schien insofern vertretbar, als man hoffte, durch einen Ringtausch Räume für die Berufsschule freizubekommen⁸⁹⁹. Nicht zuletzt diente die Übernahme des Instituts in anderem Zusammenhang als Schutzschild gegen finanzielle Forderungen oder auch gegen Kritik an der angeblich nicht ausreichend scharfen antiklerikalen Politik der Stadt; hier habe man "eine wichtige und einschneidende Schwächung des kirchlichen Einflusses in der Schule herbeigeführt"⁹⁰⁰. Im Rückerstattungsverfahren nach Kriegsende erkannte die Stadtverwaltung denn auch anstandslos an, daß die Englischen Fräulein im Jahr 1939 ihr Institut nur unter Zwang verkauft hatten⁹⁰¹.

⁸⁹¹ MK an Regierungen 16.1.1939, Abschrift ZRa 14281.

⁸⁹² Sch. an MK 28.3.1939, DS 692.

⁸⁹³ Einzelheiten in ZR 11313-11315 und ZRa 14281.

⁸⁹⁴ Die Einzelheiten v.a. in ZR 11315, vgl. Rh-Prot. 24.3.1939.

⁸⁹⁵ Vermerk H. 24.8.1939, ZR 16410.

⁸⁹⁶ Vermerk H. 28.3.1939, DS 692.

⁸⁹⁷ Sch. sprach gegenüber dem MK von der "in weiten Kreisen der Bevölkerung vorherrschenden Auffassung von der Notwendigkeit eines menschlichen Entgegenkommens" (28.3.1939, DS 692).

⁸⁹⁸ Die Einzelheiten in ZR 11313 f., vgl. Rh-Prot. 27.7. und 15.12.1939; Pläne in DS 692. Der Ostrakt (Helenenstraße 4; Festsaal, Kirche und Konvent) war nicht Teil des Kaufvertrags vom 30.12.1939. Zur Erhöhung der Staatszuschüsse zum mittleren und höheren städtischen Schulbetrieb der Stadt: ZR 11316; zur Darlehensaufnahme StA 16425.

⁸⁹⁹ Vgl. Mühlbachs Bericht 26.9.1938, ZR 11313.

⁹⁰⁰ Vgl. Sch. an Wächtler 18.7.1939, ZRa 14210, nach dessen Protest gegen den Verkauf des Coppenrath-Hauses an den Bischofshof.

⁹⁰¹ Rückübertragungsvertrag 24.4.1947 (nach Freigabe des noch als Lazarett genutzten Gebäudes durch die Militärregierung) in ZRa 14118, die Verhandlungen in ZRa 14281.

Waren unmittelbar vor Kriegsbeginn noch die Studienseminare St.Emmeram und St.Paul in staatliche Schülerheime umgewandelt worden⁹⁰², so flaute danach auch in Regensburg der Kirchenkampf ein wenig ab. Doch obwohl es aus der Sicht von Partei und Staat ratsam scheinen mochte, die Bevölkerung nun nicht noch zusätzlich zu beunruhigen, und obwohl auch das Bistumsblatt die teils vorgeschriebenen Rechtfertigungsartikel für den Krieg verbreitete⁹⁰³, kann von einem Ende der systematischen Unterdrückung keineswegs die Rede sein. Weiterhin kam es zu Gestapo-Übergriffen, aber auch zu zahlreichen Verwaltungsakten, die systematisch die kirchliche Arbeit behinderten. Nicht nur öffentliche Schulen, sondern vor allem auch kirchliche Heime und Klöster wurden als Lazarette, als Quartiere für Umsiedler oder für die Kinderlandverschickung beschlagnahmt⁹⁰⁴; der Streichung des Religionsunterrichts an den Regensburger Fortbildungsschulen⁹⁰⁵ folgte die Übernahme weiterer Klassen des Niedermünster-Instituts durch die Stadt im Sommer 1940⁹⁰⁶; Mitte 1941 wurde dem Regensburger wie allen deutschen Bistumsblättern aus kriegswirtschaftlichen Gründen die Papierzuteilung gesperrt⁹⁰⁷; zugleich erfolgte die endgültige Schließung der im Abbau befindlichen höheren Mädchenschulen, in Regensburg also die des Niedermünster-Instituts⁹⁰⁸, und Schottenheim entzog auf ministerielle Weisung den konfessionellen Kindergärten die Betriebserlaubnis, um ihre Übernahme durch die NSV vorzubereiten⁹⁰⁹. Von einem notdürftig funktionierenden "Waffenstillstand" zwischen Staat und Kirche kann also kaum die Rede sein - obwohl Buchberger zu Beginn des Rußlandfeldzugs dazu aufrief, um Gottes Hilfe im Kampf gegen den Bolschewismus zu beten⁹¹⁰.

Der Streit um die Schulkreuze, letzter großer Höhepunkt im Schulkampf, ist also durchaus als Teil einer kontinuierlichen Entwicklung anzusehen, nicht als isoliertes Einzelereignis. Großes Aufsehen erregte er vor allem, da die Partei hier letztlich scheiterte. Adolf Wagner hatte im April 1941 angeordnet, das Schulgebet durch ein HJ-Lied oder das Verlesen nationalsozialistischer Texte zu ersetzen und nach und nach die Kruzifixe aus den Schulen zu entfernen. Überall kam es zu Protesten, die je nach den örtlichen Gegebenheiten auch ungewöhnlich scharfe Formen annahmen; selbst vereinzelte Schulstreiks sind belegt⁹¹¹. Ende Juli 1941 protestierte endlich auch der bayerische Episkopat⁹¹², und nun griff vermutlich Hitler selbst ein, da er angesichts des Kriegsbeginns gegen die Sowjetunion keine Maßnahmen dulden wollte, die geeignet waren, die Öffentlichkeit zu beunruhigen. Jedenfalls ordnete Wagner an, die Entfernung der Schulkreuze zu beenden. Trotzdem kam es noch im Herbst 1941 in Regensburg

⁹⁰² Belegt für 13.7.1939 in ZR 19517.

⁹⁰³ Vgl. Chrobak (1981) S.428.

⁹⁰⁴ Beispiele bei M.Ziegler S.306 f.

⁹⁰⁵ Verf. Sch. 30.12.1939 aufgrund eines Erlasses vom 23.8.1939, DS 695. Ebd. Einzelheiten zu den finanziellen Folgen der erforderlichen Pensionierungen für die Stadt.

⁹⁰⁶ Einzelheiten in ZR 16410.

⁹⁰⁷ Mai S.61 und Chrobak (1981) S.429.

⁹⁰⁸ Belegt bei M.Ziegler S.310 f.

⁹⁰⁹ ME 2.5. bzw. Verf. 28.6.1941, zit. bei M.Ziegler S.304, vgl. O.Merl: Der theresianische Karmel im Bistum Rgbg. während des Dritten Reiches, in Schwaiger/Mai (1981) S.367-387, hier S.379 f., wonach Sch. die Anweisung zur Schließung der Karmeliterinnen-Kindergärten Obermünster und Schwabelweis wegen Protesten zurücknahm.

⁹¹⁰ Im Frühjahr 1942 forderte Buchberger, die Heimat müsse "einig und geschlossen hinter der Front stehen", nachdem Deutschland einer "Welt von Feinden" gegenüberstehe, vgl. Mai S.63, vgl. hierzu das Urteil W.Zieglers (1973) S.XL f.

⁹¹¹ Vgl. W.Ziegler (1981) S.34 f. und Möckershoff S.240 ff.

⁹¹² Möckershoff S.241.

zu einer Demonstration vor Schottenheims und Weigerts Amtssitzen, bei der rund 1000 Frauen die Zusage erzwangen, die bereits entfernten Kreuze wieder anbringen zu lassen⁹¹³.

Selbst nun soll noch keine Beruhigung eingetreten sein⁹¹⁴ - die kontinuierliche Auseinandersetzung wurde auch nach diesem aufsehenerregenden Dämpfer für die Partei weitergeführt. Zwar führte der generelle Mangel an Arbeitskräften dazu, daß ehemalige kirchliche Lehrkräfte unter genau definierten Bedingungen und nach Begutachtung durch die Gestapo wieder zum Arbeitseinsatz herangezogen wurden⁹¹⁵, dennoch ist auch für die späteren Kriegsjahre, etwa im Streit um die Nutzung einer Kirche durch die "Deutschen Christen", belegt, daß die Regensburger Kreisleitung bestrebt war, "alles irgendwie zu unterstützen (...), was die Bastionen der Römer schwächt"⁹¹⁶.

Insgesamt sind 18 Fälle bekannt geworden, in denen katholische Geistliche aus Regensburg - einschließlich Bischof Buchbergers - von direkten Unterdrückungsmaßnahmen betroffen waren. Diese reichten von Strafversetzung, Haussuchung und der Beschlagnahme von Material über Geldstrafen und sechs Fälle von Schutzhaft⁹¹⁷ bis zum Justizmord an Domprediger Dr. Maier⁹¹⁸. Nur durch das Zusammenwirken glücklicher Zufälle entging der Neumarkter Karmelitenpater Gebhard Heyder dem gleichen Schicksal; er war Ende 1944 vom I. Senat des Volksgerichtshofes unter Freislers Leitung zum Tod verurteilt worden, doch verzögerte sich die Vollstreckung, und kurz vor Kriegsende erlebte er während eines der Evakuierungs- oder Todesmärsche nahe Landshut die Befreiung durch die US-Truppen⁹¹⁹.

5. Terror im Gesundheitswesen: KZ-Einweisung von Alkoholikern, Zwangssterilisierungen und "Euthanasie"

Leitende Beamte der Stadtverwaltung, die erst spät zur NSDAP stießen, neigten nicht selten zu Übereifer bei der Erfüllung nationalsozialistischer Wünsche und Zielsetzungen. Besonders ausgeprägt - und für die jeweils Betroffenen mit besonders gravierenden Folgen verbunden - war dieses Verhalten bei Sozial- und Gesundheitsreferent Zwick und dem Jugendamtsleiter Albert Graßmann: Zwick forcierte die Einweisung von Alkoholikern in Konzentrationslager, Graßmann die Zwangssterilisierungen. Inwieweit die Stadtspitze dagegen über die sogenannten "Euthanasie"-Maßnahmen unterrichtet war, der mehrere hundert Insassen der Heil- und Pflegeanstalt Karthaus zum Opfer fielen, ist ungeklärt; der Deutsche Gemeindegast und

⁹¹³ RPB 8.11.1941, vgl. W.Ziegler (1973) S. 297 f.; W.Kessel: Hanna Dachs im kulturellen und politischen Leben Regensburgs, VHVO 114 (1974) S.333-370; Möckershoff S.248 ff., Chrobak (1985) S.475; W.Kick S.38; U.Finken: Drei Regensburger Frauengestalten. Vortragsmanuskript (unveröff.), Regensburg 1989 S.22 ff.

⁹¹⁴ Vgl. RPB 9.12.1941, der Sch. zitiert.

⁹¹⁵ MInn an Regierungen 19.4.1942, Abschrift ZRa 12447. Bislang unveröff. Unbedenklichkeitsbescheinigungen von Stadt und Gestapo für Dr. Johann Maier und andere Geistliche in ZRa 12286 und 12289.

⁹¹⁶ Gaupropagandaleiter Kolbe an Kreisleitung und diese an Stadt 6.2.1943, DS 709. Ebd. und in ZRa 12377 Einzelheiten zu den (unbedeutenden) örtlichen Aktivitäten der "Deutschen Christen"; Sch. gab für sie gegen den Widerstand des evangelischen Stiftungsrates wie auch des Landeskirchenrats die erbetene Kirche frei.

⁹¹⁷ Stadtpfarrer Johannes Hoesl (1933), Bischöflicher Verwaltungsdirektor Andreas Hundhammer (1933), Pater Wilhelm Kampe (1944-45), Expositus Augustin Maierhofer (1933, 1936, 1940-1941), Pfarrer Martin Rohrmeier (1941-1945), Stadtpfarrer Jakob Wagner/Stadtamhof (1933).

⁹¹⁸ U.v.Hehl (Bearb.): Priester unter Hitlers Terror, Mainz 1984. Rechnet man Pater Heyder (Neumarkt) hinzu, der in Rgbg. inhaftiert war, so ergibt sich eine Summe von 19 Fällen.

⁹¹⁹ Franz (= Pater Gebhard) Heyder: Bekenntnisse eines Totgesagten, Rgbg. 1984. Vgl. Möckershoff S.110, W.Kick S.300 ff. und Merl (s.Anm.909) S.382.

zahlreiche Kommunalpolitiker waren jedenfalls seit April 1940 in die Mordaktion eingeweiht⁹²⁰.

Die Bereitschaft zum radikalen Vorgehen gegen den Alkoholismus verschaffte der Stadt Regensburg eine traurige Vorreiterposition. Ende 1933 beschloß der Stadtrat den Antrag an die Regierung, Vorkehrungen zu treffen, "daß Trinker, welche als Volksschädlinge anzusprechen sind, außer in einer Heil- und Pflegeanstalt oder in einer Trinkerheilstätte auch in einem Konzentrationslager untergebracht werden können."⁹²¹ Zur Begründung führte Schottenheim mit entlarvender Offenheit aus, man müsse den Alkoholismus bekämpfen, um "wieder Glück und Frieden in schwer geprüfte Familien zu bringen und dadurch Staat und Gemeinde zu entlasten von den finanziellen Lasten, die Trunksüchtige verursachen"⁹²². Nachdem die Stadt selbst keine Möglichkeit hatte, Schutzhaft zu verhängen, beantragte Zwick im Zusammenwirken mit Bezirksarzt Dr. Pius Scharff diese Maßnahme bei der Polizeidirektion - man meldete ihr Alkoholiker als "Volksschädlinge". Nachdem das Regensburger Vorgehen reichsweit bekannt geworden war⁹²³, liefen von überall her Anfragen ein, wie die Stadt Regensburg es geschafft habe, sich der Alkoholiker zu entledigen. Daraufhin empfahl Zwick sein Vorgehen auch anderen Kommunalbehörden⁹²⁴. Ein "Nachdenken über den Zusammenhang von sozialer und psychischer Depravation"⁹²⁵ ließ sich in Regensburg - ebenso wie andernorts - nicht feststellen. Und auch über den Erfolg dieser Maßnahmen konnte Zwick keine Angaben machen, doch behauptete er einfach, sie hätten "sehr abschreckend bei allen Trinkern gewirkt"⁹²⁶. Dr.Scharff bestätigte, die Führung aus dem KZ zurückgekehrter Trinker sei nicht mehr zu beanstanden, "die Furcht, wieder in dasselbe zurückgebracht zu werden, hält sie aufrecht. Immerhin ein Erfolg!"⁹²⁷ Dies kann jedoch nicht die volle Wahrheit gewesen sein, denn noch im Sommer 1934 mußte Scharff eingestehen, das "Trinker-Unwesen" nehme in Regensburg Ausmaße an, "die ein rücksichtsloses Vorgehen gebieterisch verlangen"⁹²⁸. So überrascht es nicht, daß Zwick später noch mehrfach die Einweisung "arbeitsscheuer" bzw. gemeingefährlicher Alkoholiker nach Dachau beantragte⁹²⁹. Und Scharff, seit 1936 Direktor des neugeschaffenen Gesundheitsamtes, gab Anfang 1940 über einen dem Alkoholismus verfallenen, gewalttätig gewordenen Lohnschlächter folgendes Urteil ab: "Der Mann bedeutet in der jetzigen schweren Zeit ein Ärgernis; ein solcher Volksschädling gehört unschädlich gemacht. Ich beantrage deshalb die Verwahrung in einem Konzentrationslager." Zwick schloß sich dem Antrag an⁹³⁰. Als Bezirksarzt spielte Scharff auch bei den Zwangssterilisierungen eine wichtige Rolle. Deren Rechtsgrundlage bildete das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuch-

⁹²⁰ Gedächtnisprot. des Plauener OB Wörner über eine Sitzung beim DGT am 3.4.1940, gedruckt bei G.Aly: Medizin gegen Unbrauchbare, in "Aussonderung und Tod", hg. v. Verein zur Erforschung der NS- Gesundheits- und Sozialpolitik, Berlin 1985 S.9-74 (hier S.32 f.).

⁹²¹ Sr-Prot. 30.11.1933, vgl. ZR 20512. Auf diesem Akt beruht Simon-Pelanda (1988). Hintergrund für den Sr-Beschluß war wohl das Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher, 24.11.1933, RGBI I S.995.

⁹²² Sch. an Reg. 4.12.1933, ZR 20512.

⁹²³ Vgl. Blatt für praktische Trinker-Fürsorge November/Dezember 1933, zit. bei Klee (1983, s.u. Anm.949), S.45: "In Rgbg. hat der Magistrat von den 88 auf die Säufeliste gesetzten Trinkern zunächst 5 in das Konzentrationslager Dachau bringen lassen zur Abschreckung für die anderen." Gegenüber dem Landrat in Oldenstadt/Kreis Uelzen (9.1.1934, ZR 20512) sprach Zwick von vier Fällen, einer der Betroffenen sei nach Dachau überstellt worden.

⁹²⁴ Belege in ZR 20512.

⁹²⁵ K.Tenfelde: Proletarische Provinz, BNS IV (1981) S.1-382, hier S.281 (für Penzberg).

⁹²⁶ Zwick an Zentrale für Trinkerfürsorge des Deutschen Vereins gegen den Alkoholismus, 23.3.1934, ebd.

⁹²⁷ Scharff an NSV-Kreisamtsleitung 13.7.1934 (Abschrift, dem Verfasser freundlicherweise von Dr. Angerstorfer zur Verfügung gestellt).

⁹²⁸ Ebd.

⁹²⁹ Vgl. z.B. Anträge 18.1.1935, ZR 18581. Am 31.1.1935 wies die PolDir einen Betroffenen "vorerst auf die Dauer von 9 Monaten" nach Dachau ein, vgl. JUG Akt Josef B. (Stadtarchiv).

⁹³⁰ Scharff an Zwick 8.3.1940 und Zwick an PolDir 6.5.1940, JUG Akt Alois K. In den JUG weitere Belege.

ses", das 1934 in Kraft trat⁹³¹. An Scharff hatten die Ärzte alle Fälle von Geisteskrankheiten zu melden, und er wies ausdrücklich darauf hin, daß auch sterilisiert werden könne, wer an erblicher Blind- oder Taubheit, an schweren Mißbildungen oder Alkoholismus leide⁹³². Durchgeführt wurden die Eingriffe in der Heil- und Pflegeanstalt Karthaus, später bei weiblichen Patienten auch im Evangelischen Krankenhaus⁹³³.

Karthaus unterstand seit 1916 - und bis Ende 1937 - Dr. Karl Eisen, der zwar als verständnisvoller, um die Rechte seiner Pfleglinge besorgter Arzt galt⁹³⁴, doch auch dem Erbgesundheitsgericht beim Amtsgericht Regensburg angehörte und somit häufig an den Sterilisationsentscheidungen beteiligt war⁹³⁵. Schon 1934 mußte Karthaus 145 Pfleglinge der aufgelösten Deggendorfer Anstalt aufnehmen, ohne daß es Erweiterungsbauten gegeben hätte, während zugleich die Verpflegungssätze für die Kranken gesenkt und das Personal abgebaut wurden⁹³⁶. Unter Eisens Nachfolger Dr. Reiß, der die Heil- und Pflegeanstalt bis Kriegsende leitete, verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Kranken weiter. Reiß selbst schrieb 1939: "Die Anstalt verfügt über 1000 Krankenbetten. Werden jedoch geeignete Abgebaute, Stumpfe, Unheilbare, Unreine, Zerreißer und kriminelle Minderwertige auf Stroh gelegt, so ist es möglich, etwa 1330 Kranke bei äußerster Zusammenlegung unterzubringen. (...) Das ist keine Härte, die Kranken empfinden dieses nicht, einem kriminellen Psychopathen schadet eine härtere Unterbringung überhaupt nicht."⁹³⁷

Im Jahr 1934 wurden in Karthaus 68 Männer, darunter drei Alkoholiker, sterilisiert, 33 Frauen mußten den Eingriff über sich ergehen lassen. In den folgenden Jahren bis zum Kriegsbeginn lag die Zahl der Operationen jeweils in ähnlicher Höhe. Bis dahin waren in der Heil- und Pflegeanstalt insgesamt 634 Personen sterilisiert worden⁹³⁸. Es bestanden dort eine "erbbiologische" Station sowie ein eigens für diese Eingriffe eingerichteter Operationssaal. Im Juni 1936 begann man mit der systematischen Bestandsaufnahme der "erbkranken Sippen", wozu die Angehörigen der Patienten eigene Ahnenbögen auszufüllen hatten. Auf deren Grundlage legte man "Sippentafeln" und Karteien an, die auch dem Reichsgesundheitsamt zugeleitet wurden und damit später vermutlich als Material für die "Euthanasie" Verwendung fanden⁹³⁹.

Schottenheim hieß die Praxis der Zwangssterilisierungen ausdrücklich gut. Der Regierung berichtete er, "daß das Verständnis für die Wichtigkeit und Notwendigkeit der (...) verlangten Eingriffe im Volke zunimmt" und daß nur in ganz wenigen Fällen Zwangsmaßnahmen angewandt werden mußten⁹⁴⁰. Und zur Eröffnung der Ausstellung "Leben und Gesundheit", durchgeführt vom "Deutschen Hygiene-Museum Dresden" im Jahr 1935, verkündete er öffentlich: "Durch das Sterilisierungsgesetz wurde eine Tat vollbracht, um deren Auswirkungen

⁹³¹ 14.7.1933, RGBI I S.529. Vgl. allg. K.Lenz: Die Bevölkerungswissenschaft im Dritten Reich, Wiesbaden 1983. G.Bock: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus, Opladen 1986.

⁹³² Rundschreiben Januar 1934 (Rückseite eines Blattes in ZR 372).

⁹³³ Erwähnt in Reg. an Stadt 25.6.1934, ZR 20357, vgl. auch Fragebogen für das Statistische Jahrbuch Deutscher Gemeinden, Stand März 1935 (ZRa 13544), wonach im Evangelischen Krankenhaus eine neue "Erbkrankenstation" mit acht Betten eingerichtet worden war.

⁹³⁴ Vgl. Jb. 1936 der Anstalt, zit. in Rundschau. Zeitschrift des Nervenkrankenhauses Rgbg., Ausgabe März 1977, hier S.21.

⁹³⁵ Vorsitz im Erbgesundheitsgericht im allg. Amtsgerichtsrat Scharnagl, Beisitzer neben Eisen u.a. Dr.Scharff, Landgerichtsarzt Dr.Bunz, Sanitätsrat Dr.Herrich-Schäffer und Medizinalrat Dr.Vierzigmann.

⁹³⁶ Rundschau (s.Anm.934) S.20, vgl. auch MInn an Reg. 14.8.1934, StA 6306, wonach den Anstaltsinsassen Fingerabdrücke abgenommen werden sollten.

⁹³⁷ Zit. nach Rundschau (s.Anm.934) S.22.

⁹³⁸ Ebd. S.21; die gleiche Summe in MZ 3.-4.6.1989.

⁹³⁹ Erinnerungen einer Ärztin, Rundschau (wie Anm.934) S.24-29. Hier auch Einzelheiten zu den beengten Verhältnissen, dem Personalangel und den Veränderungen im Klinikalltag nach Kriegsbeginn.

⁹⁴⁰ Sch. an Reg. 21.11.1935, ZR 20357, auf der Grundlage eines Berichts Scharff an Zwick 19.11.1935, ebd.

willen uns die späteren Geschlechter noch danken werden. Es hat keinen Sinn, wenn in einem Staate geduldet wird, daß der geistig Minderwertige wiederum geistig minderwertige Nachkommenschaft in die Welt setzt. Denn riesengroß sind die Summen, die der Staat aufzuwenden hat, für all die ungezählten Kretinen- und Irrenanstalten."⁹⁴¹

Von seiten der Stadtverwaltung war Jugendamtsleiter Graßmann mit den Sterilisationen befaßt, seit 1938 mit der Dienstbezeichnung "Sterilisationspfleger"⁹⁴². Schon Jahre zuvor hatte das Jugendamt Anträge auf Sterilisierung von Fürsorgezöglingen gestellt⁹⁴³. Im August 1936 ordnete das Erbgesundheitsgericht die Sterilisierung einer 33-jährigen, schizophrenen Tschechoslowakin an. Die vielfach vorbestrafte Frau lebte mit ihrem deutschen Ehemann in der Obdachlosensiedlung am Pulverturm, war mittlerweile jedoch in Karthaus untergebracht. Der Einspruch des Ehemanns beim Erbgesundheitsobergericht Nürnberg war sofort verworfen worden, weil das Sterilisierungsgesetz dem Ehegatten ein Beschwerderecht nicht einräumte. Doch gab dieser noch nicht auf und drohte, das Vorgehen der deutschen Behörden in der Tschechoslowakei bekannt zu machen. Daraufhin denunzierte ihn Graßmann bei der Gestapo⁹⁴⁴. Bei anderer Gelegenheit teilte der Oberinspektor dem Erbgesundheitsgericht mit, es könne sich "empfehlen, die Sterilisation des H. zu beschleunigen. Er unterhält nach meinen einwandfreien Beobachtungen (im Wald bei Bruckdorf) ein Liebesverhältnis."⁹⁴⁵ Graßmann legte also ausgesprochenen Übereifer an den Tag⁹⁴⁶; möglicherweise lag die Erklärung hierfür in seiner früheren SPD-Mitgliedschaft, die er später mit besonderer Willfährigkeit ausgleichen zu müssen glaubte⁹⁴⁷.

Erschreckend wirken häufig die Begründungen für den Beschluß, die Zwangssterilisierung anzuordnen. Ein 45-jähriger Maschinenmeister, der sich beim Hausbau finanziell und nervlich übernommen hatte, sei manisch-depressiv geworden; ein berufsloser, 28-jähriger Mann zeige extrem schwache Veranlagung und lächle ständig "in einfältiger und blöder Weise", leide also an "tiefgehendem Schwachsinn"; ein 39-jähriger Erdarbeiter, der seine Nachbarn denunziert hatte, über Hitler geschimpft zu haben, war wegen falscher Anschuldigung in Schutzhaft gekommen und litt angeblich an Schizophrenie. Mit unglaublicher Leichtfertigkeit wurde sterilisiert, wenn jemand ungewöhnlich langsame Reaktionen zeigte, und sogar, wenn ungesichert war, ob es sich wirklich um eine Erbkrankheit handelte - so im Fall eines 24-jährigen Mannes. Bei einer 45-jährigen "tiefstehend Schwachsinnigen" ergaben sich "nach der Durchforstung der Sippentafel einzelne Belastungsmomente". Sie genügten ebenso, um die Sterilisation anzuordnen, wie die erbliche Belastung eines 27-jährigen, der häufig Wutausbrüche gezeigt hatte, oder die eines Mannes, dessen Vater "getrunken haben soll". Vorstrafen als Beleg für asoziale und kriminelle Neigungen wurden ebenso hervorgehoben wie vorgebliche übersteigerte - und damit "besonders bedenkliche" Sexualität⁹⁴⁸.

⁹⁴¹ Wortlaut der Ansprache vom 27.10.1935 in NIS 16. Zu dieser Ausstellung ZRa 14072.

⁹⁴² Dienstanweisung Weigert für das Jugendamt, JUG 529. Aufstellung Amtsgericht (1938) über geistig Behinderte, die offenbar nicht in Anstalten verwahrt wurden, in ZRa 12240.

⁹⁴³ Vgl. Verzeichnis Stand 1.10.1935, das fünf erledigte und zwei laufende Anträge aufführt, ZR 18632.

⁹⁴⁴ Sterilisationsakt des Jugendamts Therese W. (Stadtarchiv).

⁹⁴⁵ Sterilisationsakt H. (ebd.)

⁹⁴⁶ In JUG 545 und dem Jugendamtsakt "X. Fürsorgeerziehung. E. Anstalten" zahlreiche Gutachten und weitere Äußerungen Graßmanns über Fürsorgezöglinge, die schon von der Wortwahl her diese Einschätzung stützen ("geistig minderwertige Objekte", "asozial; arbeitsscheue Familie", "sittlich tiefstehend" etc.). Vgl. auch Graßmann an Reinemer 22.1.1936 (JUG 524) mit dem Vorschlag, den Zuschuß an die HJ zu erhöhen.

⁹⁴⁷ Seine Erklärung, keine Beziehungen mehr zu den aufgelösten Linksparteien zu unterhalten, in StA (1987) 1 blau 316 = 4146 a.

⁹⁴⁸ Alle Beispiele aus den Sterilisationsakten des Jugendamts (Stadtarchiv).

Ihren Höhepunkt fand die menschenverachtende Behandlung Behinderter in der sogenannten Euthanasie-Aktion, von Hitler angeordnet im Oktober 1939⁹⁴⁹. Rund 40 Ärzte arbeiteten in der nach ihrem Quartier an der Berliner Tiergartenstraße benannten Mordorganisation "T 4". Bis August 1941 ließen sie rund 70000 Menschen töten, bevor sich die meisten von ihnen als Vergasungsspezialisten in den polnischen Vernichtungslagern an der "Endlösung der Judenfrage" beteiligten.

Bei 639 der Ermordeten handelte es sich um Insassen der Regensburger Heil- und Pflegeanstalt Karthaus, die von 4.11.1940 bis 5.8.1941 bei fünf größeren Transporten - vermutlich in Viehwaggons - nach Schloß Hartheim bei Linz geschafft und dort vergast wurden. Mindestens 72 der Ermordeten stammten aus Regensburg selbst⁹⁵⁰, doch dürften noch weitere, in anderen Anstalten untergebrachte Regensburger der Aktion zum Opfer gefallen sein, wie Karl H., der 1939 von Karthaus nach Reichenbach und von dort am 4.7.1941 "in eine unbekannte Anstalt" verlegt wurde⁹⁵¹ - die übliche Umschreibung für den Abtransport in die Gaskammern. 1977 erinnerte sich eine ehemalige Anstaltsärztin von Karthaus: "Wir erhielten Meldebogen zur Ausfüllung und füllten sie aus im Glauben, sie seien für eine Statistik der Erbkrankheiten. (...) Die Abholung und der Transport geschah durch fremdes Personal mit Überführung nach Hartheim bei Linz. Einige Wochen später erhielten die Angehörigen die Todesnachricht wegen Erkrankung mit falschen Diagnosen und die Mitteilung, daß bereits Einäscherung erfolgt sei. Eine Panik brach aus in den Familien, die betroffen waren, und bei den Kranken, die dies Unheil erspürten." Die Ärzte reagierten, indem sie vor weiteren Transporten Kranke entließen. "Wir wurden von Ritterkreuzträgern beschimpft, deren Geschwister vergast wurden, andererseits kamen Bauern und ersuchten uns, ihren Kranken doch hier eine Spritze zu geben, sie würden uns auch dafür Lebensmittel bringen..."⁹⁵²

Nach dem Ende der Aktion, zu der die berühmte, allerdings erst im Sommer 1941 gehaltene Protestpredigt Bischof Galens von Münster beigetragen hat⁹⁵³, wurden die Behinderten zwar nicht mehr systematisch vergast, doch ließ man sie nun auf andere Weise umkommen - insbesondere durch Giftspritzen und die Einrichtung von Hungerstationen. Vor dem Landgericht München I gestand Reiß im Jahr 1948, bei einer Besprechung aller bayerischen Anstaltsdirektoren im Innenministerium Ende 1942 seien sogar "Speisezettel" ausgegeben worden, nach denen zu verfahren war, um die Behinderten systematisch verhungern zu lassen⁹⁵⁴. Dennoch ist für Karthaus das Bestehen einer solchen Hungerstation nicht nachweisbar⁹⁵⁵; in sich widersprüchlich berichtete die erwähnte Ärztin: "Dafür kamen Anordnungen, es seien Hungerstationen einzurichten für nicht arbeitsfähige Kranke, wir weigerten uns da noch Visite zu machen, der Direktor führte es nicht durch."⁹⁵⁶

⁹⁴⁹ Grundlegend E.Klee: "Euthanasie" im NS-Staat, Frankfurt 1983. Ders. (Hg.): Dokumente zur "Euthanasie", Frankfurt 1985. H.-W.Schmuhl: Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie, Göttingen 1987. Überblick mit neuer Lit. bei W.Petter: Zur nationalsozialistischen "Euthanasie", in Der Zweite Weltkrieg (1989) S.814-826. Vgl. für Rgbg. die umfangreiche Berichterstattung der MZ 3.-4.6.1989.

⁹⁵⁰ Frdl. Hinweis des stellv. Anstaltsleiters Dr. Clemens Cording, dem für seine Kooperationsbereitschaft gedankt sei. Zur Bedeutung Hartheims als Mordanstalt für Dachauer KZ-Insassen vgl. G.Kimmel: Das Konzentrationslager Dachau, BNS II (1979) S.349-413, hier S.388.

⁹⁵¹ Heil- und Pflegeanstalt Mainkofen an Stadt 24.7.1941, JUG Akt Karl H. (Stadtarchiv).

⁹⁵² Rundschau (s.Anm.934) S.26 f.

⁹⁵³ Predigt 3.8.1941, abgedruckt in P.Löffler (Bearb.): Bischof Clemens August Graf von Galen Bd. II, Mainz 1988 S.874 ff.

⁹⁵⁴ Sitzung der 3.Strafkammer 16.11.1948, zit. bei Klee (1983), s.Anm.949, S.429.

⁹⁵⁵ Hinweis Dr. Cording, s.Anm.950.

⁹⁵⁶ Rundschau (s.Anm.934) S.27.

D. Die Verschärfung des Terrors unter Kriegsbedingungen

Mit Kriegsbeginn verschärfte sich ganz allgemein der Terror gegen Einzelpersonen; langjährige Freiheitsstrafen und KZ-Einweisungen für vergleichsweise harmlose Vergehen häuften sich⁹⁵⁷; so wurde ein angesehener Geschäftsmann verhaftet, der billiges Linoleum versteckt und nur noch teureres verkauft hatte⁹⁵⁸. Ebenso häufig wie solche Verstöße gegen kriegswirtschaftliche Verordnungen waren die gegen das Verbot, ausländische Rundfunksender zu hören⁹⁵⁹. Hierfür verurteilte das Sondergericht Nürnberg einen Regensburger Reichsbahngehilfen zu vier Jahren Zuchthaus⁹⁶⁰, Nachkriegsoberbürgermeister Alfons Heiß erhielt für dieses Delikt anderthalb Jahre Zuchthaus⁹⁶¹. Ein Arbeiter, der einem Kriegsgefangenen Lebensmittel zugesteckt hatte, wurde zu 20 Monaten Zuchthaus verurteilt⁹⁶², eine Achtzehnjährige, die Feldpostsendungen gestohlen, und die Hehlerin, die ihr die gestohlene Ware abgenommen hatte, erhielten je sechs Jahre Zuchthaus; letztere wurde nur wegen ihrer Jugend nicht zum Tod verurteilt⁹⁶³. Aus dem gleichen Grund erhielt eine zwanzigjährige Säuglingspflegerin, die in einen Luftschutzkeller eingebrochen war, "nur" sechs Jahre Zuchthaus⁹⁶⁴. Die Verwendung von Fleischmarken, die von feindlichen Flugzeugen abgeworfen worden waren, brachten einer achtzehnjährigen, nicht vorbestraften Gärtnergehilfin zwei Jahre Haft ein⁹⁶⁵. Geradezu Glück hatte eine junge Frau, die dafür, daß sie Geschlechtsverkehr mit einem Kriegsgefangenen gehabt hatte, nur zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde⁹⁶⁶; für homosexuelle Handlungen erhielt ein Wachtmeister der Schutzpolizei vom SS- und Polizeigericht immerhin auch schon 21 Monate Zuchthaus⁹⁶⁷. In einem Fall schließlich war auch ein städtischer Bediensteter betroffen, der Kranführer Franz R. mit seiner Ehefrau, der von der Gestapo wegen "staatsfeindlicher Betätigung" verhaftet und daraufhin von Reinemer entlassen wurde, da eine hohe Haftstrafe zu erwarten sei⁹⁶⁸.

Großes Aufsehen erregte in Regensburg die Zerschlagung der sogenannten "Neupfarrplatzgruppe". Von Oktober 1942 bis Februar 1943 wurden über 30 Personen festgenommen, denen die Gestapo staatsfeindliches Verhalten vorwarf⁹⁶⁹. In Wahrheit handelte es sich hier keineswegs um eine feste Organisation, vielmehr trafen sich seit Jahrzehnten am Regensburger Neupfarrplatz Angehörige sozialer Randgruppen - Invaliden aus dem Ersten Weltkrieg, Sozialrentner, Arbeitsunfähige - um soziale Kontakte zu pflegen, über dies und jenes zu schimpfen, mittlerweile aber natürlich auch, um Gerüchte über die Kriegslage auszu-

⁹⁵⁷ DS 944: Gestapo an Stadt 3.6.1942 über den langjährigen KZ-Häftling Jakob S., der "heute noch als polit. unzuverlässig" galt. Listen aller Verhaftungen der Staatspolizei(leit)stellen für Oktober und Dezember 1941 in BA Koblenz, R 58/195-213.

⁹⁵⁸ RPB 9.10.1939, vgl. z.B. auch den Fall des zu 22 Monaten Zuchthaus verurteilten Franz W. (W. an Stadt 14.5.1945, NIB, Akt "Verschiedenes").

⁹⁵⁹ VO über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen 1.9.1939, RGBI I S.1683. Vgl. z.B. JUG Akt August L. (Stadtarchiv) sowie RPB 8.7.1940 und 8.1.1944. Vgl. auch Kammerbauer (1981) S.327 ff.

⁹⁶⁰ Urteil 16.3.1943 (JUG Akt Helene R., um deren Stiefvater es sich handelte). Vgl. auch den in ZRa 12158 erwähnten Fall der Familie von Elly H. Zu den für Rgbg. zuständigen Sondergerichten: Kammerbauer (1981) S.343 ff.

⁹⁶¹ W.Kick S.199 ff. und Kammerbauer (1981) S.328.

⁹⁶² Erwähnt im RPB 8.2.1942.

⁹⁶³ Urteile 9.11.1943 bzw. 25.3.1944, JUG/Gefangenenfürsorge Rita M. und Elisabeth M.

⁹⁶⁴ Sondergerichtsurteil 6.4.1944, JUG Akt Irmgard B.

⁹⁶⁵ Sondergerichtsurteil 16.5.1944, JUG Akt Rosa R.

⁹⁶⁶ Urteil des AG Rgbg. 1.11.1944, erwähnt in ZRa 12158.

⁹⁶⁷ Der Fall in PAP 2417.

⁹⁶⁸ Verf. Reinemers 3.11.1942, PAM 522.

⁹⁶⁹ RPB 9.11.1942, vgl. BNS I (1977) S.309 mit weiteren Quellen.

tauschen⁹⁷⁰. Zum geringeren Teil handelte es sich um ehemalige KPD-Mitglieder. Selbst die Staatspolizeistelle kam zu dem - aus ihrer Sicht allerdings vernichtenden - Urteil, hier sei in einer kommunistischen Gerüchteküche nur zersetzende Mundpropaganda betrieben worden⁹⁷¹. Es war offensichtlich, daß für den Staat von dieser angeblichen Gruppe keinerlei Gefahr ausging, also weder Revolutionspläne noch irgendwelche gewaltsamen Maßnahmen vorbereitet wurden; hierzu hätten sich die Festgenommenen wohl kaum in aller Öffentlichkeit getroffen. Dennoch schlug die NS-Justiz mit voller Härte zu, da "durch diesen Personenkreis viele deutsche Volksgenossen in ihrer Siegeszuversicht ganz erheblich geschwächt, wenn nicht staatsgegnerisch eingestellt worden sind"⁹⁷². Der 6.Senat des Volksgerichtshofs kam Mitte 1943 eigens zu einer Sitzung in Regensburg zusammen und verhängte zwei Todesurteile: gegen den Postfacharbeiter Josef Bollwein und den Hilfsarbeiter Johann Kellner. In der Urteilsbegründung war von kommunistischer Hetzpropaganda, dem Abhören von Feindsendern und dem Besmieren von Hauswänden mit wehrkraftzersetzenden Parolen die Rede⁹⁷³. Weitere Angeklagte erhielten Haftstrafen von bis zu sechs Jahren Zuchthaus, die Freigesprochenen kamen fast alle ins Konzentrationslager Flossenbürg, wo auch einige der Festgenommenen schon vor dem Prozeß, teils durch angeblichen Selbstmord, ums Leben gekommen waren⁹⁷⁴.

⁹⁷⁰ Ausführlich W.Kick S.128 ff., zusammenfassend Albrecht (1984) S.230 f. und Mehringer (KPD) S.267 f. Vgl. zu diesem "Rentnerparlament" auch Tenfeldes Beschreibung des "Penzberger Stachus" (wie Anm.925, hier S.209 und S.249 ff.).

⁹⁷¹ Untersuchungsbericht 18.1.1943, zit. bei Mehringer (KPD) S.268. Mehringer (S.269) wertet das Treiben der Neupfarrplatzgruppe als "dumpfe, emotional-weltanschaulich eingefärbte Opposition".

⁹⁷² Abschlußbericht Stapostelle Rgbg., s. vorige Anm.

⁹⁷³ Kurzbiographien und Details zu den Urteilen bei W.Kick S.139 ff. bzw. S.146 ff., vgl. auch Mehringer (KPD) S.267 ff.

⁹⁷⁴ Bei den Todesopfern handelte es sich um Max Massinger, Johann Schindler, Franz Herzog, Johann Eibl, Georg Zaubzer und den damals stadtbekannteren Josef Haas, der sich als Arm- und Beinamputierter von seinem Hund in einem Wagen durch die Straßen ziehen ließ. Kurzbiographien bei W.Kick S.151 ff. Ebd. S.213 ff. zum Schicksal des liberalen Beamten Alois Krug, der am 8.1.1945 im KZ Dachau ums Leben kam.

DRITTER TEIL: STADTVERWALTUNG, STAATSBEHÖRDEN UND WEHRMACHT

I. STADTVERWALTUNG UND STAATSAUFSICHT

A. Die Kreis- bzw. Bezirksregierung von Niederbayern und der Oberpfalz

Am 1.4.1932 wurden zum Zweck der Verwaltungsvereinfachung die beiden Kreise Oberpfalz und Niederbayern zusammengelegt¹; gemeinsamer Regierungssitz war Regensburg². Rund 20000 qkm umfaßte der neue Kreis "Niederbayern und Oberpfalz" mit seinen 41 Bezirksämtern und den neun kreisunmittelbaren Städten³, bei der Volkszählung von 1933 ergab sich eine Einwohnerzahl von 1,42 Millionen⁴. Nach der deutschen Besetzung des Sudetenlands kamen die Gebiete von Prachatitz, Bergreichenstein und Markt Eisenstein hinzu⁵.

Die Kreisregierungen bestanden aus den beiden Kammern des Innern und der Forsten, letztere fielen 1935 durch die Neugliederung der staatlichen Forstverwaltung weg⁶. 1939 änderten sich auch die Funktionsbezeichnungen: Der Titel der Kreisregierung lautete nun "Der Regierungspräsident", die Kreise hießen ab jetzt "Regierungsbezirke", die bisherigen Bezirksämter nun "Landratsämter"⁷.

Als Regierungspräsident von Niederbayern amtierte seit 1929 Dr. Heinrich Wirschinger (Jahrgang 1875), der 1932 auch das Regierungspräsidium des zusammengelegten Kreises übernahm⁸. Er war derjenige bayerische Regierungspräsident, der sich nach der NS-Machtergreifung am längsten im Amt halten konnte, obwohl auch er im März 1933 bei zwei Demonstrationen mit Schutzhaft bedroht worden war⁹. In den Positionskämpfen innerhalb der bayerischen Parteispitze entstand jedoch ein Machtvakuum, das Wirschinger als Schützling Schemms zunächst für sich nützen konnte¹⁰. Dabei bewies er großen persönlichen Mut; häufig kritisierte er in seinen Berichten an das Innenministerium in verdeckter Form Übergriffe von Parteistellen und betonte die Eigenständigkeit der Verwaltung, während er "staats-

¹ VO 21.3.1932, GVBl S.177.

² Verzeichnisse staatlicher Dienstgebäude in Rgbg. in StA (1987) 3 gelb 608 ff. = 2096 a.

³ Amberg, Deggendorf, Landshut, Neumarkt, Passau, Rgbg., Schwandorf, Straubing und Weiden.

⁴ Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 66 (1934) S.205.

⁵ Entschließung des RMdI 13.10.1938, erwähnt im RPB 7.11.1938. Gesetzliche Regelung 25.3.1939, RGBI I S.715. Das Gebiet des Bezirks wuchs um 1700 km², 124 Gemeinden und rund 88000 Einwohner, vgl. W.Ziegler (1973) S.XXIX f.

⁶ Gesetz über die Landesforstverwaltung 7.2.1935, GVBl S.93.

⁷ VO über den Neuaufbau des Reiches 28.11.1938, RGBI I S.1675, vgl. GVBl S.426.

⁸ Kurzbiographie bei W.Ziegler (1973) S.XXVI Anm.16.

⁹ Ereignismeldung an MInn in HStAM MInn 73687, vgl. Albrecht (1984) S.223, Schönhoven S.626 und W.Ziegler (1973) S.XXXV.

¹⁰ Vgl. Schönhoven S.627.

feindliche" Bestrebungen sehr pauschal abhandelte¹¹. Immer wieder lehnte die Kreisregierung auch die Erteilung von Auskünften an Parteidienststellen wegen angeblicher Arbeitsüberlastung ab¹², und selbst gegenüber SA-Gruppenführer Rakobrandt, dem ihm zugeordneten Sonderkommissar, trat Wirschinger recht selbstbewußt auf (s.u.). Bis zuletzt betonte er gegenüber Gauleiter Schemm die Trennung von Partei und Staat; selbstverständlich werde er sich als Beamter loyal verhalten, doch könne man nicht erwarten, "daß er sich auf den Boden der NS-Weltanschauung stelle"¹³. Solche Äußerungen machten ihn als Regierungspräsidenten untragbar, Mitte 1934 ließ er sich in den Ruhestand versetzen. 1945 wurde er nochmals für kurze Zeit im bayerischen Innenministerium tätig, gestorben ist er am 18.2.1950¹⁴.

Einen Monat lang, im Juli 1934, firmierte Franz Schwede, der ehemalige Oberbürgermeister von Coburg und erste nationalsozialistische Bürgermeister Deutschlands¹⁵, als Regierungspräsident von Niederbayern und der Oberpfalz. Jedoch hat er sein Amt nicht angetreten¹⁶, vielmehr ernannte Hitler Schwede zum Gauleiter von Pommern, so daß der Regensburger Regierungspräsidentenstuhl nochmals mehrere Monate lang vakant blieb.

Wirschingers Nachfolger wurde Wilhelm Freiherr von Holzschuher, geboren 1893 in der Nähe von Nürnberg als Sohn eines Gutsbesitzers¹⁷. Als berufsloser Weltkriegsoffizier bewirtschaftete er in den zwanziger Jahren den Familienbesitz und trat 1928 der NSDAP bei, in der er eine steile Karriere machte. 1932 gehörte er dem Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß in der Reichsleitung der Partei an, Anfang 1934 trat er der SS bei, in der er nach wenigen Monaten den hohen Rang eines Gruppenführers erlangte¹⁸.

Holzschuher war berüchtigt für sein selbstherrliches, schroffes Verhalten. Er legte sich, vertrauend auf seine guten Beziehungen zu Frick und Heß¹⁹, sogar mit Innenminister Wagner und Gauleiter Wächtler an²⁰. Damit soll er sich derart unbeliebt gemacht haben, daß man ihn "weglobte" und zum Regierungspräsidenten in Regensburg berief. Seine feierliche Amtseinführung erfolgte im Reichssaal in Anwesenheit Bormanns durch Ministerpräsident Siebert sowie Gauleiter und Kultusminister Schemm²¹. Holzschuher entwickelte sich zum Exponenten einer scharfen Linie im Kirchenkampf und lag nach wie vor ständig im Konflikt mit Wächtler und Wagner²². Ende 1938 wurde er zur Freude Wächtlers für mehrere Wochen beurlaubt²³, da im Zusammenhang mit den sogenannten "Pilstinger Vorfällen"²⁴ gegen ihn ein Untersuchungsverfahren wegen Landfriedensbruchs lief. Es gab Gerüchte, er habe Unterschlagungen und anschließend Selbstmord begangen, sei geflohen oder ins KZ eingeliefert worden. Drei Personen, die man als Verursacher der Gerüchte ausgemacht zu haben glaubte,

¹¹ Vgl. z.B. Entwurf HMB 4.1.1934, StA 22040: Passage über Schriften des Pustetverlags, die von der PolDir beanstandet und daher eingestampft worden waren. Wirschinger strich den Absatz und vermerkte: "Ist das unbedingt notwendig? Wenn nicht, weglassen." Tatsächlich taucht der Absatz im fertigen Bericht nicht mehr auf. Vgl. allg. zu Wirschingers mutigem Verhalten W.Ziegler (1973) S.XXXV und Domröse S.352.

¹² Belege in StA 14175.

¹³ Zit. bei W.Ziegler (1973) S. XXXV.

¹⁴ Ebd. S.XXVI Anm.16.

¹⁵ Kurzbiographie ebd. S.XXXVII Anm.74, vgl. auch F.Schwede-Coburg: Kampf um Coburg. ²München 1939.

¹⁶ Sogar der Termin seiner Amtseinführung (18.7.1934) durch Siebert und Schemm stand schon fest; Einladung in ZRa 12169, vgl. auch BOW 16.-18.7.1934.

¹⁷ W.Ziegler (1973) S.XXVI Anm.17.

¹⁸ Ebd. und S.XXXVIII Anm.76.

¹⁹ Vgl. auch Holzschuher an Reichsleiter Bouhler, Chef der Kanzlei des Führers, StA 17775.

²⁰ Vgl. W.Ziegler (1981) S.20.

²¹ Mb 4.2.1935, ZR 3725 c. Einladung zur Feier am 12.1.1935 in ZRa 12169.

²² Vgl. Schönhoven S.629 und darüber hinaus RPB 5.6.1937 mit Kritik Holzschuhers an der Teilnahme ihm nicht unterstellter Behörden am Fest zum 70.Geburtstag des Fürsten von Thurn und Taxis.

²³ W.Ziegler (1973) S.XXVI Anm.17.

²⁴ Vgl. ebd. S.162 ff.

wurden von der Stapostelle Regensburg verhaftet und von dem in Regensburg tagenden Sondergericht Nürnberg wegen "Heimtücke" zu je drei bis fünf Monaten Gefängnis verurteilt²⁵. Dennoch war Holzschuher als Regierungspräsident offenbar untragbar geworden, jedenfalls wechselte er im Februar 1939 in das "Hauptamt Ordnungspolizei" beim Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsinnenministerium²⁶ und leitete nun das Zentralbodenamt beim Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums. Ab 1941 bewirtschaftete er wieder das Familiengut Artelshofen in Mittelfranken. 1948 wurde er vom Landgericht Landshut wegen Freiheitsberaubung und Nötigung während seiner Amtszeit - erneut ging es um die Vorgänge von Pilsting - zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Das Oberlandesgericht München verwarf seine Revision, doch wurde ihm die zur Bewährung ausgesetzte Strafe 1950 erlassen. Freiherr von Holzschuher starb am 31.3.1965²⁷.

Seit 29.8.1939 führte der Salzburger Jurist und Kunsthistoriker, Ministerialdirigent Dr. Dr. Friedrich Wimmer, die Geschäfte des Regierungspräsidenten in Regensburg²⁸. Zuvor hatte er ein Jahr lang als Staatskommissar beim Reichsstatthalter in Wien fungiert²⁹. Im April 1940 wurde er auch formell zum Regierungspräsidenten ernannt, jedoch schon wenige Wochen später als Generalkommissar für Verwaltung und Justiz unter Seyß-Inquart, mittlerweile Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, eingesetzt. Seit Anfang 1944 vertrat er Seyß-Inquart, kam 1945 in Kriegsgefangenschaft, arbeitete ab 1949 für eine Versicherungsgesellschaft und starb am 2.8.1965³⁰.

Drei Jahre lang blieb Wimmers Position als Regierungspräsident unbesetzt. Erst ab April 1943 führte der Jurist Gerhard Bommel aus dem Reichsinnenministerium die Geschäfte kommissarisch, im September 1943 führten ihn Reichsstatthalter Epp und Gauleiter Wächtler dann förmlich in sein Amt als Regierungspräsident ein, das er bis Kriegsende innehatte³¹. Somit kam ihm in den letzten Kriegsjahren auch die Funktion einer geschäftsführenden Behörde des Reichsverteidigungskommissars zu. Nach Kriegsende wurde Bommel seines Dienstes enthoben, arbeitete ab 1955 in Mülheim/Ruhr als Rechtsanwalt und starb am 16.12.1966³².

Größten Einfluß gewannen, insbesondere während der häufigen und langen Vakanzen auf dem Regierungspräsidenten-Posten, die jeweiligen Stellvertreter. Als solche amtierten in Regensburg von 1932 bis 1936 Julius Hahn, bis 1942 Hermann Edler von Gäßler, der somit von Frühjahr bis Herbst 1939 und von Mai 1940 bis Ende 1942 faktisch das Amt des Regierungspräsidenten versah, sowie von 1943 bis Kriegsende Dr. Kurt Sierp³³.

B. Der Vollzug der Staatsaufsicht

Zwar war die Staatsaufsicht über die Gemeinden durch die Bayerische Gemeindeordnung von 1927 und dann die Deutsche Gemeindeordnung von 1935 gesetzlich geregelt, doch kam ge-

²⁵ RPB 9.2. und 7.3.1939.

²⁶ Erlaß RMdI 16.2.1939, erwähnt im RPB 7.3.1939.

²⁷ W.Ziegler (1973) S.XXVI Anm.17.

²⁸ Sein Amt nahm er am 14.9.1939 auf, vgl. StA 14175.

²⁹ W.Ziegler (1973) S.XXVI Anm.18.

³⁰ Ebd.

³¹ Ebd. S.XXVII Anm.19 f. Zur Amtseinführung StA 14175, vgl. Rundschreiben ZRa 12169.

³² W.Ziegler (1973) S.XXVII Anm.20.

³³ Ebd. Anm.21 ff. mit Kurzbiographien.

rade hier der persönlichen Beziehung zwischen Stadtoberhaupt und Regierungspräsident besondere Bedeutung zu.

Oberbürgermeister Hipp hatte gegen Ende seiner Amtszeit einen von ihm bewußt in Kauf genommenen, schweren Konflikt mit der Kreisregierung auszustehen, als er sich weigerte, für 1932/33 einen abgeglichenen Etat aufzustellen. Trotz allen Verständnisses für die mit Wohlfahrtslasten überforderten Gemeinden mußte daraufhin die Kreisregierung selbst den städtischen Haushalt festsetzen. Über das Verhältnis Schottenheims zum im Amt gebliebenen konservativen Regierungspräsidenten Wirschinger läßt sich dagegen nur spekulieren. Auch der neue NS-Oberbürgermeister kannte selbstverständlich dessen umstrittene, durch die SA-Sonderbeauftragten³⁴ gefährdete Position; als solche amtierten in Regensburg zunächst SA-Oberführer Breitenbach³⁵, ab September 1933 Gruppenführer Rakobrandt³⁶, die trotz mangelnder Sachkenntnis großen Einfluß gewannen, bald allerdings wegen der "starken Unruhe", die sie in die Verwaltung brachten, von Partei und Regierung gemeinsam bekämpft wurden³⁷. Schon die Tatsache, daß Wirschinger so lange im Amt bleiben konnte, belegt, daß er die Spannungen zwischen SA und Parteiorganisation virtuos auszunützen verstand, wobei er ab Herbst 1933 sehr selbstbewußt gegenüber Rakobrandt auftrat. Beispielsweise bestand er auf der Klärung des Dienstwegs und der Kompetenzen und verbat sich den unhöflichen Ton von Rakobrandts Stabsleiter Bock³⁸. An diese für ihn als Außenstehenden wohl schwer durchschaubaren Verhältnisse mußte sich auch Schottenheim anpassen; Reibungen irgendwelcher Art im dienstlichen Verkehr mit Wirschinger sind nicht belegt.

Erst nach Röhm's Ermordung verfügte dessen Nachfolger, Stabschef Lutze, die Abschaffung der Sonderbeauftragten³⁹. Wirschinger, der kurz zuvor seine Ruhestandsversetzung beantragt hatte, profitierte nicht mehr davon.

In die frühe Amtszeit Holzschuhers fiel die Neuregelung der Staatsaufsicht durch die Deutsche Gemeindeordnung von 1935⁴⁰. Danach war die Aufsicht so zu handhaben, daß "Entschlußkraft und Verantwortungsfreudigkeit der Gemeindeverwaltung gefördert und nicht beeinträchtigt" wurden⁴¹ - im Verwaltungsalltag blieb alles beim alten. Jedoch wäre es durchaus untypisch für den totalitären Staat, hätte man nicht Regelungen für den ungewöhnlichen, den Konfliktfall geschaffen, wo dann die strenge Hierarchie zur Geltung kam. Falls es "im Gesamtinteresse geboten" war, mußte auch "der letzte und rückhaltslose Einsatz staatlicher Machtmittel möglich sein"⁴². Daher beinhaltete die Staatsaufsicht nicht nur das herkömmliche Informationsrecht gegenüber der Gemeinde⁴³, sondern auch die sehr weitgehende Befugnis, Anordnungen des Bürgermeisters herbeizuführen bzw. aufzuheben, wenn sie bestehendes Recht verletzen oder "den Zielen der Staatsführung zuwiderlaufen"⁴⁴ - ein wahrer Gummipa-

³⁴ Zu ihrer Funktion W.Ziegler (1973) S.XXXVI, vgl. Diehl-Thiele S.86 ff. und Domröse S.185 ff. Verantwortlich waren sie Obergruppenführer Fuchs im MInn, der SA-Chef Röhm unterstand. Für 41 Bezirksämter des Kreises amtierten 24 Kommissare, Sonderbeauftragter für das Bezirksamt Rgbg. war Josef Ries (StA 17774, Liste der Sonderkommissare 6.4.1933), später Fritz Rix, vgl. W.Ziegler (1973) S.26 Anm.2.

³⁵ Vgl. StA (NSDAP) 17 (Breitenbach an Reg. 8.7.1933).

³⁶ Belege bei Weinmann S.70 ff., vgl. auch Domröse S.215 f., wonach sich Röhm zum 1.9.1933 von den unsicheren SA-Kommissaren bei den Regierungen trennte.

³⁷ W.Ziegler (1981) S.25.

³⁸ Vermerk Wirschingers 27.10.1933, StA 14175. Zu Rakobrandt als Sonderbeauftragtem W.Ziegler (1973) S.XXXVI f.

³⁹ Verf. 10.7.1934, zit. bei W.Ziegler (1973) S.XXXVII.

⁴⁰ §§ 106-116 DGO. Nach § 33 1.DurchfVO 22.3.1935 RGBI I S.393 blieb die Reg. Staatsaufsichtsbehörde. Vgl. zum folgenden Matzerath (1970) S.159 Anm.310, S.163 und S.314 ff.

⁴¹ § 106 DGO, vgl. 1.Ausführungsanweisung GVBl, hier S.158.

⁴² Amtliche Begründung 4, DRuPrStA 2.2.1935, 1.Beilage.

⁴³ § 108 DGO.

⁴⁴ §§ 109 und 110 DGO.

ragraph. Als äußerste Möglichkeit blieb bei bedeutsamen Konflikten die Einsetzung eines Staatskommissars⁴⁵. Die Beschwerde mit aufschiebender Wirkung bei der nächsthöheren Aufsichtsbehörde - hier: dem bayerischen Innenministerium - blieb der Gemeinde unbenommen⁴⁶, aber die Verwaltungsklage war nicht mehr möglich, wie auch gegen sonstige Verfügungen der Aufsichtsbehörde kein Rechtsbehelf bestand: "In jedem Falle aber muß es ausgeschlossen sein, daß der Staat für sein obrigkeitliches Eingreifen (...) Recht vor Verwaltungsgerichten suchen muß"⁴⁷.

All dies rechtfertigt das Urteil, die Staatsaufsicht sei durch die DGO deutlich ausgebaut worden⁴⁸. Allerdings waren extreme Konfliktfälle kaum zu erwarten, alle Beteiligten kannten die Hierarchie und konnten sich schon im Vorfeld möglicher Kontroversen aufeinander abstimmen. Dabei kam in Regensburg dem Oberbürgermeister seine gute Beziehung zu Holzschuher zugute. Beide verband die SS-Mitgliedschaft in exponierter Position, beide gehörten dem Aufsichtsrat einer SS-Siedlungsgesellschaft an. Während sich Schottenheim von den Dienststellen der Gauleitung möglichst wenig in die Karten schauen ließ, pflegte er zu Holzschuher ein herzliches persönliches Verhältnis; über alle wichtigen Fragen der Stadtentwicklung wurde der Regierungspräsident umfassend informiert. Zumindest sind keine größeren Kontroversen belegt, wobei allerdings zu bedenken ist, daß mancher Konflikt, der auf dem Dienstweg über die Kreisregierung zu regeln gewesen wäre, an dieser vorbeilief und im direkten Kontakt zwischen Stadt und Partei beigelegt wurde⁴⁹. Vielfach hat Holzschuher Schottenheims ehrgeizige Projekte unterstützt, und selbst nach seiner Rückkehr auf seine Güter im Jahr 1941 blieb der persönliche Kontakt bestehen. Mehrfach ist dabei die Rede von vergangenen und erhofften künftigen gegenseitigen Besuchen. Nur am Rande erwähnt sei, daß Holzschuher auch einen Sondertarif für Leistungen der städtischen Werke eingeräumt erhielt⁵⁰.

Im Zuge der an anderer Stelle erläuterten engeren Bindung der Gemeinden an die Ziele von Staat und Partei ab Ende 1938⁵¹, insbesondere dann nach Kriegsbeginn⁵², verschärfte sich auch die Staatsaufsicht. Immer detaillierter waren nun die Berichte der Gemeinden über Veränderungen aller Art abzufassen; so durften baupolizeiliche Genehmigungen für wichtige Projekte erst nach der Zustimmung der Aufsichtsbehörde erteilt werden. Allerdings machte man in Regensburg damit schlechte Erfahrungen: Mehrfach gelangten Sondierungsgespräche mit ansiedlungswilligen Betrieben, von denen man der Regierung berichten mußte, auch der Landesplanungsbehörde beim Reichsstatthalter zur Kenntnis, und die Betriebe unterstellten daraufhin - aus ihrer Sicht natürlich zurecht - der Stadtverwaltung Indiskretion. Schottenheim kündigte daher an, er werde künftig nur noch Meldung erstatten, wenn eine Industriean siedlung tatsächlich greifbare Formen angenommen habe, und die Landesplanungsbehörde nahm dies hin; der Bürgermeister einer kleineren Gemeinde hätte sich ein solches Verhalten wohl kaum erlauben können⁵³. - Tatsächlich sind nur wenige solche Meldungen belegt. Sie betrafen, nachdem ohnehin nur kriegswichtige Betriebe überhaupt Erweiterungsbauten planen

⁴⁵ § 112 DGO.

⁴⁶ § 113 DGO.

⁴⁷ Amtliche Begründung 1, DRuPrStA 30.1.1935, vgl. Bek. 29.3.1935, GVBl hier S.161.

⁴⁸ Matzerath (1970) S.158.

⁴⁹ Vgl. z.B. ZR 17089 zum Konflikt mit dem Landesfremdenverkehrsverband, der es vorzog, die Kreisleitung, nicht die Reg. einzuschalten.

⁵⁰ Einzelheiten in NIS 3.

⁵¹ Vgl. Regierungsanweisung 1.9.1938, DS 549, mit Liste von Gegenständen, über die schon bei der Vorplanung oder beim Aufkommen von Gerüchten zu berichten war. Entsprechende Verf. Sch. 3.10.1938 ebd. und DS 546.

⁵² Vgl. Reg.-Entschließung 21.2.1940, wonach Sch. seine Mb um "alle von den Kriegsmaßnahmen berührten Lebensgebiete" erweitern mußte, NIS 12.

⁵³ Vermerk H. über Besprechung 19.11.1940 in der Reichsstatthalterei, DS 549.

konnten, Vorhaben der bedeutendsten Betriebe der Stadt, etwa des Messerschmitt-Werks, der Südholag, der Kalkwerke und des Bayerischen Lloyd⁵⁴.

Nach Holzschuhers Ausscheiden aus dem Amt verlor Schottenheim eine wichtige Stütze für seine Projekte. Dementsprechend negativ fiel nun sein Urteil über die Tätigkeit der Bezirksregierung aus: "Wenn ich so viele Trotteln an der hiesigen Regierung jeden Tag sehen muß, dann ärgere ich mich immer wieder"⁵⁵. Anders als für die vorangegangenen Jahre des Aufschwungs finden sich von nun an nur noch wenige Hinweise, daß die Stadt den jeweiligen Chef der Regierung für ihre Zwecke einzuspannen versuchte. Vielmehr blieben die Kontakte offenbar auf das gesetzlich vorgeschriebene Maß beschränkt, ein besonderes Vertrauensverhältnis scheint Schottenheim weder mit Wimmer noch mit Bommel verbunden zu haben, doch vermied man auch jeden größeren Konflikt.

II. STADTVERWALTUNG UND POLIZEI

Die in Regensburg stationierte kasernierte Landespolizei war seit jeher eine Staatsbehörde. Seit Mitte der zwanziger Jahre in Teilen der ehemaligen Reiterkaserne untergebracht, wurde sie 1934/35 ins Rheinland verlegt, wo sie in der Wehrmacht aufging⁵⁶. Daneben bestand in Regensburg eine kommunale, erst 1929 verstaatlichte Polizei⁵⁷. Der Stadtverwaltung verblieben nur noch verschiedene ortspolizeiliche Befugnisse, während die Ordnungs-, die Kriminal- und die politische Polizei der (staatlichen) Polizeidirektion unterstanden. Ihr Führer war seit April 1933 Polizeidirektor Fritz Popp⁵⁸, Regensburg wurde Sitz einer Staatspolizeistelle der Gestapo, die für weite Teile Ostbayerns zuständig war, und Popp entwickelte sich zu einem der einflußreichsten Männer der Stadt. Im Frühjahr 1933 umfaßte die Polizeidirektion 172 Bedienstete, drei Jahre später waren es schon 200, und für 1937 beantragte Popp weitere 23 neue Stellen für Kriminalbeamte und sogar 63 für die Staatspolizei⁵⁹.

Auch in Regensburg war die allmähliche "Herauslösung der Polizei aus den Bindungen der Staatlichkeit"⁶⁰ zu beobachten, die sich mit ihrer reichsweiten Angliederung an die SS vollzog. Schon 1933 hatte Adolf Wagner die Mitgliedschaft uniformierter Staatspolizisten in der NSDAP als überflüssig bezeichnet, da "alle Träger der Uniform des nationalen Staates (...) ohne weiteres Repräsentanten und Stützen der Bewegung" seien⁶¹. 1936 übernahm

⁵⁴ Die Meldungen ebd.

⁵⁵ Privatbrief an den Hofer OB Dr. Wendler 12.4.1939, NIS 6.

⁵⁶ Tessin I S.464 Anm.22. Überblick über Polizeiverwaltung 1918-1933 bei V.Götz: Polizei und Polizeirecht, DVG IV S.397-420.

⁵⁷ Vgl. allg. J.Dolhofer: Zur geschichtlichen Entwicklung der Regensburger Polizei, in Regensburger Almanach 1974 (1973) S.93-103. Polizeirundschreiben in A 1971/53 (Stadtarchiv).

⁵⁸ Vgl. StA 4095 zur Neuorganisation der Polizeiverwaltung. Lt. RPB 7.7.1938 umfaßte der Kripo-Bereich Rgbg. 31 Bezirke und fünf Städte. Weitere Einzelheiten bei Weinmann S.99 f.

⁵⁹ HStAM MInn 71860.

⁶⁰ Vgl. V.Götz: Polizei und Polizeirecht, DVG IV S.1017-1031; G.Plum: Staatspolizei und innere Verwaltung 1934-1936, VfZG 13 (1965) S.191-224; C.Graf: Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur, Berlin 1983; vgl. zur Struktur auch "Bayern im ersten Vierjahresplan" S.49 ff.

⁶¹ 24.8.1933, StA 4095.

Himmler, nun "Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsinnenministerium", die gesamte Polizeiführung⁶². Er bildete zwei Hauptämter für Ordnungs- und für Sicherheitspolizei, letzteres wuchs später mit dem SD-Hauptamt der SS zum Reichssicherheitshauptamt unter Führung Heydrichs, dann Kaltenbrunners zusammen. Ab 1942 galt die Sondergerichtsbarkeit analog dem Kriegsrecht für Soldaten auch für die Ordnungspolizei und ihre Hilfsverbände - Technische Nothilfe, Feuerwehr und Luftschutzpolizei⁶³. Im Frühjahr 1943 gab schließlich der "Höhere SS- und Polizeiführer" beim bayerischen Innenministerium seiner Erwartung Ausdruck, daß "im Zuge der fortschreitenden Verschmelzung von SS und Polizei (...) sämtliche Angehörigen der Ordnungspolizei (...) beschleunigt Antrag auf Aufnahme in die SS stellen."⁶⁴ Auch Fritz Popp gehörte der SS an, ebenso wie einige seiner wichtigsten Mitarbeiter.

Für die vorliegende Arbeit kommen nur die Beziehungen zwischen Stadt und Polizeidirektion in Betracht, also deren Einfluß auf die Kommunalpolitik, nicht ihre Entwicklung zum Instrument des staatlichen Terrors. Direkte Kontakte zwischen Stadt und Gestapo sind ohnehin nur in wenigen Einzelfällen belegt⁶⁵. Immerhin war die Stadtverwaltung über die "in Regensburg wohnhaften ehemaligen Schutzhaftgefangenen und sonstigen Staatsfeinde, die (...) als besonders gefährlich zu betrachten sind", informiert und hatte der Gestapo jede Veränderung der Wohnverhältnisse solcher Personen zu melden⁶⁶.

A. Die Beteiligung an den Kosten der Polizeiverwaltung

Für die Stadt Regensburg brachte die erwähnte Verstaatlichung der Polizei im Jahr 1929 eine bedeutende finanzielle Entlastung mit sich, da nun die Polizeikosten - im Vorjahr immerhin über 640000 RM - mit dem Staat geteilt wurden. Tatsächlich trug die Stadt bis 1934/35 alljährlich rund 300000 RM, dann bis zu 360000 RM zur staatlichen Polizeiverwaltung bei⁶⁷. Nach dem Inkrafttreten des Polizeikostengesetzes von 1940⁶⁸ sanken die Zuschüsse bis auf 230000 RM im Haushaltsjahr 1942/43⁶⁹. Zunächst bewahrheiteten sich also die Befürchtungen nicht, daß sich die Stadt auf ein unkalkulierbares Risiko einlasse, wenn sie zwangsläufig jede Kostensteigerung anteilig mittragen müsse. Jedoch waren in den genannten Summen die Sonderaufwendungen für den Neubau der Polizeidirektion, der an anderer Stelle ausführlich zu behandeln ist, nicht enthalten. Diese Kosten machten eine geradezu explosionsartige Steigerung durch. Trotz der ungewöhnlich scharfen Kritik des Oberbürgermeisters daran - er sprach von einem "mehr oder minder aufgezwungenen Zugeständnis und unfrei-

⁶² Führererlaß 17.6.1936, RGBI I S. 487. Zur Rolle der regionalen Mittelinstanzen der SS vgl. R.B.Birn: Die Höheren SS- und Polizeiführer, Düsseldorf 1986.

⁶³ Verf. Himmler 8.8.1942 lt. Schnellbrief des Chefs der Ordnungspolizei 15.8.1942; Abschrift in ZR 17718, vgl. auch RdErl 8.10.1942, ebd., und allg. Götz (s.Anm.60) S.1023.

⁶⁴ Rundschreiben 26.3.1943, ZR 17719.

⁶⁵ Vgl. z.B. die Meldung eines Mannes, der seine Frau vor der Zwangssterilisierung bewahren wollte, s.S.212. Wiedergutmachungsfall des Gestapobeamten K. nach 1945 in ZR E 32-36.

⁶⁶ Gestapo/Staatspolizeistelle Rgbg. an Stadt 28.10.1936, EMA 501. Das Verzeichnis der Betroffenen ist im Akt nicht enthalten.

⁶⁷ Die Zahlen aus ZR 11322 und Bericht Sailer 16.11.1936, DS 637; Schmetzer S.86 nennt eine Ersparnis von 287000 RM. Rechtsgrundlagen: Gesetz über Leistungen der Gemeinden für die staatliche Polizeiverwaltung 22.11.1923, GVBl S.377, geänderte Fassung 7.12.1933, GVBl S.461, bzw. Reichsgesetz 29.3.1935, RGBI I S.455.

⁶⁸ 29.4.1940, RGBI I S.688.

⁶⁹ Die Zahlen aus ZR 11322.

willigem Nachgeben der Stadtverwaltung⁷⁰ - beinhaltete die endgültige Finanzierungsvereinbarung einen Zuschuß der Stadt von fast 390000 RM, wenn auch gestreckt auf drei Haushaltsjahre⁷¹. Zu den Verwaltungskostenbeiträgen der Stadt kamen so 1935 150000, 1936 135000 und 1937 gut 100000 RM für den Neubau des Direktionsgebäudes hinzu. Ein Folgeprojekt, das einen Gemeinschaftsbau von Staatspolizei und Landratsamt östlich anschließend an die Fahrbeckgasse vorsah⁷², scheiterte ebenso wie die Pläne für eine Kaserne der motorisierten Verkehrspolizei⁷³.

Daß nicht genau die Hälfte der Polizeikosten von der Stadt mitzutragen war, lag vor allem an der regionalen, nicht nur lokalen Zuständigkeit der Gestapo. 1937 betrug beispielsweise die Gesamtkosten für die Regensburger Polizei 816000 RM, davon entfielen 55000 RM, an denen sich die Stadt nicht zu beteiligen brauchte, auf die "Politische Abteilung"⁷⁴.

B. Die Ausweitung der staatlichen Polizeibefugnisse

1. Feuerwehr⁷⁵

Als untere Verwaltungsbehörde hatte die Stadt Regensburg feuerpolizeiliche Befugnisse und Pflichten, die vom Baureferat wahrgenommen wurden⁷⁶. Dazu gehörte die jährliche Feuerbeschau in allen beheizten Gebäuden der Stadt⁷⁷ - Beanstandungen konnten bis zur Zwangsräumung von Wohnungen führen⁷⁸ - ebenso wie vielfältige weitere Aktivitäten zur Brandverhütung⁷⁹. Veranstaltungen wurden überwacht, ebenso Kinos und Hotels, Gaststätten, Warenhäuser und Geschäfte. Den Unternehmen, die mit feuergefährlichen oder explosiven Stoffen arbeiteten, darunter vor allem den Mineralölbetrieben am Hafen, galt die besondere Aufmerksamkeit der städtischen Feuerpolizei⁸⁰; scharfe Auflagen machte sie, nicht zuletzt aus Luftschutzgründen, bei Neuanlagen⁸¹.

⁷⁰ Sch. an Finanzministerium 12.3.1936, HStAM MIInn 71912.

⁷¹ Vgl. Vermerk H. 10.9.1935, ZR 19610. Die Finanzierungsvereinbarung und weitere Einzelheiten ebd., Details auch in StA (1987) 3 gelb 633 = 2098 d und in HStAM MIInn 71912.

⁷² Besichtigungsprot. durch Vertreter des RfSSuChdDtP 11.-15.10.1940, HStAM MIInn 71891.

⁷³ Notiz Sch. 7.10.1936, DS 705, wonach er Schipper beauftragt hatte, bei der Standortsuche zu helfen. Man entschied sich für ein Gelände an der Reichsstraße 15 (vgl. Vermerk 5.8.1938, DS 505), doch trat das Vorhaben nicht mehr in ein konkretes Stadium.

⁷⁴ Sailer an OB Hof 17.12.1937, ZR 11322. Namenslisten Rgbg.er Gestapobeamter und -spitzel in StA (Mil.) 21. Einige Namen auch in ZRa 13456.

⁷⁵ Vgl. allg. Bestand "Brandschutzamt" (Stadtarchiv).

⁷⁶ Vgl. StA (1987) I blau 843 und 862 = 4255 c und 4259 g zur Feuerschutzabgabe auf alle haussteuerpflichtigen Räume im Stadtgebiet.

⁷⁷ VO über die Feuerbeschau 9.12.1936, GVBl S.237.

⁷⁸ Zur Feuerbeschau 1933: ZR 9132. Zum Personalmangel, der ab Kriegsbeginn die systematische Feuerbeschau unmöglich machte: ZR 20008.

⁷⁹ Vgl. ZR 18377 ff., 19893 ff., 19958 f., 19964, 19978, 19988 und 20003.

⁸⁰ Vgl. ZR 19977 f. zu chemischen Reinigungen, Schweißanlagen etc. Für die Anlagen am Ölhafen bediente man sich der Gutachter der Landesgewerbeanstalt Nürnberg, des Bayerischen Revisionsvereins oder des TÜV München, vgl. z.B. ZR 19983.

⁸¹ Vgl. z.B. Genehmigungsverfahren für unterirdische Großtanks der "Südpetrol GmbH", Donaulände 23 (1934-1936), ZR 19972 und 19982.

Die Brandbekämpfung selbst war Aufgabe der seit 1927 bestehenden städtischen Berufsfeuerwehr, die nach den Eingemeindungen von 1924 aus den freiwilligen Feuerwehren der Stadt und der Vororte erwachsen war⁸². Ihr Hauptquartier befand sich im Thon-Dittmer-Palais am Haidplatz. Unterstellt war auch sie dem Stadtbauamt, geleitet wurde sie von Brandoberingenieur Wiedemann, ab 1936 von Brandoberingenieur Dr. Julius Gräfe⁸³, nachdem Wiedemann, angeblich wegen Streitereien mit Kreisleiter Weigert, zurückgetreten war⁸⁴.

Schon 1929 waren die Angehörigen der Berufsfeuerwehr vom Arbeiter- in das Angestelltenverhältnis übernommen worden, im Sommer 1934 beschloß der Stadtrat ihre Verbeamtung, da sie im Löschwesen wie im Luftschutz hoheitliche Aufgaben zu erfüllen hätten⁸⁵. Doch dauerte es mehrere Jahre, bis dieser Beschluß vollzogen werden konnte. Erst 1938 wurden die mittlerweile 33 Feuerwehrleute⁸⁶ städtische Beamte, wenige Monate später solche des Reichs, denn Himmler unterstellte seinem Hauptamt für Ordnungspolizei Ende 1938 auch die Feuerwehren⁸⁷. Die städtische Berufsfeuerwehr wurde nun "Feuerschutzpolizei" mit bedeutend erweiterten Aufgaben im Luftschutz; sie galt, wie auch die Technische Nothilfe⁸⁸ oder später die Luftschutzpolizei, als Hilfspolizeitruppe und machte deren Militarisierung mit. Gräfe erhielt den Titel "Major der Feuerschutzpolizei", und auch die anderen Amtsbezeichnungen wurden den Rängen der Polizeioffiziere angeglichen. Der Stellenplan der Regensburger Feuerschutzpolizei für 1940 zeigt eine weitere Verstärkung der Truppe, die nun 37 Beamte und Angestellte umfaßte⁸⁹. Für sie galten besonders hohe Anforderungen: Sie mußten nach Himmlers Richtlinien⁹⁰ aktive, rückhaltlose Nationalsozialisten und fachlich hervorragend qualifiziert sein. Eine Reihe Regensburger Feuerwehrleute sind im Zuge der Unterordnung der Polizei unter die SS dieser beigetreten⁹¹.

Nach Kriegsbeginn hatte man zahlreiche Männer an die Wehrmacht abgeben müssen, und Sonderaktionen wie die Verstärkung der Wilhelmshavener Feuerwehr im Sommer 1942 oder die Abordnungen in die besetzten Ostgebiete führten zu weiteren Kürzungen. Auf die Dauer war dieser Aderlaß durch die Aktivierung pensionierter Beamter und die Zuweisung von Reservisten nicht auszugleichen. Ende 1941 standen statt der 35 vorgesehenen nur 29, gegen Kriegsende nur noch 24 ausgebildete, erfahrene Angehörige der früheren Feuerwehrtruppe tatsächlich zur Verfügung⁹² - zu einer Zeit, als durch die Luftangriffe und den Mangel an Material die Anforderungen an den Feuerschutz kaum noch bewältigt werden konnten. Ende 1944 brach das reguläre Feuerwehrwesen in Regensburg zusammen, denn zwei Drittel der

⁸² Zur Vorgeschichte der Berufsfeuerwehr: ZR 17784 und "1858-1983. 125 Jahre Freiwillige Feuerwehr der Stadt Regensburg", Rgbg. 1983 S.64 ff.

⁸³ Gräfe gehörte von Juni 1933 bis Februar 1936 der SS an. Beförderung zum städtischen Baurat 1.2.1938 (Personenbogen ZR 17772), 10.6.1945 dienstenthoben, Angeklagter im Synagogenbrand-Prozeß, 1.10.1953 als Stadtbaurat wieder Leiter der Feuerwehr, gestorben 1.1.1955 (aus dem Personalakt; frdl.Hinweis von Herrn Dollinger).

⁸⁴ "125 Jahre" (s.Anm.82) S.77.

⁸⁵ Vorschlag der NSDAP-Fraktion 16.5.1934, ZR 17760, und Sr-Prot. 5.7.1934.

⁸⁶ Reiner an Reg. 23.6.1937, ZR 17764. Vgl. zur Finanzierung des Feuerlöschwesens ZR 17732 und Haushaltsbericht Sailer, Oktober 1938, DS 546.

⁸⁷ Gesetz über das Feuerlöschwesen 23.11.1938, RGBI I S.1662, und 1. DurchfVO 27.9.1939, RGBI I S.1983. Vgl. allg. Götz (s. Anm.60) S.1022 und S.1026.

⁸⁸ Zur Technischen Nothilfe allg. ZRa 13045. Sie unterstand einem SS-Gruppenführer (Erlaß 13.10.1936, zit. im RdErl des RMdI 7.3.1938, RMBliV S.403).

⁸⁹ Genehmigt 20.3.1941 durch RFM und RMdI, Abschrift ZR 17719; hier weitere Einzelheiten zur Überleitung der Feuerwehr in das Polizeiverhältnis.

⁹⁰ Richtlinien 13.9.1940, Abdruck ZR 17718.

⁹¹ Bericht Gräfe 5.5.1943, ZR 17719. Zu den Einstellungsvoraussetzungen gehörte neben Polizei- und Gasschutzdiensttauglichkeit auch eine Sportprüfung einschl. Handgranatenwurf von mindestens 32 m Weite (RdErl des RMdI 10.2.1943, RMBliV 7/1943, S.244 f., Abdruck ZR 17719).

⁹² Statistik 1.4.1945, ZR 17718.

noch vorhandenen aktiven Unterführer und Männer unter 38 Jahren - in Regensburg neun von 14 Beamten - mußten an die Front abgegeben werden⁹³.

Neben dem Unterhalt einer eigenen Feuerwehr in den Jahren bis 1938 beteiligte sich die Stadt Regensburg auch an den Kosten der neu eingerichteten Landesfeuerwehrschule. Ende 1935 erklärte sich der Bezirkstag bereit, das zur Auflassung vorgesehene Bezirkskrankenhaus Stadtamhof zu diesem Zweck an das Land zu verkaufen; Regensburg sei ausreichend mit Krankenhäusern versorgt, eine Feuerwehrscheule für die Luftschutzausbildung dagegen dringend erforderlich und das Gebäude hierfür gut geeignet. Nach den erforderlichen Umbauten sollten hier ab Mitte 1936 jeweils 60 Feuerwehrleute ausgebildet werden⁹⁴. Die Stadt verzichtete darauf, ihr jahrelang geplantes, nie verwirklichtes Altenheim hier einzurichten⁹⁵, und durch die Zusicherung städtischer Zuschüsse gelang es Schottenheim, die Stadt Landshut, die als Alternativstandort im Gespräch war, "aus dem Sattel zu heben"⁹⁶. 10000 RM trug die Stadt zum Kaufpreis des Gebäudes, 15000 RM zu den Betriebskosten bei⁹⁷, allerdings konnte der geplante Bezugstermin nicht eingehalten werden, da man die Baupläne für den Umbau ständig veränderte⁹⁸. Dieser begann erst im Herbst 1936, im Sommer 1937 nahm die Schule endlich den Betrieb auf. Im Krieg scheint das Gebäude zeitweise als Hilfskrankenhaus verwendet worden zu sein, denn Ende 1945 gab es Pläne für die Wiedereinrichtung eines Hilfskrankenhauses, während die Stadt hier eine Feuerwache und wiederum eine Feuerwehrscheule betrieben wissen wollte⁹⁹.

2. Luftschutz¹⁰⁰

Die Militarisierung des öffentlichen Lebens in Regensburg läßt sich anhand der Entwicklung des Luftschutzgedankens gut verfolgen. Zu unterscheiden sind dabei die Aktivitäten der Reichswehr bzw. Wehrmacht, des Reichsluftschutzbundes (RLB) und der Stadt, insbesondere der städtischen Werke, obwohl alle beteiligten Stellen jeweils eng zusammenarbeiteten.

Schon Anfang 1932 konstituierte sich bei der Polizeidirektion ein Luftschutzbeirat für Regensburg. Neben dem Polizeidirektor gehörten ihm Herrmann und Schipper, Brandoberingenieur Wiedemann und einige weitere leitende Beamte der Stadtverwaltung an. Nun setzte - wie überall im Reich - eine erste Welle von Luftschutzmaßnahmen ein¹⁰¹. Noch vor Schottenheims Amtsantritt legte beispielsweise Gaswerksdirektor Heckenstaller einen Luftschutzplan der städtischen Werke vor, der auf der freiwilligen Teilnahme der Werksangehörigen beruhte¹⁰². Dagegen verfügte Schottenheim, daß sich sämtliche Bediensteten der Werke und des Schlachthofs sowie ein Teil der Belegschaft des Bauamts künftig "vorbehaltslos und ohne

⁹³ Ersetzt durch Polizeireservisten, vgl. Rundschreiben Befehlshaber der Ordnungspolizei beim "Höheren SS- und Polizeiführer in den Gauen Bayreuth, Franken und Mainfranken und im Wehrkreis XIII" 15.11.1944, ZR 17718.

⁹⁴ Bezirksamt an Reg. 16.12.1935, Abschrift GES 505; hier auch Pläne des Gebäudes. Vgl. auch Rh-Prot. 12.11.1936.

⁹⁵ Vgl. Notiz Sch. 9.12.1935, DS 665, und Vermerk Zwick 16.12.1935, GES 505. Vgl. Rh-Prot. 14.4.1939 zur Altersheim-Planung.

⁹⁶ Vgl. Notizen Sch. 26.2., 6.3. und 12.5.1936, DS 665. Hier auch Zusage auf Betriebskostenzuschüsse, vgl. Rh-Prot. 29.6.1936.

⁹⁷ Verpflichtungserklärung Sch. an MInn 24.3.1936, ZR 17730.

⁹⁸ Notiz Sch. 8.9.1936, DS 665.

⁹⁹ Vgl. Notizen Sch. 28.10.1936 und 4.2.1937, ebd. Weitere Einzelheiten zum Schulbetrieb in ZR 17730.

¹⁰⁰ Vgl. Ehm (1989) zum Einfluß des LS-Rechts auf das Bauwesen.

¹⁰¹ Vgl. ZR 18094.

¹⁰² Der Plan vom 10.3.1933 in ZR 18095.

Entgelt zur Ausbildung in Vorträgen und Übungen bereit zu halten" hätten; der zivile Luftschutz sei eine unbedingte Notwendigkeit¹⁰³.

Anlaß für diese Anweisung war eine erste umfassende Luftschutzübung der Reichswehr für Regensburg im Juni 1933. Gedachte Voraussetzung stellten ein kombinierter Überfall Polens und der Tschechoslowakei auf die deutsche Ostgrenze und im Zusammenhang damit ein Luftangriff auf die Stadt dar. Die Reichswehr richtete Flugmelde- und Luftschutzwarndienste ein und erprobte die Fliegerabwehr, die Polizeidirektion koordinierte den zivilen Luftschutz, also den Einsatz von Polizei und Hilfskräften, Feuerwehr, Aufräum-, Sanitäts-, Entgiftungs- und Fachtrupps der Stadtwerke. Auch der Versuch, das gesamte Stadtgebiet zu verdunkeln, war schon Bestandteil dieser Übung¹⁰⁴.

An den Vorbereitungen dafür beteiligte sich auch der Reichsluftschutzbund (RLB). Dieser privatrechtliche, von Göring geförderte Verein, dessen gerade erst gegründete Ortsgruppe von SA-Brigadeführer Rakobrandt geleitet wurde¹⁰⁵, baute zu dieser Zeit seine flächendeckende Organisation auf. Dabei trat der RLB ausgesprochen fordernd auf: Um "die Schwierigkeiten der ersten Organisation überwinden zu helfen, wolle die Stadt Regensburg einen einmaligen, größeren Betrag geben. Es handelt sich dabei (...) um die Pflicht der Stadt, eine Organisation, welche für sie Arbeit leistet, zu fördern."¹⁰⁶ Angesichts der städtischen Finanzlage mußte Schottenheim einen Zuschuß zwar ablehnen¹⁰⁷, doch traten er und Regierungspräsident Wirschinger als "beratende Ehrenmitglieder" der Ortsgruppe bei, das städtische Betriebsamt erwarb die Vereinsmitgliedschaft¹⁰⁸, und Anfang 1934 stellte die Stadt dem RLB einen Übungsplatz am alten Hafen zur Verfügung¹⁰⁹.

Die Polizeidirektion gab eine Schriftenreihe zum örtlichen Luftschutz heraus, eine Fülle vertraulicher bis geheimer Anweisungen der Reichs-, Landes- und Kreisregierung¹¹⁰ befaßte sich mit dem Thema, die Industrie bot die verschiedensten Produkte vom Luftschutzkalender bis zur Schutzkleidung, vom Entgiftungsgerät bis zur kompletten Schutzraumeinrichtung an¹¹¹. Luftschutztrupps führten im Auftrag des RLB bei Behörden und Betrieben, in Schulen und bei Verbänden Werbe- und Informationsveranstaltungen durch¹¹², bereitwillig und kostenlos stellte die Stadt Regensburg hierfür wie auch für die Luftschutzausbildung Räumlichkeiten zur Verfügung - zunächst ein Gebäude der ehemaligen Zellstoffwerke, das dann im Zuge des Kasernenbaus abgerissen werden mußte, später Räume in der Zentrale der Technischen Nothilfe (s.u.). Darüber hinaus drängte Schottenheim seine Untergebenen, dem RLB beizutreten, und entsandte immer wieder leitende Beamte zu Schulungskursen. Auch er selbst hat einmal an einem Luftschutz-Sonderlehrgang für Bürgermeister teilgenommen¹¹³. Bei den regelmäßigen Luftschutz- und Verdunkelungsübungen übernahm die Stadt organisatorische Aufgaben¹¹⁴, spendete Materialien für Schulungszwecke und trug zeitweise sogar die Miete für das

¹⁰³ Verf. 1.6.1933, ebd.

¹⁰⁴ Bericht Heckenstaller 23.5.1933 und Manöverplan in ZR 18095, vgl. I.R.20 an Stadt 6.6.1933, ZR 18096.

¹⁰⁵ Zur Gründung: RA 29.4.1933, zur Gründung einer Ortsgruppe: BOw 13.7.1933, RA 15.7.1933 und RE 14.-20.7.1933.

¹⁰⁶ 20.7.1933 an Sch., ZR 18110. Vgl. zum RLB in Rgbg. allg. Weinmann S.214 ff. und Wolf S.106 ff.

¹⁰⁷ HA-Prot. 12.7.1933.

¹⁰⁸ Prot. des Werksausschusses 5.9.1933. RLB-Organisationsplan 29.6.1936 in ZR 18110.

¹⁰⁹ HA-Prot. 28.2.1934.

¹¹⁰ Beim Nachdruck von Karten und Stadtplänen durften Gebäude des RLM nicht mehr gekennzeichnet werden, vgl. Reg. an Stadt 3.1.1935, ZR 18091.

¹¹¹ Entsprechende Werbung in ZR 18096 ff.

¹¹² Vgl. z.B. RLB-Ortsgruppe an Stadt 22.11.1933, ZR 16783.

¹¹³ Vgl. ZR 18110.

¹¹⁴ Einzelheiten in ZR 18096 und 18110, vgl. BA-MA RH 26-10/533 (LS-Übung 18.11.1933) sowie RPB 7.11.1935 und 6.6.1936.

Büro des RLB am Neupfarrplatz¹¹⁵. Für den Werksluftschutz stellten die städtischen Werke eigene Fachtrupps innerhalb des behördlichen Sicherheits- und Hilfsdienstes (SHD) auf, in die auch das Privatgewerbe einbezogen war¹¹⁶. Die Ausbildung dieser Trupps umfaßte neben den spezifischen Notfallarbeiten auch die "Kampfstoffbeseitigung und Entgiftung" sowie den Sanitätsdienst.

Im Sommer 1934 konnte die Ortsgruppe des RLB stolz berichten, die Schulung sämtlicher Blockwarte des Stadtgebiets gehe ihrem Ende entgegen, als nächster Schritt sei die Ausbildung der Hauswarte, Laienhelfer und Hausfeuerwehren geplant; dies bedeute Kurse für rund 25000 Menschen¹¹⁷. In Wahrheit jedoch hatten die Aktivitäten des Regensburger RLB bis dahin nur geringe Resonanz gefunden. Die Polizeidirektion unterstellte der Bevölkerung mangelnden guten Willen; von den vom RLB aufgestellten 1000 Blockwarten hatte höchstens die Hälfte tatsächlich an den angebotenen Kursen teilgenommen, die Mitglieder der Hilfstrupps drückten sich nach Möglichkeit um ihre Verpflichtungen¹¹⁸. Erst 1935, als dem Reichsluftfahrtministerium das gesamte Aufgabengebiet des Luftschutzes übertragen wurde¹¹⁹, wuchs der Druck auf die Bürger: Die Hausbesitzer waren nun unter Strafandrohung zu Entrümpelungsmaßnahmen gezwungen und mußten Löschmaterial besorgen, niemand konnte mehr die Berufung zum Luftschutz-Block- oder Hauswart ablehnen¹²⁰.

Ab Ende 1935 betrieb die Technische Nothilfe (TN) in einem städtischen Gebäude¹²¹ eine eigene Luftschutzfachschiule, wo die Mitglieder des SHD - Anfang 1938 in Regensburg rund 1800 Mann - kostenlos geschult wurden¹²². Sämtliche Bezirksamtsvorstände des Kreises, alle Polizeikräfte der Stadt, die Rot-Kreuz-Helferinnen und sogar Angehörige der Wehrmacht erhielten hier ihre Luftschutzausbildung.

1936 installierte die Polizeidirektion 27 Luftschutzsirenen im ganzen Stadtgebiet¹²³, und Regensburg war eine der ersten deutschen Städte, wo die sogenannte "Volksgasmaske" in großen Mengen abgegeben wurde¹²⁴. Auch Schottenheim appellierte an die Öffentlichkeit, diese Gasmasken zu erwerben - ein typischer Vorgang: Vor 1939 hat die Stadtverwaltung die Luftschutzaktivitäten Dritter vor allem ideell bzw. durch Zuarbeit der Verwaltung unterstützt, größere Spenden oder Zuschüsse dagegen soweit irgend möglich vermieden. Damit hielt sie sich an die Anweisung der Staatsaufsicht, die dem Luftschutz gewidmeten Summen vorwiegend in die Ausbildung und Ausstattung der eigenen kommunalen Sicherheits- und Hilfstrupps zu investieren¹²⁵.

¹¹⁵ Im Gebäude der Dresdner Bank. Auf Hinweis des DGT, die Kommunen seien zu solchen Leistungen an den RLB nicht verpflichtet, entzog Sch. der Ortsgruppe diese Unterstützung (1.2.1935, ZR 18110).

¹¹⁶ Vgl. Aufstellung Gaswerk 14.7.1934 (ZR 18095, mit weiteren Einzelheiten): 125 Personen würden für Werks-LS benötigt, zwei Drittel sollte das Installationshandwerk stellen. Vgl. auch Rundschreiben Reg. 29.3.1935, ZR 18103.

¹¹⁷ RLB an Stadt 29.6.1934, ZR 18105, vgl. Weigert an Gauamtsleitung 25.6.1934, Abschrift in ZR 18094.

¹¹⁸ PolDir an Stadt 1.4.1935, ZR 18091.

¹¹⁹ Reichsluftschutzgesetz 26.6.1935, RGBI I S.827, und 1.DurchfVO 4.5.1937, RGBI I S.559.

¹²⁰ Vgl. Ehm (1989) S.112 f. zur weiteren Entwicklung des LS-Gedankens in Rgbg. (Bunker- und Schutzraumbau etc.)

¹²¹ Rote-Hahnen-Gasse 14. Streit um den Verkauf des Gebäudes 1938/39 an die Abensberger Brauerei Kuchlbauer: ZRa 14421 f. und Rh-Prot. 24.3.1939. Bedingung war ein langfristiger Mietvertrag für die TN; sogar das Luftgaukommando XIII in Nürnberg hatte sich dafür eingesetzt. Vgl. auch BA 14. und 16.12.1935.

¹²² TN an Stadt 7.1.1938, ZRa 14422.

¹²³ Stadt an PolDir 16.12.1935, ZR 18104. Zum Aufbau eines LS-Veterinärdienstes: ZR 18106.

¹²⁴ Einzelheiten in ZR 18097, vgl. Wolf S.108 und BOM 28.5.1938.

¹²⁵ Anordnung 20.1.1936, ZR 18105.

Bereits in der Sudetenkrise im Herbst 1938 schienen sich die Luftschutzvorbereitungen bewähren zu müssen. Die Stadt richtete ein eigenes Luftschutzbüro ein¹²⁶, und die städtische Gefolgschaft hatte während der kritischsten Phase Luftschutzwachen abzuleisten¹²⁷, während eine auswärtige Flakeinheit den Präventivschutz der Stadt übernahm. Im März 1939, zeitgleich mit der Besetzung der Resttschechei, fand für Regensburg erneut eine ganztägige Luftschutzübung statt¹²⁸, und die Appelle an die Bevölkerung, jedes Haus luftschutzbereit zu machen, häuften sich. Seit Ende 1938 intensivierte man auch den Schutzraumbau, dessen Kosten weitgehend auf das Reich abgewälzt werden konnten¹²⁹; schon seit 1933 gab es Reichszuschüsse für den luftschutzberechtigten Ausbau von Räumen¹³⁰. Bei allen Neubauten der öffentlichen Hand waren daher die Kellergeschosse entsprechend ausgebaut worden¹³¹, und nun holte man dies vielfach auch in älteren Gebäuden nach¹³². Neben den Schutzräumen für die eigenen Belegschaften forcierte man auch den Bau von Bunkern für die Öffentlichkeit; 23 solcher Sammelschutzräume bestanden zu Kriegsbeginn im Stadtgebiet¹³³, und der Regierungspräsident bescheinigte den Städten des Bezirks generell einen hohen Ausrüstungs- und Sicherheitsstandard¹³⁴. Im Sommer 1939 setzten schließlich auch regelmäßige Zahlungen der Stadt an die mittlerweile umbenannte "Orts-Kreisgruppe" des RLB ein¹³⁵, die mit ihrer Schutzraum-Beratungsstelle seit Jahren die Einrichtung zahlreicher Behelfsbunker in Privatgebäuden gefördert hatte¹³⁶. In Regensburg betrieb sie inzwischen zehn Luftschutz- und seit Anfang 1939 eine Luftschutzhauptschule¹³⁷, beschäftigte 65 ehrenamtliche Lehrkräfte und umfaßte 1500 Amtsträger.

3. Meldewesen und weitere polizeiliche Aufgaben

Schon 1929¹³⁸, erneut dann im Jahr 1932, als Polizeidirektor Bernreuther seine Pläne für einen Neubau des Direktionsgebäudes entwickelte, war auch die Verstaatlichung des Meldewesens zur Debatte gestanden¹³⁹. Nur in München, Nürnberg und Fürth war sie bis 1937 vollzogen¹⁴⁰, in Regensburg scheiterte das Vorhaben am Raummangel der Polizeidirektion, deren neues Gebäude erst 1938 fertiggestellt wurde.

Einwohner- und Standesamt befanden sich im städtischen Bürohaus Kassiansplatz 3. Das Standesamt versprach sich von der Verstaatlichung des Einwohneramts erweiterte Büro-

¹²⁶ Haushaltsbericht Sailer Oktober 1938, DS 546.

¹²⁷ Diensterteilung 29.9.1938, ZR 18107.

¹²⁸ Vgl. ZRa 13333.

¹²⁹ Sammlung der Vorschriften in DS 681.

¹³⁰ Erlaß Reichsarbeitsministerium 9.10.1933, Reichs- und Staatsanzeiger 11.10.1933.

¹³¹ Z.B. Haidplatz 1 (ZRa 14271), Glockengasse 7 (ZRa 14257) oder Engelburgerschule (ZR 18108). Vgl. allg. ZR 18999 sowie die Kapitel zu Hochbaumaßnahmen. Auch den Rh-Prot. zufolge häuften sich seit 1937 Baugesuche für LS-Räume.

¹³² Vgl. Mb Bauamt ab Ende 1938 zum Schutzraumbau im Alten Rathaus, am Jesuitenplatz, an der Bahnhofsallee, im Keller des Copenrath-Hauses, der AOK und beim Gaswerk, DS 667.

¹³³ BA 6.9.1939.

¹³⁴ RPB 9.10.1939.

¹³⁵ Zahlungsanweisungen (bis 1943) in ZR 18110.

¹³⁶ Wolf S.107.

¹³⁷ Eröffnung LS-Hauptschule 5.1.1939 lt. Liste Festlichkeiten, DS 667.

¹³⁸ Vereinbarung über Zusammenarbeit im Meldewesen in ZRa 13505. Hier auch Material zum Zugriff der Staatsbeamten auf städtische Einrichtungen sowie zur Finanzierung dieses Modells. Vgl. Bernreuther an Stadt 4.7.1929, ZR 19602. Ebd. Details zur Kompetenzabgrenzung mit der PolDir.

¹³⁹ Bernreuther an Hipp 11.7.1932, ZR 19610.

¹⁴⁰ DGT an PolDir und Stadt 28.8.1937, ZRa 13505, vgl. VO 6.1.1938, RGBI I S.13.

räume¹⁴¹, doch wehrte sich die Stadtspitze dagegen auch nach dem Neubau der Polizeidirektion, da sie die Daten der Regensburger Bürger für ihre eigene Verwaltungsarbeit benötigte. So gingen bis 1941 nur das Maß- und Gewichtswesen, die Gewerbepolizei samt Preisüberwachung und Unfalluntersuchungen sowie die Wasser-, die Fischereipolizei und die Zuteilung der Jagdscheine auf die Polizeidirektion über¹⁴². Ab September dieses Jahres mußten die Standesämter die Polizeidirektion über die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle auf dem laufenden halten¹⁴³, doch dauerte es wegen des Personalmangels noch bis 1942, bis endlich alle auch von der Stadt benötigten Karteien abgeschrieben waren. Die Paß- und Ausländerangelegenheiten, das Einwohnermeldewesen, Wehr- und Arbeitsdiensterfassung und Volkskartei wurden nun Staatsangelegenheit¹⁴⁴, die Beamten und Angestellten des Einwohneramts wechselten in den Staatsdienst¹⁴⁵. Dafür richtete die Stadt ein neues statistisches Amt ein, in dem alle Arbeiten zusammenliefen, die bisher von den einzelnen Geschäftsabteilungen erledigt worden waren¹⁴⁶. 1943 ging schließlich das gesamte polizeiliche Meldewesen auf das Reichssicherheitshauptamt über, also den früheren Bereich der Sicherheitspolizei¹⁴⁷.

C. Städtische Polizeibefugnisse

Neben dem Meldewesen verblieben der Stadtverwaltung im Jahr 1929 ortspolizeiliche Befugnisse insbesondere im Bau- und Wohnungswesen, im Bereich der Feuer- und Gesundheitspolizei, des Wasser- und Schiffsverkehrs sowie bei der Gewerbeaufsicht¹⁴⁸. Im Herbst 1932 waren fünf nichtuniformierte Verwaltungspolizeibeamte in diesen Bereichen tätig¹⁴⁹, Mitte 1935 acht, darunter ein Erhebungssekretär, ein Gewerbe-, ein Wohnungs- und ein Marktinspektor¹⁵⁰. Der Maßnahmenkatalog, der der Stadt zur Verfügung stand, umfaßte Ordnungsstrafen, Strafanzeigen und Konzessionsentzug¹⁵¹, allerdings war man auf die Mitwirkung der staatlichen Polizeiverwaltung angewiesen.

Als rechtsetzende Instanz wurde die Stadt sehr häufig im Zusammenhang mit der Lebensmittel- und Energieversorgung der Bevölkerung, im Verkehrswesen, bei der Gewerbeaufsicht sowie den Gemeindesteuern und -abgaben tätig. Große Bedeutung gewann auch die Satzung über die Zwangsabtretung von Grund für öffentliche Zwecke von 1936¹⁵², die im Zusammenhang mit der Erwerbung des Geländes für das Brückenprojekt die Pflicht zur kostenlosen Abgabe von Grundstücken erheblich ausweitete. Mietverträge wurden der Anzeigepflicht unter-

¹⁴¹ Beschwerde bei Sch. 16.3.1938, ZRa 13525.

¹⁴² Vgl. Vermerk Pellkofer 30.10.1940, ZR 2555; ebd. Liste der abgegebenen Akten. Rechtsgrundlage der Verstaatlichung: VO vom 18.5.1940 (veröff. Wbl 2.11.1940).

¹⁴³ Jb. der Standesämter 1940 (DS 538) bzw. 1941 (DS 539).

¹⁴⁴ VO MInn 18.5.1940. Die vorherigen Verhandlungen in HStAM MInn 71891.

¹⁴⁵ Verf. Sch. 23.3.1942, ZRa 13502. Ebd. weitere Einzelheiten.

¹⁴⁶ Übertragung der einschlägigen Arbeiten auf einen Amtmann 7.7.1943, PAM 540.

¹⁴⁷ Götz (s. Anm. 60) S. 1023.

¹⁴⁸ Vgl. Liste der 1933-1944 geänderten städtischen Satzungen und ortspolizeilichen Vorschriften für den DGT, EMA 501.

¹⁴⁹ Stadt an Bürgermeisteramt Kaiserslautern 6.10.1932, ZR 19601.

¹⁵⁰ Bericht an die Reg. 18.6.1935, ZR 19595.

¹⁵¹ Konzessionsfragen bildeten einen Arbeitsschwerpunkt des städtischen Verwaltungs- und Polizeisenats, vgl. dessen Prot.

¹⁵² 8.5.1936, Wbl 23/1936.

worfen¹⁵³, die Quartier- und Naturalleistungen für die Wehrmacht geregelt¹⁵⁴, Baubeschränkungen bekanntgemacht¹⁵⁵, aber auch die Ladenöffnungszeiten an Feiertagen und sogar das Abraupen von Bäumen und Sträuchern verbindlich vorgeschrieben. Im Krieg kamen unter anderem die Meldepflicht für Schreibmaschinen, die Ausdehnung der Bürgersteuer auf ausländische Arbeitnehmer und eine Entseuchungsordnung hinzu¹⁵⁶, die halbtägige Schließung von Einzelhandelsgeschäften¹⁵⁷ und die regelmäßigen Gestellungsaufrufe zur Musterung wurden bekanntgegeben und Vermietungen samt Mieterauswahl einer immer strengeren Kontrolle unterworfen¹⁵⁸.

Die polizeiliche Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln war seit Jahrzehnten Aufgabe der Kommunen¹⁵⁹. In Regensburg fiel sie in den Zuständigkeitsbereich von Rechtsrat Zwick, die Zuarbeit leisteten die städtische "Chemische Untersuchungsanstalt"¹⁶⁰, die Lebensmittelpolizei, die Marktinspektion und die beim Schlachthof tätigen Amtstierärzte. Auch mit Außenstehenden wie der Kreisbauernschaft und dem Gesundheitsamt arbeitete man eng zusammen¹⁶¹. Die Stadt überwachte den Verkehr mit Milch und Fetten, Honig, Eiern oder auch Braugerste, sie vergab Konzessionen für die Verwendung von Brunnenwasser, kontrollierte die Reinlichkeit in den Gaststätten, untersuchte Brot- und Wurstproben auf Gewicht und Zusammensetzung und vieles mehr¹⁶². Nach Kriegsbeginn nahm die Häufigkeit der Kontrollen allerdings drastisch ab - für den Außendienst waren kaum noch Mitarbeiter vorhanden.

Nicht selten wurden im Bereich der Lebensmittelpolizei alltägliche Verwaltungsaufgaben ideologisch überhöht. So erstattete Zwick um die Jahreswende 1933/34 eine Reihe von Strafanzeigen gegen Bäckereien, die dem Brot zu wenig Magermilch statt Kartoffelmehl beigemischt hatten, und die zuständige Landesbehörde sprach von "Sabotage gegen die neue Regierung"¹⁶³. Andererseits belegen die Unterlagen der Lebensmittelpolizei die Versorgungsmängel, die sich von Fall zu Fall ergaben. So mußte man Ende 1935 die Polizeidirektion einschalten, um zu verhindern, daß die Regensburger Hausfrauen die Bäuerinnen aus dem Umland schon am Bahnhof abfingen, so daß deren Produkte gar nicht mehr bis zu den Märkten gelangten¹⁶⁴.

Schließlich war die Stadt auch in die Getreidebewirtschaftung eingeschaltet. Nach der Mißernte 1936 verfügte Schottenheim, wie von der Reichsregierung angeordnet, die Einrichtung von Ausschüssen, die die Landwirte zu kontrollieren hatten, damit diese ihrer Ablie-

¹⁵³ 5.8.1936, Wbl 32/1936.

¹⁵⁴ 12.8.1936, Wbl 34/1936.

¹⁵⁵ 20.5.1939, Wbl 15/1939.

¹⁵⁶ 8.3. bzw. 31.5.1941 sowie 5.9.1942, Wbl 4 bzw. 16/1941 und 5/1943.

¹⁵⁷ 17.1.1942, Wbl 1/1942.

¹⁵⁸ U.a. Bek. 3.5. und 20.12.1941, Wbl 11 bzw. 35/1941, 1. und 29.4., 29.7., 25.9.1943, Wbl 6, 8, 14 bzw. 17/1943.

¹⁵⁹ Beibehalten im Lebensmittelgesetz 17.1.1936, RGBI I S.17; vgl. auch Bek. über Kosten der Lebensmittelpolizei 29.4.1941, GVBl S.79. Grundlegend für Rgbg. "Ortspolizeiliche Vorschriften über den Verkehr mit Lebensmitteln" (1907).

¹⁶⁰ Die Jb der Untersuchungsanstalt in ZR 18968 und 18986. Bis 1937 unterstand sie Dr. Friedrich Wiedmann, bis 1943 Staatschemierat Ignaz Rüß, dem Dr. Georg Gamperl folgte. Angeschlossen war eine "Landwirtschaftliche Kontrollstation" (1.7.1938 aufgelöst; ZR 18975).

¹⁶¹ Berichte Marktinspektion an Bezirksarzt in GES 504, vgl. StA (1987) 2 orange 644 = 613 f; zur Kontrolle des Weinhandels: ZR 18994 f. Ein Fall betraf den Ratsherren Horz: Als Pächter des "Roten Hahns" wurde er wegen Falschauszeichnung alkoholischer Getränke verwarnt.

¹⁶² Hunderte von Akten zur Lebensmittelüberwachung in ZR 18986 ff. und 20185 ff. Zur Milch-Zwangswirtschaft und der Beteiligung der Stadt am "Milchwerk Bayerische Ostmark eGmbH": ZR 20283, 20293 ff. und 20302, vgl. auch Rh-Prot. 22.1.1936.

¹⁶³ Der Vorgang in ZR 20297.

¹⁶⁴ Reg. an RMdI 9.12.1935, StA 22037.

ferungspflicht nachkamen, also nicht etwa Brotgetreide verfütterten¹⁶⁵. Auch später wurden diese Ausschüsse zu bestimmten Verwaltungsaufgaben herangezogen, etwa der Umlegung des abzuliefernden Getreidekontingents auf die einzelnen Bauernhöfe. Allerdings wandelte sich die Ausgangssituation grundlegend: Die Autarkiepolitik des Deutschen Reichs und die hervorragende Ernte des Jahres 1938 führten zu einem gravierenden Mangel an Lagerraum für Getreide. Überall in Deutschland ließ Görings Vierjahresplan-Dienststelle ab Sommer 1938 Lagerräume für Getreide beschlagnahmen, vorwiegend Turnhallen, Tanzsäle oder stillgelegte Fabriken, aber beispielsweise auch die Regensburger Stadthalle.

Die städtische Gewerbeaufsicht umfaßte ein weites Aufgabenfeld. Gewerbean- und -abmeldungen waren zu registrieren, das private Versicherungswesen, die Kaminkehrer und die Hausierer ebenso zu überwachen wie der Verkehr mit Gift- und Sprengstoffen, der Flaschenbierhandel, die Kinder- und die Heimarbeit¹⁶⁶. Verschiedentlich schränkte die Stadtverwaltung die Gewerbefreiheit ein, vor allem bei den für das öffentliche Wohl besonders bedeutsamen Berufsgruppen wie den Hebammen, den Gas- und Wasserinstallateuren.

Die Überwachung der Märkte im Stadtgebiet war durch die Markt- und die Marktgebührenordnung von 1927¹⁶⁷ und eine Reihe weiterer ortspolizeilicher Vorschriften umfassend geregelt¹⁶⁸. Für 1936 sind je 52 Ferkel-, Klein- und Schlachtvieh-, 20 Zucht- und Nutzvieh- sowie 104 Wochenmärkte belegt¹⁶⁹, 130 Händler und Viehagenturen beteiligten sich 1937 allein am Viehmarkt, fast 100000 RM betrug die Einnahmen der Stadt daraus¹⁷⁰. Dem Direkthandel zwischen Erzeuger und Verbraucher kam demnach noch eine eminente Bedeutung für die Versorgung der Bevölkerung zu¹⁷¹.

Jedes Schiff¹⁷², das die Donau befuhr, mußte mit einem Schiffspatent versehen sein, ausgestellt von der Bezirksverwaltungsbehörde, in deren Bereich die Herstellerwerft ihren Sitz hatte. Für die Schiffe der in Regensburg ansässigen Ruthof- und der Hitzlerwerft war somit eine städtische "Schiffs-Untersuchungskommission" unter Leitung des jeweiligen Gewerbereferenten zuständig¹⁷³. Bis 1935, als diese Aufgabe auf das Amtsgericht überging, führte die Stadtverwaltung auch das Schiffsregister¹⁷⁴ und vergab die Schifferpatente¹⁷⁵. In diesem Bereich war eine enge Zusammenarbeit mit Polizeidirektion und Reichswasserstraßenverwaltung erforderlich, denen ab 1937 die eigentliche Schifffahrtspolizei oblag, also die Kontrolle der Schiffe und des Donauverkehrs.

Dagegen gehörte die Wasserpolizei zu den städtischen Aufgaben. Sie hatte die unberechtigte Einleitung von Schadstoffen in die Donau zu bekämpfen und für die Wasserreinhaltung zu

¹⁶⁵ Rundschreiben Reichsernährungsministerium 5.1.1937 und bay.Ausführungsanweisung 25.1.1937, vgl. Sch. an Reg. 6.2.1937, ZR 20222.

¹⁶⁶ Ausführlich ZR 9918 f., 10122 ff., 10935, 10950 ff., 19916, 19996 ff., 20012 ff., 20092 ff. und 20157.

¹⁶⁷ Wbl 11.4.1927. Häufig wurden auswärtige Händler nicht zugelassen, um das ortsansässige Gewerbe zu schützen, vgl. z.B. HA-Prot. 27.9.1933.

¹⁶⁸ Z.B. Schweinemarktordnung 31.1.1936 (Wbl 20.4.1936), vgl. allg. ZR 17116, 17131, 17134, 17148, 17518 und 17536. Beim Neubau der PolDir wurden der Kartoffelmarkt zum Hunnenplatz, der Ferkelmarkt trotz Protesten der Bauern auf den Protzenweiher verlegt.

¹⁶⁹ Sachs an Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung Münchener Hochschulen 30.9.1936, ZR 17122.

¹⁷⁰ Bericht des Marktinspektors Oktober 1937, ZR 17117.

¹⁷¹ Vgl. allg. zu den staatlichen Eingriffen in den Markt für Nahrungsmittel H.Gies: Von der Verwaltung des "Überflusses" zur Verwaltung des "Mangels", in Rebentisch/Teppes S.302-332.

¹⁷² Donau-Schifffahrtspolizeiordnung 20.5.1927, RGBI II S.387, dazu GVBl 1927 S.167. Erst am 1.3.1937 ging die Schifffahrtspolizei auf das Reich über, vgl. allg. ZR 20177.

¹⁷³ Die Patente gesammelt in ZR 20183 f.

¹⁷⁴ VO über die Führung des Schiffsregisters 20.12.1935, RGBI I S.1 591.

¹⁷⁵ Vgl. ZR 20170; Eröffnung einer Schifferschule der DAF in Rgbg. erwähnt im RPB 5.2.1937.

sorgen¹⁷⁶. Ende 1934 machte die Verpilzung der Donau streckenweise jede Fischerei unmöglich, auch den städtischen Flußbädern drohte die Stilllegung¹⁷⁷. Als verantwortlich für die Verschmutzung des Flusses erwiesen sich die Schadstoffeinleitungen des Kelheimer Zellstoffwerks, das sich bereit fand, die Inhaber von Fischereirechten zu entschädigen¹⁷⁸. Für die flußabwärts gelegene Strecke ab Regensburg lehnte das Werk allerdings jede Verantwortlichkeit ab; tatsächlich mündete das städtische Kanalnetz, an das zu dieser Zeit ohnehin nur knapp zwei Drittel der Haushalte angeschlossen waren, in mehreren Ausläufen direkt in die Donau. Hinzu kamen gewerbliche Abwässer, in erster Linie die der Zuckerfabrik, deren Rübenschnitzel man flußabwärts häufig fand, die des Schlachthofs, der Brauereien und einiger Gerbereien. Folglich trat der Pilzbefall östlich von Regensburg noch stärker in Erscheinung, obwohl sich die Donau hier bereits mit Naab und Regen vermischt. Dennoch hat die Stadtverwaltung schließlich eine Beteiligung an den Schadenersatz-Zahlungen verweigert¹⁷⁹.

Auch in den folgenden Jahren liefen regelmäßig zur Zeit der Zuckerkampagne Beschwerden über die enorme Verschmutzung der Donau mit Rübenabfällen ein. Jedoch finden sich keine Hinweise, daß man sich bemüht hätte, die Schadstoffeinleitung ursächlich zu bekämpfen, also den Betrieben strengere Abwasservorschriften zu machen. Vielmehr wurde immer wieder betont, daß entsprechende Auflagen die betreffenden Betriebe in ihrer Existenz bedroht hätten. Die Stadtverwaltung ließ sich also darauf ein, lediglich Schadenersatzansprüche zu regeln, was selbstverständlich nicht zur Verbesserung der Wasserqualität führte. Wie vergiftet der Fluß tatsächlich war, zeigten die vielen Typhuserkrankungen in den späten Kriegsjahren, die sich direkt auf den Genuß von Donauwasser zurückführen ließen.

Ähnliche Zurückhaltung übte man gegenüber luftverschmutzenden Betrieben wie der am Stadtpark angesiedelten Chemiefabrik Barthel (Dalbergstraße). Immer wieder kam es zu Beschwerden der Anwohner über Gestank und nächtliche Lärmbelästigungen, die von dem Werk ausgingen, und 1937 schloß sich ihnen sogar die Polizeidirektion an. Jedoch argumentierte die Werksleitung damit, daß sie für den Vierjahresplan arbeite, und vermied auf diese Weise strengere Auflagen. Erst als sich im Jahr 1939 auch General von Cochenhausen, ebenfalls ein Nachbar des Betriebs, heftig beschwerte, kam es zu ersten Rechtsgutachten über nicht genehmigte Veränderungen im Produktionsverfahren und im Anschluß daran zu zähen Verhandlungen über eine Verlegung des Werks an den Stadtrand. Noch 1942 war die Chemiefabrik auf der Suche nach einem Ersatzgelände, doch verliefen alle Projekte im Sande, zunächst weil die Stadtverwaltung nicht bereit war, einen Neubau zu bezuschussen, dann aus Mangel an geeignetem Gelände¹⁸⁰. Nach wie vor - und noch Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg - verarbeitete die Firma Barthel mitten in einem reinen Wohngebiet Harze und Öle.

Auch der Natur- und Pflanzenschutz¹⁸¹ oblag der Stadt, wobei die Kreisregierung als "höhere Naturschutzbehörde" ebenfalls einzelne Schutzbestimmungen erließ - in Regensburg beispielsweise im Jahr 1939 für den Südhang des Keilsteins¹⁸². Als städtischer Naturschutzbeauftragter fungierte bis zu seinem Tod im Jahr 1942 der Bezirksarzt a.D. Dr. Kerschensteiner¹⁸³. Schottenheim brachte seiner Arbeit durchaus Sympathie entgegen: "Der neue Zeitgeist verlangt auch, daß von der Natur Geschaffenes nicht ohne zwingende Notwendigkeit besei-

¹⁷⁶ Wassergesetz 23.3.1907 GVBl S.157, hier Art.37 ff.

¹⁷⁷ Bericht 29.11.1934, ZR 20169.

¹⁷⁸ Seit 1912 war die Stadt Inhaberin des Fischereirechts auf den 10 Flußkilometern bis Donaustauf, vgl. ZR 20167.

¹⁷⁹ Vertraulicher Bericht 1953, ZR 20166.

¹⁸⁰ Die Einzelheiten in DS 873.

¹⁸¹ Vgl. allg. ZR 18420 und 20091 f.

¹⁸² ZR 18416, vgl. auch H.Rubner: Deutsche Forstgeschichte 1933-1945, St.Katharinen 1985, S.85.

¹⁸³ Vgl. ZR 18413.

tigt wird."¹⁸⁴ Als Jagd- und Forstpolizeibehörde stellte die Stadt schließlich bis in die frühen Kriegsjahre Jagdscheine und Bisamrattenfängerkarten aus und war zudem für die Genehmigung von Rodungen für Wohnbauzwecke zuständig¹⁸⁵. Als Besonderheit im kommunalen Rechtswesen sei abschließend das städtische Sühneamt erwähnt. Bei sogenannten "Sühneterminen", die diese Dienststelle anberaumte, wurde den Beteiligten an Beleidigungsverfahren Gelegenheit gegeben, sich außergerichtlich zu einigen, etwa durch die Veröffentlichung von Entschuldigungen in der Presse¹⁸⁶.

III. STADTVERWALTUNG UND MILITÄR

Schon 1932 waren die Weichen für die Aufrüstung der Reichswehr und somit für die zunächst vorsichtige Übertretung des Versailler Friedensvertrags gestellt worden¹⁸⁷. In Regensburg waren zu dieser Zeit nur der Stab und das erste Bataillon des Infanterie-Regiments 20 stationiert¹⁸⁸; der Stab der 7.Division, zu der diese Truppen zählten, befand sich in München. Noch in der Phase der geheimen Wiederaufrüstung wurde Regensburg selbst Sitz einer eigenen Division: Zum Oktober 1934 wurde hier ihr Stab gebildet, zunächst getarnt unter der Bezeichnung "Kommandant von Regensburg". Nach der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht¹⁸⁹ und der Aufhebung der Tarnung, ab Herbst 1935, lautete der Titel offiziell "10.Infanterie-Division"¹⁹⁰. Bis zur Teilung des Wehrkreises im Jahr 1937 unterstand sie dem Wehrkreiskommando VII in München, dann dem Wehrkreiskommando XIII in Nürnberg. Standortkommandant war zunächst General Wäger, sein Nachfolger wurde General von Cochenhausen¹⁹¹.

Ab 1935 bezogen Wehrmachtseinheiten insgesamt fünf neue und eine bedeutend erweiterte Kaserne in der Stadt. Im Herbst 1937 waren rund 5000 Soldaten in Regensburg stationiert¹⁹², und es bestanden verschiedene weitere Kasernenbauprojekte, die allerdings nicht mehr ausgeführt wurden¹⁹³. Ende 1934 muß es auch vage Pläne gegeben haben, den Regensburger Ver-

¹⁸⁴ Rh-Prot. 2.6.1938.

¹⁸⁵ ZR 20121, 20138 bzw. 20159 f.

¹⁸⁶ Verhandelte Fälle in RTA 45-50; eine Analyse würde manches sozialgeschichtlich interessante Detail erbringen.

¹⁸⁷ Überblick mit neuer Lit. bei W.Hubatsch: Die Reichswehr-Verwaltung 1919 bis 1935, und M.Salewski: Grundzüge der Militärverwaltung, DVG IV S.241-260 bzw. S.888-911.

¹⁸⁸ Tessin I S.194. Der Prachtband für Hitler (1937, ZRa 13549) gibt 2 Bataillone an - evtl. waren Ausbildungsgruppen oder die dann der Wehrmacht eingegliederte kasernierte Landespolizei mitgerechnet. Militärisch genutzt vor 1933: Von-der-Tann- und Chevauleger-Kaserne. Vgl. allg. W.Schmidt: Die Garnisonstadt Regensburg im 19. und frühen 20.Jahrhundert, Diss. Rgbg. 1988.

¹⁸⁹ Gesetz über den Wiederaufbau der Wehrmacht 16.3.1935, RGBI I S.375.

¹⁹⁰ Ab 15.10.1935, vgl. Tessin I S.229 f. und II S.165 f. Die Division nannte der Stadt am gleichen Tag die neuen Bezeichnungen offiziell (ZR 368; Verf. Sch. 25.10.1935 in ZR 379).

¹⁹¹ Selbstmord Cochenhausens am 13.12.1941 in Sjubowscha, vgl. ZRa 12137 a. Offizierslisten in den Einladungen zu verschiedenen Anlässen, z.B. ZRa 14031 und 14033. Vgl. auch Das Deutsche Heer, hg. v. H.H.Podzun, Bad Nauheim 1953.

¹⁹² Notiz Zwick auf Anfrage der IHK 8.11.1937, ZRa 13225.

¹⁹³ Vgl. Wäger an Generalkommando XIII 9.12.1937 über in Rgbg. stationierte Truppen und Dienststellen sowie über die Pläne für 1938, BA-MA RH 26-10/350.

kehrflughafen zu einem der ersten süddeutschen Standorte für ein Bombergeschwader auszubauen, doch wurden sie offenbar bald fallengelassen. Ein weiterer Vorstoß in derselben Richtung erfolgte im Frühjahr 1936, scheiterte jedoch an der Ansiedlung des Flugzeugwerks am Regensburger Flughafen und führte zur Errichtung des Fliegerhorsts Obertraubling¹⁹⁴.

Neben dem Stab der 10.Division befand sich seit April 1934 in Regensburg ein sogenanntes "Grenzabschnitts-Kommando", im Herbst 1935 umbenannt in "Heeresdienststelle 6". Es handelte sich dabei um den getarnten Stab einer für den Mobilmachungsfall neu aufzustellenden Division zum Schutz der Reichsgrenze gegen die Tschechoslowakei. Unter den veränderten Bedingungen des Jahres 1939, d.h. nach der Aufhebung der Grenze zum östlichen Nachbarstaat, verlor diese Dienststelle ihre vorgesehene Funktion und scheint im Sommer 1941 aufgelöst worden zu sein¹⁹⁵.

Nachdem die "eiserne" 10.Division bereits am Einmarsch in Österreich, dem Sudetenland und der Tschechoslowakei beteiligt gewesen war¹⁹⁶, wurde sie auch im Polen- und im Frankreichfeldzug eingesetzt¹⁹⁷. Im Oktober 1940, bei ihrer Rückkehr nach Regensburg, begrüßte die Bevölkerung die heimkehrenden Soldaten begeistert¹⁹⁸, und Schottenheim verfügte eine Sonderspende von 10000 RM¹⁹⁹. In den folgenden Monaten wurde die 10.I.D. in eine motorisierte Division umgewandelt und dann im Rußlandfeldzug eingesetzt. Inzwischen umbenannt in 10.Panzergrenadier-Division, wurde sie im August 1944 bei der Heeresgruppe Südukraine vernichtet, nach der Neuaufstellung im Januar 1945 an der Weichsel erneut zerschlagen. Nur noch als Kampfgruppe wurde sie im Februar 1945 im Raum Görlitz erneut aufgestellt und geriet bei Olmütz und Deutsch Brod in sowjetische Gefangenschaft²⁰⁰. Zwar stammten viele der im August 1944 Gefallenen aus Ostbayern, doch ansonsten war das Schicksal der 10.Division nach 1940 für die Kommunalpolitik nicht mehr von Belang.

A. Der Ausbau der Wehrmachtseinrichtungen in Regensburg

Überall in Deutschland mußten schon 1933 die Kommunen in einige Details der Wiederaufrüstungspläne eingeweiht werden, denn die Reichswehr benötigte billige Grundstücke für Kasernen, Exerzierplätze, Verwaltungs- und Wohnbauten und war in vielfacher Hinsicht auf die Zusammenarbeit mit der lokalen Bürokratie angewiesen. Bis zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im Jahr 1935 war dabei von allen Beteiligten auf strengste Geheimhaltung zu achten. So durften städtische Ausgaben, die in diesem Zusammenhang entstanden,

¹⁹⁴ Ehm (1989) S.117.

¹⁹⁵ Tessin I S.234 f. und Übersicht S.453 sowie Tessin II S.17. Die Heeresdienststelle 6 unterstand Generalmajor Renz und war gemeinsam mit Wehrbezirkskommando und örtlicher Wehrersatzinspektion in der ehemaligen Kreistaubstumpfenanstalt (Landshuter Straße 17a) untergebracht, vgl. ihre Mitteilung 26.2.1937, ZR 378.

¹⁹⁶ Belege für den Jubel nach dem Einmarsch im Sudetenland und der Rest-Tschechei bei Wolf S.113; Augenzeugenberichte in MZ 12.-13.3.1988.

¹⁹⁷ Zum 5.8.1939 wurde die 10.Division an die Reichsgrenze verlegt, offiziell um Grenzstellungen auszubauen, vgl. Cochenhausens Anordnungen 31.5. und 13.6.1939, BA-MA RH 26-10/504. Glückwunsch Sch. 27.10.1939 an Cochenhausen zu den Erfolgen im Polenfeldzug in NIS 1. Bericht über den Polenfeldzug in BA-MA RH 26-10/544. Verlustmeldungen aus dem Polen- und dem Westfeldzug in BA-MA RH 26-10/484, 511.

¹⁹⁸ Begrüßungsansprache Sch. 29.10.1940, NIS 17, vgl. allg. ZR 387.

¹⁹⁹ Verf. 28.9.1940, ZRa 14011. Vgl. auch seinen Gruß zum 2.Jahrestag des Ausrückens 7.8.1941, ZRa 12103. Städt.Weihnachtsspende 1941: 2000 RM und 10000 Zigaretten (Vermerk Reinemer 17.12.1941, ZR 387).

²⁰⁰ Tessin I S.166 ff. Kommandanturbefehle 1939-1945 in BA-MA RH 34/90-95, Kriegstagebücher in BA-MA RH 26-10/1 ff. Skizzen zur Geschichte der Division 1939-1945 in BA-MA RH 26-10/542.

im Haushalt entweder gar nicht oder nur unter "undurchsichtigen Decknamen" bzw. im Rahmen von Sammelposten auftauchen²⁰¹.

Andererseits bestand bei den Kommunalpolitikern stärkstes Interesse, Truppen in ihre Gemeinden zu holen, da sich, auch unabhängig von persönlichen Überzeugungen und Vorlieben, enorme Konsequenzen für die Wirtschaftskraft einer Stadt ergaben, die Truppenstandort wurde. Das Baugewerbe hatte mit Großaufträgen zu rechnen, die Soldaten mußten vom einheimischen Markt versorgt werden, daraus waren höhere Steuereinnahmen zu erwarten - kurz: Die Reichswehr als örtlicher Nachfragefaktor war überaus begehrt. Rechnet man zum ökonomischen noch den psychologischen Aspekt der Profilierung gegenüber konkurrierenden Städten und der generellen Militarisierung der Gesellschaft hinzu²⁰², so überrascht es nicht, daß die Reichswehr 1933/34 mit ihren Plänen überall auf größtes Entgegenkommen stieß. Nicht selten gaben dabei Bürgermeister in der ersten Euphorie Zusagen, die später die Leistungsfähigkeit ihrer Gemeinde weit überstiegen, so in Amberg²⁰³ und auch in Regensburg. Auch hier galt das Hauptinteresse der Stadtverwaltung der Auftragsbeschaffung für das örtliche Gewerbe und damit dem Abbau der Wohlfahrtserwerbslosen²⁰⁴. Dafür nahm sie unverantwortlich hohe Belastungen in Kauf, die sich prompt als untragbar erwiesen. Dennoch hat die Stadt Regensburg letztlich über eine halbe Million RM allein zu den ersten drei Kasernenbauten beigetragen. Mit dieser an sich schon hohen Summe waren allerdings die Leistungen für "wehrpolitische Maßnahmen" bei weitem nicht erschöpft, vielmehr bezifferte Schottenheim den gesamten Darlehensbedarf für solche Zwecke Ende 1934 auf über 1,3 Millionen RM, da zu den Ausgaben für die Kasernen- noch die für Wohnungsbauten, Exerzierplätze und nicht zuletzt die für die Motor-SA-Schule hinzuzurechnen waren²⁰⁵. 1937 stellte er den finanziell nicht meßbaren, sicherlich aber großen wirtschaftlichen Vorteilen Opfer von bislang 740000 RM gegenüber, die man bislang allein für die ersten drei neuen Kasernen erbracht habe²⁰⁶. Setzt man diese Summen in Beziehung zum städtischen Gesamtetat, so kann die Finanznot nicht überraschen, die in anderen Verwaltungsbereichen spürbar wurde.

Aus den Erfahrungen mit den ersten Kasernenbauten wurde man klüger. Bei allen späteren Neubauprojekten der Wehrmacht war die Stadt nicht mehr bereit, ähnlich günstige Bedingungen zuzugestehen, regelmäßig forderte sie nun angemessene, wenn auch entgegenkommende Preise für ihre Grundstücke und Leistungen. Das wenig kooperative Verhalten der Wehrmachtsverwaltung zeigte ebenso seine Wirkung wie die Tatsache, daß man in der Hochkonjunktur auf die wirtschaftlichen Impulse nicht mehr so stark angewiesen war, die man sich früher von der Garnisonsvermehrung versprochen hatte.

Bis zum Ende des Dritten Reichs entwickelte sich die Wehrmacht zu einem der größten Grundbesitzer in Regensburg. Sie besaß nun die Infanterie-, die Chevauleger-, die beiden Artillerie-, die Pionier-, die Nachrichten- und die Flakkaserne sowie die Anlagen des Flugwachkommandos am Dreifaltigkeitsberg. Hinzu kamen die Gebäude und Anlagen des Heeresbauamts, des Verpflegungs- und des Zeugamts, die drei Generalswohnhäuser Adolf-Schmetzer-Straße 12, Weißenburgstraße 25 und Hochweg 1 sowie eine Reihe von heereigenen Wohnhäusern. Zusätzlich hatte sie große Teile des fürstlich Thurn-und-Taxis'schen Schlosses, eine

²⁰¹ Geheimschreiben des Minn 1.12.1934, ZR 368.

²⁰² Zusammenfassend J.Dülffer: Vom Bündnispartner zum Erfüllungsgehilfen im totalen Krieg, in *Der Zweite Weltkrieg* (1989) S.286-300.

²⁰³ Vgl. Vermerk H. 26.6.1934, ZRa 12115, und Sch. 12.5.1937, NIH 7.

²⁰⁴ Vgl. H.s Unterstützung für die Regg.er Werften, die versuchten, Aufträge der Reichswehr zu erhalten (20.10.1934), und Schriftwechsel Sch. - Heeresbeschaffungsstelle im Reichskriegsministerium Sommer 1935, ZRa 12115.

²⁰⁵ Sch. an Minn 27.11.1934, ebd.

²⁰⁶ Text vom 12.5.1937, NIH 7.

Reihe weiterer Räumlichkeiten zur Unterbringung von Verwaltungsstellen und ausgedehnte Grundstücke gemietet bzw. gepachtet²⁰⁷.

1. Die Standortkommandantur

Spätestens im Frühsommer 1933, vermutlich sogar noch früher, müssen Gespräche geführt worden sein, bei denen es um die Unterbringung des künftigen Divisionsstabs in der Stadt ging. Jedenfalls war im August 1933 die grundsätzliche Entscheidung für Regensburg als Sitz einer Division schon gefallen²⁰⁸. Nun mußte die Unterbringungsfrage für die Kommandantur gelöst werden, die angesichts der Wohnungs- und Raumnot in Regensburg erhebliche Schwierigkeiten bereitete. Erst im Frühjahr 1934 mietete die Heeresstandortverwaltung einen Flügel des Thurn-und-Taxis-Schlusses am Emmeramsplatz für diesen Zweck, nachdem in den Kasernen kein Raum vorhanden und das ehemalige Lazarett vermietet war²⁰⁹. Im Jahr 1938 gab es Pläne, für die Standortkommandantur das Anwesen D.-Martin-Luther-Straße 14 zu erwerben, doch scheiterte dieses Vorhaben, unter anderem wohl, weil sich die Kreisleitung der NSDAP seit langem um dieses Gebäude bemühte. Stattdessen stellte die fürstliche Verwaltung der Kommandantur weitere Räume im Schloß zur Verfügung²¹⁰. Bis Kriegsende bestand hier die örtliche Kommandozentrale der Wehrmacht.

2. Die ersten drei neuen Kasernen²¹¹

Sofort nach der Entscheidung für Regensburg als Divisionssitz begannen die Vorarbeiten für den Kasernenbau, die Beschaffung von Exerzierplätzen und Offizierswohnungen. Anfang 1934 erklärte sich der Oberbürgermeister bereit, auf Kosten der Stadt die Infrastruktur für den sogenannten "Kleinen Exerzierplatz" an der Straubinger Straße sowie ein Ersatzübungs Gelände bereitzustellen, falls der Exerzierplatz mit den "besprochenen Bauten" bebaut werde²¹². Auch in den folgenden Monaten behielt die Errichtung der geplanten Artillerie- und der Pionierkaserne an dieser Stelle höchste Priorität; noch im Mai 1934 rechnete Schottenheim mit einem Baubeginn "in etwa 6-8 Wochen"²¹³. Wohl weil die Standortkommandantur auf ihren Übungsplatz nicht verzichten konnte (s.u.), wurde jedoch überraschend ein Alternativgelände an der Landshuter Straße als Bauplatz festgelegt, das man kurz zuvor noch als ungeeignet bezeichnet hatte²¹⁴. Es handelte sich dabei um das Gelände der ehemaligen "Bayerischen Zellstoffwerke GmbH"²¹⁵.

1929 war dieser Betrieb, der immerhin bis zu 350 Arbeiter und Angestellte beschäftigt hatte, nach einem Großbrand stillgelegt worden. Alle Sanierungsbemühungen erwiesen sich als

²⁰⁷ Unvollständige Listen 1940 bzw. 1948 in ZR 15116 und NIB, Akt ohne Titel.

²⁰⁸ Wehrkreisverwaltungsamt VII an Stadt 3.8.1933, ZRa 12861.

²⁰⁹ Standortverwaltung an Wehrkreiskommando VII 7.3.1934, BA-MA RH 26-10/140. Jahresmiete für die rund 40 Räume: 13600 RM. Mitteilung an die Stadt über das Kriegsgericht im fürstlichen Schloß 29.11.1934 in ZR 371.

²¹⁰ Fürstliche Verwaltung an Stadt 31.10.1938, ZR 379. Vgl. auch H. an RVK 11.9.1944, DS 763, wonach die Kommandantur nun 51 Räume im Schloß und weiteren fürstlichen Gebäuden benutzte.

²¹¹ Vgl. allg. Petsch S.134 ff.

²¹² Sch. an Tarnadresse in München 30.1.1934, ZRa 12115. Ein nicht näher bezeichnetes Alternativprojekt im Stadtwesten sollte aus Kostengründen fallengelassen werden.

²¹³ Note an H. und Schreiben an Heeresverwaltung 7.5.1934, ebd.

²¹⁴ Vermerk H. über Verhandlungen mit der Wehrkreisverwaltung 14.5.1934, ebd.

²¹⁵ Grundstücksplan ZR 12110.

vergeblich²¹⁶, und im Zuge der Zwangsversteigerung gelangten die Grundstücke und Werksanlagen in den Besitz der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank²¹⁷. Jahrelang bemühte sie sich vergeblich, einen Käufer zu finden; im Sommer 1933 war hierfür auch das Holzverzuckerungswerk im Gespräch, das sich dann später in Schwabelweis ansiedelte. Zum Zeitpunkt der Verhandlungen über den Kasernenbau befanden sich die Werksanlagen jedenfalls in einem sehr heruntergekommenen Zustand²¹⁸. Nachdem nun die Stadt die Erschließungskosten für den "Kleinen Exerzierplatz" einsparte, sagte Schottenheim recht voreilig zu, die Baugrundstücke zu erwerben, zu entschulden und zu erschließen, die bestehenden Gebäude abzubauen und anschließend das Gesamtgelände an der Landshuter Straße der Reichswehr kostenlos zur Verfügung zu stellen²¹⁹. Angesichts dieser umfassenden Zusage bestätigte das Wehrkreiskommando den nunmehr ausgewählten Bauplatz und dankte der Stadt für ihr Entgegenkommen²²⁰. Noch weitergehende Ansprüche, die es bald darauf anmeldete, vor allem erheblich umfangreichere Kanalisierungsmaßnahmen, mußte die Stadt allerdings ablehnen²²¹. Die einzige Gegenleistung der Reichswehr bestand in der - nicht einmal schriftlich fixierten - Zusicherung, das örtliche Baugewerbe bei der Auftragsvergabe zu bevorzugen. Hierüber sollte es später verschiedentlich Klagen geben²²².

Die staatsaufsichtliche Genehmigung für die geplanten Grundstücksgeschäfte bereitete zunächst ebensowenig Schwierigkeiten²²³ wie die nachträgliche Zustimmung des Stadtrats zu den Verpflichtungserklärungen der Stadt²²⁴. So setzte bei den beteiligten Dienststellen sofort hektische Aktivität ein: Die Grunderwerbs- und die Darlehensverhandlungen waren zu führen, die städtischen Werke und das Tiefbauamt hatten ihre Baumaßnahmen vorzubereiten²²⁵. Ende Juni 1934 begannen Münchener Reichswheerpioniere mit den Sprengarbeiten zur Niederlegung der ehemaligen Werksanlagen²²⁶, kurz darauf erwarb die Stadt das rund 30 ha große Fabrikgelände, von dem die Reichswehr zunächst nur knapp die Hälfte benötigte, für 300000 RM von der Hypobank²²⁷ - angeblich ein sehr günstiges Angebot, da der Buchwert der bestehenden Anlagen erheblich höher lag²²⁸. Für Grunderwerb, Straßen- und Kanalbau samt Nebenkosten rechnete Herrmann mit Aufwendungen von rund 615000 RM. Noch nicht enthalten waren darin die Versorgungsleitungen²²⁹ und die Sprengung der ehemaligen Zellstoffwerke, die sich als unerwartet aufwendig erwies. Die eigentlichen, von der Wehrkreis-

²¹⁶ Vgl. Prot. Verwaltungs- und Polizeienat 12.11.1930 sowie Presseerklärung H., ZR 15864.

²¹⁷ Details zu erwarten bei Reindl. Zur Geschichte der Zellstoffwerke 1915-1930 vgl. ZR 11232.

²¹⁸ Am 3.1.1933 hatte die Stadt die ehemalige Pumpenstation der Zellstoffwerke (Prinz-Ludwig-Str.16) für das Wasserwerk erworben; Kaufvertrag in ZR 15388.

²¹⁹ Sch. an Wäger 25.5.1934, ZRa 12115 und BA-MA RH 26-10/534, sowie Vermerk über die Ortsbesichtigung 1.6.1934, ZRa 12115. Einzelheiten zur Wasserleitung für die Kasernen in DS 574.

²²⁰ 2.6.1934, ZR 13025.

²²¹ Vermerk H. über Besprechungen mit dem Wehrkreiskommando 18.6.1934 bzw. mit Sch. 30.6.1934, ZRa 12115.

²²² Vgl. Beschwerde des Rgbg.er Baugewerbes über Schleuderpreise einer auswärtigen Firma 12.11.1934, ZRa 12109.

²²³ Noch 2.6.1934 von H. telefonisch eingeholt, später schriftlich bestätigt, vgl. ZR 12110.

²²⁴ Sr- und HA-Prot. 7.6., 5. und 12.7.1934.

²²⁵ Verf. H. 9.6.1934, ZRa 12110.

²²⁶ Einzelheiten in ZR 11234. Genehmigung der Kosten für weitere Sprengungen lt. HA-Prot. 29.8.1934. Endabrechnung der Pioniere 8.10.1934 in ZRa 12115, ebd. weitere Einzelheiten.

²²⁷ Material H. für Darlehensaufnahme 11.6.1934, ZRa 12115, Vorvertragsurkunde (10.7.1934) in DS 546, 670, ZRa 12110 und 12111. Hier auch die Verhandlungen mit der Hypobank. Rücktritt der "Bauhütte", die hier eine SA-Siedlung geplant hatte, vom Vorkaufsrecht in ZR 12110. Im Gegenzug ließ H. prüfen, ob man ihr nicht einen Auftrag erteilen könne (ebd.).

²²⁸ Aus Privatbesitz benötigte Grundstücke erwarb H. im Tausch, vgl. Vermerk 6.6.1934, ZR 13025. Weitere Verhandlungen mit der fürstl. Verwaltung in ZR 15186.

²²⁹ Nach überschlägigen Berechnungen der Stadtwerke rund 80000 RM, vgl. Vermerk H. 11.7.1934, ZRa 12115.

verwaltung zu tragenden Baukosten sollten rund 8,5 Millionen RM betragen, die Truppenstärke nach dem damaligen Stand um rund 2000 Artilleristen und Pioniere erhöht werden²³⁰.

Völlig überraschend kam am gleichen Tag, an dem die Sprengarbeiten aufgenommen worden waren, die Mitteilung der Wehrkreisverwaltung, für Regensburg sei noch eine dritte Kaserne für eine Nachrichteneinheit vorgesehen; Baubeginn solle schon im Herbst sein²³¹. Tatsächlich wurde der Neubau Ende 1934 begonnen²³², den gesamten Baugrund erwarb der Reichswehrfiskus ohne Einschaltung der Stadt von der Thurn-und-Taxis'schen Vermögensverwaltung²³³. 500 Mann umfaßte diese neue Nachrichtentruppe, und auch bei den beiden anderen Einheiten war inzwischen von rund 2500 Mann die Rede. Zudem sollte nach den letzten Informationen auch die Infanterie erheblich, nämlich auf rund 2000 Mann, aufgestockt werden²³⁴. Dies ergab eine geplante Truppenstärke von 5000 Mann in Regensburg - eine Zahl, die 1937 tatsächlich erreicht wurde.

Im Juli 1934 begannen die eigentlichen Bauarbeiten für die Artillerie- und die Pionierkaserne auf der freigesprengten Teilfläche des ehemaligen Werksgeländes²³⁵. Inzwischen lagen auch genauere Unterlagen über die Leistungen vor, die die Stadt zu erbringen hatte. Die Gesamtsumme von 816000 RM, die sich dabei ergab, übertraf nun allerdings die schlimmsten Befürchtungen und war, wie sich zeigen sollte, unmöglich aufzubringen. Probleme ergaben sich schon bei der Suche nach Darlehensgebern, denn noch mangelte es den deutschen Kreditinstituten an Liquidität²³⁶. Eine Ausnahme von der Regel, daß Sparkassen keine Darlehen an ihre Trägergemeinden geben durften²³⁷, wurde nicht genehmigt²³⁸; doch schließlich erklärten sich die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und die Lebensversicherung "Bayern" bereit, je 350000 RM bereitzustellen. Allerdings versagte nun das Reichsfinanzministerium der Stadt die Genehmigung für die Darlehen, soweit damit der Grunderwerb finanziert werden sollte; zu prüfen sei, inwieweit nicht die Heeresverwaltung selbst herangezogen werden könne²³⁹.

Schon früh hatte sich die Stadt bemüht, ihre ursprünglichen Zusagen abzumildern. Im Herbst 1934 standen die Abbrucharbeiten sogar mehrfach vor der Einstellung, weil es an Geld fehlte und sich die Darlehensaufnahme immer weiter verzögerte²⁴⁰. Erst im Frühjahr 1935 erreichte man erste Zugeständnisse der Reichswehr²⁴¹, so daß die staatsaufsichtliche Genehmigung für die beiden schon zugesagten Darlehen jetzt keine Schwierigkeiten mehr bereitete²⁴². Daher begannen mit dem Einsetzen der wärmeren Witterung nicht nur die Kasernenbauten selbst²⁴³,

²³⁰ Material für die Darlehensaufnahme 11.6.1934, ebd.

²³¹ Vermerk H. 26.6.1934, ebd.

²³² Baubeginn 19.12.1934 (Liste Bauprojekte, DS 666).

²³³ Beurkundung 18.12.1935, erwähnt in ZR 16051. Straßengrundgeschäfte u.a. in ZR 14706, 14937, 15116, 15186 und 15288, DS 546, 667 und 798. Ausbau der Tirpitz-(heute Daimler-)straße: DS 504 (Prot. 21.12.1936), 512 und Monatsmeldungen DS 501, 545 und 562.

²³⁴ Vermerk H. 26.6.1934, ZRa 12115, vgl. auch Notiz Sch. 26.1.1935, DS 666.

²³⁵ Sch. an MIInn 27.11.1934, ZRa 12115. Vgl. laufende Prot. Verwaltungs- und Polizeisenat ab 29.8.1934 zu einzelnen Baugenehmigungen.

²³⁶ Sch. an Reg. 20.6.1934, StA 16424.

²³⁷ VO 5.8.1931, RGBI I S.429.

²³⁸ Vgl. MIInn an Reg. 17.7.1934, Abschrift ZR 17390.

²³⁹ Darlehensanträge 11. und 24.8.1934, StA 16424, vgl. allg. ZRa 12115. Am 22.2.1935 gab die Reg. der Stadt die Versagung der Genehmigung bekannt (StA 16424).

²⁴⁰ U.a. wegen des umständlichen Instanzenwegs in der Reichswehr und zwischen Reichswehr- und Reichsfinanzministerium; Einzelheiten in ZRa 12115.

²⁴¹ Darlehensbedarf noch 550000 RM, vgl. ZRa 12110 f., 12115 und DS 670. Ebd. und StA 16424 zusammenfassender Bericht an Reg. 21.3.1935, vgl. auch Prot. der "Vorläufigen Gemeinderäte" 26.4.1935.

²⁴² Bekanntgabe der Genehmigung durch die Reg. 2.4.1935, DS 670.

²⁴³ H. an Sch. 8.4.1935, ZR 3725 c.

sondern auch die Infrastrukturmaßnahmen der städtischen Werke endlich in vollem Umfang²⁴⁴. Da allerdings die Zeit allmählich knapp wurde, wenn die Kasernen bis Herbst 1935 bezugsfertig sein sollten, verschärfte sich der gegenseitige Umgangston: Das Heeresbauamt mahnte, endlich den Straßenbau zu beginnen, die Wehrkreisverwaltung machte die Unfähigkeit der Stadt, gegebene Versprechen einzuhalten, für Verzögerungen verantwortlich²⁴⁵. Schottenheim bezeichnete dagegen die schleppende Behandlung der Grundstücks- und Finanzierungsfragen durch die Heeresdienststellen als "kaum mehr vertretbar"; seine "wiederholten und dringenden Vorstellungen" seien "mehr oder minder wirkungslos verhallt"²⁴⁶. Erst im August 1935 kam endlich eine abschließende Vereinbarung zwischen Stadt und Wehrmachtsverwaltung zustande²⁴⁷. Wie von der Staatsaufsicht gefordert, hatte nun die Reichswehr beim Grunderwerb weitestgehend nachgegeben²⁴⁸, dagegen verblieben der Stadt größtenteils die Erschließungskosten für alle drei neuen Kasernen²⁴⁹.



Das Kasernengelände im Südosten der Stadt
Stadtarchiv, Stadtplan 1936

²⁴⁴ Notiz Sch. 4.2.1935, DS 666.

²⁴⁵ Schriftwechsel H. - Heeresbauamt ZRa 12115.

²⁴⁶ Schriftwechsel in ZRa 12111. Die Abbrucharbeiten konnten beendet werden, da die Pioniere die noch bestehenden Einrichtungen selbst nutzen wollten (11.6.1935 an Standortverwaltung, BA-MA RH 26-10/534).

²⁴⁷ Vereinbarung 8.8.1935 und Genehmigung des Kriegsministeriums in ZRa 12111, Bestätigung durch H. (ZRa 12112), obwohl er einige Forderungen der Wehrmacht "unbillig" bzw. "unangenehm" empfand (an OB Rosenheim 17.6.1936), ZRa 12115. Beurkundung der wichtigsten Grundgeschäfte 24.10.1935, ZR 14798 und 15688, spätere Geschäfte in ZRa 12110 und ZR 15638.

²⁴⁸ Die Stadt stellte nun für die ersten beiden Kasernen nur noch 14,2 ha Grund kostenlos bereit, während der Reichswehrriskus Teilflächen von 19,8 ha kaufte und der Stadt die Kosten für die Baureifmachung des Geländes erstattete.

²⁴⁹ Kostenanschläge Werke und Tiefbauabteilung in DS 670. Zu den Straßenbauten vgl. ZRa 12115.

Im Oktober 1935 bezogen mit feierlicher Parade und "Bierabend" der Stadt Regensburg²⁵⁰ die ersten Truppen die soeben fertiggestellte Artillerie- (heute: Prinz-Leopold-) und die Pionierkaserne²⁵¹: zwei Abteilungen des Artillerieregiments 10, das General Ritter von Speck unterstand²⁵², und das Pionierbataillon 10²⁵³. Im März 1936 folgte die Nachrichten-Abteilung 10 nach, die die heutige Raffler-Kaserne bezog²⁵⁴. Als die Abrechnungen vorlagen, ergaben sich folgende Kosten für die Stadt: 350000 RM für den Grunderwerb, 200000 RM für den Abbruch der ehemaligen Zellstoffwerke, 320000 RM für Versorgungsleitungen und Kanalisation sowie 180000 RM für den Straßenbau, vor allem für den Ausbau der Landshuter und der Hindenburgstraße (heute: Zeißstraße)²⁵⁵. Von diesen 1,05 Millionen RM ging gut die Hälfte zu Lasten des Reichswehrfiskus, während die Stadt den Rest auf ihre beiden Darlehen verrechnete.

Immerhin hatten die Kasernenbauten die erste nachhaltige Entlastung des Arbeitsmarktes in Regensburg mit sich gebracht²⁵⁶: Bis zum Herbst 1935 beschäftigte die Heeresverwaltung zeitweise an die 1200 Arbeiter, und die Stadt hatte erreicht, daß die Baufirmen ausschließlich vom Regensburger Arbeitsamt zugewiesene und nur mit dessen Einwilligung auswärtige Kräfte beschäftigen durften²⁵⁷. Mit dem Arbeitsamt selbst hatte man einen Schlüssel ausgehandelt, wonach die vorhandene Arbeit auf Arbeitslosenunterstützungsempfänger und Wohlfahrtserwerbslose aufgeteilt wurde²⁵⁸. Bei den von der Stadt getragenen Arbeiten schließlich mußten die Baufirmen ihre Arbeiter sogar nach Listen auswählen, die das Wohlfahrtsamt erstellte²⁵⁹.

3. Weitere Kasernenbauten

In den Neubau der zweiten Artilleriekaserne (heute: Bajuwaren-Kaserne) und die Erweiterungsbauten der Infanterie war die Stadtverwaltung noch durch die Baugenehmigungen²⁶⁰, die Erschließungsarbeiten und einige kleinere Grundstücksgeschäfte eingeschaltet²⁶¹, während sie über die neue Flak- (Nibelungen-) Kaserne am Unterislinger Weg nicht einmal mehr Einzelheiten erfuhr. Baurat Schipper beklagte, Pläne seien nicht zur Erinnerungsabgabe vorgelegt worden, es bestehe keine baupolizeiliche Genehmigungspflicht, "dem Stadtbauamt ist über das Bauvorhaben nichts bekannt."²⁶²

²⁵⁰ Einladungsliste in ZR 384. Die städtischen Arbeiter erhielten frei, um die Parade beobachten zu können, mußten aber die versäumte Arbeitszeit nachholen (Verf. Sch. 14.10.1935, ZR 384).

²⁵¹ Erwähnt u.a. RPB 7.11.1935. Vgl. auch Anweisung Sch. zum Empfang der Rekruten 28.10.1935, ZR 378.

²⁵² Einladungsliste ZR 17685. Zum 1.10.1934 war die 1.Abt. des A.R.10 in Würzburg durch Umbenennung der dortigen 1.Abt. des A.R.7 entstanden. Die 2.Abt. entstand gemeinsam mit dem Regimentsstab zum gleichen Datum als Neuaufstellung in Amberg. Vgl. Tessin I S.249 ff. und Tabelle S.358 f.

²⁵³ Das Pionierbataillon war zum 1.10.1934 mit vorläufigem Standort Ingolstadt aufgestellt worden (ebd., S.258 ff. und Tabelle S.382 f).

²⁵⁴ Vgl. hierzu Wäger an Sch. 27.2.1936, ZR 384. Die Nachrichten-Abteilung war zum 15.10.1935 mit vorläufigem Standort München aufgestellt worden, vgl. Tessin I S.270 ff. und Tabelle S.406 f.

²⁵⁵ Sch. an Standortverwaltung 13.11.1936 sowie Verf. H. 22.10.1936, ZRa 12112.

²⁵⁶ vgl. HA-Prot. 9.1.1935.

²⁵⁷ Man rechnete damit, daß letztere sich in Rgbg. ansiedeln und damit früher oder später der Fürsorge zur Last fallen könnten, vgl. Vermerk Sch. 19.6.1934, ZRa 13025.

²⁵⁸ Vermerk Zwick 22.6.1934, ebd.

²⁵⁹ Ein Beispiel in ZRa 12112.

²⁶⁰ Seit Ende 1935, gehäuft 1937, befaßten sich die Ratsherren in Plenum und Verwaltungsbeirat mit Baugenehmigungen für beide Maßnahmen, vgl. Prot.

²⁶¹ Vgl. Vermerk H. 17.1.1937, DS 669, und Grundverkauf Bruderhaus-Stiftung an Reichsfiskus/Luftfahrt (2.12.1937, ZR 16020), vgl. auch Gesetz über die Landbeschaffung für Zwecke der Wehrmacht 29.3.1935, RGBI I S.467.

²⁶² Schipper an Gewerbeamt 17.3.1937, ZR 9919, vgl. auch Mb Bauamt 28.2.1939, DS 667. R.Ehm bereitet eine Untersuchung über die Luftwaffe in Rgbg. vor.

Schon im Frühjahr 1934 hatte man das später für die Artillerie- und die Pionierkaserne genutzte Gelände für den eventuellen Neubau einer Infanteriekaserne ins Auge gefaßt²⁶³. Doch stand in den vorhandenen Kasernen zunächst noch genügend Raum zur Verfügung, obwohl die Infanterie noch in der Phase der geheimen Aufrüstung in zwei Bataillone geteilt und nach und nach aufgefüllt wurde²⁶⁴. Erst nach dem Erreichen der Sollstärken wurde es nötig, auch für diese Truppen Neubauten zu schaffen. Im November 1936 begann die Erweiterung der Infanteriekaserne²⁶⁵, wenige Wochen später wurde an der äußeren Landshuter Straße der Neubau einer weiteren Artilleriekaserne in Angriff genommen, die der 3. Abteilung des Artillerie-Regiments 10 als Quartier dienen sollte²⁶⁶. Völlig ungeklärt waren zu diesem Zeitpunkt die städtischen Leistungen. Der weitere Ausbau der Landshuter Straße und der Straßenbahn wurde ebenso erforderlich wie die Verlängerung des Kanals und der Versorgungsleitungen, und Schottenheim lehnte es diesmal ab, irgendwelche Kosten zu übernehmen²⁶⁷.

Gleichzeitig erfuhr man von Plänen des Luftkreiskommandos, eine Flak-Stammatterie in Regensburg zu stationieren, die baldmöglichst zu einer Vollabteilung ausgebaut werden sollte; als Baugebiet wurde ein Gelände am Unterislinger Weg ausgewählt²⁶⁸. Anfang 1937 fiel allerdings im Reichsluftfahrtministerium die Entscheidung für eine leichte Batterie, nicht für eine schwere Flak-Artillerie-Abteilung, da "die Schutzobjekte in Regensburg noch zu wenig sind"²⁶⁹. Schon kurz darauf zog die Flak-Stammatterie unter Führung Major Schlanges feierlich in Regensburg ein²⁷⁰ - zunächst allerdings nur in provisorisch aufgestellte Baracken. Zu dieser Zeit befand sich die Erschließung dieses neuen Kasernengeländes noch in der allerersten Vorbereitungsphase²⁷¹, sie verzögerte sich - ebenso wie bei den Erweiterungsbauten der Infanterie und der zweiten Artilleriekaserne - in der Folgezeit immer wieder, weil die Heeresverwaltung die benötigten Mittel nicht rechtzeitig bereitstellte²⁷².

Nach dem "Anschluß" Österreichs wurde die Regensburger Flak-Batterie nach Steyr verlegt²⁷³. In der äußerst gespannten Lage während der Sudetenkrise mußte daher eine Ersatzbatterie den Präventivschutz der Stadt und ihrer Umgebung übernehmen²⁷⁴. Die Fertigstellung der Flakkaserne war nun nicht mehr vordringlich; dies erklärt hier den schleppenden Baufortschritt, während man im November 1938 endlich den Bezug der Artilleriekaserne II feiern konnte²⁷⁵.

²⁶³ Vermerk H. 14.5.1934, ZRa 12115.

²⁶⁴ 1.10.1934, vgl. Tessin I S.236 f. und Tabelle S.320 f.

²⁶⁵ Vermerk 1.4.1937, DS 501 und 545.

²⁶⁶ Baubeginn 14.12.1936, vgl. Liste laufender Bauprojekte DS 666 und Vermerk 1.4.1937, DS 501 und 545.

²⁶⁷ Vermerk 22.12.1936, DS 504. Vgl. zum Darlehen für die Erschließung der Artilleriekaserne II auch StA 16425.

²⁶⁸ Vermerk H. Dez.1936, DS 669. Vgl. allg. 25 Jahre Feldartilleriebataillon 41, hg. Kommandeur Feldartilleriebataillon 411, Rgbg. 1982 S.30-32.

²⁶⁹ Vermerk H. 17.1.1937, DS 669.

²⁷⁰ 29.4.1937, vgl. Programm zum Bierfest, Standortsonderbefehl und Entwurf der Einladungsliste ZR 382. Erwähnt auch im Mb April 1937 (DS 545) und im Gedenkbuch für Hitler (ZRa 13549).

²⁷¹ Vgl. Mb Bauamt März 1937, DS 545.

²⁷² Vgl. die verschiedenen Mb, DS 545, 562 und 586. Verzögerung im Straßenbau wegen Unklarheiten über die Autobahntrasse; Abschluß des Ausbaus der Landshuter Straße im November 1938, vgl. DS 562. Weitere Details in H. an Kasernenbauleitung 15.6.1937, DS 669, und ZR 16357.

²⁷³ BOM 31.3.1938.

²⁷⁴ Dank H. an Ersatzflakbatterie 10, 17.10.1938, ZR 369, wonach ihr Eintreffen "in allen Kreisen der Bevölkerung eine offensichtliche Beruhigung und damit eine erhebliche Verbesserung der Stimmung ausgelöst" habe.

²⁷⁵ Baubeschreibung bei Ruhl S.67 f. Die 3.Abt. des A.R.10 war seit 1936 für die Verlegung von Amberg nach Rgbg. vorgesehen, vgl. Tessin I S.249 ff. und Tabelle S.358 f. Zum Einmarsch in Rgbg.: Standort-Sonderbefehl 2.11.1938, Abschrift in ZRa 14021. Einladungen zum Bierabend, Aufruf an die Bürger zum Beflaggen der Häuser etc. in ZR 384.

Spätestens Anfang 1939 wurde der Betrieb der Flakkaserne in größerem Umfang aufgenommen²⁷⁶, doch selbst zu Kriegsbeginn waren die Erschließungsarbeiten, behindert durch den Mangel an Material und Arbeitskräften, noch nicht abgeschlossen²⁷⁷. Noch jahrelang verzögerte sich die - provisorische - Fertigstellung der Kaserne, die während des Kriegs als örtliche Flakkommandantur sowie als Standort für ein Ausbildungs- und Ersatzregiment der Flak genutzt wurde. In den letzten Kriegsmonaten diente sie nach Ostbayern verlegten ungarischen Flakeneinheiten als Quartier²⁷⁸.

Zu dieser Zeit gehörte die Deckung des Raumbedarfs der Wehrmacht und anderer kriegswichtiger Stellen bereits zu den Hauptaufgaben der Kommunalverwaltungen, weshalb diesem Bereich ein eigenes Kapitel der vorliegenden Arbeit gewidmet ist. Kasernenneubauten waren ohnehin längst unmöglich geworden; lediglich die Einrichtung eines neuen Soldatenheims in einem bereits bestehenden Gebäude ist belegt²⁷⁹.

4. Weitere Wehrmachtsbauten²⁸⁰

Bei den Grundstücksverhandlungen des Frühjahrs 1934 hatte sich die Stadt auch bereit erklärt, für eine mögliche Erweiterung des Proviantamts an der Landshuter Straße ein Grundstück zu reservieren²⁸¹. In die tatsächlichen Maßnahmen, die dann im Herbst 1936 begannen, war sie allerdings nicht eingeschaltet. Das Heeresverpflegungsamt, das sämtliche Truppen des Standorts, teils auch die Nachbargarnisonen versorgte, errichtete nun aus Luftschutzgründen nördlich der Donau, am westlichen Ortseingang von Schwabelweis, einen neuen Bodenspeicher und erweiterte die Rauhfutterscheune sowie die Heeresbäckerei²⁸². Eine gewisse Bedeutung für die Stadtentwicklung gewannen diese Neubaumaßnahmen insofern, als sie dazu beitrugen, eine vom Göringwerk - dem "arisierten" ehemaligen Kalkwerk Funk - vorgesehene Zementfabrik zu verhindern. Denn das Heeresverwaltungsamt legte wegen der befürchteten Staubbelastung Einspruch gegen die Neubaupläne des Göringkonzerns ein, von dem sich aus Naturschutzgründen auch die Stadt distanzierte²⁸³.

Ende 1935 traten die Pläne zur Einrichtung eines Heeresnebenzeugamts in ihre konkrete Phase. Die Standortverwaltung verhandelte mit der Maxhütte-Industrie GmbH über den Erwerb der beiden großen Lagerhallen am Südenende der Maxhüttenstraße²⁸⁴, doch kam es offen-

²⁷⁶ Vgl. PolDir an Stadt 25.1.1939, DS 637; ein nicht näher bezeichneter Grundverkauf an das Luftgaukommando im Rh-Prot. 20.1.1939. Vgl. auch ZR 15535 und 15548 zum Ausbau des Unterislinger Wegs 1940/41.

²⁷⁷ Vgl. Mb Tiefbau, DS 562; vgl. auch Rh-Prot. 25.5.1939. Wegen der Nachfrage nach Facharbeitern traten diese so selbstbewußt auf, daß die Gestapo einen von ihnen zur Abschreckung festnahm, vgl. RPB 7.8.1939 und BNS I (1977) S.286.

²⁷⁸ Frdl.Hinweis R.Ehm.

²⁷⁹ Einrichtung eines Wehrmachts-Soldatenheims im evangelischen Keplerbau nach Verlegung der Verteilungsstelle für Feldpostpäckchen; Einzelheiten in DS 746 und 511, vgl. Wb Wehrmachtstelle, DS 733, und HJ-Gauleitung an KLV-Dienststelle der Kreisleitung 16.11.1944, WSt 1.

²⁸⁰ Mit Verf. Sch. (15.4.1937, DS 132) wurde H. federführend für alle Wehrmachtsprojekte. Zum Erwerb von Stobäusplatz 4 und Landshuter Straße 26 a durch die Heeresbauverwaltung: ZRa 14342. Unklar die Geschichte der zuletzt von Major Matzke geleiteten Heeres-Pionierschule. Laut Bürger (S.382) wurde sie erst 1945 eingerichtet, während Tessin sie bereits für 1943 vermutet (Tessin I S.189).

²⁸¹ Vermerk H. 14.5.1934, ZRa 12115.

²⁸² Anonymer Vermerk 1.4.1937, DS 501 und 545, sowie Vermerk 4.1.1938, DS 502.

²⁸³ Prot. Referentenbesprechung 17.10.1939, DS 555, und Rh-Prot. 24.11.1939. Mit weiteren geplanten Wehrmachtsspeichern am Osthafen war die Stadt nur einverstanden, wenn dadurch Industrieansiedlungen nicht verhindert würden. Auch sei die Beteiligung der Wehrmacht an den Hafengebäuekosten zu klären (Vermerk H. 9.1.1941, DS 879).

²⁸⁴ Erwähnt in ZRa 12138.

bar nur zum Abschluß eines Pachtvertrags²⁸⁵. Wiederum verweigerte die Stadt jegliche Beteiligung an den Erschließungskosten für das 6000 m² große, mit einem Gleisanschluß versehene Gelände²⁸⁶. Ende 1936 begannen die eigentlichen Bauarbeiten am ersten Lagerhaus, im Frühjahr 1937 die am Verwaltungsgebäude, dem zweiten Lagerhaus und an einer Autohalle²⁸⁷. Im Krieg, vor allem mit der zunehmenden Raumnot im Stadtgebiet, wären die riesigen Lagerhallen ein äußerst begehrtes Objekt für die verschiedensten kriegswichtigen Zwecke gewesen. Mehrfach bemühte sich Herrmann vergeblich, ihre Freigabe zu erwirken, um hier ansiedlungswillige Betriebe unterzubringen²⁸⁸.

Für die Gleis- und Rampenanlage und die Feldzeugmeisterei der Wehrmacht im Kasernenbereich stellte die Stadt Regensburg große Grundstücke zur Verfügung. Mitte 1935 hatte die Standortverwaltung mitgeteilt, daß sie zum Verladen schwerer Lasten - Geschütze, Baumaschinen etc. - einen Gleisanschluß für das Kasernengelände einrichten müsse und hierfür fast 10 ha städtischen Geländes benötige²⁸⁹. Schottenheim zeigte sich zwar entgegenkommend²⁹⁰, doch forderte er diesmal einen angemessenen Preis. Als die Heeresverwaltung darauf nicht einging, schraubte er Ende 1936 seine Forderung sogar noch hinauf, da die Grundstückspreise generell gestiegen seien²⁹¹. Bemerkenswert daran war der Kontrast zum früher häufig fast devoten, zumindest sehr höflichen Tonfall; nun trat das Stadtoberhaupt ausgesprochen selbstbewußt auf und war auch inhaltlich nicht mehr zu Konzessionen bereit²⁹². Als die Gleisanlage längst fertig war und die Verkaufsgespräche unmittelbar vor dem Abschluß standen²⁹³, erhielt plötzlich die Standortverwaltung völlig neue Anweisungen, die zur Verärgerung des Oberbürgermeisters²⁹⁴ weitere Verzögerungen und Zinsverluste mit sich brachten. Es war keinerlei Bereitschaft der übergeordneten Heeresdienststellen erkennbar, auf die finanziellen Belange der Stadt Rücksicht zu nehmen; erst im Frühjahr 1940 konnten die entsprechenden Verträge schließlich abgeschlossen werden²⁹⁵.

Als "Waldschule" getarnt, entstand am Schelmengraben das Flugwachkommando des Luftgaukommandos XIII für Ostbayern. Wie so häufig, ging es auch bei diesem Projekt um den Verkauf von Baugelände durch die Stadt für die angebliche "Waldschule", wo bis zu 80 Mann eine Flakausbildung erhalten sollten. Das fragliche Gelände lag auf dem Dreifaltigkeitsberg östlich des Schelmengrabens und südlich des heutigen Krematoriums. Im Sommer 1938 trat die Luftwaffe erstmals mit einem Kaufgesuch an die Stadt heran²⁹⁶. Daß der Bebauungsplan das Gelände als Grünflächen auswies, vermochte die Baumaßnahme nicht zu verhindern²⁹⁷, sondern führte nur zu langen Auseinandersetzungen über den Grundstückspreis,

²⁸⁵ Erwähnt in H. an RVK 11.9.1944, DS 763.

²⁸⁶ Vermerk 22.12.1936 und Prot. Besprechung vom Vortag, DS 504. Zur neuen Trafo-Station Mb E-Werk um die Wende 1938/39, DS 587.

²⁸⁷ Baubeginn lt. Liste der Bauprojekte (DS 666) 14.12.1936. Ein Vermerk in DS 504 und 545 (1.4.1937), wonach mit Lagerhaus I schon am 1.10.1936 begonnen worden sei, kann nicht den Tatsachen entsprechen, vgl. Vermerk 28.10.1936, DS 504, und RPB 7.11.1936.

²⁸⁸ Vgl. DS 879, vgl. auch H. an RVK 11.9.1944, DS 763.

²⁸⁹ 12.6.1935, wie der ganze Vorgang in ZRa 12098.

²⁹⁰ HA-Prot. 23.8.1935

²⁹¹ Verkaufsangebote 2.1. bzw. 11.12.1936, ZRa 12098.

²⁹² Sch. an Standortverwaltung 3.5.1937, ebd., bzw. Rh-Prot. 7.5.1937.

²⁹³ Einzelheiten in Rh-Prot. 12.10.1937.

²⁹⁴ Sch. an RBD 6.11.1937, ZRa 12098.

²⁹⁵ Vgl. Rh-Prot. 12.1. und 15.3.1940; Verträge zu den Grundverkäufen an Wehrmacht und RB für Rampenanlage und Feldzeugmeisterei 11.3. bzw. 4.4.1940 in ZRa 12098, erwähnt auch in DS 798.

²⁹⁶ 2.8.1938, ZR 15523.

²⁹⁷ Vorläufige Bauerlaubnis H. 16.9.1938, ZR 15523.

während derer die Stadt schließlich ihre Forderung erheblich absenkte²⁹⁸. Zu dem Neubau selbst finden sich keine städtischen Unterlagen. Mit Sicherheit hat es sich nicht - oder nicht nur - um eine Flakschule gehandelt, vielmehr entstand hier die Zentrale des Flugmelde- und Luftschutz-Warndienstes für ganz Ostbayern, die vermutlich schon 1939 von Weiden hierher verlegt wurde und im Krieg jeweils für die Auslösung der Luftalarme verantwortlich war²⁹⁹. Heute beherbergt die Anlage das Heeresmusikkorps 4.

Die Großbatterien und sonstigen Anlagen der Flak, die schließlich im Krieg dem Schutz gefährdeter Objekte im Stadtgebiet dienten, unterlagen nicht der kommunalen Aufsicht. Nur beiläufig, etwa im Zusammenhang mit der Abstellung von Schülern als Luftwaffen Helfern, finden sich daher Hinweise darauf in den städtischen Unterlagen³⁰⁰.

5. Nicht verwirklichte Projekte

Seit dem Frühjahr 1935 bestand der Plan für ein Offizierskasino, das dem gesamten Standort dienen sollte. Als Bauplatz hierfür war ein der fürstlichen Verwaltung gehörendes Gelände gegenüber der Einmündung der Hindenburg- (Zeiß-) in die Landshuter Straße ausersehen, vermitteln sollte den Grunderwerb die Stadt, noch 1935 wollte man den Neubau erstellen³⁰¹. Wie so häufig kam es auch hier zu Verzögerungen. Ende 1936 wurde der Neubau zwar genehmigt³⁰², 1937 sollte er begonnen werden³⁰³, doch zerschlugen sich auch hier die Planungen; das Kasino ist nicht mehr errichtet worden.

Spätestens Anfang 1936 stand ein weiteres, nicht verwirklichtes Neubauprojekt der Wehrmacht zur Debatte: eine Pionierkaserne im Stadtwesten samt Land- und Wasserübungsplatz zu beiden Seiten der Donau. Als ausgesprochen groß erwies sich der Flächenbedarf hierfür: Rund 10,5 ha Grund westlich der zu verlängernden Dietrich-Eckart-Straße (heute: Gerlichstraße) wären benötigt worden³⁰⁴. Hier schienen sich ideale Bedingungen zu bieten: ein abgeschlossenes, donauaufwärts beliebig erweiterbares, dennoch stadtnahes Kasernen- und Übungsgelände, dessen Betrieb den Schiffsverkehr nicht behindert hätte, da dieser erst weiter flußabwärts begann³⁰⁵. Dieser Gesichtspunkt lag besonders dem "Neubauamt Regensburg für den Ausbau der Großschiffahrtsstraße Rhein-Main-Donau" am Herzen, das sich sogar bereit zeigte, eine künftige Verteuerung der Staustufe Pfaffenstein in Kauf zu nehmen³⁰⁶.

Im Sommer 1936 kam es zu ersten konkreten Gesprächen und Kostenberechnungen³⁰⁷. Baubeginn für die Pionierkaserne sollte demnach schon im Herbst sein, mit größter Beschleunigung.

²⁹⁸ Einzelheiten ebd., vgl. Rh-Prot. 26.8.1938. Kaufvertrag RLM-Stadt 28.9.1940 und Nachtragsurkunde 1.4.1941 in ZR 15523, vgl. Rh-Prot. 15.10.1940.

²⁹⁹ Frdl.Hinweis R.Ehm, vgl. auch Ehm (1989/II) Anm.71.

³⁰⁰ Vgl. z.B. H. an die ungarische Schiffahrtsgesellschaft 20.10.1941, DS 630.

³⁰¹ Vermerk H. 16.4.1935, DS 506. Baupläne 23.3.1935. Anweisung von 225000 RM für den Bau durch Wehrkreisverwaltung am 25.6.1935, vgl. BA-MA RH 26-10/534.

³⁰² Vermerk 22.12.1936, DS 506.

³⁰³ Mb März 1937, DS 545, und Vermerk 1.4.1937, DS 506: Planung noch nicht abgeschlossen, Einzelheiten nicht bekannt.

³⁰⁴ 1,1 ha für die Kaserne selbst, 4,1 ha für den Wasser-, 5,3 ha für den Landübungsplatz, vgl. Verkaufsangebot Stadt 3.4.1937 und Sch. an Oberstleutnant Meise 17.1.1936, ZRa 12113; u.a. wurde der Ausbau der Dietrich-Eckart-Straße als unverzichtbar angesehen.

³⁰⁵ Stadt an Kommandeur der Pioniere in München 13.1.1936, ZRa 12113.

³⁰⁶ 20.1.1936, ebd.

³⁰⁷ Vgl. Vermerk H. 24.6.1936, ZRa 12113. H. rechnete für Straßen- und Kanalbau mit Gesamtkosten von rund 225000 RM.

gung mußten auf einmal die städtischen Dienststellen das neue Großprojekt bearbeiten³⁰⁸, und sogar die Ratsherren wurden schon in den Stand der Verhandlungen eingeweiht³⁰⁹. Aus unbekanntem Gründen disponierte die Wehrmachtsführung jedoch überraschend um. Plötzlich galt als zweifelhaft, ob Regensburg überhaupt Standort einer neuen Pionierkaserne werde³¹⁰, und Anfang 1937 war zwar die Rede von einem neuen Korpsbataillon, doch werde dieses frühestens 1938 hier stationiert³¹¹.

Schweren Herzens unterbreitete nun die Stadt ein förmliches Grundstücksangebot³¹²; "trotz erheblicher Widerstände" habe man sich durchgerungen, den Badebetrieb an der Schillerwiese preiszugeben, weil man "dem Aufrüstungswillen des Führers dienen wollte und die Wehrhaftmachung allen anderen Rücksichten voranstellen zu müssen glaubte"³¹³. Fast 360000 RM veranschlagte die Stadtverwaltung für ihre Aufwendungen - Grundabgabe, Kanal- und Straßenbau und Verlegung der Versorgungsleitungen³¹⁴. Ähnliche Eigenleistungen wie bei den ersten Kasernenbauten lehnte man allerdings ab³¹⁵. Nur wenn das Reichskriegsministerium die benötigten Darlehen beschaffe und sich in erheblichem Ausmaß an den Kosten beteilige, könne man die Erschließung des Geländes übernehmen³¹⁶. Auf dieser Grundlage scheint es im Mai 1937 noch zu einer Einigung gekommen zu sein³¹⁷, doch brachen damit die Vorbereitungen ab. Erst Ende 1938 war nochmals die Rede davon, daß nun zumindest der Standort der neuen Kaserne halbwegs feststehe und das Bauamt die "städtebauliche Gestaltung" dieses Teils des Stadtgebiets plane³¹⁸, doch wurde der Bau letztlich nicht mehr begonnen, vermutlich da die Etatisierung des vorgesehenen Truppenteils (Korps-Pionier-Btl.53) bis Kriegsbeginn nicht zustande kam³¹⁹.

Im Frühjahr 1942 ergaben sich letztmals Verhandlungen über ein Kasernenbauprojekt. Offenbar sind sie allerdings sehr schnell im Sande verlaufen. Belegt ist lediglich, daß die Bauinspektion der Waffen-SS mit Sitz in Dachau Vorerhebungen für einen solchen Neubau anstellte. Sie suchte ein erschlossenes Grundstück von rund 17 ha in günstiger Verkehrslage, wo nicht nur die Kasernen für eine SS-Einheit selbst, sondern auch die benötigten Offizierswohnungen entstehen sollten³²⁰. Zwei alternative Bauplätze westlich der Artilleriekaserne II bzw. auf dem heutigen Universitätsgelände, beide größtenteils im Besitz der fürstlichen Verwaltung, schlug Herrmann daraufhin vor³²¹, doch kam es offenbar nicht mehr zu konkreten Vorarbeiten.

³⁰⁸ Verf. Sch. ebd. und ZRa 12116. Lt. Vermerk Schipper 3.10.1936, DS 501, waren die Wasserrohre schon bestellt.

³⁰⁹ Prot. 8.7.1936, mit Bedenken gegen die Beschränkung des Badebetriebs an der Schillerwiese.

³¹⁰ Vermerk Ehrhardt 23.11.1936, ZRa 12113.

³¹¹ Vermerk H. über eine entsprechende OKH-Verf. 24.2.1937, ebd.

³¹² Vgl. Vermerk Schipper 1.4.1937, DS 501, und Rh-Prot. 8.4.1937. Zur Verunsicherung der Grundbesitzer, die nicht wußten, ob sie ihre Felder bzw. Kleingärten noch bestellen konnten: Sch. an Standortverwaltung 8.1.1937, ZRa 12113.

³¹³ Grundstücksangebot 3.4.1937, ebd., vgl. auch Rh-Prot. 8.4.1937. Gefordert wurden 130000 RM für gut 10 ha Gelände.

³¹⁴ Notiz Sch. 14.10.1936, FIN 500. Zu den Verhandlungen: Berichte 6. und 10.7.1936, ZRa 12113 bzw. 12116, vgl. auch Bericht E-Werk 24.7.1936, DS 587.

³¹⁵ Prot. 24.3.1937, ZRa 12113.

³¹⁶ Die Verhandlungen ebd. und in ZRa 12116. Die Straßenbaukosten ermäßigten sich, da die Stadt den Hochweg ohnehin als Zufahrt zum Flugzeugwerk auszubauen hatte.

³¹⁷ Vermerk H. 8.5.1937, ZRa 12113, vgl. Mb April 1937 zu den Kostenvoranschlägen der städtischen Stellen, DS 501 und 545.

³¹⁸ Mb 31.12.1938, DS 667.

³¹⁹ Tessin I S.259 und Tabelle S.386 f.

³²⁰ Anfrage 23.3.1942, DS 753.

³²¹ 9.4.1942 an Bauinspektion, ebd. (mit Lageplänen).

Ein weiteres Großprojekt der Wehrmacht, das jahrelang im Raum stand, ohne je verwirklicht zu werden, war der Neubau eines Standortlazarets. Wie erwähnt, war das ehemalige Garnisonslazarett an der Greflinger Straße nach seiner bewegten Geschichte im Jahr 1933 wieder von der Stadtverwaltung gemietet und dem Reichsarbeitsdienst und der SA-Brigade 81 zur Verfügung gestellt worden. Mitte 1934 gab die Stadt die Gebäude förmlich zurück, danach gingen sie auf das Reich über, vertreten durch die Heeresstandortverwaltung. Diese richtete hier wieder ein Lazarett ein, doch war dies offenbar nur eine Notlösung, denn schon bald tauchten Pläne für einen großzügigen Lazarettneubau auf³²². Ähnlich wie bei der Pionierkaserne gedieh auch dieses Projekt noch recht weit. Es tangierte städtische Belange ganz erheblich, denn der zunächst ausgewählte Bauplatz südlich des Pulverturms machte es erforderlich, die dortigen Obdachlosenbaracken zu beseitigen³²³. Doch dann verzögerte sich auch hier die weitere Planungsarbeit. Immer wieder hieß es, der künftige Bauplatz stehe noch nicht fest³²⁴. Lange Zeit war ein Baugelände am Sallerner Berg, also im Erweiterungsbereich der Schottenheim-Siedlung im Gespräch³²⁵, während im Herbst 1941 offenbar wieder dem älteren Projekt am Pulverturm Priorität eingeräumt wurde³²⁶. Keines der geplanten Vorhaben ist schließlich vor Kriegsende verwirklicht worden.

Im Zusammenhang mit den Leistungen der Stadt für die Luftwaffe sind schließlich zwei weitere nicht ausgeführte Projekte zu erwähnen: der Neubau umfangreicher Garagenanlagen für luftwaffeneigenes Feuerlöschgerät sowie eine Luftwaffenschule im Niedermünster-Institut der Armen Schulschwestern. Im Frühjahr 1938 wurde über die Unterbringung der genannten Löschfahrzeuge verhandelt³²⁷. Die Kommunen waren verpflichtet, den Luftschutz- und Feuerwehreinrichtungen die benötigten Quartiere zu stellen, und so bemühte sich die Stadt, hierfür das Anwesen Luitpoldstraße 20 vom Land Bayern zurückzukaufen, das 1931 bei der Erwerbung der Minoritenkaserne abgegeben worden war. Großzügige Garagenanlagen sollten hier nun auf Kosten des Reichsluftfahrtministeriums entstehen, die Stadt hätte einen Teil des Unterhalts für die Hallen und die Wartung der Gerätschaften zu tragen gehabt. Fernziel war es, hierher auch die Hauptfeuerwache zu verlegen, um das gesamte Feuerlösch- und Luftschutzwesen zu zentralisieren³²⁸, doch erwies sich das Anwesen letztlich als zu klein; das gesamte Projekt wurde fallengelassen³²⁹.

Die Einrichtung einer Luftwaffenschule in Niedermünster schien nach der Schließung des dortigen Internats möglich, einer Maßnahme aus dem Schul- und Kirchenkampf. Das Luftgaukommando mietete einige der freigewordenen Räume, im Oktober 1939 sollte die neue Schule in Betrieb gehen, doch scheiterte das Projekt mit dem Kriegsbeginn. Stattdessen richteten Stadt und Gesundheitsamt hier nun ein Hilfskrankenhaus ein³³⁰.

³²² Lt. Mb Bauamt März 1937 (DS 545) Baukosten von rund 5 Millionen RM.

³²³ Rh-Prot. 16.9.1936, vgl. Mb Bauamt März 1937, DS 545. Zuerst war das Gelände östlich der Nachrichtenkaserne im Gespräch gewesen, vgl. Notiz Sch. 20.5.1936, DS 666, vgl. auch Rh-Prot. 8.4.1937.

³²⁴ Vgl. z.B. Mb 31.12.1938, 31.1. und 28.2.1939, DS 667.

³²⁵ Lt. Vermerk Baurat Kiessig 21.9.1948, ZR 15526, war der Neubau bei Kriegsbeginn kurz vor der Verwirklichung gestanden.

³²⁶ Schipper an Sch. 15.10.1941, DS 503, über Besichtigung der Alternativbauplätze. Nachdem das Lazarett auch für die Nachbargarnisonen dienen sollte, befürwortete Oberstabsarzt v. Velasco ein Gelände südlich der Donau.

³²⁷ Vgl. DS 643.

³²⁸ Rückkaufangebot an Landesregierung 24.6.1938, DS 643.

³²⁹ Sch. an Finanzministerium 22.12.1938, ebd.

³³⁰ Einzelheiten in ZR 16410.

6. Die Exerzierplatzfrage

Schon im frühen 19. Jahrhundert bestand an der "Irlers Höhe" im Stadttosen ein Übungsgelände der bayerischen Armee. Seit dem Erwerb eines zweiten, größeren Geländes bei Oberhinkofen, südöstlich der Stadt, trug es den Namen "Kleiner Exerzierplatz". An seiner Ostseite waren 1917/18 einige Gebäude der mehrfach erwähnten Gewehrfabrik entstanden, die im Dritten Reich dem NSKK als Motorsportschule dienten. Südlich davon richtete sich das Heeresnebenzeugamt mit seinen ebenfalls bereits erwähnten beiden Lagerhäusern ein. Der Exerzierplatz selbst war anfangs als Kasernenbauplatz vorgesehen (s.o.), wobei die Stadt dann ein Ersatzübungsgelände von 10 ha westlich des Kreuzhofs bei Barbing bereitzustellen gehabt hätte³³¹, doch bahnte sich durch das zunehmende Gewicht der Exerzierplatzfrage innerhalb der Reichswehrplanungen eine neue Entwicklung an. Im Mai 1934 wurden die Standortältesten angewiesen, zu prüfen, inwieweit die örtlichen Exerzierplätze nach den bevorstehenden Neuaufstellungen der nächsten Jahre noch den Bedürfnissen genügen würden. Sollte sich ein Mangel an Übungsflächen herausstellen, so waren vertraulich, und ohne Einzelheiten über die Planungen bekanntzugeben, Gespräche mit den Kommunen zu führen, ob diese bereit seien, auf eigene Kosten entsprechendes Gelände zu beschaffen³³². Die Regensburger Stadtverwaltung ließ sich allerdings nur sehr zögernd auf die Wünsche der Reichswehr ein, da sie für die Kasernenbauten ohnehin schwere Belastungen übernommen hatte. Nur das Flughafengelände im Stadtwesten hätte sie bereitwillig zur Verfügung gestellt³³³, und der Oberbürgermeister erhielt auch seine Zusage aufrecht, das Übungsgelände beim Kreuzhof abzugeben³³⁴.

Eine großzügige Gesamtlösung der Exerzierplatzfrage erblickte die Regensburger Kommandantur jedoch nur in der Norderweiterung des großen, wenn auch weit entfernt gelegenen Übungsgeländes bei Oberhinkofen. Doch erwartete sie erhebliche Schwierigkeiten beim Geländeerwerb und hätte lieber ein anderes großes und vor allem stadtnahes Gelände eingetauscht³³⁵. Dennoch erging schließlich der Befehl zur Vergrößerung des bestehenden Truppenübungsplatzes. Vergleichsweise einfach gelangte man noch an die benötigten Grundstücke in den Gemeinden Burgweinting, Scharmassing und Oberhinkofen, da es sich hier um fürstlich Thurn-und-Taxis'sches Gelände sowie privaten Splitterbesitz handelte. In Obertraubling und Piesenkofen verloren dagegen einige Erbhofbauern ihre Existenzgrundlage, so daß Umsiedlungen erforderlich wurden³³⁶. Die Stadtverwaltung mußte jede finanzielle Beteiligung an all diesen Transaktionen ablehnen, weil es ihr "beim besten Willen einfachhin unmöglich sei, weitere Belastungen zu übernehmen"³³⁷ - ein Standpunkt, den die Regensburger Kommandantur ohne weiteres akzeptierte³³⁸. Nur als Grundbesitzerin war die Stadt betroffen: Sie verkaufte Gelände aus dem Besitz der ehemaligen Osthafen AG an den Reichswehrfiskus³³⁹.

Innerhalb des Stadtgebiets selbst gewann die Exerzierplatzfrage im Juni 1934 eine weitere Dimension, als der Kommandeur des Pionier-Bataillons 7, Major Wilhelm Meise, seinen alten Jugendfreund Schottenheim bat, das Gelände hinter der neuen Pionierkaserne als Land-

³³¹ Sch. an Tarnadresse 30.1.1934, ZRa 12115.

³³² Wehrkreiskommando an Kommandanturen 12.5.1934, BA-MA RH 26-10/534; Druckmittel der Hinweis, daß "die Möglichkeit einer Vergrößerung des Standorts (...) in erster Linie von der Exerzierplatzfrage abhängt."

³³³ Standortkommandantur an Wehrkreiskommando 24.5.1934, ebd.

³³⁴ 25.5.1934 an Wäger, ebd. und ZRa 12115, vgl. auch Sr-Prot. 5.7.1934.

³³⁵ Standortkommandantur an Wehrkreiskommando 24.5.1934, BA-MA RH 26-10/534.

³³⁶ Einzelheiten ebd.

³³⁷ Vermerk 30.6.1934, ZRa 12115.

³³⁸ Bericht an Wehrkreiskommando 29.6.1934, BA-MA RH 26-10/534.

³³⁹ Vgl. z.B. ZR 15690 (Vertrag 18.11.1935), vgl. auch Sch. an Reg. 3.7.1935, ZRa 14378. Steuerbescheid 9.6.1937 für die Grundverkäufe in ZRa 12112.

übungsplatz zur Verfügung zu stellen. Inoffiziell sagte der Oberbürgermeister eine "sehr entgegenkommende Preisbemessung" zu, falls die Pioniere dafür das noch bebaute Gelände der Zellstoffwerke selbst für ihre Zwecke herrichteten³⁴⁰. Der Kaufpreis war also eng mit der Frage der Sprengungen durch die Pioniere verknüpft, denn OberstadtbauDirektor Schipper hatte zu spät erkannt, welche immensen Kosten durch die Zusage auf die Stadt zukamen, auf ihre Kosten das gesamte Kasernengelände baureif zu machen. So sah man sich gezwungen, das große Grundstück für den Landübungsplatz außergewöhnlich billig anzubieten, um die Abbruch- und Räumungskosten zu sparen³⁴¹.

Die Entscheidung des Reichswehrministeriums über den Landübungsplatz verzögerte sich immer wieder, zumal sie mit derjenigen über den Wasserübungsplatz am Kreuzhof verknüpft war³⁴². Dieses Projekt erfuhr Ende 1934 eine überraschende Wende, als der Kommandeur des für Regensburg vorgesehenen Pionierbataillons feststellte, daß das Gelände hochwassergefährdet war und im Bereich des geplanten neuen Osthafens lag. So entschied er sich für einen völlig neuen Standort am Ostende des Unteren Wöhrds, den sogenannten "Spitz"³⁴³. Auch für dieses Projekt sagte die Stadt zu, die benötigten Grundstücke bereitzustellen³⁴⁴.

Anfang 1935 traf aus Berlin die Genehmigung zur Einrichtung beider Übungsplätze ein³⁴⁵. Der Landübungsplatz hinter der neuen Pionierkaserne³⁴⁶ beschäftigte die Stadtverwaltung nur noch am Rande, so beim geplanten, auf Wunsch des Bataillons jedoch aufgeschobenen Ausbau der Guerickestraße³⁴⁷. Dagegen gestalteten sich die Grundstücksverhandlungen für das Übungsgelände am Unteren Wöhrd, das ab Sommer 1935 eingerichtet wurde³⁴⁸, äußerst schwierig. Eine Zwangsenteignung wurde erforderlich, und die Entschädigung, die Schottenheim schließlich festsetzte, lag so weit unter der Forderung des Betroffenen, daß sich daraus ein langer Rechtsstreit entwickelte. Noch in den fünfziger Jahren bemühte sich der Enteignete ohne Erfolg, sein Grundstück zurückzuerhalten; selbst nun bewertete das Gericht die Enteignung, die offensichtlich und unmittelbar der nationalsozialistischen Aufrüstungspolitik gedient hatte, nicht als Unterdrückungsmaßnahme, die eine Entschädigungspflicht erzeugt hätte³⁴⁹.

Mit den bis Mitte 1936 neu erworbenen Übungsflächen gab sich die Wehrmacht immer noch nicht zufrieden. Vielmehr forderte General Wäger für seine Truppen insgesamt über 600 ha Exerziergelände³⁵⁰, und wenn auch dieses Fernziel nicht zu erreichen war, so hat doch die Wehrmacht in den späten dreißiger Jahren verschiedentlich weitere Grundstücke vorwiegend in der Umgebung von Regensburg erworben. Im Stadtgebiet selbst betrafen die Expansions-

³⁴⁰ Der Briefwechsel in ZRa 12115.

³⁴¹ Schipper an H. 3.8.1934, ebd., vgl. HA-Prot. 5.9.1934.

³⁴² Vgl. H. an Meise 30.8.1934, ZRa 12115. Ebd. die weiteren Verhandlungen.

³⁴³ s. Plan S.347 (links oben im Bild).

³⁴⁴ Schreiben des Kommandeurs, Major Wirtz, und weitere Einzelheiten in BA-MA RH 26-10/534, dazu Vermerk H. 8.11.1934, ZRa 12117, und H. an Kommandantur 9.11.1934, ZRa 12115, vgl. auch HA-Prot. 28.11.1934. Mehrfach mahnte Sch. Entscheidungen an, um verbindlich verhandeln zu können.

³⁴⁵ Genehmigungsbescheid 25.1.1935, BA-MA RH 26-10/534. Danach mußte der Wasserübungsplatz größer als geplant angelegt werden, und es waren Vorschläge für weitere Übungsgelände vorzulegen.

³⁴⁶ Lageplan 9.11.1937 in BA-MA RH 26-10/437.

³⁴⁷ Vgl. Vermerk Schipper 7.1.1936, ZRa 12115; vgl. zu Bedenken dagegen Rh-Prot. 14.10.1937.

³⁴⁸ Im Frühjahr 1936 waren die Baracken teils schon fertig, vgl. Prot. Verwaltungsbeirat 16.1. und 5.3.1936 und Akt Wöhrdstraße 95 (Stadtplanungsamt); vgl. auch Rh-Prot. 16.9.1936 und 15.9.1938. Zum Ausbau der Wöhrdstraße (Mai-September 1937), die auch der Anbindung an die neue Donaubrücke diente und daher nur teilweise von der Wehrmacht finanziert wurde: Mb Bauamt, DS 545 und 562, sowie HM unsigniert, Altsignatur II/12 (1936).

³⁴⁹ Einzelheiten in ZRa 12255, 12117, ZR 380 und BA-MA RH 26-10/534, vgl. HA-Prot. 30.1.1935. Vermittlung eines weiteren Grundstücks am Spitz an die Wehrmacht in ZR 15640; die erforderliche Umsiedlung wurde vom Reichsfiskus finanziert, vgl. Bericht an Reg. 21.3.1935, DS 670.

³⁵⁰ Bedarfsmeldung 20.6.1936, BA-MA RH 26-10/252.

wünsche vor allem weiteres Gelände für Wasserübungen. So kam es ab dem Frühjahr 1937 zu Verhandlungen über die Übernahme der städtischen Schwimmschule am Nordufer des Unteren Wöhrds gegenüber der Regenmündung³⁵¹. Im Winter 1937/38 räumte die Stadt ihre Badeanlagen und kündigte den Pachtvertrag mit dem Land Bayern³⁵². Noch 1938 kam es auch zu Gesprächen über die Erweiterung des Wasserübungsplatzes der Pioniere am "Spitz", wo künftig Brückenbaumaterialien gelagert werden sollten³⁵³. Um das Übungsgelände bis zur neuen Adolf-Hitler-Brücke hin ausdehnen zu können, wurden städtische Grundstücke benötigt, auf denen sich auch Mietshäuser befanden. Angesichts der Wohnungsnot in Regensburg erwies sich die Umsiedlung ihrer Bewohner als äußerst problematisch, und daher forderte Herrmann von der Wehrmacht die Finanzierung von Ersatzwohnungsbauten³⁵⁴. Vermutlich ist hieran das Erweiterungsprojekt gescheitert.

7. Wohnraumbeschaffung

Schon seit 1932 gab es Pläne der Reichswehr für Wohnbauten in Regensburg³⁵⁵. Selbst bei einer geplanten Garnisonsvermehrung um nur rund 2000 Mann, wie sie Mitte 1934 noch als Vorgabe galt, wären mindestens 60-70 neue Offiziers- und Unteroffizierswohnungen benötigt worden³⁵⁶, denn weder die höheren Dienstgrade noch verheiratete Soldaten wollte man in den Kasernen selbst unterbringen. So wurden angesichts der angespannten Lage am Regensburger Wohnungsmarkt Neubauten unumgänglich, die in den folgenden Jahren in großer Zahl, größtenteils in Kasernennähe, entstanden³⁵⁷. Dennoch drängten die Wehrmichtsangehörigen auch auf den freien Wohnungsmarkt³⁵⁸. Hierin unterstützte sie die Stadtverwaltung nachhaltig. Öffentlich ließ Schottenheim verlauten, er müsse die Weigerung, an einen Offizier zu vermieten, "aufs Schärfste verurteilen", und beide Bürgermeister wiesen die Kommandantur persönlich auf freiwerdende Wohnungen hin, von denen sie erfahren hatten³⁵⁹.

Den ersten Anlauf im Wohnungsbau unternahm die Reichswehr selbst. Zehn Wohnhäuser wollte sie entlang der Landshuter Straße errichten, also im unmittelbaren Kasernenbereich, doch mußten die hierfür vorgesehenen Gelder schließlich in den Kasernenbau umgeleitet werden. Schottenheim protestierte, da nun die Straßenfront einer der wichtigsten Ausfallstraßen der Stadt weiterhin durch häßliche Stallungen gebildet werde, doch hatten solche Aspekte für die Reichswehr kein Gewicht³⁶⁰. Aus Mangel an Eigenmitteln mußte die Wehrmacht örtliche Baugeschäfte einschalten, d.h. Mietwohnungen errichten lassen. Die Wahl fiel auf die Firma Schricker, die sich im Besitz des späteren Ratsherren und IHK-Präsidenten Arthur Knab befand. Da sich hierdurch die Finanzierungsmodalitäten erheblich komplizierten, kam auch die Stadtverwaltung ins Spiel, die sich widerstrebend bereit erklärte, notfalls die Woh-

³⁵¹ Vgl. Reinemer an Standortkommando 21.6.1937, ZR 18928, sowie Standortverwaltung an Stadt, 8.11.1937, in ZR 16414.

³⁵² Vermerk Reinemer 13.1. und H. an Standortverwaltung 24.1.1938, ZR 16414.

³⁵³ Vermerk Sch. 22.4.1938, DS 500.

³⁵⁴ H. an Standortverwaltung 9.9.1938, ZRa 12113, vgl. auch Rh-Prot. 15.9.1938 und Notizen Sch. 30.9. und 4.10.1938, DS 500.

³⁵⁵ Pläne für Wohnhäuser an Prüfeninger Straße und Auweg in ZR 19077.

³⁵⁶ Materialslg. für die Darlehensanträge 11.6.1934, ZRa 12115.

³⁵⁷ Bauamtspläne für den Bereich Hermann-Geib-Straße, April 1934, in ZR 19077.

³⁵⁸ Hinweis Standortkommandantur an Nachrichtenabteilung vor deren Verlegung nach Rgbg., sich "schon jetzt im Standort freiwerdende Privatwohnungen zu sichern", 25.6.1935, BA-MA RH 26-10/534.

³⁵⁹ Pressenotiz 19.9.1935, Aufrufe an Baugenossenschaften, Grund- und Hausbesitzerverein etc., freiwerdende Wohnungen für Offiziere zu reservieren, und weitere Einzelheiten in ZRa 12115.

³⁶⁰ Die Einzelheiten ebd.

nungen selbst zu errichten³⁶¹. Daraufhin gab Knab nach und erhielt im Herbst 1934 den Auftrag für die ersten 12 Offizierswohnungen an der Hermann-Geib-Straße³⁶². Später profitierten auch die anderen Regensburger Baufirmen vom Wohnungsbau für die Wehrmacht. Wohl auf Drängen der Stadt, die mit der ganzen Angelegenheit möglichst wenig zu tun haben wollte, schlossen sich die fünf wichtigsten Regensburger Baufirmen Anfang 1935 zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, die die anstehenden Aufträge unter sich aufteilte³⁶³. Die benötigten Reichsbaudarlehen, mit deren Hilfe die Mieten in erträglicher Höhe gehalten wurden, vermittelte das OKH³⁶⁴, die Grundstücke stellte die Stadt oder die von ihr verwalteten Stiftungen³⁶⁵; nicht selten mußte die Stadtverwaltung ihrerseits das benötigte Gelände erst noch kaufen³⁶⁶. Auf diese Weise kam es 1936 zum Neubau von 42 Unteroffizierswohnungen an der Runtingerstraße durch die Fa. Schrickler³⁶⁷, Hifinger & Brunner bauten sechs Unteroffizierswohnungen an der Walderdorff-, Tausendpfund zwölf Offizierswohnungen an der Furtmayrstraße³⁶⁸, die Stadtbau GmbH begann ihre ausgedehnten Volkswohnungsblocks im Kasernenbereich (Gumprecht-, Walderdorffstraße). Später kamen weitere Wohnbauten hinzu, die sich ebenfalls im Südosten des Stadtgebiets konzentrierten³⁶⁹. Anfang 1937 ließ Schottenheim den Bereich um die neue Flakkaserne als Siedlungsgelände durchplanen³⁷⁰, und noch nach Beginn des Zweiten Weltkriegs plante die Fa. Tausendpfund neue Wohnblocks für Unteroffiziere³⁷¹.

Auch die Schottenheim-Siedlung erfuhr durch die Wohnungsbauten der Wehrmacht eine Erweiterung, denn nicht nur für Soldaten, auch für die Zivilbeschäftigten der Heeresverwaltung mußten Quartiere beschafft werden, wenn auch solche einfachster Bauart³⁷². Die Zahl der Wehrmachtsarbeiter hatte sich zwangsläufig mit der Vergrößerung der Garnison erhöht; so zählte das Heeresverpflegungsamt zu Kriegsbeginn 114, das Nebenzeugamt 60 Beschäftigte; ein Jahr darauf waren es zusammen schon 262³⁷³. Ab Herbst 1936 errichtete die Stadtbau GmbH die ersten 39 Wohnungen für Militärarbeiter³⁷⁴, davon 21 Siedlerstellen im Schottenheim und 18 Volkswohnungen am Auweg³⁷⁵. Neben den Heeresarbeitern waren schließlich

³⁶¹ Vermerk H. 21.8.1934, ZR 19077, vgl. auch Wehrkreisverwaltungsamt an Reichswehrministerium 30.8.1934, BA-MA RH 26-10/534. Ebd. weitere Einzelheiten.

³⁶² Vermerk H. 15.10.1934, ZRa 12115, vgl. Notiz Sch. 1.2.1935, DS 666. Bauplatzverkauf Stadt an Fa. Schrickler 19.6.1935 in ZR 15940, vgl. Sr-Prot. 26.2.1935.

³⁶³ Notiz Sch. 14.1.1935, DS 666.

³⁶⁴ OKH an Stadt 28.11.1935, ZRa 12115.

³⁶⁵ Vgl. z.B. ZR 14924 sowie Sr-Prot. dieser Zeit, die ständig Grundverkäufe an örtliche Baufirmen für Wehrmachtswohnungen erwähnen. Weitere Einzelheiten in BA-MA RH 26-10/534; vgl. auch BA-MA RH 26-10/140, ZR 15940 und 19077.

³⁶⁶ Vgl. z.B. ZR 14936, 15185, 15653 und 16086.

³⁶⁷ Sch. an Heeresbauamt 6.12.1935, ZRa 12115. Grundverkauf an Fa. Schrickler 14. oder 16.3.1936, ZR 15995 bzw. ZR 18642, vgl. Rh-Prot. 13.3.1936. Wie so häufig erwarb die Stadt aus dem Erlös Grund zur Erweiterung der Schottenheimsiedlung, vgl. Bericht an Reg. 19.3.1936, ZR 15995.

³⁶⁸ Sch. an Reg. 12.6.1936, ZR 19077. Grundverkauf an Hifinger&Brunner in ZR 15642, vgl. Rh-Prot. 29.6.1936; Genehmigung Doppelwohnhaus Furtmayrstr.26/28 8.7.1936, ZR 14772.

³⁶⁹ Pressegespräch 5.8.1938, DS 792 und PSt 506, zum Baubeginn für 48 Unteroffizierswohnungen (Schrickler und Tausendpfund), vgl. Knab an Standortverwaltung 17.11.1938, Abschrift DS 784. Lt. Mb 28.3.1939 (DS 667) 24 weitere Wohnungen begonnen.

³⁷⁰ Notiz 11.2.1937, DS 786, vgl. auch Notiz Sch. vom gleichen Tag, DS 783.

³⁷¹ Schipper an Sch. 25.11.1939, DS 785; es ging um 66 Unteroffizierswohnungen an der Nibelungenstraße.

³⁷² Die Arbeiterwohnhäuser sollten "unter Verzicht auf alle mit einer möglichst geringen Miete nicht zu vereinbarenden Ansprüche in Größe, Bauform und Bauart den Bedürfnissen der Heeresarbeiter genügen" (Bauvorschrift Heeresverwaltungsabteilung Berlin, April 1936, ZR 19077).

³⁷³ Statistiken: Verwaltungskostenbeitrag beider Behörden 10.10.1939 bzw. 10.10.1940, ZR 11332.

³⁷⁴ Die Gesamtkosten von 200000 RM aufgebracht durch Hypotheken der Sparkasse und des Reichskriegsministeriums, vgl. Stadtbau GmbH an Sch. 23.7.1936 und Vermerk H. 3.7.1936, ZR 19078.

³⁷⁵ Zu den von der Wehrkreisverwaltung finanzierten, am 25.9.1936 begonnenen Siedlerhäuschen vgl. Notizen Sch. ab März 1936, DS 940, und 26.9.1936, DS 912. Bauplatzverkäufe 20.2.1937 (Rh-Prot. 28.1.1937, Kaufverträge: ZR 15969-15989). Bezogen ab April 1937 (Mb DS 545 und 792). Einzelheiten zur Erschließung in DS 545, 666 und 912.

noch die ausgeschiedenen Angehörigen von Wehrmacht und Schutzpolizei mit Wohnraum zu versorgen. Viele von ihnen kamen in den Wohnblocks Safferlingstraße 21 und Landshuter Straße 55 a-f bzw. 74 unter³⁷⁶. Trotz der ausgedehnten Neubautätigkeit führte die Garnisonsvermehrung, wie erwähnt, zur weiteren Verschärfung der Wohnungsnot in Regensburg. Obwohl im Sommer 1935 bereits 79 neue Wohnungen begonnen waren, wurde dies dem tatsächlichen Bedarf "in keiner Weise gerecht"³⁷⁷. Schottenheim mußte eingestehen, daß "zahlreiche der Wehrmacht angehörige Wohnungssuchende (...) voraussichtlich auf lange Dauer mit Wohnungen nicht bedacht werden können"³⁷⁸. Ähnliche Stellungnahmen fanden sich die ganzen dreißiger Jahre hindurch. Noch 1940/41 ging man von einem Bedarf von mindestens 440 Wehrmachtwohnungen in der Nachkriegszeit aus, Mitte 1941 war über die Hälfte der 880 Betten in den 22 Regensburger Hotels und Gaststätten von der Wehrmacht bzw. für die Rüstungsindustrie beschlagnahmt³⁷⁹.

B. Sonstige dienstliche und gesellschaftliche Kontakte zwischen Stadt und Wehrmacht

Aus strategischen Gründen forcierte die Wehrmacht bestimmte Bauprojekte wie die Adolf-Hitler-Brücke oder das Gleisdreieck der Reichsbahn, denen für die Stadtentwicklung große Bedeutung zukam. Doch auch im Alltag brachte die Garnisonsvermehrung schon zu Friedenszeiten eine Fülle neuer bzw. erweiterter Dienstaufgaben für die Stadtverwaltung mit sich. Umso mehr galt dies im Krieg; große Bedeutung gewann nun die Tätigkeit, insbesondere der städtischen Wehrmachtstelle, für die verschiedensten kriegswichtigen Zwecke. Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht³⁸⁰ hatte erhebliche Mehrarbeit vor allem für die Standesämter bedeutet³⁸¹. In der Kaiserzeit waren den militärischen Dienststellen nur Auszüge aus den Geburtsregistern überlassen worden, während nun jeder einzelne Wehrpflichtige per Karteikarte erfaßt werden mußte³⁸². Darüber hinaus war die Stadt nach dem Quartierleistungsgesetz in bestimmtem Umfang verpflichtet, Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände für Wehrmachtzwecke zu beschaffen³⁸³. Die örtliche Rechtsgrundlage, um im Bedarfsfall Wohnraum, Verpflegung oder Fahrzeuge in Anspruch nehmen zu können, schuf man im Sommer 1936 mit der städtischen "Satzung über Quartier- und Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden"³⁸⁴.

Aus der Vielzahl weiterer dienstlicher Kontakte zur Wehrmacht seien die Teilnahme städtischer Beamter an den Prüfungen der Heeresfachschule für Verwaltung und Wirtschaft³⁸⁵, die

³⁷⁶ Vgl. Reg. an Finanzamt Rgbg.-Stadt 25.9.1936, Abschrift in ZR 18163.

³⁷⁷ Standortkommandantur an Nachrichtenabteilung 25.6.1935, BA-MA RH 26-10/534.

³⁷⁸ Sch. an Heeresbauamt 5.12.1935, ZRa 12115.

³⁷⁹ Sch. an Landesfremdenverkehrsverband 19.5.1941, NIS 11. Vgl. auch Beschlagnahmeverf. Standortkommandantur für Bischofshof 8.10.1941, BA-MA RH 34/91.

³⁸⁰ 21.5.1935 (RGBl I S.609), Dienstanweisung über Aushebung und Musterung 29.5.1935, RGBl I S.697. Die Stadt veröffentlichte die Gestellungsaufrufe jeweils im Wbl.

³⁸¹ Beteiligt an Erfassung der Wehrpflichtigen, Wehrüberwachung, Fahndung nach nicht zur Musterung erschienenen Dienstpflichtigen und Musterungen, vgl. Gb. 1935, DS 533.

³⁸² 1936/37 mußten Aushilfen eingestellt werden, vgl. ZRa 13276 f. Zum Erfassungswesen für Wehr- und Arbeitsdienstpflichtige allg. ZR 378 und 393. Hauptproblem war die Lagerung der neuen Karteien: Das Standesamt mußte den Zugang zu den Büros mit Schränken zustellen (Bericht 14.8.1936, ZRa 13535, vgl. auch Beschwerde 16.3.1938, ZRa 13525).

³⁸³ Vgl. Verf. Sch. 8.1.1937, ZR 390.

³⁸⁴ Satzung 12.8.1936, veröff. Wbl 31.8.1936.

³⁸⁵ Sie konnten als Vertreter des DGT bei mangelnden Leistungen des Prüflings die Unterzeichnung des Zeugnisses verweigern, vgl. ZR 367.

Festsetzung der Wehrsteuer für die Arbeitnehmer³⁸⁶, die "Verwaltungskostenbeiträge" der Heeresverwaltungsbehörden an die Stadt³⁸⁷ und die Abstellung von Heeresmusikern für das Orchester des Stadttheaters³⁸⁸ angeführt. Ein umfangreicher Schriftverkehr entstand auch aus den vielen Bittbriefen an die Stadt, Beiträge zur Ausschmückung von Truppenunterkünften zu leisten oder Patenschaften zu übernehmen; nur wenn Regensburger Soldaten betroffen waren, zeigte sie sich hierzu bereit³⁸⁹. Daß am Schicksal der letzteren im Krieg großes Interesse bestand, belegen nicht nur die vielen brieflichen Kontakte zwischen dem Oberbürgermeister und den Eingezogenen, sondern auch die offiziell von der Stadt verschickten Heimatbriefe und die Frontpäckchen zu Weihnachten³⁹⁰.

Indirekt dienten selbstverständlich seit Kriegsbeginn, erst recht unter den Bedingungen des "totalen Kriegseinsatzes", sämtliche Verwaltungsakte den Interessen der Wehrmacht. Das Spektrum reichte dabei von der weiter zunehmenden Arbeit im Wehreffassungswesen über die Baumaßnahmen im Luftschutz bis zum Einsatz von Kriegsgefangenen bei städtischen Betrieben, von der Deckung des Raumbedarfs der Wehrmachtsdienststellen bis zur Quartierbeschaffung für die verschiedensten, der Wehrmacht unterstehenden Einsatztruppen. Die Zusammenarbeit scheint in bestem Einvernehmen funktioniert zu haben; 1942 beantragte Schottenheim für den Leiter der städtischen Wehrmachtstelle, Inspektor Georg Eberlein, das Kriegsverdienstkreuz vor allem mit der Begründung, es habe "noch nie irgendwelche Reibungen" in der Zusammenarbeit mit der Wehrmacht gegeben³⁹¹.

Über die dienstlichen Kontakte hinaus entwickelten sich von Anfang an enge gesellschaftliche Beziehungen zwischen den Angehörigen der Wehrmacht und der Stadtspitze³⁹², aber auch der Zivilbevölkerung. So ließ sich, wie erwähnt, die hohe Zahl an Eheschließungen in den späten dreißiger Jahren direkt auf die Garnisonsvermehrung zurückführen. An wichtigen städtischen Veranstaltungen nahmen immer Vertreter der Wehrmacht teil, Kontakte bestanden auch zum örtlichen Soldatenbund, den Generalmajor a.D. von Unruh 1936 gegründet hatte und der 1938 dem neuen NS-Reichskriegerbund angegliedert wurde³⁹³. Bei Sportveranstaltungen traten Wehrmichtsangehörige ebenso auf wie bei Kundgebungen aller Art³⁹⁴. Der Einzug neuer Truppen wurde zum Großereignis für die Stadt, der Oberbürgermeister rief zum Beflaggen der Häuser auf und veranstaltete Bierabende für die Offiziere, zu denen die örtliche Prominenz geladen war. Häufig gab schließlich das Musikkorps Benefizkonzerte, etwa zugunsten des Winterhilfswerks oder gegen Kriegsende zur "Auflockerung der Stimmung in den luftgefährdeten Gebieten"³⁹⁵. All dies erhärtet letztlich den Eindruck, daß die Militarisierung des öffentlichen Lebens, die überall den Alltag im Dritten Reich geprägt hat, auch an Regensburg nicht spurlos vorübergegangen ist.

³⁸⁶ Vgl. Bericht an DGT 5.10.1937, ZRa 12026.

³⁸⁷ Vgl. ZR 11332.

³⁸⁸ Vgl. ZR 18329 zu Spannungen, die sich zwischen den Musikern ergaben.

³⁸⁹ Beispiele in ZR 386 f. und ZRa 13975. Zu Patenschaften für Schiffe und ihre Besatzungen vgl. ZR 269/II und ZRa 13988.

³⁹⁰ Privatbriefe Sch. an Soldaten: zunächst Stolz und Siegeszuversicht, dann Durchhalteparolen (ZR 387 und verstreut in NIS).

³⁹¹ PAM 533.

³⁹² Vgl. z.B. Glückwunsch Sch. an Wäger zur Beförderung, NIS 9, Kondolenz an Witwe Generalleutnants von Speck 20.6.1940, ZRa 13135. Weitere Belege in NIS 16.

³⁹³ Vgl. ZRa 14033 und Wolf S.117.

³⁹⁴ Vgl. allg. Wolf S.112 f.

³⁹⁵ Vgl. Weinmann S.162, vgl. auch Anweisung Propagandaministerium 22.2.1944, häufiger Platzkonzerte zu geben; Abschrift in ZR 381.

VIERTER TEIL: AUSGEWÄHLTE SCHWERPUNKTE DER KOMMUNALPOLITIK

I. DAS STÄDTISCHE FINANZWESEN

A. Die Finanzwirtschaft der Stadt Regensburg in den dreißiger Jahren

Das vorliegende Kapitel beschäftigt sich nicht nur mit der Entwicklung der städtischen Finanzen im Dritten Reich, sondern auch mit der Frage, inwieweit staatliche Eingriffe in die Finanzhoheit der Kommunen deren Selbstverwaltung faktisch beschränkten. Denn umstritten ist, ob die von der Reichsregierung gesetzten Prioritäten, die ein zentralisiertes Finanzwesen erforderten - Arbeitsbeschaffung, dann Vierjahresplan, Aufrüstung und Krieg - die kommunale Finanzpolitik für ihre Zwecke instrumentalisierten¹, oder ob nicht vielmehr die Reformen im Bereich der Kommunalfinanzen zu "einer verbesserten Mittelausstattung und zumindest bis 1944 auch einer erhöhten Finanzautonomie"² führten.

1. Die finanzielle Lage zum Zeitpunkt der NS-Machtergreifung³

Als Schottenheim am 20.3.1933 sein Amt als kommissarischer Bürgermeister antrat, war das Haushaltsjahr fast abgelaufen, das traditionell am 31.März endete. Somit ergab sich die Möglichkeit wie auch die Notwendigkeit, von Anfang an "nationalsozialistische Grundsätze" in der Haushaltspolitik durchzusetzen, und dies hieß vor allem, unbedingt und mit allen Mitteln den Etat abzugleichen. Denn genau dies hatten Oberbürgermeister Hipp und sein Finanzreferent Ehrhardt, wie viele ihrer Kollegen in ganz Deutschland, unterlassen, und zwar ganz bewußt. Der letzte von ihnen zu verantwortende Haushalt 1932/33 schloß mit einem Fehlbetrag von 1,23 Millionen RM ab, die Stadt Regensburg weigerte sich also, Einnahmen und Ausgaben abzugleichen, wie es die Gemeindeordnung vorschrieb - eine aus der Not geborene Provokation gegenüber der Staatsaufsicht, die sich ein solches ungesetzliches Vorgehen nicht bieten lassen konnte. Um diesen Sachverhalt zu erklären, ist zunächst ein Rückblick auf die Entwicklung der städtischen Finanzen vor 1933 nötig.

¹ Matzerath (1970) S.350 ff., hier S.353, vgl. auch ebd. S.157 ff. und S.368; ähnlich Ribhegge S.51 f. Statist. Material in Bayern im ersten Vierjahresplan S.82 ff.

² R.Caesar/K.-H.Hansmeyer: Haushalts- und Finanzwesen, DVG IV S.832-872, hier S.838, vgl. auch R.Voigt: Die Auswirkungen des Finanzausgleichs zwischen Staat und Gemeinden auf die kommunale Selbstverwaltung von 1919 bis zur Gegenwart, Berlin 1975, S.106 und passim.

³ Vgl. allg. ZR 18122. Ausführlich zur dramatischen Finanznot der Stadt StA 16424, vgl. Hipps Haushaltsreden, ZRa 13671. Ebd. Ehrhardts nicht zur Veröff. bestimmte Erläuterungen zum vorläufigen Etatentwurf 1932/33.

Zusammenfassend regelte das Gemeindeabgabengesetz von 1931⁴ die Einnahmen der bayerischen Kommunen. Zu unterscheiden waren reine Gemeindesteuern und -abgaben⁵ von solchen, bei denen sie Anteile an Reichssteuern zugewiesen erhielten - die sogenannten "Schlüsselzuweisungen", vor allem aus der Einkommens-, der Körperschafts- und der Umsatzsteuer⁶ - sowie von solchen, bei denen sie einen Zuschlag ("Umlage")⁷ auf Landessteuern, vor allem die Grund- und die Gewerbesteuer⁸ erheben konnten. Seit 1930 bzw. 1931 standen den Kommunen zudem die Einnahmen aus zwei heftig umstrittenen, für Wohlfahrtszwecke eingeführten Notsteuern zu, der Getränke-⁹ und der Bürgersteuer, schließlich erhielten sie einen Zuschlag zur Wohlfahrtsabgabe¹⁰.

Nun war Regensburg eine ausgesprochen finanzschwache Kommune. Nach der Wohnbevölkerung stand die Stadt im Jahr 1931 hinter München, Nürnberg, Augsburg, Ludwigshafen und Würzburg an sechster Stelle in Bayern, nach den Pro-Kopf-Einnahmen aus der Einkommens- und der Körperschaftssteuer nahm sie dagegen nur den 29.Rang ein¹¹. Auch bei den Umlagen wurde sie von einer ganzen Reihe kleinerer Städte übertroffen. Gemessen an der gesamten Steuerkraft ergab sich für Regensburg die 24.Position in Bayern, noch hinter Städten wie Marktredwitz oder Bad Kissingen¹². So überrascht es nicht, daß die Stadt von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise - steigenden Wohlfahrtslasten bei sinkenden Steuereinnahmen - völlig überfordert war. Schon in früheren Jahren, als die Arbeitslosigkeit noch nicht das extreme Ausmaß erreichte wie ab 1930, klagte man über die als ungerecht empfundenen Ausgaben für die Langzeit-Arbeitslosen, denn die Kommunalpolitiker hielten es für untragbar, daß die Gemeinden die Folgen der Wirtschaftspolitik des Reiches ausbaden sollten. Doch war es zumindest bis 1930 gelungen, die Wohlfahrtsausgaben aus dem ordentlichen Etat zu bestreiten, indem man andere Ausgaben kürzte. So betrug die letztlich erwirtschafteten Fehlbeträge der Stadt Regensburg 1929 und 1930 nur 70000 bzw. 50000 RM¹³. Mit dem sprunghaften Anwachsen der Arbeitslosigkeit stieß die Stadt jedoch bald an die Grenzen ihrer Belastbarkeit, obwohl sie aufgrund ihrer Wirtschaftsstruktur nie so stark von der Arbeitslosigkeit betroffen war wie typische Industriestädte. Lag der Anteil der Wohlfahrtsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben¹⁴ 1929/30 noch bei 15,4 %, so stieg er im folgenden Jahr auf 19,3 %, dann auf 25,1 %. Im letzten Haushaltsjahr der Weimarer Zeit betrug er sogar 43,8 %,

⁴ 31.7.1931, GVBl S.230, vgl. auch Bek. 5.11.1932, GVBl S.427, und 16.5.1933, GVBl S.136. Zusammenfassend zu städtischen Abgaben und entsprechenden Satzungen StA (1987) I blau 862 = 4259 f. Vorschriften zum gemeindlichen Finanzwesen in FIN 506 und ZRa 12176-12193.

⁵ V.a. Wertzuwachssteuer (ZR 11307), Grundwertabgabe für nicht genutzte Grundstücke (StA/1987 I blau 816 = 4249 a), Hundeabgabe (ZR 18226 ff.), Pflasterzoll, Vergnügungssteuer, Warenhaus- und Filialsteuer (ZR 18169 und 18237 f.). Zu den Konzessionsabgaben: ZR 18131 und 18243, neu geregelt auf der Grundlage des Urkundensteuergesetzes, 5.5.1936 (RgBl I S.407).

⁶ Vgl. ZR 11288 f.

⁷ Zu den Umlagen allg. StA (1987) I blau 1528 = 4421 f.

⁸ Umlagen aus der Gewerbe- und Haussteuer in Rgbg. 400 %, aus der Grundsteuer 600 %, vgl. Sr-Prot. 22.6.1932. Zum Zuschlag zur Grunderwerbssteuer: ZR 11306 und StA (1987) I blau 1713 = 4543 d. Änderung des Gewerbesteuergesetzes 8.4.1935, GVBl S.335.

⁹ Zur Gemeindebiersteuer ZR 11300. Zur Getränkesteuer, die wenig ertragreich, unbeliebt und schwer kontrollierbar war und daher vielerorts abgeschafft wurde: ZR 11301, 18247, StA (1987) I blau 803 und 812 = 4222 d und 4227 b.

¹⁰ Vgl. ZR 11120. Als Notmaßnahme hatte jeder Besitzer, Pächter oder Mieter von Räumen 1 % der Jahresmiete für öffentliche Fürsorge abzuliefern, die Stadt schlug 1933 nochmals 1 %, ab 1934 1,5 % auf. Die jährlichen Beschlüsse in ZR 18255. Einsprüche behandelte ein von der Kreisleitung der NSDAP berufener Ausschuß.

¹¹ Sie bezog daraus 570000 RM oder 7,37 RM pro Kopf der Bevölkerung, vgl. Übersicht des Bayerischen Städtebunds 17.2.1933, ZR 18137.

¹² Ebd.; Pro-Kopf-Steuerkraft in Rgbg.: 24,74 RM im Jahr.

¹³ Bericht Prüfungsamt über die Finanzlage 10.4.1933, ZRa 13597 n.

¹⁴ Bruttoeinnahmen und -ausgaben nach Abzug durchlaufender Posten, verwaltungsinterner Erstattungen und der Verwaltungskostenbeiträge der städtischen Betriebe.

die Stadt gab also fast die Hälfte der gesamten verfügbaren Gelder für das Wohlfahrtswesen aus¹⁵.

Schon 1931 wies der Regensburger Haushalt ein Defizit von gut 520000 RM auf, das sich mit den Fehlbeträgen der vergangenen Jahre auf rund 1 Million RM summierte¹⁶. Andernorts verlief die Entwicklung ähnlich, teils noch viel gravierender. So vertrat der Deutsche Städte-tag im Frühjahr 1932 die Auffassung, es sei unsinnig, überhaupt noch Haushaltspläne zu erstellen, solange die Arbeitslosenfürsorge nicht grundlegend reformiert, d.h. größtenteils vom Reich übernommen worden sei¹⁷. Diese Feststellung erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die bayerischen Gemeinden ihre Etats längst hätten verabschiedet haben müssen. Angesichts der Unsicherheit über die künftige Entwicklung der Wohlfahrtsausgaben beschloß allerdings der Regensburger Stadtrat, vorübergehend ohne formell beschlossenen Haushalt zu arbeiten¹⁸. Unklar blieb vor allem die künftige Notverordnungs politik, denn Einnahmen und Ausgaben konnten hier plötzlich unvorhersehbare Veränderungen erfahren, wie sich etwa bei der lange Zeit für undenkbar gehaltenen Kürzung der Beamtengehälter erwies. Auch eine Notverordnung von Juni 1932, mit der die Reichshilfen für die mit Wohlfahrtsausgaben überlasteten Gemeinden neu geregelt wurden, trug zwar zur Entlastung, aber auch zur Verunsicherung der kommunalen Finanzfachleute bei; die Forderung nach weiteren Reichs- und ergänzenden Landeshilfen blieb bestehen. Ehrhardt faßte die Lage folgendermaßen zusammen: "Rapider Rückgang der Steuereinnahmen, lawinenhaftes Anschwellen der Fürsorgelasten, dabei vollkommene Unklarheit über die weitere Entwicklung der Verhältnisse. Alles dreht sich um die Frage: Wie sollen die Mittel für die Unterstützung der ständig steigenden Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen aufgebracht werden ? (...) Die Städte sind am Ende ihrer Finanzkraft. Deshalb muß die Fürsorge für die an die gemeindliche Wohlfahrtspflege abgeschobenen Erwerbslosen (...) als eine Last bezeichnet werden, die nicht mehr Gemeinde-, sondern Reichsangelegenheit ist."¹⁹

Den Regensburger Haushalt 1932/33 abzugleichen, bezeichnete Ehrhardt als unlösbares Problem. Um dies auch nach außen sichtbar zu machen, trennte er in einem Vorentwurf erstmals den Wohlfahrts- vom allgemeinen Etat ab. Letzterer wies erwartete Mehreinnahmen von gut 400000 RM auf, die in den Wohlfahrtsetat einfließen sollten. So versuchte Ehrhardt zu belegen, daß die städtischen Finanzen an sich gesund waren, wären nicht die unverschuldeten Wohlfahrtslasten zu tragen gewesen. Für diese selbst veranschlagte er einen Fehlbetrag von 2,7 Millionen RM, dessen Deckung ungeklärt bleiben mußte²⁰.

Die genannte Notverordnung von Juni 1932 samt den ergänzenden Landesregelungen warfen auch diesen ersten Vorentwurf um, veränderten das Bild allerdings ein wenig zum Positiven. Der schließlich kurz darauf vom Stadtrat verabschiedete Haushalt²¹ blieb zweigeteilt, der allgemeine Teil sah Einnahmen von 8,41 Millionen und Ausgaben von 8,03 Millionen RM vor, die Mehreinnahmen sollten in den Wohlfahrtsetat einfließen. Dieser selbst umfaßte veranschlagte Ausgaben von 4,4 und Einnahmen von 0,9 Millionen RM. Die Differenz sollte aus dem Überschuß des allgemeinen Etats, aus den normalen Steuereinnahmen für diesen Zweck und aus der Reichs- und Landeshilfe gedeckt werden, doch blieb ein ungedeckter Fehlbetrag

¹⁵ Tatsächliche Ausgaben lt. Jahresrechnung, veröff. jeweils im übernächsten Haushaltsplan. Der Ansatz 1932/33 hatte sogar noch höhere Wohlfahrtsausgaben vorgesehen.

¹⁶ Bericht Bayerischer Prüfungsverband öffentlicher Kassen 20.4.1933, ZRa 13597.

¹⁷ Rundschreiben 16.4.1932, ebd.

¹⁸ Prot. 16.3.1932.

¹⁹ Nicht zur Veröff. bestimmte Erläuterungen 21.5.1932, ZRa 13684; hier auch der Vorentwurf.

²⁰ Ebd.

²¹ Sr-Prot. 22.6.1932.

von 1,23 Millionen RM. Daher ließ sich Hipp vom Stadtrat ermächtigen, Ausgaben zu sperren, bis ihre Deckung durch Einnahmen gewährleistet sei.

Steuern und Abgaben bildeten das Rückgrat der städtischen Einnahmen. Der Haushaltsentwurf sah hieraus Einkünfte von 3,4 Millionen RM vor, weitere wichtige Einnahmequellen waren die Überschüsse der städtischen Werke (935000 RM)²², Reinigungsgebühren (490000 RM) und die Einnahmen aus Liegenschaften und Rechten, vor allem also Pacht- und Mieteinnahmen (300000 RM). Zentrale Bedeutung erlangten darüber hinaus in den ersten Jahren des Dritten Reichs die Reichs- und Landeshilfen für Wohlfahrtserwerbslose; im Rechnungsjahr 1932/33 erhielt die Stadt allein aus dieser Quelle rund 820000 RM zugewiesen²³. Der wichtigste Ausgabenposten war neben dem für das Wohlfahrtswesen der Schuldendienst - äußerst lästige, weil unproduktive Zahlungen. Allein für Verzinsung sah der Etat 1932/33 1,28 Millionen RM, für Tilgungen weitere 550000 RM vor, die Gesamtverschuldung der Stadt belief sich am 1.4.1933 auf rund 22,6 Millionen RM oder 275 RM pro Kopf der Bevölkerung. Dies bewegte sich zwar im Rahmen der Städteklasse, zu der Regensburg gehörte, doch hatte die Neuverschuldung der vergangenen Jahre nur in geringem Umfang Investitionen für rentierliche Anlagen gedient, so daß der Schuldendienst eine beängstigend steigende Belastung darstellte²⁴.

Als besonders problematisch erwiesen sich die kurzfristigen Betriebskredite, die man zu den Quartalsenden immer wieder aufnehmen mußte, um die Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden. Am Stichtag 1.4.1933 betrug die kurzfristig rückzahlbare Schuldenlast der Stadt Regensburg fast 2,3 Millionen RM²⁵. Tatsächlich mußten sowohl Hipp als dann auch Schottenheim die Gläubiger der Stadt mehrfach um vorübergehende Stundung der Schulden, um Nachsicht wegen verspäteter Rückzahlungen, den Erlaß von Verzugszinsen etc. bitten - nicht immer mit Erfolg²⁶. Denn erschwerend wirkte sich aus, daß die kommunalen Kreditinstitute - in Regensburg die Städtische Sparkasse²⁷ - seit Sommer 1931 den Gemeinden keine Darlehen und Kredite mehr geben durften²⁸, was die Suche nach potentiellen Geldgebern erheblich behinderte.

Mit dem Beschluß, den Haushalt nicht abzugleichen, stand Regensburg nicht allein. Viele deutsche Städte weigerten sich, ausgeglichene Etats aufzustellen, die dann doch nicht der Realität entsprechen würden, mißachteten also bewußt geltendes Recht²⁹. Man muß dieses Vorgehen als aus der Not geborenen Versuch werten, die Zahlungsunfähigkeit der Städte in Kauf zu nehmen oder sogar herbeizuführen, um die Neuverteilung der Wohlfahrtslasten zu erzwin-

²² Ausgaben der Betriebe (Wasser-, Gas- und E-Werk samt Straßenbahn, Kran-, Kraftwagenbetrieb und Schlachtviehhof) waren im ordentlichen Etat nicht enthalten, doch trugen sie bis zu 1,1 mio RM zu den Gesamteinnahmen bei. Einzelheiten in DS 577 ff., ZR 16509 f. und ZRa 13597, vgl. auch Revisionsbericht 1941 S.57 (PAM 534). Der Aufschlag der Werke auf ihre Selbstkostenpreise betrug 1933 62,9 % (1934: 57,5 %, 1935: 54,6 %) - Gas, Wasser und Strom hätten um mehr als die Hälfte billiger sein können, wenn die Werke nicht zur Abdeckung des städtischen Etats herangezogen worden wären (Bericht Ehrhardt 27.1.1937).

²³ Übersicht Wohlfahrtsamt bis Juli 1935, ZR 18127.

²⁴ Pro-Kopf-Verschuldung der Städte von 50000-100000 Einwohner im Schnitt: 281,60 RM; alle Zahlen nach Revisionsbericht des Bayerischen Prüfungsverbands öffentlicher Kassen 20.4.1933, ZRa 13597, vgl. auch Statist. Jahrbuch für das Deutsche Reich 53 (1934) S.460 ff.

²⁵ Bericht Prüfungsamt 10.4.1933, ZRa 13597 n.

²⁶ Vgl. z.B. Sr-Prot. 1.2.1933 und ZR 11312. Verhandlungen mit Darlehensgebern in ZR 11271 ff.

²⁷ Zum Eigenleben der Sparkasse gegenüber der Stadtverwaltung als Gewährsträger vgl. Sparkassengesetz 21.12.1933 (GVBl S.489) und Kreditwesen-Gesetz 5.12.1934 (RGBl I S.1203). Einzelheiten zur Geschäftsentwicklung in DS 706, ZR 17418 und 17434, vgl. auch Mb in DS 667 und Notizen Sch., DS 846.

²⁸ VO über Spar- und Girokassen 8.5.1931, RGBl I S.429, aufgehoben erst 1944, um die Beseitigung von Notständen im Luftkrieg zu erleichtern; vgl. ZR 17415 und Matzerath (1970) S.360. Vgl. z.B. Versagung einer Darlehensgenehmigung 5.7.1933, StA 16424, sowie Sr-Prot. 29.5.1933.

²⁹ Vgl. z.B. Steinborn (s.S.41, Anm.167) S.512 ff. und Hanko S.405 für München sowie G.Hetzer: Die Industriestadt Augsburg, BNS III S.1-234, hier S.77.

gen. Vielfach stand dabei das Bestreben im Vordergrund, den Bürgern nicht noch höhere Lasten aufzuerlegen; in vielen anderen Fällen, gerade in Bayern, ging es jedoch auch um politischen Druck auf die ungeliebte Reichsregierung. Denn auch hier handelte es sich letztlich um die alte Auseinandersetzung über die Grenzen der Selbstverwaltung: Die Zerstörung der Kommunalfinanzen durch die Abwälzung der Fürsorgelasten stellte dieses Prinzip grundsätzlich in Frage, da den Gemeinden aus Geldmangel keinerlei Spielraum mehr für eine eigenständige, gestaltende Politik blieb.

Daß der Regensburger Haushalt 1932/33 in der verabschiedeten Form keinesfalls die Genehmigung der Staatsaufsicht finden würde, war allen Beteiligten von vorneherein klar³⁰. Dennoch blieb Hipp bei seiner Auffassung, weder eine Anhebung der Bürgersteuer noch die der Werksgebühren seien der Bevölkerung mehr zuzumuten. Bei den folgenden Verhandlungen mit der Kreisregierung zeigte vor allem der Streit um die Bürgersteuer, daß es Hipp tatsächlich um einen gezielten Gesetzesbruch ging. Diese Steuer, 1931 als Notsteuer neu eingeführt, galt für alle im Gemeindebezirk selbständig lebenden Personen über 20 Jahre³¹. Für 1933 veranschlagte Ehrhardt daraus Einnahmen von rund 330000 RM. Nun machte das Reichsfinanzministerium Wohlfahrtshilfen an die Kommunen davon abhängig, daß sie einen bestimmten Zuschlag auf die Bürgersteuer erhoben - in Bayern 300 % des Landessatzes³². In Regensburg waren damit nicht genügend Einnahmen zu erzielen, um den Etat abzugleichen. Dies lag auch in Hipps Absicht; er wollte "die verantwortlichen Stellen in Reich und Staat so rasch als möglich in die Zwangslage versetzen, eine grundlegende Umgestaltung des derzeitigen Lastenausgleichs vorzunehmen"³³. Die Kreisregierung drohte mit ihrem Einschreiten³⁴, doch hielten Hipp und die großen Parteien im Stadtrat an ihrem Konfrontationskurs fest, der letztlich auf die Zahlungsunfähigkeit der Stadt Regensburg abzielte. Hipp versuchte, eine gemeinsame Interessenlage mit der Staatsregierung zu konstruieren: Durch "allzu dienstfeindliche Maßnahmen" werde deren Position gegenüber dem Reich nicht gerade gefördert³⁵, zudem habe sich die Kassenlage der Stadt "in einer Weise verschlechtert, daß wir in kürzester Frist vor dem Zusammenbruch stehen werden, wenn uns nicht schleunigst ausgiebige Hilfe zugewendet wird."³⁶

Obwohl weder die Kreis- noch die Landesregierung die Augen vor der Not der Gemeinden verschließen konnten, führten die Verhandlungen über die Genehmigung des Regensburger Haushalts zu keiner Einigung. Ultimativ forderte die Kreisregierung Ende 1932, den Haushaltsabgleich herbeizuführen³⁷, kurz darauf ordnete sie die Erhöhung der Bürgersteuer auf 600 % an³⁸. Zwar kam der Stadtrat dieser Anweisung nach, doch lehnte Hipp den Haushaltsabgleich zum wiederholten Mal ab³⁹. So setzte die Regierung Ende Januar 1933 den städti-

³⁰ Vgl. Kritik der Freien Vereinigung im Stadtrat, die den Entwurf ablehnte, da er das Einschreiten der Staatsaufsicht provoziere und damit die Preisgabe letzter Reste an Selbstverwaltung erwarten lasse (4.6.1932, ZRa 13684).

³¹ Bürgersteuerordnung 1931, RGBI I 1930 S.518. Für 1933 galt die DurchfVO 28.9.1932, RGBI I S.449, vgl. auch RdErl vom gleichen Tag, Abschrift in ZR 18250.

³² Deutlich weniger als in anderen Ländern, was nicht öffentlich erörtert werden sollte, vgl. Rundschreiben Bayerischer Städtebund und Reg. 13. bzw. 17.10.1932, ZR 18250.

³³ HA-Prot. 19.10.1932.

³⁴ 20.10.1932, ZR 18250.

³⁵ Hipp an Bayerischen Städtebund 21.10.1932, ZR 11312.

³⁶ 27.10.1932, ebd., mit Liste von Verpflichtungen, die die Stadt nicht mehr erfüllen könne.

³⁷ 7.12.1932, ZRa 13684.

³⁸ Verf. 17.12.1932, ZR 18250. Für fast alle größeren bayerischen Städte setzten die Regierungen den Steuersatz fest (Spitzenpositionen: Ludwigshafen 1100 %, Passau 800 % = undatierte Liste ZR 18250). Zur Zwangsetatisierung in München: Steinborn (s.S.41 Anm.167) S.518 ff., zu Ludwigshafen F.Blaich: Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Wirtschaftspolitik während der Weltwirtschaftskrise 1929-1932, AfK 9 (1970) S.92-108, hier S.103 f.

³⁹ Sr-Prot. 21.12.1932 und Bericht an die Reg. vom gleichen Tag, ZRa 13684.

schen Haushalt selbst fest, d.h. sie führte eine Reihe von Posten auf, die nicht in einen Notetat gehörten, und verordnete eine generelle Ausgabenkürzung um 700000 RM⁴⁰. Kurz vor Ablauf des Rechnungsjahrs mußte Regierungspräsident Wirschinger allerdings berichten: "Die Gemeinden sehen mit Schrecken dem 1. April entgegen, da an diesem Tag fast die gesamten Krisenfürsorgeberechtigten in die Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden kämen. (...) Dazu kommt, daß den Gemeinden zum großen Teil auch die Anteile an der Reichseinkommenssteuer zu Gunsten ihrer Gläubiger einbehalten werden. Unter diesen Umständen ist der Zusammenbruch der öffentlichen Fürsorge in Bezirken und Gemeinden zu befürchten."⁴¹

Die Praxis sollte erweisen, daß ein Haushaltsabgleich für das Rechnungsjahr 1932/33 in Regensburg tatsächlich nicht zu erreichen war. Das Rechnungsergebnis 1932/33 erbrachte Einnahmen von 7,67, Ausgaben von 8,31 Millionen RM, also ein Minus von 650000 RM, das sich mit den Fehlbeträgen der Vorjahre auf fast 1,67 Millionen RM summierte - und dies, obwohl der Prüfungsverband öffentlicher Kassen der Stadt Regensburg noch in nationalsozialistischer Zeit bescheinigte, sie habe die zur Verfügung stehenden Einnahmequellen restlos ausgeschöpft⁴².

2. Der Notetat 1933

Dies war also die Lage beim Amtsantritt Schottenheims⁴³. Dennoch verlangte er die sofortige Vorlage eines abgeglichenen Haushaltsentwurfs, der die Überlegenheit nationalsozialistischer Finanzpolitik über diejenige der "Systemparteien" beweisen sollte; ein Konfrontationskurs gegenüber der Staatsaufsicht konnte für ihn nicht mehr in Frage kommen. Vorübergehend mußte man sich zwar wieder mit einem Provisorium behelfen⁴⁴, doch bald legte Ehrhardt tatsächlich seinen Entwurf vor; trotz weiter gekürzter Sachausgaben rechnete der Finanzreferent erneut mit ungedeckten Mehrausgaben von 960000 RM⁴⁵. Auch der Bayerische Prüfungsverband zeigte sich ratlos: Eine geordnete Haushaltsführung lasse sich erst wieder erreichen, wenn die "schon so oft geforderte Lösung des Wohlfahrtserwerbslosenproblems (...) verwirklicht und daneben noch der Schuldendienst durch eine wesentliche Zinssenkung entlastet wird"⁴⁶. Das Problem verschärfte sich noch durch die mangelhafte Zahlungsmoral der städtischen Schuldner, da viele mittelständische Gewerbetreibende aus Unsicherheit über die künftige Entwicklung oder auch in der Hoffnung auf eine bevorstehende Steuerentlastung nach der NS-Machtergreifung eine "gewisse Zahlungsunwilligkeit" zeigten⁴⁷. Selbstverständlich ließen sich auch die neuen Machthaber nicht auf solche Versuche ein, den gerade von ihnen selbst häufig beschworenen Schutz des gewerblichen Mittelstands im Zuge der Selbsthilfe zu verwirklichen.

Bei der weiteren Kürzung der Ausgaben, insbesondere bei den freiwilligen Leistungen der Stadt, setzte Schottenheim an, nachdem Erhöhungen der Realsteuern ausdrücklich untersagt

⁴⁰ Entschließung 26.1.1933, ZR 18250.

⁴¹ HMB 20.3.1933, StA 22040.

⁴² 20.4.1933, ZRa 13597.

⁴³ Anweisung Sch. an Prüfungsamt zur Berichterstattung 28.3.1933 und Bericht 10.4.1933, ZRa 13597. Hier und in StA (1987) I blau 258 = 4114 a auch Revisionsbericht des Bayerischen Prüfungsverbands 20.4.1933.

⁴⁴ Verf. Sch. 31.3.1933, DS 514 und ZR 9042.

⁴⁵ Erwähnung und Kritik des Entwurfs im Bericht des Bayerischen Prüfungsverbands 20.4.1933, ZRa 13597.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Vermerk Ehrhardt über entsprechende Warnungen an den Verband zum Schutz des Groß- und Kleinhandels 27.3.1933. Dessen Vorsitzender Rothdäuscher veröffentlichte daraufhin einen Aufruf, im Interesse des nationalen Staats Umlagen und Steuern pünktlicher denn je zu zahlen (ZR 18161).

worden waren⁴⁸. Alle freiwilligen Leistungen für "marxistische" Verbände waren ohnehin gesperrt worden, nun kündigte die Stadt fast alle Mitgliedschaften und Unterstützungsbeiträge an die verschiedensten Vereine; oft handelte es sich um Beträge unter 100 RM⁴⁹. Größere Bedeutung kam allerdings einer anderen Sparmöglichkeit zu: Durch verschärfte Anerkennungskriterien für die Wohlfahrtserwerbslosen fielen viele von ihnen aus der Unterstützung heraus. Übrigens scheute sich Schottenheim auch nicht, die früher von der politischen Rechten so heftig bekämpfte Bürgersteuer weiter zu erheben⁵⁰. Trotz mancher Erleichterungen, etwa für die Empfänger niedriger Löhne oder für Kinderreiche, sollte diese Steuer, die später auch von den ausländischen Arbeitskräften eingezogen wurde, Jahr für Jahr steigende Einkünfte erbringen⁵¹ und regelmäßig einen der wichtigsten Einnahmeposten bilden⁵².

Im Mai 1933 lag dem Stadtrat schließlich Ehrhardts überarbeiteter Haushaltsentwurf vor⁵³. Tatsächlich war ihm das Kunststück gelungen, den Etat abzugleichen, indem er die voraussichtlichen Wohlfahrtslasten extrem niedrig ansetzte - niedriger, als es zu dieser Zeit noch realistisch scheinen mußte⁵⁴, auch wenn später die veranschlagten Zahlen erreicht wurden. Auch diesmal gliederte Ehrhardt die Sozialausgaben aus dem ordentlichen Etat aus und faßte sie mit den erwarteten Reichs- und Landeszuschüssen zusammen. So konnte er beim ordentlichen Etat Ausgaben von 8,11 Millionen, Einnahmen von 8,68 Millionen RM und somit die Abführung eines Überschusses von 570000 RM an den Sozialetat ansetzen. Dieser selbst umfaßte als größte Ausgabeposten die für den Bezirksfürsorgeverband Regensburg-Stadt, der die Wohlfahrtserwerbslosen zu unterstützen hatte, an das Stadtjugendamt, das städtische Säuglingsheim, die Kinderklinik und den auf die Stadt entfallenden Anteil an der Krisenunterstützung ("Kru"), das "Krisenfünftel". Vorgesehen waren Sozialausgaben von 2,85 Millionen RM, von denen 1,16 Millionen RM aus der Reichs- und Landeshilfe, 570000 aus dem ordentlichen Haushalt, der Rest aus den hierfür vorgesehenen Steuern, also der Bürger- und der Gemeindebiersteuer stammen sollten⁵⁵.

Bei seiner Grundsatzerklärung zu diesem Notetat ließ sich Schottenheim, soeben förmlich zu Hipps Nachfolger gewählt, sehr kritisch über das Finanzgebaren seines Amtsvorgängers wie dasjenige aller Kommunalpolitiker der Weimarer Zeit aus. Überall sei ein "Aufblähen, überall ein Wirtschaften aus dem Vollen" zu beobachten gewesen, doch nun gehe es nicht mehr "um die Rettung des Einzelnen, es geht nicht um die Rettung einer Gemeinde oder einer Stadt, es geht um die Rettung Deutschlands." Hätte man die frühere Finanzpolitik fortgesetzt, so wäre die Stadt in kurzer Zeit "bis über die Ohren verschuldet" gewesen. "Von der ersten bis zur letzten Seite" müsse man nun den Rotstift ansetzen, sämtliche freiwilligen Leistungen streichen und auch die Gehälter der städtischen Spitzenbeamten denen der Staatsbediensteten angleichen. Jeder "noch über das Mittelmaß Gutgestellte" habe "abzugeben (...) im Interesse derer, welche vor den Toren der Arbeit auf Beschäftigung warten." Abschließend appellierte

⁴⁸ Realsteuer-SperrVO 31.3.1933, RGBI I S.157, vgl. H.Rambecks Kommentar in Bayerische Gemeinde- und Verwaltungszeitung 18/1933 (Sonderdruck in ZR 18130).

⁴⁹ Beispiele u.a. in ZRa 13943 ff. und ZR 19775, vgl. allg. HA-Prot. 1933. Beibehaltung einer freiwilligen Leistung nur per Beschluß des HA (Prot. 4.7.1933). 1934 wieder vermehrte Zahlungen an Vereine, Stiftung von Ehrenpreisen etc.

⁵⁰ HA-Prot. 11.10.1933 und Verf. Sch. 12.10.1933, ZR 18250, vgl. auch Berichte an Reg. 1.3. und 5.4.1934, ZR 18254 bzw. 18250.

⁵¹ 1934 610000 RM, 1935 710000 RM, 1936 760000 RM, 1937 870000 RM, 1939 1,02 mio RM.

⁵² Vgl. allg. ZR 11115 und 18250. Streitfälle, v.a. bei Ordensangehörigen, bis in die späten 30er Jahre, vgl. ZR 18253.

⁵³ Vorberatung lt. HA-Prot. 17.5.1933.

⁵⁴ Vgl. Etatrede Sch. 1934 zum Vorjahr: "Es mußte an allen Ecken und Enden gespart und gestrichen werden und mußte (...) vor allem der Durchschnittsatz der Wohlfahrtsempfänger im Verhältnis zu der damaligen Höhe sehr niedrig angesetzt werden." (NIS 16 und Sr-Prot. 28.2.1934)

⁵⁵ Vgl. Sr-Prot. 29.5.1933.

Schottenheim "aus heißem Herzen" an die Stadträte: "Denken Sie an Deutschland, Deutschland muß gerettet werden", nur durch Sparsamkeit und Sauberkeit in der Finanzwirtschaft könne die "Zukunft unserer Kinder (...) glückversprechend sein"⁵⁶. Dieses Gemisch aus böartigen Unterstellungen gegenüber seinem Amtsvorgänger und phrasenhaften Zukunftsvisionen war nicht nur programmatisch gemeint, es diente auch der Demütigung der zwölf BVP- und fünf SPD-Stadträte, die an der Sitzung teilnahmen; sie mußten sich vorwerfen lassen, eine gewissenlose Politik mitgetragen zu haben. Denn nach nur zweimonatiger Amtszeit konnte der in der Kommunalpolitik unerfahrene Arzt Schottenheim kaum über die Sachkompetenz verfügen, um zu beurteilen, ob die Finanzpolitik seines Vorgängers wirklich unverantwortlich gewesen war - zumal er mit Ehrhardt dessen Finanzreferenten anstandslos übernommen hatte.

Im Sommer 1933 war von einer Entlastung der Kommunen noch wenig zu spüren. Münchens Oberbürgermeister Knorr, zugleich Geschäftsführer des Bayerischen Gemeindetags, faßte die Grundübel zum wiederholten Mal zusammen: weiter gestiegene Fürsorgelasten bei sinkenden Einnahmen, viel zu spät und spärlich eingehende Reichs- und Landeszuschüsse, daher eine enorme kurzfristige Verschuldung und die durch den Schuldendienst erzwungene radikale Beschneidung anderer gemeindlicher Leistungen. Einzig und allein die Arbeitsbeschaffung könne Abhilfe schaffen, doch sei bis dahin eine Reihe von Dringlichkeitsmaßnahmen nötig, vor allem eine generelle Zinssenkung und ein umfassendes Umschuldungsprogramm⁵⁷. Erst jetzt - Monate nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Reich und Land - traten endlich gesetzliche Maßnahmen in Kraft, die der Konsolidierung der Kommunalfinanzen dienten: Das Gemeindeabgabengesetz (GAG) von 1931 wurde neu gefaßt und durch ein Gemeindefinanzgesetz ergänzt, das Darlehensaufnahmen der Kommunen erschwerte und diese einer verschärften Überwachung durch die Staatsaufsicht unterwarf⁵⁸. Und eine echte Entlastung brachte es mit sich, daß das Reich das kommunale "Krisenfünftel" übernahm⁵⁹, das 1932 in Regensburg immerhin 140000 RM ausgemacht hatte⁶⁰. Nicht zum Tragen kam dagegen die bereits angesprochene Besoldungsangleichung⁶¹, die zur Senkung der kommunalen Gehälter beitragen sollte, jedoch erst in späteren Jahren wirksam wurde⁶².

Insgesamt genügten die neuen Vorschriften jedoch nicht, um die städtische Finanzlage sofort durchgreifend zu verbessern. Noch immer blieben die Wohlfahrtslasten erdrückend, sie überschatteten jeden Sanierungsversuch, und nach wie vor mußte die Stadt zu den Quartalsenden Überbrückungskredite aufnehmen⁶³. Im Herbst 1933 beantragte sie daher die Mitgliedschaft im "Umschuldungsverband deutscher Gemeinden"⁶⁴. Zwar trug dies auch ein Risiko in sich, denn es war nun untersagt, neue Darlehen aufzunehmen, doch andererseits stärkte die Mit-

⁵⁶ Alle Zitate aus Etatrede 1933, NIS 16, vgl. auch Sr-Prot. 29.5.1933 und Verf. Sch. 8.6.1933, ZR 9042: äußerste Sparsamkeit, Verbot von Etatüberschreitungen.

⁵⁷ Grundsatzartikel im "Bayerischen Bürgermeister" 25.7.1933.

⁵⁸ 30.8.1933, GVBl S.261/S.263, vgl. Rundschreiben Bayerischer Gemeindetag 24.8.1933, ZR 10482 a, zur bevorstehenden Reform der Gemeindefinanzen. Änderungen bzw. Neufassungen des GAG: 9.8.1934 (GVBl S.319), 8.4.1935 (GVBl S.349), 4.2.1937 (GVBl S.16), 6.1.1938 (GVBl S.1) sowie - gültig bis 1948 - 20.7.1938 (GVBl S.225).

⁵⁹ Gesetz zur Änderung der Arbeitslosenhilfe 22.9.1933, RGBI I S.656.

⁶⁰ Haushalt 1934 S.55 Anm.3.

⁶¹ 7.8.1933, GVBl S.211.

⁶² Weitere Vorschriften, die sich teils erheblich auf die Kommunalfinanzen auswirkten, u.a.: Bek. zum GAG 9.10.1933 (GVBl S.329), Vollzugsvorschriften hierzu 3.11.1933 (GVBl S.435), Gemeindebesoldungsgesetz 7.12.1933 (GVBl S.461) und Änderungsgesetz über Leistungen der Gemeinden für die staatliche Polizeiverwaltung 7.12.1933, GVBl S.466.

⁶³ Vgl. Ehrhardt an Bayerische Staatsbank 1.7.1933. Die Bank gab einen Kredit von 150000 RM. Der Vorgang in ZR 11291 und StA 16424, vgl. auch HA- und Sr-Prot. 4.7.1933 und 14.9.1934.

⁶⁴ Vgl. HA-Prot. 11.10.1933, Grundlage: GUG 21.9.1933, RGBI I S.647. Hierzu aus städtischer Sicht ZR 11250, vgl. allg. Matzerath (1970) S.96 f.

gliedschaft die Position der Stadt gegenüber ihren Gläubigern erheblich, denn sie konnte nun die Umwandlung ihrer kurzfristigen Schulden in langfristige, gering verzinsliche Schuldverschreibungen des Gesamtverbands anbieten. Lehnte der Gläubiger die Umschuldung ab, so galt seine Forderung samt Zinsen automatisch als auf fünf Jahre gestundet. In der Praxis kam es zumeist zu Sondervereinbarungen zwischen Gemeinden und Banken, wie auch das Regensburger Beispiel zeigt. So hatte die Stadt seit Jahren zwei immer wieder verlängerte Kredite der Bayerischen Gemeindebank von zusammen 1,2 Millionen RM in Anspruch genommen, obwohl der größere der beiden Kredite jederzeit kündbar war. Als die Bank Ende 1933 anbot, diesen riskanten Kredit mit einer festen Laufzeit zu versehen, ging die Stadt zunächst darauf ein, doch gewann Ehrhardt den Eindruck, seine Position sei stark genug, noch bessere Bedingungen auszuhandeln⁶⁵. Nachdem mittlerweile der Beitritt Regensburgs zum Umschuldungsverband genehmigt worden war⁶⁶, bot Schottenheim ein förmliches Umschuldungsverfahren an, das die Gemeindebank zwar ablehnte⁶⁷, doch gestand sie der Stadt nach weiteren Verhandlungen eine feste Laufzeit für die Kredite zu, die später verlängert und schließlich in langfristige Darlehen zu günstigeren Konditionen umgewandelt wurden⁶⁸.

Wichtiger für die Gemeinden als alle gesetzlichen Regelungen wurde der beginnende Konjunkturaufschwung mit seinen langsam steigenden Steuereinnahmen und abnehmenden Wohlfahrtslasten. Schon im Oktober 1933 übertrafen die Einnahmen der Stadt aus den Reichssteuervereinerungen die des Vorjahres, im Februar 1934 erreichten sie eine Gesamthöhe wie erst im Mai 1933⁶⁹. Jedoch war diese Entwicklung Ende 1933 noch nicht vorhersehbar, und Schottenheim ordnete für die Bedarfsmeldungen zum nächsten Etat "allerschärfste" Ausgabendrosselung an⁷⁰. Trotz seiner scharfen Polemik gegen die Finanzpolitik seines Vorgängers war auch er gezwungen, zum Jahreswechsel wieder einen Überbrückungskredit der Staatsbank zu beantragen, um nicht die Zahlungen einstellen zu müssen. Da die Zeit drängte, mußte er sich hier die Bedingungen der Bank diktieren lassen und verpflichtete sich notgedrungen, auf eine Umschuldung des laufenden Betriebskredits zu verzichten⁷¹.

Insgesamt hat die Stadt nur gegenüber einem einzigen Gläubiger vom Gemeinde-Umschuldungsgesetz Gebrauch gemacht, nämlich im Fall eines 600000-RM-Darlehens der Bayerischen Notariatskasse; daraus ergab sich letztlich eine jährliche Erleichterung von rund 11500 RM⁷². Und im Rückblick bezeichnete Schottenheim die Mitgliedschaft im Umschuldungsverband als "sehr lästig und hemmend", da sie das ohnehin schon komplizierte Genehmigungsverfahren bei Darlehensaufnahmen weiter erschwert habe. Als daher genügend Mittel zur Verfügung standen, zahlte die Stadt das genannte, umgeschuldete Darlehen vorzeitig zurück⁷³.

⁶⁵ Vermerk über Finanzreferententreffen beim Bayerischen Gemeindetag 13.12.1933, ZR 11278. Bei einer kommunalpolitischen Schulung der NSDAP in Berlin war Widerstand gegen eine Zinssenkung als Sabotage bezeichnet worden, und auch leitende bayerische Ministerialbeamte nannten sie unverzichtbar.

⁶⁶ Genehmigung der Staatsregierung 15.12.1933, ZR 17670, bestätigt durch Umschuldungsverband 19.12.1933, ZRa 14464.

⁶⁷ 20.1.1934, ZR 11278.

⁶⁸ Der Vorgang ebd. und in ZR 11283 f. Auch gegenüber der RfA verzichtete Sch. auf Umschuldung (28.12.1933, ZR 11262). Zinsentlastung rund 22000 RM, vgl. Genehmigungsantrag für weitere Darlehen 21.3.1935, DS 670.

⁶⁹ Etatbericht Ehrhardt 1934/35, ZRa 13671. Einzelheiten zu den Steuereingängen auch in FIN 500.

⁷⁰ 7.11.1933, ZR 9042.

⁷¹ Einzelheiten in ZR 11290 und StA 16424. Die Tabakfabrik Bernard zahlte 1934 wie schon 1932 ihre Steuern und Abgaben sowie die Miete für das Lagerhaus "Leerer Beutel" freiwillig im voraus und gab so der Stadt faktisch einen Überbrückungskredit (ZR 11298, vgl. auch Dank Sch. 19.1.1934, ZRa 14182).

⁷² Genehmigungsantrag für weitere Darlehen 21.3.1935, DS 670.

⁷³ Vorbericht zum Nachtragsetat 1941 20.3.1942, FIN 504.

Nach Ablauf des Haushaltsjahrs 1933/34 zeigte die Jahresrechnung⁷⁴ ein unerwartet positives Ergebnis. Der Anteil der Wohlfahrtsausgaben an den Gesamtausgaben war von 43,8 % im Vorjahr auf 37,9 % gesunken. Voller Stolz verkündete Schottenheim, daß es gelungen sei, die damals sehr niedrig angesetzte Durchschnittszahl an Wohlfahrtserwerbslosen tatsächlich zu erreichen. Nur dadurch sei es möglich gewesen, "über das Jahr 1933 so hinweg zu kommen, wie es tatsächlich der Fall war."⁷⁵ Dies bedeutete das stillschweigende Eingeständnis, daß man damals mit eigentlich unverantwortlich niedrigen Arbeitslosenzahlen operiert hatte. Ein geringes Minus, das 1933/34 dennoch entstanden war⁷⁶, führte der Oberbürgermeister auf die hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Hilfen von außen zurück. Tatsächlich war die Reichshilfe für die mit Wohlfahrtsausgaben überlasteten Gemeinden gegenüber 1932/33 zwar gestiegen, die des Landes jedoch deutlich zurückgegangen; die Gesamtzusendungen beliefen sich nur noch auf 750000 RM gegenüber 820000 RM im Vorjahr⁷⁷. In der Praxis bedeutete dies, daß vom monatlichen Finanzbedarf für jeden Regensburger Wohlfahrtserwerbslosen, der durchschnittlich 46,50 RM betrug, über die Hälfte, nämlich 24,86 RM, aus Reichs- und Landesmitteln getragen wurden⁷⁸.

Unter Einschluß des aus den Vorjahren mitgeschleppten Defizits standen den bereinigten Gesamteinnahmen der Stadt Regensburg von insgesamt 7,80 Ausgaben von knapp 9,25 Millionen RM gegenüber, das Minus belief sich also nach wie vor auf fast 1,45 Millionen RM. Daß es nicht höher ausfiel, lag neben den genannten Erleichterungen an den gestiegenen Reichssteuerüberweisungen - ein Beleg für den allmählichen Konjunkturaufschwung.

3. Die Haushaltsentwicklung bis zum Zweiten Weltkrieg⁷⁹

Konjunkturaufschwung, Umschuldung und eine Reihe weiterer gesetzlicher Neuregelungen⁸⁰ führten in den ersten Jahren nach der nationalsozialistischen Revolution zur Konsolidierung der Gemeindefinanzen, wenn auch das Reich durch verschiedene Maßnahmen einen Teil der Mehreinkünfte in seine Kassen lenkte. 1935/36 wurden die Anteile der Kommunen an den Mehreinnahmen aus den Reichsüberweisungssteuern begrenzt⁸¹, der Deutsche Gemeindetag bezifferte die ihnen daraus entstandenen Verluste schon für 1935 auf 230 Millionen, für 1936 auf 580 Millionen RM⁸². Eine weitere bedeutende Änderung⁸³ erfuhr das aus der Weimarer Zeit übernommene Steuersystem mit der aus vier Einzelgesetzen bestehenden Realsteuerreform 1936⁸⁴. Sie vereinheitlichte die Realsteuern und wies sie und die Bürgersteuer ab 1938 den Gemeinden allein zu; Grund-, Gewerbe- und Bürgersteuer wurden zu den wichtigsten

⁷⁴ Veröff. im Haushalt 1935/36.

⁷⁵ Haushaltsrede Sch. 1934, NIS 16.

⁷⁶ Sch. ging noch von 430000 RM aus, später erwies sich, daß das Defizit nur 100000 RM betrug, vgl. Notiz 25.6.1934, DS 846.

⁷⁷ Übersicht Wohlfahrtsamt bis Juli 1935, ZR 18127.

⁷⁸ Vermerk Leiter des Wohlfahrtsamts 24.5.1934, ebd.

⁷⁹ Anhand der Haushaltspläne und des Revisionsberichts 1935-1939, PAM 534 und StA (1987) 1 blau 258 = 4114a. Der Bericht samt Stellungnahmen der Stadt auch in StA 16786.

⁸⁰ Übersicht über die wichtigsten Änderungen im Finanzausgleich bei Caesar/Hansmeyer (s.Anm.2) S.838.

⁸¹ Gesetze 26.2.1935 (RGBl I S.285) und 30.3.1936 (RGBl I S.315).

⁸² Vgl. Matzerath (1970) S.354.

⁸³ Schon mit Gesetz 7.3.1935 (RGBl I S.349) war die Realsteuersperre von 1933 gelockert worden.

⁸⁴ Gesetze 1.12.1936: Einführungsgesetz zu den Realsteuergesetzen (RGBl I S.961), Gewerbesteuerengesetz (RGBl I S.979), Grundsteuergesetz (RGBl I S.986) und Gesetz zur Änderung der Vorschriften über die Gebäudeentgeltsteuer (RGBl I S.992), vgl. für Bayern Ausführungs- und ÜberleitungsVO zu den Realsteuern 4.2.1937, GVBl S.13.

Einnahmequellen der Kommunen. Noch einschneidendere Veränderungen brachte 1938 der neue Finanzausgleich mit sich⁸⁵. Die bisherigen, an die einzelnen Steuern gekoppelten Reichsüberweisungen wurden durch Zuweisungen ersetzt, die vom örtlichen Steueraufkommen unabhängig waren und die unterschiedliche Steuerkraft der einzelnen Gemeinden ausgleichen sollten. Kurz darauf wurden ihnen allerdings unerwartet wichtige Steuereinnahmen, vor allem die aus der Gemeindebesteuer, entzogen⁸⁶. Die Kritik daran reichte bis zur Formel von der "kalten Ausplünderung der Gemeinden"⁸⁷, zumal diese die Verluste aus dem neuen Finanzausgleich nicht durch eigene Steuern oder Tarifierhöhungen auffangen durften. Wie ersichtlich, hatte sich also die gemeindliche Finanzpolitik an den Bedürfnissen des Reichs, nicht an denen der Kommunen selbst zu orientieren, wozu auch die verschärfte Staatsaufsicht beitrug. Allerdings zeigten sich erhebliche örtliche Unterschiede. Die Beschränkung der Finanzhoheit führte in den meisten größeren Städten, darunter auch in Regensburg, keineswegs zu finanziellen Notlagen, da der Konjunkturaufschwung bedeutend gestiegene Einkünfte mit sich brachte⁸⁸. So lag die Deckungsquote der kommunalen Ausgaben durch gemeindeeigene Steuern ab 1937/38 reichsweit über 50 %, die Zuweisungen von Reich und Ländern verloren zunehmend an Bedeutung⁸⁹.

a. Die Entwicklung des ordentlichen Haushalts⁹⁰

Rechnungsjahr	veranschlagte bereinigte Einnahmen und Ausgaben	tatsächliche bereinigte Rechnungsergebnis ⁹¹		
		Einnahmen	Ausgaben	
1932		7,67	9,33	- 1,67
1933	8,05	7,80	9,25	- 1,45
1934	7,48	7,54	8,91	- 1,37
1935	7,38	9,60	9,30	+ 0,30 ⁹²
1936	7,51	10,41 ⁹³	9,86	+ 0,55
1937	10,45 ⁹⁴	11,56	11,38	+ 0,18
1938	11,58	13,84	13,41	+ 0,43
1939	12,60 ⁹⁵	16,75	16,42	+ 0,33

⁸⁵ VO Innen- und Finanzministerium über Finanz- und Lastenausgleich zwischen Ländern und Gemeinden 16.12.1937, RGBl I S.1352, und 3.Änderungsgesetz zum Finanzausgleich 31.7.1938, RGBl I S.966.

⁸⁶ Änderungsgesetz zum Biersteuergesetz 21.12.1938, RGBl I S.1897, und Bek. 15.4.1939, GVBl S.110. Einzelheiten aus städtischer Sicht in ZR 11300, 18168 und 18247, vgl. Satzung 23.10.1939 (Wbl S.99)

⁸⁷ Zitat aus einer Schweizer Zeitung, abgedruckt bei Matzerath (1970) S.355, vgl. den Überblick bei Caesar/Hansmeyer (s.Anm.2) S.839 f.

⁸⁸ Vgl. Matzerath (1970) S.357.

⁸⁹ Caesar/Hansmeyer (s.Anm.2) S.866 f.

⁹⁰ Wie Anm.79, vgl. auch StA 16424. Alle Zahlen in mio RM. Erst 1938 flossen die Fonds mit besonderer Zweckbestimmung u.ä. in den ordentlichen Etat ein.

⁹¹ Das jeweils im übernächsten Jahr veröff. Rechnungsergebnis beinhaltet auch das aus den Vorjahren mitgeführte Defizit, ist also nicht als Ergebnis der Jahresrechnung zu verstehen.

⁹² Zum Verschwinden des Defizits s.S.278.

⁹³ Veranschlagte und tatsächliche Einnahmen bzw. Ausgaben sind hier nicht vergleichbar, da die Jahresrechnung im Haushalt 1938 veröff. wurde, dem neue Berechnungsgrundlagen zugrunde lagen, etwa die Einbeziehung der Fonds, der Betriebe etc.

⁹⁴ Die ungewöhnliche Steigerung durch Umstellung der Rechnungslegung ab 1938, s. vorige Anm. Nach der ursprünglichen Methode hätten sich bereinigt 8,75 mio RM ergeben.

⁹⁵ Hinzuzurechnen 2,04 mio RM aus dem Nachtragsetat, der durch die Kriegsverhältnisse nötig wurde.

Aus dem Jahr für Jahr veränderten Anteil der einzelnen Verwaltungsbereiche am ordentlichen Gesamthaushalt läßt sich nicht auf Schwerpunkte nationalsozialistischer Kommunalpolitik in Regensburg schließen, denn mehrfach wanderten die Etats ganzer Geschäftsabteilungen von einem Verwaltungszweig zum anderen, und noch häufiger wurden einzelne Aufgaben einer Dienststelle entzogen und einer anderen zugewiesen⁹⁶. So sind solche Schwerpunkte allenfalls an den außerordentlichen Haushalten ablesbar, wo die vor allem aus Darlehen, nicht aus den ordentlichen Einnahmen finanzierten Projekte untergebracht wurden. Immerhin gestattet die Übersicht über die Entwicklung des ordentlichen Haushalts einen Blick auf die wirtschaftliche Erholung der Stadt in den dreißiger Jahren.

Ungeachtet der verdeckten Geldentwertung in den späten dreißiger Jahren ergibt sich aus der Haushaltsentwicklung, wie sofort ersichtlich, daß ab 1934 die tatsächlichen die jeweils erwarteten Einnahmen und Ausgaben regelmäßig überschritten und das erdrückende Defizit aus der Zeit der Wirtschaftskrise schon 1935 abgebaut war. Beim Einsetzen der Hochkonjunktur konnten die städtischen Finanzen bereits als halbwegs saniert gelten, jedoch war dies nicht das alleinige Verdienst der Stadtführung, sondern in erster Linie auf den reichsweiten Wirtschaftsaufschwung und den damit verbundenen Abbau der Arbeitslosigkeit - in Regensburg vor allem durch die Kasernenbauten - sowie auf die erfolgreiche Umwandlung der kurzfristigen Betriebskredite in langfristige Darlehen und die generelle Zinssenkung zurückzuführen.

b. Die Entwicklung der Steuereinnahmen⁹⁷

Rechnungsjahr	Regensburg (in Mio. RM)	Pro-Kopf-Einnahmen (in RM) in:		
		Regensburg	Würzburg	Ludwigshafen
1932	3,10	39	42	50
1933	3,68	45	47	69
1934	4,24	52	55	84
1935	4,63	56	64	83
1936	4,88	59	65	102
1937	5,96	71	87	133
1938	7,44	82		
1939	8,03	89		

Wie ersichtlich, stiegen die Regensburger Steuereinnahmen seit 1932 kontinuierlich an. Besonders auffallend ist dabei die starke Steigerung ab 1937, die auf die zunehmende Industrialisierung - konkret die Ansiedlung des Flugzeugwerks - und die mit größter Vehemenz einsetzende Hochkonjunktur insbesondere im Handel zurückzuführen war. Denn gerade der niedrige Industrialisierungsgrad hatte die Pro-Kopf-Einnahmen im bayernweiten Vergleich

⁹⁶ Z.B. Anteil für "Allg. Verwaltung" 1933/34: 5,9 %, 1934/35: 6,5 %; inzwischen war die Wohnungsfürsorge dem Wohlfahrtsetat zugeschlagen worden, während nun "Wirtschaft und Verkehr" zur Allgemeinen Verwaltung zählten.

⁹⁷ Die folgende Tabelle nach Revisionsbericht (s.Anm.79) S.54.

deutlich hinter denen anderer Städte ähnlicher Größe zurückbleiben lassen. Allerdings zeigt das Beispiel Ludwigshafens, daß typische Industriestädte noch erheblich stärker vom konjunkturellen Aufschwung profitierten als eher vom Handels- und Dienstleistungssektor geprägte Kommunen wie Würzburg und Regensburg. Daß schließlich die gestiegenen Steuereinnahmen bis 1937 vor allem auf der Steigerung der Reichssteuerüberweisungen, erst ab 1938 dagegen auf wachsenden Eigeneinnahmen beruhten, zeigen die folgenden beiden Übersichten. Ihre Ursache hatte diese Entwicklung zum einen in der Realsteuerreform, zum zweiten in den auch absolut gestiegenen Einkünften im Gefolge der zunehmenden Industrialisierung und des explosionsartig gewachsenen Donauhandels.

STEUEREINNAHMEN AM BEISPIEL DES HAUSHALTSJAHRES 1935 ⁹⁸	
Einnahmen aus den Überweisungssteuern:	
Einkommens- und Körperschaftssteuer	916000 RM
Umsatzsteuern	303000 RM
Einnahmen aus Gemeindesteuern und gemeindlichen Zuschlägen:	
Grund- und Haussteuer	630000 RM
Gewerbesteuer	771000 RM
Bürgersteuer	714000 RM
Einnahmen aus indirekten und sonstigen Gemeindesteuern:	
Gemeindebiersteuer	545000 RM
Wohlfahrtsabgabe	88000 RM
Zuschlag zur Grunderwerbssteuer	85000 RM
Filialsteuer	77000 RM
Vergnügungssteuer	70000 RM
Hundeabgabe	34000 RM
Warenhaussteuer	33000 RM
Wertzuwachssteuer	32000 RM
Grundwertabgabe	28000 RM
Pflasterzoll	27000 RM
Getränkesteuer	22000 RM

⁹⁸ Schematische Übersicht in ZRa 13745. Es handelte sich um die tatsächlichen, nicht die im Haushalt veranschlagten Einnahmen (Gesamtsumme: 4,37 mio RM).

DIE ZUSAMMENSETZUNG DER STEUEREINNAHMEN (in mio RM) ⁹⁹				
	Reichssteuerüberweisungen		Eigene Steuereinnahmen	
	absolut	Entwicklungskurve	absolut	Entwicklungskurve
1932	0,62	100	2,48	100
1933	0,81	130	2,88	116
1934	1,29	208	2,95	119
1935	1,22	197	3,41	138
1936	1,43	230	3,46	140
1937	1,45	233	4,52	182
1938	1,15	185	6,29	254
1939	1,18	189	6,86	277

c. Die Vermögensentwicklung

Das städtische und das Stiftungsvermögen war letztmals im Jahr 1930 neu bewertet worden. Dabei bildete man einen Verkehrswert für die einzelnen städtischen Besitztümer, der nicht ständig aktualisiert wurde. Vielmehr waren, ausgehend vom Anschaffungswert, nur Abschreibungen bei den einzelnen Vermögensgegenständen zulässig, die sich, wie 1936 in der Rücklagen-Verordnung festgelegt (s.u.), mit der Zuführung zur Erneuerungsrücklage zu decken hatten. Insgesamt entwickelte sich das städtische Vermögen folgendermaßen (alle Zahlen in Millionen RM)¹⁰⁰:

	1935	1936	1937	1938	1939
Rentierendes Vermögen	34,1	34,0	36,1	42,4	42,3
Nichtrentierend	10,7	16,3	18,7	19,7	21,8
Rücklagen	-	-	-	1,9	1,9
Summe = Gesamtvermögen	44,8	50,3	54,7	64,0	66,0
bzw. ohne Stadtwerke	35,6	41,1	47,3	51,4	53,1

Unabhängig von den Abweichungen zwischen den vorliegenden Unterlagen läßt sich feststellen, daß das städtische Vermögen vor allem in den späten dreißiger Jahren bedeutend zugenommen hat, während die Verschuldung, wie noch zu zeigen ist, bei weitem nicht im gleichen Ausmaß stieg.

⁹⁹ Revisionsbericht (s.Anm.79) S.55.

¹⁰⁰ Zahlen nach Revisionsbericht 1941, PAM 534, S.74. Teils erhebliche Abweichungen in ZR 11310 f., 11316, ZRa 13261, 13671, 13757, ZR 16571, FIN 500, 504, DS 546, 550, 670, NIS 16 und StA 16424.

Rücklagenbildung¹⁰¹

Aufgrund der Rücklagenverordnung von 1936¹⁰² waren alle Kommunen verpflichtet, für eine Reihe von Zwecken Rücklagen anzusammeln, deren Höhe vorgeschrieben war. Vor 1936 wäre es undenkbar gewesen, Mittel für die Rücklagenbildung in die städtischen Etats einzustellen, nachdem zuerst die Fehlbeträge aus den Vorjahren weggefertigt werden mußten. So gelang es erst 1937, Rücklagen zu bilden, insbesondere dank des günstigen Rechnungsergebnisses 1936. Bis 1940 kam die Stadt Regensburg ihrer Verpflichtung in folgendem Umfang nach¹⁰³:

Art der Rücklage:	Soll (RM)	Ist (RM)
Betriebsmittelrücklage ¹⁰⁴	384000	387000
Allgemeine Ausgleichsrücklage ¹⁰⁵	276000	282000
Allgemeine Erneuerungsrücklage	---	192000
Erweiterungsrücklagen	---	278000
Sonderrücklagen	---	785000
Andere Rücklagen	---	15000

Wie ersichtlich, waren also - in Form von Sparguthaben und Wertpapieren - die für die ersten beiden Rücklagenarten gesetzlich vorgeschriebenen Mindestbeträge korrekt angesammelt worden.

Grundbesitz

STÄDTISCHER GRUNDBESITZ (in ha) ¹⁰⁶	1936	1937	1938
Bau-, Industrie- und Siedlungsgelände	183	183	207
Landwirtschaft	179	179	298
Forstwirtschaft	85	85	210
Unrentierlich	173	260	181
Summe:	620	707	896

¹⁰¹ Zur Rücklagenpolitik als Instrument der Reichsregierung vgl. Matzerath (1970) S.157 und S.363 ff.

¹⁰² 5.5.1936, RGBI I S.435.

¹⁰³ Revisionsbericht (s.Anm.79) S.68 f.

¹⁰⁴ 5 % des ordentlichen Einnahmesolls nach dem Durchschnitt der letzten 5 Jahre.

¹⁰⁵ 5 % des Steueraufkommens nach dem Durchschnitt der letzten 5 Jahre.

¹⁰⁶ Haushaltsberichte Sailer 1936 und 1938 (NIS 16 bzw. DS 546), Bericht über Haushaltsvorberatung 3.3.1937 (DS 546), Haushaltsbericht Sch. 19.10.1938, FIN 504.

Dem Grundbesitz kam innerhalb des städtischen Gesamtvermögens besondere Bedeutung zu. Das Bereitstellen von Gelände war Voraussetzung für viele Großprojekte, die in den dreißiger Jahren nicht nur von der Stadt, sondern auch von Dritten durchgeführt wurden, sei es im Siedlungs-, Wohnungs- und Industriebau, bei der Erstellung von Betriebsanlagen der Reichsbahn oder den Kasernenbauten der Wehrmacht. Hier kamen auch die Prioritäten kommunaler Strukturpolitik zum Ausdruck: Wollte man die Industrialisierung fördern, mußte man sich bemühen, baureifes Gelände für Betriebsansiedlungen anzubieten, es also durch Versorgungsleitungen, Gleisanschluß, Verkehrsanbindung etc. entsprechend verwertbar zu machen. Nachdem jedoch die Wohnungsnot neben der Arbeitslosigkeit das Hauptproblem darstellte, mußte die Stadt auch für Wohnbau- und Siedlungszwecke ausgedehnte Grundstücke erwerben und sie den jeweiligen Bauträgern, also Privatleuten, Genossenschaften und Baugesellschaften einschließlich der stadt eigenen Stadtbau GmbH, zu günstigen Bedingungen zur Verfügung stellen.

Angesichts dieser beiden Hauptaufgaben - Industrieansiedlung und Wohnraumbeschaffung - erwies es sich als äußerst hinderlich, daß sich der Grundbesitz in Regensburg schon seit dem frühen 19. Jahrhundert zum überwiegenden Teil auf wenige Großgrundbesitzer verteilte, nämlich das Fürstliche Haus Thurn und Taxis¹⁰⁷, die Erbgemeinschaft Kirsch-Puricelli und die großen, nur zum Teil unter städtischer Verwaltung stehenden konfessionellen Stiftungen, darunter vor allem die Evangelische Wohltätigkeits-, die katholische Bruderhaus-, die St. Katharinenhospital-Stiftung und das Kollegiatstift zur Alten Kapelle. Mit ihnen mußte die Stadtverwaltung, die selbst über vergleichsweise geringen Grundbesitz verfügte - von 1933 bis 1937 wuchs er nur von 640 auf 710 ha¹⁰⁸ -, bei allen größeren Projekten zusammenarbeiten, für die man Gelände benötigte.

Mit der Standortentscheidung des Flugzeugwerks im Jahr 1936, also durch den großen Flächenbedarf dieses Betriebs, aber auch infolge der weitreichenden Baubeschränkungen, die der Flughafenbetrieb erforderlich machte, ging ausgedehntes Gelände verloren, das langfristig als Siedlungsgebiet vorgesehen war. Auch dieser Umstand trug, wie bereits beschrieben, zu den Eingemeindungen des Jahres 1938 und den Expansionsplänen der folgenden Jahre bei. Darüber hinaus mußte eine vorausplanende Verwaltung Grund "auf Vorrat" erwerben, was die Stadtverwaltung vor allem bei zwei großen Ankäufen im Jahr 1937 getan hat: dem des Schlosses Regendorf und dem des Guts Königswiesen. Dadurch und durch den Übergang der Grundstücke auf die Stadt, die den eingemeindeten Vororten gehört hatten, konnte der städtische Eigenbesitz auf fast 900 ha erweitert werden¹⁰⁹, obwohl man gleichzeitig ausgedehnte Flächen für die oben genannten Zwecke abgab oder selbst nutzte¹¹⁰.

Exkurs: Die Erwerbungen des Schlosses Regendorf und des Guts Königswiesen

Bei Schottenheims Amtsantritt stand für Regensburger Schüler nur das im gerade auslaufenden Schuljahr eingerichtete Schullandheim Maibrunn im Bayerischen Wald zur Verfügung,

¹⁰⁷ Lt. Rentkammer an Stadt (4.5.1942, DS 826) gab sie bis 1942 rund 1000 ha Gelände für öffentliche Zwecke ab, v.a. den Flugplatz, die Kasernen, Bahnanlagen und Siedlungen. Allein seit Kriegsbeginn soll es sich um Grundstücke im Wert von 1 mio RM gehandelt haben.

¹⁰⁸ Liste größerer Erwerbungen seit 1921 bei Schmetzer S.92 f. Tabellen Lieg. zum Immobilienhandel 1932-1938 in DS 942: Erwerbung von 41 Häusern und 359 Grundstücken für 3,1 mio RM, Verkauf von 25 Häusern und 620 Grundstücken für 1,9 mio RM. Erwerbungen: 357,6 ha, abgegebene Flächen: 184,1 ha.

¹⁰⁹ Vgl. die in Anm.108 genannten Quellen. Listen der städt. Wohnhäuser ab 1933 in VSA 11, aus den Kriegsjahren auch in FIN 502; vgl. Sch. an Reg. wohl 1938 (PAM 517): Verwaltung von 780 Gebäuden, 170 ha verpachteten Grundstücken, 231 ha landw. genutztem Gelände in 5 Gütern und 240 ha Stadtwald durch die Lieg.

¹¹⁰ Ergebnisse der Bodennutzungserhebungen 1937/1938 in ZR 11106 bzw. 11107 a.

das einzige seiner Art in der Oberpfalz. Um den von ihm nachdrücklich begrüßten Gedanken der mehrwöchigen Landverschickung von Schulkindern zu fördern, unterstützte der Oberbürgermeister die Pläne des NS-Lehrerbunds, in der Klosterburg Kastl bei Amberg ein weiteres solches Heim einzurichten. Anfang 1935 mietete der Lehrerbund Teile des Burgkomplexes vom Land Bayern, während die Stadt die Trägerschaft für das neue Landheim übernahm. Schon im Frühjahr dieses Jahres wurde Kastl mit Regensburger Schulklassen belegt, in den Ferien diente das Heim HJ- und BdM-Gruppen als Quartier. Anfang 1936 mußte man dagegen Maibrunn räumen; dafür kam es zum weiteren Ausbau des Heims in Kastl. Allerdings ergaben sich bald Spannungen mit dem weiblichen Arbeitsdienst, der hier ebenfalls ein Lager unterhielt. So lag der Gedanke nahe, endlich in einem stadteigenen Gebäude ein Schullandheim einzurichten¹¹¹. Die Gelegenheit hierzu ergab sich bei der Erwerbung des Schlosses Regendorf, die sich in den Jahren 1937 und 1938 in mehreren Etappen vollzog. Eigentümerin des Schlosses mit seinem ausgedehnten Gutsbesitz war die "Bayerische Bauernsiedlung GmbH" (München), die es im Zuge der Zwangsversteigerung von Baron Georg von Harnier erworben hatte¹¹².

Ende 1936 erwarb die Stadt im Zusammenhang mit der Erschließung des neuen Quellgebiets für das Wasserwerk erstmals ausgedehnte Waldungen im Gemeindebereich von Zeitlarn von der "Bauernsiedlung"¹¹³. Im Mai 1937 schloß sich der Ankauf des sogenannten "Lauber Wäldchens" an¹¹⁴. Bei diesen Geschäften hatte man so gute Erfahrungen miteinander gemacht, daß sich die Siedlungsgesellschaft, als sie auch ihr Schloßgut Regendorf abstoßen wollte, erneut an die Stadt Regensburg wandte. Schottenheim beauftragte sofort das Bauamt, eine künftige Nutzung des Schlosses als Schullandheim zu prüfen, und nach wenigen Tagen entschloß er sich zum Kauf¹¹⁵. Das Gartenamt mußte gemeinsam mit Kämmerei und Bauamt einen Nutzungsplan für das Gut entwerfen und ergriff die Gelegenheit, sich selbst ausgedehnte Gärtnereianlagen samt einer Baumschule zu sichern. Bis zum Herbst 1937 setzte man das Schloß selbst instand¹¹⁶, und während es schon als Schullandheim benutzt wurde, räumten Baron von Harnier und seine Familie das Schloß¹¹⁷. Ende 1937 erwarb die Stadt weitere zum Gut gehörige Anlagen von der "Bauernsiedlung"¹¹⁸, im Sommer 1938 den gesamten restlichen Gutsbesitz¹¹⁹. Weitere Um- und Ausbauten am Schloß selbst zogen sich noch bis zum Herbst 1938 hin, dann konnte Schottenheim das neue Schullandheim feierlich einweihen¹²⁰. Im folgenden Frühjahr und Sommer betrieb man es sogar im Zweiklassenbetrieb¹²¹; insgesamt hatte die Stadt bis dahin 180000 RM für alle Erwerbungen aufgewendet¹²².

¹¹¹ Einzelheiten in ZRa 12390 a, ZR 11318 und DS 685, vgl. auch HA-Prot. 7.5.1935.

¹¹² Kurze Geschichte des Schlosses, das bis 1916 den Grafen Faber-Castell gehört hatte, in ZRa 14428. Vgl. zu Rechtsanwalt Dr. Adolf v. Harnier, Kopf einer monarchist. Widerstandsgruppe und Sohn des Besitzers von Schloß Regendorf, der dort bis 1936 lebte, Bretschneider S.133.

¹¹³ Vertrag 15.12.1936, ZRa 14428; es ging um rund 80 ha Gelände.

¹¹⁴ Vertrag 7.5.1937, ebd.; diesmal erwarb man 21,5 ha Wald und Felder von der "Bauernsiedlung".

¹¹⁵ Rh-Prot. 21.6.1937, Vermerk H. 16.6. und EntschlieÙung Sch. 29.6.1937, ZRa 14428. Ebd. Kaufvertrag 1.7.1937, wonach die Stadt für 46000 RM das Schloß samt 10,4 ha Grund erwarb; zur Verpflichtung, die Kapelle in Regendorf zu unterhalten: ZRa 12333.

¹¹⁶ Vgl. Mb Gartenamt DS 545 und 672; der Aufwand betrug 15000 RM, vgl. Rechnungsabschluß Sailer 29.11.1937, FIN 500.

¹¹⁷ Die Einzelheiten in ZRa 14428.

¹¹⁸ Vertrag 29.12.1937 ebd., auch belegt in HM 1378.

¹¹⁹ Notiz Sch. 13.6.1938, DS 700, und Rh-Prot. 17.6.1938. Kaufvertrag 13.7.1938 in ZRa 14428 und belegt in HM 1378. Es ging um 51,1 ha für 70000 RM. Vgl. zur Begründung Sch.s undatierten Rechenschaftsbericht, vermutlich für die Rh-Sitzung, ebd.

¹²⁰ Seine Ansprache 16.9.1938 in DS 685 und NIS 16, vgl. Mb Bauamt DS 685 und BOM 1.4.1938.

¹²¹ Vgl. Jb. 1938 und 1939, ZR 11318, ZRa 12390 a und DS 685.

¹²² EntschlieÙung Sch. 18.9.1940 und Nachtragsurkunde 25.2.1941, ZRa 14428. Hier und in DS 798 weitere Einzelheiten und kleinere Arrondierungsgeschäfte, vgl. auch ZRa 14369 und Rh-Prot. 7.6.1939.

Seit dem Kriegsbeginn nutzte die NSV das Heim in Kastl als Quartier zunächst für Flüchtlinge aus den Westgebieten, später für Volksdeutsche aus Bessarabien¹²³, während in Regendorf ein Hilfslazarett eingerichtet wurde. Zu Pfingsten 1940 nahm die NSV das Regendorfer Schloß für die Kinderlandverschickung in Anspruch, und im Herbst dieses Jahres wurden dort Soldaten einquartiert¹²⁴. Nur noch in den wenigen Monaten zwischen den jeweiligen Fremdnutzungen konnten einige Schulklassen aus Regensburg die beiden Heime belegen; im Herbst 1941 wurden sie durch Beschlagnahmeverfügungen der Wehrmacht der Stadt auf Kriegsdauer entzogen¹²⁵, 1942 verpachtete sie den Regendorfer Gutsbesitz¹²⁶.

Das Gut Königswiesen mit seinem ausgedehnten Grundbesitz von fast 150 ha¹²⁷ - mehr, als die gesamte Regensburger Altstadt umfaßte - gehörte seit dem Jahr 1900 dem Freiherrn von Zuylen, dessen Alleinerbin Esther mit dem Diplomlandwirt Georg Lanz verheiratet war. Schon Ende 1936 scheint es erste Gespräche mit der Stadtverwaltung über einen Verkauf des Guts gegeben zu haben¹²⁸, und im Herbst des folgenden Jahres wandte sich Lanz erneut an die Stadt mit der Frage, ob im Zusammenhang mit der Errichtung der Siedlung Göring-Heim Interesse an Teilen seines Besitzes bestehe¹²⁹. Zwar verfügte die Trägerin der Siedlung, die "Bayerische Heimstätte", selbst über genügend Erweiterungsgelände, doch bot Lanz der Stadt trotzdem sein gesamtes Gut zum Kauf an, da er sich in Oberbayern niederlassen wollte. Als Kaufpreis forderte er 880000 RM und bestand auf schnellen Ergebnissen, da sich auch ein Großindustrieller für das Objekt interessierte¹³⁰; allerdings gab es auch Gerüchte über nichtarische Vorfahren in der Ahnenreihe der Adelsfamilie. Jedenfalls wurde nun zügig verhandelt, was die Stadtspitze trotz des hohen Preises mit dem überragenden Interesse an künftigem Wohn- und Siedlungsgelände rechtfertigte; erstmals seit Jahrzehnten biete sich hier die Gelegenheit, auf einen Schlag ein großes, zusammenhängendes und noch dazu stadtnahes Gelände zu erwerben¹³¹.

Offenbar gelang es Herrmann, das große Interesse der Stadtverwaltung geschickt zu verbergen, denn er konnte den Kaufpreis noch auf 815000 RM drücken - eine Summe, die dennoch nicht allein aus dem städtischen Grundstücksfond zu beschaffen war, nachdem dieser zugleich durch die Erwerbung des Schlosses Regendorf und die Erweiterung der Schottenheim-Siedlung belastet war. So erwarb Ende 1937 die städtisch verwaltete Katholische Bruderhaus-Stiftung mit den Erlösen aus ihren Grundstücksverkäufen für das Göringheim einen Teil des Gutsbesitzes¹³², so daß die Stadt selbst für den Rest nur noch 560000 RM aufbringen mußte¹³³. Georg Lanz hatte unmittelbar zuvor das Schloßgut Lichtenau bei Miesbach erworben.

¹²³ Beschlagnahmeverf. Landrat von Neumarkt 21.9.1940, ZRa 12390 a.

¹²⁴ Vgl. GesA an Hilfskrankenhaus Regendorf 5.9.1939, ZR 11318, sowie Jb Schullandheime 1940, ebd. und ZRa 12390 a.

¹²⁵ Vermerk 17.3.1942, ZRa 12390 a, vgl. auch Klitta S.7: Einquartierung von 100 aus Westfalen evakuierten Mädchen in Regendorf kurz vor Kriegsende.

¹²⁶ Rh-Prot. 8.5. und 3.9.1942.

¹²⁷ Vgl. Bericht der Lieg. 10.2.1938, DS 849, mit Plänen.

¹²⁸ Vgl. Notiz Sch. 8.12.1936, DS 851, wie ein Erwerb finanziert werden könne.

¹²⁹ 18.9.1937, ZRa 14310.

¹³⁰ Vermerk H. 18.9.1937, Verkaufsangebot 3.11.1937, ebd., und Notiz Sch. vom gleichen Tag, DS 851.

¹³¹ Rh-Prot. 12.11.1937, vgl. auch Notizen Sch. zum Fortgang der Verhandlungen, DS 851, Sch. an Bezirksamt 25.11.1937, ZRa 14310, und seinen Artikel in BA und BÖm 13.12.1937.

¹³² Anfang 1940, als sich im Grundstücksfond genug Geld angesammelt hatte, gab die Stiftung das Gelände an die Stadt ab, die Erweiterungsflächen für die Kleingartenanlage "Land in Sonne" benötigte, vgl. Liste Grundgeschäfte DS 798, ZR 15213 und Rh-Prot. 15.3.1940.

¹³³ Kauf 24.11.1937, vgl. ZRa 14310, vgl. auch Bericht Sailer 29.11.1937, FIN 500, wonach aus dem Etatüberschuß 1936 150000 RM für den Kauf bereitstanden. Bestandteil des Kaufvertrags auch das Wohnrecht der Freiin von Zuylen und die Erhaltung der Kapelle samt Familiengruft.

Der Ankauf des Guts Königswiesen mit dem großen Wohnhaus samt Nebengebäuden und einer Brennerei¹³⁴ bedeutete einen wichtigen Schritt zur Erweiterung des stadteigenen Geländes, obwohl die erworbenen Flächen größtenteils auf dem Gebiet der Gemeinde Dechbetten, also bis zu deren Eingemeindung 1938 außerhalb des Stadtgebiets lagen. Allerdings war von Wohnbauten zunächst keine Rede mehr. Vielmehr verkündete Schottenheim, die Stadt werde das Gut selbst bewirtschaften und auch der NSV bei der Einrichtung einer Schweinemästerei zur Seite stehen¹³⁵. Schließlich entschied man sich dann doch für die Verpachtung, die der Stadt viele Sorgen abnahm¹³⁶; den Zuschlag erhielt Anton Koch, bereits Gutspächter in Niedertraubling¹³⁷. Der ausgedehnte, allerdings verwahrloste Park mit seinem wertvollen, unter Naturschutz stehenden Baumbestand¹³⁸ wurde sofort der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Seine Pflege übernahm der Gärtnereibetrieb des Ratsherren Hans Wartner, nachdem das Stadtgartenamt hierzu aus Personalnot nicht in der Lage war¹³⁹. Auch für die Freiin von Zuylen wurde umgehend gesorgt¹⁴⁰. Schließlich profitierte nicht nur die NSV mit ihrer Schweinemästerei, sondern auch die Kreisleitung der NSDAP von der Neuerwerbung der Stadt; 1940 mietete sie als Ersatz für ihre aufgelassene Kreisschule am Unteren Wöhrd einige der Gutsgebäude und richtete im "großen Parkhaus" ein neues Kreisschulungslager ein¹⁴¹. Gegen Kriegsende muß in dem Gebäude Munition produziert worden sein¹⁴² - vielleicht die Ursache für die schweren Bombardierungen, denen das Gut ausgesetzt war. Beim Luftangriff vom 13. März 1945 erlitt es derart schwere Treffer, daß Pächter Koch später von Totalschaden sprach; 1000 Bombenrichter seien zu beseitigen gewesen, ein Drittel des lebenden, das gesamte tote Inventar und sämtliche Vorräte vernichtet worden¹⁴³.

d. Außerordentliche Etats und Schuldenentwicklung¹⁴⁴

Manche Leistungen der Stadt, die man nicht unbedingt der Öffentlichkeit zur Kenntnis geben wollte, verschwanden auch im Dritten Reich verdeckt unter unverdächtigen Haushaltsposten. So ist für die Ausgaben der Kommunen zugunsten der Reichswehr während der Phase der geheimen Wiederaufrüstung belegt, daß Tarnbezeichnungen verwendet wurden, die den tatsächlichen Zweck der Zahlung verschleierte. Schwerpunkte der Kommunalpolitik, die dagegen als besondere Leistungen propagandistisch verwertbar waren, fanden sich sehr häufig in den außerordentlichen Etats, denn dabei handelte es sich zumeist um aufwendigere Projekte, die nicht aus den ordentlichen Einnahmen, sondern aus Darlehen, bei Grund-

¹³⁴ Inventarlisten in DS 546 und aus der Nachkriegszeit DS 852.

¹³⁵ BA und BOM 13.12.1937.

¹³⁶ Notiz Sch. 24.12.1937, DS 851.

¹³⁷ Rh-Prot. 21.1. und 4.2.1938, Abschrift des Pachtvertrags (12.2.1938) in DS 852. Weitere Einzelheiten in DS 778.

¹³⁸ Verzeichnis schützenswerter Naturdenkmäler, Wbl 8.10.1938.

¹³⁹ Vgl. Mb Gartenamt 29.7. und 28.8.1939, DS 667. Wartner erwarb 1942 selbst ein Grundstück aus dem Gutsbesitz, vgl. ZR 16098.

¹⁴⁰ Vgl. Dankschreiben Familie Lanz nach dem Tod der Freiin 1942, ZR 14310.

¹⁴¹ Lt. Sch. vor den Ratsherren 20.7.1939 war die "Kreisschulungsburg" der NSDAP in Bau (ZR 11243, vgl. auch Rh-Prot. 5.5.1939). Mietvertrag 7./17.2.1940 samt Plänen in ZR 11200. In ZR 14310 und DS 850 Näheres zur Kreisschule, die Anfang 1942 auch als Flak-Unterkunft diente.

¹⁴² Vgl. undatierte Notiz, DS 759: Eignung der Kreisschule für HJ-Wehrrüchtigungslager, sofern die Munitionsfabrik in die Ford-Werkstätten verlagert würden. Undatierte Liste (wohl Ende 1944) in WSt 4: "Kreisschule (Infanterie-Munition)"; als Erweiterungsräume waren offenbar die Neuhaussäle vorgesehen.

¹⁴³ 14.1.1950 an OB Zitzler, DS 852.

¹⁴⁴ Darlehensbestimmungen ab 1929 in ZRa 13706. Darlehen 1933-1935 tabellarisch in FIN 500, Tilgungspläne in FIN 507. Zu den Genehmigungen: StA 16425. Selbst hier gibt es Ungereimtheiten zwischen den Zahlenangaben von Kreis- und Staatsregierung, Statistischem Reichsamt und Stadt.

stückserwerbungen auch aus den Erlösen von Grundverkäufen finanziert wurden. Der Schuldendienst wurde jeweils aus erhöhten Gebühreneinnahmen bzw. Mieten sowie aus Mitteln des ordentlichen Haushalts aufgebracht.

GEPLANTE FINANZIERUNG DER AUSSERORDENTLICHEN ETATS ¹⁴⁵					
	1935	1936	1937	1938	1939
aus Darlehen	1,95	1,20	2,67	2,19	1,52
aus Rücklagen	--	--	--	0,31	1,15
aus sonstigen Eigenmitteln	--	0,10	0,30	--	0,53

Nicht alle angestrebten Darlehen wurden allerdings tatsächlich aufgenommen und verbraucht. 1936 nahm man statt der geplanten 1,2 Millionen RM nur knapp 610000 RM auf, davon 350000 RM für den Brücken-, 180000 RM für den Siedlungs- und den Volkswohnungsbau, knapp 70000 RM für die Erschließung des Kasernengeländes und 10000 RM für die Schulhauserweiterung in der Schottenheim-Siedlung. Die für die Investitionen der Stadtwerke vorgesehenen Darlehen konnten auf dem Kapitalmarkt nicht beschafft werden, so daß die entsprechenden Pläne, soweit überhaupt verwirklicht, aus den Betriebsüberschüssen finanziert werden mußten. Auch der außerordentliche Etat 1937 schloß mit nur 1,48 statt 2,97 Millionen RM ab, vor allem weil der Stadt die Darlehensgenehmigung für die Erweiterung der beiden Siedlungsschulen versagt wurde. Die tatsächlich abgerufenen Darlehen dienten überwiegend dem Brückenbau, der Rest dem Siedlungs- und Volkswohnungs-, dem Kanalbau und den Erweiterungsmaßnahmen des Wasserwerks. Auch 1938 und 1939 blieb die tatsächliche Darlehensaufnahme (1,05 bzw. 2,40 Millionen RM) deutlich hinter der geplanten Neuverschuldung (2,51 bzw. 3,20 Millionen RM) zurück, da erneut wichtigen Projekten, vor allem der Erweiterung der städtischen Wasserversorgung, die Genehmigung nicht erteilt worden war. Stattdessen verwendete man die Gelder 1939 vor allem zur Erwerbung des Neuen Rathauses von der städtischen Sparkasse, zur Übernahme des Instituts der Englischen Fräulein auf die Stadt, für den Kleinwohnungs- und den Schulhausbau.

SCHULDENENTWICKLUNG ¹⁴⁶					
	1935	1936	1937	1938	1939
Gesamtschulden					
einschl. Stadtwerke	24,36	24,35	24,67	25,88	25,41
ohne Stadtwerke	18,89	18,97	20,90	20,60	20,01
Zinsen	1,19	1,18	1,12	1,08	1,09
Tilgung	0,69	0,62	0,87	0,94	0,80
Schuldendienst zusammen	1,88	1,80	1,99	2,02	1,88
Schuldendienst in % des Steueraufkommens	40,59	36,92	33,43	27,15	23,29

¹⁴⁵ In mio RM, nach Revisionsbericht (s. Anm. 79).

¹⁴⁶ Revisionsbericht (s. Anm. 79) S. 64 und 76, alle Zahlen in mio RM. Teils Abweichungen in ZR 11253, 11310 f., 11316, ZRa 13671, 13757, ZR 15465, 16571, NIS 16, FIN 500, 504, DS 546, 550, 670, PAM 534 und StA 16424.

Verfolgt man die außerordentlichen Etats über die Jahre hinweg, so lagen die Schwerpunkte, für die eine Neuverschuldung der Stadtspitze gerechtfertigt erschien, in den Bereichen: Ausbau der Anlagen und Einrichtungen der Stadtwerke, Wohnungs- und Siedlungs-, Schulhaus-, Brückenbau und Kanalisation¹⁴⁷.

Auch hier ergab sich ein äußerst positives Fazit: Der Schuldenstand Regensburgs erhöhte sich trotz des starken Wachstums der Stadt die ganzen dreißiger Jahre hindurch erstaunlich wenig, die Pro-Kopf-Verschuldung sank folglich sogar deutlich. Machte der Schuldendienst 1935 noch über 40 % des Steueraufkommens auf, so sank dieser Anteil bis 1939 auf 23 %, so daß das Verhältnis zwischen Steuerkraft und Schuldendienst als günstig zu bezeichnen war. Zinsen und Tilgung lagen im vertretbaren, teils im deutlich unterdurchschnittlichen Rahmen, wobei sich das Verhältnis von Tilgungs- zu Zinsleistung pro Einwohner sogar ausgesprochen günstig entwickelte: Der Zinsaufwand sank, der für Tilgungen stieg, worin sich das "Bestreben der Stadt nach einer verstärkten Schuldentilgung ausdrückt"¹⁴⁸.

e. Reinvermögen

Nachdem das buchmäßige Vermögen im Zeitraum 1933-1939 eine starke Steigerung aufwies, die Verschuldung dagegen nur langsam wuchs, stieg auch das Reinvermögen der Stadt beträchtlich¹⁴⁹:

1935	20,4 Millionen RM
1936	25,9 "
1937	30,1 "
1938	38,1 "
1939	40,5 "

Allerdings zeigen die Quellen erneut starke Abweichungen. Möglicherweise lassen sie sich auf die Um- bzw. Neubewertung des städtischen Grundbesitzes an Straßen und Plätzen sowie des Vermögens der Stadtwerke in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre zurückführen. Nach Abzug dieser Neubewertungsposten soll das städtische Reinvermögen in den Jahren 1935-1939 nicht um gut 20, sondern insgesamt um 14,1 Millionen RM gewachsen sein, davon 6,94 Millionen RM rentierliche und 8,17 Millionen RM unrentierliche Vermögenswerte¹⁵⁰.

¹⁴⁷ Vgl. die a.o. Etats (abgedruckt in den Haushalten), vgl. auch Haushaltsberichte Sch., Ehrhardt und Sailer (NIS 16, ZRa 13671, FIN 500) sowie Revisionsbericht (s.Anm.79). Für das Brückenprojekt wurde 1935 ein Nachtrags- zum a.o. Haushalt von 1,5 mio RM erforderlich.

¹⁴⁸ Revisionsbericht (s.Anm.79) S.64.

¹⁴⁹ Ebd. S.77. Starke Abweichungen in undatierter "Übersicht über den Vermögens- und Schuldenstand" (wohl 1944), DS 550. Die dort genannten Zahlen für 1934 und 1935 auch im Etatbericht Ehrhardt 6.2.1935 (ZRa 13671).

¹⁵⁰ Revisionsbericht (s.Anm.79) S.75.

f. Zusammenfassung

Insgesamt entwickelte sich das Finanzwesen der Stadt Regensburg - parallel zum Rückgang der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen - in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre sehr zum Positiven. Noch 1935 mußte zwar ein Fehlbetrag aus den Vorjahren in Höhe von 1,04 Millionen RM übernommen und abgedeckt werden, doch ohne diese Belastung wäre die Kassenlage schon zu diesem Zeitpunkt als gesund zu bezeichnen gewesen. In den folgenden Jahren nahm der Aufwärtstrend schnell zu. Schon 1936 erzielte die Stadtverwaltung einen betriebswirtschaftlichen Überschuß von 1,47 Millionen RM, 1937 stieg er auf 2,04, 1938 auf 2,43 und 1939 sogar auf 2,81 Millionen RM¹⁵¹. Verursacht war diese Entwicklung vor allem durch die stark gestiegenen Einnahmen, die die ebenfalls kontinuierlich wachsenden Ausgaben jeweils deutlich überschritten. Und auf der Einnahmenseite waren es wiederum vor allem die Steuern, die zu dieser positiven Bilanz beitrugen, während die Überschüsse aus den Betrieben - sie benötigten ihre Gewinne für eigene Investitionen - sowie die externen Überweisungen eine rückläufige Tendenz aufwiesen.

Allerdings ist zu bedenken, daß in den Haushaltsplänen dringend erwünschte und auch eigentlich unabweisbare Ausgaben dann nicht auftauchten, wenn man sie nicht für finanzierbar hielt. Die positiven Rechnungsergebnisse sagen also nichts darüber aus, inwieweit solche Projekte zurückgestellt und erst später oder - wie der jahrelang geplante Neubau eines Altenheims - überhaupt nicht mehr in Angriff genommen wurden. Dies ermöglicht erst ein Blick auf die Etats der einzelnen Rechnungsjahre.

4. Die einzelnen Haushaltsjahre

Mit leichter Verspätung lag der Haushalt 1934/35¹⁵² vor, da man ihn auf das vom Deutschen Gemeindetag vorgeschlagene, reichseinheitliche Muster umstellen wollte¹⁵³. Auch diesmal galt das Hauptaugenmerk noch den Wohlfahrtslasten, denen allerdings kein eigener Rahmenhaushalt mehr gewidmet werden mußte. War man im Vorjahr noch von 3000 Wohlfahrtserwerbslosen im Jahresdurchschnitt ausgegangen, so setzte der Finanzreferent diese Zahl für 1934 bereits mit nur noch 2400 an, was ihm den Abgleich bedeutend erleichterte. Und auch im erhöhten Ansatz für die Einnahmen aus der Gewerbesteuer spiegelte sich Ehrhardts Vertrauen in die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft¹⁵⁴. Erneut mußte er allerdings den städtischen Werken Ablieferungen von 1 Million RM zumuten, was deren Investitionsfähigkeit in fast schon unzumutbarer Weise beschränkte und keinesfalls zum Dauerzustand werden sollte. An Steuer- und Gebührensenkungen war jedenfalls noch nicht zu denken.

Der zweite Schwerpunkt des Etats lag im - letztlich vergeblichen - Kampf gegen die Wohnungsnot, konkret auf der Siedlungstätigkeit im "Schottenheim" und dem Bau von Obdachlosen-Baracken am Sandberg; versäumt wurde der Neubau der eigentlich erforderlichen Miethäuser. Zudem wollte die Stadt ausgedehnte Grundstücke erwerben, die Pestalozzischule, das

¹⁵¹ Ebd. S.52.

¹⁵² Vgl. Haushalt, Jahresrechnung (abgedruckt im Etat 1936), Etatrede Sch. (NIS 16 und ZRa 13671) sowie Erläuterungen Ehrhardt, ZRa 13671.

¹⁵³ Ende 1933 hatte die Landesregierung angeordnet, endlich den Etat vor Beginn des neuen Rechnungsjahrs zu verabschieden, vgl. Verf. Sch. 7.12.1933, ZR 9042 (verkürzte Termine zur Bedarfsanmeldung). Vgl. auch Notizen Sch. 26.1., 8. und 15.2.1934, DS 846.

¹⁵⁴ Vgl. seinen Haushaltsbericht 1934, ZRa 13671.

Familienbad an der Schillerwiese und den Stadtpark erweitern, den Museumsbau vorantreiben und die Brückenneubauten über Donau und Regen vorbereiten. Auch der Kostenanteil an den Vorarbeiten für die Reichsautobahn mußte erstmals in den Etat aufgenommen werden. Darüber hinaus standen erhebliche, bislang immer wieder hinausgezögerte Investitionen der städtischen Werke an, vor allem die Verlegung der neuen Druckrohr-Wasserleitung unter der Donau hindurch in die Altstadt, die nur durch die vom Reich gestützten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanzierbar waren.

Der ordentliche Etat sah nun bereinigte Einnahmen und Ausgaben von 7,48 Millionen RM vor - rund 600000 RM weniger als im Vorjahr. Die Umwandlung der aus den Vorjahren mitgeschleppten, überwiegend aus kurzfristigen Betriebskrediten bestehenden Defizite von über 1,6 Millionen RM in langfristige Darlehen war eines der Hauptziele der Finanzpolitik für 1934, so daß man darauf verzichtete, sie in den ordentlichen Etat aufzunehmen - ein Vorgehen, das über das tatsächliche Weiterbestehen dieser Schulden hinwegtäuscht hätte, wenn die Umwandlung nicht gelungen wäre.

Nach Ablauf des ersten Halbjahrs, im Oktober 1934, stellte sich heraus, daß die Reichszuschüsse für das Wohlfahrtswesen weit hinter den eingeplanten Summen zurückblieben; erst 140000 statt der erwarteten 730000 RM waren eingegangen. Allerdings stand dem ein sensationeller Rückgang der Wohlfahrtsausgaben gegenüber. Schon zu Beginn des Rechnungsjahrs war die veranschlagte Zahl von 2400 Wohlfahrtserwerbslosen unterschritten worden, nach Ablauf des ersten Halbjahrs lag sie bei 1400. So gewann man unerwarteten Handlungsspielraum. Vor allem konnten die Ablieferungen der Werke reduziert werden¹⁵⁵, was ihnen ihrerseits Neuinvestitionen, aber auch verkaufsfördernde Maßnahmen wie die Senkung des Straßenbahn- und des Gastarifs samt einer großangelegten Werbeaktion des Gaswerks ermöglichte¹⁵⁶. Auch die Steuereinnahmen übertrafen bereits zu diesem Zeitpunkt die veranschlagten Summen ganz erheblich. So konnte Schottenheim optimistisch vermerken, die Jahresrechnung werde trotz des gravierenden Rückgangs der externen Hilfen ein Plus erbringen¹⁵⁷. Um diese Entwicklung nicht zu gefährden, ordnete er allerdings auch das kommende Etatjahr wieder "allerschärfste Ausgabendrosselung" an; sogar beim Beheizen der Diensträume mußte im Winter 1934/35 eisern gespart werden¹⁵⁸.

Tatsächlich erhielt die Stadt Regensburg im Haushaltsjahr 1934 nur noch 227000 RM an Reichs- und Landeshilfen für die Wohlfahrtserwerbslosen zugewiesen, im Vorjahr waren es noch 750000 RM gewesen¹⁵⁹. Dieser gravierende Rückgang an externen Zuschüssen überwog zwar die eingesparten Ausgaben; noch immer betrug der Anteil der Wohlfahrts- an den Gesamtausgaben 32,15 %¹⁶⁰. Aber dennoch entwickelte sich die Kassenlage insgesamt günstig, da sich aus der allgemeinen Konjunkturbelebung erhöhte Einnahmen vor allem bei den Reichssteuerüberweisungen und der Gewerbesteuerumlage ergaben¹⁶¹. So konnten die aus den Vorjahren mitgeführten Fehlbeträge um 80000 RM abgebaut werden; das Minus betrug nun 1,37 Millionen RM - noch konnten die städtischen Finanzen nicht als saniert gelten.

¹⁵⁵ Notiz Sch. 25.9.1934, FIN 500.

¹⁵⁶ Vgl. Denkschrift Gaswerksdirektor Heckenstaller 18.4.1934 (ZR 16523), Sr-Prot. 20.4.1934 und Notizen Sch., DS 589; vgl. allg. Gb Betriebsamt 1934, DS 577 und ZR 16510.

¹⁵⁷ Notizen 25.9., 10. und 16.10.1934 samt Beilagen (4.10.1934), FIN 500. Ebd. Details zur Finanzentwicklung während des Etatjahrs.

¹⁵⁸ Verf. 11.9., 10. und 17.10.1934, ZR 3726, 9042 und JUG 502.

¹⁵⁹ Übersicht Wohlfahrtsamt, ZR 18127.

¹⁶⁰ Jahresrechnung 1934, veröff. im Haushalt 1936.

¹⁶¹ Haushaltsrede Sch. 1935, NIS 16; Einzelheiten zur Jahresrechnung 1934 auch im Bericht Sailer 18.10.1935, FIN 500.

Mit "Freude und Genugtuung" stellte Schottenheim bei der Verabschiedung des Etats 1935/36¹⁶² fest, daß "überall ein Aufschwung festzustellen ist zum Wohle der Gesamtheit und zum Wohle des Einzelnen". Habe man 1933 noch einen ausgesprochenen Notetat aufstellen müssen, konnten 1934 "die Zügel schon lockerer gelassen werden", und diesmal sei es endlich gelungen, fast alle Bedarfsanmeldungen der einzelnen Geschäftsabteilungen tatsächlich im Haushalt unterzubringen und ihn dennoch abzugleichen. Diese positive Entwicklung habe Hitler persönlich zu verantworten, "denn er, nur er allein ist es, dessen gewaltiger Impuls auch unser Regensburg vorwärts gebracht hat". Ohne ihn hätte "die rote Fahne der Sowjets alle Wirtschaft und alles Wirken und Schaffen froher tatenvoller Menschen erstickt". Erstmals seit langem wieder vor Beginn des Etatjahrs beschloß daraufhin der Stadtrat die einzelnen Anträge zum Haushalt¹⁶³. Dieser sah bereinigte Einnahmen und Ausgaben von 7,38 Millionen RM vor - erneut 300000 RM weniger als im Vorjahr. Diese Minderung lag an dem um 620000 RM niedrigeren Voranschlag für die Wohlfahrtsausgaben und dem erwarteten Rückgang der Reichs- und Landeshilfen hierfür, denn man rechnete nur noch mit 1200 im Jahresdurchschnitt zu unterstützenden Wohlfahrtserwerbslosen, halb so vielen wie 1934¹⁶⁴. Außerdem schlug sich auf der Einnahmenseite die weitere Entlastung der Stadtwerke von ihren seit Jahren viel zu hohen Abführungen nieder. Daß allerdings überhaupt noch externe Zuschüsse für die Wohlfahrtserwerbslosen eingingen, belegt, daß Regensburg zu den finanzschwächsten deutschen Kommunen zählte, denn im Sommer 1935 waren nur noch 16 Städte im Reich an den Ausschüttungen beteiligt¹⁶⁵.

Dennoch konnte als Folge des Konjunkturaufschungs das erwartete Steueraufkommen deutlich höher angesetzt werden als im Vorjahr, gegenüber dem Krisenjahr 1932 ergab sich sogar eine Steigerung um 25,8 %. Die Abschaffung der allseits unbeliebten Gemeindegetränksteuer oder der Verzicht auf die Wohlfahrtsabgabe kam allerdings noch immer nicht in Frage, denn die Ausgabensteigerungen bei allen anderen Verwaltungszweigen außer dem Sozialbereich mußten mit insgesamt rund 320000 RM angesetzt werden. Vor allem die Erhöhung des Besoldungsaufwands infolge vermehrter Neueinstellungen, aber auch erheblich höhere Ausgaben für den Straßenbau, Instandsetzungsarbeiten an städtischen Gebäuden, geplante Grundstückserwerbungen und nicht zuletzt die forcierte Schuldentilgung schlugen hier zu Buch. Unaufschiebbare Maßnahmen wie den Neubau der Siedlungsschule im Schottenheim, der 1934 noch an der schwierigen Darlehensaufnahme gescheitert war, sowie Wohnungs-, Kanal- und Straßenbauten mußte man erneut in den außerordentlichen Etat aufnehmen, da ihre Finanzierung aus den ordentlichen Einnahmen unmöglich erschien.

Unerwartet stark steigende Steuereinnahmen¹⁶⁶, insbesondere aber die zum Beginn des Haushaltsjahres 1935 in Kraft getretene generelle Zinssenkung¹⁶⁷ und die erfolgreiche Umwandlung der kurzfristigen Betriebskredite in langfristige Darlehen¹⁶⁸ führten zur endgültigen Sanierung des Etats. Die umgeschuldeten Kredite wurden nun Bestandteil der Gesamtverschuldung, deren Deckung durch mittel- und langfristige Tilgungspläne gesichert war. So erklärt sich das Verschwinden des seit Jahren mitgeschleppten Defizits, das 1934 noch 1,37 Millionen RM betragen hatte. Im gleichen Ausmaß, wie sich die Aufwendungen für die Wohlfahrt -

¹⁶² Vgl. Haushaltsrede Sch., NIS 16; Details zur Finanzentwicklung während des Etatjahres, u.a. Kämmerer-Bericht zum Halbjahresabschluß, in FIN 500 und ZRa 13671.

¹⁶³ Haushaltsrede Sch., NIS 16 und Sr-Prot. 6.2.1935.

¹⁶⁴ 150 Parteien, die die Voraussetzungen für die WE-Fürsorge nicht mehr erfüllten, waren nun von der allg. Fürsorge zu betreuen, wofür der Finanzreferent Mehrausgaben von 90000 RM veranschlagte.

¹⁶⁵ Übersicht Wohlfahrtsamt über Reichs- und Landeshilfen bis Juli 1935, ZR 18127.

¹⁶⁶ Vgl. das neue GAG 8.4.1935, GVBl S.349.

¹⁶⁷ Gesetz 24.1.1935, RGBI I S.45.

¹⁶⁸ Einzelheiten in ZR 11252, 11257 und StA 16424. Schon im Frühjahr 1934 war ein 450000-RM-Betriebskredit der Sparkasse in ein langfristiges Darlehen umgewandelt worden.

1935 nur noch 27,8 % der Gesamtausgaben - verringerten, stieg die Wirtschaftskraft der Stadt¹⁶⁹. Die Jahresrechnung 1935 zeigte, daß die Einnahmen aus fast allen Steuerarten teils sehr beträchtlich gestiegen waren; gemeinsam mit den Abgaben betrug sie 4,7 Millionen RM¹⁷⁰ - fast 10 % mehr als noch 1934. Insgesamt übertrafen die Einnahmen die Ausgaben um 300000 RM, so daß sich ein Überschuß in beinahe vierfacher Höhe wie 1934 ergab. Zwei Drittel dieser Summe wollte Sailer in einen Fond einfließen lassen, aus dem die städtischen Leistungen finanziert werden sollten, die im Zusammenhang mit der Ansiedlung des Flugzeugwerks erforderlich werden würden¹⁷¹ - große Zukunftsprojekte bahnten sich an, die Ausgaben, aber auch Einnahmen in noch gar nicht absehbarer Höhe erwarten ließen.

Auch mit der Sanierung seines Haushalts war Regensburg kein Einzelfall. In der Zwischenzeit hatten die deutschen Gemeinden allgemein sehr stark von den Umschuldungsmaßnahmen ab Ende 1933, den steigenden Steuereinnahmen und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit profitiert. Reichsweit gingen die Aufwendungen für die Wohlfahrtsunterstützungen von 1932/33 bis 1935/36 um rund 940 Millionen RM zurück, der Wegfall der Krisenfürsorge entlastete die Kommunen um rund 168 Millionen RM¹⁷².

Der Haushalt 1936¹⁷³ war der erste, der nach den reichseinheitlichen Vorschriften der neuen Deutschen Gemeindeordnung aufgestellt werden mußte. Dem zentralen Bereich der Gemeindegewirtschaft war der umfangreichste Abschnitt der DGO gewidmet¹⁷⁴, was mit dem desolaten Zustand der kommunalen Finanzen in der Endphase der Weimarer Republik begründet wurde. Zwar hatten mittlerweile die meisten deutschen Gemeinden so stark vom Wirtschaftsaufschwung profitiert, daß von einer allgemeinen Zerrüttung der Finanzen keine Rede mehr war, doch wollte die Reichsregierung verhindern, daß sie erneut in Unordnung geraten konnten. Daher legte die DGO eine erhebliche Stärkung der Staatsaufsicht fest, die zwar theoretisch zur weiteren Beschneidung der Entscheidungsautonomie führte; doch wurde diese Tendenz in der Praxis durch die real gewachsenen Einkünfte überdeckt, die - zumindest in Regensburg - in großem Umfang neue eigene Projekte ermöglichten.

Den Kernpunkt der neuen Regelungen bildete dabei der Abschnitt der DGO über die Haushaltsführung, da hier das Führerprinzip wesentliche Veränderungen mit sich brachte. Denn wenn die Haushaltsüberwachung früher Aufgabe des Stadtrats gewesen war, so mußte nach dessen Entmachtung nun eine neue Form der Kontrolle gefunden werden, da der Haushaltsplan sonst zu einer jederzeit veränderbaren Willensäußerung des Bürgermeisters abgesunken wäre. Daher wurde die Kontrolle nun dadurch gewährleistet, daß das Gemeindeoberhaupt alljährlich eine materiell bindende Haushaltssatzung feststellen mußte¹⁷⁵. Sie war vor Beginn des Rechnungsjahrs der Aufsichtsbehörde vorzulegen und durfte in dessen Verlauf nur per Nachtragsatzung geändert werden.

Die Staatsaufsicht beschränkte sich aber nicht nur auf die Überwachung der Haushaltsführung durch den Bürgermeister, vielmehr waren nun wichtige Vorgänge wie die Veräußerung von Gemeindevermögen, also vor allem Grundstücksverkäufe¹⁷⁶, und jede Kreditaufnahme

¹⁶⁹ Bericht Kämmerer Sailer zum Rechnungsabschluß 1935, 27.8.1936, FIN 500.

¹⁷⁰ Ebd.

¹⁷¹ Ebd.

¹⁷² Meyers Lexikon Bd.4 (1938) Sp.1178.

¹⁷³ Vgl. Haushaltsreden Sch. und Sailer, NIS 16.

¹⁷⁴ §§ 60-105 DGO.

¹⁷⁵ Bestandteile: Etat, Steuersätze, Höchstgrenze der Kassenkredite und Gesamthöhe der Darlehen für einen eventuellen a.o. Etat, vgl. Amtliche Begründung zur DGO 1 und 4, DRuPrStA 30.1. bzw. 2.2.1935, vgl. Ausführungsanweisung zum 6.Teil der DGO 22.3.1935, GVBl, hier S.172.

¹⁷⁶ Diese unpraktische Regelung wurde durch die 1.DurchfVO zur DGO (RGBl I S.396) auf größere Grundgeschäfte beschränkt. Die Anzeigen der Stadt an die Reg. in DS 872.

genehmigungspflichtig. Außerdem durften Darlehen generell nur noch zur Bestreitung eines außerordentlichen, unabweisbaren Finanzbedarfs, also nicht mehr für Zwecke des ordentlichen Haushalts aufgenommen werden, und auch nur dann, wenn die Tilgung unter allen Umständen gesichert war¹⁷⁷. Die vorbeugende Kontrolle wurde ergänzt durch die nachträgliche Überprüfung der Haushalts- und Rechnungsführung¹⁷⁸. Hierzu mußten die in den größeren Gemeinden bereits bestehenden bzw. nun einzurichtenden Rechnungsprüfungsämter Berichte erstellen, die der Bürgermeister der Aufsichtsbehörde vorzulegen hatte; nur diese konnte ihn daraufhin entlasten¹⁷⁹.

Schwierigkeiten beim Abgleich des Regensburger Haushalts 1936 bereiteten nur der städtische Anteil an den Neubaukosten für die Polizeidirektion (150000 RM) und die ersten Zahlungen für den Schuldendienst der Brückenbau-Darlehen (75000 RM)¹⁸⁰. Als der Etat den Ratsherren zur Beratung - nicht mehr zur Beschlußfassung - vorlag, faßte der Oberbürgermeister die Finanzlage dennoch mit den Worten "es geht aufwärts und vorwärts" zusammen und erließ anschließend die neue Haushaltssatzung¹⁸¹. Die bereinigten Einnahmen und Ausgaben hatte Kämmerer Sailer mit 7,51 Millionen RM veranschlagt, also nur geringfügig mehr als im Vorjahr. Ausgabensteigerungen ergaben sich - neben den beiden genannten Maßnahmen - vor allem bei den Personalkosten, daneben bewirkte die Wiedereinführung der Wehrpflicht höhere Ausgaben beim Meldeamt, und für Straßenbauten, die Schulhauserweiterung im Schottenheim oder auch Verbesserungen im Theaterbetrieb waren erheblich höhere Aufwendungen nötig. Allerdings fing der erneut deutlich gesunkene Ansatz für die Wohlfahrtslasten - nur noch 1,95 gegenüber 2,07 Millionen RM im Vorjahr - die Mehrausgaben auf. Eine noch stärkere Entlastung scheiterte daran, daß die externen Hilfen für die Wohlfahrtserwerbslosen endgültig gestrichen worden waren. Auch weiter deutlich steigende Steuereinnahmen konnte der Kämmerer annehmen. Dennoch mochte er angesichts der laufenden Großprojekte - Brückenbau, Siedlungserweiterung, Neubau der Polizeidirektion - eine Senkung der Gemeindesteuern, die man noch 1935 für wünschenswert erklärt hatte, nicht vorschlagen.

Wie sich schon zum Halbjahresabschluß im Herbst 1936¹⁸² und erst recht bei der Jahresrechnung¹⁸³ erwies, konsolidierte sich die Finanzlage der Stadt Regensburg noch mehr als zunächst erhofft¹⁸⁴. Zwar hatten die Ausgaben den Voranschlag um 340000 RM überschritten, doch lagen die Einnahmen unter Einbeziehung des Vorjahresgewinns zugleich um 890000 RM höher als angenommen. Vor allem die Körperschafts-, die Umsatz-, die Bürger- und insbesondere die Gewerbesteuer trugen dazu bei; allein die letztgenannte Steuerart erbrachte 260000 RM mehr als veranschlagt, was als Beleg für die anhaltende Hochkonjunktur gelten kann. Der Überschuß wurde teils dem Grundstücksfond zugewiesen, teils finanzierte man damit verschiedene Maßnahmen in der Schottenheim-Siedlung und den Theaterumbau. Es verblieben rund 220000 RM, die der Kämmerer auf den Haushalt 1937 vortragen konnte.

¹⁷⁷ Vgl. Vorl. Ausführungsanweisung zum 6. Teil der DGO 22.3.1935, GVBl, hier S. 169, und Amtliche Begründung zur DGO 4, DRuPrStA 2.2.1935. Als Nachweis, daß der Schuldendienst für ein Projekt die Leistungsfähigkeit nicht überstieg, galt eine wesentlichen Rücklage aus dem ordentlichen Etat schon vor der Darlehensaufnahme, vgl. ME 23.11.1936, Abdruck in ZR 18125, vgl. auch Rücklagen-VO 5.5.1936, RGBI I S. 345.

¹⁷⁸ Amtliche Begründung zur DGO 1 und 4, DRuPrStA 30.1. bzw. 2.2.1935.

¹⁷⁹ § 99 DGO. Zum Plan einer noch stärkeren Zentralisierung - gedacht war an eine öffentlich-rechtliche, beim RmDI angesiedelte Prüfungsanstalt - vgl. § 103 DGO und Amtliche Begründung 1 und 4, DRuPrStA 30.1. bzw. 2.2.1935. Bis dahin sollte in Bayern der Prüfungsverband öffentlicher Kassen seine Arbeit fortsetzen.

¹⁸⁰ Vgl. Sparvorschläge Sch. (Notiz 23.7.1935, FIN 500). Optimistische Notiz Sch. 19.12.1935 in DS 846.

¹⁸¹ Haushaltsrede 27.2.1936, vgl. Rh-Prot. und NIS 16.

¹⁸² Sailers Berichte zum Halbjahresabschluß und zum 3. Quartal 29.10.1936 bzw. 25.1.1937 in FIN 500.

¹⁸³ Vgl. Bericht Sailer 29.11.1937, FIN 500, und Vorbericht Sch. zum Haushalt 1938, FIN 504.

¹⁸⁴ Vgl. Revisionsbericht 1941, PAM 534.

Mit Stolz und Pathetik blickte Schottenheim bei seiner Etatrede 1937¹⁸⁵ auf vier Jahre nationalsozialistischer Bautätigkeit in Regensburg zurück. Aus einem "Deutschland der Verelendung, der Schmach und Schande" sei ein "freies, stolzes, ehrenhaftes Deutschland" geworden. Zumindest die städtische Finanzlage stellte sich tatsächlich durchgreifend verbessert dar. In den drei vorangegangenen Rechnungsjahren war es noch nicht möglich gewesen, Rücklagen zu bilden; zunächst mußten die Fehlbeträge der Vorjahre weggefertigt werden¹⁸⁶, dann erwiesen sich die genannten Großprojekte sowie neuerdings die Erschließung des Geländes der Flugzeugwerke als äußerst hemmend. Dies hatte die zunächst vorgesehenen ersten Rücklagenbildungen unmöglich gemacht, wenn es auch überwiegend gelungen war, Darlehensaufnahmen für die genannten Zwecke zu vermeiden. Erst das günstige Rechnungsergebnis 1936 ermöglichte es im Haushaltsjahr 1937, die Bildung der gesetzlich vorgeschriebenen Rücklagen¹⁸⁷ anzugehen und sie dann auch zügig durchzuführen¹⁸⁸.

Der erste Entwurf für den Haushalt 1937 hatte Ende 1936 vorgelegen, aber noch ein ungedecktes Defizit von 500000 RM aufgewiesen. Den Abgleich erreichte Sailer durch Kürzungen und die Veranschlagung höherer Einnahmen in bestimmten Positionen¹⁸⁹ - ein Vorgehen, das Schottenheim veranlaßte, von einer schwierigen Abgleichung zu sprechen. Denn "infolge eines alle Grenzen sprengenden Wachstums" der Stadt müsse nun manche dringliche Aufgabe hinter noch wichtigeren Projekten zurückstehen, und in dieser "stürmischen Vorwärtsentwicklung" sei "noch kein Stillstand eingetreten, im Gegenteil." So appellierte das Stadtoberhaupt an die Einsicht der Ratsherren, daß manche wünschenswerte Maßnahme derzeit aufgeschoben werden müsse "in dem beglückenden Gefühl, Mitarbeiter und Zeugen einer Zeit zu sein, welche einst in der Geschichte unserer Stadt einen neuen Abschnitt darstellen wird."¹⁹⁰

Gekürzt wurde beispielsweise an der Einrichtung des Neuen Rathauses, an den geplanten Straßen- und Schulhausbauten sowie den Raten für den Museums- und den Theaterausbau. Völlig gestrichen wurde die erste Rate für ein neues, seit Jahren geplantes städtisches Altersheim, wie generell der Sozial- und der Kulturbereich stärker zu leiden hatten als andere Verwaltungszweige. Immerhin gelang schließlich der Abgleich, und die Haushaltssatzung sah nun bereinigte Einnahmen und Ausgaben von 8,75 Millionen RM vor. Dies bedeutete eine Steigerung um 1,33 Millionen RM oder 13,8 %. Die starke Veränderung war vor allem darauf zurückzuführen, daß die Realsteuerreform¹⁹¹ die Gewerbesteuer allein den Gemeinden zuschrieb; der an das Land abzuführende Ausgleichsbetrag konnte erst 1938 endgültig berechnet werden.

Auf der Ausgabenseite war die Stadt durch die Rücklagenverordnung verpflichtet, nun mit der Bildung der Betriebsmittel- und der Ausgleichsrücklage zu beginnen. Hierfür setzte der Kämmerer zunächst 175000 RM an, doch ermöglichte die günstige Finanzentwicklung schließlich Sonderzuweisungen von 350000 RM, so daß die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestbeträge schon jetzt fast erreicht wurden. Einen weiteren, um über 100000 RM gestiegenen Einzelposten bildete der Schuldendienst, da nun die Tilgung der umgeschuldeten Anleihen, der Brückenbaudarlehen und der für die Siedlung wie auch für die Siedlungsschulen

¹⁸⁵ Rh-Sitzung 11.3.1937, Text der Rede in NIS 16; ebd. Erläuterungen Sailers.

¹⁸⁶ Bericht zum Genehmigungsantrag für ein Darlehen 11.9.1937, ZR 11253.

¹⁸⁷ Rücklagen-VO 5.5.1936, RGBI I S.345.

¹⁸⁸ Bericht an Reg. 11.9.1937, ZR 11253.

¹⁸⁹ Bericht 3.3.1937, DS 546.

¹⁹⁰ Haushaltsrede 11.3.1937, NIS 16.

¹⁹¹ Vgl. zu den Auswirkungen der Gewerbesteuerreform, die Klein- und Großbetriebe teils erheblich ent-, Mittelbetriebe dagegen belastete, Bericht Sailer 30.11.1937 und Sch. an Reg. 6.12.1937, FIN 500. Gegenüber Gauleiter und DGT warnte Sch. vor den Konsequenzen dieser Mittelstandspolitik (3.12.1937, ebd.).

aufgenommenen Summen erheblich zu Buch schlug. Um 150000 RM sollten die Aufwendungen für Bauunterhalt und Straßenbau, um 90000 RM die für Polizeileistungen, um 80000 RM der Besoldungsaufwand steigen. Zudem entfiel die Wohlfahrtsabgabe - die erste Steuererleichterung für die Bevölkerung; weitere Kürzungen verboten sich nicht nur aus finanziellen Gründen von selbst, sie waren auch unzulässig, solange die Mindestrücklagen nicht die gesetzlich vorgeschriebene Höhe erreicht hatten.

Finanziert werden sollte all dies durch die erneut gesunkenen Wohlfahrtsausgaben und die erhofften Mehreinnahmen im Finanzwesen; vermutlich wurde bereits mit den ersten Gewerbesteuerüberweisungen des Flugzeugwerks gerechnet. Alle Voranschläge lagen aber, wie sich letztlich erweisen sollte, immer noch beträchtlich unter den tatsächlichen Umsätzen, die auf der überschäumenden Hochkonjunktur beruhten. Zwar erwirtschaftete man auch im Rechnungsjahr 1937 einen Überschuß, doch muß man feststellen, daß der Boom in allen Bereichen, vom Bevölkerungswachstum über den explosionsartig gestiegenen Donauverkehr bis zu den Baumaßnahmen überall im Stadtgebiet, die Stadtverwaltung insgesamt überforderte und wohl auch unvorbereitet traf. So stellte Schottenheim verwaltungsintern die Lage bedeutend weniger rosig dar als gegenüber den Ratsherren und der Öffentlichkeit: "Regensburg hat weit über den Durchschnitt anderer Städte am allgemeinen Aufschwung in Deutschland teilgenommen und die daraus ressortierenden (sic!) Aufgaben sind derart groß, daß wichtigste und vordringlichste Probleme aus Geldmangel nicht angepackt werden können. So z.B. benötigen in Regensburg rund 2000 Familien dringend eine Wohnung - es wohnen zum Teil 7-8-köpfige Familien in einem Raum -, in den Schulen müssen bereits die Kellerräume als Schulzimmer benützt werden, die immer unhaltbarer werdenden Verkehrsverhältnisse in den engen Straßen erfordern schon längst Abhilfe (...). Die Finanzlage der Stadt gestattet mir nur schrittweise hier Wandel zu schaffen, wo im allgemeinen Interesse rascheste Behebung dieser Mängel erforderlich wäre."¹⁹²

Lassen sich die Jahre 1936 und mit Einschränkungen noch 1937 als Hochphase in der Finanzwirtschaft der Stadt Regensburg bezeichnen, so bereitete der Haushaltsabgleich für 1938 "fast unüberwindliche Schwierigkeiten", er war nur "unter Zurückstellung selbst vordringlicher Aufgaben" möglich¹⁹³. Erst ein halbes Jahr nach dem vorgeschriebenen Termin konnte Schottenheim den Etat 1938¹⁹⁴ verabschieden; bis dahin hatte man ohne gültige Haushaltssatzung gewirtschaftet¹⁹⁵. Dies hatte mehrere Gründe:

Zum einen machte die neue Gemeindehaushaltsverordnung¹⁹⁶ Neuberechnungen und Umgruppierungen erforderlich, um den Etat dem neuen reichseinheitlichen Schema anzupassen. Bedeutend stärker wirkte sich allerdings der neue Finanzausgleich aus, dessen Details erst im Sommer 1938 veröffentlicht wurden¹⁹⁷. Die Realsteuern - Gewerbe-, Grund- und Haussteuer - und die Bürgersteuer gingen nun in vollem Umfang auf die Gemeinden über. Als Folge daraus und aus einer Reihe weiterer Umverteilungsmaßnahmen zwischen Reich und Ländern, Kreisen und Kommunen hatten letztere neue Lasten vor allem im Bereich der Lehrbesoldung und des Landstraßenbaus zu übernehmen. Zudem wurde auch noch während des laufenden Rechnungsjahrs die Gemeindebiersteuer verboten. Obwohl also die Verluste zum Teil

¹⁹² 25.11.1937 an E-Werk, DS 587.

¹⁹³ Haushaltsreden Sch. 19.10.1938, FIN 504, und 1939, ZRa 14281.

¹⁹⁴ Vgl. Haushaltsbericht Sailer für Rh-Sitzung 19.10.1938, DS 546 und FIN 504; hier auch Etatrede Sch.

¹⁹⁵ Verf. Sch. 30.3.1938, ZRa 13670: Sparsamstes Wirtschaften auf der Grundlage der Vorjahreszahlen in der Übergangszeit.

¹⁹⁶ VO über Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Gemeinden 4.9.1937, RGBI I S.921 (gültig ab 1.4.1938).

¹⁹⁷ VO RFM und RMdI 10.12.1937, RGBI I S.1352; 2.Anpassungs- und ÜberleitungsVO zu den Realsteuern 20.7.1938, GVBl S.219; GAG 20.7.1938, GVBl S.225; 3. und 4. Änderungsgesetz zum Finanzausgleich 31.7. und 30.9.1938, RGBI I S.966 bzw. S.1321.

durch die neuen Realsteuereinnahmen kompensiert wurden¹⁹⁸, veranschlagte Kämmerer Sailer allein für 1938/39 610000 RM Einnahmeausfall, für das folgende Haushaltsjahr sogar 1,03 Millionen RM, so daß er Steuererhöhungen erwägen mußte. Und der Oberbürgermeister sprach gar vom "rücksichtslosen Abstoppen selbst vordringlicher Maßnahmen", das nun nötig geworden sei¹⁹⁹.

Bei der Verabschiedung des Haushalts im Herbst 1938 herrschte also große Unsicherheit über die künftige Entwicklung. Der Etat sah Reineinnahmen und -ausgaben von 11,58 Millionen RM und somit eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 11,1 % vor. Auch diesmal war die starke Veränderung nicht allein auf die veränderten Steuererwartungen zurückzuführen, sondern vor allem darauf, daß einige früher selbständige Einzelpläne nun in den ordentlichen Haushalt eingegliedert werden mußten. An Steuereinnahmen veranschlagte Sailer 6,5 Millionen RM, davon 5,4 Millionen RM aus den Gemeindesteuern und -abgaben und nur noch 1,1 Millionen RM aus den Reichssteuerüberweisungen²⁰⁰. Die eigenen Steuereinnahmen bildeten also nach dem neuen Finanzausgleich erst recht das Rückgrat der städtischen Finanzen; wie ersichtlich, sollten sie den Finanzbedarf fast zur Hälfte decken, der Rest sollte aus Verwaltungseinnahmen (3,3 Millionen RM) und den externen Zuweisungen, den Kapitalerträgen und den Ablieferungen der Werke (2,85 Millionen RM) stammen²⁰¹.

Erhebliche Mehrausgaben entstanden aus der genannten Neuordnung der Lehrerbesoldung, aus der Verlängerung der Spielzeit beim Stadttheater, der Wohnraumbeschaffung und dem Straßenbau. Auch der Besoldungsaufwand stieg weiter, vor allem wegen der zahlreichen, unumgänglich gewordenen Neueinstellungen von Verwaltungspersonal. Dennoch gelang es schließlich trotz aller Befürchtungen auch im Haushaltsjahr 1938 wieder, einen Überschuß zu erwirtschaften - mit 430000 RM sogar den zweithöchsten der dreißiger Jahre²⁰².

Auch im Rechnungsjahr 1939²⁰³ verhinderte die verspätete Bekanntgabe der Einzelheiten zum weiter reformierten Finanzausgleich die rechtzeitige Verabschiedung der Haushaltssatzung²⁰⁴. Für den Abgleich des Etats erwartete Schottenheim noch größere Schwierigkeiten als im Vorjahr, da sich infolge der Übernahme des Instituts der Englischen Fräulein auf die Stadt der Zuschußbedarf für die höheren Schulen beträchtlich erhöhen werde. Entgegen den wiederholten Mahnungen der Reichsregierung schienen Steuererhöhungen unumgänglich, nachdem der Einnahmeverlust durch den neuen Finanzausgleich auf 1,03 Millionen RM veranschlagt werden mußte. So sah die schließlich im Sommer 1939 verabschiedete Haushaltssatzung Reineinnahmen und -ausgaben von 12,60 Millionen RM vor. An Steuereinnahmen erwartete Stadtkämmerer Sailer 6,9 Millionen RM, davon 1 Million aus den Reichssteuerüberweisungen²⁰⁵. Anders als im Vorjahr sollte diesmal die mit 2,3 Millionen RM veranschlagte Gewerbesteuer als größter Posten dazu beitragen, die somit die Grundsteuer (2,1 Millionen RM) deutlich übertraf - ein erneuter Beleg für die Hochkonjunktur, die beim örtlichen Gewerbe herrschte.

¹⁹⁸ Vgl. Rh-Prot. 26.8. und 19.10.1938 sowie Sch. an Betriebsamt 27.8.1938, DS 583.

¹⁹⁹ Haushaltsrede 19.10.1938, FIN 504; vgl. auch RPB 8.9.1938, der die städt. Kritik am neuen Finanzausgleich zitiert. Zur Abschaffung des anachronistischen Pflasterzolls vgl. ZR 18190, 18195 ff. und Rh-Prot. 20.8.1936.

²⁰⁰ Fragebogen eine Darlehensaufnahme 31.12.1938, ZR 11316. Grundsteuer: 2 mio RM, Gewerbesteuer 1,7, Bürgersteuer 0,9 mio RM. 0,8 mio RM waren als Umlagen an den Landkreis abzuführen.

²⁰¹ Vgl. Sch. an Betriebsamt 27.8.1938, DS 583: noch höhere Ablieferungen der Werke wegen ihrer guten Ertragslage, daher Verschiebung von Projekten bzw. Finanzierung aus Darlehen statt Eigenmitteln.

²⁰² Revisionsbericht 1941, PAM 534, hier S.53.

²⁰³ Vgl. Haushaltsreden Sailer und Sch., NIS 13 und ZRa 14281.

²⁰⁴ Verf. Sch. 30.3.1939, auf der Grundlage der Vorjahreszahlen sparsamst zu wirtschaften, ZRa 13670.

²⁰⁵ Fragebogen für Darlehensaufnahme 31.12.1939, ZRa 13757.

Schon nach wenigen Wochen wurde das Zahlengerüst des städtischen Haushalts 1939 allerdings hinfällig - der Zweite Weltkrieg zog auch die Kommunalfinanzen beträchtlich in Mitleidenschaft. Neue Aufgaben und Kosten kamen auf die Gemeinden zu, während sich ihnen zugleich auch neue Einnahmequellen erschlossen und große Ausgaben für nunmehr nicht mehr durchführbare Projekte entfielen. Um den veränderten Zeitverhältnissen nachzukommen, erließ Schottenheim Anfang 1940 einen Nachtragshaushalt, der Einnahmen und Ausgaben von 2,04 Millionen RM umfaßte, so daß sich der ursprüngliche Ansatz auf 15,04 Millionen RM erhöhte. Die Jahresrechnung sollte schließlich erweisen, daß selbst die nachträglich erhöhten Planziffern deutlich zu niedrig angesetzt gewesen waren, und dies vor allem auf der Einnahmenseite. Aus den drei wichtigsten kommunalen Steuern, der Gewerbe-, der Grund- und der Bürgersteuer (2,75, 2,34 bzw. 1,02 Millionen RM) bezog die Stadt höhere Einkünfte, als der ursprüngliche Haushaltsplan für alle Steuereinnahmen zusammen veranschlagt hatte²⁰⁶. Man wird wohl annehmen dürfen, daß sich vor allem die unerwartet hohen Gewerbesteuererinnahmen auf die Betriebsergebnisse der mit Höchstauslastung arbeitenden Rüstungsbetriebe in der Stadt zurückführen lassen, darunter vor allem die des weiter expandierenden Flugzeugwerks.

Nicht nur die gestiegenen Steuereinnahmen, auch die Einsparungen im Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen trugen dazu bei, daß die Gesamteinnahmen schließlich die Ausgaben um fast 960000 RM übertrafen. Von dieser Summe flossen zwei Drittel den Rücklagen, dem Grundstücksverkehr und der Wohnungsbauförderung zu²⁰⁷. So ergaben sich letztlich Reineinnahmen von 16,75, Ausgaben von 16,42 Millionen RM, auch 1939 wurde also wieder ein Überschuß erzielt, der sich mit den Ergebnissen der Vorjahre auf 330000 RM summierte²⁰⁸.

B. Die Finanzentwicklung im Zweiten Weltkrieg

1. Die Umstellung der Finanzwirtschaft auf die Kriegsverhältnisse²⁰⁹

Der Kriegsbeginn brachte einschneidende Veränderungen im kommunalen Finanzwesen mit sich. Nicht nur freiwillige Leistungen und Ausgabereste aus den Vorjahren waren zu sperren, vielmehr verfügte die Landesregierung generell: "Verwaltungs- und Betriebsausgaben dürfen nur noch insoweit geleistet werden, als sie zur Aufrechterhaltung einer geordneten Verwaltungstätigkeit oder Betriebsführung unentbehrlich sind." Bei den allgemeinen Ausgaben waren in weitestem Umfang Einsparungen durchzuführen; soweit nicht eine rechtliche Verpflichtung oder ein unmittelbares Interesse der Reichsverteidigung vorlag, durften Ausgaben nicht geleistet werden²¹⁰.

Seit Kriegsbeginn wurden die Kommunen über den "Kriegsbeitrag" und den Familienunterhalt für die eingezogenen Soldaten auch in erheblichem Maß zur direkten Finanzierung der Kriegsführung herangezogen; beide Posten entzogen ihnen mittelfristig rund ein Drittel ihrer

²⁰⁶ Bericht des Bayerischen Prüfungsverbands 1951, ZRa 13261.

²⁰⁷ Bericht Sailer zum vorläufigen Rechnungsabschluß 28.5.1940, FIN 500, und Vorbericht Sch. zum Haushalt 1941, FIN 504.

²⁰⁸ Vgl. Revisionsbericht 1941, PAM 534, hier S.53.

²⁰⁹ Vgl. auch das Kapitel über die Stadtverwaltung im Krieg.

²¹⁰ DurchfVO zur KriegswirtschaftsVO 26.9.1939, GVBl S.277.

Einnahmen²¹¹. Hinzu kamen gestiegene Personalkosten, nachdem den abwesenden Gefolgschaftsmitgliedern der größte Teil ihrer Löhne und Gehälter fortgezahlt²¹², zugleich aber Aushilfen als Ersatz für sie eingestellt werden mußten. Schließlich sanken die Einnahmen aus verschiedenen Gebühren, da die entsprechenden Amtshandlungen mit Kriegsbeginn seltener wurden²¹³. Bereits Mitte 1940 setzte sich im Reichsinnenministerium die Erkenntnis durch, daß eine weitere Belastung der Gemeinden nicht mehr verantwortet werden könne²¹⁴.

Die Einführung des Kriegsbeitrags der Gemeinden beruhte auf der umfassenden Kriegswirtschaftsverordnung vom 4.9.1939²¹⁵. Danach mußten die Kommunen bestimmte Anteile ihrer Einnahmen aus Grund-, Gewerbe- und Bürgersteuer an die Länder abtreten, die sie an das Reich abführten. Ausdrücklich untersagt war es den Gemeinden, die Mehrbelastung durch Steuererhöhungen aufzufangen, vielmehr waren sie verpflichtet, die entsprechenden Summen durch Einsparungen zu erwirtschaften. Finanz- und Innenministerium setzten den Kriegsbeitrag aller bayerischen Gemeinden zunächst auf 125 Millionen RM jährlich fest, für die einzelne Kommune errechnete er sich nach einem komplizierten Schema, aus dem sich für Regensburg eine monatliche Belastung von fast 130000 RM ergab²¹⁶.

Für den Familienunterhalt, der den Angehörigen der zur Wehrmacht eingezogenen Soldaten ausgezahlt werden mußte, hatte die Stadt bereits in den ersten sechs Kriegswochen fast 460000 RM aufwenden müssen, nur 80 % davon wurden ihr ersetzt. Hinzu kamen Mehrausgaben wie die von 33000 RM für die Einrichtung des Ernährungs- und Wirtschaftsamts oder von 14000 RM für die Schaffung städtischer Hilfskrankenhäuser, die ebenfalls nur teilweise vom Reich erstattet wurden. Zusammen mit dem Kriegsbeitrag machte all dies in den ersten sechs Kriegswochen Aufwendungen von fast 650000 RM aus, von denen bis dahin nur 210000 RM ersetzt worden waren²¹⁷.

Sofort nach der Bekanntgabe der Kriegswirtschaftsverordnung hatte Herrmann daher als Vertreter des zum Polenfeldzug eingezogenen Oberbürgermeister vorsorglich einschneidende Sparmaßnahmen verfügt²¹⁸. Bei seiner Rückkehr setzte Schottenheim diese Maßnahmen fort und verfügte eine lange Liste von Haushaltssperren. Geplante Baumaßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit mußten ebenso unterbleiben wie vorgesehene Neuanschaffungen der Feuerwehr, private und kirchliche Einrichtungen erhielten nur noch verminderte Zuschüsse, die Schulküchen mußten sparen, die Straßenbeleuchtung wurde infolge der Verdunkelung drastisch eingeschränkt²¹⁹, der Anschaffungsetat der Volksbücherei gekürzt. Darüber hinaus regte das Stadtoberhaupt weitere Sparmöglichkeiten an, von der Beleuchtung und Beheizung der Diensträume bis hin zu Sparmaßnahmen bei der Büroreinigung²²⁰.

²¹¹ Matzerath (1970) S.356.

²¹² RdErl RfM 26.8. und 9.9.1939, dem Personalreferat durch Verf. Sch. 18.11.1939 bekanntgegeben (ZR a 13368). Vgl. auch Reinemer an DGT 23.4.1941 (ZR 4142), wonach an die Einschränkung der Dienstbezüge noch nicht gedacht sei.

²¹³ Erhebliche Ausfälle beim Standesamt, den Baukontroll-, Schlachthof- und Marktgebühren oder auch bei den Schulgeldern, vgl. z.B. Vorbericht Sch. zum Nachtragsetat 1941, FIN 504.

²¹⁴ RMdI vertraulich an Reichspressekammer 18.6.1940, zit. bei Frei S.56, vgl. Matzerath (1970) S.358 f.

²¹⁵ VO 4.9.1939, RGBI I S.1609; bayer. DurchfVO 26.9.1939 in GVBl S.277.

²¹⁶ Rh-Prot. 20.10.1939.

²¹⁷ Ebd.

²¹⁸ Verf. H. 6.9. und 6.10.1939, u.a. DS 680, wo "schärfste Abdrosselung der Ausgaben" angeordnet wurde.

²¹⁹ Lt. Etat 1939 170000 RM, von denen 90000 RM gesperrt wurden.

²²⁰ Verf. 6.10.1939, "jede weitere Möglichkeit der Ausgabensenkung im Auge zu behalten", DS 680; vgl. z.B. ZRa 12792 zur Streichung geplanter Sportzuschüsse.

Zwar brachten die Abminderung des Kriegsbeitrags²²¹ und die Genehmigung der Reichsregierung, im Ausnahmefall doch Steuererhöhungen zu beantragen²²², im Frühjahr 1940 eine gewisse Entlastung für die Kommunen, dennoch wurde in Regensburg der bereits dargestellte Nachtragshaushalt für 1939 in Höhe von 2,04 Millionen RM unumgänglich²²³.

2. Die weitere Entwicklung der städtischen Finanzen

Anfang 1940 hatte der Ministerrat für die Reichsverteidigung verfügt, daß Reich und Länder für das kommende Rechnungsjahr den Vorjahresetat übernehmen und ihn nur für die "aus dem besonderen Anlaß sich ergebenden Änderungen" modifizieren sollten. Die Gemeinden hingegen mußten auch für 1940 einen eigenen Haushalt aufstellen. Offenbar wurde die Regensburger Stadtverwaltung davon überrascht, denn erst Anfang 1940 ordnete Schottenheim an, daß sämtliche Dienststellen sofort ihren Bedarf zu melden hatten. Dabei wies er von vorneherein darauf hin, daß für das neue Rechnungsjahr ein Notetat aufgestellt werden müsse und sich daher die Ausgaben "auf das zur Aufrechterhaltung einer geordneten Verwaltungs- und Betriebsführung notwendige Maß zu beschränken" hätten. Für neue Aufgaben sei kein Platz, freiwillige Leistungen dürften nur übernommen werden, wenn ihre Streichung eine erhebliche Härte bedeute oder großen Schaden anrichte. Den Ausgaben für die Landesverteidigung komme Vorrang vor allen anderen Leistungen zu²²⁴.

Selbstverständlich war die Frist zu kurz, um noch vor Beginn des neuen Rechnungsjahrs einen geordneten Etat aufzustellen. Erneut mußte man, wie schon so oft und regelmäßig auch in den folgenden Jahren, mit einem Provisorium arbeiten²²⁵. Erst im Sommer 1940 konnte der Oberbürgermeister die Haushaltssatzung erlassen; erneut hatte die Deckung der veranschlagten Ausgabensteigerungen erhebliche Probleme bereitet²²⁶. Der ordentliche Etat 1940/41 sah Einnahmen und Ausgaben von 17,57 Millionen RM vor, der außerordentliche solche von 1,14 Millionen RM. Dieser hohe Ansatz beruhte auf der Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende, nach dem die geplanten Großprojekte begonnen werden könnten; tatsächlich aufgenommen wurden jedoch nur Wohnbaudarlehen von 80000 RM. Angesichts des infolgedessen geringeren Schuldendienstes als erwartet, aufgrund der Einsparungen bei nicht weitergeführten Bauprojekten und nicht zuletzt wegen der günstigen Entwicklung der Steuereinnahmen schloß die Jahresrechnung 1940 mit einem Überschuß von 330000 RM ab, nachdem man den Rücklagen weitere 1,16 Millionen RM zugeführt und den Schuldenstand erheblich, nämlich um 860000 RM, abgebaut hatte.

Erst im Sommer 1941 erließ Schottenheim auch die Haushaltssatzung 1941/42. Die Schuld für die Verzögerung lag nicht mehr allein bei übergeordneten Stellen²²⁷, sondern auch beim Personalmangel in der Stadtkämmerei. Erneut handelte es sich um einen Notetat, der äußerste Sparsamkeit zum Prinzip erhob, um den Kriegsausgaben den Vorrang vor allen anderen Leistungen zu sichern²²⁸. Der ordentliche Haushalt 1941 umfaßte Einnahmen und Ausgaben von 18,96 Millionen RM, also eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 1,39 Millionen RM,

²²¹ VO zur KriegswirtschaftsVO 29.2.1940, RGBI I S.454.

²²² Erlaß 15.4.1940, RMBliV S.929, Abdruck ZR 18122. Generell durften die Hebesätze nach wie vor nicht erhöht werden (RdErl 6.5.1940, RMBliV S.887).

²²³ Rh-Prot. 15.3.1940.

²²⁴ Vgl. Verf. Sch. 6.2. und 1.4.1940, ZRa 13670 bzw. NIS I.

²²⁵ Verf. Sch. 1.4.1940, ZRa 13670, wonach den Ausgaben die Vorjahreszahlen zugrunde zu legen waren.

²²⁶ Rh-Prot. 8.8.1940.

²²⁷ In diesem Fall: verspätete Bekanntgabe der Hebesätze für die Bezirksumlage.

²²⁸ Rh-Prot. 23.7.1941.

die vor allem auf die erhöhten Besoldungsaufwendungen und den gestiegenen Familienunterhalt zurückzuführen war. Auch der außerordentliche Etat wurde mit 3,35 Millionen RM nochmals sehr hoch angesetzt. Erneut fanden sich hier verschiedene Projekte, die bereits im Vorjahr an den Kriegsverhältnissen gescheitert waren und nach dem nun endlich erwarteten Kriegsende begonnen werden sollten²²⁹. Auf insgesamt 2 Millionen RM veranschlagte der Kämmerer die reinen Kriegsausgaben der Stadt: 1,24 Millionen RM für den Kriegsbeitrag, 410000 RM für den Familienunterhalt, je 100000 RM für das Ernährungs- und Wirtschaftssamt, für den Luftschutz und für die Besoldung von Ersatzpersonal sowie 50000 RM für die Hilfskrankenhäuser. Weitere wichtige Ausgabensteigerungen betrafen den Innenausbau der beiden Siedlungsschulen und im Kulturbereich die Einführung der ganzjährigen Spielzeit beim Stadttheater. Doch auch den Rücklagen wollte man wieder große Summen zuführen, um "nach Kriegsende Mittel für vordringlichste Aufgaben und Anschaffungen zur Verfügung zu haben", also vor allem für den Wohnungsbau und das Siedlungswesen²³⁰.

Wiederum ergab sich im Verlauf des Haushaltsjahrs, daß eine Reihe von Ausgaben, so für den Familienunterhalt, den gesetzten Rahmen erheblich überschritten; mit 3300 bezugsberechtigten Parteien hatte man gerechnet, tatsächlich unterstützt wurden 3479 Familien²³¹. Zudem waren kriegsbedingt gesetzliche Bestimmungen geändert worden²³², Zuschüsse, mit denen man fest gerechnet hatte, blieben aus, verschiedene Steuern brachten weniger ein als erwartet, etwa die Vergnügungssteuer wegen des ausgefallenen Faschings oder die Grunderwerbs- und Wertzuwachssteuer infolge des Rückgangs im Grundstücksverkehr. Schließlich hatte eine ganze Reihe von Dienststellen weniger Gebühren eingenommen als veranschlagt²³³.

Gegenüber den gestiegenen Ausgaben und den gesunkenen Einkünften von zusammen rund 2,58 Millionen RM waren allerdings 340000 RM eingespart worden, davon allein 40000 RM bei der Straßenbeleuchtung infolge der Verdunkelung. Und vor allem die Einnahmen aus der Gewerbe- und der Bürgersteuer sowie die aus den Ersatzleistungen des Reichs für den Familienunterhalt übertrafen den Voranschlag ganz erheblich. So wurde erneut eine Nachtragssatzung erforderlich; sie umfaßte Einnahmen und Ausgaben von 1,89 Millionen RM²³⁴. Doch selbst der somit auf 20,85 Millionen RM erhöhte Haushaltsansatz wurde von der tatsächlichen Entwicklung noch weit übertroffen: Dank der unerwartet günstigen Steuereinnahmen überschritten die Gesamteinkünfte die ebenfalls nochmals gestiegenen Ausgaben um eine halbe Million RM. Die für den außerordentlichen Etat vorgesehenen Darlehen wurden erneut nur zu einem Bruchteil aufgenommen, "da die übrigen Vorhaben der Kriegsverhältnisse wegen nicht ausgeführt werden konnten"²³⁵; die im ordentlichen Etat vorgesehenen Summen für den Schuldendienst zog man wieder zur überplanmäßigen Tilgung heran.

Auch nach dem Beginn des Rechnungsjahrs 1942 dauerte es wieder fünf Monate, bis der Oberbürgermeister die Haushaltssatzung erlassen konnte. Erstmals orientierte man sich dabei an den Realitäten und verzichtete "im Hinblick auf die für die Ausführung größerer Bauvorhaben bestehenden Schwierigkeiten" auf einen außerordentlichen Etat²³⁶ - der deutsche Überfall auf die Sowjetunion hatte auch den Regensburger Kommunalpolitikern klargemacht, daß der Krieg länger dauern werde als erwartet.

²²⁹ Vorbericht Sch. zum Haushalt 1941, FIN 504; Sammelnachweis der Rücklagen 1941 in HM 1559.

²³⁰ Vorbericht Sch. zum Haushalt 1941, FIN 504.

²³¹ Bericht Prüfungsamt zum Rechnungsabschluß 1942, PAM 540.

²³² Vgl. z.B. Änderungsgesetz zum GAG 19.12.1941, GVBl S.213

²³³ Vorbericht Sch. zum Nachtragshaushalt 20.3.1942, FIN 504.

²³⁴ Nachtragssatzung 20.3.1942, vgl. Rh-Prot.

²³⁵ Vorbericht Sch. zum Etat 1943, gedruckt im Haushalt 1943 S.VI.

²³⁶ Rh-Prot. 23.7.1942, vgl. auch Prot. 30.11.1942 zum Halbjahresabschluß.

Der ordentliche Haushalt 1942 umfaßte Einnahmen und Ausgaben von 20,36 Millionen RM, doch wurde der Voranschlag durch verschiedene Neuregelungen schnell hinfällig, darunter die Abschaffung der Bürgersteuer, die in die Reichseinkommenssteuer eingebaut, allerdings durch eine Ausgleichszahlung größtenteils ersetzt wurde²³⁷. Erneut war ein Nachtragsetat erforderlich; die Aufwertung zur Großstadt und die Vergütungen für die Luftschutz-Nachwachen hatten zur Steigerung der Personalkosten, die vielen neuen Einberufungen zu höheren Familienunterhaltszahlungen geführt²³⁸. Die Jahresrechnung zeigte daher um fast 2 Millionen RM über dem ursprünglichen Ansatz liegende Einnahmen, die Ausgaben hatten den Voranschlag zwar ebenfalls deutlich überschritten, aber dennoch blieb ein Überschuß von rund 0,67 Millionen RM - der höchste, den die nationalsozialistische Stadtführung überhaupt erwirtschaftet hat. In erster Linie war dies wohl auf die allgemeine Tendenz zu Zinssenkungen zurückzuführen, die auch von der Stadt gegenüber ihren Gläubigern von Fall zu Fall beantragt und zumeist tatsächlich zugestanden wurde²³⁹.

Zum Beginn des Etatjahrs 1943 organisierte Schottenheim die städtische Finanzverwaltung neu, um die in der DGO vorgeschriebene Trennung von Anordnung und Ausführung in der Finanzverwaltung deutlicher zu machen, hauptsächlich aber wohl auch, um der Personalnot Rechnung zu tragen und das Kassenwesen zu rationalisieren. Es entstand ein Kämmereramt, das von nun an die Dezernatsangelegenheiten der Kämmererei zu bearbeiten hatte, und sämtliche städtischen Lohn- und Gehaltsstellen wurden zu einer zentralen Geschäftsabteilung zusammengezogen²⁴⁰.

Im Rechnungsjahr 1943 führten die Aufhebung der Hauszinssteuer, die Neuregelung der Schlüsselzuweisungen an die Landkreise, die Erhöhung des Kriegsbeitrags und verschiedene Verordnungen zur Verwaltungsvereinfachung zu weiteren erheblichen Verschiebungen im Gefüge der Kommunal финанzen. Doch noch immer vermochte dies die städtischen Finanzen nicht zu beeinträchtigen. Zwar beklagte Sailer bei der Verabschiedung des Etats²⁴¹ unter Hinweis auf den "harten Schicksalskampf des Deutschen Volkes" bevorstehende Einnahmeausfälle und weiter steigende Lasten; die reinen Kriegsausgaben bezifferte er auf 3 Millionen RM, darunter 1,81 Millionen RM für den Kriegsbeitrag, 430000 RM für den Familienunterhalt, 290000 RM für das Ernährungs- und Wirtschaftsamt, je 200000 RM für den Luftschutz und den erhöhten Besoldungsaufwand sowie 60000 RM für die Hilfskrankenhäuser²⁴². Doch erbrachte die Jahresrechnung auch für 1943 wieder einen Überschuß von 340000 RM²⁴³.

Für das Rechnungsjahr 1944 fehlen genauere Unterlagen. Erneut wurde die Haushaltssatzung erst mit großer Verspätung erlassen²⁴⁴. Ihre veröffentlichte Version enthielt ebenso wie im Vorjahr keine Angaben über die geplanten Einnahmen und Ausgaben, sondern lediglich die Hebesätze für die Gemeindesteuern²⁴⁵. Der unveröffentlichte Etat sah mit 20,69 Millionen RM erstmals seit vielen Jahren gesunkene Einnahmen und Ausgaben vor, doch übertrafen erstere in der Praxis den Haushaltsansatz deutlich, während letztere hinter dem Voranschlag zu-

²³⁷ 2.VO über Vereinfachung des Lohnabzugs 24.4.1942, RGBI I S.252, vgl. Rh-Prot. 15.5.1942.

²³⁸ Vgl. Rh-Prot. 19.3.1943.

²³⁹ Einzelheiten zu den Zinssenkungen 1942, die sich u.a. auf Sparkassen-Darlehen 1925-1935 erstreckten, in ZR 11252 und 11273.

²⁴⁰ Vorschläge Sailers hierzu in FIN 500. Verf. Sch. 31.3.1943 in ZR 9042, 11343, NIS 12 und PAM 540. Ende 1942 war das Prüfungsamt, wie in der DGO vorgesehen, in Rechnungsprüfungsamt umbenannt worden.

²⁴¹ Vgl. Verf. Sch., den Ausgaben wieder die Vorjahreszahlen zugrunde zu legen, 30.3.1943, ZR 9042 und ZRa 13670.

²⁴² Rh-Prot. 30.7.1943. Hebesätze der Gemeindesteuern veröff. im Wbl 28.8.1943.

²⁴³ Angaben zu tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben sind nicht möglich; ein gedruckter Haushalt liegt für 1945 nicht vor.

²⁴⁴ Verf. Sch. 30.3.1944, ZR 3726 und 9042, zunächst wieder die Vorjahreszahlen zugrunde zu legen.

²⁴⁵ Veröff. im Wbl 30.12.1944.

rückblieben. So konnte im Rechnungsjahr 1944 nochmals ein erheblicher Betriebsüberschuß von 660000 RM erwirtschaftet werden. Dabei war Ende 1944 eine Neuregelung eingetreten: Nun wurde der preußische Finanzausgleich im gesamten Reichsgebiet eingeführt²⁴⁶, die Kommunen erhielten ihre Finanzausweisungen direkt vom Reich statt von den Ländern, nur in Preußen und Bayern blieb in geringem Umfang ein Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen erhalten. "Der Gedanke des Einheitsstaates hatte damit auch bei den Gemeindefinzen seinen Ausdruck gefunden"²⁴⁷.

Kleinere Gemeinden hatten schon in den ersten Kriegsjahren darauf verzichten können, vollständige neue Haushaltspläne zu verabschieden. Im Sommer 1944 verfügte das Reichsinnenministerium generell, daß aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung für 1945 keine neuen Haushaltspläne aufzustellen seien²⁴⁸, und tatsächlich liegt für Regensburg kein solcher Plan vor, sondern nur ein mit handschriftlichen Zusätzen versehenes Exemplar des Jahres 1944. Inwieweit die darin enthaltenen Zahlenangaben der Realität entsprachen, muß ungeklärt bleiben.

HAUSHALTSENTWICKLUNG IM ZWEITEN WELTKRIEG (in Millionen RM) ²⁴⁹				
Rechnungsjahr	veranschlagte Einnahmen/Ausgaben	tatsächliche Einnahmen / Ausgaben		Rechnungs- ergebnis
1940	17,57	19,86	19,53	+ 0,33
1941	18,96	21,62	21,11	+ 0,51
1942	20,36	22,32	21,65	+ 0,67
1943	21,02	?	?	+ 0,34
1944	20,69	21,06	20,40	+ 0,66

Wie ersichtlich, überstiegen auch im Krieg die tatsächlichen Einnahmen den Haushaltsansatz Jahr für Jahr beträchtlich, und alljährlich gelang es der Stadtverwaltung, Überschüsse zu erwirtschaften. Daraus konnte man im Verlauf der Kriegsjahre den Grundbesitz erweitern²⁵⁰ und dem Vermögen insgesamt 9 Millionen RM zuführen, während den Rücklagen nur 690000 RM entnommen wurden. Vor allem durch überplanmäßige Tilgung sank der Vorkriegsschuldenstand um rund 4,6 Millionen RM, denn eine Neuverschuldung war angesichts des Baustops fast unmöglich; außerordentliche Etats spielten die ganzen Kriegsjahre hindurch praktisch keine Rolle mehr²⁵¹.

Am stärksten war in den Kriegsjahren der Zuschußbedarf der Allgemeinen Verwaltung gestiegen. Der Mehraufwand im Fürsorgebereich ging vor allem auf die Bildung erheblicher Rücklagen (760000 RM) für den Neubau des geplanten Altersheims zurück, daneben stiegen

²⁴⁶ VO über einstweilige Neuregelung des Finanz- und Lastenausgleichs 30.10.1944, RGBI I S.282.

²⁴⁷ Caesar/Hansmeyer (s.Anm.2) S.840.

²⁴⁸ Abdruck der Verf. vom 8. bzw. 29.8.1944 in ZR 18352.

²⁴⁹ Erstellt anhand der Haushaltspläne; die Zahl für 1943 - da ein gedruckter Etat 1945 und somit auch die Jahresrechnung 1943 fehlt - aus Revisionsbericht 1951, ZRa 13261.

²⁵⁰ Lt. Haushaltsplänen, Vorbericht Sch. zum Haushalt 1941 (FIN 504) und Fragebögen für Darlehensaufnahmen (z.B. DS 833): 1939: 985 ha, 1940: 1026 ha, 1941: 1042 ha, 1942: 1043 ha, 1943: 1051 ha (zum 31.3. jeden Jahres).

²⁵¹ Revisionsbericht 1951, ZRa 13261. Teils erhebliche Abweichungen in ZRa 13261 und FIN 504.

auch die Abführungen an den Bezirksverband - von 1939 bis 1944 von 2,12 auf 3,56 Millionen RM. Einen weiteren wichtigen Einnahmeverlust bedeutete es, daß die Ablieferungen der städtischen Werke an die Stadthauptkasse, die bis 1941 noch angestiegen waren, mit zunehmender Kriegsdauer deutlich sanken²⁵². Doch konnten all diese Ausgabenerhöhungen und Einnahmeverluste zum einen durch die Einsparungen aufgefangen werden, die Görings Neubauperbot von 1940 mit sich brachte, und zum zweiten stiegen die Gewerbesteuererinnahmen bis 1942 außergewöhnlich stark - vor allem wohl als Folge der Produktionssteigerung des Messerschmitt-Werks. Dies würde auch erklären, warum die Erträge aus der Gewerbesteuer 1943 und 1944 zurückgingen, da der Betrieb schon 1943 aus Sicherheitsgründen begann, Teile der Produktion auszulagern, und infolge der Bombardierungen erhebliche Einnahmeausfälle hinnehmen mußte. Die zweite Position unter den städtischen Einnahmequellen nahm die ganzen Kriegsjahre hindurch die Grundsteuer auf Hausbesitz ein, aus der die Stadt zwischen 2,33 und 2,57 Millionen RM jährlich bezog, bis 1942 gefolgt von der Bürgersteuer²⁵³.

DIE ENTWICKLUNG DER GEWERBESTEUEREINNAHMEN				
1939	2,75 Millionen RM		1943	4,19 Millionen RM
1940	3,19 "		1944	4,09 "
1941	4,44 "		1945	1,63 "
1942	4,97 "			

DIE STÄDTISCHEN FINANZEN IM KRIEG (in Millionen RM) ²⁵⁴				
	Schulden	Vermögen	Reinvermögen	Zuwachs
1940	23,46	72,42	48,96	10,08
1941	21,67	75,18	53,51	4,54
1942	19,98	76,59	56,61	3,10
1943	17,15	78,32	61,17	4,56

²⁵² 1939: 1,17 - 1941: 1,50 - 1944: 0,85 mio RM, vgl. Revisionsbericht 1951, ZRa 13261.

²⁵³ Jährliche Einnahmen hieraus 1,0-1,3 mio RM, aus dem Bürgersteuerausgleich 1943 und 1944 je 1,2, 1945 nur noch 0,7 mio RM. Übersicht Steuereinnahmen 1939-1945 im Revisionsbericht 1951, ZRa 13261.

²⁵⁴ Stand jeweils 31.3. Quelle: undatierte Übersicht (wohl 1944) in DS 550; offensichtliche Rechenfehler bereinigt. Teils erhebliche Abweichungen in Fragebögen für Darlehen (ZRa 13757 und DS 833) sowie im Revisionsbericht 1941, PAM 534.

II. WIRTSCHAFT UND SOZIALES

A. Die Ausgangslage 1933

1. Wirtschafts- und Sozialstruktur

Die wirtschaftliche Bedeutung Regensburgs ergab sich aus seiner Lage an der Kreuzung der großen Fernstraßen Amsterdam-Wien-Istanbul und Berlin-München (-Italien) sowie der Eisenbahnstrecken München-Berlin und Hamburg/Dortmund-Nürnberg-Wien. Vor allem aber war die Stadt Ausgangspunkt der Donauschiffahrt bis zum Schwarzen Meer. Diese Standortfaktoren hatten überregionale, im Donauverkehr sogar internationale Handelsbeziehungen entstehen lassen. Vor allem aber fungierte die Stadt als Dienstleistungszentrum für den ost-bayerischen Raum²⁵⁵. Größere Industriebetriebe fehlten dagegen fast völlig, obwohl es in der Weimarer Zeit manche Versuche gegeben hatte, Industrie nach Regensburg zu locken, nicht zuletzt durch die Errichtung eines neuen Osthafens; doch waren sie alle gescheitert²⁵⁶. So entstand in den späten zwanziger Jahren das Konzept, Regensburg mit seinen vielen historischen Sehenswürdigkeiten langfristig zur Fremdenverkehrsmetropole auszubauen. Doch trotz allen guten Willens und des großen Aufwands hierfür muß auch dieses Konzept in den frühen dreißiger Jahren als gescheitert angesehen werden; unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise konnte der Tourismus nicht ausreichen, um die Strukturschwäche der Stadt zu beheben.

Von je 100 Einwohnern Regensburgs waren im Jahr 1933²⁵⁷:

	in Regensburg	(in Bayern)(im Reich)	
Frauen	52,6	51,6	51,4
"Erwerbspersonen"	43,9	52,2	59,5
auf je 100 Männer	62,0	64,9	65,7
auf je 100 Frauen	27,5	40,3	34,2
Berufslose Selbständige	12,2	8,5	8,9
Angehörige ohne Hauptberuf	43,9	39,3	41,6

Wie ersichtlich, gab es also in Regensburg deutlich weniger "Erwerbspersonen" als in Land und Reich - bei der Volkszählung 1933 knapp 35000, davon zwei Drittel Männer²⁵⁸. Vor allem die Frauenarbeit war wesentlich weniger verbreitet als sonst üblich, was sich aus dem Fehlen größerer Industriebetriebe mit Fließbandarbeit, etwa solchen der Textil- oder Elektrobranche, erklärt. Zwar bestanden 1933 rund 5000 Gewerbebetriebe in der Stadt²⁵⁹, doch

²⁵⁵ Vgl. Voggenreiter (1936) S.125 und Finke/Pohl S.39 ff.

²⁵⁶ Vgl. Reindl (1989) S.28 zu Bemühungen 1929/30, den Ford-Konzern zur Ansiedlung in Rgbg. zu bewegen.

²⁵⁷ Verwaltungsinterne Übersicht 30.6.1937, ZR 18151, und Revisionsbericht 1941, PAM 534; hiernach auch die folgenden Tabellen.

²⁵⁸ Vgl. auch BOM 29.4.1935.

²⁵⁹ Vgl. Fragebögen 31.12.1932 und 1.7.1933, ZR 11310 bzw. 11311.

schloß diese Zahl jede Kleinstfirma ein, also auch den selbständigen Handwerksmeister ohne Angestellte und jeden kleinen Laden.

Die meisten größeren Betriebe waren in irgendeiner Form mit dem Hafen und dem Donauumschlag verknüpft, so die Mineralölfirmen am Petroleumhafen, die Schifffahrtsgesellschaften und die Werften. Daneben bestanden in Regensburg die größte Zuckerfabrik Süddeutschlands²⁶⁰ und eine traditionsreiche Schnupftabakfabrik (Gebr. Bernard AG), es gab eine Reihe metall- und holzverarbeitender Betriebe, die Schwabelweiser Kalkwerke, im Energiesektor die "Oberpfalzwerke AG für Elektrizitätsversorgung" (OWAG)²⁶¹ sowie schließlich einige Großbrauereien, Druckereien und zahlreiche Baugeschäfte²⁶². Mit der Bleistiftfabrik Rehbach befand sich eine alteingesessene Firma, die einst Weltruf genossen hatte, Anfang 1933 vor dem Zusammenbruch; trotz intensiver Bemühungen auch der neuen Stadtverwaltung konnte sie nicht gerettet werden.

Als Kreishauptstadt und größte Stadt Ostbayerns beherbergte Regensburg neben der Kreisregierung zahlreiche Landes- und Reichsbehörden²⁶³, darunter eine Reichsbahn- und eine Reichspostdirektion, eine Reichsbankstelle, zahlreiche Dienststellen der Reichswehr bzw. Wehrmacht, die Polizeidirektion, ein Amts- und ein Landgericht, das Arbeits- und das (1936 gegründete) Gesundheitsamt, die Finanzämter Regensburg-Stadt und -Land etc. Nicht zuletzt prägten die städtische Beamtenschaft und das Lehrpersonal der verschiedenen höheren Bildungseinrichtungen den Charakter der Stadt als eines regionalen Dienstleistungszentrums.

Von den Erwerbstätigen waren beschäftigt²⁶⁴:

in der Land- und Forstwirtschaft	3,9 %
in Industrie und Handwerk	38,9 %
in Handel und Verkehr	32,1 %
im Dienstleistungsbereich	17,2 %
in häuslichen Diensten	7,9 %

Nach der Art der Beschäftigung waren von den Erwerbspersonen:

Selbständige	12,7 %
mithelfende Familienangehörige	3,9 %
Beamte	13,6 %
Angestellte	20,3 %
Arbeiter	42,0 %
Hausangestellte	7,5 %

²⁶⁰ Zu den Zuckerkampagnen: Berichte 2.10.1933 und 31.10.1935, ZRa 13767 bzw. DS 696, vgl. Notiz Sch. 3.10.1934, DS 878, RPB 7.11.1935 und Reg. an RMdI 6.2.1936, StA 22037. Zum Streit mit der Zuckerfabrik um die Filialsteuer ZR 18238.

²⁶¹ Vgl. Siegert (1985) passim. K.Groh: Strom für Ostbayern, Regensburger Almanach 1981 (1980) S.122-127. "75 Jahre Strom Für Ostbayern" (1983).

²⁶² H. an MInn 27.9.1935, DS 868, vgl. Voggenreiter (1936) S.119 und "Verzeichnis der Herstellerbetriebe der Bayerischen Ostmark", hg. Wirtschaftsdienst Bayerische Ostmark GmbH, Bayreuth o.J. (1935). Weitere Übersichten in ZRa 13225, ZR 17081 und 17089.

²⁶³ Liste Ende 1932 in ZRa 14053, weitere Verzeichnisse, Einladungslisten etc. z.B. in ZRa 13131 und 14033.

²⁶⁴ Wie Anm.257.

In dem hohen Anteil der Arbeiter an den Erwerbstätigen waren vor allem die vielen nicht-selbstständigen Handwerker, dagegen deutlich weniger Industriearbeiter enthalten. Faßt man beide Tabellen zusammen, so wird ersichtlich, daß in Regensburg "neben dem Handel und dem Handwerk noch die Beamtschaft eine bedeutende Stelle einnimmt, während die Industrie und die Landwirtschaft eine geringere Rolle spielen"²⁶⁵.

Diese Wirtschaftsstruktur brachte Vor- und Nachteile mit sich. Fehlende Industrie bedeutete auch geringe Gewerbesteuer-Einnahmen; tatsächlich war Regensburg, wie bereits dargestellt, bis über die Mitte der dreißiger Jahre hinaus eine der strukturschwächsten deutschen Städte. Zum anderen konnte aber auch die Arbeitslosigkeit in den Jahren der Weltwirtschaftskrise nie das extreme Ausmaß annehmen wie andernorts - es gab schlicht keinen Betrieb, mit dessen Schließung auf einen Schlag Tausende von Menschen auf der Straße gestanden wären.

2. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt

Zum Zeitpunkt der NS-Machtergreifung stellte sich die Lage auf dem Regensburger Arbeitsmarkt so verzweifelt dar, die Wohlfahrtsausgaben belasteten den städtischen Haushalt in so großem Ausmaß, daß es dem neuen Stadtoberhaupt vollkommen gleichgültig sein mußte, in welchem Bereich neue Arbeitsplätze entstanden wären, wenn sich nur überhaupt eine Zukunftsperspektive abgezeichnet hätte. Von 302 Schülerinnen, die im Frühjahr 1932 in die städtische Berufsschule eingetreten waren, hatte keine einzige eine Lehrstelle gefunden²⁶⁶ - von einer bewußten Entscheidung für oder gegen die Industrialisierung oder den Fremdenverkehr konnte keine Rede mehr sein. Folglich kämpfte die Stadt um jeden einzelnen Arbeitsplatz, dessen Streichung drohte - selbst wenn es sich um politisch gegnerisch eingestellte Betriebe handelte, wie das Beispiel des Pustet-Verlags zeigt.

Bei einer Zahl von rund 81000 Einwohnern gab es Ende 1931 in Regensburg 6042 Erwerbslose der verschiedenen Kategorien - Empfänger der Arbeitslosen-, der Krisenunterstützung sowie Wohlfahrtserwerbslose²⁶⁷ -, ein Jahr darauf waren es gar 6252²⁶⁸. Die nicht vom Arbeitsamt anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen (WE) fielen ausschließlich dem Bezirksfürsorgeverband Regensburg-Stadt und somit dem städtischen Wohlfahrtsetat zur Last, für die anerkannten "WE" gab es dagegen die im Abschnitt über das Finanzwesen erwähnten Beihilfen des Reichs und des Landes, auf die allerdings kein Rechtsanspruch bestand. Die übrigen beiden Kategorien, die Arbeitslosen- und Krisen-Unterstützungsempfänger ("Alu" bzw. "Kru"), bezogen ihre Unterstützung zu 100 bzw. 80 % von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Bis Herbst 1933, als auch die "Kru" in voller Höhe vom Reich übernommen wurde, hatte die Stadt hiervon das sogenannte "Krisenfünftel"²⁶⁹ zu tragen.

Saisonal bedingt, stieg die Arbeitslosigkeit im Winter 1932/33 weiter an. Ihren absoluten Höchststand erreichte sie am 31.1.1933, als im ganzen Gaugebiet über 74000 Erwerbslose

²⁶⁵ Revisionsbericht, s.Anm.79, vgl. Voggenreiter (1936) S.97 f.

²⁶⁶ Jb. 1932/33, ZRa 12658.

²⁶⁷ Um als WE anerkannt zu werden, mußte der Arbeitnehmer arbeitsfähig und -willig, verfügbar, unfreiwillig arbeitslos und unter 60 Jahre alt sein; vgl. Bericht Zwick 28.1.1933, ZR 11051. Einzelheiten zu "Alu" und "Kru" in ZR 11064.

²⁶⁸ Für 31.12.1931: Haushaltsrede Sch. 1935, NIS 16. Ebd. für 31.12.1932 die falsche Angabe 5988; die korrekte Zahl nach DS 517, 696, ZR 11310 und 16571.

²⁶⁹ Vgl. ZR 10859 und 11068; Übersicht über städt. Ausgaben für das Krisenfünftel bis 1933/34 in ZR 11069.

oder 5,8 % der Wohnbevölkerung - im Arbeitsamtsbezirk Regensburg gar 7,35 %²⁷⁰ - und in der Stadt Regensburg 6789 Arbeitslose gemeldet waren. Besonders erschreckend war die hohe Zahl von 4230 Wohlfahrtserwerbslosen, darunter allein 805 nicht anerkannten²⁷¹. Bis zu Schottenheims Amtsantritt als kommissarischer Bürgermeister entspannte sich der Arbeitsmarkt nur leicht²⁷²:

	Arbeitslose insgesamt	Empfänger von Arbeitslosen- Krisen- Unterstützung	Wohlfahrts- erwerbslose	
31.12.1931	6042	1637	1898	2507
31.12.1932	5988	1002	1002	3984
31.3.1933	5749	631	1258	3860

Auch der Blick auf die übrigen vom Wohlfahrtsamt unterstützten sozialen Gruppen zeigt, welche eminente Bedeutung den Wohlfahrtserwerbslosen unter ihnen zukam:

VOM WOHLFAHRTSAMT UNTERSTÜTZTE PARTEIEN (Jahresdurchschnitt) ²⁷³					
	1930	1931	1932	1933	1934
Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene	222	165	175	90	89
Kleinrentner	431	406	407	367	354
Sozialrentner	940	931	947	980	1005
Erziehungsbeihilfe für Minderjährige; ab 1934: "Geschlossene Fürsorge"	80	105	158	174	150
Allgemeine Fürsorge	323	412	582	609	758
Arbeitslose mit Zusatzunterstützung	12	48	75	54	60
Wohlfahrtserwerbslose	1002	2110	3666	2918	1433

Wie ersichtlich, stiegen zwar auch die Lasten für andere Gruppen, doch die Unterstützungszahlungen an die Wohlfahrtserwerbslosen führten letztlich in Regensburg, wie fast überall, zur Zerrüttung der kommunalen Finanzen. Konkret hat die Stadt Regensburg im Rechnungsjahr 1932/33 bei Gesamtausgaben von 9,3 Millionen RM allein 4,1 Millionen RM für die

²⁷⁰ Scharnagl S.23. AA-Bezirk neben Stadt und Landkreis Rgbg.: Landkreis Kelheim und große Teile des damaligen Landkreises Burglengenfeld.

²⁷¹ DS 696.

²⁷² DS 517, 696, ZR 3725 c und 11077.

²⁷³ Haushalt 1934 S.62 und Bericht Wohlfahrtsamt 4.7.1935, DS 696.

Wohlfahrt aufgewendet, in diesem Bereich jedoch nur 1,5 Millionen RM eingenommen, insbesondere durch die externen Hilfen, so daß ein reiner Zuschußbedarf von 2,6 Millionen RM übrigblieb - mit Abstand der größte Einzelposten des Gesamtetats²⁷⁴. Am Tag von Schottenheims Amtsantritt berichtete die Kreisregierung dem Innenministerium, der Zusammenbruch der öffentlichen Fürsorge in Bezirken und Gemeinden stehe unmittelbar bevor²⁷⁵.

B. Die Entwicklung bis zum Zweiten Weltkrieg²⁷⁶

1. Reichs- und Landesprogramme zur Arbeitsbeschaffung

Auf konjunkturbelebende Impulse von außen mochte die neue Stadtspitze angesichts der geschilderten Verhältnisse nicht warten. Doch was sie tatsächlich - aller öffentlichen Rhetorik zum Trotz - gegen die Arbeitslosigkeit unternehmen konnte, war kaum mehr als früher unter Dr.Hipp. Schon 1929 war die Pflichtarbeit für Wohlfahrtserwerbslose eingeführt worden²⁷⁷, mit dem (1928 verstaatlichten) Arbeitsamt hatte man sich bereits 1930 darauf geeinigt, daß bei den von der Stadt finanzierten Arbeiten ausschließlich Wohlfahrtserwerbslose eingesetzt würden²⁷⁸. Das städtische Arbeitsbeschaffungsamt blieb bestehen, und selbstverständlich versuchte man auch die Chancen wahrzunehmen, die sich aus den Notprogrammen der Reichsregierungen ergaben. So hatte die Stadt Regensburg eine lange Liste förderungswürdiger Sofortmaßnahmen zum Gereke-Programm angemeldet²⁷⁹, fünf davon waren auch von der Kreisregierung als besonders vordringlich bzw. sogar unaufschiebbar gewürdigt worden²⁸⁰. Auf Dauer jedoch konnte die Rettung nur in einer allgemeinen Konjunkturbelebung liegen, und um sie zu fördern, ließ sich die Regierung Hitler sehr viel Zeit - viel mehr, als beispielsweise Roosevelt in den USA benötigte, um mit einem neuen Bankengesetz den "New Deal" einzuleiten. Vier Monate brauchte dagegen die nationalsozialistische Reichsregierung²⁸¹, um ihre "Sofortmaßnahmen" zur Behebung der Arbeitslosigkeit in Angriff zu nehmen. Erst im Juni 1933 erließ sie das "Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit", das sogenannte Reinhardt-Programm²⁸². Immerhin wurde damit im Haushaltsjahr 1933/34 über 1 Milliarde RM für die Arbeitsbeschaffung bereitgestellt - mehr als zehnmals so viel wie 1932. Noch wichtiger war der damit verknüpfte psychologische Effekt: das Entstehen einer neuen Aufbruchsstimmung nach der jahrelangen Depression, ein weitgehender Konsens zwischen Bevölkerung

²⁷⁴ Jahresrechnung 1932/33, veröff. im Haushalt 1934/35.

²⁷⁵ HMB 20.3.1933, StA 22040. Einblick in die ungeheure Not geben die Prot. des Wohlfahrtsausschusses und seiner Organe (ZR 11121-11123).

²⁷⁶ Kurzer Überblick auf Reichsebene mit neuer Lit. bei D.Petzina: Soziale und wirtschaftliche Entwicklung, DVG IV S.666-681. Für die Landesebene vgl. H.Hesse: Auswirkungen nationalsozialistischer Politik auf die bayerische Wirtschaft, ZBLG 43 (1980) S.379-485.

²⁷⁷ Sr-Prot. 17.7.1929, vgl. Schmetzer S.84.

²⁷⁸ Vereinbarung AA-Wohlfahrtsamt 31.3.1930, ZR 11077; hier und in ZR 4741 Näheres zur Beziehung Stadt-AA vor 1933.

²⁷⁹ Vgl. Sr-Prot. 1.2.1933. Das Gereke-Programm, benannt nach dem Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, hatte ein Volumen von 600 mio RM. Überblick bei W.A.Boelcke: Arbeit und Soziales, DVG IV S.793-807, hier S.802.

²⁸⁰ Reg. an Minn 22.2.1933, Abschrift in ZR 11310; ebd. weitere Details zu den Anmeldungen für das Gereke-Programm (u.a. der neue Donaudüker), vgl. auch HA-Prot. 11.1.1933 und Schmetzer S.85.

²⁸¹ Vgl. zur Konzeptlosigkeit der NS-Wirtschaftspolitik allg. C.Kruse: Die Volkswirtschaftslehre im Nationalsozialismus, Freiburg 1988.

²⁸² RGBI I S.323 und DurchfVO 28.6.1933, RGBI I S.425; Urheber war Staatssekretär Fritz Reinhardt vom RFM.

und Regime. In der Wirtschaft selbst stellten die Stärkung der Position des Unternehmers und die Zerschlagung der Gewerkschaften ebenso wie die von Anfang an vergebenen staatlichen Rüstungsaufträge das Vertrauen in den bevorstehenden Aufschwung allmählich wieder her²⁸³.

Der Schwerpunkt der Arbeitsbeschaffung lag auf dem Bausektor²⁸⁴. Insbesondere sollten Instandsetzungsmaßnahmen und Umbauten an öffentlichen Gebäuden gefördert werden, daneben Kleinsiedlungsprojekte, Anlagen zur Gas-, Wasser- und Stromversorgung, Tiefbauten, Flußregulierungen etc. Kriterium für die Vergabe der Zuschüsse bzw. Darlehen aus dem Reinhardt-Programm war der volkswirtschaftliche Wert der geplanten Maßnahme, besonderes Gewicht lag auf dem schnellen Baubeginn und auf der Beschäftigung möglichst vieler Arbeitsloser. Für all dies hätten die klassischen Methoden öffentlicher Investitionsfinanzierung - Steuern und Anleihen - nicht genügt, da jede Steuererhöhung die Belebung der privaten Investitionstätigkeit gehemmt hätte und der Kapitalmarkt zur Aufnahme großer öffentlicher Anleihen nicht in der Lage war. So griff man zu einer neuen Finanzierungsmethode: Unternehmen und Gebietskörperschaften konnten zur Arbeitsbeschaffung Wechsel auf Sonderinstitute des Reichs ziehen, vor allem die "Öffa" (Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten), die in der Regel mehrfach verlängert und dann aus dem Reichshaushalt abgedeckt wurden. Damit stieg die Liquidität der Unternehmer, die nun ihrerseits ihre Bankkredite zurückzahlen konnten, wie auch die der Geschäftsbanken selbst; sie hatten bekanntlich nach der Kündigung ausländischer Gelder und dem Abzug der inländischen Sparguthaben den größten Teil ihrer Handelswechsel bei der Reichsbank einreichen müssen, die sie als Deckung für den Bargeldumlauf nutzte. Dieser geriet nun wieder in Gang, der Geldmarkt stabilisierte sich.

Ein weiterer, auch sozialpolitisch einschneidender Bestandteil des Reinhardt-Programms war die Förderung der Eheschließungen, die zur Verdrängung der Frauen aus dem Arbeitsmarkt beitragen sollte - in Regensburg mit Erfolg: Die Zahl der Hochzeiten schnellte ebenso in die Höhe wie im Anschluß daran die Geburtenziffer. Auch zum Reinhardt-Programm selbst meldete die Stadt eine Reihe von baureif vorliegenden Projekten an, teils dieselben wie zuvor zum Gereke-Programm. Tatsächlich hat sie 1933 noch drei Öffa-Darlehen in Höhe von zusammen 162000 RM aufgenommen, mit denen verschiedene Tiefbauten finanziert wurden²⁸⁵.

Die bayerische Landesregierung schloß sich dem Vorgehen des Reichs mit einem eigenen Arbeitsbeschaffungs-, dem Siebert-Programm an²⁸⁶. 17 baureife Projekte, teils wieder dieselben wie zum Reinhardt-Programm, schlug die Stadt Regensburg hierfür vor, darunter zunächst als größten Posten 100 neue Siedlerstellen am Harthof²⁸⁷. Gefördert wurden schließlich vier Maßnahmen, die Stadt erhielt gering verzinsliche Darlehen von gut 320000 RM, davon allein 190000 RM für den neuen Donaudüker²⁸⁸; Schottenheim zeigte sich enttäuscht, nachdem mit dieser Summe "nicht allzu viel auszurichten" sei²⁸⁹. Der Vorteil lag trotz der Neuverschuldung darin, daß eine so verarmte Stadt wie Regensburg auf andere Weise an die dringend benötigten Darlehen kaum herangekommen wäre.

²⁸³ Vgl. Petzina (s.Anm.276) S.666 ff.

²⁸⁴ Vgl. 1.Vierjahresplan, von der Reichsregierung beim Nürnberger Parteitag im September 1933 verkündet; vgl. auch Bayern im ersten Vierjahresplan S.82 ff.

²⁸⁵ Die Einzelheiten in ZR 11113 und StA 16759, vgl. HA-Prot. 19.7.1933.

²⁸⁶ Rundschreiben Reg. 7.7.1933, ZR 11311, vgl. HA-Prot. 6.11.1933. Ausführlich und pathetisch zum Siebert-Programm: Bayern im ersten Vierjahresplan S.371 ff. Die bedachten Kommunen sollten "propagandistische Veröffentlichungen in der Lokalpresse" unterbringen (Rundschreiben Bayer.Gemeindetag 17.2.1934, ZR 11311).

²⁸⁷ Verzeichnis der Anträge zum Siebert-Programm Stand 16.11.1933, ZR 11311, vgl. HA-Prot. 6.11.1933.

²⁸⁸ Mitteilung Bayerischer Gemeindetag 26.1.1934, ZR 11311; Darlehen 9.3./17.4.1934 und Abschlußberichte zu den einzelnen Maßnahmen ebd., vgl. auch Sr-Prot. 11.5.1934 und StA 16759.

²⁸⁹ Notiz 26.1.1934, DS 696.

2. Städtische Aktivitäten zur Arbeitsbeschaffung²⁹⁰

a. Der Katalog städtischer Maßnahmen

"Arbeit und Brot" zu schaffen, war das Programm Schottenheims, der sich alle paar Tage über die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt unterrichten ließ²⁹¹. Als Sofortmaßnahme ordnete er bei seinem Amtsantritt an, daß bei Neueinstellungen ausschließlich Wohlfahrtserwerbslose aus Regensburg angefordert werden durften²⁹². Zur Förderung des gewerblichen Mittelstands schränkte er den Kreis der städtischen Lieferanten ein, wie von der NSDAP seit langem gefordert. Aufträge und Lieferungen durften nicht mehr an Warenhäuser und Konsumvereine vergeben werden, ebensowenig wie an nichtdeutsche Firmen²⁹³. Hierunter waren nicht nur ausländische, sondern auch Firmen zu verstehen, die Juden gehörten oder von ihnen geleitet wurden, sowie solche, die "als auf marxistischer Grundlage aufgebaut" galten²⁹⁴. Betroffen wurden also vor allem die Regensburger Kaufhäuser in jüdischem Besitz und die genossenschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen. Prompt gingen zahllose Angebote und Bittbriefe "arischer" ortsansässiger Geschäftsleute ein, die angeblich schon immer mit dem Nationalsozialismus sympathisiert hatten²⁹⁵. Denunziationen waren an der Tagesordnung²⁹⁶; wer konnte, wies nach, wie sehr er früher unter dem "schwarzen Filz" gelitten habe, und legte Empfehlungsschreiben der Partei oder der SA bei²⁹⁷.

Die städtischen Dienststellen hatten alle Liefer- und Leistungsvereinbarungen zu melden²⁹⁸, jeder Warenabsatz, jede Sammelbestellung im Dienst wurde untersagt²⁹⁹. Schottenheim forderte wiederholt von seinen Untergebenen, wie von der IHK empfohlen³⁰⁰, bei ihren Einkäufen das einheimische Gewerbe zu berücksichtigen³⁰¹. In einem anderen Bereich der nationalsozialistischen Mittelstandspolitik blieb Schottenheim dagegen im Interesse seiner Untergebenen stur: Er verweigerte die von Partei und Regierung vielfach geforderte Auflösung der städtischen Regiebetriebe. Die Diskussion um die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen war unter Schlagworten wie "kalte Sozialisierung" und "Kommunalsozialismus" schon in den späten zwanziger Jahren mit großer Schärfe geführt worden, und nicht nur die NSDAP hatte

²⁹⁰ Vgl. allg. Strölin passim.

²⁹¹ Seine Notizen in DS 696.

²⁹² Verf. 20.3.1933, wiederholt am 4.5. und 24.10.1933, ZR 11077 und ZRa 14103.

²⁹³ Verf. 25.3.1933, ZR 3726, 9042 und DS 514. Münchens kommissarischer Bürgermeister Fiehler gab eine inhaltsgleiche Anweisung, vgl. Hanko S.417. Zur Mittelstandsideologie der NSDAP auf Landesebene wie zur Wirtschaftspolitik der Staatsregierung Domröse S.303 ff.

²⁹⁴ Verf. 23.1.1934, ZR 9042 und JUG 500. Nachdem die Anweisung jeweils nach einigen Monaten wiederholt wurde, kann sie nicht allzu ernst genommen worden sein. Noch 1937 drohte Sch., jeden Beamten zur Rechenschaft zu ziehen, der Bestellungen nach auswärts vergebe (Verf. 15.3.1937, vgl. E-Werk an Ref.IV 20.3.1937, ZRa 14103).

²⁹⁵ Vgl. z.B. Graphische Kunstanstalt Schiele an Stadt 4.11.1933, ZR 16460.

²⁹⁶ Vgl. z.B. Beschwerde der "Bauhütte" über die Konkurrenzfirma Riepl 30.4.1934, ZRa 14104; hierzu Notizen Sch. 26.9. und 2.10.1934, DS 666. Vgl. Klage der Schreinerinnung über ein Mitglied, von dessen Beschäftigten nur 2 der SA angehörten, ZR 10265 b; hier auch weitere Beschwerden, Denunziationen etc.

²⁹⁷ Viele Belege in ZRa 14104, vgl. auch ZRa 14105 (Kohlenhandlung Weidinger), ZR 17171 (Metzgermeister Werner) und ZR 18660 (Drogerie Sammüller).

²⁹⁸ Undatierte Verf., wohl April 1933, ZR 9042 und ZRa 14104.

²⁹⁹ Verf. 22.6., 25.7.1933 und 3.12.1934, ZR 9042.

³⁰⁰ Vgl. z.B. IHK an bayer. Außenministerium 27.3.1933, Abdruck in ZR 10185, VO 1.4.1933, GVBl S.98, und Gesetz zum Schutze des Einzelhandels 12.5.1933, RGBI I S.262. Zahlreiche weitere Vorschriften in ZR 3726 und 9042.

³⁰¹ Vgl. IHK an Stadt 5.7.1933, ZR 4048, und Verf. Sch. 25.7., 14.10., 4.11.1933 und 3.12.1934, ZR 3726 und 9042. Lt. Vermerk Reinemer 9.12.1935 war die Verf. nun überflüssig, da ihr Inhalt "den Beamten in Fleisch und Blut übergegangen ist und sich Jahre hindurch keine Mißstände gezeigt haben".

regelmäßig den Rückzug der öffentlichen Hand aus dem Wirtschaftsleben gefordert, da es nicht ihre Aufgabe sei, dem Privatgewerbe Konkurrenz zu machen³⁰². Diese Argumentation war auch Bestandteil der offiziellen Politik der Staatsregierung. 1932 hatte sie die Regierungen angewiesen, den Gemeinden keine Regiebetriebe mehr zu genehmigen und bestehende Konzessionen nach Möglichkeit zurückzuziehen³⁰³. Hipp hatte daraufhin bestritten, daß diese Betriebe in Konkurrenz zur Privatwirtschaft stünden³⁰⁴, und Schottenheim übernahm die Argumente seines Vorgängers fast wörtlich: Die städtischen Regiebetriebe erwirtschafteten geringe Umsätze, würden nur für verwaltungsinterne Aufgaben eingesetzt oder trügen Risiken, die privaten Kapitalgebern nicht zuzumuten seien. Vor allem aber sei es nicht möglich, den dort Beschäftigten Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft zu vermitteln³⁰⁵. Es ergibt sich das erstaunliche Fazit, daß der Oberbürgermeister hier die Interessen der Stadt gegenüber eindeutigen Forderungen der Partei wie auch der Staatsführung nachdrücklich - und erfolgreich - verteidigte³⁰⁶.

In dem von der Partei ebenfalls seit langem propagierten Kampf gegen Schwarzarbeit und Doppelverdiener sah Schottenheim dagegen einen wichtigen Beitrag zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Alle städtischen Beamten hatten ihre Nebeneinkünfte und die ihrer Ehefrauen zu melden, im Juni 1933 wurden sie "im Interesse der Arbeitsbeschaffung" gesperrt³⁰⁷. Eine wichtige Rolle als Überwachungsinstrument spielte dabei der dem Oberbürgermeister persönlich unterstellte "Hilfsbund für Arbeitsbeschaffung", den er als Ersatz für das bisherige Arbeitsbeschaffungsamt gegründet hatte³⁰⁸. Dieser Hilfsbund hatte sein Büro im Rathaus, wurde von einem städtischen Beamten geleitet und arbeitete eng mit der SA-Fürsorge zusammen³⁰⁹. Auch er rief öffentlich zur Förderung des örtlichen Gewerbes auf³¹⁰, nahm Meldungen über Schwarzarbeit und Doppelverdiener entgegen, ging Klagen über die Verzögerung von Baugesuchen nach, schaltete sich in Finanzierungsverhandlungen für Neubauten ein, vermittelte Hausgehilfinnen und nötigte gelernte Landarbeiter durch die Drohung, jede Unterstützung einzustellen, zur Rückkehr in die Landwirtschaft. Seine Hauptarbeit bestand allerdings in der Beschaffung von Geldern für das Siedlungsprojekt des Oberbürgermeisters³¹¹.

Ein weiterer Beitrag der Stadt zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit lag in der "Säuberung" der Statistik. Als Kontrollmechanismus diente dabei das Instrument der wöchentlich 16-stündigen, nicht vergüteten Pflichtarbeit. Anzuordnen war sie, wie Sozialreferent Zwick verfügte, bei "amtsbekannten Arbeitsscheuen", wenn der Verdacht auf Schwarzarbeit vorlag, oder auch

³⁰² Vgl. A.Köttgen: Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden, in 100 Jahre Deutsches Rechtsleben, Karlsruhe 1960 S.577 ff. F.Blaich: Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Wirtschaftspolitik während der Weltwirtschaftskrise 1929-1932, AfK 9 (1970) S.92-108. G.Ambrosius: Aspekte kommunaler Unternehmenspolitik in der Weimarer Republik, AfK 19 (1980) S.239-261. Überblick mit neuer Lit. bei W.Berg: Wirtschaftsverwaltung einschließlich Bauwesen, DVG IV S.421-434, hier S.429.

³⁰³ Verf. 21.10.1932, Abdruck in ZR 16521; sinngemäße Regelungen dann auch in §§ 67 und 68 DGO (1935).

³⁰⁴ Bericht 18.1.1933, ZR 16521. Es ging um die Installationsabteilung der Werke, die Gasverbrauch GmbH, die Stadtlagerhaus GmbH, die Hapag-Reise- und Verkehrsbüro GmbH, den Kraftwagen- und den Kranbetrieb.

³⁰⁵ Bericht 4.10.1934, ZR 16521; ebd. und in ZR 16977 Näheres zur Forderung der Landesregierung, die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen einzuschränken.

³⁰⁶ Vgl. auch ZR 10880 zur Forderung der Reichsanstalt für Arbeit, jüngere Kräfte möglichst durch ältere und verheiratete zu ersetzen, die schwerer vermittelbar waren (Sommer 1934); auch hier erwies sich die Stadt zugunsten ihrer Beschäftigten als unflexibel.

³⁰⁷ Verf. 12.4. und 28.6.1933, ZR 3726 und 9042.

³⁰⁸ Vgl. BOw 13.6.1933 und RA 16.6.1933, die Auflösungsverf. für das Arbeitsbeschaffungsamt (4.7.1933) in ZR 18744.

³⁰⁹ So übernahm die Stadt die Sozialleistungen für eine Mitarbeiterin der SA-Brigade 81, da ihre Arbeit auch dem Hilfsbund zugute komme; der Vorgang in ZRa 13276 q.

³¹⁰ Vgl. Dank der IHK 7.7.1933, ZR 4048. Zum Hilfsbund allg. Weinmann S.239 ff.

³¹¹ Tätigkeitsbericht des Hilfsbundes 12.2.1934, DS 696, vgl. auch Notizen Sch. 10., 13.1. und 10.2.1934, ebd., und RA 8.8.1933.

bei Jugendlichen, die sich weigerten, in den Arbeitsdienst einzutreten. Wer auch die Pflichtarbeit verweigerte, verlor den Anspruch auf Geldunterstützung, zudem wurde im Einzelfall die Polizei verständigt, die zu prüfen hatte, ob nicht "die Voraussetzungen des Zigeuner- und Arbeitsscheuen-Gesetzes" von 1926 vorlagen³¹².

Generell herrschte also großes Mißtrauen gegenüber den Wohlfahrtserwerbslosen³¹³. In der ersten Sitzung des Wohlfahrtsausschusses nach Schottenheims Amtsantritt begrüßte Zwick die neugewählten Mitglieder mit der Bitte, "mit allen Kräften bei der Bekämpfung der Schmarotzer und Schädlinge der Fürsorge mitzuwirken."³¹⁴ Und Schottenheim überprüfte noch 1935 persönlich in den Krankenhäusern, ob die vom Wohlfahrtsamt unterstützten Patienten tatsächlich der stationären Pflege bedurften - mit dem Ergebnis, daß dies in mindestens einem Drittel der Fälle nicht nötig sei³¹⁵. Insbesondere mißtraute man den Wohlfahrtserwerbslosen aus den "kommunistisch vollkommen verseuchten" Vororten Keilberg, Brandlberg und Schwabelweis, die sich angeblich gar nicht ernsthaft um Arbeit bemühten³¹⁶. In Wahrheit jedoch kamen Arbeitsverweigerungen nur sehr selten vor³¹⁷, vielmehr haben im Sommer 1933 täglich über 100, im Herbst dann über 200 Wohlfahrtserwerbslose Pflichtarbeiten für die Stadt geleistet, so im Kalkwerk Büechl, wo das Material für den Wegebau im Schottenheim gebrochen wurde, beim Museumsbau, der Erweiterung des Stadtparks oder im Notwohnungsbau am Sandberg³¹⁸; nicht herangezogen wurden nur arbeitslose SA- und SS-Angehörige³¹⁹.

Auch an die verschiedensten Behörden, Betriebe und Institutionen traten der Hilfsbund und Schottenheim selbst immer wieder heran und baten, bei Baumaßnahmen und Lieferungen das örtliche Gewerbe zu berücksichtigen³²⁰. Dieses selbst wurde gedrängt, nach Möglichkeit Regensburger Wohlfahrtserwerbslose einzustellen, wobei vor allem auf der Herbstkampagne der Zuckerfabrik große Hoffnungen ruhten³²¹. Die Einflußnahme ging so weit, daß man sogar auf die Verwirklichung noch nicht geplanter Projekte drängte, wenn etwa der Oberbürgermeister die Hausbesitzer aufforderte, anstehende Reparaturen an ihren Häusern sofort durchführen zu lassen, um "hungernden Volksgenossen Arbeit und damit Brot" zu geben; wer "aus purem Eigennutz" Reparaturen unterlasse, obwohl er sie sich leisten könne, handle unsozial³²². Großen Erfolg kann die Aktion nicht gehabt haben, denn 1935 wurde sie wiederholt³²³.

³¹² Verf. Zwick 31.7.1933, ZR 11076 a, vgl. HA-Prot. 2.8.1933.

³¹³ Viele Belege in ZR 11076 b. Vgl. z.B. Zwick an Ref.V 14.9.1934: "Es steht zu erwarten, daß eine große Anzahl (...) von der Unterstützung ausscheiden wird, wenn die Unterstützungsgewährung von der Leistung von Arbeit abhängig gemacht wird." Vgl. auch Bericht des Hilfsbunds 12.2.1934, DS 696, wonach viele Schwervermittelbare "dem Dienstgeber nicht zugemutet werden können".

³¹⁴ Prot. 31.5.1933, ZR 11125.

³¹⁵ Notiz 3.7.1935, DS 696.

³¹⁶ Bericht des Wohlfahrtsamts-Offizianten Hartl 22.5.1933, ZRa 13767, vgl. den Schriftwechsel über die Belegschaften der Schwabelweiser Großbetriebe, ZRa 13767.

³¹⁷ Zwick an AA 24.10.1933, ZR 11076 a.

³¹⁸ Zwick an AA 24.10. bzw. 5.12.1933, ebd.; hier auch weitere Einzelheiten.

³¹⁹ Zwick an die betroffenen Dienststellen 27.3.1934, ZR 11076 a. Ab Herbst 1935 brauchten über 60-jährige WE keine Pflichtarbeit mehr zu leisten (Verf. Zwick 30.10.1935, ebd.). Endgültig abgeschafft wurde sie mit Verf. Zwick 5.9.1940 (ebd.).

³²⁰ Vgl. z.B. Bitte an Bischöfliche Administration, bei einer Baumaßnahme nur Firmen aus Rgbg. heranzuziehen; der Schriftwechsel in ZRa 13026. Viele weitere Belege in ZRa 13025.

³²¹ Vgl. Bericht Wohlfahrtsamt 25.11.1935, DS 696, wonach die Zuckerfabrik sich Hilfskräfte v.a. von SA und SS vorschlagen ließ.

³²² Anweisung an die Feuerbeschauer, die Hausbesitzer unter Druck zu setzen, 12.7.1933, ZR 19957. Vgl. auch Vorschlag an Krankenhaus der Barmherzigen Brüder, neue Möbel zu beschaffen, womit man sich aber eine Abfuhr einhandelte (ZRa 13025).

³²³ Vgl. ZRa 12303, vgl. auch Tätigkeitsbericht Hilfsbund 12.2.1934, DS 696.

Demonstrativ beteiligte sich Schottenheim gemeinsam mit führenden Parteifunktionären an Haus- und Straßensammlungen für die Arbeitsbeschaffung, wobei allerdings die Ergebnisse in Regensburg ungewöhnlich schlecht gewesen sein sollen³²⁴. Selbst Angebote Regensburger Firmen unterstützte der Oberbürgermeister von Fall zu Fall gegenüber Dritten - bei den Kasernenbauten etwa mit dem Hinweis auf die Vorleistungen der Stadt, die man nun honoriert wissen wollte³²⁵. Bittbriefe örtlicher Betriebe an ihre Gläubiger befürwortete das Stadtoberhaupt unter Hinweis auf die katastrophale Lage am Regensburger Arbeitsmarkt. War ein Betrieb dennoch eingegangen oder kämpfte um sein Überleben, wie etwa die Bleistiftfabrik Rehbach und das Leichtsteinwerk Obpacher, so engagierte sich die Stadtspitze sehr stark in die verschiedensten Richtungen, sei es durch Bürgschaften und Forderungsverzichte, sei es durch eine Vermittlertätigkeit gegenüber den Banken oder möglichen Kaufinteressenten³²⁶.

Ebenso wie sein Vorgänger wehrte sich Schottenheim gegen Pläne zur Verlagerung von Behörden und Betrieben, etwa der 1932/34 drohenden Schließung der Oberpostdirektion³²⁷ oder der Sauerkrautfabrik Hengstenberg, deren Abwanderung 1935 drohte, falls es nicht gelang, ihr Expansionsgelände zu verschaffen. Wie so häufig, schaltete sich Herrmann in die Grundstücksverhandlungen ein und vermittelte dem Betrieb ein neues Gelände in Hafennähe³²⁸. Eine indirekte Wirtschaftsförderung bedeutete es schließlich, wenn die städtische Gewerbeaufsicht aus Rücksicht auf die betroffenen Betriebe darauf verzichtete, Auflagen zur Luft- und Wasserreinigung zu machen und ihre Einhaltung auch tatsächlich zu überwachen.

Auch durch die Förderung von Publikationen sowie einer Vielzahl von Ausstellungen und Messen hat sich die Stadt um die örtliche und regionale Wirtschaft bemüht. Autoren wie Voggenreiter und Trampler erhielten ebensolche Unterstützung wie die "Wirtschaftliche Werbestelle der Bayerischen Ostmark" bei Ausstellungen in anderen Gauen, und in Regensburg selbst zeigten verschiedene Stellen ständig Wandergewerbeschauen, Handwerksmessen, Landwirtschaftsausstellungen und ähnliches, zumeist gefördert vom Reichspropagandaministerium bzw. den von ihm beauftragten Veranstaltern, nicht selten auch von den örtlichen Parteidienststellen. Die Titel dieser Veranstaltungen wechselten; nicht immer war für den Besucher von vorneherein erkennbar, daß es auch bei Ausstellungen wie "Die deutsche Frau im deutschen Heim", einer "Ostmarkfunkwoche" oder dem "Regensburger Knackwurstmarkt" um die Förderung des örtlichen und regionalen Gewerbes ging. Auch für die ausdrücklich diesem Zweck gewidmeten Ausstellungen, etwa "Volk und Wirtschaft" oder der "Regensburger Leistungsschau", stellte die Stadt die Stadthalle kostenlos zur Verfügung; Schottenheim übernahm sehr häufig das Protektorat³²⁹. Die mit Abstand größten dieser Veranstaltungen waren die "Braunen Ostmarkmessen" 1934 und vor allem 1935, initiiert von der Gauleitung und durchgeführt vom Berliner "Institut für deutsche Wirtschaftspropaganda"³³⁰. Handwerks- und Industriebetriebe zeigten ihre Erzeugnisse, der Reichsnährstand, der Arbeitsdienst und verschiedene Parteigliederungen erhielten Gelegenheit zur Selbstdarstellung. Es gab Film- und Konzertabende, Sportveranstaltungen, eine Sternfahrt von ADAC und

³²⁴ Vgl. Notiz Sch. 8.4.1934, DS 846, wonach es hierüber zu einem öffentlichen erregten Streit zwischen Rakobrandt und Weigert gekommen war.

³²⁵ Vgl. Notiz Sch. 19.6.1934, ZRa 13025: Enttäuschung, daß Betriebe aus Rgbg. beim Kasernenbau nicht bevorzugt berücksichtigt wurden. Vgl. z.B. auch den (erfolglosen) Versuch, der Lederfabrik Günther zu größeren Lieferkontingenten nach Frankreich zu verhelfen (ZRa 12857).

³²⁶ Empfehlungs- und ähnliche Schreiben in ZRa 12855 und 13025 f. Zum Überlebenskampf des Leichtsteinwerks, an dem die Stadt finanziell beteiligt war: ZR 17037 f. (Vorgeschichte), 17048 f. und ZRa 14265.

³²⁷ Einzelheiten in ZR 10473, vgl. auch Notiz Sch. 24.9.1934, DS 846.

³²⁸ Der Vorgang in ZR 16375, vgl. auch Notiz Sch. 8.1.1935, DS 666. Noch 1943/44 wurden die Hengstenberg-Anlagen am Auweg mehrfach erweitert, vgl. Stadt an Bpb 25.8.1943 bzw. 30.9.1944, DS 549.

³²⁹ Einzelheiten in ZRa 14068, 14073 und 14081; zur Handwerkswoche (Oktober 1933) ZRa 14013.

³³⁰ Vgl. dessen Broschüre in ZRa 14084. Vgl. auch die Werbeschrift Illustrierte Wirtschaft 4/1935. Zu den "Braunen Messen" Weinmann S.53 f.

NSKK, Lehrschauen des Reichsluftschutzbundes und vieles mehr³³¹. 1935 kamen zur "Braunen Ostmarkmesse" allein rund 90000 Besucher, 750000 RM wurden umgesetzt³³².

Insgesamt darf man annehmen, daß den Aktivitäten des Hilfsbunds und den anderen hier dargestellten Maßnahmen vor allem psychologische Bedeutung zukam. Reichsweit hatte sich gezeigt, daß die private Investitionsbereitschaft allein schon infolge der Erwartung stieg, der neuen Regierung werde die Überwindung der Krise gelingen. Demgegenüber wirkten alle direkten städtischen Bemühungen wie ein Tropfen auf den heißen Stein: Man konnte bitten und betteln, intervenieren und intrigieren, vielleicht auch auf dem Umweg über die Partei Druck auf die Privatwirtschaft ausüben, aber tatsächliche Befugnisse bestanden angesichts des Vermittlungsmonopols des staatlichen Arbeitsamtes nicht. Wenn der Aufschwung schließlich auch Regensburg erfaßte, beruhte dies überwiegend auf externen Impulsen.

b. Die Mißerfolge: Konkurse und gescheiterte Ansiedlungsprojekte

Die tatsächliche Hilflosigkeit der Stadtverwaltung erwies sich immer wieder. So erregte 1933/34 der Konkurs der Bleistiftfabrik Rehbach an der Marschallstraße, der trotz aller Bemühungen auch der Stadtverwaltung nicht verhindert werden konnte, großes Aufsehen. Doch stellte er nur die Spitze des Eisbergs dar³³³: Bis in die späten dreißiger Jahre nahm die Zahl der Gewerbebetriebe in der Stadt laufend ab, es vollzog sich wie überall im Reichsgebiet trotz der vorgeblichen Förderung des Mittelstands ein Konzentrationsprozeß, dem vor allem kleine Handwerksbetriebe und Geschäfte häufig nicht standhielten³³⁴.

Bei Rehbach handelte es sich um einen der traditionsreichsten Betriebe der Stadt. Gegründet um 1825, hatte das Unternehmen im späten 19. Jahrhundert Weltruf erlangt³³⁵, erlitt jedoch in der Weltwirtschaftskrise schwere Einbußen und stand bei Schottenheims Amtsantritt unmittelbar vor dem Zusammenbruch. Soeben war der Betrieb eingestellt worden, und nun setzten dramatische Rettungsversuche für die zuletzt rund 70 Arbeitsplätze ein. Die städtische Sparkasse wie auch die Stadtverwaltung übernahmen nach schwierigen Verhandlungen mit der Aufsichtsbehörde³³⁶ in großem Umfang Risiken, damit die Banken der Fabrik neue Überbrückungskredite zur Verfügung stellten³³⁷, dennoch mußte Rehbach im Sommer 1933 schon wieder um frische Kredite und Bürgschaften bitten, zugleich aber das allein noch ertragreiche Auslandsgeschäft einstellen und weitere Arbeitsplätze abbauen. Nach dem Krieg sollte Firmeninhaber Ammon behaupten, Schottenheim habe in seinem exzessiven Antisemitismus den Betrieb in den Bankrott getrieben, indem er auf der Entfernung der jüdischen Auslandsvertreter der Bleistiftfabrik bestand³³⁸. Immer wieder stand die Produktion in den

³³¹ Zum offiziellen Empfang der Gauleitung im Neuhaussaal mit Ansprache Ruckdeschels 19.5.1935: ZRa 14013.

³³² Reg. an RMdI 7.6.1935, StA 22037, sowie RPB 7.5. und 7.6.1935. Vgl. aus städtischer Sicht ZR 14068 sowie BOm 6.2.1935.

³³³ Verzeichnis der Konkursverfahren Stand 11.7.1934 (darunter einige jüdische Betriebe) in ZRa 12240. Zum Konkurs des kleinen Hüttenbetriebs der Illerwerke im Südosten der Stadt: ZR 16238 f. und DS 884. Auf dem Werks-gelände richtete das Tiefbauamt Ende 1937 sein Baulager ein. Zur Stilllegung der Druckerei Manz und des Säge-werks Jakob (1935): ZR 10871.

³³⁴ Zahl der Gewerbebetriebe 1.7.1933: 5011 - 31.12.1939: 3874, vgl. ZR 11311, ZRa 13757, ZR 16571 und StA 16424 sowie allg. Petzina (s.Anm.276), hier S.675.

³³⁵ Vgl. allg. ZRa 12855.

³³⁶ Die Einzelheiten in StA 16424.

³³⁷ Forderungsabtretungsvertrag 7.4.1933, ZRa 13734, vgl. HA-Prot. 22.2., 8. und 29.3.1933. Schriftwechsel mit Schuldner des Unternehmens in ZRa 13904-13907.

³³⁸ Ammon trat 1947 als Zeuge im Entnazifizierungsprozeß gegen Sch. auf, vgl. Babl S.6. Der Wahrheitsgehalt der Aussage war nicht nachprüfbar.

folgenden Monaten still, einmal wegen Kohlenmangels, dann weil das Porto für die Waren- sendungen nicht bezahlt werden konnte. Trotz aller Bedenken half jedoch die Stadt immer wieder aus - regelmäßig mit dem Hinweis, daß es sich diesmal nun wirklich um den letzten Versuch handele. Der Verdacht kam auf, diese Langmut sei darauf zurückzuführen gewesen, daß die Inhaberfamilie Ammon mit Rechtsrat Ehrhardt und Stadtrat Prießhäußer befreundet war³³⁹. Trotz allem erwiesen sich die Sanierungsbemühungen als vergeblich, Anfang 1934 mußte Rehbach die Produktion endgültig einstellen³⁴⁰. Schottenheim veranlaßte Ammons Überwachung durch die Polizei, damit er sich nicht ins Ausland absetzen konnte³⁴¹; wegen des Verdachts, seine Geschäftsführung habe zum Zusammenbruch des Betriebs geführt, kam Ammon sogar für kurze Zeit in Schutzhaft³⁴². Mitte 1934 ging das bereits recht herunterge- kommene Fabrikgelände im Zuge der Zwangsversteigerung auf die Hypobank über³⁴³, später nutzte die NSV Teile davon als Lager für die Spenden, die für das Winterhilfswerk eingingen³⁴⁴. 1937/38 verkaufte die Hypobank die Einzelteile des Betriebsgeländes an verschiedene Firmen, darunter die Edeka³⁴⁵.

Für die Ansiedlung neuer Betriebe war Herrmann als Grundstücksreferent zuständig. Jedoch bleibt festzuhalten, daß keine der beiden großen Betriebsansiedlungen - Messerschmitt und Südholag - auf städtische Initiative erfolgte, während viele weitere Ansätze zur Industrialisie- rung trotz teils vielversprechender Verhandlungen gescheitert sind. Schottenheim verglich an einer Ansiedlung interessierte Betriebe mit "einem Gebilde, das die Stachlichkeit eines Kak- tus mit der Mimosenhaftigkeit einer Zitterpappel verbindet"³⁴⁶.

Zu Herrmanns Aufgaben gehörte es, Regensburg bei expansionswilligen oder solchen Firmen ins Gespräch zu bringen, die eine Standortveränderung erwogen. In der Konkurrenz mit ande- ren Gemeinden erwies sich dabei der geringe Grundbesitz der Stadt als äußerst hinderlich. Daher mußte man andere Leistungen anbieten, etwa Zuschüsse zur Geländeerschließung, Sondertarife für Strom, Gas und Wasser, Vermittlerdienste beim Grunderwerb oder ein Ent- gegenkommen bei der Besteuerung, doch war hier der gesetzlich zulässige Rahmen eng ge- steckt³⁴⁷. Genau dieses Entgegenkommen meinte Schottenheim, wenn er innerhalb der "Frühjahrsoffensive 1934" im Rahmen der "Arbeitsschlacht" in Zeitungsanzeigen und von der IHK verbreiten ließ, die Stadt biete Industriegelände zu günstigen Bedingungen an und werde "jedes Angebot zur Errichtung einer neuen Anlage mit allen ihr zu Gebote stehenden Vergünstigungen unterstützen"³⁴⁸. Doch beschränkte man sich nicht nur auf allgemein gehal- tene Angebote. Vielmehr sind zahlreiche devot gehaltene Schreiben an Betriebe erhalten geblieben, von denen man gerüchtweise gehört hatte, daß sie Erweiterungspläne verfolgten; zumeist erhielt man nicht einmal eine Antwort³⁴⁹. Denn damals wie heute führte die scharfe Konkurrenz der Gemeinden dazu, daß sie sich gegeneinander ausspielen lassen mußten und

³³⁹ Notiz Sch. 11.1.1934, DS 878.

³⁴⁰ Einzelheiten in ZRa 13734, vgl. HA-Prot. 23.8., 11.10.1933 und 4.1.1934 sowie HMB 6.2.1934, StA 22040.

³⁴¹ Notizen 10. und 11.1.1934, DS 878.

³⁴² Notiz Sch. 14.3.1934, ebd., und Landesfinanzamt Nürnberg an Stadt 15.6.1934, ZRa 13734.

³⁴³ Finanzausschuß-Beschluß 27.3.1934, Antrag auf Zwangsversteigerung zu stellen; Einzelheiten in ZR 11239 (mit Plänen) und ZRa 13734.

³⁴⁴ Vgl. BA 19.12.1935.

³⁴⁵ Vgl. Berichte Gewerbeinspektor 13.11.1942 und 17.7.1943, DS 879, und H. an verlagerungswilligen Betrieb 15.7.1943, DS 889.

³⁴⁶ Programmrede Anfang 1941, DS 523.

³⁴⁷ Vgl. allg. Finke/Pohl passim.

³⁴⁸ Erschienen z.B. in "Geschäftliche Mitteilungen für die Mitglieder des Reichsstandes der Deutschen Industrie" 2 (1934), vgl. Stadt an IHK 13.12.1933, ZRa 13025. Vgl. die Bewerbung auf eine Anzeige der Erdal-Werke, ZR 16842, und auf Presseberichte über ein Strohzellstoffwerk, ZR 11235.

³⁴⁹ Beispiele in ZRa 13025.

nicht selten zuletzt Konditionen akzeptierten, die es fraglich erscheinen ließen, ob sich die Ansiedlung für die Gemeindekasse überhaupt noch rentierte.

Einige Beispiele aus der Zeit um die Jahreswende 1933/34³⁵⁰ mögen belegen, wie weit das Entgegenkommen der Stadtverwaltung im Einzelfall ging - oder gegangen wäre. So bemühte sie sich intensiv um die Ansiedlung der "Kreuzmotoren GmbH" (München), die Gelände, vor allem aber Kapitalgeber zur Herstellung eines neuartigen Verbrennungsmotors suchte. Gemeinsam machten sich Schottenheim, Herrmann und IHK-Vizepräsident Knab auf eine regelrechte Betteltour bei den größeren Betrieben in Regensburg. Schließlich erklärte sich die Stadt bereit, sich mit 20000 RM an den Stammaktien des erst noch zu gründenden Unternehmens zu beteiligen, obwohl nur technische, nicht aber betriebswirtschaftliche Gutachten über die Münchener GmbH vorlagen. Ein solches Vorgehen war nicht genehmigungsfähig; man mußte zur Kenntnis nehmen, daß man sich gefälligst "grundsätzlich von einer Beteiligung an der privaten Wirtschaft fernzuhalten" habe³⁵¹. Letztlich wurde das ganze Projekt, in das die Stadtspitze viel Energie investiert hatte, sang- und klanglos eingestellt.

Als Beispiel für die angesprochene Konkurrenz zu anderen Städten mag die in Landshut beheimatete "Mechanische Werkstätte Hermann Preißer" dienen, die sich etwa gleichzeitig mit der Kreuzmotoren GmbH um Erweiterungsgelände bemühte und einen Umzug nach Regensburg erwog. Auch in diesem Fall bot Herrmann "jede nur irgendwie vertretbare Unterstützung" an und legte eine Reihe von Grundstücksangeboten vor, doch machte schließlich die Stadt Landshut Preißer ein günstiges Angebot, und dieser entschied sich, an seinem Heimatstandort zu expandieren³⁵².

Schließlich trat die traditionsreiche Regensburger Chemiefabrik Barthel ebenfalls Anfang 1934 an die Stadt mit der Bitte heran, eine Versuchsanlage zur Harz- und Ölraffinade zu bezuschussen³⁵³. Dies war zwar nicht zulässig, doch trat die Stadt gegenüber verschiedenen Stellen nachdrücklich für die Interessen der Firma ein und gab ihr sogar einen Zwischenkredit³⁵⁴. Gleichzeitig von Barthel geplante, mit größter Geheimhaltung behandelte Projekte, die in irgendeiner Form mit der deutschen Rüstungsproduktion zu tun gehabt haben müssen³⁵⁵, scheinen entweder überhaupt gescheitert oder aber an der Stadtverwaltung vorbeigelaufen zu sein. Es ging dabei um den Tausch deutscher Eisenbahnwagen gegen rumänisches Öl, das in einer neuen Großraffinerie verarbeitet werden sollte, doch gewann der Oberbürgermeister später den Eindruck, Barthel wolle "ohne Geld Grund und Boden erwerben und bebauen"³⁵⁶.

Als überraschende Ausnahme von der generell gezeigten Industriefreundlichkeit der Stadtspitze sei ihr Widerstand gegen "Zementfabriken und ähnliche Staub speiende Industrien" erwähnt. In Vorwegnahme moderner Umweltschutzgedanken sah es Schottenheim als erforderlich an, zu verhindern, daß "das Wohnen in der Stadt unerträglichen Belästigungen ausgesetzt wird"³⁵⁷. So forderte er 1934 detaillierte Nachweise vom Kalkwerk Büechl, daß durch dessen geplante Zementfabrik keine Staubbelastigung für die Umgebung ausgehe; erst dann

³⁵⁰ Weitere Beispiele in ZR 16842 (Hoyer-Bau-System Stuttgart, 1934), DS 878 (Elektrochemische Fabrik E.Meier Stuttgart, 1934; Süddeutsche Wollverwertung Ulm, 1935), NIS 5 und DS 878 (Flachsroste 1936), DS 880 und 888 (Daimler-Benz-Großwerkstatt Friedenstraße/Galgenbergbrücke 1936/37), DS 881 (Neubauprojekt Lederfabrik Günther 1938), ZRa 14243 und 14265 (Brauhaus AG 1938 bzw. 1942).

³⁵¹ MIInn an Reg. und Stadt, wie der ganze Vorgang in ZR 17050 und StA 16424. Vgl. auch Notizen Sch. zur Werbeaktion, DS 878.

³⁵² Der Vorgang in ZR 16842, vgl. auch Notizen Sch. in DS 878.

³⁵³ Notizen Sch. 11. und 12.1.1934, ebd.

³⁵⁴ HA-Prot. 17.1.1934, Einzelheiten in ZRa 12860, vgl. auch das positive Gutachten des Reichsforstwirtschaftsrats über das neue Verfahren 17.5.1934, Abschrift in ZR 11184, und Notiz Sch. 18.5.1934, DS 878.

³⁵⁵ Vgl. Bericht H. über Verhandlungen in Berlin 16.4.1934, DS 878 und ZRa 12807. Ebd. auch einige Einzelheiten.

³⁵⁶ Notiz 8.5.1936, DS 666.

³⁵⁷ Programmrede Anfang 1941, DS 523 und ZR 3723.

sei er bereit, sich dafür zu engagieren³⁵⁸. Und sogar gegen die Pläne des mächtigen Göring-Konzerns, der 1939 ebenfalls ein Zementwerk errichten wollte, legte unter anderem die Stadt Einspruch ein, so daß die Betriebsleitung auf ihr Projekt verzichtete³⁵⁹.

3. Von der Massenarbeitslosigkeit zur Hochkonjunktur³⁶⁰

Im Herbst 1933 schien sich abzuzeichnen, daß man bei der Aufstellung des städtischen Wohlfahrtsetats viel zu optimistisch gewesen war: Der Haushaltsansatz wurde im ersten Rechnungshalbjahr um 95000 RM überschritten, eine Kürzung der Leistungen stand zu befürchten³⁶¹. Doch erwiesen sich diese Befürchtungen als unbegründet, denn nun wurden allmählich die ersten Auswirkungen der langsamen konjunkturellen Erholung spürbar³⁶². Eine Reihe kleiner Baumaßnahmen, etwa die beginnende Arbeit an der Schottenheim-Siedlung, trugen ebenso zum allmählichen Rückgang der Arbeitslosigkeit bei wie die Einstellung "alter Kämpfer" durch die Stadt und andere Behörden, aber auch die Bereinigung der Statistik. Wenn sich die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen von April 1933 bis Januar 1934 um über 1000 Personen verringerte³⁶³, so lag dies unter anderem daran, daß immerhin 380 Wohlfahrtserwerbslosen ihre Unterstützung gestrichen wurde, sei es wegen Arbeitsverweigerung, Ablehnung unattraktiver Stellen wie der eines Landhelfers oder von Pflichtarbeit, sei es auch wegen nicht nachgewiesener Hilfsbedürftigkeit. Gerade hierbei kam dem "Hilfsbund" große Bedeutung zu, der die Betroffenen scharf kontrollierte.

Im Jahresdurchschnitt 1933 waren 2261 anerkannte und 657 nicht anerkannte Wohlfahrtserwerbslose, zusammen mit ihren Familienangehörigen insgesamt 7918 Personen vom Bezirksfürsorgeverband unterstützt worden³⁶⁴. Die einzelne Familie eines Wohlfahrtserwerbslosen erhielt 550 RM im Jahr oder 45,83 RM monatlich: 38 RM Barunterstützung und 7,83 RM für Sachaufwand - 65 Pfennige mehr als eine von der Allgemeinen Fürsorge betreute Partei. Für einen Kleinrentner mußten 40 RM pro Monat, für einen Sozialrentner als Ergänzung zu seiner Rente 24,51 RM aufgewendet werden³⁶⁵. 1934 konnten die Sätze leicht erhöht werden. Für die Allgemeine Fürsorge galten die in der nachfolgenden Tabelle enthaltenen Richtsätze (RM pro Monat)³⁶⁶:

Wie ersichtlich, zählten die Monatsrichtsätze des Regensburger Bezirksfürsorgeverbands landesweit zu den niedrigsten. Inwieweit dies durch niedrigere Lebenshaltungskosten ausgeglichen wurde, läßt sich nicht ermitteln, da zuverlässige Vergleichszahlen fehlen.

³⁵⁸ Die Einzelheiten zum nachfolgenden Engagement in DS 874 und ZRa 12814.

³⁵⁹ Die Einzelheiten in DS 875, vgl. Prot. Referentenbespr. 17.10.1939, DS 555, Rh-Prot. 24.11.1939 sowie RPB 9.12.1939.

³⁶⁰ Auf den Gau bzw. den AA-Bezirk Rgbg. bezogene statist. Angaben bei Scharnagl S.21 und S.49 ff., vgl. auch A.Mörlein: Wirtschaft und Arbeitseinsatz der Arbeitsamtsbezirke Rgbg. und Cham in der Bayerischen Ostmark, München 1941. Zur Arbeitsverwaltung allg. H.Homburg: Vom Arbeitslosen zum Zwangsarbeiter, 1985. Zum Aufbau des dirigistischen Wirtschaftssystems (mit Lit.) W.A.Boetcke: Wirtschaftsverwaltung, DVG IV S.774-793.

³⁶¹ Bericht Wohlfahrtsamt 2.10.1933, DS 696.

³⁶² Vgl. AA an Stadt 20.10.1933, ZR 11077.

³⁶³ Undatierter, nicht unterzeichneter Vermerk, ZR 18573.

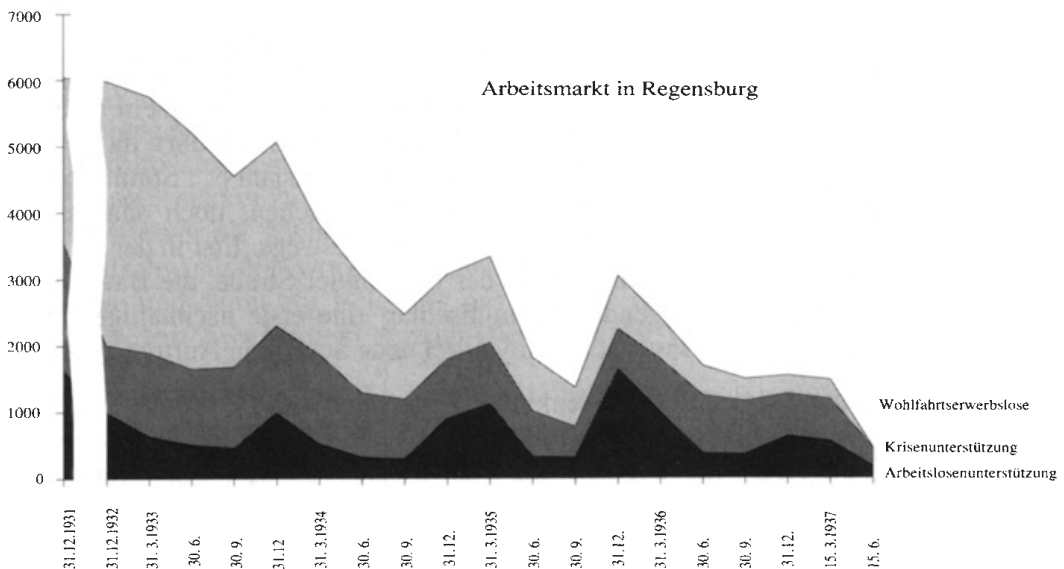
³⁶⁴ Vermerk Wohlfahrtsamtsleiter Mötsch 24.5.1934, ZR 18127.

³⁶⁵ Übersicht Zwick 10.10.1934, FIN 500. Lt. Vermerk Wohlfahrtsamt 24.5.1934 (ZR 18127) stammte über die Hälfte der monatlichen Aufwendungen pro WE (24,86 RM) aus Reichs- und Landeshilfen.

³⁶⁶ a = Alleinstehende, b = Ehepaare, jeweils mit eigenem Haushalt; Quelle: Revisionsbericht 1941, PAM 534, S.103; Stand 1.10.1936.

		Allgemeine Fürsorge		Gehobene Fürsorge		Kinderzuschlag
		a	b	a	b	
Ludwigshafen	m	44,50	55.-	47,70	59.-	
	w	40,50		43,50		
München		38.-	57.-	42.-	63.-	12.-
Augsburg		36.-	54.-	42.-	63.-	12.-
Nürnberg		34.-	51.-	38.-	57.-	8-12.-
Fürth		34.-	51.-	31.-	57.-	8-12.-
Bamberg		34.-	51.-	38.-	57.-	8-12.-
Würzburg		32,50	47,66	48,50	68,50	10.-
Kaiserslautern	m	32.-	43.-	35,50	48,50	7,80
	w	28.-		31.-		10,40
Regensburg		28,80	43,20	36.-	54.-	13.-

Im Frühjahr 1934 lag die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen bereits um 600 unter der bei der Haushaltsaufstellung angenommenen Ziffer, was der Stadt eine Einsparung von 150000 RM bescherte, eine deutliche Senkung der Gasgebühren und eine großangelegte Gaswerbeaktion ermöglichte³⁶⁷. Von den tatsächlichen Neueinstellungen profitierten zunächst in erster Linie "Alte Kämpfer" der NSDAP, Angehörige der Wehrverbände, Kriegsteilnehmer und -verwehrte unter den Wohlfahrtserwerbslosen, die vom Arbeitsamt bevorzugt vermittelt wurden³⁶⁸.



³⁶⁷ Vor der Öffentlichkeit deklariert als Arbeitsbeschaffung zum Führer-Geburtstag, vgl. Notiz Sch. 17.4.1934, DS 589. Hausbesitzer erhielten Zuschüsse für Gasanschlüsse und -geräte, die Installateure mußten hierfür arbeitslose Facharbeiter einstellen.

³⁶⁸ Amtsinterne Verf. 20.10.1933, Abschrift in ZR 11077. Hier auch Liste des AA-Direktors, der nachzuweisen versucht, die WE würden bei der Vermittlung nicht benachteiligt. Einzelheiten in ZR 11074 c und d.

DIE ENTWICKLUNG DES REGENSBURGER ARBEITSMARKTS ³⁶⁹				
	Arbeitslose insgesamt	Empfänger von Arbeitslosen- Krisen- Unterstützung		Wohlfahrts- erwerbslose
31.3.1933	5749	631	1258	3860
30.6.	5220	507	1143	3570
30.9.	4552	461	1218	2873
31.12.	5069	990	1305	2774
31.3.1934	3830	521	1348	1961
30.6.	3048	318	978	1752
30.9.	2466	292	899	1275
31.12.	3064	902	885	1277
31.3.1935	3338	1126	913	1299
30.6.	1812	321	685	806
30.9.	1364	317	460	587
31.12.	3048	1636	602	810
31.3.1936	2424	1003	791	630
30.6.	1689	361	877	451
30.9.	1491	358	792	341
31.12.	1541	628	640	273
15.3.1937	1476	552	634	290
15.6.	454	173	281	-

Der Winter 1933/34 hatte, wie ersichtlich, nochmals einen tiefen Einbruch auf dem Arbeitsmarkt erbracht. Der Aufschwung im Frühjahr 1934 beruhte erneut zu einem Großteil auf kosmetischen Tricks: 146 WE wurden in die allgemeine Fürsorge überführt, da sie als nicht vermittelbar galten, einige auch wegen Vollendung des 60. Lebensjahrs³⁷⁰. Somit konnte man zwar Erfolge in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verbuchen, doch sank damit die tatsächliche finanzielle Belastung für das Wohlfahrtsamt keineswegs. Erst in der zweiten Jahreshälfte 1934 bewirkten die Kasernenbauten an der Landshuter Straße, die Baumaßnahmen am Donaudüker, aber auch der steigende Hafenumschlag eine erste nachhaltige Entlastung des Arbeitsmarkts; so konnte der Bayerische Lloyd drei neue Schiffe in Auftrag geben.

Ging in allen deutschen Städten der Größenklasse Regensburgs die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen von März 1933 bis September 1934 um 54 % zurück, so lag hier der Rückgang sogar bei 67 %³⁷¹. Generell erwies sich dabei die Bauwirtschaft als Motor des Konjunkturaufschwungs. So kann es nicht überraschen, daß der Winter 1934/35 die Arbeitslosigkeit nochmals deutlich ansteigen ließ. Doch infolge der milden Witterung sank die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen schon im Februar 1935 wieder, da man verschiedene Baumaßnahmen, vor allem an der Nachrichtenkasernen und an der Kanalisation im Stadtwesten fortführen

³⁶⁹ Die Zahlen aus ZR 3725 c, 10117, 11051, 11074 b, 11077, 18127, DS 517, 696, StA 16424 und HStAM MA 106672. Bei Abweichungen wurde die plausiblere Angabe herangezogen; vgl. allg. ZR 11051 zum ständigen Streit Wohlfahrtsamt-AA über die korrekten Zahlen.

³⁷⁰ Zwick an AA 4.5.1934, ZR 11074 b.

³⁷¹ Vgl. RPB 9.11.1934.

konnte³⁷². Im März 1935 begannen weitere große Neubauten³⁷³, und im folgenden Monat klagte die Bauwirtschaft erstmals über Facharbeitermangel; im Mai 1935 verzeichnete sie einen Boom wie seit Jahrzehnten nicht mehr³⁷⁴. Schon aus Eigeninteresse kontrollierte dabei das Wohlfahrtsamt ständig, wie viele Wohlfahrtserwerbslose bei den Neubauten unterkamen³⁷⁵. Dabei stellte man allerdings immer wieder Verstöße sogar städtischer Stellen gegen die Verfügung fest, sich ausschließlich Wohlfahrtserwerbslose zuweisen zu lassen und entsprechende Klauseln in die Verträge mit Privatfirmen aufzunehmen³⁷⁶.

Bis 1935 hatte sich die wirtschaftliche Lage Regensburgs, hierin der reichsweiten Tendenz folgend, erheblich verbessert, doch konnte man bei weitem noch nicht von einer Hochkonjunktur sprechen. Die Berichte zeichnen ein in sich vielfach abgestuftes Bild, noch stand der Aufschwung in vielen Branchen auf schwachen Füßen, in einigen herrschte vorsichtiger, in anderen großer Optimismus³⁷⁷, manche klagten über große Absatzschwierigkeiten oder waren gar bei saisonal bedingten Einbrüchen noch immer existenzgefährdet. Vom Bauboom profitierten die Kalk- und die Leichtsteinwerke sowie die Holzverarbeitenden Betriebe, phasenverschoben dann auch der Maschinenbau und die OWAG als Stromerzeuger. Auch der Schiffs- und Umschlagverkehr verzeichnete von Monat zu Monat steigende Zahlen, nachdem im Vorjahr bereits die seit 1931 rückläufige Tendenz überwunden worden war. Dementsprechend ging es auch den beiden Werften wieder recht gut; Anfang 1935 baute Ruthof zwei neue Schiffe für den Bayerischen Lloyd, Hitzler hatte größere Reparaturaufträge vorliegen. Allerdings klagte man hier immer wieder über Probleme im Auslandsgeschäft, die sich aus der Devisenbewirtschaftung ergaben. Dies galt auch für die nach wie vor gut ausgelastete Tabakfabrik. Gegenüber diesen durchweg positiven Meldungen blieb die Lage im Handwerk, bei den Druckereien und Brauereien unbefriedigend. Soweit hier nicht öffentliche Aufträge vorlagen, wie etwa bei den für das Winterhilfswerk produzierenden Schuhmachern, spürte man selbst Ende 1935 noch keine grundlegende Besserung³⁷⁸.

Im Herbst 1935 forderte das Wohlfahrtsamt eine zweite Säuberungsaktion unter den Wohlfahrtserwerbslosen; es sei unsinnig, die Statistik "ständig mit Leuten zu belasten, die, wenn es wirklich darauf ankommt, ja doch nicht in Arbeit vermittelt werden können."³⁷⁹ Dennoch stieg die Arbeitslosenzahl im Winter 1935/36 nochmals auf über 3000 und erreichte damit beinahe den Vorjahresstand, wenn auch der Anteil der WE darunter erheblich geringer war als in den vorangegangenen Jahren. Dies bedeutete, daß die Betroffenen im Schnitt nur noch erheblich kürzere Zeitspannen arbeitslos waren. Da allerdings die Reichs- und Landeshilfen für die Stadt noch stärker zurückgingen als die Zahl der WE, bezeichnete Schottenheim deren Abbau nach wie vor als "Gebot der Stunde"³⁸⁰. Doch setzte nun auch in Regensburg ein vehementer Aufschwung ein, wobei als neuer Faktor die Garnisonsvermehrung zur Steigerung der Nachfrage und damit zur Belebung des Handels führte, während die Wehrpflicht viele junge Männer dem Arbeitsmarkt entzog. Die neben der Wehrmacht wichtigsten nichtstädti-

³⁷² Mb 5.3.1935, ZR 3725 c.

³⁷³ Vgl. Bericht Zwick 4.4.1935, DS 696.

³⁷⁴ H. an Reinemer 3.5. bzw. 4.6.1935, ZR 3725 c, vgl. RPB 7.5.1935.

³⁷⁵ Einzelheiten in ZR 11077.

³⁷⁶ Verf. Sch. 4.5.1934, ZR 11077 und ZRa 14130. Weder das Bauamt noch die betroffene Firma hatten beim Neubau der Hans-Schemm-Schule ausreichend WE beschäftigt; Sch. drohte, die Verantwortlichen für den finanziellen Schaden haftbar zu machen (Verf. 13.6.1935, ebd.).

³⁷⁷ Vgl. RPB 7.5.1935 zur guten Auslastung der Druckerei Pustet.

³⁷⁸ Städtische sowie Mb der IHK und der Handwerkskammer zur wirtsch. Lage 1935/36 in DS 517 und ZR 3725 c, vgl. auch die RPB, häufig mit Details zur Wirtschaftsentwicklung in Rgbg.

³⁷⁹ Bericht Amtsleiter Mötsch 16.9.1935, DS 696.

³⁸⁰ Verf. 18.3.1936, ZR 11077.

schen Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes - Reichsbahn- und Reichspostdirektion - mußten ihr Personal bedeutend aufstocken³⁸¹:

Beschäftigte bei:	Reichsbahn	Reichspost
10.10.1932	771	857
10.10.1933	822	851
10.10.1934	893	905
10.10.1935	931	908
10.10.1936	971	1036
10.10.1937	1139	998
10.10.1938	1650	1158

Einen weiteren kräftigen Impuls brachte die Ansiedlung des Flugzeugwerks mit sich, die mit dem Beginn der Bauarbeiten Ende 1936 auf den örtlichen Markt durchschlug. Alle metallverarbeitenden Betriebe der Stadt hätten zu dieser Zeit bereits Aufträge in genügender Menge erhalten können, wenn ihnen die Facharbeiter hierfür zur Verfügung gestanden wären³⁸². Der Regierungspräsident konnte berichten, der noch verbleibende Rest an Wohlfahrtserwerbslosen sei im Grunde zu vernachlässigen, er setze sich zusammen "aus Frauen, welche kaum mehr irgend eine Beschäftigung finden werden, und aus Männern, welche eben zu keiner Arbeit mehr zu gebrauchen sind infolge irgendwelcher körperlicher oder moralischer Mängel"³⁸³.

1937 erreichte die überschäumende Konjunktur einen ersten Höhepunkt: Der Hafenumschlag explodierte und war nur noch mit Wochenend- und Nachtschichten zu bewältigen, der Stromabsatz durch die OWAG erreichte ständig neue Rekordwerte³⁸⁴, und in den Wachstumsbranchen, insbesondere der Bauwirtschaft und der metallverarbeitenden Industrie, herrschte ein gravierender Facharbeitermangel. Für leichte Arbeiten an den Reichsautobahnen im Stadtsüden wurden schon Schulkinder eingesetzt³⁸⁵ - im ganzen Kammerbezirk der IHK hatte die verzweifelte Suche nach Facharbeitern das früher so bedrohliche Gespenst der Arbeitslosigkeit verdrängt³⁸⁶, und die Facharbeiter selbst entwickelten eine erstaunliche Mobilität und großes Selbstbewußtsein gegenüber den Arbeitgebern³⁸⁷. Doch auch Hilfsarbeiter waren kaum noch zu erhalten. Insbesondere das Regensburger Flugzeug- und das Kelheimer Zellstoffwerk saugten mit ihren übertariflichen Leistungen und den attraktiven Arbeitsplätzen derart viele Hilfskräfte aus anderen Branchen ab, daß sich beispielsweise in der Landwirtschaft schwerwiegende Engpässe ergaben³⁸⁸. Nun wurden auch alle früheren städtischen Verfügungen über den bevorzugten Abbau der Wohlfahrtserwerbslosen aufgehoben, nachdem

³⁸¹ Zusammengestellt aus ZR 11332.

³⁸² RPB 8.12.1936.

³⁸³ RPB 7.11.1936. Das Wohlfahrtsamt stufte von 350 am 26.9.1936 vorhandenen WE 131 als voll arbeitsfähig ein, die Vermittlung der übrigen sei "eine äußerst schwierige, an Mißerfolgen und Enttäuschungen überreiche Arbeit" (Bericht 1.10.1936, DS 696).

³⁸⁴ Vgl. 75 Jahre Strom für Ostbayern (1983).

³⁸⁵ Mb Juli 1937, DS 545, vgl. auch RPB 9.8.1937.

³⁸⁶ Vgl. allg. die IHK-Berichte 1937-1939, ZR 3725 d, sowie Scharnagl S.45; vgl. auch BOM 15.7.1937: nur noch 1099 Arbeitslose im AA-Bezirk Rgbg.

³⁸⁷ BNS I (1977) S.254.

³⁸⁸ RPB 7.10.1937, vgl. auch RPB 9.1.1939 und allg. ZRa 12892.

"geeignete WE nicht mehr vorhanden sind"³⁸⁹. Die statistische Erfassung der Wohlfahrtserwerbslosen wurde eingestellt, die wenigen nicht Vermittelten in die allgemeine Fürsorge überführt³⁹⁰. Auf überörtlicher Ebene kam es gleichzeitig zum Abbau der Maßnahmen, mit denen man 1933 versucht hatte, die Frauen aus dem Erwerbsleben zu verdrängen³⁹¹.

Die Hochkonjunktur führte nicht nur zum Facharbeitermangel, auch aus den immer länger werdenden Lieferfristen für Materialien aller Art ergaben sich allmählich Schwierigkeiten, vor allem im Baubereich, aber auch in anderen Branchen. Örtliche Großprojekte wie die Neubauten der Horst-Wessel-Schule und der AOK oder die geplante Pionierkaserne mußten immer wieder zurückgestellt werden, da das Arbeitsamt das benötigte Baueisen nicht zuteilen konnte³⁹². Nach dem Anschluß Österreichs und während der Sudetenkrise kamen monatelange Kreditsperren hinzu³⁹³, weder die Reichsbahn noch der Hafen waren mehr in der Lage, den Verkehr zu bewältigen, der Arbeitsmarkt war wie leergefegt, die Regensburger Postdirektion setzte für den Weihnachtsverkehr erstmals Angehörige der Wehrmacht und des Arbeitsdienstes ein³⁹⁴.

Nachdem reichsweit ähnliche Verhältnisse herrschten, der bevorstehende Krieg aber den weiter zunehmenden Mangel an männlichen Arbeitskräften erwarten ließ, holte man nun in großem Umfang ausländische "Gastarbeiter", vor allem aus Polen, ins Reichsgebiet. Darüber hinaus wurde versucht, trotz aller - schon bisher nicht der Realität entsprechenden - Bekenntnisse zur Rolle der deutschen "Frau als Mutter" auf den weiblichen Teil der Bevölkerung als industrielle Reservearmee zurückzugreifen³⁹⁵. Mitte 1938 erging eine erste "Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung"³⁹⁶. In ihrer Anfang 1939 erweiterten Fassung³⁹⁷ und - für den Pflichteinsatz im Rahmen hoheitlicher Aufgaben - gemeinsam mit der Notdienstverordnung vom Herbst 1938³⁹⁸ bot sie die Möglichkeit, jeden Bürger auf einen bestimmten Arbeitsplatz zu verpflichten und unerwünschte Abwanderungen zu unterbinden³⁹⁹. In der Praxis griff zu dieser Zeit bereits häufig die Gestapo ein, um einen Arbeitsplatzwechsel der Facharbeiter zu verhindern, die immer häufiger mit verdeckten Lohnerhöhungen umworben wurden⁴⁰⁰. Auch die Zahl der Dienstverpflichtungen nahm zu. Doch stand der Anwendung der neuen Richtlinien in Regensburg mit der Wohnungsnot ein schweres Hindernis entgegen: Es fehlte an Quartieren für auswärtige Arbeitskräfte. So belegen alle Berichte aus dem Jahr 1939, daß in weiten Teilen des örtlichen Gewerbes aus genau diesem Grund wenig Neigung zur Expansion bestand. Immerhin

³⁸⁹ Verf. 20.5.1937, ZR 11077.

³⁹⁰ Bericht Wohlfahrtsamt 1.6.1937, DS 696. Lt. VO 22.12.1937, RGBI I S.1410, wurde nun auch Arbeitslosenhilfe ohne zeitliche Beschränkung gewährt.

³⁹¹ Vgl. F.Blaich: Die bayerische Industrie 1933-1939, BNS II (1979) S.237-280, hier S.250. Vgl. z.B. auch RdErl des RMDI 13.1.1938, daß die Gemeinden Arbeitskräfte für den Vierjahresplan-Einsatz abstellen sollten; Einzelheiten in ZR 16521.

³⁹² Vgl. RPB 8.9.1937, der Sch. zitiert. Schon nach den Durchführungsbestimmungen zum Vierjahresplan mußten größere öff. Bauvorhaben vor ihrem Beginn angezeigt werden; Einzelheiten in ZR 11181.

³⁹³ Bedingt durch die Überhitzung des Kreditmarkts für die Hochrüstungspolitik der Reichsregierung, vgl. Matzerath (1970) S.361 f.

³⁹⁴ Mb 31.12.1938, DS 667.

³⁹⁵ Vgl. Eiber passim, bes. S.573 ff. Vgl. D.Winkler: Frauenarbeit im Dritten Reich, Hamburg 1977. G.Tidl: Die Frau im Nationalsozialismus, München 1984. R.Thalman: Frausein im Dritten Reich, München 1984. M.Schmidt/G.Dietz (Hg.): Frauen unterm Hakenkreuz, München 1985. Vgl. für Rgbg. die Mb 28.2. und ab 30.5.1939, DS 667.

³⁹⁶ RGBI I S.652.

³⁹⁷ Kräftebedarfsordnung 13.2.1939, RGBI I S.206.

³⁹⁸ RGBI I S.1441.

³⁹⁹ Vgl. Mb 31.1. und 28.4.1939, DS 667.

⁴⁰⁰ Vgl. RPB 11.4., 8.5.1939 (mit Zitat Sch. zur Steigerung des Lohnniveaus) und 7.7.1939. Vgl. allg. W.A.Boelcke: Arbeit und Soziales, DVG IV S.793-807, hier S.803 f.

konnten die Schwierigkeiten, die sich während der Sudetenkrise ergeben hatten, bei der Besetzung der Tschechei vermieden werden⁴⁰¹: Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung bereitete - anders als die mit Textilien - keine Probleme mehr; doch herrschte weiterhin großer Mangel an Eisen, Stahl, Zement und Holz, ab Juni 1939 auch an Kohle. Die Preise und Löhne stiegen, die Sogwirkung von Betrieben mit überdurchschnittlichen Sozialleistungen blieb bestehen⁴⁰².

Infolge der umfangreichen Einberufungen zur Wehrmacht und anderen Behörden blieben ab Sommer 1939 zahlreiche Stellen unbesetzt. Unmittelbar vor Kriegsbeginn hatte sich in Regensburg die Zahl der offenen Stellen trotz der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen so sehr erhöht, daß die Nachfrage "in keiner Weise gedeckt werden" konnte. Als Reserve an Arbeitskraft kamen "eigentlich nur noch schulpflichtige Jugendliche in Betracht"⁴⁰³.

C. Die Ansiedlung von Vierjahresplan-Betrieben

Eine neue Perspektive für die Industrialisierung Regensburgs ergab sich in einem Fall aus der Hochrüstungspolitik, im zweiten aus dem Autarkiestreben der Reichsregierung: Es entstanden das Flugzeug- und das Holzverzuckerungswerk. Die erhoffte Ansiedlung einer Zellwolle- und einer Tonerdefabrik erfolgte dagegen 1935 in Kelheim⁴⁰⁴ bzw. 1936 in Schwandorf. An beide Projekte hatte man in Regensburg zunächst große Hoffnungen geknüpft und versucht, in Konkurrenz zu den später ausgewählten Standorten zu treten. Bei der Zellwollefabrik erwies sich dies schnell als aussichtslos⁴⁰⁵, während sich die wochenlangen Geheimverhandlungen über das Ansiedlungsprojekt der "Vereinigten Aluminiumwerke" sehr verheißungsvoll anließen. Ende 1935 schien sogar schon festzustehen, daß das 20-Millionen-Projekt mit seinen 500-700 Arbeitsplätzen in Regensburg verwirklicht würde, zumal die Stadtverwaltung ihre Konditionen ständig den Wünschen der Betriebsleitung anpaßte, das Reichskriegs- und das Reichswirtschaftsministerium für Regensburg als Standort plädierten und die Stadt alles unternahm, um ihre Konkurrenten zu diskreditieren⁴⁰⁶. Doch erwies sich der Optimismus als verfrüht: Anfang 1936 fiel die Standortentscheidung für Schwandorf⁴⁰⁷. Ein halbes Jahr später entschlossen sich jedoch die in Augsburg ansässigen "Bayerischen Flugzeugwerke" im Einvernehmen mit dem Reichsluftfahrtministerium, in Regensburg ein Zweigwerk zu errichten.

1. Das Flugzeugwerk

Unter den Betriebsansiedlungen in Regensburg während des Dritten Reichs nimmt die des Messerschmitt-Flugzeugwerks eine herausragende Stellung ein. 1936 gegründet, entwickelte es sich im Zweiten Weltkrieg zur zweitgrößten europäischen Fabrik für einmotorige Jagdflugzeuge, den weitaus meistgebauten Flugzeugtyp⁴⁰⁸. Zwar war diese Werksgründung, die erste Ansiedlung eines Großbetriebs in Regensburg überhaupt, nicht auf die städtischen Akti-

⁴⁰¹ Vgl. IHK-Denkschrift über positive Folgen der Besetzung der Tschechei, ZR 17094.

⁴⁰² Vgl. Mb zur Wirtschaftsentwicklung in DS 667 sowie die laufenden RPB.

⁴⁰³ Mb 28.8.1939, DS 667.

⁴⁰⁴ Zum Hintergrund: H.Rubner, Deutsche Forstgeschichte 1933-1945, St.Katharinen 1985 S.97 f. Vgl. auch BA 18.8.1935. Zum Richtfest vgl. Kreisleitung an Stadt 23.3.1936, ZRa 13439.

⁴⁰⁵ Einzelheiten in ZR 11238 und DS 878.

⁴⁰⁶ Sch. an Aluminiumwerke 5.10.1935, DS 868. Hier und in DS 878 die Einzelheiten.

⁴⁰⁷ Vermerk H. 23.1.1936, DS 868.

⁴⁰⁸ Bericht Oberst LeMay, Chef der 3.Bomber Division, die Rgbg. 1943 erstmals bombardierte, zit. bei Jablonski S.83.

vitäten zur Arbeitsbeschaffung, sondern auf die Aufrüstungspolitik der Reichsregierung zurückzuführen, doch hatte sie so vielfältige Auswirkungen auf alle Bereiche der Kommunalpolitik, daß sie hier ausführlich zu würdigen ist:

- Die Bayerischen Flugzeugwerke (BFW) wurden sehr schnell der größte Arbeitgeber in der Stadt - und mit ihren zeitweise über 11000 Beschäftigten der größte, den es hier je gegeben hat. Der Zuzug Tausender von Arbeitern samt ihren Familien trug entscheidend zu Regensburgs Entwicklung zur Großstadt mit all ihren Folgewirkungen bei.
- Die Gewerbesteuern, die der Betrieb direkt an die Stadt abführte, aber auch die Einnahmen, die ihr indirekt zugute kamen, so die Abgaben der am Betriebsaufbau beteiligten Baufirmen und das steigende Aufkommen aus der Bürgersteuer, ermöglichten es unverhofft, neue Großprojekte in Angriff zu nehmen.
- Mit der aufwendigen Erschließung des Werksgeländes im Stadtwesten wurde ein ganzes Stadtviertel an die städtische Infrastruktur angebunden, während der enorme Wasserbedarf des Flugzeugwerks zugleich umfangreiche Investitionen des Wasserwerks erforderlich machte und sogar die Erschließung eines neuen Quellgebiets in Gang setzte.
- Der Wohnungsbedarf des Flugzeugwerks ließ im Stadtsüden, am Ziegetsberg, mit dem "Göringheim" eine vollständige neue Siedlung mit Hunderten von Wohnungen entstehen, trug zur Ausdehnung der Schottenheim-Siedlung und zur Förderung des privaten Wohnungsbaus bei.
- Das Flugzeugwerk sorgte mit seinen vielfältigen Aktivitäten auf kulturellem Gebiet, von Sport- und Vortragsveranstaltungen über Konzerte bis zu "bunten Abenden", für eine deutliche Verbesserung des Freizeitangebots in der Stadt⁴⁰⁹.
- Schließlich war die Anwesenheit eines derart bedeutenden, hochmodernen Rüstungsbetriebs vermutlich auch der Anlaß dafür, daß Flaktruppen hier stationiert wurden, für die am Unterislinger Weg eine große neue Kaserne entstand.
- Selbst die Eingemeindung der Vororte Dechbetten, Großprüfening und Ziegetsdorf war ursächlich auf die Ansiedlung des Flugzeugwerks zurückzuführen.
- Andererseits hatten Nutzung und Ausbau des Regensburger Verkehrsflughafens als Werksflugplatz durch die BFW einschneidende Baubeschränkungen für den gesamten Stadtwesten zur Folge, also den Verlust von mittelfristig für Siedlungszwecke vorgesehenem Gelände.
- Außerdem sorgte das Flugzeugwerk als Nachfragefaktor für die Verknappung verschiedener Güter einschließlich der Arbeitskraft und somit zu Lohn- und Preissteigerungen, es verstärkte den Facharbeitermangel in anderen Betrieben und bei den Behörden, da es sich hohe Löhne und hervorragende Sozialleistungen problemlos leisten konnte.
- Und nicht zuletzt war der Betrieb in den letzten Kriegsjahren naturgemäß Ziel alliierter Bombenangriffe, gefährdete also allein schon durch seine Existenz die Regensburger Bevölkerung. Von strategischen Bomberverbänden wurden die Prüfening Werksanlagen dreimal angegriffen, ebenfalls dreimal der Zweigbetrieb in Obertraubling⁴¹⁰, und in den letzten Kriegsmonaten kam es zu einer Reihe weiterer Luftangriffe, bei denen es auch unter der Zivilbevölkerung zahlreiche Opfer gegeben hat.

Doch war in der Aufbauphase des Werks keine Rede von irgendwelchen Befürchtungen. Vielmehr kennzeichnete ein geradezu euphorischer Optimismus die Grundstimmung in den Jahren 1936/37.

⁴⁰⁹ Entsprechende Einladungen u.a. in NIS 11 und 12.

⁴¹⁰ USSBS II, Aircraft Division Industry Report S.62.

a. Die Vorgeschichte der Betriebsansiedlung⁴¹¹

Die "Bayerische Flugzeugwerke AG" war 1926 gegründet worden und hatte sich in Augsburg angesiedelt. 1927 übernahm Dipl.Ing. Willy Messerschmitt⁴¹² die Entwicklungsarbeit für die BFW, doch mußten diese Mitte 1931 Konkurs anmelden. Erst nach dem Zwangsvergleich mit den Gläubigern im Frühjahr 1933 konnten sie die Produktion der inzwischen von Messerschmitt konzipierten, teils mit aufsehenerregenden technischen Neuerungen versehenen Flugzeugtypen wieder aufnehmen - von nun an auch mit beträchtlichem ökonomischem Erfolg. Die BFW erhielten nun Entwicklungsaufträge aus dem RLM; so konstruierte Messerschmitt, seit 1933 Mitglied der NSDAP⁴¹³, noch während der Phase der geheimen Wiederaufrüstung die Bf-108 ("Taifun"), ein auch militärisch nutzbares Sport- und Reiseflugzeug⁴¹⁴. Seine Massenproduktion führte schließlich zur Gründung des Regensburger Flugzeugwerks⁴¹⁵.

Schon 1935 gab es erste Überlegungen für ein Zweigwerk an anderer Stelle, nachdem der Augsburger Stammbetrieb Kapazitäten für eine neue Aufgabe freimachen mußte: die Herstellung des legendären einmotorigen Jägers Bf-109 (später: Me-109), des - in verschiedenen Baureihen - mit Abstand meistgebauten deutschen Flugzeugs. Im Frühjahr 1935 stellten die BFW den Prototyp fertig⁴¹⁶, ein Jahr darauf verlangte das RLM eine erneute Ausweitung der Produktionsstätten, da sich die BFW von nun an auf die Herstellung der Bf-109 konzentrieren sollten. Die Stadt Augsburg soll sich aus Angst vor der potentiellen Luftgefahr gegen eine erneute Werkserweiterung auf ihrem Gebiet gewehrt haben⁴¹⁷, und so entschieden sich Betriebsführung und RLM, wohl im Juni 1936 nach einem "Seilziehen" um den Standort, für Regensburg als Sitz eines eigenen Zweigwerks⁴¹⁸. Der Regierungspräsident berichtete: "Nach einer vorliegenden Anzeige der Bayerischen Flugzeugwerke wird das Werk Regensburg auf ausdrückliche Weisung des Reichsluftfahrtministeriums errichtet, das die Baupläne bereits genehmigt hat. Es wird etwa 4000 Arbeiter beschäftigen und eine Grundfläche von 23000 qm bedecken."⁴¹⁹ Ausschlaggebend für die Standortwahl waren die Lage auf dem Arbeitsmarkt in der Bayerischen Ostmark, wo noch immer überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit herrschte⁴²⁰, und die Existenz des kleinen, wenig benutzten Flugplatzes in Regensburg mit ausgedehnten Freiflächen in seiner unmittelbaren Nachbarschaft⁴²¹.

⁴¹¹ Vgl. allg. "The story of the Messerschmitt A.G.", Survey S.46 ff.; Ishoven; Kaiser; M.Ziegler: Willy Messerschmitt, Augsburg 1973. Vgl. auch Festschriften MBB-Konzern zum 40-, 50- und 60-jr. Bestehen, Ottobrunn 1963, 1973 und 1978.

⁴¹² Messerschmitt hatte in Bamberg kleine Transport- und Verkehrsflugzeuge für Theo Croneiß' Nordbayerische Verkehrsflug GmbH hergestellt, vgl. Kaiser S.12.

⁴¹³ Vgl. G.Hetzer: Die Industriestadt Augsburg, BNS III (1981) S.1-234, hier S.122 ff. zu den BFW in Augsburg und der Förderung der NSDAP durch die Werksleitung.

⁴¹⁴ Einzelheiten in Survey S.54 ff., vgl. Ishoven S.143 ff.

⁴¹⁵ Vgl. z.B. Ishoven S.163 ff.

⁴¹⁶ Vgl. z.B. Kaiser S.17.

⁴¹⁷ Vom MBB-Archiv erstellte Zeittafel bei Bartels S.34; danach stimmte der Aufsichtsrat der Augsburger AG der Gründung des Zweigwerks in Rgbg. zu, um "einer einzigen Stadt nicht das ganze Risiko aufzubürden".

⁴¹⁸ Aufzeichnungen Sch., NIS 30, S.3457, vgl. auch Gb der BFW GmbH Rgbg. 1936/37, dem Verfasser zur Verfügung gestellt vom MBB-Archiv (Ottobrunn), sowie Ishoven S.164. Lt. BA 10.5.1937 fiel die Entscheidung für Rgbg. erst nach persönlichem Vortrag Sch. im RLM.

⁴¹⁹ Bericht an Reichsstatthalter 28.7.1936, StA (1987) I blau 119 = 4029 c.

⁴²⁰ Vgl. Bericht H. 27.9.1935, DS 868; der Arbeitsmarkt in Rgbg. sei "bestimmt auch in der Lage, die erforderlichen Facharbeiter in genügender Zahl und entsprechender Qualität bereitzustellen. Insbesondere stehen (...) zahlreiche Metallarbeiter zur Verfügung."

⁴²¹ Gb BFW GmbH 1936/37, s. Anm.418.

b. Der Regensburger Verkehrsflughafen

Im Jahr 1925 hatte sich eine von der Stadtverwaltung mitgetragene "Flughafen Regensburg GmbH" gegründet⁴²², deren Aufsichtsrat von Anfang an Bürgermeister Herrmann vorstand⁴²³. Von 1926 an pachtete und planierte die Gesellschaft insgesamt rund 36 ha Grundstücke im Donauknie, nordwestlich des Fürstlichen Rennplatzes; größter Grundbesitzer war die St.Katharinen-Spital-Stiftung. Für die Flugaufsicht errichtete die Stadt auf Kosten des bayerischen Handelsministeriums ein Starthäuschen⁴²⁴, und das Reichsverkehrsministerium genehmigte den Betrieb eines Verkehrslandeplatzes. Schon 1927 wurde Regensburg als Landeplatz der Linie München-Nürnberg in den Sommerflugplan der Deutschen Lufthansa einbezogen, die endgültige Betriebserlaubnis erhielt die Flughafen GmbH 1928⁴²⁵. Ziel aller Maßnahmen war es, Regensburg in den beginnenden innerdeutschen Flugverkehr einzubinden, was das vergleichsweise starke Engagement der Stadtverwaltung erklärt.

Im Jahr 1930 übernahm die Stadtverwaltung den Flughafenbetrieb in eigener Regie⁴²⁶. Bis dahin hatte der Flugplatz Kosten von weit über 70000 RM verursacht, brachte jedoch nur rund 3000 RM jährlich ein, vor allem aus der Verpachtung von Schafweiden. Steigende Einnahmen erhoffte man sich von der Anbindung an die Linie München-Prag-Breslau⁴²⁷, doch kam der Regensburger Flughafen letztlich über seine unbedeutende Position nicht hinaus - die großen Erwartungen seiner Betreiber hat er nie erfüllt. Nur bis 1931 bezogen die Lufthansa, daneben auch die Nordbayerische Verkehrsflug GmbH von Theo Croneiß Regensburg in ihre Sommerflugpläne ein, danach - bis 1937, d.h. bis zu seiner Nutzung durch die BFW - wurde der Flughafen nur gelegentlich als Verkehrslande- und Sportflugplatz benutzt. Ohne die erheblichen städtischen Zuschüsse hätte die Flughafen GmbH liquidiert werden müssen⁴²⁸; auch die Fliegerortsgruppe im Deutschen Luftsport-Verband, später umbenannt in "NS-Fliegerkorps/Ortsgruppe Regensburg", lebte vor allem von Spenden und Zuschüssen der Stadt⁴²⁹.

Ende 1934 tauchten Gerüchte über einen Ausbau des Flugplatzes für Zwecke der Luftwaffe auf. Nach entsprechenden Hinweisen der Fliegerortsgruppe⁴³⁰ erhielt die Standortkommandantur vom Wehrkreiskommando die Bestätigung, das RLM sei zwar derzeit noch nicht am Regensburger Flughafengelände interessiert, doch werde eine spätere Verwendung erwogen⁴³¹. Tatsächlich wurde dem Flughafen Ende 1935 die allgemeine Betriebsgenehmigung

⁴²² Größte Gesellschafterin die Stadt (40000 RM Anteil am geplanten, nie voll einbezahlten Stammkapital von 140000 RM). Gesellschaftsvertrag in DS 546. Zur Entwicklung bis 1929/30: undatierte Denkschrift "Das Flugwesen der Stadt Rgbg.", DS 546, vgl. auch ZR 18102 mit Lageplänen und Schmetzer S.95 (teils ungenau).

⁴²³ Liste seiner Aufsichtsratsakten in ZR 18078. Die Akten selbst wurden vernichtet, vgl. Bericht Ein- und Auslaufamt 16.12.1947, DS 43. Unergiebig HStAM MWi 10859.

⁴²⁴ Vgl. ZRa 14628 und Schriftwechsel 1940 über die Nutzung des Starthäuschens durch das Flugzeugwerk, ZR 18083.

⁴²⁵ Alle Daten nach Übersicht 1938, DS 546. Zum Luftverkehr in Rgbg. allg. ZR 18058 ff.

⁴²⁶ Genehmigt lt. Sr-Prot. 9.3.1927. Zur Mitgliedschaft im Bayer. Luftverein und nach dessen Gleichschaltung in der Landesgruppe des Deutschen Luftsport-Verbandes: ZR 18063 und 18069.

⁴²⁷ Lt. Haushalt 1930/31 18000 RM Direktsubvention für den Sommerluftverkehr. Einzelheiten in DS 546.

⁴²⁸ H. an Reg. bei der Auflösung der GmbH 13.1.1940, DS 508. Zur Finanzfrage auch: Notiz Sch. 3.1.1935, DS 666.

⁴²⁹ Zur Fliegerortsgruppe allg. Weinmann S.213 f. Zu einer Flugzeugtaufe durch Sch. 1934: ZR 18073; zur neuen Flugzeughalle der Fliegerortsgruppe: Ansprache Sch. 5.10.1935, NIS 16, vgl. auch BOM 21. und 23.9.1935 sowie BA 7.10. und 31.12.1935. Dankschreiben des NSFK (10.7.1941) in NIS 11. Führererlaß zur Auflösung des Dt.Luftsportverbands und zur Gründung des NSFK (17.4.1937) in RGBI I S.529.

⁴³⁰ 12.11.1934, BA-MA RH 26-10/197.

⁴³¹ Wehrkreiskommando an Kommandantur 12.12.1934, ebd. Vgl. auch Ehm (1989) S.117 zu den Plänen, bei denen es um die Standorte für die ersten süddt. Bombergeschwader ging.

aus dem Jahr 1928 entzogen und nur noch eine Nutzung als "Sonderflughafen (Privatflughafen)" in Aussicht gestellt⁴³². Im März 1936 plante die Luftwaffe, hier bis zum folgenden Frühjahr eine neue Bombergruppe zu stationieren, was dann jedoch an der Ansiedlung der BFW scheiterte und zur Einrichtung des Fliegerhorsts Obertraubling führte⁴³³.

Im Juli 1937 pachtete das Flugzeugwerk das Flugplatzgelände auf zwanzig Jahre von der Flughafen GmbH. Diese erhielt jedoch statt einer Pacht nur eine monatliche "Beihilfe" von 150 RM für Betriebs- und Verwaltungskosten⁴³⁴. Als später die Produktion der schnelleren Me-109 eine Erweiterung des Flugplatzes erforderlich machte, erwarb Messerschmitt das Gesamtgelände, wofür das RLM die erforderlichen Mittel von 830000 RM zur Verfügung stellte⁴³⁵. Anschließend wurde die Flughafen GmbH liquidiert⁴³⁶.

c. Die Aufbauphase⁴³⁷

Am 24.7.1936 kam es - mit einem Stammkapital von nur 20000 RM - zur förmlichen Gründung des Regensburger Zweigbetriebs der BFW, der "Bayerischen Flugzeugwerke Regensburg GmbH"⁴³⁸; noch am gleichen Tag meldete die Flughafen GmbH dem Nürnberger Luftamt die künftige Nutzung des Flugplatzes⁴³⁹. Kurz darauf unterrichtete der Oberbürgermeister seine Ratsherren über das Werk, seine künftige Bedeutung für die Stadt, die städtischen Leistungen für seinen Aufbau und die Fragen der Wohnraumbeschaffung⁴⁴⁰; im Herbst erfolgte die Eintragung ins Handelsregister beim Amtsgericht Regensburg⁴⁴¹.

Die Leitung des Flugzeugwerks lag in der Aufbauphase beim Augsburger Management: Willy Messerschmitt, seinem Finanzchef Rakan Kokothaki, Dipl.Ing. Fritz H. Hentzen und Dipl.Ing. Adalbert Schwartzkopff⁴⁴², von denen der Letztgenannte Anfang 1937 ausschied⁴⁴³. Jedoch war eine gemeinschaftliche Leitung mit dem Führerprinzip unvereinbar, und so wurde SS-Brigadeführer Theo Croneiß, der seit Herbst 1934⁴⁴⁴ als Aufsichtsratsvorsitzender der Muttergesellschaft amtierte und allgemein als treibende Kraft hinter der Werksgründung in Regensburg galt, zum Beiratsvorsitzenden und Betriebsführer berufen⁴⁴⁵.

⁴³² Erlaß RLM 4.12.1935, vgl. Luftamt Nürnberg an Flughafen GmbH 6.7.1936, ZR 18079.

⁴³³ Ehm (1989) S.117.

⁴³⁴ Undatiertes, nicht unterzeichnetes Vertragskonzept in DS 546, vgl. auch H. an Reg. 13.1. 1940, DS 508.

⁴³⁵ Gb 1936/37, s.Anm.418, vgl. auch Kurzbericht 1937/38 der Flughafen GmbH (ZR 18080) und Vermerk 4.10.1938 (DS 510). Der Druck auf die Grundbesitzer belegt im Schriftwechsel Stadt-BFW-Bisch.Administration, DS 141.

⁴³⁶ Vgl. Rh-Prot. 15.12.1939, HM 1381 (zum 21.12.1939) und H. an Reg. 13.1.1940, DS 508; ebd. Details zur Liquidation.

⁴³⁷ Zur Architektur des Flugzeugwerks Bartels bes. S.34 ff. und 77 f. (mit Fotos), vgl. auch Ehm (1989) S.115 f. Zum künstlerischen Aspekt, v.a. zum Großrelief über dem Haupteingang des Verwaltungsbaus: Bartels S.77, Ruhl (1989) S.71, Jaumann S.134 f. sowie BA 8.-9.7. bzw. 3.8.1939. Vgl. allg. Petsch S.148 ff. zur Industriearchitektur im 3.Reich.

⁴³⁸ Gb 1936/37 der BFW GmbH, s.Anm.418, dem Verfasser bestätigt durch Gewerbeabteilung des städt. Ordnungsamts.

⁴³⁹ 24.7.1936 in ZR 18079.

⁴⁴⁰ Rh-Prot. 29.7., 12. und 20.8., 16.9. sowie 1.10.1936; Texte der Ansprachen nicht erhalten.

⁴⁴¹ 24.10.1936, vgl. Survey S.60 und Omgus-Report S.124.

⁴⁴² BOM 26.10.1936.

⁴⁴³ Omgus-Report S.125.

⁴⁴⁴ Ishoven S.140.

⁴⁴⁵ Alle drei Funktionen belegt sein Briefkopf, vgl. z.B. 19.5.1939 an Sch., PÜW 8.

Mit der Bauplanung war Regierungsbaumeister a.D. Wilhelm Wichtendahl beauftragt, der seit 1934 für die BFW arbeitete. Das Regensburger Baubüro unterstand Bernhard Hermkes, der nach dem Krieg entscheidend zum Wiederaufbau Hamburgs beitragen sollte⁴⁴⁶. Beide Architekten planten nicht einen herkömmlichen Industriekomplex mit dichtgedrängten Fertigungshallen, sondern eine weiträumige "Parklandschaft" mit dezentralen Einrichtungen. Ausschlaggebend hierfür waren allerdings weniger die Richtlinien des Amts "Schönheit der Arbeit" in der DAF als vielmehr Luftschutzgründe⁴⁴⁷; die Hoffnung, dadurch vor einer Bombardierung besser geschützt zu sein, sollte sich später als trügerisch erweisen.

Im Herbst 1936 bestimmte das RLM die Bf-109 zum künftigen Standardjäger der deutschen Luftwaffe. Ab 1937 wurde er ausgeliefert, die "Legion Condor" hat ihn noch im gleichen Jahr im spanischen Bürgerkrieg verwendet. In Regensburg begannen Ende 1936 unter dem Schutz des soeben eingerichteten Werkssicherheitsdienstes der Aufbau der Fertigungshallen⁴⁴⁸ und die Planierung des Flugplatzes⁴⁴⁹. Kurz darauf mietete der Betrieb ein Verwaltungsbüro an, das vor allem die Anwerbung des künftigen Personals betrieb. Im Frühjahr 1937 folgten drei große Richtfeste der BFW unmittelbar aufeinander: Am 30. März das für die erweiterten Produktionsanlagen in Augsburg⁴⁵⁰, am 24. April das für die Regensburger Werksiedlung "Göringheim", am 8. Mai das für die Betriebsanlagen im Stadtwesten⁴⁵¹ - ein öffentliches Großereignis, bei dem die zahlreich erschienene Prominenz zu einem Festakt in der Jahnturnhalle geladen war; die musikalische Umrahmung besorgte der Musikzug der Regensburger SA-Standarte⁴⁵². Wie Schottenheim bei dieser Gelegenheit das Auftreten von Theo Croneiß empfand, hat er seinen Erinnerungen anvertraut: Croneiß war "in Hochform, und ich kam und komme auch heute noch nicht um den Vergleich mit einem Pfau herum, der sich dreht und wendet, sein schillerndes Gefieder nach allen Seiten glänzen läßt"⁴⁵³.

Im Sommer 1937 pachtete das Werk, wie erwähnt, den inzwischen geplanten Flugplatz, und es begannen die Installation der Werkzeugmaschinen und die Auffüllung der Materiallager⁴⁵⁴. Sobald die Werksanlagen halbwegs betriebsbereit waren, verlegten die BFW die Produktion der Bf-108, genauer: den Zusammenbau der aus Augsburg halbfertig gelieferten Maschinen, nach Regensburg. Er wurde am 15. November 1937 aufgenommen⁴⁵⁵, dem Tag, an dem auch das neue Verwaltungsgebäude offiziell bezogen werden konnte⁴⁵⁶. Das Werk beschäftigte zunächst überwiegend Arbeiter, die man seit Monaten in Augsburg ausgebildet hatte, sowie dortiges Stammpersonal, insgesamt 500 Stamarbeiter und 100 Angestellte⁴⁵⁷. Zugleich erwies es sich wegen des Facharbeitermangels als erforderlich, in Regensburg in einer eigenen Lehrwerkstatt Technikernachwuchs aus dem Umland heranzubilden⁴⁵⁸. Denn man rechnete,

⁴⁴⁶ Vgl. Bartels S.11, 96 ff. und für die Nachkriegszeit 129 ff.

⁴⁴⁷ Ebd. S.47 und Ehm (1989) S.115 f.

⁴⁴⁸ Vgl. RPB 7.11., 8.12.1936, 7.4. und 7.5.1937; s. auch S.176 zur Person Max Trolls.

⁴⁴⁹ Rh-Prot. 12.11.1936. Baugenehmigung für die Baukantine der Emslander-Brauerei lt. Rh-Prot. 29.10.1936.

⁴⁵⁰ Vgl. z.B. Ishoven S.173. Gleichzeitig begann der Bau des Verwaltungsgebäudes in Rgbg., vgl. Gb 1936/37, s.Anm.418.

⁴⁵¹ Am 15.4.1937 meldeten die BFW offiziell ihr Gewerbe an (ZR 11003 b), im Mai übersiedelte die Verwaltung in eine betriebseigene Baracke, vgl. Gb 1936/37, s.Anm.418.

⁴⁵² Einzelheiten in ZRa 14033, vgl. auch BOM 10.5.1937.

⁴⁵³ NIS 30 S.3547.

⁴⁵⁴ Gb 1936/37, s.Anm.418.

⁴⁵⁵ Omgus-Report S.127, vgl. auch Survey S.60.

⁴⁵⁶ Gb 1936/37, s.Anm.418.

⁴⁵⁷ Bericht Schipper 19.5.1937, DS 901 und ZR 19117.

⁴⁵⁸ Einzelheiten im Jb 1937/38 der Berufsschule, ZRa 12658. Auszüge aus Bewerbungen, die nach 1945 als Material für Entnazifizierungsverfahren dienten, in StA (Mil.) 21. Vgl. auch StA: Wirtschaftsarchive/BFW Rgbg. 1-3.

wie erwähnt, schon in der Aufbauphase mit mindestens 3-4000 Arbeitskräften⁴⁵⁹, Anfang 1937 war sogar von einer Erweiterung auf 5-6000 Beschäftigte die Rede⁴⁶⁰; das Werk benötigte schon zu Beginn allein 1700 Metallfacharbeiter, während am Stichtag 1.9.1936 im ganzen Gau nur 368 arbeitslos gemeldet waren⁴⁶¹.

Die im Lageplan mit den Nummern 3, 4, 6, 9, 11, 13, 14, 21, 21a und 25 gekennzeichneten Gebäude, vor allem also verschiedene Montagehallen einschließlich der Endmontage und des Rumpf- und Tragflächenbaus sowie das Hauptlager, wurden bereits 1936/37 errichtet⁴⁶²; Ende 1937 war der erste Bauabschnitt des Regensburger Werks weitgehend fertiggestellt. Bis dahin hatten die BFW über 11 Millionen RM in Regensburg verbaut, davon allein knapp 1,1 Millionen RM für das neue Verwaltungsgebäude an der Prüfeninger Straße, heute Sitz der kaufmännischen Berufsschule⁴⁶³. Insgesamt sollen für den ersten Bauabschnitt rund 16,1 Millionen RM verbraucht worden sein, während die späteren Erweiterungsbauten für die Produktion der Bf-109 angeblich rund 8,8 Millionen RM verschlungen haben⁴⁶⁴. Nachdem überwiegend örtliche Baugeschäfte, wenn auch unterstützt durch Spezialfirmen aus dem ganzen Reichsgebiet, in den Genuß dieser Großaufträge kamen, ergibt sich allein schon aus diesen Summen der enorme Schub, den der Aufbau des Flugzeugwerks für die Wirtschaftsentwicklung der Stadt mit sich brachte.



Das Verwaltungsgebäude des Flugzeugwerks an der Prüfeninger Straße (um 1940)

Repro: Städtische Bildstelle

⁴⁵⁹ Eingemeindungsantrag für Dechbetten, Großprüfening und Ziegetsdorf 18.7.1936 (ZRa 13747) und Reg. an Reichsstatthalter 28.7.1936 (StA/1987 1 blau 119 = 4029 c), vgl. auch Notizen Sch. 8.9. und 12.10.1936, DS 773.

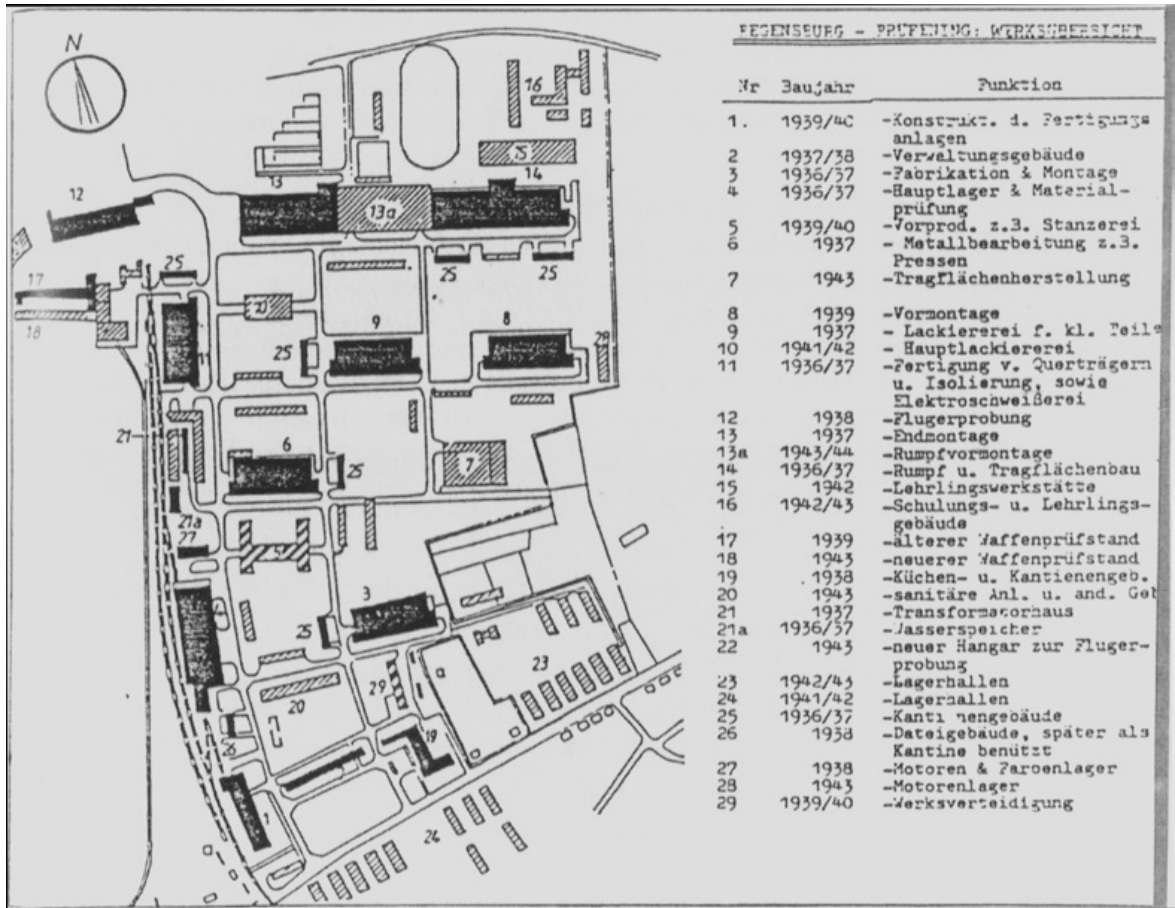
⁴⁶⁰ Notiz Sch. 6.1.1937, DS 901.

⁴⁶¹ AA an Stadt 29.9.1936, DS 773.

⁴⁶² Übersicht über Konstruktion und Baujahr der Anlagen in den ADI-Reports.

⁴⁶³ Ebd. Stand 1.7.1938.

⁴⁶⁴ Omgus-Report S.128.



Lageplan des Flugzeugwerks an der Prüfeninger Straße (unten im Bild; links der Rennplatz)
Bartels, S.40 f.

Anfang 1938 wurde das Regensburger Flugzeugwerk verwaltungstechnisch verselbständigt, die Geschäftsführung unter Betriebsführer Croneiß ging auf die bisherigen Prokuristen Otto Thieme und Friedrich Mayer über⁴⁶⁵. Im Sommer dieses Jahres machten, wohl auf Betreiben von Goebbels und Heß⁴⁶⁶, die Gesellschafter der Augsburger AG die Führungsposition ihres populären Chefkonstruktors nach außen hin sichtbar und benannten den Konzern in "Messerschmitt AG" um⁴⁶⁷. Willy Messerschmitt, seit 1937 Inhaber einer Professur an der Technischen Hochschule München⁴⁶⁸, übernahm die Position eines Generaldirektors und Vorstandsvorsitzenden, womit seine Patente auf die neue Gesellschaft übergangen. Aus dem Erlös dieser Übertragung erwarb die AG einen Teil der noch vom Reich gehaltenen Aktien. Der letzte Rückkauf erfolgte im Frühjahr 1940, so daß die Messerschmitt AG nun wieder ein

⁴⁶⁵ Eintragung in das Handelsregister 21.1.1938 aufgrund Gesellschafterbeschlusses 23.12.1937, DS 507. Vgl. Omgus-Report S.125 sowie BFW an Stadt 1.1.1938, ZR 18087.

⁴⁶⁶ Ishoven S.184.

⁴⁶⁷ Umbenennung 11.7.1938, die des Rgbg.er Werks offiziell erst 13.11.1940, vgl. Omgus-Report S.124 und 126 (Notariatsurkunde 12.11.1940).

⁴⁶⁸ Vgl. z.B. Ishoven S.178.

reines Privatunternehmen darstellte⁴⁶⁹. Bis Kriegsende blieb Messerschmitt das einzige große Unternehmen der deutschen Luftfahrtindustrie, dem es gelang, der "schleichenden Verstaatlichung" zu entgehen⁴⁷⁰. Schließlich änderten sich mit der Umbenennung von 1938 auch die Typenbezeichnungen der Flugzeuge, für die nun das Kürzel "Me" statt bislang "Bf" verwendet wurde.

Nach dem Anschluß Österreichs hatten die Flugzeugwerke in Wiener Neustadt den Lizenzbau der Me-109 übernommen, die daneben auch noch im Augsburger Stammwerk hergestellt wurde. In Regensburg begann dagegen die selbständige Fertigung der Me-108. 175 Maschinen dieses Typs wurden hier 1938 hergestellt, 1939 nur noch 147, 1940: 77, 1941: 59, 1942: 58⁴⁷¹, denn um sich der neuen Me-110 widmen zu können, verlegte die Konzernleitung die Augsburger Produktion der Me-109 ab 1939 ebenfalls nach Regensburg. Dies machte Ende 1938 die Erweiterung der Betriebsanlagen und - wegen der höheren Geschwindigkeit der Me-109 - die des Flugplatzes erforderlich⁴⁷². Zeitweise stand, wie dann in den Kriegsjahren noch mehrmals, sogar zur Debatte, den westlich angrenzenden fürstlichen Rennplatz in das Werksgelände einzubeziehen⁴⁷³.

Im Frühjahr 1939, zweieinhalb Jahre nach Planungsbeginn, war das Regensburger Flugzeugwerk in seinem ersten Teil vollendet. Das Baubüro Wichtendahl/Hermkes wurde aufgelöst, und der Betrieb richtete für künftige Bauarbeiten eine eigene Abteilung ein, die bis Kriegsende dem Architekten Max Dömges unterstand⁴⁷⁴. Ebenfalls im Frühjahr 1939 erfuhr die Stadtverwaltung von der Gründung eines "Nebenbetriebs" der Messerschmitt-AG, die auf dem Gelände der Regensburger GmbH ein Leichtmetallwerk einrichtete und dort 300-500 Frauen beschäftigen wollte⁴⁷⁵.

Die Bezahlung der beim Flugzeugbau Beschäftigten war nach einem komplizierten Schema gestaffelt, in dem die Leistung ebenso wie die effektive Arbeitszeit, das Lebensalter, der Familienstand etc. berücksichtigt wurden. Darüber hinaus gab es Schmutz- und Gefahrenzulagen, solche für Nacharbeit, ein Bonussystem für einzelne Arbeitsgruppen etc. Es boten sich somit genügend Möglichkeiten für verdeckte Lohnerhöhungen, nachdem seit dem Inkrafttreten des Vierjahresplans vom Herbst 1936 offiziell ein Lohn- und Preisstopp galt. Doch nicht nur die höheren Löhne führten dazu, daß das Flugzeugwerk wie ein Magnet auf dem Arbeitsmarkt wirkte; es bot auch hervorragende Sozialleistungen und attraktiv gestaltete Arbeitsplätze. Sie entsprachen in beispielhafter Weise den Forderungen des Amts "Schönheit der Arbeit" in der DAF⁴⁷⁶, die nicht nur der Steigerung der Arbeitsleistung durch erhöhte Motivation, sondern auch dem Gemeinschaftsbewußtsein⁴⁷⁷ und nicht zuletzt - ebenso wie die Werksiedlung "Göringheim" - der Kontrolle der Belegschaften auch außerhalb der Arbeitszeit diente⁴⁷⁸. Das Flugzeugwerk bot helle, saubere und gut belüftete Arbeitsplätze, eigene

⁴⁶⁹ Ebd. S.224. Hauptaktionär die mit Messerschmitt befreundete Familie Raulino-Strohmeyer (Hamburger Tabakfabrikanten und Druckereibesitzer). Ab Sommer 1933 wurde ihr Vermögen vom späteren Chef des Gesamtkonzerns Sailer verwaltet, vgl. Survey S.19 ff. (Befragung Strohmeyer), 50 und 59 f.

⁴⁷⁰ 1939 Erhöhung des Stammkapitals der GmbH von 20000 auf 7 mio RM, vgl. Ishoven S.211. Vgl. zu Struktur und Besitzverhältnissen im Konzern Omgus-Report S.124 ff. und Graphik in Survey S.33. Danach hielt die Augsburger AG bei Kriegsende 90 % des Kapitals der Rgbg.er GmbH (6,3 von 7 mio RM), da am 15.1.1942 10 % auf die Bayer. Vereinsbank übergegangen waren.

⁴⁷¹ USSBS II S.159; für 1938 auch Ishoven S.196.

⁴⁷² Gb 1936/37, s.Anm.418.

⁴⁷³ Vermerk wohl Sch. 30.11.1938, DS 772, vgl. Stadtplan mit eingetragenen Erweiterungsflächen im Nordosten des Werks, datiert 17.2.1939, DS 777.

⁴⁷⁴ Bartels S.39.

⁴⁷⁵ Notiz Sch. 4.4.1939, DS 776.

⁴⁷⁶ Vgl. Bartels S.69 ff. und BA 2.-3.4.1938.

⁴⁷⁷ Vgl. BOM 3.3.1938 und BA 28.8.1939.

⁴⁷⁸ Vgl. Peltz-Dreckmann S.370.

Sportanlagen, eine Bücherei und ein Schwimmbad, das an Feiertagen auch den Familien der Mitarbeiter offenstand⁴⁷⁹. All dies brachte dem Werk den Ehrentitel "NS-Musterbetrieb" ein⁴⁸⁰. Jedoch sorgten andererseits die hohen Löhne und die überdurchschnittlichen Sozialleistungen des Flugzeugwerks dafür, daß sich der Mangel an Fach- und Hilfsarbeitern bei anderen Betrieben und Behörden verschärfte⁴⁸¹. Dies bekamen nicht nur die Stadtverwaltung und hier vor allem die städtischen Werke zu spüren, auch aus der Landwirtschaft des näheren und weiteren Umlands saugte das Flugzeugwerk die ohnehin knappen Arbeitskräfte geradezu ab⁴⁸². Noch vor Kriegsbeginn mußten junge Frauen betriebsintern zu "Specialarbeiterinnen" ausgebildet werden, nachdem Facharbeiter einfach nicht mehr zu bekommen waren⁴⁸³ - der bevorstehende Rückgriff auf den weiblichen Teil der Bevölkerung als "industrielle Reservearmee" kündigte sich an.



Die Kantine des Flugzeugwerks
Repro: Städtische Bildstelle

⁴⁷⁹ Vgl. allg. Meier (1988) S.283 f. sowie BOM 20.5.1938, 19.6.1939 und MZ 17.8.1983. Fotos u.a. in "Regensburg - eine Stadt des Reiches" S.117.

⁴⁸⁰ 1.5.1939, vgl. Bartels S.78, vgl. auch Croneiß' Ansprache zum Richtfest 8.5.1937, im Auszug bei Meier 1988 S.276, und BOM 10.5.1937. Zum Wettbewerb um diesen Titel in Rgbg.: Wolf S.88 sowie allg. M.Frese: Vom "NS-Musterbetrieb" zum "Kriegs-Musterbetrieb", in Der Zweite Weltkrieg (1989) S.382-401.

⁴⁸¹ Vgl. Reichsarbeitsministerium an RVM 25.8.1936, Abschrift in StA 3890. Danach habe "ein Flugzeugwerk" - sicherlich die BFW - bei der Anforderung Tausender nicht vorhandener Facharbeiter erklärt, "die Lohnfrage interessiert sie nicht. Sie zahle jeden Lohn, wenn sie nur die Arbeiter erhalte."

⁴⁸² Vgl. RPB 7.7.1939. Fast jeder RPB aus dieser Zeit vermerkte Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft.

⁴⁸³ Mb zur Wirtschaftsentwicklung 28.8.1939, DS 667.

d. Die städtischen Leistungen beim Aufbau des Flugzeugwerks

Der Aufbau des Regensburger Flugzeugwerks als eines hochgradig spionagegefährdeten Rüstungsbetriebs entzog sich weitgehend den Augen der Öffentlichkeit und unterlag auch nicht der baupolizeilichen Genehmigung durch die Stadt⁴⁸⁴. So zählte Schottenheim das Werk zu den Themen, die er den Ratsherren aus Geheimhaltungsgründen nicht vorlegte⁴⁸⁵. Bürgermeister Herrmann war federführend in allen Fragen, die sich für die Stadt aus der Ansiedlung des Flugzeugwerks ergaben⁴⁸⁶, also insbesondere für die Erschließung des Werksgeländes, den Siedlungsbau, doch auch als Verwalter des städtischen Grundbesitzes⁴⁸⁷. Schließlich konnte es die Stadtverwaltung nicht unberührt lassen, wenn sich hier die Möglichkeit bot, die letzten Wohlfahrtserwerbslosen unterzubringen und damit die Sozialausgaben weiter zu senken. Um diesen Aspekt sollte sich Rechtsrat Zwick kümmern, doch mußte er feststellen, daß es in der Stadt nur wenige Fachkräfte unter den Wohlfahrtsempfängern gab, die für die BFW in Frage kamen⁴⁸⁸.

Gleich zu Beginn der Bauarbeiten mußte die Stadtspitze erkennen, wie selbstbewußt die Werksleitung gegenüber den lokalen Behörden aufzutreten gedachte. Sie benötigte einen Bahnanschluß, und das hierzu angelegte Stichgleis kreuzte die Prüfeninger Straße und somit auch die Gleise der Straßenbahn. Erst nachdem die Arbeiten für das Industriegleis begonnen hatten⁴⁸⁹, reichte die hiermit betraute Baufirma ein Genehmigungsgesuch ein, und während Stadt, Reichsbahn und Polizeidirektion noch ihre Auflagen formulierten, wurde die Schienenkreuzung bereits angelegt - man stand vor vollendeten Tatsachen, was eine Reihe der geplanten Auflagen hinfällig machte⁴⁹⁰. Die Straßenbahn war auch noch in anderer Hinsicht von der Werksgründung betroffen, denn für den um ein Vielfaches vermehrten Verkehr wurden nicht nur neue Abstellgleise erforderlich, man mußte auch die Spätverbindung der Linie 1 bis hierher verlängern⁴⁹¹.

Als wesentlich aufwendiger erwiesen sich die Erschließungsarbeiten der städtischen Werke und des Bauamts⁴⁹². Jeweils fast 200000 RM kosteten der Ausbau von Hochweg und Prüfeninger Straße⁴⁹³ sowie die Neuanlagen des Elektrizitätswerks und der OWAG⁴⁹⁴, zusammengerechnet knapp 600000 RM alle Infrastrukturmaßnahmen städtischer Stellen⁴⁹⁵. Unter anderem wurde eine starke neue Druckrohrleitung erforderlich, um den enormen Wasserbedarf

⁴⁸⁴ Laut Bartels (S.77 und Anm.18), der sich auf Wichtendahl beruft, durfte die städt. Baupolizei das Werksgelände nicht betreten; die Architekten wurden auf ihre Verschwiegenheit vereidigt.

⁴⁸⁵ 7.12.1936 an Ganninger, NIS 8. Auch eine Zwangsentziehung führte nicht die Stadt, sondern das RLM selbst durch, vgl. Antrag BFW 29.7./20.8.1936 und Sch. an RLM 27.8.1936, ZRa 12257. Zum Streit um die Trafostation der BFW, bei dem H. nachdrücklich BFW-Interessen vertrat: ZR 15536.

⁴⁸⁶ Undatierte Note, DS 132.

⁴⁸⁷ Verkauf 1,3 ha Gelände an BFW (1936) erwähnt in undatierter Liste Lieg., DS 797. Weitere Grundgeschäfte in ZR 16010, vgl. auch Prot. der Verwaltungsbeiräte 24.7.1936 sowie der Rh 14.1.1937.

⁴⁸⁸ Notiz Sch. 23.9.1936, DS 773. In ZRa 13214 der beiläufige Hinweis (29.10.1937), daß das Einwohneramt einen Angestellten für das Flugzeugwerk abstellen mußte.

⁴⁸⁹ Baubeginn 21.8.1936, vgl. Rh-Prot. vom Vortag.

⁴⁹⁰ Sch. an RBD 10.11.1936, ZR 16775. Ebd. die Einzelheiten einschl. Betriebs- und Gemeindegrund-Benutzungsvertrags RB bzw. Stadt - BFW.

⁴⁹¹ Mb E-Werk 31.3.1938, DS 587, vgl. ZR 16794.

⁴⁹² Sch. rechnete mit 670000 RM Kosten, vgl. Prot. Grundsatzbespr. über das Göringheim, 19.8.1936, DS 900.

⁴⁹³ Vgl. Mb Bauamt DS 545, 562 und 846, Pressegespräche Sch. 20.3.1937, DS 865, und 19.5.1937, PSt 502, sowie Notiz Sch. 14.10.1936, FIN 500.

⁴⁹⁴ E-Werk an Sch. 24.7.1936, DS 587, bzw. Notiz Sch. 14.10.1936, FIN 500.

⁴⁹⁵ Wasseranschluß, Gas und Kanalisation ca. 185000 RM, vgl. Mb Gaswerk DS 545 und 589 sowie Notiz Sch. 14.10.1936, FIN 500.

des Werks zu decken⁴⁹⁶. Seine Stromversorgung verknüpfte man später über ein Verbundsystem mit der anderer Stadtteile und sicherte sie damit zusätzlich ab⁴⁹⁷. Zu bedenken bleibt, daß die Stadt an den Infrastrukturmaßnahmen der Werke für die BFW nicht schlecht verdiente, da sich die Einrichtung der Versorgungsleitungen über erhöhte Einnahmen wieder amortisierte. Allerdings verweigerte sie entgegen den Forderungen des RLM die Beteiligung an der Planung des Flugplatzes⁴⁹⁸.

e. "Göringheim" und Erweiterung der Schottenheimsiedlung

Angesichts der katastrophalen Wohnungsnot in Regensburg stellte sich im Zusammenhang mit der Ansiedlung des Flugzeugwerks die Beschaffung der erforderlichen Wohnungen für die neu zuziehenden Betriebsangehörigen als Hauptproblem. Hierfür wurde mit der Schaffung der Göringheim-Siedlung am Ziegetsberg, der Erweiterung der Schottenheim-Siedlung um einen eigenen Bauabschnitt, später dann mit der Errichtung ausgedehnter werkseigener Barackensiedlungen eine Lösung gefunden.

Das Göringheim⁴⁹⁹

Unmittelbar nach der Entscheidung der BFW, in Regensburg ein Zweigwerk zu errichten, begannen die Vorarbeiten für die neue Werksiedlung⁵⁰⁰, das spätere "Göringheim", das nach der ersten Planung "mindestens 1000 Siedlerstellen" umfaßt hätte⁵⁰¹. Innerhalb kürzester Zeit wurde seine Lage am Ziegetsberg festgelegt⁵⁰² - alle Vorarbeiten standen unter größtem Zeitdruck, da die Siedlung bereits zum Frühjahr 1937 bezugsfertig sein sollte.

Für die Siedlungsmaßnahme waren verschiedene Finanzierungsmodelle im Gespräch⁵⁰³, schließlich wurde sie von der "Bayerischen Heimstätte"⁵⁰⁴ als Generalbevollmächtigter ausgeführt. Diese Wohnbaugesellschaft mit explizit nationalsozialistischer Zielsetzung⁵⁰⁵ war kurz zuvor auf Initiative Ministerpräsident Sieberts, ihres Aufsichtsratsvorsitzenden, gegründet worden und führte hier ihre erste große Baumaßnahme durch. Schon im August 1936 konnte sie mitteilen, drei Viertel der geschätzten Gesamtkosten für die Siedlung von 4,4 Millionen RM seien durch ein Darlehen der Bayerischen Handelsbank gedeckt und das RLM stelle den Rest bereit, die Finanzierung sei also gesichert⁵⁰⁶. Obwohl der Oberbürgermeister eine finanzielle Beteiligung mit dem Hinweis auf die hohen Erschließungskosten für das Werksgelände

⁴⁹⁶ Einzelheiten in ZR 11253 und StA 16425/4, vgl. auch Mb Wasserwerk (DS 545 und 586), Notiz Sch. 14.10.1936 (FIN 500) sowie Darlehensantrag H. an RLM 3.3.1937 (ZR 11253). Grundkauf hierfür in ZR 15142. Abnahmegarantie des Flugzeugwerks für mindestens 150000 m³ Wasser pro Jahr ohne Vorzugstarif.

⁴⁹⁷ Vgl. Mb E-Werk, DS 545 und 587. Wegen des Flugbetriebs mußte auch die Weinweg-Siedlung über unterirdische Kabel mit Strom beliefert werden.

⁴⁹⁸ Sch. an Kokothaki 12.3.1937, ZR 11253. Hier und in DS 509 weitere Einzelheiten; es ging um ein 260000-RM-Darlehen.

⁴⁹⁹ Vgl. die Arbeiten von Meier und Die Woche 3.3.1988 mit Erinnerungen von "Ureinwohnern" der Siedlung. Als neu aufgefundene Akten grundlegend DS 900 und 901. Vgl. zur Baugeschichte auch Erinnerungen Sch. in NIS, hier S.3358 ff.

⁵⁰⁰ Zu Werksiedlungen im 3.Reich allg. Petsch S.152 ff. und Peltz-Dreckmann S.349 ff., 370 f., 394 ff.

⁵⁰¹ Reg. an Reichsstatthalter 28.7.1936, StA (1987) I blau 119 = 4029 c.

⁵⁰² Prot. 31.7.1936 (ZR 19117): Festlegung der Grundlagen für die neue Siedlung durch Stadt, Reg., RLM, Reichsarbeitsministeriums, BFW und "Heimstätte".

⁵⁰³ Vgl. Notizen Sch. ab 28.7.1936, DS 900.

⁵⁰⁴ "Bayerische Heimstätte GmbH, Treuhandstelle für Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen (München)".

⁵⁰⁵ BA und BOM 26.4.1937.

⁵⁰⁶ Notiz Sch. 28.8.1936, vgl. seine Notiz 10.9.1936 und Vermerk H. vom folgenden Tag, ebd.

selbst ablehnte, kam der Stadt bestimmender Einfluß auf die Gestaltung der Siedlung zu⁵⁰⁷. Schottenheim wollte "um jeden Preis (...) das Heft in der Hand behalten"⁵⁰⁸ und legte Wert auf eine aufgelockerte Bauweise parallel zum Hang; zu vermeiden sei, daß "der eine Siedlungsteil auf den anderen heruntersieht"⁵⁰⁹. Den städtebaulichen Entwurf übertrug er Baurat Kerler, auch die von der Heimstätte engagierten Architekten Wenz und Dorner stammten aus Regensburg.

Die Stadt erstellte nicht nur den Gesamtplan für die Siedlung, sie war auch für die Geländeererschließung zuständig und vermittelte der Heimstätte den größten Teil der benötigten Grundstücke von der Katholischen Bruderhaus-Stiftung, die unter ihrer Verwaltung stand und allein 23 ha Gelände abgab. Schwierigkeiten bereitete nur der Geländeerwerb vom Haus Thurn und Taxis, dessen Brauerei schließlich das Recht eingeräumt erhielt, das Flugzeugwerk zu beliefern und in der Siedlung zwei Gaststätten zu bewirtschaften⁵¹⁰; für den Fall der Weigerung war der fürstlichen Verwaltung mit Zwangsenteignung gedroht worden⁵¹¹. Nach der endgültigen Vereinbarung zwischen Stadt und Heimstätte trug diese die Kosten für den Grunderwerb und die eigentlichen Wohnungsbauten, den Straßen- und Kanalbau, für die Wasser- und bis zu 100000 RM für die Stromversorgung. Nur Gasanschluß und Straßenbeleuchtung erfolgten auf Rechnung der Stadt⁵¹². Später übernahm sie noch den Neubau der Horst-Wessel-Volksschule und legte einen durchgängigen Fahrradweg zwischen Siedlung und Flugzeugwerk an.

Im September 1936 legten Bauamt und Heimstätte die Haustypen für den ersten Siedlungsabschnitt fest, Mit der Drohung, sämtliche Aufträge würden sonst an auswärtige Firmen vergeben, wurde das örtliche Baugewerbe zu Preissenkungen genötigt. Als Lockmittel diente dabei der Hinweis auf einen zweiten Siedlungsabschnitt mit weiteren 1200-1400 Wohnungen, um die die BFW das Göringheim nach Croneiß' Aussagen später erweitern wollten⁵¹³. Ende 1936 erfolgte der Baubeginn für die ersten 608 Wohnungen⁵¹⁴, die sich nun auf 228 Häuser dreier verschiedener Typen verteilten⁵¹⁵: 152 Einfamilienhäuser mit Einliegerwohnung und 76 Vierfamilienhäuser, teils mit Klein-, teils mit größeren Wohnungen⁵¹⁶. Zu dieser Zeit rechnete Schottenheim noch immer mit einem späteren zweiten Bauabschnitt, der rund 1200 Wohnungen umfassen werde, nachdem das Flugzeugwerk angeblich seine Belegschaft verdoppeln wollte⁵¹⁷, allerdings war bald nur noch von einer Erweiterung um 4-500 Wohnungen die Rede⁵¹⁸.

⁵⁰⁷ Prot. 31.7. und 19.8.1936, ZR 19117 bzw. DS 900.

⁵⁰⁸ Notiz 29.7.1936, DS 900.

⁵⁰⁹ Anweisung an Kerler 1.8.1936, ebd.

⁵¹⁰ Vgl. Notizen Sch. 19.8. und 6.10.1936, ebd., sowie Rh-Prot. 1.10.1936. Vgl. auch ZR 14804 zum Ankauf von rund 5,8 ha Gelände aus Privatbesitz, 19.10.1936.

⁵¹¹ Notiz Sch. 21.10.1936, DS 900, vgl. auch ZR 19117 und Meier (1988) S.277. Später verweigerte das AA die Zuteilung von Baueisen für die geplante Gaststätte, vgl. z.B. Notizen Sch. 20.7.1937 und 8.3.1938, DS 900.

⁵¹² Trotz Materialmangels und widriger Witterung wurden in kürzester Zeit für rd. 680000 RM 4,4 km Wasser- und Stromleitungen, 4,3 km Kanäle und 3,8 km Gasrohre gelegt (Mb Bauamt 1. und 30.4.1937, DS 900).

⁵¹³ Bericht Schipper 30.9.1936, DS 900, und Notizen Sch. 10.11.1936 und 6.1.1937, ebd. bzw. DS 901.

⁵¹⁴ Notiz Sch. 4.12.1936, DS 900, vgl. auch Rh-Prot. 28.1.1937. Mehrfach genannt auch eine Zahl von 606 Whg., evtl. wegen der Unterbringung des NSV-Kindergartens und der städt. Verwaltungsnebenstelle in Privathäusern.

⁵¹⁵ Zunächst war von 608 Wohneinheiten in 199 Häusern die Rede gewesen, vgl. Bericht Schipper 7.9.1936, DS 900.

⁵¹⁶ Zusammenfassender Bericht Bauamt 31.7.1937, DS 545 und 900; Baukosten nach Übersicht 12.8.1936, ZR 19118.

⁵¹⁷ 200 geeignete Siedler hätte er nach Abschluß des Göringheims gern für "seine" Siedlung abgeworben, vgl. Notiz 6.1.1937, DS 901.

⁵¹⁸ Vgl. Notiz Sch. 9.1.1937 und Kerlers Artikel BOM und BA 13.1.1937 (mit Planzeichnung).

Innerhalb weniger Monate⁵¹⁹ stampften nun im Auftrag der Heimstätte 80 Unternehmen, davon 75 aus Regensburg, den ersten Siedlungsabschnitt aus dem Boden, der mehr Wohneinheiten umfaßte als das "Schottenheim" nach vierjähriger Bauzeit. Ende 1937 waren alle Bauarbeiten an den Wohnhäusern des Göringheims beendet und etwa die Hälfte davon bezogen, täglich kamen neue Mieter hinzu - ausschließlich Werksangehörige der BFW, darunter rund 150 Wohnungssuchende aus Regensburg⁵²⁰. Die fertigen Wohnungen gingen in das Eigentum der eigens zu diesem Zweck gegründeten "Heimbau Bayern" über⁵²¹, der die Stadt eine Beihilfe gewährte⁵²²; die Monatsmieten betragen je nach Wohnungsgröße 26-56 RM⁵²³. Auch fünf der Geschäftshäuser waren bereits fertig, ein sechstes ebenso in Bau wie die "Straße der SA" (vormals Grasser Weg, heute Theodor-Storm-Straße), die sich später, nach der Verwirklichung des zweiten Bauabschnitts, als breite, alleearartige Hauptachse durch die Siedlung ziehen sollte⁵²⁴. Im folgenden Frühjahr legte das städtische Gartenamt die Grünflächen einschließlich einer Maulbeerpflanzung für die Seidenraupenzucht an⁵²⁵, und auch der Teilausbau der Straße der SA wurde abgeschlossen; die Gelder für den ursprünglich geplanten repräsentativen Straßenzug waren inzwischen gekürzt worden. Im September 1938, wenige Wochen nach Inbetriebnahme eines NSV-Kindergartens samt Mütterberatungsstelle⁵²⁶, wurden die letzten Wohnungen bezogen und auch die Arbeiten an den Grünanlagen beendet⁵²⁷, diejenigen an der Pumpstation des Wasserwerks und am Radweg zum Werksgelände zogen sich noch jahrelang hin⁵²⁸.

Das Göringheim erstreckte sich in terrassenförmiger, an den Hang angepaßter Lage⁵²⁹ beidseitig, überwiegend aber östlich der Augsburger Straße bis zur Straße der SA. Die Nordbegrenzung der Siedlung bildete die neue Schule, in ihrer Mitte entstand eine platzartige Erweiterung mit Geschäftshäusern, weitere Läden wurden an den südlichen Zufahrtsstraßen angesiedelt⁵³⁰. Den Namen "Göringheim", vorgeschlagen von SA-Brigadeführer Freund⁵³¹, hatte Göring gerne genehmigt⁵³², doch nicht nur über ihn als ehemaligem Weltkriegsflieger, erstem Führer der SA und mittlerweile Chef der Luftwaffe, sondern auch durch die Wahl der Straßennamen versuchte man, eine symbolische Verknüpfung zwischen Luftwaffe und SA herzustellen: Neben der "Straße der SA" entstanden eine Albert-Leo-Schlageter-, eine Herbert-Norkus-⁵³³ sowie eine "Straße des 9.November", und 16 der 24 Straßen wurden nach den

⁵¹⁹ Richtfest April 1937, vgl. RPB 8.5.1937. Sch. erwähnt einen "großen Krach", dessentwegen Siebert nicht zum Richtfest erschienen sei (NIS 30 S.3326). Zum Baufortschritt: Berichte Bauamt, Tiefbauabteilung und Werke, DS 545, 562, 586, 587, 589 und 900, sowie Pressegespräch Sch. 24.8.1937, PSt 502, und BA 8.9.1937.

⁵²⁰ BA und BOM 3.9.1937.

⁵²¹ "Heimbau Bayern. Gemeinnützige Baugesellschaft mbH" (München).

⁵²² Die Stadt verzichtete faktisch auf Grund- und Haussteuerumlagen (Vereinbarung 26.11.1936, DS 900 und ZR 19117). Vgl. zu den ersten Voranschlägen die Notizen Sch. und Bericht Schipper 27.8.1936, ebd., teils auch in FIN 500.

⁵²³ Notizen Sch. 1. bzw. 7.9.1936, DS 900.

⁵²⁴ Mb Bauamt und Tiefbauabteilung 31.12.1937, DS 545 und 900, vgl. Listen Bautätigkeit 1937, DS 545 und 666. Straßengrunderwerbungen in ZRa 14916, ZR 14972 und 15146.

⁵²⁵ Mb Gartenamt 29.8.1939, DS 667. Grünflächenplan veröff. in BOM 13.7.1938.

⁵²⁶ Vgl. NotizSch. 14.12.1936, DS 902, Mb Verwaltungsstelle Göringheim August 1938, DS 900, sowie BOM 12.8.1938 und BA 9.9.1938.

⁵²⁷ Mb Verwaltungsstelle Göringheim 30.9.1938 und Notizen Sch. zum Bezug der Whg. in DS 900, vgl. auch RPB 6.5.1938.

⁵²⁸ Vgl. Rh-Prot. 15.9., 25.10.1938 und 5.5.1939, Mb Bauamt, DS 667 und 903, sowie allg. Meier (1988) S.278. Fertigstellung des Radwegs erwähnt in Croneiß an Sch. 30.1.1941, BAU 1004.

⁵²⁹ Vgl. zum folgenden Kerler: Artikel in BOM und BA 13.1.1937.

⁵³⁰ Insgesamt je 2 Lebensmittelläden und Bäckereien, 1 Metzgerei, 1 Milchgeschäft, vgl. Meier (1988) S.281.

⁵³¹ Notiz Sch. 20.1.1937, ebd.

⁵³² 1.3.1937, ZR 19118.

⁵³³ Zum Tod des 15-jr. Hitlerjungen Herbert Norkus vgl. J.v.Lang: Und willst du nicht mein Bruder sein, Wien-Darmstadt 1989.

"Gefallenen" des 9. November 1923, die Boelcke-, die Immelmann- und die Von-Richthofen-Straße nach "Fliegerhelden" des Ersten Weltkriegs, die neue Volksschule nach Horst Wessel benannt⁵³⁴.

Eine neue Volksschule war - übrigens ebenso wie der Neubau der St. Wolfgang-Kirche⁵³⁵ - nicht nur durch die Entstehung des Göringheims, sondern auch durch die insgesamt sehr starke Neubautätigkeit zwischen Kumpfmühl und Ziegetsdorf erforderlich geworden⁵³⁶. Bislang hatten die schulpflichtigen Kinder aus diesen Stadtteilen den weiten Weg bis zur Augustenschule am Rand der Altstadt zurücklegen müssen. Daher traf man schon seit Herbst 1936 die Vorbereitungen für einen Neubau, der 20 Schulräume und eine Turnhalle umfassen, 900 Kinder sowie ein HJ-Heim aufnehmen und rund 600000 RM kosten sollte⁵³⁷. Ein späterer zweiter Bauabschnitt war als langgestreckter, eingeschossiger Querflügel mit 14 weiteren Schulsälen geplant⁵³⁸. Zwar erwarb die Stadt im Sommer 1937 das erforderliche Gelände vom Haus Thurn und Taxis⁵³⁹, doch verweigerte das Arbeitsamt die Zuteilung des erforderlichen Baueisens⁵⁴⁰, so daß sich der Baubeginn immer wieder verschob. Hatte man noch gehofft, im Frühjahr 1938 endlich beginnen zu können⁵⁴¹, so sollte es nochmals ein ganzes Jahr dauern, bis die Arbeiten endlich aufgenommen wurden⁵⁴². In den wenigen Monaten bis Kriegsbeginn ergaben sich weitere Verzögerungen durch das unerwartet auftretende Grundwasser, aber auch infolge des großen Mangels an Hilfsarbeitern⁵⁴³. Den Dachstuhl setzte man Ende 1939 auf, und erst im September 1941 konnte die Schule ihrer Bestimmung übergeben werden⁵⁴⁴. Nach dem zweiten Luftangriff auf das Flugzeugwerk im Februar 1944 verlegte die Betriebsleitung das Zeichenbüro in die Horst-Wessel-Schule⁵⁴⁵. Der Speicher des Gebäudes diente als Lagerraum für den Fundus des Stadttheaters, und im Winter 1944/45 wurde die Schule als Auffangsammlung für Bombengeschädigte genutzt. Beim Luftangriff vom 22.11.1944, der weite Teile Kumpfmühls verwüstete, hatte sie einige Schäden erlitten; die von Messerschmitt zur Verfügung gestellten Dachziegel wurden von den Siedlern für eigene Zwecke entwendet⁵⁴⁶, und auch für die von Herrmann angeordnete Beseitigung der Schäden an diesem "hochwertigsten Schulgebäude der Stadt" fehlten die Mittel⁵⁴⁷. Vergeblich mahnte er auch wiederholt die immer wieder zugesagte Räumung des Schulhauses durch das Flugzeugwerk

⁵³⁴ Alle Straßennamen in BA 10.3.1937, vgl. auch Pressegespräche Sch. 9. und 20.3.1937, PSt 502 bzw. DS 865. Die drei nach Kampffliegern benannten Straßen wurden 1945 nicht umbenannt.

⁵³⁵ Baugenehmigung lt. Rh-Prot. 30.11.1937, Baubeginn 7.2.1938 nach Plänen von Dominikus Böhm (Köln), fertiggestellt 1940, vgl. BA 27.6.1938 und 5.4.1940 sowie allg. H.Reidel: St. Wolfgang in Rgbg.-Kumpfmühl, München-Zürich 1978.

⁵³⁶ 1933-1941 stieg die Einwohnerzahl Kumpfmühls von 6400 auf 10600, darunter fast 1100 schulpflichtige Kinder, vgl. Aufzeichnungen Sch. NIS 18. 1936 nahmen auch eine Apotheke und eine Postagentur in Kumpfmühl den Betrieb auf, vgl. ZR 20490 f. bzw. ZRa 12068.

⁵³⁷ Pressegespräche Sch. 23.2. und 19.5.1937, PSt 502; Einzelheiten in DS 807 und Mb Bauamt, DS 545. Vgl. allg. Meier (1988) S.281 f. und Ruhl (1989) S.67 f. mit Belegen aus der Presse.

⁵³⁸ Vgl. Artikel Sch. BOM und BA 4.1.1938; Textgrundlage in DS 666 und 807.

⁵³⁹ Grunderwerb 22.7.1937, ZR 14903 und 15144, vgl. Rh-Prot. 14.7.1937.

⁵⁴⁰ H. an Heimstätte 17.6.1937, ZR 19117, vgl. Rh-Prot. 1.7.1937.

⁵⁴¹ Das Tiefbauamt baute schon die Kanäle, vgl. Mb in DS 562.

⁵⁴² BOM 16.3.1939 zum bevorstehenden Baubeginn; Baugenehmigung lt. Rh-Prot. 24.3.1939, Einzelheiten in DS 807; ebd., in DS 667 und 901 die Mb Bauamt. Zum 750000-RM-Darlehens für beide Schulhäuser: Rh-Prot. 3.3.1939, vgl. StA 16425.

⁵⁴³ Zum Bauzustand vor Kriegsbeginn: Mb 29.8.1939, DS 667 und 807.

⁵⁴⁴ BA und BOM 8.9.1941. Zum Antrag auf rückwirkende Finanzhilfen des Reichsarbeitsministeriums und des MIInn: Notiz 27.11.1941, DS 951.

⁵⁴⁵ Bericht Schulbeauftragter für den LS 1.4.1944, DS 744.

⁵⁴⁶ Berichte Rektor Staudinger 23. und 27.11.1944, DS 743, sowie 20.12.1944, DS 745.

⁵⁴⁷ Vgl. Staudinger an Schulamt 16.1.1945, H. an Bauamt 24.1.1945 und Rechtfertigungsbericht 26.1.1945, DS 745.

an⁵⁴⁸. So blieb der unhaltbare Zustand bestehen, daß hier Rüstungsproduktion betrieben wurde, obwohl das Gebäude ab Februar 1945 als Teillazarett diente⁵⁴⁹, also dem Schutz des Roten Kreuzes unterstand.

Der vierte Siedlungsabschnitt im Schottenheim

Seit Anfang 1937 hatte Theo Croneiß die "Heimstätte" gedrängt, den zweiten Bauabschnitt des Göringheims vorzubereiten⁵⁵⁰, der die Talmulde östlich der schon bestehenden Häuser auffüllen sollte. Tatsächlich einigten sich Vertreter der Reichs- und Landesregierung, der BFW, der Heimstätte und der Stadt auf 400 neu zu errichtende Wohnungen, jedoch konnte Schottenheim die übrigen Beteiligten überreden, trotz der großen räumlichen Entfernung 60 Siedlerstellen in "seiner" Siedlung unterzubringen⁵⁵¹ - mehr mochte Croneiß nicht garantieren, da nicht absehbar sei, wieviele Arbeiter sich eine Siedlerstelle leisten könnten⁵⁵².

4,1 ha Gelände erwarb die Heimstätte westlich der Sandgasse⁵⁵³; die 60 Wohneinheiten verteilten sich auf Blocks, Einfamilien- und Doppelhäuser an Eger- und Karlsbader Straße und bildeten die Keimzelle für den vierten, nicht nach einem eigenen Flurnamen benannten Siedlungsabschnitt des Schottenheims. Für diesen hatte der Oberbürgermeister schon Ende 1936 die erforderlichen Grundstücke erwerben und Baurat Kerler eine Grobplanung erarbeiten lassen⁵⁵⁴, später übernahm Baurat Kiessig die Detailplanung, nachdem Kerler mit den Arbeiten für zwei Großsiedlungen überlastet gewesen wäre.

Für die fertigen Wohnungen errechneten sich erheblich höhere Monatsmieten als für die älteren Siedlerstellen⁵⁵⁵, da die Dachgeschosse von vorneherein voll ausgebaut wurden und die Siedler kein Eigenkapital mitbringen mußten, sondern jeweils 500 RM Werksdarlehen erhielten⁵⁵⁶. Im Juli 1937 legte das Bauamt den Lageplan für den neuen Siedlungsabschnitt vor⁵⁵⁷, einen Monat darauf war Baubeginn für die ersten Häuschen⁵⁵⁸; den Straßenbau übernahm die Stadt, um zur Verbilligung der Mieten beizutragen⁵⁵⁹. Mitte 1938 konnten die 60 Siedlerstellen von Mitarbeitern des Flugzeugwerks bezogen werden⁵⁶⁰, bis 1940 entwickelte sich dieses, bezogen auf das gesamte Schottenheim, zum wichtigsten Arbeitgeber der dortigen Siedler.

Seit Herbst 1937 hatte Schottenheim die Erweiterung dieses Siedlungsabschnitts auf die vollen 300 Stellen durchplanen lassen, da er wegen des unebenen Geländes einige Schwierig-

⁵⁴⁸ Reservelazarett V/Teillazarett Horst-Wessel-Schule an Stadt 21.3.1945 bzw. H. an Messerschmitt 27.3.1945, WSt 1. Vgl. auch Staudinger an Schulamt 27.11.1944, DS 743, wonach Messerschmitt in das Justizgebäude übersiedeln wollte, sobald die Genehmigung des RLM eingetroffen wäre.

⁵⁴⁹ Sch an RVK 22.2.1945, DS 746.

⁵⁵⁰ Notiz Sch. 4.2.1937, DS 900.

⁵⁵¹ Notizen 23.3. und 12.5.1937, DS 937 bzw. 901, vgl. auch Bericht Schipper 19.5.1937, ebd. und ZR 19117, sowie Vermerk H. vom gleichen Tag, DS 937.

⁵⁵² Bericht Schipper und Vermerk H., s. vorige Anm.

⁵⁵³ Rh-Prot. 28.10.1937, vgl. auch HM 1377. Die Stadt hatte zuerst eine Zwangsenteignung durchgeführt.

⁵⁵⁴ Notizen Sch. 14. und 21.11.1936 sowie 8.1.1937, DS 937; weitere Einzelheiten in DS 901. Zunächst waren für den 4.Siedlungsabschnitt 300 Whg. vorgesehen.

⁵⁵⁵ Kokothaki forderte von Sch. eine Begründung (30.10.1937, DS 934). Einzelheiten in DS 937.

⁵⁵⁶ Bericht Kerler 8.11.1937, DS 934.

⁵⁵⁷ Mb 31.7.1937, DS 545.

⁵⁵⁸ Zum Baufortschritt: Mb Bauamt, ebd. und DS 937, vgl. auch Pressegespräche Sch. 19.5., 19.10.1937 und 3.5.1938, PSt 502 bzw. 506.

⁵⁵⁹ 28.10.1937 an Heimstätte, ZR 16070; Kosten rd. 18000 RM, vgl. Haushaltsbericht Sailer Oktober 1938, DS 546. Zur Geländeerschließung: Mb Werke und Tiefbauabteilung, DS 586 und 589. Zur Baugenehmigung: Rh-Prot. 28.10.1937.

⁵⁶⁰ Heimstätte an Stadt 12.7.1938, ZR 19111, vgl. BOM 1.4.1938.

keiten erwartete⁵⁶¹. Die Aufteilung der Grundstücke erfolgte im Frühjahr 1938⁵⁶², und noch zum Jahresende deutete alles darauf hin, daß man infolge der weiteren Expansion des Flugzeugwerks demnächst tatsächlich mit dem Ausbau des vierten Siedlungsabschnitts beginnen könne⁵⁶³, doch wurde stattdessen plötzlich wieder die Osterweiterung des Göringheims aktuell.

Der zweite Bauabschnitt des Göringheims

Seit 1937 arbeitete das Bauamt am Gesamtplan für das Göringheim und bereitete die Infrastrukturmaßnahmen vor⁵⁶⁴. Anfang 1939 war von 250-300 neuen Wohnungen die Rede, die nun südlich der Horst-Wessel-Schule entstehen sollten⁵⁶⁵, 232 Wohnungen in 20 Vier- und 19 Achtfamilienhäusern umfaßte schließlich die fertige Planung für diesen zweiten Abschnitt des Göringheims⁵⁶⁶. Im Sommer 1939 begannen die Straßenbau- und Fundamentarbeiten, stark behindert durch den Mangel an Arbeitskräften⁵⁶⁷, der sich nach Kriegsbeginn weiter verschärfte. Die Bauarbeiten verzögerten sich zusehends, erst lange nach Kriegsbeginn wurde dieser Siedlungsabschnitt vollendet, mittlerweile erweitert auf 242 Wohnungen, in denen im Spätsommer 1941 3182 Personen lebten⁵⁶⁸. Damit gab sich das Flugzeugwerk zunächst zufrieden; zwar sah das Sofortprogramm für den Wohnungsbau nach Kriegsende noch 100 Kleinwohnungen im Göringheim vor⁵⁶⁹, doch bezeichnete das Werk den Bedarf an größeren Wohnungen als viel dringlicher⁵⁷⁰.

In den letzten Kriegsjahren erwies es sich als günstig, daß die Heimstätte 1936 genügend Gelände für spätere Siedlungserweiterungen erworben hatte, denn nun konnte sie einen Teil davon für den städtischen Barackenbau abtreten, der an anderer Stelle darzustellen ist. Auch eine Reihe von Dachgeschossen wurden im Göringheim ab Januar 1944 noch zu Behelfswohnungen ausgebaut⁵⁷¹. Nach Kriegsende beschlagnahmte die Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen das gesamte Göringheim, mittlerweile umbenannt in "Ganghofer-Siedlung". Ihre Bewohner mußten im Herbst 1945 die Wohnungen räumen, stattdessen wurden hier vier Jahre lang zeitweise bis zu 6000 "Displaced Persons", vor allem aus Osteuropa, einquartiert, während Deutschen, auch den Behörden, der Zutritt zur Siedlung versagt war⁵⁷². Später gab der Freistaat Bayern die Siedlung, deren Bausubstanz bis heute unverändert geblieben ist, wieder an die "Heimbau" zurück⁵⁷³.

⁵⁶¹ Anweisung an Bauamt 9.10.1937, DS 930, vgl. Mb Kiessig, DS 937. Bebauungspläne z.B. in DS 911 und 954.

⁵⁶² Notiz Sch. 8.6.1938, DS 952.

⁵⁶³ Vermerk 30.11.1938, DS 772.

⁵⁶⁴ Vgl. Mb Werke, Bauamt und Verwaltungsstelle Göringheim, DS 545, 562, 586 f., 667 und 900 f., vgl. auch Pressegespräche Sch. 19.5. und 20.7.1937, PSt 502 und 506.

⁵⁶⁵ Bericht Schipper 9.1.1939 und weitere Einzelheiten in DS 901, vgl. Vermerk H. 28.4.1939, ZR 19117.

⁵⁶⁶ Baugenehmigung lt. Rh-Prot. 4.7.1939.

⁵⁶⁷ Vgl. Mb Bauamt, DS 667 und 901; Einzelheiten auch in ZR 19117, vgl. Programmrede Sch. 20.7.1939 (Text ZR 11243) sowie allg. Meier (1988) S.281.

⁵⁶⁸ Vermerk 6.9.1941, NIS 18. Am 26.3.1942 erwähnt Sch. gegenüber der Reg. beiläufig, das Göringheim sei nun auf rd. 840 Wohneinheiten ausgebaut (DS 775).

⁵⁶⁹ Sofortprogramm Stadtbau GmbH April 1941, DS 779.

⁵⁷⁰ Vermerk H. 5.4.1941, ebd.

⁵⁷¹ Mb Behelfswohnungsbau 25.5.1944 und Wb ab Juli 1944, DS 731.

⁵⁷² Die Woche 3.3.1988.

⁵⁷³ Vgl. Meier (1988) S.284.

f. Die Baubeschränkungen zugunsten des Flughafenbetriebs

Trotz des enormen Tempos, mit dem das Flugzeugwerk den Wohnungsbau für seine Betriebsangehörigen vorantrieb, blieb der neu geschaffene Wohnraum weit hinter dem tatsächlichen Bedarf des schnell expandierenden Betriebs zurück. Mitverantwortlich hierfür war der Mangel an geeignetem Baugelände in der Stadt, der sich ausgerechnet durch die Ansiedlung des Flugzeugwerks selbst bedeutend verschärft hatte⁵⁷⁴. Denn dessen Flughafenbetrieb bedingte, wie eingangs erwähnt, weitreichende Baubeschränkungen für den gesamten Stadtwesten. Rechtsgrundlage hierfür war das "Schutzbereichsgesetz"⁵⁷⁵, wonach Neubauten in militärischen Schutzzonen von der Genehmigung des zuständigen Luftamts abhingen.

Seit 1933 lag ein Bebauungsplan für den Bereich westlich der Krankenhäuser der Barmherzigen Brüder vor, wonach das Gelände langfristig vor allem dem Wohnungsbau dienen sollte⁵⁷⁶. Nach der Ansiedlung der BFW herrschte lange Zeit Unklarheit über die künftigen Schutzzonen, etwa darüber, ob eine Donaubrücke im Stadtwesten zulässig sei oder nicht. Auch Schadenersatzforderungen bauwilliger Grundbesitzer standen zu befürchten; immer wieder mußte man sie auf spätere Entscheidungen übergeordneter Stellen vertrösten⁵⁷⁷. Als die Schutzzonen endlich feststanden, wurde klar, wie stark sie die Stadtentwicklung behinderten; so wäre beim 1938 geplanten Neubau der Kreisbauschule an der Prüfeninger Straße (der heutigen Fachhochschule) der vorgesehene turmähnliche Aufbau nicht genehmigungsfähig gewesen, obwohl das Gelände mehr als 1,5 km vom Rollfeldmittelpunkt des Flughafens entfernt und somit knapp außerhalb der Schutzzone lag⁵⁷⁸.

Mit der oben erwähnten Erweiterung des Flughafens, bedingt durch die Umstellung der Produktion auf die Me-109 ab Herbst 1938, verschärfte sich die Lage aus der Sicht der Stadt erneut. Sogar der Regierungspräsident als mittlere Planungsbehörde verweigerte seine Zustimmung zur Verlängerung des Rollfelds nach Osten, bis die Frage der Schutzzonen geklärt sei⁵⁷⁹, jedoch zog Schottenheim schließlich seinen Einspruch zurück, nachdem das RLM die Maßnahme verlange und finanziere und Enteignungen auch gegen den Willen der Stadt durchführen könne. Dies änderte allerdings nichts an seinen erheblichen Bedenken gegen die neuerliche Beschränkung des Wohnungsbaus⁵⁸⁰. Diese Koalition von unterer und mittlerer Verwaltungsebene festigte sich noch, nachdem monatelang weder das RLM noch das Luftgaukommando XIII es für nötig hielten, endlich die Frage der künftigen Baubeschränkungen definitiv zu klären⁵⁸¹. Erst unmittelbar vor Kriegsbeginn gab das Nürnberger Luftamt vier Zonen innerhalb des Schutzbereichs für Bauten bis zu 10 m Höhe frei⁵⁸², danach wurde die ganze Frage angesichts des zivilen Neubauverbots ohnehin obsolet. Spannungen ergaben sich erst wieder Ende 1941 mit der neuerlichen Erweiterung des Flugplatzes (s.u.).

⁵⁷⁴ Vgl. z.B. Sch. an Bayerische Bauernsiedlung 29.11.1937, ZRa 14310.

⁵⁷⁵ Gesetz über Beschränkung von Grundeigentum aus Gründen der Reichsverteidigung 24.1.1935, RGBI I S.499, sowie 1.DurchfVO 19.9.1935, RGBI I S.1162; vgl. auch VO über den Luftverkehr 21.8.1936, RGBI I S.659 zur Ausdehnung der Schutzzonen.

⁵⁷⁶ Vgl. HA-Prot. 10.5.1933.

⁵⁷⁷ Einzelheiten in DS 507, vgl. auch DS 789 und Notiz Sch. 17.11.1938 (DS 790) zum Wohnbauprojekt der Gagfah in diesem Bereich.

⁵⁷⁸ Der Vorgang (Okt.1938) in ZRa 12732, vgl. Änderungs- und Ergänzungsgesetz zum Luftverkehrsgesetz 27.9.1938, RGBI I S.1246. Der Fachhochschulneubau begann 1953; 1940 war noch ein Standort an der Kreuzung R 8/R 15 geplant.

⁵⁷⁹ Reg. an Stadt (geheim) 9.11.1938, DS 549.

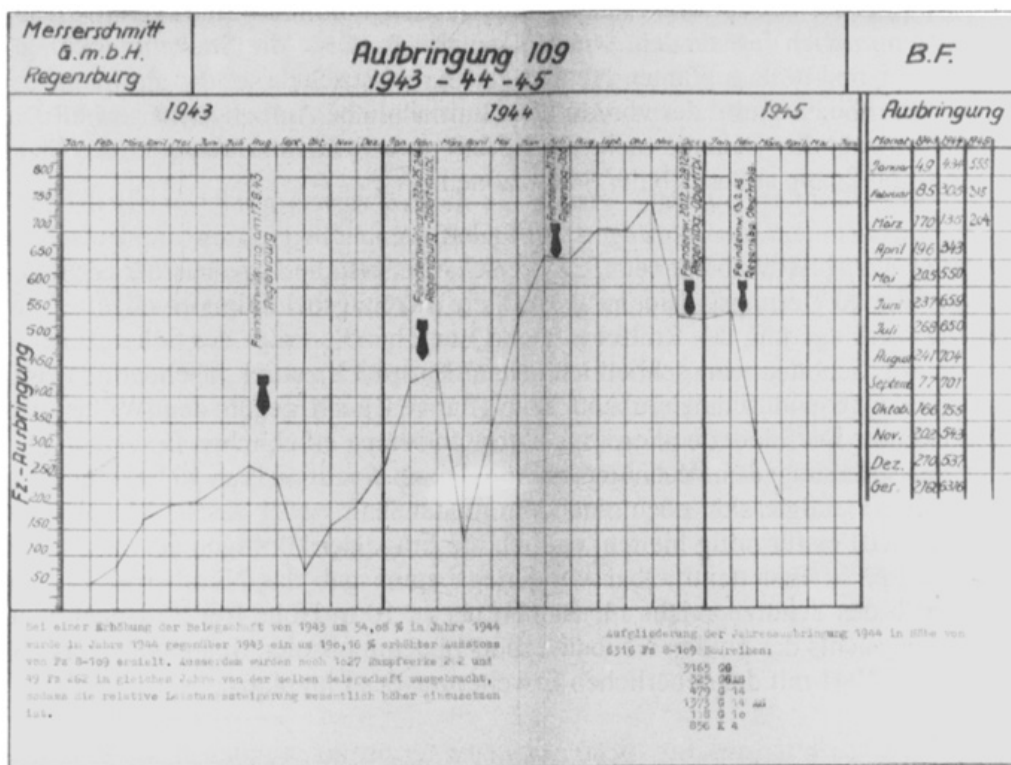
⁵⁸⁰ Sch. an Reg. 15.11.1938, ebd.

⁵⁸¹ Einzelheiten ebd.

⁵⁸² Luftamt an Stadt 31.8.1939, DS 507.

g. Der Ausbau des Flugzeugwerks im Zweiten Weltkrieg

Die Muttergesellschaft des Regensburger Flugzeugwerks, die Augsburg-Messerschmitt AG, hatte schon in den dreißiger Jahren in enormem Maß vom Aufschwung der deutschen Rüstung profitiert⁵⁸³. Diese Entwicklung verstärkte sich noch ganz erheblich im Zweiten Weltkrieg, insbesondere in den letzten Kriegsjahren, nachdem nun gegenüber den offensiven Bombern anderer Unternehmen das wichtigste Messerschmitt-Produkt, der Jäger Me-109, zunehmende Bedeutung gewann. Dadurch erklärt sich auch die eingangs erwähnte Entwicklung des Regensburger Zweigwerks zur zweitgrößten Flugzeugfabrik Europas; insgesamt sollen hier 10718 Maschinen der verschiedenen Me-109-Baureihen hergestellt worden sein⁵⁸⁴.



Produktionskurve der Me-109 (1943-45)
Stadtarchiv, Materialien W.Eisenbeiß

⁵⁸³ Vgl. allg. Ishoven S.172 ff.

⁵⁸⁴ Frdl. Hinweis P.Schmoll, vgl. auch Omgus-Report S.130. Überblick zur dt. Kriegsflugzeugproduktion: Ausstoßübersicht Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion 6.2.1945, BA Koblenz R 3/1729.

Über die Belegschaft des Regensburger Werks in den ersten Kriegsjahren liegen nur unzureichende Angaben vor⁵⁸⁵. Fest steht jedoch, daß sich die bereits vor dem Krieg spürbare Tendenz weiter verstärkte, wonach Messerschmitt - bei gleichzeitig steigendem Facharbeitermangel - Fachkräfte aller Sparten aufzog und andere Betriebe und Behörden darunter zu leiden hatten. Nach Kriegsbeginn hatte auch das Flugzeugwerk erhebliche Schwierigkeiten, die Lücken zu schließen, die sich aus den Einberufungen zur Wehrmacht ergaben⁵⁸⁶; wochenlang blieben Hunderte neu ausgeschriebener Arbeitsplätze unbesetzt⁵⁸⁷. Wer nicht einmal hier unterkam, war üblicherweise auch für andere Betriebe und Behörden ungeeignet. Das Werk konnte immerhin, wenn auch mit geringem Erfolg, Umschulungskurse für Frauen anbieten, wozu seinen Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt zumeist jede Möglichkeit fehlte⁵⁸⁸. Auch die Augsburgische Muttergesellschaft soll ihren bevorzugten Status bei der Zuweisung von Arbeitskräften weidlich ausgenutzt haben⁵⁸⁹. Als problematisch erwies sich in Regensburg allerdings der gravierende Mangel an Unterbringungsmöglichkeiten für auswärtige weibliche Arbeitskräfte, die zudem nur ein geringes tatsächliches Einkommen zu erwarten hatten, da das Werk aus betriebstechnischen Gründen zunächst nicht bereit war, von der 30-34-Stunden-Woche für Frauen abzugehen und diesen der Lohn auf die Familienunterstützung angerechnet worden wäre⁵⁹⁰.

Im Zuge des weiteren Wachstums des Konzerns entstanden zahlreiche neue Fertigungsanlagen der Messerschmitt GmbH⁵⁹¹. Hinzu kamen zwei zunächst eigenständige Betriebe in Regensburg bzw. seiner unmittelbaren Nachbarschaft: die bereits erwähnte, 1939 gegründete "Leichtmetallbau GmbH" auf dem Werksgelände selbst⁵⁹² und das Obertraublinger Flugzeugwerk. 1940 erwarb die Augsburgische Muttergesellschaft förmlich die bis dahin rechtlich selbständige, wenn auch in Personalunion geführte "Leichtbau", die zunächst zivile Produkte, etwa Fenster- und Türrahmen, Geschirr etc. hergestellt hatte und nun in die Rüstungsproduktion einbezogen wurde⁵⁹³. Dabei unterstand sie Friedrich Mayer, der als Geschäftsführer des Flugzeugwerks ausschied, um nun die Leitung der "Leichtbau" zu übernehmen⁵⁹⁴. Wesentlich größere Bedeutung kam dem Obertraublinger Messerschmittbetrieb zu.

Wohl ab Ende 1936⁵⁹⁵ hatte die Luftwaffe in dem Regensburger Vorort Obertraubling einen großen Fliegerhorst eingerichtet⁵⁹⁶. Ab Herbst 1938 waren hier im Zusammenhang mit der Sudetenkrise die ersten fliegenden Einheiten stationiert worden, wobei Obertraubling der Luftwaffe vor allem als Ausbildungsstätte diente. Mit deren Einverständnis richtete die

⁵⁸⁵ Vgl. z.B. Sch. an Bpb 14.10.1941, DS 549 ("Angaben hierzu werden nicht gemacht").

⁵⁸⁶ Vgl. Kriegstagebuch Rüstungskommando Nürnberg 1.2.1941: zahlreiche freiwillige Meldungen uk-gestellter Messerschmitt-Arbeiter an die Front, zit. in BNS I (1977) S.297.

⁵⁸⁷ Bericht Sch., erwähnt im RPB 8.9.1939, vgl. auch RPB 9.1.1940.

⁵⁸⁸ RPB 9.1. und 8.7.1940.

⁵⁸⁹ Vgl. Hetzer (s.Anm.413) S.124, wonach der Augsburgische Betrieb nach Kriegsbeginn ständig mit "Sonderwünschen" und "hemmungsloser Personalpolitik" auffiel.

⁵⁹⁰ Vgl. Rzehak S.130 ff. zum Zusammenhang großzügiger Familienunterhalt - mangelnde Bereitschaft von Frauen, ins Erwerbsleben zurückzukehren.

⁵⁹¹ Nr.1, 10, 13a, 15, 16, 18, 20, 22-24, 28 und 29 des Lageplans. Vgl. zum Weiterbau nach Kriegsbeginn Croneiß an Sch. 3.10.1940, NIS 29. Großer Grundverkauf (9,1 ha) der städt. verwalteten Evang. Wohltätigkeitsstiftung an das Flugzeugwerk genehmigt lt. Rh-Prot. 12.1.1940.

⁵⁹² Nr.15 und 16 im Lageplan.

⁵⁹³ Bericht über Demontagen 4.11.1947, ZRa 13880, vgl. auch Ishoven S.224. Lt. Survey S.33 war die Leichtbau (Stammkapital 1 mio RM) bei Kriegsende zu 100 % im Besitz der Augsburgischen Muttergesellschaft.

⁵⁹⁴ Omgus-Report S.125.

⁵⁹⁵ Zur Frühzeit des Fliegerhorsts Vilsmeier S.28 ff. (mit Lageplan) und Ehm (1989/II) S.244 f. Der Bau des Obertraublinger Flugplatzes beiläufig erwähnt im RPB 7.10.1937.

⁵⁹⁶ Zum Richtfest am 2.7.1938 stellte die Stadt Fahnenmasten, vgl. Schreiben an Bauleitung des "Flughafens Barbing", ZRa 13439.

Augsburger AG hier Ende 1940 eine neue Produktionsstätte ein⁵⁹⁷, wo zunächst die Me-321 hergestellt werden sollte, ein riesiger Gleiter, der für den Transport der schweren Panzer bei der Invasion in Großbritannien vorgesehen war. Erprobt wurden dieser sogenannte "Gigant" und sein motorisiertes Parallelmodell, die Me-323, ab Mai 1941, bis 1943 sollen in Obertraubling gut 100 Maschinen davon hergestellt worden sein⁵⁹⁸. Bei der Umwandlung des Luftwaffenstützpunktes in ein Flugzeugwerk waren rund 2200 Soldaten der in Grafenwöhr stationierten Strafkompagnie des Wehrkreises eingesetzt. Bis 1942 blieben diese deutschen Soldaten hier kaserniert, dann wurden sie durch sowjetische Kriegsgefangene, hauptsächlich Offiziere, ersetzt⁵⁹⁹.

In Regensburg selbst war 1941 die Produktion der alten Me-108 ausgelaufen, für die man das Flugzeugwerk ursprünglich gegründet hatte. Während der Konzern in diesem Jahr rund 2600 Me-109 - sieben Maschinen pro Tag - herstellte⁶⁰⁰, bereitete man zugleich in Regensburg und Augsburg die Serienfertigung der Me-210, eines Mehrzweck-Kampfflugzeugs vor⁶⁰¹. Erneut wurden neue Produktionshallen, aber auch eine Verlängerung der beiden Hauptrollbahnen erforderlich, diesmal sogar um mindestens 550, wenn nicht 720 m nach Osten⁶⁰². Dies bewog den Oberbürgermeister, obwohl er keine Einwände gegen die Erweiterungspläne selbst anmeldete, nachdrücklich gegen jede neuerliche Ausdehnung der Schutzzone einzutreten und die Einschaltung des Reichsstatthalters als Landesplanungsbehörde zu fordern⁶⁰³. Allen Beteiligten war klar, daß mit dieser Osterweiterung des Regensburger Flugzeugwerks, das mittlerweile einschließlich Flughafen und Leichtbaugelände schon eine Grundfläche von knapp 1,1 km² bedeckte, sämtliche Expansionsmöglichkeiten erschöpft waren, sofern man weiterhin Rücksicht auf den westlich angrenzenden Fürstlichen Rennplatz nehmen wollte⁶⁰⁴. Denn an die östlich benachbarten Krankenhäuser der Barmherzigen Brüder konnte man nicht noch näher heranrücken, ohne sie einer zu großen Luftgefahr auszusetzen. Monatelang blieb die Werkserweiterung heftig umstritten, wobei sich die Einzelfragen durch die gleichzeitigen Expansionspläne der Leichtbau GmbH weiter komplizierten; sie war lange Zeit nicht in der Lage, hierfür endgültige Pläne vorzulegen, was die Stadt wiederum hinderte, die vorgeschriebene Meldung an die übergeordnete Bezirksplanungsbehörde zu erstatten, und ihr entsprechende Rügen eintrug⁶⁰⁵.

In der monatelangen Unsicherheit über die künftige Entwicklung wird man die Ursache dafür sehen müssen, daß gleichzeitig der Obertraublinger Messerschmitt-Zweigbetrieb stark ausgeweitet und schließlich dem Regensburger Werk angeschlossen wurde⁶⁰⁶. 1942 dehnte sich das Obertraublinger Flugzeugwerk nach und nach über den gesamten Fliegerhorst aus, der somit zum Werkflugplatz umfunktioniert wurde⁶⁰⁷; von November 1942 datiert die Rückstufung der Fliegerhorstkommandantur Regensburg in ein Flugplatzkommando⁶⁰⁸.

⁵⁹⁷ Vgl. zum folgenden Vilsmeier bes. S.33 und Ehm (1989/II) S.244 f.

⁵⁹⁸ Vgl. Vilsmeier S.34, Omgus-Report S.129 und Survey S.62 (Bericht Kokothaki), vgl. auch Ishoven S.286 f.

⁵⁹⁹ Vilsmeier S.32 f.

⁶⁰⁰ Ishoven S.283.

⁶⁰¹ Ebd. S.232 und 266.

⁶⁰² Der Erweiterungsplan teils ersichtlich aus Lageplan DS 774, vgl. auch Übersichtsplan 16.2.1942 (DS 507) mit Eintragung sämtlicher Schutz- und Sperrzonen im Stadtgebiet.

⁶⁰³ Meldung an Bpb 14.10.1941 und Prot. 28.11.1941, DS 549.

⁶⁰⁴ Vgl. z.B. Vermerk H. 28.11.1941, DS 507.

⁶⁰⁵ Einzelheiten in DS 549.

⁶⁰⁶ Survey S.63.

⁶⁰⁷ Vilsmeier S.33.

⁶⁰⁸ Ebd. S.35, vgl. Ishoven S.283.

Zwar bewegten sich die Produktionsziffern für das Hauptprodukt des Regensburger Werks, die Me-109, 1942 in gleicher Höhe wie im Vorjahr, doch erwies sich die Me-210 als katastrophaler Fehlschlag, der den Gesamtkonzern an den Rand des Ruins brachte⁶⁰⁹. Generalfeldmarschall Milch, verantwortlich für das Beschaffungswesen der Luftwaffe, erzwang die Einstellung der Baureihe und im Zusammenhang damit Messerschmitts Rücktritt als Generaldirektor des Konzerns⁶¹⁰. Allerdings konnte sich Croneiß als sein Nachfolger durchsetzen; im Spätsommer 1942 erholte sich der Konzern allmählich von dem Rückschlag. Nun stand auch fest, daß das Regensburger Werksgelände nach Osten, nicht zum Rennplatz hin erweitert würde⁶¹¹, obwohl die Bezirksplanungsbehörde es als unerwünscht bezeichnete, daß man noch näher an die Krankenhäuser heranrückte⁶¹². So wurde nun unter anderem die Augsburger Versuchsabteilung nach Regensburg verlagert, in die äußerste Nordostecke des Betriebsgeländes, abseits von allen anderen Einrichtungen des Werks⁶¹³.

Am 7.11.1942 starb Wehrwirtschaftsführer Croneiß, zuletzt Aufsichtsratsvorsitzender des Gesamtkonzerns, Betriebsführer der AG und der GmbH, Reichsamtseiter der NSDAP, SS-Brigadeführer, Gaujägermeister und Major der Luftwaffe⁶¹⁴. Mit Milchs Einverständnis rückten Sailer zum Chef des Gesamtkonzerns, Kokothaki zum Betriebsführer der AG auf⁶¹⁵. Die Leitung des Regensburger Werks lag - folgt man den teils widersprüchlichen Angaben - seit 1941 bei Karl Linder⁶¹⁶, ab April oder Mai 1943 bei Generalstabsingenieur Roluf Lucht aus dem RLM⁶¹⁷, der allerdings schon ein Jahr darauf das Referat "Sonderaufgaben" beim Reichsjägerstab übernahm⁶¹⁸. Ab April 1944 unterstand das Regensburger Flugzeugwerk wieder Linder⁶¹⁹, der darüber hinaus Anfang 1945 Produktionschef des Gesamtkonzerns wurde und damit die Verantwortung für die gesamte Me-262-Herstellung aller deutschen Flugzeugwerke trug. Otto Thieme blieb bis zum Kriegsende Geschäftsführer. Zu diesem Zeitpunkt waren jedenfalls Thieme, Linder und Lucht als verantwortliche Manager im Handelsregister eingetragen⁶²⁰, dem Beirat gehörte auch Schottenheim als Vertreter der Stadt Regensburg an⁶²¹.

h. Der Luftangriff vom 17. August 1943 und seine Vorgeschichte

Bis 1941 hatte die Me-109 E neben der Fw-190 von Focke-Wulf den Grundstock der Luftwaffen-Jagdgeschwader gebildet. Abgelöst wurde sie durch die ab 1940 produzierte Me-109

⁶⁰⁹ Ebd. S.268 ff.

⁶¹⁰ Vgl. allg. USSBS II S.39 ff. zu den Spannungen RLM-Flugzeugindustrie. Problematisch Kaiser S.21 f. und S.25, der vor lauter Begeisterung über technische Fortschritte bei Messerschmitt bedauert, daß sich jeweils der Einsatz neuester Maschinen verzögerte.

⁶¹¹ H. an Reg. auf Mitteilung Thieme 1.9.1942, DS 549.

⁶¹² Bpb an Rüstungsinspektion 16.9.1942, Abschrift in DS 549.

⁶¹³ Survey S.63 (Befragung Kokothaki).

⁶¹⁴ Nachrufe in Flieger 12 (1942) und Der Deutsche Sportflieger 12 (1942), vgl. auch Ishoven S.275. Ansprachen bei der Beisetzung 12.11.1942: Messerschmitt und Wächtler.

⁶¹⁵ Survey S.41 (Bericht Sailer) und S.62 (Bericht Kokothaki), vgl. auch Kaiser S.21 f.

⁶¹⁶ Omgus-Report S.125.

⁶¹⁷ Ebd. bzw. Survey S.41 (Bericht Sailer).

⁶¹⁸ Omgus-Report S.125.

⁶¹⁹ Survey S.41 (Bericht Sailer).

⁶²⁰ Omgus-Report S.125. Graphik Organisationsstruktur des Werks in Survey S.32; Zusammenfassung der Erkenntnisse der US-Behörden über das Flugzeugwerk Rgbg. ebd. S.525 ff.

⁶²¹ Belegt z.B. durch Geschäftsverteilung 22.2.1944, DS 132.

F, ab 1942 auch die Me-109 G und K⁶²². Diese Typen stellte Messerschmitt bis Kriegsende in einer Stückzahl von über 25000 vor allem in drei Werken her: in Wiener Neustadt, in Regensburg und bei der ERLA-Maschinenwerk GmbH in Leipzig. Diese drei Werke spielten daher in der strategischen Planung der Alliierten eine so bedeutende Rolle, daß ihre Ausschaltung minutiös vorbereitet und dann auch versucht wurde - bis kurz vor Kriegsende allerdings ohne durchgreifenden Erfolg, wie zumindest für Regensburg die oben wiedergegebene Produktionskurve belegt.

Bis August 1942 führte die britische RAF den Luftkrieg gegen das Reich allein, überwiegend mit Nachtangriffen auf West- und Norddeutschland, die zwar für den Angreifer ein vermindertes Abschußrisiko in sich trugen, doch wegen der geringen Treffergenauigkeit die deutsche Rüstungsproduktion kaum gefährdeten. Dies konnten erst die Tagangriffe der 8.US-Luftflotte mit ihren vermeintlich besser geschützten "Fliegenden Festungen" (Boeing B-17). Sie führten dazu, daß das RLM Ende 1942 die Verdreifachung der Jägerproduktion verlangte⁶²³. So erklärt sich das enorme Wachstum des Regensburger Werks, das schon 1943 weit über 2000 Me-109 G auslieferte. Allerdings wurden sie nicht mehr in Regensburg allein hergestellt, denn mittlerweile hatten sich der Mangel an Arbeitskräften, aber auch das Fehlen von Erweiterungsmöglichkeiten in Augsburg und Regensburg so sehr verschärft, daß man andere Auswege suchte. So richtete man ab Anfang 1943 eine ganze Reihe externer Produktionsstätten ein.

Unter anderem kam es dabei zum massenhaften Einsatz von KZ-Häftlingen durch Messerschmitt. Schon seit Februar 1943 arbeiteten 3000 Insassen von Dachau, die in einem Lager bei Haunstetten untergebracht waren, als Hilfsarbeiter für das Augsburger Werk⁶²⁴, zunächst 200, bis August 1943 800 Häftlinge aus Flossenbürg für dasjenige in Regensburg⁶²⁵. Hierzu wurden einzelne Fertigungsbereiche von Regensburg in die Hallen der SS-eigenen "DEST" (Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH) verlegt⁶²⁶. Dies brachte immerhin für die Häftlinge einige Erleichterungen mit sich, da sie nun in geheizten Räumen arbeiteten; die von Messerschmitt abgestellten Fachleute sollen sich ihnen gegenüber im allgemeinen korrekt verhalten haben. Sogar eine Erhöhung der Essensrationen setzte die Werksleitung durch, um die Arbeitsleistung zu steigern, und gegen Kriegsende kam es vor, daß zivile Arbeitskräfte den Häftlingen trotz strikter Verbote Lebensmittel und Zigaretten zusteckten⁶²⁷. Trotz dieser Verbesserungen bestand natürlich das Terrorregiment der SS-Wachmannschaften wie auch der Häftlings-Kapos weiter⁶²⁸.

Ebenfalls Anfang 1943 einigten sich die Alliierten in Casablanca auf die "Combined Bomber Offensive": Die Luftwaffen der USA und Großbritanniens sollten ihre jeweiligen Strategien der Tag- bzw. Nachtangriffe weiterverfolgen, zumal man damit das deutsche Reich rund um die Uhr unter Druck setzen konnte. Eine Rolle spielte auch die öffentliche Meinung, da in den USA der Rachedanke gegenüber Effizienzüberlegungen zurücktrat; hier konnte man die Verluste unter der deutschen Zivilbevölkerung, wie sie sich bei Nachtangriffen zwangsläufig ergaben, schwerer rechtfertigen als in Großbritannien, das selbst unter deutschen Bombardierungen gelitten hatte. Hauptangriffsziel der US-Luftwaffe in der ersten Jahreshälfte 1943 war

⁶²² Kaiser S.17 f.

⁶²³ 16.12.1942, vgl. USSBS III, The defeat of the German Air Force (Military Analysis Division) S.3 und S.27.

⁶²⁴ Kriegstagebuch Rüstungskommando Augsburg, zit. nach BNS I (1977) S.311. Vgl. Hetzer (s.Anm.413) S.125 und Ishoven S.284.

⁶²⁵ Siegert (1979) S.429-493, hier S.450 und Anm.49. Vgl. auch Siegerts Broschüre "30000 Tote mahnen!" (Weiden 3.Aufl.1987).

⁶²⁶ Nach Siegert (1979) S.435 und Anm.15 war Flossenbürg das lukrativste aller (zuletzt 15) DEST-Werke; vgl. E.Georg: Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS, Stuttgart 1963.

⁶²⁷ Siegert (1979) S.460.

⁶²⁸ Ebd. S.451.

die deutsche U-Boot-Produktion, während man daneben von Mitte 1943 bis Frühjahr 1944 der Ausschaltung der Flugzeugindustrie, insbesondere der Jägerproduktion höchste Priorität zumäß. Denn es hatte sich erwiesen, daß die Me-109 und die Fw-190 von Focke-Wulf weitaus gefährlichere Gegner darstellten als jede Flakabwehr. Ihre Produktionsstätten zu vernichten und damit die deutsche Luftverteidigung entscheidend zu schwächen, schien Voraussetzung für alle Invasionspläne⁶²⁹.

In der ersten Phase dieser "High Priority Campaign" gegen deutsche Luftfahrtunternehmen, von April bis Oktober 1943, flogen die alliierten Luftstreitkräfte 13 strategische Angriffe gegen deutsche Flugzeugfabriken, einen gegen ein Motorenwerk und zwei gegen die Schweinfurter Kugellagerindustrie⁶³⁰. Teil dieser ersten Bombardierungsserie war auch der Doppelschlag gegen Regensburg und Schweinfurt am 17.8.1943, der mit weitem Abstand größte, komplizierteste und verlustreichste Angriff, den die Alliierten bis dahin ausgeführt hatten⁶³¹. Dabei nutzte man die enorme Reichweite der "Fliegenden Festungen"; so flog die in East Anglia stationierte 3.Division der 8.US-Luftflotte nach dem Angriff auf Regensburg nach Nordafrika weiter. Da allerdings zu dieser Zeit noch keine Begleitjäger mit auch nur annähernd ähnlicher Reichweite zur Verfügung standen, verzichtete man auf eine ausreichende Eskortierung der Bomberformation - die Eigenbewaffnung der B-17 und die Bedeutung der angegriffenen Ziele schienen dieses Risiko zu rechtfertigen.

Der US-Geheimdienst schätzte zum Zeitpunkt der ersten Bombardierung die Stückzahl der täglich in Regensburg hergestellten Me-109 auf 14 Maschinen⁶³². Diese Schätzung griff etwas zu hoch; für August und September 1943 lag beispielsweise das vom RLM vorgegebene, seit Jahresanfang ständig gesteigerte Plansoll⁶³³ bei 300 Maschinen, wobei zwar die Planziffern häufig um 50-80 Flugzeuge überboten, aber nicht selten fertige Maschinen von den Beauftragten des RLM als unbrauchbar zurückgewiesen wurden.

Bei der Planung des Angriffs hatte die US-Luftwaffe darauf gesetzt, die deutsche Luftwaffe durch gleichzeitige Ablenkungsmanöver an anderer Stelle täuschen zu können - eine verwegene Hoffnung, nachdem die B-17 stundenlang ohne Begleitschutz quer über das Reichsgebiet fliegen mußten⁶³⁴. Dementsprechend hoch waren die amerikanischen Verluste: 36 B-17 gingen beim Angriff auf Schweinfurt, 24 bei dem auf Regensburg verloren, rund 600 Besatzungsmitglieder wurden getötet oder galten als vermißt, 30 Maschinen mußte man schließlich in Nordafrika als nicht mehr reparabel zurücklassen, sehr viele weitere waren teils schwer beschädigt⁶³⁵. Doch nicht nur deshalb wurde speziell dieser Angriff nach dem Krieg in den USA heftig kritisiert; er verfehlte auch, was Regensburg betraf, sein eigentliches Ziel: die Ausschaltung der Jägerproduktion.

Der Luftschutzgedanke hatte bereits das Gesamtkonzept für den Aufbau der Werksanlagen als dezentralisierte "Parklandschaft" geprägt, und noch 1941/42 war es zu einzelnen entsprechenden Baumaßnahmen, etwa der Unterkellerung von Werkshallen und dem Einbau be-

⁶²⁹ USSBS II S.67 ff. Vgl. zur Entwicklung der strategischen Planung auch USSBS I, General Introduction passim, sowie Jablonski S.36 ff.

⁶³⁰ Vgl. zu den Angriffen 17.8. und 14.10.1943 USSBS III, The German Anti-Friction Bearings Industry, bes. S.28 ff., vgl. Jablonski S.147 ff. und F.Golücke: Schweinfurt und der strategische Luftkrieg 1943, Paderborn 1980.

⁶³¹ Vgl. in allen Einzelheiten Jablonski und Middlebrook, vgl. auch R.A.Freeman: Mighty Eighth War Diary, London 1981 (Kriegstagebuch 8.US-Luftflotte).

⁶³² ADI-Report 577/1944 S.1.

⁶³³ Jablonski S.83. Zum Vergleich Plan-tatsächliche Produktion: USSBS II S.81 und Graphik VI-9 nach S.93 sowie USSBS III, The defeat of the German Air Force (Military Analysis Division) S.34 ff.

⁶³⁴ Einsatzleiter Oberst LeMay zählte ab dem Überfliegen der Kanalküste rund 275 Berührungen seiner 3.Division mit dt. Jägern (Bericht an General Anderson, abgedruckt bei Jablonski S.248 ff., hier S.251).

⁶³⁵ Jablonski S.235 und 238.

helfsmäßiger Schutzräume gekommen⁶³⁶. All dies erwies sich am 17.8.1943 als unzureichend. Die meisten der im Flugzeugwerk Beschäftigten machten zum Zeitpunkt der Luftwarnung gerade Mittagspause und hielten sich in den Sozialgebäuden auf, deren Kellerdecken zwar stark genug waren, um Trümmerlasten zu tragen, aber keine Volltreffer aushielten.

Mit erstaunlicher Präzision warfen die noch übriggebliebenen 127 amerikanischen B-17-Bomber 1100-1400 Spreng- und Brandbomben ab⁶³⁷, 60 % davon trafen das Flugzeugwerk, die übrigen größtenteils den benachbarten Fürstlichen Rennplatz⁶³⁸. Einstürzende Decken, so die der Lehrlingswerkstatt, verursachten die meisten Todesopfer⁶³⁹. Unter den in den ersten drei Tage nach dem Angriff registrierten 277 Toten waren allein 245, die sich in Schutzräumen aufgehalten hatten - ein Beleg für deren unzureichende Bauart. Außerdem hatte der Werkschutz Arbeiter, die zu fliehen versuchten, am Verlassen des Geländes gehindert⁶⁴⁰. 600-700 in Panik geflohene russische Kriegsgefangene wurden sehr schnell ergriffen oder kehrten freiwillig zurück. Viele der Verwundeten erlagen in den folgenden Wochen noch ihren Verletzungen. Die halbwegs glaubwürdigen Angaben zu den Todesopfern schwanken zwischen 377 und 397⁶⁴¹, ihre genaue Zahl muß ebenso wie bei allen folgenden Angriffen ungeklärt bleiben. Zeitungsberichte aus den fünfziger Jahren, in denen von "mehr als tausend" Opfern die Rede war, entbehren offenbar jeder Grundlage⁶⁴².

62 Einrichtungen des Betriebs, darunter alle sechs Montagehallen, und die Rollbahn des Flughafens waren schwer beschädigt⁶⁴³, Messerschmitt konnte mindestens drei Wochen lang kein einziges Flugzeug ausliefern, da die Belegschaft mit Aufräumarbeiten und Reparaturen beschäftigt war. Doch für Mitte Oktober 1943 schätzte der US-Geheimdienst die tägliche Stückzahl an fertiggestellten Me-109 schon wieder auf sechs Maschinen⁶⁴⁴ - eine wohl zutreffende Annahme. Zwar schwanken die Angaben zum tatsächlichen Ausstoß des Regensburger Werks ganz beträchtlich⁶⁴⁵, doch wurde das Gesamtjahressoll 1943 mit Sicherheit nicht weit verfehlt. Einen neunmonatigen Produktionsausfall hatten sich die Alliierten erhofft, der sich innerhalb weniger Wochen an der Front fühlbar auswirken werde⁶⁴⁶. Davon konnte keine Rede sein - ein Ausfall trat nur insofern ein, als man unterstellen kann, daß das Werk ohne die Bombardierung weiterhin Monat für Monat das Plansoll übertroffen hätte.

Nachdem schließlich auch der zweite Luftangriff auf Schweinfurt im Herbst 1943 zum erneuten Verlust von 60 B-17-Bombern geführt hatte und monatelang zudem noch schlechtes Wetter über dem Kontinent die Bombardierungen sehr erschwerte, mußten die Alliierten von November 1943 bis Februar 1944 die strategischen Angriffe auf die deutsche Flugzeug-

⁶³⁶ Vgl. z.B. Werk-LS-Bereichsstelle Bayern der Reichsgruppe Industrie an Leichtmetallbau GmbH 11.11.1941, Abschrift DS 549.

⁶³⁷ Abschlußmeldung PolDir 20.8.1943, HStAM Reichsstatthalter 704, bzw. Jablonski S.125 f. nach US-Quellen.

⁶³⁸ Abschlußmeldung PolDir (s. vorige Anm.), vgl. Telegramm Kommandantur Fliegerhorst Obertraubling an Luftgaukommando 17.8.1943 (Kriegstagebuch des Fliegerhorsts, BA-MA RL 21/90).

⁶³⁹ Erinnerungen eines Lehrlings MZ 24.-25.6.1989. Augenzeugenberichte in MZ 17.8.1983, vgl. auch MZ 18.8.1988.

⁶⁴⁰ Vgl. Bartels S.49 unter Bezug auf ein Interview mit Max Dömges, dem Leiter der Bauabteilung des Flugzeugwerks; vgl. auch Survey S.536 (Befragung Linder u.a.).

⁶⁴¹ Vgl. die S.500 Anm.35 angegebenen Quellen.

⁶⁴² Hiltl, hier 19./20.2.1955. Hable S.256 nennt ohne Quellenangabe 402 Todesopfer.

⁶⁴³ Berichte LeMay und General Anderson, gedruckt bei Jablonski S.248 ff. bzw. 261 ff., vgl. auch ADI-Report 577/1944 und Abschlußmeldung PolDir 20.8.1943, HStAM Reichsstatthalter 704.

⁶⁴⁴ ADI-Report 577/1944 S.2. Omgus-Report S.131 sprach von monatelangem Produktionsausfall, was von den übrigen Quellen widerlegt wird.

⁶⁴⁵ Offenbar schönten Milch und Saur die Produktionsziffern, um Hitler zufriedenzustellen, etwa indem sie die als unbrauchbar zurückgewiesenen Maschinen dennoch in der Statistik auftauchen ließen. Peter Schmoll zählt nach aufwendigen Recherchen für Sept. 77, für Okt. 166, für Nov. 202 und für Dez.1943 270 abgelieferte Me-109, was von der Produktionskurve S.328 unterstützt wird.

⁶⁴⁶ Aus dem Einsatzbefehl, zit. bei Jablonski S.83.

industrie unterbrechen, bis die eigene Industrie Langstreckenjäger zur Verfügung stellen konnte⁶⁴⁷. Doch hatten auch die deutsche Führung und nicht zuletzt die Bevölkerung von Regensburg erschreckt zur Kenntnis nehmen müssen, daß es keinen Ort im Reich mehr gab, der weit genug von den alliierten Luftwaffenstützpunkten entfernt lag, um vor Bombardierungen sicher zu sein. Immerhin lernte die Werksleitung aus der Katastrophe vom 17.8.1943 und ließ Schutzräume außerhalb der Hauptgebäude errichten, so daß die folgenden Angriffe erheblich weniger Todesopfer forderten. Dabei setzten die Ingenieure der Bauabteilung ihr technisches Wissen unter anderem zur Konstruktion eines neuartigen Betonbunkers mit parabelförmigem Querschnitt ein, in dem allerdings nur 450 Personen Platz fanden; tatsächlich überstand er den Krieg als einziges Gebäude des gesamten Werksgeländes ohne schwere Schäden⁶⁴⁸.

i. Verlagerung von Produktionsstätten und weitere Luftangriffe

Trotz der Bombardierungen erholte sich der Messerschmitt-Konzern 1943 von dem schweren Rückschlag des Vorjahres und erzielte einen Rekordumsatz von 255 Millionen RM. Selbst 1944 lag diese Summe nur unwesentlich niedriger⁶⁴⁹. Dies belegt, wie erfolgreich man ein neues Konzept angewandt hatte, um die Luftgefahr nach Möglichkeit zu reduzieren: die weitere Dezentralisierung der Produktion. Ursprünglich bedingt durch den Mangel an Expansionsmöglichkeiten, wurde sie nach der nächsten großen Angriffswelle zur zwingenden Notwendigkeit - und erwies sich schließlich bis kurz vor Kriegsende als äußerst effektiv.

Nach dem Angriff vom 17.8.1943 wurde Obertraubling von der Luftwaffe vollständig geräumt und dem Flugzeugwerk überlassen⁶⁵⁰. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen ganz beträchtlich⁶⁵¹. Ihre Behandlung soll in den werkseigenen Betrieben erträglich gewesen sein, wo aber Zulieferfirmen von der SS geleitet wurden, "erreichten Hunger und Mißhandlung (...) das volle extreme Ausmaß"⁶⁵². Sogar Generalmajor Kurt Anger, seit 1942 Wehrkreis-Kommandeur der Kriegsgefangenen, mußte nach Kriegsende zugeben, daß der Vorwurf mangelhafter Arbeitsleistung der Gefangenen unbegründet war; "die Arbeitsanforderungen, die an sie gestellt wurden, waren vielmehr so hoch, daß sie von ihnen nicht geleistet werden konnten"⁶⁵³. Schließlich stieg auch die Zahl der in Flossenbürg für Messerschmitt arbeitenden KZ-Insassen bis Dezember 1943 auf 1500, bis März 1944 auf 2200⁶⁵⁴.

Spätestens Anfang 1944 hatte die Produktion im Regensburger Werk wieder das vom RLM vorgegebene, mittlerweile erneut deutlich gesteigerte Plansoll erreicht⁶⁵⁵. Einen schweren Rückschlag brachte allerdings die nächste Angriffswelle Ende Februar dieses Jahres. Nach-

⁶⁴⁷ Mustang P-51 und verbesserte Version der P-47, vgl. USSBS II S.67.

⁶⁴⁸ Survey S.536 f. mit Konstruktionszeichnung. Der Bunker lag südlich der Teile-Lackiererei (Nr.9 des Lageplans).

⁶⁴⁹ Survey S.63 (Befragung Kokothaki) und 67 (Befragung Sailer und Strohmeyer), vgl. Ishoven Anhang S.350; teils Abweichungen bei Ishoven im Text selbst.

⁶⁵⁰ Vilsmeier S.36. Vgl. auch RPB 11.6.1943 über bevorstehende Teilverlagerung "mit ungefähr 200 Personen" zur Firma Witt (Weiden).

⁶⁵¹ ADI-Report 577/1944 S.3.

⁶⁵² Survey S.536 (Befragung Linder u.a.; Übersetzung durch den Verfasser).

⁶⁵³ Staatsarchiv Nürnberg, KV-Anklage Interrogations A 31, Aussage 17.7.1947.

⁶⁵⁴ Siegert (1987) (s.Anm.625) S.42.

⁶⁵⁵ Positive Folgen für die städt. Werke; z.B. nahm das E-Werk allein 1943 fast 300000 RM von Messerschmitt ein (mit 52000 RM folgte die Heeresstandortverwaltung als zweitwichtigster Großabnehmer), vgl. Jb Stadtwerke 1943, DS 581.

dem den Alliierten die lange erwarteten Langstreckenjäger zur Eskortierung der B-17-Bomber zur Verfügung standen, griffen sie innerhalb von nur sechs Tagen, der sogenannten "big week" von 20. bis 25.2.1944, 23 deutsche Flugzeug- und drei Motorenwerke an. Diese Angriffsserie führte zu verheerenden Schäden und zur Umorganisation des RLM: Nun wurde der von Hitler mit allen Vollmachten ausgestattete "Jägerstab" gebildet, der endlich die Produktion der Jagdflugzeuge radikal in die Höhe treiben sollte⁶⁵⁶.

Unter den Angriffszielen befanden sich selbstverständlich auch die Messerschmitt-Werke in Augsburg, Regensburg und Obertraubling - letzterer Betrieb sogar zweimal: am 22.2.1944⁶⁵⁷ sowie völlig überraschend drei Tage später nochmals, nachdem die erste Bombardierung infolge der präzisen Flakabwehr nicht den von den Alliierten gewünschten Erfolg gebracht hatte. Der Angriff vom 25.2.1944 erfolgte als Doppelschlag auf beide Werke. In Obertraubling gab es diesmal mindestens 56 Todesopfer, darunter allein 53 Flakangehörige⁶⁵⁸. Das Hauptwerk im Stadtwesten wurde fast völlig zerstört, sämtliche Hallen waren getroffen, den Produktionsausfall schätzte man unmittelbar nach dem Angriff auf 80 %⁶⁵⁹; auch im Ausländerlager am Lohgraben hatte es Brände gegeben⁶⁶⁰. Von nun an fungierte das Werk fast nur noch als Sammel- und Verteilungsstätte für die Rohstoffe und als Verwaltungszentrale für die Auslagerungsbetriebe.

Nach der "big week" ordnete Karl Otto Saur, der Chef des Jägerstabs, an, daß die wichtigsten Betriebe der deutschen Luftfahrtindustrie systematisch weiter dezentralisieren mußten⁶⁶¹. Auch das Regensburger Flugzeugwerk schaffte es durch die neuerliche Ausweitung des Verlagerungssystems bis zum Sommer 1944 nochmals, die Produktion wieder in Gang zu setzen; im Juni 1944 stellten seine Zweigbetriebe fast 660 Me-109 her. Besondere Bedeutung kam dabei den Produktionsstätten in Flossenbürg wie auch in Mauthausen zu; Mitte 1944 arbeiteten in den Flossenbürger Steinbrüchen nur noch 1000 KZ-Häftlinge, während beide KZs und ihre vielen Außenlager zu rund 35 % an der Gesamtproduktion des Regensburger Flugzeugwerk beteiligt gewesen sein sollen. Im Herbst 1944 erreichte der Häftlingseinsatz für Messerschmitt in Flossenbürg mit einer Zahl von rund 5000 Mann seinen Höchststand, bevor der Mangel an Rohstoffen zu einem drastischen Rückgang führte. Abgesehen von der Motoren- und Leitwerksfabrikation soll praktisch die gesamte Me-109 in Flossenbürg gebaut worden sein, und zwar "rund um die Uhr in zwei Schichten von je elfeinhalb Stunden, später in drei Schichten zu je acht Stunden"⁶⁶². Welch enorme Einnahmen die SS aus dieser Vermietung von Arbeitssklaven zog, belegt die Monatsabrechnung für Dezember 1944, erstellt vom letzten Kommandanten von Flossenbürg, Obersturmbannführer Max Koegel⁶⁶³. Danach hat die Lagerleitung allein in diesem einen Monat rund 533000 RM "Leihgebühr" von Messer-

⁶⁵⁶ USSBS II S.68.

⁶⁵⁷ Lt. RPB 8.3.1944 mindestens 27 Tote und 46 Verletzte.

⁶⁵⁸ Ebd., vgl. Abschlußmeldung Höherer SS- und Polizeiführer Nürnberg 1.3.1944, HStAM Reichsstatthalter 703.

⁶⁵⁹ Luftangriffsmeldung PolDir 25.2.1944 20 Uhr, DS 737.

⁶⁶⁰ Meldung LS-Polizeirevier 3, 26.2.1944, ebd.

⁶⁶¹ Geplant 729 Auslagerungsstätten, angeblich rund 300 in Betrieb genommen, vgl. USSBS II S.24; ebd. S.25 f. zu Problemen mit den "dispersals" und 26 ff. zu unterirdischen Produktionsstätten. Vgl. zum Improvisationsgeschick des Jägerstabs auch Ishoven S.324 f.

⁶⁶² Siegert (1979) S.450. Lt. Häftlingsaussagen wurden bei Kriegsende in Flossenbürg in "Sklavenarbeit" täglich 12 Flügelpaare der Me-109 G, im benachbarten Außenlager Altenhammer ebenso viele Rümpfe der Me-262 hergestellt, vgl. Survey S.74 ff.

⁶⁶³ Zu Koegel vgl. Kimmel (s.S.176 Anm.546) S.363 f.

schnitt gefordert und wohl auch erhalten⁶⁶⁴. Auch in Obertraubling wurde im Februar 1945 noch ein Außenkommando des KZ Flossenbürg eröffnet⁶⁶⁵.

Den Alliierten blieb die weiter gesteigerte deutsche Jägerproduktion nicht verborgen, doch waren sie nicht in der Lage, auf das Verlagerungskonzept flexibel genug zu reagieren⁶⁶⁶. Zudem gewannen Angriffe auf das deutsche Transportwesen und die Treibstoffproduktion Priorität gegenüber denen auf die Flugzeugindustrie⁶⁶⁷. Dennoch wurden am 19.7.1944 zum dritten Mal das Augsburgener, zwei Tage darauf erneut das Regensburger und das Obertraublinger Messerschmittwerk bombardiert. Hier soll eine größere Anzahl fertiger Flugzeuge zerstört worden sein; ausgedehnte Brände, hervorgerufen durch den Abwurf von rund 6000 Brandbomben und Phosphorkanistern, konnten angeblich tagelang nicht eingedämmt werden⁶⁶⁸. Im Regensburger Hauptwerk brannte das Dach des Verwaltungsgebäudes zur Hälfte ab, eine ganze Reihe weiterer Anlagen wies schwere Schäden auf⁶⁶⁹. Das städtische Bauamt, zuständig für die Sofortmaßnahmen, bezifferte die für die Entschädigungsfrage bedeutsamen Kosten für einen Wiederaufbau auf rund 120000-130000 RM⁶⁷⁰, doch kam dieser nicht mehr in Frage. Der US-Geheimdienst vermutete im September 1944 einen funktionierenden Betrieb nur noch in einer Halle, wo Kleinteile hergestellt worden sein sollen, und in wenigen Nebenanlagen, vor allem aber im notdürftig reparierten Verwaltungsgebäude, von wo aus die Lieferbeziehungen zwischen den vielen Auslagerungsbetrieben gesteuert wurden⁶⁷¹ - dies aber so perfekt, daß kaum ein Produktionsausfall zu verzeichnen war.

Eine ganze Reihe dieser Produktionsstätten und Teilelager⁶⁷² befand sich in Regensburg selbst, wo das Flugzeugwerk bestehende Werkstätten anderer Firmen und weitere Räumlichkeiten requiriert hatte. Lager für Flugzeugteile befanden sich am Rennplatz, in der Ziegelei am Unterislinger Weg, einer Hotelgarage an der Augsburgener Straße und bei der Firma Lehmann an der Friedenstraße. In der näheren Umgebung von Regensburg bestanden Auslagerungsbetriebe unter anderem in einem Waldwerk bei Obertraubling, bei Hagelstadt, in Köfering und Sinzing, Winzer, Großberg und Burgweinting⁶⁷³. Doch spannte sich das Netz der Verlagerungsbetriebe bis nach Österreich und in die Tschechoslowakei. Vielfach wurden sie unter der Erde, etwa in aufgelassenen oder auch künstlich geschaffenen Bergwerkstollen und Autobahntunnels⁶⁷⁴, teils auch - eine Spezialität von Messerschmitt - in getarnten Waldschneisen untergebracht⁶⁷⁵. Die Kontrolle über die gegenseitigen Lieferbeziehungen zwischen den

⁶⁶⁴ Die Rechnung nennt auch Namen wie Auto-Union, Zeiß-Ikon, Witt und Siemens und beläuft sich auf ca. 3,67 mio RM; BA Koblenz, NS 4/Flossenbürg (vorl. 32), abgedruckt bei Siegert (1987 s.Anm.625) S.45 ff.

⁶⁶⁵ Comité International de la Croix-Rouge/Internationaler Suchdienst: Vorläufiges Verzeichnis der Konzentrationslager und deren Außenkommandos, Arolsen 1969 S.100. Vgl. auch Listen der dorthin abkommandierten SS-Wachmannschaften 20.2. bzw. 3.3.1945, BA Koblenz NS 4/Flossenbürg (vorl. 20 fol.1).

⁶⁶⁶ Auch die Geheimdienste erwiesen sich als unzuverlässig, vgl. die scharfe Kritik an der eigenen Aufklärungsarbeit in USSBS II S.8 und 74.

⁶⁶⁷ Vgl. USSBS I, Général Introduction S.XVII f., und II S.67 ff., vgl. auch Jablonski S.36 ff.

⁶⁶⁸ Vilsmeier S.37.

⁶⁶⁹ Vorläufige Meldungen PolDir und Höherer SS- und Polizeiführer Main 22.7.1944, DS 745 bzw. HStAM Reichsstatthalter 704; ebd. Abschlußmeldung Höherer SS- und Polizeiführer 15.8.1944; RPB 10.8.1944; vgl. Omgus-Report S.131 und USSBS II S.62.

⁶⁷⁰ 21.7.1944, DS 738.

⁶⁷¹ ADI-Report 607/1944 S.1, vgl. Survey S.525 (Befragung Linder u.a.), wonach nur eine Werkstatt für kleine Bauelemente aufgebaut wurde.

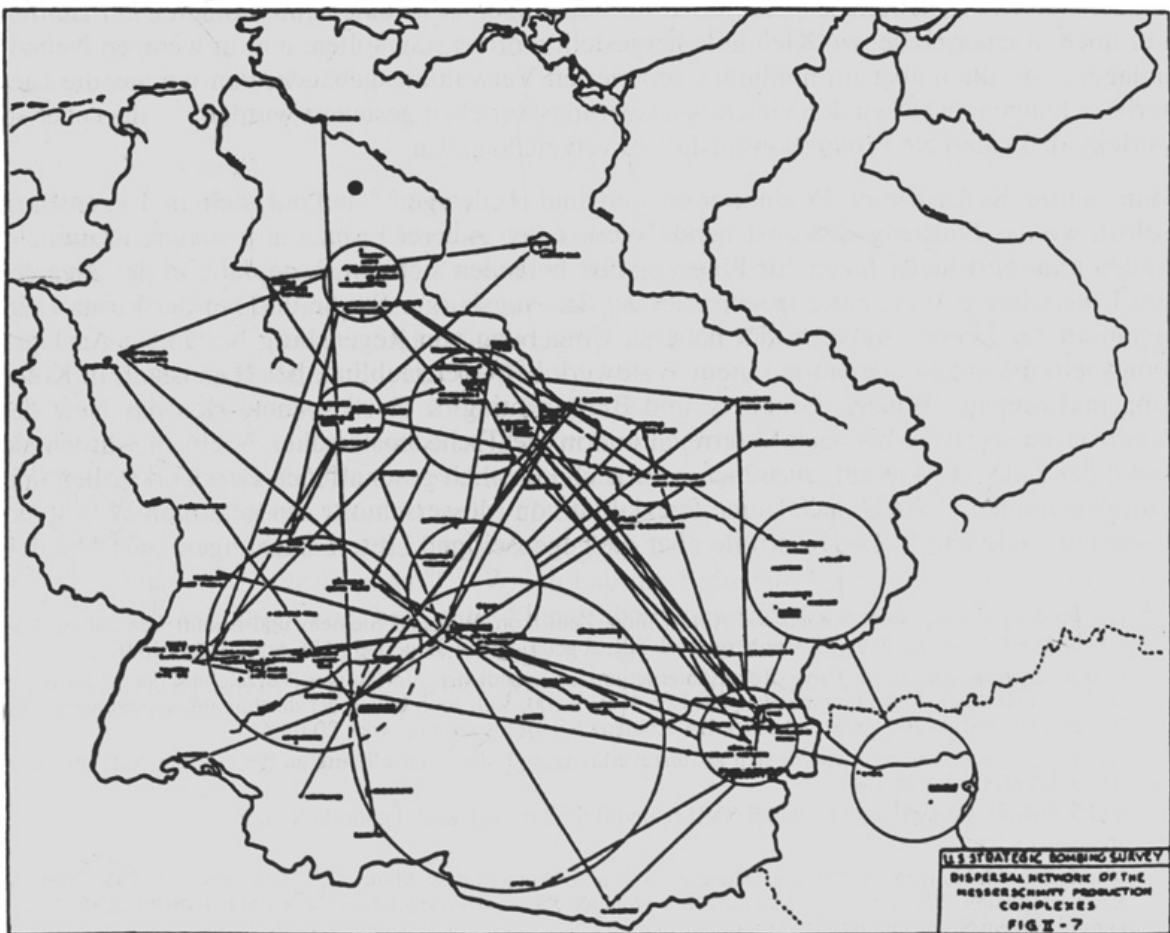
⁶⁷² Vgl. unvollständige Liste Survey S.14 f. und Omgus-Report S.130 f. sowie Karte in USSBS II nach S.32. Vgl. auch ADI-Report 573 und 607/1944.

⁶⁷³ Zur Zerstörung des Auslagerungsbetriebs in der Burgweintingener Ziegelei 20.12.1944: Abschlußbericht Höherer SS- und Polizeiführer Main 28.12.1944, HStAM Reichsstatthalter 703.

⁶⁷⁴ Lt. Omgus-Report S.129: Olympia-Tunnel bei Eschenlohe als erste unterird. Produktionsstätte von Messerschmitt. Auch in Mauthausen wurde demnach in drei Minen der DEST (s.Anm.626) für Messerschmitt produziert.

⁶⁷⁵ Die US-Behörden stuften diese "Waldwerke" als sehr effektiv ein, vgl. USSBS II S.30 ff.

einzelnen Produktionsstätten verblieb der Regensburger Zentrale; vor allem die Transporte der einzelnen Flugzeugteile mußten ständig neu organisiert werden⁶⁷⁶. Mit welchem Improvisationsgeschick man dabei vorging, rief sogar den Respekt der später damit befaßten US-Behörden hervor: Im Abschlußbericht über den strategischen Luftkrieg ist die Rede von der ungeheuren Regenerationskraft der deutschen Flugzeugindustrie, die von den heftigen Angriffen ab Sommer 1943 paradoxerweise geradezu stimuliert erschienen sei⁶⁷⁷. Erst in der allerletzten Phase des Kriegs mußte das Verlagerungskonzept schließlich zum Zusammenbruch der deutschen Flugzeugproduktion führen, als nämlich der Treibstoffmangel und die Verwüstungen im Transportwesen dazu führten, daß Einzelteile nicht mehr rechtzeitig zur Endmontage eintrafen - "in the end, dispersal defeated itself"⁶⁷⁸. Zu spät erfolgte die Entscheidung, die Flugzeugherstellung wieder in bombensicheren, unterirdischen Produktionsstätten zu zentralisieren, etwa in Nordhausen und Neckar-Els, im Regensburger Raum in einem von KZ-Häftlingen bei Saal an der Donau begonnenen Werk⁶⁷⁹.



Die Verlagerungsstätten der Messerschmitt-Betriebe und ihre gegenseitigen Lieferbeziehungen
USSBS II, Aircraft Division Industry Report, nach S.32

⁶⁷⁶ Vgl. Survey S.526 (Befragung Linder u.a.).

⁶⁷⁷ USSBS II S.6.

⁶⁷⁸ Ebd. S.7. Zum Grundsatzstreit über Nutzen, Kosten und moralische Wertung des strategischen Luftkriegs: USSBS I, General Introduction S.XVIII und S.XXI ff.

⁶⁷⁹ Ab Ende 1944 Einrichtung einer "Bergwerksfabrik" (mine-factory). Das Außenlager Saal des KZ Flossenbürg galt angeblich als eines der berühmtesten überhaupt (frdl. Hinweis R.Ehm).

k. Raumfragen und Quartierbeschaffung

Nicht nur die Zweigbetriebe des Flugzeugwerks in Obertraubling, Flossenbürg und andernorts expandierten, auch die Belegschaft in Regensburg selbst muß Anfang 1944 erneut deutlich gestiegen sein. Die höchste Beschäftigtenzahl, die das Werk erreichte, betrug vermutlich rund 11500, davon 5000 Deutsche und 6500 Ausländer⁶⁸⁰. Im Juli 1944 schwankte sie zwischen gut 8000 und 10700⁶⁸¹, im Oktober dieses Jahres waren im Regensburger Hauptwerk 6098, in den Auslagerungsbetrieben 7272, zusammen also 13370 Personen beschäftigt. In den "sub-Kontrakt"-Betrieben kamen weitere 6777 Arbeitskräfte hinzu, so daß also zu dieser Zeit insgesamt über 20000 Menschen direkt für die Regensburger Flugzeugproduktion tätig waren⁶⁸². Die Normalarbeitszeit für männliche Werksangehörige, die zu Kriegsbeginn noch 48 Wochenstunden betragen hatte, war inzwischen auf 54, später auf 60 und von Fall zu Fall auf 72 Stunden angehoben worden, die der Frauen von 34,5 auf 54 Stunden⁶⁸³. Im Notfall, also nach den Bombardierungen, wurde teilweise sogar 84-90 Wochenstunden gearbeitet. Dafür gab es besondere Vergünstigungen wie höhere Fleischrationen und ausgewählte Luxusartikel, etwa Schokolade, was angeblich sehr stimulierend gewirkt hat⁶⁸⁴.

Hatte das Flugzeugwerk 1941 noch den Neubau eines Hotels für auswärtige Gäste, vielleicht auch als befristete Unterbringungsmöglichkeit für neu eingestellte Fachkräfte erwogen⁶⁸⁵, so wurden die vielen Tausend Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, die im Zuge der jahrelangen Expansion des Flugzeugwerks neu hinzukamen, in Holzbaracken untergebracht. Entlang der Prüfeninger Straße und des Lohgrabens, also nahe dem Werksgelände, und in Kumpfmühl entstanden ausgedehnte Barackensiedlungen. War die Stadtverwaltung an der Errichtung dieser Massenunterkünfte nur am Rande beteiligt, so mußte sie schon seit 1943 verschiedentlich eigene und Räumlichkeiten Dritter bereitstellen bzw. vermitteln⁶⁸⁶. Darüber hinaus hat sie zuletzt auch nochmals Personal an Messerschmitt abgegeben⁶⁸⁷, und selbstverständlich waren die verschiedensten städtischen Dienststellen ständig mit Verwaltungsangelegenheiten befaßt, die mit dem Flugzeugwerk in Zusammenhang standen⁶⁸⁸: Die Stadt vermietete Teile von Lagerhäusern⁶⁸⁹ und verlieh Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände wie Wolldecken und Strohsäcke an das Flugzeugwerk⁶⁹⁰, die neue Hans-Schemm-Schule war monatelang mit Volksdeutschen belegt, die beim Flugzeugwerk arbeiteten⁶⁹¹, die Horst-Wessel-Schule diente dessen Zeichenbüro als Quartier. Anfang 1944 hatte Messerschmitt so viele Räumlichkeiten in der Stadt belegt, daß Schottenheim sein neugeschaffenes Quartieramt anwies: "Eine Erweiterung der Quartierliste kommt grundsätzlich nicht mehr in Frage. Ein al-

⁶⁸⁰ Omgus-Report S.130. Survey S.525 nennt als Ergebnis der Befragung Linders und anderer Spitzenmanager die kaum glaubhafte Zahl von rund 17000.

⁶⁸¹ Statistik der Fehlzeiten, Survey S.538. Nach Hilmer S.64 erfaßte das Document Center in Rgbg. 8000 Personalakten des Messerschmittwerks.

⁶⁸² USSBS II S.18 a (Quelle: Hauptausschuß Flugzeugbau).

⁶⁸³ Survey S.533 (Befragung Linder u.a.).

⁶⁸⁴ Ebd. S.83.

⁶⁸⁵ Einzelheiten in DS 511 und 826, vgl. Sch. an Landesfremdenverkehrsverband 19.5.1941, NIS 11. Es ging um D.-Martin-Luther-Straße 14, das Gebäude neben der NS-Kreisleitung, um das sich diese selbst und auch die Standortkommandantur bemüht hatten.

⁶⁸⁶ Liste zweckentfremdeter Räumlichkeiten: s.S.531 ff.

⁶⁸⁷ Vgl. undatierte Liste (wohl Nov. 1944) von 32 für Messerschmitt dienstverpflichteten Theaterangestellten, ZR 5089. Das Theater hatte die Spielzeit 1944/45 nicht mehr aufgenommen.

⁶⁸⁸ Vgl. als ein Beispiel von vielen den Einsatz eines Bauamts-LKW bei Messerschmitt Sept. 1944, ZR 19887.

⁶⁸⁹ Vgl. z.B. ZR 16990 (Donaulände 5).

⁶⁹⁰ Vgl. Wb Lieg. ab April 1944, DS 732.

⁶⁹¹ Zur Räumung der Schule: Wb Lieg. 28.4.1944, DS 732.

lenfalls gesteigerter Unterkunftsbedarf muß seitens der Messerschmittwerke durch Bereitstellung von Sammelunterkünften gedeckt werden"⁶⁹².

Im Lauf der Jahre soll Messerschmitt rund 58 Millionen RM in sein Regensburger Zweigwerk und dessen Verlagerungsstätten investiert haben; selbst im Augsburger Stammwerk waren es angeblich nur 14 Millionen RM mehr⁶⁹³. Die Bombenschäden bezifferte man auf rund 75 Millionen RM, wobei vor allem die Angriffe Ende Februar 1944 zu Buch schlugen. Rund 80 % der Schadenssumme wurden dem Werk durch das Kriegsschädenamt beim Regierungspräsidenten ersetzt⁶⁹⁴. Zum 1.7.1945 wurde das Regensburger Messerschmittgelände innerhalb der Gesamtreuhänderschaft für den Konzern einem eigenen Treuhänder, Dr. Hans Hagen, unterstellt. Kurz zuvor hatte die "Leichtbau" mit Genehmigung der Militärregierung den Betrieb wieder aufgenommen. In den noch benutzbaren Anlagen stellte sie Bauteile für Brückenreparaturen sowie Hallen- und Dachkonstruktionen für das Gaswerk her, baute für das Rote Kreuz Eisenbahnwaggons in Lazarettwagen um, reparierte Omnibusse, Straßenbahnen etc.⁶⁹⁵ Außerdem diente das Werksgelände nach Kriegsende als Sammelstelle für die Rückführung von Kriegsgefangenen; rund 50000 Menschen sollen sich hier zeitweise bis zu ihrer "Repatriierung" aufgehalten haben⁶⁹⁶.

2. Das Holzverzuckerungswerk

a. Werksansiedlung und städtische Leistungen bis 1939

Im Spätsommer 1933, als sich Schottenheim und sein Hilfsbund für Arbeitsbeschaffung intensiv um neue Arbeitsplätze bemühten, schien sich ein Hoffnungsschimmer aufzutun: Die vielfältigen Aktivitäten des Regensburger Kaufmanns Hans Seitz verhiessen die Schaffung einer neuartigen Industrieanlage mit zahlreichen Arbeitsplätzen in Regensburg. Nachdem eine maßgebliche finanzielle Beteiligung der Stadt - und somit der öffentlichen Hand - vorgesehen war, durfte das Werk nicht in Konkurrenz zum bestehenden Gewerbe treten; weiter mußte es einen im Umland vorhandenen Rohstoff verarbeiten und nach Möglichkeit Produkte erzeugen, die einen Beitrag zur deutschen Autarkie zu leisten vermochten. Einen solchen Betrieb glaubte Seitz ausgemacht zu haben, als er sich mit neuen Verfahren zur Gewinnung von Futtermittelweiß und Industriealkohol aus Holzabfällen befaßte, wie sie der Chemiker Prof. Friedrich Bergius, Nobelpreisträger 1931, in den späten zwanziger Jahren für die IG Farben entwickelt hatte. Bislang waren sie nur in zwei Versuchsanlagen erprobt worden, denn Bergius' Forschungen wurden erst im Zusammenhang mit dem deutschen Autarkiestreben interessant⁶⁹⁷.

Seitz träumte davon, nach einem erfolgreichen Abschluß der Versuche die großtechnische Holzverzuckerung nach Regensburg zu holen und damit zugleich die seit Jahren stillgelegten Zellstoffwerke wiederzubeleben. Im Sommer 1933 legte er dem bayerischen Wirtschaftsministerium eine entsprechende Denkschrift vor, wenig später beantragte der Oberbürgermeister förmlich eine auch von Gauleiter Schemm unterstützte 700000-RM-Bürgschaft des Minister-

⁶⁹² Verf. 31.1.1944, ZR 9042 und PAM 540, vgl. z.B. Streit um die Gaststätte Zur Eisenbahn, DS 767.

⁶⁹³ Survey S.68 (Befragung Sailer).

⁶⁹⁴ Omgus-Report S.132.

⁶⁹⁵ Vgl. ZRa 12836. Hier und in ZRa 12837 Einzelheiten zur Nachkriegsentwicklung des Betriebs.

⁶⁹⁶ Omgus-Report S.133.

⁶⁹⁷ Vgl. J.Borkin: Die unheilige Allianz der IG Farben, Frankfurt/M. 1979 S.48 ff.

rats aus dem bayerischen Arbeitsbeschaffungsprogramm, und noch im Oktober 1933 kam es zu einer ersten Grundsatzbesprechung mit Vertretern der Landesregierung; sogar die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein hatte bereits eine Abnahmegarantie für den künftig zu produzierenden Alkohol gegeben⁶⁹⁸. Während Seitz allerdings - auf Kosten der Stadtverwaltung - in München und Berlin chemische, technische und finanzielle Aspekte des Projekts zu klären versuchte⁶⁹⁹, behielt das Wirtschaftsministerium Pläne im Auge, das Bergius-Verfahren in einer großtechnischen Anlage im Bayerischen Wald einzusetzen⁷⁰⁰.

Ende 1933 schien den laufenden Erfolgsmeldungen Seitz' zufolge, der sich sogar auf das große Interesse von Reichsbank und Reichswehr berief⁷⁰¹, die Betriebsgründung unmittelbar bevorzustehen⁷⁰². In vielen deutschen Zeitungen erschienen Notizen darüber⁷⁰³, doch war Seitz auf der Suche nach Geldgebern an ein obskures Londoner Bankhaus geraten und dabei auf ein Betrugsmanöver hereingefallen⁷⁰⁴. Selbst das künftige Betriebsgelände stand Anfang 1934 noch keineswegs fest⁷⁰⁵. Nun türmten sich plötzlich von allen Seiten Schwierigkeiten auf. Zwar gelang es Seitz, ein Schweizer Finanzkonsortium für sein Projekt zu interessieren, doch wehrte sich mittlerweile die Regensburger IHK gegen die Methoden des umtriebigen Kaufmanns, der mit seinem Engagement für die Holzverzuckerung zugleich unlautere Werbung für sich selbst betrieb. Schemm besichtigte eine der bestehenden Versuchsanlagen, tendierte aber aus strukturpolitischen Gründen ebenfalls dazu, das geplante Werk im Bayerischen Wald anzusiedeln⁷⁰⁶. Selbst bei einem Privatbesuch Schemms bei Schottenheim konnte ihn dieser nicht umstimmen, obwohl die Projektierungsarbeiten für Regensburg weiter fortgeschritten waren als für alle Alternativstandorte⁷⁰⁷. Im Wirtschaftsministerium schließlich wurden Bedenken laut, ob die geplante Anlage überhaupt sinnvoll sei und rentabel arbeiten könne⁷⁰⁸. Im Frühjahr 1934 kam es zu einer ungewöhnlich scharfen Kontroverse zwischen Schottenheim und der Gauleitung; sollte diese weiterhin dem Werk in Regensburg ihre Zustimmung verweigern, wollte sich der Oberbürgermeister die nötigen Unterschriften direkt von der Reichsregierung und der Reichsleitung der NSDAP besorgen⁷⁰⁹. Damit errang Schottenheim einen Teilerfolg: Die Gauleitung erklärte ihr Einverständnis mit dem Regensburger Projekt und nahm es sogar in ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm auf⁷¹⁰, womit allerdings dem Oberbürgermeister die ganze Angelegenheit entglitt. Gegenüber dem Stadtrat mußte er erklären, "daß das Werk nur dadurch nach Regensburg gebracht werden konnte, daß der Gau den Kranz für geleistete Arbeit erhält."⁷¹¹ Beleidigt stellte das Stadtoberhaupt sofort jede finanzielle Unterstützung des Projekts ein: "Nachdem der Gau die hohe Protektion übernommen hat, soll er auch zahlen"⁷¹².

⁶⁹⁸ Denkschrift 30.8.1933, Antrag der Stadt 23.9.1933 und Prot. 19.10.1933, HStAM MWi 8028. Vgl. auch VB 2.8.1933.

⁶⁹⁹ Einzelheiten in DS 566, ZRa 12863 und HStAM MWi 8028.

⁷⁰⁰ 13.9.1933 an Vertretung Bayerns beim Reich, HStAM MWi 8028.

⁷⁰¹ Denkschrift Seitz 14.11.1933, ZRa 12863; demnach Interesse der Reichswehr an der Vergärung der Holzzuckerlösung zu Glycerin für die Sprengstoffproduktion.

⁷⁰² Vgl. Prot. der vermeintlichen Schlußbesprechung 29.11.1933, HStAM MWi 8028.

⁷⁰³ Z.B. VB 9.1.1934; gesammelt in ZRa 12863, vgl. auch ZRa 12865.

⁷⁰⁴ Vermerk 19.3.1934, das englische Finanzierungsangebot habe sich als "Schwindel" erwiesen, HStAM MWi 8028.

⁷⁰⁵ Vgl. Notizen Sch. Jahreswende 1933/34, DS 566.

⁷⁰⁶ Notizen Sch. 5. und 27.3.1934, DS 566.

⁷⁰⁷ Notiz 2.4.1934, ebd.

⁷⁰⁸ MWi an Reichsmonopolverwaltung 14.3.1934, HStAM MWi 8028.

⁷⁰⁹ Notizen 8. und 12.4.1934, DS 566.

⁷¹⁰ Notizen Sch. 24. und 25.4.1934, ebd. bzw. ZRa 12863.

⁷¹¹ Notiz 30.3.1934, DS 566. Vgl. F.Kühnel: Hans Schemm, Nürnberg 1985 S.73 ff. zur Holzverzuckerung als aufgebauschtem Propagandaprojekt des Gauleiters.

⁷¹² Notiz Sch. 8.5.1934, DS 566.

Schwer zu kämpfen hatte Seitz in den folgenden Monaten, um die Finanzierung seines Vorhabens zu ermöglichen. Denn schon zu dieser Zeit war klar, daß die neue Anlage niemals rentabel arbeiten würde. Wenn sie denn überhaupt errichtet werden konnte, dann keinesfalls auf betriebswirtschaftlicher Grundlage über die Banken, sondern allein aus "staatspolitischen" Gründen, also finanziert von der öffentlichen Hand⁷¹³. Dies erklärt die Bemühungen, das geplante Werk im "Ersatzstoff-Programm" der Reichsregierung unterzubringen⁷¹⁴. Im Juli 1935 war es endlich so weit: Mit der Gründung einer Vorbereitungs-, der "Holzverzuckerungsgesellschaft mbH Regensburg" wurde der erste Schritt zur tatsächlichen Errichtung des künftigen Werks getan. Zwei Münchener Bankhäuser und die Maizena GmbH (Hamburg) waren ebenso an Stammkapital beteiligt wie Prof. Bergius, Hans Seitz als Geschäftsführer der GmbH und der Chefarzt der Regensburger Kinderklinik, Dr. Hans Schaudig⁷¹⁵. Prompt bot die Stadt ein großes Betriebsgelände südlich des Luitpoldhafens an⁷¹⁶, doch sollte es nochmals anderthalb Jahre dauern, bis die Finanzierung des Werk tatsächlich gesichert war; den Löwenanteil an den Baukosten von geschätzten 7,5-8 Millionen RM übernahm nun das Reich⁷¹⁷.

Am 23.6.1937 gründete sich endlich die "Süddeutsche Holzverzuckerungswerke AG Regensburg" ("Südholag"). Mit einer Belegschaft von 160-180 Arbeitern wollte die neue Chemiefabrik nach dem Bergius-Verfahren jährlich 120000 Ster Holz verarbeiten. Man rechnete mit der Erzeugung von 100000 hl Sprit oder 10000 t Futterhefe und ebensoviel Holzfaserstoffen, die für Heizzwecke verwendet oder zu Treibstofföl umgearbeitet werden sollten⁷¹⁸. Die Hälfte des Grundkapitals von 1 Million RM brachte das Münchener Bankhaus Eidenschink ein⁷¹⁹, der Rest verteilte sich unter anderem auf das Haus Thurn und Taxis und die Regensburger Baufirma Riepl. Seitz wurde alleiniger Vorstand der neuen Gesellschaft, für deren Produkte das Reich eine Abnahmegarantie in jeder Höhe und zu jedem Preis abgab⁷²⁰. Das Werk wurde also ohne Rücksicht auf Rentabilität allein zu dem Zweck gegründet, das deutsche Reich auf dem Gebiet eiweißhaltiger Futtermittel autark zu machen⁷²¹; das Reich übernahm auch die Bürgschaft für die zum Betriebsaufbau benötigten Darlehen⁷²².

Im Sommer 1937 klärte sich schließlich die Standortfrage. Nicht mehr im Hafensbereich, sondern nördlich der Donau am Ostrand von Schwabelweis, teils bereits außerhalb der Stadtgrenze auf Tegernheimer Gebiet, erwarb die Stadtverwaltung nun für die Südholag ein ausgedehntes Gelände⁷²³, obwohl sich hier Probleme mit dem Gleisanschluß abzeichneten, nachdem der Walhallabahnhof eine große Steigerung des Warenumschlages nicht mehr verkraften konnte. Im Oktober 1937 erhöhte die Südholag ihr Kapital auf 1,5 Millionen RM⁷²⁴, wenig später schloß das "Amt für Roh- und Werkstoffe", Teil von Görings Vierjahresplan-Dienst-

⁷¹³ Seitz an Schemm 16.8.1934, Abschrift ebd.; hier und in ZRa 12863 weitere Einzelheiten. Zum Hintergrund H.Rubner: Deutsche Forstgeschichte 1933-1945, St.Katharinen 1985 S.97 ff.

⁷¹⁴ Vgl. Seitz an Hitlers Wirtschaftsberater Keppler 3.11.1934, Abschrift DS 566; vgl. auch Notiz Sch. 26.11.1934, DS 878, wonach die Werksgründung laut stellv. Gauleiter Ruckdeschel nun von höchster Stelle betrieben wurde.

⁷¹⁵ Abschrift Notariatsurkunde in DS 546.

⁷¹⁶ HA-Prot. 16.8.1935, vgl. H. an Sch. 21.8.1935, DS 838. Lagepläne für Alternativgelände am Hafen in DS 566.

⁷¹⁷ Vgl. Notizen Sch. 12.10. und 6.12.1936, DS 566, sowie RPB 7.11.1936. Am 14.12.1936 bot Seitz Sch. einen Aufsichtsratssitz an (NIS 8).

⁷¹⁸ Mb März 1937, DS 545.

⁷¹⁹ Vgl. zu dem bei Arisierungen skrupellosen Bankhaus J.Ludwig: Boykott - Enteignung - Mord, Hamburg-München 1989.

⁷²⁰ Treuhänder Klenner an Stadt 16.10.1948, ZRa 12843.

⁷²¹ Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung an MWi 11.10.1948, Abschrift ZRa 12843.

⁷²² Vgl. undatierter Vertragsentwurf, DS 566.

⁷²³ Rh-Prot. 3.9.1937 und 29.4.1938, vgl. Mb August 1937, DS 545 und 566, sowie HStAM MWi 8028. Vgl. auch Gesamtplan in DS 890.

⁷²⁴ Vgl. zur gleichzeitigen Erweiterung des Kreises der Geldgeber HStAM MWi 8028.

stelle, die Bauplanung ab⁷²⁵. Wegen der Eigenschaft der neuen Anlage als Pilotprojekt auf Reichsebene durften Einzelheiten darüber der breiten Öffentlichkeit nicht bekanntgegeben werden, nur die beiden Lokalzeitungen erhielten die Genehmigung des Reichspropagandaministeriums, einen enthusiastischen Artikel des Oberbürgermeisters über die Südholag, der reichsweit ersten Musteranlage für Holzverzuckerung, zu veröffentlichen⁷²⁶.

Schottenheim rechnete Anfang 1938 noch mit einer Aufbauzeit von 12 Monaten⁷²⁷. Tatsächlich wurde im Februar dieses Jahres mit den Arbeiten zur Erschließung des Geländes begonnen, wobei die Stadt, wie bei allen Großprojekten, für die Infrastruktur zuständig war. Im Juli 1938 wurde in Anwesenheit des Gauleiters feierlich der Grundstein für das neue Werk gelegt⁷²⁸, doch schon bald zeichneten sich Materialprobleme und der auf allen Großbaustellen herrschende Mangel an Arbeitskräften ab⁷²⁹. Erst Anfang 1939 wurde das Verwaltungsgelände fertig, in den folgenden Monaten bis zum Kriegsbeginn entstanden die industriellen Anlagen. Im Juni 1939 konnte das Richtfest gefeiert werden⁷³⁰, fünf Monate später erteilte das bayerische Wirtschaftsministerium unter zahlreichen Auflagen die gewerbepolizeiliche Genehmigung zur Inbetriebnahme des Holzverzuckerungswerks.

Der Oberbürgermeister hatte allen Grund zur Zufriedenheit. Die neue Chemiefabrik brachte nicht nur - wie bereits das Flugzeugwerk - einen erneuten Prestigegewinn für Regensburg als Standort modernster Technologie, sondern auch 300 neue Arbeitsplätze⁷³¹, weiter steigende Gewerbesteuererinnahmen und erhöhte Umsätze bei den städtischen Werken. Zwar mußte beispielsweise für seine Gasversorgung eine rund 4,7 km lange Rohrleitung gelegt werden, doch garantierte das Produktionsverfahren eine jährliche Abnahme von mindestens 500000 Kubikmetern Gas⁷³². Als problematisch erwies sich allerdings die Wohnungsfrage für die Belegschaft des Betriebs. Ein weiterer wichtiger Aspekt für die Kommunalpolitik ergab sich aus der Tatsache, daß das Werksgelände nicht vollständig zum Stadtgebiet gehörte; dies nahm der Oberbürgermeister zum Anlaß, in sein umfassendes Eingemeindungskonzept vom Frühjahr 1939 auch Tegernheim einzubeziehen, denn es hatten sich bereits verschiedene Betriebe für Gelände in der Nachbarschaft der Südholag interessiert, die deren Abfallprodukte verwerten wollten⁷³³.

b. Werkswohnungsbau

Die Stadt hatte frühzeitig den Standpunkt vertreten, daß das Reich für die neu zuziehenden Arbeitskräfte der Südholag Wohnungen bauen müsse, nachdem es sich hier um einen Vierjahresplan-Betrieb handele⁷³⁴. So kam es im Herbst 1937 zu ersten Verhandlungen zwischen Stadtbau GmbH, Gauheimstättenamt und Südholag. Dabei ergab sich eine Zahl von 60-80 auswärtigen Familien, für die Schottenheim den Bau neuer Häuschen in seiner Siedlung durchsetzen konnte, und ein Restbedarf von 30 Werkswohnungen auf dem Betriebsgelände

⁷²⁵ Mb 31.12.1937, DS 545 und 566.

⁷²⁶ Der Schriftwechsel in PSt 504, vgl. BA 29.10.1937; Textentwurf in NIS 4.

⁷²⁷ Notiz 24.1.1938, DS 566, vgl. auch Rh-Prot. 4.2.1938.

⁷²⁸ Mb Juli 1938, DS 566, und RPB 8.8.1938, vgl. VB, BOM und BA 9.7.1938.

⁷²⁹ Zum Baufortschritt: Mb und Notizen, DS 566, 589 und 667, vgl. allg. HStAM MWi 8028.

⁷³⁰ Liste Festlichkeiten Juni 1939, DS 667, vgl. BA und BOM 1.7.1939.

⁷³¹ Notiz Sch. 24.1.1938, DS 566.

⁷³² Mb 31.12.1937, DS 545, 566 und 589.

⁷³³ Vgl. allg. ZRa 13757.

⁷³⁴ Sch. an Seitz 26.10.1937, DS 913.

selbst⁷³⁵. Das Reichsarbeitsministerium ordnete den Neubau von 100 Wohneinheiten an⁷³⁶, und Schottenheim bat die "Bayerische Heimstätte", die auch das Göringheim errichtet hatte, die Trägerschaft zu übernehmen. Die Geländeerschließung war dagegen wieder von der Stadt zu finanzieren⁷³⁷.

Im Sommer 1938 schien festzustehen, daß demnächst mit 70 Häuschen in einem eigenen fünften Abschnitt der Schottenheimsiedlung begonnen würde⁷³⁸, doch verzögerte sich in der zweiten Jahreshälfte durch die allgemeine Kreditsperre auch dieses Projekt⁷³⁹. Erst im Februar 1939 begannen die Erdarbeiten, nun nur noch für 51 Siedlerstellen und einige Privathäuser im Bereich Isonzo-/Dolomitenstraße; bis Kriegsbeginn waren erst fünf Häuser bezogen, der Bau der übrigen allerdings schon recht weit fortgeschritten⁷⁴⁰. Im Juni 1939 begannen die Bauarbeiten für den zweiten Neubaukomplex, allerdings entstanden nun nicht 30, sondern nur 20 oder 21 komfortable Werkswohnungen für leitende Angestellte, und auch nicht, wie zunächst geplant, auf dem Betriebsgelände selbst, sondern ihm gegenüber nördlich der Donaustauffer Straße⁷⁴¹.

c. Die "Südholag" im Zweiten Weltkrieg

Geschäftsführer Seitz hatte nicht nur die Kosten für den Betriebsaufbau deutlich unterschätzt, er war wohl auch mit der Führung eines industriellen Großbetriebs überfordert. Jedenfalls wuchsen die erforderlichen Reichsdarlehen in einem solchen Ausmaß an, daß das Reichswirtschaftsministerium Ende 1939 die Aktienpakete der Privataktionäre übernahm und den gesamten Vorstand der Südholag entließ. Von nun an führten die IG Farben den Betrieb⁷⁴². Sie planten auch eine Erweiterung der Südholag nach Osten sowie daran anschließend eine neue Fabrik zur Herstellung von Bleitetraethyl, das die Luftwaffe als Benzinzusatz benötigte. Mit diesen und einigen weiteren Ansiedlungsprojekten begründete Schottenheim seine Hartnäckigkeit in der Eingemeindungsfrage, doch im Frühjahr 1940 - zur gleichen Zeit, als die Hefefabrikation der Südholag anlief⁷⁴³ - scheiterten die Pläne zur Erweiterung des Stadtgebiets endgültig.

Offenbar gelang es lange nicht, die enormen organisatorischen und technischen Probleme des Werks in den Griff zu bekommen, denn erst Mitte 1941 begann die Verarbeitung der aus dem Bayerischen Wald gelieferten Holzabfälle, die eigentliche "Holzverzuckerung"⁷⁴⁴. Die dabei

⁷³⁵ Vgl. Notiz Sch. 24.1.1938, DS 566 und 913, sowie H. an Reg. 14.5.1938, ZR 19119.

⁷³⁶ Reg. an Stadt 30.5.1938, ZR 19119.

⁷³⁷ Reg. an MWi 11.7.1938, Abschrift ebd.

⁷³⁸ Notiz Sch. 8.6.1938, DS 952, und Übersicht für sein Pressegespräch 5.8.1938, DS 792.

⁷³⁹ Einzelheiten in DS 667 und 952.

⁷⁴⁰ Baugenehmigung lt. Rh-Prot. 14.4.1939, zum Baufortschritt: Mb in DS 667 und 913; weitere Details in ZR 19119, nachträglicher Grundverkauf genehmigt lt. Rh-Prot. 15.3.1940.

⁷⁴¹ Vgl. laufende Mb, DS 566, 667 und 782. Lageplan der Lieg. für die Fellingbergstraße 29.3.1939 in ZR 16364. Ausführlich hierzu Hübschmann S.112 ff. und 136 ff.

⁷⁴² Vgl. Rh-Prot. 24.11.1939, Vermerk 5.12.1940, HStAM MWi 8028, sowie Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung an MWi 11.10.1948, Abschrift ZRa 12843.

⁷⁴³ Frankfurter Zeitung 21.4.1942.

⁷⁴⁴ Einzelheiten in HStAM MWi 8028; vgl. ZR 20368 zur Lärm- und Geruchsbelästigung für die Nachbarschaft des Werks.

produzierte Hefe soll angeblich so hochwertig gewesen sein, daß sie sogar für die menschliche Ernährung geeignet gewesen wäre⁷⁴⁵. Informationen über betriebsinterne Vorgänge und die geplante Werkserweiterung auf Tegernheimer Gebiet erhielt die Stadtverwaltung allerdings nur im Zusammenhang mit dem weiteren Wohnungsbau⁷⁴⁶ und dem Projekt eines Stichhafens, den Südholag, Maxhütte und Reichsmonopolverwaltung für Branntwein gemeinsam planten⁷⁴⁷. Im April 1941 erkannte der Generalbevollmächtigte für das Bauwesen 60 von 100 beantragten Volkswohnungen der Südholag als kriegswichtig an, und im Juni 1941 begannen die Bauarbeiten in der Schottenheim-Siedlung, die sich bis Kriegsende hinziehen sollten.

Mitte 1942 mußte Baurat Schipper feststellen, daß die Südholag verschiedene Neubauten begonnen hatte, ohne das Bauamt zu verständigen, darunter ein 36 m hohes Betriebsgebäude⁷⁴⁸. Der Betrieb umfaßte zu dieser Zeit ein Gelände von 30 ha und bot 660 Arbeitsplätze, von denen 140 mit Kriegsgefangenen besetzt waren⁷⁴⁹. Die Belegschaftsstärke hielt sich auch in den folgenden Jahren ungefähr in gleicher Höhe, wobei allerdings die Zahl der beschäftigten Ausländer deutlich stieg; für Anfang 1943 sind 102 Gefangene und 105 polnische Zwangsarbeiter belegt, für Herbst 1944 insgesamt 341 Ausländer⁷⁵⁰. Zu dieser Zeit war das Holzverzuckerungswerk derjenige Betrieb in Regensburg, der mit Abstand den größten Bedarf an der extrem knapp gewordenen Kohle hatte; über ein Viertel der gesamten Bedarfsanmeldungen für das örtliche Gewerbe entfiel auf die Südholag⁷⁵¹.

Bei den Luftangriffen, die nun einsetzten, erlitt das Werk erhebliche Zerstörungen. Der Nachkriegstreuhänder bezifferte die Schäden bei rund 200 Bombentreffern auf etwa 2 Millionen RM⁷⁵². Erschwerend kam beim Wiederaufbau hinzu, daß die Produktion der Südholag unwirtschaftlich gewesen war und nun auf andere Erzeugnisse umgestellt werden mußte⁷⁵³. 1948 gingen die Betriebsanlagen auf das Hamburger Maizena-Werk, später auf die Chemische Fabrik von Heyden über⁷⁵⁴.

D. Hafen und Schifffahrt

1. Die Ausgangssituation

Der Donauhandel hatte seit jeher zentrale Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Regensburgs. Der 1910 vollendete, nach Prinzregent Luitpold benannte Staatshafen⁷⁵⁵ war nach denen in Ludwigshafen und Aschaffenburg der dritt wichtigste in Bayern und der be-

⁷⁴⁵ Vermerk 2.8.1941, HStAM MWi 8028.

⁷⁴⁶ Undatierte Liste Stadtbau GmbH über bevorstehende Wohnbauprojekte, u.a. drei für Südholag, DS 952.

⁷⁴⁷ Prot. 17.2.1942, DS 890, vgl. auch Grunderwerbsplan 16.4.1942, ebd. und DS 566.

⁷⁴⁸ Schipper an H. 23.7.1942, DS 549.

⁷⁴⁹ H. an Bpb 9.10.1942, DS 549.

⁷⁵⁰ Vgl. Meldungen H. 8.3.1943 und 30.9.1944, ebd., vgl. auch Bericht 14.1.1943, ZR 17180.

⁷⁵¹ Undatierte Übersicht, wohl Anfang 1945, EWA 501.

⁷⁵² Treuhänder Klenner an Stadt 16.10.1948, ZRa 12843.

⁷⁵³ Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung an MWi 11.10.1948, Abschrift ebd.

⁷⁵⁴ Vgl. ZRa 12842-12844.

⁷⁵⁵ Vgl. ZRa 14554 zur Vorgeschichte des Luitpoldhafens und den Grunderwerbungen hierfür.

deutendste im Südosten des Deutschen Reichs⁷⁵⁶; verwaltet wurde er vom Staatlichen Hafenam-
amt. Enge Beziehungen bestanden zu den nordwestdeutschen und holländischen Seehäfen, als
Ausgangs- und Endpunkt der Donauschiffahrt bildete Regensburg die Kontaktstelle zwischen
dem Rheinland, den Balkanstaaten und dem Schwarzen Meer⁷⁵⁷. Seine Verkehrsverbindungen
zum ostdeutschen Raum, Berlin oder der Tschechoslowakei blieben demgegenüber unbe-
deutend.

Nach dem Ersten Weltkrieg war die Donauschiffahrt für alle Länder freigegeben worden. Die
Internationale Donaukommission, bis 1927 in Preßburg, bis 1936 in Wien, dann in Belgrad
angesiedelt, wachte über den freien Verkehr auf dem Strom und sorgte in Zusammenarbeit
mit den Anliegerstaaten für den Ausbau der Schiffahrt⁷⁵⁸. Seit 1913 gab es mit dem Bayeri-
schen Lloyd ("BL") auch wieder eine reichsdeutsche, maßgeblich von der Landesregierung
beeinflusste Schiffahrtsgesellschaft⁷⁵⁹. Sitz des BL war Regensburg; 1933 verfügte er über
Transportkapazitäten von 110000 t, erwirtschaftete in diesem Geschäftsjahr allerdings einen
Verlust von knapp 60000 RM⁷⁶⁰. Neben dem BL betrieben zu dieser Zeit vier ausländische
Schiffsunternehmen selbständige Vertretungen in Regensburg⁷⁶¹, während sich die ungari-
sche, die beiden österreichischen Gesellschaften⁷⁶² und der BL zu einer Betriebsgemeinschaft
zusammengeschlossen hatten. 1935 schieden die Ungarn aus dieser aus, und es kam zu lang-
wierigen Quotierungsverhandlungen. Als Hauptgegner sah man dabei auf deutscher und un-
garischer Seite die österreichischen Gesellschaften an⁷⁶³. Nun schlossen sich die
"Continental", 1939/40 auch die slowakische und die jugoslawische Gesellschaft der Be-
triebsgemeinschaft an⁷⁶⁴.

Nachdem die Stadt Regensburg geringfügig am Kapital des BL beteiligt war, stand ihr von
Anfang an ein Aufsichtsratsposten darin zu. Ihn nahm 1933 Gewerbereferent Sachs ein, be-
vor die Gemeindeordnung ihn ab 1935 dem Oberbürgermeister zuschrieb⁷⁶⁵. Darüber hinaus
war die Stadt als alleinige Gesellschafterin der Stadtlagerhaus GmbH und über den städti-
schen Kranbetrieb⁷⁶⁶ direkt, über Steuereinnahmen und Arbeitsbeschaffung, Gebühren und
Mieten indirekt mit dem Hafen verbunden. Alle Aufgaben, die sich daraus ergaben, gehörten
zu Herrmanns Geschäftsbereich, der auch als nebenamtlicher Geschäftsführer der 1920 neu-
gegründeten Stadtlagerhaus GmbH fungierte⁷⁶⁷; diese selbst wurde von Heinrich Schlegel ge-
führt⁷⁶⁸.

⁷⁵⁶ Vgl. Referat H. bei Kölner Binnenhafen-Konferenzen Juni 1937; Text: ZR 16848. Vgl. auch Voggenreiter
(1936) S.130. Vergleichsziffern für Deggendorf und Passau bei Weißleder S.123.

⁷⁵⁷ Vgl. Voggenreiter (1936) S.140 f.; ebd. S.133 und 135 Statistiken zum Güterempfang und -versand 1933.

⁷⁵⁸ "Übereinkommen betreffend das endgültige Donau-Statut" bzw. "Statut über die Wasserwege von internationaler
Bedeutung" 1921; vgl. Weißleder S.53 f.

⁷⁵⁹ Zum Donauumschlag im 19. und frühen 20.Jahrhundert: ZR 16838 ff. Zur Gründung des BL ZR 18028.

⁷⁶⁰ Gb 1933, ZR 18027.

⁷⁶¹ Tschechoslowakische, ab 1939 Slowakische Donau-Schiffahrtsgesellschaft (zur Namensänderung: 28.3.1939 an
Stadt, DS 619), Flußschiffahrt des Königreichs Jugoslawien, Continentale Motorschiffahrt und die Navigation de
Danube.

⁷⁶² Ungarische Fluß- und Seeschiffahrts-AG, Süddt. Donaudampfschiffahrtsgesellschaft und die Ende 1938 vom
Göring-Konzern geschluckte DDSG; vgl. hierzu Mb Hafenerverkehr 31.12.1938, DS 585 und 667, vgl. auch BA
Koblenz R 126-41,42.

⁷⁶³ Vgl. Gb und Aufsichtsratsunterlagen BL 1935-1937, ZR 17031, 17060 und DS 525 ff.

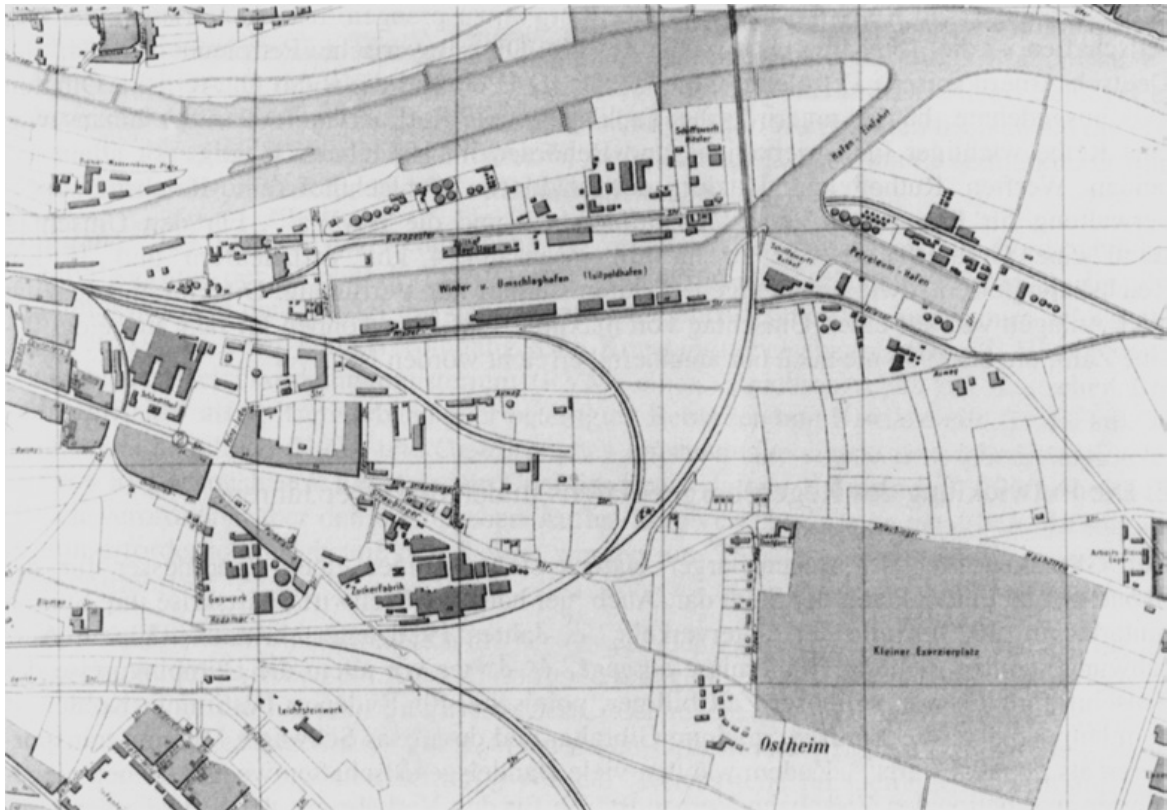
⁷⁶⁴ Gb 1939 Stadtlagerhaus GmbH und 1940 BL, DS 590 bzw. 525.

⁷⁶⁵ Vgl. allg. ZR 17031 und 17060 sowie Gb 1933, ZR 18027. Aufsichtsratsunterlagen Sch. in DS 526-528.
Vorstandsvorsitzender des BL war bis Ende 1939 Dr. von Donle, der auch dem Aufsichtsrat der RMD-AG ange-
hörte, vgl. deren Gb 1940, ZR 17053.

⁷⁶⁶ Vgl. allg. Metschl (Kranbetrieb).

⁷⁶⁷ Zeitungsartikel und Texte H. hierzu in NIH 7, vgl. 75 Jahre Stadtlagerhaus Rgbg, Text: M.Hammer, Rgbg. 1985.

⁷⁶⁸ Zur Geschichte der Stadtlagerhaus GmbH: Rede Sch. zu Schlegels 25-jr. Dienstjubiläum 2.1.1939, NIS 13 und
DS 590, Schlegels histor. Überblick 1941, DS 590, und ZR 16960 ff., 17030 sowie 17057.



Das Hafengelände
Stadtarchiv, Stadtplan 1936

Bis Mitte der dreißiger Jahre soll die Stadt weit über 2 Millionen RM in die Infrastruktur des Luitpoldhafens investiert haben⁷⁶⁹. Dieser bestand aus einem Umschlag- und Winter- sowie einem Ölhafen, weitere Ländeanlagen gab es an der offenen Donau und am Regen vor dessen Mündung. An der Nordseite des Winter- und Umschlaghafens befanden sich die Lager- und Ladeeinrichtungen des BL, an der Südseite die der Stadtlagerhaus GmbH, darunter vor allem ein riesiges, 1911 in Betrieb genommenes Getreidelagerhaus. Teils bewirtschaftete die GmbH die hier befindlichen Lagerhäuser selbst, teils waren sie an die ausländischen Schiffahrtsgesellschaften vermietet⁷⁷⁰; nur die Bavaria AG verfügte im Südosten des Hafengeländes über eine eigene Lagerhalle⁷⁷¹. Am Ölhafen hatten sich verschiedene Gesellschaften angesiedelt⁷⁷². Ende 1934 bestanden hier offene Benzintanks mit einem Fassungsvermögen von 73000 m³, was die Standortkommandantur aus Luftschutzgründen schon zu diesem Zeitpunkt fordern

⁷⁶⁹ Undatierter, nicht unterzeichneter Bericht, ZR 16948, vgl. Vertrag Land-Stadt 24.3.1936, DS 546, der die Vereinbarung von 1906 ersetzte.

⁷⁷⁰ Einzelheiten in ZRa 14505-14509, 14512, ZR 16307, 16948 und 16969, vgl. StA 4137.

⁷⁷¹ Kostenloses Nutzungsrecht der Stadt für die Grundstücke, auf denen sich die Lagerhäuser befanden, da sie beim Hafenneubau das Gelände gestellt hatte; weitere Einzelheiten in ZR 16307. Ankauf Hansa-Lagerhaus 1928: ZRa 14507.

⁷⁷² Zur Nutzung des ehem. Danubia-Geländes, das 1935 vom Staat zur Erweiterung des Ölhafens erworben wurde: ZR 15574-15576 und DS 878, vgl. Sr-Prot. 27.6. und 13.11.1934, Sch. an Reg. 16.10.1934 (StA 9595) und an MWi 1.10.1935 (ZRa 12807).

ließ, Neuanlagen auf Reichskosten in den Keilberg einzusprenge⁷⁷³. 1940 betrieben vier Gesellschaften - die Rhenania-Ossag (Shell), die Olex-Bayerische Petroleum GmbH, die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft (DAPG) und die Runo Öl-AG - im Ölhafen teils ausgedehnte, häufig unterirdische Tanklager, teils Raffinerien⁷⁷⁴. Darüber hinaus war eine Reihe wichtiger Industriebetriebe und Behörden im Hafensbereich tätig, vor allem die beiden Werften Ruthof und Hitzler, der städtische Schlachthof, die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein, eine Malzkaffeeabrik und die BayWa⁷⁷⁵. Für den Umschlag stand eine Gesamtfläche von 80 ha mit insgesamt 4 km Verladeufern und 36 km Reichsbahngleisen sowie einem eigenen Hafenbahnhof zur Verfügung. Die Gesamtkapazität aller Anlagen war auf einen Umschlag von maximal 1 Million Tonnen im Jahr ausgelegt⁷⁷⁶ - eine Zahl, die bis 1937 nie auch nur annähernd erreicht worden ist.

2. Die Entwicklung des Regensburger Hafens in den dreißiger Jahren

Der Güterumschlag des Regensburger Hafens stellte immer einen Gradmesser für die ökonomische Entwicklung der Stadt dar. Auch hier hatte die Weltwirtschaftskrise ihre Spuren hinterlassen, 1933 wurde der Güterverkehr des Jahres 1926 unterschritten⁷⁷⁷. Einem Aufschwung standen mehrere Hindernisse entgegen, darunter vor allem die Dumpingpreise der Seeschifffahrt. Es war zu dieser Zeit billiger, polnische, für Budapest bestimmte Kohle auf dem Umweg über die Nordsee, rund um Gibraltar und durch das Schwarze Meer zu transportieren als donauabwärts⁷⁷⁸. Zudem wählten viele Handelsgesellschaften wegen der neu eingeführten internationalen Eisenbahn-Verbandstarife für den Verkehr mit der Schweiz den Umschlag auf die Bahn in Wien oder Linz. Der Geschäftsrückgang mit den Balkanstaaten schließlich beruhte auf der verschärften Devisenbewirtschaftung, nationalen Ein- und Ausfuhrverboten - deutscherseits begründet durch das Autarkiestreben -, Zollschränken und Kontingentierungen, daneben bei Industriegütern auch auf dem Auftreten neuer Konkurrenten wie Japan⁷⁷⁹.

Zur Sicherung der gefährdeten Arbeitsplätze und der Steuereinnahmen hatte sich die Stadtverwaltung schon unter Oberbürgermeister Hipp stark für die Belange des Hafens engagiert. Immer wieder bedrängte man die Reichsbahn, die Landes- und Reichsregierungen, der Donauschifffahrt günstigere Rahmenbedingungen zu schaffen⁷⁸⁰, doch erst 1934 belebten sich der Umschlag- wie auch der Lagerverkehr wieder. Gegenüber dem Vorjahr war eine Steigerung um rund ein Viertel zu verzeichnen, der BL erwirtschaftete erstmals wieder beträchtli-

⁷⁷³ Kommandantur an Wehrkreismando 24.11.1934, BA-MA RH 26-10/533; vgl. undatierte Liste der Mineralölbetriebe (wohl 1934) in DS 614 und allg. StA 9595. Zu Ansiedlungsprojekten "Nohag GmbH" und "Pennsylvania" (1933-1935): ZR 11236 bzw. 16917 und Notizen Sch. DS 666 bzw. 878, zum Erwerb eines Lagers durch die Mannheimer Ölimport OHG (1940/41): ZR 16082.

⁷⁷⁴ Anlage zum Sitzungsprot. RB-Gebietsverkehrsleitung Süd 3.12.1940, DS 602. In DS 549: Erweiterungsprojekt Olex 1941/42. Zum Streit um den Brandschutz der Rhenania: ZR 18225.

⁷⁷⁵ RB-Gebietsverkehrsleitung, s. vorige Anm. Zur Ansiedlung der Schweißerei Hamm 1934: ZR 15633, vgl. Notiz Sch. 23.3.1934, DS 878.

⁷⁷⁶ Fragebogen für Statistisches Jahrbuch dt. Gemeinden, ZRa 13544, vgl. auch Reg. an Minn 2.12.1937, Abschrift DS 602.

⁷⁷⁷ Vgl. ZR 16980 zur katastrophalen Lage der bayer. und dt. Lagerhausbetriebe um 1933.

⁷⁷⁸ Gb 1933 Stadtlagerhaus GmbH, ZR 16960, vgl. auch Verhandlungen über Ansiedlung einer neuen Raffinerie, Frühjahr 1934, ZRa 12807 und DS 878.

⁷⁷⁹ Gb Stadtlagerhaus GmbH 1933, ZR 17057, vgl. Prot. a.o. Verwaltungsratsitzung 23.1.1934, ZR 16960.

⁷⁸⁰ Vgl. ZR 16875-16878 und 16918 zu hartnäckigen Versuchen Stadt, Stadtlagerhaus, BL u.a., den Getreide-, Kohlen- bzw. Öltransport von Ost- nach Mitteleuropa über Rgbg. zu leiten.

che Gewinne und gab sofort drei neue Schiffe in Auftrag, zwei davon bei der Ruthofwerft⁷⁸¹ - Schottenheim zeigte sich stolz, die Schifffahrtsgesellschaft in Regensburgs Mauern zu wissen⁷⁸². Auch in den folgenden Jahren, insbesondere ab 1937, als mit Dr. Albert Schlegel ein Duzfreund des Oberbürgermeisters in den Vorstand berufen wurde, blieb nach außen die enge Bindung zwischen Stadt und BL erhalten⁷⁸³, wenn Herrmann auch intern vermerkte, er traue dem Vorstandsvorsitzenden des BL v. Donle "nicht über den Weg"⁷⁸⁴.

Im Jahr 1934 kam es auf Reichsebene zu verschiedenen Initiativen zur Förderung und Zentralisierung der Donauschifffahrt. Unter Papens Vorsitz gründete sich in Berlin eine Kommission, die den Handel mit der Türkei erschließen wollte; für Regensburg schien sich die Perspektive einer Direktverbindung nach Konstantinopel abzuzeichnen⁷⁸⁵. Wenig später richtete das Reichsverkehrsministerium (RVM) einen "Reichsausschuß der deutschen Binnenschifffahrt" als Spitzenverband aller beteiligten Behörden und Betriebe ein; für die am Donauhandel beteiligten Häfen und Gesellschaften entstand eine eigene Untergliederung, geleitet von Regierungsbaurat Lippert, dem Chef des Regensburger Hafenamts⁷⁸⁶. 1935 machte die Reichsverordnung über den organischen Aufbau des Verkehrs⁷⁸⁷ eine neuerliche Umorganisation erforderlich, die beteiligten Stellen wurden nun Teil der "Reichsverkehrsgruppe Binnenschifffahrt"⁷⁸⁸.

1934 kristallisierten sich allmählich die hervorragenden Zukunftsperspektiven heraus, die das deutsche Autarkiestreben bot. Überall im Reich mangelte es an Lagerhäusern, und wer als erster bereit war, die Kapazitäten zu erweitern, "der macht das Geschäft"⁷⁸⁹. So fiel die Entscheidung der Stadtlagerhaus GmbH, einen neuen Großsilo zu errichten⁷⁹⁰; auch die anderen Hafengesellschaften profitierten kräftig von der "Reichsstelle für Getreide"⁷⁹¹. Anfang 1935 begannen die Fundierungsarbeiten für den neuen, 45 m hohen Silo der Lagerhausgesellschaft (Wiener Straße 5a)⁷⁹², und mit einem Gesamtaufwand von rund 550000 RM entstand hier nun der größte Silobau Süddeutschlands, der ein Fassungsvermögen von 10000 t aufwies - zugleich das höchste Profangebäude im Stadtgebiet. Im August 1935 konnte das Richtfest gefeiert werden, im November wurde der Neubau in Betrieb genommen⁷⁹³.

⁷⁸¹ Werftdirektor Rumpf an Sch. 13.9.1934, DS 878, vgl. Reg. an RMdI 9.11.1934, StA 22037. Zur Auflassung der alten Ruthof-Werft 1934: ZR 16842. Vgl. zur Geschäftsentwicklung BL den Jb 1934, ZR 17031, 17060 und DS 525.

⁷⁸² Vgl. seine Notiz 13.2.1935, DS 846.

⁷⁸³ Vgl. Gb 1937, ZR 17031 und DS 525; vgl. auch Umbenennung der inneren Straubinger Straße ab Ostentor in "Von-Stauß-Straße" nach dem Gründer des BL und Vizepräsidenten des Reichstags (Verf. Sch. 1.8.1938 zum 25-jr. Betriebsjubiläum, DS 847, vgl. Rh-Prot. 26.7.1938).

⁷⁸⁴ Notiz Sch. 25.10.1934, DS 878, zum Konkurrenzplan des BL für einen Siloneubau, der am LS scheiterte. Weitere Einzelheiten zu Spannungen Stadt-BL bis 1935 ebd., in DS 526 und ZRa 12921.

⁷⁸⁵ Vgl. Notizen Sch. 16.2. und 27.7.1934, DS 846 bzw. 878.

⁷⁸⁶ Prot. Gründungsversammlung 10.9.1934, ZRa 13948.

⁷⁸⁷ VO 25.9.1935, RGBI I S.1169.

⁷⁸⁸ 1939/40 leitete H. einige Monate lang die Bezirksgruppe Donau der Fachgruppe Hafen- und Umschlagbetriebe, vgl. DS 621.

⁷⁸⁹ Notiz Sch. 17.11.1934, DS 666, vgl. auch Gb 1934 Stadtlagerhaus GmbH, ZR 16960, sowie ZR 17057. Zur in diesem Zusammenhang eingerichteten Getreide-Trocknungsanlage: ZR 16981, vgl. auch Werkausschuß-Prot. 19.1.1934 und Verwaltungsrats-Sitzung 23.1.1934, ZR 16960.

⁷⁹⁰ Bewilligung von 450000 RM durch Verwaltungsrat Stadtlagerhaus GmbH 10.11.1934, ZR 16958.

⁷⁹¹ Einzelheiten in ZRa 12921, ZR 16993, 17057 und DS 666. Zum Lagerhaus-Projekt BayWa 1938: DS 887 und Mb Bauamt Mai 1938, DS 805.

⁷⁹² Liste Bauprojekte und Notizen Sch. 2. und 14.1.1935, DS 666, vgl. Sr-Prot. 26.2.1935.

⁷⁹³ Ansprache H. 17.8.1935, NIH 7, Einzelheiten in ZRa 12921, ZR 16959, 16978, DS 666, SWE 502 und NIS 17.

In diesem und dem folgenden Jahr hielt trotz verschärfter Devisenbestimmungen der Tschechoslowakei und Rumäniens⁷⁹⁴ die allmähliche, dann immer schnellere Aufwärtstendenz auch beim Umschlag im Regensburger Hafen an⁷⁹⁵. Im März 1935 wurde - vergleichbar dem plötzlich überall in der Stadt einsetzenden Bauboom - der höchste Hafenumschlag seit vielen Jahren erreicht, im Herbst dieses Jahres herrschte bereits Vollbeschäftigung bei allen am Umschlag beteiligten Betrieben, und auf den Auslandsstrecken mangelte es schon an Laderaum⁷⁹⁶. 1936 stieg der Güterumschlag weiter; vom Herbst dieses Jahres an verzeichnete man ununterbrochene starke Getreide-, daneben auch Bauxit-Einfuhren aus den Oststaaten. Zu dieser Zeit waren bei der Stadtlagerhaus GmbH 187, bei der Betriebsgemeinschaft der Schifffahrtsgesellschaften 352 Personen beschäftigt, hinzu kamen rund 100 Mitarbeiter des Hafenamts, der Zollbehörden und des städtischen Kranbetriebs⁷⁹⁷.

Im Jahr 1937 wuchsen die Umschlagzahlen geradezu explosionsartig auf fast 1,3 Millionen Tonnen⁷⁹⁸. Dem war der Hafen nicht mehr gewachsen, es mußte ständig in Nacht- und Wochenendschichten gearbeitet werden, und dennoch wurden die Wartezeiten für die Schiffe immer länger⁷⁹⁹. Hafenamts, Reichsbahn und städtische Werke führten erste Maßnahmen zur behelfsmäßigen Erweiterung der bestehenden Anlagen durch⁸⁰⁰, der städtische Kranbetrieb schaffte eine pneumatische Getreideförderanlage an, die allerdings erst im Sommer 1938 in Betrieb ging⁸⁰¹, und die Stadtlagerhaus GmbH legte umfassende Vorschläge für Betriebsverbesserungen vor; mit einem Aufwand von 1,5 Millionen RM wollte sie die Umschlagkapazitäten um eine halbe Million Tonnen erhöhen⁸⁰². Nachdem zugleich die Nachfrage auswärtiger Betriebe nach Ansiedlungsgelände am Regensburger Hafen zunahm⁸⁰³, gewann Ende 1937 auch das alte Projekt für einen großzügigen neuen Osthafen erstmals wieder Konturen.

Da sich der Umschlag auch noch im Jahr 1938 - und dies trotz der verschärften Konkurrenz durch die vereinigten deutschen und österreichischen Reichsbahnen - weiter steigerte⁸⁰⁴, mußte die behelfsmäßige Erweiterung der bestehenden Hafenanlagen noch forciert werden⁸⁰⁵. Allein für 1938/39 beantragte das Hafenamts vom Staat eine halbe Million RM Sondermittel hierfür⁸⁰⁶. Damit wurden vor allem der Hafenbahnhof erweitert, ein zusätzliches Abstellgleis geschaffen⁸⁰⁷ und das Hafenamtsgebäude selbst vergrößert⁸⁰⁸. Vermutlich im Frühjahr 1938

⁷⁹⁴ Im Herbst 1936 Auflösung des kgl. rumän. Konsulats in Rgbg., vgl. Bek. Staatskanzlei 17.9.1936, RegAnz 23.9.1936, vgl. auch ZRa 12089.

⁷⁹⁵ Vgl. Gb 1936 des BL, ZR 17060; Monatsmeldungen Stadtlagerhaus GmbH in DS 591.

⁷⁹⁶ Vgl. Mb H., ZR 3725 c, und Reg. an RMdI 6.2.1936, StA 22037.

⁷⁹⁷ Undatierte Denkschrift zum Osthafen (wohl 1938), DS 601 und 602, vgl. Notiz Sch. 20.11.1936, DS 612, zu jahrelangen Bemühungen um einen Neubau des Hauptzollamts.

⁷⁹⁸ Vgl. Gb 1937 des BL, ZR 17031 und DS 525, vgl. auch Pressemitteilung Sch. 27.4.1937, DS 614, sowie RPB 9.7. und 7.10.1937.

⁷⁹⁹ Gb 1937 des BL, ZR 17031 und DS 525, vgl. Mb Kranbetrieb, DS 545 und 585, sowie Pressegespräch Sch. PSt 502, veröff. in BA und BOm 13.12.1937.

⁸⁰⁰ Vgl. allg. ZR 17058, vgl. z.B. Mb E-Werk 30.4. und 30.11.1937 sowie 31.1., Okt. und Nov. 1938 zur enormen Steigerung des Stromverbrauchs und der Vergrößerung der Trafostation, DS 587.

⁸⁰¹ Vgl. Schlegel an Sch. 15.7.1937, DS 591, und Mb Kranbetrieb, DS 585.

⁸⁰² Bericht 11.10.1937 sowie Reg. an MInn 2.12.1937 (Abschrift), DS 602. Näheres zur Stadtlagerhaus GmbH in ZR 16969, 16971 und StA (1987) 1 blau 258 = 4114 a. Zu Neubauprojekten der GmbH auch: Mb März und Sept. 1937, DS 545.

⁸⁰³ Ansiedlungsprojekte in DS 623-627, 879 und 882.

⁸⁰⁴ Gb 1938 des BL, ZR 17031 und DS 525. Um dieser Konkurrenz zu begegnen, senkte der BL im Sommer 1938 die Tarife.

⁸⁰⁵ Vgl. RPB 8.6. und 7.11.1938.

⁸⁰⁶ Hafenamts an Stadt 15.1.1938, ZR 16095.

⁸⁰⁷ Grundverkauf Stadt an Land 23.4.1940, ZR 16095; ebd. Einzelheiten zu behelfsmäßigen Erweiterungen. Vgl. auch Rh-Prot. 18.11.1938.

⁸⁰⁸ Mb 31.12.1938, DS 667.

siedelte sich die IG Farben mit einem Lagerplatz am Regensburger Hafen an (Budapester Straße 15)⁸⁰⁹, und auch der BL und die Stadtlagerhaus GmbH erweiterten ihre Anlagen⁸¹⁰. Für die hervorragende Ernte dieses Jahres mußte die Reichsstelle für Getreide in großem Ausmaß Ausweichlager in Regensburg anmieten, darunter Räume der BayWa, der Schifffahrtsgesellschaften, aber selbst der Sportvereine, der evangelischen Kirchenverwaltung oder auch der fürstlichen Rentkammer⁸¹¹. Gaststättensäle beschlagnahmte man ebenso wie Fabrikhallen und schließlich auch Räume in städtischen Einrichtungen, etwa bei der Stadtlagerhaus GmbH, die Turnhallen der Von-der-Tann- und der Pestalozzischule, Stallgebäude im Schlachthof und vor allem die Stadthalle⁸¹². Ständig war man auf der Suche nach Ersatzlagerraum⁸¹³, und so entstand ab Juli 1938 mit einem Aufwand von 130000 RM ein neues Hülsenfrüchte-Lagerhaus (Wiener Straße 7a)⁸¹⁴.

Während der außenpolitischen Spannungen im Herbst 1938 und den daraus entstandenen Kapazitätsproblemen der Reichsbahn⁸¹⁵ mangelte es nun nicht mehr nur an Umschlageneinrichtungen, sondern vor allem an Waggons für den Transport der umgeschlagenen Güter. Im Regensburger Hafen und auch auf dem offenen Fluß stauten sich die Schiffe so sehr, daß sie kaum noch zu manövrieren waren und erhebliche Verzögerungen beim Entladen entstanden⁸¹⁶. Zeitweise warteten 30000 t Getreide auf den Abtransport⁸¹⁷; 1939 verlegte man sogar eine eigene Trinkwasserleitung für die Schiffsbesatzungen in den Staubereich an der Donau⁸¹⁸. Bis dahin hatte sich die Stadtlagerhaus GmbH zum mit Abstand größten und modernsten Lagerhausbetrieb Süddeutschlands und einem der größten im ganzen Reich entwickelt⁸¹⁹, doch expandierte sie noch weiter: Neben dem erwähnten neuen Lagerhaus für Hülsenfrüchte entstand mit erheblichen Zuschüssen der Reichsstelle⁸²⁰ ein zweiter, seit 1937 projektierte neuer Getreidesilo mit einem Fassungsvermögen von 9400 t. Die Arbeiten an dem 950000-RM-Projekt begannen im April 1939 mit dem Abbruch des alten Verwaltungsgebäudes der GmbH, und unmittelbar vor Kriegsbeginn konnte man bereits die Aufmauerung des neuen Silos in Angriff nehmen⁸²¹, doch sollte es unter Kriegsbedingungen bis 1941 dauern, bis er

⁸⁰⁹ Erwähnt in Notiz Sch. 22.4.1938, DS 629, vgl. Rh-Prot. 15.7.1938, Referentenbespr. 17.10.1939 (DS 555) zur Erweiterung des Lagers sowie Rh-Prot. 30.11.1942: Baugenehmigung für eine Halle.

⁸¹⁰ Zum neuen, im Sept. 1938 bezogenen Dienstwohngebäude der Stadtlagerhaus GmbH: ZR 17058, weitere Details in ZR 16031, 16307, 17052, 17057 f., DS 590 f., 598, 600 und 622.

⁸¹¹ Vgl. fortlaufende Listen Reichsstelle an Stadt (ZR 20224), Sch. an MWi 5.4.1938 (ZRa 12921) und undatierte Liste sämtlicher Lagerkapazitäten (DS 614). Vgl. zur Reichsstelle Görings Anordnung 10.8.1938 (Abdruck in DS 546, weitere Anordnungen in DS 622). Vgl. Reg. an Stadt 6.9.1938, ZR 20213, wo polizeiliche Zwangsmaßnahmen angeordnet wurden, und MIIn an Stadt 13.3.1939, ZR 20224.

⁸¹² Vgl. Mb Kranbetrieb 30.9.1938, DS 585, zur Anmietung von Wirtshaussälen. Zur Vermietung der Stadthalle an die BayWa: Rh-Prot. 15.9.1938, vgl. auch Turngemeinde Walhalla an Stadt 30.4.1941 zur Getreidelagerung in ihrer Turnhalle durch die BayWa, ZRa 12792.

⁸¹³ Gb 1939, DS 590, vgl. auch RPB 9.10.1939.

⁸¹⁴ Gb 1938, DS 591, weitere Einzelheiten in DS 593 und 602. Baugenehmigung lt. Rh-Prot. 30.6.1938. Zu Verzögerungen: Mb in DS 605. Pläne der Reichsstelle für einen 10000-t-Silo in Rgbg. (Ende 1938) belegt in DS 622 und 626.

⁸¹⁵ vgl. Mb Kranbetrieb, DS 585, sowie Klage einer Ölfirma im Hafen über den Mangel an Tankwagen 2. und 13.12.1938, ZRa 12054.

⁸¹⁶ Vgl. z.B. Beschwerde Stadtlagerhaus GmbH beim Hafenamt 15.11.1938, DS 590; ebd. weitere Einzelheiten.

⁸¹⁷ Vgl. Mb ab Okt. 1938, DS 839 bzw. 667.

⁸¹⁸ ZR 16307.

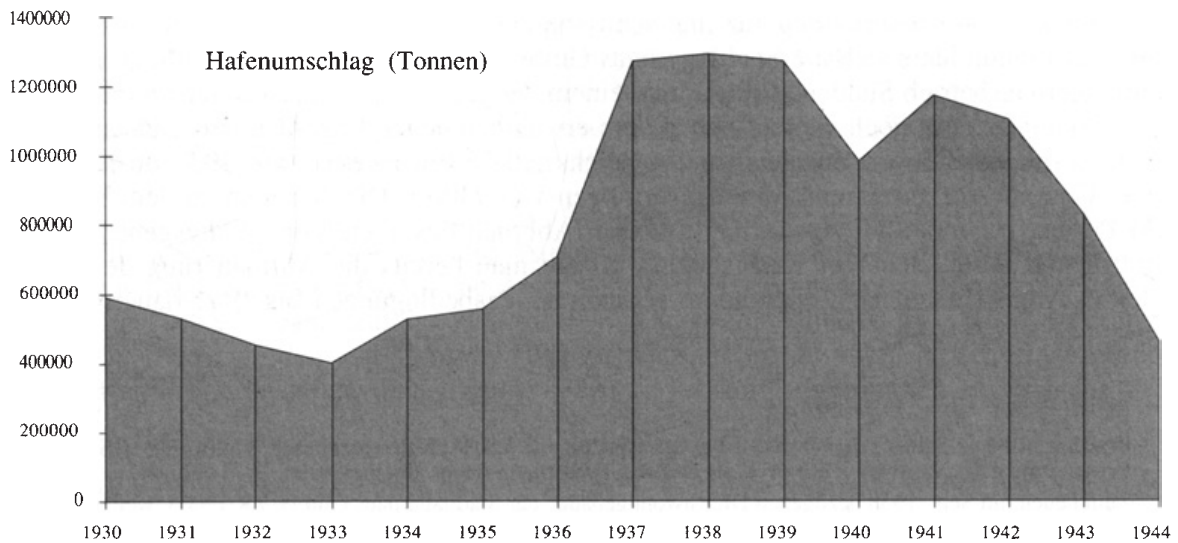
⁸¹⁹ Bericht Prüfungsverband öffentlicher Kassen, ZR 16969. Neuinvestitionen der Lagerhaus GmbH 1933-1940 lt. Sch.: 2 mio RM (23.10.1940 an Hafenamt, DS 602).

⁸²⁰ Vgl. zur Finanzierung ZR 17058, DS 590, 595 f. und Notizen Sch. DS 599, vgl. auch Sch. an Hafenamt 15.2.1939, ZR 16307. Zum Darlehen StA 16425.

⁸²¹ Vgl. Mb Bauamt, DS 667, und Notizen Sch., DS 599.

fertiggestellt war⁸²². Nun verfügte die Stadtlagerhaus GmbH über fünf Lagergebäude mit einer Kapazität von 35000 t und eine Reihe weiterer, angemieteter Behelfslager⁸²³.

GÜTERVERKEHR IM REGENSBURGER HAFEN (in Tonnen) ⁸²⁴			
1930	580 - 600000	1938	1250-1330000
1931	530000	1939	1240-1300000
1932	450000	1940	980000
1933	390 - 410000	1941	1170000
1934	520 - 530000	1942	1100000
1935	550 - 560000	1943	770- 880000
1936	700 - 710000	1944	430- 490000
1937	1260 -1280000		



Mit dem Kriegsbeginn schieden die Schiffahrtsgesellschaften der "Feindstaaten" aus den Tarif- und Quotierungsvereinbarungen aus⁸²⁵. Ende 1940 bestand die Betriebsgemeinschaft der Schiffahrtsgesellschaften neben dem BL, der DDSG und der Süddeutschen Donaudampfschiffahrtsgesellschaft aus der ungarischen, der slowakischen und der früher holländischen Gesellschaft Comos, ansonsten betrieben in Regensburg noch je ein bulgarisches, rumänisches, jugoslawisches und italienisches Unternehmen eigene Vertretungen⁸²⁶.

⁸²² Die Einzelheiten in DS 595.

⁸²³ Bericht Bayerischer Prüfungsverband öffentlicher Kassen, ZR 16969; Gesamtkapazität lt. undatierter Denkschrift in DS 590 42000 t. In DS 879 Hinweis auf Lagerung großer Gütermengen für die Wehrmacht durch die Stadtlagerhaus GmbH auf dem früheren Danubia-Gelände (10.11.1942).

⁸²⁴ Erstellt aus DS 544, 591, 593, 602, 614-618, 620, ZR 3725 c, 16969, 16978 und 18057.

⁸²⁵ Gb 1939 des BL, DS 525. Von nun an keine Einzelheiten mehr in den Jb zu transportierten Gütern, Kapazitäten und Belegschaft.

⁸²⁶ Anlage zum Sitzungsprot. RB-Gebietsverkehrsleitung Süd 3.12.1940, DS 602.

3. Osthafen-Projekt und Henkel-Ansiedlung

Schon in den frühen zwanziger Jahren hatte es Pläne gegeben für einen neuen, ebenfalls vom Staat zu errichtenden Massengüterhafen im Bereich des Kreuzhofs bei Barbing, an der östlichen Stadtgrenze von Regensburg. Mit dessen Projektierung war die Rhein-Main-Donau-AG befaßt, und 1924 hatte sich unter dominierendem Einfluß der Stadtverwaltung eine eigene "Osthafen AG" gegründet, die in der Folgezeit ausgedehnten Grundbesitz im Stadtofen und den Nachbargemeinden erwarb⁸²⁷. Allerdings zerschlug sich das Projekt, und 1929 gingen Kapital und Verbindlichkeiten der Gesellschaft auf die Stadt über. Dennoch blieb die Osthafenidee als Zukunftsoption lebendig, und im Herbst 1935, als sich die Wachstumsziffern im Luitpoldhafen konsolidierten, erstellte die städtische Liegenschaftsverwaltung bereits wieder Listen über den eventuell nun doch erforderlichen Grunderwerb⁸²⁸.

Im Herbst 1937 erreichte die Überlastung des Hafens ein solches Ausmaß, daß sich Schottenheim nun das Osthafenprojekt endgültig zu eigen machte; die Pläne der Rhein-Main-Donau-AG seien in überarbeiteter Form ohnehin fertig, nun solle man sich bemühen, das Reich für den Neubau einzuspannen⁸²⁹. Die Landesregierung zeigte grundsätzliches Einverständnis, jedoch keine Bereitschaft, sich finanziell zu engagieren⁸³⁰. Dagegen erfuhr der BL von den zuständigen Reichsbehörden, daß in Regensburg ohnehin ein Schutzhafen geplant sei, um im "A-Falle" die Donaufflotte sicher unterbringen zu können⁸³¹. Wie allerdings die geschätzten Kosten von rund 24 Millionen RM⁸³² aufgebracht werden sollten, war zu dieser Zeit noch völlig unklar - es begann ein zäher Kampf um die Finanzierung des Projekts. Als Marschroute galt dabei: "Die Stadt Regensburg begrüßt die Schaffung eines neuen Umschlaghafens und ist bereit, Trägerin dieses Unternehmens zu sein, erklärt jedoch, daß es ihr finanziell nicht möglich ist, sich wesentlich an dem Bau zu beteiligen. Die Stadt würde jedoch Zug um Zug je nach den verfügbaren Mitteln für die Erstellung der benötigten Verladevorrichtungen und Lagerhäuser Sorge tragen."⁸³³

Im wesentlichen änderte sich nichts mehr an dieser Strategie der Stadt, obwohl sie größtes Interesse an dem Projekt hatte. Denn man versprach sich davon nicht nur einen gewaltigen Anstieg des Donauumschlags, sondern wollte vor allem auch an einem eigenen Hafenbecken das inzwischen dringend benötigte Gelände für neue Industrieansiedlungen schaffen, also die weitere Industrialisierung mit all ihren Auswirkungen planmäßig vorantreiben. Interessenten gab es inzwischen genug; wenn der Osthafen erst einmal fertig sei, werde es "nicht schwerfallen, verschiedene Werke und Unternehmen nach hierher zu gewinnen"⁸³⁴. Verschiedene Schwierigkeiten stellten sich dem neuen Großprojekt entgegen. So erwies sich die alte Planung der Rhein-Main-Donau-AG als viel zu aufwendig. Eine Koalition aus Reichsbehörden und Stadtverwaltung befürwortete eine weiter westlich situierte, kleinere und damit billigere neue Hafenanlage, während das Hafenamts - und damit das Land Bayern - aus praktischen und finanziellen Erwägungen zeitweise gar nur noch für die Erweiterung des bestehenden Ölha-

⁸²⁷ Vgl. Bericht H. 4.4.1929, ZR 16860, vgl. allg. Reindl S.28 und Schmetzer S.94 zum ersten Osthafen-Projekt. Lagepläne in ZR 16860, zu den Grundgeschäften: ZR 16855 ff.

⁸²⁸ Z.B. Aufstellung 16.9.1935, DS 604.

⁸²⁹ Notiz 4.10.1937, DS 601.

⁸³⁰ Minn an Stadt und BL 20.10.1937, DS 602.

⁸³¹ Sch. an H. 5.11.1937, ebd.

⁸³² Reg. an Minn 2.12.1937 (Abschrift mit Plänen), ebd., vgl. auch RPB 8.12.1937 und undatierte Denkschrift in DS 601 und 602.

⁸³³ Notiz Sch. 23.12.1937, DS 601.

⁸³⁴ Programmrede Sch., vgl. Rh-Prot. 4.7.1940.

fens plädierten⁸³⁵. Anfang 1938 stellte dann die Rhein-Main-Donau-AG die neuen Entwürfe fertig. Zu dieser Zeit liefen die Verhandlungen längst an der Stadt vorbei; von der Landesregierung wurde ihr bedeutet, sie solle nichts mehr auf eigene Faust unternehmen. Dennoch nützte Schottenheim einen Besuch in Berlin, um Reichsleiter Rosenberg für den Osthafen zu interessieren, und erfuhr bei dieser Gelegenheit, daß die Reichsleitung der NSDAP das Projekt ganz energisch betrieb und eine Trägerschaft des Landes befürwortete⁸³⁶. Tatsächlich fiel unmittelbar darauf die Vorentscheidung der bayerischen Regierung, den Hafen doch selbst zu bauen - wohl um eine mögliche Konkurrenz zum bereits bestehenden Hafen auszuschließen⁸³⁷. Der Anschluß Österreichs im März 1938 veränderte die Lage. Unsicherheit bestand nun über die künftige Entwicklung des Donauverkehrs, über die Auswirkungen des Rhein-Main-Donau-Kanals und die Frage, inwieweit die Häfen Linz und Wien ausgebaut würden⁸³⁸. Dennoch genehmigte das bayerische Finanzministerium Mitte 1938 den Kredit für ein Vorprojekt zum Regensburger Osthafen, und das Hafenamt begann mit dessen Skizzierung. Es deutete also alles auf einen baldigen Baubeginn hin, denn auch das soeben vom Göring-Konzern "arisierte" Kalkwerk (ehemals Funk), das zunächst einen eigenen Kalkhafen links der Donau geplant hatte⁸³⁹, drängte nun auf den neuen Hafen, und das Aushubmaterial wäre dringend für die Reichsautobahn benötigt worden, deren Bau demnächst beginnen sollte⁸⁴⁰. Einigkeit schien auch darüber zu bestehen, daß das Reich die Kosten für einen Schutzhafen übernehmen werde, dessen Ausbau zu einem Verkehrs- und Umschlaghafen jedoch von Land und Stadt zu tragen gewesen wäre⁸⁴¹.

Bis Herbst waren die Bauplanung und die städtischen Vorarbeiten zum Grunderwerb abgeschlossen, die Stadt begann mit den Kaufverhandlungen für die benötigten Grundstücke⁸⁴², und das RVM sah bereits 4 Millionen RM für das Projekt im Reichshaushalt vor⁸⁴³. Doch obwohl die Stadt, wie von der Reichsregierung verlangt, verbindlich erklärte, sie werde ihren Anteil an den Grundstückskosten übernehmen⁸⁴⁴, wurde sie von nun an monatelang vertröstet: Die Pläne würden geprüft, die Kostenverteilung sei noch nicht endgültig verbeschieden⁸⁴⁵. Erst im Juni 1939 kam es zu einer Vereinbarung zwischen Reich und Land, die je ein Drittel der mittlerweile schon auf 12 Millionen RM geschätzten Gesamtkosten für den Osthafen übernehmen wollten. Es begannen erste Versuchsbohrungen im künftigen Hafengelände, ein Baubeginn noch 1939 schien in greifbare Nähe gerückt⁸⁴⁶. Ungeahnte Perspektiven für Regensburgs künftige Entwicklung schienen sich aufzutun; mit einer Verdoppelung des Umschlags auf 2,5 Millionen Tonnen rechnete man schon für die nächsten Jahre, für die weitere Zukunft war sogar von zehn Millionen Tonnen die Rede⁸⁴⁷.

⁸³⁵ Vermerk H. 30.12.1937, DS 602. Hier und in DS 601 die weiteren Verhandlungen.

⁸³⁶ Notiz Sch. und Vermerk H. 29.1. bzw. 3.2.1938, DS 601, vgl. Rh-Prot. 4.2.1938.

⁸³⁷ Vermerk H. 3.2.1938, DS 602.

⁸³⁸ Vgl. laufende Berichte und Notizen in DS 601.

⁸³⁹ Vgl. Prot. Referentenbesprechung 17.10.1939, DS 555, und RPB 9.1.1940; die Einzelheiten in DS 875.

⁸⁴⁰ Vermerk H. über Verhandlungen mit Lippert und Notiz Sch. 13.6.1938, DS 602 bzw. 601, vgl. auch RPB 7.7.1938.

⁸⁴¹ Vermerk H. 15.8.1938, DS 602, vgl. auch RPB 8.9.1938.

⁸⁴² Reg. an MInn 23.10.1939, Abschrift in DS 602, vgl. Vermerk H. 1.10.1938, ebd., Listen Lieg., DS 607, und Rh-Prot. 5.12.1938.

⁸⁴³ Vermerk H. 18.11.1938, DS 602.

⁸⁴⁴ Erklärung Sch. an MInn 6.12.1938, ebd.

⁸⁴⁵ Vgl. laufende Mb, DS 667; Einzelheiten in DS 601 und 602.

⁸⁴⁶ Mb 29.6.1939, DS 667, vgl. RPB 8.6.1939, Eingemeindungsantrag für Irl 14.4.1939, ZR 13757, und umfassenden Grunderwerbsplan Juni 1939, DS 604.

⁸⁴⁷ Referentenbespr. 17.10.1939, DS 555, bzw. Sch. an Hafenamt 23.11.1939, DS 602.

Ebenfalls im Juni 1939 ergab sich ein neuer, geradezu sensationeller Aspekt: Vertreter des Düsseldorfer Chemiekonzerns Henkel wandten sich - wie schon einmal Ende 1933⁸⁴⁸ - an die Stadt und erklärten, im Zuge der "derzeitigen Dezentralisierungsbestrebungen" sei ein Zweigwerk mit 500 Arbeitsplätzen in einer größeren Stadt an der Donau geplant; man halte Regensburg nach Prüfung verschiedener Alternativen für sehr geeignet⁸⁴⁹. Sofort ließ Schottenheim mögliche Standorte prüfen⁸⁵⁰, und sehr schnell konzentrierte man sich auf die Idee, die Planung für das künftige Henkel-Werk mit der für den Osthafen zu verknüpfen. Trotz des Kriegsbeginns ließen sich die Detailverhandlungen mit Henkel durchaus erfolversprechend an⁸⁵¹, obwohl sich eine Fülle neuer Probleme ergab, darunter vor allem die von der Stadt zu finanzierende Südverlegung der Reichsstraße 8⁸⁵² und die Frage des Autobahnanschlusses für das riesige neue Industriegebiet, an welchem auch der Obertraublinger Fliegerhorst interessiert war⁸⁵³. Jedoch griff das RVM zur allgemeinen Überraschung nun wieder die alten Pläne für einen einfachen Schutzhafen auf⁸⁵⁴ - aus Sicht des Chemiewerks eine betriebstechnisch untragbare Lösung. Auch die anderen örtlichen Stellen - Regierung und Stadtverwaltung, Reichsbahn und Hafenamts - erhoben schärfsten Protest, da Regensburg damit seiner großartigen Zukunftsperspektive beraubt werde, und bestanden auf der Errichtung eines vollständigen neuen Umschlaghafens⁸⁵⁵. Sogar mit der Möglichkeit, durch den Einsatz polnischer Kriegsgefangener die Baukosten zu drücken, wurde argumentiert⁸⁵⁶. Tatsächlich gelang es, das RVM zum Einlenken zu bewegen⁸⁵⁷, und der Generalbevollmächtigte für die Bauwirtschaft nahm den Regensburger Osthafen in die Liste der kriegswichtigen Bauvorhaben auf⁸⁵⁸. Die Stadt wurde beauftragt, für das Land den Grunderwerb durchzuführen⁸⁵⁹, und Schottenheim wiederholte trotz des mittlerweile geltenden Verbots für die Änderung von Gemeindegrenzen in diesem Zusammenhang seinen Eingemeindungsantrag vom Frühjahr 1939. Der Baubeginn für den Osthafen schien erneut unmittelbar bevorzustehen⁸⁶⁰, ungeklärt blieb allerdings die Finanzierung des Projekts, das mittlerweile auf 15-16 Millionen RM veranschlagt wurde⁸⁶¹. Nachdem der Osthafen sogar in die Dringlichkeitsliste kriegswichtiger Bauten aufgenommen worden war⁸⁶², galt seine Errichtung in der erweiterten Form im Frühjahr 1940 als gesichert⁸⁶³. Er sollte aus zwei Parallelbecken bestehen: einem bereits fertig durchgeplanten für den Massengüterumschlag, getragen vom Land Bayern, und dem von der Stadt sowie den

⁸⁴⁸ Notiz Sch. 31.12.1933, DS 878, und Seitz an Henkel 5.1.1934, Abschrift in ZRa 12863. Seitz war der Initiator der Südholag-Ansiedlung.

⁸⁴⁹ Vermerk H. 14.(?)6.1939, ZRa 12833, vgl. Reg. an MInn 23.10.1939, Abdruck in DS 602. Grundlegend zum Henkel-Projekt Ehm (1987).

⁸⁵⁰ Notiz 20.6.1939, DS 885, vgl. verschiedene Pläne in ZRa 12832.

⁸⁵¹ Einzelheiten in ZRa 12833, vgl. auch Sch. an Hafenamts 12.10.1939, DS 602, und an Wächtler 22.12.1939, DS 601, sowie Rh-Prot. 15.12.1939.

⁸⁵² Voranschlag Schipper 24.11.1939, DS 833.

⁸⁵³ Vgl. Vermerke Schipper 24.-27.2.1941, ebd.

⁸⁵⁴ Vermerk H. 5.10.1939, DS 602.

⁸⁵⁵ Sch. an Hafenamts 12.10.1939, ebd., und Referentenbespr. 17.10.1939, DS 555. Lagepläne und Skizzen Okt.-Dez. 1939 in DS 602 und 833.

⁸⁵⁶ Reg. an MInn 23.10.1939, DS 602.

⁸⁵⁷ RVM an RMD-AG 25.10.1939, Abschrift ebd.

⁸⁵⁸ RVM an MInn 22.11.1939, Abschrift ebd.

⁸⁵⁹ H. an Hafenamts 11.10.1940, DS 606. Grundbesitzerlisten und Einzelheiten in DS 604 und 607, vgl. auch ZR 15333 und Kreisbauernschaft an Hafenamts 15.12.1939, PÜW 1.

⁸⁶⁰ RPB 9.12.1939.

⁸⁶¹ Vermerk H. 17.11.1939, DS 602, bzw. Sch. an Gauleiter 22.12.1939, DS 601. Nach wie vor wollte die Stadt ein Drittel der Grunderwerbskosten tragen, lehnte aber eine weitergehende Beteiligung entschieden ab (Erklärung an RVM 8.11.1939 und Vermerke H. 17. und 22.11.1939, DS 602).

⁸⁶² Entsprechende Mitteilung BWA 9.3.1940 erwähnt im Prot. 10.12.1941, DS 603.

⁸⁶³ Stellungnahme Reg. zum Eingemeindungsantrag der Stadt 23.5.1940, ZRa 13757, vgl. auch Rh-Prot. 15.12.1939.

Anliegerbetrieben zu finanzierenden Industriebecken⁸⁶⁴. Auch die Ansiedlung des Henkel-Zweigwerks, gelegen zwischen Irl und Kreuzhof, sowie der Bau eines Stichkanals zum neuen Osthafen galten als beschlossene Sache - allerdings erst nach dem bald erwarteten Kriegsende⁸⁶⁵. Dann wollte Henkel hier mit rund 400 Beschäftigten zunächst Wasch- und Reinigungsmittel produzieren und später eine Sodafabrik errichten⁸⁶⁶. Auch weitere Ansiedlungspläne wurden schon recht konkret. So planten Raab & Karcher am Industriebecken einen Umschlagplatz für Kohle und andere Massengüter, Ruthof eine neue Werft⁸⁶⁷, und sogar die Stadt München wollte sich "in irgend einer Form Hafengelände sichern"⁸⁶⁸. Inzwischen trieb die Stadt vor allem den Grunderwerb voran. Benötigt wurden über 73 ha, von denen sich allein 43 ha im Besitz des Hauses Thurn und Taxis befanden. Für das von der Stadt selbst bereitzustellende Drittel des Hafengeländes rechnete Herrmann mit Kosten von 300000 RM⁸⁶⁹. Daneben bereitete man intensiv die Erschließungsmaßnahmen für das neue Hafengelände und den Straßenbau einschließlich der Verlegung der Reichsstraße 8 (Straubinger Straße / R 8) auf einer Länge von fast 3 km vor⁸⁷⁰. Doch erwies sich dies alles als voreilig: Nachdem gleichzeitig der Umschlag im bestehenden Hafen zurückging, zögerte das RVM mit der Genehmigung für den Neubau. Zum allgemeinen Entsetzen war im Juni 1940 erstmals die Rede davon, daß die Verwirklichung des Osthafenprojekts vor Kriegsende allein schon wegen des Mangels an Arbeitskräften und Material unwahrscheinlich sei⁸⁷¹. Zwar genehmigte das RVM das Projekt im Juli 1940 noch grundsätzlich, doch wurde es definitiv bis nach Kriegsende zurückgestellt; nur die Vorarbeiten seien so zu beschleunigen, daß man dann sofort mit dem Bau beginnen könne⁸⁷².

Als zutiefst enttäuschend empfand man in Regensburg, daß die Häfen Linz und Wien, die bislang mit ihrem Umschlag weit hinter Regensburg zurückgeblieben waren, trotz der Kriegsverhältnisse weiter ausgebaut wurden. Offenbar spielte bei der Entscheidung gegen den Regensburger Osthafen Hitlers persönliche Intervention zugunsten seiner "Führerstadt" Linz eine Rolle⁸⁷³. Jedenfalls versuchte die Stadt in den folgenden Monaten noch mehrfach, auf dem Umweg über Landesregierung und Gauleitung einen sofortigen Hafenneubau durchzusetzen: "Sollte es nicht gelingen, die Genehmigung zum Baubeginn spätestens im Frühjahr 1941 zu erreichen, dann wird die im besten Zuge befindliche wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Regensburg derart schwerwiegend gehemmt und geschädigt, daß die mit Sicherheit eintretenden Rückschläge und Verluste kaum mehr wieder gut gemacht und aufgeholt werden können."⁸⁷⁴ Allerdings war im Sommer und Herbst 1940 die militärische Entwicklung nicht absehbar, man rechnete allseits noch mit der schnellen Beendigung des Kriegs und daher auf jeden Fall mit einem baldigen Baubeginn. Dies belegen auch die heftigen Auseinandersetzungen um die Nutzung des künftigen ersten Hafenbeckens. Alle Beteiligten hätten dessen

⁸⁶⁴ Vgl. H. an Stadt München 25.4.1940, DS 879, und Sch. an Landesplanungsbehörde beim Reichsstatthalter 14.9.1940, DS 833. Revidierter Lageplan 12.3.1940, ebd. und in DS 602.

⁸⁶⁵ Stellungnahme Reg. zum Eingemeindungsantrag der Stadt 23.5.1940, ZRa 13757.

⁸⁶⁶ H. an Schipper 14.2.1941, DS 833. Einzelheiten in ZRa 12833 f., vgl. auch Ehm (1987) S.94 ff.

⁸⁶⁷ Einzelheiten in DS 879 bzw. 886.

⁸⁶⁸ Notiz Sch. 11.4.1940, DS 611. Vgl. auch seine Programmrede Anfang 1941, DS 523.

⁸⁶⁹ H. an Sailer 28.5.1940, DS 607. Einzelheiten in DS 604, 606 und PÜW 1.

⁸⁷⁰ Einzelheiten zu den Alternativen für die Straßenverlegung in DS 602 und 833; soweit die RP betroffen war, auch in DS 678.

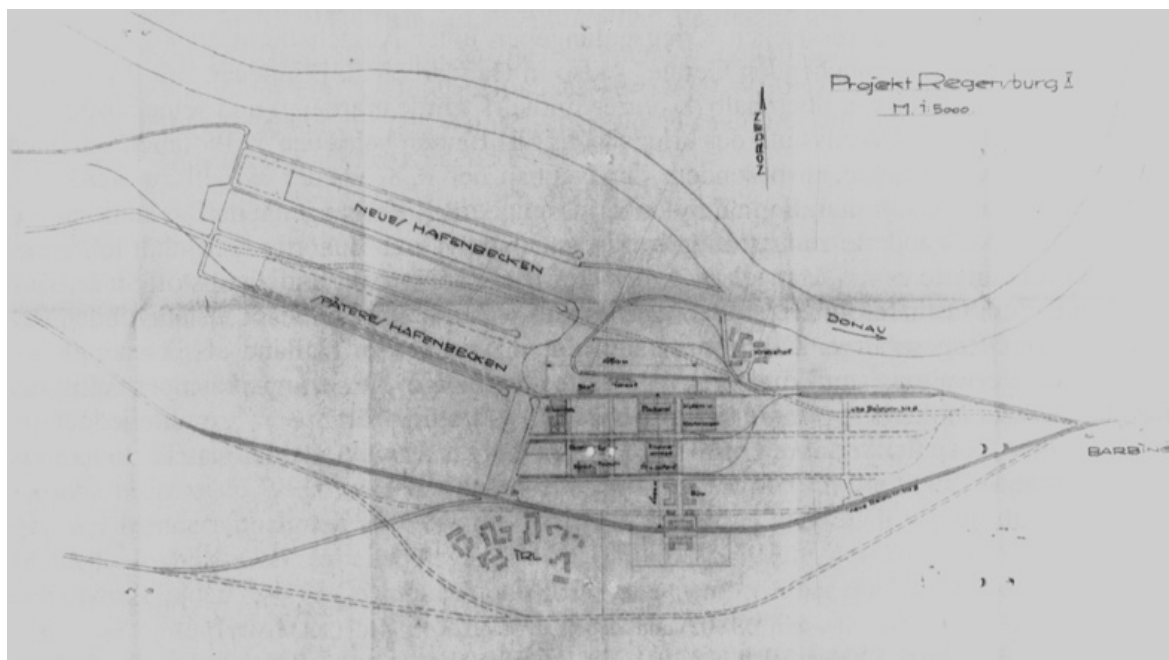
⁸⁷¹ Vermerk mit unleserlicher Unterschrift 11.6.1940, DS 602.

⁸⁷² RVM an MWi, HStAM MWi 9036, vgl. Vermerk H. 1.8. und MIIn an Reg. 2.8.1940, DS 602.

⁸⁷³ Lt. RVM an Siebert 14.2.1941 (Abschrift DS 603) hielt man dort den Rgbg.er Hafen für nötig, doch habe Göring den Ausbau von Linz und Wien angeordnet. Vgl. auch W.A.Boelcke (Hg.): Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt/M. 1969, S.110, wonach sich Hitler vor Speer noch 1942 besorgt zeigte, große Investitionen in Rgbg. und Wien könnten der Entwicklung von Linz schaden.

⁸⁷⁴ Sch. an Siebert 9.11.1940, DS 602, und an Wächtler 16.11.1940, DS 601; vgl. auch Denkschriften H., IHK und BL als Grundlage für Sch.s Vorgehen in München und Bayreuth, ebd.

Südseite gern mit Verladeeinrichtungen und Lagerhäusern bebaut, die Stadt bestand allerdings auf bevorzugter Berücksichtigung. Begründet wurde dies mit den schon erbrachten Leistungen für den alten Staatshafen⁸⁷⁵. Um die Jahreswende 1940/41 beantragten die Landesregierung und die Reichsbahn-Generalbetriebsleitung Süd die höchste Dringlichkeitsstufe für den Regensburger Osthafen⁸⁷⁶, und bis März 1941 kam es noch zu weiteren Verhandlungen über Einzelfragen wie den Grunderwerb, die Verlegung der R 8 und den Autobahnanschluß⁸⁷⁷. Auch bezüglich der Ansiedlung des Henkel-Zweigwerks erzielte man in allen wichtigen Fragen noch Übereinstimmung, und so beantragte die Konzernleitung die Baugenehmigung für eine chemische Fabrik in Regensburg; das Werk sei erforderlich, um den Bedarf der "neu hinzugetretenen" Gebiete an Reinigungsmitteln zu decken, außerdem sollten bestimmte Abfallprodukte zu Dynamit-Glyzerin verarbeitet werden⁸⁷⁸. Die Stadt hätte fast 40 ha Gelände zu erwerben und an Henkel abzugeben sowie den Stichkanal zwischen dem eigentlichen Ost- und dem Werkhafen zu finanzieren gehabt, während das Hafenbecken selbst und die Gleisanlagen auf Kosten des Betriebs errichtet werden sollten⁸⁷⁹. Die Wasser- und Stromversorgung des Werks sowie dessen künftige Steuerbelastung waren geregelt, und man hatte sich sogar schon über den Wohnungsbau für die Werksangehörigen geeinigt, der vor allem in der Schottenheim- und einigen Werkssiedlungen rund um Irl vorgesehen war⁸⁸⁰.



Osthafenprojekt und Henkelansiedlung (Stand Anfang 1941)

Stadtarchiv, ZR 12834

- ⁸⁷⁵ Seit dessen Errichtung habe die Stadt für Ländeanlagen, Lagergebäude und Umschlagvorrichtungen rund 3,1 mio RM aufgewendet, hinzukämen Ausgaben der Stadtlagerhaus GmbH von knapp 2 mio RM, vgl. Stadt an Hafencamt 23.10.1940, DS 602. Hier auch die Einzelheiten.
- ⁸⁷⁶ Einzelheiten in DS 602 f. und HStAM MWi 9036. Vgl. Programmrede Sch. Anfang 1941, DS 523 und ZR 3723, wonach er nach wie vor auf einen Baubeginn im selben Jahr hoffte.
- ⁸⁷⁷ Vgl. Prot. der umfassenden Bespr. 19.3.1941, DS 833 und ZRa 12206, sowie Landesplanungsbehörde an Autobahn-Bauleitung 31.3.1941, Abschrift DS 833.
- ⁸⁷⁸ Antrag 19.2.1941; Einzelheiten in ZRa 12833 f., vgl. Ehm (1987) S.93 ff.
- ⁸⁷⁹ Vgl. Ehm (1987) S.99 ff.
- ⁸⁸⁰ Prot. Abschlußbesprechungen 8.-9.1.1941, ZRa 12834, vgl. DS 833 und Programmrede Sch. Anfang 1941 (DS 523) zur Verlegung der R 8 und dem Autobahnanschluß. Umfassender Lageplan 10.3.1941 in PÜW 1, vgl. auch Bespr. mit hochrangigen Partei- und Reg.-Vertretern 19.3.1941, ZRa 12206.

Im April 1941 kam dann das vorläufige Aus für das Gesamtprojekt. Der Chef des Transportwesens beim OKH erkannte den Regensburger Osthafen nicht als dringlich an, wobei sich die Wehrmacht auf den unübersehbaren Umschlagrückgang im bestehenden Hafen berief⁸⁸¹. Der Oberbürgermeister vermerkte, mit den zuständigen Regierungsstellen sei "sehr schwer zu arbeiten", ihnen fehle "jeglicher Schwung und jegliche Initiative"⁸⁸². Dennoch wurde die folgenden Monate über noch an verschiedenen Einzelfragen gearbeitet⁸⁸³. Anfragen ansiedlungswilliger Betriebe verliefen allerdings im Sande oder mußten mit dem vagen Hinweis auf die Nachkriegszeit beantwortet werden.

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion unternahmen Stadt und Land, BL, IHK und Reichsbahn nochmals einen Versuch, wegen der nunmehr veränderten Gesamtsituation - man bezog sich auf die Überlastung der Bahn - den Osthafen vielleicht doch noch während des Kriegs zu realisieren⁸⁸⁴. Eine Kommission des RVM kam Ende 1941 bei einer Besichtigung des Regensburger Hafens zu dem Ergebnis, daß dort Verkehrsverbesserungen nicht mehr möglich seien, ein Neubau allerdings nur von der Wehrmacht durchgesetzt werden könne⁸⁸⁵. Neue Hoffnung auf einen zumindest provisorischen Teilausbau des Osthafens kam daher auf, als auch die Wehrmachtstransportleitung Südost in Wien und der Generalinspektor für Wasser und Energie dem OKW gegenüber eine befürwortende Stellungnahme abgaben⁸⁸⁶. Voraussetzung sei allerdings, daß nur die allernötigsten Anlagen errichtet würden, und auch dies "möglichst nur mit russischen Kriegsgefangenen unter Ausschaltung aller Diesel- und Vergaserkraftstoff verbrauchenden Geräte" - also in Handarbeit⁸⁸⁷. Ein neuer, mit 7,7 Millionen RM Gesamtkosten nur noch halb so teurer Entwurf wurde erarbeitet und seine Aufnahme in die höchste Dringlichkeitsstufe der kriegswichtigen Bauten betrieben⁸⁸⁸. Plötzlich schienen auch die übrigen Projekte, insbesondere der Neubau der R 8, wieder aktuell zu werden⁸⁸⁹. Doch wiederholten sich nun die leidvollen Erfahrungen der Vergangenheit: Das neue provisorische Projekt wanderte monatelang zur Begutachtung von Behörde zu Behörde⁸⁹⁰, und schließlich scheiterte es am Mangel an Arbeitskräften, Baumaterial und Treibstoff⁸⁹¹. Je nach Position der am Osthafen Interessierten kam es von wütenden bis zu devot insistierenden Reaktionen. Das Regensburger Göringwerk und der inzwischen in Holland als "Generalkommissar für Verwaltung und Justiz" eingesetzte ehemalige Regierungspräsident Wimmer schalteten sich ein, Siebert wandte sich "überrascht, ja bestürzt" an Speer⁸⁹², mußte jedoch im vertraulichen Gespräch erfahren, daß das Regensburger Projekt derzeit tatsächlich nicht durchführbar sei⁸⁹³.

⁸⁸¹ RVM an Siebert 5.4.1941 (Abschrift DS 603) und Siebert an Stadt 23.4.1941, HStAM MWi 9036.

⁸⁸² Rh-Prot. 21.3.1941, vgl. RVM an MInn 14.3.1941, HStAM MWi 9036.

⁸⁸³ Einzelheiten zu allen 3 Projekten in ZR 12834, DS 524 (Eichhorn-Memoiren S.74 f.), 559, 606, 610, 833-835 (mit Plänen) und PÜW 1.

⁸⁸⁴ BL und RB-Generalbetriebsleitung Süd an Landesreg. 27.10. bzw. 30.11.1941 und Siebert an RVM 6.11.1941, Abschriften DS 603.

⁸⁸⁵ Besichtigungsprot. 10.12.1941, HStAM MWi 9026 und DS 603; ebd. weitere Plädoyers für sofortigen Neubau und Bitte Sch. an Reg., die Sache wieder in Gang zu setzen.

⁸⁸⁶ Vermerk H. 15.1.1942, DS 603.

⁸⁸⁷ Generalinspektor für Wasser und Energie an Siebert 19.2.1942, HStAM MWi 9036 und DS 603.

⁸⁸⁸ MInn an Reg. 17.3.1942 (Abschrift) und Vermerk H. 21.3.1942, ebd. Pläne in DS 831 und ZRa 12834.

⁸⁸⁹ Vgl. Bericht Schipper 31.3.1942, Sch. an Reg. 7.4.1942, DS 834 (mit Plänen), und H. an Hafenam 6.6.1942, DS 603.

⁸⁹⁰ Einzelheiten in DS 603.

⁸⁹¹ Generalinspektor für Wasser und Energie an Siebert 30.6.1942, HStAM MWi 9036, und entsprechende Mitteilung an Reg. und Stadt 4.7.1942, DS 603.

⁸⁹² Einzelheiten in HStAM MWi 9036, Abschriften in DS 603.

⁸⁹³ Siebert an Sch. 26.8.1942, DS 603.

Weder der Osthafen noch die Ansiedlung des Henkelwerks konnten im Zweiten Weltkrieg noch verwirklicht werden. Später zog es der Chemiekonzern dann vor, sich mit seinem Zweigbetrieb in Augsburg niederzulassen⁸⁹⁴, denn nun gab es keine "neu hinzutretenden" Gebiete und auch keine Wehrmacht mehr, die man von einem Standort an der Donau aus mit Waschmitteln und Sprengstoff versorgen mußte. Der heute bestehende Regensburger Osthafen wurde erst in den sechziger und siebziger Jahren errichtet.

4. Die Entwicklung des Hafens im Zweiten Weltkrieg ⁸⁹⁵

Nach Kriegsbeginn mangelte es im Hafen noch stärker als zuvor an Waggons der Reichsbahn. Als schwere Behinderung für die Nacharbeit erwiesen sich zudem die Verdunkelungsmaßnahmen⁸⁹⁶. Außerdem wurde inzwischen der Deggendorfer Hafen in beachtlichem Umfang zur Entlastung Regensburgs herangezogen. All dies führte dazu, daß der Umschlag - nun in großem Umfang auch für Südosteuropa bestimmte Rüstungsgüter - im Jahr 1940 deutlich zurückging⁸⁹⁷. Dennoch erwarb der Staat in den frühen Kriegsjahren noch mehrfach Gelände von der Stadt für die Erweiterung der überlasteten Gleisanlagen⁸⁹⁸, der städtische Kranbetrieb richtete 1940/41 eine zweite Getreidesauganlage ein⁸⁹⁹, und der Oberbürgermeister ließ bis zum Frühjahr 1941 Ausbaumaßnahmen der Stadtlagerhaus GmbH planen. Nach dem baldigst erhofften Kriegsende sollten die bestehenden Lagerhallen vergrößert, ein Bürogebäude und vor allem ein "Gefolgschaftshaus" errichtet werden⁹⁰⁰. Auch der Neubau eines großen Kühlhauses stand auf der Wunschliste, wobei man hier auf die tatkräftige Unterstützung durch Gauleiter Wächtler zählen konnte⁹⁰¹.

Zu dieser Zeit herrschte noch allgemeine Euphorie, ein ungeahnter Aufschwung schien dem gesamten Donauhandel und damit auch Regensburg bevorzuzustehen: "In der neuen, deutsch bestimmten Donauperiode des an Mitteleuropa angeschlossenen Stromes wird der Donau die Aufgabe zufallen, Rückgrat und leistungsfähige Grundachse des werdenden Großwirtschaftsraums zu sein"⁹⁰². Gerade aus dieser zunehmenden Bedeutung des Donauverkehrs erwuchs der Stadt Regensburg allerdings auch eine Bedrohung: Der bekanntermaßen expansive Göring-Konzern, der sich 1938 schon die DDSG einverleibt hatte, versuchte auch den BL zu schlucken. Hierin erblickte man die Gefahr, daß nach einer Fusion von DDSG und BL neuer Geschäftssitz wohl Wien werden würde - ein schwerer Verlust für die Stadt, allein schon wegen der Mindereinnahmen an Gewerbe- und Bürgersteuer, aber auch wegen des damit verbundenen Abbaus an Arbeitsplätzen; Ende 1940 beschäftigte der BL über 1500 Gefolgschaftsmitglieder⁹⁰³ - 1937 waren es noch 1300 gewesen⁹⁰⁴ -, über die Hälfte davon allerdings

⁸⁹⁴ Vermerk Zwick 25.3.1946, ZRa 12834.

⁸⁹⁵ Zu Art und Umfang des Hafenumschlags: Mb Sept. 1941 - März 1945, DS 620.

⁸⁹⁶ Anlage zum Sitzungsprot. RB-Gebietsverkehrsleitung Süd 3.12.1940, DS 602.

⁸⁹⁷ Vgl. BL-Gb. 1940, DS 525, und RPB 8.7.1940.

⁸⁹⁸ Kaufverträge 6.1.1941 und 18.4.1942, ZR 16095 (erwähnt auch in DS 798, vgl. Rh-Prot. 21.2.1941 und 8.5.1942), vgl. RVM an Siebert 5.4.1941, HStAM MWi 9036, Abschrift DS 603, wonach auch das OKH Verbesserungen der Gleisanlagen gefordert hatte.

⁸⁹⁹ Inbetriebnahme lt. Gb 1941 (DS 582) 28.5.1941.

⁹⁰⁰ Zu den mangelhaften Sozialeinrichtungen der Lagerhaus GmbH, die vor dem Krieg schon zu Kündigungen geführt hatten und weitere befürchten ließen: Schlegel an Sch. 27.7.1939, DS 590 und 591. Ebd. und in DS 592 Einzelheiten zu den Neubauprojekten.

⁹⁰¹ Programmrede Anfang 1941, DS 523 und ZR 3723. Zum Kühlhaus-Projekt der Wiesbadener Linde AG (1938-1941): ZR 17072 und 15218 bzw. Schlegel an Sch. Juli 1944, DS 590. Erst 1962 hat Linde das Kühlhaus schließlich errichtet.

⁹⁰² Weißleder S.26.

⁹⁰³ BL an H. 30.12.1940, DS 602.

im Schiffsdienst. Einen starken Partner in dem Bemühen, das Vorhaben des Göringkonzerns zu unterlaufen, glaubte man in Ministerpräsident Siebert zu finden, dem Aufsichtsratsvorsitzenden des BL, der die Gesellschaft verständlicherweise in Bayern halten wollte⁹⁰⁵. Doch selbst dessen Proteste halfen nichts⁹⁰⁶, im April 1941 trat der BL in die "Reichswerke AG für Binnenschifffahrt 'Hermann Göring'" ein⁹⁰⁷.

Der Mangel an Waggons der Reichsbahn, an Arbeitskräften wie auch die nächtliche Verdunkelung machten nach wie vor Wartezeiten der Schiffe von durchschnittlich drei Tagen bis zu ihrer Entladung unvermeidbar⁹⁰⁸; eine Wochenarbeitszeit von mehr als 60 Stunden der Hafenarbeiter war eher die Regel als die Ausnahme⁹⁰⁹. So behalf man sich ab 1941 mit dem Einsatz von Kriegsgefangenen; von den Beschäftigten der Betriebsgemeinschaft waren im Sommer 1941 nur noch die Hälfte Stammarbeiter, dagegen schon 30 % Kriegsgefangene, der Rest SHD- und Wehrmattsangehörige, die ausschließlich für den Güterverkehr der Wehrmacht eingesetzt wurden. Bei der Stadtlagerhaus GmbH übertraf die Zahl der Gefangenen sogar die der verfügbaren Stammarbeiter - ein Teil von diesen war für den Umschlag der Slowakischen Schifffahrt abgestellt worden, wie üblich jeweils auch viele wegen der Staubentwicklung bei der Arbeit krankgeschrieben⁹¹⁰.

Nach den Umschlageinbußen 1940 wurde im Regensburger Hafen in beiden folgenden Jahren die 1-Million-Tonnen-Marke nochmals deutlich überschritten, obwohl der Getreideverkehr mit Südosteuropa zurückging, nachdem die Wehrmacht die Getreideernten in den Balkanländern für die deutschen Besatzungstruppen benötigte⁹¹¹. Allerdings war sie zur Entlastung der Schienenwege zugleich dringend auf die Erhöhung der Kapazitäten in der Donauschifffahrt angewiesen. Daher hatte die Reichsregierung ein Schiffbauprogramm eingeleitet⁹¹², von dem auch beide Regensburger Werften profitierten und aus dem nun nach und nach die fertigen Fahrzeuge an die einzelnen Gesellschaften ausgeliefert wurden⁹¹³. Dementsprechend expandierte auch der BL weiter. Innerhalb eines Jahres, von Frühjahr 1941 bis Frühjahr 1942, wuchs die Belegschaft der Gesellschaft von knapp 1700 auf über 1900 Personen, darunter 150 Kriegsgefangene⁹¹⁴, Ende 1943 waren es schon über 2300 Beschäftigte, davon knapp 1200 Ausländer⁹¹⁵. Die Flotte des BL wuchs von 1938 bis Sommer 1944 um 81 Fahrzeuge, davon über die Hälfte Tankkähne⁹¹⁶; 70 % der Kapazität standen der Wehrmacht zur Verfügung⁹¹⁷. In Regensburg selbst entstanden 1943 eine neue Lagerhalle, ein Werkluftschutzge-

⁹⁰⁴ Gb 1937, ZR 17031 und DS 525; im RPB 9.7.1937 noch knapp 1200 Beschäftigte genannt. Vgl. zum rapiden Wachstum der Belegschaft die Gb in DS 527 f.

⁹⁰⁵ Sch. an Siebert 3.1.1941, DS 602. Siebert kam mehrfach zu Aufsichtsratssitzungen nach Rgbg., vgl. z.B. seinen Betriebsappell beim BL mit anschließender Besichtigung des Flugzeugwerks 20./21.6.1940, ZRa 14136.

⁹⁰⁶ Siebert an Aufsichtsratsvorsitzenden Göringwerke, undatiert, Abschrift DS 602, und an Sch. 15.3.1941, DS 526.

⁹⁰⁷ Gb 1940/41 des BL, DS 525, und Prot. der a.o. Hauptversammlung, DS 526 und 527. Sitzungsgemäß schied ein Drittel der Aufsichtsratsmitglieder aus, darunter auch Sch., der allerdings sofort wiedergewählt wurde und bis Kriegsende im Amt blieb.

⁹⁰⁸ BL an Siebert 27.10.1941, DS 603.

⁹⁰⁹ Vgl. Beschwerden H. bei Reichsverkehrsgruppe Binnenschifffahrt 29. und 30.4.1940, DS 590.

⁹¹⁰ Prot. Bespr. Landesreg.-Stadt-Schifffahrt 12.7.1941, DS 603..

⁹¹¹ Gb Stadtlagerhaus GmbH 1941, DS 591.

⁹¹² Einzelheiten: Vorstandsbericht BL 1.4.1941, DS 526.

⁹¹³ Vgl. RPB 9.12.1939 über eine von Hitzler geplante Vergrößerung. Verzeichnis von 10 Schiffen, die Hitzler 1940-1944 gebaut hat, im Ordner "Binnenschifffahrtsgesellschaften u.a." des Vereins Schifffahrtsmuseum Rgbg. Vgl. Gb BL 3.Quartal 1943 zur Überlastung der Ruthof-Werft, DS 526.

⁹¹⁴ Gb BL 1.Quartal 1942, DS 525. Danach wurden 4 Schiffe aus dem Reichsbauprogramm übernommen. Vgl. auch Gb 1942, ZR 17031.

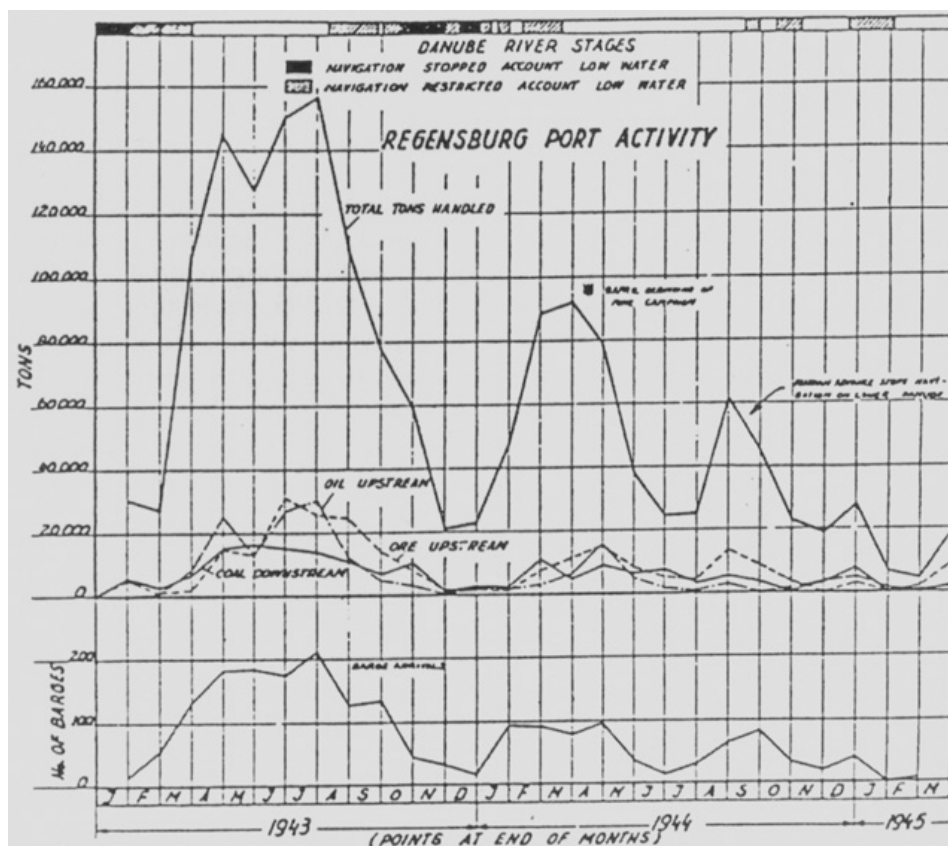
⁹¹⁵ Gb 4.Quartal 1943, DS 526.

⁹¹⁶ Aufsichtsratsprot. 8.8.1944, DS 528; Einzelheiten in DS 526.

⁹¹⁷ Gb 3.Quartal 1943, DS 526.

bäude und eine weitere Ausländerbaracke⁹¹⁸. Gegenüber dem Umschlag ging der Lagerverkehr allerdings deutlich zurück, was vor allem die Stadtlagerhaus GmbH zu spüren bekam⁹¹⁹.

Der Rückgang des Güterumschlags ab 1943 - im Talverkehr zu dieser Zeit fast nur noch "Heeresgut"⁹²⁰ - beruhte großenteils auf monatelangem Niedrigwasser⁹²¹. Erst ab Mai 1944, mit dem deutschen Rückzug im Osten, machten sich dann auch kriegsbedingte Einbußen zunehmend bemerkbar, darunter die Schiffsverluste infolge der systematischen Verminung der Donau⁹²². Auch das Patenschiff der Stadt, der Schleppdampfer "Regensburg", lief in Ungarn auf eine Mine und sank; 15 Besatzungsmitglieder kamen ums Leben, die Stadt wies den Hinterbliebenen eine symbolische Spende an⁹²³. Immer mehr Schlepps wurden von der Front überrollt und mußten verloren gegeben werden⁹²⁴. Bis Kriegsende verlor der BL 37 versenkte und 121 im Ausland zurückgelassene Schiffe oder 62,5 % seiner Gesamttonnage⁹²⁵.



Der Hafenumschlag in den letzten Kriegsjahren

USSBS VI, The Effects of Strategic Bombing on German Transportation, nach S.40

⁹¹⁸ Gb 1943, DS 525. Einzelheiten zu neuem Materiallager und Werk-LS-Gebäude in DS 549.

⁹¹⁹ Vgl. Gb und Mb bis März 1945, ZR 17058 f., DS 590 und 620. Zur Personalnot: 22.1.1943 an Reichsverkehrsgruppe Binnenschifffahrt, DS 590.

⁹²⁰ Vgl. z.B. Mb 28.10.1943, DS 620.

⁹²¹ Mb Januar 1944, ebd., vgl. Kopfleiste der Graphik.

⁹²² Ebd. S.26 und 39. Danach war durch Bombardierung und Verminung des Flusses bis Ende 1944 die Hälfte der gesamten Donauflotte zerstört oder beschädigt worden.

⁹²³ BL an Stadt 21.6.1944 bzw. Zahlungsanweisung H. 12.7.1944, ZRa 13988 b.

⁹²⁴ Vgl. Gb BL 2.Quartal 1944, DS 526, und Aufsichtsratssitzung 8.8.1944, DS 528.

⁹²⁵ Gb zur DM-Eröffnungsbilanz 21.6.1948, ZR 18027.

Ab September 1944 kehrten für Rumänien und Bulgarien bestimmte Schleppe häufig samt ihrer Fracht wieder nach Regensburg zurück. Der Talverkehr endete zu dieser Zeit in Belgrad, im November in Budapest, zum Jahresende in Wien⁹²⁶. Daraus ergab sich in Regensburg selbst ein ungeheurer Stau wertvoller Waren. Die Hoffnung des Rüstungskommandos Regensburg, im Hafensbereich Produktionsstätten für auswärtige Verlagerungsbetriebe einrichten zu können, zerschlug sich: "Es mußten sogar Wehrmachtlager geräumt werden, um Gütern des zivilen Sektors Platz zu machen."⁹²⁷ Beim Bombenangriff vom 20.10.1944 wurden allerdings das Lagerhaus III der Stadtlagerhaus GmbH, das der DDSG und ein weiterer Talgüterschuppen zerstört bzw. schwer beschädigt, große Mengen an eingelagertem Mehl, Hülsenfrüchten und Sämereien vernichtet. Auch die Zufahrtswege zum Hafen waren unterbrochen, die Gleisanlagen, die Kaimauer, zwei Getreideförderanlagen, vier Kräne und ein Schleppkahn wiesen teils erhebliche Beschädigungen auf. Nicht zuletzt waren zwei Hallen der Hitzlerwerft völlig verwüstet worden⁹²⁸. Auch bei den folgenden Bombardierungen gab es immer wieder schwere Schäden im Hafen, so am 4.11.⁹²⁹ und am 20.12.1944, als unter anderem Hafenbahn und Kaimauern, das Zollgebäude sowie zwei Lagerhallen getroffen wurden⁹³⁰. Beim Angriff vom 28.12.1944 wurden zahlreiche Anlagen der Stadtlagerhaus GmbH einschließlich eines Lagerhauses zerstört⁹³¹, Ende Januar 1945 war die Gesamtkapazität des Hafens auf ein Drittel reduziert.

Endgültig verwüstet wurde der Hafen beim Angriff vom 5.2.1945. Totalschaden meldeten die Bavaria-Schiffahrtsgesellschaft für ihr Lagerhaus, die DDSG für ihre Verwaltung und die Stadtlagerhaus GmbH für ihr Gefangenenlager, hundertprozentigen Produktionsausfall auf einen bis drei Monate die Rhenania-Ossag, die Olex, die DAPG und Ruthoff, weitere schwerste Schäden der BL, die Ungarische Schiffahrtsgesellschaft, Hitzler, die Baufirma Klug und die IG Farben⁹³². Der Lagerraum war zur Hälfte zerstört, von 19 Kränen nur noch drei betriebsbereit, jede Benzinproduktion unmöglich⁹³³. So forderte man die Organisation Todt zur "vordringlichen Gleisschädenbehebung" an, obwohl der Schiffsverkehr selbst brachlag. Im Januar und Februar 1945 wurden nur noch wenige Tausend Tonnen umgeschlagen, im März 1945 fast überhaupt nichts mehr⁹³⁴. Die Großangriffe vom 13.3. und 11.4.1945 dienten vor allem der endgültigen Vernichtung der Treibstoffreserven im Ölhafen; dieser wurde nochmals schwer verwüstet⁹³⁵.

⁹²⁶ Vgl. laufende Mb ab Sommer 1944, DS 620.

⁹²⁷ Rüstungskommando Rgbg. an Stadt 14.10.1944, WSt 4, vgl. auch H. an RVK 7.9.1944, DS 889.

⁹²⁸ Vgl. Hafenamts an Generalinspektor für Wasser und Energie 24.10.1944, HStAM Oberste Baubehörde 12813. Vgl. auch ZRa 13590, ZR 16949, 16961 und Mb Okt. 1944, DS 544, sowie die S.500 Anm.35 genannten Quellen.

⁹²⁹ Vgl. Vermerk 6.11.1944, HStAM Oberste Baubehörde 12813.

⁹³⁰ Bericht Werk-LS-Gemeinschaft Hafen-Nord 20.12.1944, DS 745.

⁹³¹ Vgl. Gb Stadtlagerhaus GmbH 1944 (verfaßt April 1945), ZR 16961.

⁹³² Aufstellung Bauamtmann Pfenning 6.2.1945, DS 749, vgl. auch ZR 16949 und 17064, Klitta S.11 und die S.500 Anm.35 angegebenen Quellen. Einzelheiten zur IG Farben (bes. 25.7.1944 an Wehrmachtstelle) in DS 766, vgl. auch Bericht Rüstungskommando Rgbg. 14.10.1944, WSt 4.

⁹³³ MInn an Generalbevollmächtigten für Wasser und Energie 13.2.1945, HStAM Oberste Baubehörde 12813.

⁹³⁴ Mb März 1945, DS 544, vgl. auch DS 618 und letzten Mb Stadtlagerhaus GmbH (März 1945), DS 620. Danach nur noch 3-6000 t Umschlag in den ersten beiden Monaten 1945.

⁹³⁵ Vgl. Bericht Wehrbereichsverwaltung, HStAM Oberste Baubehörde 12813, und Werk-LS-Gemeinschaft an Stadt 12.4.1945, DS 745.

E. Weitere wichtige Entwicklungen im Zweiten Weltkrieg ⁹³⁶

1. Ansiedlungsprojekte neuer Betriebe

Seit Kriegsbeginn drohte den nicht kriegswichtigen Firmen die Stilllegung, sei es wegen Verknappung der Rohstoffe, sei es wegen des Mangels an Arbeitskräften; schon im Frühjahr 1940 wurden derartige Maßnahmen in Regensburg akut⁹³⁷. So wurden immer wieder Geschäfts- und Lagerräume oder auch Produktionshallen geräumt und zumeist sehr schnell für die Zwecke kriegswichtiger Behörden und Betriebe beschlagnahmt. Dabei verwischten sich die Grenzen zwischen Privatwirtschaft und öffentlicher Hand immer mehr - Bürgermeister Herrmann als Sachbearbeiter für die "Regelung des kriegswichtigen Raumbedarfs" wurde im Interesse der Reichsbahn oder der Wehrmacht ebenso tätig wie für die Zwecke des Flugzeugwerks, der Werften oder der Südholag. Deshalb wird die Raumbeschaffung für Behörden mit derjenigen für das Gewerbe an anderer Stelle zusammengefaßt, während hier ausschließlich privatwirtschaftliche Ansiedlungsprojekte der Kriegsjahre zu behandeln sind.

Vor allem vom neuen Osthafen hatte sich die Stadtverwaltung das mittlerweile dringend benötigte Industriegelände versprochen. Denn die Anfang der dreißiger Jahre noch brachliegenden Flächen, etwa das dann mit den Kasernen bebaute Zellstoffwerk, die ehemalige Gewehrfabrik oder das Danubia-Gelände am Hafen, waren längst anderweitig genutzt, und für das Flugzeugwerk hatte man sogar ein der Wohnbebauung gewidmetes Stadtviertel als Industriegelände ausweisen müssen. So ergab sich in den ersten Kriegsjahren die früher undenkbar Situation, daß es nicht an ansiedlungswilligen Betrieben mangelte, sondern an Raum, um sie unterzubringen. Eine ganze Reihe potentieller Interessenten mußte auf die Nachkriegszeit vertröstet werden, wie am Beispiel des Henkel-Konzerns bereits belegt wurde⁹³⁸. Dies galt auch für den Konzern Brown & Boveri, der sein Saarbrücker Werk bei Kriegsbeginn räumen mußte und als Ersatzstandort die Regensburger Gewehrfabrik erwerben wollte⁹³⁹, oder die Kelheimer Zellstoffwerke, die sich im Frühjahr 1940 interessiert zeigten, im Bereich des Osthafens eine Zweigfabrik zu errichten⁹⁴⁰. Die ortsansässige Seilerei Seyboth hatte schon Mitte der dreißiger Jahre Betriebsgelände am Hafen gesucht und bemühte sich noch 1941 darum⁹⁴¹, das Leichtsteinwerk Obpacher und eine ganze Reihe weiterer Betriebe konnten mit ihren Grundstückswünschen nur vorgemerkt werden⁹⁴².

So erklären sich auch die nach Kriegsbeginn weiterverfolgten Eingemeindungspläne für Tegernheim. Östlich des Holzverzuckerungswerks wollte die Stadt, wie sie mehreren an-

⁹³⁶ Zur örtlichen Organisation der Kriegswirtschaft vgl. DS 870; vgl. allg. R.-D.Müller: Die Mobilisierung der deutschen Wirtschaft für Hitlers Kriegsführung, in *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg V/1*, hg. Militärgeschichtliches Forschungsamt, Stuttgart 1988 S.347-689. Überblick bei van Eylls und Boelckes Beiträgen zu DVG IV S.682-695 bzw. S.774-793.

⁹³⁷ Vgl. RPB 9.1. und 9.5.1940; nach letzterem waren z.B. alle Ziegeleien in Rgbg. stillgelegt worden.

⁹³⁸ Lageplan Industriegebiet Hafensüdseite mit Einzeichnung verschiedener Projekte, Okt. 1939, in DS 631.

⁹³⁹ Einzelheiten in ZR 12862, vgl. auch Referentenbespr. 17.10.1939, DS 555. Das Projekt hätte 3000 Arbeitsplätze in die Stadt gebracht und zerschlug sich an der Weigerung der Wehrmacht, ihr Nebenzeugamt zu verlegen, so daß sich BBC in Mannheim ansiedelte.

⁹⁴⁰ Einzelheiten in DS 879.

⁹⁴¹ Vgl. Notizen Sch. 4.1.1935, DS 666, aus den Jahren 1937/38 in DS 893; Einzelheiten zum Projekt 1940/41 in DS 892.

⁹⁴² In DS 800, 879 und 889 weitere Ansiedlungs- bzw. Expansionsprojekte, darunter Schenker & Co (1939), Gerhard & Rauh (1940), Bergisches Kraftfutterwerk (Düsseldorf-Rgbg., 1940), Richter & Frenzel (1941), Braunkohle-Benzin AG/Berlin (1941-43), Spedition des Rats Herrn Otto Heyder (1943-1944).

siedlungswilligen Betrieben zusagte⁹⁴³, ein neues Gewerbegebiet schaffen. Hierzu trugen die Expansionspläne der Südholag selbst ebenso bei wie das unmittelbar anschließend geplante Projekt einer Bleitetraethyl-Fabrik der IG Farben, das allerdings wegen seiner giftigen Abwässer Probleme aufwarf und bereits im Frühjahr 1940 "vorerst zurückgestellt" wurde⁹⁴⁴. Darüber hinaus traten unter anderem 1939/40 die ausschließlich für das OKH tätige Barackenbaufirma Lutz & Söhne aus München⁹⁴⁵ sowie 1940-41 das Regensbauer Zweigwerk der Berliner Dachpappenfabrik Büsscher & Hoffmann⁹⁴⁶ als Interessenten für dieses Gelände auf⁹⁴⁷. 1941 bahnte sich ein neues Großprojekt an: Die Regensburger Zweigstelle der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein, die beengt an der Donaulände untergebracht war, suchte ein Gelände von mindestens 10-12 ha, um für die "Ausdehnung des deutschen Wirtschaftsraums" gerüstet zu sein⁹⁴⁸. Obwohl sich Reichsbahn und Bezirksplanungsbehörde schon früher gegen jede weitere Industrieansiedlung in diesem Bereich ausgesprochen hatten, da der Walhalla-Bahnhof ohnehin überlastet war, und obwohl die Gemeinde Tegernheim weitere staub- oder abgasentwickelnde Betriebe an ihrem Ortsrand ablehnte⁹⁴⁹, kam auch für die Reichsmonopolverwaltung nur das Gelände östlich der Südholag in Frage. Beide Betriebe einigten sich Anfang 1942 über einen gemeinsamen Werkshafen⁹⁵⁰, an dem sich noch die Maxhütte beteiligen wollte, sobald sie mit der Ausbeutung der Keilberger Erzvorkommen begonnen hätte. Im Sommer 1942 wurde die Betriebsansiedlung in allen Einzelheiten vorbereitet, obwohl auf Kriegsdauer keine Aussicht bestand, die benötigten Grundstücke zu erwerben, und noch 1944 hielt die Reichsmonopolverwaltung an ihrem Projekt fest⁹⁵¹.

2. Der Arbeitsmarkt für Deutsche⁹⁵²

Das zentrale Problem bei der Umstellung auf die Kriegswirtschaft blieb der Mangel an Arbeitskräften. Eine Reihe neuer Bestimmungen erschwerte den Arbeitsplatzwechsel noch mehr als bisher und sah Urlaubsbeschränkungen sowie den Wegfall der Überstundenvergütungen vor⁹⁵³. Behörden und Privatbetriebe bemühten sich verzweifelt, unentbehrliche Arbeitskräfte unabkömmlich ("uk") stellen zu lassen, wobei sie verpflichtet waren, ihre Personalanforderungen "auf das äußerste Mindestmaß zu beschränken" und "sofort mit aller Energie die Umschulung von Berufsfremden oder von Frauen in Angriff zu nehmen"; als Sabo-

⁹⁴³ Undatierte Liste mit 32 an einer Ansiedlung interessierten Betrieben und Behörden, wohl Ende 1940, in DS 879.

⁹⁴⁴ Einzelheiten in DS 567 und ZRa 13757, vgl. auch RPB 9.12.1939, Rh-Prot. 15.12.1939, Sch. an Wächtler 22.12.1939 (DS 601), sowie Sch. an Reg. 10.5.1940 (StA/1987 I blau 119 = 4029 c). Zur Bedeutung einer solchen Anlage vgl. J.Borkin: Die unheilige Allianz der IG Farben, Frankfurt/M. 1979 S.75 ff.

⁹⁴⁵ Vgl. Notiz Sch. 7.2.1939 (DS 897), Vermerk H. 1.8.1940 (DS 879) und Sch. an Reg. 10.5.1940 (StA/1987 I blau 119 = 4029 c).

⁹⁴⁶ Beschwerden über giftige Abwässer des Betriebs in DS 568.

⁹⁴⁷ Einzelheiten ebd. Als Interessenten hatten sich auch die Münchener Lignin-Verwertungs-KG Refle & Co. und das Ludwigsburger Zündkerzenwerk Beru gemeldet, vgl. Sch. an Reg. 10.5.1940 (StA/1987 I blau 119 = 4029 c) sowie zu letzterem Betrieb auch DS 879.

⁹⁴⁸ Einzelheiten (mit Plänen) in DS 890. Ein erster Plan hatte einen Standort an der Schwabelweiser Eisenbahnbrücke und einen gemeinsamen Stichhafen mit dem Göring-Kalkwerk vorgesehen, vgl. ZR 16904.

⁹⁴⁹ Bpb an Stadt 23.5.1940, ZRa 13757.

⁹⁵⁰ Einzelheiten zu dem neuen Projekt in DS 890 f.

⁹⁵¹ 15.9.1944 an Sch., DS 890; bis heute befindet sich die Monopolverwaltung an der Donaulände.

⁹⁵² Vgl. allg. BNS I (1977) S.287 ff. D.Petzina: Soziale Lage der deutschen Arbeiter und Probleme des Arbeitseinsatzes während des Zweiten Weltkrieges, in W.Dlugoborski (Hg.): Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel, Göttingen 1981 S.65-86. M.-L.Recker: Zwischen sozialer Befriedung und materieller Ausbeutung, in Der Zweite Weltkrieg (1989) S.430-444. Umfassend B.R.Kroener: Die personellen Ressourcen des Dritten Reiches im Spannungsfeld zwischen Wehrmacht, Bürokratie und Kriegswirtschaft 1939-1942, in Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg V/1, hg. Militärgeschichtliches Forschungsamt, Stuttgart 1988 S.693-1001.

⁹⁵³ Vgl. z.B. Arbeitsplatzwechsel-VO 1.9.1939, RGBI I S.1685.

tage bezeichnete es das Reichsinnenministerium, wenn Betriebe, die ihre Produktion eingeschränkt hätten, freiwerdende Facharbeiter nicht meldeten⁹⁵⁴.

Von seiten der Behörden rissen andererseits aber auch die Klagen über die Arbeitsüberlastung nicht ab - die Flut neuer Vorschriften war angesichts der Personalnot kaum noch zu bewältigen, qualifizierte Arbeitskräfte bevorzugten die besser bezahlten Stellen in der Rüstungsindustrie⁹⁵⁵. Doch selbst ein attraktiver Betrieb wie das Regensburger Flugzeugwerk hatte wochenlang mehrere hundert Arbeitsplätze für Frauen ausgeschrieben, ohne daß sich genügend Interessentinnen gemeldet hätten⁹⁵⁶.

Im Frühjahr 1942 zählte Regensburg bei rund 100000 Einwohnern 7446 Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes⁹⁵⁷. Die Gesamtzahl von 26 staatlichen Behörden bestätigt, daß die Stadt trotz des mittlerweile stark gestiegenen Anteils an Industriearbeitern nach wie vor ein wichtiges Verwaltungszentrum geblieben war. Die größten Arbeitgeber unter den Behörden waren:

Beamte und Angestellte	
Reichsbahndirektion:	1711
Wehrmacht:	1451
Reichspostdirektion:	1086 ⁹⁵⁸
Kreisregierung:	861 (einschl. Lehrer)
Stadtverwaltung:	772
Polizeidirektion:	364 (davon 103 Gestapo)
Reichsarbeitsdienst:	233
Heil- und Pflegeanstalt:	180
Finanzamt Regensburg-Stadt:	139

Verschiedene Entwicklungen behinderten den Arbeitseinsatz weiblicher Kräfte, darunter vor allem die großzügige Regelung des Familienunterhalts für die Angehörigen der Soldaten, da von dieser Frage die Kampfmoral der Truppe entscheidend abhing⁹⁵⁹. So rentierte es sich für die Ehefrau eines Eingezogenen häufig nicht oder nicht mehr, selbst zu arbeiten⁹⁶⁰. Die Zahl der berufstätigen Frauen ging nach Kriegsbeginn erheblich zurück, und bis 1943 nahmen generell nur wenige Frauen, die vorher nicht berufstätig gewesen waren, eine Arbeitsstelle neu an. Auch die Dienstverpflichtungen beschränkten sich weitgehend auf Frauen, die nach Kriegsbeginn aus ihren früheren Berufen ausgeschieden waren⁹⁶¹, während man den Rest der weiblichen Bevölkerung jahrelang vor allem durch Propaganda zu motivieren suchte, ihre

⁹⁵⁴ RdErl 17.10.1939, RMBliV S.2163. Eine über die Kenntnisnahme hinausgehende Reaktion der Stadt war nicht feststellbar, vgl. ZR 4149. Zu Umschulungsplänen der Werften: RPB 8.7.1940.

⁹⁵⁵ RPB 8.11.1939.

⁹⁵⁶ RPB 8.9.1939.

⁹⁵⁷ Sch. an RFM 20.4.1942, ZRa 13141.

⁹⁵⁸ Zum 30.3.1943 wurde die Rgbg.er der Nürnberger RP-Direktion angegliedert, vgl. Reg. an Stadt 6.4.1943, ZRa 12061.

⁹⁵⁹ Vgl. allg. Kroener (s.Anm.952) bes. S.769 ff.

⁹⁶⁰ Vgl. z.B. RPB 9.12.1939 und 9.6.1940.

⁹⁶¹ Einzelheiten aus städt. Sicht u.a. in ZR 397, vgl. Görings Anordnung 20.6.1941, zit. bei Eiber S.578. Zur Frauenerbeit in Rgbg. während des Kriegs: Rzehak bes. S.134 ff. und 153 ff.

Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen⁹⁶². Doch selbst Parolen wie "Frauen helfen siegen" wirkten eher kontraproduktiv, da sie den Glauben an den Sieg erschütterten und den Krieg schlecht vorbereitet erscheinen ließen. Berufstätige Frauen wechselten zwar häufig in attraktivere Arbeitsplätze, so daß der Regierungspräsident bei dieser Gruppe eine "sichtbare Wanderlust" ausmachte⁹⁶³, aber der eigentlich erhoffte Zustrom bislang unbeschäftigter weiblicher Kräfte blieb aus.

Dem verschärften Mangel an Arbeitskräften versuchte die Reichsregierung auf mehrere Arten zu begegnen. Zum einen erhöhte sie mehrfach die gesetzliche Arbeitszeit, zuletzt auf bis zu 72 Wochenstunden, zum zweiten wurden immer mehr polnische, später auch Zivilarbeiter anderer Nationen zwangsverpflichtet. Darüber hinaus griffen die Arbeitsämter im Interesse der kriegswichtigen Betriebe und zu Lasten der Konsumgüterindustrie auch bei Deutschen immer stärker auf das Instrument der Dienstverpflichtung zurück⁹⁶⁴. Offenbar täuschten sie dabei die Betroffenen vielfach über die Bedingungen des Arbeitseinsatzes hinweg; häufig wurden diese von ihren Familien getrennt und bei geringem Lohn in Notquartieren untergebracht - Hilfskräfte der Regensburger Hitzlerwerft etwa im städtischen Obdachlosenheim am Sandberg⁹⁶⁵, dienstverpflichtete RAD-Maiden beim Regensburger Ruderverein⁹⁶⁶. Die Folge war allgemeine Unzufriedenheit, aus der sich "Störungen in der Betriebsgemeinschaft" ergaben, so beim Flugzeugwerk und der Stadtlagerhaus GmbH⁹⁶⁷. Betriebsappelle wurden erforderlich, um die Arbeiterschaft über den "Ernst der derzeitigen Lage" aufzuklären⁹⁶⁸. Einer stärkeren Ausweitung der Dienstverpflichtungen stand nach wie vor die Raumnot in Regensburg entgegen⁹⁶⁹ - in den Sommerferien 1940 wurden erstmals mehrere hundert Regensburger Volksschüler bei der Zuckerrübenerteilung eingesetzt⁹⁷⁰.

1941 sprach das Regensburger Arbeitsamt in seinem Bezirk rund 2400 Dienstverpflichtungen aus⁹⁷¹. Hitler hatte im Spätsommer dieses Jahres die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht für Frauen erneut abgelehnt. Eine effektivere Organisation der Arbeitsverwaltung versuchte er im März 1942 mit der Berufung des Thüringischen Gauleiters Fritz Sauckel zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz zu erreichen⁹⁷², doch erst nach der Wende im Kriegsgeschehen Anfang 1943 verfügte Sauckel eine allgemeine Meldepflicht⁹⁷³. Selbst jetzt noch verzichteten die Arbeitsämter vor allem aus psychologischen Gründen vielfach darauf, die gemeldeten Personen auch tatsächlich zu verpflichten. Stattdessen intensivierte man er-

⁹⁶² Vgl. allg. Eiber bes. S.574 ff. Ebd. Anhang S.642 Tab.5 zu Auswirkungen der 1.Meldepflicht-VO, Stand 30.9.1943.

⁹⁶³ RPB 8.2.1940, vgl. für Rgbg. Rzehak S.153 f.

⁹⁶⁴ Nach RPB 8.4.1940 nun erstmals Dienstverpfl. in größerem Umfang, u.a. ca. 500 Arbeitskräfte für Messerschmitt, Fliegerhorst Obertraubling und beide Werften.

⁹⁶⁵ Vgl. Schriftwechsel in NIS 1; es ging um Quartiere für 400 dienstverpfl. Arbeitskräfte. Vor dem Krieg sollte das Heim der HJ überlassen werden, vgl. Rh-Prot. 14.4.1939.

⁹⁶⁶ Meldung Reinemer über von 7 Stellen angeforderte RAD-Maiden 4.9.1941, ZR 398. U.a. hatten die Stadt 12, die NS-Kreisleitung 10 und die Gestapo 5 Frauen angefordert.

⁹⁶⁷ Wb DAF-Kreisverwaltung Rgbg. 2.-9.10.1939, zit. in BNS I (1977) S.288. Beispiele für Klagen über Ungerechtigkeiten bei den Dienstverpfl. bei Rzehak S.138 und 154 f., vgl. auch RPB 8.6.1940, 9.2. und 8.4.1941.

⁹⁶⁸ Wie Anm.967, Wb 4.-11.9.1939.

⁹⁶⁹ Vgl. RPB 8.7.1940 und Vermerk H. 24.2.1941, DS 779.

⁹⁷⁰ RPB 8.8.1940.

⁹⁷¹ Statistik Zweigstelle Nürnberg des Landesarbeitsamts, ZR 19577.

⁹⁷² Führererlaß 21.3.1942, RGBI I S.179.

⁹⁷³ VO über Meldung von Männern und Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung 27.1.1943, RGBI I S.67, auf Grundlage eines Führererlasses 13.1.1943, vgl. allg. L.Herbst: Der totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft, Stuttgart 1983 sowie Rebenitsch (1989) S.476 ff. Vgl. auch Gb 1943 des Standesamts (DS 530), das dem AA für jeden Einwohner zwischen 14 und 80 Jahren eine eigene Karteikarte zusenden mußte.

neut die "Auskämm-" und Umsetzungsaktionen im öffentlichen Dienst und der gewerblichen Wirtschaft, die zu zahlreichen weiteren Betriebsstillegungen führten⁹⁷⁴.

Die Tatsache, daß die NSV ab Sommer 1943 zahlreiche Kindergärten neu einrichtete, ließ sich auf die verstärkte Eingliederung von Frauen in den Arbeitsprozeß zurückführen⁹⁷⁵. Selbst die Fürsorgezöglinge sollten nun in ihren Heimen und Anstalten oder im geschlossenen Einsatz bei Rüstungsbetrieben für kriegswichtige Arbeiten herangezogen werden⁹⁷⁶, allerdings fehlten bei den in Regensburg bestehenden Erziehungsheimen die Voraussetzungen hierfür⁹⁷⁷. Noch schwieriger gestalteten sich die Verhältnisse für den zivilen Arbeitsmarkt, als wegen des totalen Kriegseinsatzes die gerade erst mühsam angelernten weiblichen Aushilfen an die Rüstungsindustrie und die Verwaltungsstellen der Wehrmacht abgegeben werden mußten, wo sie häufig gar nicht so dringend benötigt wurden, während sie an ihren alten Arbeitsplätzen nicht mehr zu ersetzen waren⁹⁷⁸. Zudem ergaben sich Spannungen zwischen den bisher schon erwerbstätigen und den nun dienstverpflichteten Frauen, und auch die Arbeitsmoral der letzteren Gruppe scheint im allgemeinen nicht sehr hoch gewesen zu sein - die Zahl der Krankmeldungen stieg ebenso wie die Bereitschaft zu öffentlich geäußelter Kritik⁹⁷⁹.

Obwohl die Wochenarbeitszeit fast schon unerträglich ausgedehnt worden war und die Dienstverpflichtungen inzwischen konsequenter betrieben wurden, herrschte in den letzten Kriegsjahren überall, insbesondere aber im zivilen Bereich, eine katastrophale Personalnot. Dies galt auch für die Regensburger Stadtverwaltung, wie noch zu zeigen sein wird. Doch nicht nur die Behörden und die Partei⁹⁸⁰ wurden der Dienstaufgaben nicht mehr Herr, auch im Privatgewerbe waren selbst dringendste Arbeiten nicht mehr zu bewältigen⁹⁸¹. Als ein Beleg für die zugespitzte Situation mag die Anfang 1944 geäußerte Forderung des Arbeitsamts an die Stadt dienen, die Schülerzahlen an der Handels- und der Haushaltsschule zu begrenzen; es erscheine "nicht notwendig, daß die Mädchen heute im Kriege diese umfangreiche theoretische Ausbildung erhalten", während sie "dringendst in kinderreichen Haushaltungen gebraucht würden oder der Wirtschaft als Lehrlinge verloren gingen"⁹⁸².

3. Arbeitseinsatz ausländischer Zivilarbeiter, Kriegsgefangener und KZ-Häftlinge⁹⁸³

1944 arbeiteten über 7 Millionen Kriegsgefangene und ausländische Zivilarbeiter im Reichsgebiet, davon ein Viertel Frauen⁹⁸⁴; die Gesamtzahl bis Kriegsende ist unbekannt, die Schätzungen schwanken zwischen knapp acht und rund zehn Millionen Menschen, davon etwa ein

⁹⁷⁴ Vgl. Rebentisch (1989) S.488 ff.

⁹⁷⁵ 1939 hatte die NSV 2 Kindergärten geführt, bis 1942 kam jährlich einer hinzu, 1943 dann 5 weitere, vgl. Tätigkeitsbericht Jugendamt 1939-1943, PAM 540. Einzelheiten hierzu in DS 767.

⁹⁷⁶ Verf. RMdI 21.4.1943, Abdruck im Jugendamtsakt "X.Fürsorgeerziehung. E.Anstalten" (Stadtarchiv).

⁹⁷⁷ Sch. an Reg. 10.3.1944, JUG 543.

⁹⁷⁸ Vgl. z.B. RPB 10.10.1943.

⁹⁷⁹ Vgl. z.B. RPB 10.7. und 9.9.1944 mit Zitat einer Hamburgerin: sie lasse sich lieber in Hamburg bombardieren als "den bayerischen Bauern ihre Arbeit (zu) tun".

⁹⁸⁰ Noch 3.2.1945 Antrag Kreisleitung an Stadt auf Dienstverpfl. einiger Personen, die teils in der Privatwirtschaft beschäftigt waren, für NSDAP-Kriegsnotdienst in Wien (WSt 1).

⁹⁸¹ Vgl. z.B. Mb über die wirtschaftliche Lage Sept. 1944, DS 544.

⁹⁸² AA an Stadt 28.2.1944, DS 684.

⁹⁸³ Vgl. zu Rekrutierung, Lebens- und Arbeitsbedingungen der ausländ. Arbeitskräfte C.Streit: Keine Kameraden, Stuttgart 1978. Ders.: Sowjetische Kriegsgefangene - Massendeportationen - Zwangsarbeiter, in Der Zweite Weltkrieg (1989) S.747-760. D.Majer: "Fremdvölkische" im Dritten Reich, Boppard 1981. U.Herbert: Fremdarbeiter, Berlin-Bonn 1985. K.-J.Siegfried: Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/Main 1988. Kroener (s.Anm.952) S.774 ff.

⁹⁸⁴ Eiber S.574.

Drittel Sowjetbürger, ein Viertel Polen und ein Fünftel Franzosen. Die Rekrutierungsmethoden der deutschen Besatzungsbehörden reichten bis zu Gefangennahmen auf offener Straße und in Osteuropa zu regelrechten Treibjagden⁹⁸⁵. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Ausländer unterschieden sich nach ihrer Nationalität und ihrem Status als zivile Arbeitskräfte oder Kriegsgefangene ganz beträchtlich⁹⁸⁶. Vor allem die Osteuropäer, und hier insbesondere die sowjetischen Kriegsgefangenen, wurden als Menschen zweiter Klasse behandelt. Entgegen der Genfer Konvention mußten sie, oft bis zur physischen Vernichtung, in kriegswichtigen Bereichen und für die deutsche Rüstung Zwangsarbeit leisten, sie konnten vom Arbeitgeber beliebig lange ohne Überstunden-, Nacht- oder Sonntagszuschlag eingesetzt werden. Die Löhne der polnischen und sowjetischen Arbeitskräfte lagen noch niedriger als bei Zwangsarbeitern anderer "Feindstaaten", die Arbeitszeit betrug zumeist über 60 Wochenstunden bei mangelhafter Ernährung, Bekleidung und medizinischer Betreuung, die Quartiere in Baracken, requirierten Wirtschaftssälen oder Schulen waren überbelegt, Schikanen im Alltagsleben kamen hinzu⁹⁸⁷.

a. Der Beginn des "Ausländereinsatzes" in Regensburg

Zwar hatte sich der Verwaltungs- und Polizeienat in einem Einzelfall nach der NS-Machtergreifung gegen die Einbürgerung eines nicht deutschstämmigen Hilfsarbeiters ausgesprochen, da er "weder in staatsbürgerlicher noch in kultureller noch in wirtschaftlicher Hinsicht einen wünschenswerten Bevölkerungszuwachs" darstelle⁹⁸⁸; doch verfügte man in Regensburg, wo bis in die späten dreißiger Jahre hinein kaum Ausländer gelebt hatten⁹⁸⁹, insgesamt über wenig Erfahrung in der inhumanen Behandlung von "Fremden". Noch im Herbst 1939 kritisierte die Gauleitung die zu fürsorgliche Betreuung eines Interniertentransports durch die örtliche NSV⁹⁹⁰. Anfang 1940 setzte dann auch hier der massenhafte Zustrom zunächst polnischer Landarbeiter, aber auch schon der ersten Kriegsgefangenen ein; der erste Tote wurde im Januar 1940 bestattet⁹⁹¹. Von Februar bis April 1940 trafen elf Züge mit 1615 Polen ein, die anschließend auf den ganzen Arbeitsamtsbezirk verteilt wurden; ob es sich um Zivilarbeiter oder Kriegsgefangene handelte, ist unklar⁹⁹². Die Insassen dieser Züge befanden sich bei ihrer Ankunft zumeist in einem menschenunwürdigen Zustand, waren halbverhungert, verlaust und für die kalte Jahreszeit völlig unzureichend bekleidet. Dementsprechend unzufrieden zeigten sich die deutschen "Empfänger" dieser Transporte; so nannte Gesundheitsamts-Direktor Scharff ältere Steinbrucharbeiter, die beim Kalkwerk Buechl eingesetzt werden sollten, ein "ganz minderwertiges Menschenmaterial"⁹⁹³. Allseits begehrt waren dagegen die polnischen Kriegsgefangenen - zumeist kräftige junge Männer. Schon im Herbst

⁹⁸⁵ Überblick bei R.-D.Müller: Die Zwangsrekrutierung von "Ostarbeitern" 1941-1944, in *Der Zweite Weltkrieg* (1989) S.772-783.

⁹⁸⁶ Vgl. VO über Behandlung von Ausländern 5.9.1939, RGBl I S.1667. Zum Umgangsverbot mit Kriegsgefangenen: VO 25.11.1939, RGBl I S.2319, Gesetz 2.12.1939, GVBl S.341, und VO 11.5.1940, RGBl I S.769. Vgl. auch W.Ziegler (1973) S.272.

⁹⁸⁷ Vgl. z.B. A.Streim: Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im "Fall Barbarossa", Heidelberg-Karlsruhe 1981.

⁹⁸⁸ Prot. 27.9.1933.

⁹⁸⁹ Vgl. Sch. an Reg. 3.1.1936, ZRa 12090.

⁹⁹⁰ Der Vorgang in ZR 395.

⁹⁹¹ BES 500.

⁹⁹² Übersicht in StA (1987) 2 orange 760 = 620 ac I; ebd. Einzelheiten zur Gesundheitsüberwachung der poln. Landarbeiter. Vgl. auch Ortspol. Vorschrift ab 15.5.1942, Rh-Prot. 8.5.1942.

⁹⁹³ Scharff an Reg. 4.6.1940, StA (1987) 2 orange 760 = 620 ac I.

1939 hatte die Landwirtschaft sie geradezu herbeigesehnt⁹⁹⁴, als sie eintrafen, wurden sie größtenteils schnell in zivile Arbeitsverhältnisse überführt⁹⁹⁵. Verständlicherweise scheint es allerdings vielen der Polen an Arbeitswillen gemangelt zu haben - im Frühjahr 1940 nahm die Stapostelle Regensburg 40 von ihnen wegen Arbeitsverweigerungen fest⁹⁹⁶.

Als städtisches Massenquartier für die polnischen Arbeiter diente "unter Trennung der Räume in rein und unrein" seit dem Frühjahr 1940 die geräumte Von-der-Tann-Schule⁹⁹⁷. Hier betrieb die Stadt auch eine provisorische, als "Gaskammer" bezeichnete Desinfektionsanlage für die verlausten osteuropäischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen⁹⁹⁸. Die Reichsregierung gewährte Beihilfen für Entlausungsanlagen, und die Stadt bezeichnete einen Neubau als unumgänglich⁹⁹⁹, doch erwies er sich als zu aufwendig. Auch die ersatzweise Vergrößerung einer bestehenden Anlage im Altenheim Kumpfmühl verzögerte sich immer wieder, obwohl Schottenheim sie mehrfach in geradezu ultimativer Form anmahnte¹⁰⁰⁰.

Für Juni 1940 ist der Saal der Gaststätte Schmidt in Weichs als Quartier für 45-50 polnische Zivilarbeiter belegt, die bei der Fa.Richtberg eingesetzt waren¹⁰⁰¹. Kriegsgefangene müssen bereits im Sommer 1940 bei der Stadtlagerhaus GmbH und im Holzverzuckerungswerk beschäftigt gewesen sein¹⁰⁰². Ebenfalls schon zu dieser Zeit richtete vermutlich die Kreishandwerkerschaft ein Lager für Gefangene ein, um deren Arbeitseinsatz auch kleineren Betrieben zu ermöglichen, nachdem die Stammlager nur geschlossene Kommandos von mindestens 20 Mann abgaben. Ob es sich bei diesem Lager bereits um die später mehrfach genannte Sammelunterkunft der Handwerkskammer am Oberen Wöhrd (Lieblstraße 28) handelte, bleibt unklar¹⁰⁰³; jedenfalls machte diese sich die Anweisungen des Reichsarbeitsministeriums zu eigen und appellierte an die betroffenen Handwerksmeister, "die Arbeitskraft der Gefangenen auf das Schärfste anzuspannen"¹⁰⁰⁴.

Während die Kriegsgefangenen ohnehin unter Bewachung standen, galten auch für die zivilen, zunächst also die polnischen Zwangsarbeiter von Anfang an nächtliche Ausgangssperren, die wöchentliche Meldepflicht bei der Polizei, die eingeschränkte Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel sowie das Verbot, Gaststätten, kulturelle und kirchliche Veranstaltungen zu besuchen¹⁰⁰⁵. Später kamen weitere Verschärfungen hinzu, so im Sommer 1940 die Abschaffung der Arbeitsverträge, dann auch das Verbot, Fahrräder und Telefone zu benutzen oder Parks, Bäder und Sportplätze zu besuchen. Schließlich wurde der Umgang mit Deutschen, der für Kriegsgefangene von Anfang an galt, auch den Zwangsarbeitern generell verboten¹⁰⁰⁶ -

⁹⁹⁴ RPB 9.10.1939.

⁹⁹⁵ RPB 8.8.1940. Broschüre zur Behandlung der Kriegsgefangenen (verteilt Anfang 1940 an betroffene städt. Stellen) in ZR 395.

⁹⁹⁶ RPB 9.6.1940. Lt. RPB 10.3.1945 Verhaftung von 48 Ostarbeitern wegen des angebl. Versuchs, eine "bolschewistische Widerstandsorganisation" zu gründen.

⁹⁹⁷ Sch. an Reg. 10.6.1940, ZR 20598.

⁹⁹⁸ Vgl. Kassenbuch zur Entseuchung polnischer Landarbeiter 1939/40, HM 1 540.

⁹⁹⁹ H. an Reg. 2.3.1940, ZR 20598. Auch wegen des lebhaften Donauverkehrs mit Südosteuropa sei eine Neuanlage nötig.

¹⁰⁰⁰ Sch. an AA 29.4.1941, ebd., vgl. StA (1987) 2 orange 760 = 620 ac I.

¹⁰⁰¹ Formblattmeldung GesA an Stadt bei Typhusverdacht 25.6.1940, ZR 8504 b.

¹⁰⁰² Nach RPB 9.9.1940 mehrere Festnahmen Deutscher, die sich Gefangenen gegenüber zu human verhalten hatten, vgl. auch Kammerbauer (1981) S.329 ff. Allerdings verzeichnet erst der Gb 1941 der Lagerhaus GmbH eigene Kriegsgefangene (DS 591).

¹⁰⁰³ Baugenehmigung für Erweiterung Barackenlager Lieblstraße lt. Rh-Prot. 26.11.1943.

¹⁰⁰⁴ Faltblatt Reichsarbeitsministeriums 10.7.1940 und undatiertes Flugblatt Kreishandwerkerschaft, ZR 395. Ebd. spätere Anweisungen zum Verhalten gegenüber Kriegsgefangenen.

¹⁰⁰⁵ Vgl. zum folgenden PolizeiVO Reg. 28.5.1940, ZR 10879; Grundlage: Polizeistrafgesetzbuch.

¹⁰⁰⁶ Vgl. PolizeiVO Reg. 26.10.1940, 5.1.1942 und 14.1.1944 sowie weitere Einzelheiten ebd., in ZR 18959, StA (1987) 3 gelb 131/132 = 2016 e I und HStAM Reichsstatthalter 498.

geduldet blieben nur polnische Ammen als "beste Milchspenderinnen" für deutsche Säuglinge¹⁰⁰⁷.

Im Herbst 1940 lebten in Regensburg insgesamt rund 950 Ausländer, vorwiegend polnische Industriearbeiter¹⁰⁰⁸. Ende 1940 stellte Schlachthofdirektor Kolb der Handwerkskammer als Quartier für die in Metzgereien beschäftigten Kriegsgefangenen einen Pferdestall und einen Magazinraum zur Verfügung. Bald war dieses Lager mit 34 Franzosen belegt¹⁰⁰⁹, von denen drei Kolb selbst unterstanden¹⁰¹⁰. Für den Arbeitseinsatz bei anderen städtischen Stellen, etwa zum Schneeräumen und zur Straßenreinigung, mußte die Stadt dagegen Kriegsgefangene ausleihen, so im Winter 1940/41 von der Bauleitung der Reichsautobahn, die zu dieser Zeit in ihrem Lager auf der Napoleonhöhe im Südosten der Stadt über 115 Gefangene verfügte¹⁰¹¹. Daß man auf dieses Mittel zurückgriff, lag nicht nur am generellen Mangel an Arbeitskräften, es war auch billig: Ein Kriegsgefangener kostete das Bauamt inklusive Leihgebühr 3,64 RM pro Tag, für einen deutschen Hilfsarbeiter hätte man 4,64 RM aufwenden müssen¹⁰¹². Auch in den folgenden Jahren lieh die Stadt daher regelmäßig Kriegsgefangene, teils auch Zivilausländer von den Hafebetrieben, der Baufirma Riepl und anderen Firmen, aber auch von einzelnen Bauern aus dem Umland aus¹⁰¹³.

Unter den Arbeitgebern befanden sich auch der Bayerische Lloyd und die Stadtlagerhaus GmbH. Ihre Belegschaftszahlen im Sommer 1941 zeigen, welche Bedeutung dem Gefangeneinsatz zu dieser Zeit bereits zukam: Die Lagerhausgesellschaft verfügte über 79 Stammarbeiter, von denen aus verschiedenen Gründen nur 45 einsatzfähig waren, dagegen über 64 Kriegsgefangene. Bei der vom Bayerischen Lloyd geführten Betriebsgemeinschaft der Schifffahrtsgesellschaften waren neben 235 Stammarbeitern sowie 90 Wehrmachts- bzw. Sicherheits- und Hilfsdienst-Angehörigen 123 Kriegsgefangene eingesetzt. Wegen der insgesamt unbefriedigenden Arbeitsleistungen bei den Hafebetrieben bemühte man sich allerdings, vom Arbeitsamt weitere 110 kroatische Arbeiter zugewiesen zu erhalten¹⁰¹⁴.

b. Neue Massenlager

Im Herbst 1940 hatten, wie erwähnt, rund 950 ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene in Regensburg gelebt. Bis Anfang 1943 schnellte ihre Zahl rapide in die Höhe, in den letzten beiden Kriegsjahren verdoppelte sie sich nochmals. Die Unterlagen des Standesamts belegen von 1942 bis 1945 204 uneheliche Geburten mit mindestens einem ausländischen Elternteil¹⁰¹⁵ sowie insgesamt eine stark zunehmende Zahl an Heiratsgesuchen ausländischer Zivilarbeiter¹⁰¹⁶.

¹⁰⁰⁷ GesA an Reg. 13.12.1943, StA (1987) 2 orange 760 = 620 ac I.

¹⁰⁰⁸ Besichtigungsprot. PolDir durch Vertreter des RfSSuChdDtP 11.-15.10.1940, HStAM MIInn 71891.

¹⁰⁰⁹ Kolb an Zwick 19.12.1940 bzw. 20.1.1941, ZR 395.

¹⁰¹⁰ Personalstandserhebung 1.6.1941, ZR 3824.

¹⁰¹¹ Bericht Tiefbauabteilung 27.12.1940, BAU 1004.

¹⁰¹² Ebd.

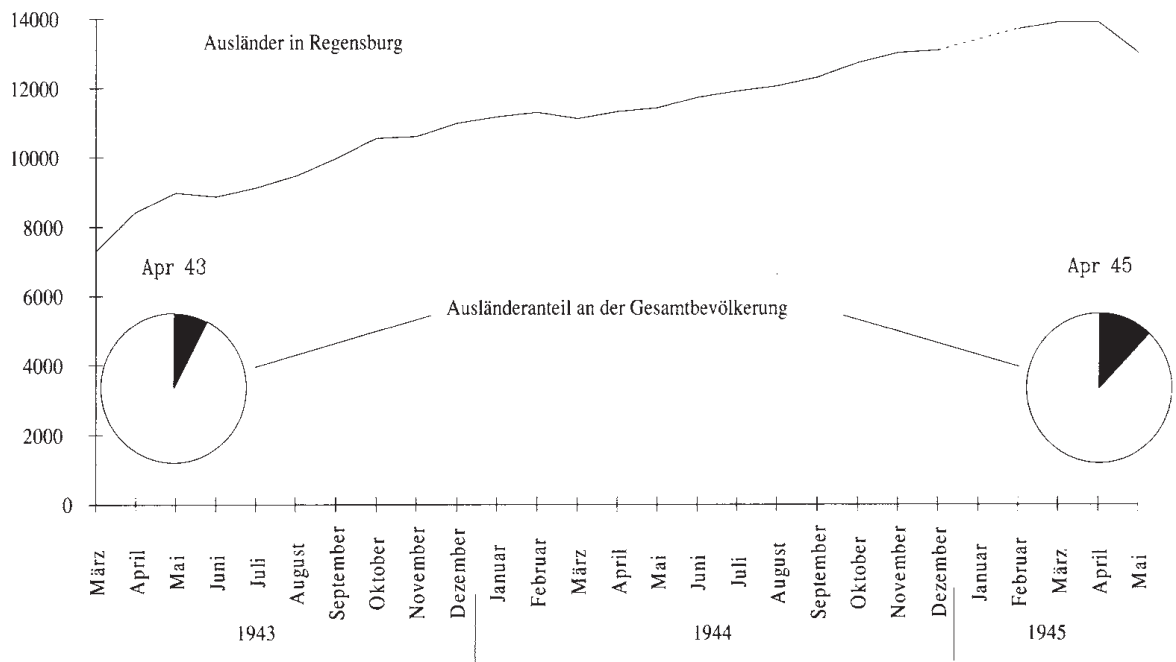
¹⁰¹³ Einzelheiten ebd., danach rund 16000 Arbeitsstunden der Gefangenen beim Schneeräumen im Winter 1940/41.

¹⁰¹⁴ Prot. Bespr. Landesreg.-Stadt-Schifffahrt 12.7.1941, DS 603.

¹⁰¹⁵ ZRa 12137 a bzw. JUG 542. Die meisten ledigen Mütter stammten aus Polen, der Ukraine und Rußland, die Väter waren, soweit bekannt, meist Landarbeiter, die bei Bauern in der Umgebung eingesetzt waren. Zum Aufgabenzuwachs beim Jugendamt infolge des Ausländereinsatzes vgl. dessen Bericht 1939-1943, PAM 540.

¹⁰¹⁶ Gb 1943 Standesamt, DS 530.

AUSLÄNDER IN REGENSBURG IN DEN SPÄTEN KRIEGSJAHREN ¹⁰¹⁷			
	1943	1944	1945
Januar		11176	?
Februar		11290	13701
März	7314	11106	13899
April	8427	11306	13899
Mai	8967	11413	"ca. 13000"
Juni	8871	11720	
Juli	9128	11916	
August	9469	12046	
September	9975	12297	
Oktober	10554	12717	
November	10609	13007	
Dezember	10981	13096	



Das für Ende 1940 nachgewiesene Gefangenenerlager am Napoleonstein dürfte nach der Einstellung der Arbeiten an den Autobahnen aufgelöst worden sein. Nähere Angaben hierzu fehlen, vor allem bleibt unklar, wie die Gefangenen untergebracht waren. Ansonsten behalt

¹⁰¹⁷ DS 541 (März-Dez. 1943), 542 (1944), 129 (Jan.-Juni 1945). Leichte Abweichungen in einigen GesA-Berichten, GES 502.

man sich, soweit ersichtlich, bis zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion mit bestehenden Einrichtungen. So beschlagnahmte die Wehrmacht das ehemalige Obdachlosenheim am Sandberg für die Zwangsarbeiter des Bayerischen Lloyd, womit die Stadt zugleich auf eine weitere Entlausungsanlage verzichten mußte¹⁰¹⁸. Wohl ab Spätsommer 1941¹⁰¹⁹ nutzte die Reichsbahn auch den Nockherkeller an der Kirchmeierstraße als Gefangenenlager. Doch mußten von nun an für die immer zahlreicher eintreffenden sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter auch Barackenlager errichtet werden.

Für elf Messerschmitt-Baracken in der Nachbarschaft des Werks, südlich der Prüfeninger Straße und am Lohgraben, erteilte die Stadt im Oktober 1941 die rückwirkende Baugenehmigung¹⁰²⁰. Über die Herkunft der Lagerinsassen scheint man sich allerdings im Unklaren gewesen zu sein, der Oberbürgermeister rechnete mit 4500 Spaniern, die in Regensburg untergebracht werden müßten. Wegen ihres "feuerigen Temperaments" drohe die "Gefahr einer Verbindung von Ausländern mit deutschen Frauen und Mädchen", doch müsse "jede Vermischung fremden mit deutschen Blutes" vermieden werden. Dennoch wehrte sich Schottenheim gegen die Einrichtung von Bordellbaracken¹⁰²¹; erst im Sommer 1943 genehmigte er ein solches Gebäude¹⁰²², obwohl man hierfür ein Schrebergartenprojekt aufgeben mußte¹⁰²³.

Ungefähr gleichzeitig mit den Gefangenenlagern des Flugzeugwerks entstanden diejenigen am Hohen Kreuz (An der Irlter Höhe 20), auf dem Betriebsgelände des Göring-Kalkwerks (Donaustauer Straße 207) und des Bayerischen Lloyd (Budapester Straße). Im erstgenannten Lager lebten im September 1941 rund 500, vier Wochen später vermutlich bereits 600 sowjetische Gefangene, die vom Heeresnebenzeugamt als Hafendarbeiter eingesetzt wurden. Bei den Lagerinsassen des Kalkwerks handelte es sich im November 1941 um 183 Kriegsgefangene¹⁰²⁴, während der BL bis zum Jahresende Baracken für 145 Gefangene fertigstellte¹⁰²⁵. Insgesamt wies das Regensburger Arbeitsamt 1941 in seinem Bezirk 1583 Kriegsgefangene ein¹⁰²⁶, Anfang 1942 waren hier 3742 ausländische Zivilarbeiter, darunter 678 Frauen beschäftigt - je zur Hälfte in der Land- und Forstwirtschaft und im Gewerbe¹⁰²⁷.

Ende 1941 regelte Göring den Bau von Holzhäusern für die Flugzeugindustrie durch die "Neue Heimat". Nach deren Programm sollten 150 dieser massiven Häuser auf das Regensburger Messerschmittwerk entfallen¹⁰²⁸; die Stadt hatte den Bauplatz festzulegen¹⁰²⁹. Sie entschied sich für einen Standort in Kumpfmühl, den Bereich zwischen Königswiesenweg, Haf-

¹⁰¹⁸ GesA an AA 18.7.1941, ZR 20598. Es ging um 83 Ostarbeiter, vgl. BL an Stadt 12.8.1942, ZR 20598. Vgl. auch Bericht Wehrmachtstelle 8.3.1943, ZR 20603.

¹⁰¹⁹ Frdl. Hinweis R.Ehm.

¹⁰²⁰ Rh-Prot. 9.10.1941, vgl. auch Bespr. 26. und 28.1.1942 über Unterbringung 600 sowjetischer Gefangener, NIS 12.

¹⁰²¹ Sch. schlug nach Nationalitäten getrennte Ausländerkolonien vor, wo auch ausländische Frauen leben, "hausfrauliche Arbeiten" verrichten und "sexuelle Wünsche befriedigen" sollten (3.10.1941 an Kreisleitung, NIS 11, vgl. Rh-Prot. 9.10.1941). 1940 war auf Anordnung der PolDir "in höherem Auftrag" zum Mißfallen der Ratsherren hinter dem Alten Rathaus ein Bordell eingerichtet worden, vgl. Rh-Prot. 8.8.1940.

¹⁰²² Rh-Prot. 19.7.1943. Nach Mb GesA Juli 1944 (GES 502): starke "Inanspruchnahme" der sieben "Dirnen", vgl. auch Bericht EWA 7.6.1944 (EWA 500).

¹⁰²³ Erwähnt in ZR 11266.

¹⁰²⁴ H. an Reg. 2.12.1941, DS 549. H. an Reg. 4.7.1942: 245 Kriegsgefangene, 61 Zwangsarbeiter des Göringwerks; 20.3.1943 nur noch 170 Gefangene, 66 Zwangsarbeiter (ebd.). Nach Unterlagen des Kalkwerks (z.T. bestätigt bei Hübschmann S.118): Frühjahr 1942 bei 313 Mann Belegschaft 120 Russen, 40 Franzosen; 1943: 159, 1944: 134 Gefangene.

¹⁰²⁵ H. an Bpb 2.12.1941, DS 549; Baugesuch des BL 28.8.1941 erwähnt in Schipper an H. 2.10.1941, ebd. Vgl. zu den Kriegsgefangenen des BL dessen Gb in DS 528.

¹⁰²⁶ Statistik Zweigstelle Nürnberg des Landesarbeitsamts, ZR 19577.

¹⁰²⁷ Meldung Stand 20.1.1942, ZR 19577.

¹⁰²⁸ Rundschreiben Reichskommissar für sozialen Wohnungsbau, der Stadt bekanntgegeben 25.11.1941, DS 775.

¹⁰²⁹ Vermerk H. über entsprechende Mitteilung Neue Heimat 7.11.1941, DS 774.

nersteig und Simmernstraße¹⁰³⁰. Im Lauf des Jahres 1942 errichtete die "Neue Heimat" hier 100 Holzhäuser¹⁰³¹ - vermutlich Wohnstätten für Zivilarbeiter des Flugzeugwerks, denn in den Quellen tauchen immer wieder Hinweise auf eine eigene Holzhaussiedlung neben dem ausgedehnten Gefangenenlager auf, das sich östlich anschließend an den genannten Bereich, unterhalb der St. Wolfgang-Kirche (Simmernstraße 28) befand¹⁰³². Auf dieses Massenlager selbst finden sich dagegen nur wenige Hinweise, nicht einmal der Zeitpunkt seiner Entstehung ist belegt. Nur das Bauamt und die Stadtwerke haben mehrfach Arbeiten im Bereich aller drei großen Messerschmitt-Lager - Kumpfmühl, Prüfeninger Straße und Lohgraben - ausgeführt¹⁰³³.

Anfang 1942 reichte auch das Kalkwerk Büechl, das zu dieser Zeit 160 Deutsche, 87 ausländische Arbeiter und 90 Kriegsgefangene beschäftigte, ein Baugesuch für Gefangenenbaracken auf dem Werksgelände (Brandlberger Straße 182) ein¹⁰³⁴; ein Jahr darauf meldete das Werk, es müsse auf Weisung des Reichswirtschaftsministeriums seine Produktion sogar noch verdoppeln¹⁰³⁵. Für Frühjahr 1942 ist eine betriebseigene Baracke des Milchwerks nachgewiesen, wo im Herbst des folgenden Jahres 25 bulgarische Arbeiter untergebracht waren¹⁰³⁶. Die Stadtlagerhaus GmbH errichtete barackenartige Anbauten an die Betriebskantine¹⁰³⁷ und erhielt weitere 50 sowjetische Gefangene zugewiesen¹⁰³⁸ Schlegel. Dem Bayerischen Lloyd, der schon das Obdachlosenheim am Sandberg für seine Zivilarbeiter nutzte, diente für seine sowjetischen Kriegsgefangenen bis Ende 1944 ein weiteres städtisches Gebäude, die ehemalige Reitschule am Unteren Wöhrd (Wöhrdstraße 44) als Quartier¹⁰³⁹. Ab Ende 1942 wurde schließlich südlich der Simmernstraße eine weitere Holzhaussiedlung des Flugzeugwerks mit 14 Doppelwohnhäusern entlang der Bogenstraße errichtet¹⁰⁴⁰.

Im Frühjahr 1943 erteilte die Stadt Baugenehmigungen für Ausländerbaracken der Lederfabrik Günther, der Hitzlerwerft und des Flugzeugwerks¹⁰⁴¹, spätestens zum Jahresende 1943 war das Erhardi-Haus mit französischen Zivilarbeitern und italienischen Kriegsgefangenen belegt¹⁰⁴². Für das Frühjahr 1944 ist ein weiteres Lager in der stadteigenen, längst stillgelegten Ziegelei am Unterislinger Weg nachgewiesen; es handelte sich um rund 600 Kriegsgefangene der Luftwaffe, die hier wohl für den Wiederaufbau des Messerschmitt-Werks eingesetzt werden sollten¹⁰⁴³. Zur gleichen Zeit strömten verstärkt "Volkdeutsche", also deutschstäm-

¹⁰³⁰ Notiz H. 20.3.1942 und Sch. an Reg. 26.3.1942, DS 775. Hier und in DS 774 Einzelheiten und Pläne.

¹⁰³¹ Gb Neue Heimat 1942, DS 830. Vgl. zum Streit über die Grundstückspreise auch Schriftwechsel 1944, DS 774.

¹⁰³² Lageplan 1.9.1943 in ZR 11265. Viele Opfer der Messerschmitt-Bombardierung 17.8.1943 waren hier untergebracht, vgl. Listen der Luftkriegsopfer, ZRa 12137 a.

¹⁰³³ Trafostation des E-Werks für die Baracken an der Prüfeninger Straße erwähnt im Jb 1941 der Stadtwerke, DS 580. Einzelheiten zu den Kanalbauten im Bereich des Kumpfmühler Lagers in ZR 11265 und HM 1551.

¹⁰³⁴ Schipper an H. 21.2.1942 und H. an Reg. 19.3.1942, DS 549, vgl. Rh-Prot. 8.5.1942 und 21.9.1944 zur Bau- bzw. Erweiterungsgenehmigung. Lt. Listen Luftkriegsopfer (ZRa 12137 a) gab es hier auch Tote unter den ausländ. Zivilarbeitern.

¹⁰³⁵ Einzelheiten in ZR 17635.

¹⁰³⁶ Baugenehmigung lt. Rh-Prot. 24.2.1942 bzw. undatierter Bericht Milchwerk (Herbst 1943), ZR 20283.

¹⁰³⁷ Aufsichtsratsbeschuß 23.4.1942, DS 590.

¹⁰³⁸ Antrag Direktor Schlegel 21.8.1942, Schlegel an Gaurbeitsamt Bayreuth 22.9.1943 und Gb 1942, ebd. Nach Rückgang der Gefangenzahl auf 45 "durch verschiedene Ausfälle" beantragte Schlegel italien. Arbeitskräfte (22.9.1943 an Gaurbeitsamt Bayreuth, ebd.). Später bescheinigte ihm H., Gefangene immer korrekt behandelt zu haben (22.1.1947, NIH 5).

¹⁰³⁹ April 1942 mit 130 Mann belegt, vgl. BL an Stadt 10.4.1942, ZR 20598, vgl. Haushaltsbuch "Ersätze für Einquartierungen", WSt 2. Am 31.3.1942 beschäftigte der BL 150 Gefangene, vgl. 1.Quartalsbericht 1942, DS 525. Anfang 1945 mietete die RB die Reitschule als Ukrainerlager.

¹⁰⁴⁰ Akt "Straßenbenennungen 001-500", Stadtplanungsamt; vgl. Verf. 6.1.1944, ZR 9042.

¹⁰⁴¹ Rh-Prot. 19.3.1943.

¹⁰⁴² Vgl. Wehrmachtstelle an Dompfarrei 14.12.1943, DS 767.

¹⁰⁴³ Einzelheiten in DS 757; als RB-Lager erwähnt im Wb Wasserwerk 3.2.1945, DS 743.

mige Flüchtlinge aus Osteuropa in die Stadt, die nicht als Ausländer erfaßt wurden. Anfang 1944 lagen zeitweise in den von der Wehrmacht nicht mehr genutzten Kasernenbauten 1150 Volksdeutsche, davon 800 aus Rußland und 300 aus Bulgarien¹⁰⁴⁴. Nachdem das Obertraublinger Flugzeugwerk im Februar 1944 ausgebombt worden war, mußte die Stadt weitere Massenquartiere schaffen. Unter anderem wurde bei dieser Gelegenheit die neue Hans-Schemm-Schule in der Schottenheim-Siedlung geräumt; die Pestalozzi- und die Von-der-Tann-Schule, die Knabenschule Reinhausen oder auch die städtische Berufsschule am Haidplatz dienten nun als Quartiere für die verschiedensten ausländischen und deutschen Einsatztrupps, darunter größere Gruppen von Ostlegionären, italienischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen oder auch zwei holländische Baukompanien. In der Musikschule an der Sedanstraße bestand Ende 1944 ein Litauerlager¹⁰⁴⁵, weitere Sammelunterkünfte für ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene befanden sich Anfang 1945 in der ehemaligen Städtischen Reitschule, die vom Bayerischen Lloyd geräumt und Anfang 1945 der Reichsbahn als Ukrainerlager überlassen wurde¹⁰⁴⁶, sowie in zahlreichen Gastwirtschaften¹⁰⁴⁷.

Für die Belegung der stadteigenen Gebäude in der letzten Kriegsphase liegen detaillierte Unterlagen vor, zu den nichtstädtischen Massenlagern, zu Herkunft und Lebensbedingungen ihrer Insassen fehlen dagegen genaue Angaben, nachdem auch die Akten der Mittel- und Landesbehörden große Lücken aufweisen¹⁰⁴⁸ und die städtischen Dienststellen nur wenig Einblick erhielten. Bei der Stadt selbst, nämlich im Bauamt, waren 1943 zwei ukrainische und ein polnischer Zivilarbeiter tätig¹⁰⁴⁹, Ende 1943 lieh man erneut Arbeitskräfte, diesmal Bulgaren, vom Bayerischen Lloyd aus¹⁰⁵⁰. Zu dieser Zeit beschäftigte auch Schottenheim russische Zivilarbeiterinnen als Haushaltshilfen¹⁰⁵¹. Im Mai 1944 arbeiteten je ein ukrainischer und ein französischer Zivilarbeiter beim Straßenbau bzw. als "Sanitätsmetzger", zwölf Kriegsgefangene bei der Müllabfuhr und zwei weitere bei der Tiefbauabteilung¹⁰⁵². Darüber hinaus müssen jahrelang mindestens neun polnische Arbeiter im Stadtgut Tremmelhausen eingesetzt gewesen sein¹⁰⁵³. Als sich die Bombardierungen häuften, d.h. ab Herbst 1944, wurden der Stadtverwaltung schließlich größere Gruppen von Ausländern für die "Sofortmaßnahmen" zugewiesen. Das Problem lag dabei nicht so sehr darin, überhaupt ausländische Arbeitskräfte zu erhalten, als vielmehr in deren Unterbringung, zumal wenn die Betroffenen ihre Familien mitbrachten¹⁰⁵⁴. Nicht immer konnten sie auch im erwünschten Ausmaß eingesetzt werden, sei es wegen der zunehmenden Zahl an Krankmeldungen, sei es wegen fehlender Arbeitskleidung - kurz vor Kriegsende waren dem Leiter der Sofortmaßnahmen bei der Stadtverwaltung zwar rund 300 Ausländer zugeteilt, doch fehlten ihnen die Schuhe¹⁰⁵⁵.

¹⁰⁴⁴ Notiz Sch. 18.2.1944, DS 749.

¹⁰⁴⁵ GesA: Typhusmeldung Dez.1944, ZR 8504 c.

¹⁰⁴⁶ Sie brachte hier 159 Mann unter, vgl. H. an RBD 23.1.1945 und deren Berichte 1.3. und 3.4.1945, WSt 1.

¹⁰⁴⁷ RB-Lager lt. Übersichten DS 746: Jakobiner-Saal (Schottenstraße 4), Blauer Hecht (Keplerstraße 7), Edelweiß (Silberne-Kranz-Gasse 1), Silberner Mondschein (Am Ölberg 11). Ruthof-Werft: Schindler-Saal (Untere Regenstraße 10). RP: Prößl-Keller (Nürnberger Straße 28). Nicht genannte Benutzer: Gaststätte Niedermayer (Amberger Straße 91), Goldenes Lamm (Westendstraße 1), Walfisch (Unter den Schwibbögen 21), Massinger (Amberger Straße 136), Roter Hirsch (Untere Regenstraße 7).

¹⁰⁴⁸ Vgl. StA (1987) 3 gelb 126 und 132 = 2016 a b bzw. 2016 e I, vgl. auch HStAM Reichsstatthalter 711 (Kriegsgefangenen-Statistik Wehrkreis VII, nicht aber Wehrkreis XIII, dem Rgbg. angehörte).

¹⁰⁴⁹ Personalstandserhebung 1.6.1943, ZR 3824.

¹⁰⁵⁰ Einzelheiten in WSt 2.

¹⁰⁵¹ Belege zur Ostarbeiterabgabe für die Russinnen Maria Wacha und Olga Gameso u.a. in NIS 7 und 21.

¹⁰⁵² Personalstandserhebung 1.5.1944, ZR 3824.

¹⁰⁵³ Bericht über die Gutsbesichtigung, ZR 19478.

¹⁰⁵⁴ Vgl. RBD an RVK, zit. in dessen Schreiben 18.12.1944, WSt 1.

¹⁰⁵⁵ H. an LWA 3.4.1945, WSt 1.

Folgt man den Erhebungen, die das Wohnungsamt unmittelbar nach dem Krieg anstellen ließ, so war neben dem mittlerweile für Internierte verwendeten Lager am Hohen Kreuz¹⁰⁵⁶ das größte, mindestens 13 Baracken umfassende Massenquartier das Messerschmitt-Lager an der Simmernstraße. Darüber hinaus verfügte das Flugzeugwerk an der Prüfeninger Straße und am Lohgraben über zwölf weitere Baracken, davon fünf zuletzt für Gefangene, sieben überwiegend wohl für italienische Zivilarbeiter; fünf Baracken waren beim Luftangriff vom 21.7.1944 abgebrannt¹⁰⁵⁷. Weitere Barackenlager verschiedener Eigentümer bestanden unter anderem auf der sogenannten "Echowiese" in Verlängerung der Reichsstraße¹⁰⁵⁸ und auf dem Oberen Wöhrd¹⁰⁵⁹. In dieser Liste waren zum einen die Lager nördlich der Donau noch nicht erfaßt, etwa diejenigen beider Kalkwerke und des Holzverzuckerungswerks. Zum zweiten fehlen darin die nicht aus Baracken bestehenden Sammelquartiere für Ausländer, etwa das Reichsbahnlager im Nockherkeller¹⁰⁶⁰, das Erhardi-Haus (Kalmünzergasse) als Quartier italienischer und französischer Kriegsgefangener oder ein werkseigenes Lager der Fa. Beton-Geyer (Donaulände 23)¹⁰⁶¹. Auch die ausländischen Arbeitskräfte der Druckerei Pustet, der Tabakfabrik Bernard¹⁰⁶², des Leichtsteinwerks¹⁰⁶³ oder der Sauerkrautfabrik Hengstenberg¹⁰⁶⁴ scheinen in betriebseigenen Räumlichkeiten oder aber in Wirtshaussälen und ähnlichen geschlossenen Quartieren untergebracht gewesen zu sein¹⁰⁶⁵. -

Nachdem es im Herbst 1941 in den Regensburger Massenlagern zu ersten Epidemien gekommen war, erteilte der Gebietsbeauftragte für das Bauwesen Ende 1941 endlich eine Ausnahme vom Bauverbot, und so konnte die Stadt bis August 1942 die Kumpfmühler Desinfektionsanlage erweitern¹⁰⁶⁶. Diese wäre auch Dritten zur Verfügung gestanden, wenn man einen Fachmann für ihren Betrieb gefunden hätte¹⁰⁶⁷. Daß dies jahrelang nicht gelang, hat wohl entscheidend dazu beigetragen, daß Typhus, Ruhr und Fleckfieber in den Lagern nicht einzudämmen waren. Geradezu makaber mutet dabei an, daß die Frankfurter Heerd-Lingler GmbH zur Desinfektion von Massenunterkünften - 1942 etwa des Umsiedlerlagers Sternbräukeller - das auch in den Vernichtungslagern eingesetzte Blausäuregas Zyklon B verwendete; die Gesellschaft warb für ihr Produkt unter dem Motto "Ungestörter Schlaf ist das beste Nahrungsmittel"¹⁰⁶⁸.

¹⁰⁵⁶ Lageplan bei K.Hermes: Zur Stadtgeographie Regensburgs im 19. und 20. Jahrhundert, in D.Albrecht (Hg.): Zwei Jahrtausende Regensburg, Rgbg. 1979 S.205-232, hier S.217. Vgl. auch R.Ehm: 93839 Meter Stacheldraht zwischen dem "Hohen Kreuz" und der "Irler Höhe", in Regensburg 1945-1949 S.39-58. Zur Verteilung der Baracken nach Auflösung des Lagers 1948: ZRa 14131 f.

¹⁰⁵⁷ Berichte über die Barackenlager im Stadtwesten, die bis in die 50er Jahre mit Flüchtlingen belegt waren, in ZR 20376 f.

¹⁰⁵⁸ Baugenehmigung zur Erweiterung dieses Lagers lt. Rh-Prot. 23.2.1944.

¹⁰⁵⁹ Eigentümer RP und RAD: BL, Ruthof, Zuckerfabrik, Baufirma Lachner und Handwerkskammer, vgl. Tiefbauabteilung an Wohnungsamt 1.6.1945, DS 4. Baugenehmigung der Baracke für Josef Lachner (Reichsstraße 24): Rh-Prot. 19.7.1943. Zum Gefangenenlager der Zuckerfabrik, das zuletzt 500 Russen beherbergt haben soll: Wehrmachtstelle an H. 10.1.1945 (DS 743) sowie werksinterne Berichte 6.6. und 5.7.1945, s.S.500 Anm.36.

¹⁰⁶⁰ Listen der Luftkriegsopfer, ZRa 12137 a.

¹⁰⁶¹ Typhusmeldung GesA 28.10.1943, ZR 8504 b, wonach dort 8 Franzosen untergebracht waren.

¹⁰⁶² Vgl. Luftangriffsberichte Tiefbauabteilung mit Nennung der Firmen, von denen man Einsatztrupps zur Schadensbehebung erhielt, DS 743.

¹⁰⁶³ Erwähnt in Schlußmeldung PolDir zu den Fliegerschäden 13.3.1945, HStAM Reichsstatthalter 703.

¹⁰⁶⁴ 21 bei Hengstenberg eingesetzte Ausländer erwähnt im Bericht Gewerbeinspektor 15.9.1944, DS 549.

¹⁰⁶⁵ Gasthaus Schindler (Reinhausen): bis zu 100 französ. Zivilarbeiter, vgl. Quellen S.500 Anm.35.

¹⁰⁶⁶ Baubeginn 23.3.1942, Einzelheiten in ZR 20598. Vgl. auch städt. Entseuchungsordnung, Rh-Prot. 3.9.1942. Zur Vorgeschichte und einer ersten Erweiterung 1933: ZRa 14321-14323 und ZR 20604, vgl. auch ZR 20359.

¹⁰⁶⁷ Einzelheiten in ZR 20371 und StA (1987) 2 orange 760 = 620 ac I. Messerschmitt betrieb offenbar eine eigene Desinfektionsanlage, vgl. Vermerk 3.9.1943, ZR 20592.

¹⁰⁶⁸ Werbebroschüre 1934 in ZR 20599, weitere Lieferangebote für Zyklon B in NIB Akt "Museumsbau/Technische Angebote"; Anmeldungen für Desinfektionsmaßnahmen in ZR 20157.

In der Versorgung der Massenlager mit echten, allerdings minderwertigen Nahrungsmitteln spielte der städtische Schlachthof eine wichtige Rolle. Anfang 1943 gab er Freibankerzeugnisse an die Kantinen der Reichsbahn, des Göring-Kalkwerks, des Bayerischen Lloyd, der beiden Werften, der Südholag, der Firma Richtberg und der Zuckerfabrik ab. Weiterhin erhielten solche Lieferungen die Heil- und Pflegeanstalt Karthaus, das Obertraublinger und das Kriegsgefangenenlager am Hohen Kreuz, das Landgerichtsgefängnis, das Umsiedlerlager Sternbräukeller - und die Altersheime im Stadtgebiet¹⁰⁶⁹. Soweit die einzelnen Kantinen der Zivilverwaltung unterlagen, waren sie vom Schlachthofdirektor in seiner Eigenschaft als Amtstierarzt zu besichtigen. Dabei ergab sich, daß etwa das Göringwerk und die Hitzler-Werft überhaupt kein vollwertiges Fleisch an die Belegschaften abgaben¹⁰⁷⁰. Insgesamt setzte der Regensburger Schlachthof 1941 290 t, 1942 375 t, 1943 fast 490 t Freibankfleisch ab, von der letztgenannten Menge gingen immerhin 80 t an Lager und Sammelunterkünfte¹⁰⁷¹.

Vor allem im Gesundheitswesen¹⁰⁷² bereitete die Trennung der Ausländer von den Deutschen erhebliche Schwierigkeiten. Bei erkrankten Ausländerkindern war sie wegen der Überbelegung der städtischen Kinderklinik von vornherein undurchführbar, für kranke Ostarbeiter und Kriegsgefangene entstanden zunächst abgesonderte Abteilungen in einigen der bestehenden Krankenhäuser und Lazarette. Schon im Spätsommer 1940 erwies es sich jedoch als nötig, das Teillazarett in der Heil- und Pflegeanstalt Karthaus in ein Reservelazarett für Kriegsgefangene umzuwandeln¹⁰⁷³. Doch auch dessen Kapazität - Ende 1943 90 Betten - reichte bei weitem nicht aus. Die vorgeschriebene Trennung von Ausländern und Deutschen konnte im allgemeinen nicht als "einwandfrei durchgeführt" gemeldet werden¹⁰⁷⁴. Nachdem der Stadt-süden ab Ende 1944 mehrfach bombardiert wurde, gab es auch unter den Lazarettinsassen in Karthaus zahlreiche Todesopfer¹⁰⁷⁵. Zu dieser Zeit hatte die Verlausung der Ausländer im Stadtgebiet zwar wesentlich abgenommen, doch traten dafür nun vermehrt Flöhe und Wanzen auf¹⁰⁷⁶.

c. Das Stadtamhofer Außenkommando des KZ Flossenbürg ¹⁰⁷⁷

Das Konzentrationslager Flossenbürg hat für die Stadt Regensburg nicht nur insofern eine bedeutende Rolle gespielt, als die große Mehrzahl der dortigen Häftlinge in den späten Kriegsjahren für die Produktion des Messerschmittwerks eingesetzt war und hiesige Betriebe wie die Bauartikelfabrik Otto Lehmann verschiedentlich Materialien für die Lagereinrichtungen lieferten¹⁰⁷⁸. Vielmehr wurde auch kurz vor Kriegsende im Stadtamhofer "Colosseum" ein Außenkommando dieses Konzentrationslagers eingerichtet, und schließlich berührte bei

¹⁰⁶⁹ Aufstellungen Schlachthofdirektor Kolb, ZR 17180.

¹⁰⁷⁰ Genehmigung Zwick 28.1.1943, ZR 17180. Werftbesitzer Walter Hitzler wurde nach Kriegsende von KPD-Seite beschuldigt, Gefangene besonders brutal behandelt zu haben, vgl. RTA 47.

¹⁰⁷¹ Bericht Kolb Jan. 1944, ZR 17312.

¹⁰⁷² Vgl. allg. StA (1987) 2 orange 760 = 620 ac I zur Gesundheitsüberwachung der Ausländer.

¹⁰⁷³ Vgl. allg. Registratur der Heil- und Pflegeanstalt, Akten 309 und 372, vgl. auch Zwick an Kassenärztliche Vereinigung 30.11.1943, ZR 20662.

¹⁰⁷⁴ Vgl. GES 502 und StA (1987) 2 orange 760 = 620 ac I.

¹⁰⁷⁵ Listen der Luftkriegsopfer, ZRa 12137 a.

¹⁰⁷⁶ Mb GesA Nov. 1944, GES 502.

¹⁰⁷⁷ Vgl. Brendel passim. Zum 1938 errichteten KZ Flossenbürg vgl. Siegert (1979) passim.

¹⁰⁷⁸ Rechnungen 13.7.1942, BA Koblenz NS 4/Flossenbürg, vorl. 32.

dem am 20.4.1945 begonnenen Versuch, die Insassen des nordoberpfälzischen Lagers nach Dachau zu treiben, mindestens eine der Marschsäulen die Stadt¹⁰⁷⁹.

Bei der letzten Zählung, am 28.2.1945, umfaßte das KZ Flossenbürg knapp 46000 Häftlinge, von denen 22000 aus 30 Nationen in Außenlagern und -kommandos arbeiteten. Auch in Obertraubling, wohin am 20.2.1945 ein Häftlingstransport abgegangen war, befand sich ein solches Außenkommando¹⁰⁸⁰. Vier Wochen später kam es zur Einrichtung eines weiteren Außenkommandos in der bislang von Messerschmitt als Quartier genutzten Gaststätte "Colosseum" im Regensburger Stadtteil Stadtamhof. Schon um den 10.2.1945 hatten sich ein SS-Obersturmführer Josef Schmid aus Berlin und ein Oberscharführer Koch in Regensburg um die Behebung von Fliegerschäden an den Bahnanlagen gekümmert¹⁰⁸¹; Schmid soll die Überweisung des Häftlingskommandos aus Flossenbürg veranlaßt und seinen Einsatz befehligt haben¹⁰⁸². Nachdem der Luftangriff vom 13.3.1945 zum wiederholten Mal schwere Schäden an den Bahnanlagen hervorgerufen hatte, wurde das Kommando, bestehend aus 50 SS-Wachen und rund 400 Häftlingen - darunter 20 Kapos - am 19.3.1945 nach Regensburg in Marsch gesetzt¹⁰⁸³. Seine Führer waren die Oberscharführer Plagge und Erich Liedtke, ein Oberschlesier¹⁰⁸⁴; Einsatzort war das Reichsbahn-Ausbesserungswerk. Tag für Tag trieb man die zerlumpten, fast verhungerten, völlig unzureichend bekleideten Häftlinge, nicht selten unter brutalen Mißhandlungen, um 6 Uhr morgens über die Steinerne Brücke und quer durch die Innenstadt zu ihren Arbeitsstätten im Bahnhofsbereich; nach zwölfstündiger Abwesenheit kehrten sie wieder in das Colosseum zurück¹⁰⁸⁵. Das Lager selbst unterstand zuletzt Liedtke, der als äußerst brutal galt¹⁰⁸⁶ und auch als Henker des zum Tode verurteilten Johann Igl eine unrühmliche Rolle spielte¹⁰⁸⁷. Sein Stellvertreter war ein Unterscharführer Paul Mantke aus Albrechtsdorf/Niederlausitz¹⁰⁸⁸. Bei den Häftlingen, die teils über längere Erfahrung in verschiedenen KZs verfügten, soll das Kommando als eines der schlechtesten gegolten haben: "Nicht nur im Lager selbst, sondern auch auf der Arbeitsstelle wurden wir grund- und wahllos geschlagen."¹⁰⁸⁹

Unter den Häftlingen befanden sich etwa 130-150 Juden, vor allem aus Polen¹⁰⁹⁰, weiter verzeichnen die Quellen Häftlinge aus Frankreich, Rußland, der Slowakei, Belgien und Deutschland¹⁰⁹¹, aus Rumänien und den USA¹⁰⁹², evtl. auch aus Ungarn, Italien und Kroatien.

¹⁰⁷⁹ Einzelheiten bei Klitta S.36 ff. und Anhang S.67; danach habe am 24.4.1945 ein Häftlingstransport mit rund 1000 Gefangenen Rgbg. berührt, wobei hier allerdings keine Todesopfer nachgewiesen sind.

¹⁰⁸⁰ Namensliste der 50 SS-Bewacher und Ergänzungsliste mit weiteren 11 Namen 3.3.1945 in BA Koblenz, NS 4/Flossenbürg, vorl. 20.

¹⁰⁸¹ Aussage eines RB-Beamten, zit. in OB Titze an Militärreg. 26.10.1945, DS 9. Vgl. auch Hinweis auf eine in Rgbg. eingesetzte SS-Eisenbahn-Baubrigade in Comité International de la Croix-Rouge/Internationaler Suchdienst: Vorläufiges Verzeichnis der Konzentrationslager und deren Außenkommandos, Arolsen 1969 S.247.

¹⁰⁸² Titze an Militärreg. 26.10.1945 nach Feststellungen der RBD, DS 9. Schmid's Personalien sind unbekannt, er war verheiratet mit einer gebürtigen Gretl Groh aus Düren (ebd.).

¹⁰⁸³ PolDir an Stadt 20.7.1946, DS 55.

¹⁰⁸⁴ Namensliste der Wachmannschaft in BA Koblenz, NS 4/Flossenbürg, vorl. 20.

¹⁰⁸⁵ Aussage der Pächterin des Colosseums 25.9.1945, zit. in Titze an Militärreg. 26.10.1945, DS 9. Ebd. und bei Brendel S.258 ff. Zeugenberichte zu Tagesablauf und unmenschlicher Behandlung der Häftlinge.

¹⁰⁸⁶ Pächterin des Colosseums, wie vorige Anm.

¹⁰⁸⁷ W.Kick S.256.

¹⁰⁸⁸ Wie vorletzte Anm.

¹⁰⁸⁹ Zeugenaussage Tadesz W. 25.9.1945, zit. ebd., vgl. auch Zeugenaussage von Hersch S., zit. bei H.Simon-Pelanda: "Wir mußten doch wieder anfangen...", in Regensburg 1945-1949 S.80.

¹⁰⁹⁰ Fragebogen der "Historischen Kommission beim Zentral-Komitee der befreiten Juden in der Amerikanischen Zone" 1.8.1946, DS 55, vgl. auch W.Kick S.192.

¹⁰⁹¹ Vermerk zu den Todesopfern auf einem Rundschreiben des Landesentschädigungsamts 27.8.1951, ZR 20805.

¹⁰⁹² Fragebogen, wie vorletzte Anm.

ten¹⁰⁹³. Bei den SS-Wachen soll es sich überwiegend um nur gebrochen deutsch sprechende Männer aus Südosteuropa gehandelt haben¹⁰⁹⁴. Unter ihnen befand sich auch John Demjanjuk, dessen Fall in den letzten Jahren durch die Weltpresse ging; im Sommer 1993 wurde er in Israel mangels Beweisen von dem Vorwurf freigesprochen, der "Schlächter von Treblinka" gewesen zu sein.

In der Nacht vom 22. auf den 23.4.1945, drei Tage nach dem Beginn der Todesmärsche in Flossenbürg, wurde gegen 2 Uhr morgens auch das Außenkommando Colosseum aufgelöst¹⁰⁹⁵. Die überlebenden Häftlinge trieb man mit Ausnahme von 27 oder 28 Transportunfähigen zu Fuß über die kurz darauf gesprengte Steinernen Brücke Richtung Landshut. Am 1.5.1945 erreichten sie Berg, Laufen und Leobendorf¹⁰⁹⁶. Die zurückgelassenen Kranken, teils Verwundete des Luftangriffs vom 16.4.1945, wurden auf Veranlassung der Polizeidirektion und des Gesundheitsamts in das Hilfslazarett Klerikalseminar eingeliefert¹⁰⁹⁷.

Das Regensburger Standesamt beurkundete bis zum 10.4.1945 35 verstorbene Häftlinge, danach ging die Zuständigkeit hierfür auf die Leitung des Flossenbürger Hauptlagers über¹⁰⁹⁸. Bis zum 20.4.1945, eine Woche vor dem Einmarsch der US-Truppen in Regensburg, müssen mindestens fünf weitere Häftlinge gestorben sein, denn noch an diesem Tag stellte die Stadt der Flossenbürger Lagerleitung Beerdigungskosten in Höhe von 1582 RM für 40 Bestattungen in Rechnung¹⁰⁹⁹. Möglicherweise wurden auch Leichen einfach in die Donau geworfen¹¹⁰⁰. Ein überlebender Häftling vermutete, 70 Mann des Arbeitskommandos seien in den genau fünf Wochen seines Bestehens gestorben, nachdem es durch ebensoviele neue Häftlinge ergänzt worden sei¹¹⁰¹. Von den Kranken, die in Regensburg zurückgelassen wurden, sind später noch zehn im Hilfslazarett Klerikalseminar gestorben¹¹⁰². Einige der Toten wurden vielleicht gemeinsam mit Soldaten und Bombenopfern am sogenannten "Heldenfriedhof" innerhalb des Oberen Katholischen Friedhofs beigesetzt, ein eigentlicher KZ-Friedhof mit 45 Gräbern entstand dagegen im Evangelischen Zentralfriedhof¹¹⁰³. Ende 1950 wurde hier auch ein Ehrenmal für die getöteten Häftlinge errichtet, allerdings schon im Frühjahr 1955, im Zusammenhang mit der Exhumierung einiger der Leichen, wieder abgebrochen¹¹⁰⁴.

d. Todesopfer unter den in Regensburg eingesetzten Ausländern

Die Lebensverhältnisse der ausländischen Zivilarbeiter waren zwar hart, doch bei weitem noch nicht mit denen der polnischen und vor allem der sowjetischen Kriegsgefangenen zu vergleichen. Diese galten als bedenkenlos auszubeutendes Arbeitskräftepotential, dem gegenüber jede humanitäre Regung überflüssig war. Von den insgesamt gut 5,5 Millionen so-

¹⁰⁹³ Brendel S.256.

¹⁰⁹⁴ Zeugenaussagen einer Hausbewohnerin und eines überlebenden Häftlings 25.9.1945, zit. in Titze an Militärreg. 26.10.1945, DS 9.

¹⁰⁹⁵ PolDir an Stadt 20.7.1946, DS 55.

¹⁰⁹⁶ Internationaler Suchdienst (s.Anm.1081) S.102.

¹⁰⁹⁷ Aussagen der Pächterin des Colosseums und eines überlebenden Häftlings 25.9.1945, zit. in Titze an Militärreg. 26.10.1945, DS 9.

¹⁰⁹⁸ Ebd.

¹⁰⁹⁹ Nicht unterzeichnetes Schreiben, BES 501.

¹¹⁰⁰ Aussage einer Augenzeugin, zit. bei Brendel S.260.

¹¹⁰¹ Zeugenaussage Tadesz W. 25.9.1945, zit. in Titze an Militärreg. 26.10.1945, DS 9.

¹¹⁰² W.Kick S.193.

¹¹⁰³ Stadt an Landesentschädigungsamt 5.12.1951, ZR 20805.

¹¹⁰⁴ Brendel S.263 ff. zur sonderbaren Geschichte des Ehrenmals.

wjetischen Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg in deutsche Gefangenschaft gerieten, sind etwa 3,3 Millionen umgekommen. Dabei starben mindestens 1,5, eher wohl 2,5 Millionen Rotarmisten bereits in den ersten Monaten ihrer Gefangenschaft, vor allem an Hunger, durch Erfrieren und Seuchen. Auch in den Regensburger Lagern gab es seit dem Spätsommer 1941 im Durchschnitt täglich zwei Tote unter den sowjetischen Gefangenen. Dr. Reiß, der Leiter der Heil- und Pflegeanstalt, der das Gefangenenlazarett angeschlossen war, beklagte die unhaltbaren Zustände im Leichenhaus, wo die verlausten Leichen der Sowjetsoldaten ungereinigt durcheinander lägen¹¹⁰⁵.

Zunächst setzte das städtische Bestattungsamt gestorbene Kriegsgefangene unabhängig von der Konfession am Oberen Katholischen, bald auch am Evangelischen Zentralfriedhof bei¹¹⁰⁶ - möglichst unauffällig und kostensparend, wie vom Reichsinnenministerium vorgeschrieben, d.h. ohne Särge; das Ölpapier zum Einwickeln der Leichen lieferte Messerschmitt kostenlos¹¹⁰⁷. Allein in drei Massengräbern auf dem Evangelischen Zentralfriedhof wurden bis Ende 1941 vermutlich 179 Sowjetsoldaten bestattet. Damit war die Kapazität des Friedhofs erschöpft, und Rechtsrat Zwick nannte "die Schaffung eines eigenen Russenbegräbnisplatzes" vordringlich¹¹⁰⁸. Die Wehrmacht ließ daraufhin mit Einverständnis des Gesundheitsamts neben dem Lager am Hohen Kreuz einen eigenen Russenfriedhof anlegen¹¹⁰⁹. Dort entstanden im Lauf der Jahre zwölf Gräberfelder, bis Mitte März 1945 gefüllt mit den Leichen von mindestens 470-480 sowjetischen Soldaten¹¹¹⁰.

AUSLÄNDERGRÄBER IN REGENSBURG (1939-1945) ¹¹¹¹		
Oberer Katholischer Friedhof	Kriegsgefangenen-Abteilung (3 Reihen)	129
	Ausländer (Ostarbeiter etc.)	443
	Ausländische Kinder	154
Zentralfriedhof	Sowjetische Kriegsgefangene	179
Russenfriedhof	Sowjetische Kriegsgefangene	478
Summe		1383

Zur Gesamtzahl der im Zweiten Weltkrieg in Regensburg gestorbenen bzw. getöteten Ausländer finden sich zahlreiche, allerdings sehr widersprüchliche Angaben. Die Bestattungssta-

¹¹⁰⁵ Reiß an Reservelazarett III 17.11.1941, Registratur der Heil- und Pflegeanstalt, Akt 309.

¹¹⁰⁶ Vgl. Zwick an Kommandantur 24.1.1940, ZRa 12136, bzw. Verwaltung Evang. Zentralfriedhof an Stadt 22.12.1941, ZR 20837. Wohl übertrieben die Angabe derselben Stelle, 6.2.1946 (ZR 20753), 1941 seien "einige 100 russische Kriegsgefangene" beerdigt worden.

¹¹⁰⁷ Schnellbrief RMdI 27.10.1941 und Friedhofsamt an Zwick 17.11.1941, ZR 20837.

¹¹⁰⁸ Zwick an GesA 18.11.1941, ebd.

¹¹⁰⁹ Einzelheiten samt Lageplan des Russenfriedhofs 16.12.1941 ebd. Das Grundstück hatte die Stadt von der Thurn- und-Taxis'schen Verwaltung gepachtet; die Leichenschau übernahm ein gefangener serbischer Arzt.

¹¹¹⁰ Kassenbuch mit Namensliste bis Nov. 1944, BES 502, und Tabellen bis 15.3.1945, BES 501.

¹¹¹¹ Verzeichnis Stand 24.5.1946, ZRa 12130. Ebd. Verzeichnis 2.10.1946: Fremdarbeiter-Abteilung des Oberen Kath. Friedhofs nur 295 Gräber, dafür aber Gemeinschaftsgrab für 45 KZ-Häftlinge am Zentralfriedhof; vgl. auch undatierte Bilanz in BES 501. Lt. undatiertem Kostennachweis (ZRa 12130) wurden bis Frühjahr 1944 57 ausländ. Zivilarbeiter am Oberen Kath., 2 am Evang. Zentralfriedhof beerdigt.

tistik ergab folgende Zahlen, wobei zumindest das am Zentralfriedhof eingerichtete Gemeinschaftsgrab für 45 KZ-Häftlinge noch zu ergänzen ist:

Demnach betrug die Zahl der in Regensburg bestatteten Kriegsgefangenen 786. Eine Summe von 864 ergibt sich demgegenüber aus einer weiteren, ebenfalls nach Kriegsende erstellten Liste, die neben 651 sowjetischen Opfern folgende Zahlen nennt¹¹¹²:

	Todesfälle	Frühestes Todesdatum	Häufigst genannte Sterbeorte
Franzosen	104	Aug. 1940	Lazarette, Lager Wolfgangssaal und Göring-Kalkwerk
Ungarn	52	Okt. 1944	Lazarette, Kasernen
Serben	22	Juli 1941	Lazarette, vereinzelt Obertraubling
Italiener	16	Sept. 1943	Lazarett Karthaus
Engländer	8	Okt. 1943	
Belgier	8	Juni 1941	
Polen	3	Jan. 1940	
Summe:	213		

Als Todesursachen wurden zumeist allgemeine Erschöpfung, Kreislaufschwäche und Herzschlag, Unterernährung bzw. Hungerödem und Krankheiten, vor allem Ruhr, Fleckfieber und Tbc angegeben. Daneben tauchen auch "Feindeinwirkung" und Unfälle auf, Methylalkoholvergiftung und Schußverletzungen - unter anderem wegen Arbeitsverweigerung, "auf der Flucht" bzw. "beim Plündern" erschossen, in einem Fall sogar "mit Eisenbahnschiene beschwert in der Donau gelegen". Bei den in der Flakkaserne untergebrachten Ungarn handelte es sich allerdings nicht um Gefangene; allein 21 Angehörige dieser Gruppe starben hier beim Luftangriff vom 13.3.1945.

Die Gesamtzahl der in Regensburg bestatteten Kriegsgefangenen bezieht sich auf Todesopfer aus dem ganzen Kommandanturbezirk, also auch auf solche, die etwa in Obertraubling ums Leben gekommen waren. Außerdem befand sich darunter eine unbekannte Zahl nicht in Regensburg eingesetzter Ausländer, so die Insassen eines während des Transports bombardierten Lazarettzugs oder auch ein "auf der Landstraße" Erschossener. Während sich damit die tatsächliche Zahl der Regensburger Opfer reduziert, erhöht sie sich wieder um die in hiesigen Lagern zur "Sonderbehandlung" ausgesonderten Gefangenen, vor allem diejenigen, die dem berechtigten "Kommissarerlaß" von 1941 zum Opfer fielen¹¹¹³. Im Regierungsbezirk Niederbayern/Oberpfalz wurde seine Durchführung von Kriminalrat Kuhn geleitet, einem Regensburger Stapobeamten. Bis Sommer 1942 überprüften er und seine Mitarbeiter mindestens 2344 Kriegsgefangene in 27 Lagern und Kommandos, 330 davon wurden nach offenbar recht willkürlichen Kriterien ausgesondert und im KZ Flossenbürg exekutiert¹¹¹⁴. Neueren Untersu-

¹¹¹² Namensliste mit Personendaten, Heimatadressen, Beisetzungsort und Todesursache, BES 500. Die Leichen wurden größtenteils 1957 exhumiert und in den zentralen Friedhof für ausländische Soldaten in Neumarkt überführt, vgl. unveröff. Manuskript R.Ehm, vgl. auch Die Woche 8.10.1987.

¹¹¹³ Vgl. allg. H.-A.Jacobsen: Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener, in H.Buchheim u.a. (Hg.): Anatomie des SS-Staates Bd.2, Olten-Freiburg 1965 S.161-279.

¹¹¹⁴ Siebert (1979) S.464.

chungen zufolge lagen die Zahlen noch höher; demnach soll die Regensburger Stapostelle bis Ende 1941 3598 Gefangene überprüft und 608 von ihnen ausgesondert haben, darunter 80 aus den Regensburger Lagern Nockherkeller, Kalkwerk und Hohes Kreuz¹¹¹⁵.

Wie ersichtlich, ist es unmöglich, genau festzustellen, wieviele der in Regensburg eingesetzten Ausländer ums Leben gekommen sind; doch geht die Annahme, daß es sich um mehr als 1000 Personen gehandelt haben dürfte, wohl nicht an den Tatsachen vorbei.

¹¹¹⁵ Unveröffentlichtes Manuskript R.Ehm, vgl. auch Ders.: Schicksalsort Regensburg, in Stadt und Mutter in Israel S.113-116.



Die 1936/37 erbaute Polizeidirektion am Minoritenweg (nach einer Aufnahme vom August 1941).
Stadt Regensburg, Städtische Lichtbildstelle.



Der „Folgschaftssaal“ in dem von 1936 bis 1938 erbauten Technischen Rathaus – heute Neues Rathaus –
mit zeittypischer Ausstattung.
Stadt Regensburg, Städtische Lichtbildstelle.

III. BAUWESEN UND VERKEHR

A. Überblick

Der hohe Stellenwert, den die Architektur im Dritten Reich einnahm, ist von der Forschung seit langem herausgearbeitet worden¹. Auch in Regensburg amtierte mit Schottenheim ein Oberbürgermeister, der sich stark für das Bauwesen engagierte, zunächst für den Siedlungsgedanken als Beitrag zur Wohnraumbeschaffung, aber auch für alle anderen größeren Baumaßnahmen in der Stadt, insbesondere die Verschönerung des Stadtbilds und die beginnende Altstadtanierung². Zwar entstanden in Regensburg im Dritten Reich keine monumentalen Parteibauten; dennoch kam es zu wesentlichen, das Stadtbild bis heute nachhaltig prägenden Eingriffen³. Auch hier gewann Architektur die Qualität eines Gradmessers für erfolgreiche Kommunalpolitik: Neubaumaßnahmen dienten nicht nur der Arbeitsbeschaffung, sondern symbolisierten generell den Fortschritt in der Stadtentwicklung.

1. Die organisatorischen Grundlagen

Seit dem Kaiserreich hatten sich die Aufgaben der kommunalen Baubehörden bedeutend vermehrt. Damals waren sie üblicherweise nur für Errichtung und Unterhalt gemeindlicher Bauten, für Bebauungs- und Baulinienpläne sowie für die örtliche Baupolizei zuständig gewesen, schon während der Weimarer Republik kam als wichtige neue Aufgabe das Wohnungswesen hinzu, mancherorts begann die Sanierung von Altstadtvierteln, und in vielen deutschen Städten - so ab 1932 auch in Regensburg - wurden vorstädtische Siedlungsprogramme begonnen⁴. Um künftig die "planvolle Umgestaltung verfehlter Stadt- und Siedlungsgebilde" und eine "städtebaulich einwandfreie Entwicklung der Gemeinden" zu sichern⁵, bemühten sich die Reichs- wie auch die Landesregierung nach 1933 um eine Vereinheitlichung der Bauplanung; individuell geprägtes, "liberalistisches" Bauen wie in der verhassten "Systemzeit" sollte unterbunden werden. Auch Schottenheim konstatierte, damals seien "im wirren Kunterbunt neue Stadtviertel" entstanden, "der Jude" habe "auch der Baukunst seinen zersetzenden Stempel aufgedrückt"⁶. Dennoch gelang es in Regensburg im gesamten Verlauf des Dritten Reichs nicht, einen verbindlichen Baulinienplan für das ganze Stadtgebiet zu erstellen; nur für einzelne Viertel entstanden Bebauungspläne⁷, ansonsten galt immer noch der Generalbaulinienplan des Münchener Professors Lasne aus dem Jahr 1917⁸, von dem Schottenheim erst im Frühjahr 1941 mit der Vorlage eines neuen Gesamtverkehrskonzepts abrückte⁹.

¹ Vgl. A.Teut: Architektur im Dritten Reich 1933-1945, Berlin 1967; Petsch; Dülffer/Thies/Henke. Überblick mit neuer Lit. bei J.-D.Kühne: Bauverwaltung zwischen Städtebau und Raumordnung, DVG IV S.823-831.

² Belege bei Stratmann (1987) S.3 ff.

³ Vgl. Maier/Schmidt S.11 und passim.

⁴ In Rgbg. wurde 1925 unter Adolf Holtschmidt eine eigene Abteilung "Stadterweiterung" eingerichtet.

⁵ RdErl des RMdI 31.12.1936, Abdruck ZR 19901, ebd. Vorschriften zum kommunalen Bauwesen.

⁶ Programmrede 1941, DS 523.

⁷ Vgl. Rh-Prot. 1.7., 30.9.1937 und 15.9.1938: Weißenburg-/Straubinger Straße, Prüfeninger Straße/Margaretenau, Prinz-Rupprecht-/Landshuter Straße; weitere Beispiele in PÜW 9. Zur Richtpreisfestsetzung im Krieg für Nachkriegsbaugelände: PÜW 10 und 11.

⁸ Vgl. Schmetzer S.51. Der Lasne-Plan enthielt u.a. das berichtigte Domstraßenprojekt.

⁹ Rh-Prot. 18.4.1941.

Das Regensburger Stadtbauamt unterstand bis kurz vor Kriegsende Oberstadtbaudirektor (ab 1935 Stadtbaurat) Philipp Schipper, ab 1944 Oberbauamtmann Pfenning¹⁰. Wichtigste Abteilung des Bauamts war die für Hochbau, zuständig für die Baumaßnahmen an städtischen Gebäuden, für die - später zur eigenen Abteilung erhobene - Stadterweiterung und das Siedlungswesen sowie für die Bau- und Feuerpolizei¹¹. Die abschließende Genehmigung einer geplanten Baumaßnahme traf der Stadtrat bzw. ab 1935 der Oberbürgermeister als Gemeindebehörde¹², sofern es sich nicht um Reichs- und Landes-, später auch Parteibauten oder solche geheimen Charakters handelte, die nicht der kommunalen Aufsicht unterlagen¹³. Die Tiefbauabteilung betreute das Straßen- und Kanalnetz, den Wasser- und Brückenbau, die Müllabfuhr und die Straßenreinigung, außerdem die Fragen, die sich im Zusammenhang mit den Reichsautobahnen im Stadtsüden ergaben. Schließlich wurde das Bauamt bei der Abwicklung der Grundstücksgeschäfte und im Wohnungswesen aktiv, ihm unterstanden die Stadtgärtnerei, das Kleingartenwesen, Wasser- und Luftschutz sowie der Geschäftsbereich "Verschönerung des Stadtbilds".

Dem Bauamt angegliedert war ein Unterreferat, das Dr. Walter Boll unterstand, dem Kreiskulturwart der NSDAP¹⁴. Jahrgang 1900, war er mit 29 Jahren als städtischer Konservator eingestellt worden und hatte von Oberbürgermeister Hipp die Aufgabe erhalten, ein großes neues Museum zu schaffen und auszugestalten. Schottenheim beließ ihn im Amt und unterstützte ihn in jeder Hinsicht¹⁵. Sein Geschäftsbereich trug den Titel "Referat für Museums-, Archiv- und Bibliothekswesen", daneben hatte er an der Fremdenverkehrswerbung mitzuwirken, vor allem aber - gemeinsam mit Schipper - den Denkmalschutz und die "Pflege des Stadtbilds" zu betreiben.

Schippers Dezernat mußte im Verlauf der dreißiger Jahre infolge des ungeheuren Baubooms ständig erweitert werden¹⁶, erfuhr aber auch eine Reihe struktureller Veränderungen wie die erwähnte Aufwertung des Sachgebiets "Stadterweiterung". In den ersten Jahren nach Kriegsbeginn bildeten dann Luftschutzmaßnahmen und das Rettungswesen neue Schwerpunkte von zunehmender Bedeutung, ansonsten verlagerte sich das Gewicht angesichts des Neubauverbots und der großen Personalnot im Bauamt auf die Planungs- statt die eigentliche Bautätigkeit¹⁷. Überall im Reich wurden nach dem Sieg über Frankreich großartige Projekte für die nunmehr baldigst erwartete Nachkriegszeit vorbereitet, so auch in Regensburg: Hier entstanden bis 1941 ein Gesamtverkehrsplan, Pläne für den Wohnungsbau - insbesondere eine gigantische Erweiterung der Schottenheim-Siedlung - und für die Kanalisation der Stadt. Gegen Kriegsende hatte man dagegen mit ganz anderen Problemen zu kämpfen: Immer mehr drängte sich der Neubau von Schutzräumen, Splittergräben und Behelfswohnungen in den Vordergrund¹⁸, die Behebung der Bombenschäden und die Sofortmaßnahmen nach Luftan-

¹⁰ Pfenning's Berufung 9.11.1943 in DS 132.

¹¹ Telefonverzeichnis 15.8.1938, ZRa 13451. Verfahren zum Entzug der Gewerbekonzession (unsachgemäß ausgeführte Arbeiten, Unzuverlässigkeit etc.) u.a. in ZR 19905, 19914 und 19926, vgl. auch Bek. Reg. 11.12.1933, veröff. Wbl 3.1.1934.

¹² Auch HA und Verwaltungs- und Polizeisenat waren ständig mit der Vorberatung von Baugesuchen befaßt, vgl. die Prot.

¹³ Vgl. VO über Bauordnungen 29.9.1937, GVBl S.289, sowie ZR 19903. Zu den Parteibauten: VO 20.11.1938, RGBl I S.1677 und S.1678. Mit ME 19.12.1938 wurden auch LS-Bauten aller Art genehmigungs- und gebührenfrei (Abdruck ZR 19903).

¹⁴ Geschäftsverteilung 18.10.1933, PAM 508, DS 131 f. und 867.

¹⁵ Zu Boll's Wiedereinstellung nach dem Krieg: Sr-Prot. 13.8.1948.

¹⁶ Vgl. Meldungen über DAF-Mitgliedschaften in ZR 16540.

¹⁷ Vgl. Zwick an Reg. 2.11.1939, ZR 3820, und Ämterverzeichnisse 1.5.1940, 1.10.1941 (ZRa 13451) und 1943 (ZRa 13453).

¹⁸ Vgl. allg. Petsch S.137 ff.; für Rgbg. Ruhl (1989) S.76.

griffen, die Arbeiten für das "Deutsche Wohnungshilfswerk", also der Barackenbau, und die Gewinnung von Wohnraum durch Dachgeschoßausbauten¹⁹.

2. Die Entwicklung der Baukonjunktur in Regensburg²⁰

Das Bauwesen stellte in den ersten Jahren nach der NS-Machtergreifung den Motor der Konjunkturbelebung dar. Zwar konnte man die Lage am Arbeitsmarkt optisch auch dadurch erfreulicher gestalten, daß man Wohlfahrtserwerbslose mit verschärften Beurteilungskriterien aus der Statistik herausfallen ließ, doch tatsächlich Arbeit geschaffen wurde zunächst fast ausschließlich im Baubereich.

Die erste größere Baumaßnahme im nationalsozialistischen Regensburg war die im September 1933 begonnene, nach Schottenheim benannte Siedlung im Nordosten der Stadt. Schon Anfang 1934 führte die langsam zunehmende Nachfrage nach Baumaterial zu Preissteigerungen²¹, und ab Sommer 1934 brachten insbesondere die Kasernenbauten im Südosten der Stadt und der neue Donaüdüker Hunderten von Regensburgern wieder längerfristige Beschäftigung. Nach dem Ende der kalten Jahreszeit, im Frühjahr 1935, setzte die allgemeine Bautätigkeit mit derartiger Vehemenz ein, daß ein "fühlbarer Mangel an gelernten Bauarbeitern" spürbar wurde²²; man verzeichnete einen Bauboom wie seit Jahrzehnten nicht mehr, und es mußten bereits in größerem Umfang auswärtige Arbeitskräfte herangezogen werden²³ - sicherlich ein geradezu sensationelles Gefühl nach den langen Jahren der Krise, obwohl die Arbeitslosigkeit in den meisten anderen Branchen noch längst nicht überwunden war.

Hauptträger der Baukonjunktur im Jahr 1935²⁴ blieb die Wehrmacht mit ihren großen Kasernenbauten, Werkstätten, einer Waffenmeisterei und Baracken für Infanterie und Pioniere. Weitere Behörden schlossen sich an, so die Reichsbahn mit Plänen zur Erweiterung des Direktionsgebäudes und ihrem Kraftwagenbetriebswerk. Gleichzeitig führte das wachsende Vertrauen der Wirtschaft in den Aufschwung auch hier zu steigender Investitionsbereitschaft²⁵. 1933 waren insgesamt nur 14 gewerbliche Neubauten in Regensburg entstanden²⁶, im Herbst 1934 hatte das Münchener Architekturbüro Hönig & Söldner für die BayWa an der Drei-Kronen-Gasse mit dem Neubau eines Verwaltungsgebäudes begonnen²⁷ - übrigens gegen heftigen Widerstand der benachbarten Reichsbank, der erst durch Schottenheims Intervention gebrochen werden konnte²⁸. Im Frühjahr 1935 folgten die OWAG mit ihrem Neubau

¹⁹ Geschäftsverteilung 22.2.1944, DS 132; vgl. undatierte Übersicht zum Bauamt, DS 757, und Telefonverzeichnis 15.2.1945, ZRa 13451.

²⁰ Undatierte Listen der Baumodelle aus den 30er Jahren in DS 666 und 803. Erhalten geblieben ist nur das Modell für das Ostmarkhaus.

²¹ Sch. schlug vor, zur Abwehr von Preistreibern und als Exempel für die Lieferanten "1 oder 2 nach Dachau" zu schicken (Notiz 22.2.1934, DS 666).

²² H. an Reinemer 3.5.1935, ZR 3725 c, vgl. auch Mb 8.4.1935, ebd.

²³ Vgl. die Mb, ebd.

²⁴ Verzeichnis größerer Baumaßnahmen 1935 in DS 666.

²⁵ Schon 27.12.1933 Notiz Sch. zu Umbau- bzw. Erweiterungsplänen des jüdischen Kaufhauses Tietz an der Maximilianstraße (DS 666).

²⁶ Statist. Jahrbuch für das Deutsche Reich 53, 1934 S.159. Gezählt wurde jede Garage, jeder Schuppen etc; größere gewerbliche Neubauten für 1933 nicht belegt.

²⁷ Vgl. BAP V S.120 f. Baubeginn 19.11.1934, Fertigstellung Okt. 1935 (erwähnt in DS 666).

²⁸ Sch. lancierte "geharnischte Artikel" in der BOw und gab die Weisung, die BayWa ohne Genehmigung der Reichsbank den Bau beginnen zu lassen. Diese selbst forderte er auf, die Stadt zu verklagen, "damit wir auf diese Weise Gelegenheit erhalten, das Verhalten der Berliner Herren in der Öffentlichkeit zu brandmarken." (Notiz 12.9.1934, DS 666).

am Stadtpark²⁹ und die Bayerische Zentraldarlehenskasse³⁰. Die Stadtlagerhaus GmbH erstellte einen ersten neuen Getreidesilo am Hafen, das Kalkwerk Büechl einen Kalksilo. Die Schottenheim-Siedlung wuchs mit zunehmender Geschwindigkeit, an öffentlichen Bauten entstanden dort 1935 die Hans-Schemm-Schule, die St.Konrad-Kirche samt Pfarrhaus, das Schwesternheim der NSV und eine Gaststätte der fürstlich Thurn-und-Taxis'schen Brauerei. Die Turngemeinde Walhalla baute eine neue Turn-, die Fliegerortsgruppe eine Flugzeughalle. Es begannen die vollkommene Umgestaltung des Bereichs um Moltke-, heute: Dachauplatz und Minoritenweg, wo in den folgenden Jahren eine ganze Reihe neuer Verwaltungsbauten entstand, und zum Jahresende die Arbeiten an der neuen Donaubrücke. Schließlich entwickelten 1935 verschiedene Baugenossenschaften und -firmen Pläne für neue Wohnhäuser, nicht zuletzt zur Unterbringung der seit Herbst dieses Jahres in der Stadt stationierten Wehrmachtsangehörigen. Zunehmend neigten nun auch Privatleute dazu, endlich lang gehegte Bauprojekte auszuführen; immer neue Baugebiete mußte das städtische Tiefbauamt von nun an erschließen³¹.

Der Winter 1935/36 brachte einen schweren Konjunkturerinbruch³², doch im Frühjahr 1936 begann sofort wieder der Aufschwung in der Baubranche. In diesem und dem folgenden Jahr wurden ständig neue Rekordzahlen an privaten und gewerblichen Baugesuchen gemeldet³³. Angeheizt wurde der Boom durch die verschiedenen Großprojekte, darunter in erster Linie die Aufträge bei der Errichtung des Flugzeugwerks, aber auch durch Brücken-, Siedlungs-, Wohnungs- und Straßenbauten. Im Gegensatz zu den frühen dreißiger Jahren lag das Problem nun - trotz zeitweiliger Kreditsperren in der zweiten Jahreshälfte 1938 - nicht mehr so sehr in der Beschaffung des Kapitals, als vielmehr im Mangel an Facharbeitern³⁴ und Baumaterial. Mit Fritz Todts Berufung zum Generalbevollmächtigten für die Bauwirtschaft wurde Ende 1938 das gesamte Bauwesen in Dringlichkeitsstufen eingeteilt³⁵; der Kampf um die erforderliche, vom Arbeitsamt zu vergebende Kennziffer für Baueisen³⁶ zog sich ab 1936/37 wie ein roter Faden durch alle größeren Projekte³⁷.

²⁹ Erste Erwähnung noch an anderer Stelle in Notiz Sch. 22.10.1934, DS 666; ebd. Einzelheiten. Bauantrag 10.4.1935 in ZR 16362, zu Baubeginn und Richtfest BA 27.8.1935. Einladung zur Einweihung 2.5.1936 in NIS 5. Zur Baugeschichte: Bericht 12.1.1938, ZR 17040, vgl. auch BA 20.-21.5.1936. Zeichnung des fertigen Gebäudes s.S.150 (links oben im Bild).

³⁰ Am 23.5.1934 erwarb die Genossenschaft die ehem. städt. Domschule (Schäffnerstr.1) und begann zum Jahresende mit dem Abbruch, vgl. ZRa 14429 und Sr-Prot. 11.5.1934.

³¹ Ab Frühjahr 1935 Bereich Schiller-/Prebrunnstraße/Hochweg, Teile des Kasernenviertels und die Erweiterungsgebiete für das Schottenheim, vgl. DS 666. Rechtsgrundlage: Gesetz über Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten 22.9.1933, RGBI I S.659, vgl. Peltz-Dreckmann S.116 ff.

³² Vgl. Bericht H. 3.10.1935, ZR 3725 c, wo vor dem Einbruch der Baukonjunktur nach Fertigstellung der Kasernen gewarnt wurde.

³³ Vgl. zu wichtigeren Baumaßnahmen RPB 7.4.1937 und Liste "Aufbautätigkeit 1937", DS 666. Insgesamt gingen 1937 594 Baugesuche ein (Bericht Bauamt 31.1.1938, DS 666), vgl. allg. die Rh-Prot. dieser Jahre.

³⁴ Vgl. laufende Mb in DS 667.

³⁵ Zusammenfassend W.A.Boelcke: Arbeit und Soziales, DVG IV S.793-807, hier S.798.

³⁶ Aufgrund VO über Errichtung von Überwachungsstellen 4.9.1934 war für die Eisen- und Stahlbewirtschaftung eine solche Stelle eingerichtet worden.

³⁷ Vgl. z.B. RPB 8.12.1936, 5.6.1937 und 11.4.1939. RPB 8.9.1937 zitiert Sch.s Sorgen über Stockungen im Bauwesen; die Neubauten der AOK und der Horst-Wessel-Schule sowie die Erweiterung der Hans-Schemm-Schule waren nicht genehmigt, die neue Pionierkaserne und das Garnisonslazarett zurückgestellt worden.

Im Sommer 1939 wurde überall im Stadtgebiet gleichzeitig gebaut. Die wichtigsten laufenden Großprojekte waren:

- die Autobahnen im Stadtsüden,
- die Arbeiten am Rhein-Main-Donau-Kanal, vor allem am Protzenweiher,
- im Bereich Moltkeplatz/Minoritenweg das Arbeitsamt, das AOK-Gebäude und das Ostmark-Museum,
- die Flakkaserne,
- die Anlagen des Holzverzuckerungswerkes in Schwabelweis, wo soeben Richtfest gefeiert worden war,
- die beiden Siedlungsschulen im Göring- bzw. im Schottenheim sowie die Erweiterung des dortigen Kindergartens,
- die Erweiterung der Kinderklinik, deren Zwischentrakt gerade überdacht wurde,
- die Innenausstattung der fast vollendeten Jugendherberge am Unteren Wöhrd, die im Herbst 1939 eröffnet werden sollte,
- die Kreisschule der NSDAP in Königswiesen,
- neue Volkswohnungsblocks entlang der Augsburgers Straße in Kumpfmühl und weitere Wohnanlagen, etwa in der Schottenheim-Siedlung, die Werkssiedlung der Holzverzuckerung in Schwabelweis, der Block des Gemeinnützigen Bauvereins an der Landshuter Straße, neue Unteroffizierswohnungen im Kasernenviertel und ein neues Wohngebiet in Steinweg, das die für die Kanalbauten in Stadtamhof abzubrechenden Häuser ersetzen sollte³⁸.

3. Zukunftspläne vor Kriegsbeginn

Im Frühjahr 1939 hatte Schottenheim seine weitreichenden Pläne für neue Eingemeindungen mit den großartigen Perspektiven für die künftige Entwicklung der Stadt begründet; auch für sie gehe es um die "Gewinnung neuen Lebensraums", gewaltige Neubauprojekte stünden bevor, neues Industriegelände werde dringend benötigt³⁹. Kurz vor Kriegsbeginn verkündete er: "Ich habe den festen Willen, aus unserer Stadt die erste Stadt des Gaues Bayerische Ostmark zu machen, sie zum Rückgrat dieses Gaues zu machen"⁴⁰. Seine Vision von Regensburg als dem reichsdeutschen Ausfalltor nach Südosteuropa, als einem Handelsplatz von europäischem Rang entbehrte nicht gänzlich der realen Grundlage: Mit dem Anschluß Österreichs, des Sudetenlands und der Einrichtung des Protektorats Böhmen und Mähren entfielen Standortnachteile, die die Entwicklung Ostbayerns seit dem Ende des Ersten Weltkriegs gebremst hatten. Regensburgs vermeintlich bevorstehende Anbindung an das Autobahnnetz und seine Funktion als Anfangs- und Endpunkt der Donauschiffahrt erhöhten die Attraktivität der Stadt so sehr, daß sich beispielsweise der Düsseldorfer Henkel-Konzern im Sommer 1939 zu seinem bereits dargestellten Projekt für ein Zweigwerk in Regensburg entschloß. Dieser Plan war im Zusammenhang mit der Entwicklungsmaßnahme zu sehen, die Schottenheim als wichtigste überhaupt für die Zukunft der Stadt ansah⁴¹: dem Neubau des Osthafens. Denn die Anfragen ansiedlungswilliger Betriebe nach Industriegelände mit Wasseranschluß häuften sich, und der alte Luitpoldhafen hatte seine Umschlagkapazität schon 1937 weit überschritten. Bis zur Fertigstellung des Osthafens mußten allerdings die Anlagen im bestehenden Ha-

³⁸ Rh-Prot. 20.7.1939; Text in ZR 11243 und NIS 13.

³⁹ Sch. an Reg. 14.4.1939, ZRa 13757.

⁴⁰ Rh-Prot. 4.7.1939.

⁴¹ Ansprache vor den Rh. 20.7.1939 (Text in ZR 11243 und NIS 13). Vgl. auch Programmrede 1941 (DS 523 und ZR 3723) mit ähnlichen Akzenten.

fen behelfsmäßig weiter ausgebaut werden, und so liefen gerade die Vorarbeiten für einen weiteren Getreidesilo, neue Verwaltungs- und Gefolgschaftsgebäude der Stadtlagerhaus GmbH an, der Bayerische Lloyd und die BayWa projektierten ebenfalls neue Silos, das Kalkwerk des Hermann-Göring-Konzerns - vormals Kalkwerk Funk - wollte sogar einen eigenen Industriehafen gegenüber der alten Hafeneinfahrt errichten⁴².

Daneben maß Schottenheim den Autobahnen, die in zwei bis drei Jahren fertig sein sollten, zentrale Bedeutung bei. Die Stadtverwaltung mußte daher schleunigst die Zubringerstraßen projektieren, insbesondere das Haupteinfallstor für den Fernverkehr in die Altstadt über den Galgenberg, was einen großzügigen Ausbau der Brücke gleichen Namens über die Bahnanlagen voraussetzte. Schließlich versprach sich das Stadtoberhaupt kräftige Impulse für die Industrialisierung vom Rhein-Main-Donau-Kanal, der Bahnhofserweiterung und dem künftigen Ostbahnhof. Der Aspekt der Fremdenverkehrsförderung trat demgegenüber deutlich zurück⁴³.

Rechnete man schon fest mit der Ansiedlung neuer und der Erweiterung bestehender Betriebe in der Stadt, so mußte dringend die Wohnungsnot bekämpft werden - nach Schottenheim die wichtigste Zukunftsaufgabe der Stadtverwaltung, die hierzu den privaten und genossenschaftlichen Wohnungsbau zu fördern, vor allem aber ihre eigenen Siedlungsaktivitäten voranzutreiben habe. Die Schottenheim-Siedlung sollte weiter expandieren, für das Göringheim bereitete das Flugzeugwerk den Bau von über 200 Wohneinheiten vor, zudem plante es ein Ledigenheim in Dechbetten, die Reichspost Wohnungsbauten an der Furtmayrstraße. Die Hofgartensiedlung sollte arrondiert und ein städtisches Altersheim errichtet werden, wovon sich das Stadtoberhaupt rund 100 freiwerdende Wohnungen in der Stadt versprach⁴⁴. Die großen Industrieansiedlungspläne der Zukunft seien undurchführbar, wenn die interessierten Firmen nicht selbst Werkssiedlungen erstellten. Nicht zuletzt zur Beschaffung des hierfür benötigten Geländes betrieb man seit einigen Monaten die beschriebenen Eingemeindungspläne.

Als weitere große Bauaufgabe der Stadt bezeichnete Schottenheim die Ausgestaltung der östlichen Altstadt vom Krauterermarkt bis zum Ostende des Minoritenwegs. Das neue Museum am Moltkeplatz sollte Ende 1939 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, der Erwerb des "Neumeier-Blocks" an der Südseite dieses Platzes dessen völlige Neugestaltung ermöglichen, die teils begonnenen, teils geplanten Behördenneubauten entlang des Minoritenwegs ein neues Verwaltungsviertel entstehen lassen. Doch nicht nur die östliche Altstadt hätte ihr Aussehen verändert. Am Oberen Wöhrd war ein neues Familienbad geplant, da das alte an der Schillerwiese dem Rhein-Main-Donau-Kanal, eventuell auch einer neuen Pionierkaserne weichen mußte. Das Bad im alten Winterhafen sollte modernisiert werden, und schließlich wollte man östlich der Hofgartensiedlung eine neue Dauerkleingartenanlage schaffen. Auch dem städtischen Wasserwerk standen große Investitionen für einen neuen Hochbehälter sowie für neue Förderanlagen in dem gerade erst erschlossenen Quellgebiet nördlich der Stadt bevor.

Ein neues städtebauliches Großprojekt, das Schottenheim den Ratsherren vorstellte, hatte sich kurz zuvor angebahnt, nämlich die Entstehung eines weiteren Behördenviertels im Kreuzungsbereich der Reichsstraßen R 8 und R 15 im Nordosten der Stadt. Die Stadtverwaltung wollte "ihren Ehrgeiz dareinsetzen, dieses neue Verwaltungsviertel städtebaulich und archi-

⁴² Vgl. ZR 16904. Statt eines großen Kalkhafens entstand nur ein kleines, nach dem Krieg als Bootshafen genutztes Stichbecken, das erst in den 80er Jahren beim Neubau der Ostbrücke zugeschüttet wurde; Baugenehmigung 5.5.1943 und Einzelheiten ebd. und in DS 890.

⁴³ Tourismuswerbung nur mit aller Vorsicht, solange die Bettenkapazität in der Stadt so gering blieb, wie sie zu dieser Zeit war; Sch. setzte auf die Initiative der Hoteliers und Gastwirte.

⁴⁴ Zu den seit Jahren betriebenen, nie verwirklichten Plänen für ein städt. Altersheim: DS 665 und GES 505, vgl. auch Notiz Sch. 27.2.1934, DS 679.

tektonisch den Bauten des 3.Reiches würdig zu errichten"⁴⁵. Das bayerische Wirtschaftsministerium plante bereits den aufwendigen Neubau eines Flurbereinigungsamts, das für das ganze Gaugebiet zuständig sein sollte; selbst Gespräche über die Wohnungsbeschaffung für dessen rund 120 Mitarbeiter waren schon geführt worden⁴⁶. Daneben sollten hier die künftige Hauptfeuerwache, die neue Kreisbauschule⁴⁷ und eine weitere Volksschule entstehen, eingerahmt von zahlreichen privaten Wohnhäusern⁴⁸. Das Gesamtprojekt, das umfangreiche Erschließungsarbeiten erforderlich gemacht und die Stadtteile Reinhausen und Weichs mit der Schottenheim-Siedlung zusammenwachsen lassen hätte, wurde in der Planungsphase bis Anfang 1941 sogar noch erheblich ausgedehnt: Neben den genannten Behörden sollten sich nun auch noch das Straßen- und Flußbauamt, das Landbau-, das Messungs- und das Kulturbauamt sowie nach Möglichkeit auch der Gaustab des Reichsarbeitsdienstes hier niederlassen und damit die Keimzelle für ein vollständiges neues Stadtviertel bilden⁴⁹.

Der Schulhausbau an dieser Stelle trug der voraussichtlichen Bevölkerungsentwicklung Rechnung, denn die bereits im Bau bzw. Ausbau befindlichen beiden Siedlungsschulen konnten den Erfordernissen der Zukunft nicht genügen. Im Schulbereich standen der Stadt weitere kostenintensive Aufgaben bevor, darunter nach der bereits vollzogenen Übernahme der "Englischen Fräulein" die Erwerbung des Instituts der Armen Schulschwestern von Niedermünster - Maßnahmen aus dem Kirchenkampf. Schließlich mußten mittelfristig die Berufs- und die Landwirtschaftsschule neue Räumlichkeiten erhalten.

Als wichtigste Tiefbaumaßnahme neben dem Straßenbau in allen Erschließungsgebieten war die umfassende Kanalisierung des Stadtnordens, zunächst die von Stadtamhof vorgesehen. Sie hing mit den Neubaumaßnahmen für den Rhein-Main-Donau-Kanal zusammen, die die städtische Planungsarbeit auch in anderer Hinsicht ganz erheblich beeinflußten. Verschiedene Brückenbauten wurden dadurch erforderlich, die künftige Kanalpromenade mußte vorbereitet werden, und die nötige Verlegung der Straßenbahn ließ sogar den Gedanken aufkommen, den öffentlichen Personennahverkehr hier auf Omnibusbetrieb umzustellen.

Schließlich standen im Sommer 1939 zahlreiche weitere Großbauten Dritter vor der Ausführung. Der Ostmarkhaus-Bauverein plante seine monumentalen Parteigebäude im Stadtpark, die Ufa ein Großkino an der Maximilianstraße⁵⁰, die NSV Kinderheime in der Schottenheim-siedlung und anderen Stadtteilen. Das NSKK wollte die Motorsportschule erweitern, die Reichspost ein Fernmeldeamt an der Stelle der abgebrochenen Synagoge⁵¹, die OWAG ein neues Werkstattgebäude⁵² und verschiedene Sportvereine neue Turnhallen errichten. Nach wie vor waren ein Offizierskasino und das neue Standortlazarett der Wehrmacht im Gespräch, an der Donaustauffer Straße sollten Großgaragen für Luftschutzfahrzeuge entstehen, die Daimler-Benz-AG wollte an der Ecke Galgenberg-/Friedenstraße eine Verkaufsstelle samt Großwerkstatt errichten.

⁴⁵ Sch. an Hauptamt der NSDAP für Technik 19.7.1939, DS 811.

⁴⁶ Siebert an Stadt 4.7.1939, DS 653. Ebd. Einzelheiten zu dem 1,2-1,5 mio-RM-Projekt; sie waren im Landeshaushalt bereits vorgesehen.

⁴⁷ Neubauprojekt Bauschule 6.11.1940 und Einzelheiten in DS 690. Auch eine Abteilung für Kolonialtechnik war vorgesehen.

⁴⁸ Vgl. Sch. an Hauptamt der NSDAP für Technik 19.7.1939, DS 811, Programmrede 1941, DS 523 und ZR 3723, und Rh-Prot. 21.3.1941. Bebauungsplan 4.10.1940 für den Bereich zwischen Reinhausen und "Schottenheim" in DS 916.

⁴⁹ Auch dem Hauptzollamt schlug Sch. diesen Standort für einen Neubau vor (11.6.1940, DS 613). Zum Projekt für das Gaustabsgebäude des RAD: Verf. H. 1.9.1943, DS 956.

⁵⁰ Genehmigung des Bauplatzverkaufs lt. Rh-Prot. 3.3.1939.

⁵¹ Am 23.10.1941 verkaufte die Stadt der RP ein nicht näher bezeichnetes anderes Grundstück für das neue Fernmeldeamt, vgl. DS 798 und Sch. an Reg. 30.10.1941, ZRa 14487.

⁵² Geplant Hemauer Straße 12a, vgl. Mb ab Aug. 1937, DS 570. Das Projekt scheint wegen Eisenmangels eingestellt worden zu sein.

4. Stadtplanung in den ersten Kriegsjahren⁵³

Der Kriegsbeginn brachte einen tiefen Einschnitt mit sich, die zivile - private wie öffentliche - Bautätigkeit kam fast völlig zum Erliegen. Bereits begonnene Bauten durften nur noch in dem Umfang weitergeführt werden, "als ihre Fertigstellung kriegswichtig ist oder die Sicherung des Bauzustands es erfordert"⁵⁴, und Anfang 1940 erging schließlich ein generelles Neubauverbot Görings, des Beauftragten für den Vierjahresplan⁵⁵. Ausgenommen waren neben Instandhaltungsmaßnahmen nur noch kriegswichtige und solche Bauten, für die der Generalbevollmächtigte für die Bauwirtschaft eine Sondergenehmigung erteilte. Herrmann als Vertreter des zum Polenfeldzug eingezogenen Oberbürgermeisters mußte zahlreiche Haushaltsperren verfügen, so für größere Vorhaben in der Schottenheim-Siedlung, Investitionsprojekte der städtischen Werke und verschiedene Straßenbauten, darunter die Rücklagen für den geplanten Autobahnzubringer⁵⁶ - eine Maßnahme, die entscheidend dazu beitrug, die erhöhten Leistungen in anderen Verwaltungsbereichen finanzieren zu können.

Zur Untätigkeit verurteilt, verlegte sich der Oberbürgermeister in der ersten Phase des Kriegs, d.h. solange ein Ende der deutschen Siege noch nicht absehbar war, auf die Planungsarbeit für die Nachkriegszeit. Noch im Sommer 1941 war die Rede von der unvorstellbaren wirtschaftlichen Blüte, die Regensburg nach dem Endsieg erleben werde und für die es vorzusorgen gelte: "Wenn nach dem Kriege die Ukraine, dieses fruchtbare Land, unter deutschem Schutz steht, wird die Wirtschaft im Osten eine gewaltige Steigerung erfahren. Unsere Stadt wird dann wieder die Stärke und Größe erhalten, die sie einst im Mittelalter besaß"⁵⁷. Schottenheim sah "die baulichen Aufgaben, die uns erwarten, zu einem Gebirge ansteigen". Bis zum Einsetzen der stürmischen Bautätigkeit nach dem Krieg müsse man "an allen Ecken und Ende der Stadt Pläne zur Hand zu haben, welche der zukünftigen Entwicklung unseres Gemeinwesens Rechnung tragen."⁵⁸ Dann müsse "mit doppelter Kraft" all das in Angriff genommen werden, was sich bis dahin an alten und neuen Problemen aufgestaut habe⁵⁹.

Im Mittelpunkt der intensiven, vom Neubauverbot aufgezwungenen, aber auch erst ermöglichten Planungsarbeit der folgenden Jahre standen nach wie vor die Wohnraumbeschaffung, die Lösung der Verkehrsprobleme und die Schaffung von Industriegelände⁶⁰. Für die Teilbereiche, die der Oberbürgermeister 1939 als wichtigste Zukunftsaufgaben bezeichnet hatte, lagen bis zum Frühjahr 1941 umfassende Nachkriegsplanungen vor, darunter ein Gesamtverkehrsplan für Regensburg, das Endkonzept für die Erweiterung der Schottenheimsiedlung, das für die Kanalisation des gesamten Stadtgebiets, für das neue Verwaltungsviertel im Kreuzungsbereich von R 8 und R 15 und für das neue Wasserwerk nördlich der Stadt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Stadtplanung lag im Bereich der Wirtschaftsförderung. Das Osthafenprojekt und der Rhein-Main-Donau-Kanal beschäftigten den Oberbürgermeister und

⁵³ Vgl. allg. Mattausch S.210 ff.

⁵⁴ DurchfVO zur KriegswirtschaftsVO 26.9.1939, GVBl S.277.

⁵⁵ DRuPrStA 21.2.1940. Vgl. z.B. Rh-Prot. 10.5.1940: Beschluß, für weit fortgeschrittene Bauten wie die Erweiterung der Hans-Schemm-Schule die Fortführung zu beantragen.

⁵⁶ Verf. 6.10.1939, DS 680. Auch die Grundstücksgeschäfte gingen zurück, vgl. DS 798.

⁵⁷ Rh-Prot. 23.7.1941.

⁵⁸ Ansprache bei der Vorstellung des Verkehrsgesamtplans, Rh-Prot. 18.4.1941. Vgl. auch Sch.s Grundsatzreden vor den Rh. 4.7.1940, 21.3. und 18.4.1941 sowie BA 17.2.1941.

⁵⁹ Programmrede Anfang 1941, DS 523 und ZR 3723.

⁶⁰ Verf. Sch. 31.5.1940, schon jetzt Straßenführung und Bebauung im Detail festzulegen und die benötigten Grundstücke zu erwerben, NIS 11 und 19.

seine Spitzenbeamten ebenso stark wie die Henkel-Ansiedlung, die Projekte der IG Farben oder der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein, der Reichsbahn und der Reichspost. Daneben beherrschten die bereits genannten Infrastrukturmaßnahmen und Hochbauprojekte die Debatte⁶¹, wohingegen die Schwierigkeiten des Verwaltungsalltags in den frühen Kriegsjahren völlig zurücktraten. Nur selten waren etwa die Arbeitsüberlastung der städtischen Bediensteten, die Einberufungen zur Wehrmacht, Fragen der Ernährungswirtschaft oder der Altmaterialsammlung Thema der Besprechungen zwischen Schottenheim und seinen Spitzenbeamten⁶². Man hoffte und glaubte, die vorübergehenden Beschränkungen im Bauwesen als Atempause für die Planung nutzen zu können - an eine militärische Niederlage scheint bis 1941 kein Gedanke verschwendet worden zu sein.

B. Großbauten und Projekte

1. Das neue Verwaltungsviertel an Moltkeplatz und Minoritenweg

Kernpunkt städtebaulicher Erneuerung in Regensburg während des Dritten Reichs war die Umgestaltung des Areals um den Minoritenweg und den Moltke-, heute Dachauplatz⁶³. Während weite Teile der Regensburger Altstadt in ihrem mittelalterlichen Baubestand erhalten geblieben waren, hatte für ihren Südosten und Osten die napoleonische Beschießung im Jahr 1809 erhebliche Veränderungen mit sich gebracht. Die damals neu entstandene Maximilianstraße hatte sich mittlerweile zu einem Hauptgeschäftszentrum von Regensburg entwickelt, ihre weiter östlich verlaufende Parallele "Klarenanger" - Ende 1933 umbenannt in "D.-Martin-Luther-Straße" - wirkte dagegen vor allem in ihrem Nordabschnitt recht verwahrlost. Sie mündete in den Moltkeplatz, der als "unwürdigster Platz von ganz Regensburg" galt⁶⁴.

Schon unter Oberbürgermeister Hipp setzte die Neugestaltung dieses Bereichs ein. Man erwarb das heruntergekommene, als Kaserne genutzte frühere Minoritenkloster samt -kirche vom bayerischen Staat und begann mit seiner umfassenden Sanierung, um hier ein neues, großzügiges Museum zu errichten. In Schottenheims Amtszeit setzten sich diese Arbeiten fort, daran schloß sich der große Neubaukomplex der Polizeidirektion an. Ab dem Frühjahr 1935, parallel zum beginnenden Bauboom in Regensburg, setzte eine geradezu hektische Aktivität in der Frage der Umgestaltung dieses Stadtviertels ein. Die Neubauten der Sanitätskolonne, des Neuen Rathauses und der Polizeidirektion wurden zu dieser Zeit beschlossen, und auch das erst später konkretisierte Projekt der Ortskrankenkasse schien schon entscheidungsreif zu werden. Obwohl es sich also überwiegend um nichtstädtische Bauvorhaben handelte, erwies sich die Stadtspitze, insbesondere Schottenheim persönlich, als treibende Kraft. Ihm schwebte ein neues Verwaltungszentrum vor, das sich, beginnend am Moltkeplatz, allmählich entlang des Minoritenwegs nach Osten ausdehnen sollte, allerdings wäre er zunächst auch bereit gewesen, Wohnbauten oder die Ansiedlung von Gewerbebetrieben⁶⁵ zu dulden. Hinter

⁶¹ Vgl. Liste Schipper für die Nachkriegszeit geplanter Neubauten 27.7.1940, DS 805. Ebd. weitere Listen mit 34, später 56 Projekten, die sofort nach Kriegsende abgeschlossen bzw. begonnen werden sollten.

⁶² Vgl. Tagesordnungen der Referentenbespr. 1.Halbjahr 1940, DS 555.

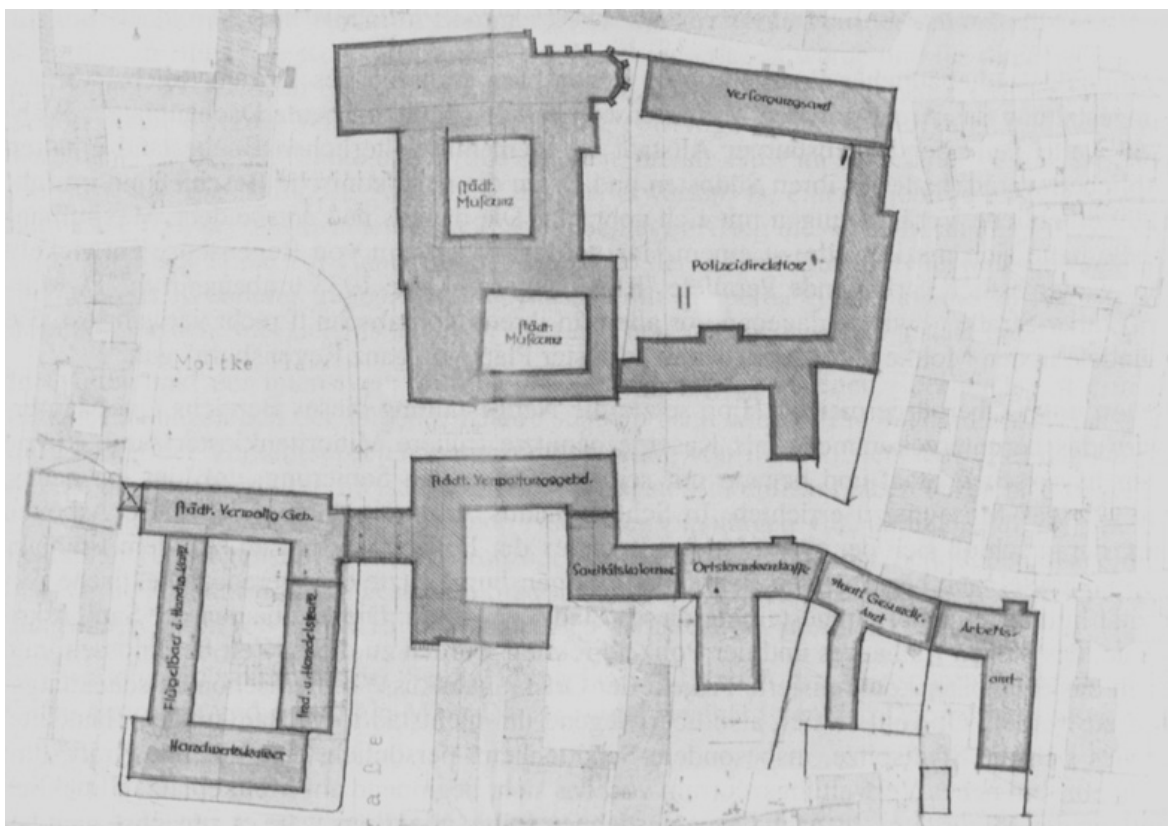
⁶³ Bis 1930 "Kasernplatz", vgl. ZR 17518. Zusammenfassend Stratmann (1987) S.7 ff.

⁶⁴ Nachtausgabe 19./20.6.1935. Zum Aussehen um 1900 (vor dem Abbruch des "Blechern Ecks", das sich an der Stelle des Neuen Rathauses befand): BAP VII S.130 und BA 17.6.1935.

⁶⁵ Notizen Sch. 6.1. und 4.12.1936 zu Projekten Baufirma Brunner für Offizierswhg. am Minoritenweg bzw. eines nicht genannten Auto-Konzerns für eine Verkaufsstelle, DS 888.

den öffentlich verkündeten Plänen über die künftige "Herzkammer" der Stadt, den Kristallisationspunkt städtischen Lebens, der hier entstehen sollte, steckte also anfangs noch längst kein schlüssiges Gesamtkonzept - willkommen war, wer immer hier bauen wollte.

Tatsächlich entstanden gegenüber der Polizeidirektion, an der Südseite des Minoritenwegs, die Neubauten der Freiwilligen Sanitätskolonne des Roten Kreuzes und des Technischen Rathauses, begonnen wurde außerdem mit neuen Verwaltungsgebäuden des Arbeitsamts und der Ortskrankenkasse, das Gesundheitsamt sollte mit einem repräsentativen Großbau die Lücke dazwischen schließen⁶⁶. Der Südteil des Moltkeplatzes selbst veränderte durch den Rathausneubau ebenfalls sein Aussehen, vor allem durch die Arkadenüberbauung der D.-Martin-Luther-Straße. Weitere Planungen, die nicht mehr ausgeführt wurden, sahen vor, den sogenannten "Neumeier-Block", der die Südfront des Moltkeplatzes bildete, durch neue Verwaltungsgebäude zu ersetzen, die schließlich auch die Westfront des Platzes bis hin zur Maximilianstraße einnehmen sollten. Angesichts der Vielzahl von Einzelprojekten sind diesen jeweils gesonderte Abschnitte zu widmen, obwohl sie zeitlich teils parallel liefen oder zumindest ineinander übergriffen.



Neubauten und Projekte an Minoritenweg und Moltkeplatz (Stand Mai 1939)
 Stadtarchiv, DS 644

⁶⁶ Vgl. zum begleitenden Straßenbau Mb Tiefbau, DS 545 und 562, vgl. PolDir an Stadt 25.1.1939, DS 637.

a. Das Ostmarkmuseum⁶⁷

Nach langen Verhandlungen war es der Stadt 1931 gelungen, vom bayerischen Staat die ehemalige Minoritenkaserne am Moltkeplatz zu erwerben, bestehend aus den ursprünglichen Klostergebäuden und der profanierten, vom Kulturbauamt als Bauspeicher genutzten Minoritenkirche⁶⁸. Ursprünglich hatte man hier neuen Wohnraum schaffen wollen; in den zwanziger Jahren bestanden zahlreiche Wohnungen in dem Kasernenkomplex, der zeitweise auch die Landespolizei, den "Reichsverband derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten" und die Kreisleitung der Einwohnerwehr beherbergte. An den Schwierigkeiten mit der Unterbringung der Mieter waren frühere Kaufgesuche der Stadt gescheitert. In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre - mit dem Scheitern des Osthafen-Projekts, der Ford-Ansiedlung und dem Zusammenbruch des Zellstoffwerks - bahnte sich ein Wandel in der langfristigen Zukunftsplanung der Stadtspitze an, die zunehmend vom Industrialisierungsgedanken abrückte und Regensburg stattdessen zur Touristenattraktion entwickeln wollte⁶⁹. In diesem Zusammenhang entstand wohl der Gedanke, endlich ein angemessenes Domizil für die wertvollen städtischen und weitere private Sammlungen zu schaffen⁷⁰, die bislang unter unbefriedigenden, teils ausgesprochen feuergefährlichen Umständen gelagert worden waren. So befanden sich die Sammlungen des Historischen Vereins teils in der Ulrichskirche, teils im Dachgeschoß des katholischen Gesellenheims "Erhardihaus" (Kolpinghaus)⁷¹. Nun sollte nicht nur für Regensburger Objekte ein neues städtisches Museum geschaffen werden, vielmehr wollte man mit einem "Ostmarkmuseum" einen neuen kulturellen Mittelpunkt für ganz Ostbayern schaffen⁷². Noch in Hippi's Amtszeit begannen die Instandsetzungsarbeiten an den früheren Klostergebäuden, betrieben vor allem von Dr. Boll, dem zu diesem Zweck eingestellten Konservator und künftigen Museumsdirektor. Neben Geldspenden hatte er schon Ausstellungsobjekte gesammelt, darunter die wertvolleren Grabdenkmäler der aufgelassenen Friedhöfe St.Peter und St.Lazarus⁷³. Den gesamten Museumsbesitz des "Historischen Vereins von Oberpfalz und Regensburg" übernahm die Stadt wenige Tage vor Schottenheims Amtsantritt⁷⁴, der Museumsausbau selbst ging allerdings aus Geldmangel⁷⁵ äußerst schleppend vor sich, obwohl man sogar versucht hatte, ihn als "wahre Tat praktischer Osthilfe" aus dem Gereke-Programm fördern zu lassen⁷⁶. Erst 1936 gelang es, dem letzten Mieter eine Ersatzwohnung zu beschaffen.

Erstmals 1934/35 stellte der Finanzreferent eine größere Summe für den Museumsausbau im Haushalt ein⁷⁷, 1935 wurde der Haupttrakt des Gebäudes am Moltkeplatz fertiggestellt⁷⁸, im

⁶⁷ Vgl. Ruhl (1987) S.62 f., vgl. allg. Petsch S.123 ff.

⁶⁸ Eingetauscht gegen Landshuter Straße 36, Luitpoldstraße 20 und einen Bauplatz an der Straubinger/Prinz-Ludwig-Straße. Tauschvertrag und Einzelheiten in ZR 18523 und NIB, Akt "Museumsbau", vgl. auch Rückkaufangebot für Luitpoldstraße 20 24.6.1938, DS 643. Einige Sanitätsfahrzeuge waren noch im Kirchenchor untergestellt, vgl. ZRa 14348.

⁶⁹ Frdl. Hinweis G.Reindl, vgl. vorläufig Reindl (1989) S.29.

⁷⁰ Denkschriften dreier BVP-Stadträte 14.9.1926, des Histor. Vereins Mai 1927 (ZR 18522) und Bolls 1929 (ZR 18523). Ähnliche Unterlagen in ZR 18521.

⁷¹ Daneben Reichstagsmuseum im Alten Rathaus, private Sammlungen des naturwiss. Vereins, das fürstlich Thurn-und-Taxis'sche Schloß- und Marstallmuseum und die Diözesansammlung, vgl. ZR 18524.

⁷² Begleitbericht zum Antrag auf Mittel aus dem Siebert-Programm 13.11.1933, ZR 11311. Ebd. Umbaupläne Minoritenkaserne Nov. 1932.

⁷³ Vgl. NIB, Akt "Museumsbau".

⁷⁴ Vertrag 15.3.1933, ZRa 13901, in NIB, Akt "Histor.Verein. Verträge", und Notariatsurkunde 1670 (Stadtarchiv). Vgl. auch Boll an Reichskammer der Bildenden Künste 2.6.1934, NIB Akt "Museumsbau. Minoritenkirche."

⁷⁵ Vgl. Notiz Sch. 24.11.1934, NIB Akt "Museumsbau".

⁷⁶ Darlehensantrag 4.2.1933, ZR 11310: 66900 RM für Haupttreppehaus; die Maßnahme diene der Steigerung des Fremdenverkehrs und sei volkswirtschaftlich "besonders vertretbar".

⁷⁷ Haushaltsbericht 1934/35, ZRa 13671. In diesem Etatjahr bezuschulte die Stadt die Museen mit rund 63000 RM, davon dienten nur 7000 RM Neuanschaffungen, vgl. Stadt an DGT 29.11.1935, ZR 18550.

Lauf des Jahres 1936 wuchs der Südflügel am Minoritenweg allmählich in die Höhe⁷⁹, und im Herbst dieses Jahres begannen auch die Arbeiten am Ostflügel und dem Dachstuhl des Gesamtkomplexes⁸⁰. Im Frühjahr 1937 konnte man den neu entstandenen Innenhof des Museums und die Grünfläche vor der Minoritenkirche für den "Führerbesuch" herrichten⁸¹; Hitler hatte im Zusammenhang mit der Brucknerfeier und dem Festkonzert in der Kirche eine neue Orgel für diese gestiftet. Noch im Jahr 1937 wurden am Erweiterungsflügel im Museumshof die letzten Dacharbeiten abgeschlossen, während Boll daran ging, den Haupttrakt des Museums mit Teilen der Sammlungen aus der Ulrichskirche auszugestalten. Auch die Sammlungen des bischöflichen Stuhls hätte er gern als Dauerleihgabe in das neue Museum integriert⁸².

In den folgenden Jahren mußten die Bauarbeiten aus Geldmangel zeitweise eingestellt werden⁸³, und Boll konnte fast nur noch die Ausgestaltung der bereits fertigen Säle vorantreiben. War im Frühjahr 1939 die Rede davon, daß der erste Teilabschnitt des Museums im Sommer eröffnet werden könne⁸⁴, so mußte Schottenheim den Festakt schließlich "in Anbetracht der außenpolitischen Lage" verschieben⁸⁵. Der Zweite Weltkrieg hat schließlich verhindert, daß das neue Museum noch im Dritten Reich eröffnet worden wäre⁸⁶. Stattdessen wurde es unter anderem als Lager für Einrichtungsgegenstände genutzt, die aus städtischen Schulen entfernt wurden, um dort Platz für Massenquartiere zu schaffen. Die Minoritenkirche erlitt zudem beim Bombenangriff vom 20.10.1944 schwere Schäden⁸⁷. Nach Kriegsende befanden sich im Museumsbau Dienststellen der US-Militärregierung und des Wirtschaftsamts, es diente als Quartier für durchreisende Flüchtlinge sowie als Kleider- und Uniformlager⁸⁸. Erst 1949 konnte der damalige Kultusminister Hundhammer das "Städtische Museum Regensburg" feierlich eröffnen⁸⁹.

b. Der Neubau der Freiwilligen Sanitätskolonne

Den Anstoß für die weitere Umgestaltung des Bereichs um Moltkeplatz und Minoritenweg gab die Freiwillige Sanitätskolonne des Roten Kreuzes, als dessen Kreisvorsitzender Schottenheim seit 1934 fungierte⁹⁰. Kolonnenführer waren bis Mai 1933 Sanitätsrat Dr. Joachim, ein früherer BVP-Stadtrat, dann der SA-Arzt und Kreisamtsleiter Dr. Heinrich Seboldt⁹¹.

⁷⁸ Ankündigung BA 3.1.1935. Lt. Bericht Bauamt 13.8.1935 (ZR 11074 d) durchschnittlich 15 WE als Notstandsarbeiter auf der Baustelle.

⁷⁹ BA 14.9.1936, vgl. Liste Bauprojekte, DS 666.

⁸⁰ Vgl. Bolls Tätigkeitsbericht 1933-1936 und weitere Einzelheiten in NIB, Akt "Museumsbau. Minoritenkirche". Vgl. auch Sch. an Wächtler 25.9.1936, DS 641, sowie BA 13.10. bzw. 4.11.1936.

⁸¹ Mb Bauamt April 1937, DS 545.

⁸² Vertragsentwurf Okt. 1936, ZR 18526, vgl. Sch. an Buchberger 11.2.1938, DS 657. Zum entsprechenden Leihvertrag 23.4.1938: ZR 18526.

⁸³ Einzelheiten in NIB, Akten "Museumsbau" und "Museumsbau. Minoritenkirche", vgl. auch Rh-Prot. 20.1.1939 sowie BA 13.7.1937 und dazu PSt 502.

⁸⁴ Vgl. laufende Mb in DS 667.

⁸⁵ Sch. an Siebert 6.7.1939, DS 653. Den Rh. nannte Sch. Ende 1939 als Öffnungstermin (20.7.1939, Text in ZR 11243).

⁸⁶ "Eine unserer ersten Aufgaben nach dem Kriege (...), diese Kulturstätte in würdiger Form der Öffentlichkeit zu übergeben" (Programmrede 1941, DS 523).

⁸⁷ Zum LS für das Museum vgl. NIB, gleichnamiger Akt.

⁸⁸ Vgl. NIB, Akt "Museumsbau. Minoritenkirche", vgl. auch H. an Militärreg. 30.6.1945, NIB, Akt ohne Titel.

⁸⁹ Frdl. Hinweis L.Hilmer, vgl. auch ZR 18528.

⁹⁰ Vgl. Notiz 23.1.1935, DS 846.

⁹¹ Jb 1933, ZR 20615. 1933: 7 Ärzte, 6 Berufssanitäter, 4 Krankenkraftwagen, 189 aktive Mitglieder; nach Zwangsauflösung des Arbeiter-Samariter-Bundes 22.12.1933 kamen 27 weitere hinzu.

Bislang war die Kolonne im ehemaligen städtischen Polizeigefängnis untergebracht, einem langgestreckten Gebäude mit Schmalseite zum Klarenanger⁹², das als verwahrlost, feucht und geradezu gesundheitsschädlich für die hier untergebrachten Berufssanitäter galt⁹³. Schon in der Weimarer Zeit hatte es daher Pläne für einen Neubau gegeben. Mit dem Grundtausch zwischen Stadt und Staat im Jahr 1931, der dem Museumsprojekt diene, traten auch diese Pläne in ein konkretes Stadium. Nun wollte das Rote Kreuz seinen Neubau an der Ecke Moltkeplatz/Minoritenweg errichten, wo später das Neue Rathaus entstand. Konzipiert war das Gebäude als vierstöckige Anlage, die auch die Polizeidirektion, das städtische Einwohner- und Paßamt und den Amtsarzt aufnehmen sollte⁹⁴. Auch Schottenheim unterstützte dieses Gemeinschaftsprojekt nachdrücklich, da er darin eine großangelegte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme sah und sich die Räumung des alten städtischen Bibliotheksgebäudes am Haidplatz versprach, wo bislang die Polizeidirektion notdürftig untergebracht war. Daher hätte er auch die benötigten städtischen Grundstücke kostenlos zur Verfügung gestellt⁹⁵. Bald ergab sich jedoch, daß die Polizeidirektion nicht mehr an einer Beteiligung am Kolonnengebäude interessiert war⁹⁶; ihr eigener Neubau an der Nordfront des Minoritenwegs, östlich anschließend an das Museum, war seit 1934 im Grundsatz beschlossene Sache. Nach diversen weiteren Schwierigkeiten⁹⁷ entschied sich Schottenheim im Februar 1935 in Absprache mit Kreisleiter Weigert, gegenüber ein neues städtisches Verwaltungsgebäude errichten zu lassen⁹⁸. Ein Gemeinschaftsbau mit der Sanitätskolonne hätte diese überfordert, und so ließ Schottenheim das Rathausprojekt unabhängig vom Kolonnenneubau vorantreiben⁹⁹. Als Standort für diesen legte er nun einen weiter nach Osten in den Minoritenweg gerückten Bauplatz fest¹⁰⁰. Die Finanzierung galt als gesichert¹⁰¹; Schottenheim selbst erreichte vom "Ärztlichen Versorgungsverband bei der Bayerischen Versicherungskammer", daß dieser der Sanitätskolonne die benötigten Summen zur Verfügung stellte¹⁰². Das Engagement des Oberbürgermeisters für die Belange des Roten Kreuzes beruhte nicht nur auf seiner Eigenschaft als dessen Kreisvorsitzender, sondern auch darauf, daß der Neubau des Kolonnenhauses zeitlich vor dem des Neuen Rathauses entstehen mußte, wenn man den beim Abbruch der Wohnhäuser am Minoritenweg entstehenden Wohnungsmangel durch die Nutzung des alten Kolonnenhauses auffangen wollte¹⁰³.

Im Sommer 1935 begannen die Abbrucharbeiten am Minoritenweg¹⁰⁴, mit Herbstbeginn die eigentlichen Baumaßnahmen am Kolonnenhaus¹⁰⁵ nach den Plänen des Regensburger Architekten und Regierungsbaumeisters Beckers. Im Lauf des Jahres 1936 wurden auch die Finan-

⁹² Adresse: Klarenanger 3, vgl. ZRa 14352 und ZR 20618.

⁹³ Bericht Zwick 15.3.1935, ZR 20620.

⁹⁴ Baupläne Landbau- und Stadtbauamt 19.1. bzw. 3.4.1933, ZR 20620, mit Erläuterungen (24.1.1933) auch in ZR 19610.

⁹⁵ Sch. an PolDir 3.4.1933, ZR 19610.

⁹⁶ Vermerk H. 6.9.1933, ZR 20620.

⁹⁷ Vgl. Stadt an Minn 16.10.1934, ZR 19610. Der Standort auch im Gespräch für die neue OWAG-Verwaltung und einen NS-Repräsentationsbau (Notiz Sch. 22.10.1934, DS 666, bzw. Schemm an Sch. 8.2.1935, ZR 20620).

⁹⁸ Notiz 23.2.1935, DS 634; ebd. ein erstes Finanzierungsmodell.

⁹⁹ Notiz 4.3.1935, ebd.

¹⁰⁰ Spätere Adresse: Minoritenweg 4.

¹⁰¹ Vgl. Notizen Sch. 8. und 22.3.1935, DS 634; Bericht Zwick 15.3.1935, ZR 20620: Neubaukosten 260000 RM, dann mit Einbau von Whg. für die Berufssanitäter 300000 RM, vgl. Sch. an Bayerische Versicherungskammer 27.8.1935, ebd.

¹⁰² Notiz Sch. 18.3.1935, DS 634, sowie 16.3. und 3.9.1935, ZR 20620; vgl. auch ZR 16305.

¹⁰³ Notiz Sch. 2.4.1935, DS 634.

¹⁰⁴ H. an Reichskommissar für Orts- und Landkrankenkassen Bayern 16.7.1936, DS 642. Erwähnt auch in Liste Abbruchmaßnahmen 1935, DS 666; vgl. BA 17.6.1935.

¹⁰⁵ Notiz Sch. DS 634.

zierungsverhandlungen abgeschlossen¹⁰⁶, und nach nur einjähriger Bauzeit, am 15.11.1936 - wenige Wochen nach der Grundsteinlegung für das westlich benachbarte Neue Rathaus - konnte der Neubau mit einem Festakt eingeweiht werden. Kolonnenführer Seboldt nannte das Gebäude ein künftiges Zentrum für den Zivilschutz bei Luftangriffen, während Schottenheim bereits das nächste Großprojekt am Minoritenweg öffentlich bekanntgab: ein Verwaltungsgebäude der Ortskrankenkasse östlich des Kolonnenhauses¹⁰⁷. Dieses wurde lange nach Kriegsende ins Neue Rathaus einbezogen.

c. Der Neubau der Polizeidirektion

Schon 1932 hatte Polizeidirektor Bernreuther Neubaupläne für ein Direktionsgebäude entwickelt, um seine Behörde endlich aus ihrem äußerst beengten Notquartier, dem ehemaligen Bibliotheksgebäude der "Neuen Waag" am Haidplatz, verlegen zu können¹⁰⁸. Zunächst konzentrierten sich die Überlegungen auf einen Umbau des staatseigenen ehemaligen Garnisonslazaretts an der Greflinger Straße, sogar fertige Pläne lagen bereits vor¹⁰⁹; doch scheiterte dieses Projekt schließlich, und die Lazarettgebäude wurden, wie bereits beschrieben, anderweitig genutzt, unter anderem als Quartier der SS- und SA-Hilfspolizei. Nach Bernreuthers Ablösung im März 1933 sah sich sein Nachfolger Popp gezwungen, einen neuen Standort zu suchen. Sehr schnell legte man sich nun auf den Bereich am Minoritenweg fest. Zwar zerstritten sich im Spätsommer 1933 die erwähnten Pläne eines Gemeinschaftsbaus mit der Sanitätskolonne, doch nachdem sich Ministerpräsident Siebert vom heruntergekommenen Zustand des bisherigen Hauptquartiers am Haidplatz überzeugt hatte, ordnete das Innenministerium einen beschleunigten Neubau an und genehmigte als Bauplatz hierfür den Hof der ehemaligen Minoritenkaserne¹¹⁰. Daß sich dieser noch in Staatsbesitz befand, verbilligte das Projekt; zu dieser Zeit waren noch Gesamtaufwendungen von 400000 RM im Gespräch¹¹¹, wovon die Stadt zwangsläufig die Hälfte übernehmen mußte.

Als die Polizeidirektion ihren Raumbedarf festgestellt hatte, ergab sich die Notwendigkeit, auch die östlich an den Hof anschließenden Gebäude entlang der Fahrbeckgasse in den Neubau einzubeziehen¹¹², obwohl die Umsiedlung der hier lebenden Mieter angesichts der Wohnungsnot in Regensburg erhebliche Schwierigkeiten bereitete¹¹³. Parallel zu den Grunderwerbsverhandlungen waren Finanzierung und technische Abwicklung des Neubaus zu klären¹¹⁴. Im März 1935 erklärte sich die Stadt bereit, ihren Kostenanteil - mittlerweile war die

¹⁰⁶ Vgl. Notiz Sch. 28.10.1935, DS 666; Einzelheiten in ZR 16305, vgl. Rh-Prot. 7.5.1936. Der städt. Zuschuß (20000 RM pro Jahr, begründet v.a. durch die Leistungen der Kolonne im Rettungsdienst) 1933 auf 15000 RM gekürzt und zu teilen mit dem SA-Sanitätssturm, vgl. ZR 20612. Allg. zum Rettungswesen: Fragebogen DGT 2.9.1936, ZRa 13544, vgl. auch Gesetz 9.12.1937, RGBI I S.1330.

¹⁰⁷ Text in NIS 17, auch erwähnt im RPB 8.12.1936. Presseberichte bei Weinmann S.235 und Ruhl (1989) S.62, vgl. auch BAP VII S.131. Zum baukünstlerischen Aspekt Jaumann S.132.

¹⁰⁸ Vgl. allg. ZR 19610 und StA (1987) 3 gelb 632 = 2098 d. Vgl. HStAM MIInn 72323-72325 zu den Polizeirevieren und 72327 zur Anmietung von Teilen des alten Stallgebäudes im Fürstl. Schloß (Waffnergasse 6) für Büro- und Lagerzwecke (Vertrag 30.4.1938).

¹⁰⁹ Pläne Landbauamt 21.1.1933, ZR 10416.

¹¹⁰ Notizen Sch. 10.10. bzw. 27.11.1934, DS 637 und 666, sowie 16.10.1934 an MIInn, HStAM MIInn 71912.

¹¹¹ Notiz Sch. 10.10.1934, DS 637, vgl. Vermerk H. 6.2.1935, ZR 19610. Ebd. der Streit um den Wert des Bauplatzes.

¹¹² Notiz Sch. 4.2.1935, DS 637.

¹¹³ Antrag Popp auf Zwangsenteignung 15.2.1935, ZR 19610, Genehmigung Reg. 27.3.1935, ZR 12254; Details in ZR 15941 und 19610. Der Bauplatz umfaßte rund 0,64 ha, sein Wert war mit 43000 RM veranschlagt, vgl. HStAM MIInn 72322 (Beschriftung des dem Akt beiliegenden Lageplans).

¹¹⁴ Einzelheiten in DS 637 und ZR 19610.

Rede von rund 650000 RM Gesamtkosten - in außerordentliche Haushaltspläne für 1935 und 1936 aufzunehmen¹¹⁵. Allerdings hatte man die Begehrlichkeit der Polizei unterschätzt, die nun ständig neue Wünsche in ihre Pläne einarbeitete, so daß sich die veranschlagten Gesamtkosten rapide erhöhten¹¹⁶. Als das Innenministerium das Neubauprojekt im Sommer 1935 genehmigte¹¹⁷, ergab sich bereits eine veranschlagte Bausumme von über 860000 RM, von der rund 390000 RM auf die Stadt entfielen¹¹⁸.

Im Herbst 1935 erwarb die Polizeidirektion die Häuser an der Fahrbeckgasse¹¹⁹, doch scheiterte ein sofortiger Baubeginn am Mangel an Arbeitskräften¹²⁰. Erst im folgenden Frühjahr begannen unter Leitung des Architekten Sepp die Abbrucharbeiten, im September wurde in Sieberts Anwesenheit das Richtfest gefeiert¹²¹. Auch an dieser Baustelle ergaben sich wie beim gegenüber entstehenden neuen Rathaus erhebliche Verzögerungen durch den Mangel an Baumaterial; der Bezugstermin mußte immer wieder verschoben werden¹²². Dennoch plante der Polizeidirektor bereits umfangreiche Erweiterungen, denn infolge der laufenden Vermehrung des Personals reichte der Gestapo-Flügel an der Fahrbeckgasse nicht mehr aus. So beantragte Popp, auch den Ostflügel des Versorgungsamts (Bertholdstraße 2) in den Baukomplex einzubeziehen¹²³. Das Reichsarbeitsministerium, dem das Versorgungsamt unterstand, war einverstanden¹²⁴, und während der erste Bauabschnitt Ende 1937 allmählich vollendet wurde, schloß man die Planung auch für diesen Erweiterungsflügel ab¹²⁵.

Gleichzeitig setzten die Überlegungen der Stadtverwaltung über die künftige Nutzung der bisherigen Polizeidirektion am Haidplatz ein. Weigert wollte hier ein zentrales HJ-Heim einrichten, Schottenheim zumindest einige der Räume für die Bibliothek reservieren, die aus dem Alten Rathaus hierher zu verlegen gewesen wäre. Schließlich kam auch noch die SS als Bewerber ins Gespräch¹²⁶. Tatsächlich haben - nach den von der Stadt finanzierten Umbauten - die SS im August 1938, die HJ kurz darauf die inzwischen instandgesetzten Räume am Haidplatz bezogen¹²⁷.

Erst Anfang 1938 konnte das Hauptgebäude der neuen Polizeidirektion vollständig bezogen werden¹²⁸. Das Hoheitszeichen über dem Haupteingang stammte von dem Regensburger Bildhauer Roider, der Entwurf dazu von seinem Münchener Kollegen Goebel¹²⁹. Im Haupttreppenhaus wurden Reliefs angebracht, die stilisierte Stadtwappen ostbayerischer Städte darstellten, und in die Säulen des ersten Obergeschosses meißelten Roider und der Bildhauer Obermaier Kriegergedenktafeln ein¹³⁰. Noch nicht eingezogen war das Einwohneramt, über

¹¹⁵ Sr-Prot. 15.3.1935. Zur Finanzierung vgl. Notiz Sch. und Bericht Ehrhardt 27.3.1935, DS 634 bzw. 637.

¹¹⁶ Einzelheiten in HStAM MInn 71912. Notiz Sch. 17.5.1935 (DS 637): schon ca. 700000 RM.

¹¹⁷ 3.7.1935, HStAM MInn 71912.

¹¹⁸ Vgl. Bericht Sailer 16.11.1936, DS 637, und Popp an Stadt 15.2.1938, StA (1987) 3 gelb 633 = 2098 d.

¹¹⁹ Hierzu ZR 19610.

¹²⁰ BOm 17.3.1936. Baugenehmigung lt. Rh-Prot. 13.3.1936.

¹²¹ BA und VB 6./7.9.1936. Zum Baufortschritt: Mb DS 545 und 637 sowie Erinnerungen Sch., NIS 30 S.3597 ff. Presseberichte bei Ruhl (1987) S.15 ff. und (1989) S. 60 ff.

¹²² Vgl. z.B. PolDir an MInn 16.4.1937, HStAM MInn 72322, und Mb 30.6.1937, DS 545 und 637.

¹²³ Popp an MInn 20.1.1937, HStAM MInn 71912. Es handelte sich um vom Reich gemietete Staatsgebäude.

¹²⁴ 17.6.1937, HStAM MInn 72322.

¹²⁵ Popp an RfSSuChdDtP 21.12.1937, ebd. Die unter dem 20.1.1937 im BAP VII S.130 genannten Pläne offenbar aus einem früheren Planungsstadium.

¹²⁶ Vgl. Notizen Sch. Okt. 1937 bis Feb. 1938, DS 662.

¹²⁷ Mb Aug. 1938, DS 847, vgl. auch BOm 25.10.1938.

¹²⁸ BOm 25.1.1938.

¹²⁹ Mb 30.9.1937, DS 637.

¹³⁰ Mb 30.11.1937, ebd. Innenaufnahmen im Nachlaß Beschoren/Fotoalbum 7 (Stadtarchiv). Zum kunstgesch. Aspekt Jaumann S.132.

dessen Verstaatlichung seit langem verhandelt wurde. Und auch die Arbeiten am Erweiterungsbau sowie am Ostflügel des Versorgungsamts waren noch in Gang¹³¹. Schließlich kam ab April 1938 ein Turnhallenneubau im Innenhof des Gesamtkomplexes hinzu¹³². Erst im Mai 1938 wurden die Arbeiten an den Bürogebäuden abgeschlossen, und die Staatspolizeistelle Regensburg bezog ihr neues Quartier an der Fahrbeckgasse¹³³. Der Turnhallenbau sollte dagegen nochmals ein ganzes Jahr in Anspruch nehmen¹³⁴. Insgesamt hatten nun alle Baumaßnahmen zusammen 1,54 Millionen RM verschlungen¹³⁵, da sich die Stadt an den Kripo- und Stapoeinrichtungen allerdings nicht in voller Höhe beteiligen mußte, blieb es bei knapp 390000 RM, die sie letztlich zugeschossen hat. Das fertige Gebäude der Polizeidirektion war also Eigentum des Deutschen Reichs, im Jahr 1952 wurde es der Stadt übergeben¹³⁶.

d. Der Neubau des Technischen Rathauses

Überlegungen zur Erweiterung des überlasteten (Alten) Rathauses hatte es seit langem gegeben, doch waren sie an den hohen Kosten für den Ankauf der Nachbargebäude und der dadurch zu erwartenden Verschärfung der Wohnungsnot gescheitert. Auch für ein neues Verwaltungshochhaus an anderer Stelle hatte es schon in den frühen zwanziger Jahren Pläne gegeben, die man nun, im Jahr 1935, als Beispiel einer dekadenten Bauplanung hinstellte¹³⁷. Im Februar 1935 fiel die Entscheidung für ein neues städtisches Verwaltungsgebäude, die Ortskrankenkasse hatte soeben ihre Bereitschaft signalisiert, mit der Sanitätskolonne gemeinsam einen Neubau zu errichten, und nun entwickelte Schottenheim die Idee, daß auch die städtische Sparkasse, die über genügend Geld verfüge, sich anschließen solle¹³⁸. Im Zuge dieser Gespräche ergab sich, daß die Sparkasse ebensogut der Stadtverwaltung einen repräsentativen Neubau vorfinanzieren könne.

Im Juni 1935 stellte Schottenheim das Projekt eines Gemeinschaftsbaus mit der Sanitätskolonne der Öffentlichkeit vor. Er sollte an der Stelle des früheren "Blechernen Ecks", an der Ecke Moltkeplatz/Minoritenweg entstehen und rund 1 Million RM kosten¹³⁹. Das neue "Technische Rathaus" sollte Dimensionen erhalten, daß "auch nach Generationen mit einer flächenmäßigen Erweiterung nicht mehr gerechnet werden braucht"¹⁴⁰. Während man noch den Raumbedarf festlegte, entschied sich Schottenheim wegen der überhöhten Ansprüche der Sanitätskolonne allerdings doch für einen Alleingang der Stadt. Gegenüber der Öffentlichkeit rechtfertigte er den aufwendigen Neubau natürlich nicht mit dem Bedürfnis der Stadtspitze nach architektonischer Selbstdarstellung, sondern mit einem ganzen Bündel sachlicher Motive. Sie reichten von der Vereinfachung der Verwaltungsarbeit über die gebotene größere Bürgernähe und die Stimulierung des Arbeitsmarkts bis zur Behebung der Wohnungsnot, denn bislang lagen die städtischen Dienststellen überall im Stadtgebiet verstreut, teils auch in angemieteten Büroräumen - ein Zustand, der von vielen Bürgern als äußerst lästig empfunden

¹³¹ Mb 31.1.1938, DS 637.

¹³² Mb 1.3.1938, ebd. Einzelheiten in HStAM MInn 72326.

¹³³ Mb 30.5.1938, DS 637. In StA (1987) 3 gelb 632 = 2098 d Pläne, demnach 2 Untergeschosse im Gestapoflügel; im tieferen Keller angeblich die Folterzentrale.

¹³⁴ Vgl. Mb ab Ende 1938, DS 667.

¹³⁵ Gesamtabrechnung 25.10.1939, festgestellt vom RfSSuChdDtP, HStAM MInn 72322.

¹³⁶ TA 14.11.1952.

¹³⁷ BA 27.9.1935.

¹³⁸ Notizen 6.2.1935, DS 666.

¹³⁹ BA 17.6.1935, vgl. BA und BOM 21.6.1935, Nachtausgabe 19./20.6.1935, RE 21.-27.6.1935. Die Meldung auch in auswärtigen Blättern.

¹⁴⁰ Notiz Sch. 8.3.1935, DS 634.

wurde, da er Behördengänge zu einer zeitraubenden und komplizierten Angelegenheit werden ließ. Doch nicht nur diese praktischen, auch ideologische Überlegungen flossen ein: Schottenheim verwies auf die Stadt als Organismus, bei dem sich wie in der Familie, aber auch in der Volksgemeinschaft, die einzelnen Glieder um einen zentralen Punkt scharen sollten. Es lag also nahe, einen derartigen Kristallisationspunkt künstlich zu schaffen, von dem aus das Leben der Bürger organisiert - und überwacht - werden konnte: die "Herzkammer" städtischen Lebens¹⁴¹. Sicherlich hat auch der Wunsch des Oberbürgermeisters eine Rolle gespielt, sich selbst mit einem monumentalen Großprojekt ein Denkmal zu setzen, gerade in Konkurrenz zur Gauhauptstadt Bayreuth. Zumindest die Presse sprach jedenfalls davon, daß das neue Rathaus "den gesunden Geltungswillen einer Stadt von der Bedeutung Regensburgs entsprechend wirkungsvoll betonen" solle¹⁴². Hinzu kam das Moment einer symbolischen, der "natürlichen Entwicklung" entsprechenden Öffnung der Stadt nach Osten: Es "öffnet sich im Osten die Donauebene, liegt im Stadtosten die wichtigste Industrie und liegt nicht zuletzt im Osten das weite Grenzland, dem Regensburgs Gesicht immer zugewandt sein muß. Der Stadtwesten wird, wie fast überall, die bevorzugte Wohngegend bleiben; die Altstadt das ehrwürdige Denkmal einer großen Vergangenheit; dem Osten aber gehört die Zukunft des schaffenden Regensburgs."¹⁴³ Der Autor dieser Zeilen konnte nicht ahnen, daß sich ein Jahr später mit den Flugzeugwerken der größte Industriebetrieb, den es in Regensburg je gegeben hat, ausgerechnet im Stadtwesten ansiedeln würde. Will man die Motive der Standortwahl für das Neue Rathaus daher ein wenig prosaischer zusammenfassen, so ergibt sich, daß im Altstadtbereich - einen zweifellos vorhandenen Respekt vor der historischen Bausubstanz vorausgesetzt - sonst nirgends genügend Platz für Neubauprojekte dieser Größenordnung zur Verfügung stand. Das erforderliche Gelände befand sich größtenteils in städtischem Besitz, und mit der Erwerbung der Restflächen und der Räumung der abzureißenden Gebäude hatte man sich bereits bei der Planung der anderen Neubauprojekte ausführlich befaßt¹⁴⁴.

Die Finanzierung des Rathausneubaus erfolgte mit Hilfe der Sparkasse und der städtischen Werke¹⁴⁵. Diese mußten entsprechend dem künftig von ihnen belegten Anteil an den Büroräumen einen Baukostenzuschuß leisten¹⁴⁶, die Hauptlast hatte dagegen die Sparkasse aufzubringen, den Verwaltungsneubau zu errichten und ihn anschließend an die Stadtverwaltung zu vermieten¹⁴⁷.

Zunächst oblag die Bauplanung dem Stadtbauamt, doch war Schottenheim von den Ergebnissen entsetzt. Die Vorlage sei "unmöglich; es fehlt jeder Schwung, es fehlt jede architektonische Schönheit, die gelieferte Zeichnung hätte genau so gut von einem 10jährigen Schulmädchel erstellt sein können"¹⁴⁸. Auch Innenminister Wagner soll sich mit den Worten: "Was soll das sein? So etwas gibt es im 3.Reich nicht" über die Rathausplanung geäußert haben¹⁴⁹. Nachdem sich somit Bayerns "starker Mann" eingemischt hatte, entschloß sich Schottenheim, die ganze Angelegenheit auf den Regierungspräsidenten abzuwälzen: Wichtig sei, "daß Holz-

¹⁴¹ RE 21.6.1935 und BA 17.9.1936.

¹⁴² RE 25 21.6.1935.

¹⁴³ Ebd.

¹⁴⁴ D.-M.-Luther-Straße 3-5, Minoritenweg 4-6. Erwerb des letzteren 22.8.1935 durch die Stadt, die Vorbesitzer kauften dafür der jüd. Familie Landauer Sternbergstraße 9 ab (ZRa 14357). Weitere Grundgeschäfte in ZRa 14239, 14280, 14304 und 14655. Zum Abbruch D.-M.-Luther-Straße 5: ZRa 14354.

¹⁴⁵ Vgl. Notizen Sch. Frühjahr 1935, DS 634.

¹⁴⁶ Verf. Sch. 28.6.1935, DS 633.

¹⁴⁷ Beschluß Verwaltungsrat der Sparkasse (14.5.), Erbbaurechtsvertrag (18.5.) und abschließende Vereinbarung (24.5.1935), ebd. Am 20.4.1936 nannte Schipper Gesamtkosten von 1,1 mio RM, von denen die Werke 390000 RM tragen sollten, vgl. Rh-Prot. 7.5.1936.

¹⁴⁸ Notiz 26.6.1935, DS 634.

¹⁴⁹ Notiz Sch. 22.6.1935, ebd.

schuher dafür seinen Kopf hält"¹⁵⁰. So kam es kurz nach Beginn der Abbrucharbeiten am Minoritenweg zum Abschluß eines Vertrags mit dem angesehenen Münchener Architekturbüro Hönig & Söldner¹⁵¹. Erneut ergab sich jedoch eine unerwartete Komplikation durch Wagners Eingreifen, der sich zufällig am Tag des Vertragsabschlusses in Regensburg aufhielt und die Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs verlangte. Die Stadt fand eine elegante Lösung, indem sie tatsächlich einen solchen Wettbewerb ausschrieb, ihn aber mit "Städtebauliche Ausgestaltung des Moltkeplatzes" betitelte, während die Rathausplanung selbst dem Büro Hönig & Söldner verblieb¹⁵². Im Herbst 1935 legte es erste Entwürfe vor¹⁵³, doch sollte nochmals ein ganzes Jahr vergehen, bis man den Bau tatsächlich beginnen konnte; vor allem die Arkadenüberbauung der D.-Martin-Luther-Straße bereitete erhebliche Probleme.

Erst im Frühjahr 1936 lagen die Baupläne vor. Es ergaben sich nun Gesamtkosten von 1,3 Millionen RM, womit Schippers erster Voranschlag um fast 100 % überschritten war¹⁵⁴. Im Juni 1936 begannen die Arbeiten¹⁵⁵, und kurz vor der Fertigstellung des benachbarten Sanitätskolonnengebäudes, im Herbst 1936, legte Schottenheim den Grundstein für das Technische Rathaus¹⁵⁶. Zunächst entstand der Nordflügel am Minoritenweg, dann derjenige entlang der D.-Martin-Luther-Straße samt deren Arkadenüberbauung. Dabei ergaben sich die üblichen Verzögerungen, bedingt durch den Mangel an Material und Facharbeitern¹⁵⁷. Erst nach einem Jahr konnte das Richtfest gefeiert, Anfang 1938 die Arkadendurchfahrt der D.-Martin-Luther-Straße für den Verkehr freigegeben werden; die feierliche Einweihung des neuen Technischen Rathauses erfolgte am 9.7.1938¹⁵⁸. Der Bevölkerung wurde es als beispielhaft für einen gelungenen modernen Zweckbau vorgestellt¹⁵⁹: Sämtliche Steuer-, Abgaben-, Miet- und Pachtangelegenheiten könne der Bürger nun hier erledigen¹⁶⁰. Daneben beherbergte das Gebäude die Verwaltung der städtischen Werke sowie die verschiedenen Abteilungen des Bauamts. Den Ratsherren diente der große Saal im Arkadenüberbau als Sitzungssaal, und im Untergeschoß, das auch für den Luftschutz ausgebaut worden war, befand sich eine Kantine für die städtische Belegschaft.

Schon bei seiner Einweihung reichte der Rathausneubau nicht mehr aus. Entgegen der ursprünglichen Planung hatte man aus Platzmangel verschiedene Ämter nicht dorthin verlegen können, nach wie vor wurden heftige Klagen über die Raumnot in einzelnen Dienststellen laut, und schon Ende 1938 forderte Schottenheim Berichte aller Geschäftsabteilungen über

¹⁵⁰ Ebd.

¹⁵¹ Vermerk Schipper 16.7.1935, ZR 17536. Prof.Hönig war zeitweise Präsident der Reichskammer der Bildenden Künste, sein Honorar für den Rathausneubau betrug 40000 RM, vgl. Notiz Sch. 1.7.1935, DS 634.

¹⁵² Plastischer Fassadenschmuck vom Münchener Bildhauer Prof.Baur (Vergütung 7000 RM, vgl. ZR 18562). Zum kunstgesch. Aspekt: Ruhl (1987) S.12 ff. und Jaumann S.132, vgl. auch DS 635 und BA 29.5.1937. Zur Kunst- uhr: Akt A 1972/52 (Stadtarchiv).

¹⁵³ Notizen Sch. 16.7., 19.9. und 30.10.1935, DS 634, bzw. 28.10.1935, DS 666; vgl. undatierte Notiz, wohl Aug.1935, DS 838.

¹⁵⁴ Vgl. Notiz Sch. zur Liste laufender Bauprojekte, DS 666 ("das gleiche Bild, das wir in Rgbg. schon so oft erlebt haben"). Zu seinen Finanzierungsplänen: Notiz 7.4.1936, DS 634.

¹⁵⁵ Ankündigung Baubeginn und Klärung der Auftragsvergabe: Rh-Prot. 17.6. und 29.7.1936, vgl. BA 3. und 22.7.1936.

¹⁵⁶ Alle städt. Beamten hatten an der Feier am 26.9.1936 teilzunehmen (Verf. 22.9.1936, ZRa 14103). Textentwurf für Grundsteinurkunde in DS 636, vgl. Rh-Prot. 12.8.1936. Zum Baufortschritt: Mb Bauamt, DS 545 und 634; Presseartikel bei Ruhl (1989) S.59 f.

¹⁵⁷ Vgl. RPB 7.11.1936.

¹⁵⁸ Ansprache Sch. in NIS 13, vgl. BOM 11.7.1938.

¹⁵⁹ BOM, BA und VB 16.3.1938; Textgrundlage in PSt 500. Vgl. auch BA 11.-12.6.1938, Grundlage: offizielle Presseführung (vgl. PSt 506), und BA 9.-10.7.1938.

¹⁶⁰ Zur Verlegung städt. Dienststellen: ZRa 14299. Auch im Alten Rathaus wurden Räume frei, vgl. DS 675.

ihren zusätzlichen Raumbedarf¹⁶¹. Es entstand der Plan für ein weiteres neues Verwaltungsgebäude in unmittelbarer Nachbarschaft zum Rathaus, an der Stelle des sogenannten Neu-meier-Blocks, der die Südfront des Moltkeplatzes bildete.

Im Sommer 1939 ging das neue Rathaus in städtischen Besitz über. Der Kaufpreis, identisch mit den Baukosten, belief sich auf 1,14 Millionen RM. Zusammen mit den Erwerbungskosten selbst ergab sich eine Gesamtsumme von 1,19 Millionen RM, von der mittlerweile 780000 RM aus Rücklagen zur Verfügung standen. Der Rest wurde vor allem dadurch beglichen, daß die Stadt der Sparkasse die Anwesen Am Spielhof 1 und Brauergasse 1 abtrat¹⁶².

e. Arbeitsamts-Neubau und Erweiterung der Kinderklinik

Das staatliche - 1939 vom Reich übernommene - Arbeitsamt befand sich im Anwesen D.-Martin-Luther-Straße 21, das der Holzhandelsgesellschaft Regensburg gehörte und an die städtische Kinderklinik angrenzte; sein Mietvertrag lief bis 1940¹⁶³. Von dem ständig überbelegten, von Dr. Schaudig geleiteten Krankenhaus, dem einzigen seiner Art in Ostbayern¹⁶⁴, ging die Initiative für eine Veränderung des bestehenden Zustands aus, denn es suchte dringend Räume zur Erweiterung seiner Kapazität und wollte hierzu das Nachbargebäude erwerben. Bei den ersten Sondierungsgesprächen mit dem Landesarbeitsamt im Sommer 1936 zeigte dieses allerdings nur geringe Bereitschaft, das Anwesen an der D.-Martin-Luther-Straße vor Vertragsablauf zu räumen und einen Neubau an anderer Stelle zu errichten. Auf größeres Entgegenkommen stieß man dagegen beim Reichsarbeitsministerium. Vor allem fiel hier kein Wort davon, daß die Stadt dem Arbeitsamt ein Ersatzquartier beschaffen solle. Nachdem sie Ende 1936 das Arbeitsamtsgebäude erworben hatte und dabei in den bestehenden Mietvertrag eingetreten war¹⁶⁵, zeigten sich die Berliner Stellen, wenn auch ungern, zu einem Neubau bereit, der möglichst parallel zu dem der Ortskrankenkasse entstehen sollte¹⁶⁶. Als Bauplatz hierfür schlug Schottenheim das Gelände östlich des geplanten Neubaus der AOK an der Ecke Minoritenweg/Kirschgäßchen vor¹⁶⁷. Dieser Standort paßte vorzüglich in sein Konzept, das hier entstehende Verwaltungsviertel mit weiteren Behördenbauten nach Osten auszudehnen. Zudem wollte er "durch den Eingang von der Kirschgasse aus (...) öffentliche Plätze und Straßen durch das Bild von Arbeitslosen nicht beeinträchtigt" sehen¹⁶⁸. Zugleich begannen die Vorarbeiten für den Zwischentrakt, der das bisherige Arbeitsamt mit

¹⁶¹ Verf. 20.12.1938, u.a. in ZRa 14358.

¹⁶² Im letzteren seit 1937 Steinweger Zweigstelle der Sparkasse (vgl. Notiz Sch. 6.10.1934, DS 666). Details in DS 633 und ZRa 14471 (Kaufvertrag 3.7.1939), vgl. auch HM 1378 (Grundstücksverkehr 1939), Rh-Prot. 25.5. und 7.6.1939 sowie Programmrede Sch. 20.7.1939 (Text ZR 11243). Zu den Verwaltungskosten für das Neue Rathaus: HM 1549.

¹⁶³ Vermerk Zwick 16.11.1936, DS 638; Außenstelle des AA im städt. Verwaltungsgebäude Kassiansplatz 3, vgl. ZR 10821.

¹⁶⁴ Einzelheiten in DS 638. Zur Geschichte der Klinik vgl. Jb 1926, DS 671; damals war sie in das der Stadt vermachte Anwesen D.-M.-Luther-Straße 19 verlegt worden. Betriebsberichte Kinderklinik in ZRa 13590 und ZRa 13597.

¹⁶⁵ Zu den Kaufverhandlungen mit der Holzhandelsgesellschaft: DS 638 f.

¹⁶⁶ Vermerk Zwick 25.1.1937, DS 638 und 639; hier und in DS 671 die weiteren Verhandlungen.

¹⁶⁷ Notizen Sch. 28.7., 9.9. und 5.10.1936, DS 666, 639 bzw. 671, vgl. Vermerk Zwick 16.11.1936, DS 638 und 639.

¹⁶⁸ Note an Zwick 9.12.1936, DS 638.

der bestehenden Kinderklinik verbinden sollte; ihre unbedingt nötige Erweiterung diene als Hauptargument für eventuelle Enteignungen am Minoritenweg¹⁶⁹.

Nach den Angaben des Arbeitsamts über seinen Raumbedarf errechneten sich Gesamtkosten von rund 250000 RM für den Neubau¹⁷⁰. Daß sich in der Angelegenheit nun monatelang nichts mehr bewegte¹⁷¹, lag allerdings weniger am Kapitalbedarf als an der angespannten Lage auf dem Bauplatz. Da jedoch die Kinderklinik dringender denn je auf ihr Nachbargebäude angewiesen war¹⁷², überzeugte man in mühevollen Verhandlungen schließlich die zuständigen Stellen in Berlin, daß ein Arbeitsamtsneubau in Regensburg in die höchste Dringlichkeitsstufe gehöre¹⁷³. So gab es Ende 1937 hierfür berechnete Hoffnungen¹⁷⁴. Seit kurzem lagen auch die von Regierungsbaumeister Beckers erarbeiteten Entwürfe vor, wonach ein möglichst großer Flügel entlang des Kirschgäßchens entstehen sollte, um am Minoritenweg selbst Platz für den späteren Neubau des Gesundheitsamts zu sparen. Die Baufirma Schrickler hatte sich bereit erklärt, als Trägerin des Neubaus aufzutreten, und somit war seine Finanzierung gesichert¹⁷⁵. Die Eisenzuteilung war genehmigt, Ersatzwohnungen für die umzuquartierenden Mieter standen bereit, die Stadt mußte nur noch das benötigte Gelände erwerben¹⁷⁶. Dies gelang allerdings erst im Frühjahr 1938¹⁷⁷. Ein Vierteljahr später, als auch das Modell für die Erweiterung der Kinderklinik fertiggestellt wurde¹⁷⁸, begannen die Abbrucharbeiten für das neue Arbeitsamt am Minoritenweg¹⁷⁹. Nun zeigten sich gravierende Planungsängel¹⁸⁰, und kaum war dieses Problem gelöst, ergab sich der nächste Rückschlag: Der Neubau mußte aus Eisenmangel zurückgestellt werden¹⁸¹. Erst Ende 1938 begannen die Bauarbeiten an der Kinderklinik¹⁸², im Februar 1939 diejenigen am neuen Arbeitsamtsgebäude¹⁸³. Bis Sommer 1939 konnte man beide Rohbauten noch fertigstellen; für das neue Arbeitsamt wurde kurz vor Kriegsbeginn Richtfest gefeiert, während man dem Zwischentrakt der Kinderklinik gerade den Dachstuhl aufsetzte¹⁸⁴. Somit zählten beide Baumaßnahmen zu der Ka-

¹⁶⁹ Berichte Zwick 10.11.1937, ebd., und Kinderklinik 12.1.1938, DS 671; Näheres in DS 639, vgl. auch BOM und BA 4.2.1938 sowie PSt 500 und NIS 10.

¹⁷⁰ Vermerk Zwick 25.1.1937, DS 638 und 639. Am 7.11.1936 (DS 638) hatte Sch. noch bis zu 250000 RM angesetzt. Geplanter AA-Neubau und Erweiterung der Kinderklinik auch im RPB 8.12.1936 erwähnt.

¹⁷¹ Vgl. Mb Bauamt März 1937, DS 545.

¹⁷² Sch. bot dem AA sogar an, ihm das Thurn-und-Taxis'sche Erbprinzenpalais (Bismarckplatz 8) zu vermitteln, wo das Bauamt untergebracht war, das nun ins Neue Rathaus umzog (Sch. an AA-Direktor Miersch 17.9.1937, DS 638). Weitere Einzelheiten in ZR 16408.

¹⁷³ Bericht Zwick über Berliner Verhandlungen, wohl Nov. 1937, DS 638 und 639.

¹⁷⁴ Vgl. Notizen Sch. 3., 11. und 13.11.1937, DS 639 bzw. 641.

¹⁷⁵ Vertrag Reichsanstalt-Schrickler 14.5.1938, vgl. DS 638. Einzelheiten und Pläne 17.11.1937 ebd. und DS 639.

¹⁷⁶ Lt. Mb Bauamt Dez. 1937 (DS 545) Baubeginn Frühjahr 1938.

¹⁷⁷ Baupläne Oberfinanzpräsidium Nürnberg 31.1.1938, DS 638. Zur Geländebeschaffung: ebd. und DS 639, vgl. Rh-Prot. 4.2.1938. Kaufvertrag 24.3.1938 in ZR 16078 und DS 638, vgl. ZR 15032 zum Ersatzbauplatz für die Besitzer von Minoritenweg 16. Erwerbung Kirschgäßchen 4 am 4.7.1938, vgl. DS 640, ZR 16078 und Rh-Prot. 30.6.1938.

¹⁷⁸ Mb 20.6. und Notiz Sch. 5.7.1938, DS 671. Geplant ein Zwischentrakt (130 statt bisher 80 Betten), dann "Adaptierung" des Gesamtkomplexes; Gesamtkosten 250000 RM, vgl. Rh-Prot. 27.5. und 18.11.1938, Mb 31.12.1938, DS 667 und 671 sowie VB, BOM und BA 12.12.1938.

¹⁷⁹ BA 4.5.1938 (Text PSt 506), Rh-Prot. 12.5.1938 und Notiz Sch. 8.6.1938.

¹⁸⁰ Ohne Verhandlungen über den Abriß des Privathauses gegenüber war an der engsten Stelle des Minoritenwegs ein Säulenvorbau geplant; so mußte der gesamte Neubau zurückversetzt werden. Einzelheiten in ZR 16078 und DS 638 f.

¹⁸¹ AA an Sch. 18.8.1938 und dessen Einspruch beim Landesarbeitsamt 26.8.1938, DS 638.

¹⁸² Vgl. Rh-Prot. 5.12.1938.

¹⁸³ Pressegespräch Sch. 12.12.1938, PSt 500, Mb Bauamt 28.2.1939, DS 667, vgl. BOM 14.2.1939. Endgültige Baupläne 20.12.1938, vgl. BAP VII S.133.

¹⁸⁴ Einladung zum Richtfest in DS 638 und NIS 1, vgl. BA und BOM 21.7.1939. Zum Baufortschritt bis Herbst 1939: Mb Bauamt, DS 667 und 671, vgl. auch Programmrede Sch. vor den Rh. 20.7.1939, Text ZR 11243. Zur Presse Ruhl (1989) S.63.

tegorie, die trotz des Bauverbots, wenn auch langsam und immer wieder unterbrochen durch den Mangel an Baueisen, weitergeführt werden konnten. Anfang 1941 stand das Arbeitsamt "vor der Vollendung"¹⁸⁵, im Herbst dieses Jahres berichtete Schottenheim von der Schritt für Schritt durchgeführten Vereinigung des Gebäudes der Kinderklinik mit dem nunmehr geräumten alten Arbeitsamt¹⁸⁶. Um die Mängel der Lage an der verkehrsreichen D.-Martin-Luther-Straße auszugleichen, spielte der Oberbürgermeister außerdem mit dem Gedanken, nach Kriegsende entweder einen kompletten Neubau an anderer Stelle zu errichten oder aber zumindest Nachbargrundstücke zu erwerben, um der Kinderklinik einen Garten zu schaffen¹⁸⁷.

f. Das Neubauprojekt der Ortskrankenkasse

Seit 1920 war die AOK im Gebäude Wittelsbacherstraße 1 untergebracht, einem ehemaligen Caféhaus aus dem 19. Jahrhundert. Von Anfang an herrschten dort beengte Verhältnisse, die sich mit der steigenden Mitgliederzahl der AOK zunehmend verschärften. Sie betreute Anfang der zwanziger Jahre rund 20000, Mitte der dreißiger Jahre etwa 30000, nach der Eingliederung einiger Nachbarbezirke im Jahr 1936 sogar 37000 Versicherte¹⁸⁸. Die Neuansiedlung des Flugzeugwerks wie auch die allgemeine Konjunkturbelebung ließen eine weitere sprunghafte Steigerung erwarten. Auf Dauer war ein Neubau nicht zu umgehen, der vor allem endlich eine großzügige Schaltherhalle beherbergen mußte¹⁸⁹.

Schon während der Vorbereitungen für die Neubauten der Sanitätskolonne und des Rathauses, Anfang 1935, hatte die Ortskrankenkasse eigene Neubaupläne bekannt gegeben¹⁹⁰ und sehr schnell ihre Bereitschaft erklärt, sich an der Neugestaltung des Minoritenwegs zu beteiligen¹⁹¹. Unter der Hand bemühte sich die Stadt daraufhin, die restlichen Gebäude an der Südseite des Minoritenwegs bis zum Kirschgäßchen zu erwerben¹⁹². Bald ergaben sich jedoch erhebliche Spannungen mit der Leitung der AOK, der Schottenheim intern mangelnde Entscheidungsfreude vorwarf¹⁹³. Dies ging so weit, daß er Innenministerium und Gauleitung einschaltete und seine Referenten anwies, "Schwierigkeiten mit Schwierigkeiten zu beantworten"¹⁹⁴: "Bis auf weiteres werde ich jede Baumöglichkeit der örtlichen Krankenkasse polizeilich verhindern"¹⁹⁵. Endlich gab diese nach, und Ende 1936 kam es zum Vertragsabschluß. Die AOK erklärte sich nun bereit, den größten Teil des fraglichen Geländes am Minoritenweg zu erwerben, während die Stadt erhebliche Gegenleistungen zusicherte¹⁹⁶ und sofort mit

¹⁸⁵ Programmrede Sch. 1941, DS 523. Bauplatzverkauf an Reichsarbeitsministerium: Rh-Prot. 4.7.1940, vgl. ZR 16078. Kaufvertrag 14.6.1940 auch erwähnt in DS 798 und HM 1381.

¹⁸⁶ 22.9.1941 an Kollegen in Warschau, NIS 15.

¹⁸⁷ Programmrede Sch. 1941, DS 523 und ZR 3723.

¹⁸⁸ H. an Reichskommissariat für Orts- und Landkrankenkassen Bayerns 16.7.1936, DS 642.

¹⁸⁹ Vgl. zum Gedränge vor und hinter den Benutzerschaltern das Foto BOM 14.1.1938, vgl. auch AOK an Sch. 21.3.1938, DS 641.

¹⁹⁰ Notizen Sch. 5. und 6.2.1935, DS 666, vgl. HA-Prot. 20.2.1935; Standort noch Wittelsbacher Straße.

¹⁹¹ Vgl. Notizen Sch. Frühjahr 1935, DS 634.

¹⁹² Zu den Kaufverhandlungen Minoritenweg 6, 8 und 10 vgl. DS 642.

¹⁹³ Vgl. Notizen DS 634 und 641, mehrfach mit scharfer, teils verächtlicher Kritik. Vgl. auch Erinnerungen Sch. NIS 30, hier S.3395 f.

¹⁹⁴ Notizen 16. und 18.7.1935, DS 641 und 666; gemeint wohl die Konzession für ein Café im AOK-Gebäude Wittelsbacherstraße. Weitere Einzelheiten in DS 641 f., 666 und 834.

¹⁹⁵ Notiz 7.9.1936, DS 641.

¹⁹⁶ Vertrag 6.11.1936 und Einzelheiten, auch zur Finanzierung des Neubaus, in DS 641 f. Mit Beschluß 30.6.1944 bezifferte AOK-Direktor Süß die städt. Leistungen auf rd. 29000 RM (DS 642). Der geplante Neubau bereits erwähnt im RPB 8.12.1936.

den Abbrucharbeiten begann¹⁹⁷. Baubeginn sollte im Frühjahr 1937 sein¹⁹⁸, als Architekt erneut Regierungsbaumeister Beckers fungieren¹⁹⁹.

Sehr bald erwies sich der Eisenbedarf als entscheidendes Hindernis für den Neubau²⁰⁰, und die AOK mußte ihr Baugesuch vorübergehend zurücknehmen. Erst im Mai 1938 teilte das Reichswirtschaftsministerium überraschend das erforderliche Eisen zu²⁰¹, und das letzte benötigte Grundstück wurde erworben²⁰², doch kamen nun das Neubauverbot von Sommer 1938, dann die generelle Kreditsperre dazwischen²⁰³. Erst Anfang 1939 genehmigte das Reichsversicherungsamt gut eine halbe Million RM für den Neubau²⁰⁴. So konnten nun, nach über vierjähriger Vorlaufphase, endlich die Bauarbeiten beginnen²⁰⁵. Zunächst nahm man das geplante Rückgebäude mit der großen Schalterhalle in Angriff, das bis Kriegsbeginn immerhin im Rohbau fast fertiggestellt wurde, während man beim dreigeschossigen Hauptgebäude über die Fundamente kaum mehr hinauskam; die Baustelle mußte stillgelegt werden²⁰⁶. Im Frühjahr 1941 genehmigte das Reichsarbeitsministerium - als reichsweite Ausnahme - den Weiterbau zur Sicherung der bereits bestehenden Bauteile, die als stark witterungsgefährdet galten. Zwar wurde Architekt Beckers zum gleichen Zeitpunkt zum Wehrdienst eingezogen²⁰⁷, doch stellte man offenbar die Schalterhalle im Rohbau noch fertig, denn in den späten Kriegsjahren stand sie als Quartier für ein ausgebombtes Nürnberger Speziallabor zur Debatte²⁰⁸. Erst 1951/52 konnte die Gesamtanlage vollendet werden, 1977/78 wurde sie ins Neue Rathaus einbezogen²⁰⁹.

g. Weitere Neubauprojekte am Minoritenweg

Der geplante Neubau des (1936 eingerichteten) Gesundheitsamts am Minoritenweg wurde nicht mehr verwirklicht. Diese Behörde war bislang völlig unzureichend im Anwesen Drei-Kronen-Gasse 3 untergebracht²¹⁰. Ihr Leiter, Bezirksarzt Dr. Pius Scharff, dachte zunächst an einen Neubau neben dem Finanzamt an der Landshuter Straße²¹¹, ging jedoch Ende 1937 bereitwillig auf Schottenheims Vorschlag ein, die Baulücke zwischen AOK und Arbeitsamt zu füllen²¹². Im März 1938 lagen die Pläne des Landbauamts vor, und auch die Finanzierung schien durch ein ähnliches Modell wie beim Arbeitsamt gesichert; die Firma Tausendpfund

¹⁹⁷ Ab 7.11.1936: Minoritenweg 6, vgl. Mb Bauamt 30.4.1937, DS 545 und 666. Am 22.12.1936 erwarb die Stadt Minoritenweg 8 und 10 und begann mit der Räumung der Häuser, im Frühjahr 1937 mit den Abbrucharbeiten (Mb Bauamt 30.4.1937, DS 545 und 666).

¹⁹⁸ Notiz Sch. 14.12.1936, DS 641.

¹⁹⁹ Süß an städt. Versicherungsamt 10.5.1937, DS 642.

²⁰⁰ Vgl. RPB 5.6.1937 und Notizen Sch. 3., 11. und 13.11.1937, DS 639 bzw. 641. Einzelheiten in DS 642.

²⁰¹ Erlaß 16.5.1938, DS 642.

²⁰² Minoritenweg 12 (11.6.1938), vgl. HM 1377.

²⁰³ Vgl. Notizen Sch. 5.7. und 4.10.1938, DS 641.

²⁰⁴ 8.3.1939, Abschrift DS 642.

²⁰⁵ Sch. wohl an AOK 24.5.1939, DS 642, vgl. BOM 4.4.1939.

²⁰⁶ Zustand nach der Stilllegung nach Beckers 13.11.1940, DS 642. Vgl. zum Baufortschritt bis dahin Mb Bauamt, DS 641 und 667, vgl. auch Rh-Prot. 12.1.1940 und allg. Ruhl (1989) S.63.

²⁰⁷ Süß an Reichsversicherungsamt 14.5.1941, DS 642.

²⁰⁸ Vgl. Schriftwechsel H.-Gauleitung, LWA und Fa.Pfrimmer, die hier Blutserum produzieren wollte (Okt./Nov.1943, DS 889). Gescheitert an der Unterbringung auswärtiger Arbeitskräfte und den zu aufwendigen Installationsarbeiten.

²⁰⁹ BAP VII S.132.

²¹⁰ Sch. an Bayer. Finanzministerium 24.6.1938, DS 643.

²¹¹ Notiz Sch. 20.1.1937, ebd.

²¹² Notiz Sch. 2.12.1937, DS 641. Vgl. Bericht Zwick 12.1.1938 (DS 638) zu Vorarbeiten des MInn.

wollte als Bauträgerin auftreten²¹³. Zwar genehmigte das Innenministerium den Neubau noch, und die Stadt erwarb die benötigten Grundstücke²¹⁴, doch traten nun die gleichen Verzögerungen ein wie bei allen anderen Bauvorhaben²¹⁵. Unter Kriegsbedingungen war nicht mehr an eine Ausführung des Neubaus zu denken²¹⁶, erst in den Jahren 1955/56 entstand an der ursprünglich für das Gesundheitsamt vorgesehenen Stelle ein Erweiterungsbau des benachbarten Arbeitsamts.

Waren die Pläne des Gesundheitsamts immerhin noch bis zur Baureife gediehen, so blieb der von Schottenheim seit Ende 1937 verfolgte, noch Anfang 1941 als vordringlich angesehene weitere Ausbau des neuen Verwaltungsviertels nach Osten²¹⁷ letztlich nur vage Zukunftsvision. Schottenheim hatte hierzu vermerkt, er wolle die gesamte Nordfront des Minoritenwegs ab der Polizeidirektion bis zum Prinzenweg abrechen und durch weitere Behördenbauten ersetzen lassen²¹⁸. Das von der Polizeidirektion verdrängte Versorgungsamt hätte er am liebsten hier angesiedelt²¹⁹, und als Innenminister Wagner Anfang 1939 für das Landratsamt einen repräsentativen Neubau forderte, schlug er ebenfalls dieses Gelände hierfür vor²²⁰. Sehr schnell kristallisierte sich heraus, daß auch die Staatspolizei schon wieder unter Raumnot litt. So entstand die Idee für ein kombiniertes Verwaltungsgebäude von Stapo und Landratsamt östlich der Fahrbeckgasse. Die Ermittlungen der städtischen Liegenschaftsverwaltung ergaben, daß man rund 600000 RM aufwenden müsse, um die sofort benötigten Grundstücke zu erwerben; hätte man das Gesamtgelände bis zum Prinzenweg einbezogen, wären rund 1,12 Millionen RM zu veranschlagen, außerdem im ersten Fall 144, im zweiten 259 Mietsparteien umzuquartieren gewesen - angesichts der Wohnungsnot in Regensburg eine unlösbare Aufgabe²²¹. So wurde das Neubauprojekt des Landratsamts nun in die Planung für die Umgestaltung des Moltkeplatzes einbezogen.

h. Die Planung für den Moltkeplatz

Voraussetzung für die Neugestaltung des Moltkeplatzes, die schon seit 1935 diskutiert wurde, bildete der Ankauf des sogenannten "Neumeier-" oder "St.-Klara-Blocks", der die Südfront des Platzes einnahm²²². Es kam zu ersten Sondierungsgesprächen, und Schottenheim versuchte, verschiedene Interessenten mit der Eigentümergemeinschaft des Baukomplexes zusammenzubringen²²³. Darüber hinaus schlug Rechtsrat Sachs vor, sogar schon vertraulich über den Erwerb der Westfront des Moltkeplatzes zu verhandeln sowie ein Umbauverbot zu

²¹³ Vgl. laufende Notizen Sch., DS 643.

²¹⁴ Erwerbung Minoritenweg 14 schon 30.12.1937 (Kaufvorvertrag ZR 16078, vgl. ZRa 14359, Notiz Sch. 2.12.1937, DS 641, und Mb Bauamt 31.1.1938, DS 666). Am 11.6.1938 kaufte sie Minoritenweg 12 (Rh-Prot. 2.6.1938, Notiz Sch. 8.6.1938 und Sch. an Finanzministerium 24.6.1938, DS 643).

²¹⁵ Vgl. Vermerk Zwick 22.4.1939, DS 643.

²¹⁶ Nicht einmal die für den Grunderwerb vorgeschossenen Gelder wurden der Stadt erstattet, vgl. Vermerk Sailer 6.4.1943, ZRa 14359.

²¹⁷ Programmrede 1941, DS 523 und ZR 3723.

²¹⁸ Notiz 29.11.1937, DS 639.

²¹⁹ Notiz 17.12.1938, DS 651.

²²⁰ Notiz 16.3.1939 und Auftrag an Zwick, die Vorarbeiten aufzunehmen, 1.4.1939, DS 645. Nötig erschien der Neubau wegen der bevorstehenden Gebietsreform: Dem Landkreis Rgbg. sollten 1940 Teile der angrenzenden Kreise eingegliedert werden, die Zahl der Gemeinden hätte sich von 135 auf 198, die Einwohnerzahl von 62000 auf 90000 erhöht, vgl. Bericht Zwick 22.4.1939, DS 645 und 646.

²²¹ Aufstellungen 21.7., 28.8. und 5.9.1940 sowie H. an Reg. 9.9.1940, DS 646; ebd. Lagepläne.

²²² Der Baublock reichte bis zur Königstraße und umfaßte D.-M.-Luther-Str. 6, Moltkeplatz 5 sowie Königstr. 9, 11 und 13. Rund 60 Mietsparteien, viele Läden und die St.-Klara-Gaststätten waren hier untergebracht.

²²³ Notiz 10.7.1935, DS 644.

erlassen²²⁴. Als Innenminister Wagner mit seiner Intervention zum Rathausneubau den bereits erwähnten Architektenwettbewerb auslöste, stellte die Stadt ihn unter den Titel "Städtebauliche Neugestaltung des Moltkeplatzes". Im Sommer 1935 wurde er bayernweit ausgeschrieben - eine Farce, denn Schottenheim, Schipper und die Rathausarchitekten Hönig & Söldner waren sich zuvor schon einig, daß er kein positives Ergebnis bringen werde²²⁵. Jeder Teilnehmer hatte sich am Baustil des Neuen Rathauses wie auch des Arkadenbaus zu orientieren, der weit in den Moltkeplatz hineinragte. Dennoch fand der Wettbewerb großes Interesse, 30 Arbeiten wurden eingereicht, im Herbst 1935 tagte unter Vorsitz Prof. Bestelmayers das Preisgericht und wählte sogar einen Entwurf aus, der allerdings nicht realisiert wurde²²⁶.

Die Sondierungsgespräche mit den Besitzern des Neumeierblocks verliefen lange Zeit ergebnislos und wurden auch nicht sehr zielstrebig vorangetrieben. Erst im Herbst 1937, im Zusammenhang mit der Idee, hier das Ostmarkhaus der NSDAP zu errichten, kam vorübergehend Bewegung in die Verhandlungen²²⁷, die jedoch sofort wieder an Intensität verloren, als sich der Ostmarkhaus-Bauverein für den Stadtpark als Standort seines Neubauprojekts entschied. Anfang 1938 kam eine neue Idee ins Spiel: Schottenheim schlug vor, an Stelle des Neumeierblocks einen Erweiterungsbau für das Neue Rathaus zu schaffen, der das Wohlfahrtsamt aufnehmen sollte. Aus dem Verkauf des alten Wohlfahrtsamts an der Kreuzgasse wollte man den Erwerb des Neumeierblocks teilweise finanzieren²²⁸. Auch die seit längerem geplanten Neubauten der IHK und der städtischen Sparkasse wollte er in dieses neue Konzept integrieren²²⁹. Die Eigentümergemeinschaft blieb allerdings auf ihren hohen Forderungen bestehen²³⁰, so daß die Umgestaltung des Moltkeplatzes gegenüber der gleichzeitigen des Minoritenwegs erneut in den Hintergrund trat. Erst wenn hier die einheitliche Front bis zum Arbeitsamt geschlossen sei, wollte der Oberbürgermeister sich wieder diesem Projekt zuwenden²³¹.

Im Frühjahr 1939 waren Neubauten der Stadt, der IHK und der Handwerkskammer am Moltkeplatz im Gespräch²³². Beide Kammern legten Wert auf repräsentative neue Verwaltungszentralen, die keinesfalls "irgendwo eingepfercht werden" dürften; zusammen stünde schon fast 1 Million RM bereit²³³. Gemeinsam wollte man nun den Neumeierblock erwerben, notfalls auf dem Weg der Zwangsenteignung²³⁴, doch kam es vor Kriegsbeginn nicht mehr dazu. Erst 1941 erwarb die Stadt den Block für 510000 RM²³⁵. Später wurde dieses Geschäft immer wieder als Beispiel dafür herangezogen, daß eine im Detail unklare Rechtslage zu erheblichen

²²⁴ Bericht 20.5.1935, DS 666, vgl. Notizen Sch. 23.5. und 6.6.1935, ebd.

²²⁵ Vermerke 12. und 16.7.1935, ZR 17536; ebd. Lageplan.

²²⁶ Vgl. Notizen Sch. DS 634. Bild des preisgekrönten Modells des Münchener Architekten Haindl in BA 24.10.1935; Pläne eines angekauften Entwurfs in der Plansammlung Stadtarchiv HG 132-139. Vgl. auch Ruhl (1989) S.64.

²²⁷ Einzelheiten in Notizen Sch., DS 644.

²²⁸ Notiz 15.2.1938. Der fürstl. Brauerei als Betreiberin der Klara-Gaststätten sollte der Kantinenbetrieb übertragen werden.

²²⁹ Notiz 22.1.1938, DS 647, und undatierte Notiz DS 644.

²³⁰ Notizen Sch. 22.3. und 19.4.1938, DS 644.

²³¹ Notiz 31.3.1939, ebd. und DS 648.

²³² Über die Zusammenlegung der Kammerbezirke Niederbayern und Oberpfalz liefen bereits Verhandlungen, vgl. DS 650 und Vermerk Zwick 1.4.1939, DS 649.

²³³ Vermerke Zwick 1. und 5.4.1939, DS 649 bzw. 648. Vermerk zur Sitzung Sch.-Kammerpräsidenten Meierhofer und Knab 12.4.1939 in ZR 18492.

²³⁴ Undatierte Notiz Sch., DS 644; ebd. Lageplan. Vgl. Rh-Prot. 20.7. und 24.11.1939, letzteres zum Enteignungsantrag.

²³⁵ DS 798, vgl. Rh-Prot. 9.10.1941 und Privatbrief Sch. 1.12.1941, NIS 27.

Preissteigerungen führen konnte²³⁶; sogar das Reichskommissariat für Preisbildung verhandelte mit dem Reichsfinanzministerium, um ähnliche Vorfälle wie hier in Regensburg künftig zu vermeiden²³⁷.

Die endgültige Planung sah rund um den Moltkeplatz weitere Behördengebäude vor: neben dem zweiten Rathausblock²³⁸ die Verwaltungszentralen der IHK und der Handwerkskammer sowie das neue Landratsamt. Abgeschlossen werden sollte die Umgestaltung des Areals mit einer Fassaden- und Dachstuhländerung am Hotel Karmeliten. Nicht nur die Süd- und die Nord-, sondern auch die Westfront des Platzes wäre somit bis hin zur Maximilianstraße vollkommen neu gestaltet worden²³⁹. Diese Form der Bebauung blieb dem Platz schließlich erspart, nicht jedoch die mit einem monumentalen Parkhaus Anfang der siebziger Jahre.

2. Sonstige größere Baumaßnahmen in der Altstadt

Sieht man vom Bereich um Moltkeplatz und Minoritenweg ab, so gab es während des Dritten Reichs in der Regensburger Altstadt nur wenige große Baumaßnahmen. Als wichtigste ist die Umgestaltung des Domplatzes und des Alten Kornmarkts zu nennen, ausgelöst durch die umfangreiche Bautätigkeit der Oberpostdirektion. Die jahrelangen Versuche der Stadtverwaltung, den Bereich um Krauterermarkt und Bischofshof neu zu gestalten, standen in Zusammenhang mit den innerstädtischen Verkehrsproblemen und sind daher an anderer Stelle zu behandeln. Immerhin kam es in diesem Bereich zur Sanierung des "Coppenrath-Hauses" (auch "Haus Heuport"). An zahlreichen weiteren Gebäuden der insgesamt sehr heruntergekommenen Altstadt wurden Renovierungsarbeiten durchgeführt, darunter an exponierten stadteigenen Anwesen wie dem Gebäude Neue-Waag-Gasse 2 oder dem ehemaligen Bibliotheksgebäude Haidplatz 1²⁴⁰. Die Synagoge in der Schöffnerstraße fiel dem Pogrom im November 1938 zum Opfer, und auch das "Steyrerhaus" (Untere Bachgasse 5), wo ihre Vorläuferin untergebracht gewesen war, verfiel dem Abbruch. Die Alte Kapelle wurde auf Initiative des Stiftskapitels ebenso renoviert²⁴¹ wie zahlreiche Fassaden repräsentativer Alstadthäuser, und schließlich führte der Hitlerbesuch im Jahr 1937 zur Instandsetzung der Kurfürstenzimmer im Alten Rathaus, wo der "Führer" während seines Besuchs wohnte. Neben diesen Einzelprojekten gab es einen ersten Versuch zur planmäßigen Sanierung eines Wohnbezirks, der allerdings mit einem Desaster endete; weitere Ansätze in dieser Richtung unterblieben daher.

a. Der Umbau der Dompost

Die umfangreichen Baumaßnahmen am Domplatz und Alten Kornmarkt, ausgelöst durch die Umbauten der Ober- bzw. (ab 1935) Reichspostdirektion, waren die aufwendigste, langwierigste und auch von der Öffentlichkeit am stärksten beachtete Baumaßnahme im Herzen der Altstadt. Nicht nur die Hauptfassade der Dompost wurde dabei grundlegend verändert, durch den Abriß des Westteils der mittelalterlichen Herzogsburg und einen Flügelbau entstand auch

²³⁶ Vgl. z.B. H. an Preisüberwachungsstelle der Reg. 2.9.1942, PÜW 11.

²³⁷ Reg. an Stadt 16.8.1941, ebd.

²³⁸ Aufstellung Schipper über künftige Raumverteilung 5.2.1941, DS 644.

²³⁹ Entwürfe Ortsplanungsstelle bei der Reg. in Plansammlung Stadtarchiv HG 171-182; Beschreibung des Projekts bei Ruhl (1987) S.95 f.

²⁴⁰ Haushaltsbericht Sailer 1938, DS 546. Ebd. lange Liste von Reparaturen an städt. Gebäuden.

²⁴¹ Einzelheiten in ZRa 12331.

der Altdorferplatz. Die Herzogsburg selbst erfuhr eine grundlegende Sanierung, der alte Poststall am Kornmarkt mußte einem Neubau weichen, der ganze Platz wurde neugestaltet. Schließlich entfernte man in diesem Zusammenhang das Reiterdenkmal Ludwigs I.

In den zwanziger Jahren hatte die Oberpostdirektion versucht, ihren wachsenden Raumbedarf durch den Ankauf des früheren Poststallgebäudes am Alten Kornmarkt zu decken²⁴². Bald genügte diese Neuerwerbung nicht mehr, und so bemühte sie sich um die alte, im Eigentum des Landes Bayern befindliche Herzogsburg²⁴³, um sie in ihren Gebäudekomplex einzubeziehen. Ende 1934 ordnete das Reichspostministerium den Ankauf an²⁴⁴. Die Stadtverwaltung war nicht nur durch einen kleineren Grundstückstausch in das Projekt einbezogen, sie unterstützte auch die Kaufabsicht der Post gegenüber der bayerischen Regierung²⁴⁵, beschaffte Ersatzwohnraum für einige der Bewohner der alten Herzogspfalz²⁴⁶, verzichtete auf den Zuschlag zur Grunderwerbssteuer²⁴⁷ und hatte als untere Denkmalschutzbehörde über die Ausführung der Umbauten zu wachen²⁴⁸. Diese begannen im Sommer 1936. Über ihren Fortgang samt den üblichen Verzögerungen ließ sich der Oberbürgermeister laufend unterrichten²⁴⁹. Noch 1936 entfernte man das Reiterdenkmal König Ludwigs aus dem Jahr 1902, das in der Mittelachse vor der Dompost plazierte gewesen war und den Charakter des Domplatzes entscheidend geprägt hatte, nun aber einen wenig beachteten neuen Standort in den Grünanlagen vor dem Bahnhof fand²⁵⁰. Anfang 1937 konnte das Richtfest für den neuen Ostflügel und den Verbindungstrakt der Dompost gefeiert werden, dann begannen die Umbauten am Herzogshof. Im Mittelpunkt des Interesses stand dabei aus denkmalpflegerischer Sicht die Erhaltung des großen Saals der Herzogsburg, des "schönsten Gemeinschaftssaals von Regensburg"²⁵¹. Aufsehen in der Öffentlichkeit erregte dagegen vor allem die Wiederherstellung der romanischen Hauptfassade der Dompost, d.h. die Entfernung des Neurenaissance-Dekors²⁵². Ende 1937 waren die Umbauten am Altbau fast abgeschlossen, der Verbindungstrakt teils schon bezogen, der Umbau des Herzogshofs in vollem Gang und die Vorbereitungen für den letzten Bauabschnitt, den Um- bzw. Neubau an der Stelle des alten Poststalls getroffen²⁵³. Im März 1938 konnte die Dompost wieder für den Publikumsverkehr öffnen, im Juli dieses Jahres begann der Abbruch des alten Poststalls²⁵⁴, der nach vielen Verzögerungen bis Ende 1940 durch einen Neubau ersetzt wurde²⁵⁵.

An den eigentlichen Baumaßnahmen war die Stadt nur insoweit beteiligt, als davon Verkehrsfragen berührt wurden. Dieser Fall ergab sich beim Abriß des Westteils der alten Burg, da der weiter östlich entstehende Neubau zurückversetzt wurde, so daß der bislang für Fußgänger außerordentlich gefährliche Engpaß an dieser Stelle wegfiel. Das Interesse der Stadt an dieser

²⁴² Alter Kornmarkt 9, dazu BAP V S.57 ff. und Fotos 96-105. Zum Dompost-Hauptgebäude BAP V S.114 ff. und Fotos 205-232.

²⁴³ Alter Kornmarkt 10, vgl. BAP V S.61 ff. und Fotos 106-136.

²⁴⁴ Notizen Sch. und H. 19.11.1934, DS 666 bzw. ZR 15335. Ebd. Einzelheiten zu den Baumaßnahmen der RP-Direktion.

²⁴⁵ Sch. an Siebert 6.2.1935, ZR 15335, vgl. Notiz 5.2.1935, DS 666.

²⁴⁶ Sch. an RP-Präs. Eusebius Walberer 13.5.1935, ZR 15335, vgl. Notizen 27.3. und 9.5.1935, DS 666.

²⁴⁷ HA-Prot. und Verf. Sch. 19. bzw. 21.6.1935, Kaufvollzug 18.7.1935.

²⁴⁸ Baugenehmigung lt. Sr-Prot. 26.2.1935.

²⁴⁹ Baubeginn 6.7.1936, vgl. Liste Bauprojekte, DS 666. Mb zum Baufortschritt in DS 545, 631 f. und 666 f. Begleitende Presse bei Ruhl (1987) S.25 ff., vgl. auch Stratmann (1987) S.11 ff.

²⁵⁰ Vorschläge für einen neuen Standort in DS 654.

²⁵¹ BA 13.9.1939, vgl. auch Rh-Prot. 7.5.1937.

²⁵² Vgl. BAP V S.115. Zum kunstgesch. Aspekt Jaumann S.132 ff. und Stratmann (1989) S.125 ff.

²⁵³ Mb 31.12.1937, DS 545 und 632.

²⁵⁴ Mb 31.3. bzw. Juli 1938, DS 632; vgl. BAP V S.57 und 61.

²⁵⁵ Vgl. Mb ab Aug. 1938, DS 632, ab 1939 auch DS 667. Beurkundung eines kleinen Grundtauschs RP-Stadt 11.5.1943 in ZR 15355.

Maßnahme zur Verkehrsverbesserung war so groß, daß sie hierfür einen erheblichen Zuschuß leistete²⁵⁶. Außerdem übernahm sie die Neugestaltung des Alten Kornmarkts; die malerische alte Brunnenanlage mußte verbreiterten Gehwegen und einem großen Parkplatz weichen, die Mauer der Alten Kapelle wurde zurückversetzt und der ganze Platz nach und nach neu gepflastert²⁵⁷.

Der neu entstandene Altdorferplatz diente als Marktfläche für den Blumenverkauf. Ein lange geplanter, von Schottenheim schon zum 400. Todestag Altdorfers im Jahr 1938²⁵⁸ angekündigter repräsentativer Brunnen konnte dagegen nicht mehr errichtet werden. Ursprünglich hätte Arno Breker ihn gestalten sollen²⁵⁹, später wurden verschiedene andere Entwürfe diskutiert²⁶⁰. Im Jahr 1942 kam es noch zu einer Vereinbarung zwischen Post und Stadt²⁶¹, doch mußten schließlich die Arbeiten an dem Brunnen aus kriegswirtschaftlichen Gründen eingestellt werden²⁶². Erst 1982 wurde hier der von Fritz König gestaltete moderne Brunnen errichtet.

b. "Coppentrath-Haus", "Alte Wache" und "Neue Waag"

1921 hatte die Stadt das nach dem Verlagsbuchhändler Coppentrath benannte Anwesen Domplatz 7 (auch: "Haus Heuport") erworben. Der Kaufpreis entsprach nach der Währungsreform einem Betrag von rund 77000 RM. Der Gebäudekomplex bestand aus mehreren Wohnhäusern mit Ladeneinbauten, darunter der Dombuchhandlung, die 1932 von Dr. Josef Habel, dem Verleger des "Regensburger Anzeigers", übernommen worden war²⁶³. Allein schon wegen des Alters der denkmalgeschützten Gebäude und ihrer Größe, aber auch wegen ihrer exponierten Lage gegenüber der Westfassade des Doms handelte es sich um eines der wertvollsten, übrigens auch recht ertragreichen Einzelobjekte im ganzen Stadtgebiet²⁶⁴.

Im Jahr 1934 begannen unter Bolls Leitung und großer Anteilnahme der Öffentlichkeit Restaurierungsarbeiten an der Fassade des Anwesens²⁶⁵. Ziel der Maßnahme war es, eine neue Touristenattraktion zu schaffen und hierzu einen Betreiber für eine "vornehme und gediegene größere Kaffee-Gaststätte"²⁶⁶ anzulocken, der das Anwesen erwerben und dann selbst sanieren sollte. Doch schreckten die hohen Umbau- und Einrichtungskosten die zahlreichen Interessenten jahrelang ab²⁶⁷. Nur die beiden Regensburger Großbrauereien "Brauhaus AG" und "Bischofshof" blieben als Bewerber übrig, letztere erhielt schließlich den Zuschlag. Im Früh-

²⁵⁶ HA- bzw. Sr-Prot. 20. und 26.2.1935, vgl. ZR 15335 und Notizen Sch. 19.11.1934 und 27.3.1935, DS 666. Lagepläne in BAP V S.62 und 64.

²⁵⁷ Vgl. Mb Tiefbau, DS 545, 562 und 655, die Nov.1938 mit dem Hinweis abrechnen, die Arbeiten würden erst fortgesetzt, wenn der Postneubau fertig sei. Zur Verlegung Christkindlmarkt 1939 vom Neupfarrplatz hierher vgl. ZR 17139.

²⁵⁸ Zu den Altdorferfeiern: ZRa 14037 und Rh-Prot. 4. und 11.2.1938.

²⁵⁹ Bericht Bolls 30.7.1938, ZR 17378.

²⁶⁰ Vgl. Notiz Sch. 18.11.1938, ebd.

²⁶¹ Vertrag 6./16.5.1942 und Einzelheiten ebd.

²⁶² Sch. an Walberer 20.3.1942, ebd.

²⁶³ Vgl. ZRa 14207.

²⁶⁴ Jährl. Miete rd. 12300 RM, Betriebs- und Unterhaltskosten nur 6300 RM, vgl. Gutachten Lieg. 30.10.1934, ZRa 14210.

²⁶⁵ Vgl. ZRa 14209, vgl. z.B. BA 10.3.1934; lt. Gedenkbuch für Hitler ein Beispiel gelungener Altbausanierung (Entwurf in ZRa 13549).

²⁶⁶ H. an Reg., ZRa 14210.

²⁶⁷ Lt. Voranschlag eines Architekturbüros (10.9.1938, ebd.) Mindestsumme 80000 RM. Zu Versuchen, den Ausbau Coppentrathhaus mit dem der St.-Klara-Gaststätten zu verknüpfen, vgl. Notizen Sch. Wende 1937/38, DS 644.

jahr 1939 erwarb sie den Gebäudekomplex für 150000 RM, erklärte sich bereit, ihn auf eigene Kosten umzubauen, dabei Bolls Weisungen zur Denkmalpflege zu beachten und das fertige Café einem von der Stadt zu benennenden Bewerber zu verpachten²⁶⁸. Tatsächlich gelang es bis Kriegsbeginn, den Innenausbau der neuen Gaststätte größtenteils abzuschließen. Auch ein öffentlicher Luftschutzraum wurde eingerichtet²⁶⁹, eine Tanzkonzession für das Café lehnte Bischof Buchberger allerdings "aus sozialen und sittlichen Gründen" ab²⁷⁰.

Daß das Anwesen ausgerechnet einem kircheneigenen Betrieb verkauft worden war, führte zu einer heftigen Intervention der Partei. Gauleiter Wächtler persönlich legte "schärfsten Einspruch" bei Schottenheim ein²⁷¹, "auf's Äußerste betroffen" schilderte dieser daraufhin die langen Versuche, einen anderen Käufer zu finden. Zudem könne man hier wie beim Café Fürstenhof, das ebenfalls dem Bischofshof gehöre, aber dennoch vielfach von Parteigenossen besucht werde, endlich einmal kirchliches Kapital für die Allgemeinheit arbeiten lassen. Auch seien die künftigen Betreiber der Gaststätte, die Brüder Ludwig und Walter Schmidt, die in Würzburg bereits zwei repräsentative Cafés betrieben, von Boll als einwandfreie Nationalsozialisten empfohlen worden²⁷² - was Bürgermeister Herrmann nicht hinderte, Ludwig Schmidt 1946 als Nichtaktivisten zu bezeichnen²⁷³.

Auch für die "Alte Wache" (Neupfarrplatz 8) fanden sich verschiedene Bewerber, die hier eine Gaststätte vornehmer Art einrichten wollten. Bei der Stadtverwaltung stießen sie auf Entgegenkommen, da sich Schottenheim und Boll davon eine zusätzliche Touristenattraktion versprachen; der Bedarf sei "ohne weiteres gegeben"²⁷⁴. Im Hinblick auf die Verwertung des Copenrath-Hauses und die ungeklärten Verhältnisse um die St.-Klara-Gaststätten am Moltkeplatz, deren Erweiterung ebenfalls lange diskutiert wurde, stellte man das Projekt allerdings zurück²⁷⁵. Schließlich scheiterte es an den Kriegsverhältnissen, denn die Alte Wache war mit verschiedenen Behörden belegt, die man auf Kriegsdauer anderweitig nicht unterbringen konnte²⁷⁶.

Dies galt auch für die "Neue Waag", die spätmittelalterliche, später als Stadtwage genutzte Ratsherren-Trinkstube. Die denkmalgeschützte Vierflügelanlage hatte früher vor allem als städtisches Bibliotheksgebäude gedient²⁷⁷, Anfang der vierziger Jahre waren darin zahlreiche städtische, Polizei- und Parteidienststellen untergebracht. Der Keller beherbergte einen öffentlichen Luftschutzraum, weitere Räume waren als Läden vermietet. Dennoch plante das Staatliche Hofbräuhaus, hier eine repräsentative, in historischem Stil gehaltene Gaststätte einzurichten, wofür Prof. Esterer, nach dem Krieg Präsident der bayerischen Schlösser- und Seenverwaltung, die Umbaupläne erarbeitete. Schottenheim erklärte sich zum Verkauf des Anwesens weit unter dessen Wert bereit, um den Fremdenverkehr zu fördern, und so ging der Baukomplex im Herbst 1941 auf das Bayerische Hofbrauamt über²⁷⁸. Auf Kriegsdauer konnte ein Umbau allerdings nicht in Frage kommen, außerdem wurde der Südflügel des Anwesens

²⁶⁸ Einzelheiten in ZRa 14210, vgl. ZRa 14207 und Rh-Prot. 24.3.1939. Vertrag 28.4.1939 auch erwähnt in HM 1378.

²⁶⁹ Zum Baufortschritt vgl. Mb Bauamt, DS 667, danach wurde der größte Teil der Räume am 18.8.1939 der Öff. übergeben. Vgl. zum LS-Keller Vertrag Stadt-RLM 16.12.1938, ZRa 14210.

²⁷⁰ Vermerk H. 17.4.1939, ZRa 14210.

²⁷¹ Schreiben 11.7.1939, ebd.

²⁷² Sch. an Wächtler 18.7.1939, ebd.

²⁷³ Erklärung 11.12.1946, NIH 5.

²⁷⁴ Notiz Sch. 2.11.1937, DS 660, vgl. allg. ZRa 14375.

²⁷⁵ Notizen Sch. 11.11.1937, 4.1. und 15.2.1938, DS 660.

²⁷⁶ H. an den Kaufinteressenten 28.9.1943, DS 661; ebd. Einzelheiten samt Planzeichnungen.

²⁷⁷ Vgl. ZRa 14266-14269.

²⁷⁸ ZRa 14271, vgl. Rh-Prot. 9.10.1941 und Liste Immobiliengeschäfte, DS 798.

bei einem Luftangriff kurz vor Kriegsende schwer beschädigt, und nach dem Krieg fehlten dem Hofbräuhaus die Mittel für die ursprünglich geplanten Baumaßnahmen²⁷⁹.

c. "Verschönerung des Stadtbilds" und Ansätze zur Altstadtsanierung²⁸⁰

Die Verschönerung des Stadtbilds und die Erhaltung der wertvollen, großenteils spätmittelalterlichen Bausubstanz der Regensburger Altstadt waren Schottenheim ein persönliches Anliegen. Zumindest den bestehenden Zustand wollte er erhalten, "damit eine finanziell besser gestellte Zeit an die Restaurierung herangehen kann. Hier sehe ich noch für Jahrzehnte ein herrliches Aufgabengebiet für den Leiter des Regensburger Gemeinwesens."²⁸¹ So wurde Bolls gutachtliche Äußerung zur Voraussetzung für jede Fassadenänderung in der Altstadt²⁸². Tatsächlich kam es im Verlauf der dreißiger Jahre zu zahlreichen Außenrenovierungen, vorwiegend an repräsentativen Patrizierhäusern, während umfassende, auch die Innenräume einschließende Sanierungen die Ausnahme blieben²⁸³. Der Respekt vor den steinernen Zeugen mittelalterlicher Größe erwies sich also vor allem dort als wirksam, wo attraktive Sehenswürdigkeiten betroffen waren - ebenso alte, jedoch weniger repräsentative Wohnhäuser im Gassengewirr der Altstadt verfielen dagegen dem Abbruch²⁸⁴.

Zu den touristischen kamen sozial- und gesundheitspolitische Gesichtspunkte hinzu. Über die Wohnverhältnisse in Teilen der Altstadt meinte der Oberbürgermeister: "So schön für den Kunsthistoriker und vielleicht auch für den Ästheten von der Ferne betrachtet unsere alte Stadt sein mag, die Jugend müßte und würde verkümmern in den engen Gassen und düsteren Hinterhöfen"²⁸⁵ - eine Zustandsbeschreibung, die durchaus den Tatsachen entsprach. Abhilfe sollte nicht nur der Siedlungsbau am Stadtrand schaffen, vielmehr ermöglichte der allmähliche Konjunkturaufschwung auch verschiedene Maßnahmen im bereits bebauten Gebiet der Stadt. So entstand zum einen eine "schwarze Liste" häßlicher Punkte, die nach und nach durch Einzelmaßnahmen beseitigt werden sollten²⁸⁶, etwa durch die Entfernung verrotteter Reklameschilder, verwahrloster Zäune oder wilder Mülldeponien, aber auch der häßlichen Notwohnbaracken²⁸⁷. Andererseits forderte man die Hausbesitzer auf, ihre Häuser mit Blumen zu schmücken²⁸⁸, und gewährte ihnen Zuschüsse zu privat finanzierten Renovierungsarbeiten an alten Gebäuden²⁸⁹. Auch neue Grünanlagen und kleinere Baumaßnahmen wie die

²⁷⁹ Einzelheiten in ZRa 14271. Noch Mitte der 50er Jahre war der Südrakt des Anwesens teilweise ohne Dach.

²⁸⁰ Vgl. Stratmann passim und allg. Petsch S.192 ff. Zu ersten Sanierungsmaßnahmen an städt. Gebäuden: Schipper an Zwick 11.7.1934, ZR 11077.

²⁸¹ Entwurf für einen Artikel, NIS 10 und PSt 500, vgl. BA und BOM 1.4.1938.

²⁸² Verf. Sch. 13.2.1941, DS 132. Vgl. auch Bolls Einspruch gegen den Einbau einer Whg. über dem Ratskeller (Zieroldsplatz 3), ZRa 14525.

²⁸³ Fresko des Kunstmalers Jobst am städt. "Roten Hahn" (Rote-Hahnen-Gasse 14), vgl. Mb Bauamt Sept. 1937, DS 545. Liste der Restaurierungen ab 1933 in BA und BOM 1.4.1938 (Entwurf: NIS 10 und PSt 500). Weitergehende Sanierung nur am Copenrath-, am Baumburgerhaus (Watmarkt 4), der Arch (Haidplatz 4) und am "Bär an der Kette" (Ostengasse 16).

²⁸⁴ Vgl. Stratmann (1987) S. 27 ff. sowie (1989) S.124 und 128: Positive Ansätze, aber häufig problematische Praxis.

²⁸⁵ Eröffnungsansprache Schullandheim Regendorf 16.9.1938, DS 685.

²⁸⁶ Die oft erwähnte Liste ist verschollen. Sch. hatte Beigeordnete, Rh. und Öff. aufgefordert, Beobachtungen zu melden; einige Anregungen in DS 666 bzw. 802, vgl. auch die Beispiele in Programmrede Sch. 1941 (DS 523 und ZR 3723).

²⁸⁷ Anfang 1941 (s. vorige Anm.) kündigte Sch. an, nach dem Krieg mit "eisernem Besen" aufräumen zu wollen.

²⁸⁸ Vgl. Notizen Sch. Frühjahr 1934, DS 666.

²⁸⁹ Vgl. ZR 19937.

immer wieder punktuell betriebene Neugestaltung der Uferpromenaden entlang der Donau dienen der Verschönerung des Stadtbilds²⁹⁰.

Erheblich größere Dimensionen gewann der erste planmäßige Versuch zur Sanierung eines ganzen Altstadtquartiers - allerdings nicht durch die behutsame Renovierung gefährdeter Bausubstanz, sondern in Form der Kahlschlagsanierung. Im April 1934 leitete Schottenheim die Räumung mehrerer baufälliger alter Häuser zwischen Haidplatz und Donau ein, die Mieter kamen teils in der Obdachlosensiedlung am Sandberg, teils in anderen Notquartieren unter, die zu diesem Zweck ausgebaut wurden²⁹¹. Ein halbes Jahr darauf begannen die Abbrucharbeiten, durch die nun die enge, abgewinkelte Gasse "Im Drießl" verschwand²⁹². Anschließend sollte ein benachbartes, ebenfalls baufälliges Haus an der Baumhackergasse abgerissen werden, die so gewonnene Freifläche war als potentieller Marktplatz im Gespräch²⁹³. Die Ergebnisse dieses Vorgehens waren wenig ermutigend: Nach der Abbruchmaßnahme am Drießl drohten auch die Nachbargebäude einzustürzen, und die enorme Wohnungsnot in der Stadt verbot weitere Eingriffe selbst in baufälligste Wohnquartiere. So erklärt sich auch, daß ein weiteres ähnliches Projekt nicht mehr begonnen wurde: Im Bereich der Südrampe der Eisernen Brücke, östlich des Hunnenplatzes, war die gesamte Bebauung entlang des Heldengäßchens zum Abbruch vorgesehen; hier hätte sich Schottenheim den Neubau einer großen Markthalle gewünscht²⁹⁴. Obwohl man letztlich auf diese Maßnahme verzichtete, verschwand die Idee selbst nicht aus dem Blick, vielmehr wurden im Sommer 1936 - wie auch in anderen bayerischen Städten - die Vorerhebungen für eine planmäßige Altstadtsanierung abgeschlossen und dem Wirtschaftsministerium vorgelegt. Noch 1941 mußte Schottenheim allerdings zugeben, daß künftige Sanierungsmaßnahmen erst beginnen könnten, wenn Ersatzwohnungen für die betroffenen Mieter zur Verfügung stehe. Vorsorglich legte er trotzdem eine lange Liste mit Straßenzügen vor, die in ferner Zukunft dem Abbruch verfallen sollten, darunter die Gäßchen westlich des Alten Rathauses.

In seltsamem Widerspruch dazu stehen seine grundsätzlichen Ausführungen zur Altstadtsanierung, die - betrachtet man die Neubauten, die bis in die siebziger Jahre entstanden sind - recht modern anmuten: Nicht wahllos solle man abreißen, vielmehr sei der "beste Architekt gerade gut genug" für eine künftige behutsame Sanierung. Und zu jeder einzelnen Veränderung im Baubestand der Altstadt sei nicht nur der Bausachverständige, sondern auch der Historiker heranzuziehen, der verhindern müsse, daß weiterhin ohne zwingenden Grund historisch wertvolle Gebäude abgerissen würden²⁹⁵. Fernziel war es, die alten Patrizierburgen in städtischen Besitz zu bekommen, um sie nach dem Vorbild Nürnbergs, Rothenburgs oder Dinkelsbühls sanieren zu können²⁹⁶. Darüber hinaus sollten alte Fassaden wiederhergestellt, neuere, als häßlich empfundene Bauten entfernt und auch das Plakat- und Auslagenwesen eingeschränkt werden. Hausbesitzer, die die Sanierungsarbeiten nicht finanzieren konnten, sollten künftig gezwungen werden, ihre Häuser zu verkaufen, denn "mit ihren verwahrlosten

²⁹⁰ Vgl. Notizen Sch. und entsprechende Berichte Bauamt in DS 846 f.

²⁹¹ Vgl. Notizen Sch. 27.4., 12. und 17.9.1934, DS 666.

²⁹² HA-Prot. 13.6.1934 und Liste Abbruchmaßnahmen 1935, DS 666.

²⁹³ Notiz Sch. 23.5.1935, DS 666.

²⁹⁴ Notizen 25.9., 1. und 3.10.1934 sowie 8.1.1935, ebd. Das Heldengäßchen verschwand erst lange nach dem Krieg.

²⁹⁵ Programmrede 1941, DS 523 und ZR 3723, vgl. auch Verf. Sch. 13.2.1941, ihm Veränderungen an Altstadtgebäuden vor der baupolizeilichen Genehmigung zur Kenntnis zu geben, NIS 11.

²⁹⁶ Vgl. schon Gutachten Boll 20.2.1934, NIB, Akt "Fremdenverkehr 1933-1960".

Objekten schädigen sie das Ansehen der ganzen Stadt²⁹⁷; allerdings fehlten die Rechtsgrundlagen für entsprechende Enteignungsverfahren²⁹⁸.

Immerhin verhinderten sowohl die Wohnungsnot als auch der Respekt vor mittelalterlichen Repräsentativgebäuden ein berüchtigtes altes Projekt, nämlich den Durchbruch der "Domstraße" vom Bismarck- zum Domplatz, quer durch die westliche Altstadt, wie ihn der Lasne-Plan von 1917 vorgesehen hatte. Sogar ein weiterer Durchbruch vom Alten Kornmarkt bis zur Straubinger Straße, die damals am Ostentor begann, war zeitweise geplant²⁹⁹. Neben gravierenden Eingriffen in die Bausubstanz der Altstadt hätte das Projekt unabsehbare Folgen für den innerstädtischen Verkehr gehabt. Spätestens mit dem Beschluß zur Renovierung des Coppentrath-Hauses wurde die Idee allerdings hinfällig, da dieses dem geplanten Straßenzug im Weg gestanden wäre. Zudem hat sich Schottenheim bei verschiedenen Gelegenheiten dafür ausgesprochen, den Individualverkehr um die Altstadt herum, nicht in sie hinein zu leiten. So war es nur konsequent, daß er das Domstraßen-Projekt schließlich auch förmlich fallenließ - es sei "schon für die damalige Zeit, noch vielmehr aber für die heutige" eine "zwar sehr teure, in ihrem Endeffekt jedoch absolut nutzlose Planung" gewesen³⁰⁰.

Auch verschiedene weitere Straßenbauprojekte, die teils erhebliche Eingriffe in die Bausubstanz der Altstadt mit sich gebracht hätten, kamen letztlich nicht zur Ausführung. Dies galt sowohl für den lange diskutierten Straßendurchbruch vom Krauterermarkt zur Steinernen Brücke als auch für die Idee, die D.-Martin-Luther-Straße nach Norden über die Donau hinweg zu verlängern, um hier den Anschluß an die neue Brücke über den Rhein-Main-Donau-Kanal zu gewinnen.

C. Wohnungsmarkt und Wohnraumbeschaffung

1. Die Ausgangslage

Der Erste Weltkrieg hatte reichsweit eine Zäsur im Wohnungsbau mit sich gebracht: Die Einstellung der zivilen Bautätigkeit führte allenthalben zum Auseinanderklaffen von Angebot und Nachfrage am Wohnungsmarkt. Daher wurde der Wohnungsbau als öffentliche Aufgabe in der Weimarer Verfassung verankert, denn langfristig konnten nur großzügige Neubauprogramme zur Entspannung der Lage führen. Daneben erwiesen sich aber auch dirigistische Maßnahmen zur Wohnraumlenkung und zum Mieterschutz als unvermeidbar³⁰¹. Allerdings erleichterte die Möglichkeit zur Zwangsbewirtschaftung des Wohnraums nur die Verwaltung des Mangels, war jedoch der Neubautätigkeit alles andere als förderlich und wurde von der Regierung Hitler schon nach wenigen Wochen aufgehoben.

²⁹⁷ Programmrede 1941, DS 523 und ZR 3723, vgl. auch Rh-Prot. 9.10.1941.

²⁹⁸ RPB 6.8.1936, vgl. auch Notizen Sch. zu Fällen, in denen man Hausbesitzern nahelegte, Baumaßnahmen zu ergreifen, DS 666.

²⁹⁹ Undatierter Plan in ZR 17931. Noch Voggenreiter (1936) S.107 plädierte für Straßendurchbrüche durch die Altstadt in West-Ost-Richtung.

³⁰⁰ Rh-Prot. 18.4.1941. Noch 1934 hatte man sich beim Verkauf von Hinter der Grieb 1 und 3 ein Rückkaufrecht einräumen lassen, falls die Domstraße gebaut werde, vgl. Notiz 17.3.1934, ZRa 14279.

³⁰¹ Rechtsgrundlage: Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter 1.6.1923, RGBI I S.353, vgl. Bek. 27.4.1933, RGBI I S.235, und Klagen des Mietervereins 16.4.1934, ZR 19207. Aus Furcht vor den Vermietern wollten die meisten Betroffenen anonym bleiben, vgl. Bericht Wohnungsamt 21.12.1934, ebd.

Auch der Regensburger Stadtverwaltung stellte sich seit dem Kriegsende 1918 die Wohnungsnot als zentrales Problem. Vor allem durch Zuzüge aus dem Grenzland zur neu entstandenen tschechoslowakischen Republik hatte sich die ohnehin gespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt dramatisch verschärft. Zwar entstanden von Mitte 1918 bis Ende 1932 3786 neue Wohnungen oder 261 Wohneinheiten pro Jahr³⁰², doch war dies kaum genug, um den laufenden, durch die Bevölkerungsentwicklung bedingten Bedarf abzudecken, und viel zu wenig, um den Ausfall der Kriegsjahre auszugleichen³⁰³.

Ein weiteres gravierendes Problem ergab sich aus der mittelalterlichen Bausubstanz Regensburgs. Unter allen größeren bayerischen Städten hatte sie den höchsten Anteil an Kleinwohnungen³⁰⁴, und viele davon, vor allem in der Altstadt, waren längst nicht mehr in einem menschenwürdigen Zustand. Bis zu 900 Personen lebten hier pro Hektar - am dichtesten gedrängt in der Donau- und der Westnerwacht - vielfach in feuchten, dunklen, überbelegten Wohnungen mit katastrophalen sanitären Einrichtungen³⁰⁵.

Die Betriebe und Behörden, die sich in der NS-Zeit in Regensburg niederließen oder ihre Anlagen erweiterten - Flugzeugwerk, Holzverzuckerung, Wehrmacht, Reichsbahn und -post, um die wichtigsten zu nennen - mußten alle von sich aus Wohnraum für ihr Personal schaffen. Die Stadtverwaltung³⁰⁶ konnte dabei nur durch die Vermittlung von Darlehen, vor allem aber durch die Bereitstellung und Erschließung von Baugelände tätig werden³⁰⁷. Jedoch stand der Beschaffung von Gelände für Wohnbauten ein historisch bedingtes Problem entgegen: Seit dem Anschluß an das Königreich Bayern im Jahr 1810 verfügte die Stadt Regensburg über außerordentlich geringen eigenen Grundbesitz.

2. Die Entwicklung des Regensburger Wohnungsmarkts 1933 bis 1939³⁰⁸

Trotz intensiver Neubautätigkeit war es also in der Ära Hipp nicht gelungen, der Wohnungsnot Herr zu werden. Auch unter Schottenheim sollte dies - nicht zuletzt infolge schwerer konzeptioneller Fehler - nicht gelingen.

Anfang 1933 nahm das städtische Wohnungsamt bei einer Einwohnerzahl von rund 81000 etwa 3900 Wohnungssuchende an, ein "normaler Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage" sei "nicht gegeben". Scharf kritisierte man daher, daß die neue Reichsregierung die Zwangsbewirtschaftung des Wohnraums ab April 1933 aufhob: Auf den freien Markt habe man nun keinen rechtlich gesicherten Zugriff mehr, es bestehe nicht einmal mehr die Möglichkeit, "die Bewegung auf dem Wohnungsmarkte zu verfolgen und Wohnungssuchenden (...) wenigstens durch Benennung der freiwerdenden Wohnungen an die Hand zu gehen"³⁰⁹.

³⁰² Dem kommunalen Wohnungsbau diente auch die Gründung der Stadtbau GmbH 1921.

³⁰³ Vgl. Voggenreiter (1936) S.68 zum Wachstum der Stadt nach 1918. Zum Wohnungsbau während der Weimarer Zeit künftig Reindl, s. Vorwort.

³⁰⁴ Vgl. Voggenreiter (1936) S.95 ff.

³⁰⁵ Berichte Wohnungsamt 21.12.1934 und 9.2.1935, ZR 19207, 19053, DS 778 und 793; vgl. Voggenreiter (1936) Karte S.88 f. und S.93 ff., vgl. auch K.Hermes: Zur Stadtgeographie Regensburgs im 19. und 20. Jahrhundert, in D.Albrecht (Hg.): Zwei Jahrtausende Regensburg. Rgbg. 1979, S.205-232, hier S.214 f.

³⁰⁶ Für die Unterbringung eigener Bediensteten hat die Stadt wenig getan, vgl. Bericht Schipper 9.11.1938, DS 781. Die Werke waren wegen der hohen Ablieferungen an die Stadthauptkasse kaum in den Werkswohnungsbau eingeschaltet, vgl. Bericht Betriebsamts 17.12.1938, DS 781.

³⁰⁷ Vgl. z.B. Sch. an RB-Präs. Wehrmann 19.1.1940, DS 765.

³⁰⁸ Rechtsgrundlagen zur Finanzierung von Kleinsiedlerstellen, Werkswgh., Eigenheimen etc. in FIN 512. Vgl. allg. Petsch S.165 ff.

³⁰⁹ Bericht 3.3.1933, ZR 19052.

Um überhaupt eine Handlungsgrundlage zu haben, forderte das Wohnungsamt daher die Wiedereinführung des früheren kommunalen Wohnungsnachweises³¹⁰. Schottenheim kam dieser Forderung sofort nach und erließ ortspolizeiliche Vorschriften über die Wohnungsmeldepflicht: Alle freiwerdenden Wohnungen waren an-, alle vermieteten abzumelden³¹¹. Nun konnte dies nicht mehr sein als ein Tropfen auf den heißen Stein - Neubauten waren gefordert, nicht nur die etwas gerechtere Verteilung des knappen Wohnraums. Jedoch verfügten zu dieser Zeit weder Behörden noch Genossenschaften³¹² oder Privatleute - und am allerwenigsten die Stadtverwaltung - über genügend freies Kapital, um den Wohnungsbau entscheidend zu beleben³¹³.

Im Herbst 1933 faßte Bürgermeister Herrmann zusammen: "Die Wohnungsnot in Regensburg ist so groß, daß jede Zwangsräumung zu außerordentlichen Schwierigkeiten führen muß. Die Stadt Regensburg hat in ihren zahlreichen Mietshäusern eine große Zahl von Mietern, die die Miete nicht bezahlen können. Es bleibt nichts anderes übrig, als diese Mieter im Besitze der Wohnungen zu belassen, weil eine anderweitige Unterbringung nicht durchgeführt werden kann."³¹⁴ Selbst Baracken waren so knapp, daß man entgegen allen Beteuerungen zum "nationalsozialistischen" Wohnungsbau die 1929 entstandene Obdachlosensiedlung am Sandberg mehrfach erweitern³¹⁵ und mit dem Nord- und dem Keilbergheim später sogar neue Barackensiedlungen errichten mußte³¹⁶.

Abhilfe gegen die Wohnungsnot konnten also nur großzügige Neubauprogramme schaffen, wie sie insbesondere in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre tatsächlich von verschiedener Seite durchgeführt wurden. Während Privatleute, Genossenschaften, Betriebe und Behörden insgesamt den größeren Anteil an allen neuen Wohnungen errichteten, ist für die vorliegende Arbeit vor allem der städtische bzw. von der Stadtverwaltung initiierte Wohnungsneubau von Interesse³¹⁷. Dabei bildete eine neue Siedlung im Nordosten des Stadtgebiets, für die Schottenheim im September 1933 den Grundstein legte und die bald darauf nach ihm benannt wurde, die herausragende Initiative. Die Schottenheim-Siedlung entwickelte sich aber, gemessen am tatsächlichen Wohnungsbedarf, viel zu langsam. Die Zahl der Wohnungssuchenden stieg weiter, nachdem sich Behörden und Betriebe neu ansiedelten, die Wehrmacht als wichtiger neuer Nachfragefaktor auftrat, die Heiratsziffer seit 1933 in die Höhe schnellte und auch der allgemeine Lebensstandard stieg. Hinzu kamen die Bewohner abgebrochener Häuser in der Altstadt als Wohnungssuchende. Die Wohnungen, die hier, etwa durch den Bezug neuer Siedlerstellen im Schottenheim frei wurden, konnten zumeist nicht wieder belegt werden, da sie teils vom Hausbesitzer selbst in Anspruch genommen wurden, teils aus gesund-

³¹⁰ Ebd.

³¹¹ Ortspol. Vorschrift 29.3.1933, Wbl 8.4.1933. Unterlagen zur Mietüberwachung in PÜW, vgl. zum Mieteinigungsamt auch ZR E 1 f., ZR 19197 und HA-Prot. 7.6.1934. 1943 gingen die Aufgaben kommunaler Mieteinigungsämter auf die Justiz über (VO 15.12.1942, RGBI I S.709).

³¹² Liste der 10 gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen in Rgbg. in Sachs an Reg. 21.11.1940, ZR 19187.

³¹³ 1933 erweiterte die Tabakfabrik Bernard ihre 1932 begonnenen Wohnblocks im Stadtosten, Sch. dankte überschwenglich und versprach sich einzusetzen, daß ein Grundstücksnachbar "keine unnötigen Schwierigkeiten" mache. Einzelheiten in ZR 14923, zur Vorgeschichte ZRa 14462 und ZR 14902.

³¹⁴ H. an Finanzamt 19.9.1933, ZR 19053, auf dessen Vorschlag, Zwangsgeräumte in Baracken unterzubringen. 22.9.1934 übertrug Sch. dem Wohnungsamt wegen Überlastung der Lieg. die Zuweisung städt. Whg. (DS 778, ZRa 14115 und ZR 19051).

³¹⁵ ZR 15285 (1933) und 15541 f. (1935). Einzelheiten in DS 515, 666 und StA 16424 (Bewilligung der Reichsdarlehen 11.10.1933). Vgl. auch Sr- und HA-Prot., immer wieder mit Baugenehmigungen für Notwohnbaracken.

³¹⁶ Namensliste Nordheim-Bewohner (11.6.1935) in DS 940, vgl. laufende Berichte Wohlfahrtsamt, DS 696.

³¹⁷ Vgl. Notizen Sch. zu jeder Bewegung auch im privaten und genossensch. Wohnungsbau, DS 666.

heitspolizeilichen Gründen gesperrt werden mußten, teils auch so überbelegt gewesen waren, daß sie mit den darin verbliebenen Familienmitgliedern noch immer als voll genutzt galten³¹⁸.

Das Wohnungsamt kam Anfang 1935 in einer eingehenden Bedarfsanalyse zu dem Schluß, es müßten jährlich rund 1000 Wohnungen zusätzlich zum laufend eintretenden Neubedarf entstehen³¹⁹ - eine utopische Forderung, zumal Schottenheim weiterhin darauf bestand, ausschließlich sein "Steckenpferd"³²⁰, den Siedlungsbau, zu fördern. Bis dahin waren in seiner Siedlung allerdings erst 168 Wohnungen entstanden³²¹. Dagegen 309 unerledigte Anträge auf Zuweisung städtischer Wohnungen vor, 26 der Antragsteller standen vor der Obdachlosigkeit³²². Die gespannte Lage verschärfte sich noch durch das rücksichtslose Vorgehen einzelner Hausbesitzer und durch willkürliche Mieterhöhungen. Selbst der Regierungspräsident bestätigte den besonders großen Wohnungsmangel, der in Regensburg herrsche; die Stadt allein sei mit dieser Entwicklung überfordert³²³.

Ende 1935 gab es in Regensburg - abgesehen von vielen Fällen, in denen ein Wohnungswechsel aus gesundheitlichen Gründen dringend erforderlich gewesen wäre - nicht weniger als 80 Familien, die schon obdachlos waren oder deren Obdachlosigkeit unmittelbar bevorstand. Für 14 gerade erstellte Barackenwohnungen hatte es 85 Bewerber gegeben, alle Notquartiere einschließlich der vom Wohlfahrtsamt angemieteten Betten in Gastwirtschaften waren überfüllt - die Lage kam "einer Katastrophe auf dem Wohnungsmarkt sehr nahe"³²⁴. In dieser Situation klagte das Wohnungsamt, es sei "auf die Dauer nicht mehr in der Lage, diese verzweifelten, wohnungslosen Menschen noch länger zu vertrösten, wenn nicht endlich der Bau von Volkswohnungen in Angriff genommen" werde³²⁵.

In dieser Formulierung steckte erheblicher Zündstoff. Es gehörte schon der Mut der Verzweiflung dazu, wenn ein nachgeordneter Beamter gegenüber dem als Siedlungsfanatiker bekannten Oberbürgermeister die unbequeme Wahrheit derart deutlich äußerte, daß man nun endlich Wohnblocks statt Siedlerhäuschen bauen müsse. Dennoch klammerte sich Schottenheim weiter an sein Konzept der Wohnraumbeschaffung durch den Siedlungsbau; sein Entschluß, "das Siedeln mit allen Kräften fortzusetzen", sei unabänderlich³²⁶. Daß er dies seinen engsten Mitarbeitern gegenüber ausdrücklich anordnen mußte, belegt, wie laut nicht nur in der Stadtspitze inzwischen die Kritik am Siedlungsbau geworden war; auch in der Öffentlichkeit muß die Meinung recht verbreitet gewesen sein, die Siedlung verschlinge Gelder, die der Altstadt fehlten, denn Schottenheim setzte sich dagegen öffentlich zur Wehr³²⁷. Gleichzeitig appellierte er erneut und besonders eindringlich an die ortsansässige Wirtschaft, die Restfinanzierung neuer Siedlerstellen zu übernehmen³²⁸. Immerhin enthielt sein Appell zwi-

³¹⁸ Sch. an Reg. 27.11.1935, DS 793. Von der Wohnungsaufsicht wurden 1937 341 Wohnungen (1938: 427) berücksichtigt, davon 325 (388) beanstandet, und zwar wegen Überbelegung 179 (203), aus gesundheitl. Gründen 57 (121), aus sonstigen 89 (64), vgl. Schipper an MWi 20.1.1938 und 20.1.1939, PÜW 7.

³¹⁹ Bericht 9.2.1935, DS 778 und 793, dazu Notiz Sch. 20.2.1935, DS 666.

³²⁰ Ansprache im Horst-Wessel-Haus, wohl Frühjahr 1936, NIS 16.

³²¹ Verzeichnis 11.2.1935, ZR 19053.

³²² Bericht 9.2.1935, DS 778 und 793. Wohnungsamt-Meldung 30.8.1935: 48 obdachlose Familien, der Verlust weiterer 50 Wohnungen durch Abbruch stehe bevor, bis Jahresende mindestens 100 neue Kleinwhg. erforderlich (DS 793).

³²³ RPB 9.2.1935. Liste der 1935 erstellten und abgebrochenen Gebäude in DS 666.

³²⁴ Sch. an Reg. 27.11.1935, DS 793, vgl. Mb Wohlfahrtsamt, DS 696. Zum "Blauen Hecht" (Keplerstraße), wo das Wohlfahrtsamt nicht nur Obdachlose einquartierte, sondern auch "vielfach sehr zweifelhafte Elemente" verkehrten: ZR 10291 a und 19095.

³²⁵ Bericht 30.8.1935, DS 793.

³²⁶ Dienstanweisung an H., Sailer, Kerler und die Lieg. 4.11.1935, DS 940, vgl. auch Notiz Sch. 13.11.1935, ebd.

³²⁷ Rede für "lokalpolit. Aussprache" im Horst-Wessel-Haus, wohl Frühjahr 1936 in Anwesenheit der Presse, NIS 16.

³²⁸ Denkschrift Okt. 1935, DS 779, 923 und 939.

schen den Zeilen erstmals auch das Eingeständnis von Versäumnissen: Die bisherige Neubautätigkeit genüge nicht mehr, alle größeren Betriebe und Arbeitgeber müßten sich auch an der Schaffung von Kleinwohnungen beteiligen.

Durch großes persönliches Engagement, intensive Werbung, komplizierte Finanzierungsmodelle und nicht zuletzt das Auftreten Dritter als Bauträger gelang es dem Oberbürgermeister ab 1936, sein "Steckenpferd" nicht nur vor der Einstellung zu bewahren, sondern die Erweiterung der Siedlung sogar deutlich zu beschleunigen. Damit konnte er der Öffentlichkeit später die gesamte Siedlungsmaßnahme als einen auf einem durchgängigen Konzept basierenden Erfolg präsentieren - eine Einschätzung, die noch heute weit verbreitet ist; die Errichtung der Schottenheim-Siedlung ist in der Nachkriegszeit und teils bis heute als große persönliche Leistung des Oberbürgermeisters gefeiert worden³²⁹.

Den Bau von "Volkswohnungen" betrieb Schottenheim dagegen trotz jenes dramatischen Hilferufs aus dem Wohnungsamt nur gezwungenermaßen und mit Widerwillen. Die ersten dieser extrem billigen, kaum 40 m² Wohnfläche umfassenden Wohnungen³³⁰ entstanden sogar in "seiner" Siedlung - sehr zu seinem Ärger: "Der große Gedanke, auch beim Wohnen und innerhalb einer Wohngemeinschaft das deutsche Volk in all seinen Schichten einander näher zu bringen, wird durch den Bau von Volkswohnungen sabotiert. Wenn ich auch, durch die Not gezwungen, mich zum Bau von Volkswohnungen entschließen mußte, so erkläre ich ganz offen, daß mich nur die entsetzliche Wohnungsnot mit all ihren Folgen diesen Weg hat einschlagen lassen."³³¹ Dies war das Eingeständnis, daß Schottenheim aus Liebe zu seinem "Steckenpferd" zweieinhalb Jahre lang viel Energie und Geld in eine Art des Wohnungsbaus gesteckt hatte, die ungeeignet war, den tatsächlichen Bedarf zu decken. Das Konzept, die Wohnungsnot ausschließlich durch den Siedlungsbau zu bekämpfen, erwies sich als im Ansatz verfehlt - von seiten der Stadt wären statt Siedlerstellen dringend billige Mehrfamilienhäuser zu errichten gewesen; und genau deren Entstehung war daran gescheitert, daß der Oberbürgermeister alle Energien in den Siedlungsbau steckte.

Erst nach dem dramatischen Appell des Wohnungsamts forderte Schottenheim seinerseits, Regensburg bei der Zuteilung von Reichs- und Landesmitteln für den Volkswohnungsbau zu berücksichtigen. 200 dieser Wohnungen meldete er dem Wirtschaftsministerium noch im gleichen Jahr als Mindestbedarf³³², die Darlehen für die erste Hälfte von ihnen wurden sofort bewilligt³³³. Daraufhin reaktivierte Schottenheim die Stadtbau GmbH, die Anfang der zwanziger Jahre den kommunalen Kleinwohnungsbau getragen hatte, dann jedoch stillgelegt worden war³³⁴. Von 1936 an stampfte sie wieder Häuser aus dem Boden³³⁵ - allein in diesem Jahr

³²⁹ Vgl. zu Plänen, die in Konradsiedlung umbenannte Siedlung wieder nach Sch. zu benennen, MZ und TA 18.8.1952. Eine Unterschriftensammlung soll von 85-90 % der Siedler unterstützt worden sein.

³³⁰ Zum Begriff der Volkswohnungen: Peltz-Dreckmann S.137 ff. und 296 ff. H. rechnete mit ca. 4000 RM Herstellungskosten pro Volkswhg., Monatsmiete trotz Billigbauweise rd. 1 Wochenlohn des Bewohners (Sch. an Reg. 9.2.1938, PÜW 7, vgl. Vermerke H. 10.9. und 14.12.1936, DS 779).

³³¹ Entwurf für Leitartikel Sept.1937, PSt 503, veröff. in BOM 25.9.1937.

³³² Berichte an MWi und Reg. 11. bzw. 14.9.1935, DS 793; Grundlage ME 24.8.1935, RegAnz. 28.8.1935. Darlehensanträge für Wohnbau ab 1936 in StA 16425.

³³³ Bescheid der Reg. 7.11.1935, DS 793.

³³⁴ Vgl. Reindl S.26 f. 1930 hatte die Stadtbau nochmals Whg. nach dem städt. Sonder- und dem Reichswohnungsbauprogramm errichtet, vgl. ZR 11309. Rückblick zur Stadtbau GmbH (13.2.1946) in ZR 17064; ebd. Gb ab 1930. Vgl. allg. Schmetzer S.86, 30 Jahre Stadtbau-GmbH Rgbg. und F.Schmid: Größtes gemeinnütziges Wohnungsbaunternehmen von Ostbayern, Regensburger Almanach 1971 (1970) S.83-90. H. war das ganze 3.Reich hindurch Aufsichtsratsvorsitzender.

³³⁵ Urspr. 88 Volkswhg. der Stadtbau, 12 der Baugenossenschaft Margaretenua geplant, vgl. Sch. an Reg. 27.11.1935, DS 793. Insgesamt baute die Stadtbau 1936 für 920000 RM 120 Wohnungen und 62 Kleinsiedlerstellen, vgl. 30 Jahre Stadtbau-GmbH Rgbg. Jahresabschlüsse in ZR 17064.

Blocks mit 102 Volkswohnungen³³⁶. Zudem wurde sie nun - zu Vorzugsbedingungen - auch als Trägerin in den Siedlungsbau eingeschaltet, um diesen zu beschleunigen³³⁷. 1936-1938 hat sie zusammen 187 Kleinsiedlerstellen errichtet, die bis 1944 fast alle an ihre Bewohner übergeben wurden³³⁸.

STADTBAU GMBH; KLEINSIEDLUNGEN UND BETREUUNGSBAUTEN ³³⁹		
	Stellen	Bezug
Sandgasse	24	1938
Vogesenstraße	22	1939
Vogesenstraße	8	1939
Vogesenstraße	4	1939
Ardennenstraße	18	1939
Karpatenstraße	17	1939/40
Im Reichen Winkel	26	1939/41 ³⁴⁰
Im Reichen Winkel	1	1941 ³⁴¹

Schottenheims halbherzig vollzogene Wende in der Wohnungspolitik kam zu spät. 1935 hatte das zunächst langsame, dann sprunghafte Bevölkerungswachstum durch den Zuzug auswärtiger Arbeiter begonnen, im Herbst 1936 mußte Schottenheim eingestehen, daß nach wie vor Hunderte der vordringlichsten Wohnungsgesuche nicht befriedigt werden konnten. So beantragte er die Reichsdarlehen für weitere 60 Volkswohnungen der Stadtbau GmbH. Mindestens 300 hielt er zwar für erforderlich³⁴², doch abgesehen davon, daß so viele Reichsdarlehen kaum bewilligt worden wären, hätten auch die Eigenmittel zur Restfinanzierung nicht ausgereicht³⁴³. Noch 1936 erwarb die Stadt das benötigte Baugelände an der Walderdorffstraße³⁴⁴, zum Jahresende wurden die Darlehen bewilligt, ein Jahr darauf waren die 60 Wohnungen bereits bezogen³⁴⁵. Im Spätsommer 1937 projektierte die Stadtbau GmbH die nächsten 11 Wohnblocks mit 102 Volkswohnungen, diesmal an der Guericke-, Ehrenfels-, Gumprecht- und Lerchenfeldstraße; ein Jahr darauf waren sie bezugsfertig³⁴⁶. Zu dieser Zeit - im Herbst

³³⁶ 54 an der Haymostraße (Gesamtkosten 228000 RM, vgl. Gb Stadtbau 1936, DS 827), 48 am Flachberg. Zunächst kostenlose, 1941 vergütete Veräußerung des Geländes Haymostraße in ZR 15955, vgl. DS 797. Finanzplan Stadtbau GmbH 11.9.1936 in DS 779.

³³⁷ Dienstanweisung Sch. 26.10.1937, DS 779, vgl. 30 Jahre Stadtbau-GmbH Rgbg. und deren Gb 1938, DS 827. In den späten 30er Jahren versch. förmliche Kaufverträge für Grundstücke, die der Stadtbau Jahre früher übertragen worden waren, vgl. z.B. ZR 15886.

³³⁸ Bericht 13.2.1946 über Geschäftsjahr 1944, ZR 17064.

³³⁹ Sog. "Erwerbshäuser"; Quellen s.S.419 Anm.348.

³⁴⁰ Eigensiedler.

³⁴¹ Eigenheim.

³⁴² Bericht an MWi und Reg. 11.9.1936, DS 779 und 793. Nach Bericht Schipper 23.1.1937 (PÜW 7 und DS 796), betrug der Fehlbedarf "nur" 2000 Whg.

³⁴³ Vgl. Vermerke H. 10.9. und 14.12.1936, DS 779.

³⁴⁴ Erwähnt in DS 797, vgl. Rh-Prot. 20.8.1937 zum Bauplatzverkauf an Stadtbau.

³⁴⁵ Vgl. Notizen Sch. DS 792 und Mb Bauamt, ebd. und DS 545. Gesamtkosten 240000 RM, vgl. Gb Stadtbau 1936, DS 827. Darlehensaufnahme in StA 16425.

³⁴⁶ Vorarbeiten ab Aug., Baubeginn Herbst 1937, vgl. Mb in DS 545, 562 und 792 sowie Gb Stadtbau 1938, DS 827; Gesamtkosten 447000 RM. Grundverkauf an Stadtbau in ZR 16032, vgl. Rh-Prot. 3.3.1939. Darlehensantrag in StA 16425.

1938 - besaß die Stadt selbst 174 Gebäude, darunter neben den Verwaltungsgebäuden und Schulen 147 Wohnhäuser mit insgesamt 699 Kleinwohnungen³⁴⁷.

STADTBAU GMBH ³⁴⁸	Häuser	Wohnungen	bezogen	Kosten (RM)
Wittelsbacher Straße 7a-e	5	18	1925	400000 ³⁴⁹
Kleinwohnungsbauprogramm	10	72	1931	558000 ³⁵⁰
Volkswohnungen Haymostraße	6	54	1936	240000
Volkswohnungen Flachlberg	8	48	1936	187000
Militärkleinwohnungen Auweg	2	18	1937	76000
Militärkleinwohnungen Baltenstraße	21	21	1937	140000
Volkswohnungen Walderdorff-/ Gumprechtstraße	11	60	1937	245000
Volkswohnungen Guericke-/Gumprecht-/ Ehrenfels-/Lerchenfeldstraße	18	102	1938	445000
Volkshwg. Augsburgers Straße	22	132	1939/41	660000 ³⁵¹

Andere Bauträger schlossen sich an. Unter anderem³⁵² errichteten ab 1936 die Baugesellschaft "Bayern" Blocks mit 63 Volkswohnungen für die Reichsbahn an der Kirchmeierstraße, 1937/38 der Gemeinnützige Bauverein 18 dieser Wohnungen an der Admiral-Hipper-Straße³⁵³, 1938 die Baugenossenschaft des Verkehrspersonals 36 an der Graf-Spee- und Von-Reiner-Straße³⁵⁴. Für Angehörige der Reichspost entstanden gleichzeitig ebenfalls im Kasernenviertel 54 Volkswohnungen der "Bayern"³⁵⁵, der Gemeinnützige Bauverein errichtete weitere fünf Sechsfamilienhäuser an Graf-Spee- und Mackensenstraße³⁵⁶, die unter fürstlicher Verwaltung stehende Marie-Christinen-Stiftung und das Baugeschäft Sechser & Klug planten 1938/39 weitere 26 bzw. 22 Wohnungen an der Greflinger Straße³⁵⁷, die "Bayern" 36 Reichsbahnwohnungen an der Balwinus- und Ostendorferstraße³⁵⁸ sowie 108 Volkswohnungen an der Guerickestraße³⁵⁹. Gescheitert sind unter anderem Projekte des St.Wolfgang-Bauvereins

³⁴⁷ Etatbericht Sailer Okt. 1938, DS 546.

³⁴⁸ Nach den Gb (DS 827), Aufsichtsratsunterlagen und Prüfbericht des Verbands bayer. Wohnungsunternehmen, 15.9.1944 (DS 828). Insgesamt 9 Baumaßnahmen (103 Häuser, 525 Whg.) - außer im Dörnbergblock ausschließlich Klein- und Volkshwg.

³⁴⁹ Sogenannter "Dörnbergblock".

³⁵⁰ Haymo-, Baumburger-, Alte Straubinger Str., Auweg (6 Häuser aus Sonderwohnungs-, 4 aus dem zusätzl. Reichswohnungsbauprogramm 1930).

³⁵¹ Die Häuser trugen Hausnummern der Straße der SA, der Nibelungen-, Siegfried- und Kriemhildstraße.

³⁵² Auch der RegPräs vermerkte die besonders starke Wohnbautätigkeit in Rgbg. (RPB 6.5.1938, vgl. auch Mb Bauamt 31.1.1938 mit Jahresüberblick 1937, DS 666).

³⁵³ Richtfest 20.12.1937, Bezug Juni 1938, vgl. Mb Bauamt Dez. 1937, 30.5. und 5.8.1938 (DS 792), vgl. BOM 21.12.1937.

³⁵⁴ Erwähnt in ZR 15096, vgl. Rh-Prot. 17.6.1938.

³⁵⁵ Vgl. Mb Bauamt ab Juni 1938, DS 792, vgl. auch Pressegespräch Sch. 5.8.1938, PSt 506, und Rh-Prot. 25.10.1938. Lt. Mb Bauamt 30.5.38 (DS 792) waren weitere 44 Postwhg. an der Furtmayrstraße geplant.

³⁵⁶ augenhehmigung lt. Rh-Prot. 15.7.1938, vgl. Mb Bauamt 5.8.1938 (DS 792).

³⁵⁷ Mb Bauamt 30.5. bzw. Nov. 1938, DS 792.

³⁵⁸ Darlehensaufnahme (60000 RM) in StA 16425, vgl. Rh-Prot. 17.9. und 12.11.1937.

³⁵⁹ Baugenehmigung im Rh-Prot. 17.2.1939.

für 24 Wohnungen³⁶⁰ und der "Gagfah", mit 19 Blocks (114 Volkswohnungen) die Baulücke zwischen den Kasernen und den bereits bestehenden Blocks an der Guerickestraße zu schließen³⁶¹.

Die Ansiedlung des Flugzeugwerks machte es erforderlich, mit dem "Göringheim" am Ziegelsberg eine vollständige neue Werksiedlung anzulegen; ohne diese Maßnahme wäre die Betriebsgründung in Regensburg völlig undenkbar gewesen. Die Wohnraumbeschaffung für die Vier-Jahres-Plan-Betriebe unterlagen allerdings ohnehin Sonderregeln, die sich in Regensburg vor allem bei den späteren Wohnungsbauten des Flugzeug- und des Holzverzuckerungswerks auswirkten. Zur Beschleunigung solcher Baumaßnahmen mußte "notfalls in Kauf genommen werden, daß dieser oder jener Stelle nicht soviel Zeit zur Prüfung des Vorhabens bleibt, wie dies unter normalen Verhältnissen geboten wäre". Die Gemeinden selbst sollten unter Hinweis auf ihre künftig steigenden Steuereinnahmen zur Finanzierung auch ungewöhnlich hoher Erschließungs- und Grundstückskosten herangezogen werden³⁶².

Trotz des beginnenden Aufschwungs im Wohnungsbau hatte das städtische Wohlfahrtsamt auch im Herbst 1936 wieder Notquartiere für Obdachlose in Gasthäusern anmieten müssen; der Bau weiterer Behelfswohnungen sei "unaufschiebbar"³⁶³. Hieraus und aus den Plänen für das neue Garnisonslazarett der Wehrmacht, das den Abriß einiger Obdachlosen-Baracken am Pulverturm erforderlich machte, erklärt sich das weitere Wachstum der von Schottenheim so verabscheuten Barackensiedlungen. Im Nordheim und am Sandberg lebten Ende 1936 120 Familien mit rund 660 Personen³⁶⁴, während die Stadt bereits das Gelände für eine neue Obdachlosensiedlung, das "Keilbergheim" erwarb³⁶⁵. Es entstand 1937/38 mit zunächst 40 Wohnungen in fünf Baracken, die teils aus dem aufgelassenen Reichsarbeitsdienstlager an der Straubinger Straße stammten³⁶⁶, und wurde in der Presse als "erzieherische Maßnahme" Schottenheims für "verantwortungslose Mieter" seiner Siedlung dargestellt³⁶⁷.

³⁶⁰ Erwähnt in Mb Bauamt, 30.5.1938, DS 792, vgl. auch Rh-Prot. 12.5.1938. Lt. Auskunft des Vereins (19.2.1988) kein Wohnungsbau im gesamten 3.Reich. Vgl. auch ZR 11308 zur Sanierung des Vereins 1933-1938.

³⁶¹ Erste Erwähnung Spätsommer 1937, vgl. ZR 16085 (mit Einzelheiten), Rh-Prot. 12.5.1938 und Mb Bauamt, DS 545 und 792. Baubeginn lt. Pressegespräch Sch. 5.8.1938 (DS 792) Herbst 1938, doch wären die Baukosten und damit die Mieten zu hoch geworden, um an Reichsdarlehen und -bürgschaften zu gelangen.

³⁶² Richtlinien und Erlaß Reichsarbeitsministerium 18. bzw. 27.8.1937, Abschrift ZR 19119 bzw. 19079, vgl. allg. Mattausch S.114 ff.

³⁶³ Bericht 1.10.1936, DS 696, vgl. auch Bericht Siedlungsverwaltung 23.7.1936, DS 919 und 954.

³⁶⁴ Bericht Zwick 18.12.1936, DS 696.

³⁶⁵ Vertrag 24.10.1936, ZR 14826.

³⁶⁶ Einzelheiten in DS 787 und 794: 70000 RM für neue Barackensiedlung, zu tragen von der Heeresverwaltung als Auslöserin der Verlegung. Vgl. Pressegespräch Sch. 11.12.1937, PSt 502, sowie Mb Bauamt DS 545 und 696, wonach die erste Baracke Ende 1937 bezogen wurde. Erwerbungen für Erweiterung Keilbergheim in ZR 15199, vgl. Rh-Prot. 23.12.1938.

³⁶⁷ BA 4.1.1938. Vgl. auch Polizeistrafen für Eltern aus Pulverturm-Siedlung und Nordheim wegen Schulversäumnis der Kinder, DS 691, sowie Wartner S.3.

HAUSHALTE IN NOTUNTERKÜNF TEN ³⁶⁸						
	1933	1934	1935	1936	1937	1938
in Baracken	120	170	184	195	237	262
in Eisenbahnwaggons	27	27	27	27	11	7
in sonstigen Notunterkünften	49	15	26	23	0	57
Summen	196	212	237	245	248	326

Neben den Neubaumaßnahmen wurde es angesichts ständig steigender Grundstückspreise erforderlich, den von der Reichsregierung zunächst gelockerten, nun zunehmend wieder ausgebauten Mieterschutz verschärft zu kontrollieren³⁶⁹ und auch die weitreichenden Befugnisse zur Preisüberwachung bei Mieten voll auszuschöpfen, die sich aus dem Vierjahresplan und der Preisstop-Verordnung ergaben³⁷⁰. Dennoch besserte sich die Lage in Regensburg nicht: Im Sommer 1937 berichtete die Presse, nahezu 150 Familien seien obdachlos, obwohl seit 1933 über 1800 neue Wohnungen errichtet worden waren³⁷¹. Ein Jahr darauf bezifferte das Stadtoberhaupt selbst den Fehlbedarf noch immer auf 3000 Wohnungen, die Not sei drückender als 1933³⁷². Erneut beantragte er Reichsmittel für den Volkswohnungsbau, diesmal gleich für 300 neue Wohnungen³⁷³, und Kämmerer Sailer mußte fast 120000 RM Zuschuß zur Wohnungsfürsorge zusätzlich in den Haushalt einstellen, davon allein zwei Drittel für die Restfinanzierung der 102 Volkswohnungen an der Guerickestraße³⁷⁴.

Dem privaten Wohnungsbau mangelte es zu dieser Zeit, anders als in den frühen dreißiger Jahren, nicht mehr in erster Linie am Kapital, sondern an Facharbeitern und Baumaterial, insbesondere Baueisen. Hinzu kamen ab der zweiten Jahreshälfte 1938 die erwähnten Kredit Sperren, ausgelöst durch die Überhitzung des Kapitalmarkts, der von der Reichsregierung übermäßig zur Rüstungsfinanzierung in Anspruch genommen wurde. Viele Wohnbauprojekte lagen bis zur Baureife fertig vor, konnten aber, obwohl die Stadt im Einzelfall die Materialanforderungen nachdrücklich unterstützte³⁷⁵, nicht ausgeführt werden. Im Frühjahr 1939 war der private Bausektor praktisch gelähmt, es geschah fast nichts mehr zur Behebung der Wohnungsnot³⁷⁶.

³⁶⁸ Stand jeweils 31.12., erstellt aus PÜW 7, DS 778, 796 und ZR 19053, vgl. auch Verf. Sch. 16.3.1938, ZR 19094.

³⁶⁹ Kündigungsschutz-VO 28.8.1937, RGBI I S.917, VO 4.12.1937, RGBI I S.1325, und 31.8.1938, RGBI I S.1070. Vgl. Sch. an MWi 3.1.1938, DS 796, zu den Folgen der urspr. Lockerung. Vgl. auch VO Reichskommissar Wagners 19.4.1939, veröff. Wbl 23.8.1939, zur starken Position der (nichtjüdischen) Mieter und der kommunalen Preisüberwachung.

³⁷⁰ DurchfGesetz zum Vierjahresplan/Bestellung eines Reichskommissars für die Preisbildung 29.10.1936, RGBI I S.927, und VO 26.11.1936, RGBI I S.955, vgl. auch das geänderte Reichsmieten- und Mieterschutzgesetz 18.4.1936, RGBI I S.369. Klagen über steigende Mieten schon in Reg. an RMdI 6.2.1936, StA 22037.

³⁷¹ BA und BOM 25.8.1937, vgl. Artikel Sch. in PSt 503 und Berichte Wohlfahrtsamt, DS 696. Zwangsumquartierungen in Gaststätten beim Brückenprojekt in ZRa 14293.

³⁷² BA 8.6.1938, vgl. Bericht an Reg. 13.7.1938, DS 793, und Befürwortung eines privaten Neubauprojekts 13.7.1938, ZR 15796.

³⁷³ Antrag 13.7.1938, DS 793.

³⁷⁴ Haushaltsbericht Okt. 1938, DS 546; 27000 RM für weitere Baracken im Keilbergheim, 5000 RM für ein Werkheim am Sandberg vorgesehen.

³⁷⁵ Vgl. z.B. Projekt für 18 Whg. der Fa. Sechser & Klug (Christliebstraße), ZR 15796 und Mb Bauamt 5.8.1938, DS 792 - symptomatisch für absurde Folgen der Zwangsbewirtschaftung: Das Baueisen war vorhanden, doch verzögerte sich immer wieder die Genehmigung, es auch verwenden zu dürfen.

³⁷⁶ RPB 11.4.1939.

Das letztgenannte, bislang weitaus größte Volkswohnungsprojekt der Stadtbau GmbH sah die Auffüllung der Baulücke entlang der Augsburgs Straße zwischen Göringheim und Hofgartensiedlung vor³⁷⁷. 346 Wohnungen sollten hier entstehen, für 132 von ihnen liefen im Sommer 1938 die Vorbereitungen noch an³⁷⁸, da die Stadt mehr nicht finanzieren konnte³⁷⁹. Nach der Aufhebung der Kreditsperre, im Frühjahr 1939, begannen die Bauarbeiten für die 22 Sechs-Familien-Häuser an der Nibelungen-, Siegfried- und Kriemhildstraße, einige der Blocks wurden im Rohbau bis Kriegsbeginn noch fertig³⁸⁰. Per Sondergenehmigung wurden sie trotz des Neubauverbots zur Fertigstellung freigegeben, die vermutlich bis Frühjahr 1941 dauerte³⁸¹ - obwohl Schottenheim das Projekt eigentlich "hinhaltend behandelt" wissen wollte³⁸². Demnach diente also die Würdigung dieser großen Volkswohnungs-Baumaßnahme in der Öffentlichkeit nur der Propaganda, während der Oberbürgermeister sie in Wahrheit nach Möglichkeit verzögern wollte, um stattdessen den Siedlungsbau zu forcieren. - Nach Kriegsende beschlagnahmte die UN-Flüchtlingsorganisation UNRRA diese 132 Wohnungen ebenso wie das benachbarte Göringheim³⁸³.

Im Sommer 1939 gab Schottenheim gegenüber der Presse an, in seiner Amtszeit seien bis Ende 1938 4019 neue Wohnungen in Regensburg entstanden, davon 716 Siedlerstellen im Schottenheim und 608 in der Göringheim-Siedlung. 446 Wohnungen seien von Baugenossenschaften, 1968 von privater Seite sowie durch die Wehrmacht errichtet worden, bei 281 handele es sich um Volkswohnungen, 550 weitere seien im Bau³⁸⁴. Andere Quellen ergeben eine deutlich niedrigere Gesamtsumme. Dennoch machte sich eine solche Erfolgsbilanz gegenüber den Neubauzahlen aus der Zeit der Weimarer Republik natürlich gut, doch ist zu bedenken, daß darin die ebenfalls ungewöhnlich hohe Zahl der durch Abbrüche verlorenen Wohnungen nicht enthalten war, und daß sich die Stadt und die Stadtbau GmbH selbst nur (716 + 281 =) 997 neue Wohnungen zuzuschreiben hatten. Der offizielle Wohnungsfehlbestand in Regensburg hielt sich Ende 1938³⁸⁵ und bis zum Kriegsbeginn, als die zivile Bautätigkeit größtenteils eingestellt wurde, auf einer Höhe von mindestens 3000-3500 Wohnungen, intern war sogar noch von wesentlich höheren Zahlen die Rede: Der Regierungspräsident berichtete, in Regensburg bestehe ein Bedarf von mindestens 5000 Wohnungen - eine Zahl, wie sie später auch die Stadtbau GmbH für 1939 geschätzt hat³⁸⁶.

Obwohl sich gezeigt hatte, daß - wenn überhaupt - allenfalls der Volkswohnungsbau die Aussicht bot, die Wohnungsnot zu lindern, blieb Schottenheim bei seiner Auffassung, diesen nur "in besonders gelagerten Fällen" weiterzuführen; dagegen sei dem Siedlungsgedanken nach wie vor der Vorzug zu geben³⁸⁷.

³⁷⁷ Vgl. Notiz Schipper 24.6.1938 über die Auswahl dieses Geländes, DS 793; ebd. Skizze 13.6.1938.

³⁷⁸ Einzelheiten in DS 791 und 793, vgl. BOM 6.8.1938 und Rh-Prot. 5.12.1938. Von den veranschlagten Kosten (4600 RM pro Whg.) lt. Bewilligungsbescheid 31.10.1938: 306000 RM Sparkasse, 198000 RM Reich, 108000 RM Stadt (Gb Stadtbau 1938 und 1939, DS 827).

³⁷⁹ Vermerk Schipper 27.1.1939, DS 793.

³⁸⁰ Vgl. laufende Mb Bauamt, DS 667. Baugenehmigung lt. Rh-Prot. 3.3.1939.

³⁸¹ Vgl. Gb Stadtbau GmbH, DS 827. Danach mußte man einen Teil der Whg. dem Wasserstraßenamt Rgbg. zur Verfügung stellen. Darlehensanträge für die 132 und weitere 108 Volkswhg. der Stadtbau in StA 16425.

³⁸² Undatierter Vermerk (zweite Hälfte 1940), DS 952.

³⁸³ Gb Stadtbau GmbH 1945, ZR 17064.

³⁸⁴ Undatierter, nicht unterschriebener Entwurf in DS 791, abgedruckt in BOM 31.8.1939, vgl. auch BOM 24.12.1938.

³⁸⁵ Rechenschaftsbericht Sch., BA 24.-25.12.1938.

³⁸⁶ RPB 9.6.1940 bzw. Gb Stadtbau GmbH 1946 (ZR 19103).

³⁸⁷ Redetext 13.6.1939, DS 952.

DER WOHNUNGSMARKT ³⁸⁸				
	Wohnungen	1-4 Räume	5-6 Räume	ab 7 Räume
31.12.1932	20765			
31.12.1933	20905	16214	3503	1188
31.12.1934	21337	16551	3570	1216
31.12.1935	21815	16914	3666	1235
31.12.1936	22485	17393	3836	1256
31.12.1937	23489	18221	3995	1273
31.12.1938	24557	19033	4237	1287

WOHNUNGSNEUBAU ³⁸⁹ 1.7.1918 - 31.12.1932: 3786					
	insgesamt	Abgang	Reinzugang	davon Kleinwohnungen	in städt.Gebäuden
1933	189	50	139	92	20
1934	525	92	433	337	218
1935	545	67	478	363	67
1936	790	120	670	479	105
1937	1078	74	1004	828	96 ³⁹⁰
1938	595	38	557	380	51
Summen:	3722	441	3281 ³⁹¹	2479	557
Finanzierung:		49 % durch Privatleute, 11 % durch Genossenschaften, 40 % durch öffentliche Gelder			

3. Die Schottenheim-Siedlung

a. Vorläufer

Schottenheims Siedlungsprogramm war nicht neu. Ein Reichssiedlungsgesetz hatte es schon 1919 gegeben³⁹², und der Förderung der vorstädtischen Kleinsiedlungen galt auch eine Notverordnung von 1931³⁹³, gerade unter den Aspekten der Arbeitsbeschaffung, der Selbstver-

³⁸⁸ Erstellt aus PÜW 7, DS 778 und 796. Leichte Abweichungen in Pressegespräch Sch. 24.8.1937, PSt 502.

³⁸⁹ Wie vorige Anm. Teils starke Abweichungen in den von Maier Anhang S.167 verwendeten Statist. Jahrbüchern der deutschen Gemeinden.

³⁹⁰ Dazu 60 in nichtstädt. Gebäuden, aber von der Stadt bezuschußt.

³⁹¹ Abweichend Pressebericht Sch. (BA 24.-15.12.1938): bis Ende 1938 insgesamt 4019 Whg. und 281 Volkswhg.

³⁹² 11.8.1919, RGBI I S.1429, vgl. Peltz-Dreckmann S.72 ff.

³⁹³ 23.12.1931, RGBI I S.790.

sorgung und der Minderung sozialer Spannungen, die sich aus der Wohnungsnot ergaben³⁹⁴. Schon zu dieser Zeit entsprachen die Rahmenbedingungen der Praxis, wie sie auch nach 1933 geübt wurde, etwa die mindestens dreijährige Probezeit für den Siedler mit anschließender Eigentumsübertragung, die Finanzierung der Kleinsiedlerstellen durch niedrig verzinste Reichsdarlehen und die extreme Billigbauweise. So gab es gegen Ende der Weimarer Zeit bereits rund 50000-70000 Kleinsiedler im Deutschen Reich; in Bayern entstanden von 1919 bis 1933 1402 Siedler- und 8930 "Anliegerstellen mit Landzulagen zu Eigentum"³⁹⁵.

Von nationalsozialistischer Seite wurde die Siedlungsbewegung überaus positiv beurteilt. Schon für die Reichstagswahl im Juli 1932 erhob die NSDAP die Förderung der vorstädtischen Kleinsiedlung zum Programm, nach 1933 kamen gemäß der verbreiteten agrarromantischen Strömung irrationale Volksgemeinschaftsideen wie auch nationalchauvinistisches Gedankengut und Blut-und-Boden-Mystik hinzu. Allerdings kritisierte man - und nicht zu unrecht³⁹⁶ - die Ghetto-Situation derartiger Stadtrandsiedlungen. Dort lebten tatsächlich überwiegend Wohlfahrtsempfänger, die Siedlungen verfügten zumeist über keine eigene Infrastruktur, und sie waren schlecht an die Stadtzentren und Gewerbegebiete angebunden. Auch hatten sie im allgemeinen keinen besonders guten Ruf; sie galten als Keimstätten der Kriminalität, auch des politischen Aufruhrs, ihre Bewohner als asozial. So mußten sich die Siedler geradezu an den Rand gedrängt fühlen - an den Rand der Stadt wie auch der Gesellschaft. Erfolge bei der Aufwertung des Siedlungsgedankens im Nationalsozialismus hingen also davon ab, daß es gelang, den Stadtrandsiedlungen dieses Image zu nehmen³⁹⁷.

All dies galt auch für Regensburg. 1932 gab die Stadtverwaltung erstmals 50000 RM für vorstädtische Kleinsiedlungen aus³⁹⁸, es begannen die Vorarbeiten für je 20 Siedlerstellen am Brandlberg³⁹⁹ und in der Pfälzer Siedlung an der Lappersdorfer Straße⁴⁰⁰ sowie für das "Westheim" am Weinweg mit 40 Wohneinheiten. Nachdem die Eröffnung dieser Siedlungen erst nach Schottenheims Amtsantritt erfolgte, konnte die nationalsozialistische Stadtführung der Öffentlichkeit gegenüber die Entstehung der 80 Wohnungen als eigene Leistung präsentieren. Jedoch lagen auch hier alle drei Standorte weitab vom Stadtzentrum und den wichtigen Gewerbegebieten.

Die billigste Bauweise verwendete man am Brandlberg. Mit einem Gesamtaufwand von 79000 RM entstanden hier 20 Kleinsiedlerstellen; zwei Drittel davon stammten aus Reichsdarlehen⁴⁰¹. Im Juli 1933 konnte Schottenheim die neue Siedlung einweihen⁴⁰², 1937 lebten hier 84 Personen⁴⁰³, Ende 1939 gingen die Häuschen in das Eigentum ihrer Bewohner über⁴⁰⁴. Für das geplante "Westheim" erwarb die Stadt ebenfalls schon 1932 die erforderlichen Grundstücke⁴⁰⁵. Nach Schottenheims Amtsantritt gingen - gewissermaßen als Probelauf - die Vorarbeiten für diese kleine Siedlung weiter, man beantragte Reichsdarlehen für die ersten

³⁹⁴ Vgl. Peltz-Dreckmann S.80 ff. und Maier (1986) S.19 ff.

³⁹⁵ Statist. Jahrbuch für das Deutsche Reich 53 (1934) S.67.

³⁹⁶ Vgl. Mattausch S.3 ff. und Maier (1986) S.75 f.

³⁹⁷ Vgl. allg. Mattausch und Peltz-Dreckmann.

³⁹⁸ Erwähnt in Etatrede Sch. 1934, NIS 16.

³⁹⁹ Presseberichte bei Weinmann S.243.

⁴⁰⁰ Errichtet vom Gemeinn. Bauverein Stadtamhof und Umgebung. Zur Einweihung: RA 3.9.1933. 1937 lebten 76 Personen in den 20 Siedlerhäuschen, vgl. Voggenreiter (1937) S.5.

⁴⁰¹ Bericht Siedlungsverwaltung 20.3.1939, DS 911, bzw. Revisionsbericht 1941, PAM 534, S.118; vgl. auch Abrechnung 1933, FIN 513, und Bericht Siedlungsverwaltung 23.7.1936, DS 919 und 954. Siedlerliste 11.6.1935 in DS 940.

⁴⁰² RA 26.6. bzw. 3.7.1933, vgl. auch RA 25.8.1933.

⁴⁰³ Voggenreiter (1937) S.5.

⁴⁰⁴ Zur Eigentumsübertragung 10.12.1939: DS 911. Frühere Bauplatzverkäufe z.B. in ZR 15640 und 15685.

⁴⁰⁵ Erwerbung von der Klerikalseminarstiftung St.Jakob in ZR 15406. Vgl. allg. HA-Prot. 18.1.-8.3.1933.

Siedlerstellen⁴⁰⁶, im Sommer 1933 konnten sie fertiggestellt und bezogen werden⁴⁰⁷. Anfang 1934 wohnten 21 Familien im Westheim⁴⁰⁸, nach dem Endausbau auf 40 Stellen lebten hier 252 Personen⁴⁰⁹. Eine geplante Erweiterung⁴¹⁰ ist vermutlich am Ausbau des Flughafengeländes für das Flugzeugwerk gescheitert. Die Gesamtkosten für das Westheim beliefen sich auf knapp 160000 RM, davon brachten die Siedler selbst rund 20000 RM auf, während fast 100000 RM aus Reichshaupt- und -zusatzdarlehen stammten⁴¹¹. 1940 und 1941 erhielten die Siedler ihre Häuschen als Eigentum übertragen⁴¹².

Nicht verwirklicht wurde das Projekt einer vorstädtischen Kleinsiedlung auf dem Gelände der ehemaligen Ziegelei am Unterislinger Weg⁴¹³, nachdem der Stadtrat alle entsprechenden Aktivitäten auf die neue Siedlung im Nordosten der Stadt konzentrieren wollte⁴¹⁴. Auch das Projekt der ehemals gewerkschafts-, nun DAF-eigenen "Oberpfälzisch-niederbayerische Bauhütte GmbH" für eine SA- und SS-Eigenheimsiedlung im Bereich Landshuter/Guerickestraße zerschlug sich⁴¹⁵. Ersetzt wurde es durch einen Alternativplan in Kumpfmühl, doch erklärte die Stadt nach der Entmachtung der SA, sie könne für andere als ihre eigenen Siedlungsmaßnahmen keinerlei Leistungen übernehmen⁴¹⁶. Die Idee einer eigenen SA- und SS-Siedlung erledigte sich endgültig, als die erforderliche Mindestzahl an Siedlungswilligen nicht mehr zur Verfügung stand - teils hatten sie infolge der "Besserung ihrer Wohnverhältnisse die Baulust aufgegeben", teils auch schon selbst gebaut⁴¹⁷.

Eine weitere Siedlung, die ab 1934 auf dem Gelände des ehemaligen Fürstlich Thurn-und-Taxis'schen Hofgartens in Kumpfmühl heranwuchs⁴¹⁸, kann nicht im eigentlichen Sinn als NS-Siedlungsmaßnahme angesehen werden, da sie ausschließlich aus privaten Eigenheimen bestand⁴¹⁹. Insgesamt entstanden hier über 100 Häuser⁴²⁰, 1941 lebten darin 685 Menschen⁴²¹; die Straßen trugen die Namen früherer Fürsten von Thurn und Taxis⁴²². Hier wie auch bei allen übrigen Wohnvierteln, die im Verlauf der dreißiger Jahre neu entstanden, war die Stadt nur über Grundstücksgeschäfte, Bebauungspläne und Geländeerschließung eingeschaltet⁴²³. Dies galt für die Bebauung des Pfaffensteiner Hangs mit einer Reihe großzügiger, teils ausge-

⁴⁰⁶ Anträge für 13 bzw. 4 Siedlerstellen, 28.4. und 18.5.1933, Bewilligung durch MWi am 21.6. bzw. 8.7.1933, vgl. StA 16424.

⁴⁰⁷ Vgl. RA 19.7. bzw. 24.8.1933 zur Einweihung des Westheims; Lageplan in DS 911.

⁴⁰⁸ Notiz Sch. 31.1.1934, DS 899.

⁴⁰⁹ Voggenreiter (1937) S.5. Siedlerlisten 11.6.1935 (u.a. 16 Heeresarbeiter) in DS 940.

⁴¹⁰ Erwerbung von Erweiterungsgelände z.B. in ZR 15435, vgl. ZRa 14568.

⁴¹¹ Bericht Siedlungsverwaltung 23.7.1936, DS 919 und 954.

⁴¹² Einzelheiten in DS 911, vgl. auch ZRa 14504 und ZR 16040.

⁴¹³ Grundstücksangebot Bayerische Zentral-Darlehenskasse 12.10.1933, ZR 16388.

⁴¹⁴ HA-Prot. 22.11.1933. Das Gelände wurde 1934 von der Baufirma Tausendpfund erworben und ging dann auf die Stadtbau GmbH über, die es 11.1.1943 der Stadt verkaufte, vgl. Bericht Verband bayer. Wohnungsbauunternehmen 4.2.1944, DS 828, sowie allg. ZRa 14486 und ZR 16388.

⁴¹⁵ Informationsblatt des DAF-eigenen Verbands sozialer Baubetriebe GmbH 22.1.1934 und Bauhütte an Stadt 6.4.1934, ZR 19114, vgl. HA-Prot. 11.5.1934.

⁴¹⁶ Vermerk Schipper nach Rücksprache mit Sch. 19.7.1934, ZR 19114.

⁴¹⁷ Bauhütte an Schipper 7.8.1934, ebd.

⁴¹⁸ Begrenzt durch Karthäuser Straße, Hofgartenweg und Am Vitusbach.

⁴¹⁹ Vgl. RA 4. bzw. 5.9.1933 und BA 12.3.1934 zur Ausstellung "Regensburg baut", die den Eigenheimbau ankurbeln und so zur Arbeitsbeschaffung beitragen sollte.

⁴²⁰ Vgl. HA-Prot. 24.10.1934, Notiz Sch. 13.11.1934, DS 940, und Pressegespräch 24.8.1937, PSt 502. Pressebelege zur Hofgartensiedlung bei Weinmann S.245, vgl. auch Voggenreiter (1936) S.84.

⁴²¹ Vermerk 6.9.1941, NIS 18, bzw. Rede vor den Rh. 20.7.1939, ZR 11243.

⁴²² Zum Straßenbau: ZRa 14664 und Sr-Prot. 19.7. bzw. 19.10.1934.

⁴²³ Mb Straßenbau in DS 545 und 562, vgl. auch Mb 31.12.1938 zur Geländeerschließung östlich der Hofgartensiedlung, DS 667.

sprochen luxuriöser Villen⁴²⁴ ebenso wie im Stadtwesten, wo allmählich die ältere Margaretenau-Siedlung mit der Stadt zusammenwuchs⁴²⁵, an der Lappersdorfer Straße bei einer Siedlung der Baufirma Tausendpfund, in Schwabelweis und schließlich auch bei der erwähnten Bebauung des Kasernenviertels mit Volkswohnungsblocks verschiedenster Träger für Wehrmachts-, Reichsbahn- und Postangehörige.

b. Motive für den Siedlungsbau in Regensburg⁴²⁶

"15 Jahre lang war ich Arzt in Regensburg und habe als solcher mehr in die Hütten der Armen als in die Paläste der Reichen Einblick bekommen. Damals lernte ich die Wohnungsnot und die Wohnverhältnisse kennen. Damals wurde ich Siedler. Als mich die Revolution im Jahre 1933 an das Bürgermeisteramt dieser Stadt berief, da konnte ich meinen Wunschtraum in die Wirklichkeit umsetzen. Und da wurde ich aus einem Theoretiker ein Praktiker." So erklärte Schottenheim rückblickend, wie es zur Anlage der nach ihm benannten Siedlung gekommen sei⁴²⁷. Aus gesundheits- und bevölkerungspolitischen Gründen wollte er also den Siedlungsgedanken gefördert haben, "fanatisch" habe er Häuschen um Häuschen gebaut, Tausende von Volksgenossen hätten dadurch "in Licht, Luft und Sonne" ein Heim gefunden. "Die Kinder, die ich früher blaß und blutarm und rachitisch kannte, sie blühten auf und waren nicht wieder zu erkennen."⁴²⁸ Tatsächlich hat sich der Oberbürgermeister umfangreiche Unterlagen zur Kindersterblichkeit in den Regensburger Elendsvierteln im Vergleich zu der in seiner Siedlung erstellen lassen - wie zu erwarten mit dem Ergebnis, daß hier die Ziffer bedeutend niedriger ausfiel⁴²⁹.

Schottenheims Kritik am Wohnungsbau der Weimarer Zeit verband sich mit phrasenhafter Polemik: Damals sei "planlos", "unorganisch", "liberalistisch" gebaut worden; die zersetzenden Kräfte der parlamentarischen Demokratie und des Judentums seien am Werk gewesen; das Interesse des einzelnen habe Vorrang vor dem Gemeinwohl gehabt. Ohne "schöpferisches Gemeinschaftsschaffen" seien "Straßenzeilen ohne jeden Charakter" entstanden, "Bilder der Unklarheit und inneren Hohlheit"; in Mietskasernen sei grausam "die Verbindung mit der Heimat Erde unterbunden" worden. In den "nur mit dem Verstand" gebauten ersten Stadtrand-siedlungen habe man neue Unzufriedenheit erzeugt⁴³⁰, schließlich hätten sich verzweifelte Wohnungssuchende "in Eisenbahnwaggons und in Baracken Dörfer gezimmert, welche in ihrer Gestaltung tief unter dem kulturellen Niveau von Negerdörfern gestanden" seien⁴³¹. Dem setzte Schottenheim seine eigenen, oft recht pathetisch vorgetragenen Vorstellungen entgegen: Stadtplanung habe von höheren Gesichtspunkten auszugehen, Harmonie, Schönheitssinn und Achtung vor der Natur müßten ebenso einfließen wie das Gefühl des "Miterlebens einer großen Aufbauzeit" - konkret: die gemeinsame Unterordnung unter die nationalsozialisti-

⁴²⁴ Modell Baurat Kerlers veröff. in BA 13.10.1936, vgl. zur Erschließung ab 1938 Mb Tiefbau, DS 562.

⁴²⁵ Vgl. z.B. Baugenehmigungen im Verwaltungsbeirat (Prot. 19.2.1936). Vgl. zur Baugenossenschaft Margaretenau vor 1933 ZR 17039 und 18865. Grundverkäufe v.a. 1933/34 in ZR 18852.

⁴²⁶ Vgl. allg. Maier (1989) S.81 f.

⁴²⁷ Ansprache Sch. zu Hitlers Besuch am 6.6.1937, NIS 30.

⁴²⁸ Ebd.

⁴²⁹ DS 940, bes. Bericht Standesamt 10.10.1935. Ein Vergleich mit normalen Wohnvierteln wird nicht gezogen. "Sozialhygienische" Betrachtungen zur "mustergültigen Volksgesundheitspflege" im Schottenheim bei Wartner. Zum bevölkerungspolit. Aspekt des NS-Siedlungsbaus Peltz-Dreckmann S.322 ff.

⁴³⁰ Leitartikel "Der Mensch in der Siedlung" für "Bayerland" 6.6.1936, NIS 4, vgl. auch BA 21.7.1939 und Voggenreiter (1936) S.84. Vgl. dagegen z.B. Hübschmann S.52 ff. (zur Arber-Siedlung); vgl. allg. Peltz-Dreckmann S.110 ff.

⁴³¹ Ansprache zum Erntedankfest im Schottenheim 3.10.1937, DS 667.

schen Ideen. Als Motto wählte er: "Willst Du eine Siedlung bauen, so lass' das Herz sprechen und nicht den Verstand!"⁴³² Ähnliche, wohl ziemlich unreflektiert vorgetragene Phrasen Schottenheims tauchen immer wieder auf: Der neue Staat lehne "jedes Zweckdenken, jedes Ichdenken" ab, er wolle vielmehr "den inneren Menschen (...) und die in ihm schlummernden volkseigenen Kräfte" erfassen; die Siedlung sei die "Keimzelle des neuen Staates"⁴³³, als Siedler solle der Mensch zur Gemeinschaft, aber auch zum "Boden" zurückgeführt werden: "Wenn ich Blut und Boden wieder harmonisch verbinden will, so kann ich das nur, wenn 1. der Boden einigermaßen dem Fleiße dankt und 2. wenn das Blut gesund ist"⁴³⁴. Verwurzelt mit dem Boden, sollte der Siedler also "den wahren Sinn der Volksgemeinschaft" ahnen und so zu einem "verschworenen Kämpfer für Deutschlands endgültigen wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Wiederaufstieg" werden⁴³⁵ - Grenzlande seien noch immer am besten geschützt worden "durch das gesunde Blut der Nation, und besser als Wälle aus Stein, Eisen und Beton sind Wälle gesunder deutscher Familien"⁴³⁶.

Ein handfesteres Motiv für den Siedlungsbau ergab sich aus dem allumfassenden Streben der Staatsführung nach wirtschaftlicher Autarkie⁴³⁷. Gartenbau und Kleinviehhaltung wurden in allen NS-Siedlungen nachdrücklich gefördert, damit sich deren Bewohner zumindest teilweise selbst versorgen konnten. So hielten im Frühjahr 1941 über 500 Familien in der Schottenheim-Siedlung Geflügel⁴³⁸, und im Rahmen des Vierjahresplans versuchte man gar, hier als Beitrag zur Fallschirm-Produktion eine Seidenraupenzucht aufzuziehen.

Auch der ordnungspolitische Aspekt spielte eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Bindung des Siedlers an die "Scholle" paßte ebenso hierher wie die Einbindung einkommensschwacher Bevölkerungskreise in die "Volksgemeinschaft" durch die Möglichkeit, Hausbesitz zu erwerben. Klar erkannte man auf nationalsozialistischer Seite, daß der Siedlungsbau dazu beitrug, das Protestpotential einer Schicht zu entschärfen, die seit Jahren am Rande des Existenzminimums lebte⁴³⁹. Siedlungsbau wurde so zum sozialen Sedativ.

Schließlich ging es bei der Schottenheim-Siedlung zumindest anfangs auch um die Verdrängung der Wohlfahrtsempfänger aus der Altstadt. Zwar läßt sich nicht leugnen, daß für sie der Hausbesitzerstatus subjektiv einen sozialen Aufstieg bedeutete, doch entwickelten sich die Lebensbedingungen in der Siedlung zumindest in den ersten Jahren ausgesprochen schlecht: Die Häuschen waren extrem klein und häufig feucht, wegen der Billigbauweise wiesen viele schon bald schwere Schäden auf, die Straßenbeleuchtung funktionierte nicht einwandfrei⁴⁴⁰, Verkehrsverbindungen zur Altstadt gab es kaum, und nicht zuletzt galten auch hier die ersten Siedler der alteingesessenen Bevölkerung als asozial⁴⁴¹. Noch Anfang 1935 standen über drei Viertel der Siedlerfamilien in öffentlicher Unterstützung, die sie vom Wohlfahrts- oder vom

⁴³² Leitartikel Sch. für "Bayerland" 6.6.1936, NIS 4.

⁴³³ Voggenreiter/Kerler S.6

⁴³⁴ Ebd.

⁴³⁵ Voggenreiter (1937) S.6.

⁴³⁶ BOM 9.6.1936.

⁴³⁷ Vgl. Peltz-Dreckmann S.320 ff.

⁴³⁸ Statistik Siedlungsamt 21.4.1941, NIS 21.

⁴³⁹ "Das Kleinhaus, besonders das Eigenheim, schafft Selbstbewußtsein und Heimatliebe, es fördert die Familie und die Kinderaufzucht. Die Bewohner werden und bleiben krisenfest." (E. Neumann: Das städtische Siedlungswesen, Stuttgart 1933 S.27, zit. nach Maier 1986 S.79). Ähnlich Voggenreiter (1937) S.3: "In den Städten füllten sich feuchte, lichtlose Löcher, pferchten sich die Menschen zusammen, spielten Kinderscharen in Hinterhöfen und engen dunklen Gassen. Das soziale Elend marschierte und mit ihm der Klassenkampf, die Zersetzung der Volksgemeinschaft."

⁴⁴⁰ Vgl. HA-Prot. 11.9.1935.

⁴⁴¹ Vgl. Maier (1986) S.86 und Anm.456.

Arbeitsamt erhielten⁴⁴² - insgesamt hatte sich die Ghetto-Situation der Stadtrandsiedler trotz aller nationalsozialistischer Kritik an den Verhältnissen der Weimarer Zeit keineswegs verbessert. So konnte das ordnungspolitische Ziel erst erreicht werden, als sich das Image der Gesamtsiedlung grundlegend gebessert hatte; und dies war frühestens im Sommer 1935 der Fall⁴⁴³.

c. Siedlungsideologie und Wirklichkeit⁴⁴⁴

Solidarität galt vor der Öffentlichkeit als wichtigstes Strukturmerkmal der Siedlung. Das Reich als Darlehensgeber, die Stadt als Planungsinstanz und Bauträger, der Arbeitsdienst im Straßenbau und die Siedlergemeinschaft mit ihrer Eigenleistung - diese Kette sollte den "Volksgenossen" vor Augen führen, daß in der "neuen Zeit" durch die Zusammenarbeit aller großartige Aufbauleistungen möglich würden, daß "Gemeinnutz vor Eigennutz" gehe⁴⁴⁵. Schottenheim forderte mit großem Pathos, der Siedler habe für die entstehende Volksgemeinschaft im Dritten Reich eine Vorbildfunktion zu übernehmen, und hierfür sei der "beste Volksgenosse (...) gerade gut genug"⁴⁴⁶.

Wollte man tatsächlich versuchen, eine echte Solidargemeinschaft heranzubilden, so kam natürlich schon der Auswahl der Siedler zentrale Bedeutung zu. Sie mußten anfangs nur Arbeitslosigkeit und Arbeitswillen, nicht immer auch die Mitgliedschaft in der NSDAP nachweisen. Die Frau hatte sich bereitzuerklären, ihren Beruf aufzugeben; spätestens nach drei Jahren mußten Kinder vorhanden sein⁴⁴⁷. Später wurde das Auswahlverfahren stärker formalisiert, die Bewerber hatten nun detaillierte Angaben zu ihrer finanziellen Lage, ihrer politischen Einstellung, zu Abstammung, Familienstand und Gesundheitszustand sowie zu ihrer bisherigen Unterkunft zu machen. Außerdem wurden Gutachten der Gestapo, der Polizeidirektion, der NSDAP-Kreisleitung und des Gesundheitsamts eingeholt⁴⁴⁸. Auswärtige Antragsteller schieden von vorneherein aus, soweit sie nicht Eigenheime errichten wollten; Bewerber, die "zu alt" oder kinderlos waren und als "politisch unzuverlässig" galten, hatten nur noch geringe Aussichten auf eine Zulassung⁴⁴⁹. Für die Abweisung eines Bewerbers genügte schon ein Vermerk wie der folgende: "In politischer Hinsicht ist G. nicht als einwandfrei zu betrachten. Sein ganzes Verhalten kennzeichnet ihn als versteckten Gegner. (...) Er tritt nur nicht öffentlich hervor, weil er die Bestrafung fürchtet."⁴⁵⁰ Jede nähere Begründung für diesen Vorwurf fehlte, Denunziationen war Tür und Tor geöffnet⁴⁵¹.

Bearbeitet wurden die Bewerbungen zunächst von einem Vorprüfungsausschuß, dem unter anderem der Ortsgruppenleiter der NSDAP, Fritz Ulrich, sowie je ein Vertreter des Bauamts

⁴⁴² Bericht Zwick 8.3.1935, DS 679.

⁴⁴³ Vgl. Maier (1989) S.91 ff.

⁴⁴⁴ Vgl. Schriftwechsel mit dem Gauheimstättenwerk, NIS 2, vgl. allg. Maier (1986) S.56 ff. und (1989) S.88 ff. sowie Wartner S.23 ff. Siedlerlisten in DS 940, 946-949 und 954, Bewerberfragebögen in DS 928, 945 und 953 sowie im noch ungeordneten Teil der Aktenabgabe 1988, Stadtarchiv.

⁴⁴⁵ Voggenreiter (1937) S.8.

⁴⁴⁶ Vorwort Sch. zu Voggenreiter/Kerler.

⁴⁴⁷ Vgl. RA 25.8.1933, vgl. auch Maier (1986) S.53 und S.81 ff. zur Rolle der Frau in der Siedlung.

⁴⁴⁸ Leerformulare in DS 941.

⁴⁴⁹ Verweigerte Genehmigungen und Verzichtserklärungen in NIS 25 und DS 941; Fragebögen "politisch unzuverlässiger" Bewerber in DS 944.

⁴⁵⁰ Vermerk Kripo Schwandorf 13./14.3.1940, NIS 19.

⁴⁵¹ Denunziationen etc. in DS 905 und 950; ebd. vorgemerkte Ersatzsiedler samt Berichten über ihr Sozialverhalten.

und des Gauheimstättenamts Bayreuth angehörten⁴⁵². Dessen Regensburger Kreisamtsleiter Ewald Mühleisen war als städtischer Oberinspektor zugleich Untergebener Schottenheims; aus dieser Doppelfunktion ergaben sich erhebliche Spannungen. Schon seit 1934 strebte das Reichsheimstättenamt in der DAF die Kontrolle über die kommunale Wohnungspolitik an⁴⁵³ - Teil des allgemeinen Expansionsdrangs der NS-Fachabteilungen in der Kommunalpolitik⁴⁵⁴. Daß sich somit das Bayreuther Gauheimstättenamt in die Siedlerauswahl einmischte, empfand Schottenheim als äußerst lästig, und er scheute sich nicht, sich hierüber mit Mühleisen anzulegen. So kam es zu einer scharfen Kontroverse: Das Gauheimstättenamt beschwerte sich über die geringe Kooperationsbereitschaft Schottenheims und der Stadtverwaltung, die gegenseitigen Vorwürfe eskalierten und gipfelten in der Forderung des Oberbürgermeisters an Weigert, Mühleisen sofort seines Amtes als Kreisamtsleiter zu entheben, da er völlig ungeeignet sei und sich als städtischer Beamter bei einer außenstehenden Instanz über die Stadtverwaltung beschwert habe⁴⁵⁵.

Schon an solchen Machtkämpfen zeigte sich, daß die Praxis im Siedlungsalltag anders aussah als in den Sonntagsreden dargestellt. Rückblickend sollte Ortsgruppenleiter Ulrich klagen, die ersten Siedler hätten "allen erdenklichen Lagern und Gesinnungen" angehört⁴⁵⁶. Trotzdem hatten sie sich noch stärker, als dies ohnehin für alle Bürger galt, in die Gemeinschaft einzufügen. So kam es auch zu "Säuberungen": Mehrfach griff Schottenheim rücksichtslos durch und entfernte Familien aus der Siedlung, die sich "gemeinschaftsschädlich" verhielten, sei es durch Betteln, Streitereien mit Nachbarn, Alkoholismus oder auch Mietrückstand⁴⁵⁷. Beispielsweise ordnete er an, einem Siedler "wegen Verächtlichmachung des bestehenden Staates und wegen politischer Unzuverlässigkeit" sofort zu kündigen⁴⁵⁸, andere Kündigungsgründe waren Mietrückstände und widerrechtliche Untervermietung, "sittliche und moralische Minderwertigkeit", pauschal "mangelnde Eignung" oder auch die Tatsache, daß eine Familie "einen schlechten Eindruck" mache. Ein Siedler habe sich als "zu alt" erwiesen, bei einem anderen sei die "Frau kränklich", mehrere wurden als "Trinker" eingestuft, und selbst wegen "Streitsucht" kam es zur Ausweisung aus der Siedlung⁴⁵⁹. Dies war selbstverständlich erst der äußerste Schritt - bis dahin mußten alle anderen repressiven Mechanismen, vom Appell an die Solidarität über den Gruppenzwang bis zu offenen Drohungen, bereits versagt haben⁴⁶⁰.

⁴⁵² Vgl. z.B. Prot. 3.10.1936, NIS 2. Auch Rh. Scheuigenpflug nahm oft an den Sitzungen teil. Vertreter des Gauheimstättenamts im Vorprüfungsausschuß neben Mühleisen seit 14.11.1935 der örtliche DAF-Führer Richard Staeffler (ZR 19121).

⁴⁵³ Vgl. Gesetz über einstweilige Maßnahmen zur Ordnung des deutschen Siedlungswesens 3.7.1934, RGBI I S.568, sowie Führererlaß über das Siedlungs- und Wohnungswesen 4.12.1934, RGBI I S.1225; vgl. allg. Peltz-Dreckmann S.125 ff. und Mattausch S.76 ff.

⁴⁵⁴ Vgl. Rebentisch (in Schwabe 1981) S.139 und 153 f. Tagebuch Kreisheimstättenamt (1935-1937) in NIS 18.

⁴⁵⁵ Sch. an Weigert 30.4.1936, NIS 5; hier der ganze Schriftwechsel. Vgl. auch Notiz Sch. 29.2.1936 ("Ich allein bestimme den, der einziehen wird.") und Verf. 27.7.1939, die Schlüssel jedes fertigen Häuschens in seinem Amtszimmer abzuliefern, DS 940.

⁴⁵⁶ "Tätigkeitsbericht der Ortsgruppe", wohl Ende 1936, NIS 8. Ulrich soll vor 1933 und nach 1945 der SPD angehört haben; 1932/33 war er Siedlungswart der Brandlbergsiedlung, vgl. Maier (1986) S.99. Im März 1934 wurde er Ortsgruppenleiter, lt. Sr-Prot. 28.4.1948 wieder im städt. Siedlungsamt angestellt. Zur inneren Differenzierung der Siedlung Maier (1986) S.73 ff.

⁴⁵⁷ Ungenau Babl S.4, der von nur 4-6 Fällen spricht, in denen Siedler wieder entfernt worden seien.

⁴⁵⁸ Verf. 28.5.1936 mit Vollzugsmeldung 4.6.1936, NIS 2. Vgl. z.B. auch Verf. 10.11.1942, DS 944, zur Inhaftierung des Siedlers L.: Wenn dieser "wegen irgendwelcher staatsfeindlicher Handlungen inhaftiert wurde, so ist mit sofortiger Wirkung seiner Familie die Siedlerstelle zu entziehen." L. war nach Flossenbürg geschafft worden, angeblich wegen Abhörens von Feindsendern. Schließlich wurde seiner Familie das Häuschen doch belassen, vgl. Vermerk Bewerbungsbogen der Ersatzfamilie 15.2.1943, ebd.

⁴⁵⁹ Alle Beispiele aus NIS 2, vgl. z.B. auch Caritasverband an Zwick 28.1.1938 zum Fall Johann W. (ZR 10864).

⁴⁶⁰ Vgl. z.B. NS-Kreisleitung an Sch. 13.5.1936 (NIS 5), wonach ein Gastwirt sich weigerte, der NSV beizutreten.

Durchaus glaubhaft erscheint, daß zwei Drittel der Siedler im Schottenheim der NSDAP angehörten⁴⁶¹. Bei der Reichstagswahl 1936 zogen sie geschlossen in das vorzeitig geöffnete Wahllokal und wählten unter hundertprozentiger Beteiligung und mit 100 % Ja-Stimmen die Einheitsliste der NSDAP - um 8.05 Uhr morgens war die "Wahl" beendet, um 8.30 Uhr konnte ihr Ergebnis telegrafisch dem "Führer" gemeldet werden⁴⁶². Die Teilnahme an Schulungs- und Parteiveranstaltungen war Pflicht, häufig wurden Wohnungsbesichtigungen vorgenommen, laufend ließ sich Schottenheim über Mietrückstände, aber selbst über unaufgeräumte Schlafzimmer oder schlampig gekleidete Kinder berichten. Immer wieder gab es Beschwerden über Trunksucht, Betteleien und Nachbarschaftsgezänk⁴⁶³. Ortsgruppenleiter Ulrich trug dem Oberbürgermeister ständig Details über solche Vorgänge zu und machte sich selbst so zum Beteiligten an den Intrigen⁴⁶⁴.

Reibereien innerhalb der Siedlung faßte der Oberbürgermeister ebenso wie unpünktliche Mietzahlungen als persönlichen Affront auf - er träumte von einer "in sich gefestigten und abgerundeten neuen Zelle", einer selbständig lebensfähigen Dorfgemeinschaft außerhalb der engen, licht- und luftarmen Altstadt⁴⁶⁵. In Wahrheit jedoch war seine Siedlung von vorneherein als reines Wohngebiet konzipiert, es entstanden also fast keine gewerblichen Arbeitsplätze. Die Siedler mußten durchwegs zu ihren Arbeitsstellen in der Altstadt, im Hafengebiet und den großen Industriebetrieben pendeln. Schon mit dem Beschluß, keine größere Gewerbeansiedlung zu dulden, war also die Idee von einem autonomen Siedlungsdorf, einer "großen Familie" hinfällig⁴⁶⁶. Dies galt erst recht mit zunehmender Größe der Siedlung. Die Privatsiedler standen ohnehin abseits, doch auch zwischen den ersten Siedlern und denen der späteren Bauabschnitte gab es Reibungen. Daran änderten auch die Schulungsabende nichts; allenfalls die Gründung der Siedlergenossenschaft und die großen Siedlerfeste der späten dreißiger Jahre trugen zur Entwicklung eines Gemeinschaftsbewußtseins bei⁴⁶⁷.

Im Mittelpunkt dieser Schulungsabende stand die fachliche Beratung der Siedler über alle Fragen der Haus- und Gartenwirtschaft⁴⁶⁸ - eine dringend nötige Maßnahme, denn die meisten von ihnen verfügten zumindest im Gartenbau über keinerlei Erfahrung. Daneben wurde aber auch ideologische Gleichrichtung angestrebt. Wenn das Niveau der Vorträge allerdings dem der Berichte Ulrichs darüber entsprach, so erscheint es fraglich, ob sie Erfolge bringen konnten: "Stadtgruppenführer gab dann noch verschiedene Andeutungen über Anpflanzen der Gärten mit Arzneikräutern, da vom Ausland um Millionen von Mark Heilkräuter bezogen werden. Wenn es auch heißt das kann ich schon, oder ich verstehe es besser, dann soll er Kameradschaft pflegen und seinem Nachbarn helfen. Obwohl in der Erlanger Gegend feinfühligere Siedler sind, aber keine Kameradschaft kennen sie nicht. Derjenige der sich den Schulungen abseits stellt, ist ein Verräter am Vaterlande. Zugleich möchte ich bekanntgeben, daß wenn sich ein Siedler eine Fahne anschafft, für uns kein anderes Symbol in Frage kommen darf als nur die Hakenkreuzfahne."⁴⁶⁹

Mit seiner Arbeitsleistung für das Gemeinschaftshaus erwarb jeder Siedler die Mitgliedschaft in der 1935 entstandenen "Siedlerselbsthilfe", Vorläuferin der Genossenschaft "Gemein-

⁴⁶¹ Babl S.2.

⁴⁶² RPB 7.4.1936, vgl. BOM 30.3.1936, vgl. auch Maier (1986) S.103 f. und Weinmann S.245.

⁴⁶³ Zahlreiche Belege z.B. in NIS 14.

⁴⁶⁴ Ulrich war sich nicht zu schade, Listen der "besten" Siedler anzulegen, vgl. DS 940.

⁴⁶⁵ Konzept für einen Zeitungsartikel, NIS 4.

⁴⁶⁶ Vgl. Maier (1989) S.86 f.

⁴⁶⁷ Vgl. Maier (1986) bes. S.104 f., vgl. auch BA 4.10.1937, 23.-24.7., 2. und 6.-7.8.1938. Ansprache Sch. 3.10.1937 zum erstmals groß gefeierten Erntedankfest in DS 667.

⁴⁶⁸ Vgl. z.B. ZRa 12965.

⁴⁶⁹ Prot. Siedlerbesprechung 17.1.1935, DS 940.

schaftshilfe der Siedler Regensburg eGmbH". Mit den Beiträgen wurden verbilligte Großeinkäufe getätigt, und in Notfällen gab die Genossenschaft auch Darlehen oder Beihilfen an bedürftige Mitglieder. Ende 1937, ein Jahr nach ihrer Gründung, gehörten ihr allerdings nur 497 der zu dieser Zeit rund 650 Siedlerfamilien an, denn viele der Privatsiedler, denen der Gartenbau nicht vorgeschrieben wurde, verzichteten auf die für sie überflüssige Mitgliedschaft⁴⁷⁰.

Faßt man zusammen, so zeigt sich also, daß von der Siedlung als Keimzelle der künftigen neuen Volksgemeinschaft keine Rede sein konnte - in vielen Fällen herrschte, wie übrigens auch im "Westheim"⁴⁷¹, nicht Solidarität der Siedler, sondern gegenseitige Überwachung und Bespitzelung.

d. Die Baugeschichte

Vorbereitungsphase

Im Sommer 1933 waren die Vorarbeiten für das Siedlungsprojekt des soeben zum Oberbürgermeister gewählten Stadtoberhaupts angelaufen. Eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit sollte bestehende Vorbehalte abbauen⁴⁷² und die Spendenfreudigkeit der Bevölkerung erhöhen; zugleich warb man damit potentielle Siedler. Dieses Konzept erwies sich als sehr wirksam, selbst Bischof Buchberger zeigte sich hocheifrig über das Projekt und erklärte sich bereit, für dessen finanzielle Unterstützung zu werben⁴⁷³.

Wichtigste Voraussetzung für den tatsächlichen Baubeginn waren umfangreiche Grundstücksgeschäfte. Die Keimzelle der neuen Siedlung bildeten die rund 100 ha umfassenden Besitzungen des Guts Harthof, das seit 1918 der Stadt gehörte⁴⁷⁴. Teils wurde dieses Gelände selbst bebaut, teils diente es als Tauschobjekt gegenüber dem Kalkwerksbesitzer Franz Büechl, der in Absprache mit der Stadt zahlreiche Grundstücke rund um den Harthof erwarb und sie gemeinsam mit firmeneigenem Gelände nun für die Siedlung zur Verfügung stellte. Er selbst erhielt dafür das gesamte Steinbruchgelände aus dem Besitz des Harthofs⁴⁷⁵. In den nächsten Monaten folgte eine ganze Reihe weiterer Grunderwerbungen⁴⁷⁶; nur weil es sich um geringwertige Böden handelte, gelang es überhaupt, Flächen der benötigten Größe zusammenzukaufen. Zeigte sich ein Grundbesitzer widerspenstig, drohte man mit Zwangsentziehung⁴⁷⁷, und selbst wenn es sich um Teile von Erbhöfen handelte, die an sich nicht veräu-

⁴⁷⁰ BA 29.11.1937; vgl. auch Maier (1986) S.101 f. Einzelheiten zum Deutschen Siedlerbund, dem die Siedler als Zwangsmitglieder angehörten, in NIS 2.

⁴⁷¹ Vgl. Notiz Sch. 25.10.1937 (DS 899) zu Sticheleien im Westheim, Diebstählen, Denunziationen, Gestapo-Verhöre etc.

⁴⁷² Vgl. Sachs an Baurat Dölger 25.9.1933 (ZR 19111) über die Angst der Obst- und Gemüsebauern vor Konkurrenz.

⁴⁷³ Vermerk H. über Besuch mit Sch. beim Bischof 26.8.1933, NIH 7. Selbst Versicherungsgeschäfte versuchte man von der Gewährung von Hypotheken abhängig zu machen, vgl. NIB Akt "Histor.Verein. Verträge".

⁴⁷⁴ Vgl. zur Vorgeschichte des Guts ZRa 14594, 14602, ZR 15421 und 16183; vgl. Maier (1986) S.47.

⁴⁷⁵ Tauschgenehmigung Sch. 4.9.1933, ZR 15421, vgl. HA-Prot. 29.7., 23. und 30.8.1933. Tauschurkunde 12.9.1933 und Grundstücksliste in ZRa 14594, vgl. auch ZR 15436, 15460 und 15890.

⁴⁷⁶ Erwerbungen 1934 über 1 ha für den Abschnitt Harthof, teils schon für die weitere Ausdehnung der Siedlung, in ZR 14753, 14946, 15436, 15441 und 15469. Notariatsurkunden im gleichnamigen Bestand des Stadtarchivs.

⁴⁷⁷ Vgl. z.B. 16.9.1933 an einen Landwirt, ZRa 12259. Enteignungsrecht für Siedlungszwecke in DS 797 sowie den PÜW-Akten, vgl. Peltz-Dreckmann S.318 ff.

bert werden durften, bedeutete dies kein Hindernis - regelmäßig genehmigte das Anerbenge-
richt beim Amtsgericht Regensburg solche Verkäufe⁴⁷⁸.

Die Finanzierung des Siedlungsprojekts erfolgte auf verschiedenen Wegen. Als Vorstand des
"Opferrings" hatte Schottenheim früher Spenden der Regensburger Geschäftswelt an die
NSDAP organisiert, und diese Kontakte kamen ihm nun zugute, als er sich, nun als Vorsit-
zender des "Hilfsbunds für Arbeitsbeschaffung", an die wohlhabendere Bürgerschaft wandte
und um Darlehen, Geld- und Sachspenden für sein Projekt bat⁴⁷⁹. Spendenunwilligen vergaß
Schottenheim ihr Verhalten nicht; so untersagte er später beispielsweise Lieferaufträge an das
Leichtsteinwerk Obpacher - dessen Besitzer habe sich an keinem einzigen Siedlungshäuschen
beteiligt und damit "eine Oppositionsstellung bezogen, welche zu allen Konsequenzen
zwingt."⁴⁸⁰

Um die Privatkredite, die der "Hilfsbund" gesammelt hatte, auf die Stadt übernehmen zu
können, beantragte Schottenheim die Genehmigung für ein 150000-RM-Darlehen, die auch
prompt erfolgte⁴⁸¹, sowie anschließend die Reichsdarlehen für 70 Siedlerstellen⁴⁸². Im
Spätsommer 1933 legte er mit seinen Spitzenbeamten und Baurat Dölger, dem Architekten
des ersten Siedlungsabschnitts⁴⁸³, die Rahmenbedingungen für die neue Siedlung fest⁴⁸⁴, und
die Presse stellte das Projekt erstmals der Öffentlichkeit vor⁴⁸⁵. Alle Mittel aus den verschie-
denen Quellen gingen in einen Fond zur "Errichtung und finanziellen Verwaltung der Stadt-
randsiedlungen" ein, den Bürgermeister Herrmann vorgeschlagen hatte. Bis Anfang 1934 soll
es sich um rund 330000 RM gehandelt haben, 110000 RM davon allein auf dem Spenden-
konto des "Hilfsbunds"⁴⁸⁶; auch die städtischen Grundstücke wurden dem Fond zur Nutzung
übertragen. In der Anfangsphase trat er als Bauträger auf, und die einzelnen Häuschen gingen
in sein Vermögen ein. Verwaltet wurde er von der Stadtkämmerei, allerdings behielt sich
Schottenheim die Zeichnung sämtlicher Einnahme- und Ausgabeanweisungen persönlich
vor⁴⁸⁷.

Am 17. September 1933 begannen die Bauarbeiten; von nun an bis zum Ende seiner Amtszeit
ließ sich Schottenheim wöchentlich darüber berichten⁴⁸⁸. Auch der Name der neuen Siedlung
stand schon fest: Auf Weigerts Vorschlag wurde sie nach ihrem Initiator "Dr. Otto-Schotten-
heim-Siedlung" getauft⁴⁸⁹.

⁴⁷⁸ Beispiele in ZR 15436, 15441, 15459 f. und 15469.

⁴⁷⁹ Vgl. zum persönl. Engagement Sch. auch Streit um Beteiligung der Evang. Wohltätigkeitsstiftung an der Sied-
lung, DS 940.

⁴⁸⁰ Notiz Sch. 20.11.1935, DS 940.

⁴⁸¹ Verf. Sch. und Bericht an Reg. 29.7.1933 sowie Genehmigung der zu erwartenden Darlehen 15.9.1933, StA
16424; vgl. Revisionsbericht Prüfungsamt 19.12.1934, DS 932 und 954, sowie HA-Prot. 20.9.1933. Der Darle-
hensaufruf auch erwähnt bei Voggenreiter (1937) S.5.

⁴⁸² 170000 RM, bewilligt Nov. 1933; Anträge samt Genehmigungsbescheiden in StA 16424, vgl. Sr-Prot.
30.11.1933 und Bericht Prüfungsamt 19.12.1934, DS 932 und 954. Ebd. zitiert: Weiterer Antrag auf 98000 RM
Reichsdarlehen für 40 neue Stellen und Bewilligung Ende 1933, vgl. auch Sr-Prot. 5.7.1934.

⁴⁸³ Dölger schied kurz darauf aus dem städt. Dienst aus, vgl. Note H. an betroffene Dienststellen 1.12.1933, DS 132
(Ursache nicht genannt).

⁴⁸⁴ Prot. Grundsatzbespr. in ZRa 13664.

⁴⁸⁵ RA 25.8.1933; Bebauungsplan und Schaubild veröff. in RA 15.9.1933.

⁴⁸⁶ Bericht Oberinspektor Wilhelm 12.2.1934, DS 696; starke Abweichungen in anderen Quellen. Vgl. auch Verf.
Sch. 12.12.1933 (ZRa 13644), zuerst die Reichsmittel auszugeben und erst dann das Sonderkonto in Anspruch
zu nehmen.

⁴⁸⁷ HA-Prot. 30.8.1933, Abschrift in DS 132; vgl. ZRa 13644. Verf. Sch. 2.9.1933, den Fond einzurichten, zit. im
Bericht Prüfungsamt 19.12.1934, DS 932 und 954.

⁴⁸⁸ Die Wb, oft mit Plänen, verstreut in NIS und vielen DS-Akten, z.B. DS 953; letzter Wb 13.4.1945. Kaum ein Sr-
bzw. Rh-Prot. befaßte sich nicht in irgendeiner Form mit der Siedlung.

⁴⁸⁹ RA 18.9.1933.

Der erste Siedlungsabschnitt war die sogenannte Harthof-Siedlung. Bei der Grundsteinlegung für das erste Haus sprach Schottenheim vor den ausgewählten Siedlern vom "Geist der Kameradschaft und Treue", von der "Keimzelle des neuen Staates" und der "großen Familie", die hier entstehen werde⁴⁹⁰. Tatsächlich jedoch waren in dieser Anfangsphase, wie sich der NS-Ortsgruppenleiter später erinnerte, "kein Vertrag von Seiten der Stadtgemeinde, keine Vorschriften über Bebauung des Grundstücks, rein gar nichts" vorhanden⁴⁹¹. Verschiedentlich klagte auch Schottenheim über den schleppenden Baufortschritt⁴⁹², denn schon wenige Wochen nach Baubeginn zeigte sich, daß die Siedler damit überfordert waren, alle Arbeiten allein auszuführen. Die ersten Häuschen hatten sie noch unter Anleitung städtischer Fachleute in Trupps von jeweils rund 20 Mann selbst errichtet, nun mußte eine von der Handwerkskammer initiierte Arbeitsgemeinschaft des Regensburger Handwerks eingeschaltet werden, die auch professionelle, vom Wohlfahrtsamt vorgeschlagene Hilfskräfte beschäftigte, um den Baufortschritt zu beschleunigen⁴⁹³. Allein dadurch diente die Siedlungsmaßnahme, was ursprünglich nicht geplant war, auch der Arbeitsbeschaffung, allerdings verteuerten sich damit die Baumaßnahmen ganz erheblich: Rund 16000 RM waren von den Siedlern im Lauf der Jahre abzutragen, und für manchen von ihnen, vor allem wenn er nicht kontinuierliche Eigenarbeit geleistet hatte, ergab sich daraus eine untragbar hohe Monatsmiete; eine Reihe von Siedlern mußte ihre Häuschen wieder aufgeben und in die Altstadt zurückziehen⁴⁹⁴.

Bis zur Bewilligung der ersten Reichsdarlehen begann man mit 58 Siedlerstellen, die teils vom städtischen Siedlungsfond, teils mit Hilfe von Eigenkapital der Siedler finanziert wurden⁴⁹⁵. Der zweite, Anfang 1934 begonnene Teil der Harthofsiedlung bestand aus 110 Kleinsiedlerstellen, die aus städtischen und den inzwischen bewilligten Reichsmitteln finanziert wurden⁴⁹⁶.

18 Siedlerstellen im Harthof waren Einfamilienhäuser, die übrigen bestanden aus Doppelhaushälften⁴⁹⁷. Sie erstreckten sich in strenger Reihenbauweise auf flachem Gelände vom Gut Harthof - dieses wurde erst im Winter 1935/36 abgerissen - entlang der Bahnlinie Regensburg-Hof nach Norden. Fertiggestellt waren beide Teile dieses ersten Siedlungsabschnitts im Sommer 1934. Nun umfaßte der gesamte "Harthof" also 168 fertige Wohneinheiten⁴⁹⁸ und näherte sich schon seiner Vollendung; später kamen nur noch einzelne kleine Erweiterungsmaßnahmen hinzu⁴⁹⁹: Im Westen und Süden des Siedlungsabschnitts zweimal zehn Häuschen der NSKOV für "Frontkämpfer"⁵⁰⁰, dann an der Baltenstraße, nördlich der Hans-Schemm-

⁴⁹⁰ Ansprache 17.9.1933 zit. bei Voggenreiter (1937) S.5 f. und Maier (1986) S.47, vgl. RA 25.8. bzw. 18.9.1933.

⁴⁹¹ Tätigkeitsbericht der Ortsgruppe, wohl Ende 1936, NIS 8. Auch das Prüfungsamt kritisierte die anfangs chaotische Rechnungsführung (Revisionsbericht 19.12.1934, DS 932 und 954).

⁴⁹² Vgl. Notizen Sch., DS 940: spürbare Erleichterung, wenn neue Raten oder Zusagen über weitere Darlehen eintrafen.

⁴⁹³ Bericht Ortsgruppenführer Ulrich 17.11.1935, DS 940.

⁴⁹⁴ Siedlerlisten mit Aufschlüsselung der einzelnen Belastungen ebd.

⁴⁹⁵ Bericht Siedlungsverwaltung 15.10.1936 und Fazit Prüfungsamt 19.4.1938, DS 954.

⁴⁹⁶ Ebd., vgl. Notizen Sch. zum Eintreffen der Darlehen, DS 940, vgl. auch Genehmigungsantrag an Reg. 29.3.1934, StA 16424. 139 Bewerber hatten sich gemeldet, vgl. Bericht 12.2.1934, DS 696.

⁴⁹⁷ Liste der 168 Familien 11.4.1935 ebd.

⁴⁹⁸ Notiz Sch. 18.2.1935, DS 940, vgl. Verzeichnis 11.2.1935 in ZR 19053; je 10 NSKOV-Stellen in Bau und geplant. Angeblich war die Harthof-Siedlung zunächst auf 245 Siedlerstellen ausgelegt (Bericht 23.4.1937, NIS 4).

⁴⁹⁹ Bebauungsplan Jan. 1936 in DS 953.

⁵⁰⁰ Erste Erwähnung in Notiz Sch. 26.1.1934, DS 940. Baubeginn der ersten 10 Häuschen Dez. 1934, vgl. Notiz Sch. 11.12.1934, DS 666. Einzelheiten in DS 918, ZR 15634 und 15968. Zum Grundverkauf DS 931 und Sr-Prot. 13.11.1934, zum Baufortschritt die Mb, DS 937.

Schule, 21 Siedlerstellen der Stadtbau GmbH für Zivilarbeiter der Wehrmachtsverwaltung⁵⁰¹ sowie schließlich sechs Wohnhäuser für kinderreiche Familien⁵⁰². 1937 lebten in 214 Siedlerstellen über 1000 Menschen in der Harthofsiedlung⁵⁰³. Ihren westlichen Abschluß fanden sie und der anschließende Siedlungsabschnitt Flachlberg mit der Randbebauung der Sandgasse. Diese erfolgte ab Herbst 1937 durch 24 Siedlerstellen der Stadtbau GmbH für kinderreiche Familien⁵⁰⁴, an die sich weiter westlich ab 1938 15 Doppelhäuser, also 30 Siedlerstellen desselben Typs anschlossen⁵⁰⁵.

Die Herstellungskosten der ersten 58 Siedlerstellen betragen knapp 280000 RM, pro Stelle also 4100-4500 RM, je nachdem, ob das Dachgeschoß ausgebaut wurde oder nicht. Davon entfielen 3300 RM auf die reinen Baukosten samt Wasser- und Stromanschluß, 150 RM auf Inventar und 650 RM auf den Grunderwerb. 2300 RM stammten üblicherweise aus den Reichsdarlehen, 600 RM wurden in Form von Eigenarbeit aufgebracht. Die Grundstückskosten trug der Siedlungsfond, der auch die restlichen 550 RM als Darlehen bereitstellte. Tilgung und Verzinsung der Darlehen erfolgte durch eine Mietzahlung, so daß der Siedler im ersten Bauabschnitt mit einer monatlichen Leistung von 12-15 RM für die Doppelhaushälfte, 12-18 RM für ein Einzelhaus nach einigen Jahren das Eigentum an seinem Gebäude erworben hatte⁵⁰⁶. Diese Miete lag allerdings höher als die für ein billiges Altstadtquartier und war von manchen der hier angesiedelten Wohlfahrtererwerbslosen nicht aufzubringen. Dies galt erst recht für die ab 1934 entstandenen, etwas größeren und nicht mehr ganz so billig gebauten 110 Siedlerstellen: Ihre Herstellung verschlang insgesamt 520000 RM, die Miete betrug hier rund 20-25 RM, so daß Wohlfahrtererwerbslose als Siedler nicht mehr in Frage kamen⁵⁰⁷.

Den zentralen Platz im rasterförmigen Straßennetz der Harthofsiedlung bildete die "Danziger Freiheit", der einzige Ort mit zweistöckiger Bebauung, wo Geschäfte untergebracht werden sollten⁵⁰⁸. Hier pflanzte man als Symbol für das tausendjährige Bestehen des Dritten Reichs einige "Hitler-Linden"⁵⁰⁹. Lange Zeit gelang es allerdings nicht, genügend Geschäftsleute zu finden, die bereit gewesen wären, sich hier niederzulassen. Während die Siedlerstellen selbst schon bezogen wurden, begann erst der Bau des ersten Geschäftshauses⁵¹⁰, und die Hoffnung, die Bebauung der Danziger Freiheit schnell vollenden zu können, zerschlug sich⁵¹¹. Frühestens Ende 1935 war wohl für Gewerbetreibende erkennbar, daß sich das Risiko eines Umzugs aus der Altstadt lohnen werde⁵¹², und erst 1937 wurde die Bebauung dieses "Markt-

⁵⁰¹ Baubeginn 25.9.1936, vgl. DS 912 und ZR 19077 f. Finanzierung durch Wehrkreisverwaltung; vgl. Bericht 30.10.1936, DS 919. Gesamtkosten lt. Gb Stadtbau 1936 (DS 827) 116000 RM. Bauplatzverkäufe in ZR 15969-15989, vgl. Rh-Prot. 28.1.1937. Aufstellung der Grundstückspreise in DS 933.

⁵⁰² Notiz Sch. 13.10.1937, DS 916.

⁵⁰³ Sch. an Rasse- und Siedlungshauptamt beim RfSS 23.4.1937, NIS 4. Leichte Abweichungen in Zusammenstellung Lieg. 17.11.1937, DS 942.

⁵⁰⁴ Gesamtkosten lt. Gb Stadtbau 1938 165000 RM (DS 827).

⁵⁰⁵ Einzelheiten in DS 916 und 934, vgl. auch Mb Bauamt, DS 545 und 937. Baubeginn der ersten 12 Häuser 11.11.1937, Bezug Okt. 1938 (Mb, DS 952); Grundverkauf an Stadtbau 9.2.1939, ZR 16024.

⁵⁰⁶ Übersicht über Finanzierung der Gesamtsiedlung Oktober 1936, NIS 8; teils höhere Summen in Liste 1938, DS 911.

⁵⁰⁷ Maier (1986) S.54 f.

⁵⁰⁸ Vgl. Notizen Sch. 29.12.1933, 9. und 10.1.1934, DS 940.

⁵⁰⁹ Maier (1986) S.98.

⁵¹⁰ Notiz Sch. 4.6.1934, DS 940.

⁵¹¹ Notiz Sch. 4.12.1934, ebd. Er plante sogar den Verkauf des "Münchner Hof", um die fehlenden Geschäftshäuser finanzieren zu können, vgl. Notiz 23.11.1935, ebd.

⁵¹² Vgl. Notizen Sch. über Meldungen ansiedlungswilliger Geschäftsleute, ebd.

platzes" mit seinen acht größeren Wohn- und Geschäftshäusern, darunter einem Lehrerwohnhaus⁵¹³, vollendet.

Das Nordende der Harthofsiedlung bildete der mit Abstand größte Gemeinschaftsbau der Siedlung, die Hans-Schemm-Volksschule (heute Konradschule), benannt nach dem tödlich verunglückten ersten Gauleiter der Ostmark und bayerischen Kultusminister⁵¹⁴. Schon die ersten Pläne für die Siedlung hatten ein Schulhaus vorgesehen⁵¹⁵, doch mußte man zunächst im Gut Harthof ein provisorisches Schulzimmer einrichten, in dem bald fast 70 Kinder der drei ersten Jahrgangsstufen unterrichtet wurden⁵¹⁶. Nachdem die Finanzierung des Schulhausneubaus gesichert war⁵¹⁷, gab Schottenheim im Frühjahr 1935 die Planung hierfür in Auftrag⁵¹⁸; das Gebäude sollte "nicht in zu großen Dimensionen aufgezogen werden", vielmehr den "ländlichen Charakter" der Siedlung wahren⁵¹⁹. Den Zuschlag erhielt das Baugeschäft des Ratsherren und NS-Ortsgruppenleiters, Xaver Schwarz⁵²⁰. Der erste Bauabschnitt umfaßte zehn Lehrsäle für 540 Kinder⁵²¹; im Mai 1935 konnte der Grundstein gelegt, im August das Richtfest gefeiert werden⁵²², zum Schuljahresbeginn nach den Osterferien 1936 wurde die Hans-Schemm-Schule - von vorneherein als Gemeinschaftsschule konzipiert - in Betrieb genommen⁵²³. Gekostet hatte sie 150000 RM; 650 RM waren für eine Holzplastik und ein Fresko Jo Lindingers in der Eingangshalle bestimmt⁵²⁴, die Glasmalereien mit astronomischen Motiven im Treppenhaus stammten von der Hofglasmalerei Schneider⁵²⁵.

Infolge des schnellen Wachstums der Siedlung wurde die Schule bald zu klein. Anfangs waren acht Klassen für 450 Kinder eingerichtet worden, 1937 besuchten schon 635 Kinder 12 Klassen, zwei davon waren notdürftig in Kellerräumen untergebracht⁵²⁶. Wieder ein Jahr später hatte sich die Zahl der Schüler auf 740 erhöht, die durchschnittliche Klassenstärke betrug über 60 Kinder⁵²⁷. So wurde der von Anfang an geplante, im Frühjahr 1937 beschlossene zweite Bauabschnitt immer dringlicher; er hatte wegen der Schwierigkeiten bei der Beschaffung des Baueisens noch nicht begonnen werden können. Als nach zähen Kämpfen das Eisenkontingent endlich bewilligt war, kamen in der zweiten Jahreshälfte 1938 das generelle Neubauverbot und die üblichen Probleme bei der Aufnahme eines 750000-RM-Darlehens dazwischen, das für diesen Erweiterungs- und den Neubau der Horst-Wessel-Schule bestimmt

⁵¹³ Vgl. ZRa 14211 und ZR 15683; Einzelheiten in DS 940. Daß kein Lehrer das fertige Gebäude beziehen wollte, quittierte Sch. mit "glänzendes Versagen von Weigert" (Notiz 2.12.1936, DS 940). Eröffnung Zahnarztpraxis Dr.E.Büechl: vgl. ZRa 14212. Gesamtkosten für dieses und das Lehrerwohnhaus Keilberg 66000 RM (Gb Stadtbau 1936, DS 827).

⁵¹⁴ Vgl. Maier (1986) S. 96 f. und Ruhl (1989) S.67 f.

⁵¹⁵ Vgl. RA 15.9.1933 und Notiz Sch. 20.1.1934, DS 940. Einzelheiten zu Schulhausneubauten und -erweiterungen in ZRa 12418, 12569, DS 687 und 694.

⁵¹⁶ Notiz Sch. 29.11.1934, DS 940, vgl. Erinnerungen des ehemaligen Konrektors F.Brandl in "Festschrift Siedlerfest" (1986).

⁵¹⁷ Vgl. laufende Notizen Sch. in DS 940.

⁵¹⁸ Undatierte Notiz, DS 634, vgl. Sch. an Reg. 21.11.1935, ZR 15650. Lt. Lageplan in ZRa 12555 und 12556 am 21.9.1935 463 schulpflichtige Kinder im Nordosten der Stadt, lt. Reg. an Stadt 17.4.1936, ZRa 12555 341 in der Siedlung und ihrer Umgebung.

⁵¹⁹ Notizen Sch. 5. und 6.10.1934, DS 940.

⁵²⁰ Notiz Sch. 11.5.1935, ebd.

⁵²¹ Bericht 9.2.1939, DS 807.

⁵²² Vgl. ZRa 12555, H. an Sch. 21.8.1935, DS 838, BA 15.5. und 29.8.1935 sowie RE 17.-23.5.1935.

⁵²³ Notiz Sch. 21.4.1936, DS 940. Seine Eröffnungsrede 6.5.1936 in ZRa 12555, vgl. BA 6.-8.5.1936.

⁵²⁴ Einzelheiten in ZR 18562.

⁵²⁵ Pressegespräch Sch. 19.5.1937, PSt 502.

⁵²⁶ Bericht Weigert 2.2.1937 und Mb April 1937, DS 807.

⁵²⁷ Bericht 6.2.1939, ebd., vgl. BA 9.3.1939; Abweichung in DS 687 und ZRa 12418.

war⁵²⁸. So konnte man erst Anfang 1939 den neuen Ostflügel der Schule beginnen⁵²⁹, der im Keller auch Platz für die HJ bot. Unmittelbar vor Kriegsbeginn war der Bau bis zum Dachstuhl gediehen⁵³⁰ und konnte daher trotz des generellen Bauverbots fortgeführt werden⁵³¹; tatsächlich begann im September 1940 in acht neuen Schulsälen der Unterricht⁵³².

Am südlichsten Punkt der Harthof-Siedlung, anstelle des mittlerweile abgebrochenen Gutsgebäudes, errichteten in den Jahren 1936-1938 die Siedler ihr Gemeinschaftshaus⁵³³. Schottenheim hatte sie aufgefordert, "freudig mit Pickel und Schaufel das Werk zu beginnen"; die näheren Anweisungen für die "freiwilligen" Leistungen gab NS-Ortsgruppenleiter Ulrich⁵³⁴. Jeder Siedler hatte 24 Arbeitsstunden zu leisten, konnte sich allerdings davon freikaufen⁵³⁵. Ende 1936 war der Rohbau fertig⁵³⁶, zum Erntedankfest 1937 konnte das Gebäude eingeweiht werden⁵³⁷. Ein Saal diente Parteiveranstaltungen und Schulungsabenden, die NSV nutzte den Keller für das Winterhilfswerk, die Bauleitung des Stadtbauamts erhielt ebenso ein Büro wie die neugegründete Siedlergenossenschaft; der angrenzende Schuppen beherbergte deren Warenlager⁵³⁸. Selbstverständlich mußte auch dieser Gemeinschaftsbau ideologisch überhöht werden: "Schwache Staaten werden ihre Kräfte in der Ich-Sucht der Einzelnen verzetteln, aufblühende Reiche jedoch werden die Geschichte ihrer Zeit immer in monumentalen Gemeinschaftsbauten als Denkmäler aus Stein und Erz unvergänglich der Nachwelt übermitteln"⁵³⁹.

Im Westteil des Harthofs entstand ein NSV-Schwesterheim mit angeschlossenem Kindergarten, und bis zur Fertigstellung des Gemeinschaftshauses diente die Gaststätte "Schloß Tirol" als Versammlungs- und Schulungssaal. Sie war ab April 1934, wie von Schottenheim gefordert⁵⁴⁰, von der Thurn-und-Taxis-Brauerei errichtet worden. Sie erhielt im Gegenzug die Zusage, im Harthof werde keine weitere Gaststätte angesiedelt, sowie das Vorkaufsrecht für einen künftigen Gaststättenbauplatz im zweiten Siedlungsabschnitt. Damit bedankte sich die Stadt ausdrücklich für die früheren Bauholzspenden des Fürstlichen Hauses⁵⁴¹.

Für die zunächst ungepflasterten Wege im Schottenheim mußten arbeitspflichtige Wohlfahrtsempfänger in den benachbarten Kalkwerken Abfallsteine sammeln. Die Wege selbst legte der Arbeitsdienst an, allerdings nicht in dem Tempo und der Qualität, wie es dem Oberbürgermeister vorschwebte. Ständig kam es hierüber zu Streitereien, zeitweise zu offener Obstruktion beim RAD. So wurden die Straßen im Harthof erst Ende 1934 fertig, mehrere Monate nach dem Bezug der Siedlerstellen⁵⁴². Später übernahm daher das Bauamt zunehmend selbst den Straßenbau. - Die Auswahl der Straßennamen kann nicht überraschen; ebenso wie

⁵²⁸ Einzelheiten in DS 545, 807 und 940, vgl. Mb in DS 667, 915 und 952. Zur Finanzierung auch Notiz Sch. 13.1.1937, DS 686 und 940, Rh-Prot. 26.2.1937 sowie Verf. Sch. 13.4.1938, ZR 7949.

⁵²⁹ Baugenehmigung: Rh-Prot. 20.1.1939. Genehmigung des Darlehens: Rh-Prot. 3.3.1939.

⁵³⁰ Vgl. Bericht 6.2.1939 und Mb, DS 667 und 807, vgl. auch BA 3.8.1939.

⁵³¹ Vgl. Rh-Prot. 10.5.1940.

⁵³² Erinnerungen Friedrich Brandls, s.Anm.516.

⁵³³ Anweisung Sch. an Kerler zur Bauplanung 16.5.1936, DS 940; vgl. auch BA 23.2.1938.

⁵³⁴ Rundschreiben Sch. 27.6.1936, NIS 2.

⁵³⁵ Tätigkeitsbericht Ortsgruppe, NIS 8, sowie BA und BOM 23.2.1938 (Artikel Sch., Manuskript in DS 921).

⁵³⁶ Einzelheiten zu Finanzierung und Verzögerungen in DS 921, vgl. auch Mb Bauamt, DS 545 und 937.

⁵³⁷ Artikel Sch., BA und BOM 23.2.1938, Manuskript in DS 921 und PSt 500. Kostenlose Abtretung des Grundstücks an Siedlergenossenschaft in ZR 16026.

⁵³⁸ Vgl. BA 23.-24.7.1938.

⁵³⁹ Artikel Sch. über das Gemeinschaftshaus, BA und BOM 23.2.1938, Manuskript in DS 921. Zu den Gemeinschaftshäusern in NS-Siedlungen vgl. Mattausch S.98 ff.

⁵⁴⁰ Notiz 10.1.1934, DS 940.

⁵⁴¹ Verhandlungen mit der Brauerei in ZR 15945, vgl. Notizen Sch. in DS 940. Grundverkauf Meraner Straße 13 an die Brauerei in ZR 15990.

⁵⁴² Gesamtkosten rund 35000 RM, davon 20000 RM aus dem Siebert-Programm; Einzelheiten in ZR 11221.

die Fresken an einigen der Häuschen sollten sie an die nach dem Ersten Weltkrieg verlorenen deutschsprachigen Gebiete erinnern und somit als "Mahnzeichen an Deutschlands Größe" dienen⁵⁴³.

Im Jahr 1939 wurden die Siedlerstellen im Harthof ihren Bewohnern feierlich übereignet. 17 der Familien waren nicht als geeignet befunden worden, hatten also ihre Zahlungsverpflichtungen nicht regelmäßig erfüllt oder ihre Siedlerstelle nicht vorschriftsgemäß bewirtschaftet⁵⁴⁴. Die Kaufpreise schwankten je nach einbezahltem Eigengeld und geleisteter Arbeit zwischen 3000 und 8000 RM⁵⁴⁵. Diese Summen mögen niedrig erscheinen; kaum einer der Käufer hätte wohl vor 1933 davon zu träumen gewagt, Hausbesitzer zu werden. Doch verklärt die idealisierende Rückschau den Blick. In Wahrheit erwies sich das Gelände der Harthof-Siedlung, insbesondere wegen des hohen Grundwasserspiegels, als denkbar ungeeignet für den Wohnungs- und Gartenbau. Ständig gab es Klagen über mangelhaften Wasserabfluß, feuchte Keller und auch Wohnräume, und der sehr verbreitete Hausschwamm mußte systematisch bekämpft werden⁵⁴⁶.

Flachlberg

Bis Mitte 1934 war an eine Erweiterung der Harthofsiedlung um einen zweiten Bauabschnitt überhaupt nicht gedacht worden; mit den zu dieser Zeit gerade vorbereiteten Häuschen sei die Siedlung "vollständig ausgebaut", jedes freie Gelände vergeben. Erst jetzt leitete Schottenheim Verhandlungen ein, um weitere Gelder freizubekommen⁵⁴⁷. Mittlerweile versuchte das Reichsheimstättenamt in Berlin, alle Siedlungsprojekte an sich zu ziehen⁵⁴⁸, und es genehmigte auch für Regensburg zunächst 40 neue Stellen - die Keimzelle für den zweiten Siedlungsabschnitt, den "Flachlberg"⁵⁴⁹. Genügend Bewerbungen lagen vor, noch bevor das neue Projekt in der Presse bekanntgegeben wurde⁵⁵⁰.

Beim Flachlberg handelte es sich um den nach Südosten steil, nach Norden flach abfallenden Hügel südwestlich der Harthofsiedlung. Entlang ihrer Zufahrt, der Brandlberger Straße, sollte nun einfach nach Westen weitergebaut werden. Im Oktober 1934 begannen die Arbeiten⁵⁵¹, doch bald ergab sich überraschend die viel weiterreichende Perspektive, nicht nur ein paar neue Häuschen am Abhang des Flachlbergs, sondern diesen selbst bis zur Sandgasse voll-

⁵⁴³ Sch. an Rasse- und Siedlungshauptamt beim RfSS 23.4.1937, NIS 4. In Wahrheit zeigen die Fresken v.a. bäuerliche Motive, vgl. Notiz Sch. 18.7.1935, DS 940, BA und BOM 15.7.1936 und BA 31.10.-1.11.1935; vgl. auch Jaumann S.134. Zu den Straßennamen: Notiz Sch. 29.12.1933, DS 940; Verzeichnis bei Maier (1986) S.193, vgl. auch ZR 17655 und BA 3.10.1935.

⁵⁴⁴ Standardformel bei Eigentumsübertragungen: "Die Siedlerfamilie zeigt Gemeinschaftsgeist, ist lebensstüchtig, sparsam und strebsam. Von einer Verschuldung der Familie ist nichts bekannt."

⁵⁴⁵ Berichte Siedlungsverwaltung 19.10., 19.12.1938 und 10.7.1939, sowie Kassenanweisung Schipper 12.10.1939, DS 911 und 954. Vgl. auch Revisionsbericht Prüfungsamt 19.12.1934, DS 954, und Bericht Siedlungsverwaltung 23.7.1936, DS 919. Lt. Revision Prüfungsverband 1941 (PAM 534, S.118) 175 Siedlerstellen im Harthof übereignet.

⁵⁴⁶ Beschwerden u.a. in DS 938, vgl. Notiz Sch. 16.2.1935, DS 940, wonach Keller unter Wasser standen, sowie ständig Meldungen über Feuerwehreinsatz in der Siedlung, Bestand Brandschutzamt (verschiedene Nummern). Vgl. auch Rh-Prot. 7.1.1938 und Mb Bauamt 30.5.1938, DS 937, sowie Maier (1986) S.71 ff. und Warner S.16 f. und 36 ff.

⁵⁴⁷ Notizen 18. und 23.5. sowie 4.6.1934, DS 940.

⁵⁴⁸ Vgl. Notizen Sch. Mitte 1934, ebd.

⁵⁴⁹ Zum folgenden allg. Maier (1986) S.50 f., vgl. BA 12.2.1935 nach Beschreibung Kerler; diese in DS 940. Lagepläne Flachlberg Mai bzw. Sept. 1935 in DS 953.

⁵⁵⁰ Notizen 17.7. und 3.8.1934, DS 940.

⁵⁵¹ Notiz Sch. 20.9.1934, ebd.

ständig bebauen zu können. Anfang 1935 erwarb man im Tauschweg den gesamten Hügel⁵⁵². Mit der Planung beauftragte Schottenheim Baurat Albert Kerler, der kurz zuvor in städtischen Dienst getreten war und zum wichtigsten Architekten der Schottenheimsiedlung werden sollte. Geboren im Jahr 1900⁵⁵³, hatte er 1919 einem Freikorps angehört und im Jahr darauf mit der "Brigade Epp" im Ruhrgebiet linke Aufständische bekämpft. NSDAP und SA trat er 1933 bei, sein höchster Rang war der eines Oberscharführers. An seinem dienstlichen Verhalten wurden seine "vorbildliche" Opferbereitschaft und seine aktive Parteiarbeit gelobt, intern zeigte sich Schottenheim nicht ganz so zufrieden mit ihm⁵⁵⁴.

Im Februar 1935 lag Kerlers Modell der Flachlberg-Siedlung vor, die einzelnen Parzellen wurden abgesteckt, eine Werbeaktion vorbereitet⁵⁵⁵. Das staatliche Heimstättenamt, zuständig für die Überprüfung aller Siedlungspläne auf Landesebene, und das Gauheimstättenamt, das die Auswahl, Betreuung und Schulung der Siedler durchzuführen hatte, begrüßten es, daß Kerler ausschließlich Einzelhäuser vorgesehen hatte⁵⁵⁶. Auch ein neues Finanzierungsmodell gewann allmählich Umrisse: Die Banken sollten die schon bestehenden Siedlerstellen mit Hypotheken belasten und mit den dadurch freiwerdenden Geldern neue Häuschen finanzieren⁵⁵⁷.

Im Zuge der Werbeaktion zeigte man das Modell des neuen Siedlungsabschnitts in den Schaufenstern wichtiger Altstadtgeschäfte; verstärkt wollte man Privatsiedler anlocken, um der Gesamtsiedlung das "Odium einer Arbeitslosensiedlung zu nehmen"⁵⁵⁸. In den Beschreibungen war von einer großzügigen neuen Gartenstadt in herrlichster Lage die Rede, von der hier entstehenden Gemeinschaft in echt nationalsozialistischem Geist; auch eine bessere Verkehrsanbindung an die Stadt wurde zugesichert. Der Umkehrschluß ergibt die Kernpunkte der bisherigen Kritik: Die Siedlung galt noch immer als Arbeitslosen-, wenn nicht Asozialensiedlung; die Siedler selbst genossen offenbar den Ruf besonderer Streitlust; die Uniformität der Bebauung am Harthof hatte ebenso wie die baulichen Mängel und die schlechten Verkehrsverbindungen viele Regensburger abgeschreckt, sich hier anzusiedeln. Darin bewirkte die Werbeaktion nun einen Umschwung. Neben der attraktiven Hanglage und der etwas größeren Nähe zur Stadt trug dazu vor allem das Musterhaus bei, das Schottenheim bauen und von seiner Frau einrichten ließ⁵⁵⁹. Es war unterkellert, umfaßte immerhin schon 65 m² Wohnfläche und sollte mit ausgebautem Dachgeschoß rund 5500 RM kosten. So errechnete sich für einen aus dem Siebert-Programm (s.u.) geförderten Siedler je nach Eigenkapital eine Monatsmiete von 22,50 - 25 RM⁵⁶⁰. Das Musterhaus soll im Sommer 1935 von den Regensburgern in "langen Prozessionen" besichtigt worden sein⁵⁶¹; es meldeten sich zahlreiche neue Bewerber, darunter eine ganze Reihe mit größerem Eigenkapital⁵⁶², und endlich auch Ge-

⁵⁵² Vgl. Notiz Sch. 3.1.1935, ebd.

⁵⁵³ Zum folgenden PAM 28.

⁵⁵⁴ Vgl. Notiz Sch. in DS 918, daß Kerler Verhandlungen beinahe "wieder durch Nichtwissen und falsche Auskunft" zum Scheitern gebracht habe.

⁵⁵⁵ Notiz Sch. 18.2.1935, DS 940. Inzwischen auch Klärung der überörtlichen Kompetenzen, vgl. Gesetz über einstweilige Maßnahmen zur Ordnung des deutschen Siedlungswesens 3.7.1934, RGBI I S.568, und DurchfVO 5.7.1934, RGBI I S.582. (für kommunale Siedlungsvorhaben und Grunderwerb hierfür: nur Anzeigepflicht gegenüber Staatsaufsicht).

⁵⁵⁶ Vermerk Schipper 5.2.1935, DS 940.

⁵⁵⁷ Notiz Sch. 25.2.1935, ebd.

⁵⁵⁸ Dienstabweisung Sch. an Kerler zur Werbeaktion 12.2.1935, ebd., vgl. auch Notizen 11. und 18.2.1935, Briefe an Geschäftsbesitzer und Entwürfe für Presseartikel Kerlers, ebd.

⁵⁵⁹ Vgl. BA 20.7.1935 und 29.8.1935, vgl. auch Wartner S.8.

⁵⁶⁰ Undatierter Presstext Bauamt, DS 940.

⁵⁶¹ Wartner S.8.

⁵⁶² Vgl. Notizen Sch. Frühj. und Sommer 1935, DS 940.

schäftsleute, die bereit waren, Läden zu errichten⁵⁶³. Somit bestand nun also auch Aussicht, die Danziger Freiheit im "Harthof" vollenden zu können.

Den Kern des neuen Siedlungsabschnitts bildeten 90 Häuschen, die mit Hilfe des Siebert-, des außerordentlichen Wohnbauprogramms der Landesregierung, errichtet wurden. Diese stellte 330000 RM zur Verfügung, die andere Hälfte mußte die Stadt über die städtische Sparkasse aufbringen und auch die Erschließungskosten tragen⁵⁶⁴. Kinderreiche Familien - 11 der 90 ausgewählten Familien hatten fünf oder mehr Kinder - konnten außerdem ein Reichszusatzdarlehen erhalten⁵⁶⁵. Mitte 1935 begannen die Arbeiten, zum Jahresende ergab sich die Möglichkeit, weitere Siedlerstellen aus dem Siebertprogramm gefördert zu erhalten⁵⁶⁶. So konnten schließlich Mitte 1936 120 Siedlerstellen fertiggestellt und bezogen werden.

Hauptachse des Geländes am Flachlberg wurde die S-förmige Memeler Straße, die auf die Hügelkuppe führt. Dort entstand der freie Platz "Am Flachlberg". Sehr zum Ärger Schottenheims gruppierten sich um ihn herum zweistöckige Volkswohnungsblocks, die mit Hilfe der neuen Reichsdarlehen nach den eigentlichen Siedlerhäusern entstanden⁵⁶⁷. Zwei Geschäfte, eine Postagentur und die städtische Verwaltungsnebenstelle fanden ebenfalls hier Platz⁵⁶⁸. Im Frühjahr 1936 baute die Fürstliche Brauerei an der Memeler Straße die Gaststätte "Flachlberg"⁵⁶⁹, und am nördlichsten Punkt des Siedlungsabschnitts entstand die St.Konrad-Kirche. Für sie stellte die Stadt den Bauplatz kostenlos bereit und leistete einen kleinen Zuschuß⁵⁷⁰, und dies trotz des beginnenden Kirchenkampfes mit Einverständnis des Innenministeriums⁵⁷¹ - eine seltene Ausnahme im NS-Siedlungswesen.

Im Sommer 1934 hatte Bischof Buchberger die Siedlung wegen der Kirchenbaufrage offiziell besichtigt, wobei der Oberbürgermeister "im Interesse des Gesamtbildes" auf einem Neubau mit "ländlichem Charakter" bestand⁵⁷². Zunächst jedoch wurde im Gut Harthof ein provisorischer Betsaal eingerichtet⁵⁷³, während der Schwabelweiser Architekt Wittmann bereits den Neubau plante⁵⁷⁴. Spannungen ergaben sich erst, als Buchberger versuchte, auch der kirchlichen Sozialarbeit im Schottenheim einen Platz zu schaffen: Er bot an, das Pfarrhaus der neuen Kirche durch die Mallersdorfer Schwestern vorfinanzieren zu lassen, wenn diese hier ein Kinderheim und eine Krankenstation einrichten dürften⁵⁷⁵. Schottenheim ging dies zu weit, er schaltete Kreisleiter und Regierungspräsident ein⁵⁷⁶ und bat schließlich die Gauamts-

⁵⁶³ Notiz Sch. 5.11.1935, vgl. allg. Notizen 2.Jahreshälfte 1935, ebd.

⁵⁶⁴ Vgl. Notizen Sch. 7., 19.12.1934 und 20.2.1935 (DS 940), Bericht Schipper 22.1.1935 (DS 666) und Sch. an Reg. 6.7.1935 (StA 16424). Vgl. auch StA 16425.

⁵⁶⁵ Einverständnis Gauheimstättenamt mit 90 vorgeschlagenen Familien 22.5.1935, DS 940.

⁵⁶⁶ Notiz Sch. 4.12.1935, vgl. auch Bericht Sailer 7.11.1935, ebd.

⁵⁶⁷ Einzelheiten zur kostenlosen Abgabe des Geländes an die Stadtbau, die später wegen rechtlicher Bedenken doch noch einen mäßigen Kaufpreis bezahlte, in ZR 15955, vgl. auch DS 797. Kosten der 48 Volkswgh. lt. Gb Stadtbau 1936 175000 RM (DS 827).

⁵⁶⁸ Maier (1986) S.51, vgl. BA 30.6.1936 zum Brunnen am Flachlberg. Auf Wunsch des MInn wurde er als Zier-, nicht als Monumentalbrunnen errichtet, doch waren weder Sch. noch Kerler mit der Ausführung zufrieden, vgl. DS 904.

⁵⁶⁹ Auch die Brauhaus AG hatte sich beworben, vgl. Notiz Sch. 23.7.1935, DS 940. Am 5.12.1935 (ebd.) lagen die Pläne des Architekten Beckers für die Gaststätte vor. Beurkundung des Verkaufs Memeler Str. 13, 13.12.1935, in ZR 15638, Baubeginn 6.5.1936, vgl. Verzeichnis Baumaßnahmen 1936, DS 666.

⁵⁷⁰ Vgl. allg. ZR 12342 und 15628, vgl. auch Maier (1986) S.97.

⁵⁷¹ Vermerk Schipper 5.2.1935, ebd.

⁵⁷² Notiz Sch. 20.8.1934, DS 940 und ZR 15628.

⁵⁷³ Dank Stadtpfarramt Rgbg.-Schwabelweis an Sch. und Einladung zur Einweihung 24.10.1934, ZR 5741.

⁵⁷⁴ Notiz Sch. 13.12.1934, DS 940.

⁵⁷⁵ Der Vorgang ebd. und in ZR 15628. Zur Arbeit der Mallersdorfer Schwestern mit ihren 126 Niederlassungen in der Diözese vgl. M.Ziegler S.279.

⁵⁷⁶ Notizen 18. und 20.3.1935, DS 940.

leitung der NSV, die Trägerschaft des neuen Kindergartens zu übernehmen⁵⁷⁷. So blieb es beim Neubau eines nur als Pfarrhaus genutzten Wohngebäudes. Die im Sommer 1935 begonnene St.Konrad-Kirche selbst konnte zum Jahresende eingeweiht werden⁵⁷⁸. Kurz zuvor hatte an der Meraner Straße 2, also im Siedlungsabschnitt Harthof, auf einem städtischen Grundstück der Neubau des NSV-Schwesternheims begonnen. Eingeweiht wurde es gemeinsam mit dem angeschlossenen Kindergarten und der städtischen Mütterberatungsstelle Anfang 1937⁵⁷⁹, betrieben von der Gauamtsleitung der NSV⁵⁸⁰. Eine evangelische Kirche wurde zwar noch geplant⁵⁸¹, aber nicht mehr gebaut.

Insgesamt war der Flachlberg, vor allem sein sonniger Südhang, bei der Bevölkerung wesentlich beliebter als der Harthof. Neben extrem billigen und beengten Kleinsthäusern, die ohne ausgebautes Dachgeschoß nur rund 3600 RM kosteten, waren je nach Eigenkapital des Siedlers auch größere Haustypen eingeplant⁵⁸², die schon vorwiegend von Facharbeitern, Angestellten und mittleren Beamten bezogen wurden⁵⁸³. Die attraktiven Häuser am Südhang des Flachlbergs und dann auch im dritten Siedlungsabschnitt blieben dagegen Privatsiedlern vorbehalten. Daß sich mit dem von Osten nach Westen fortschreitenden Ausbau der Gesamtsiedlung vorwiegend besser situierte Bevölkerungskreise ansiedelten⁵⁸⁴, war jedoch keineswegs auf das Bestreben zurückzuführen, etwa alle Schichten im Schottenheim zur "wahren Volksgemeinschaft" zusammenwachsen zu lassen. Vielmehr ergab sich diese Entwicklung zwangsläufig aus der Absenkung der Reichs- und Landesdarlehen: Fürsorgeempfänger hatten keine Chance mehr, ein Siedlungshäuschen zu erwerben. Wenn daher Schottenheim im Herbst 1935 vermerkte, die ganze Siedlungstätigkeit hänge davon ab, daß "in irgend einer Form ein neuer großer Siedlungsplan finanziert werden kann"⁵⁸⁵, so war dies nur mit Privatsiedlern möglich, die über genügend Eigenkapital verfügten, um den erworbenen Grund und Boden bar zu bezahlen. Diese Gelder konnte man sofort wieder dem Grundstücksfond zuführen. Auch die vom Reich bzw. von ihren Arbeitgebern mit Darlehen bedachten Siedler wurden nun nach ihrem Einkommen ausgewählt, also danach, inwieweit sie die Baukosten möglichst rasch erstatten konnten. So fanden sich entgegen der ursprünglichen Befürchtungen⁵⁸⁶ bis Mitte 1936 immerhin schon 42 Privatsiedler⁵⁸⁷, die im Flachlberg nach den Richtlinien des Bauamts Häuser erstellten. Wenn ein auswärtiger Bewerber sein Haus großenteils

⁵⁷⁷ Sch. an Gauamtsleiter Lossin 8.4.1935, NIS 3.

⁵⁷⁸ Einzelheiten in ZR 15628, vgl. BA 12.8.1935. Entschließung Sch. zur kostenlosen Überlassung des Bauplatzes 13.11.1935 in ZR 15628, Genehmigung Reg. 4.12.1935 ebd. und ZR 15650, vgl. Rh-Prot. 22.1.1936. Teile der Innenausstattung aus der Kirche der Heil- und Pflegeanstalt Deggendorf, vgl. Reg. an Heil- und Pflegeanstalt Karthaus 5.7.1935, Registratur Karthaus 107.

⁵⁷⁹ Vgl. Rh-Prot. 22.1.1936. Einzelheiten zum Neubau in ZR 15650, vgl. auch Notizen Sch. in DS 666 und BA 8.5.1937.

⁵⁸⁰ Satzung NS-Schwesternschaft in ZR 18575, Vertrag mit der Stadt 11.11.1936 und Einzelheiten in ZR 18677. Erweiterung des Kindergartens: Notizen Sch., DS 806 und 908, Pläne 25.11.1937 in ZR 18678, vgl. Rh-Prot. 24.3.1939.

⁵⁸¹ Notiz Sch. 25.11.1937, DS 909.

⁵⁸² Presstext Kerler Feb.1935, DS 940. Haustypen-Pläne u.a. in DS 911, 953 und 954. Zur normierten Architektur der Siedlungshäuser allg. Maier (1986) S.62 ff., vgl. Peltz-Dreckmann S.264 ff.

⁵⁸³ Verstärkt sollten die Arbeitgeber der Siedler Darlehen geben, vgl. Appell Sch. an die örtliche Wirtschaft Okt.1935, u.a. in DS 779; vgl. auch Finanzierungsplan Stadtbau für 30 Häuschen am Flachlberg 24.11.1935, NIS 29, und Notizen Sch. in DS 940.

⁵⁸⁴ Maier (1986) S.55 und 61, nach Auswertung der Berufsstatistiken und der Einwohnerbücher; vgl. auch Mattausch S.38 ff.

⁵⁸⁵ Notiz 4.10.1935, DS 940.

⁵⁸⁶ Anfrage Sch. an Kerler 30.4.1935 und dessen Bericht 2.5.1935, DS 940. Lt. Notizen Sch. 9. und 10.1.1934, ebd., arbeitete Schipper "ständig gegen die Eigenheime" und mußte zurechtgewiesen werden.

⁵⁸⁷ Bericht Siedlungsverwaltung 23.7.1936, DS 919, mit Liste der Privatsiedler und Details zur Finanzierung ihrer Häuser.

allein finanzieren konnte, rückte man sogar von dem anfangs streng durchgehaltenen Prinzip ab, ausschließlich Regensburger Familien in der Siedlung zuzulassen⁵⁸⁸.

Auch der Siedlungsabschnitt Flachlberg wurde später noch durch Einzelmaßnahmen ergänzt, so durch 42 von der Stadtbau GmbH errichtete Siedlerstellen⁵⁸⁹ und zehn weitere Häuschen der NSKOV⁵⁹⁰. Nach seiner Vollendung, im Frühjahr 1937, umfaßte der Flachlberg insgesamt 230 Siedlerstellen, davon 48 Eigenheime, sowie 48 Volkswohnungen⁵⁹¹. Die Gesamtkosten der 120 aus dem Siebert-Programm geförderten Siedlerstellen betragen 872000 RM, so daß sich nach Abzug der Eigengelder bei der Eigentumsübertragung Ende 1939 ein Verkaufspreis von durchschnittlich rund 6000 RM pro Siedlerstelle ergab⁵⁹².

Reicher Winkel

Im Frühjahr 1935 lagen bereits so viele Siedlungsbewerbungen vor, daß Schottenheim nach und nach die Grundstücke für eine Erweiterung der Gesamtsiedlung nach Westen ankaufen lassen konnte⁵⁹³. Mit Drohungen und Nötigungen gelang es Bürgermeister Herrmann dabei in mehreren Fällen, Enteignungsverfahren gerade noch zu vermeiden⁵⁹⁴. Während also gerade die Kernbebauung des Flachlbergs begann, wurden zu Schottenheims Entsetzen, wie bereits angedeutet, die Reichsdarlehen auf Siedlerstellen drastisch gesenkt. Auch mit der NSKOV schienen weitere Geschäfte unmöglich, da sie ihre freiwerdenden Gelder im "heimgekehrten" Saarland investieren mußte⁵⁹⁵. Gleichzeitig wurden die Meldungen über die Wohnungsnot in Regensburg immer alarmierender - die städtische Siedlungspolitik geriet in die oben dargestellte tiefe Krise, von der die Öffentlichkeit allerdings nur Gerüchte erfuhr; den einzigen Ausweg schien der schnelle Volkswohnungsbau darzustellen. Dies traf den Oberbürgermeister zutiefst, er setzte alle Hebel in Bewegung, um trotz allem Gelder für sein Lieblingsprojekt locker zu machen⁵⁹⁶. Letztlich gelang ihm dies mit Hilfe auswärtiger Bauträger⁵⁹⁷ und auch der Umwegfinanzierung über die hypothekarische Belastung bereits fertiger Häuser⁵⁹⁸. Im Herbst 1935 stellte sich heraus, daß mit den daraus gewonnenen Geldern die Restfinanzierung für die nächsten angemeldeten Siedlerstellen aufgebracht werden konnte. Sie bildeten den Grundstock für das Siedlungsprogramm 1936 und somit für den dritten Siedlungsab-

⁵⁸⁸ Vgl. z.B. Notiz Sch. 13.9.1934, DS 940. Statistik Siedlungsamt zu den Hauseigentümern 21.4.1941 in NIS 21. Dieselben Zahlen im undatierten Vermerk wohl von H., DS 779; Abweichungen in Sch. an Prüfstelle Reichsarbeitsministerium für Gemeinschaftssiedlungen 26.8.1941, DS 951.

⁵⁸⁹ Gesamtkosten lt. Gb Stadtbau 1936 (DS 827) 240000 RM.

⁵⁹⁰ Dienstanweisung Sch. an Kerler 4.12.1935, DS 940.

⁵⁹¹ Sch. an Rasse- und Siedlungshauptamt beim RfSS April 1937, NIS 4.

⁵⁹² Kassenanweisung Sch. 29.6.1940, DS 911, vgl. auch Bericht Siedlungsverwaltung 23.7.1936, DS 919, und Liste Grundstückspreise, DS 933. Zum Verkauf an die Siedler: Rh-Prot. 25.10.1938 (erneut nur 114 der 120 Familien "geeignet", vgl. Bericht Siedlungsverwaltung 14.11.1939, DS 911). Lt. Revisionsbericht 20.3.1941 (PAM 534 S.118) nun 160 Siedlerstellen am Flachlberg übereignet; weitere 6 Stellen Mitte 1943 in DS 920.

⁵⁹³ Notiz 18.5.1935, DS 940.

⁵⁹⁴ Einzelheiten in ZRa 12259. Insgesamt erwarb die Stadt 1936 29 ha Siedlungsgelände für ca. 210000 RM, vgl. undatierte Liste Lieg., DS 797. Erwerbungen über 1 ha ab Sommer 1935 in ZRa 12259, 14638, 14694, ZR 14795, 14820, 14824, 15512 sowie ZRa 14635 und ZR 15478. Das Geld für die beiden letztgenannten Ankäufe stammte aus dem Verkauf des Guts Oberhinkofen 7 an die Wehrmacht für deren Exerzierplatzprojekt, vgl. ZRa 14378, Sch. an Reg. 19.3.1936, ZR 15995, und Vermerk 29.5.1936, DS 504.

⁵⁹⁵ Notiz Sch. 29.6.1935, ebd.

⁵⁹⁶ Vgl. seine Notizen Sommer 1935, ebd.

⁵⁹⁷ Übersicht Bauträger bei Maier (1986) S.191. Für nur 1 RM pro m² verkaufte die Stadt regelmäßig die von ihr erworbenen und parzellierten Grundstücke an die Bauträger weiter. Hunderte von Akten hierzu in ZR 15000 ff.

⁵⁹⁸ Sammelakt zur Finanzierung der Siedlung: DS 923, vgl. auch NIS 8 und DS 954 sowie Notizen Sch. in DS 940. Vgl. allg. Peltz-Dreckmann S.340 ff.

schnitt, benannt nach dem alten Flurnamen "Im Reichen Winkel"⁵⁹⁹. Um die Jahreswende 1935/36 stellte Baurat Kerler die Pläne fertig⁶⁰⁰, und sofort setzte die Werbung ein, diesmal ergänzt um eine eigene große Siedlungsausstellung⁶⁰¹. Angelockt durch die attraktivere Lage dieses Siedlungsabschnitts, der auch schon an das städtische Gasnetz angeschlossen wurde, durch das insgesamt deutlich verbesserte Image der Siedlung und nicht zuletzt durch die komfortabler geplanten Haustypen fanden sich zahlreiche Privatsiedler bereit, hier Häuser zu errichten.

Im Frühjahr 1936 begannen die Bauarbeiten, bis zum Sommer 1937 wurde der größte Teil der neuen Eigenheime an der Brandlberger Straße und der Siedlerstellen nördlich davon bezugsfertig⁶⁰². Rund um zwei kleine Freiflächen an dieser Straße entstanden mehrere Geschäfte. Auch auswärtige Bauträger traten wieder auf, zunächst vor allem die Münchener Zweigstelle der Weimarer "Gemeinnützigen AG für Angestellten-Heimstätten" (Gagfah), die ab dem Frühjahr 1937 17 Häuser errichtete, wodurch die Klausenburger Straße entstand⁶⁰³; die letzten dieser Häuser wurden im Sommer 1938 bezogen⁶⁰⁴. Die NSKOV plante schließlich doch noch zehn Häuschen in diesem Siedlungsabschnitt, und zunächst 44, dann weitere sechs Siedlerstellen erstellte die Stadtbau GmbH mit Hilfe des eingeschränkten Reichsprogramms und beträchtlichem Eigenkapital der Siedler⁶⁰⁵. Mit den Hypotheken-Zusagen Regensburger Betriebe und Behörden war zudem die Restfinanzierung für weitere 40-50 Häuschen, verteilt auf alle drei Siedlungsabschnitte, gesichert⁶⁰⁶. Die Baukosten für die einzelne Siedlerstelle hatten sich mittlerweile bedeutend erhöht⁶⁰⁷; die Gesamtherstellungskosten der 44+6 Häuschen aus dem Jahr 1936/37 betrugen rund 260000 RM, und als sie im Jahr 1943 an die Bewohner übereignet wurden, lagen die Verkaufspreise zwischen 5500 und 7900 RM⁶⁰⁸.

Zwischenbilanz 1937

Schätzungen Baurat Schippers ergaben für Ende 1936 eine Zahl von 2360 Einwohnern des Schottenheims⁶⁰⁹. Ein halbes Jahr darauf waren in der Gesamtsiedlung 434 Siedlerstellen, 87 private Eigenheime und 17 öffentliche und Geschäftsgebäude fertiggestellt, in Vorbereitung bzw. im Bau befanden sich 147 Siedlerstellen, 12 Privathäuser und ein Geschäftshaus⁶¹⁰.

⁵⁹⁹ Notizen Sch. 1. und 4.10.1935, ebd. Vgl. zur Vorbereitungsphase die chronolog. Übersicht ab Okt. 1935, NIS 29.

⁶⁰⁰ Bebauungsplan Jan. 1936 in DS 953.

⁶⁰¹ Vgl. Notizen Sch. in DS 940, vgl. z.B. BA 8.5. und 25.-26.9.1936.

⁶⁰² Vgl. Notizen Sch. zum Baufortschritt in DS 940 und ab 1937 die Mb Bauamt, DS 937. Bis Ende 1937: 54 Privathäuser an der Brandlberger Straße, vgl. Bericht an Rasse- und Siedlungshauptamt beim RfSS April 1937, NIS 4.

⁶⁰³ Erste Erwähnung in Notiz Sch. 10.8.1936, DS 940.

⁶⁰⁴ Vgl. Rh-Prot. 22.3. und 3.9.1937, Notizen Sch., DS 940, sowie Mb Bauamt, DS 937; vgl. auch Liste Bautätigkeit 1937, DS 545 und 666. Grundverkäufe an Gagfah in ZR 19098. Lt. Sch. hatte sich die Gagfah verpflichtet, nach Kriegsende weitere 100 Häuser zu errichten (4.4.1942 an Reg., ZR 16085).

⁶⁰⁵ Einzelheiten in DS 920, vgl. Jb Stadtbau 1938, DS 827, sowie ZR 11259 und StA 16425 zum Darlehen für die 44 Reichssiedlerstellen (unter diesen Siedlern auch Rupert Hilmer, Rh. und NSKK-Staffelführer).

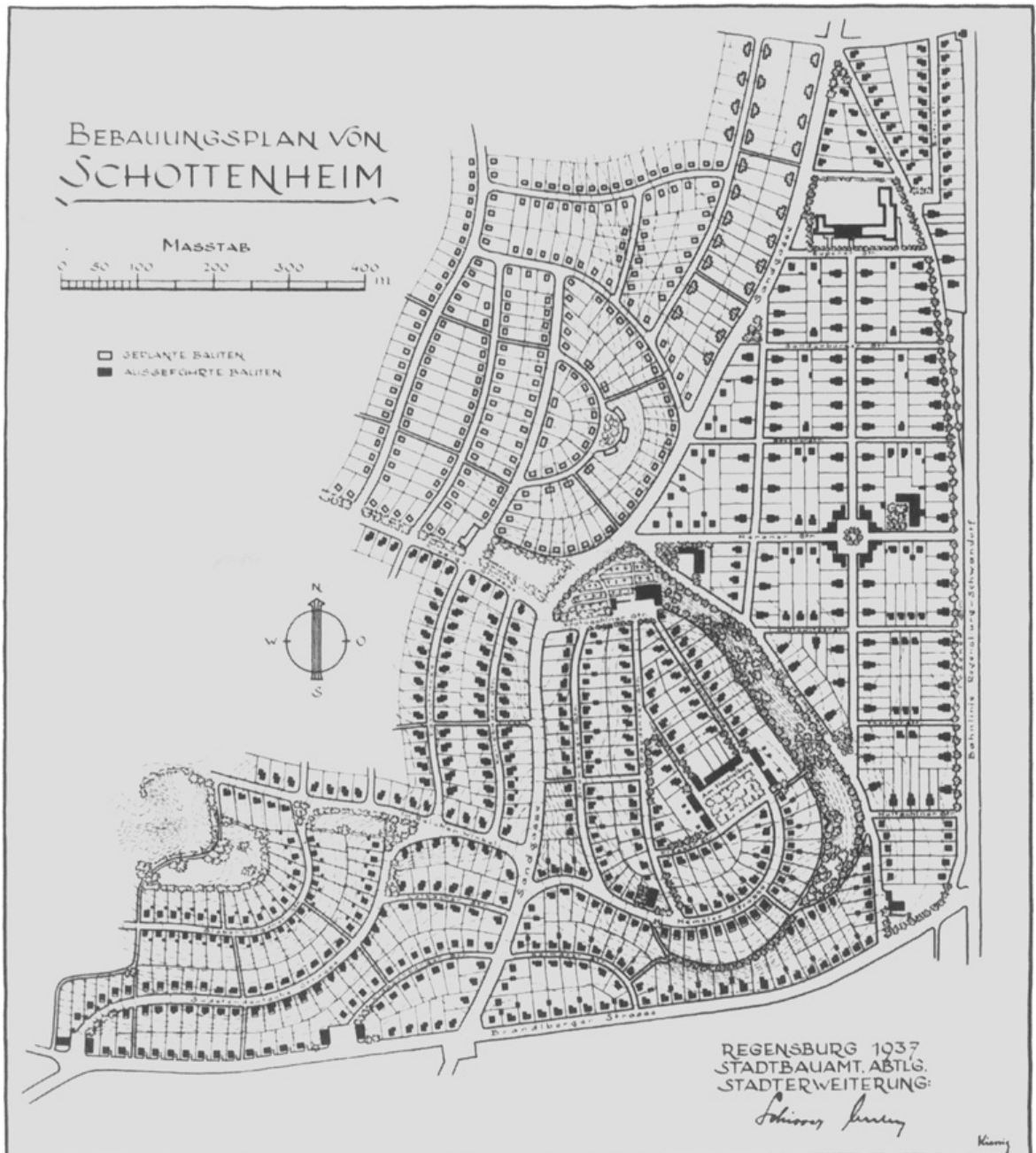
⁶⁰⁶ Dienstabweisung Sch. an Kerler 4.12.1935, DS 940; zur Finanzierung auch: Berichte Siedlungsverwaltung 2.9. und 1.10.1936, DS 940 bzw. 919; ebd. Liste der ersten Bewerber.

⁶⁰⁷ Übersicht Okt. 1936 in NIS 8.

⁶⁰⁸ EntschlieÙung Sch. 17.2.1943, DS 911 und 920, Bericht Siedlungsamt 22.2.1943, DS 920, sowie Rh-Prot. 19.3.1943. In DS 920 einzelne spätere Übereignungen.

⁶⁰⁹ Hochrechnung 11.2.1936, ZR 20492. Tatsächlich zogen 1936 rund 200 Familien zu, vgl. Wb in NIS 14 und 21. Mit Verf. 11.8.1936 (u.a. in DS 779) richtete Sch. eine "Städt. Siedlungsverwaltung" ein, Mitte 1940 umbenannt in "Siedlungsamt".

⁶¹⁰ Pressegespräch Sch. 24.8.1937, PSt 502.



Stadtarchiv, Plansammlung

Es gab drei Kolonialwarenläden, zwei Bäckereien, je ein Milchgeschäft, eine Metzgerei, einen Friseur, einen Weißwaren- und einen Tabakladen⁶¹¹. Zwei Gaststätten, eine Mütterberatungsstelle sowie schließlich eine Postagentur und eine städtische Verwaltungsnebenstelle waren entstanden⁶¹². Ärzte und auch ein Zahnarzt⁶¹³ hatten Praxen eröffnet; die von Schottenheim jahrelang betriebene Ansiedlung einer Apotheke war dagegen gescheitert, da die Regensburger Apotheker, die AOK und das Gesundheitsamt die

⁶¹¹ Vgl. Notizen Sch. in DS 940, vgl. auch ZR 15765 f., 15791, 15963, 16054 ff. und 16101 sowie Maier (1986) S.92 ff. Bewerbungen von Geschäftsleuten auch in DS 925 f.

⁶¹² Antrag Stadt an RP-Direktion 3.12.1935, ZRa 12069, vgl. Notizen Sch. in DS 940, Vermerk H. 13.6.1936, DS 779, und Anweisung Sch. an Stadtbau GmbH vom gleichen Tag, den Neubau zu beginnen, ZRa 12069. Grundverkauf an Stadtbau in ZR 15649, vgl. zur weiteren Entwicklung ZRa 14211.

⁶¹³ Einzelheiten (ab Ende 1935) in DS 940, vgl. auch ZRa 14212 und ZR 20390.

Bedarfsfrage verneinten⁶¹⁴. Bebaut bzw. zur Bebauung vorgesehen war eine Gesamtfläche von rund 130 ha - ebensoviel, wie die gesamte, vom Alleengürtel umgrenzte Altstadt umfaßte; die Erweiterung um 30 ha wurde gerade geplant⁶¹⁵. Das Straßennetz in der Siedlung umfaßte eine Gesamtlänge von 10,6 km, geplant war die Erweiterung auf 13,4 km, doch verzögerte sich auch hier der Baufortschritt durch den Material- und Personalmangel⁶¹⁶.

Ein Blick auf die Bautätigkeit im Jahr 1937 zeigt, zu welchem komplexem Gebilde sich die Siedlung bis dahin schon entwickelt hatte⁶¹⁷.

	1937 errichtete Siedlerstellen	In Bau	Insgesamt bezogen	Haushalte ⁶¹⁸
Stadt	44	6	352	352
Stadtbau	21	-	63	63+48
Heimstätte	-	60	-	-
NSKOV	10	-	30	30
Gagfah	-	17	-	-
Eigenheime	17	2	?	95+25
Geschäftshäuser	7	1	?	33
Summen:			445	646

Ständig druckte die Lokalpresse die jeweils neuesten Erfolgsmeldungen und Projekte ab, und auch in den überregionalen Medien und vielen Fachzeitschriften fand das Regensburger Siedlungsmodell große Beachtung⁶¹⁹. Der Geograph Franz Voggenreiter, ein großer Bewunderer Schottenheims, tat sich mit zahlreichen, häufig recht schwülstigen Arbeiten über die Siedlung hervor⁶²⁰, und an der Universität München entstand sogar eine - ausgesprochen substanzlose - Doktorarbeit in Medizin über die "mustergültige Volksgesundheitspflege" in der Schottenheim-Siedlung⁶²¹. Reichs-, Landes- und Parteistellen bezeichneten das Regensburger Siedlungswerk immer wieder als vorbildlich. Bayerns Innenminister Wagner soll sogar geäußert haben, er werde den Münchener Stadtrat nach Regensburg schicken, "um zu lernen, wie man siedelt"⁶²². Für die Berliner Ausstellung "Die deutsche Gemeinde" im Jahr 1936 wurde

⁶¹⁴ Vgl. ZR 20492, DS 907 und Notizen Sch. in DS 940.

⁶¹⁵ Pressegespräch Sch. 19.10.1937, ebd.

⁶¹⁶ Vgl. Mb Tiefbau, bes. DS 562.

⁶¹⁷ Notiz Sch. 22.11.1937, DS 666.

⁶¹⁸ Einschließlich 48 Volkswgh. der Stadtbau und 25 Mietwhg. in Eigenheimen.

⁶¹⁹ Vgl. z.B. BA 28.10.1936 und Notiz Sch. 12.11.1936 (DS 940), wonach die Siedlung Pressevertretern aus dem ganzen Reich vorgestellt worden war. Vgl. z.B. auch Bayern im ersten Vierjahresplan S.441 f.

⁶²⁰ Albrecht (1984) S.234 Anm.97. Voggenreiters Dissertation (1936) weist gravierende Mängel auf, etwa wenn er Parallelen zwischen ruhmreichem deutschem Hochmittelalter und NS zieht und hierfür ausgerechnet Zahlen aus der Weimarer Zeit benutzt (S.97 ff.). Einzelheiten zu seinen Arbeiten und den Vergütungen hierfür in ZRa 12202, 13548, 13574 und DS 940. Nach dem Krieg wurde er städt. Studienrat, vgl. EWA 1 und Sr-Prot. 28.4.1948.

⁶²¹ Wartner (s. Lit.verz.), vgl. Notiz Sch. 12.11.1936, DS 940. Wartners Arbeit erschien 1940 im Druck, umfaßt 38 eigentliche Textseiten ohne wiss. Apparat, beschränkt sich größtenteils auf architektonische Fragen und weist schwere Fehler auf.

⁶²² Notiz Sch. 19.9.1935, DS 940, Einzelheiten ebd. und in DS 951.

ein Modell des Schottenheims angefertigt⁶²³, 1938/39 zeigten es Reichspropagandaministerium und Auswärtiges Amt als einziges Beispiel für eine vorbildliche Stadtrandsiedlung bei einer großen Deutschland-Ausstellung in Japan und der Mandschurei⁶²⁴. Auch Hitler, dem Schottenheim bei seinem Besuch 1937 dieses Modell vorgeführt hatte, soll die Regensburger Siedlungsaktivitäten in positiver Erinnerung behalten haben; jedenfalls berichtete später ein Neffe des Oberbürgermeisters, der im Führerhauptquartier Dienst tat, Hitler habe sich sehr lobend über "einen ausgezeichneten Bürgermeister und zwar in Regensburg" geäußert, denn dieser habe "eine vorbildliche Siedlung geschaffen, in der man sich vor Kindern kaum retten kann." Bei dieser Gelegenheit soll Hitler gesagt haben: "In dieser Art, wie es dort in Regensburg gemacht wurde, muß es überall werden."⁶²⁵

Die weiteren Siedlungsabschnitte

Nicht nur im Reichen Winkel wurde 1937 noch allenthalben gebaut, auch an mehreren anderen Stellen expandierte die Siedlung gleichzeitig von nun an bis zum Kriegsbeginn - behindert nur durch den zunehmenden Mangel an Baumaterial und Facharbeitern; immer wieder beklagte das Bauamt den zögerlichen Fortgang der Arbeiten⁶²⁶.

Hatte schon der Zuzug auswärtiger, kapitalkräftiger Siedler nicht ins ursprüngliche Konzept gepaßt, so wurde nun Schottenheims Siedlungsgedanke nochmals durchbrochen: Die ersten drei Abschnitte der Schottenheimsiedlung waren nacheinander, als räumlich in sich geschlossene, nachträglich nur noch geringfügig ergänzte Baumaßnahmen entstanden, die vor allem der Wohnraumbeschaffung für die Regensburger Bevölkerung dienten. Für die folgenden Siedlungsabschnitte galt dies nicht mehr: Beim vierten und fünften Abschnitt ging es um die Schaffung von Werkswohnungen für die beiden großen Vierjahresplanbetriebe in der Stadt: Flugzeug- und Holzverzuckerungswerk; nur der sechste Abschnitt, die Norderweiterung des "Reichen Winkels", folgte noch dem früheren Siedlungskonzept⁶²⁷.

Der vierte, im Zusammenhang mit dem Flugzeugwerk bereits beschriebene Bauabschnitt war als reine Werkssiedlung konzipiert und nicht nach einem eigenen Flurnamen benannt. Er richtet hat ihn die "Bayerische Heimstätte", die gleichzeitig für Messerschmitt das Göring-Heim im Stadtsüden aus dem Boden stampfte. Auch für das Schottenheim hatte sie 200 neue Siedlerstellen zugesagt⁶²⁸, 60 von ihnen entstanden in den Jahren 1937/38 im Bereich westlich der Sandgasse und nördlich des "Reichen Winkels", von letzterem durch die gleichnamige Straße getrennt - schnell und billig gebaute Werkswohnungen an der Karlsbader und Egerstraße.

Im Frühjahr 1938 entstanden Plan und Modell der Stadtbau GmbH für 56, dann 59 Siedlerstellen westlich der Sandgasse, an der Vogesen-, Karpaten- und südlichen Ardennenstraße⁶²⁹.

⁶²³ Abbildung in "Dt. Gemeindebeamten-Zeitung" 14.6.1936, vgl. Bericht Sch. vor den Rh., Rh-Prot. 17.6.1936.

⁶²⁴ Vgl. Mb Bauamt 30.6.1938, DS 937, das "Dt. Propaganda-Atelier" habe im Auftrag beider Ministerien das Modell angefordert; vgl. auch BA 2.7.1938 sowie Pressegespräch Sch. 7.2.1939, ZR 19112.

⁶²⁵ Hauptmann Kurt Leythäuser an Sch. 19.1.1942, NIS 27.

⁶²⁶ Vgl. Mb in DS 667 und 952.

⁶²⁷ Grunderwerbungen 1937/38 über 1 ha in ZR 14998, 15027, 15092, 15094, 15098 und 15177. In ZRa 14523 das weitaus größte Grundstücksgeschäft seit 1933: Ankauf von 39 ha für 122000 RM, 12.11.1937, vgl. auch Rh-Prot. 14.7.1937 und ZR 5874 a.

⁶²⁸ Notiz Sch. 21.11.1936, DS 937.

⁶²⁹ Mb 1.3. und 30.5.1938, DS 937, sowie 31.3.1938, DS 952. Kosten der 34 Siedlerstellen Vogesenstr.: 257000 RM, der 30 Stellen Ardennenstr.: 210000 RM. Für 25 Einzelhäuser an der Ardennenstr. sah die Stadtbau Kosten von 185000 RM vor, vgl. Gb 1938, DS 827.

Schon im Sommer begannen die Bauarbeiten, gleichzeitig liefen die Vorbereitungen für zahlreiche Eigenheime in diesem Bereich an⁶³⁰. Südwestlich davon wurde der fünfte Siedlungsabschnitt geplant, der im Bereich um Isonzo-, Dolomiten- und östliche Argonnenstraße Werkswohnungen der Holzverzuckerung umfaßte, also ebenfalls keineswegs der Wohnraumbeschaffung für die Regensburger Bevölkerung diente.

Der sechste Siedlungsabschnitt an Siebenbürgener und Laibacher Straße bestand dagegen überwiegend aus komfortablen Eigenheimen; es handelte sich um eine Norderweiterung des Reichen Winkels. Noch bis Kriegsbeginn kamen hier immer wieder neue Privatsiedlerstellen hinzu⁶³¹, darunter solche für Betriebsangehörige des Kalkwerks Büechl.

Seit Herbst 1937 ließ Schottenheim auch Zukunftsprojekte für die Gesamtsiedlung entwickeln. So legte Kerler im März 1938 einen Bebauungsplan vor⁶³². Er sah unter anderem einen durchgehenden Grünstreifen quer durch die Gesamtsiedlung vor. Der Osthang des Flachbergs war bereits bepflanzt, zum Teil mit den Maulbeersträuchern, die im Rahmen des Vierjahresplans der Seidenraupenzucht dienten; von hier aus sollte sich die Grünanlage nach Norden bis zur Konrad-Kirche, von dort als Allee nach Westen bis zum Regen fortsetzen. An diesem neuen Straßenzug, der Aussiger Straße, waren ein HJ-Heim, daran anschließend ein Sportplatz und ein neues Geschäftsviertel samt Kino vorgesehen⁶³³. Im Sommer 1938 waren die Bauplätze für das Kino und drei Läden bereits vergeben, doch konnte das neue Geschäftsviertel trotz baureif vorliegender Pläne vor Kriegsbeginn nicht mehr begonnen werden⁶³⁴.

Seit 1937 stand mit der Eröffnung des Nordteils der Adolf-Hitler-Brücke endlich auch eine bessere Verkehrsverbindung zur Altstadt und dem Gewerbegebiet am Hafen zur Verfügung. Die Straßenbahn endete allerdings immer noch bei St. Joseph in Reinhausen, war also von der Siedlung aus nur mit einem Fußmarsch von mindestens 1,5 km zu erreichen⁶³⁵. Am Bahnübergang Brandlberger Straße sollte das Schottenheim nun eine eigene Reichsbahnhaltestelle erhalten⁶³⁶, doch ist auch dieses Projekt, das im Zusammenhang mit dem Umbau des Walthallabahnhs zu sehen war⁶³⁷, nicht mehr verwirklicht worden. Stattdessen wurde noch vor dem Krieg eine Omnibuslinie eröffnet, die das Stadtzentrum mit der Siedlung verband⁶³⁸.

1938 suchte das Flugzeugwerk Erweiterungsgelände im Schottenheim, das Holzverzuckerwerk wollte mindestens 70 Siedlerstellen errichten, das Göringwerk⁶³⁹, das Kalkwerk

⁶³⁰ Mb Bauamt Juli und Bericht Aug. 1938, DS 937 und ZR 16073; ebd. Entschließung Sch. 2.9.1938 zum Grundverkauf an Stadtbau. Vgl. auch ZR 16013 und 16042 f. Vorarbeiten für weitere 60 Stellen lt. Bericht an Rasse- und Siedlungshauptamt beim RfSS April 1937, NIS 4, und Mb Bauamt Dez. 1937, DS 545.

⁶³¹ Vgl. allg. ZR 16068 und Mb Bauamt, DS 667, 937 und 952, vgl. Gb Stadtbau 1938, DS 827. Vgl. auch Liste Lieg. 17.11.1937, DS 942, sowie Übersicht für Pressegespräch Sch. 5.8.1938, DS 792. Bewerbungen potentieller Privatsiedlern 1938-1944 in DS 925 f.

⁶³² Notiz Sch. 11.11.1937 und Mb Kerler 31.3.1938, DS 937.

⁶³³ Vgl. Notizen Sch., DS 906, und Pressegespräch 19.10.1937, PSt 502. Vgl. zum geplanten Geschäftsviertel: Notizen Sch. ab Okt. 1937, DS 930.

⁶³⁴ Zustandsbericht Bauamt Aug. 1938, DS 937; Einzelheiten in DS 952 und 930. Zum Kinoprojekt: Rh-Prot. 11.3.1938 und Mb Bauamt 31.1. und 28.4.1939, DS 667.

⁶³⁵ Vgl. RA 2.10.1933 zur schon damals diskutierten Idee, die Straßenbahn bis zur Siedlung zu verlängern.

⁶³⁶ Vgl. Rh-Prot. 21.3.1941.

⁶³⁷ Erste Erwähnung in Notiz Sch. 22.4.1937, DS 910; ebd. Einzelheiten zu dem Projekt, das Anfang 1938 festzustehen schien (Notizen 11.1. und 4.2.1938). Vgl. Mb Bauamt 30.5.1938, DS 937.

⁶³⁸ BA 1. und 2.5. sowie 20.7.1939.

⁶³⁹ Lt. Notizen Sch. 5.8.1938 (DS 876) und Wb Kerler 10.9.1938 (NIS 14) plante das Göringwerk zunächst 50 Siedlerstellen, stellte das Projekt jedoch zurück (Mb Bauamt 31.12.1938, DS 667); Einzelheiten in DS 915 und 952.

Büechl⁶⁴⁰, die Baufirma Tausendpfund und nicht zuletzt die Stadtbau GmbH bemühten sich um Bauplätze⁶⁴¹, während an den Häusern der Gagfah und an mehreren Eigenheimen im Reichen Winkel, an 24 Siedlerstellen entlang der Sandgasse und verschiedenen anderen Projekten in den früheren Siedlungsabschnitten noch gearbeitet wurde⁶⁴². Insgesamt litt jedoch der Baufortschritt auch hier am Arbeiter- und Materialmangel. Im August 1938 mußten die Arbeiten am fünften Siedlungsabschnitt erstmals eingestellt werden; Kerler berichtete, es sei kein einziger Sack Zement im freien Handel erhältlich - dieser werde nur noch "gegen Dringlichkeitsbescheinigung für Heeresbauten geliefert"⁶⁴³. Dennoch meldete die Siedlungsverwaltung für 1939 weitere 120 Siedlerstellen an und ließ sich von der städtischen Sparkasse 500000 RM für Darlehen reservieren⁶⁴⁴. Und kurz vor Kriegsbeginn breitete Schottenheim erstmals sein großes Zukunftsprojekt aus: Die Siedlung solle durch neue Eigenheime nach Westen wachsen; die sich nordwestlich anschließende Höhenzunge und überhaupt das gesamte Gelände bis zum Regen sei für künftige Erweiterungen vorgesehen⁶⁴⁵.

Der Kriegsbeginn führte zur weitgehenden, wenn auch nicht völligen Einstellung der Bautätigkeit an der Siedlung⁶⁴⁶. Dies verärgerte und bedrückte Schottenheim zutiefst⁶⁴⁷, hinderte ihn jedoch nicht, ihre weitere Ausdehnung zumindest planen zu lassen, solange der Endsieg in greifbarer Nähe schien⁶⁴⁸. Dabei hoffte er sogar auf einen Geldsegen infolge britischer Reparationszahlungen⁶⁴⁹. Die konkrete Planung oblag Baurat Kiessig für den zur Wehrmacht eingezogenen, später in Rußland vermißten Baurat Kerler zu⁶⁵⁰. Anfang 1940 konnte Kiessig erste Zahlen nennen; rund 1030 Siedlerstellen schwebten ihm vor⁶⁵¹, 42 davon versuchte die Stadtbau GmbH in der zweiten Jahreshälfte 1940 noch als Sofortprogramm genehmigt zu erhalten⁶⁵². Zu dieser Zeit, als die Bautätigkeit fast völlig zum Erliegen gekommen war, bedeckte die Siedlung eine Fläche von rund 105 ha. Sie bestand aus 829 Siedlerstellen und Volkswohnungshäusern mit 961 Haushalten, 4539 Menschen lebten im Schottenheim. Größter Arbeitgeber für die Haushaltsvorstände - Erwerbstätigkeit der Frauen wurde nicht erfaßt - war das Flugzeugwerk, das 118 der Siedler beschäftigte, gefolgt von der Reichsbahn (94), der Stadtverwaltung (77), der Wehrmacht (73), der Holzverzuckerung (50), der Reichspost (45), der Polizei (26) und dem Bayerischen Lloyd (17).

Die Siedlung war nun bereits so groß, daß das Bewußtsein ihrer Bewohner, als Randgruppe an den Rand der Stadt gedrängt zu sein, allmählich verblaßte. Dies galt umso mehr, als inzwischen die Siedlerstellen in den ersten Bauabschnitten Zug um Zug in das Eigentum ihrer Bewohner übergegangen waren⁶⁵³. Dennoch nahmen sich die genannten Zahlen im Verhältnis zu dem geradezu gigantischen Gesamtkonzept noch bescheiden aus, das Kiessig im Frühjahr

⁶⁴⁰ Von Büechl geplante Siedlerstellen für Kalkarbeiter erstmals erwähnt im Mb Bauamt Okt. 1937, DS 937. Einzelheiten in DS 917, einige Berichte auch in DS 792, 937 und 952.

⁶⁴¹ Notiz Sch. 8.6.1938, DS 952.

⁶⁴² Vgl. z.B. Mb Bauamt 30.6.1938, DS 937.

⁶⁴³ Berichte 19., 23.8.1938 und Zustandsbericht Bauamt Aug. 1938, ebd.

⁶⁴⁴ Notiz Sch. 22.11.1938, DS 914.

⁶⁴⁵ Textentwurf 13.6.1939, DS 952, vgl. auch den undatierten Bebauungsplan in DS 953.

⁶⁴⁶ So konnte die Stadtbau 23 baureife Siedlerstellen nicht mehr beginnen, vgl. Gb 1940, DS 827, vgl. auch Liste der vor Kriegsbeginn gesicherten Bauvorhaben im Gb 1943, ebd.

⁶⁴⁷ Zahlreiche Belege verstreut in NIS, v.a. NIS 11, 15 und 22.

⁶⁴⁸ Verf. an seine wichtigsten Mitarbeiter 31.5.1940, NIS 11 und 19.

⁶⁴⁹ Undatierter Vermerk 2.Hälfte 1940, DS 952: "wenn nicht nach dem Siege Neues kommt (English money)."

⁶⁵⁰ Albert Kerler kam als Hauptmann der Heeresküstenartillerie vermutlich am 10.5.1944 beim Untergang eines Transportschiffs vor Sewastopol ums Leben; er galt seither als vermißt (PAM 28).

⁶⁵¹ Bericht 26.1.1940, DS 952, vgl. auch Rh-Prot. 4.7.1940.

⁶⁵² Undatierter Vermerk Sch. und Liste Stadtbau über vorbereitete Projekte, DS 952.

⁶⁵³ Zu Übereignungen allg. DS 911, 920 und 954. Lt. Revisionsbericht Prüfungsverband 1941 (PAM 534, S.118) waren insgesamt 391 Siedlerstellen übereignet worden.

1941 als Ergebnis seiner Planungen vorlegte - ein Sinnbild für den völligen Realitätsverlust, der damals angesichts des vermeintlich bevorstehenden Endsiegs die Stadtplanung generell prägte.

Zukunftskonzept 1941

Baurat Kiessigs Gesamtkonzept, vorgelegt im Februar 1941, sah vor, daß sich das Schottenheim nach Kriegsende zu einer vollständigen neuen Kleinstadt entwickeln sollte⁶⁵⁴. Wie schon 1939 angekündigt, wäre das gesamte Gebiet bis zum Regen im Westen und der Chamer Straße im Norden bebaut worden, eine vollständige neue "Stadt im Grünen" mit zunächst rund 22000, vielleicht sogar 26000 Einwohnern hier entstanden, bestehend aus rund 6000 Wohneinheiten in Einfamilien- und Doppelhäusern, Siedlerstellen für Kinderreiche, Volkswohnungen in Reihenhäusern und - in den bevorzugten Lagen - privaten Eigenheimen sowie zahlreichen Geschäftshäusern und Gemeinschaftsbauten. Schon der Flächenbedarf verbot die Beibehaltung des Prinzips, nur Kleinsiedlerstellen zu errichten. Am höchsten Punkt der Siedlung war ein Gemeinschaftshaus der NSDAP samt HJ-Heim, Glockenturm und Aufmarschgelände geplant - das lange Warten der HJ auf neue Quartiere in der Stadt sollte "durch eine besonders schöne und großzügige Anlage belohnt werden"⁶⁵⁵. Vier Volksschulen, je eine Mittel- und eine Fortbildungsschule sowie sechs Kindergärten waren vorgesehen, ebenso Schwimmbäder, Sport- und Grünflächen, sechs neue Gaststätten, zwei Kinos und nach vorsichtiger Schätzung allein je 17 Lebensmittel-, Milchgeschäfte und Bäckereien.

Ende 1941 legten die beteiligten städtischen Dienststellen ihre Voranschläge für die Erschließung des Gesamtgeländes vor, die in vier Abschnitten durchgeführt werden sollte. Danach hätten allein die Kanalbauten rund 2,7 Millionen RM, die Straßenbauten 2 Millionen RM verschlungen, die Wasser-, Strom- und Gasversorgung war zusammen auf weitere 2,4 Millionen RM veranschlagt⁶⁵⁶. Hinzuzurechnen waren nochmals rund 6 Millionen RM für "Nebenanlagen": Schulhäuser und Kindergärten, ein Verwaltungsgebäude, eine "Volks- und Spielwiese" und die gärtnerische Ausgestaltung der Siedlung. Insgesamt ergaben sich somit Kosten von rund 13,1 Millionen RM, die ausreichen sollten, um 5000 neue Wohneinheiten zu errichten.

Noch Anfang 1942 verhandelte man mit dem Reichsarbeitsministerium, das die Planungen der Stadt grundsätzlich akzeptierte und zu recht günstigen Bedingungen Reichshilfen in Aussicht stellte⁶⁵⁷. Bis 1942 - in geringem Umfang noch danach - erwarb auch die Stadt, teils wieder unter Androhung der Zwangsenteignung⁶⁵⁸, noch ausgedehnte Grundstücke in den für die nächste Bebauung vorgesehenen Gebieten⁶⁵⁹. Nun verbot allerdings die Personalnot im

⁶⁵⁴ Bebauungsplan u.a. in Plansammlung Stadtarchiv G 47, DS 951 und 953. Hier und in StA (NSDAP) 12 Kiessigs Erläuterungen. Vgl. auch Artikel Sch. über Zukunftsaufgaben, BA 17.2.1941, Programmrede Anfang 1941 (DS 523), Rh-Prot. 21.3.1941 und Sch. an Reichsarbeitsministerium/Prüfstelle für Gemeinschaftssiedlungen 26.8.1941, DS 951. In Zusammenhang mit der Planung für das Schottenheim entstand ein umfassendes Kanalisierungskonzept für den Stadtnorden.

⁶⁵⁵ Programmrede Sch. Anfang 1941, DS 523 und ZR 3723.

⁶⁵⁶ Die Berichte in DS 951. Vgl. zur Kanalisierung der Siedlung DS 922 und Mb Tiefbau, bes. DS 562.

⁶⁵⁷ Vermerk H. 9.2.1942, DS 951.

⁶⁵⁸ Vgl. z.B. ZR 15552; Amtmann Eckl (Leiter der Lieg.) schlug eine Zwangsenteignung vor, damit der Widerstand des Grundbesitzers nicht Schule mache. Eine Zwangsenteignung in ZR 15530, in ZR 15526 Nachkriegsverhandlungen über Rückgabe eines 1941 unter "moralischem Druck" erworbenen Grundstücks.

⁶⁵⁹ Erwerbungen über 1 ha ab 1939 in ZR 15099, 15174, 15278, 15283, 15289-15291, 15294, 15300 f., 15333 und 15529, vgl. auch Kaufangebot 3.5.1941 in DS 936. Zu den Verkäufen an die Stadtbau: ZR 16042 f. und Liste Grundgeschäfte, DS 798.

Bauamt jede weitere Planungstätigkeit: Baurat Kiessig war inzwischen zur Wehrmacht einbezogen worden⁶⁶⁰, und neben kriegswichtigen Bauvorhaben konnte man nur noch die notwendigsten laufenden Verwaltungsarbeiten erledigen⁶⁶¹. Allein für die Parteibauten samt dem HJ-Heim wurden die seit Herbst 1941 getroffenen Vorbereitungen noch mindestens ein Jahr lang fortgesetzt, ohne allerdings zu greifbaren Ergebnissen zu führen⁶⁶².

Fortsetzung des Siedlungsbaus im Krieg

Die Kriegsverhältnisse hatten auch eine Eigenheimsiedlung der Gagfah nördlich der Sonnenstraße verhindert. Mit dieser Westerweiterung des Reichen Winkels - des laut Schottenheim "schönsten Teiles meiner Siedlung"⁶⁶³ - wären der alte Stadtteil Reinhausen und die Neubaugebiete zusammengewachsen. Schließlich konnte auch der Neubau des Standortlazaretts der Wehrmacht östlich des Sallerner Bergs nicht mehr begonnen werden. Verwirklicht wurden die gewaltigen Pläne nur noch in einem winzigen Teilbereich. Der im folgenden beschriebene Vorgang mag als Beispiel für die Schwierigkeiten gelten, mit denen der Wohnungs- und Siedlungsbau in den Kriegsjahren generell behaftet war. Es geht dabei um den Neubau von fünf Blocks an der Argonnenstraße mit 60 Volkswohnungen für Mitarbeiter der Holzverzuckerungs-AG; Trägerin der Maßnahme war die Stadtbau GmbH, die Bauleitung lag bei der Siedlungsabteilung des Bauamts und somit in Händen Baurat Kiessigs. Die gesamten Baukosten betragen rund 750000 RM, von denen allein 290000 RM aus Reichs- und 150000 RM aus Werksdarlehen stammten⁶⁶⁴.

Im April 1941 erkannte der Generalbevollmächtigte für das Bauwesen diese 60 von 100 geplanten Wohnungen der Südholag als kriegswichtig an und gab sie zur sofortigen Herstellung frei⁶⁶⁵. Daraufhin beantragte Schottenheim beim Reichsarbeitsministerium die Anerkennung seiner Siedlung als "nationalpolitisch wichtig", um in den Genuß von Reichszuschüssen zu den Erschließungskosten zu kommen⁶⁶⁶. Im Sommer begannen die Bauarbeiten⁶⁶⁷, und schon nach acht Wochen konnte man den Dachstuhl des ersten Blocks aufsetzen. An den übrigen Blöcken verzögerten sich jedoch die Arbeiten, da die Beschaffung der Arbeitskräfte enorme Schwierigkeiten bereitete. Die Südholag mußte sowjetische Kriegsgefangene abstellen, und das Landeswirtschaftsamt, das selbst ebenfalls unter Personalnot litt, teilte die Bezugsscheine für die Baumaterialien entgegen früherer Zusagen nur sehr zögernd zu. So mußten Bauamt, Stadtbau GmbH und vor allem die beteiligten Firmen am Rande der Legalität improvisieren, um überhaupt weiterbauen zu können. Beispielsweise gelang es, Schalholz zu organisieren, ohne hierfür Bezugsscheine beizubringen - ein Vorgehen, das Kiessig dem Oberbürgermeister mit der Bitte um strengste Vertraulichkeit meldete, da darauf harte Strafen standen⁶⁶⁸.

⁶⁶⁰ Reinemer an Reg. 3.12.1941, PAM 519.

⁶⁶¹ H. an Reg. 7.9.1942, DS 951.

⁶⁶² Einzelheiten in DS 935 und 943; vorgesehener Architekt: Prof. Norkauer.

⁶⁶³ Sch. an Gagfah 19.4.1941, DS 952. Ebd. Einzelheiten und Plan zu diesem Siedlungsteil.

⁶⁶⁴ Planänderung gemäß Bewilligungsbescheid 28.11.1941 und Vertrag Stadtbau-Südholag 2.4.1942, vgl. Gb und Aufsichtsratsunterlagen der Stadtbau GmbH, DS 827 f., sowie Prüfbericht des Verbands bayer. Wohnungsbauunternehmen, DS 828.

⁶⁶⁵ Vierjahresplan-Dienststelle und Generalbevollmächtigter für das Bauwesen an Stadt 23.4.1941, DS 951.

⁶⁶⁶ Anträge 30.5. bzw. 10.9.1941 (DS 951); demnach 100000 RM Erschließungskosten, davon 70000 RM vom Reich abgedeckt, vgl. Reg. an Stadt 24.1.1942, ebd.

⁶⁶⁷ Der Versuch, das Projekt in die höchste Dringlichkeitsstufe einreihen zu lassen, um die beteiligten Firmen vom "Arbeiterentzug" zu verschonen, war gescheitert, vgl. Prot. Bespr. im LWA 23.5.1941, DS 792 und 951. Baugenehmigung erst 24.2.1942, vgl. Rh-Prot.

⁶⁶⁸ Beilage zum Wb 15.9.1941, NIS 21. Kiessig rechtfertigte sich hier gegen Kritik der Stadtbau am langsamen Baufortschritt. Vgl. auch Vermerk 9.7.1941 (DS 952) über Sicherstellung von Zement.

Mit zunehmender Kriegsdauer nahmen auch die Beschaffungsprobleme weiter zu. Erst 1942 konnten zwölf, 1943 weitere 20 der 60 Wohnungen bezogen werden⁶⁶⁹. In normalen Zeiten hätte man bei einem Projekt dieser Größenordnung mit einer Bauzeit von etwa einem halben Jahr rechnen müssen, doch war es angesichts der allgemeinen Mangelerscheinungen fast unmöglich, die einzelnen Arbeiten sinnvoll aufeinander abzustimmen: Hatte man glücklich einen Hafnermeister organisiert, dann wurde er zur Wehrmacht eingezogen, und die Suche nach einem fachkundigen Kriegsgefangenen begann. Dabei erwies sich, daß die Südhöhlagen wesentlich leichterem Zugang zu Material- und Personalreserven hatte als die Stadtverwaltung. Dennoch gelang es bis Kriegsende - also in einem Zeitraum von fast vier Jahren - nicht, die Baumaßnahme abzuschließen: Sechs Wochen vor Kriegsende waren erst 51 der 60 Wohnungen bezogen⁶⁷⁰ - wie die gesamte Schottenheim-Siedlung, blieb auch dieses kleine Teilprojekt unvollendet.

4. Wohnraumbeschaffung im Zweiten Weltkrieg

a. Zukunftsplanung in den ersten Kriegsjahren⁶⁷¹

Mitte 1939 gab es in Regensburg rund 25800 Wohnungen⁶⁷², während die Zahl der Wohnungssuchenden, wie erwähnt, auf 3-5000 geschätzt wurde. Zwar erhöhte sich der Wohnungsbestand im Verlauf des Kriegs durch einige Neubauten und Wohnungsteilungen auf 27800⁶⁷³, doch verschärften der Zuzug auswärtiger Arbeitskräfte und die vielen Kriegstraumungen die drückende Wohnungsnot weiter. So bestand eine bemerkenswerte Diskrepanz zwischen den realen Verhältnissen und den großartigen Zukunftsvisionen, denen sich der Oberbürgermeister in den ersten Kriegsjahren hingab. Auch er hatte erkannt, die "wichtigste Aufgabe für unser Gemeinwesen nach Beendigung des Krieges" werde die Lösung der Wohnungsnot sein⁶⁷⁴, schon 1940 mußte er allerdings zugeben: "Wir sind heute so weit, daß man nicht mehr von einer Wohnungsnot, sondern schon bereits von einer Bettennot sprechen muß"⁶⁷⁵. Als eines von vielen Beispielen hierfür sei der Fall eines Rentnerhepaares angeführt, das nach der Zwangsräumung seiner Wohnung notdürftig in einem Hausgang unterkam. Sogar auf die an sich dringend erwünschte Zuweisung von Arbeitskräften mußte die Stadtverwaltung verzichten, weil man sie nicht mit Wohnungen versorgen konnte⁶⁷⁶. Sozialdezernent Zwick faßte zusammen: "Die rücksichtslose Ausmietung von Familien schafft bei der herrschenden Wohnungsnot und bei der Überfüllung aller Einrichtungen für die Unterbringung Obdachloser schwerste Notstände. Das Wohlfahrtsamt ist nicht mehr in der Lage, den Ausgemieteten auch nur eine notdürftige Unterkunft zu verschaffen."⁶⁷⁷

⁶⁶⁹ Gb Stadtbau GmbH 1942 und 1943, DS 827.

⁶⁷⁰ Vgl. Wb zum Baufortschritt, NIS 21 und DS 544, sowie Gb Stadtbau 1944, ZR 17064.

⁶⁷¹ Vgl. allg. Mattausch S.211 ff.

⁶⁷² Statistik Wohnungsamt 20.11.1946, Wohnungsamt 73 (Stadtarchiv).

⁶⁷³ Ebd.

⁶⁷⁴ Undatierte Ansprache, wohl 1940, DS 952.

⁶⁷⁵ Ebd.

⁶⁷⁶ Vgl. z.B. Schriftwechsel zur Übernahme "rückgeführter Volksdeutscher" aus Südtirol in städt. Dienst, ZR 3823.

⁶⁷⁷ Bericht an Sch. 28.2.1942, DS 847.

Im Frühjahr 1940 kam die zivile Bautätigkeit fast völlig zum Erliegen, das Neubauverbot des Generalbevollmächtigten für die Bauwirtschaft traf Regensburg besonders hart⁶⁷⁸. Wohnungen konnten nur noch in Einzelfällen gebaut werden, soweit sie kriegswichtig waren, also etwa Wehrmachtsangehörigen oder Mitarbeitern von Rüstungsbetrieben dienten⁶⁷⁹. Zur Untätigkeit verdammt, ließ daher der Oberbürgermeister, solange der militärische Sieg noch greifbar nahe schien, die künftige Wohnbautätigkeit in allen Einzelheiten vorbereiten. Wie vom Reichsarbeitsministerium vorgeschrieben⁶⁸⁰, ordnete er an, ein Sofort- und ein langfristiges Nachkriegsprogramm zu erstellen. Als deren Ergebnis verkündete die Stadtbau GmbH, für das Sofortprogramm stünden 400000 RM an Eigenmitteln bereit, die auch in voller Höhe benötigt würden, um mit einem Gesamtaufwand von rund 12 Millionen RM, verteilt auf zwei bis drei Jahre nach Kriegsende, das Schottenheim um 1000 Siedlerstellen erweitern und 500 neue Volkswohnungen bauen zu können⁶⁸¹. Erheblich niedrigere Zahlen stellte allerdings der Regierungspräsident förmlich fest und listete für das Sofortprogramm nur 544 Wohnungen aller Bauträger als geeignet auf, darunter nur rund 200 Siedlerstellen bzw. Wohnungen der Stadtbau GmbH. Alle darüber hinausgehenden Maßnahmen müssen daher eher als vage Zukunftspläne, nicht als konkrete Bauvorhaben bezeichnet werden⁶⁸².

Kurz darauf legte der - als Beruhigungsmaßnahme für das deutsche Volk gedachte - Führererlaß "zur Vorbereitung des deutschen Wohnungsbaus nach dem Kriege"⁶⁸³ die Grundlagen für den künftigen sozialen Wohnungsbau fest. Reichsorganisationsleiter Ley wurde hierfür zum Reichskommissar bestellt, die Lenkung auf Gauebene übernahmen die Gauleiter als Gauwohnungskommissare mit Anweisungsbefugnis gegenüber allen mit dem Wohnungsbau befaßten Behörden. Auf der kommunalen Ebene übertrug Schottenheim der Stadtbau GmbH den gesamten künftigen städtischen Wohnungs- und Siedlungsbau⁶⁸⁴, doch auch von der DAF-eigenen "Neuen Heimat Bayreuth" - sie war im Herbst 1940 auf Gauebene verselbständigt worden⁶⁸⁵ - versprach er sich bedeutende Impulse. Eine Konkurrenz zur Stadtbau GmbH wollte er in dieser Neugründung nicht erblicken, da "für beide Baugenossenschaften für 20 Jahre Arbeit genug vorhanden sein wird"⁶⁸⁶. Für Regensburg plante die "Neue Heimat" zu dieser Zeit 168 Volkswohnungen für das Flugzeugwerk und die Reichspost⁶⁸⁷.

Der genannte Führererlaß schrieb auch die Vorbereitung von Neubaugebieten vor. Besonders am Herzen lag dem Oberbürgermeister dabei, wie beschrieben, die Erweiterung seiner Siedlung, daneben ließ er detaillierte Bebauungspläne für die bereits angesprochenen Viertel erarbeiten: die Umgebung der Volkswohnungsblocks in Kumpfmühl, die Baulücken im Kaser-

⁶⁷⁸ RPB 9.6.1940.

⁶⁷⁹ Vgl. allg. Recker mit statist. Material.

⁶⁸⁰ Erlaß Reichsarbeitsministerium 13.6.1940, Reichsarbeitsblatt 18/1940 S. I 305 und V 293, vgl. Stadtbau an Sparkasse 4.7.1940, DS 779.

⁶⁸¹ Undatierter Vermerk Sch., 2.Hälfte 1940, DS 952, vgl. Bericht Stadtbau (ebd.), Anfrage an Sparkasse (DS 779) und Rh-Prot., alle 4.7.1940, Programmrede Sch., DS 523 und ZR 3723, sowie undatierte Liste Stadtbau über Bauvorhaben, DS 952.

⁶⁸² Undatierter Vermerk H. April 1941, DS 779.

⁶⁸³ 15.11.1940, RGBI I S.1495, vgl. BA 19.11.1940 und Rh-Prot. 21.3.1941. Allg. dazu Peltz-Dreckmann S.219 ff., Mattausch S.216 ff., Recker S.124 ff. und Dies.: Der Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau, in Rebentisch/Tepe S.333-350.

⁶⁸⁴ Dienstanweisung 16.12.1940, DS 779.

⁶⁸⁵ Kurz vor Kriegsbeginn war in Nürnberg eine "Neue Heimat" für Franken und Bayerische Ostmark gegründet worden; Sch. saß ab Okt. 1940 im Aufsichtsrat der nun selbständigen Bayreuther "Neuen Heimat". Seine Unterlagen in DS 829 f. und 927, vgl. auch Gesetz über Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen 29.2.1940, RGBI I S.438.

⁶⁸⁶ Rh-Prot. 21.3.1941. Hinweise auf dennoch vorhandene Konkurrenz Neue Heimat - Gemeinn. Bauverein in DS 795.

⁶⁸⁷ Vgl. Aufsichtsratsprot. 21.10.1940 und 1.7.1941, DS 927. Projekt für 60 RP-Wohnungen der Neuen Heimat auch erwähnt in Vermerk H. April 1941, DS 779.

nenbereich, Schillerstraße und Margaretenau im Stadtwesten, Pfaffensteiner Hang, Furtmayrstraße und Schwabelweis. Sobald diese Gebiete fertig durchgeplant seien, könne man an die Erschließung weiterer Viertel denken, insbesondere im Bereich um die Kreuzung der Reichsstraßen R 8 und R 15 sowie im Stadtteil Königswiesen⁶⁸⁸. Die Bewohner der Obdachlosen-siedlungen am Pulverturm und im Nordheim schließlich gedachte Schottenheim möglichst weit entfernt von den Wohngebieten der übrigen Bevölkerung anzusiedeln, damit der Ansporn für "asoziale Elemente", sich "durch Arbeit und Fleiß (...) ein anständiges Heim" zu sichern, nicht durch billige Miete und bequeme Stadtnähe der Notquartiere zunichte gemacht werde⁶⁸⁹.

b. Wohnungsbau im Krieg

In geringem Umfang waren, wie die Beispiele der Werkswohnungen für die Südholag an der Argonnen- und der Volkswohnungen an der Augsburger Straße zeigen, Ausnahmen vom Bauverbot möglich. Dies führte dazu, daß man versuchte, die Bedingungen für weitere Ausnahmegenehmigungen zu schaffen⁶⁹⁰ - ein verzweifelter Versuch, aus der extremen Wohnungsnot Kapital zu schlagen und wenigstens einige Neubauten genehmigt zu erhalten. Dabei schienen neben Wohnungsbauten für die Vier-Jahres-Plan-Werke solche für Wehrmachtsangehörige noch am leichtesten zu verwirklichen. Herrmann verhandelte daher mit dem Flugzeug- und dem Holzverzuckerungswerk, und es gab Überlegungen, alle Rüstungsbetriebe der Stadt zum gemeinschaftlichen Bau von Werkswohnungen zusammenzuspannen. Selbst das an den hohen Kosten gescheiterte Volkswohnungsprojekt der "Gagfah" an der Guerickestraße griff man wieder auf: Schottenheim verwies die Gagfah auf die Heeresverwaltung⁶⁹¹ und zeigte sich noch im Frühjahr 1941 optimistisch, daß die geplanten Blocks als "Erprobungstyp" zu Kriegszeiten tatsächlich gebaut werden könnten. Sogar das Baugelände, das die Stadt der Gagfah jahrelang zinslos reserviert hatte, erwarb die Gesellschaft noch⁶⁹², doch schließlich verweigerte der Gauwohnungskommissar die Genehmigung für das Projekt - es blieb lediglich die vage Hoffnung, es nach Kriegsende im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus durchführen zu können. Trotz dieses Fehlschlags vertrat Schottenheim die Ansicht, man solle weiter versuchen, zumindest für Teile des Sofortprogramms der Stadtbau Ausnahmen vom Bauverbot zu erreichen und dabei mit den Zuzügen von Arbeitskräften der kriegswichtigen Betriebe - Messerschmitt, Holzverzuckerung und Werften - argumentieren. Zu diesem Zweck wollte er sogar in Berlin beim Generalbevollmächtigten für das Bauwesen und dem Reichswohnungskommissar vorsprechen⁶⁹³. Wie die weitere Entwicklung der Bautätigkeit in Regensburg zeigt, kann er damit keinen großen Erfolg erzielt haben, denn nur der Ausbau der Volkswohnungen an der Augsburger und an der Argonnenstraße wurde fortgesetzt. Gerade 17 neue Wohnungen hat die Stadtbau GmbH im Jahr 1942 fertiggestellt, in den folgenden Jahren lag der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf der Verwaltung ihrer Mietshäuser und Siedlerstellen, größere Neubauten sind dagegen nicht nachweisbar⁶⁹⁴.

⁶⁸⁸ Undatierte Ansprache, wohl 1940, DS 952.

⁶⁸⁹ Programmrede Anfang 1941, DS 523 und ZR 3723.

⁶⁹⁰ Die Vorschriften in DS 779.

⁶⁹¹ 7.3.1940, ZR 16085.

⁶⁹² Kaufvertrag 17.4.1941 und Einzelheiten in ZR 16085. Der Kauf auch erwähnt in DS 798.

⁶⁹³ Vermerke H. 24.2.1941 und Anfang April 1941, DS 779.

⁶⁹⁴ Vgl. Gb und Aufsichtsratsunterlagen ab 1939 in DS 827 f. und ZR 17064 sowie "30 Jahre Stadtbau-GmbH Rgbg." (1951). Listen städt. Hausbesitz aus den Kriegsjahren in FIN 502.

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 war auch für den Kommunalpolitiker absehbar, daß der Krieg erheblich länger dauern werde als zunächst erwartet. Die folgenden Jahre kennzeichnete daher das Bemühen, den an sich knappen Wohnraum durch die sogenannte "Wohnraumlentung" (s.u.) ein wenig gerechter zu verteilen - eine Aufgabe, die durch Sonderaktionen wie die Einquartierung norddeutscher Bombengeschädigter zusätzlich erschwert wurde.

Seit Mitte 1943 wurde die Wohnraumlentung ergänzt durch den Ausbau von Dachgeschossen. 176 von ihnen meldete die Stadt zunächst als ausbaufähig, für 51 von ihnen erteilte der Gauwohnungskommissar eine Ausnahmegenehmigung vom Neubauverbot⁶⁹⁵. Im November 1943 begannen in den ersten Wohnhäusern die Bauarbeiten, für die es, wie überall, an Arbeitskräften und Material mangelte⁶⁹⁶. Unter größten Schwierigkeiten organisierte man den Nachschub, doch wurden die Hilfskräfte nach der Bombardierung vom 25.2.1944 für die Aufräumungsarbeiten abgezogen, so daß die Dachgeschoßausbauten erst im Mai wieder fortgeführt werden konnten⁶⁹⁷. Geplant waren zu diesem Zeitpunkt 64 Dachwohnungen⁶⁹⁸, doch selbst von dieser geringen Zahl konnte nur der kleinste Teil tatsächlich begonnen werden - einmal ging der Ernteeinsatz der Hilfskräfte vor, dann mangelte es wieder an Baustoffen und Transportfahrzeugen. Ende 1944 waren erst 25 Dachwohnungen bezogen, davon fünf in städtischen Gebäuden⁶⁹⁹. Soweit ersichtlich, konnte die Aktion auch in den folgenden Monaten nur noch in ganz geringem Umfang fortgesetzt werden, da die vielen Bombardierungen ab Oktober 1944 den Einsatz sämtlicher Arbeitskräfte für die Sofortmaßnahmen erforderten⁷⁰⁰.

Dieselbe Entwicklung kennzeichnete den Behelfsheimbau. Mit diesem hatte Schottenheim Baurat Eichhorn betraut, der bei Kriegsbeginn zu Entwurfsarbeiten für den Osthafen und die Autobahntrassierung eingestellt, 1942 dann mit der Verkehrsplanung beauftragt worden war⁷⁰¹. Seit Ende 1943 arbeitete Eichhorn nur noch an den Tagesgeschäften des Tiefbauamts, "nachdem die Planung von Straßen und Wegen für die Dauer des Krieges zu unterbleiben" hatte⁷⁰², und nun mußte er also den Barackenbau organisieren. Soeben hatte Hitler das "Deutsche Wohnungshilfswerk" eingerichtet, das Reichswohnungskommissar Ley unterstand und auf Reichskosten Barackensiedlungen für Luftkriegsgeschädigte schaffen sollte⁷⁰³; mit 1700 RM prämierte das Reich jede fertiggestellte Wohneinheit⁷⁰⁴. In Regensburg liefen nun mehrere Einzelmaßnahmen an, die wichtigste davon südlich des Göringheims⁷⁰⁵: Herrmann erwarb 4,5 ha Gelände von der "Bayerischen Heimstätte", genug, um 150 Behelfsheime unterzubringen⁷⁰⁶, und seit Anfang 1944⁷⁰⁷ bereitete man das Baugelände vor. Zudem entstand

⁶⁹⁵ Vermerk H. 29.9.1943 und Verf. Sch. 2.10.1943, DS 746.

⁶⁹⁶ Mb Bauamt 1.11.1943, DS 746, vgl. auch Sch. an PolDir 8.11.1943 (NIS 27) mit der Bitte, SHD-Kräfte abzustellen. Mehr als 3 Mann konnte sie wegen des gleichzeitigen Baus von Löschwasseranlagen nicht entbehren. Baugenehmigungen für Dachwhg. in Rh-Prot. 23.2. und 9.6.1944.

⁶⁹⁷ Vgl. laufende Mb bzw. Wb Bauamt ab Anfang 1944, DS 746 bzw. 731, vgl. auch Rh-Prot. 23.2.1944.

⁶⁹⁸ Davon 14 in städt. Gebäuden, vgl. Mb Bauamt 25.5.1944, DS 731.

⁶⁹⁹ Mb Bauamt Dez. 1944, DS 544. Nur in Gebäuden an Furtmayr- und Hermann-Geib-Straße wurden noch städt. Dachwhg. fertig.

⁷⁰⁰ Vgl. letzten Mb Bauamt (März 1945), DS 544.

⁷⁰¹ Rudolf Eichhorn war im preuß. Kommunaldienst tätig gewesen und am 1.9.1939 zur Stadt gekommen. Sch. hätte ihn auch für den Verwaltungseinsatz in den Ostgebieten freigestellt; vgl. Meldung Sch. 12.9.1939, ZR 3715. Eichhorns Typoskript "Memoiren eines Achtzigers" (1959) in DS 524.

⁷⁰² Verf. Sch. 9.11.1943, DS 132.

⁷⁰³ Erlaß 9.9.1943, RGBI I S.535. Abdrucke von Ausführungserlassen Leys in DS 754, vgl. auch Recker S.131 ff.

⁷⁰⁴ Gb Stadtbau 1944, ZR 17064.

⁷⁰⁵ Lagepläne in DS 752 und 754, ebd. Musterbauplan einer Behelfsbaracke und Bericht Schipper 24.11.1943: erste umfassende Bespr. aller Beteiligten.

⁷⁰⁶ Kaufvorvertrag 7.2.1944, ZRa 14118 und ZR 15112; ebd. Kaufvertrag 19.9.1944 (erst 1949 grundbuchamtlich vollzogen). Vgl. auch Rh-Prot. 23.2.1944.

im Stadtpark eine Musterbaracke; hauptsächlich das Flugzeugwerk und der Bayerische Lloyd, aber auch Privatleute interessierten sich lebhaft dafür. Die Baumaterialien bezog man aus den Trümmern des bombardierten Messerschmittwerks, den Transport übernahmen SA bzw. NSKK, später vor allem die städtische Müllabfuhr mit ihren Pferdefuhrwerken und die Straßenbahn⁷⁰⁸.

Im Frühjahr 1944, sobald das Wetter es zuließ, begannen unter Eichhorns Leitung im Stadtsüden die Bauarbeiten an den Baracken, für die die Stadt, die Reichsbahn und der Bayerische Lloyd gemeinsam 14 Mann abstellten⁷⁰⁹. Gleichzeitig bereitete man die Aufstellung der Baracken vor, die das Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion dem Flugzeugwerk zugewiesen hatte und die an der Kriemhildstraße in Kumpfmühl ihren Platz finden sollten⁷¹⁰. Im Mai 1944 konnte man am Ziegetsberg das Richtfest für das erste Behelfsheim feiern, kurz darauf begannen die Fundamentarbeiten an der Kriemhildstraße, dann die gemeinsame Vorbereitung eines weiteren Baugeländes im Stadtnorden mit dem Kalkwerk Büechl, im Bereich nördlich des Brandlbergs. Zum Herbstbeginn 1944 schließlich nahmen der Bayerische Lloyd, die OWAG und Privatleute den Bau von 16 Behelfsheimen an der Iselrinne auf⁷¹¹.

Schon seit dem Frühjahr 1944 mußten wegen des immer mehr verschärften Mangels an Arbeitskräften alle städtischen Bediensteten einen Tag pro Woche auf den verschiedenen Baustellen mithelfen. Sogar Regierungspräsident Bommel, Schottenheim, die Beigeordneten und Ratsherren traten an, damit sie "gemeinsam den anderen etwas vormauern, vorzimmern und vorgraben" konnten⁷¹². In den Sommerferien hatten auch die Regensburger Schüler mitzuarbeiten, daneben setzte die Organisation Todt für den Bau der vom Reich gelieferten Baracken russische Gefangene ein, und selbst den Einsatz von Frauen im Straßenbau schlug Baurat Eichhorn vor. Die Arbeitsdisziplin der städtischen Bediensteten ließ allerdings deutlich zu wünschen übrig⁷¹³.

Die häufigen Bombardierungen ab Oktober 1944 erzwangen den Einsatz fast aller Kapazitäten zur Schadensbehebung, und zudem wurden auch noch mehrere der ohnehin nur langsam wachsenden Barackensiedlungen von Bomben getroffen, so diejenige an der Iselrinne am 20.12.1944⁷¹⁴ und Kumpfmühl am 28.12.1944⁷¹⁵. Trotz aller Anstrengungen und dem Zusammenwirken von Parteidienststellen und Behörden konnten daher bis Anfang 1945 nur gut 30 Behelfsheime fertiggestellt werden.

Am Brandlberg hatte man, wie ersichtlich, die Bauarbeiten noch immer nicht aufgenommen. Dies gelang erst Anfang März 1945, kurz bevor durch den Angriff vom 13.3.1945 die städtische Infrastruktur weitestgehend zusammenbrach. Dennoch wurde der Barackenbau sogar jetzt noch im Rahmen des Möglichen fortgesetzt⁷¹⁶; die letzte verfügbare Meldung nannte 38 fertiggestellte und 271 in Bau befindliche Heime⁷¹⁷.

⁷⁰⁷ Vgl. zum Baufortschritt wöchentl. Notizen H., DS 754, teils auch in DS 757.

⁷⁰⁸ Vgl. z.B. Mb Sept. 1944, DS 544.

⁷⁰⁹ Wb 27.3.1944, DS 754.

⁷¹⁰ Vgl. Notizen in DS 751 und Wb in DS 752.

⁷¹¹ Wb. 29.9.1944, DS 754.

⁷¹² Rh-Prot. 9.6.1944.

⁷¹³ Sch. drohte mit Sonntageinsätzen (Verf. 19.6.1944, ZR 3726 und 9042).

⁷¹⁴ Bericht Eichhorn 23.12.1944, DS 544.

⁷¹⁵ Wb 5.1.1945, DS 752.

⁷¹⁶ Vgl. Wb in DS 751 und 754 (letzter Wb: 13.4.1945) sowie Berichte Eichhorn, DS 544.

⁷¹⁷ Mb März 1945, DS 544.

BEHELFSHEIMBAU UND -PLANUNG ⁷¹⁸	bis 15.1.1945	
	genehmigt	bezugsfertig
Behelfsheimsiedlung Ziegetsberg		
Stadt Regensburg	32	8
Reichsbahn	35	12
Bayerischer Lloyd	16	3
Privat	12	3
Behelfsheimsiedlung Brandlberg		
Stadt Regensburg	27	--
Behelfsheimsiedlung Iselrinne		
Bayerischer Lloyd	6	--
OBAG	6	--
Privat	4	--
Behelfsheimsiedlung Kumpfmühl		
Messerschmitt	50	--
Einzelsiedlungen	19	5
Summen:	207	31

c. Maßnahmen zur Wohnraumlenkung⁷¹⁹

Bei Kriegsbeginn war der Mieterschutz weiter verschärft worden, um den Frontsoldaten die Angst zu nehmen, ein Vermieter könne ihre Abwesenheit zu einer Kündigung mißbrauchen⁷²⁰. In Regensburg übernahm im März 1940 der neue städtische Syndikus Pellkofer die Wohnungsmeldestelle und hatte somit nicht nur die Meldungen über die Vermietungen zum Zweck der Preisüberwachung entgegenzunehmen, sondern auch die Mieterauswahl zugunsten kinderreicher Familien zu lenken⁷²¹. Die Meldepflicht für Vermietungen und die Richtlinien zur Mieterauswahl verschärfte Schottenheim ebenfalls, eine generelle Höchstpreisregelung für die örtlichen Mieten, wie sie etwa das Flugzeugwerk gefordert hatte, lehnte er allerdings ab, da dann eine noch schlimmere Verknappung des Wohnraums zu befürchten sei und man den Vollzug solcher Vorschriften aus Personalnot ohnehin nicht kontrollieren könne⁷²². Bei dieser Stellungnahme blieb er trotz vielfacher Forderungen, endlich eine allgemeinverbindliche Mietpreisregelung zu treffen, auch in den folgenden Jahren⁷²³. Ausdrücklich behielt sich die Stadt dagegen vor, den Hausbesitzern noch detailliertere Auflagen über den Personenkreis

⁷¹⁸ Tabelle Eichhorn 20.1.1945, DS 754. Zur Vergabe der Behelfsheime auch wöchentl. Notizen Sch., DS 734.

⁷¹⁹ Vgl. allg. Recker S.131 ff.

⁷²⁰ 3.AusfVO zur VO über Kündigungsschutz, RGBI I S.1670, vgl. Pressekommentare in DS 796. Weitere Ausdehnung des Mieterschutzes durch 4. und 5. AusfVO 26.9.1939 (RGBI I S.1944) bzw. 14.8.1940 (RGBI I S.1104) und Änderung bzw. Neufassung Reichsmietengesetz 15.1.1941 (RGBI I S.37) bzw. 15.12.1942 (RGBI I S.712).

⁷²¹ Reinemer an DGT 6.6.1942, ZRa 13881.

⁷²² Eingaben Flugzeugwerk und Standortkommandantur wegen überhöhter Mieten in PÜW 8. Keinen Handlungsbedarf ergab eine Untersuchung der städt. Preisüberwachung über BFW-Angestellte in Untermiete.

⁷²³ Materialien und Entwürfe für eine ortspol. Vorschrift zum Mietpreis ebd.

zu machen, an den sie vermieten durften⁷²⁴. Auf Beschlagnahmungen verzichtete sie allerdings zunächst, doch kam man später auch um dieses Mittel nicht mehr herum, um für ausgebombte Familien aus Norddeutschland, ab 1944 auch für Ortsansässige Wohnraum zu beschaffen.

Im Frühjahr 1943 richtete Schottenheim auf der Grundlage einer neuen Reichsverordnung zur Wohnraumlenkung⁷²⁵ wieder ein städtisches Wohnungsamt ein. Es hatte eine Bestandsaufnahme des gesamten vorhandenen einschließlich des zweckentfremdeten Wohnraums durchzuführen, den "bevorrechtigten" und "begünstigten" Volkskreisen Wohnungen zuzuteilen und die Gewinnung von Wohnraum durch Teilung, Um- und Ausbauten zu forcieren⁷²⁶. Im Herbst 1943 wurde innerhalb des Wohnungsamts eine eigene Wohnungstauschstelle geschaffen, die Tauschwünsche sammelte und monatlich veröffentlichte⁷²⁷. Wenn sich ein Vermieter ohne hinreichenden Grund weigerte, einem Tausch zuzustimmen, konnte diese Dienststelle ihn erzwingen⁷²⁸. Trotz der Personalnot bei der Stadtverwaltung mußte dem Wohnungsamt schließlich Anfang 1944 ein Quartieramt angeschlossen werden, das die Luftkriegsbetroffenen, also durch Bombardierung obdachlos Gewordene, daneben Rückwanderer, Umsiedler und Evakuierte zu betreuen und für einen etwaigen "Großschadensfall" in Regensburg Notunterkünfte zu erfassen hatte. Die städtische Wehrmachtstelle, die bislang für Beschlagnahmungen nach dem Reichsleistungsgesetz verantwortlich gewesen war, blieb zuständig für die Ausstattung der "Auffangsammlstellen" der einzelnen NSDAP-Ortsgruppen für obdachlos gewordene Regensburger, und das Quartieramt hatte Unterkünfte für Wehrmachtsangehörige, Rüstungsarbeiter, Kriegsgefangene, ausländische Zivilarbeiter und solche Arbeitskräfte nachzuweisen, die bei den Sofortmaßnahmen nach Luftangriffen in Regensburg eingesetzt wurden⁷²⁹.

d. Evakuierung und Umquartierung⁷³⁰

Sonderaktionen wie die erwähnte Umquartierung Bombengeschädigter aus Norddeutschland verschärften die Lage am Regensburger Wohnungsmarkt weiter. Die ersten ausgebombten Hamburger trafen im August 1943 in Regensburg ein⁷³¹, wenige Tage nach dem großen Bombenangriff auf das Messerschmitt-Werk. Sie wurden für einige Monate im Kloster St.Klara und der Klarenangerschule untergebracht, dann kehrten sie teils nach Hamburg zurück, teils wies man ihnen neue Quartiere im Landkreis Griesbach zu. Die Erfahrungen mit diesen ersten Umquartierungen waren nicht sonderlich positiv, es kam, angeblich infolge der Mentalitätsunterschiede, zu Reibereien zwischen den Norddeutschen und ihren Gastfamilien,

⁷²⁴ Anordnung Sch., Wbl 3.5.1941, Grundlage die VO zur Erleichterung der Wohnraumbeschaffung für kinderreiche Familien 20.4.1939 (RGBI I S.815) samt DurchfVO 15.6.1939 (RGBI I S.1034).

⁷²⁵ 27.2.1943, RGBI I S.127. Das GesA legte 1944 521 Gutachten über die bisherige Unterbringung von Gesuchstellern vor, vgl. Mb Jan. 1945, GES 502.

⁷²⁶ Verf. Sch. 3.5.1943, PAM 540, vgl. Rh-Prot. 29.4.1943. Listen ab Mai 1943 erfaßter Whg. in WOH 24, neu vergebener Whg. in WOH 25.

⁷²⁷ Übersicht Tauschgesuche Juni-Okt. 1944 in DS 734. Belegexemplar "Wohnungstausch-Anzeiger" in NIS 12.

⁷²⁸ Bek. Wbl 25.9.1943.

⁷²⁹ Verf. Sch. 31.1.1944, ZR 9042 und PAM 540. Grundlage für Dauereinquartierungen durch das Quartieramt die VO zur Wohnraumversorgung der luftkriegsbetroffenen Bevölkerung 21.6.1943, RGBI I S.355, sowie allg. das RLG, zu dessen Anwendung das Amt ermächtigt war.

⁷³⁰ Rechtsgrundlagen zur Kostenverteilung in DS 758.

⁷³¹ 25. und 27.8.1943 erste Belege der Wehrmachtstelle (WSt 2). Vgl. auch Feststellungsbehörde im Aufnahmegau Bayreuth/Zweigstelle Rgbg. an Stadt 6.9.1943, wonach sie am 31.8. im Justizpalast den Betrieb aufgenommen hatte, ZR 18113. Rundschreiben Reg. 23.6.1943 (DS 544) mit undatiertem Vermerk: aus dem Entsendegau Hamburg 215, aus sonstigen Gebieten 216.

vor allem aber bereitete die Versorgung der Ausgebombten durch das städtische Wirtschaftsamt erhebliche Schwierigkeiten. Denn zwar konnte man Bezugsscheine für Bedarfsgegenstände oder Textilien ausstellen, doch war der Handel im Herbst 1943 kaum noch in der Lage, die entsprechenden Waren auch zu beschaffen⁷³². Trotz dieser Probleme wurden 1944 weitere auswärtige Umsiedler und Evakuierte nach Regensburg verlegt, wofür unter anderem die Stadtverwaltung einen Teil des Säuglingsheims an der General-von-Epp-Straße (heute Dr.-Johann-Maier-Straße) bereitstellte; dessen Betrieb war teilweise nach Haus Werdenfels bei Undorf/Eichhofen in der Umgebung von Regensburg ausgelagert worden⁷³³. In der Stadt selbst sollen sich im Februar 1945 knapp 2000 Evakuierte aufgehalten haben⁷³⁴.

Genau ein Jahr vorher, nach dem zweiten großen Bombenangriff auf die Stadt, hatte auch die Evakuierung Regensburger Mütter mit ihren Kindern begonnen, bezeichnet als Maßnahme zur "Auflockerung der Bevölkerung" in dichtbewohnten Altstadtquartieren. Zunächst war die Verschickung von rund 780 Personen in Landgemeinden der näheren und weiteren Umgebung geplant, die von der NSV betreut und weiterhin vom städtischen Ernährungs- und Wirtschaftsamt versorgt werden sollten⁷³⁵. Anfang März 1944 waren bereits 190 Familien mit 578 Personen verschickt worden, in den folgenden Monaten steigerte sich diese Zahl kontinuierlich, nicht zuletzt infolge der Werbung für diese Maßnahme, die auf Freiwilligkeit basierte⁷³⁶. Ende Oktober 1944 hatten 499 Familien mit 1459 Personen die Stadt verlassen⁷³⁷, in den nächsten Wochen sollen nochmals 238 Familien mit 649 Personen nachgefolgt sein⁷³⁸; doch konnte all dies nur in geringem Umfang tatsächlich zur Auflockerung der überfüllten Stadt beitragen, da ja zugleich annähernd ebensoviele auswärtige Umquartierte nach Regensburg drängten und noch erheblich mehr Bewohner der Stadt selbst durch die Bombardierungen obdachlos geworden waren.

Anfang 1945 meldete Rechtsrat Zwick dem Landeswirtschaftsamt 1437 Auswärtige, die in 459 Regensburger Haushalten untergebracht seien, Anfang März 1945 waren es angeblich 1985 Personen in 611 Haushalten⁷³⁹, doch finden sich auch stark abweichende Zahlenangaben⁷⁴⁰. Zwar unterlag zu dieser Zeit sämtlicher verfügbarer Raum zur Unterbringung von Flüchtlingen, Umquartierten und Evakuierten, Bombengeschädigten und Verwundeten, Ostlegionären und Angehörigen der verschiedensten Wehrmachtsorganisationen, Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern der schärfsten Kontrolle⁷⁴¹, doch war eine systematische Erfassung der verschiedenen Bevölkerungsbewegungen im Frühjahr 1945 wohl nicht mehr möglich; nicht einmal die Meldungen des städtischen Wohnungs- und Quartieramts - ab Oktober 1944 erfolgten sie täglich - ergeben ein klares Bild, denn sie unterschieden nicht zwischen den verschiedenen Personenkreisen, denen Unterkünfte zugewiesen worden waren⁷⁴². Daß allerdings bei Kriegsende, nach all den Verwüstungen und wahren Völkerwanderungen riesigen Ausmaßes, eine aus heutiger Sicht kaum vorstellbare Wohnungsnot herrschte, ist unbestreitbar: Noch Ende 1946 waren in Regensburg neben 1400 total zerstörten weitere 940

⁷³² Bericht Sch. 16.9.1943, ZR 18116. Die Stadt leistete daneben "Räumungsfamilienunterhalt" (einmalige Bekleidungs- und laufende Beihilfen zum Lebensunterhalt).

⁷³³ Mb GesA August 1944, GES 502.

⁷³⁴ Distler S.13.

⁷³⁵ Bericht Wehrmachtstelle 18.2.1944, DS 735.

⁷³⁶ Vgl. NS-Kreisstabsamt an Ortsgruppen 16.3.1944, Abschrift in NIB Akt "Chemie".

⁷³⁷ Vgl. HMB Wohnungs- und Quartieramt, DS 735 und 757.

⁷³⁸ Undatierte Notiz, DS 749.

⁷³⁹ Meldungen 4.1. bzw. 3.3.1945, EWA 501.

⁷⁴⁰ Vgl. Listen in DS 735 und Übersicht bei Distler S.13.

⁷⁴¹ Vgl. entsprechende Anweisungen in DS 746.

⁷⁴² Tagesberichte der Wehrmachtstelle, die auf diesen Meldungen beruhten, in DS 743; letzter Bericht 17.4.1945, DS 745.

schwer beschädigte Wohnungen nicht zu benutzen, von den verbleibenden 25500 Wohneinheiten hatten US-Militärregierung und UNRRA 2200 beschlagnahmt, die Belegungsdichte schwankte zwischen 2,7 und 3,1 Personen pro Raum - auch in der vergleichsweise noch wenig zerstörten Stadt herrschte eine unglaubliche Wohnungsnot⁷⁴³.

D. Innerstädtischer Verkehr und Fernverkehr

Mit wachsender Einwohnerzahl bereitete die mittelalterliche Bausubstanz Regensburgs schon im 19. Jahrhundert dem zunehmenden Individual-, aber auch dem öffentlichen Personennahverkehr erhebliche Schwierigkeiten. Die Steinerne Brücke aus dem 12. Jahrhundert ließ sich den Bedürfnissen des modernen Verkehrs nicht anpassen und wurde für Tausende von Regensburgern, vor allem für die Bewohner der nördlich der Donau gelegenen Stadtteile, zum täglichen Ärgernis. Dasselbe galt für eine Reihe von Straßenzügen in der Altstadt, die ebenfalls nicht nur dem innerstädtischen Verkehr einschließlich der Straßenbahn, sondern als Teil mehrerer Reichsstraßen, die das Stadtgebiet durchquerten, auch dem Fernverkehr dienten und teilweise hoffnungslos überlastet waren. Probleme der Verkehrsführung stellten somit eine der wichtigsten Aufgaben der Stadtplanung dar. Mit zahlreichen, häufig als Notbehelf gedachten Einzelmaßnahmen versuchte man daher im Verlauf der dreißiger Jahre, das steigende Verkehrsaufkommen halbwegs in den Griff zu bekommen.

1. Fernverkehr

a. Autobahnbau⁷⁴⁴

Im Juni 1933 erließ die Regierung Hitler das Gesetz zur Errichtung des Unternehmens "Reichsautobahnen"⁷⁴⁵ und berief Fritz Todt zum Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen. Dessen Konzept griff bedeutend weiter aus als alle früheren Pläne: Mit einem Gesamtaufwand von 1,25 Milliarden RM sollten im ganzen Reichsgebiet rund 5000 km Autobahnen entstehen, gebaut vor allem durch Wohlfahrtsempfänger. Teil dieses Konzepts war auch die Linienführung von Köln über Frankfurt, Nürnberg und Regensburg nach Passau, die sogenannte "Nibelungenstraße". Man rechnete anfangs mit einem Aufwand von rund 120 Millionen RM für die 400 km von Frankfurt bis zur österreichischen Grenze⁷⁴⁶. Die an dieser Trasse gelegenen größeren Städte wurden in den Planungsprozeß eingeschaltet, und für Regensburg nahm Oberstadtbaudirektor Schipper im August 1933 in Frankfurt an der Gründungsversammlung der "GEZUVOR", der "Gesellschaft zur Vorbereitung der Reichsautobahnen" teil⁷⁴⁷. Die beteiligten Städte schlossen sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusam-

⁷⁴³ Statistik Wohnungsamt 20.11.1946, Wohnungsamt 73 (Stadtarchiv). Nähere Aufschlüsse sind von Hilmers Untersuchung zu erwarten.

⁷⁴⁴ Vgl. allg. R.Stommer: Reichsautobahn, Marburg 1982; Petsch S.142 ff.; Überblick bei J.Salzwedel: Das Verkehrswesen und seine Verwaltung, DVG IV S.911-923, hier S.918 f. Vgl. für Rgbg. Ruhl (1989) S.73.

⁷⁴⁵ 27.6.1933, RGBI II S.509.

⁷⁴⁶ BOw 15.9.1933.

⁷⁴⁷ Vertretungsvollmacht für Schipper in ZRa 12206, sein Bericht 18.8.1933 in DS 515.

men⁷⁴⁸, und mit seinen Kollegen aus Nürnberg und Passau einigte sich Schipper darauf, daß Regensburg - je nach Streckenführung - für den Autobahnabschnitt von Kelheim / Hemau / Dietfurt im Westen bis Plattling / Isar im Osten zuständig sein sollte. Sofort wollte die Stadt nun die Planungsunterlagen beschaffen und erklärte sich auch bereit, aus ihren Mitteln ein kommunales Baubüro zu betreiben⁷⁴⁹, doch verflieg die erste Euphorie schon nach wenigen Wochen. Nicht trassenweise, sondern regional wurde nämlich letztlich geplant. Für Bayern übernahm diese Aufgabe eine eigene Sektion der "Gezuvor" in München, die anderen Autobahnprojekten im Land Vorrang einräumte, vor allem den Verbindungen München-Berlin und München-Salzburg. Erst dann war die Linie Aschaffenburg-Nürnberg vorgesehen, deren Verlängerung bis Passau erst in ungewisser Zukunft erfolgen könne⁷⁵⁰.

Während Hitler schon im September 1933 den ersten Spatenstich für die Autobahn Frankfurt-Heidelberg vollzog, kritisierte man in der Bayerischen Ostmark zunächst deren stiefmütterliche Behandlung⁷⁵¹. Dennoch trat die Stadt Regensburg der "Gezuvor" förmlich bei, und schließlich konnte man befriedigt zur Kenntnis nehmen, daß Todt die Strecke Bayreuth-Regensburg in das Reichsautobahnprogramm aufgenommen hatte⁷⁵². Im Sommer 1935 wurde die Teilstrecke Nürnberg-Regensburg zur Planung freigegeben⁷⁵³, während im Herbst 1936 schon die Eröffnung des tausendsten, Ende 1937 die des zweitausendsten Autobahn-Kilometers erfolgte. Zu dieser Zeit waren von den rechtsrheinischen bayerischen Strecken die von Hof bis zur Landesgrenze Richtung Berlin und die von München nach Traunstein bereits fertig, die Linien München-Nürnberg-Hof und München-Augsburg-Ulm befanden sich im Bau. Projektiert waren die Trassen München-Lindau mit der Stichverbindung nach Garmisch, Nürnberg-Ansbach mit Fortsetzung Richtung Heilbronn und Bamberg-Hof.

Anfang 1937 liefen die konkreten Vorarbeiten für die beiden aus Regensburger Sicht bedeutsamen Strecken Nürnberg-Passau und Regensburg-Wolnzach an, der Verbindungslinie zur Landeshauptstadt, die später bis Augsburg weitergeführt werden sollte. Hierfür richtete die Oberste Bauleitung der Reichsautobahn-Gesellschaft⁷⁵⁴ im ehemaligen Regensburger Büro des SS-Sicherheitsdienstes ein örtliches Baubüro ein⁷⁵⁵, und Baurat Schipper vermutete "wehrtechnische Gründe" als Ursache dafür, daß nun doch so schnell mit dem Autobahnbau begonnen werde⁷⁵⁶. Militärische Gesichtspunkte spielten auch bei der Trassenplanung eine zentrale Rolle: Lange Zeit war auf Betreiben der Wehrmacht, die eine große Donaubrücke westlich von Regensburg und damit ein potentielles Ziel für Luftangriffe vermeiden wollte, die Führung der West-Ost-Linie nördlich von Regensburg geplant, entweder in einem Abstand von etwa 15 km parallel zur Donau oder direkt nördlich der Walhalla. Bei Brennbogen oder gar erst Deggendorf wären diese Alternativrouten mit der aus Wolnzach kommenden Münchener Autobahn zusammengetroffen⁷⁵⁷. Im Herbst 1937 kam dann wieder das später verwirklichte Projekt eines Donauübergangs westlich von Regensburg und der Linienführung südlich der Stadt ins Spiel, allerdings verzögerten sich die Vorarbeiten, etwa die Bodenuntersuchungen für die nunmehr erforderliche Donaubrücke, da es in der Stadt keine Arbeitslosen mehr gab⁷⁵⁸.

⁷⁴⁸ Beitritt der Stadt und Personalvermehrung im Bauamt lt. HA-Prot. 23.8.1933.

⁷⁴⁹ Prot. Bespr. 6.9.1933 in DS 515 und ZRa 12206, vgl. HA-Prot. 13.9.1933.

⁷⁵⁰ Prot. Sitzung der "Gruppenverwaltung Bayern" 20.9.1933, ZRa 12206.

⁷⁵¹ Beschwerde IHK Rgbg. beim MWi 23.9.1933, Abschrift in ZRa 12206.

⁷⁵² IHK an Stadt 17.11.1933, ZRa 12206.

⁷⁵³ Notiz Sch. 17.7.1935, DS 846.

⁷⁵⁴ Geschäftsordnung 29.9.1934, ZR 16065, Satzung 1.6.1938 in RGBI II S.207.

⁷⁵⁵ Grefflinger/Ecke Weißenburgstr., erwähnt in Liste Bautätigkeit 1937, DS 666.

⁷⁵⁶ Bericht Schipper 27.1.1937, DS 557, und Mb Bauamt Feb. 1937, DS 545.

⁷⁵⁷ Vgl. Mb Bauamt ab Feb. 1937, DS 545, 557 und 562.

⁷⁵⁸ Ebd.

Immerhin begannen Ende 1937 die Arbeiten an der Stichstrecke Wolnzach-Regensburg⁷⁵⁹, und Todt teilte mit, daß die Stadt bis 1940 an das Reichsautobahnnetz angeschlossen sein werde⁷⁶⁰. Im März 1938, zu einer Zeit, als an der Strecke Wolnzach-Regensburg bereits intensiv gearbeitet wurde, fiel die Entscheidung für die Linienführung, wie sie heute besteht: Von Nürnberg kommend, sollte die Autobahn an Nittendorf und Sinzing vorbeiführen, mit einer gewaltigen Brücke das Donautal überwinden und sich dann südlich der Stadt nach Osten ziehen. Allerdings war damals im Bereich Ziegetsdorf/Graß ein Kleeblatt geplant, wo die Wolnzacher Autobahn und als wichtigste Zufahrt zur Stadt Regensburg die Galgenbergstraße einmünden sollten. Bei Burgweinting schließlich war schon damals die Anbindung der Landshuter Straße an die Passauer Autobahn vorgesehen⁷⁶¹, und die Reichsbahn setzte noch Veränderungen an der geplanten Trassierung im Stadttosen durch, die ihr eigenes Projekt für einen neuen Rangierbahnhof gefährdete⁷⁶². An mehreren Stellen westlich und südlich der Stadt sowie an einer Reihe weiterer Streckenabschnitte begannen nun die Erdarbeiten: Im September 1938 erfolgte bei Burgweinting der Baubeginn für die Linie Regensburg-Passau, bei Saalhaupt für die nach Wolnzach⁷⁶³, im Oktober für die Sinzinger Donaubrücke. Ende 1938 sollen bereits 3000 Arbeiter beim Autobahnbau südlich der Stadt beschäftigt gewesen sein, ein Großteil davon neue sudetendeutsche Reichsbürger⁷⁶⁴, die zwei Barackenlager bei Sinzing und Oberisling bezogen⁷⁶⁵. Zur gleichen Zeit kam, verursacht durch die außenpolitischen Veränderungen, auch der Gedanke an eine weitere Autobahnverbindung Regensburg-Karlsbad-Dresden auf⁷⁶⁶.

Als Grundbesitzer war auch die Stadt, die einige Grundstücke abgeben mußte, vom Autobahnbau betroffen⁷⁶⁷. Bedeutsamer war aus ihrer Sicht allerdings der Ausbau der Galgenbergstraße als Autobahnzubringer. Ihn projektierte man ebenfalls bis zum Jahresende 1938⁷⁶⁸. Zentrales Interesse bestand daneben an der Anbindung des geplanten Osthafens an die Autobahn, wobei sich diese Frage mit der Betriebsansiedlung des Henkelkonzerns und der erforderlichen Verlegung der Reichsstraße 8 in diesem Bereich überschneidet.

Soweit die Witterung es zuließ, wurde den ganzen Winter 1938/39 hindurch an der Fundierung der Sinzinger Brücke, kleineren Straßenbrücken und Erdbewegungen rund um die Stadt gearbeitet, während man gleichzeitig die Planung für einen Autobahnanschluß bei Dechbetten vorantrieb und überregional die Vorarbeiten für die Karlsbader Autobahn weitergingen. Eine direkte Verbindung Regensburg-Vohenstrauß-Karlsbad erwies sich allerdings als technisch kaum durchführbar, so daß eine Alternativtrasse von Straubing über die Further Senke zunehmend wahrscheinlicher wurde⁷⁶⁹. Im Frühjahr 1939 begann der Bau der Pfeiler für die Sinzinger Brücke, jedoch behinderte der Mangel an Arbeitskräften den Baufortschritt an allen

⁷⁵⁹ Mb Bauamt 31.12.1937, DS 545 und 557.

⁷⁶⁰ 17.1.1938, DS 557.

⁷⁶¹ Mb Bauamt 31.3. und 30.4.1938, DS 557, vgl. BA 17.2.1939. Undatierter Übersichtsplan über beide Autobahnen in DS 836.

⁷⁶² Vgl. Mb Bauamt und Vermerk 30.6.1938, DS 557. Vgl. auch Todts Schreiben 12.7.1938, ZR 17689.

⁷⁶³ RPB 8.9.1938.

⁷⁶⁴ Rh. Kugler, Rede zum Jahresabschluß, Rh-Prot. 23.12.1938, vgl. auch Mb Bauamt ab Okt. 1938, DS 557.

⁷⁶⁵ Mb Bauamt 31.12.1938, DS 557 und 667, und RPB 8.12.1938, vgl. BOM 14.12.1938. Die Stadt übernahm die Patenschaft für ein Wohnlager an der Autobahn Breslau-Wien, vgl. Schriftenreihe "Straße" Heft 21 (Amtsblatt des GdS), ZRa 12206.

⁷⁶⁶ Mb Bauamt 30.11. und 31.12.1938, DS 557 und 667.

⁷⁶⁷ Vgl. Liste Grundstücksgeschäfte ab 1940, DS 798, sowie Rh-Prot. 10.5., 8.8., 23.9.1940 und 5.12.1941, vgl. auch Einladung an alle Grundbesitzer zur Kaufverhandlung 14.8.1940, DS 546. Beschaffung von Tauschgrund durch die Stadt (1941/42) in ZR 16065. Anbauflächen im Bereich der Autobahn in DS 558.

⁷⁶⁸ Kosten rd. 500000 RM, davon 20 % Stadt, vgl. Notiz Sch. 8.11.1938, DS 836 (mit Plan) und Mb Bauamt 31.12.1938, DS 557 und 667.

⁷⁶⁹ Mb Bauamt 28.2.1939, DS 557 und 667.

Baustellen im Stadtsüden. Die verbliebenen Arbeiter scheinen sehr selbstbewußt aufgetreten zu sein; elf von ihnen wurden Anfang März 1939 festgenommen, womit einer "drohenden Arbeitsverweigerung (...) vorgebeugt werden" konnte⁷⁷⁰.

Im Juni 1939 kam der Autobahnbau rund um Regensburg fast völlig zum Erliegen⁷⁷¹, bis Kriegsbeginn blieb man schon weit hinter dem Plansoll zurück, "da es sich hier um keine Dringlichkeitsstrecke handelt"⁷⁷². Bald darauf müssen die Bauarbeiten endgültig eingestellt worden sein⁷⁷³. Die Pfeiler der Sinzinger Brücke waren nur noch halb, also für eine zweispurige Straßenführung aufgeführt worden und mußten bei der Fertigstellung der Autobahn in den sechziger Jahren ergänzt werden.

b. Baumaßnahmen der Reichsbahn

In Regensburg bestand eine eigene, für Ostbayern zuständige Reichsbahndirektion, die im Dritten Reich von Dr. Emil Wehrmann geleitet wurde. In der Wirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre stand zwar zeitweise ihre Auflösung zur Debatte, doch verzeichnete der Direktionsbezirk Regensburg dann in den Jahren 1933 bis 1937 nach Halle an der Saale die prozentual höchste Steigerung des Verkehrsaufkommens im ganzen deutschen Reich⁷⁷⁴. So wurden mit dem beginnenden Konjunkturaufschwung, aber auch aus strategischen Gründen große Neuinvestitionen erforderlich, die sich allerdings schon in der überschäumenden Konjunktur und unter den veränderten außenpolitischen Bedingungen der Jahre 1938/39 als nicht ausreichend erwiesen. Die Regensburger Reichsbahndirektion, bis zur Ansiedlung des Flugzeugwerks der größte Arbeitgeber der Stadt, mußte selbstverständlich in überregionalen Zusammenhängen denken, doch wirkten sich ihre Planungen und Baumaßnahmen einschließlich der Wohnraumbeschaffung für das immer stärker vermehrte Bahnpersonal auch auf Stadtentwicklung und Stadtbild aus⁷⁷⁵.

Das erste größere Bauprojekt der Reichsbahn im nationalsozialistischen Regensburg sah die Erweiterung des Direktionsgebäudes am Hauptbahnhof vor. Schon Anfang 1934 notierte Schottenheim entsprechende Pläne⁷⁷⁶, die allerdings - nach einigen provisorischen Umbauten - erst ab 1938 verwirklicht worden sind. In diesem Zusammenhang gestaltete das Reichsbahnbetriebsamt in der zweiten Jahreshälfte 1937 auch den Bahnhofsvorplatz neu⁷⁷⁷.

Größtes öffentliches Interesse bestand auch an der Einrichtung eines Fußgängerstegs entlang der Schwabelweiser Eisenbahnbrücke⁷⁷⁸. Jahrzehntlang waren alle Verhandlungen hierüber zwischen Stadt und Reichsbahn an der Kostenfrage gescheitert⁷⁷⁹, erst 1932 nahm die Stadtverwaltung Umbauten an der Brücke zum Anlaß, endlich auch den Steg zu verwirklichen⁷⁸⁰.

⁷⁷⁰ RPB 11.4.1939, vgl. auch BNS I (1977) S.282.

⁷⁷¹ Vgl. Mb Bauamt 29.6. und 29.7.1939, DS 667; für leichtere Arbeiten stellte man Frauen ein.

⁷⁷² Mb Bauamt 28.8.1939, ebd.

⁷⁷³ Vgl. Bericht Tiefbau 9.12.1941 (BAU 1004), wonach dort keine Kriegsgefangenen abgezogen werden könnten, da die Bauarbeiten eingestellt seien.

⁷⁷⁴ Mb Bauamt 30.10.1937, DS 545, 562 und 839.

⁷⁷⁵ Liste städt. Einnahmen aus Verwaltungskostenzuschüssen von RB und RP in ZR 11332.

⁷⁷⁶ Notizen 16.1. und 12.3.1934, DS 666.

⁷⁷⁷ Vgl. Mb Bauamt Juli-Nov. 1937, DS 545 und 562. Das jahrzehntealte Fußgängersteg-Projekt über die Bahnanlagen im Westteil des Hauptbahnhofs scheiterte; Einzelheiten in ZR 17676, vgl. HA- und Rh-Prot. 20.9.1933 bzw. 26.7.1938.

⁷⁷⁸ Vgl. z.B. schon Volksbote 18.11.1906.

⁷⁷⁹ Einzelheiten in ZR 17670.

⁷⁸⁰ HA-Prot. 16.4.1932.

Vor allem die vielen Arbeiter, die nördlich der Donau wohnten, aber ihre Arbeitsplätze im Hafengebiet hatten, benutzten die Brücke trotz strikter Verbote. Wenn auch noch die Schwabelweiser Fähre, etwa wegen Hochwasser, nicht verkehren konnte, herrschte ein derart starker Fußgänger- und Fahrradverkehr auf den Gleisen, daß die Polizei sich genötigt sah, die Brücke ständig zu bewachen⁷⁸¹. Schottenheim konnte auch hier die Früchte der Arbeit seines Vorgängers ernten⁷⁸²: In den ersten Monaten seiner Amtszeit entstand endlich der von vielen Bürgern herbeigesehnte Fußgängersteig⁷⁸³, finanziert mit Hilfe einer Vereinbarung, wonach die Stadt der Reichsbahn in den folgenden Jahren schrittweise Grundstücke abtrat, die diese ihrerseits für den Ausbau des sogenannten Gleisdreiecks benötigte.

Bei diesem handelte es sich um die wichtigste Gleisbaumaßnahme im nationalsozialistischen Regensburg. Sie ermöglichte den direkten Zugverkehr auf der Bahnlinie München-Hof-Berlin⁷⁸⁴; bis dahin hatten die Züge auf dieser bedeutenden Fernverbindung in den Regensburger Hauptbahnhof einfahren und hier die Fahrtrichtung wechseln müssen. Seit dem Frühjahr 1936 stand dieses Bauprojekt im Raum, das vor allem von der Wehrmacht forciert wurde und auch der Entlastung des Güterbahnhofs vom Nord-Süd-Verkehr diente⁷⁸⁵, ein Jahr später wurde es tatsächlich begonnen⁷⁸⁶. Auch die Stadtverwaltung war von dem Projekt betroffen, denn sie mußte Unter- bzw. Überführungen der Straubinger und der Einhauser Straße planen, da das Gleisdreieck den gesamten Ost-West-Verkehr in diesem Bereich unterband⁷⁸⁷. Während diese Brücken Ende 1937 weitgehend fertiggestellt wurden, legte die Reichsbahn den Damm für die Gleisanlage an, und zum Beginn des Sommerfahrplans im Mai 1938 konnte die neue Verbindungslinie in Betrieb genommen werden; die gesamte Maßnahme hatte rund 3 Millionen RM verschlungen⁷⁸⁸.

Zu diesem Zeitpunkt, insbesondere seit dem "Anschluß" Österreichs, herrschten bereits chaotische Verkehrsverhältnisse im Direktionsbezirk Regensburg. Zwar waren seit 1937 auf der Strecke Nürnberg-Passau bzw. Frankfurt-Wien mehr und schnellere Züge eingesetzt⁷⁸⁹, und für die Doppelgleisigkeit der Strecke Regensburg-Ingolstadt liefen die Vorarbeiten⁷⁹⁰, doch gelangte die Reichsbahn nun an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit⁷⁹¹. Im Zusammenhang mit der Sudetenkrise verschärfte sich die Situation sogar noch: Im Oktober 1938 nahm der Verkehr, bedingt durch die Truppentransporte und geänderten Verkehrsströme, "zeitweise unvorstellbare Formen an" und mußte erheblich eingeschränkt werden. Die Waggongestellung für den Regensburger Hafen und der Massengüter-Transport brachen zeitweise zusammen, die Zuckerfabrik mußte wegen Kohlenmangels vorübergehend stillgelegt werden⁷⁹². Auch in den folgenden Monaten gelang es der Reichsbahn trotz der Wiederaufnahme des

⁷⁸¹ Vgl. z.B. RBD an Stadt 6.2.1925, ZR 17670, RA 10.4.1931 und noch BA 18.-19.12.1937.

⁷⁸² Vgl. Sch. an Reg. 31.3.1933, StA 16424.

⁷⁸³ Vgl. Sr-Prot. 29.5.1933 zur Kreditaufnahme, vgl. allg. ZR 17670 f.

⁷⁸⁴ Vgl. ZR 17903 zur Forderung, die Strecke München-Berlin über Rgbg. hinaus zu elektrifizieren.

⁷⁸⁵ Liste aktuelle Bauprojekte, wohl April 1936, DS 666. Auch Mb Bauamt 6.11.1936, DS 561, nannte einen Baubeginn noch 1936.

⁷⁸⁶ Bis dahin erwarb die RB das benötigte Gelände als Materiallager; Einzelheiten in DS 561. Vgl. allg. ZR 15845 zu Grundgeschäften Stadt-RB für das Gleisdreieck, vgl. auch Rh-Prot. 1.10.1936 und 26.2.1937.

⁷⁸⁷ Notiz Sch. 23.10.1936 über Verhandlungen Schipper-Wehrmacht, DS 838, vgl. auch Bericht 22.10.1936, DS 678. Einzelheiten zur geplanten Einhauser Überführung in ZR 17591, vgl. auch Rh-Prot. 2.6.1938.

⁷⁸⁸ Vgl. Mb Bauamt ab März 1937, DS 545, 561 f. und 839, sowie BA 16.5.1938.

⁷⁸⁹ Mb Bauamt Feb. und 30.4.1937, DS 545 und 562.

⁷⁹⁰ Vgl. Mb 30.10.1937, DS 545, 562 und 839, wonach ein eigenes Dezernat der Direktion Rgbg. den Ausbau plante, der wegen der Überlastung der Strecke Rgbg.-Saal nötig wurde (Güterverkehr zum Kelheimer Zellstoffwerk, Verkehrssteigerung nach Ansiedlung einer Schwefelsäurefabrik in Affecking und aus "militär. Gesichtspunkten").

⁷⁹¹ Mb Juli 1938, DS 839: der Verkehr habe "geradezu katastrophale Formen angenommen".

⁷⁹² Mb Okt. 1938, ebd. Liste Eisenbahnsperren ab 1938 in DS 602.

Verkehrs mit der Tschechoslowakei, der Absage sämtlicher Sonderzüge für Wintersportler und der Einrichtung eines Behelfsbetriebswerk im Regensburger Ostbahnhof⁷⁹³ nicht, den Verkehrsstau abzubauen - Abhilfe sei erst zu erwarten, wenn der fieberhaft betriebene Ausbau der Bahnanlagen in Österreich abgeschlossen und die Zollschranken zu diesem neuen Reichsland und den Sudetengebieten gefallen seien⁷⁹⁴. Doch erst im Frühsommer 1939 herrschten wieder halbwegs normale Verkehrsverhältnisse, bevor dann "Sonderleistungen" der Reichsbahn im August 1939 dazu führten, daß "die Verkehrslage momentan aufs Höchste angespannt" war und sich "großer Wagenmangel (...), insbesondere für die Wirtschaft, unangenehm bemerkbar" machte⁷⁹⁵.

Angesichts dieser Entwicklung kann es nicht überraschen, daß in Regensburg ab 1937 zahlreiche neue Einrichtungen der Reichsbahn entstanden⁷⁹⁶, darunter ein neues Stellwerk, aber auch Sozialräume für die erheblich gewachsene Belegschaft⁷⁹⁷. Im Hafen wurden, wie bereits beschrieben, die bestehenden Gleisanlagen ständig erweitert, im Güterbahnhof eine Abfertigungshalle erheblich vergrößert⁷⁹⁸, der Neubau einer Zollhalle war geplant, wurde nach dem Anschluß Österreichs allerdings verschoben. Weitere geplante Umbauten, etwa die Erweiterung der Stadtrandbahnhöfe Prüfening und Walhallastraße⁷⁹⁹, eine Einsteigstelle für die Wehrmacht und für KdF-Sonderzüge bei Burgweinting⁸⁰⁰, der Neubau eines LKW-Betriebswerks⁸⁰¹ oder auch ein neuer Bahnsteig im Hauptbahnhof konnten bis Kriegsbeginn nur noch teilweise verwirklicht werden. Aus städtischer Sicht kam dabei insbesondere der Erweiterung des Walhallabahnhofs erhebliche Bedeutung zu, denn durch die Hochkonjunktur, die auch die Schwabelweiser Großbetriebe erfaßt hatte, vor allem aber infolge der Inbetriebnahme des Holzverzuckerungswerks ergaben sich hier schon im Frühjahr 1938 erhebliche Schwierigkeiten bei der Waggonzuführung⁸⁰². Sie beeinflussten alle Pläne für weitere Betriebsansiedlungen in diesem Bereich und auch das Eingemeindungsprojekt für Tegernheim.

Schon während der Bauarbeiten für das Gleisdreieck erfuhr die Stadtverwaltung auch vom Plan der Reichsbahn für einen neuen Rangier- und Güterbahnhof bei Burgweinting. Zunächst war die Rede von zwölf, bald nur noch von vier oder fünf neuen Abstellgleisen, die den bestehenden Rangierbahnhof westlich des Hauptbahnhofs entlasten sollten⁸⁰³. Bei den ab Frühjahr 1938 tatsächlich durchgeführten Bauarbeiten⁸⁰⁴ handelte es sich offenbar nur um eine provisorische Sofortmaßnahme. Dennoch beeinflusste der viel weiter ausgreifende Plan der Reichsbahn zum Neubau eines großzügigen neuen Ostbahnhofs schon ab 1938 alle Planungen für den Stadtoften nachhaltig, wie am Beispiel der Autobahntrasse bereits dargestellt wurde und auch am städtischen Eingemeindungsprojekt für Burgweinting nachweisbar ist⁸⁰⁵. Während an der Erweiterung der bestehenden Anlagen schon Ende 1938 mit Hochdruck ge-

⁷⁹³ Mb 28.2.1939, DS 667 und 839.

⁷⁹⁴ Vgl. Mb ab Okt. 1938, ebd.

⁷⁹⁵ Mb 28.8.1939, ebd.

⁷⁹⁶ Vgl. Mb ab 1937, DS 545 bzw. 839, ab Ende 1938 auch DS 667.

⁷⁹⁷ Mb 31.12.1937, DS 839.

⁷⁹⁸ Baubeginn 15.5.1937. Im Feb. 1938 wurde die Halle dem Betrieb übergeben, vgl. Mb März, April, Okt. 1937, 31.1.1938, DS 545, 666 und 839.

⁷⁹⁹ Mb ab März 1939, DS 667 und 839.

⁸⁰⁰ Mb Feb. 1937, DS 545, und 31.1.1938, DS 839.

⁸⁰¹ Richtfest 21.5.1938, vgl. Mb 30.5.1938, DS 839. Inbetriebnahme der Anlage an der Kirchmeierstr. 4.2.1939 (Liste Festlichkeiten, DS 667).

⁸⁰² Mb Bauamt 30.4.1938, DS 839.

⁸⁰³ Erste Erwähnung im Mb Bauamt 30.10.1937, DS 545 und 839. Einzelheiten im Mb Dez. 1937, DS 545, vgl. auch Stellungnahme IHK 15.3.1938, DS 561, und Notizen Sch., DS 560.

⁸⁰⁴ Vgl. Mb, DS 560 und 839.

⁸⁰⁵ Vgl. Begleitbericht Sch. an Reg. zum Eingemeindungsantrag 14.4.1939, ZRa 13757.

arbeitet wurde⁸⁰⁶, erfuhr die Stadtspitze nun vom ganzen Ausmaß dieses Projekts: Mit einem Aufwand von 30 Millionen RM wollte die Reichsbahn zwischen dem bestehenden Ostbahnhof und Obertraubling bis 1940 den nach Nürnberg größten Rangier- und Güterbahnhof Süddeutschlands errichten⁸⁰⁷, der erste Bauabschnitt sollte schon im Herbst 1939 fertiggestellt sein⁸⁰⁸. Bis Kriegsbeginn wurde daher der Ausbau des bestehenden Ostbahnhofs mit größter Beschleunigung vorangetrieben⁸⁰⁹, und noch im August 1939 legten die beteiligten Stellen die wichtigsten Einzelheiten für das neue Großprojekt fest⁸¹⁰, doch konnte es unter Kriegsbedingungen in der vorgesehenen, aufwendigen Form nicht mehr verwirklicht werden⁸¹¹.

Im Zusammenhang mit dem Ostbahnhofprojekt war noch 1941 eine neue Großsiedlung der Reichsbahn mit 800 Wohnungen für ihre Betriebsangehörigen im Gespräch⁸¹². Damit ist bereits deren Rolle als Nachfragefaktor auf dem örtlichen Wohnungsmarkt angedeutet. Immer wieder ließ die Regensburger Direktion in den dreißiger Jahren in verschiedenen Teilen des Stadtgebiets Volkswohnungsblocks für ihre wachsende Belegschaft errichten, zumeist auf Grundstücken, die von der Stadt bereitgestellt wurden⁸¹³. Vor allem im Bereich südlich des Güterbahnhofs und im Kasernenviertel entstanden ausgedehnte Wohnsiedlungen für Bahnbedienstete, ab 1936⁸¹⁴ beispielsweise 63, ab 1937 weitere 36 Volkswohnungen⁸¹⁵ an der Kirchmeierstraße sowie - nach vielen Verzögerungen - ab Herbst 1938 Blocks mit geplanten 162 Wohneinheiten verschiedener Größe im Bereich Lerchenfeld-/Guericke-/Runtingerstraße⁸¹⁶. Die Stadtspitze war der Reichsbahndirektion für diese Wohnungsbauten sehr dankbar, obwohl deren Präsident selbst zugeben mußte, daß er beim Verkehrsministerium nicht so viele Neubauten durchsetzen konnte, wie eigentlich nötig gewesen wären⁸¹⁷.

c. Der Rhein-Main-Donau-Kanal

Der Mitte des 19. Jahrhunderts entstandene Ludwig-Donau-Main-Kanal hatte sich schnell als technischer wie ökonomischer Fehlschlag erwiesen, da er mit der Eisenbahn nicht konkurrieren konnte. Erst gegen Ende des Jahrhunderts verstärkten sich wieder die Bestrebungen, Main und Donau mit einem neuen, leistungsfähigeren Kanal zu verbinden, und 1892 gründete sich der "Verein zur Hebung der bayerischen Fluß- und Kanalschiffahrt", der spätere "Bayerische Kanalverein", dem auch die Stadt Regensburg beitrug⁸¹⁸. Noch vor dem Ersten Weltkrieg be-

⁸⁰⁶ Mb Nov. 1938, DS 839.

⁸⁰⁷ Vertraulicher Vermerk, Unterschrift unleserlich, 30.1.1939, ebd., vgl. auch Mb 31.1.1939, ebd. und DS 667.

⁸⁰⁸ Mb 28.3.1939, DS 667 und 839.

⁸⁰⁹ Vgl. Mb, ebd.

⁸¹⁰ Prot. Grundsatzbespr. 17.8.1939, DS 832. Es ging um Geländebeschaffung, Straßenbauten und umstrittene Kiesgruben mitten im von der Stadt für Industrieansiedlung vorgesehenen Gebiet; Einzelheiten ebd.

⁸¹¹ Vgl. Schriftwechsel mit der Bpb zur Eingemeindungsfrage Frühj. 1940, ZRa 13757.

⁸¹² Vermerk H. April 1941, DS 779.

⁸¹³ Vgl. Rh-Prot. 29.6.1936, 25.3. und 8.4.1938 sowie ZRa 14629, ZR 14797 und 16033, vgl. auch StA 16425 zu den Darlehen.

⁸¹⁴ Vgl. ZRa 14629 und Rh-Prot. 29.6.1936, vgl. auch Mb Tiefbau Mai/Juni 1937 über den Straßenausbau, DS 545 und 562.

⁸¹⁵ Vgl. zu Baufortschritt und Eisenmangel Mb ab Sommer 1937, DS 545 und 792.

⁸¹⁶ Vgl. ZR 16033 und 16086, Rh-Prot. 5.4.1938 und Mb ab Mai 1938, DS 792. Ebd. und in DS 788 Notizen Sch. Zur Geländeerschließung: Mb Tiefbau, DS 562, sowie BOM 6.8.1938.

⁸¹⁷ Vgl. Schriftwechsel Sch./RB-Präs. Wehrmann Jan. 1940, DS 765.

⁸¹⁸ Zur Gleichschaltung des Vereins: Prot. Hauptvers. 28.10.1934, ZR 18043. Leitung nun bei Nürnbergs OB Liebel, Ehrenvorsitz: Adolf Wagner; Sch. führte die Ortsgruppe Rgbg. und gehörte dem Führerbeirat des Vereins an. Weitere Mitglieder aus Rgbg. u.a. der BL, die DAPG und die Stadtlagerhaus GmbH.

gann man mit dem Ausbau des Mains⁸¹⁹, Ende 1917 gründete sich die Rhein-Main-Donau-AG, und 1921 kam es zur Neugründung, an der neben dem Reich, den betroffenen Ländern und einigen Banken auch 25 Städte einschließlich Regensburgs beteiligt waren⁸²⁰. Aufgabe der Gesellschaft war der Ausbau der 677 km langen Schifffahrtsstrecke zwischen Aschaffenburg und Passau, die bis 1945 fertiggestellt sein sollte⁸²¹, doch verzögerten sich die 1922 begonnenen Baumaßnahmen zunächst durch die Inflation, später durch die Folgen der Wirtschaftskrise⁸²². Der permanente Geldmangel ließ auch die Nutzung der Wasserkraft zur Energiegewinnung immer stärker in den Vordergrund treten, und so entstanden in den Jahren 1929 bis 1932 insgesamt sieben Kraftwerke, darunter kurz vor Passau das Kachletwerk.

Mit der NS-Machtübernahme⁸²³ schienen sich große Perspektiven aufzutun. Vom Rhein-Main-Donau-Kanal als "Achse Mitteleuropas" und "unerhört wichtigem Instrument der kommenden deutschen Südostpolitik" war nun die Rede, Regensburg sollte "als östlichster süddeutscher Kulturmittelpunkt zum Träger der großen Aufgaben im Donaauraum" aufrücken⁸²⁴. Ähnlich wie heutige Politiker sah die Stadtspitze die Funktion Regensburgs nach Fertigstellung der Schifffahrtsstraße als Dreh- und Angelpunkt des Schiffsverkehrs zwischen Rotterdam und dem Schwarzen Meer. Bedenken, daß der Stadt damit ihre bedeutende Umschlagfunktion verloren gehen könnte, die sie bislang als Ausgangs- und Endpunkt der reichsdeutschen Donauschifffahrt zwangsläufig hatte, scheinen gegenüber der Hoffnung auf großartige Perspektiven im Osthandel vom Tisch gewischt worden zu sein⁸²⁵. Das Kanalprojekt wurde allenthalben als Jahrhundertaufgabe gepriesen, die ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft erschließe.

Im Jahr 1933 verbaute die Rhein-Main-Donau-AG rund 6 Millionen RM, überwiegend an der Mainstrecke, aber auch zur Niederwasserregulierung der Donau zwischen Regensburg und Deggendorf. Beiden Maßnahmen galt auch in den folgenden Jahren das Hauptinteresse⁸²⁶, 1934 und 1935 wurde zudem je ein neues Kraftwerk eröffnet, insgesamt waren 13 vorgesehen⁸²⁷. Anfang 1937 fiel die Entscheidung über die Linienführung der eigentlichen, 110 km langen Kanalstrecke⁸²⁸; das staatliche Wasserstraßenamt in Regensburg wurde zunächst zuständig für den Ausbau vom Scheitel des Kanals bis Passau, später übernahmen neu eingerichtete Parallelbehörden in Neumarkt und Passau Teile dieser Strecke. Finanziert werden sollten die Schifffahrtsanlagen, deren Baukosten auf rund 750 Millionen RM veranschlagt wurden, aus den öffentlichen Haushalten, die Kraftwerke auf dem Darlehensweg⁸²⁹. Wollte man nun das Kanalprojekt nicht nochmals jahrzehntlang vor sich hinschleppen, dann erwies sich ein Kraftakt als nötig, und so verkündete Göring unmittelbar nach dem deutschen Ein-

⁸¹⁹ Vgl. ZR 18043 sowie allg. Weißleder S.92 ff.

⁸²⁰ Schmetzer S.93, vgl. allg. J.S.Geer: Zur Gründungsgeschichte der Rhein-Main-Donau AG, in *Der Donaauraum* 17 (1972) S.30-47.

⁸²¹ Gesellschaftsvertrag in ZR 18018. Vorgeschichte vor 1933 aus städt. Sicht: ZR 17027, 17053 ff. und 18008 ff.

⁸²² Vgl. Weißleder S.95 f.

⁸²³ Vgl. Gb RMD-AG 1933 (ZR 17028) zu den Veränderungen im Aufsichtsrat (Neuwahl 7.7.1933).

⁸²⁴ Voggenreiter (1936) S.142 bzw. 151. Seine Antrittsvorlesung an der Würzburger Hochschule für Lehrerbildung galt den "Rhein-Main-Donau-Verbindungen in ihrer geschichtlichen, geopolitischen und wirtschaftlichen Bedeutung", vgl. Notiz Sch. 12.11.1936, DS 609 und ZR 18009. Mit städt. Förderung wurde 1936 und 1938 in Rgbg. der Werbefilm "Die Großschifffahrtsstraße Rhein-Main-Donau - ein Werk deutschen Aufbauwillens" gezeigt, vgl. ZR 18018 und Notiz Sch. 8.6.1938, DS 614.

⁸²⁵ Diesen Aspekt betont aber eine Denkschrift zum Osthafen (DS 601); wenn die Kanalverbindung mit Nürnberg bestehe, sei "zu befürchten, daß Rgbg. zu einem Durchgangshafen mit wesentlich verringertem Umschlag herabsinken wird."

⁸²⁶ Vgl. Gb RMD-AG 1933 (ZR 17028), 1935 (ZR 18007) und 1937/38 (ZR 17028).

⁸²⁷ Weißleder S.96.

⁸²⁸ Gb RMD-AG 1937/38, ZR 17028.

⁸²⁹ Weißleder S.94 und 103 f.

marsch in Österreich in seinem "Programm für die Ostmark"⁸³⁰ den Führungsanspruch des Reichs beim Kanalbau und dessen radikale Beschleunigung⁸³¹. Kurz darauf legte ein eigenes Rhein-Main-Donau-Gesetz fest⁸³², daß die Schifffahrtsstraße vom Rhein bis zur Reichsgrenze unterhalb von Wien bis 1945 fertiggestellt werden sollte, und zwar mit Mitteln aus dem Reichshaushalt, nicht mehr auf Rechnung der Rhein-Main-Donau-AG⁸³³. Hatten das Reich und das Land Bayern mittlerweile jährlich rund 9 Millionen RM für den Kanal ausgegeben, so stieg diese Summe schon 1938 auf 80 Millionen RM⁸³⁴. Im Jahr 1939 gelang es, den Ausbau des Mains bis Würzburg weitgehend abzuschließen⁸³⁵, und es entstand auch die erste Staustufe der Trasse zwischen Würzburg und Bamberg; an der Donau lag der Schwerpunkt der Arbeiten auf den Baumaßnahmen in Regensburg⁸³⁶.

Hier ergaben sich erhebliche Veränderungen aus dem Kanalbau, der vor dem Zweiten Weltkrieg nur noch begonnen, im großen und ganzen aber Jahrzehnte später so durchgeführt wurde wie damals geplant⁸³⁷. Vor allem mußte der Schiffsverkehr an der Steinernen Brücke vorbeigeführt werden. Hierzu leitete die Rhein-Main-Donau-AG noch 1937 das Planfeststellungsverfahren für den Kanalbau durch den Protzenweiher ein⁸³⁸. Als Folge daraus mußte zunächst ein Ersatzgelände für den dortigen Viehmarkt, den zweitgrößten nach demjenigen im Schlachthof gefunden werden⁸³⁹. Bedeutsamer war jedoch, daß der Kanaldurchbruch Stadtamhof zur Insel machte, die durch eine Brücke mit dem nördlich angrenzenden Stadtteil Steinweg verbunden werden mußte. Als Zufahrt zu dieser Brücke in Verlängerung der Drehergasse war ein Straßenzug geplant, der am Nordende der Steinernen Brücke von der Stadtamhofer Hauptstraße nach Osten abbog, also einen Durchbruch durch die geschlossene Häuserzeile erforderlich machte. Später sollte eine breite Verbindungsstraße zur Eisernen Brücke hinzukommen. Die zusammenhängende Kanalisation von Stadtamhof und Steinweg, die durch den Kanal zerteilt wurde, und der gesamte Bereich um die Kanalanlagen zwischen Stadtamhof und Steinweg mußten grundlegend neugestaltet werden⁸⁴⁰. Auch auf die Verhältnisse an der Donau im Stadtwesten wirkte sich der Kanalbau aus, denn die hier geplante Staustufe machte den Badebetrieb an der Schillerwiese unmöglich. Somit führte der Kanalbau dazu, daß die Stadt auf dem Oberen Wöhrd eine ausgedehnte Freizeitanlage samt neuem Familienbad einrichtete⁸⁴¹.

Im Frühjahr 1938 wurde mit der Detailplanung für den Kanaldurchbruch am Protzenweiher begonnen. Dabei nahm man an, daß diese große Freifläche im folgenden Jahr letztmals als Dultplatz und Viehmarkt benutzt werden könne⁸⁴². Die Bauarbeiten selbst begannen im Herbst 1938 mit der Verlegung des Wehrlochs, im Sommer 1939 sollte das neue Wehr an der

⁸³⁰ 26.3.1938, vgl. Weißleder S.104.

⁸³¹ Das Reich steigerte seine Beteiligung an der RMD-AG auf knapp zwei Drittel, fast den gesamten Rest hielt das Land Bayern; vgl. Weißleder S.96.

⁸³² RGBI II S.149.

⁸³³ Sogar verkürzte Verfahren im Wasser- und Enteignungsrecht, vgl. VO 26.7.1938, RGBI II S.281.

⁸³⁴ Weißleder S.105.

⁸³⁵ Zum 1.4.1942 ging der fertige Mainabschnitt auf das Reich über, vgl. Gb RMD-AG 1942, ZR 17028.

⁸³⁶ Gb RMD-AG 1939, ebd.

⁸³⁷ Vgl. allg. Stratmann (1987) S.22 f. und Ruhl (1989) S.74.

⁸³⁸ Gb RMD-AG 1937/38, ZR 17028. Grundverkäufe von der Stadt verwalteter Stiftungen lt. Rh-Prot. 18.11.1938.

⁸³⁹ Einzelheiten in ZR 16207 und 17159, vgl. auch Rh-Prot. 14.4. und 25.8.1939. Sogar das alte Markthallenprojekt kam wieder ins Gespräch, hatte aber nach Kriegsbeginn keine Realisierungschance mehr.

⁸⁴⁰ Vgl. Rh-Prot. 25.10.1938, Pressegespräch Sch. 28.12.1938, PSt 500, und BA und BOM 31.12.1938, vgl. auch Programmrede Sch. 1941, DS 523 und ZR 3723.

⁸⁴¹ Vgl. Mb Bauamt 28.4.1939, DS 667.

⁸⁴² Vgl. Schriftwechsel Stadt-Wasserstraßenamt Rgbg., ZR 17158.

Schillerwiese entstehen, alle Kanalbauten wollte man bis Ende 1940 fertigstellen⁸⁴³. Mit größter Beschleunigung projektierte daher auch die Stadt ihre Neubauten; das Hauptinteresse galt zunächst den Ersatzwohnungen für die Mieter der Häuser, die an der Nordrampe der Steinernen Brücke abgebrochen werden mußten, wo der Straßendurchbruch zur geplanten Kanalbrücke entstand. Für diese selbst liefen ebenfalls noch Ende 1938 die Vorarbeiten an, im Sommer 1939 wollte man sie in Angriff nehmen⁸⁴⁴. Ab Anfang 1939 erwarb die Stadt nach und nach die zum Abbruch vorgesehenen Häuser und ließ die ersten von ihnen abreißen⁸⁴⁵, doch mußte man diese Maßnahme sofort wieder unterbrechen und sie solange verschieben, bis die Ersatzwohnanlage am Regenufer in Steinweg fertiggestellt war⁸⁴⁶.

Erst im Mai 1939 ging die offizielle Genehmigung des Reichsverkehrsministeriums für die Kanaltrasse durch Regensburg ein⁸⁴⁷, in den folgenden Monaten intensivierte man die begonnenen Arbeiten. Noch vor Kriegsbeginn konnte die Verlegung des Wehrlochs abgeschlossen werden, mit dem Aushub der Baugrube für den Kanal am Protzenweiher und mit der Fundierung für das nördliche Widerlager der Kanalbrücke hatte man begonnen, die Vorarbeiten für das neue Familienbad am Oberen Wöhrd und der Bau von Ersatzwohnhäusern in Steinweg waren in Gang⁸⁴⁸. Nach Kriegsbeginn schien es so, als ob der Weiterbau der Schifffahrtsstraße von der Reichsregierung wichtig genug genommen würde, um ihn auch jetzt noch fortzusetzen, und tatsächlich ordnete das Reichsverkehrsministerium an, die Arbeiten in Regensburg möglichst unvermindert weiterzuführen⁸⁴⁹, doch erwiesen sich auch hier der Arbeiter- und Baustoffmangel als schweres Hemmnis. 1940 mußte die Rhein-Main-Donau-AG den größeren Teil ihrer Einzelprojekte unterbrechen, und wo noch gearbeitet wurde, setzte sie häufig Kriegsgefangene ein⁸⁵⁰.

In Regensburg waren die Baumaßnahmen selbst Anfang 1941 noch nicht völlig eingestellt, doch ersetzte auch hier die Planungstätigkeit mehr und mehr den tatsächlichen Baufortschritt. Das Bauamt stellte Anfang 1940 seine Pläne für die Verbindung zwischen Eiserner und neuer Kanalbrücke vor⁸⁵¹, doch hielt der Oberbürgermeister diese aus Kostengründen auf Kriegsdauer für nicht ernsthaft diskutierbar⁸⁵². Dennoch erwarb die Stadt noch 1942 Häuser in Stadtamhof, die später für diesen Straßenzug abgebrochen werden sollten⁸⁵³. Große Bedeutung kam auch der Frage der künftigen Kanalisation des Stadtnordens zu; der Rhein-Main-Donau-Kanal gab den Anlaß für eine umfassende Planung, die Ende 1940 vorlag.

Seit 1943 hat die Rhein-Main-Donau-AG in Regensburg fast keine Neubaumaßnahmen mehr durchgeführt⁸⁵⁴, die heutigen Kanalbauten entstanden erst in den siebziger Jahren.

⁸⁴³ Vgl. Mb Bauamt und Notizen Sch., DS 609, vgl. auch RPB 8.6. und 7.11.1938 sowie BOM 15.10. bzw. 1.12.1938.

⁸⁴⁴ Einzelheiten in DS 609, vgl. auch Mb Bauamt 31.12.1938, DS 667, und Pressegespräch Sch. 28.12.1938, PSt 500.

⁸⁴⁵ Mb 31.1., 28.2. und 29.7.1939, DS 609 und 667. Hinweise auf Zwangsenteignungen in ZRa 14472 und Wbl 25.2.1941, weitere Grundgeschäfte für den Kanalbau in ZRa 14334 und DS 608.

⁸⁴⁶ Mb 28.4.1939, DS 609 und 667.

⁸⁴⁷ Reg.-Entschl. 4.5.1939, DS 546, vgl. Mb Bauamt 30.5.1939, DS 609 und 667, sowie Presseberichte, z.B. BA 3.-4.6.1939 und BOM 1.8.1939.

⁸⁴⁸ Vgl. Mb Juni-Aug.1939, DS 609 und 667, vgl. auch BA 30.-31.12.1939 und 15.1.1940. Grundgeschäfte Wasserstraßenamt - städt. verwaltete Stiftungen erwähnt in DS 798.

⁸⁴⁹ Prot. Referentenbespr. 17.10.1939, DS 555, vgl. auch Grundverkauf lt. Rh-Prot. 8.8.1940.

⁸⁵⁰ Vgl. Gb RMD-AG ab 1940, ZR 17053 bzw. 17028.

⁸⁵¹ Bericht 1.3.1940, DS 657; demnach erhebliche Eingriffe in die Bausubstanz der östl. Altstadt und Stadtamhofs sowie Neubauten anstelle der Eisernen Brücke und des Grieser Stegs.

⁸⁵² Bericht an Reg. 3.5.1940, DS 657.

⁸⁵³ Vgl. ZRa 14463.

⁸⁵⁴ Gb RMD-AG 1943 und 1944 (entstanden 1947) in ZR 17028. Zum 1.4.1944 ging der Unterhalt der bestehenden Einrichtungen auf die Wasserstraßendirektion München über, so daß die RMD-AG faktisch stillgelegt war.

2. Adolf-Hitler- und neue Regenbrücke⁸⁵⁵

a. Die Ausgangslage

Jahrhundertlang war Regensburg mit einem festen Donauübergang ausgekommen, dem 1135 bis 1146 erbauten "mittelalterlichen Wunderwerk" der Steinernen Brücke. Mit ihrer nur gut 5 m breiten Fahrbahn war sie schon Ende des 19. Jahrhunderts überlastet, denn sie hatte nicht nur den Hauptverkehr zwischen der Altstadt, der Donauinsel "Oberer Wöhrd" und den nördlich der Donau gelegenen Vororten aufzunehmen, sondern war auch noch Bestandteil der Reichsstraßen R 8 und R 15⁸⁵⁶. - Eine gewisse Entlastung der Steinernen Brücke brachte der 1901 als Fußgängerübergang zum Oberen Wöhrd errichtete Eiserne Steg. Zum Unteren Wöhrd führte die (später verstärkte) Eiserne Brücke aus dem Jahr 1863. Sie fand zwar 1924 ihre Fortsetzung weiter östlich über eine Pontonbrücke zum Nordufer der Donau, doch lag dieses Behelfsbauwerk zu weit abseits der Altstadt und war für schwere Fuhrwerke oder gar Kraftfahrzeuge ungeeignet. Die einzige Verbindung zwischen den nördlich der Donau gelegenen Vororten stellte schließlich die alte Regenbrücke zwischen Steinweg und Reinhausen dar, errichtet um die Mitte des 19. Jahrhunderts auf mittelalterlichen Pfeilern und mit einer Fahrbahnbreite von nur knapp 5 m ebenfalls völlig überlastet⁸⁵⁷.

Ihre Arbeitsstätten hatten die meisten Regensburger südlich der Donau, insbesondere in der Altstadt und im Hafbereich. Die Bewohner der nördlich des Flusses gelegenen Stadtteile mußten also zweimal täglich das "Nadelöhr" der Steinernen Brücke passieren. Hinzu kam der Durchgangsverkehr, den die Führung der Reichsstraßen über die Brücke mit sich brachte. Selbst einigen der engsten Altstadtgassen kam der Status von Überlandstraßen zu⁸⁵⁸. Eine Verkehrszählung an einem Samstag im Frühjahr 1934 ergab rund 40000 Fußgänger, 14500 Radfahrer, gut 5500 Fahrzeuge aller Art und nicht zuletzt 278 Straßenbahnwagen der Linie Bahnhof-Reinhausen, die die Steinerne Brücke passierten. In Höhe der Rampe zum Oberen Wöhrd bestand zudem noch eine Straßenbahnhaltestelle⁸⁵⁹. An gewöhnlichen Werktagen benutzten rund 52000, an Samstagen etwa 68000 Menschen die Brücke, der Fahrradverkehr hatte sich gegenüber 1925 vervierfacht, der Lastwagenverkehr versechsfacht, der PKW-Verkehr veracht- und der Motorradverkehr gar versiebzehnfacht⁸⁶⁰. Fanden größere Veranstaltungen statt, etwa in der Jahnturnhalle am Oberen Wöhrd, so brach der Verkehr auf der Steinernen Brücke regelmäßig zusammen, die Presse berichtete von lebensgefährlichem Gedränge, jede vernünftige Verkehrsregelung erwies sich als unmöglich⁸⁶¹ - der Neubau einer weiteren Donaubrücke wurde zur "gebieterischen Notwendigkeit"⁸⁶².

⁸⁵⁵ Vgl. allg. Bayern im ersten Vierjahresplan S.298 ff.

⁸⁵⁶ München-Landshut-Hof bzw. Nürnberg-Passau.

⁸⁵⁷ Denkschrift Bauamt zur Brückenfrage 5.7.1930, ZR 17674 und 17685, vgl. auch Denkschrift Baurat a.D. Ernst Ruoff Mai 1933 und Einzelheiten in ZR 17657.

⁸⁵⁸ R 8: Weiße-Lamm-Gasse - Thundorferstr. - St.-Georgen-Platz - Ostengasse; R 15: Brückstr. - Goliathstr. - Weiße-Hahnen-Gasse - Krauterermarkt - Domplatz - Domstr. - Alter Kornmarkt - Speichergasse (Hauptverkehrsadern noch lt. ortspol. Vorschriften, Wbl 24.12.1935). Einzelheiten in ZR 17440 und 17443.

⁸⁵⁹ Aufgelassen Dez. 1935 auf Drängen Reg. und PolDir, vgl. ZR 16799.

⁸⁶⁰ Bericht Schipper 6.6.1934, VÜW 500. Hier und in ZR 17685 Verkehrszählungen der 20er und 30er Jahre, benutzt auch von Voggenreiter (1936) S.104 f.

⁸⁶¹ Vgl. Bericht Bauamt 23.8.1934, NIH 7, und BA-MA RH 26-10/534.

⁸⁶² Bericht Schipper 6.6.1934, VÜW 500.

Schon seit dem späten 19. Jahrhundert gab es entsprechende Pläne⁸⁶³. Um 1930 standen drei Projekte zur Diskussion: Die Fortführung der Eisernen Brücke durch einen zweiten Brückenbau über den Nordarm der Donau in Verlängerung der Proskestraße, eine neben dem Eisernen Steg gelegene neue Brücke sowie die großzügige Ostumgehung der Altstadt durch eine Verlängerung der Weißenburgstraße über die Donau hinweg. Das Stadtbauamt favorisierte das erstgenannte Projekt, dessen Gesamtkosten einschließlich der erforderlichen Anschlußstraßen mit rund 900000 RM zu veranschlagen seien, während die zweite und dritte Lösung einen Aufwand von 3,3-3,8 Millionen RM erfordere. Hinzuzurechnen waren unabhängig davon, für welche Alternative man sich entschied, die Kosten einer neuen Regenbrücke, für die nochmals rund 1,5 Millionen RM veranschlagt werden mußten⁸⁶⁴.

Daneben stand - und steht bis heute - die Idee einer neuen Donaubrücke westlich der Stadt, von Großprüfening nach Sinzing, im Raum⁸⁶⁵. Betrieben wurde dieses Projekt damals vor allem von den betroffenen Gemeinden, dem Bezirksamt und der IHK Regensburg⁸⁶⁶, doch scheiterte das Projekt an der Finanzierung und daran, daß die Kreisregierung die Entlastung der Regensburger Altstadt als vordringlich ansah⁸⁶⁷. Nicht einmal die Notlösung, der bestehenden Sinzinger Eisenbahnbrücke eine Fahrbahn einzubauen⁸⁶⁸, konnte man durchsetzen, nachdem Mitte der dreißiger Jahre bereits ein neues Projekt ganz anderer Größenordnung Gestalt annahm: eine gewaltige Autobahnbrücke westlich der Stadt.

b. Die Planungsphase

Der Machtwechsel in Regensburg bewirkte einen Umschwung in der Brückenfrage. Nun häuften sich die Plädoyers für die großzügige, wenn auch teurere Ostumgehung der Altstadt: Nur so könnten der Durchgangsverkehr wirksam umgeleitet und der Stadtnorden von Regensburg erschlossen werden, und diese Linienführung sei auch aus Gründen der Landesverteidigung vorzuziehen⁸⁶⁹. In ein konkretes Stadium traten die Vorarbeiten Ende 1933, als Schottenheim das Bauamt anwies, dieses Projekt "keinen Tag aus dem Auge zu verlieren"⁸⁷⁰. Ein schon früher damit befaßtes Münchener Ingenieurbüro⁸⁷¹ schaltete nun auf Vorschlag des bayerischen Innenministeriums den angesehenen Architekten Roderich Fick ein, der auch am Ausbau des Obersalzbergs und den Plänen für die "Führerstadt" Linz beteiligt war und nun die künstlerische Detailplanung der neuen Regensburger Brücken bearbeiten sollte⁸⁷².

Anfang 1934 fiel die Entscheidung für die genannte Linienführung, also eine Verlängerung der Weißenburgstraße über beide Donauarme hinweg⁸⁷³, und im städtischen Haushalt tauchte

⁸⁶³ Zwei Alternativplanungen (Schmetzer 1896) im Stadtplanungsamt (frdl. Hinweis von H.Heilmeier). Vgl. auch BA 30.8.1935 zu Plänen aus der Weimarer Zeit.

⁸⁶⁴ Nachtrag Bauamt zur Brückendenkschrift 1930 18.4.1933, ZR 17685; ebd. Einzelheiten. Die früheren Kostenschläge des Münchener Ingenieurbüros Streck&Zenns in ZR 17681.

⁸⁶⁵ Vgl. allg. StA (1987) I blau 1670 = 4520 b.

⁸⁶⁶ Lt. Angebot der MAN hätte der Neubau ca. 370000 RM gekostet, vgl. ZR 17677 und 17687.

⁸⁶⁷ Reg. an Bezirksamt 16.11.1933, ZR 17687, vgl. MInn an Kreise über erschwerte Zuschüsse zu Brückenbauten 23.5.1934, ZR 17657.

⁸⁶⁸ Die RB wäre einverstanden gewesen (28.2.1934 an Bezirksamt, ZR 17677). Einzelheiten in ZR 17677 b und c.

⁸⁶⁹ Vgl. z.B. HA-Prot. 4.5.1933 und PolDir an Reg. 11.5.1933, ZR 17683.

⁸⁷⁰ Notizen Sch. 27.12.1933 bzw. 10.1.1934, DS 838, vgl. HA-Prot. 20.12.1933.

⁸⁷¹ Vgl. ZR 17683. Stadtrat Ruoff hatte Bedenken gegen das Büro, da verwandtschaftl. Beziehungen zu Schipper bestünden, und forderte einen Wettbewerb, vgl. Notiz Sch. 10.2.1934, DS 838.

⁸⁷² Bauleiter Wittstatt an MInn 4.12.1935, ZR 17684, vgl. auch BA 24.12.1935.

⁸⁷³ Notiz Sch. zu Ortsbesichtigung und Grundsatzbespr. mit MInn und SA-Gruppenführer Rakobrandt 6.-7.2.1934, DS 838.

erstmal ein Posten für die Projektierungsarbeiten auf. Sie sollten mit größter Beschleunigung vorangetrieben werden, doch war nach wie vor völlig ungeklärt, wer den Brückenbau finanzieren würde⁸⁷⁴. Selbstverständlich wäre die Stadt allein damit völlig überfordert gewesen, und sie versuchte daher, über SA-Gruppenführer Rakobrandt die Partei, möglichst auch die Wehrmacht für das Brückenprojekt zu interessieren⁸⁷⁵. Zur allgemeinen Überraschung stieß man dabei überall auf größtes Entgegenkommen; auch auf höherer Ebene waren längst Vorüberlegungen für einen Brückenbau in Regensburg angestellt worden. Vom Gauleiter erfuhr man, daß die Brücke auf jeden Fall gebaut werde und auch das Reichswehrministerium sie wünsche; Schemm zeigte sich sogar verwundert, daß man ihn bisher nicht in die Finanzierungsverhandlungen eingeschaltet habe⁸⁷⁶.

Das Gesamtprojekt, für das man sich nun entschieden hatte, umfaßte als Hauptstück die spätere "Adolf-Hitler-Brücke" (heute Nibelungenbrücke), eine 350 m lange, 16,3 m breite Brücke über die Bruderwöhrdstraße, die Hafenbahn, den südlichen Donauarm, den Unteren Wöhrd und den nördlichen Flußlauf. Hinzu kamen die neue Regenbrücke (heute Frankenbrücke) und rund 3,5 km Zufahrtsstraßen, mit denen die Reichsstraßen R 8 und R 15 an die neuen Brücken herangeführt werden mußten. Als problematisch erwies sich der Grunderwerb, denn vor allem nördlich der Donau wurde wertvolles Gartenbaugelände benötigt; darüber hinaus waren mehrere Wohngebäude abzurechen⁸⁷⁷.

Im Sommer 1934 waren die Vorarbeiten soweit gediehen, daß das Ingenieurbüro einen detaillierten Finanzplan vorlegen konnte. Dieser sah unter der Voraussetzung, daß es gelingen werde, die erforderlichen Grundstücke größtenteils unentgeltlich zu erwerben, Gesamtkosten von 5,05 Millionen RM vor⁸⁷⁸. Trotz der enormen Belastung gab der Stadtrat die förmliche Erklärung ab, sich mit bis zu 2 Millionen RM an den Gesamtausgaben zu beteiligen⁸⁷⁹. Damit war der Weg frei für die Genehmigung der Baumaßnahme durch die Landesregierung.

c. Die Finanzierungsverhandlungen

Der Grundsatzentscheidung für den Brückenbau folgten äußerst zähe Detailverhandlungen. Längst war noch nicht klar, ob es überhaupt gelingen werde, die benötigten Summen aufzubringen. Die Zusage für ein erstes Darlehen in Höhe von 500000 RM vermittelte Innenminister Wagner der Stadt von der "Deutschen Lebensversicherung AG" in Berlin⁸⁸⁰. Doch blieb die Lastenverteilung zwischen Stadt, Land und Reich heftig umstritten - so umstritten, daß die Finanzierung des Gesamtprojekts mehrfach unmöglich erschien. Erst jetzt zeigte sich,

⁸⁷⁴ Vermerk Schipper 16.2.1934, ebd.

⁸⁷⁵ Notiz Sch. 17.2.1934, ebd.

⁸⁷⁶ Notizen Sch. 5., 27.3. und 10.4.1934, ebd.

⁸⁷⁷ Liste Grunderwerbungen für das Brückenprojekt (1935-1938) in HM 1356, für 1936 in DS 797. Zu einzelnen Abbrüchen z.B. ZRa 14293 und ZR 14933. Die Mieter wurden teils in Notquartieren, etwa in der "Blauen Traube" (Reinhausen) untergebracht.

⁸⁷⁸ Kosten lt. Presse 5,4 mio RM, immerhin aber 2 Jahre Arbeit für 200 WE (BOw 26.7.1934, vgl. auch BA 8.10.1935). Planänderungen aus Kostengründen: So entfiel das in der Mitte der Brücke vorgesehene Rondell, vgl. BOw 16.7.1934.

⁸⁷⁹ Sr-Prot. und Notiz Sch. 25.7.1934, DS 838. Lt. BOw 26.7.1934 stand die Stadt nur vor der Wahl, die Steinernen Brücke samt Anschlußstraßen zu verbreitern oder sich kräftig am Neubau zu beteiligen. Das Argument, Land und Reich sollten als Verantwortliche für Reichsfernstraßen die Neubauten allein finanzieren, hatte somit keine Chance.

⁸⁸⁰ HA- bzw. Sr-Prot. 16.8. und 14.9.1934, vgl. Notiz Sch. 8.8.1934, DS 838. Gegenüber GdS Dr. Todt verwahrte sich die Versicherung gegen die Pressebehauptung, allein er habe die Darlehen vermittelt (9.10.1935, Abschrift in ZR 17683).

welche Kräfte auf höherer Ebene das Regensburger Brückenprojekt protegiert hatten: Im Spätsommer 1934 kam die Reichswehr ins Spiel.

Schottenheim setzte auf die richtige Karte, als er gemeinsam mit Innenminister Wagner den Standortkommandanten General Wäger ersuchte, die Notwendigkeit des Brückenbaus aus militärischer Sicht zu begründen⁸⁸¹. Kurz zuvor hatte der Chef der Heeresleitung Regensburg besucht und "sich sehr für die Brücke interessiert"⁸⁸². So fiel Wäger seine Stellungnahme leicht: "Die zentrale Lage der Stadt Regensburg und die operative Bedeutung dieses Punktes macht für jede beliebige Operation in dieser Gegend das Vorhandensein einer leistungsfähigen Brücke, deren Zugänge nicht bei jedem Fliegerangriff gesperrt werden können, zum Lebensbedürfnis"⁸⁸³. Das Reichswehrministerium schloß sich an: Die "militärischen Interessen im Frieden wie die Notwendigkeit der Landesverteidigung im Kriege" erforderten "zwingend den Bau einer neuzeitlichen Brücke"⁸⁸⁴. Tatsächlich hätte die ständige Benutzung der Steinernen Brücke und ihrer engen, verwinkelten Zufahrtswege durch Marschkolonnen und Panzer nach der bevorstehenden Garnisonsvermehrung katastrophale Verkehrsverhältnisse heraufbeschworen.

Neben den strategischen Bedürfnissen der Wehrmacht waren noch weitere Interessen im Spiel. So wandte sich das Innenministerium an den Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen, da die Eisenkonstruktionen für die Regensburger Brücken als Winterarbeit für die bayerische Stahlindustrie dringend erforderlich seien⁸⁸⁵. Dr. Todts Dienststelle entwickelte sich damit zur zentralen Instanz für alle Finanzierungsfragen⁸⁸⁶. Ende 1934 wurde bereits auf höchster Ebene intensiv verhandelt, das Reichswehrministerium drängte auf "rascheste Erledigung" und beauftragte die Regensburger Standortkommandantur, "mit allen Mitteln der Sache nachzugehen" - jedoch ohne Geld in Aussicht zu stellen⁸⁸⁷. Todt selbst zeigte größtes Interesse an dem Brückenprojekt⁸⁸⁸, jedoch ebenfalls keinerlei Bereitschaft, es zu finanzieren⁸⁸⁹. Daraufhin spannte Schottenheim die Beziehungen des Regierungspräsidenten Holzschuher zu Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß ein; auch der "Führer" selbst soll das Brückenmodell besichtigt und sich sehr anerkennend geäußert haben⁸⁹⁰. Und Anfang 1935 erwies sich, daß Reichswehr und Generalinspekteur nur gepokert hatten - es konnten eben doch Gelder freigemacht werden, und Todt stellte endlich eine Kostenbeteiligung des Reichs in Aussicht⁸⁹¹. Voller Optimismus wiederholte der Regensburger Stadtrat, wie von Todt gefordert⁸⁹², seine Zusage, sich mit bis zu zwei Millionen RM an den Gesamtkosten zu beteiligen⁸⁹³, doch plötzlich kam der Rückschlag: Schottenheim erfuhr in München, daß der Stadt ein Darlehen in dieser Höhe nicht genehmigt werden würde und bei der Aufstellung des Landesetats von dem Brückenprojekt nicht einmal die Rede gewesen sei. Verbittert notierte er: "Die Schuld an

⁸⁸¹ Vgl. Notizen Sch. 14. und 18.9.1934, DS 838.

⁸⁸² Notiz Sch. 12.9.1934, ebd.

⁸⁸³ Wäger an Wehrkreiskommando VII 19.9.1934, BA-MA RH 26-10/534, Abschrift in ZR 17684.

⁸⁸⁴ Oberstleutnant Zorn an GdS 20.10.1934, BA-MA RH 26-10/534.

⁸⁸⁵ Vermerk Schipper 3.10.1934, ZR 17683 und DS 838. Todt hatte angeordnet, als Notstandsarbeiten im Winter 1934/35 in Bayern v.a. Brückenbauten zu fördern, vgl. Notiz Sch. 13.9.1934, DS 838.

⁸⁸⁶ Ebd., vgl. Notiz H. 15.10.1934, ebd.

⁸⁸⁷ Notizen Sch. 12. und 15.11., sowie Vermerk Schipper 22.12.1934, ebd.

⁸⁸⁸ Vermerk Schipper 3.10.1934, ZR 17683 und DS 838, und Notiz Sch. 10.11.1934, DS 838.

⁸⁸⁹ Vermerk Schipper, der eigens nach Berlin gereist war, und Notiz Sch. 21.1.1935, ebd.: "Zur Zeit keinerlei Aussicht (...), die vom Reich verlangten 2 Mill. Mark Kostenanteil irgendwie aufzubringen".

⁸⁹⁰ Notizen Sch. 22.1. und 4.3.1935, ebd.

⁸⁹¹ Notiz Sch. 18.2.1935, ebd., vgl. euphorischen Dank an Wäger 7.3.1935, ebd.

⁸⁹² Todt an MInn Wagner 9.2.1935, BA-MA RH 26-10/534, vgl. auch Notizen Sch. 12.2. und 7.3.1935, DS 838.

⁸⁹³ Sr-Prot. 15.3.1935; zugleich Bitte an Reich und Land, bei der Darlehensaufnahme zu helfen oder die benötigten Summen vorzuschießen. Vgl. auch Schipper an Standortkommandantur 20.3.1935, BA-MA RH 26-10/534, und Notiz Sch. vom gleichen Tag, DS 838.

dem Mißlingen soll die Stadt treffen. Die Stadt soll 2 Millionen beibringen. Im ordentlichen Haushalt ein Ding der Unmöglichkeit. Im außerordentlichen Haushalt selbst bei Aufbringung der Mittel keine staatsaufsichtliche Genehmigung. Also ebenfalls unmöglich."⁸⁹⁴ Der Traum vom Brückenbau schien gescheitert, es kam zu "ziemlich erregten Auseinandersetzungen" Schottenheims mit Vertretern der Staatsregierung und Todts Dienststelle. Dabei drehte man sich im Kreis: Die Stadt sollte ihren Kostenanteil verbindlich zusichern, konnte dies aber nicht, da ihr die benötigten Darlehen nicht genehmigt worden wären⁸⁹⁵. Der erneute Umschwung kam völlig überraschend: Beim nächsten Besuch in München stellte der Oberbürgermeister erstaunt fest, der zuständige Ministerialrat sei plötzlich "wie umgewandelt" und Innenminister Wagner werde sich persönlich um die nötigen Kredite bemühen⁸⁹⁶.

Schottenheim hatte den Einfluß der Reichswehr unterschätzt. General Wägers Berichte hatten zu erneuten, sehr nachdrücklichen Vorstellungen des Wehrkreiskommandos gegenüber Reichswehrministerium und bayerischer Regierung geführt, und auch die persönlichen Beziehungen des Regierungspräsidenten verfehlten wohl ihre Wirkung nicht⁸⁹⁷. So trat die Brückenbaufrage nun, im Sommer 1935, in ihre entscheidende Phase. Das inzwischen umbenannte Reichskriegsministerium forderte, den Bau aus Reichsmitteln zu beginnen, selbst wenn die Geldbeschaffung durch Land und Stadt noch nicht gesichert sei⁸⁹⁸. Die Standortkommandantur teilte mit, Todt werde "von General Zorn und Adam mit Briefen bombardiert"; die Reichswehr verlange die Brücke kategorisch. Man riet der Stadt sogar vertraulich, keine Kosten zu übernehmen, denn "die Brücke käme sicher"⁸⁹⁹ - ein Rat, der selbstverständlich nicht mehr befolgt werden konnte. Die Lösung bestand schließlich darin, daß die Wehrmacht einen Sonderzuschuß von 500000 RM gewährte, der ausschließlich der Entlastung der Stadt diene⁹⁰⁰. Die Würfel waren gefallen: Todt stellte 2 Millionen RM bereit, das Land 1 Million, die Stadt Regensburg ebenfalls 2 Millionen RM, wovon ein Viertel durch den Zuschuß des Kriegsministeriums abgedeckt war. Die Vermittlung und Genehmigung der benötigten Darlehen betreute Adolf Wagner persönlich⁹⁰¹; es handelte sich um die seit langem zugesicherten 500000 RM von der "Deutschen Lebensversicherung" sowie ein von Todt vermitteltes Reichsdarlehen über 1 Million RM⁹⁰².

⁸⁹⁴ Notiz 1.4.1935, ebd. Noch pointierter Vermerk Schipper 3.4.1935, ZR 17683: "Die Vertreter der Ministerien versteifen sich nach wie vor auf die vorherige Sicherung der Beteiligung der Stadt, die aber eigentlich von der gleichen Staatsaufsichtsbehörde als unmöglich abgelehnt werden müßte." Vgl. auch die deprimierten Berichte Sch. an Wäger 2. und 11.4.1935, DS 838, auch in BA-MA RH 26-10/534.

⁸⁹⁵ Notiz Sch. 27.5.1935, DS 838.

⁸⁹⁶ Notiz 1.6.1935, ebd.

⁸⁹⁷ Wehrkreis-Befehlshaber General Adam an Reichswehrministerium 12.4.1935 und an Siebert 25.5.1935, BA-MA RH 26-10/534, vgl. Notizen Sch. 4.4., 11.4. und 16.5.1935, DS 838.

⁸⁹⁸ Kriegsministerium an Todt 17.7.1935, BA-MA RH 26-10/534. Blomberg erklärte allerdings, jedes Ministerium habe Verteidigungsangelegenheiten seines Ressorts selbst zu finanzieren. Wie man mit einem Provinzbürgermeister umging, zeigte sich, als Sch. eigens nach Berlin reiste, um Wagner und Todt zu treffen, und man ihn nicht einmal unterrichtet hatte, daß die Besprechung abgesagt worden war; vgl. Notiz 21.6.1935, DS 838.

⁸⁹⁹ Vgl. Notizen Sch. 21. und 25.6.1935, ebd.

⁹⁰⁰ Die Einzelheiten in BA-MA RH 26-10/534 sowie aus städt. Sicht in ZR 17683 und DS 838. Ebd. weitere ungeschminkte Anmerkungen über die Beteiligten.

⁹⁰¹ Notizen Sch. 27.6. und 16.7.1935, DS 838, sowie 28.10.1935, DS 666.

⁹⁰² Laufzeit 15 Jahre bei 4 % Zins; Kreditbedingungen im Prot. Vorläufige Gemeinderäte 5.9.1935, vgl. StA 15425 und Vermerke Reinemer 29. und 30.11.1935 (DS 838), daß die Finanzierung nun restlos geklärt sei.

d. Der Brückenbau

Über die Details der Baumaßnahmen wurde den ganzen Sommer 1935 hindurch verhandelt⁹⁰³; im September nahm die Bauleitung ihre Tätigkeit auf, die von einem Staatsbeamten, Regierungsbaurat Wittstatt, bzw. nach seiner Versetzung in Todts Dienststelle ab 1936 von Regierungsbaurat Johann Sailer geleitet wurde⁹⁰⁴. Beide unterstanden unmittelbar Schottenheim und wurden von der Stadt besoldet, die neue Dienststelle war eine städtische, dem Stadtbauamt gleichgestellte Behörde⁹⁰⁵.

Am 21.12.1935 vollzog Innenminister Wagner in Anwesenheit des neuen Gauleiters Wächtler feierlich den ersten Spatenstich für die neue Donaubrücke. Er widmete ihn "dem Ruhm der Stadt, dem Ruhme der Bayerischen Ostmark und dem Ruhme des nationalsozialistischen Deutschlands", die Presse sprach von einer "historisch bedeutsamen Stunde für Regensburg"⁹⁰⁶. Hitler schickte ein Glückwunschtelegramm, einen öffentlichen Dank an die Wehrmacht hatte diese sich allerdings verbeten⁹⁰⁷, so daß nun Todt, sehr zur Verärgerung des Oberbürgermeisters⁹⁰⁸, vor der Öffentlichkeit das Verdienst zukam, den Brückenbau ermöglicht zu haben.

Die neue Donaubrücke erhielt den Namen "Adolf-Hitler-Brücke"⁹⁰⁹. Die Baupläne stammten von dem Münchener Ingenieurbüro Gerhart & Zenns, für die Außenansicht beider Brücken war Professor Fick verantwortlich⁹¹⁰, Professor Kohl aus Hannover fungierte als technischer Berater für die Stahlüberbauten und überwachte deren Montage. Der aus einem Block gehauene, drei mal drei Meter große, rund 450 Zentner schwere Hoheitsadler stammte von dem Münchener Bildhauer Albert Allmann, der rund 30000 RM dafür erhielt⁹¹¹.

Die Bauarbeiten begannen am Unteren Wöhrd⁹¹². Zunächst entstand die Brücke über den nördlichen Donauarm, doch nahm man schon im September 1936 auch die Arbeiten am Südufer der Donau, im März 1937 die an der Regenbrücke auf, für die man eine billigere Eisenbeton- statt einer Stahlkonstruktion gewählt hatte⁹¹³. Einen Monat darauf wurde die Nordrampe in Weichs fertig, es begannen die Verlegung der Rohrleitungen, der Straßenbau für die Zufahrten zur Regenbrücke und für die Zufahrt zur Donaubrücke vom Unteren Wöhrd aus⁹¹⁴. Hatten zum Gausportfest bei Hitlers Besuch im Juni 1937 noch Wehrmachtspioniere

⁹⁰³ Prot. Grundsatzbespr. 5.6.1935, DS 838. Einzelheiten ebd., ZR 17683 und in BA-MA RH 26-10/534. Klärung der landschaftsarchitekt. und künstl. Fragen am 16.7.1936, vgl. Prot. Ortsbegehung, DS 838.

⁹⁰⁴ Notiz Sch. 23.9.1935, ebd.

⁹⁰⁵ Dienstanweisung Sch. 10.2.1936, ZR 11175 o. 17683 und DS 132. In techn. Fragen war die Brückenbauleitung an städt. Weisungen nicht gebunden, sollte aber "Wünschen und Anregungen (...) möglichst entsprechen."

⁹⁰⁶ RPB 7.1.1936 (ein "Ereignis von geschichtlicher Bedeutung"), vgl. BA und BOm 23.12.1935. Einladung Sch. an Wagner 11.12.1935 in NIS 3.

⁹⁰⁷ Dank Sch. an Wäger 12.12.1935, NIS 3.

⁹⁰⁸ Notizen Sch. 7. und 17.10.1935, DS 838.

⁹⁰⁹ Genehmigungsantrag Sch. an Reichskanzlei 5.8.1937; Mitteilung der Genehmigung durch MInn 14.10.1937, ZR 17684; vgl. Notiz Sch. 13.10.1937, DS 838.

⁹¹⁰ Sein hohes Honorar von 12000 RM wurde sogar vom Dt. Rechnungshof beanstandet (9.1.1939, ZR 17684).

⁹¹¹ Einzelheiten in ZR 18562, vgl. Mb Bauamt Dez. 1937 (DS 545) und 30.4.1938 (DS 838). Zur Brückenöffnung wurde ein Modell aufgestellt, 1940 war der Adler fertig, wurde ausgelagert und erst 1948 aufgestellt, nun ohne Hakenkreuz. Vgl. D.Schubert: Zur Frage des Standorts der Denk-Mäler, in R.Strobel (Hg.): Regensburg - die Altstadt als Denkmal, München 1978 S.163-170, hier S.164 f. Vgl. auch Jaumann S.135.

⁹¹² Zum Baufortschritt: Notizen Sch. und Berichte Sailer, DS 666 und 838, Mb Stadtwerke und Bauamt, DS 545, 562 und 589. Zwischenberichte Bauleitung in ZR 17683 und PSt 502. Vgl. auch ZR 17690, RPB 8.12.1936 sowie Wolf S.16 f.

⁹¹³ Rh-Prot. 8.7. bzw. 12.11.1936.

⁹¹⁴ Teilfinanzierung der Arbeiten an der Wöhrdstr. durch Heeresstandortverwaltung, da sie auch der Erschließung des Pionierübungsplatzes dienten, vgl. HM unsigniert, Altsgn. II/12 (1936).

eine Behelfsbrücke einrichten müssen⁹¹⁵, so konnte ein Vierteljahr darauf die Teilbrücke über den Nordarm der Donau für den Verkehr freigegeben werden⁹¹⁶. Gleichzeitig wurde die Steinerne Brücke instandgesetzt⁹¹⁷, während die Polizeidirektion die alte Eiserne Brücke für schwere Fahrzeuge und marschierende Truppen sperren mußte⁹¹⁸. Den Pontonsteg zwischen Unterem Wöhrd und Weichs ließ Schottenheim nun abbrechen⁹¹⁹. Die Montage der Südbrücke begann im Juli, die der Regenbrücke im Oktober 1937, während man an der nördlichen Donaubrücke allmählich die letzten Arbeiten abschloß⁹²⁰. Im Frühjahr 1938 standen auch die Bauarbeiten an der Südbrücke, dem Verbindungsdamm, der Regenbrücke und den Anschlußstraßen vor der Vollendung⁹²¹, und am 18. Juni 1938 wurden die gesamten neuen Anlagen für den Verkehr freigegeben⁹²².

Obwohl die Stadt rund 30 % der Kosten für die Brückenbauten trug, kamen örtliche Firmen nur begrenzt in den Genuß von Aufträgen. Einer der ganz seltenen Fälle, daß ein Ratsherrenprotokoll einmal eine "abweichende Meinung" verzeichnet, betrifft diesen Umstand: Ratsherr und IHK-Präsident Arthur Knab, selbst Baugeschäftsinhaber, kritisierte, daß Regensburger Firmen mehrfach nicht einmal zur Abgabe von Angeboten aufgefordert worden waren⁹²³. Seine Kritik war berechtigt: Zwar wurden 11 der 23 Teillose unter Federführung oder maßgeblicher Beteiligung örtlicher Baufirmen erstellt, doch umfaßten sie lediglich Aufträge im Gesamtwert von 1,2 Millionen RM, während allein die Stahlüberbauten der Nord- und Südbrücke, ausgeführt von der MAN (Mainz-Gustavsburg), teils gemeinsam mit der Dortmunder Union Brückenbau AG, 1,3 Millionen RM verschlangen⁹²⁴. Zusammen erhielten auswärtige Firmen deutlich mehr Aufträge, als es dem Finanzierungsanteil von Land und Reich entsprechen hätte⁹²⁵. Die Stadt traf hieran allerdings keine Schuld; sie hatte sich immer wieder bemüht, ortsansässige Betriebe berücksichtigen zu lassen, war jedoch strikt an die Reichsvergebungsordnung gebunden⁹²⁶.

Neben der Überwachung der Auftragsvergabe lag der Schwerpunkt städtischer Aktivitäten auf den Grunderwerbungen, die für die Anschlußstraßen zu beiden Brücken erforderlich wurden⁹²⁷. Sie standen unter erheblichem Zeitdruck, denn schon im Herbst 1936 sollte mit den Straßenarbeiten begonnen werden⁹²⁸. Auf der kostenlosen Gewinnung dieser Verkehrsflächen beruhte aber der ganze Finanzierungsplan, und so ordnete Schottenheim schon im März 1936 die Einleitung der zu erwartenden Enteignungsverfahren an⁹²⁹. Rechtsgrundlage hierfür war

⁹¹⁵ Mb Bauamt April 1937, DS 545, vgl. Pressegespräch Sch. 27.4.1937, PSt 502 und 506.

⁹¹⁶ Vgl. BA 4., 6. bzw. 29.9.1937. Zum Streit um die Kreuzung R 15 - Walhallabahn: ZR 11175 r-s, vgl. Notizen Sch. 12.10.1936 (DS 838) und 17.11.1936 (DS 837).

⁹¹⁷ Mb Bauamt Juli 1937, DS 545 und 562.

⁹¹⁸ Mb Bauamt Aug. 1937, ebd.

⁹¹⁹ Notiz 5.10.1937, DS 841.

⁹²⁰ RPB 5.6.1937.

⁹²¹ Bericht Bauleitung 30.4.1938, ZR 17684, vgl. RPB 6.5.1938.

⁹²² RPB 7.7.1938, vgl. BA und BOm 20.6.1938.

⁹²³ Prot. 8.7.1936.

⁹²⁴ Vertragsentwurf 3.6.1936, ZR 17684.

⁹²⁵ Verzeichnis Baufirmen im Abschlußbericht an Dt. Rechnungshof 19.4.1941, ZR 17684. Wichtigste Firmen auch im Bericht Bauleitung 23.3.1938, DS 838 (aus Rgbg. v.a. Tausendpfund, Riepl, Braun und Straßen- und Teerbau GmbH).

⁹²⁶ Vgl. z.B. Notiz Sch. 14.12.1935, DS 838.

⁹²⁷ Vgl. Prot. 1935-1938 Verwaltungsbeiräte und Rh., die sich ständig mit den Grunderwerbungen befaßten. Grundbesitzerlisten und weitere Unterlagen in ZR 11174 f., 11175 u, 17683 ff. und DS 546. Größere Einzelgeschäfte in ZRa 14171, 14291 f., 14652, ZR 14801 f., 14977, 15064 f., 15214-15251.

⁹²⁸ Vermerk H. 26.5.1936, ZR 17683.

⁹²⁹ Rh-Prot. 13.3.1936. Anweisung Sch. an Beigeordnete, sich persönlich in die Kaufverhandlungen einzuschalten, um sie zu beschleunigen: 15.5.1936 (ZR 17683).

das "Gesetz über die Enteignung zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit"⁹³⁰. Ihm kam bei einer Vielzahl öffentlicher Bauprojekte zentrale Bedeutung zu, denn es sah ein verkürztes Enteignungsverfahren vor; allerdings mußte schon vor der Grundabtretung die Entschädigung geregelt sein⁹³¹. Attraktiver war daher aus städtischer Sicht das Umlegungsverfahren: Grundbesitzer mußten einen bestimmten, bis dahin in Regensburg auf 25 % festgelegten Prozentsatz ihres Grundes ohne Entschädigung abgeben, wenn daran öffentliches Interesse bestand. Für die beschleunigte Durchführung der Straßenbauten genügte dies noch nicht, und so erhöhte Schottenheim den unentgeltlich abzugebenden Prozentsatz auf 40 %⁹³². Zu beiden Verfahren - verkürzter Zwangsenteignung bzw. Umlegung - ermächtigte die Kreisregierung den Oberbürgermeister⁹³³. Nachdem jedoch die Mehrzahl der betroffenen Grundbesitzer Widerspruch gegen eine Umlegung einlegte⁹³⁴, das Entschädigungsverfahren aber zu viel Zeit in Anspruch genommen hätte, fand man eine Lösung, indem die Stadt letztlich die benötigten Grundstücke doch kaufte. Dabei drohte Herrmann den Grundbesitzern, daß sie sonst 40 % ihres Besitzes entschädigungslos abgeben müßten, wobei ihnen kaum klar wurde, welche Chance sich ihnen durch den Zeitdruck geboten hätte, unter dem die Stadt stand⁹³⁵. Dennoch kam es zu einigen Zwangsenteignungen⁹³⁶.

Im Juli 1938 vollzog Innenminister Wagner, der bei dieser Gelegenheit mit der Ehrenbürgerwürde der Stadt ausgezeichnet wurde⁹³⁷, die Brückentaufe - wiederum ein Großereignis für die Stadt. Glückwunschtelegramme Hitlers, des Reichsministers Rust, Todts und Sieberts wurden verlesen, die Ansprachen betonten die zukunftsweisenden Aspekte des Brückenbaus, Tausende von Regensburgern waren Zeugen der Feier und bejubelten am Abend ein aufwendiges Feuerwerk⁹³⁸. Regierungsbaurat Sailer übernahm kurz darauf die Leitung des staatlichen Straßen- und Flußbauamts in Regensburg⁹³⁹, das Gebäude der Brückenbauleitung diente als provisorische Jugendherberge, im Herbst 1938 zudem zur Unterbringung sudetendeutscher Flüchtlinge⁹⁴⁰. 180000 m³ Erdbewegungen waren für die Brückenbauten erforderlich gewesen, 26000 m³ Beton, 2900 t Stahl und 500 t Rundeisen hatte man verbaut, 60000 m² Straßendecken gepflastert⁹⁴¹. Die gesamte Baumaßnahme verschlang 5,7 Millionen RM⁹⁴², die Planung von 1934 wurde also nicht unerheblich überschritten⁹⁴³. Von der Gesamtsumme trugen das Reich 2,75 Millionen, das Land 1,25 Millionen und die Stadt Regensburg 1,7 Millionen RM. Die Endabrechnung, die Abwicklung der noch schwebenden Grundstücksver-

⁹³⁰ 1.8.1933, GVBl S.219.

⁹³¹ Vgl. Gutachten Ehrhardt 9.4.1936, ZR 17688.

⁹³² Rh-Prot. 7.5.1936. Der Vorschlag bereits in Ehrhardts Gutachten, s. vorige Anm.

⁹³³ 19.6., 3.7. und 14.7.1936, veröff. Wbl 17.7.1936, vgl. ZR 17688.

⁹³⁴ Prot. 5.8.1936, ebd.

⁹³⁵ H. gelang es, die "Betroffenen von dem in der Unterlassung der Grundstücksumlegung liegenden großen Entgegenkommen zu überzeugen", vgl. Bericht an Brückenbauleitung 14.11.1938, ZR 11175 v.

⁹³⁶ Zwangsenteignungen z.B. in ZR 11174 oo, 11175 b und 17684, vgl. auch Rh-Prot. 27.5.1938.

⁹³⁷ Rh-Prot. 15.7.1938.

⁹³⁸ Festfolge 16.7.1938 in DS 838, Einzelheiten samt Redetexten in ZR 17689; vgl. auch BA 15. bzw. 18.7.1938 sowie BOM 18.7.1938.

⁹³⁹ Auflösung Brückenbauleitung durch Sch. in ZR 17683, ME 28.7.1938 zu Sailers Verwendung in ZR 11175 n.

⁹⁴⁰ Kreisleitung an Sudetendt. Flüchtlingslager (Freikorpsmeldestelle Bayreuth) 23.9.1938, StA (NSDAP) 4.

⁹⁴¹ Bericht Brückenbauleitung 23.3.1938, DS 838.

⁹⁴² Abschlußbericht Sch. an Dt.Rechnungshof 19.4.1941, ZR 17684. Vgl. schon Bericht an Reg. 10.9.1936 (ZR 17683).

⁹⁴³ Vgl. Zwischenbericht Dt.Rechnungshof Dez. 1936, ZR 11175 p. Lt. Sch. an Todt (18.12.1936, ZR 17683) konnte die Stadt ihren Anteil an den Mehrkosten nicht übernehmen. Mit ME 27.4.1938 (ebd.) Sonderzuschuß von 150000 RM aus der Kfz-Steuer, vertraulich angekündigt, da davon "die Techniker nichts wissen dürfen, weil sie sonst dieses Geld sofort wieder verbauen" (Notiz Sch. 20.4.1936, DS 838).

handlungen sowie einige Anschlußarbeiten wie die Verbreiterung der Weißenburgstraße⁹⁴⁴ nahmen allerdings noch mehrere Jahre in Anspruch.

Wenn auch die strategischen Interessen der Wehrmacht letztlich den Brückenbau erst ermöglicht hatten, darf doch nicht übersehen werden, daß in der Hauptsache die Stadt, insbesondere die Bewohner der nördlich der Donau gelegenen Stadtteile, etwa die Siedler im "Schottenheim", davon profitierten. Die Freude über die neuen Brücken war also verständlich⁹⁴⁵, doch auch ihrem eigentlichen Zweck mußten sie bald nach ihrer Fertigstellung gerecht werden: Im März 1938 hatte "unsere alte Steinerne Brücke noch einmal bei einer geschichtlichen Wende deutschen Schicksals deutschen Truppen den Übergang über die Donau bei ihrem Marsch nach Österreich" ermöglicht⁹⁴⁶ - bei der Besetzung des Sudetenlands, der Tschechoslowakei und dann beim Überfall auf Polen dienten die neuen Brücken bereits dem schnelleren Truppentransport nach Norden.

3. Innerstädtischer Verkehr⁹⁴⁷

a. Die Straßenbahn⁹⁴⁸

Das Netz der 1903 eingerichteten, 1909 kommunalisierten Straßenbahn umfaßte seit 1927 vier Linien⁹⁴⁹. Damals wurden auch das Straßenbahndepot an der Augustenstraße erweitert⁹⁵⁰ und Postbuslinien in die kürzlich eingemeindeten Vororte nördlich der Donau eingerichtet⁹⁵¹. Diese waren ihrerseits seit 1888 durch die Walhallabahn, betrieben von der Localbahn AG München, mit den donauabwärts gelegenen Nachbargemeinden verbunden. Dieses noch heute populäre "Walhalla-Bockerl" gab entgegen späterer nostalgischer Verklärung den Zeitgenossen Anlaß zu heftigen Klagen. Lange Warte- und Fahrtzeiten, Rauch- und Lärmbelästigung trugen dazu ebenso bei wie die Feuergefährdung der anliegenden Gebäude durch den Funkenflug. Daher hatte es schon seit langem Bestrebungen gegeben, die Straßenbahnlinie Bahnhof-Stadtamhof bis Reinhausen zu verlängern oder zumindest die Walhallabahn zu elektrifizieren. 1926 kündigte die Stadt der Localbahn AG das Recht, städtischen Straßengrund zu benützen⁹⁵², und löste damit einen Rechtsstreit aus, der durch sieben Instanzen ging und erst Ende 1932 vom Bayerischen Obersten Landesgericht zugunsten der Stadt entschied-

⁹⁴⁴ Hierzu ZR 17582, Einzelfälle auch in ZR 15329, 15533 und erwähnt in DS 798. Vgl. zur Verbreiterung Weißenburg- bis Reichsstr. (1937/38) Notizen Sch. in DS 780 und 842 sowie Mb Bauamt, DS 562, und Stadtgartenamt, DS 672. Einer der Hausbesitzer, die Teile ihrer Vorgärten abgeben mußten, war Sch. selbst.

⁹⁴⁵ Vgl. aber Sch. an Reg. 3.5.1940 (DS 657), wonach um die Steinerne Brücke durch stürmische Motorisierung schon wieder ähnliche Verhältnisse herrschten wie früher.

⁹⁴⁶ Sch. in seiner Eröffnungsansprache, s. Anm. 938.

⁹⁴⁷ Vgl. allg. ZR 19849 ff. sowie ortspol. Vorschrift PolDir 24.12.1935, u.a. in ZR 19865 und VÜW 502. Vgl. Bericht Bauamt über Verkehrsverbesserungen seit 1933 (März 1937, DS 545) und Vorschläge PolDir zur Verkehrsplanung 25.1.1939, DS 637. Überblick über innerstädt. Verkehrsprobleme in der Weimarer Zeit bei Reindl (1989) S.30.

⁹⁴⁸ Vgl. Zeitler (1981) passim und TA 11.-12.4.1953.

⁹⁴⁹ Vgl. ZR 16766 und 16772 zur neuen Linie 4. Zeitungsausschnitte zu Netzerweiterungen in ZR 16765.

⁹⁵⁰ Vgl. ZR 16760 a und 16771.

⁹⁵¹ Vgl. Festschrift Stadtwerke 1952 Kap.15 S.11. Zum Bahnbusbetrieb mit dem Umland: ZRa 12058 und ZR 17936. 1938 bestanden 5 ganzjährig und 2 im Sommer betriebene Kraftpostlinien (Walhalla und Befreiungshalle; Fragebogen für "Handbuch der Bayer. Ostmark", ZR 17089).

⁹⁵² Sr-Prot. 29.4.1926.

den wurde⁹⁵³. Erneut beantragte diese nun die Genehmigung, die Straßenbahn bis Reinhausen verlängern zu dürfen⁹⁵⁴, sowie zu diesem Zweck ein Darlehen aus dem Gereke-Programm⁹⁵⁵, und unmittelbar vor Hipps Sturz kam es zum Vergleich mit der Localbahn AG⁹⁵⁶.

Schottenheims Amtsantritt schien die jahrelangen Bemühungen zunichte zu machen. Er forderte vom Innenministerium, den Genehmigungsantrag seines Vorgängers abzulehnen, da er die städtischen Mittel - es handelte sich immerhin um 225000 RM - lieber für den Siedlungs- als für den Straßenbahnbau einsetzen wollte. Erst nach erregten Auseinandersetzungen konnte Bürgermeister Herrmann als Verkehrsreferent das neue Stadtoberhaupt doch noch umstimmen⁹⁵⁷, im Mai 1933 wurde die Streckenverlängerung bis Reinhausen genehmigt⁹⁵⁸, und die Localbahn AG stellte ihren Betrieb auf dieser Strecke ein. Im Herbst konnte Herrmann die neue Straßenbahnlinie nach Reinhausen, die erstmals die Gebiete nördlich der Donau und östlich des Regens direkt mit der Altstadt verband, mit einem "Sieg-Heil auf unser deutsches Vaterland und seinen großen Führer Adolf Hitler" feierlich eröffnen⁹⁵⁹.

Seit 1929 zeigte die Benutzerfrequenz der Regensburger Straßenbahn eine stark rückläufige Tendenz; Fahrgastzahlen und Einnahmen sanken bis 1933 um über 40 %⁹⁶⁰. Die Bahn blieb ein Zuschußbetrieb, der vorwiegend aus den Einnahmen des Elektrizitätswerks getragen wurde⁹⁶¹. Mit verschiedenen Maßnahmen versuchte die Stadt daher, die Attraktivität der Straßenbahn zu steigern. Dazu gehörte nicht nur die Erhöhung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 25 Stundenkilometer⁹⁶²; vielmehr forderte der Oberbürgermeister auch eine Senkung der Tarife⁹⁶³ - das Augsburgs Beispiel zeige, daß dies zu erheblichen Mehreinnahmen führen könne⁹⁶⁴. Auch weitere Ausbaupläne lagen vor, die teils erhebliche Eingriffe in die Bausubstanz der Altstadt mit sich gebracht hätten, jedoch wurden sie im Stadtzentrum nicht verwirklicht; nur in den Außenbezirken, vor allem im Südosten der Stadt, kam es zur Erweiterung des Streckennetzes: Mitte 1936 konnte man die um 600 m, bis zur Einhauser Straße verlängerte Linie 3 in Betrieb nehmen, die das Kasernenviertel mit der Altstadt verband⁹⁶⁵ - eine indirekte Leistung der Stadt für die Wehrmacht im Wert von rund 70000 RM. Es bestanden nun folgende Linien in Regensburg⁹⁶⁶:

⁹⁵³ Einzelheiten in Referat H. vor dem Stadtrat 21.12.1932, u.a. in ZR 17932. Zum Prozeß vgl. ZR 16760, 16762 und 17928 ff. sowie Schmetzer S.94.

⁹⁵⁴ HStAM MIInn 73779.

⁹⁵⁵ Antrag 3.2.1933, ZR 11310; weitere Darlehen für dringend nötige Modernisierungen.

⁹⁵⁶ Vergleich 18.3.1933, vgl. ZR 17932 sowie Sr-Prot. 1.2. und 29.5.1933. Grundabtretung Localbahn an Stadt für Güterbahnhof Dultplatz/Drehergasse in ZR 15473.

⁹⁵⁷ Notiz H. 13.5.1933, ZR 17931.

⁹⁵⁸ Ebd. und HStAM MIInn 73779.

⁹⁵⁹ Einzelheiten in ZR 15444, 15455 f, 16766 a, 17931-33 und HStAM MIInn 73779, vgl. auch Gb Betriebsamt 1933/34, DS 577. Zu den von der Localbahn abgegebenen Grundstücken: Sr-Prot. 26.2.1935. 1934 entstand am Reinhausener Bahnhof mit städt. Unterstützung eine neue Wartehalle der Localbahn, vgl. ZR 17925 f. Einzelheiten zur Walhallabahn in ZR 11175 s. 1938 ging die Localbahn AG München auf die RB über (RGBI II S.215), vgl. zu den Konsequenzen Vermerk 30.6.1938, DS 839.

⁹⁶⁰ Bericht Werksleitung 19.2.1935, DS 846, und Jahresabschluß Betriebsamt 31.3.1934, SWE 500.

⁹⁶¹ Ebd. Ausgaben und Einnahmen der Straßenbahn demnach 661000 RM, in letzteren enthalten 249000 RM Zuschuß des E-Werks.

⁹⁶² Sr-Prot. 5.7.1934 und Ortspol. Vorschrift 17.7.1934, Wbl 26.7.1934.

⁹⁶³ V.a. am Wochenende zur Förderung des Ausflugverkehrs (Notiz 30.7.1934, DS 587).

⁹⁶⁴ Notiz 11.2.1935 und Bericht Werksleitung 19.2.1935, DS 846. Tarif für 2 Teilstrecken bislang 10 Pf., 3-4: 15 Pf., 5 und mehr: 20 Pf.

⁹⁶⁵ Genehmigung 29.8.1935 erwähnt in HStAM MIInn 73779 und ZR 16664. Einzelheiten in ZR 16774 b, vgl. auch Gb Betriebsamt 1935/36, ZR 16509.

⁹⁶⁶ Neukonzession der Reg. nach dem Personenbeförderungsgesetz 4.12.1934 (RGBI I S.1217), vgl. ZR 16664. Zur Rechtslage: ZR 16774 a. 1.12.1938 geänderte Strecken (Linie 1: Kasernen-Prüfening, 2: Bahnhof-Reinhausen, 3: Schlachthof-Domplatz, 4: Arnulfplatz-Kumpfmühl), vgl. Mb 31.12.1938, DS 587.

- Prüfening (Rennplatz)/Arnulfsplatz/Domplatz/Hauptbahnhof
- Straubinger Straße (Schlachthof)/Domplatz/Stadtamhof/Reinhausen
- Maximilian-/Luitpold-/Landshuter Straße (bis Einhauser Straße)
- Kumpfmühl (Hofgarten)/Bismarckplatz.

Im Geschäftsjahr 1934/35 stiegen die Fahrgastzahlen erstmals wieder, im Frühjahr 1935 beschäftigte die Straßenbahn 92 Fahrer und Schaffner bei ebenfalls steigender Tendenz⁹⁶⁷. Dennoch gab es noch im Frühjahr 1936 Pläne, den Betrieb der Linie 1 nach Prüfening wegen zu geringer Auslastung einzuschränken, allerdings wurde diese Idee mit der Ansiedlung des Flugzeugwerks sofort hinfällig⁹⁶⁸. Gerade auf dieser Linie stiegen nun die Fahrgastzahlen enorm, ab 1937 mußten die städtischen Werke ständig in die Erneuerung und Modernisierung ihrer Gleisanlagen investieren, 1938 führten sie einen Spätbetrieb der Straßenbahn ein⁹⁶⁹. Die Benutzerfrequenz war seit 1933 um über 50 % gestiegen.

BEFÖRDERTE FAHRGÄSTE ⁹⁷⁰			
1929/30	5,57 mio	1934/35	3,58 mio
1930/31	4,47 "	1935/36	3,94 "
1931/32	4,08 "	1936/37	4,32 "
1932/33	3,56 "	1937/38	5,04 "
1933/34	3,31 "		

Ungelöst blieb die Verkehrsanbindung der Schottenheim-Siedlung an die Altstadt. Zwar hatte die Eröffnung der Adolf-Hitler-Brücke eine gewisse Erleichterung gebracht, doch noch immer mußten die Siedler weite Wege zurücklegen, um zumindest die Reinhausener Endhaltestelle der Straßenbahn zu erreichen. So richteten die Stadtwerke im Mai 1939 eine Buslinie zwischen Kumpfmühl, dem Bahnhof und dem Schottenheim ein⁹⁷¹; von nun an lautete ihr offizieller Titel "Städtische Verkehrsbetriebe". Schon nach wenigen Wochen mußte die neue Buslinie allerdings auf die Verbindung Bahnhof-Siedlung reduziert werden, da sich die Frequenz zwischen Bahnhof und Kumpfmühl als ungenügend erwies⁹⁷².

Schottenheim sah keine andere Lösung, als den Straßenbahnverkehr selbst in den engen Altstadtgassen aufrechtzuerhalten, da die Umstellung auf Busse zu teuer gekommen wäre. Die Zukunftsplanung der Stadtwerke orientierte sich allerdings generell an den flexibler einsetzbaren Autobussen⁹⁷³. Jedoch kam es nach Kriegsbeginn nicht mehr zur Einrichtung der geplanten Linie vom Bahnhof über Stadtamhof zur Schottenheim-Siedlung, die im Zuge der Baumaßnahmen für den Rhein-Main-Donau-Kanal nötig geworden wäre, da für diese die

⁹⁶⁷ Gb Betriebsamt 1934/35, ZR 16510, vgl. auch Meldung über DAF-Mitglieder in ZR 16540. Tarifordnung für städt. Straßenbahner: PAM 537.

⁹⁶⁸ Ehrhardt hatte davor gewarnt, da die "Liga" evtl. den Siedlungsbau im Stadtwesten einschränken werde. Einzelheiten in DS 587, vgl. Rh-Prot. 17. und 29.6.1936.

⁹⁶⁹ Vgl. Mb in DS 545 und 587, vgl. auch ZR 16794 und Gb Betriebsamt 1937/38, DS 579.

⁹⁷⁰ Betriebsbericht 15.1.1935, ZR 16787, und undatierter Text Sch. April 1939, DS 844. Graphiken zu Beförderungen, Fahrleistungen etc. 1910-1934 in SWE 500. Leichte Abweichungen in Unfallstatistik, ZR 16785. Besondere Vorkommnisse in ZR 11172 f.

⁹⁷¹ Vgl. Mb ab Ende 1938, DS 587, 667 und 844, vgl. auch H. an IHK 13.2.1939: keine Einwände gegen die Auflassung der Walhallabahn Reinhausen-Walhallastr.

⁹⁷² Mb 29.7.1939, DS 844, vgl. auch Jb Stadtwerke 1939, DS 579.

⁹⁷³ Programmrede Anfang 1941, DS 523 und ZR 3723.

Straßenbahngleise zwischen Stadtamhof und Steinweg beseitigt werden mußten. Vielmehr hatte die Straßenbahn nun, nachdem der Individualverkehr zum Zweck der Treibstoffeinsparung stark eingeschränkt worden war, eine ungeheure Steigerung der Fahrgastzahlen zu bewältigen⁹⁷⁴. Schon 1940 berichteten die Verkehrsbetriebe von einer kaum noch zu bewältigenden Belastung. Der Personalmangel wurde immer gravierender, dringend nötige Gleisarbeiten mußten zurückgestellt werden, 1941 schränkte man den Betrieb auf den Außenstrecken ein und verkürzte den Abendverkehr um eine Stunde. Diese Entwicklung setzte sich auch 1942 und 1943 fort: Die rapide Steigerung der Fahrgastzahlen bei drückendem Personalmangel - der es mit sich brachte, daß man nur noch selten Anhänger einsetzen konnte - bewirkten einen überdurchschnittlichen Materialverschleiß, aber auch häufige Krankmeldungen des Straßenbahnpersonals⁹⁷⁵. Schließlich mußte die Stadt sogar Busse auswärtiger Privatunternehmen beschlagnahmen lassen⁹⁷⁶. Ab Sommer 1942 verkehrten sie nur noch auf der verkürzten Strecke Stadtamhof-Schottenheim, Ende Oktober 1943 stellten die Verkehrsbetriebe den Sonntagsverkehr ein und bedienten die Straßenbahnlinien nur noch zu Zeiten des Berufsverkehrs⁹⁷⁷.

Schwierigkeiten ergaben sich auch bei der Bereifung und der Beschaffung des Treibstoffes für die Busse, die auf Treibgasantrieb umgestellt werden mußten. Zudem wurden die Anlagen der Straßenbahn bei Bombenangriffen mehrfach beschädigt⁹⁷⁸. Ab Mitte 1944 wurde sie auch zunehmend für den Güterverkehr eingesetzt; vor allem Milch, aber auch Baumaterialien für die Behelfsheimen am Ziegetsberg transportierte man nun per Straßenbahn, nachdem es überall an Kraftfahrzeugen und Treibstoff mangelte⁹⁷⁹. Die Bombardierung vom 20.10.1944 führte dann dazu, daß zwei Linien vorübergehend eingestellt werden mußten⁹⁸⁰, kurz darauf erzwang die Zerstörung der Kumpfmühler Eisenbahnbrücke die Einstellung des Verkehrs von und nach Kumpfmühl⁹⁸¹. Doch erwies sich Elektrizitätswerks-Direktor Schiekhofer, dem die Verkehrsbetriebe unterstanden, als geschickter Organisator, dem es immer wieder gelang, den Straßenbahnbetrieb behelfsmäßig in Gang zu setzen⁹⁸². Erst der große Bombenangriff vom 13.3.1945 brachte schließlich den gesamten Straßenbahn- und Busbetrieb zum Erliegen.

Bei Kriegsende ergab sich folgendes Bild: "Das Straßenbahndepot mit sämtlichen Werkstätten und Hallen war größtenteils zerstört, sämtliche Straßenbahnfahrzeuge einschließlich aller Gerätefahrzeuge teils total und teils sehr stark beschädigt, die Oberleitungsanlagen, Gleis- und Weichenanlagen durch Bombentreffer an vielen Stellen vernichtet, die Omnibusse und Anhänger verschleppt, die Garagen ausgeplündert usw."⁹⁸³ Es dauerte fast ein Jahr, bis die Anlagen wieder soweit betriebsbereit waren, daß man zumindest auf zwei Teilstrecken wie-

⁹⁷⁴ Ausländer wurden nicht transportiert, vgl. Rundschr. Bevollmächtigter für den Nahverkehr Nürnberg-Fürth im MInn 27.7.1943 (ZR 16774).

⁹⁷⁵ 56 Wochenstunden für das Fahrpersonal, vgl. Bericht 19.5.1942, PAM 537. Vgl. auch Bericht an Reichstreuhand für den öff. Dienst 27.11.1941: Erbitterung über geringe Einkommen der Straßenbahner und Ungleichbehandlung der alten Beamten mit neu eingestellten Arbeitern.

⁹⁷⁶ Vgl. z.B. Bevollmächtigter für den Nahverkehr an privaten Busbetrieb (Nördlingen) 1.7.1941, Abschrift in ZRA 13822, sowie Lagebericht Stadtwerke 1941, DS 580.

⁹⁷⁷ Vgl. Jb Stadtwerke ab 1940, DS 580 und 581.

⁹⁷⁸ Erst 5 Wochen nach dem Angriff 17.8.1943 ging Linie 1 wieder bis Prüfening in Betrieb, vgl. Gb Stadtwerke 1943, DS 581.

⁹⁷⁹ Am 22.8.1944 genehmigte das RVM den Gütertransport mit öff. Nahverkehr, vgl. Vermerk H. 4.9.1944, DS 745. Ebd. Einzelheiten zu den Milchtransporten.

⁹⁸⁰ Mb Okt. 1944, DS 588.

⁹⁸¹ Mb Nov. 1944, ebd.

⁹⁸² Vgl. Bericht zum Vorschlag für das Kriegsverdienstkreuz 1.9.1942, PAM 533.

⁹⁸³ Festschrift Stadtwerke 1952 Kap.15 S.12.

der Straßenbahnen einsetzen konnte. Schon 1947 erreichten die Fahrgastziffern dann wieder das Niveau des Rekordjahres 1943⁹⁸⁴.

b. Maßnahmen zur Verbesserung des innerstädtischen Verkehrs

Auch in Regensburg machte die zunehmende Motorisierung des Individualverkehrs⁹⁸⁵ eine Reihe von Baumaßnahmen erforderlich, die der Verbesserung der innerstädtischen Verkehrsverhältnisse dienten, so die bereits erwähnte Beseitigung der Engstelle zwischen Domplatz und Altem Kornmarkt oder die Verbreiterung des Minoritenwegs. Weitere solche Maßnahmen waren der Ausbau der Durchfahrt zwischen Emmerams- und Obermünsterplatz⁹⁸⁶, die Neupflasterung und teilweise Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes, des Alten Kornmarkts sowie die des Neupfarrplatzes. Auch der Arnulfplatz veränderte sein Aussehen; hier legte das Bauamt im April 1937 vor dem "Neuen Haus" einen Parkplatz an⁹⁸⁷. Ob die Pläne, den Hans-Schemm-Platz (heute Platz der Einheit) neu zu gestalten, vor Kriegsbeginn noch verwirklicht wurden, bleibt unklar; Ende 1938 hatte Schottenheim Fußgängerpassagen durch die Türme des Jakobstors, Bürgersteige und Verkehrsinseln gefordert⁹⁸⁸. Nicht durchgeführt wurde schließlich der 1933/34 geplante Abbruch des Stadtamhofer Stadttors⁹⁸⁹.

Eine weitere, heftig umstrittene Engstelle befand sich am Nordende des Krauterermarkts. Hier, vor der Westfassade des Bischofshofs, mußte die Straßenbahn in die enge Goliathstraße abbiegen und gefährdete dabei den gesamten übrigen Verkehr. Der Streit um die Verbesserung der Verkehrsführung in diesem Bereich schloß allerdings noch einen anderen Aspekt mit ein: die Schikanierung der bischöflichen Administration, verbrämt mit verkehrstechnischen Argumenten⁹⁹⁰.

Im Frühjahr 1935, wohl kaum zufällig zeitgleich mit dem beginnenden Kirchenkampf, wurden die seit Jahren im Raum stehenden Veränderungen in diesem Bereich aktuell. Schottenheim kritisierte gegenüber Bischof Buchberger die Verkehrsgefährdung durch die Hofeinfahrt zum Bischofshof und verlangte deren Verlegung zum Domplatz, die allerdings die Stiftskirche St.Johann erheblich in Mitleidenschaft gezogen hätte⁹⁹¹. Buchberger stimmte zunächst grundsätzlich zu⁹⁹², zog sich jedoch auf die Zuständigkeit des Kapitels zurück⁹⁹³. Daraufhin gab sich die Stadtspitze sehr entgegenkommend und sicherte zu, den Bischof gegen öffentliche Kritik zu decken⁹⁹⁴. Dies fiel leicht, nachdem man sich auf die immer dringlichere Forderung der Polizeidirektion stützen konnte, endlich die Verkehrsverhältnisse am Bischofshof zu verbessern. Anfang 1936 verhärteten sich auch in dieser Frage die Fronten: Die Pläne des Stadtbauamts sahen mittlerweile den völligen Abbruch von St.Johann vor, und

⁹⁸⁴ Ebd., vgl. auch TA 11.-12.4.1953.

⁹⁸⁵ Vgl. Zulassungsstatistik in BA 18.2.1936. 1940 waren in Rgbg. rund 21000 Kfz zugelassen, vgl. Besichtigungsprot. PolDir. durch Vertreter des RfSSuChdDtPol 11.-15.10.1940, HStAM MInn 71891.

⁹⁸⁶ Vgl. Notiz Sch. 11.12.1934, DS 666.

⁹⁸⁷ Vgl. Mb Bauamt, DS 545, 562, 659 und 663, vgl. auch Pressegespr. Sch. 20.3. und 27.4.1937, DS 865 bzw. PSt 506.

⁹⁸⁸ Notiz 9.11.1938, DS 664.

⁹⁸⁹ Vgl. ZR 18479.

⁹⁹⁰ Vgl. z.B. Notiz Sch. 4.1.1938, auf den Bischofshof könne "vom verkehrspol. Standpunkt aus ein Druck gesetzt" werden, DS 658.

⁹⁹¹ 27.5.1935, DS 657, vgl. auch Notiz Sch. vom gleichen Tag, DS 666.

⁹⁹² Notiz Sch. 27.6.1935, DS 666.

⁹⁹³ Vgl. Notizen Sch. und Einzelheiten in DS 657 und 666.

⁹⁹⁴ Zu Maßnahmen, bei denen man der Kirche entgegenkommen könne: wohl H. 4.11.1935, DS 657. Ebd. Sch. an Buchberger 20.11.1935: die Stadt sei bereit, "eine einwandfreie Behandlung in der Presse sicher zu stellen."

auch die Polizeidirektion forderte die Beseitigung der Kirche, da nur so eine gefahrlose Zufahrt zum Bischofshof geschaffen werden könne⁹⁹⁵. Der Bischof erklärte sich dazu nur unter Zwang bereit und verlangte im Gegenzug die Rückgabe der seit hundert Jahren profanierten Ulrichskirche aus Staats- in kirchlichen Besitz⁹⁹⁶. Zu gewaltsam wollte Schottenheim offenbar nicht vorgehen und versuchte daher, in dieser Frage zu vermitteln. Als sich schließlich Bischof Buchberger "denkbar ungnädig" über die Umbau- und Abbruchmaßnahmen an St.Johann äußerte⁹⁹⁷, zog sich die Stadt zurück - Schottenheim war nicht mehr bereit, der Polizeidirektion "die Kastanien weiterhin aus dem Feuer (zu) holen"⁹⁹⁸.

Zwei Umstände kamen der bischöflichen Administration zu Hilfe: der Einspruch des Landesamts für Denkmalpflege gegen den Abbruch von St.Johann⁹⁹⁹ und die Wohnungsnot in der Stadt. Denn der schon im Lasne-Plan vorgesehene Diagonaldurchbruch vom Bischofshof zur Steinernen Brücke mußte daran scheitern, daß damit 60 Wohnungen verloren gegangen wären¹⁰⁰⁰. Die Stadt wartete nun auf die Entscheidung der Landesregierung über die Rückgabe der Ulrichskirche, während die zuständigen Ministerialstellen diese Entscheidung von der endgültigen Verkehrsplanung der Stadt abhängig machten¹⁰⁰¹. Erst Ende 1937 lagen Pläne und Modell des Bauamts vor, nach denen nun kein vollständiger Abbruch von St.Johann mehr nötig geworden wäre¹⁰⁰², doch obwohl der Oberbürgermeister selbst einen Konfrontationskurs der Polizeidirektion gegenüber der Kirche gern gesehen hätte¹⁰⁰³, zeigte sich das Kultusministerium auch jetzt noch nicht in der Lage, eine Entscheidung über die Rückgabe von St.Ulrich zu treffen¹⁰⁰⁴. Daran änderte sich bis Kriegsbeginn nichts mehr, und so wurde die Stiftskirche St.Johann zu Schottenheims Verärgerung schließlich vor dem Abbruch gerettet; zwar habe die neue Adolf-Hitler-Brücke den innerstädtischen Verkehr erheblich entlastet, aber durch die zunehmende Motorisierung seien die Verhältnisse am Bischofshof wieder genauso schlimm wie früher¹⁰⁰⁵.

c. Der Gesamtverkehrsplan aus dem Jahr 1941

Außerhalb der Altstadt hatte die Erweiterung der Wohn- und Gewerbegebiete, etwa die Ansiedlung des Flugzeugwerks, der Kasernen- oder der Siedlungsbau, umfangreiche Erschließungsmaßnahmen erforderlich gemacht, das Brückenprojekt führte zur Neutrassierung der Reichsstraßen R 8 und R 15 sowie zur Erschließung des Unteren Wöhrds. Bei all diesen Projekten war ein deutlicher Respekt vor der mittelalterlichen Bausubstanz der Altstadt spürbar; großräumig um sie herum, nicht in sie hinein wollte man den Verkehr leiten. Als nun der Kriegsbeginn städtischen Straßenbau weitgehend unmöglich machte, verlegte man sich auch in diesem Bereich auf die Zukunftsplanung: Stadtbaurat Schipper, Oberbauamtmann Pfenning und die Ortsplanungsbehörde bei der Bezirksregierung waren monatelang unabhängig

⁹⁹⁵ Bericht Schipper 18.1.1936 und Schreiben PolDir 28.1.1936, so von Sch. weitergeleitet an Buchberger 3.2.1936, DS 657.

⁹⁹⁶ 19.2.1936, ebd. In der Ulrichskirche die Sammlungen des Hist. Vereins, seit 1933 in städt. Besitz, die später in das neue Museum überführt werden sollten; die Kirche war dann als Dommuseum vorgesehen.

⁹⁹⁷ Buchberger an H. 5.5.1936, DS 657.

⁹⁹⁸ Notiz 5.5.1936, DS 666.

⁹⁹⁹ Vermerk H. 1.7.1936 und Landesamt an PolDir 4.7.1936, DS 657.

¹⁰⁰⁰ Rh-Prot. 17.6.1936. Lt. Sch. an Reg. 3.5.1940 (DS 657) waren die abzureißenden Blocks schon im städt. Besitz.

¹⁰⁰¹ MK an Reg. 18.3.1937, Abschrift in DS 657.

¹⁰⁰² Fotos des Modells ebd.

¹⁰⁰³ H. an PolDir 13.10.1938, ebd.

¹⁰⁰⁴ Schriftwechsel ebd., vgl. auch Mb Bauamt 30.5.1938, DS 805.

¹⁰⁰⁵ Sch. an Reg. 3.5.1940, DS 657.

voneinander damit befaßt, Gesamtverkehrspläne für Regensburg auszuarbeiten. Mit dieser auf den ersten Blick unökonomischen Vorgehensweise versuchte sich Schottenheim vor nicht näher bezeichneten Radikallösungen zu schützen, die Regierungspräsident Wimmer für die Verkehrsprobleme der Stadt verfolgte. Im April 1941 konnte das Stadtoberhaupt schließlich eine Art "Idealplan" vorlegen, der aus der Kombination der verschiedenen Vorschläge entstanden war¹⁰⁰⁶.

Auch bei der Verkehrslenkung wollte der Oberbürgermeister nach dem Krieg dort ansetzen, wo man bereits begonnen hatte: bei der weiträumigen Südumgehung der Altstadt durch die Reichsautobahnen. Vier städtische Zubringerstraßen sah sein Konzept vor: bei Dechbetten, über den Galgenberg, wo die Autobahnen Nürnberg-Passau und München-Regensburg in einem Kleeblatt zusammentreffen sollten, an der äußeren Landshuter Straße kurz vor Burgweinting - diese Einfahrt befand sich schon in Bau - sowie eventuell vom geplanten Osthafen aus. Der innerstädtische Verkehr sollte darüber hinaus nach dem Krieg durch eine leistungsfähige Ost-West-Achse aus der Altstadt abgeleitet werden - auch dies eine Einsicht, die große Ähnlichkeit mit den Jahrzehnte später durchgeführten und den noch heute diskutierten Lösungen aufweist. Als wahrscheinlichste Linienführung für die Ost-West-Achse nannte Schottenheim allerdings den Ausbau der viel zu altstadtfernen Nibelungenstraße im Stadt-süden¹⁰⁰⁷. Weitere wichtige Pläne zur großräumigen Verkehrslenkung betrafen den Engpaß der Reichsstraße 15 in Sallern und die Verlegung der Straubinger Straße, Teil der R 8, im Osten der Stadt; letztere Maßnahme wäre im Zusammenhang mit dem Neubau des Osthafens, der Ansiedlung des Henkel-Werks und dem geplanten dortigen Autobahn-Zubringer erforderlich geworden¹⁰⁰⁸.

Auf der langen Liste geplanter Maßnahmen zur Verkehrsverbesserung in der Stadt selbst standen unter anderem die Erweiterung der Landshuter Unterführung, ein Fußgängersteg über die Bahnanlagen im Bereich des Hauptbahnhofs und nach wie vor der Durchbruch vom Bischofshof zur Donau. Der Ausbau der Eisernen Brücke und ihre Verlängerung über den nördlichen Donauarm hinweg bis zur neuen Brücke über den Rhein-Main-Donau-Kanal schließlich hätte gravierende Eingriffe in die Bausubstanz der Altstadt und des Unteren Wöhrds erfordert. In ferner Zukunft lag der Neubau einer weiteren Donaubrücke im Stadtwesten in Verlängerung der Dietrich-Eckart-Straße (heute Gerlichstraße)¹⁰⁰⁹.

Selbst noch Anfang 1942 hielt Schottenheim es für erforderlich, beim Stadtbauamt eine eigene Straßenbauabteilung einzurichten, die er Provinzialbaurat Rudolf Eichhorn unterstellte¹⁰¹⁰. Dieser hatte vor allem den Ausbau der bestehenden bzw. den Bau neuer Hauptverkehrsadern zu planen, wurde jedoch Ende 1943, wie erwähnt, zur Erledigung der alltäglichen Arbeit der Tiefbauabteilung herangezogen und 1944 mit dem Behelfsheimbau betraut.

¹⁰⁰⁶ Rh-Prot. 21.3. und 18.4.1941, vgl. Sch. an MInn 21.4.1941, DS 843, und Rh-Prot. 19.12.1941.

¹⁰⁰⁷ Rh-Prot. 21.3.1941.

¹⁰⁰⁸ Vgl. Rh-Prot. 4.7.1940.

¹⁰⁰⁹ Programmrede 1941, DS 523 und ZR 3723.

¹⁰¹⁰ Verf. 23.1.1942, DS 132.

E. Weitere Tiefbauten und Planungen aus der Kriegszeit

1. Parks und Grünanlagen

Für die Pflege der Regensburger Parks und Grünanlagen war das Stadtgartenamt zuständig, das dem Bauamt unterstand. Seine Arbeit wurde sowohl von der örtlichen NSDAP als auch vom Gesundheitsamt nachhaltig unterstützt, da es zwingend erforderlich sei, wegen der dicht besiedelten Altstadt mit ihren beengten, lichtarmen Wohnungen öffentliche Erholungsräume zu schaffen¹⁰¹¹. Im Verlauf des Dritten Reichs kam es daher zu verschiedenen Maßnahmen, um der Bevölkerung mehr Grünanlagen zu erschließen.

a. Stadtparkerweiterung und Stadthalle

Im Jahr 1910 hatte man die 100-jährige Zugehörigkeit der Stadt Regensburg zum Königreich Bayern mit einer mehrmonatigen Handels- und Gewerbeschau, der "Oberpfälzischen Kreisausstellung" begangen. Das Ausstellungsgelände westlich der Altstadt wurde anschließend in eine städtische Grünanlage umgewandelt, von den in Holzbauweise errichteten Hallen und Pavillons blieb die Haupt-, die künftige Stadthalle erhalten¹⁰¹². Bald entstanden Pläne, die beiden südlich an den neuen Wittelsbacher-Park angrenzenden, seit dem frühen 20. Jahrhundert stillgelegten Konfessionsfriedhöfe in diesen einzubeziehen¹⁰¹³, doch erwogen deren Eigentümer, die Evangelische Gesamtkirchenverwaltung und die Kirchenstiftung St. Rupert/St.Emmeram, auch die Umwandlung des Friedhofsgeländes in Bauland. Tatsächlich waren an der Westseite des Parks im Lauf der Zeit einige Villen entstanden, und für neue Bauplätze entlang der Prüfeninger Straße hätten sich sicherlich kaufkräftige Interessenten gefunden.

Im Frühjahr 1933 kamen die Kaufverhandlungen für das Friedhofsgelände, die bisher am Grundstückspreis gescheitert waren, auf Initiative der evangelischen Kirchenverwaltung wieder in Gang¹⁰¹⁴; mit dem Verkaufserlös wollte sie den Keplerbau am Hauptbahnhof erweitern¹⁰¹⁵. Im Gespräch waren nun folgende Objekte: der frühere evangelische Lazarus-Friedhof¹⁰¹⁶, die Osthälfte des ehemaligen katholischen Friedhofs mit Kirche und Wohnhaus¹⁰¹⁷ sowie das je zur Hälfte auf beiden Friedhöfen gelegene, von beiden Konfessionen gemeinschaftlich genutzte Leichenhaus. Nachdem jedoch gerade die Baulinien für dieses Stadtviertel festgelegt wurden, dauerte es nochmals viele Monate, bis sich Ergebnisse abzeichneten; inzwischen war die Grünanlage in "Hindenburg-Park" umbenannt worden.

Anfang 1935 konnte die Stadt zunächst im Rahmen eines Ringtausches den für die Parkerweiterung benötigten Teil des katholischen Friedhofs erwerben. Die OWAG gelangte bei dieser Gelegenheit in den Besitz des Baugeländes für ihr neues Verwaltungsgebäude, ein Pri-

¹⁰¹¹ Sch. an Reg. 25.4.1934, ZR 17866.

¹⁰¹² Details in ZRa 14443 und 14449. Zeichnung der Halle s.S.150.

¹⁰¹³ Zu den Friedhöfen: ZR 20797.

¹⁰¹⁴ 4.5.1933, ZR 15465. Einzelheiten ebd. und in ZR 20797.

¹⁰¹⁵ Einzelheiten in ZR 18447, vgl. aber Notiz Sch. 3.12.1938, die Kirchenverwaltung wolle, sobald sich die Rohstofflage verbessert habe, noch immer den Keplerbau erweitern (DS 665).

¹⁰¹⁶ 0,81 ha, Wert 58000 RM, vgl. Bericht Lieg. 3.7.1934, ZR 15466.

¹⁰¹⁷ 1,18 ha, Wert 78000 RM, ebd. Den Westteil des ehem. kath. Friedhofs hatte die Stadt schon früher erworben.

vatmann erstand den Villenbauplatz an der Ecke Prüfeninger/Schillerstraße¹⁰¹⁸. Nun hatte die Stadt es endlich in der Hand, die in der Öffentlichkeit viel diskutierte, vor allem von Konservator Boll¹⁰¹⁹ bekämpfte Randbebauung der Stadtparksüdseite zu verhindern. Der Park wurde zwar im Westen und Südwesten durch Bebauung begrenzt, blieb jedoch zur Prüfeninger Straße hin offen, und ab dem Frühjahr 1935 wurden die alten Friedhofsmauern entfernt¹⁰²⁰.

Wesentlich komplizierter gestaltete sich die Erwerbung des evangelischen Friedhofs. Gesamtkirchenverwaltung und Stadt waren sich über alle Details einig, vom Kaufpreis bis zum Abtransport der kunstgeschichtlich wertvollen Grabdenkmäler in das künftige Ostmark-Museum¹⁰²¹, doch kam die vereinbarte Stundung des Kaufpreises einer Darlehensaufnahme gleich, und die Kreisregierung versagte angesichts der Verschuldung der Stadt Regensburg hierfür ihre Genehmigung. Erst im Herbst 1936 gelang es mit Hilfe einer komplizierten Finanzierungs konstruktion, die staatsaufsichtliche Genehmigungspflicht zu unterlaufen. Anfang 1937 wurde der Kaufvertrag abgeschlossen¹⁰²², wobei sich die Stadt verpflichtete, die Würde des Geländes zu wahren¹⁰²³. Hierüber sollte es gegen Kriegsende, im Zusammenhang mit dem Bau von Löschwasserteichen, noch zu einer Kontroverse kommen.

Mit dem Abschluß dieses Grundstücksgeschäfts wuchs der Stadtpark um fast ein Drittel auf 8,25 ha. Daß ihn das Stadtgartenamt nun in der vorgesehenen Form gestalten konnte, war nicht selbstverständlich, denn schon 1934 war der Park als einer von drei möglichen Standorten für eine "Thing-Stätte" vorgesehen gewesen, 1937/38 stand das Projekt der Domspitzen im Raum, hier ein Musikgymnasium zu erstellen¹⁰²⁴, und schließlich sollte das "Ostmark-Haus", die Parteizentrale der NSDAP mitsamt einem riesigen Aufmarschgelände, nach der endgültigen Planung von 1938 hier entstehen - ein Plan, der nicht mehr verwirklicht wurde. Jedenfalls riß man ab 1938 die noch übriggebliebenen Friedhofsanlagen ab. Einige Grabdenkmäler wurden in der Minoritenkirche aufgestellt, neue Wege angelegt und das Gelände bepflanzt¹⁰²⁵.

Seit dem Winter 1933/34 war im Stadtpark alljährlich zugunsten des NSV-Winterhilfswerks eine Eisbahn betrieben worden¹⁰²⁶. Während diese Nutzung des Parks durchaus dem Erholungsbedürfnis der Bevölkerung entgegenkam, diente die Stadthalle zunächst städtischen und Parteizwecken, dann als provisorisches Lagerhaus. Baurat Schmetzer hatte das massive Gebäude nach dem Ersten Weltkrieg abbrechen lassen wollen, um Holz für den Kleinwohnungsbau zu gewinnen, jedoch fand sich ein Pächter für die Halle. 1934 behauptete dieser, schon immer mit der NSDAP sympathisiert und die Halle schon 1922 Adolf Hitler zur Verfügung gestellt zu haben; dafür sei er von der konservativen Stadtverwaltung schikaniert worden¹⁰²⁷. Ziel dieser Argumentation war es, einen neuen, langfristigen Pachtvertrag zu erhalten, doch drang er damit nicht durch, da er für seine mangelhafte Zahlungsmoral bekannt

¹⁰¹⁸ Vgl. Sr-Prot. 14.9., 29.10.1934 und 26.2.1935. Beurkundung 30.1.1935, ZR 15465, Einzelheiten ebd.

¹⁰¹⁹ Notiz 22.2.1934, ZR 17866.

¹⁰²⁰ Notiz Sch. 6.11.1934, ebd.

¹⁰²¹ Landesamt für Denkmalpflege an Reg. 22.3.1934, Abschrift in ZR 15465.

¹⁰²² 26.2.1937, ebd., vgl. Rh-Prot. 1.10.1936.

¹⁰²³ Vgl. Notiz Sch. 11.2.1937, DS 822, vgl. auch BA 25.2.1937.

¹⁰²⁴ Einzelheiten in DS 853, vgl. Mb Bauamt Mai/Juni 1937 (DS 545) und Stadtgartenamt 30.6.1937 (DS 672). Lt. Sch. an MK 17.3.1938 (ZR 881) waren die Pläne für das Gymnasium an das Reichserziehungsmin. gesandt worden, waren jedoch wohl durch die Ostmarkhaus-Planung überholt.

¹⁰²⁵ Einzelheiten in ZR 15465 f., vgl. auch Mb Stadtgartenamt 1937-1939, DS 672. Lt. Notiz 4.2.1938 rechnete Sch. mit rund 50000 RM Aufwand (DS 822).

¹⁰²⁶ Vgl. BOM und BA 13.12.1938 und ZRa 12771 (früher betrieben vom Stadtverband für Leibesübungen, vgl. ZR 18753).

¹⁰²⁷ Schnell an Stadt 9.12.1934, ZR 16504.

war¹⁰²⁸. Stattdessen verpachtete der Oberbürgermeister die Halle im Sommer 1935 an die Stern-Brauerei, die dafür das Mobiliar erneuerte und städtische sowie parteiamtliche Veranstaltungen kostenlos duldet¹⁰²⁹.

Seit der NS-Machtergreifung war die Stadthalle - neben der Jahnturnhalle am Oberen Wöhrd der größte Versammlungsraum der Stadt - ein Zentrum nationalsozialistischer Agitation in Regensburg gewesen. Zahllose Partei- und parteinahe Veranstaltungen sowie alle großen Ausstellungen wurden hier durchgeführt, häufig war das Gebäude mit erleuchteten Hakenkreuzen "geschmückt". Doch war man offenbar nicht vollkommen zufrieden mit der Halle, denn es finden sich viele Hinweise auf Pläne für einen repräsentativen Neubau. Als Fürst Albert von Thurn und Taxis zu seinem 70.Geburtstag der Stadt 50000 RM für diesen Zweck stiftete, wurde sogar ein eigener Neubaufond eingerichtet¹⁰³⁰. Tatsächlich war die Stadthalle schon in den letzten Vorkriegsjahren ihrer eigentlichen Bestimmung entzogen, denn mangels anderer Räumlichkeiten lagerten hier zunächst die Reichsstelle für Getreide große Mengen an Getreide, dann die BayWa landwirtschaftliche Maschinen ein¹⁰³¹. Dies mag dazu beigetragen haben, daß eine neue Stadthalle Bestandteil der umfassenden Gesamtplanung für die Osthälfte des Stadtparks wurde, wie das Ostmarkhaus-Projekt es vorsah.

Beim Bombenangriff vom 13.3.1945 wurde die Halle schwer getroffen und brannte ab. Auch die Einrichtung eines Löschwasserteichs im Jahr 1943 hatte dies nicht verhindern können. Unmittelbar vor der ersten Bombardierung des Flugzeugwerks hatte die Polizeidirektion mit den Arbeiten hierfür begonnen, danach mangelte es an Transportfahrzeugen. Daher lagerte man die anfallenden Erdmassen trotz aller Bedenken einfach im Stadtpark ab. Unter äußerstem Zeitdruck konnten gerade noch einige Kunstdenkmäler aus dem ehemaligen Friedhofsgelände geborgen werden; auch Säрге führte man der Altmaterialsammlung zu, bevor der Stadtpark zum Schuttablageplatz wurde. Dies veranlaßte den Regierungspräsidenten, von einem "Zerstörungswerk" an diesem "bedeutungsvollen Natur- und Baudenkmal" zu sprechen¹⁰³², doch hatte der Luftschutz Vorrang - Schottenheim konnte nur noch anordnen, das Aushubmaterial künftig künftig anderswo zu lagern und die schlimmsten Verwüstungen im Frühjahr 1944 zu beheben¹⁰³³.

b. Die Zwangsöffnung des Dörnbergparks¹⁰³⁴

Großes Aufsehen in der Regensburger Bevölkerung erregte die zwangsweise Öffnung des Dörnbergparks im Jahr 1938. Die Stadtverwaltung hatte sich seit der Frühzeit der Weimarer Republik bemüht, den Park der Bevölkerung zugänglich zu machen, jedoch mit nur mäßigem Erfolg, da dem das Testament des Grafen Dörnberg entgegenstand. Zwar öffnete die Dörnberg'sche Waisenfond-Stiftung das ausgedehnte Parkgelände zeitweise für alte Menschen, Erholungsbedürftige und Kranke, die eigene Eintrittskarten erwerben mußten, doch bewogen

¹⁰²⁸ HA-Prot. 23.1.1935, vgl. auch Notiz Sch. 1.2.1935, DS 846.

¹⁰²⁹ HA-Prot. 7.5.1935; Einzelheiten in ZR 16504. In ZR 16503 Hinweis auf den Sohn des früheren Pächters, Josef Schnell, als wohl von der Brauerei angestellten Schankwirt und Betreiber der Stadthalle (1938).

¹⁰³⁰ Kassenanweisung 4.5.1937, ZRa 13667. Zu seiner Goldenen Hochzeit 1940 stiftete der Fürst nochmals 50000 RM für eine neue Stadthalle, vgl. v.Schirnding an Sch. 9.7.1940, ZR 11242.

¹⁰³¹ Vgl. auch undatierte Übersicht zum kriegswichtigen Raumbedarf Anfang 1945, DS 746.

¹⁰³² 29.10.1943 an Sch., ZR 20801.

¹⁰³³ Bericht 16.11.1943, ebd.

¹⁰³⁴ Vgl. allg. K.Kick passim, beruhend auf der Auswertung des Archivs der Dörnberg-Stiftung.

die Erfahrungen damit die Stiftungsadministration, den Park ab 1928 wieder geschlossen zu halten¹⁰³⁵.

Diesen Zustand beurteilte Schottenheim als unsozial. Er drängte schon kurz nach seinem Amtsantritt mit dem Argument, ein "altes vergilbtes Testament" könne in dieser "revolutionären Zeit" nicht mehr ausschlaggebend sein, auf die neuerliche Öffnung des Parks¹⁰³⁶. Diesem Druck konnte sich die Stiftung nicht entziehen und machte die Grünanlage wieder dem früheren, beschränkten Personenkreis zugänglich¹⁰³⁷. Damit gab sich der Oberbürgermeister jedoch nicht zufrieden. Monatlang zog sich nun der Streit um die vollständige Öffnung des Parks hin, Schottenheim und das Gesundheitsamt forderten sie ebenso entschieden, wie die Stiftung sie ablehnte. Sachargumente und persönliche Animositäten wurden ideologisch verbrämt, wenn die Stiftung davon sprach, die Öffnung des Parks werde aus rein politischen Gründen und nur von einem kleinen Teil der Bevölkerung angestrebt, und Schottenheim andererseits das Dörnberg-Testament als das "eigennützige Streben eines Narren" bezeichnete, "der Mitwelt von seinem Besitz nichts zukommen zu lassen"¹⁰³⁸. Besprechungen nahmen "zum Teil heftigen Charakter" an¹⁰³⁹, brachten jedoch keine Einigung, so daß die Kreisregierung Mitte 1934 die Zwangsöffnung einfach anordnete. Doch setzte sich die Stiftung mit einer Beschwerde beim Innenministerium und einer Verwaltungsklage erfolgreich zur Wehr¹⁰⁴⁰, die Entscheidung wurde auf die lange Bank geschoben.

Daran konnte auch eine von der Stadt inszenierte Personalintrige nichts ändern. Empfohlen hatte sie NS-Stadtrat Josef Kaiser, der seit September 1934 als einer von drei Stiftungsadministratoren amtierte und damit einen seiner Kollegen, den prominenten früheren SPD-Stadtrat Karl Esser, ausschalten half¹⁰⁴¹. Zu seinem Nachfolger ernannte das Innenministerium mit Hans Meierhofer einen weiteren NS-Stadtrat¹⁰⁴², doch vermochte die Stiftung auch diesen Anlauf abzuwehren, indem sie Strafanzeige gegen Meierhofer wegen Vorlage falscher Urkunden erstattete. Jahrelang herrschte nun Waffenruhe zwischen Stadt und Stiftung¹⁰⁴³, allein die Idee, hier das auch im Zusammenhang mit dem Stadtpark erwähnte Musikgymnasium der Domspatzen zu errichten, ließ die Stadt wieder an eine Zwangsenteignung denken¹⁰⁴⁴. 1937 forderte Schottenheim daher erneut eine Entscheidung der Kreisregierung¹⁰⁴⁵, und Anfang 1938 erhielt er die Weisung des Innenministeriums, daß "im 3.Reich nicht mehr nach Paragraphen gehandelt wird, sondern an oberster Spitze der Betrachtungen das Gesamtwohl zu stehen habe"¹⁰⁴⁶. Wiederum kam es zu einer "stürmischen" Sitzung beim Regierungspräsidenten¹⁰⁴⁷, dann zum Antrag an die Staatsregierung, die Zwangsöffnung des Parks anzuordnen. Auch die Stiftung hatte inzwischen versucht, Hilfstruppen zu sammeln und Gauinspekteur Ganninger für sich einzuspannen. Ausgerechnet Stiftungsadministrator Kaiser, zugleich städtischer Ratsherr, erwies sich nun als zähester Gegner Schottenheims, doch gelang es diesem,

¹⁰³⁵ Vgl. zum Testament und dem Streit in der Weimarer Zeit ZR 17866 und K.Kick S.156.

¹⁰³⁶ K.Kick S.161 zitiert einen entspr. Vermerk des Stiftungsadministrators Schmidt 23.6.1933.

¹⁰³⁷ Beschluß Stiftungsverwaltung 3.7.1933, zit. ebd.

¹⁰³⁸ Notiz 1938 über die Verhandlungen 1934, ZR 17866; ebd. der Schriftwechsel von 1934 selbst.

¹⁰³⁹ Notiz Sch. 30.5.1934, ebd.

¹⁰⁴⁰ Einzelheiten in ZR 17865.

¹⁰⁴¹ Vermerk Sch. 27.9.1934, ZR 17866, vgl. auch Sch. an Reg. 12.9.1939, ZR 3715. Zu Esser (Entlassung und weitere Biographie) vgl. K.Kick S.150 ff. und 165.

¹⁰⁴² Vermerk Sch. 12.12.1934, ZR 17866.

¹⁰⁴³ Einzelheiten ebd. und in ZR 17865.

¹⁰⁴⁴ Einzelheiten in DS 853.

¹⁰⁴⁵ Vgl. K.Kick S.162 (Datum 2.9.1937).

¹⁰⁴⁶ 21.1.1938, ZR 17866.

¹⁰⁴⁷ Vermerk Sch. zum 10.2.1938, ebd.

alle Verantwortung der Kreisregierung zuzuschieben und selbst als nur noch am Rande beteiligter Beobachter zu erscheinen¹⁰⁴⁸.

Die Entscheidung fiel, als die Landesregierung die Beschwerde der Stiftung gegen die Öffnungsanordnung von 1934 verwarf¹⁰⁴⁹. So kam es im April 1938 zu einer dramatischen Szene vor dem Eingangstor des Parks, als eine städtische Delegation Kaiser unter Androhung von Gewalt und Schutzhaft zur Herausgabe der Schlüssel zwang¹⁰⁵⁰. Schon zuvor hatte Schottenheim das Stadtgartenamt angewiesen, den Park, der sich "in bestem Zustande" befand¹⁰⁵¹, von nun an tagsüber offen zu halten und seine Pflege und Beaufsichtigung zu übernehmen¹⁰⁵². Die Presse bejubelte die Öffnung des Dörnbergparks als "herrliches Geschenk", mit dem Schottenheim einen Beweis seiner kampferprobten nationalsozialistischen Einstellung erbracht habe. Weniger begeistert reagierte die Stiftung selbst: Sie erklärte, nur der Gewalt gewichen zu sein, und leitete sofort weitere rechtliche Schritte ein¹⁰⁵³. Dennoch mußte sie kurz darauf einer Vereinbarung mit der Stadtverwaltung zustimmen; Schottenheim vermerkte selbstbewußt, wenn auch voreilig: "Park nunmehr frei. Ich bestimme die Parkordnung."¹⁰⁵⁴ Zwar überschritt er damit seine Befugnisse, und die Regierung versagte dem Abkommen die Genehmigung, doch als das Reichsinnenministerium schließlich die Beschwerde der Stiftung abgewiesen hatte, blieben alle weiteren Auseinandersetzungen für die Bevölkerung folgenlos - der Dörnbergpark blieb öffentlich zugänglich¹⁰⁵⁵. Allerdings entspann sich eine Art Kleinkrieg um eigenmächtig eingesetzte Goldfische, abgeschnittene Rosen und dergleichen zwischen den Stiftungsangestellten und den städtischen Parkwächtern - ein weiterer Beleg für die Animositäten, zu denen der Streit geführt hatte. Zudem benannte Schottenheim den Administrator Kaiser, als Ratsherr zugleich städtischer Ehrenbeamter, als einen der wenigen halbwegs entbehrlichen Bediensteten für den Einsatz bei der Verwaltung der besetzten Ostgebiete, doch scheiterte seine Abschiebung am Einspruch der Stiftung wie auch des Regierungspräsidenten¹⁰⁵⁶.

Erst Ende 1940 ging die Verfügungsgewalt über den Park wieder auf die Stiftung über¹⁰⁵⁷, doch wagte sie nicht, ihn wieder zu schließen. Dazu kam es erst in den letzten drei Kriegswintern für jeweils einige Monate, da es an Pflegepersonal für die Grünanlage mangelte. Dennoch wirkten die latenten Spannungen noch in den letzten Kriegswochen nach: Schottenheim wünschte mit dem Eintreten der wärmeren Jahreszeit die vorzeitige Öffnung des Parks für die Bevölkerung und die Insassen des benachbarten Hilfslazarets Augustenschule, Administrator von Andrian wehrte sich mit dem Hinweis auf nicht gesicherte Bombentrichter und Schuttberge auf den Spazierwegen¹⁰⁵⁸. Tatsächlich wiesen der Nordflügel des Dörnberg-Palais, das Mausoleum¹⁰⁵⁹ und die Wege einige Schäden auf, die jedoch keine Gefährdung für die Öffentlichkeit bedeuteten. So ordnete Bürgermeister Herrmann im März 1945 die sofortige Öffnung des Parks an. Prompt beklagte sich von Andrian lebhaft bei Schottenheim über angebliche Blumendiebstähle. Handschriftlich notierte der Oberbürgermeister dazu: "Ich bitte

¹⁰⁴⁸ Vgl. Rh-Prot. 4.2. und 8.4.1938.

¹⁰⁴⁹ ME 29.3.1938 in ZR 17865, zit. auch bei K.Kick S.162.

¹⁰⁵⁰ Zu der Szene: Ganninger an Stellv. Gauleiter 12.4.1938, Abschrift in ZR 17865, vgl. K.Kick S.162 f.

¹⁰⁵¹ Mb Stadtgartenamt 30.6.1938, DS 672.

¹⁰⁵² Sch. an Stiftungsadministration 7.4.1938, ZR 17865, vgl. Mb Stadtgartenamt 30.4.1938, DS 672.

¹⁰⁵³ 8.4.1938, ZR 17865.

¹⁰⁵⁴ Vermerk 12.4.1938, ebd.

¹⁰⁵⁵ Der weitere Streit in ZR 17865, vgl. RPB 6.5.1938, wonach die Bevölkerung die Parköffnung lebhaft begrüßte.

¹⁰⁵⁶ Der Vorgang in ZR 3715.

¹⁰⁵⁷ Anordnung Reg. 14.12.1940, ZR 17865; der Stadt fehlte wohl Pflegepersonal für den Park.

¹⁰⁵⁸ Auftrag H. an Stadtgartenamt zur Prüfung 20.3.1945, DS 746.

¹⁰⁵⁹ Vgl. K.Kick S.165.

diesem unverschämten Schreiben eine entsprechende Antwort zu geben¹⁰⁶⁰. Wie ersichtlich, hatte die gegenseitige Aversion nicht nachgelassen.

Nach Kriegsende wurde Administrator Kaiser verhaftet und auch von der Stiftung entlassen, die Entnazifizierungsspruchkammer stufte ihn später als Mitläufer ein. Ersetzt wurde er durch den im Mai 1945 nach Regensburg zurückgekehrten Karl Esser, der die Stiftung nach Andrians Tod ab Ende 1945 allein vertrat, allerdings im Nebenberuf, denn mittlerweile betätigte er sich vor allem schon als Verleger und Herausgeber der neuen "Mittelbayerischen Zeitung"¹⁰⁶¹.

c. Weitere Parks und Grünanlagen

Der Villapark am Ostentor gehörte zwar zur ehemaligen Königlichen Villa, sollte aber nach Schottenheims Wunsch ebenfalls der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, wie dies bereits 1919 vorübergehend erprobt worden war¹⁰⁶². So kam es im Verlauf der dreißiger Jahre verschiedentlich zu Verhandlungen mit der Staatsregierung als Eigentümerin der Villa¹⁰⁶³. Schottenheim hätte hier gern ein Café, eine Gemäldesammlung und ein Kolonialmuseum gesehen, doch hätte man dazu die nach dem Ersten Weltkrieg hier eingerichteten Notwohnungen räumen müssen. Daran scheiterten letztlich alle Bemühungen, denn angesichts der Wohnungsnot in Regensburg gelang es nicht, Ersatzwohnraum für die betroffenen Mieter zu beschaffen¹⁰⁶⁴.

Erfolgreicher war die Stadt in ihrem Bemühen, vom Pfaffensteiner Hang zu den Winzerer Höhen eine geschlossene Grünanlage einzurichten. Hier, in einer der teuersten Wohnlagen der Stadt, hatten sich einige der einflußreichsten Einwohner von Regensburg angesiedelt, darunter Kreisleiter Weigert und Gauinspekteur Ganninger¹⁰⁶⁵. Um der weiteren Bodenspekulation die Grundlage zu entziehen, plädierte Oberstadtbaudirektor Schipper dafür, "heute im Zeichen des Gemeinnutzes, wo die Möglichkeit noch besteht", möglichst große Teile der Winzerer Höhen zu erwerben und sie zu einer öffentlichen Erholungsfläche auszugestalten¹⁰⁶⁶. Wann immer sich die Gelegenheit bot, erwarb die Stadt tatsächlich Grundstücke in diesem Bereich und machte sie in Zusammenarbeit mit dem Verschönerungsverein der Öffentlichkeit zugänglich¹⁰⁶⁷. In mindestens einem Fall war davon auch jüdisches Eigentum betroffen, als nämlich der Fabrikbesitzer Albert Levy kurz nach dem Pogrom 1938 anfragte, ob die Stadt an seinem dortigen Grundstück interessiert sei. Die Liegenschaftsverwaltung befürwortete den "Gelegenheitskauf, da Levy von seinen Gläubigern bedrängt wird und (...) sofort Barmittel benötigt"¹⁰⁶⁸, und Herrmann ließ sich diese Gelegenheit nicht entgehen; im März 1939 kam es zum Abschluß des Kaufvertrags¹⁰⁶⁹. Als gewiefter Grundstückshändler nutzte

¹⁰⁶⁰ Beschwerde v. Andrian 24.3.1945, DS 746. Eine Antwort ist nicht erhalten.

¹⁰⁶¹ Vgl. K. Kick S. 165 zur Stiftung nach Kriegsende.

¹⁰⁶² Zur Vorgeschichte ZR 17840 a. Zum folgenden ZR 17866.

¹⁰⁶³ Anweisung Sch. an Sachs 12.12.1934, ZR 16386 a.

¹⁰⁶⁴ Bayer. Finanzmin. an staatl. Krongutverwaltung 16.6.1935, Abschrift ZR 16386 a. In ZR 16389 Hinweis auf Bemühungen der NSV-Gauleitung 1941, die Villa als Mütterheim oder Kinderpflegerinnenschule zu nutzen.

¹⁰⁶⁵ Vgl. Rh-Prot. 7.5.1937 zu dessen Baugesuch.

¹⁰⁶⁶ HA-Prot. 20.3.1935; Schipper war sogar zu Zwangsenteignungen bereit, vgl. auch Rh-Prot. 1.7.1937.

¹⁰⁶⁷ Beispiele in ZR 14973, 15100 (mit Plan), 15173, 15467 und 15532. Erwerbungen des Verschönerungsvereins in ZR 15183.

¹⁰⁶⁸ Bericht Amtmann Eckl 13.12.1938, ZR 15182.

¹⁰⁶⁹ Vertrag 2.3.1939, ZR 15182, auch erwähnt in HM 1378. Für die 1,03 ha wurden nur 6210 RM auf ein Sperrkonto bezahlt, vgl. Rh-Prot. 17.2.1939. Plan 10.12.1938 in ZR 16099.

Herrmann dabei die bedrängte Lage Levys aus und behielt entgegen früherer Zusagen die Wertzuwachssteuer aus dem Grundverkauf ein; eine "als möglich bezeichnete Nichterhebung einer Wertzuwachssteuer kommt nicht in Betracht, weil es sich, wie sich nachträglich herausstellte, um einen 'Inflationskauf' Ihrerseits handelt"¹⁰⁷⁰. Tatsächlich hatte Levy das Grundstück 1920 erworben, was der Liegenschaftsverwaltung von Anfang an bekannt gewesen sein mußte.

Schließlich hat die Stadt unmittelbar nach der Erwerbung des Guts Königswiesen Ende 1937 den zugehörigen, ausgedehnten Park der Öffentlichkeit zugänglich gemacht sowie in geringem Umfang noch ein anderes Naturschutzgebiet ausgeweitet, nämlich den Max-Schultze-Steig, gelegen im Südwesten der Stadt an der Donau und benannt nach dem fürstlichen Oberbaurat Schultze, der hier in den Jahren 1906 bis 1912 ausgedehnte Grundstücke erworben hatte¹⁰⁷¹. Und auch die Kleingartenbewegung wurde gemäß den Vorschriften der Reichs- und der Landesregierung nachhaltig unterstützt¹⁰⁷². Der Kündigungsschutz für Kleingärten, die durch geplante Bauprojekte immer besonders gefährdet waren, wurde in den dreißiger Jahren mehrfach verstärkt, ab 1938 war die Beschaffung von Ersatzgelände in solch einem Fall sogar zwingend vorgeschrieben¹⁰⁷³. Den Hintergrund hierzu stellte weniger das Verständnis für die Erholungsbedürftigkeit der Bevölkerung dar als vielmehr das Autarkiestreben: Der Kleingärtner war ebenso wie der Siedler ein potentieller Selbstversorger und entlastete mit seiner Arbeit die Landwirtschaft. Zudem stellten die Gartenlauben in den späteren Kriegsjahren willkommene Notwohnungen für Bombengeschädigte und Evakuierte dar¹⁰⁷⁴.

2. Kanalisation und wichtige Baumaßnahmen der städtischen Werke¹⁰⁷⁵

Hunderte von Baumaßnahmen der städtischen Werke wie auch der für Straßen- und Kanalbau zuständigen Tiefbauabteilung des Bauamts begleiteten in den dreißiger Jahren die Ausdehnung der Bebauungsgebiete¹⁰⁷⁶. In finanzieller Hinsicht bedeutete dies keine große Belastung für die Stadt, da sich die erforderlichen Investitionen durch die Umlegung des Straßenbaus auf die Anlieger, durch Kanalgebühren und die Einnahmen der Werke nicht nur amortisierten, sondern insgesamt erhebliche Gewinne abwarfen. Diese allein genügten jedoch nicht, um Großprojekte zu finanzieren, nachdem gerade die Werke in erheblichem Ausmaß zur Finanzierung des städtischen Gesamtetats herangezogen wurden.

¹⁰⁷⁰ H. an Levy 1.7.1939, ZR 15182.

¹⁰⁷¹ Vgl. ZR 5721, darin Gutachten 1935 zur Schutzwürdigkeit des Max-Schultze-Steigs und eine Grunderwerbung 1939.

¹⁰⁷² Entspr. Grundgeschäfte erwähnt in vielen Rh-Prot., vgl. z.B. Bericht im Prot. 12.1.1940.

¹⁰⁷³ Rundschr. Reichsarbeitsmin. 6.8.1938, DS 674; ebd. Einzelheiten zur Kleingartenbewegung. Vgl. z.B. Erweiterung Kleingartenanlage Hafnersteig 1940-1942, teils sogar aus dem Haushalt finanziert (ZR 11266).

¹⁰⁷⁴ Vgl. z.B. Darlehen für 36 Dauerkleingärten Bischof-Wittmann-Straße durch die Stadt noch 1943, ZR 11265. Weiteres Beispiel in StA 16425.

¹⁰⁷⁵ DS 583 zur EigenbetriebsVO 21.11.1938 (RGBI I S.1650) und der veränderten Rechtslage für städt. Werke und Betriebe, vgl. Matzerath (1970) S.158. Vgl. auch Verf. Sch. 17.5.1939, ZR 16521, und Rh-Prot. 25.5.1939 zur Bildung der "Stadtwerke Rgbg." Deren Satzung im Wbl 23.8.1939, vgl. ZR 16944.

¹⁰⁷⁶ Vgl. Prot. Werkausschuß (bis 1936) sowie Mb Tiefbau, DS 545, 562 und 667. In den ZR-Akten zahllose Hinweise auf Straßengrunderwerbungen.

a. Kanalisation

Ganze Viertel von Regensburg waren in den dreißiger Jahren noch nicht an das städtische Kanalnetz angeschlossen, und die vorhandenen Kanäle mündeten ohne jede vorherige Abwasserreinigung in die Donau; zudem galten sie zum Teil als erneuerungsbedürftig. Vor allem in Stadtamhof wurden die Verhältnisse allmählich unhaltbar: "Die alten Kanäle stürzen zum Teil ein, zum Teil bilden sie die höchste Gefahr für die Gesundheit. Teillösungen haben hier keinen Zweck."¹⁰⁷⁷ Eine Gesamtlösung sollte im Zusammenhang mit den Arbeiten am Rhein-Main-Donau-Kanal gefunden werden, denn dieser zerteilte das zusammenhängende Kanalnetz von Stadtamhof und Steinweg, und die Verlegung der Regenmündung bedingte den Abbruch der bestehenden Kläranlage, die immerhin Teile von Reinhausen entsorgte. Ein neuerliches Provisorium lehnten alle beteiligten städtischen und Aufsichtsstellen ab, man suchte trotz der hohen Kosten - allein für die Kanalisierung von Stadtamhof veranschlagte der Oberbürgermeister im Sommer 1939 rund 250000 RM¹⁰⁷⁸ - nach einer umfassenden Gesamtlösung, von der man sich zugleich die bessere Erschließung weiterer Siedlungsgebiete, insbesondere der geplanten, gewaltig erweiterten Schottenheim-Siedlung versprach¹⁰⁷⁹.

Die erforderlichen Investitionen wären in den außerordentlichen Etats mehrerer Jahre durchaus aufzubringen gewesen. Schon 1938 standen die Mittel bereit, doch geschah vor Kriegsbeginn in dieser Frage nichts mehr. Auch hier mußte man sich nun, nachdem die Bauarbeiten am Rhein-Main-Donau-Kanal nur sehr langsam fortgeführt wurden, mit Planungen statt konkreten Baumaßnahmen vertrösten - die Kanalisierung von Stadtamhof blieb eine "brennende Frage"¹⁰⁸⁰. Immerhin entstand, wie vom Landesamt für Gewässerkunde gefordert, noch ein Gesamtkonzept für die Kanalisierung der Stadt. Sofort nach Kriegsende wollte man östlich des Hafens eine zentrale Kläranlage für die Abwässer schaffen, die von Süden in die Donau eingeleitet wurden, und der gesamte Stadtnorden sollte mit einem großzügigen Kanalnetz ausgestattet werden, das in eine zentrale Kläranlage bei Schwabelweis mündete - allein dies eine Maßnahme, deren Kosten Anfang 1941 auf rund 2 Millionen RM veranschlagt wurden¹⁰⁸¹.

b. Wasserwerk¹⁰⁸²

Die Hauptquellen für die Wasserversorgung Regensburgs lagen rund 4 km nördlich der Altstadt im 1924 eingemeindeten Vorort Sallern. Von dort führte eine 1875 verlegte Druckrohrleitung zum Hochbehälter auf den Winzerer Höhen, dann ein Fallrohr unter beiden Donauarmen hindurch in den Westen der Altstadt. Daneben bestanden nur noch eine Reserveleitung über die Steinerner Brücke sowie einige Pumpbrunnen im Stadtsüden. In den letzten Jahren vor 1933 hatten Rohrbrüche an der alten Hauptleitung schon mehrfach zu empfindlichen Störungen in der Wasserversorgung geführt, und ein Bruch des Donaudükers selbst war angesichts der Materialermüdung nicht auszuschließen¹⁰⁸³. Doch waren alle bereits in den zwanzig-

¹⁰⁷⁷ Notiz Sch. 2.12.1937, DS 824, vgl. auch Notizen 30.3.1935 und 11.1.1937, DS 666 bzw. 825, zum sog. Spitalgraben.

¹⁰⁷⁸ Rh-Prot. 20.7.1939, Text in ZR 11243.

¹⁰⁷⁹ Vorbericht Rh-Sitzung 28.11.1940, DS 824 und NIH 7.

¹⁰⁸⁰ Ebd., vgl. auch Rh-Prot. 8.8. und 28.11.1940.

¹⁰⁸¹ Einzelheiten in Rh-Prot. 28.11.1940 und Vorbericht Sch. 26.11.1940, DS 824, vgl. auch Programmrede 1941, DS 523 und ZR 3723.

¹⁰⁸² Vgl. allg. Metschl (Wasserwerk) und Vortragsmanuskript Gaswerksdirektor Heckenstaller 1960, ZR 16649.

¹⁰⁸³ Vgl. Bericht zum Förderantrag für den neuen Düker, undatiert (1933), ZR 11310.

ger Jahren diskutierten Ansätze für einen zweiten Donaudüker an der Kostenfrage gescheitert. Anfang 1933 rechnete man hierfür mit Aufwendungen von rund 250000 RM, die zu dieser Zeit unmöglich aufgebracht werden konnten¹⁰⁸⁴.

Erst die Arbeitsbeschaffungsprogramme von Reich und Land boten die Chance, die Neubau- maßnahme zu verwirklichen. Aus dem "Siebert-", dem Winterbauprogramm des bayerischen Ministerpräsidenten, erhielt die Stadt ein Darlehen von 190000 RM, aus den Mitteln der "wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge" einen Direktzuschuß von weiteren 27000 RM¹⁰⁸⁵. So konnte die neue Rohrleitung von Mai bis September 1934 verlegt werden. Sie verlief am Regen entlang nach Reinhausen, unterquerte die Donau in der Mitte des Unteren Wöhrds und folgte dann dem Alleengürtel, wo sie an der D.-Martin-Luther-Straße auf die bestehende Hauptleitung traf. Die Arbeiten am Düker selbst dauerten noch bis August 1935, die Kosten der Gesamtmaßnahme, bei der man immerhin 160 Arbeitskräfte beschäftigte, beliefen sich auf 360000 RM¹⁰⁸⁶.

Die nächste große Baumaßnahme des Wasserwerks wurde mit der Ansiedlung des Flugzeugwerks im Stadtwesten erforderlich, dessen enormer Wasserbedarf nur durch eine Rohrleitung gedeckt werden konnte, deren Größe der des Hauptrohrs entsprach. Und auch die Siedlungstätigkeit im Schotten- und im Göringheim, die Versorgung des neuen Ostbahnhofs und die Eingemeindungen von 1938 bedingten umfangreiche Erweiterungen des Rohrnetzes sowie den Neubau eines eigenen, für die Versorgung des hochgelegenen Stadtsüdens zuständigen Pumpwerks am Ziegetsberg¹⁰⁸⁷. In den späten dreißiger Jahren wurde auch ein altes, immer wieder verschobenes Großprojekt des Wasserwerks aktuell: die Erweiterung des Hochbehälters. Sie sollte dazu dienen, das nachts ungenutzt abfließende Wasser zu speichern. Auch hierfür hatte man schon Mittel aus dem Gereke- und dem Siebertprogramm beantragt¹⁰⁸⁸, 1934 dann das erforderliche Gelände erworben¹⁰⁸⁹ und 1935 mit ersten Vorarbeiten begonnen. Der zunehmende Wasserverbrauch machte das Projekt immer dringlicher, "unabsehbare" hygienische Folgen zeichneten sich ab, nachdem man in den Sommermonaten zeitweise die Quellen stärker ausbeuten mußte als zulässig und daher verschmutztes Flußwasser einzudringen drohte¹⁰⁹⁰. Doch erst Ende 1938 lag der Entwurf für den neuen Hochbehälter vor. Die erforderliche Summe von 850000 RM erschien zwar noch im Haushaltsplan 1939, doch scheiterte die Bauausführung nun an Finanzierungsproblemen, Material- und Arbeitermangel¹⁰⁹¹.

Schon im Herbst 1936 hatten - ebenfalls wegen des Wasserbedarfs des Flugzeugwerks - die Vorarbeiten für ein weiteres zukunftsweisendes Projekt des Wasserwerks begonnen, das nördlich der Stadt, im "Lauber Wäldchen" bei Regendorf, Versuchsbohrungen zur Erschließung neuer Quellgebiete unternahm. Sie verliefen erfolgreich und ließen qualitativ hochwertiges Wasser in großer Menge erwarten¹⁰⁹². Daher erwarb die Stadt das betreffende Gelände¹⁰⁹³,

¹⁰⁸⁴ Bericht Wasserwerk 30.1.1933, ebd.

¹⁰⁸⁵ Vgl. Bericht H. 4.7.1934, ZR 17323.

¹⁰⁸⁶ Einzelheiten in DS 586 und 666, vgl. auch Gb Betriebsamt 1935, ZR 16509, sowie zu Grundgeschäften ZR 16295 ff.

¹⁰⁸⁷ Einschlägige Mb Wasserwerk in DS 545 und 584.

¹⁰⁸⁸ Anträge und Unterlagen in ZR 11310.

¹⁰⁸⁹ Vgl. Sr-Prot. 14.9.1934.

¹⁰⁹⁰ Gb Betriebsamt 1935, ZR 16509, Liste Bautätigkeit 1937, DS 666, Rh-Prot. 29.4.1938 und Bericht Wasserwerk 22.8.1938, DS 586, vgl. auch BA und BOM 16.6.1937.

¹⁰⁹¹ Bericht Wasserwerk 29.6.1939, DS 586; ebd. und in DS 667 die Mb. Einzelheiten in DS 575.

¹⁰⁹² Vgl. Mb Feb. und April 1937, DS 545 und 586, vgl. auch Pressegespräch Sch., PSt 502, dazu BA und BOM 21.7.1937.

¹⁰⁹³ Rh-Prot. 23.4.1937; Kaufvertrag 7.5.1937 in DS 576, Einzelheiten ebd., in ZRa 14428 und ZR 16250, vgl. Rh-Prot. 8.8.1940.

und im Frühjahr 1937 liefen die ersten Pumpversuche an, wofür es allerdings an Rohren mangelte. Unter anderem aus diesem Grund¹⁰⁹⁴ kam es vor Kriegsbeginn nicht mehr zum Neubau eines zweiten Wasserwerks an dieser Stelle; in allen programmatischen Aussagen aus den Kriegsjahren bezeichnete der Oberbürgermeister den neuen Hochbehälter und das neue Wasserwerk als vordringliche Aufgaben für die Nachkriegszeit¹⁰⁹⁵.

Nachdem der Wasserverbrauch der Stadt allerdings weiter stieg, war 1942 die Kapazitätsgrenze des Wasserwerks erreicht, und im Sommer dieses Jahres drohten drastische Sperren. Zwar sank der Verbrauch ab dem folgenden Jahr, doch wurde das Leitungsnetz bei den Bombardierungen gegen Kriegsende vielfach beschädigt; 420 Bombentreffer verzeichnete man insgesamt, der Hochbehälter in Neuprüll hatte einen Volltreffer erhalten, und statt mit Neuanlagen waren die Bautrupps des Wasserwerks nun ununterbrochen mit der Schadensbehebung beschäftigt. Immerhin gelang es ihnen bis Kriegsende, die Wasserversorgung der Bevölkerung - teils mit Hilfe von Tankwagen - notdürftig aufrechtzuerhalten¹⁰⁹⁶.

c. Gas- und Elektrizitätswerk

Gegenüber den genannten, teils recht spektakulären Projekten des Wasserwerks verzeichneten weder das städtische Gas- noch das Elektrizitätswerk in den dreißiger Jahren besonders aufwendige Neubauprojekte, wenn auch selbstverständlich die werkseigenen Einrichtungen sowie das Rohr- bzw. Leitungsnetz im Zuge der Stadterweiterung ständig erweitert werden mußten¹⁰⁹⁷. Dem Elektrizitätswerk kam ohnehin nur die Verteilerrolle innerhalb der Stadt zu, da es seinen Strom selbst von außen, d.h. überwiegend von der OWAG¹⁰⁹⁸ und somit indirekt von den Bayernwerken bezog und nur für die Bedarfsspitzen in geringem Umfang selbst produzierte¹⁰⁹⁹.

Der Kriegsbeginn brachte beiden Werken große Umsatzsteigerungen ein, nachdem die Kohlenversorgung Regensburgs nicht funktionierte, zugleich mehrere Großbetriebe wie Messerschmitt auf Gasheizung umstellten und dazu noch das Hafengebiet mit einer Reihe von Betrieben sowie das Holzverzuckerungswerk neu an die Gasversorgung angeschlossen wurden. Als weitere Großabnehmer für Gas kamen 1941 die Reservelazarette im Stadtgebiet hinzu¹¹⁰⁰. Seit 1940 wurde zudem über einen landesweiten, auch den Sudetengau einschließenden Gasverbund verhandelt¹¹⁰¹, im Sommer 1943 kam es zur Gründung der Süddeutschen Ferngas AG, der auch das Regensburger Gaswerk angehörte¹¹⁰². Zu dieser Zeit stagnierte allerdings auch hier, wie beim Wasserwerk, der Absatz¹¹⁰³. Größere Bombenschäden hatte zumindest die zentrale Ofenanlage des Regensburger Gaswerks nicht zu verzeichnen, allerdings kam es zu einer Vielzahl von Rohrbrüchen. Doch nicht ihretwegen, sondern wegen Kohlenmangels

¹⁰⁹⁴ Vgl. Gb Betriebsamt 1937, DS 579, sowie die Mb, s.Anm.1087.

¹⁰⁹⁵ Vgl. z.B. Programmrede 1941, DS 523 und ZR 3723.

¹⁰⁹⁶ Vgl. Berichte Stadtwerke, DS 581, sowie Manuskript Heckenstaller 1960, ZR 16649.

¹⁰⁹⁷ Vgl. Mb beider Werke, DS 545, 587, 589 und 667. Betriebsdaten 1932-1934 in ZR 16510, 1935-1943 in ZR 16578; zu Umsatz und Personal ZR 16571. Zur Tarnung per Grünanlage: Mb ab Nov 1937, DS 545 bzw. 589.

¹⁰⁹⁸ Zur OWAG: Gb in ZR 16677 und 17040; zur Vereinigung mit der niederbayer. OSTROMAG 1944: ZR 17062, vgl. allg. Siegert (1985) passim.

¹⁰⁹⁹ Zum E-Werk vor 1933 vgl. ZR 16660 ff., Grafiken in SWE 500. Lieferverträge mit der OWAG: ZR 17040 und 17062 (1925) bzw. 16676 f. (1938), vgl. Rh-Prot. 21.1.1938.

¹¹⁰⁰ Lageberichte Stadtwerke 1940/41, DS 580. Tägl. Gasabgabe in m³ 1939: 16000 - 1941: 19300 - 1943: 24200, vgl. Bericht Gaswerk 18.10.1944, DS 889.

¹¹⁰¹ Vgl. Programmrede Sch. 1941, DS 523 und ZR 3723.

¹¹⁰² Einzelheiten in ZR 16644, vgl. auch Rh-Prot. 19.7.1943.

¹¹⁰³ Lagebericht Stadtwerke 1943, DS 581.

mußte das Gaswerk nach dem Angriff vom 13.3.1945 den Betrieb einstellen¹¹⁰⁴. Demgegenüber war das E-Werk bei den beiden letzten Großangriffen, am 13.3. und 16.4.1945, völlig zerstört worden. Drei Tage lang, während der Besetzung Regensburgs durch die US-Truppen, kam es zu einem totalen Stromausfall im Stadtgebiet, bevor die vergleichsweise wenig betroffene OBAG die Stromlieferung in geringem Umfang wieder aufnahm.

3. Freizeit- und Sportanlagen

Die städtische Schwimmschule am Unteren Wöhrd war den Bedürfnissen der Wehrmacht zum Opfer gefallen, und auch das mit viel Mühe mehrfach erweiterte und modernisierte Familienbad an der Schillerwiese schien bereits durch die Pläne für eine neue Pionierkaserne in seinem Bestand gefährdet. Zwar war dieses Projekt schließlich auf unbestimmte Zeit zurückgestellt worden, doch begannen dafür die Bauarbeiten für den Rhein-Main-Donau-Kanal, dessen Staustufe einen Badebetrieb an dieser Stelle ebenfalls unmöglich gemacht hätte. So ergab sich die Notwendigkeit, ein neues, großzügiges Familienbad am Oberen Wöhrd einzurichten¹¹⁰⁵. Daneben sollten das im alten Winterhafen, hinter der neuen Jugendherberge, betriebene Freibad modernisiert¹¹⁰⁶, eventuell auch am Regen ein neues Flußbad angelegt werden¹¹⁰⁷.

Auf dem Oberen Wöhrd sollten neben dem neuen Familienbad auch ausgedehnte Sportstätten entstehen. Verschiedene der Einrichtungen, so etwa die Stehtribüne an der Südseite des neuen Sportplatzes, finanzierte die Bauleitung des Rhein-Main-Donau-Kanals¹¹⁰⁸. Wegen der schlechten Zufahrtsmöglichkeit zu der Donauinsel sollten nach dem Krieg größere Sportveranstaltungen allerdings anderswo, etwa in einem von der Reichspost im Stadtwesten geplanten neuen Stadion durchgeführt werden¹¹⁰⁹. Ebenfalls noch in weiter Ferne lag der seit vielen Jahren geplante Neubau eines städtischen Hallenbads, das Schottenheim im Stadtosten, neben dem Gaswerk ansiedeln wollte - nach Möglichkeit finanziert von einem Zweckverband, dem auch die DAF, die Wehrmacht, der RAD, Sportvereine und Industriebetriebe angehören sollten¹¹¹⁰.

Während all diese Maßnahmen nicht mit Eingriffen in die Altstadt verbunden gewesen wären, so hätte ein weiterer geplanter Großbau deren Gesicht an einer sehr exponierten Stelle bedeutend verändert - der "Ufa"-Palast an der Maximilianstraße. Die Grundstücke, die die Ufa hierfür benötigte, hatte sie vor und nach Beginn des Zweiten Weltkriegs bereits angekauft, und die Baupläne lagen fertig vor, doch konnten sie wegen der Bausperre nicht mehr ausgeführt werden. Die Stadtverwaltung war von dem Neubauprojekt für das Großkino insofern betroffen, als ihm der kleine Pavillon hätte weichen müssen, der bislang das Hapag-Reise-und-Verkehrsbüro beherbergte. Es sollte nun etwas versetzt, südlich des Keplerbaus, in einem Neubau untergebracht werden¹¹¹¹.

¹¹⁰⁴ Bericht 2.8.1945, ZR 16649.

¹¹⁰⁵ Vgl. Programmreden Sch. 20.7.1939 (Text ZR 11243) und Anfang 1941, DS 523 und ZR 3723.

¹¹⁰⁶ Programmrede Sch. 20.7.1939, Text ZR 11243.

¹¹⁰⁷ Rh-Prot. 21.3.1941.

¹¹⁰⁸ Programmrede Sch. 20.7.1939, Text ZR 11243.

¹¹⁰⁹ Programmrede Sch. Anfang 1941, DS 523 und ZR 3723; Zuschuß zur Prüfeninger "Wehrkampfbahn", wo 1937 NS-Kampfspiele ausgetragen werden sollten, erwähnt in ZR 19655.

¹¹¹⁰ Ebd.

¹¹¹¹ Ebd.

FÜNFTER TEIL: DIE STADTVERWALTUNG IM ZWEITEN WELTKRIEG

I. Zentralismus und Selbstverwaltung: Kommunale Entscheidungskompetenz unter Kriegsbedingungen

Unmittelbar vor dem Krieg hatte Hitler Richtlinien zur Vereinfachung der Verwaltung verfügt. Selbst unter schwierigsten Verhältnissen erwartete er "restlosen Einsatz und schnelle, von bürokratischen Hemmungen freie Entscheidungen"¹. Die mit der "Reichsverteidigung" zusammenhängenden Aufgaben erhielten absoluten Vorrang vor allen anderen Arbeiten, der Instanzenweg wurde gestrafft. Eine Textpassage in Hitlers Erlaß führte dabei zu Mißverständnissen: "Die bisher mit Aufsichtsbefugnissen ausgestatteten nachgeordneten Behörden erhalten Weisungsbefugnis gegenüber den bisher von ihnen beaufsichtigten Dienststellen." Diese Formulierung legte nahe, daß nun die kommunale Selbstverwaltung als beendet zu betrachten und die Gemeinden mit Kriegsbeginn zu willenslosen Werkzeugen der Staatsführung geworden seien. Offenbar verstand man dies vielerorts auch so, und zahlreiche Mittelbehörden griffen massiv in die Angelegenheiten der Städte und Gemeinden ein - ein Verfahren, das nun doch nicht intendiert gewesen war.

Auch die Regensburger Bezirksregierung verschärfte die Informationspflicht der Gemeinden² und machte ihnen detaillierte Vorschriften, etwa zum dienstlichen Verkehr mit den Bürgern. So wies Regierungspräsident Wimmer in scharfem Ton auf vorliegende Klagen hin und forderte ein freundliches, hilfsbereites und taktvolles Verhalten aller Verwaltungsstellen³. Dem fügte Schottenheim hinzu, er werde berechnete Klagen über ungehöriges Auftreten seiner Untergebenen "unnachsichtlich verfolgen"⁴. Zuviel der Bürgernähe war allerdings nicht vorgesehen - Anfang 1942 gab die bayerische Regierung bekannt: "Soweit Querulanten auch in der Kriegszeit fortfahren, die Behörden mit Gesuchen und Anträgen zu belästigen, wird dafür gesorgt werden, daß die Staatspolizei sich ihrer in gehöriger Weise annimmt."⁵ Sogar ein eigenes, höflich formuliertes Formblatt wurde entworfen, mit dessen Hilfe lästige Gesuchsteller abgewiesen werden konnten; die Regensburger Stadtverwaltung bestellte 2000 Stück davon⁶.

¹ Führererlaß 28.8.1939, RGBI I S.1535, vgl. dazu O.Ehrensberger: Die Vereinfachung der Verwaltung nach dem Führererlaß vom 28.8.1939, in: Dt.Verwaltung 16 (1939) S.533 ff.

² Verlangt u.a. Erweiterung der Mb um einen Abschnitt über "alle von den Kriegsmaßnahmen berührten Lebensgebiete" (Anweisung 21.2.1940, NIS 12).

³ "Jeder im Dienste des öff. Wohles stehende Volksgenosse" sollte "als Helfer und verständnisvoller Berater die große Kameradschaft beweisen, die der Führer befohlen hat"; den städt. Bediensteten bekanntgegeben 21.10.1939 (DS 520 und ZRa 13198a). Vgl. auch Fricks vertraul. Rundschr. 13.11.1939 (ZRa 13213).

⁴ Verf. Sch. 21.10.1939, DS 520 und ZRa 13198a. Bekanntgabe weiterer inhaltsgleicher Anweisungen Fricks und Görings durch Sch. 24.11. und 14.12.1939; zugleich drohte er mit scharfem Vorgehen gegen "ungehöriges und pflichtwidriges Verhalten" (ZR 3744 b bzw. PAM 539).

⁵ RegAnz 9.2.1942.

⁶ Bestellung 23.2.1943 und Einzelheiten in ZRa 13209.

Nicht nur der zunehmende Einfluß der Staatsaufsicht, auch der bereits angesprochene, mit Kriegsbeginn verschärft erhobene Anspruch der Reichsverteidigungskommissare (RVK), also der Gauleiter auf Unterordnung der Bürokratie bedrohte die Reste der kommunalen Selbstverwaltung. Adolf Wagner sprach von der im Krieg "mehr denn je gebotenen Zusammenarbeit von Partei und Staat"⁷, und Schottenheim drohte diensteifrig, die Verweigerung des "deutschen Grußes" stelle eine "unberechtigte Gehorsamsverweigerung" dar und könne selbst in Härtefällen zur sofortigen Entlassung führen⁸. Schließlich mußte der Oberbürgermeister sogar anordnen, daß er zumindest informiert werde, wenn städtische Dienststellen Arbeiten für Parteiorgane übernehmen, was also offenbar absolut üblich war⁹.

Der militärischen Geheimhaltung galten weitere Regelungen, die in den Verwaltungsalltag eingriffen. So durfte "aus Abwehrgründen" im Reichshandbuch der deutschen Fremdenverkehrsorte kein Foto der Steinernen Brücke mehr erscheinen¹⁰, den Kontakt zu Angehörigen feindlicher Staaten mußten die städtischen Bediensteten nach Möglichkeit ganz einstellen oder - in "kühler und reservierter, jedoch korrekter Haltung" - auf ein Mindestmaß beschränken¹¹, und der Schriftverkehr mit dem Ausland war über die Staatspolizei(leit)stellen abzuwickeln; auch derjenige mit den besetzten Gebieten blieb streng reglementiert¹². Selbst die Veröffentlichungen der Kommunen in den Amtsblättern wurden der Vorzensur unterworfen, um unbeabsichtigtem Geheimnisverrat vorzubeugen¹³.

All dies scheint darauf hinzudeuten, daß der Handlungsspielraum der Kommunen unter Kriegsbedingungen gleich Null war. So wird in der Forschung - gerade unter Berufung auf den zitierten Führererlaß - häufig als ganz selbstverständlich angenommen, die ohnehin schon ausgehöhlt kommunale Entscheidungskompetenz sei nun vollkommen abgebaut worden¹⁴. Zu wenig berücksichtigt wird dabei zum einen, daß es lokale Sonderentwicklungen gab, und daß zum zweiten das Reichsinnenministerium und die Oberbürgermeister im DGT Anfang 1940 einen wichtigen Erfolg über die "Zentralisten" errangen: Frick sprach den Gemeinden seine Anerkennung für ihr bisher gezeigtes Verantwortungsbewußtsein aus, die Aufsichtsbehörden wurden angewiesen, der eigenverantwortlichen Tätigkeit der Gemeinden mehr Spielraum zu lassen und "von der Weisungsbefugnis nur beschränkt und nur dann Gebrauch zu machen (...), wenn dringender Anlaß hierfür vorliegt."¹⁵

Nach wie vor spielte für die Entwicklung in Regensburg eine besondere Rolle, daß sich der Gauleiter als Reichsverteidigungskommissar nicht am Ort befand und der Oberbürgermeister von sich aus auf der engen Bindung der Stadtverwaltung an die Partei beharrte. Dies verschaffte ihm dieser gegenüber den nötigen Handlungsspielraum. So konnte er es sich leisten, erneut klarzustellen, daß es ordnungswidrig sei, wenn sich städtische Bedienstete mit Be-

⁷ Rundsch. an die RegPräs, die nun wichtige Schreiben an den Gauleiter weiterzugeben hatten, 17.11.1939, StA 14175. Zur Ausdehnung der Parteibefugnisse in der Verw. durch Berufung der RVK, 1.9.1939, RGBI I S.1565, vgl. P.Hüttenberger: Die Gauleiter, Stuttgart 1969, S.152 ff. und Diehl-Thiele S.253.

⁸ Verf. Sch. z.B. 4.8.1941 und 9.9.1943 (ZR 11195, 18112 und PAM 539): allen städt. Bediensteten erstmals gegen Unterschrift, dann allmonatlich erneut bekanntzugeben.

⁹ Verf. 5.7.1943, ZR 9042.

¹⁰ H. an Diepolder 9.12.1942, NIB "Fremdenverkehr 1933-1960". Vgl. auch Sch. an leitende Beamte 1.8.1941, DS 553, die mit Geheimsachen befaßten Mitarbeiter alle 2 Wochen an die Geheimhaltungsvorschriften zu erinnern.

¹¹ Verf. Sch. 26.11.1941, PAM 539 und NIS 12.

¹² Vgl. z.B. Verf. H. und Sch. 14.10.1939 und 31.1.1940, NIS 1.

¹³ Wehrkreiskommando XIII an Stadt 15.6.1941, ZRa 13562. Die Anordnung ging nicht den üblichen Behördenweg, sondern gelangte direkt an die Stadt; Rechtsgrundlage nicht angegeben, nur pauschal verwiesen auf die Anweisungen des OKW zur militär. Zensur.

¹⁴ Vgl. Matzerath (1970) S.317 ff., 433 f. und passim, vgl. auch D.Rebentisch: Innere Verwaltung, DVG IV S.732-774, hier S.761. Zum Kompetenzchaos im Krieg ebd. S.759 ff.

¹⁵ Abdruck RdErl 12.2.1940 in ZRa 13881, vgl. auch Begleitschreiben Knorr (Geschäftsführers DGT), der sich hochzufrieden zeigte, 24.2.1940, ebd.

schwerden direkt an die Partei oder die Aufsichtsbehörde wandten¹⁶. Nach wie vor funktionierte auch die gute Verbindung zu Weigert, so etwa im Konflikt mit Ewald Mühleisen, dem Kreisamtsleiter der NSDAP für Beamte¹⁷. Dieser sollte eine Mittlerrolle zwischen Partei und Beamenschaft einnehmen, während er als städtischer Oberinspektor zugleich Schottenheim unterstand. Beide waren schon Mitte der dreißiger Jahre in Siedlungsfragen häufig zusammengestoßen, als Mühleisen als örtlicher Vertreter des Gauheimstättenamts fungiert hatte. 1941 mußte er schließlich aus seinem Parteiamt zurücktreten - Schottenheim hatte sich mit Leichtigkeit eines Mitglieds der Kreisleitung erwehrt¹⁸. Mühleisens Nachfolger wurde Karl Sailer, von dem die Kreisleitung "eine echte vom nationalsozialistischen Geist getragene Zusammenarbeit" mit der städtischen Beamenschaft erwartete¹⁹.

Im Sommer 1941 wurde die Stellung der Oberbürgermeister bzw. Landräte generell gestärkt: Sie hatten für "stete und engste Zusammenarbeit" aller staatlichen und kommunalen Dienststellen in ihrem Kreis zu sorgen²⁰. Wenig später kritisierte Reichsinnenminister Frick in scharfer Form, daß - entgegen dem Führerwillen - "die Gauleiter die Selbstverantwortlichkeit der Städte nicht genügend berücksichtigen"; so wie bisher könne es nicht weitergehen, wenn man vermeiden wolle, daß "wir dann bald keine Gemeindeleiter mehr haben werden oder jedenfalls als Gemeindeleiter nicht mehr Männer von Format und Qualität"²¹. Erneut wird sichtbar, daß ein komplizierterer Prozeß ablief, als die Verfechter der These von der völligen Entmachtung der Kommunen unterstellen. Zwar stützte Hitler, wie vielfach belegt ist, im Konfliktfall fast immer einen Gauleiter gegenüber einem Oberbürgermeister, doch selbst Autoren wie Rebentisch²² müssen zugeben, daß mit der Übernahme des Innenministeriums durch Himmler eine Zunahme der gemeindlichen Kompetenzen verbunden war. Ganz offensichtlich hatten sich die Zentralisierung und die Einrichtung einer Vielzahl neuer Steuerungsbehörden als so ineffektiv erwiesen, daß ausgerechnet unter Kriegsbedingungen das Prinzip der "Einheit der örtlichen Verwaltung" wieder stärker in den Vordergrund trat: "So erlangten paradoxerweise die Gemeinden während der Kriegsjahre faktisch einen Teil jener verwaltungsorganisatorischen Selbständigkeit zurück, die ihnen in den vorhergegangenen Jahren nationalsozialistischer Politik genommen worden war"²³.

Für die Stadt Regensburg ist zumindest in den ersten Kriegsjahren keineswegs ein Verlust an Eigeninitiative erkennbar. Zwar waren fast alle eigenen Vorhaben dem Baustop zum Opfer gefallen, doch ließ Schottenheim bis zum Frühjahr 1941 in großem Umfang Zukunftsprojekte für die herbeigesehnte Nachkriegszeit erarbeiten und beschrieb bei jeder Gelegenheit den ungeheuren Aufschwung, den das schon jetzt zur Großstadt herangewachsene Regensburg dann erleben werde. Erst nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion zeichnete sich ein Stimmungsumschwung ab, all die schönen Pläne erwiesen sich nun als verfrüht. Die Stagnation im Siedlungs- und Autobahnbau hatte man noch als kurzzeitige, unvermeidliche Unterbrechung in der "Aufbauarbeit" hingegenommen, erst das endgültige Scheitern des großen Ost-

¹⁶ Verf. 15.12.1939, NIS 1.

¹⁷ Einzelheiten in StA (NSDAP) 12.

¹⁸ Ende 1942 Verurteilung Mühleisen zu 3 Monaten Gefängnis wegen Betrug - er war ständig umsonst mit der Straßenbahn gefahren. Das Dienststrafverfahren endete mit einem Verweis, vgl. Bericht an Reg. 18.2.1943, StA (1987) I blau 536 = 4163 a.

¹⁹ Kreisleitung an Reinemer 5.2.1941, ZR 4050. Als das NS-Amt für Beamte Ende 1944 ebenso stillgelegt wurde wie der RDB, benannte Weigert, nun Kreissachbearbeiter für Beamtenfragen, nur noch einen Verbindungsmann zur Stadt, vgl. sein Schreiben 30.12.1944, ebd.

²⁰ Erlaß RVK 17.7.1941, Abdruck in NIS 11.

²¹ Frick an Lammers mit Forderung nach grundsätzl. Klärung des Verhältnisses Gauleiter-OB durch Hitler 25.11.1941, zit. bei Matzerath (in Schwabe 1981) S.190 f. Lt. Matzerath war Fricks Vorstoß "letztlich folgenlos".

²² Rebentisch (1989) S.503 ff.

²³ Ribhegge S.54, ähnlich Mutius (S.1080); nach Caesar und Hansmeyer: erhöhte Finanzautonomie der Gemeinden bis 1944 (DVG IV S.838).

hafenprojekts im Jahr 1942 bedeutete die völlig neue Erfahrung für den bislang so dynamischen Regensburger Oberbürgermeister, daß es nun auf absehbare Zeit nicht mehr "aufwärts und vorwärts" gehen werde.

Zwar zogen die Gauleiter in den späten Kriegsjahren weitere Verwaltungsaufgaben der Kommunen an sich, so etwa Wächtler die Regelung des kriegswichtigen Raumbedarfs für den Gau Bayreuth, doch selbst dies bedeutete nicht eine weitere Entmachtung, sondern vielmehr eine Maßnahme zum Schutz der kommunalen Kompetenzen. Denn Wächtler begründete seinen Schritt damit, daß es nicht angehe, die Kommunen erst im Nachhinein über die Sicherstellung von Räumlichkeiten zu informieren, da dies einen Ausgleich zwischen allen interessierten Stellen verhindere²⁴. Tatsächlich erforderten die Bombenangriffe auf die Stadt ab 1943 ein neuartiges Zusammenwirken aller örtlichen Behörden, bei dem es nicht mehr in erster Linie darum ging, wer über welche Entscheidungskompetenzen verfügte, sondern vielmehr darum, daß Schäden schnell gemeinsam behoben, Obdachlose schnell untergebracht wurden. Selbstverständlich führte die Stadtverwaltung nun Anweisungen der Kreisleitung aus, doch ebenso selbstverständlich stellten die Partei und ihre Gliederungen, die Wehrmacht, die Reichsbahn oder auch die örtliche Industrie Hilfskräfte für die Aufgaben ab, die der Stadt zugewachsen waren - etwa die baulichen Sofortmaßnahmen und die Möbelbergung nach Luftangriffen oder den Behelfsheimbau. Wenn also die deutschen Oberbürgermeister ihre Entmachtung durch die Reichsverteidigungskommissare beklagten und größere Kompetenzen für sich selbst forderten, geschah dies gerade wegen ihrer vielfältigen Aufgaben im Bombenkrieg²⁵.

II. Regensburg und die Kriegereignisse

A. Zukunftsvisionen und Stagnation: Die ersten Kriegsjahre

Folgt man dem Regierungspräsidenten, so reagierte die Bevölkerung Ostbayerns mit widerwilliger Loyalität auf den Kriegsbeginn - sie wollte "von einem Krieg nichts wissen" und ließ jede Begeisterung vermissen. Die Stimmung war ernst und gefaßt, man mißtraute der offiziellen Propaganda, Versorgungsengpässe, insbesondere der Kohlenmangel, führten zu Spannungen, die Hoffnung auf eine baldige Waffenruhe nach dem Polenfeldzug war weit verbreitet²⁶. Erst nach dem Sieg über Frankreich herrschte allgemeine Begeisterung, man feierte den Kriegseintritt Italiens, und obwohl die Hoffnung auf einen baldigen Siegfrieden nach wie vor überwog, scheint die Übereinstimmung zwischen Bevölkerung und Staat Mitte 1940 so groß gewesen zu sein wie nie zuvor und danach²⁷.

²⁴ Verf. 29.7.1943, WSt 3; vgl. zur weiteren Entw. den grundlegenden Führererlaß 12.11.1943, RGBI I S.659.

²⁵ Vgl. Bericht Sch. über Posener Tagung der OB des Großdeutschen Reichs, Rh-Prot. 23.2.1944. Vgl. auch Re-bentisch (in Schwabe, 1981) S.155.

²⁶ Vgl. die RPB, u.a. 8.3.1940 zu Wächtlers Kundgebung in Rgbg. zum Thema "Der Sieg ist unser". Vgl. auch Rzehak S.13 ff. und passim sowie MZ 31.8.1989.

²⁷ Vgl. allg. M.G.Steinert: Hitlers Krieg und die Deutschen, Düsseldorf-Wien 1970. W.Deist: Überlegungen zur "widerwilligen Loyalität" der Deutschen bei Kriegsbeginn, in *Der Zweite Weltkrieg* (1989) S.224-239.

Seinen ersten Fliegeralarm erlebte Regensburg in der Nacht vom 17. auf den 18.8.1940²⁸, allerdings kamen im Regierungsbezirk bei diesem und den folgenden Alarmen nirgends Spreng- oder Brand-, nur gelegentlich Leuchtbomben zum Abwurf. Die erste wirkliche Bombardierung traf in der Nacht vom 8. auf den 9.11.1940 ein Waldstück bei Kelheim, ohne größere Schäden anzurichten. Als sich nun erwies, daß alle Hoffnungen auf einen baldigen Friedensschluß getrogen hatten, sank die Stimmung in der Bevölkerung rapide ab. Nur die vermeintlich bevorstehende Invasion in Großbritannien und die militärischen Erfolge auf dem Balkan ließen im Frühjahr 1941 nochmals Optimismus aufkommen, doch verursachten der mysteriöse Englandflug Rudolf Heß' und dann vor allem der deutsche Überfall auf die Sowjetunion einen Stimmungsverfall, der trotz aller Propaganda nicht mehr behoben werden konnte. Hinzu traten die Angst vor dem dritten Kriegswinter, die Trauer um die Gefallenen und zunehmende Versorgungsmängel²⁹. Zudem erlebte der Regierungsbezirk in der Nacht vom 14. auf den 15.10.1941 seinen ersten größeren Luftangriff; in neun Landkreisen wurden weit über 1000 Spreng- und Brandbomben abgeworfen, überwiegend ohne größere Schäden anzurichten³⁰. Auch die unmittelbare Nachbarschaft von Regensburg war betroffen: Am nördlichen Ortsrand von Donaustauf warf ein feindlicher Bomber, der möglicherweise die Orientierung verloren hatte, 22 Bomben ab, die sechs Häuser schwer und 14 leicht beschädigten³¹.

Die Verlustmeldungen von der Ostfront stiegen, die Ereignisse um die Entmachtung Brauchitschs und die Kriegserklärung an die USA ließen auch das Vertrauen in den bisher weithin sakrosankten "Führer" zunehmend schwinden³². Zudem gab es 1942 schon mehrere Male pro Monat Fliegeralarm, wenngleich noch sehr selten Bombardierungen im Regierungsbezirk. In Regensburg selbst knüpften sich große Befürchtungen an die Existenz des Messerschmittwerks in der Stadt, nachdem britische Bomber im April dieses Jahres nach stundenlangem Anflug quer über das Reichsgebiet die Augsburgs MAN-Werke³³, im August dann München und Nürnberg angegriffen hatten. Die Hoffnung auf den Siegfrieden schwand zusehends, dafür mehrten sich "staatsfeindliche Aktivitäten"³⁴.

Die Kämpfe um Stalingrad und die Vernichtung der Sechsten Armee führten auch in Regensburg zu einem Stimmungstief. Jedoch stärkte die Umstellung auf den "totalen Krieg", insbesondere nach Goebbels berüchtigter Sportpalast-Rede, eine Einstellung, die sich wohl am besten mit "Durchhaltewillen" beschreiben läßt. Andererseits hatten nun viele weitere Geschäftsleute die Stilllegung ihrer Betriebe zu fürchten, und in der Bevölkerung wuchs das Mißtrauen gegenüber der offiziellen Kriegsberichterstattung noch mehr; zunehmend rückte die Möglichkeit einer militärischen Niederlage ins Bewußtsein. Diese Einschätzung verstärkte sich auch infolge der immer häufigeren Luftwarnungen, darunter einem Großalarm am 6.3.1943. Doch blieb Regensburg nochmals mehrere Monate lang von "Feindeinwirkung" verschont.

²⁸ RPB 9.9.1940.

²⁹ Vgl. PAM 539 zum gemeinschaftl. "Eisernen Sparen" ab Ende 1941.

³⁰ RPB 8.11.1941.

³¹ Frdl. Hinweis R.Ehm.

³² RPB 9.1.1942.

³³ RPB 8.5.1942.

³⁴ Vgl. z.B. RPB 8.9.1942, 11.6. und 10.7.1943, vgl. auch Rzehak S.23 ff. und 84 ff.

B. Die Luftangriffe ab 1943

Um im folgenden Abschnitt nicht ständig gleichlautende Aussagen wiederholen zu müssen, sei vorangeschickt, daß zu den einzelnen Luftangriffen umfangreiches Quellenmaterial verschiedener Provenienz vorliegt³⁵, daß sich darin allerdings teils sehr widersprüchliche Zahlenangaben zu Todesopfern, Verletzten und Sachschäden finden. So enthalten die Meldungen und Berichte der Polizeinstanzen fast immer niedrigere Zahlen als diejenigen der verschiedenen staatlichen und städtischen Stellen oder der Privatwirtschaft³⁶. Wenn andererseits das Bestattungsamt weniger Beerdigungen und die Standesämter weniger Sterbeurkundungen meldeten, als Todesopfer gezählt worden waren, liegt die Vermutung nahe, daß hier ortsfremde Tote überführt und ihr Tod andernorts beurkundet wurde³⁷. Gebäudeschäden schließlich mag der für die Sofortmaßnahmen zuständige städtische Beamte anders eingeschätzt haben als die Polizei. Eliminiert wurden von vorneherein Angaben, die so sehr aus dem statistischen Rahmen fielen, daß sie unglaubwürdig erschienen.

1. Die drei Luftangriffe auf das Messerschmitt-Werk³⁸

Regensburg erlebte seinen ersten und mit rund 400 Todesopfern zugleich schwersten Luftangriff in den Mittagsstunden des 17. August 1943. Er galt ausschließlich dem Flugzeugwerk im Stadtwesten; der strategische Hintergrund dieser Bombardierung und ihre Konsequenzen für Messerschmitt wurden bereits dargestellt. Nur wenige Bomben verfehlten ihr Ziel und trafen Wohngebiete rund um das Werk und in der Altstadt - vier das Kloster Hl.Kreuz, drei verschiedene Gebäude in der Keplerstraße³⁹. Die Stadtwerke verzeichneten Volltreffer auf die Hauptwasser- und die Gasleitung des Flugzeugwerks, auf einige Hochspannungskabel und Straßenbahngleise. Ohne größere Zerstörungen kamen dagegen die Krankenhäuser in der unmittelbaren Nachbarschaft des Flugzeugwerks davon, was die Bevölkerung sehr beeindrucken soll⁴⁰.

Die Tatsache, daß die Altstadt kaum getroffen worden war, stärkte Gerüchte, wonach Regensburg überhaupt verschont bleiben solle, da man sich bei der Reichstagswahl 1933 mehrheitlich gegen die NSDAP ausgesprochen habe⁴¹. Dennoch versuchten nun immer mehr Regensburger, Sachwerte, insbesondere Textilien und Möbel, in Sicherheit zu bringen⁴². Denn mit der Landung der Alliierten in Italien und der Besetzung des Flughafens Foggia im September 1943 verstärkte sich das Gefühl, Angriffen von Süden nunmehr schutzlos ausgeliefert zu sein. Ruhe, aber auch Fatalismus sollen daher die Stimmung im Winter 1943/44 gekennzeichnet haben⁴³.

³⁵ Städt. Akten: DS 737-739, 743, 745, 747, 749, 751, ZRa 12137 a, Brandschutzamt 4 und 27. Mb Standesämter in DS 530, vgl. Akt "Statistik allgemein" (Amt für Stadtentwicklung und Statistik). Polizeiberichte in HStAM Reichsstatthalter 703-705, vgl. auch die RPB.

³⁶ Frdl. Überlassung werksinterner Berichte der Zuckerfabrik durch Frau Faderl.

³⁷ Zur Problematik der Todesziffern-Statistik vgl. auch W.Kick S.39 ff.

³⁸ Vgl. R.A.Freeman: *Mighty Eighth War Diary*, London 1981. L.G.S.Payne: *Air Dates*, London usw. o.J. K.C.Carter/R.Mueller (Hg.): *The Army Air Force in World War II*, New York 1980. G.W.Feuchter: *Der Luftkrieg*, Frankfurt-Bonn 1964.

³⁹ Stadtplan mit Eintrag der Bombentrichter in HStAM Reichsstatthalter 704. Vgl. auch Flugführer Obermaier an Stadt 2.9.1943, ZR 10561.

⁴⁰ ADI-Report 607/1944, vgl. die Augenzeugenberichte bei Clutton S.45 ff. und 57 ff.

⁴¹ SD-Berichte nach dem Angriff ausgewertet in BNS I (1977) S.645 ff., vgl. auch Hiltl, hier 19./20.2.1955.

⁴² Sch. an Reg. 11.11.1943, DS 763.

⁴³ Vgl. RPB dieser Monate.

Immer häufiger erfolgte nun Luftwarnung. Die Straßenbahnen wurden dann angehalten, Veranstaltungen unterbrochen bzw. aufgelöst; bei nachfolgendem Fliegeralarm mußten die Schutzräume aufgesucht werden⁴⁴. Doch dauerte es nach dem ersten Großangriff nochmals ein halbes Jahr, bis der Raum Regensburg wieder Ziel von Bombardierungen wurde, und zwar zweimal binnen drei Tagen im Rahmen der "big week". Das Obertraublinger Messerschmitt-Zweigwerk wurde am 22.2.1944 angegriffen, im Stadtgebiet trafen zwei Brandbomben ein Nebengebäude des Prüfeninger Bahnhofs und verwundeten drei Personen; vielleicht gab es auch zwei Todesopfer⁴⁵. Völlig überraschend kam es am 25.2. zu einem weiteren Angriff, der diesmal beiden Flugzeugwerken galt, daneben aber in Regensburg auch die umliegenden Wohngebiete, das Bahn- und das Hafengelände traf. Sechs Bomber sollen dabei abgeschossen worden sein⁴⁶. Die Zahl der Todesopfer in der Stadt bewegte sich zwischen 16 und 21. Allein in einem Splittergraben in Dechbetten waren sieben Menschen durch einen Volltreffer ums Leben gekommen, darunter eine Frau mit drei Kindern. Die Sachschäden verteilten sich über wesentlich größere Gebiete als beim Angriff des Jahres 1943, unter anderem kam es im Güterbahnhof, wo ein Öltank getroffen wurde, an der Kirche und der Schule von Dechbetten sowie im Prüfeninger Schloß zu Bränden. Für die zunächst mindestens 225 Obdachlosen dienten die Pestalozzischule und die Auffangsammlstellen der NSDAP-Ortsgruppen als Notquartiere. Die Eisenbahnlinien nach Nürnberg und Ingolstadt sowie der Regensburger Güterbahnhof waren schwer beschädigt, infolge eines Volltreffers auf die Wasserleitung des Flugzeugwerks lief der Hochbehälter leer, und die gesamte Stadt war zeitweise ohne Wasser; einige Randbezirke mußten noch wochenlang mit Tankwagen versorgt werden. Das Tiefbauamt schätzte, die Behebung der Straßen- und Kanalschäden werde mindestens zwei Monate dauern⁴⁷.

Der Beginn der alliierten Invasion an der französischen Küste soll ein gewisses Aufatmen in der Bevölkerung bewirkt haben, nachdem nun der Entscheidungskampf begonnen habe und man angeblich hoffte, die feindlichen Truppen würden ins "offene Messer" laufen. Falls diese Beobachtung des Regierungspräsidenten überhaupt der Wahrheit entsprach, dürften die immer häufigeren "Terrorangriffe" auf deutsche Städte und dann auch die nächste Bombardierung dieses letzte Aufflackern von Optimismus in Regensburg schnell beendet haben. Der dritte Großangriff erfolgte in den Mittagsstunden des 21.7.1944 und wurde erneut als Doppelschlag gegen beide Flugzeugwerke durchgeführt. Dabei kamen auch große Mengen an Flugblättern und gefälschten Lebensmittelmarken zum Abwurf. In Regensburg waren die Personenschäden gering, in Obertraubling wurden dagegen drei Wehrmatsangehörige und 70 Kriegsgefangene verwundet. Zudem entstanden erhebliche Sachschäden an den Werksanlagen, "50 Personen und 300 italienische Kriegsgefangene" (sic !) wurden obdachlos⁴⁸. "Der Glaube an den Sieg" war nun "nur noch bei wenigen Volksgenossen fest und unerschütterlich. Insgesamt wird die Kriegslage für sehr ungünstig, wenn nicht für hoffnungslos gehalten."⁴⁹

⁴⁴ Anweisung Pol.dir. Popp als örtl. LS-Leiter 3.12.1943, ZR 18104.

⁴⁵ Abschlußmeldung 23.2.1944, DS 745, bzw. undatierte Übersicht (Ende 1944), DS 749.

⁴⁶ Luftangriffsmeldung 25.2.1944 20 Uhr, DS 737.

⁴⁷ Meldungen Stadtwerke ab 26.2.1944, DS 749, Meldung Tiefbauabt. 6.3.1944, DS 743, und laufende Wb zur Schadensbehebung, DS 751.

⁴⁸ Meldungen PolDir und Höherer SS- und Polizeiführer Main 22.7.1944, DS 745 bzw. HStAM Reichsstatthalter 704.

⁴⁹ RPB August 1944.



US-Bomber beim Luftangriff auf Regensburg
Repro: Städtische Bildstelle

2. Die Luftangriffe bis Ende 1944

Nachdem die ersten drei Angriffe auf Regensburg dem Flugzeugwerk gegolten hatten, rückten mit der Umstellung der alliierten Prioritäten andere Einrichtungen in der Stadt ins Blickfeld: der Hafen, hier vor allem das Gelände des Ölhafens, und die Anlagen der Reichsbahn. Deren Umgebung war viel dichter besiedelt als die des Flugzeugwerks. Mit den Angriffen ab Oktober 1944 begann daher für die Zivilbevölkerung die Phase ständiger Bedrohung, die bis Kriegsende anhielt; im Abstand von wenigen Wochen, teils nur einigen Tagen, erfolgten nun weitere Bombardierungen.

Ein Viertel der Bomben beim Angriff vom 20.10.1944 traf den Hafen⁵⁰, die übrigen vor allem den Bahnhofsbereich und die umliegenden Wohngebiete. Daher gab es auch zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung. Der Luftschutzkeller des Erhardihauses erhielt einen Volltreffer, der Abtransport der Leichen - darunter zahlreiche italienische und französische Kriegsgefangene⁵¹ - gestaltete sich insofern schwierig, als sie "an Ort und Stelle eingesargt werden mußten. Der offene Transport wurde mit Rücksicht auf die Bevölkerung unterlassen."⁵² Große Schuttmassen blockierten die Straßen der östlichen Altstadt und am Unteren Wöhrd, schwer

⁵⁰ Vgl. neben den Quellen in Anm.35 auch Hafenamts an Generalinsp. Wasser und Energie 24.10.1944, HStAM Oberste Baubehörde 12813.

⁵¹ Listen Luftkriegsopfer, ZRa 12137 a.

⁵² Abschlußmeldung Bestattungsamt 30.10.1944, DS 743: 35 Männer, 36 Frauen, 6 Kinder, 11 Ausländer.

beschädigt war auch die Minoritenkirche. Durch Großfeuer wurden zwei Lagerhäuser, mehrere Gebäude des Bayerischen Lloyd und der Hitzler-Werft total zerstört. Zu 60 % beschädigt war die städtische Kinderklinik, deren Patienten man glücklicherweise seit März 1944 größtenteils evakuiert hatte⁵³. Unter den mittelschwer getroffenen Bauwerken waren die Eiserne Brücke, durch deren Sperrung der Untere Wöhrd bis Kriegsende von der Altstadt nicht mehr zugänglich blieb, der Nordtrakt der Alten Kapelle und viele Anlagen im Hafensbereich. Auch die Wehrmachtseinrichtungen im Südosten der Stadt wiesen erhebliche Schäden auf. Von den Gewerbebetrieben war die Spirituosenfabrik Jacobi am schwersten betroffen, Produktionsausfälle erwarteten auch die Hitzlerwerft, das Leichtsteinwerk, die Zucker- und die Essigfabrik Hengstenberg.

Schon drei Tage nach dem letzten Angriff wurden der Bahnhofsbereich und die Eisenbahnbrücken über die Donau Ziel einer weiteren Bombardierung. Schwere Zerstörungen gab es folglich in der Umgebung des Hafens, in den Wohnvierteln südlich des Hauptbahnhofs, aber auch in der östlichen Altstadt und am Unteren Wöhrd. Die Identifizierung der Opfer bereitete größte Schwierigkeiten, nachdem am Gries eine Sprengbombe in einem Luftschutzbunker explodiert war und rund 30 Menschen, vor allem Frauen und Jugendliche, bis zur Unkenntlichkeit zerfetzt hatte⁵⁴. Die medizinische Versorgung der Verwundeten in den Krankenhäusern bereitete noch keine Schwierigkeiten⁵⁵, die Obdachlosen mußten allerdings, soweit sie in der Pestalozzischule untergebracht worden waren, diese binnen zwei Tagen wieder verlassen, nachdem das Gebäude nun als Quartier für auswärtige Einsatzkräfte benötigt wurde⁵⁶. Rund um den Bahnhof und am Gries behinderten große Schuttmassen den Verkehr, die neue Regenbrücke mußte nach einem Volltreffer teilweise gesperrt werden, die Hauptwasserleitung zum Hochbehälter auf den Winzerer Höhen war gebrochen, das Leitungsnetz im Stadtsüden drei Tage lang vollständig lahmgelegt.

Nach der Bombardierung vom 23.10.1944 waren zum wiederholten Mal die Bahnlinien nach Nürnberg und Ingolstadt unterbrochen, und nun häuften sich die Luftangriffe auf freie Strecken⁵⁷. Bahnanlagen innerhalb des Stadtgebiets galt dagegen der Angriff vom 4.11.1944, nämlich erneut der Schwabelweiser Eisenbahnbrücke, diesmal auch dem Ostbahnhof und dem Gleisdreieck. Die Reichsbahn verzeichnete eine lange Liste von Schäden, vor allem im Hafensbereich sowie an sämtlichen Anlagen zwischen Haupt- und Ostbahnhof. Die Ladung eines Munitionstransports, der getroffen worden war, detonierte noch stundenlang, vier Gleise der Wehrmachtssrampe waren unbefahrbar, eine Reihe von Lokomotiven und Wagons, darunter auch Teile von Lazarettzügen, waren beschädigt oder zerstört, und die Fernverbindungen nach Norden und Süden fielen tagelang aus. Neben Bahn-, Post-, Polizei- und Wehrmachtanlagen wurden auch die umliegenden Wohngebiete, insbesondere die des Schwabelweiser Holzverzuckerungswerks und das Kasernenviertel, schwer getroffen. Besonders tragisch war, daß zum dritten Mal ein Luftschutzkeller einen Volltreffer erhalten hatte, nämlich in der Werksiedlung der Südholag, wo allein 30 Getötete geborgen wurden; sechs Familien mit je drei bis vier Kindern waren allein durch diese eine Bombe ausgelöscht worden.

⁵³ Einzelheiten zur ausgelagerten Kinderklinik und den Räumungsarbeiten an ihrem Stammgebäude in Wb Zwick (DS 770), DS 771 und ZR 11325, vgl. auch Mb GesA (GES 502), Stadt an RVK 14.10.1944 (DS 746) und Zwick an H. 26.10.1944 (DS 743) sowie Prüfbericht 16.9.1946 (ZRa 13590). Vorschlag einer Ärztin für das Kriegsverdienstkreuz 21.10.1944 in PAM 533.

⁵⁴ Vgl. Kripo-Bericht 26.10.1944 (DS 737), wonach "kleine und kleinste Leichenteile" erst in mühseliger Sucharbeit geborgen werden konnten.

⁵⁵ Mb GesA Nov. 1944, GES 502.

⁵⁶ Meldung Wehrmachtstelle 25.10.1944, DS 743.

⁵⁷ Z.B. Unterbrechung der Strecken nach München und Passau 1.11.1944, vgl. USSBS VI: The effects of strategic Bombing on German Transportation, Tabelle nach S.68.

Erneut meldeten verschiedene Gewerbebetriebe vorübergehenden oder dauernden Produktionsausfall, darunter die Südholag selbst, die für zwei Wochen stillgelegt werden mußte, die Zuckerfabrik, eine Reihe von Betrieben im Hafen und das Kalkwerk des Göring-Konzerns. Größere Bedeutung für die Einwohnerschaft hatte der Umstand, daß der neue Donaudüker des Wasserwerks an zwei Stellen getroffen worden war, so daß die ganze Stadt stundenlang ohne Wasser blieb. Das Milchwerk und zahlreiche Wohnstraßen mußten wieder mit Tankwagen versorgt werden, für weite Gebiete im Osten und Süden der Stadt reichten die Reservleitungen nicht aus, die Löschwasserversorgung war insgesamt in Frage gestellt. Für die Behebung der Schäden veranschlagte das Wasserwerk drei bis vier Monate⁵⁸.

Der nächste, kleinere Angriff galt am 22.11.1944 dem Güterbahnhof und den südlich angrenzenden Gebieten Kumpfmühl und Karthaus. Etwa 400 Sprengbomben kamen zum Abwurf, während Hunderte von Bombern die Stadt nur überflogen. Dennoch gab es eine erhebliche Zahl von Todesopfern, insbesondere unter den Insassen der Heil- und Pflegeanstalt Karthaus, wo vier Abteilungen völlig zerstört worden waren; das dortige Tuberkulose-Asyl mußte geräumt werden⁵⁹. Von 54 Toten war die Rede in den Abschlußberichten der Polizei, während das Bestattungsamt unmittelbar darauf 81 Beerdigungen, teils in Massengräbern meldete, darunter allein 62 geistesranke Pfleglinge von Karthaus und 10 Insassen des Messerschmitt-Ausländerlagers Kumpfmühl⁶⁰. Die Brauerei Bischofshof schätzte ihren Totalausfall nach einem Volltreffer auf das Kesselhaus auf drei Wochen, die Druckerei Habel mußte stillgelegt werden. Die Bahnlinien nach Nürnberg und Ingolstadt waren schon wieder unterbrochen, die Reichsstraße 16 in Ziegetsdorf unpassierbar. Der Güterbahnhof allein hatte 30 Volltreffer erhalten, sämtliche Gleisanlagen und Einrichtungen in diesem Bereich wiesen schwerste Verwüstungen auf.

Schwerwiegende Folgen für den gesamten Stadtsüden hatte die Zerstörung der Kumpfmühler Brücke über die Bahnanlagen samt den darin verlegten Straßenbahngleisen und Versorgungsleitungen. Der Hilfsstromverbund fiel aus, die Brücke selbst mußte abgerissen werden, und über den Bau eines provisorischen Notstegs, der auch einige Rohrleitungen aufnehmen sollte, kam es zu wochenlangen Auseinandersetzungen zwischen Stadt, Polizei, Feuerwehr, Kreisleitung und Reichsbahn. Man einigte sich auf eine Holzkonstruktion, und am zweiten Weihnachtsfeiertag begannen 60 Wehrmachtspioniere mit ihrem Zusammenbau. Am 18.3.1945 konnte die Behelfsbrücke für Fußgänger freigegeben werden und blieb bis 1952 in Betrieb⁶¹.

Katastrophale Folgen hatte die Zerstörung des Sammelkanals an der Friedenstraße. Die Abwässer des hochgelegenen Stadtsüdens stauten sich bis in die Keller der Häuser, es bestand akute Seuchengefahr. Weite Teile des Stadtsüdens mußten von nun an per Tankwagen mit Wasser versorgt werden, während die Heil- und Pflegeanstalt ihr Wasser aus der nahegelegenen Vitusquelle entnahm, nachdem angeblich jahrelange Wasseranalysen günstige Ergebnisse gezeigt hatten⁶². Der Optimismus war verfrüht; um die Jahreswende kam es zu einer Typhusepidemie.

Fast einen Monat lang blieb Regensburg von direkten Angriffen weitgehend verschont, am 9.12.1944 wurde allerdings der Vorort Tegernheim heftig bombardiert, wobei vermutlich das

⁵⁸ Einzelheiten zur Behelfsleitung über die Adolf-Hitler-Brücke in DS 743.

⁵⁹ Aufnahme im Hilfskrankenhaus Klerikalseminar, vgl. Berichte Zwick in DS 770; vgl. auch Sch. an RVK 22.2.1945, DS 746 und 763.

⁶⁰ Abschlußbericht Höherer SS- und Polizeiführer Main 30.11.1944, HStAM Reichsstatthalter 703 bzw. Meldung Bestattungsamt 1.12.1944, DS 743, mit Namensliste. Lt. Liste Luftkriegsopfer in ZRa 12137 a sogar 65 Tote in Karthaus, lt. Nachkriegsstatistik (s.Anm.35) insgesamt 81 Tote.

⁶¹ Einzelheiten in DS 743 und ZR 17680; zum Neubau 1952: ZR 17679.

⁶² Mb GesA Nov. und Dez. 1944, GES 502.

Holzverzuckerungswerk das Angriffsziel war. Im Stadtgebiet selbst fielen nur wenige Sprengbomben, die keine Todesopfer forderten, allerdings die Gasleitung der Südholag beschädigten. Tegernheim war dagegen schwer getroffen, hier gab es sieben Tote, elf total zerstörte und 153 beschädigte Wohnhäuser⁶³.

Regensburg selbst war erst am 20.12.1944 wieder Ziel eines sehr schweren Angriffs⁶⁴. Sein Hauptziel, ein Auslagerungsbetrieb von Messerschmitt, lag allerdings in Burgweinting und somit außerhalb des Stadtgebiets. Dort gab es 62 Tote, darunter 33 ausländische Arbeiter und 16 Ausländerkinder. Schwerpunkte der Bombardierung in Regensburg waren der Hafen, sämtliche Bahnanlagen, der gesamte Stadtsüden und das Messerschmittwerk. Erneut erwies sich die Problematik der Gefallenenstatistik, da im Ostbahnhof ein Flüchtlingstransport getroffen wurde, dessen Todesopfer vermutlich in ihren Heimatgemeinden beurkundet worden sind⁶⁵. Schwer getroffen wurden auch die kurz zuvor begonnene Behelfsheim-Siedlung an der Iselrinne⁶⁶ und das Kabelnetz des Elektrizitätswerks; weite Teile der Stadt waren tagelang ohne Strom. Auch die Rohrbrüche und Straßenschäden verteilten sich über das gesamte Stadtgebiet. Das Hilfslazarett im Institut der Englischen Fräulein mußte ebenso mit Tankfahrzeugen versorgt werden wie der Stadtsüden und -südosten sowie das Hafengebiet. Zudem hatte hier der Hauptsammelkanal schwere Treffer erhalten, so daß sich die Abwässer der gesamten Stadt stauten. Die Wehrmacht und Messerschmitt, die Polizei und der Reichsarbeitsdienst, die Firma Richtberg und der NS-Gauverlag meldeten Schäden, die Mineralölfirma Olex rechnete sogar mit vorübergehendem völligem Produktionsausfall.

Die letzte Bombardierung des Jahres galt am 28.12.1944 dem Ölhafen und dem Güterbahnhof, traf aber vor allem die Zivilbevölkerung in den Wohnvierteln rund um die Bahnanlagen, im Westen, Süden und Osten der Stadt. 1300 Personen wurden auf Dauer obdachlos. Einen Volltreffer wies das Lazarett in der Oberrealschule an der Goethestraße auf, die Theresienkirche in Kumpfmühl wurde schwer beschädigt⁶⁷, und rund um das Stadtgut Königswiesen, das eine Munitionsfabrik beherbergte, ging ein dichter Bombenteppich nieder. Auch die Barakenstadt von Messerschmitt und Reichsbahn in Kumpfmühl trug eine Reihe von Schäden davon, ebenso wie wiederum der Hafen, zahlreiche Einrichtungen der Reichsbahn und der Stadtwerke. Das Wasserwerk verzeichnete 55, das Gaswerk 50 neue Rohrbrüche, die Gasleitung der Südholag hatte gleich neun Volltreffer erhalten. Erneut stauten sich die Abwässer, aus dem Umland mußten Brauereifahrzeuge für den Wassertransport requiriert werden. Gewerbebetriebe wie die Zuckerfabrik, die Hitzlerwerft, die Druckerei Habel und das IG-Farben-Lager meldeten schwere Schäden, vor allem aber mußten die Mineralölfirmen am Hafen schlimmste Verwüstungen hinnehmen. Allein die Runo-Everth verlor vier Tanks mit 850000 l Benzin, und auch die Produktion der DAPG und der Olex fiel auf längere Zeit aus; ein Ölumschlag wäre angesichts der Schäden an den Verladeeinrichtungen ohnehin zunächst unmöglich gewesen. Auch wegen der vielen Schäden an Bahngleisen außerhalb des Stadtgebiets galt Regensburg von nun an bei den Alliierten als "out"⁶⁸.

⁶³ Schadensmeldung PoDir 9.12.1944 17 Uhr, DS 737, vgl. Meldungen Gaswerk, DS 743, und Abschlußmeldung Höherer SS- und Polizeiführer 19.12.1944, HStAM Reichsstatthalter 703.

⁶⁴ Vgl. DS 737, 743 und HStAM Reichsstatthalter 703.

⁶⁵ Aufstellung über erste Meldungen zum Angriff 20.12.1944 15 Uhr, DS 749; nähere Angaben zum Flüchtlingstransport fehlen.

⁶⁶ Bericht Eichhorn, DS 544.

⁶⁷ Vgl. auch O.Merl: Der thesesianische Karmel im Bistum Regensburg während des Dritten Reiches, in Schwaiger/Mai (1981) S.367-387, hier S.376.

⁶⁸ USSBS VI: The effects of strategic Bombing on German Transportation; Tabelle nach S.68.

OBDACHLOSE NACH DEN ERSTEN LUFTANGRIFFEN ⁶⁹		
Angriff vom	Familien	Personen
17.8.1943	17	67
25.2.1944	41	191
31.7.1944	2	8
20.10.1944	397	976
23.10.1944	98	274
4.11.1944	128	298
22.11.1944	83	297
9.12.1944	5	25
20.12.1944	37	120
Summen:	808	2256

Überblickt man die Berichte über die Folgen der einzelnen Angriffe, über Tote und Verletzte, Verwüstungen an Gebäuden, Wasserrohrbrüche, Schäden an Straßen und Kanälen, Gasleitungen, Stromkabeln und Straßenbahngleisen, über Kohlen- und Treibstoffmangel, Zerstörungen an Bahn-, Industrie- und Hafenanlagen und vieles mehr, so erscheint es fast unglaublich, daß das öffentliche Leben in Regensburg nicht schon im Winter 1944/45 zusammenbrach. Zu dieser Zeit ließen die Meldungen der städtischen Dienststellen angesichts der Vielzahl neuer und noch nicht behobener alter Schäden bereits Verzweiflung erkennen⁷⁰: Kaum hatte man nach einem Angriff einen Überblick über neue Zerstörungen gewonnen und mit den allerdringendsten Reparaturen begonnen, erfolgte schon die nächste Bombardierung. Ständig wurden die Arbeiten durch Alarme unterbrochen, außerdem hatte man wochenlang mit Bodenfrost zu kämpfen, während es an Treibstoff für den Einsatz von Maschinen mangelte. Geradezu grotesk lesen sich die Berichte des Bauamts über den Einsatz des letzten überhaupt noch vorhandenen, allerdings häufig streikenden Baggers bei den Reparaturarbeiten⁷¹. Zudem gingen die Ersatzteilreserven der Stadtwerke zur Neige⁷²; dasselbe galt für die Vorräte des Privatgewerbes an Dachmaterial und Fensterglas, nachdem von außen fast kein Nachschub mehr eintraf⁷³.

3. Die Angriffe der letzten Kriegsmonate

Drei Wochen blieb Regensburg vom Luftkrieg verschont, bevor die US-Luftwaffe am 20.1.1945 erneut die Ölfirmen am Hafen, den Ostbahnhof und Obertraubling⁷⁴ bombardierte, dabei allerdings auch Wohngebäude, die Zuckerfabrik, die Südholag und die Gefangenenba-

⁶⁹ Undatierte Übersicht, DS 749.

⁷⁰ Vgl. z.B. Meldung Tiefbauabt. 30.12.1944, DS 743.

⁷¹ Vgl. z.B. Bericht 19.1.1945, ebd.

⁷² Pläne Stadtwerke zur Schadensbehebung 4.1.1945 in DS 743; ebd. die späteren Einzelmeldungen zum Stand der Arbeiten.

⁷³ Vgl. Notizen H., DS 743 und 747.

⁷⁴ Vilsmeier S.38, vgl. auch Klitta S.11.

racken beider Betriebe sowie der Reichsbahn traf. Das Umspannwerk Irlr Höhe erhielt einen Volltreffer, so daß die Stromversorgung der Stadt drei Tage lang ausfiel. Aus Strommangel mußte der Straßenbahnbetrieb ebenso eingestellt werden wie die Wasserförderung, während zugleich die Einrichtung eines erweiterten Fahrdienstes zur Notwasserversorgung der Bevölkerung an den Einberufungen zum Volkssturm scheiterte⁷⁵. Von den Ölgesellschaften fiel nun die Runo-Everth endgültig aus, auch die Rhenania-Ossag meldete schwere Schäden.

Die nächste, sehr schwere Bombardierung am 5.2.1945 leitete schon den Zusammenbruch des öffentlichen Lebens ein. Sie galt dem Hafen, dem Haupt- und dem Ostbahnhof, traf aber auch das Kasernenviertel und Wohngebiete in der östlichen Altstadt und dem gesamten Stadtosten. 182 Wohnungen mußten vollkommen, 40 vorübergehend geräumt werden, 965 Personen wurden auf Dauer obdachlos, das städtische Museum beherbergte als Auffangsammlung allein zunächst 297 Familien⁷⁶. Lediglich das beschädigte Wohnhaus des Regierungspräsidenten Bommel samt Garage (Schillerstraße 33) wurde vollständig wiederhergestellt⁷⁷. Der Hafen war völlig verwüstet, daneben wiesen der Haupt- und der Ostbahnhof, die Wehrmachtsanlagen sowie alle Schwabelweiser Großbetriebe schwerste Schäden auf. In der östlichen Altstadt türmten sich Berge von Schutt auf den Straßen, die Galgenbergbrücke und die Landshuter Bahnunterführung waren unpassierbar. Ausgerechnet in dieser Situation setzte Tauwetter ein, verbunden mit heftigen Regenfällen. Zahllose Keller wurden von Abwässern überflutet, tagelang floß ein Sturzbach vom hochgelegenen Stadtsüden bergab; man mußte sich mit Holzstegen behelfen. Die Gaserzeugung fiel acht Tage lang vollständig aus, da das gesamte Rohrnetz unter Wasser stand. Die Kohlenvorräte des Gaswerks gingen ohnehin zur Neige, und nach dem Abschluß der wichtigsten Reparaturen konnte man die privaten Haushalte nur noch drei Stunden täglich mit Gas versorgen. Auch das Elektrizitätswerk meldete den Zusammenbruch der Stromversorgung, womit zugleich die Straßenbahn ausfiel. Am schlimmsten hatte der Angriff jedoch das Leitungsnetz des Wasserwerks getroffen. Man brauchte Tage, um auch nur die Rohrbrüche festzustellen. Große Teile der Stadt konnten nicht mehr versorgt werden, man mußte auf alte Brunnen zurückgreifen. Für sie bestand aber wegen der umfangreichen Kanalschäden die Gefahr, daß die Abwässer durch den Untergrund einsickerten, während das Abkochen des Wassers am Mangel an Brennstoff scheiterte. Nicht einmal mehr bakteriologische Analysen konnte man vornehmen, nachdem der Wärmeschrank der Chemischen Untersuchungsanstalt nach einem Gasrohrbruch ausgefallen war. Und die wenigen Tankwagen des Wasserwerks mußten zur Versorgung der Lazarette eingesetzt werden, von auswärts angeforderte Ersatzfahrzeuge fielen wegen Defekten, Unpassierbarkeit der Straßen oder Beschlagnahmen aus⁷⁸.

Mitte Februar 1945 gab es eine Reihe von Tieffliegerangriffen und einzelne Bombenabwürfe auf Anlagen in Regensburg und Obertraubling⁷⁹. Ganz offensichtlich wurden in den späteren Berichten vielfach die Daten der einzelnen Angriffe durcheinandergebracht. Belegt ist immerhin, daß am 13.2.1945 unter anderem das städtische Elektrizitätswerk getroffen wurde. Schäden wiesen die Wolfgangskirche, der Bahnhof und zahlreiche weitere Einzelgebäude überall im Stadtgebiet auf⁸⁰. Schon drei Tage später, am 16.2.1945, erfolgte möglicherweise wieder ein Sprengbomben-, vielleicht aber auch nur ein Tieffliegerangriff auf die Stadt⁸¹.

⁷⁵ Bericht Wasserwerk 27.1.1945, DS 743.

⁷⁶ Bericht NS-Ortsgruppe Von-der-Tann 12.2.1945, NIB Akt "Chemie". Vgl. auch Merl (s.Anm.67) S.379 f. zu den Schäden am Theresienheim (Landshuter Straße).

⁷⁷ Die Wb in DS 743.

⁷⁸ Notiz 5.2.1945, DS 743.

⁷⁹ RPB 10.3.1945; nach Vilsmeier S.38 ein Sprengbombenangriff auf Obertraubling am 16.2.1945, vgl. auch Klitta S.11.

⁸⁰ Schadensverzeichnis in DS 743.

⁸¹ Reg. an RVK 21.2.1945 bzw. Bericht Höherer SS- und Polizeiführer 2.3.1945, HStAM Reichsstatthalter 703.

Weitere Angriffe soll es am 20. und 22.2.1945 gegeben haben. All dies war Teil einer Sonderaktion der alliierten Luftwaffen, bei der 8-9000 Flugzeuge vor allem Transportsysteme im ganzen Deutschen Reich angriffen⁸².

Nach dem sehr schweren Luftangriff vom 13.3.1945⁸³ brach die städtische Infrastruktur endgültig zusammen. Die Bombardierung richtete sich zwar vorwiegend gegen den Haupt- und den Güterbahnhof sowie den Hafen, rief jedoch schwerste Verwüstungen in der Altstadt, dem gesamten Stadtwesten und -süden sowie im Kasernenviertel hervor. Knapp 4000 Personen wurden vorübergehend obdachlos⁸⁴, 109 Totalschäden listete das Bauamt auf, darunter das städtische Elektrizitätswerk mitsamt dem Straßenbahndepot, weitere wichtige Anlagen von Reichsbahn und -post, drei Großtanks im Ölhafen, das Stadtgut Königswiesen mit der Munitionsfabrik und der Kreisschule der NSDAP, die romanische Stiftskirche Obermünster, die Stadthalle samt den dort gelagerten Museumsbeständen des naturwissenschaftlichen Vereins und Teile des Dominikanerinnen-Klosters Hl.Kreuz aus dem 16.Jahrhundert. Schwer beschädigt⁸⁵ wurden auch das Fürstliche Schloß, das klassizistische Lustschlößchen Theresienruhe im Schloßpark⁸⁶, der Justizpalast, die Altdorferschule, St.Leonhard, die Antoniuskirche, drei Reservelazarette, zahlreiche Einrichtungen der Wehrmacht und die drei Friedhöfe. Die über das ganze Stadtgebiet verteilten Schäden an Straßen, Kanälen und Versorgungsleitungen waren so zahlreich, daß es Tage dauerte, bis man sie auch nur erfaßt hatte. Das Gaswerk war ebenfalls getroffen worden, so daß es schon gar nicht mehr ins Gewicht fiel, daß der letzte werkseigene Lastwagen zerstört worden war. Erneut stand das gesamte Rohrnetz unter Wasser. Während die Stromversorgung von außen und die Wasserlieferungen zumindest für die Altstadt schon am Tag nach dem Angriff wieder aufgenommen werden konnten, belieferte das Gaswerk erst nach zehn Tagen die Südholag als einzigen Abnehmer, die Versorgung des normalen Netzes konnte erst für Mitte April 1945 vorgesehen werden. An Straßen- und Kanalreparaturen größeren Ausmaßes war schon deshalb nicht zu denken, weil auch der Bauhof des Stadtbauamts schwer getroffen worden war.

Der Sprengbombenangriff vom 11.4.1945 diente der endgültigen Vernichtung der Treibstoffreserven, die noch im Regensburger Ölhafen lagerten, sowie der Ausschaltung des Ostbahnhofs. Dagegen gab es nur geringe Sach- und Personenschäden in den Wohngebieten. Wegen der starken Rauch- und Hitzeentwicklung war es längere Zeit unmöglich, einen Überblick über die Schäden im Ölhafen zu gewinnen, später meldeten sämtliche Betriebe schwerste Verwüstungen⁸⁷. Die wichtigsten Bahnlinien waren erneut unterbrochen, im Heeresnebenzeugamt explodierten noch Stunden nach dem Angriff Munitionsbaracken. Immerhin wies die Infrastruktur im übrigen Stadtgebiet kaum neue Beschädigungen auf.

Kurz vor Kriegsende, am 16.4.1945⁸⁸, erlebte Regensburg nochmals einen außerordentlich schweren Luftangriff. Er galt der endgültigen Vernichtung des Hauptbahnhofs, der Eisenbahnbrücken und des Flugzeugwerks, rief aber auch in deren Umgebung, der Altstadt, dem Unteren Wöhrd und Stadtamhof schwere Verwüstungen hervor. Bis zum Einsetzen des Artilleriebeschusses durch die von Norden heranrückenden US-Truppen verzeichnen die Quellen noch eine Reihe von Tieffliegerangriffen und Bombenabwürfen. Im einzelnen sind die

⁸² USSBS VI: The effects of Strategic Bombing on German Transportation S.15 f.

⁸³ Vgl. auch MZ 9.-10.4.1955.

⁸⁴ Vgl. z.B. Meldung NS-Ortsgruppe Von-der-Tann 19.3.1945 über Belegung des Museums mit Obdachlosen, NIB Akt "Chemie".

⁸⁵ Zu Schäden am Kath. Bruderhaus (Weitoldstraße 16-18) und seinem Wiederaufbau 1947: ZR 19424.

⁸⁶ Vgl. auch Weilner S.10 ff.

⁸⁷ Vgl. Meldung E-Werk, eine Trafostation sei "samt der Inneneinrichtung vollständig verschwunden", 11.4.1945, DS 743.

⁸⁸ Zum takt. Hintergrund vgl. USSBS VI, The effects of Strategic Bombing on German Transportation S.12 ff. Vgl. auch Kliitta S.15.

Daten dieser Angriffe unklar; kombiniert man die vorliegenden Unterlagen, so muß es fast täglich Angriffe gegeben haben. Belegt ist auf jeden Fall die Bombardierung vom 20.4.1945, die offenbar nochmals dem Ölhafen, vielleicht auch den Bahnanlagen galt und daneben die Wohnviertel rund um das Holzverzuckerungswerk sowie die Zuckerfabrik traf. An beiden folgenden Tagen sollen bei Tieffliegerangriffen in Großprüfung insgesamt sechs Personen getötet worden sein, am 21.4.1945 gab es ein Großfeuer in der Bruderwöhrdstraße, in den folgenden Tagen mehrere durch Artilleriebeschuß verursachte Großbrände⁸⁹ sowie zahlreiche neue Schäden, so an der städtischen Kinderklinik⁹⁰. Am 25.4.1945 soll nochmals ein Sprengbombenabwurf in der Altstadt ein Todesopfer gefordert haben. Kurz zuvor hatten die nach Süden abrückenden deutschen Truppen die noch unversehrten Brücken gesprengt.

C. Luftschutz⁹¹

Schon in den dreißiger Jahren waren, wie erwähnt, in Regensburg zahlreiche Luftschutzbauten durchgeführt worden. Nach Kriegsbeginn kam die Verdunkelung als Vorsorgemaßnahme hinzu; selbst der Christkindlmarkt 1939 konnte nur noch zu geänderten Öffnungszeiten besucht werden⁹². Zugleich intensivierte man die Bautätigkeit: "Auf allen öffentlichen Plätzen Regensburgs" wurden "Luftschutzräume gebaut, die nach dem Krieg zu öffentlichen Aborten umgebaut werden" sollten⁹³. Die "Werkluftschutzgemeinschaft Hafens-Süd" richtete Splitter-schutz-Unterstände ein⁹⁴, hinzu kamen Maßnahmen zum Gebäudeschutz; schon 1940 wurde der Rathausdachstuhl mit feuerhemmenden Mitteln imprägniert⁹⁵.

Hatten die Regensburger die Luftschutz- und Verdunkelungsmaßnahmen in den ersten Kriegsmonaten noch als übertrieben angesehen und die strengen Vorschriften nur unter Zwang befolgt, so wuchs das Verständnis dafür, als im Sommer 1940 erstmals feindliche Flugzeuge in den süddeutschen Luftraum eindrangen. Als örtlicher Luftschutzleiter gewann von nun an Polizeidirektor Popp immer größeren Einfluß⁹⁶. Er gab ein eigenes "Anordnungsblatt für den erweiterten Selbstschutz" bei Behörden und Betrieben heraus⁹⁷, Wachdienste mußten eingerichtet werden⁹⁸, die Arbeitszeiten wurden geändert, um trotz Verdunkelung Strom zu sparen, und selbst das Verbot des Gebetsläutens der Kirchenglocken wurde mit luftschutzpolizeilichen Gründen gerechtfertigt⁹⁹.

Nach dem Luftangriff auf Donaustauf im Herbst 1941 wurde man sich plötzlich der unmittelbaren Bedrohung bewußt. Sofort verfügte Schottenheim, die Luftschutzwachen in den städtischen Amtsgebäuden auch nachts besetzt zu halten; für 14 städtische Gebäude benötigte man

⁸⁹ Brandschutzamt 27.

⁹⁰ Prüfbericht 16.9.1946, ZRa 13590.

⁹¹ Übersicht über Organisation, Ausstattung und Maßnahmen im deutschen LS in USSBS II, Civilian Defense Division/Final Report.

⁹² Vgl. ZR 17141.

⁹³ Rh-Prot. 15.12.1939, vgl. auch Rh-Prot. 10.5.1940.

⁹⁴ Einzelheiten in ZR 16307.

⁹⁵ Rh-Prot. 8.8.1940.

⁹⁶ Vgl. z.B. Verf. Popp 1.11.1941 (ZR 16482) zu Veranstaltungen im Neuen Haus.

⁹⁷ Gesammelt in NIB, Akt "Museum. Luftschutz. Anordnungsblätter und sonstige amtliche Verfügungen". Weitere Richtlinien und "Besondere Anordnungen" der PolDir (ab Mai 1941) in NIB, Akten "Luftschutz" und "Museum. Luftschutz".

⁹⁸ Vgl. z.B. Antrag Gaswerk 4.1.1940, höhere Entschädigungen hierfür zu leisten, PAM 535.

⁹⁹ Verf. Sch. zum 1.1.1941, ZR 17704.

täglich 65 Personen¹⁰⁰, jeder städtische Bedienstete mußte mindestens einmal pro Monat Nachtwache halten¹⁰¹. Schon im Etatjahr 1941 entstanden Mehrkosten von 30000 RM durch die Entschädigungen hierfür und den weiteren Ausbau der Luftschutzeinrichtungen¹⁰². Nachdem sich Vertreter von Stadt, Polizei und Kreisleitung im Sommer 1942 über die Sicherheitsvorkehrungen verschiedener westdeutscher Luftschutzorte unterrichtet hatten¹⁰³, forcierte Schottenheim die Schutzmaßnahmen innerhalb der Stadtverwaltung weiter, es begann die Imprägnierung der noch nicht auf diese Weise geschützten städtischen Lagerhäuser, später die der übrigen städtischen Dienstgebäude, aber auch der Kirchen¹⁰⁴. Weitere behördeninterne Maßnahmen galten dem Schutz unentbehrlicher Geräte: Schreibmaschinen waren während der Mittagspausen auf den Boden unter die Schreibtische, nachts in den Keller zu stellen; sogar das öffentliche Warmbad im Wohlfahrtsamtsgebäude mußte geschlossen werden, da die Keller zur Sicherstellung von Schreibmaschinen, unentbehrlichem Büromaterial, Formblättern, Akten und Karteien benötigt wurden. Außerdem sorgte Schottenheim für einen etwaigen Luftangriff vor, indem er Richtlinien für die Fortführung der Arbeit in Ausweichquartieren erließ¹⁰⁵. Und schließlich wurden nun zahlreiche städtische Bedienstete, zumeist in einwöchigen Kursen, außerhalb der Arbeitszeit für die Heimatflak ausgebildet¹⁰⁶.

Neben unersetzlichen Verwaltungsunterlagen wurden auch Kunstschatze vorsorglich verlagert. So sicherte man die wertvollsten Exponate des Museums, des Stadtarchivs und des Historischen Vereins schon im Mai 1942 im Tresor der Stadthauptkasse¹⁰⁷, wenige Monate später verlegte man die Bestände des Reichstagsmuseums in die Gewölbe des Alten Rathauses¹⁰⁸. Die Grabdenkmäler in St.Emmeram, die Portale des Alten Rathauses und der Schottenkirche, die Pestsäule am Jakobstor und andere Baudenkmäler wurden ummauert. Anfang 1943 begann in Zusammenarbeit zwischen Landesamt für Denkmalpflege, Dr. Boll als dem örtlichen Beauftragten für den Kunstluftschutz und den betroffenen Besitzern die Sicherung weiterer Kunstgegenstände¹⁰⁹, aber auch unentbehrlicher Akten der Stadt sowie Unterlagen der Pfarreien, etwa der alten Kirchenbücher. Teile davon gelangten in Kellergeschosse, die als besonders stabil galten, ein Großteil wurde auch im Untergeschoß des wuchtigen Römerturms am Alten Kornmarkt eingelagert, den das Landbauamt im Sommer 1943 für diesen Zweck ausbaute¹¹⁰. Anfang 1944 befanden sich im Römerturm unter anderem die abmontierten Domfenster, wertvolle Bestände des Museums und der Kreisbibliothek, der Evangeli-

¹⁰⁰ Verf. Sch. 3. und 19.11.1943, ZR 9042, PAM 539 und NIS 12.

¹⁰¹ Verf. 14.10.1941, 3.10.1942, 7.3.1944 etc. in ZR 9042, 18109, NIS 12 und PAM 535. Zu den Wachen im Museum vgl. Anweisung 15.10.1941, ZR 18109, zum Wohlfahrtsamt: Verf. Betriebs-LS-Leiter 24.4.1942, ebd.

¹⁰² Vorbericht Sch. zum Nachtragshaushalt 20.3.1942, FIN 504. In ZR 18109 Einzelheiten zu den Vergütungen für den LS-Dienst. Die Ausgaben für städt. LS-Maßnahmen Aug. 1943 - März 1944 in WSt 2.

¹⁰³ Geheimprot. 21.8.1942 in ZR 11324. Bei der Kreisleitung war Schmidbauer Sachbearbeiter für LS-Fragen, vgl. sein Rundschr. an die Ortsgruppen 5.10.1942, NIB Akt "Chemie".

¹⁰⁴ Einzelheiten in DS 750. Liste der Kirchen 14.7.1942 und Einzelheiten in NIB, Akt "Museum. Luftschutz".

¹⁰⁵ Verf. 3.10.1942 u.a. in ZR 9042, 18109, 18112 und PAM 539. Weitere Verf. zum Schutz von Bürogegenständen z.B. in ZR 3726, 9042, ZRa 13424 und NIS 12. Abschrift entspr. Anordnung RfSS (Eingang 6.9.1943) in DS 553, vgl. auch ZR 18965. Ein Merkblatt hierzu (21.2.1944) hatten alle Gefolgschaftsmitglieder stets bei sich zu tragen (PAM 539).

¹⁰⁶ Reinemer an Betriebs-LS-Leiter der städt. Dienstgebäude 11.2.1943, ZR 18109, und Verf. Sch. 17.2.1943, ZR 9042.

¹⁰⁷ Telegraf. Anweisung Wächtlers 6.5.1942 und Boll an Weigert 20.5.1942, in NIB, Akt "Sicherung des Kunstgutes". Übergabeprot. 23.5.1942 in NIB, Akt "Verlagerungen". Übersicht über Boll's Maßnahmen seit Wächtlers Telegramm 28.5.1942 in NIB, Akt "Museum. Luftschutz".

¹⁰⁸ Vermerk Diepolder 18.10.1942, NIB Akt "Verlagerungen".

¹⁰⁹ 23.8.1944 bestimmte Sch. Boll zum örtl. Beauftragten für den Kunst-LS, vgl. NIB, Akt "Konzertchronik (Minoritenkirche)". Ebd. Einzelheiten, vgl. auch umfassenden Bericht 26.7.1945 über Auslagerung Kunstgegenstände, NIB, Akt ohne Titel.

¹¹⁰ Vgl. Reinemer an Reg. 4.3., 17.6. und 10.9.1943, NIB Akt "Luftschutz". Vgl. auch NIB, Akten "Verlagerungen" und "Sicherung des Kunstgutes (Verlagerung)".

schen Stiftungsverwaltung, des Dompfarramts, der Alten Kapelle und des Fürstlichen Hauses¹¹¹. Weitere Materialien und Kunstschatze wurden in weniger gefährdete Landgemeinden ausgelagert, so die Einwohnerkarteien in die Regendorfer Waldschänke¹¹², wertvolle Bestände der Kreisbibliothek und des Historischen Vereins nach Schloß Sandersdorf (damals Landkreis Riedenburg) und in das Kloster Pielenhofen¹¹³. Die Klosterkirche Rohr wurde zum wichtigsten Lagerort für Kunstwerke aus den Regensburger Kirchen¹¹⁴. Mitte Mai 1944 galt die Verlagerungsaktion als abgeschlossen¹¹⁵.

Seit 1943 galt die Weisung des RLM, die Imprägnierung sämtlicher Häuser im Deutschen Reich mit feuerhemmenden Mitteln zumindest anzustreben¹¹⁶. An städtischen Gebäuden oblagen solche Baumaßnahmen zunächst der Abteilung "Bauunterhalt" des Stadtbauamts; Anfang 1944 nahmen sie so großen Umfang an, daß sie in einer eigenen Luftschutz-Abteilung zusammengefaßt werden mußten, wobei beide Stellen eng mit Polizeidirektion, Reichsluftschutzbund und Technischer Nothilfe zusammenarbeiteten. Dabei hatten sie - ebenso wie jeder private Hausbesitzer - den Selbstschutz für die rund 400 städtischen Gebäude zu organisieren, also Verdunkelungsmaterial, Sand, Wasserbottiche und Löschgerät zu besorgen, die man auf den Dachböden deponierte¹¹⁷. Die Entrümpelungsaktionen früherer Jahre wurden nochmals intensiviert, die Speicherverschläge der Schulhäuser umgebaut in Sitzgelegenheiten für die Kellerräume¹¹⁸. Die Luftschutzräume unter dem Stadttheater wurden ausgebaut, diejenigen in Schulen, Heimen und städtischen Wohnhäusern darauf überprüft, ob ihre Kapazitäten ausreichten. Wo dies nicht der Fall war, organisierte man Ersatzräume möglichst in der Nähe des betreffenden Gebäudes¹¹⁹; bei Alarmen hielten sich übrigens häufig hierzu nicht berechnigte Personen in städtischen Schutzräumen auf¹²⁰.

Für die Werke und Betriebe galt der erweiterte Selbstschutz und somit unter anderem die Pflicht, Brandwachen einzuteilen. Schließlich war die Luftschutzabteilung des Bauamts zuständig für den Unterhalt der zunächst 26 öffentlichen Bunker, der Deckungsgräben und der Löschwasserteiche, mit deren Anlage im ganzen Stadtgebiet die Polizeidirektion unmittelbar vor der ersten Bombardierung des Flugzeugwerks begonnen hatte¹²¹. Ihre Aufgabe war es auch, Löschmaterial für Straßen und Plätze zu beschaffen¹²².

Ab Mai 1944 ließ sich der Oberbürgermeister wöchentlich über die Luftschutzbaumaßnahmen berichten¹²³. Demnach wurden zu dieser Zeit in hektischer Betriebsamkeit überall kleine Mängel behoben, doch galt der Sicherheitszustand der städtischen Gebäude bereits als recht zufriedenstellend. Im Juni 1944 konnte das Alte Rathaus als luftschutzbereit gemeldet wer-

¹¹¹ Listen in NIB, Akten "Verlagerungen" und "Konzertchronik (Minoritenkirche)". Vgl. auch Vermerk 24.7.1945 zur erzwungenen Schlüsselübergabe für den Turm an einen US-Offizier, NIB, Akt ohne Titel.

¹¹² Reinemer an Reg. 10.9.1943, NIB Akt "Luftschutz", sowie Reinemer an Einwohneramt 15.1.1944, PAM 540.

¹¹³ NIB Akt "Verlagerungen", passim.

¹¹⁴ Bericht 26.7.1945, NIB, Akt ohne Titel.

¹¹⁵ Einzelheiten in NIB, Akt "Sicherung des Kunstgutes (Verlagerungen)".

¹¹⁶ RdErl 13.5.1943, Abschrift in DS 750.

¹¹⁷ Einzelheiten in DS 742, vgl. auch DS 681.

¹¹⁸ Vgl. Bericht Bauamt 19.1.1944, DS 744.

¹¹⁹ Listen und Einzelheiten in DS 744, zu Schutzräumen in Altenheimen: DS 757.

¹²⁰ Bericht Schulbeauftragter für den LS 17.3.1944, DS 744.

¹²¹ Bericht 16.11.1943, ZR 20801. Zur Beteiligung städt. Stellen: ZR 18115. Das Hafenamts hatte schon früher Löschwasserbrunnen für LS-Zwecke angelegt, vgl. Meldung 8.4.1941, ZR 17072.

¹²² Liste Zuständigkeiten im Bericht 20.1.1944, DS 744. Belege für den städt. finanzierten Ausbau der örtl. LS-Befehlsstelle des Gauleiters 1942/43 in WSt 2.

¹²³ Verf. 15.5.1944, DS 748.

den¹²⁴, während die Arbeiten an den Wohnhäusern der Stadtbau GmbH - Einbau von Luftschutztüren, Notbeleuchtungen und Entlüftungsschlitzen, Abstützen der Kellerdecken etc. - trotz Material- und Arbeitermangels in vollem Gang waren¹²⁵. Bei den Mietern stieß man allerdings auf wenig Verständnis, wenn beispielsweise Keller unterteilt oder Mauern durchbrochen werden mußten: "Man sollte es nicht für möglich halten, welch Neid, Haß und Mißtrauen unter vielen Leuten in den Volkswohnungen herrscht."¹²⁶

Das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder wurde im Sommer 1944 teilweise nach Schloß Köfering ausgelagert¹²⁷, die Städtische Kinderklinik unterhielt im Kreiskrankenhaus Regensauf¹²⁸, das Säuglingsheim in Haus Werdenfels bei Undorf/Eichhofen einen Zweigbetrieb¹²⁹. Eine vorsorgliche Luftschutzmaßnahme stellte auch die jeweils dreimonatige Kinderlandverschickung dar. Vorgesehen waren hierfür insgesamt 58 Volksschulklassen mit 2600 Kindern aus Regensburg¹³⁰, die ersten 17 Klassen verschickte man Anfang 1944, wodurch zugleich Schulräume für andere Zwecke freigemacht werden konnten. Allerdings ergab sich ein großer Mangel an Betreuern, denn für die in der Stadt verbleibenden 141 Schulklassen standen nur noch 78, davon 21 schonungsbedürftige Lehrer zur Verfügung¹³¹. Mindestens 18 verschiedene Heime, Anstalten und Gasthöfe in weniger luftgefährdeten Gebieten, so im Bayerischen Wald, Oberfranken etc., dienten bis zur Einstellung dieser Maßnahme Ende 1944 zur Unterbringung Regensburger Kinder und Jugendlicher - nicht immer zur Freude der Eltern, die häufig mit ärztlichen Attesten versuchten, die Verschickungen zu verhindern¹³². Dennoch verzeichnete das Gesundheitsamt gute Erholungserfolge¹³³.

Im August 1944 bestanden 4600 private trümmer- und splittersichere Luftschutzräume in der Stadt. In 34 öffentlichen Bunkern fanden darüber hinaus gut 5000 Personen Platz, fast ebensoviele konnten in 15 weiteren Schutzkellern Zuflucht finden, die von den Behörden hierfür in Anspruch genommen worden waren. Daneben bestanden für rund 2800 Personen Dekungsgräben von etwa 900 m Länge in Gegenden mit wenig Kellerräumen; ihr Ausbau auf 2100 m war geplant. Es gab 55 Zisternen, sechs natürliche Weiher, 55 künstliche Löschwasserenteiche und 50 Feuerlöschbrunnen im Stadtgebiet, mit der Aufstellung von rund 1000 Wasserbottichen in Gebäuden der Altstadt hatte man begonnen, weitere 7000 sollten folgen. Gemeinsam hatten die städtische Fahrbereitschaft und die Wehrmacht 3000 Kubikmeter Löschsand kostenlos an die Hausgemeinschaften und Betriebe verteilt, die Bestände wollte man nach und nach noch erhöhen. In der Altstadt war die Feuerschutzimprägnierung abgeschlossen, 1100 Mauern zur Verbindung der Häuser untereinander hatte man durchbrochen, 600 von geplanten 3400 m Kleinstollen waren fertiggestellt. Zwei große Stollen sollten noch an-

¹²⁴ Wb 10.6.1944, ebd.

¹²⁵ Einzelheiten in DS 755.

¹²⁶ Wb 12.8.1944, ebd.

¹²⁷ Vgl. Mb GesA ab April 1944, GES 502.

¹²⁸ S.Anm.53. Nach dem Angriff 20.10.1944 wurde die letzte in Rgbg. befindliche Abt. der Kinderklinik in die Kirchenmusikschule (Sedanstraße) verlegt, vgl. Prüfbericht 16.9.1946, ZRa 13590, sowie Stadt an RVK 22.2.1945, DS 746.

¹²⁹ Vgl. Mb GesA, GES 502. Die Entbindungsabt. blieb in Rgbg., freiwerdende Räume wurden mit Hamburger Evakuierten und Umsiedlern belegt.

¹³⁰ Zur KLV an den staatl. Schulen (Gymnasien etc.) liegen in städt. Akten nur wenige Hinweise vor; vgl. z.B. Mb GesA Nov. 1944, GES 502.

¹³¹ Bericht Stadtschulamt 4.2.1944, DS 683; ebd. Einzelheiten zur KLV. Zur Beschaffung von Schuhen vgl. EWA 502. Zum Personal der Schulen: Fragebogen 31.5.1944 in ZRa 12657.

¹³² Vgl. Elternbriefe und Stadt an Kreisleitung 15.5.1944, DS 683. Ebd. Wb Schulamt zum Stand der KLV.

¹³³ Vgl. Mb Schulärztl. Zentrale im GesA, GES 502.

gelegt werden, damit man notfalls die Bevölkerung aus der Altstadt herausführen konnte¹³⁴. Selbst zu dieser Zeit bemühte man sich noch, das Stadtbild nicht zu sehr zu verunstalten und beispielsweise die größeren Bäume im bahnhofsnahen Alleebereich zu schützen¹³⁵.

Im Sommer 1944 begannen auch die Arbeiten an verschiedenen Luftschutzeinrichtungen in den Stadtrandbezirken. So ließ die Polizeidirektion in Dechbetten einen Luftschutzstollen in den Hang graben, der unter anderem den Kindern der Prüfeninger Waldschule als Zuflucht dienen sollte¹³⁶, im Oktober dieses Jahres folgten Deckungsgräben im Stadtwesten und anderen Gebieten¹³⁷. Einen weiteren Luftschutzkeller für die Altstadt gewann man, indem man das Kokslager einer stillgelegten Kaffeerösterei in der Obermünsterstraße beschlagnahmte und räumte¹³⁸. Noch bis zum Zusammenbruch im April 1945 wurden - teils durch Gestapo-Häftlinge - die Arbeiten an den verschiedenen Baumaßnahmen fortgesetzt. Zusammengenommen 76 Meter tief bohrten sich zwei Stollen in den Fels am Schelmengraben, bis zu 1000 Menschen suchten darin bei Alarmen Zuflucht, obwohl das Bauwerk noch nicht fertig betoniert war. Der erwähnte Stollen in Dechbetten wurde immerhin noch 32 m lang, obwohl hier ohne Kompressor gearbeitet werden mußte, ein weiterer grub sich dank der vom Kalkwerk Büechl bereitgestellten Maschinen 35 m tief in den Brandlberg. Weitere Stollen wurden in verschiedenen Stadtrandbezirken noch projektiert, teils auch begonnen, blieben jedoch ebenso unvollendet wie zwei Deckungsgräben im Stadtwesten und sogar der Großrettungsweg zwischen Obermünsterplatz und Allee, der im Notfall der Evakuierung der gesamten südlichen Altstadt dienen sollte - Mitte April 1945 fehlten hier noch 1,5 m zwischen den von beiden Seiten zugleich vorangetriebenen Stollen.

In der unabhängigen Löschwasserversorgung richteten die Luftangriffe größere Schäden an, als man beheben konnte, doch wenigstens gelang es, den lokalen Rundfunksender der Kreisleitung noch in den Keller des Neuen Rathauses zu verlegen, von wo aus er ab März 1945 die Bevölkerung mit Nachrichten und Durchhalteparolen versorgte¹³⁹.

*III. Verwaltung im Krieg*¹⁴⁰

Im Oktober 1939, bei seiner Rückkehr vom Polenfeldzug, zeigte sich Schottenheim optimistisch: "Wenn jeder an seinem Platz seine Pflicht tut, worauf ich vertraue, dann wird es für die Stadtverwaltung auch nicht allzuschwer sein, den ihr aus der gegenwärtigen Lage zu fallenden Aufgaben in dem ihr auferlegten Umfang gerecht zu werden. Zu einem siegreichen Ausgang dieses Ringens unseren Teil mit beigetragen zu haben, wird uns alle dann mit Stolz

¹³⁴ PolDir an Stadt 23.8.1944, DS 744.

¹³⁵ Einzelheiten ebd., vgl. auch DS 731 und StA 16901.

¹³⁶ Bei der sog. "Waldschule" handelte es sich wohl um Schulbaracken für 80 bis 100 Kinder; einige Hinweise in DS 760.

¹³⁷ Vgl. Wb LS-Abteilung 30.9.1944, DS 761; ab Ende 1944 in DS 756.

¹³⁸ Die Einzelheiten in EWA 501.

¹³⁹ Wb zum Baufortschritt bis 14.4.1945 in DS 756, ebd. auch undatierte Liste bombensicherer Bunker.

¹⁴⁰ Neuere Lit. belegt in Morseys, Rebentischs und Mutius' Beiträgen zu DVG IV (1985), hier S.703 ff., 764 ff. und 1079 ff. Letzte zusammenfassende Darstellung bei Rebentisch (1989) bes. S.117 ff. und 132 ff.

erfüllen."¹⁴¹ Und noch Anfang 1941 sprach der Oberbürgermeister zwar von manchen "Mißstimmigkeiten", die im Alltag, insbesondere kurz nach Kriegsbeginn, unvermeidbar gewesen seien, bezeichnete jedoch den teils erst neu aufgebauten Behördenapparat der Stadtverwaltung als gut eingespielt: In "mustergültiger Ordnung" habe sich die Heimatfront auf die Kriegsmaßnahmen eingestellt, mit dem Zerbröckeln dieser Front dürften die Kriegsgegner nicht rechnen¹⁴².

A. Neue Aufgaben

Tatsächlich hatten die Gemeinden in vielfacher Hinsicht, nicht nur durch die Abgabe von Personal an die Wehrmacht, zur Kriegsführung beizutragen. Dabei mußten die vielen teils neuen, teils erheblich ausgeweiteten Verwaltungsaufgaben mit geringerem Personal und unter schwierigeren, vom Mangel gekennzeichneten Bedingungen bewältigt werden. Die Kommunen leisteten einen monatlichen Kriegsbeitrag, der für die Haushalte eine nicht unerhebliche Belastung mit sich brachte. Sie gestaltete sich allerdings dadurch erträglich, daß die Einschränkung der Bauwirtschaft geplante Projekte verhinderte, also große Summen eingespart werden konnten. Die Kommunen trugen auch in großem Ausmaß die sozialen Folgekosten des Kriegs, vor allem einen Teil des Familienunterhalts, der den Angehörigen der eingezogenen Soldaten auszubezahlen war¹⁴³. Hilfskrankenhäuser mußten eingerichtet¹⁴⁴, zugleich die freiwilligen Leistungen an freie und kirchliche Institutionen abgemindert werden. Mehrarbeit hatten seit Kriegsbeginn beispielsweise das Wohlfahrtsamt wegen des Familienunterhalts, die Standesämter wegen der Kriegstraunungen und dem militärischen Erfassungswesen¹⁴⁵ oder auch das Jugendamt¹⁴⁶ infolge einer Fülle neuer Rechtsvorschriften zu leisten. Doch machte die Umstellung auf die Kriegsverwaltung auch neue städtische Dienststellen erforderlich, so das Ernährungs- und Wirtschaftsamt, das die gesamte Versorgung der Bevölkerung mit bezugsscheinpflichtigen Waren organisierte, oder ein in den ersten Kriegsmonaten bestehendes Rückwanderer-Quartieramt¹⁴⁷. Veränderungen ergaben sich darüber hinaus durch kleine Kompetenzverschiebungen, etwa bei der Neuorganisation der Finanzverwaltung¹⁴⁸; einen echten Eingriff, allerdings auch eine Entlastung der Stadtverwaltung, bedeutete es dagegen, wenn bis 1942 nach und nach die meisten Aufgaben im Gesundheitswesen auf das Staatliche Gesundheitsamt¹⁴⁹, die des städtischen Einwohneramts und der Gewerbeaufsicht auf die Polizeidirektion übergingen¹⁵⁰.

¹⁴¹ Verf. 6.10.1939, DS 680.

¹⁴² Tätigkeitsbericht Sch. Anfang 1941, DS 523.

¹⁴³ Grundlegend M.-L.Recker: Nationalsozialistische Sozialpolitik im Zweiten Weltkrieg, München 1985

¹⁴⁴ Vgl. allg. DS 764 sowie H. an Luftgaukommando 19.10.1939, ZR 16410, und Akt 309 der Registratur der Heil- und Pflegeanstalt. Hilfskrankenhäuser im Sept. 1939 demnach in Niedermünster, Dompräbende und Alumneum, Reservelazarette im Männerkrankenhaus der Barmherzigen Brüder, dem ehem. Institut der Engl. Fräulein, im städt. Lyzeum und in Karthaus.

¹⁴⁵ Liste Aufgaben beider Standesämter, wohl 1942, PAM 540. Vgl. Bericht 3.6.1942, PAM 533, und Gb Standesamt I 1943, DS 530.

¹⁴⁶ Vgl. Berichte Stadtjugendamt zur Personalnot 28.10.1943 und 4.1.1944 sowie Tätigkeitsbericht 1939-1943, PAM 540. Besondere Gefahren demnach: Abwesenheit der Väter, Berufstätigkeit der Mütter und nächtl. Verdunkelung. Vgl. Polizei-VO zum Schutze der Jugend 9.3.1940, RGBI I S.499, bzw. 10.6.1943, RGBI I S.349.

¹⁴⁷ Über dieses liegen kaum Informationen vor; erwähnt in Programmrede Sch. 1941, DS 523.

¹⁴⁸ Vgl. zu kleinen Kompetenzverlagerungen z.B. Verf. 25.11.1941, u.a. in ZRa 13200 und PAM 539.

¹⁴⁹ Vgl. allg. GES 501 sowie Jugendamt an Stadt Klagenfurt 28.1.1941 (JUG 550), Sch. an Schulzahnarzt Schmid 26.6.1941 (ZRa 12608) und seine Vorberichte zu Haushalt und Nachtragshaushalt 1941 (FIN 504). Demnach gingen auf die Staatsbehörde über: 1.1.1941 Lungen-, 1.2.1941 Mütter- und Säuglingsfürsorge, 1.6.1941 Schulgesundheitspflege.

¹⁵⁰ Im Gegenzug erhielt die Stadt Befugnisse im Kulturbereich.

Im Zusammenhang mit den Folgen des Luftkriegs kamen den Kommunalverwaltungen wichtige neue Aufgaben zu. Zum einen hatten sie die Entschädigungsansprüche an das Reich zu regulieren, zum zweiten die Schadensbehebung, die Bergung von Verletzten und Getöteten, aber auch diejenige von Einrichtungsgegenständen zu organisieren. Die dabei eingesetzten auswärtigen Hilfstrupps mußten untergebracht und gepflegt, der Einsatz der benötigten Kraftfahrzeuge zentral gesteuert werden. Daher richtete der Oberbürgermeister schon 1943 ein Kriegsschäden- und ein Wohnungsamt ein, letzteres mußte 1944 um ein Quartieramt ergänzt werden. Und nicht zuletzt erfuhr das kommunale Bestattungswesen nun eine erschreckende Ausweitung.

1. Die Versorgung der Bevölkerung

Schon nach der Sudetenkrise im Herbst 1938 war die Einrichtung eigener Ämter vorbereitet worden, die auf kommunaler Ebene im Kriegsfall für die Versorgung der Bevölkerung zuständig werden sollten¹⁵¹. Unmittelbar vor Kriegsbeginn leitete die Reichsregierung die Umstellung auf die Kriegswirtschaft ein¹⁵², am 4.9.1939 erging dann die umfassende Kriegswirtschaftsverordnung¹⁵³. Reichsweit wurden nun für jeden Wehrkreis Behörden zur Bewirtschaftung der lebenswichtigen Güter geschaffen: für den landwirtschaftlichen Bereich die Landesernährungs-, für den gewerblichen die Bezirks-, später Landeswirtschaftsämter. Diesen unterstanden die IHK-Präsidenten, die nun zu Reichskommissaren bestellt wurden. In Regensburg fungierte IHK-Präsident Knab zugleich als Leiter der örtlichen Dienststelle der Gauwirtschaftskammer Bayreuth¹⁵⁴. In dieser Doppelfunktion in Verwaltung und Partei hatte er vor allem die Produktionsfähigkeit der kriegswichtigen Industrie, der unentbehrlichen Handels- und Handwerksbetriebe und die Energieversorgung sicherzustellen.

Um die zentralisierte Wirtschaftsform durchführen zu können, wurde ein Bezugsscheinsystem eingeführt - vermeintlich "keine Not-, sondern nur eine vorsorgliche Maßnahme"¹⁵⁵. Nur noch gegen Bezugsscheine durften wichtige Grundnahrungsmittel und Bedarfsgüter bis zu bestimmten Höchstmengen bezogen werden, die Ausgabe der Scheine oblag den unteren Verwaltungsbehörden, die zu diesem Zweck Ernährungs- und Wirtschaftsämter (EWA) einzurichten hatten. Hierzu versetzte Herrmann sofort elf Arbeitskräfte in Zwicks Referat¹⁵⁶, dem das neue EWA unterstellt wurde, und rief die Beamtenschaft zu vorbildlichem Verhalten auf: "Die Durchführung der Bezugsscheinpflcht entspricht einem Gebot nationalsozialistischer Disziplin und Gerechtigkeit"¹⁵⁷, die Begünstigung von Kollegen, Verwandten und Bekannten sei peinlich zu vermeiden¹⁵⁸. Um jeden Mißbrauch des Bezugsscheinsystems nach Möglichkeit auszuschließen, erhielten die unteren Verwaltungsbehörden weitreichende Ordnungsstrafbefugnisse: Gefängnis, in schweren Fällen Zuchthaus drohte dem, der sich Bezugsscheine erschlich oder kontingentierte Güter über die Höchstmengen hinaus bezog. Bei Miß-

¹⁵¹ Anf. 1939 mußte die Stadt hierfür das Personal sicherstellen (Erlaß MWi 20.10.1938, bekanntgegeben 2.1.1939, DS 553).

¹⁵² 3 VO über Wirtschaftsverwaltung, zur Sicherstellung des lebenswichtigen Bedarfs des deutschen Volkes und über öffentliche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, alle 27.8.1939, RGBI I S.1495, 1498 und 1521.

¹⁵³ RGBI I S.1609.

¹⁵⁴ Vgl. seinen Briefkopf, z.B. Schreiben 23.9.1943, DS 553. Zur Rückumwandlung der IHK-Präsidenten in Repräsentanten der wirtsch. Selbstverw.: VO 13.8.1941, RGBI I S.492.

¹⁵⁵ Mb 28.8.1939, DS 667.

¹⁵⁶ Verf. 29.8.1939, ZRa 13535.

¹⁵⁷ Verf. 15.9.1939, DS 667.

¹⁵⁸ Verf. H. 31.8.1939, DS 867.

achtung der Vorschriften konnte das EWA auch die Schließung von Geschäften anordnen oder die Ablieferung produzierter Güter von den Erzeugern erzwingen. Die Organisation des EWA in Regensburg übernahm Amtmann Mötsch, der als besonders gewissenhafter Beamter galt und reibungslos mit Kreisbauernschaft und NSV zusammenarbeitete¹⁵⁹. Finanziert wurden die EWA größtenteils vom Reich; zunächst erhielt die Stadt Regensburg einen Pauschbetrag von 100000 RM, dann einen Regelzuschuß von 10,6, später 15 Rpf pro Kopf der Bevölkerung¹⁶⁰.

Im einzelnen hatte das neue Wirtschaftsamt die Bewirtschaftung rationierter Gebrauchsgüter zu lenken, zunächst nur die von Schuhen und Textilien, von denen anfangs genug vorhanden waren¹⁶¹, bald auch die von Brenn- und Treibstoffen sowie wichtigen Haushaltswaren¹⁶². Demgegenüber gliederte sich das Ernährungsamt in zwei Abteilungen, von denen sich die eine um Erzeugung und Lenkung bis zum Letztverteiler, die andere um die Verteilung zum Endverbraucher zu kümmern hatte. Erstere unterstand daher der Kreisbauernschaft, die die landwirtschaftliche Produktion kontrollierte, die Geschäfte der Abteilung B führte dagegen die Stadt. Sie war somit für die gesamte Bewirtschaftung der Lebensmittel verantwortlich: Zunächst hatte sie den Nachschub für den Handel zu lenken, wozu man die Bedarfsanzeigen der Geschäftsleute sammelte und an die einzelnen Wirtschaftsverbände weiterleitete, andererseits war die Verteilung an die Verbraucher zu organisieren. Die Zustellung der Lebensmittelkarten und -marken an die Haushalte, für deren Einlösung im Stadtgebiet sechs Kartenstellen eingerichtet wurden¹⁶³, übernahm bis 1942 die NSV, dann die Stadtverwaltung selbst. Von nun an mußten zu Beginn neuer Zuteilungsperioden sämtliche städtischen Bediensteten in Amtsgebäuden, Gaststätten und Schulen die Karten ausgeben¹⁶⁴.

Probleme bei der Umstellung des Konsums auf Bezugscheine entstanden zum einen durch Hamsterkäufe nach Kriegsbeginn, wofür die Vorräte der Händler oft nicht ausreichten, zum zweiten aber auch durch zahllose, ständig veränderte Sonderbestimmungen über die Versorgung der verschiedenen Konsumentengruppen. Häufig war das Gewerbe bereits informiert, und entsprechende Vorschriften erschienen sogar in der Presse, bevor sie den Behörden vorlagen¹⁶⁵. In dieser Phase bewährte sich der Einsatz städtischer Lehrkräfte beim EWA; ohne ihre ehrenamtliche Mitarbeit wäre der Betrieb sofort zusammengebrochen¹⁶⁶. Zwar spielte sich das Kartensystem bis Ende 1939 allmählich ein¹⁶⁷, doch ergaben sich selbst in diesem zentralen Bereich der Verwaltungstätigkeit wegen der gleichzeitigen Einberufungen zur Wehrmacht erhebliche Personalprobleme¹⁶⁸, zumal immer neue Güter in die Bewirtschaftung einbezogen werden mußten - Anfang 1940 Seife, Waschmittel, Textilien und Lederwaren für Großverbraucher, später auch Möbel, Öfen, Kochplatten oder Elektrogeräte¹⁶⁹. Im Frühjahr 1940 nahm auch eine eigene Altkleiderstelle den Betrieb auf, die gebrauchte Kleidung und

¹⁵⁹ Antrag auf Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes an Mötsch, PAM 533. Ende 1943 sollte er außerplanmäßig befördert werden, vgl. Antrag Zwick in EWA 1.

¹⁶⁰ Vorbericht Sch. zum Nachtragshaushalt 1941, FIN 504.

¹⁶¹ RPB 8.9.1939, der Sch. zitiert.

¹⁶² Liste Aufgabengebiete Zwick, PAM 533.

¹⁶³ Entwurf Telefonverzeichnis Ende 1939, ZRa 12077.

¹⁶⁴ Verf. Sch. 2.1.1943, ZR 9042 und ZRa 13302.

¹⁶⁵ Vgl. RPB 9.10.1939 zu Anlaufschwierigkeiten und 8.4.1940 mit Zitat der scharfen Kritik von Sch. Vgl. allg. L.Burchardt: Die Auswirkungen der Kriegswirtschaft auf die deutsche Zivilbevölkerung im Ersten und Zweiten Weltkrieg, in Militärgesch. Mitteilungen 15 (1974) S.65-97.

¹⁶⁶ H. an Reg. 12.9.1939, ZR 3715, vgl. auch H. an Schulamt 22.9.1939, ZRa 13535.

¹⁶⁷ Vgl. die RPB.

¹⁶⁸ Überstundenlisten in ZRa 13321, vgl. auch Verf. H. 22.12.1939, ZRa 13535, und Sch. an Reg. 20.5.1940, ZRa 13243.

¹⁶⁹ Verf. Sch. 2.2.1940, NIS 1, vgl. zur Struktur des EWA die Ämter- und Telefonverzeichnisse in ZRa 13451 und 13453.

Schuhe gegen Geld und Kleiderkarten-Punkte eintauschte¹⁷⁰. Mitte 1942 umfaßte das EWA schon 140 Beschäftigte¹⁷¹, größte Kartenstelle war diejenige im Neuen Rathaus, die 28000 Menschen in Großbetrieben, Anstalten und Lagern versorgte¹⁷².

Um die Jahreswende 1939/40 standen den Regensburgern folgende Rationen zu:

TAGES- UND WOCHENRATIONEN ¹⁷³	Gramm pro Tag	Gramm pro Woche
Brot:		
Normalverbraucher	343	2400
Schwerarbeiter	543	3800
Schwerstarbeiter	686	4800
Kleinkind (bis 6 Jahre)	158	1100
Kind (6-10 Jahre)	243	1700
Fleisch:		
Normalverbraucher	76	532
Schwerarbeiter	147	1029
Schwerstarbeiter	176	127
Kleinkind	40	280
Fett:		
Normalverbraucher	48	336
Schwerarbeiter	66	457
Schwerstarbeiter	115	800
Kleinstkind (bis 3 Jahre)	36	252
Kleinkind (3-6 Jahre)	45	315
Kind (6-14 Jahre)	62	434
Marmelade	15	100
Zucker	36	250
Nährmittel	36	250

Die Berichte zur Lebensmittelversorgung belegen, daß zwar die Mengen im allgemeinen ausreichten, die Qualität der Ware jedoch bald nach Kriegsbeginn deutlich nachließ und bei manchen Erzeugnissen, etwa Obst, Milchprodukten und Fisch, immer wieder Engpässe auftraten¹⁷⁴. Zwangsläufig entstand ein Schwarzmarkt. So klagte die Polizeidirektion über Geflügelzüchter, die die "besser situierten Kreise" zu überhöhten Preisen direkt belieferten; wenigstens einmal in der Woche wolle man dort "doppelte Fleischrationen in schwelgender Weise verzehren"¹⁷⁵. Die Einführung der Markenpflicht für Pferdefleisch, die sinkende Qua-

¹⁷⁰ Verf. 11.4.1940, ZRa 13533, vgl. Wbl 12.4.1940.

¹⁷¹ Bericht Personalamt Stand 1.6.1942, PAM 525, und Dezernatsverf. zur Umorganisation 24.6.1942, PAM 540, vgl. auch Personalliste 1.11.1942, PAM 527.

¹⁷² Sie unterstand Andreas Dorn, früher nach Dienstverfehlungen aus dem Beamtenverhältnis entlassen, dann Angestellter und mittlerweile stellv. NS-Ortsgruppenleiter, vgl. Bericht Zwick 31.12.1943, EWA 1. Raumnot auch bei der Kartenstelle Engelburgerschule (22 Arbeitskräfte in 5 Räumen für 20000 Bürger).

¹⁷³ Tabelle in ZR 16641. Unterlagen zu den Zuteilungsperioden im Bestand "Wirtschaftsamt", Stadtarchiv.

¹⁷⁴ Vgl. PÜW 3-6 zur Versorgungslage 1940, vgl. auch die RPB, die häufig Sch. zitierten, sowie Rzehak S.41 und passim.

¹⁷⁵ Preisüberwachungsstelle der PolDir an Stadt 23.8.1940, ZR 20957.

lität von Wurstwaren¹⁷⁶, die generelle Kürzung der Fleischrationen und vor allem die Kontingentierung von Bier und Tabak im Sommer 1941 drückten auf die Stimmung; vorübergehende Knappheit an Kartoffeln führte sogar zu Raufereien auf den Märkten¹⁷⁷.

Infolge des zunehmenden Treibstoffmangels mußte Anfang 1941 der öffentliche Personenverkehr mit dem Umland eingeschränkt werden¹⁷⁸, ab Sommer dieses Jahres galten auch für den bereits zu Kriegsbeginn reduzierten Privatverkehr weitere Beschränkungen. Von nun an fanden nach Möglichkeit nur noch Veranstaltungen auf lokaler Ebene statt¹⁷⁹. Auch beim Umgang mit der "Reichskleiderkarte", insbesondere bei der Zuteilung von Schuhen, gab es im Verwaltungsalltag ständig Schwierigkeiten, da die Bevölkerung die ihr zustehenden Kleiderkarten nicht ausschöpfen konnte, nachdem es an Ware mangelte¹⁸⁰. Trotz des generellen Preisstops stiegen die Preise, der Schwarzhandel nahm zu¹⁸¹.

Als noch schlimmer erwies sich die unzureichende Kohlenversorgung der Stadt, verursacht durch den reichsweiten Mangel an Transportkapazitäten. Statt der benötigten 250000 Ztr. waren im ersten Kriegswinter nur Bezugsscheine für 127000 Ztr. zugeteilt und selbst hiervon nur 20 % tatsächlich geliefert worden¹⁸². Wochenlang blieben die Schulen geschlossen, es gab zahllose Klagen aus der Bevölkerung¹⁸³. In den folgenden Jahren spielten sich zwar Angebot und Nachfrage nach Brennstoff auf niedrigem Niveau ein, so daß die Bevölkerung damit leben konnte, doch beherrschte die Sorge vor dem jeweils nächsten Winter selbst angesichts der ersten schnellen Siege das Denken der Menschen. Die im März 1942 bekanntgegebene Kürzung der Lebensmittelrationen führte zu heftiger Kritik an der offiziellen Propaganda und am herrschenden "Bonzenwesen"¹⁸⁴ - und dies, obwohl das Reichsinnenministerium Festessen von Funktionären gerade erst für unangebracht erklärt hatte¹⁸⁵. Auf den Regensburger Märkten spielten sich "bedenkliche" Szenen ab, es wurden Reden geführt, die früher nicht gewagt worden wären¹⁸⁶. Nach dem Beginn der sowjetischen Frühjahrsoffensive 1943 kam die wachsende Angst hinzu, und viele Arbeiter klagten nach einer neuerlichen Kürzung der Fleischrationen im Mai 1943, sie könnten die Arbeit nicht mehr durchhalten¹⁸⁷.

Nachdem Regensburg im August dieses Jahres die erste Bombardierung erlebt hatte, wich das Gefühl, vor den Angriffen der Alliierten geschützt zu sein, allgemeiner Ernüchterung. Von nun an dominierte die Angst vor der militärischen Entwicklung an allen Fronten über die Alltagsorgen, Klagen über Versorgungsmängel verloren an Bedeutung, zumal es bis zuletzt gelang, die Lebensmittelzuteilung aufrechtzuerhalten¹⁸⁸. Nicht die Knappheit in diesem Bereich, sondern Mängel bei anderen kriegs- und lebenswichtigen Gütern, vor allem an Brenn- und Treibstoffen, Kleidung und Schuhen rückten ab 1944 immer mehr in den Vordergrund.

Mit Zunahme der Bombenangriffe auf die deutsche Treibstoffproduktion und das Eisenbahnnetz verschärfen sich reichsweit die Versorgungsengpässe. Auch in Regensburg zeichneten sich seit dem Frühjahr 1944 ernste Probleme ab. Der Berufskraftverkehr war ohnehin schon

¹⁷⁶ Einzelheiten in ZR 18977 und 20973.

¹⁷⁷ RPB 8.8.1941.

¹⁷⁸ Vgl. ZR 17941, vgl. auch ZR 17956 zur Einstellung weiterer Buslinien im Sommer 1944.

¹⁷⁹ Reg. an Stadt auf Weisung RVM 11.11.1941 und Einzelheiten in ZRa 14011.

¹⁸⁰ Vgl. Rzehak S.57, 62 und passim.

¹⁸¹ RPB 7.9.1941.

¹⁸² RPB 9.12.1939 und 9.1.1940.

¹⁸³ RPB 8.2. und 8.3.1940 mit Zitaten von Sch.

¹⁸⁴ RPB 10.4., 8.5. und 9.6.1942.

¹⁸⁵ RdErl 9.4.1942, Abschrift in ZRa 14011.

¹⁸⁶ RPB 8.7.1942.

¹⁸⁷ RPB 11.6.1943.

¹⁸⁸ Vgl. Berichterstattung in den RPB.

weitgehend auf Motorräder beschränkt, Diesel oder gar Benzin für PKW stand fast nicht mehr zur Verfügung¹⁸⁹, und die wenigen Lastwagen, die noch in Gebrauch waren, liefen größtenteils mit Treibgas. Im Mai 1944 wurde die Treibstoffzuteilung weiter beschnitten, das Landeswirtschaftsamt kürzte das für Regensburg zugesagte Monatskontingent von 20000 l Benzin um 20 %, das für Treibgas gar um 56 %. Nachdem man bislang intensiv auf Gasantrieb umgerüstet hatte, reichte die zugeteilte Menge gerade noch für das Milchwerk und die Müllabfuhr, und das EWA mußte in Absprache mit Kreisleitung, NSKK, Polizei und Gesundheitsamt erhebliche Kürzungen selbst für diese Großverbraucher verfügen. Zudem vereinbarte man den Einsatz von Dienstfahrrädern für die Ärzteschaft und auch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, um möglichen Klagen der Bevölkerung entgegenzuwirken¹⁹⁰. Mit scharfen Kontrollen wollte man Hamsterern und den ganz offensichtlich bestehenden schwarzen Bezugsquellen für Benzin auf die Spur kommen sowie dem "heillosen Unfug bei den sogenannten Behelfslieferwagen" begegnen, "die zu allen möglichen Zwecken verwendet werden und in denen sich zur Tarnung ein Hammer und eine Beißzange befinden, um den Anschein zu erwecken, als handelt es sich bei den Fahrten um kriegswichtige Arbeiten."¹⁹¹

Höchste Priorität genoß die Milchversorgung der Stadt, selbst gegenüber den Bedürfnissen der Rüstungsindustrie. Seit längerem standen dem Milchwerk zur Milchanfuhr 21 werkseigene und 12 LKW aus dem gewerblichen Verkehr zur Verfügung, alle mit Treibgasantrieb. Als jedoch das Benzinkontingent für die Stadt im Juli nochmals um 25 %, das für Diesel um 48 %, für Treibgas gar um 90 % gekürzt wurde, die Treibgasversorgung also zusammenbrach¹⁹², drohte die Lähmung der gesamten gewerblichen Wirtschaft, des Feuerwehr- und des Gesundheitswesens; die Leichentransporte, die Versorgung der NSV-Schweinemästerei und sogar die Räumarbeiten an bombengeschädigten Gebäuden waren gefährdet¹⁹³: "Die gegenwärtige Lage der Treibgasversorgung ist derart katastrophal, daß für das Milchwerk 28 Generator-Fahrzeuge (...) bereitgestellt werden mußten. (...) Selbst vor Rüstungsbetrieben und W.Betrieben, welche unmittelbar mit der Lebensmittelversorgung zusammenhängen, kann nicht Halt gemacht werden."¹⁹⁴ Es verwundert nicht, daß die wenigen "Generatorfahrzeuge" oder "Holzgaser", zumeist Lastwagen älterer Bauart, übermäßigen Verschleiß zeigten und ständig ausfielen. Reparaturen dauerten jedoch sehr lange, da alle Werkstätten mit Wehrmachtsaufträgen überhäuft und Ersatzteile, insbesondere Reifen, kaum zu beschaffen waren. So stand zu befürchten, daß wegen der Beschlagnahmung sämtlicher Fahrzeuge im Stadtgebiet für das Milchwerk "wegen eines einzigen Betriebs die gesamte Wirtschaft in absehbarer Zeit stillgelegt werden müßte"¹⁹⁵.

Das Milchwerk war die letzte Stelle, die überhaupt noch Treibgas zugeteilt erhielt¹⁹⁶, während sich beispielsweise die Müllabfuhr schon im Juni 1944 mit Pferdegespannen und Ochsenfuhrwerken behelfen mußte. Auch die Kohlenzustellung an die Haushalte wurde eingestellt: "Unter den heutigen Verhältnissen müßte ein Haushalt mit nur 30 Zentnern Jahreskohlenzuweisung etwa 10mal mit dem Handkarren fahren, wozu mindestens ein kräftiger Mann notwendig sein wird. Von der Beschaffung von Säcken, Handkarren und den damit verbundenen Widerwärtigkeiten soll ganz geschwiegen werden." Dennoch war es selbst jetzt noch nicht

¹⁸⁹ Die städt. Busse waren schon vor dem Krieg auf Treibgas umgestellt worden, vgl. Mb 28.8.1939, DS 667.

¹⁹⁰ Bericht EWA 31.5.1944, EWA 500.

¹⁹¹ EWA an NSKK mit Bitte um Hilfe bei den Kontrollen 3.6.1944, EWA 500, vgl. PolDir an Stadt 30.8.1944, ZR 19887. Ebd. Einzelheiten zum eingeschränkten Einsatz städt. Kfz, vgl. auch Rh-Prot. 9.6.1944.

¹⁹² Wb EWA 1.7.1944, EWA 500.

¹⁹³ Wb EWA 10.6.1944, ebd.

¹⁹⁴ Städt. Fahrbereitschaft an Bevollmächtigten für Nahverkehr beim MInn 10.7.1944, ebd.

¹⁹⁵ Ebd. Zu Holzgas als Treibstoff vgl. H.Rubner: Deutsche Forstgeschichte 1933-1945, St.Katharinen 1985 S.99 f.

¹⁹⁶ Vgl. die Wb zur Treibstofflage, EWA 500. Schon 31.7.1943 prophezeite Milchwerksdirektor Schneider den Zusammenbruch der Milchversorgung aus Mangel an Autoreifen (ZR 20283).

gelingen, den privaten PKW-Verkehr abzustellen: "Es fahren immer noch eine Anzahl von Pkws und Krädern herum, die, das sei ausdrücklich betont, ihren Treibstoff nicht vom Wirtschaftsamt haben. Dies zum Ärger der Bevölkerung, die so etwas einfach nicht begreifen kann."¹⁹⁷

Die Behörden reagierten mit erstaunlichem Improvisationsgeschick, allerdings verfügten sie auch über sehr weitreichende Befugnisse. Die scharfen Kontrollen der PKW wie auch der Tankstellen zeigten allmählich Wirkung¹⁹⁸, die Gauwirtschaftskammer bildete Zwangsgemeinschaften für die Lebensmitteltransporte der Regensburger Großhändler¹⁹⁹, und für den Milchtransport fand man einen Ausweg, nachdem das Reichsverkehrsministerium den Gütertransport durch den öffentlichen Personennahverkehr generell genehmigt hatte²⁰⁰. In Regensburg wurde die Straßenbahn seit Monaten für den Gütertransport zu den Behelfswohnungsbauten am Ziegetsberg eingesetzt, nun verlegte man auch einen Großteil der Milchtransporte auf die Schiene - nach Regensburg per Eisenbahn, innerhalb des Stadtgebiets per Straßenbahn. Während der verkehrsrärmeren Vor- und Nachmittagsstunden fuhr diese ab Herbst 1944 täglich 10000 bis 35000 l Milch aus²⁰¹.

Kurz zuvor waren sämtliche privaten Treibstoffbestände beschlagnahmt worden, auf schwere Verstöße gegen die Treibstoffmeldepflicht stand die Todesstrafe²⁰². Dennoch mußte das EWA, nachdem im September 1944 nur 5300 l Benzin und 4000 l Diesel zugewiesen worden waren, "rücksichtsloseste, ans Untragbare grenzende Kürzungen" vornehmen; selbst die Räumung der Trümmer an den bombardierten Bahnanlagen, die Milch- und die Lebensmittelversorgung konnten nur noch "mit äußerster Anstrengung" aufrechterhalten werden²⁰³. So mußte auch der bis dahin strengstens überwachte Schlachthofzwang, d.h. die Verpflichtung für Tierbesitzer, jede Schlachtung im städtischen Schlachthof durchführen zu lassen, gelockert werden - es mangelte schlicht an Fahrzeugen für die Viehtransporte²⁰⁴. Erwogen wurde auch der Kohlentransport mit der Straßenbahn und das Abwracken älterer Waggons zu diesem Zweck²⁰⁵; der Oberbürgermeister untersagte den Kohlenhändlern die Lieferung "frei Keller", um sicherzustellen, daß die wenigen noch verfügbaren Transportmittel voll ausgenützt würden²⁰⁶. Soweit den Händlern keine eigenen Fahrzeuge mehr zur Verfügung standen, mußten sie an den Sonntagen einzelne Brauereilastwagen benutzen. Selbst alte Menschen, Behinderte und Schwerkriegsbeschädigte hatten ihre Kohle selbst abzuholen²⁰⁷.

Noch größere Sorgen als die Kohlenverteilung vor Ort bereitete die mangelhafte Zufuhr von außen. Anfang November 1944 war von der für Regensburg vorgesehenen, an sich schon niedrig angesetzten Sollmenge von rund 75000 Tonnen Hausbrand erst knapp die Hälfte ein-

¹⁹⁷ Beide Zitate aus EWA 500, vgl. zur Kohlenversorgung Grundsatzanordnung Reichsstelle für Kohle 5.11.1943, Reichsanzeiger 19.11.1943.

¹⁹⁸ Vgl. Wb zur Treibstofflage, EWA 500.

¹⁹⁹ Wb 7.7.1944, EWA 500. Vgl. Rh-Prot. 9.6.1944 zur überörtl. Organisation der Gemüseversorgung. Vgl. zur Arbeitsgemeinschaft für Altmittelbergung nach Fliegenschäden: Fa. Rieger an PolDir 30.10.1944, Abschrift in ZR 17680.

²⁰⁰ Verf. 22.8.1944, Reichsverkehrsblatt 5.9.1944, Abdruck DS 745, vgl. Bericht Fahrbereitschaft 21.8.1944, EWA 500.

²⁰¹ Vermerk H. 4.9.1944, DS 745 (ebd. Einzelheiten zu den Milchtransporten), vgl. auch Mb Sept.-Okt. 1944 (DS 544) und Rh-Prot. 21.9.1944. Entspr. Vorschlag Milchwerksdirektor Schneider 1.9.1944 in ZR 20283; vgl. ZR 20309 zu Schneiders Geschäftsführung und Entnazifizierung.

²⁰² Vgl. Bek. Sch. 1.10.1944 und Wb EWA 6.10.1944, EWA 500.

²⁰³ Wb EWA 9. und 30.9.1944, EWA 500.

²⁰⁴ Einzelheiten in ZR 20331.

²⁰⁵ Vermerk H. 4.9.1944, DS 745.

²⁰⁶ Verf. 6.10.1944, EWA 501.

²⁰⁷ Verf. Sch. 12. und 17.10.1944, EWA 501.

gegangen²⁰⁸, Zwick mußte die Kohlenhändler vorwarnen, eine Besserung sei nicht zu erwarten²⁰⁹. Den bevorzugt versorgten Empfängern wie Krankenhäusern und Lazaretten, den Rüstungs-, Ernährungsbetrieben und Lagern wurde ihr Kontingent auf 60-70 % der bisherigen Richtmenge gekürzt, die sonstigen Verbraucher erhielten nur noch 50-60 %, und auch dies in jedem Einzelfall erst nach Genehmigung durch das EWA²¹⁰.

Diese Kontingente konnte man nur zuteilen, nachdem zu dieser Zeit Museen und Theater, Kirchen, Vergnügungsstätten und viele Gewerbebetriebe bereits geschlossen und ihre Brennstoffvorräte von der Stadtverwaltung beschlagnahmt waren²¹¹. Weitere geringfügige Entlastung brachte vorübergehend der Abtransport von Holz von den jeweils neuen Schadensstellen nach Luftangriffen²¹². Dennoch kam die Brennstoffversorgung Ende November 1944 fast völlig zum Erliegen, die Verbraucher durften nur noch ihren Notbedarf an Kohle decken²¹³. In der größten Not kam man sogar auf den Gedanken, im Landkreis einen Kohlenmeiler zu errichten - noch im Dezember 1944 sollte der erste Ofen in Betrieb gehen, was jedoch an mangelnden Kenntnissen des gleichzeitig ausgebildeten Köhlers scheiterte²¹⁴.

Aus Mangel an Transportfahrzeugen und Arbeitskräften mußte Rechtsrat Zwick nun auch die inzwischen ohnehin unbefriedigende Müllsortierung einstellen lassen²¹⁵. Um die Jahreswende 1944/45, als man bereits mehrere Luftangriffe auf die Mineralölbetriebe im Regensburger Hafen erlebt hatte, traten weitere, vom EWA endgültig als untragbar bezeichnete Sparvorschriften für Treibstoff in Kraft. Auf entsprechende Beschwerden beim Landeswirtschaftsamt erhielt der berichtende Beamte den Bescheid, "daß einer von uns beiden doch eingesperrt werde - er, wenn er mir Treibstoff zusagte und ich, wenn ich Treibstoff ohne Genehmigung hinausgäbe."²¹⁶ Zu dieser Zeit war auch die Gasversorgung der Stadt infolge zu geringer Kohlenreserven beim Gaswerk gefährdet²¹⁷, zudem drohte der Zusammenbruch der Wasserförderung, nachdem die Pumpen wegen fehlenden Brennstoffs nicht mehr aufgetaut und ohnehin wegen der unzureichenden Stromversorgung zeitweise nicht mehr betrieben werden konnten²¹⁸. Andererseits litt die Notversorgung der Bevölkerung mit Wasser aus Tankwagen unter dem Treibstoffmangel, und das Wasserwerk forderte, die Bevölkerung durch Strafandrohung zum Sparen zu zwingen²¹⁹. Auch Widerspruch gegen den Abtransport von Brennholz aus bombardierten Häusern wurde nun nicht mehr geduldet²²⁰. Die vier Kinos mußten schließen, ihre Brennstoffe wurden ebenso beschlagnahmt²²¹ wie kurz darauf die

²⁰⁸ Meldung an LWA 1.11.1944, DS 770.

²⁰⁹ Zwick an Kohlenhändler 1.11.1944, EWA 501.

²¹⁰ Zwick an Kohlenhändler und Großverbraucher 1. bzw. 20.11.1944, ebd. Liste zum Brennstoffbedarf der wichtigsten Betriebe, wohl Anfang 1945, in EWA 501; die 6 Spitzenreiter (Südholag, Zuckerfabrik, beide Kalkwerke, Gaswerk und Messerschmitt) hatten 195000 t Bedarf gemeldet, 28 weitere Betriebe zusammen 16000 t.

²¹¹ Vgl. Sch. an Kohlenhändler 6.10.1944 und versch. Beschlagnahmeverf. in EWA 501, vgl. auch Bericht EWA 9.12.1944, DS 757.

²¹² Bericht EWA 25.11.1944, ebd.; laut Meldung 9.12.1944 (ebd.) wurde die Aktion eingestellt, als die Hausbesitzer das Holz meist nicht mehr freigaben.

²¹³ Prot. Versammlung Kohlenhändler 27.11.1944, EWA 501, und Bericht EWA 9.12.1944, DS 757. Nachdem sich einige Händler nicht an die Vereinbarungen hielten, drohte die Stadt, sie "aus dem Handel zu entfernen" (Rundschr. 15.12.1944, EWA 501).

²¹⁴ Berichte Zwick 25.11.1944 (DS 757) und 2.12.1944 (DS 770; ebd. Einzelheiten).

²¹⁵ Zwick an Reichskommissar für Materialverwertung 13.11.1944, DS 573.

²¹⁶ Wb EWA 30.12.1944, EWA 500.

²¹⁷ Der letzte Wb 14.4.1945 (DS 743) vermerkt allen Ernstes: "Irgend eine Wirtschaftlichkeit ist bei dem jetzigen Gasbetrieb nicht mehr gegeben. Es ist anzunehmen, daß das Jahresergebnis mit einem Verlustsaldo abschließen wird."

²¹⁸ Mb Dez. 1944 bzw. Jan. 1945, DS 544, und Wb EWA 20.1.1945, EWA 500.

²¹⁹ Bericht 13.1.1945, DS 743.

²²⁰ Verf. Sch. 27.1.1945, vgl. Vermerk H. 31.1.1945, WSt 1.

²²¹ Zwick an Betreiber 8.1.1945, EWA 501.

Restbestände der örtlichen Kohlenhändler²²². Soweit den größten Gaststätten, die bislang die meisten Berufstätigen mit Mahlzeiten versorgt hatten, der Brennstoff ausging, mußten städtische Großküchen einspringen²²³.

Bis Ende Februar 1945 waren noch nicht einmal 60 % der vorgesehenen Sollmenge an Hausbrand tatsächlich in Regensburg eingetroffen²²⁴. Für März 1945 hatten die verschiedenen Behörden 11400 l Treibstoffe für auch vom EWA als berechtigt anerkannte Zwecke angefordert: für Milch-, Wasser- und Lebensmittelversorgung einschließlich der Flüchtlingsverpflegung, für Sanitätseinsatz, Seuchenbekämpfung, Bergung der Verwundeten und Leichentransporte, für Kanalinstandsetzung, Bahnhofsräumung und Sprengkommandos, für die Feuerwehr und schließlich den Berufsverkehr. Zugeteilt wurden nur 1800 l Treibstoff und 20 Flaschen Treibgas, und selbst diese Mengen standen nicht wirklich zur Verfügung²²⁵. Die städtische Müllabfuhr mußte ständig improvisieren, zeitweise wurde überhaupt nur noch die Altstadt entsorgt. Im Frühjahr 1945 war der Zusammenbruch der Müllabfuhr absehbar, nachdem die von Bombentrümmern übersäten Straßen immer länger unbenutzbar blieben, die Luftalarme die Arbeit unterbrachen und schließlich die hier eingesetzten russischen Kriegsgefangenen krankheitsbedingt immer häufiger ausfielen²²⁶. Und auch das Gewerbe erlahmte zusehends; selbst die "baulichen Sofortmaßnahmen" nach den Luftangriffen waren gefährdet, es mangelte an allem - an Kohle, Treibstoff und Fahrzeugen²²⁷, an Arbeitskräften und Quartieren für deren Unterbringung. Trotzdem sollen selbst noch zu dieser Zeit private Autobesitzer "massenhaft" vor den Luftangriffen aus der Stadt geflüchtet sein - ein Verhalten, das "auf jene, die nicht in der glücklichen Lage sind, mit einem Wagen ausreißen zu können", angeblich "recht widerlich" gewirkt hat.

Der Zusammenbruch des öffentlichen Lebens stand unmittelbar bevor. Der für die Treibstoffzuteilungen zuständige städtische Beamte lehnte es ab, weiter allein verantwortlich zu sein, und bat um die Einrichtung einer Kommission für diese Aufgabe²²⁸, die sich allerdings nun von selbst erledigte. Sein letzter Wochenbericht, datiert vom 14.4.1945, vermerkt: "Infolge des in dieser Woche auf das Hafengebiet niedergegangenen Fliegerangriffs sind sämtliche Vergaserkraftstoff-Vorräte zerstört. Die drei Regensburger Tankstellen sind leer. Die Versorgung der wichtigsten Sektoren (Lebensmittelversorgung, Gesundheitswesen usw.) sind schwerstens gefährdet."²²⁹

2. Das Gesundheitswesen

Hatte man im Sommer 1941 "infolge Verminderung des Bedürfnisses" die zu Kriegsbeginn eingerichteten städtischen Hilfskrankenhäuser bis auf zwei wieder schließen können²³⁰, so mußte diese Maßnahme in den späten Kriegsjahren nicht nur rückgängig gemacht werden; vielmehr kamen nun immer neue Hilfskrankenhäuser, aber auch Lazarette hinzu. Dennoch mußte das Gesundheitsamt Ende 1944 die Leitungen der Krankenhäuser anweisen, "nur in

²²² Rundschr. 7.2.1945, ebd.

²²³ Bericht Zwick 24.2.1945, DS 770. Einzelheiten zu den Großküchen, eingerichtet zusammen mit NSV und RAD, in DS 740, 769 f. und WSt 2.

²²⁴ Meldung an LWA 1.3.1945, DS 770.

²²⁵ Berichte EWA 3. und 7.3.1945, EWA 500.

²²⁶ Vgl. Berichte Tiefbauabteilung ab Sommer 1944, DS 572.

²²⁷ Vgl. Mb zur wirtsch. Lage Jan.-März 1945, DS 544.

²²⁸ Wb 31.3.1945, EWA 500.

²²⁹ Bericht 14.4.1945, ebd.

²³⁰ Vorbericht Sch. zum Haushalt 1941, FIN 504; Einzelheiten zu den Kosten in StA 16425.

ganz dringenden Fällen die Aufnahme zuzulassen", nachdem der Regierungspräsident die Einweisung älterer Evakuierter aus den Westgebieten angeordnet hatte, obwohl diese großenteils gar nicht der stationären Pflege bedurften²³¹. Darüber hinaus fehlte es der Zivilbevölkerung an Ärzten²³² und diesen, den Hebammen und dem Roten Kreuz wiederum an Treibstoff für den Außendienst, seit Ende 1944 auch an Medikamenten; Krankentransporte wurden nun fast ausschließlich mit Pferdefuhrwerken durchgeführt. Seit dem Sommer 1944 nahmen auch die Klagen über die mangelhafte Ernährung zu, und mit den Bombenschäden an der städtischen Kanalisation erhöhte sich zudem, wie bereits angedeutet, die Seuchengefahr²³³.

An den Berichten zu den epidemischen Krankheiten fällt auf, wie häufig sich unter den Erkrankten Insassen der Heil- und Pflegeanstalt Karthaus fanden, also nicht nur Geisteskranke, sondern auch "asoziale und antisoziale" Personen²³⁴. Daneben erwiesen sich die großen, gegen Kriegsende total überfüllten Ausländerlager als Seuchenherde²³⁵. Von 1938 bis 1942 war die Zahl der jährlichen Tuberkuloseerkrankungen mit tödlichem Ausgang von 36 auf 58, die der Geschlechtskrankheiten von 50 auf 100, die der Typhusfälle von 13 auf 31 gestiegen, von denen drei tödlich verliefen²³⁶. Ruhr trat im Herbst 1940 gehäuft unter den Soldaten der Flak-Kaserne, ab 1943 auch unter der Zivilbevölkerung auf, allerdings weit seltener mit tödlichem Ausgang als beim Typhus. Von diesem waren vor allem Ausländer, insbesondere Besatzungsmitglieder von Donauschiffen, von den Geschlechtskrankheiten sehr häufig Soldaten betroffen²³⁷, während Meningitis vor allem in den Messerschmitt-Lagern an der Prüfeninger Straße und am Lohgraben auftrat. Fleckfieber schließlich breitete sich seit 1943 unter den im Gerichtsgefängnis inhaftierten Ausländern sowie unter den sowjetischen Kriegsgefangenen des Messerschmittwerks und im Barackenlager des Kalkwerks Büechl aus²³⁸.

Zwar sank die Zahl der Typhusfälle bis Sommer 1944 leicht, und das Gesundheitsamt konnte noch Ende 1944 berichten, der Zusammenbruch der Wasserversorgung im Stadtsüden habe nicht zu größeren Gefährdungen für die einheimische Bevölkerung geführt²³⁹; doch stauten sich nun die Abwässer der Heil- und Pflegeanstalt samt ihrem Ausländerlazarett und verunreinigten den Vitusbach, aus dem die Bevölkerung mittlerweile vielfach ihr Trinkwasser entnahm. Als man die Verseuchung des Wassers bemerkte, wurden zwar sofort Warntafeln aufgestellt²⁴⁰, doch hielt sich die Bevölkerung nicht daran, und es war wohl auch schon zu spät für Vorsorgemaßnahmen - in Kumpfmühl brach eine Typhusepidemie aus, die zunächst vor allem die Gefangenenlager des Flugzeugwerks und der Reichsbahn erfaßte²⁴¹. Nachdem die Bevölkerung anderer Stadtteile ihr Wasser vielfach aus den Löschwasserteichen entnahm, breitete sich die Seuche schnell auf das ganze Stadtgebiet aus. Zum 12. Jahrestag der NS-Machtergreifung mußte das Gesundheitsamt 47 Erkrankungen melden, zwei der Betroffenen waren bereits gestorben, im Hilfskrankenhaus Klerikalseminar und bei den Barmherzigen

²³¹ Mb Nov.-Dez. 1944, GES 502; Einzelheiten zur Überlastung der Hilfskrankenhäuser in DS 770.

²³² Vgl. ZR 20394 zur katastrophalen Unterversorgung bei HNO-Ärzten.

²³³ Vgl. Mb GesA, GES 502.

²³⁴ Vermerk 21.3.1941, ZR 19604, vgl. allg. ZR 20505.

²³⁵ Vgl. Bericht Scharff 6.4.1945, ZR 20565, zur "sehr dichten" Belegung v.a. im RB-Lager Nockherkeller. Vgl. allg. zur Gesundheitsüberwachung der Ausländer StA (1987) 2 orange 760 = 620 ac I.

²³⁶ GesA an Wohnungsamt 14.9.1946, Wohnungsamt 73. Typhusmeldungen GesA 1936-1944 in ZR 8504 b; zur städt. Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten: ZR 20528 f.

²³⁷ Vgl. Mb GesA, GES 502, und Typhus-Formblattmeldungen, ZR 8504 b.

²³⁸ Vgl. Bericht GesA 7.5.1943, ZR 20536; ebd. Einzelheiten, z.B. ein 14-jr. ukrain. Junge, der vom Betriebsarzt des Flugzeugwerks, Dr. Meister, als "Arbeiter" in das Hilfslazarett Karthaus überwiesen wurde (Meldung 9.2.1944).

²³⁹ Mb Dez. 1944, GES 502, vgl. auch Bericht Chem. Untersuchungsanstalt 2.10.1944, ZR 20381.

²⁴⁰ Bericht Tiefbauabt. 13.1.1945, DS 743; ebd. die Wb der Chem. Untersuchungsanstalt zum Grad der Verunreinigung, vgl. auch Bericht GesA 23.1.1945, ZR 20565.

²⁴¹ Bericht GesA 26.1.1945, ebd.

Brüdern wurden Typhus-Stationen eingerichtet²⁴², und die Lage verschärfte sich weiter, als der Luftangriff vom 5.2.1945 neue Schäden am Leitungsnetz des Wasserwerks hervorrief. In größter Hektik reparierte man nochmals die beschädigten Kanäle, um eine weitere Verschmutzung des Trinkwassers zu vermeiden, doch mußte die Chemische Untersuchungsanstalt resigniert feststellen: "Der Vitusbach ist zur Zeit so verunreinigt, daß sich eine Untersuchung des Wassers erübrigt."²⁴³ Bis 6.4.1945 stieg die Zahl der Todesfälle auf mindestens 16; betroffen waren vor allem die Insassen der Massenlager, während es seit März 1945 unter der Zivilbevölkerung zunächst nicht mehr zu weiteren Erkrankungen kam²⁴⁴. Erst nach Kriegsende, von Mai bis Juli 1945, erfaßte die Epidemie erneut in großem Ausmaß die ganze Stadt; noch im ersten Halbjahr 1946 kam es zu 133 neuen Erkrankungen, von denen 18 tödlich endeten²⁴⁵.

3. Das Schulwesen bei Kriegsende

Bereits in den ersten Kriegswintern hatte es, wie erwähnt, aus Kohlenmangel Unterrichtsausfall für die Regensburger Schüler gegeben, doch war es bis ins Schuljahr 1943/44 hinein trotz totalem Krieg, Lehrermangel, Schichtunterricht und Kinderlandverschickung gelungen, den Unterrichtsbetrieb halbwegs aufrechtzuerhalten. Auch in diesem Bereich kam es im Herbst 1944 zu einschneidenden Veränderungen: Nun wurden die Achtkläßler dem Arbeitsamt zum Klasseneinsatz in der Rüstungsproduktion zur Verfügung gestellt, die Schüler der siebten Klassen nach Bedarf für den sozialen Einsatz in der NSV²⁴⁶. Allein die städtische Wirtschaftsaufbauschule gab 107 Schüler und drei Lehrer - darunter Franz Voggenreiter - für den Arbeitseinsatz ab, die Mädchenoberschule samt den ihr angeschlossenen Schulzweigen zehn weitere Lehrkräfte²⁴⁷. Zu dieser Zeit standen für den Volksschulunterricht in der Altstadt nur noch die Altdorfer- und die Klarenangerschule zur Verfügung; Augusten-, Pestalozzi- und Teile der Von-der-Tann-Schule waren anderweitig belegt, die Osten-, die Klarenanger- und die Schule Stadthof wegen Fliegerbeschäden teilweise nicht benutzbar²⁴⁸.

Im Winter 1944/45 führte schließlich der Kohlenmangel in fast allen Schulen zur Einstellung des Unterrichtsbetriebs - es gab erneut "Kohlenferien"²⁴⁹. In den Klassenzimmern wurden nach Neujahr bei Minustemperaturen nur noch Appelle und Hausaufgabenkontrollen durchgeführt²⁵⁰, ab Ende Januar waren sämtliche Schulen, soweit von der Wehrmacht beantragt, in Lazarette umzuwandeln²⁵¹. Die restlichen Lehrer konnten nun auf andere Dienststellen verteilt werden²⁵², allerdings drohten bereits neue Einberufungen, nämlich zum Volkssturm²⁵³.

²⁴² Vgl. Mb GesA Jan. 1945, GES 502.

²⁴³ Meldung 17.2.1945, DS 743.

²⁴⁴ Meldungen GesA 27.3. und 6.4.1945, ZR 20565, vgl. allg. RPB Feb. und März 1945.

²⁴⁵ Bericht GesA 15.5.1945, ZR 20565, und GesA an Wohnungsamt 14.9.1946, Wohnungsamt 73. Typhusmeldungen 1945-1947 in ZR 8504 c.

²⁴⁶ Rundbrief MK 14.9.1944, PAM 536, vgl. Vollzugsmeldung Berufsschule an RVK 20.9.1944, Abschrift in DS 688.

²⁴⁷ Meldungen 20. und 25.9.1944, DS 688.

²⁴⁸ Sch. an JV-Bannführung 3.11.1944, DS 767. Belege in WSt 2, vgl. zur Entwicklung bis dahin auch Bericht Bezirksschulrat Held 29.2.1944, DS 757.

²⁴⁹ Vgl. Berichte Mühlbach 2.12.1944 und 19.1.1945, DS 684 bzw. 757.

²⁵⁰ Vgl. Stadt an Reg. 27.12.1944 und Held an Stadt 16.1.1945, DS 757.

²⁵¹ Schnellbrief RVK 22.1.1945, DS 763, vgl. daraufhin Wehrkreis- an Heeresstandortverwaltung 30.1.1945, EWA 501, und Liste über Nutzung städt. Schulen 3.3.1945, DS 763.

²⁵² Verf. Reinemer 23. bzw. 31.1.1945, ZRa 12689 bzw. EWA 1.

²⁵³ Vgl. Verf. 23.1.1945, ZR 383.

Anfang März 1945 ergab sich für die Schulen im Stadtgebiet folgendes Bild²⁵⁴:

Volksschulen

Altdorferschule/Knaben	(am 13.3.1945 teilweise zerstört): 6 Räume für Schulzwecke, 2 Stockwerke Lazarett, je 1 Raum Schulmöbel und Wirtschaftsführerin des Wehrrertüchtigungslagers; Turnhalle: Auffangsammlung
Altdorferschule/Mädchen:	14 Räume für Schulzwecke; 5 Räume HJ-Wehrrertüchtigungslager
Augustenschule:	seit 1942 Lazarett
Dechbetten:	1 Raum, nur für Unterricht genutzt
Großprüfening:	2 Räume, nur für Schulzwecke genutzt
Hans-Schemm-Schule:	bis auf 2 Räume Reservelazarett
Horst-Wessel-Schule:	Lazarett; Turnhalle: Lager für Schulmöbel
Keilberg:	4 Räume für Unterricht genutzt; 2 Räume für NSV-Kindertagesstätte und Mütterberatungsstelle
Klarenangerschule:	Flüchtlings-Durchgangslager (19 Räume); 4 Räume an das Gesundheitsamt vermietet; 2 Räume für Schulappelle genutzt
Ostentor-Schule:	vollständig von Arbeitskräften der OT belegt
Pestalozzischule:	12 Räume: Quartier für Einsatzkräfte bei Sofortmaßnahmen; 9 Räume und Turnhalle: Volkssturm; 6 Räume: Flüchtlinge; 1 Raum: Verteilung von Lebensmittelmarken; Turnhalle und Nebenräume: für Schulzwecke, Lagerung von Möbeln und Lehrmitteln genutzt
Reinhausen (drei Gebäude):	7 Räume Arbeitskompanie, 5 Räume Luftschutzpolizei, Rest als Auffangsammlung; von BdM und für Schulzwecke genutzt
Sallern:	je 4 Räume Rüstungskommando Regensburg und Auffangsammlung; Möbellager bzw. Schulzwecke
Schwabelweis:	2 Räume als Auffangsammlung, Rest für Schulzwecke genutzt
Stadtamhof/Knaben:	9 Räume für Unterricht, je 2 Räume für EWA und Rettungsstelle
Stadtamhof-Steinweg/Mädchen:	vollständig von Flak belegt
Steinweg/Knaben:	vollständig für Schichtunterricht genutzt
Von-der-Tann-Schule:	8 Räume Sammelunterkunft für Ostlegionäre, 6 Räume für das Versorgungsamt, 1 Saal Schulmöbel
Weichs:	je 2 Räume Luftschutzpolizei bzw. für Schulzwecke, als Auffangsammlung und Lehrmittellager genutzt
Winzer:	3 Räume, nur für Unterricht genutzt
Ziegetsdorf:	1 Raum, für Schulzwecke und als Auffangsammlung genutzt

²⁵⁴ Gesammelt von Bezirksschulrat Held, übergeben an H. 3.3.1945, DS 763.

Sonstige Schulen

Städtische Mädchenoberschule, Helenenstraße:	seit 1940 Lazarett
Städtische Mädchenoberschule, Jesuitenplatz:	seit 22.1.1945 Lazarett
Gymnasium Regensburg:	Lazarett ²⁵⁵
Oberschule für Knaben, Jesuitenplatz:	vollständig als Reichsausbildungslager der Nachrichten-HJ genutzt
Oberschule für Knaben, Goethestraße (teilweise zerstört):	Großteil seit Kriegsbeginn Lazarett, einige Räume für Unterrichtszwecke genutzt
Bauschule:	12 Räume, nur für Schulzwecke genutzt
Berufsschule:	23 Räume für Schulzwecke einschl. Möbellager genutzt, 7 Räume Italienerlager, 6 Räume Feuerschutzpolizei, 2 Räume für Nachtwachen
Landwirtschaftsschule:	geschlossen

4. Die Behebung von Bombardierungsfolgen

Leiter der "Baulichen Sofortmaßnahmen", bei denen die Stadt als ausführendes Organ des Reichs tätig wurde²⁵⁶, waren Stadtbaurat Schipper bzw. ab Ende 1943 sein Nachfolger, Oberbauamtmanntmann Pfenning. Zu ihren Aufgaben gehörte zunächst die Bergung Verschlütteter auf Anforderung der örtlichen Luftschutzleitung, dann die Räumung der Trümmer und die Behebung von Schäden an der Kanalisation²⁵⁷. Dabei mußte man eng mit Polizeidirektion, Einsatzstab der NSDAP-Kreisleitung und Kreishandwerkerschaft²⁵⁸ zusammenarbeiten, während die benötigten Arbeitskräfte, deren Unterbringung und Verpflegung in Verbindung mit dem neuen Quartier- und dem Arbeitsamt zu organisieren waren. Fahrzeuge und Treibstoffe bezog man von der städtischen Fahrbereitschaft²⁵⁹. Seit Februar 1945 kam schließlich als neue Dienstaufgabe Pfenning die Instandsetzung nur geringfügig beschädigten Wohnraums hinzu²⁶⁰. Privatleuten war lediglich Selbsthilfe erlaubt, während sie Handwerkern unter strengster Strafandrohung keine Aufträge erteilen durften, damit die zentrale Einsatzlenkung gewährleistet blieb²⁶¹.

Die von Pfenning angeordneten und organisierten Maßnahmen²⁶² litten unter den an anderer Stelle beschriebenen Mängeln, etwa an Kraftfahrzeugen und Treibstoff. Auch Arbeitskräfte waren knapp, obwohl nach den einzelnen Angriffen jeweils, wenn auch zeitlich begrenzt, starke Hilfstrupps von Wehrmacht und Waffen-SS zum Einsatz kamen²⁶³. Die größte Gruppe weiterer örtlicher Helfer stellte die Partei mit ihren Gliederungen, vor allem der HJ, während das NSKK mit seinen Fahrzeugen zur Möbelbergung beitrug. Ordnungs- und Luftschutzpoli-

²⁵⁵ Seit Inanspruchnahme der Pädagog. Hochschule Ägidienplatz war dort das "Gymnasium Rgbg." Von den insges. 1892 Schülern der 3 Gymnasien waren im Feb. 1944 392 als Luftwaffenhelfer eingesetzt, vgl. Rundsch. Sch. 2.2.1944, DS 683.

²⁵⁶ Gutachten Amt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung bei der Reg. 31.5.1946, ZR 11325.

²⁵⁷ Erlaß RfSS 16.3.1944, Abschrift DS 745.

²⁵⁸ Verzeichnisse Einsatzstab der Kreisleitung und Sonderausschuß Handwerkerschaft in DS 743.

²⁵⁹ Vgl. umfassende Broschüre 1.10.1942 und Vorschriften zur Beseitigung von Fliegerschäden in DS 745 und NIB, Akt "Museum Luftschutz".

²⁶⁰ Wb Pfenning hierzu in DS 747, weitere Berichte in DS 745.

²⁶¹ Bek. Sch. 29.2.1944, Wbl 25.3.1944, erneut im Wbl 28.10.1944.

²⁶² Die wöchentl. Vermerke (wohl H.) hierzu in DS 751.

²⁶³ Einzelheiten in DS 745.

zei arbeiteten eng mit der Technischen Nothilfe und dem Reichsluftschutzbund, dem Roten Kreuz, dem Arbeitsdienst und den Einsatzkräften des erweiterten Selbstschutzes zusammen. Darüber hinaus mußten - wie auch bei den Reparaturarbeiten der Stadtwerke²⁶⁴ - in großem Umfang auswärtige Hilfstrupps eingesetzt werden. Der Betrieb des Bestattungsamts, der Müllabfuhr oder der Möbelbergungsstelle war auf Dauer nur mit Hilfe von Polizei- und Kriegsgefangenen, Legionären und Zwangsarbeitern aufrechtzuerhalten²⁶⁵; so wurden zur Möbelbergung vorwiegend Italiener eingesetzt. Den geborgenen Hausrat lagerte man bis zur Rückgabe an die Eigentümer, d.h. bis die Obdachlosen eine Unterkunft gefunden hatten, vorwiegend in Kirchen, Brauereien, der Fürstlichen Reithalle und der Halle des nur im Rohbau fertiggestellten AOK-Gebäudes am Minoritenweg²⁶⁶.

Zur Lösung der Unterbringungsfrage nicht nur für die auswärtigen Einsatztrupps, sondern auch für die bombengeschädigten Bewohner der Stadt, hatte Schottenheim im Januar 1944 das erwähnte Quartieramt errichtet. Schon seit Ende Februar 1944, nach dem zweiten Angriff auf Messerschmitt, wurden Baubataillone, Handwerker- und weitere Hilfstrupps in Regensburg zusammengezogen - bis Mitte April 1944 über 300 Mann, die überwiegend noch in Privatquartieren untergebracht waren, während unter anderem die Pestalozzischule und die Kasernen als Sammelunterkunft dienten²⁶⁷. Weitere Notquartiere für den Arbeitereinsatz bei den Sofortmaßnahmen richtete die Stadtverwaltung in zwei Gaststätten ein, gleichzeitig mußten große Mengen von Bettgestellen, Kopfpolstern, Strohsäcken etc. organisiert, nach der dritten Bombardierung des Flugzeugwerks teils auch an verschiedene seiner Verlagerungsbetriebe verliehen werden²⁶⁸.

Ostlegionäre und Trupps der Organisation Todt kamen von nun an ebenso zum Einsatz wie Justiz- und Gestapo-Häftlinge, Kriegsgefangene und ausländische Zivilarbeiter, die von ihren Arbeitgebern abgestellt wurden, etwa der Reichsbahn, den beiden Werften, der DDSG, der Zuckerfabrik, der Südholag, dem Kalkwerk Büechl und der Firma Richtberg²⁶⁹. So beschäftigte die mit Kanalreparaturen befaßte Baufirma Riepl Anfang 1945 nur fünf deutsche Arbeitskräfte, dagegen 35 sowjetische Kriegsgefangene, 20 Legionäre und einen französischen Zivilarbeiter²⁷⁰. Sorgen bereiteten allerdings die Bewachung der Gefangenen und mögliche Sabotageakte, weshalb das Gaswerk bei der Gestapo die Bewaffnung des Werkschutzes beantragte²⁷¹. Im allgemeinen konnten jedoch die nach den Angriffen jeweils ausgelösten Ringfahndungen der Polizei sehr schnell wieder aufgehoben werden, nachdem Fluchtversuche, Plünderungen oder "Widersetzlichkeiten" ausländischer Arbeitskräfte offenbar kaum vorkamen²⁷².

Allein die städtische Sammelunterkunft in der Pestalozzischule beherbergte Anfang 1945 162 Mann des "Deutschen Handwerkereinsatzes", 73 beim Flugzeugwerk eingesetzte Angehörige der Luftwaffe, 21 Mann Reichsbahn-Sofortereinsatzkräfte und eine 18 Mann umfassende, für Messerschmitt tätige OT-Transportgruppe²⁷³. Hinzu kamen zeitweise 40 SS-Pioniere für die

²⁶⁴ Vgl. Berichte Werke und Tiefbauabt., DS 743.

²⁶⁵ Vgl. Vermerke H. ab 13.2.1945 über verfügbare Ausländer, DS 762 und 768; ebd. Einzelheiten zum Ausländer-einsatz bei Sofortmaßnahmen.

²⁶⁶ V.a. Ulrichs-, Wolfgang- und Dominikaner- sowie die Kirche der Heil- und Pflegeanstalt Karthaus, vgl. Meldungen Wehrmachtstelle zur Möbelbergung, DS 743.

²⁶⁷ Vgl. Berichte Ederer in DS 736. Meldungen Wohnungs- und Quartieramt in DS 757, Einzelheiten in DS 749.

²⁶⁸ Vgl. die 31.3.1944 einsetzenden Wb der Lieg., DS 732; Einzelheiten in DS 746. Die Gaststätten "Blaue Traube" (Steinweg) und "Sieben Kurfürsten" (Holzgartenstraße) blieben zunächst unbelegt.

²⁶⁹ Vgl. Meldungen der städt. Stellen in DS 743 und 749 sowie Polizeiberichte in HStAM Reichsstatthalter 703.

²⁷⁰ Meldung Tiefbauamt 13.1.1945, DS 743.

²⁷¹ Bericht Gaswerk 17.6.1944, DS 741. Meldungen zur Gefangenenbewachung in HStAM Reichsstatthalter 703.

²⁷² Vgl. z.B. Erfahrungsberichte PolDir 25. und 26.10.1944, DS 737 und 743.

²⁷³ Wehrmachtstelle an H. 27.1.1945.

Sofortmaßnahmen des Wasserwerks, eine Reihe von Messerschmitt-Arbeitern und eine ständig wechselnde Zahl von Flüchtlingen. Welch enormes Ausmaß der Kräfteinsatz im Einzelfall annahm, belegen die Unterlagen zum Luftangriff vom 13.3.1945. Danach halfen neben Polizei und Luftschutzpolizei der gesamte Volkssturm und der Reichsarbeitsdienst, 2200 Partei-, RLB- und HJ-Mitglieder, 7300 Mann Wehrmachtshilfs- und weitere 7000 Mann Arbeitskommandos bei den Aufräumungsarbeiten. Zudem kam es nun zur Einrichtung des an anderer Stelle beschriebenen KZ-Außenkommandos im bislang von Messerschmitt genutzten Stadthofer "Colosseum", dessen rund 400 Insassen bei den Bergungsarbeiten im Bahnhofsbereich eingesetzt waren.

5. Die städtische Wehrmachtstelle

Nur fragmentarisch sind die Akten der städtischen Wehrmachtstelle überliefert²⁷⁴; erst für Frühjahr 1942 findet sich eine Liste ihrer Zuständigkeiten²⁷⁵, wonach ihr der Vollzug des Reichsleistungsgesetzes (RLG), also Beschlagnahmungen aller Art oblag. Im Bereich der Wohnraumbeschaffung erreichten diese Anfang 1944 einen solchen Umfang, daß sie dem neuen Quartieramt übertragen werden mußten. Auch bei der Beschlagnahmung von Kraftfahrzeugen und Pferden oder nach Flurschäden durch Truppenbewegungen war das Entschädigungsverfahren von der Wehrmachtstelle abzuwickeln²⁷⁶. Darüber hinaus begutachtete sie Zurückstellungs-, Urlaubs-, Versetzungs- und uk-Anträge Wehr- und Arbeitsdienstpflichtiger sowie bereits Eingezogener, sie wirkte an Musterungen und Notdienstverpflichtungen mit, wobei diese allerdings erst recht spät größeren Umfang gewannen, und schließlich bestand hier eine zentrale Auskunftstelle für Luftschutz und Fliegergeschädigte²⁷⁷. Zuletzt wurde die Wehrmachtstelle schließlich in den Luftschutz und die Sofortmaßnahmen nach Luftangriffen eingeschaltet²⁷⁸.

6. Regelung von Entschädigungsansprüchen

Der Oberbürgermeister war Feststellungsbehörde für Sachschäden, die durch Kriegseignisse, Luftschutz- und Tarnmaßnahmen entstanden. Somit hatte die Stadt im Auftrag des Reichs die Schadenersatzansprüche diesem gegenüber zu regulieren²⁷⁹. Im Herbst 1940, nachdem der Regierungsbezirk die erste Bombardierung erlebt hatte, wies Schottenheim die einschlägigen Aufgaben Syndikus Pellkofer zu²⁸⁰, nach dem ersten Luftangriff auf die Stadt im August 1943 bildete er unter Kämmerer Sailer ein eigenes Kriegsschädenamt²⁸¹, das Amtmann Mühleisen unterstand. Zehn Wochen nach der Bombardierung hatte dieser bereits 110000 RM an Entschädigungen auszahlen lassen, von der Regierung allerdings erst einen

²⁷⁴ Bestand "WSt", Stadtarchiv.

²⁷⁵ 11.4.1942, PAM 540, unterzeichnet vom ersten Leiter der Stelle, Eberlein.

²⁷⁶ In DS 682 PKW-Beschlagnahmungen samt Einsprüchen und den förmlichen Bescheiden des OB; weitere Beschlagnahmeverf. H. bis in die letzten Kriegstage in WSt I.

²⁷⁷ Verf. Sch. 3.10.1942, ZR 4053, 9042 und 18624.

²⁷⁸ Dienstanweisung Sch. 7.7.1943, PAM 540.

²⁷⁹ Sachschädenfeststellungs-VO 8.9.1939, RGBI I S.1754, 30.11.1940 ersetzt durch Kriegssachschäden-VO, RGBI I S.1547; vgl. umfassende Dienstanweisung Sailer für Kriegsschädenamt 22.12.1943, ZR 11324. Ebd., in ZR 11325 und ZRa 12124 weitere Vorschriften.

²⁸⁰ Verf. Sch. 15.11.1940 u.a. in DS 867, vgl. auch Bericht Pellkofer 23.2.1944, DS 132.

²⁸¹ Vgl. Verf. Sch. 30.8.1943, PAM 540.

Bruchteil erstattet bekommen²⁸². Bis Frühjahr 1944 gingen rund 1900 Entschädigungsanträge ein, ausgezahlt wurde gut 1 Million RM²⁸³.

Nach dem zweiten Luftangriff im Februar 1944 mußte die Arbeit des Kriegsschädenamts rationalisiert werden²⁸⁴. Dennoch galten zwei Monate darauf von den nun schon über 2400 Anträgen auf Ersatzleistungen erst 70 als erledigt; die übrigen Antragsteller hatten nur Abschlagszahlungen erhalten. In den bis dahin angeforderten 1,5 Millionen RM waren die Sofortmaßnahmen im Flugzeugwerk selbst noch nicht einmal enthalten, da dieses mit der Bezirksregierung direkt abrechnete²⁸⁵.

Der große zeitliche Abstand zwischen den ersten Angriffen erlaubte es, die einlaufenden Entschädigungsanträge in geordneten Bahnen abzuwickeln. Allerdings mußte das Personal im Kriegsschädenamt nach dem dritten Luftangriff im Juli 1944 vermehrt werden, zumal nun auch die Beratung und Entschädigung der Flüchtlinge aus der "Westmark" immer größeren Raum einnahmen. Allein im August und September 1944 wies der Regierungspräsident eine halbe Million RM zur Begleichung der eingereichten Rechnungen an²⁸⁶, und mit den zunehmend häufigeren Angriffen ab Oktober 1944 entstanden dann allerdings chaotische Verhältnisse im Kriegsschädenamt. Trotz weiterer Personalaufstockung war Ende 1944 erst ein Drittel der Altanträge erledigt, während die Zahl der zu begleichenden Rechnungen laufend answoll²⁸⁷. Dabei hing die Höhe einer Entschädigung nicht von den Anschaffungskosten für den vernichteten Gegenstand ab, sondern von den tatsächlichen Kosten für seinen Ersatz, sie konnte also erst ausbezahlt werden, wenn es dem Betroffenen gelungen war, sich Ersatz zu beschaffen. Gelang ihm dies nicht, wurde er auf Kriegsdauer nur mit Abschlagszahlungen oder überhaupt nicht entschädigt. Dies traf selbstverständlich in vielen Fällen zu, denn hochwertige Möbelstücke, Textilien, Schmuck oder Kunstobjekte waren nicht mehr erhältlich²⁸⁸.

7. Deckung des "kriegswichtigen Raumbedarfs"

Bei der Umwandlung von Schulen in Hilfskrankenhäuser nach Kriegsbeginn hatte es im allgemeinen keine größeren Schwierigkeiten zwischen Wehrmacht und Stadt bzw. Staat gegeben hatte²⁸⁹ - Behörden konnten sich in direkten Verhandlungen einigen²⁹⁰. Leerstehende oder stillgelegte Räume Dritter mußten dagegen erst von der Stadtverwaltung nach dem Reichsleistungsgesetz sichergestellt, teils auch sofort beschlagnahmt werden. Dabei hatten die Rüstungsinspektion Nürnberg und die Wehrmacht als erste Zugriff auf freiwerdende Räume; erst wenn sie verzichteten, konnte man eine anderweitige Nutzung erwägen. Eine hierzu berechnete Stelle, etwa die Reichsbahn oder die NSV, beantragte also die Zuweisung bestimmter Räumlichkeiten, die Stadt holte das Einverständnis der Wehrkreisverwaltung und der Rüstungsinspektion ein, das im allgemeinen nicht verweigert wurde, anschließend traf

²⁸² Vgl. Nachweis Stand 30.10.1943, ZR 11325.

²⁸³ Sailer an Stadthauptkasse 28.4.1944, ZR 11324.

²⁸⁴ Vgl. Notiz Sch. 3.6.1944, DS 739.

²⁸⁵ Bericht Rechnungsprüfungsamt 6.4.1944, PAM 534; vgl. auch Dienstanweisung Sch. zu Schäden an städt. bzw. Werkseinrichtungen 29.2.1944, DS 749.

²⁸⁶ Einzelheiten zum Kriegsschädenamt im 2.Halbjahr 1944 in DS 739.

²⁸⁷ Vgl. Wb des Amts in DS 739, vgl. auch Verf. Sailer zur Personalvermehrung 8.11.1944, ZR 11325.

²⁸⁸ Lt. Bericht Sailer (wohl Nov. 1944, DS 739) sei die Erledigung aller Schadensfälle erst lange nach Kriegsende möglich.

²⁸⁹ Einzelheiten zu bis dahin eingerichteten Lazaretten in Wehrmachtstelle an Sch. 10.2.1942, NIS 12.

²⁹⁰ Vgl. Heil- und Pflegeanstalt an Reg., Eingang 14.9.1943, StA (1987) 2 orange 760 = 620 ac I, wonach die Anstalt das Barackenlazarett eingerichtet hatte und die Stadt es betrieb.

Herrmann als zuständiger Sachbearbeiter eine Übereinkunft mit dem bisherigen Eigentümer bzw. Benützer der benötigten Räume oder beschlagnahmte sie, wenn eine gütliche Einigung nicht zustande kam, und wies sie dann dem Antragsteller zu. Nicht selten kam es zu Einsprüchen, die das Verfahren noch zeitaufwendiger machten.

Schon 1941 beherbergten das Kinderheim St. Anna (Ostengasse) und die "Lauservilla" (Oberer Wöhrd) Trupps des SHD, die Leonhardianstalt das Lager eines Gewerbebetriebs²⁹¹. Die Gauleitung der NSV zeigte sich interessiert an der Königlichen Villa, um hier ein Mütterheim oder eine Pflegerinnenschule einzurichten²⁹², in der Gaststätte Arberhütte bestand 1942 ein Luftgaupostamt, in Schloß Prüfening ein Lager der Polizeidirektion²⁹³. Von den städtischen Gebäuden dienten, wie oben gezeigt, vor allem die Schulen zur Unterbringung verschiedenster Dienststellen wie auch als Massenquartiere. So betrieb die Wehrmacht 1942/43 in der Von-der-Tann-Schule ihre Heeresentlassungsstelle und führte Sanitätslehrgänge durch²⁹⁴, in der Pestalozzischule bestand zeitweise ein Wehrmeldeamt, seit dem Frühjahr 1942 müssen hier auch Wehrmattsangehörige einquartiert gewesen sein²⁹⁵. Die Augustenschule beherbergte seit 1942 nicht nur ein großes Lazarett, sondern auch Gebirgspioniere, dann ein Infanterie-Ersatzbataillon; die Turnhalle der Schule galt als ständige Wehrmattsunterkunft, instandgehalten wurde sie von Insassen des benachbarten Landgerichtsgefängnisses²⁹⁶.

Schon im Frühjahr 1943 sah sich Herrmann zu folgendem mit dem Kreisleiter abgestimmten Bericht an die Regierung veranlaßt: "Der drückende Mangel an Wohnraum wird hier noch erheblich verschärft durch eine derartige allgemeine Raumnöte, wie sie nur in wenigen deutschen Städten zu verzeichnen sein dürfte. Der durch den Krieg verursachte starke militärische und zivile Bedarf an Räumen aller Art, die Beschaffung von Unterkünften für die Wehrmacht und für die Rüstungsindustrie, die Unterbringung von Dienststellen und Lazaretten, Wehrmattsangehörigen und Rüstungsarbeitern hat zu einer solchen Überfüllung und Überbelegung der Stadt geführt, daß die Grenzen der Aufnahmefähigkeit längst erreicht sind. Die Folge ist, daß für den Schulbetrieb kaum mehr die nötigsten Unterrichtsräume zur Verfügung stehen und daß für den Fall von Luftangriffen Ausweichunterkünfte für Behörden, Dienststellen, Lazarette usw. nicht mehr bereitgestellt werden können."²⁹⁷

Herrmann konnte nicht ahnen, wie sich erst die Umstellung auf den totalen Krieg auf die "Regelung des Raumbedarfs" auswirken würde²⁹⁸. Nicht nur Wehrmacht, Reichsbahn und Messerschmitt benötigten immer neue Quartiere bzw. Produktionsstätten, auch die NSV mußte zusätzliche Kindergärten und -horte einrichten, um Frauen den Arbeitseinsatz zu ermöglichen²⁹⁹. Im ganzen Reichsverteidigungsbezirk scheinen im Sommer 1943 ähnliche, wenn auch vielleicht nicht ganz so dramatische Verhältnisse geherrscht zu haben wie in Regensburg. So schaltete sich nun auch der Gauleiter als Reichsverteidigungskommissar ein, unterwarf die Sicherstellung von Räumen aller Art seiner Entscheidung und wies die Ober-

²⁹¹ Einzelheiten in WSt 2 und Jugendamts-Akt "X. Fürsorgeerziehung. E. Anstalten" (Stadtarchiv).

²⁹² Der Vorgang in ZR 16389.

²⁹³ Alle 3 Fälle belegt in WSt 2.

²⁹⁴ Belegt Frühj. 1942 - Sommer 1943 ebd. Räumungsverf. Sch. für Wehrmattszwecke 13.10.1941 in NIB, Akt "Museumsbau. Minoritenkirche".

²⁹⁵ Belegt in WSt 2.

²⁹⁶ Ebd.

²⁹⁷ Bericht 24.4.1943, DS 799, vgl. auch Vermerk H. 20.4.1943, ZRa 12730.

²⁹⁸ Einzelheiten zu weiteren Stilllegungen bzw. Vorschlägen hierfür (1943) in ZR 10871, ZRa 12730, DS 879 und 889. 5-seitige Liste stillgelegter Betriebe Stand 10.9.1943 in DS 763.

²⁹⁹ Antrag NSV-Kreisamtsleitung an Stadt, 6 Gaststätten zu beschlagnahmen, 25.5.1943, DS 767. Ebd. spätere NSV-Anträge (Gaststätte Reiter/Stadtamhof, Konditorei Sedlmeier/ Landshuter Str. etc.). Vgl. auch DS 956 zur Kindergartenbaracke Prüfening Straße (1943/44).

bürgermeister und Landräte an, alle noch nicht sichergestellten Objekte wie Heime, Anstalten, Hotels oder Gaststätten sofort vorsorglich zu beschlagnahmen³⁰⁰. 1944 nahm Herrmanns Vermittlungstätigkeit ein noch größeres Ausmaß an. Neben privaten, kirchlichen oder stiftungseigenen Gebäuden mußten weitere Schulräume zur Fremdnutzung abgegeben werden, so als Auffangsammlstellen der NS-Ortsgruppen für obdachlose Bombengeschädigte³⁰¹ oder die Hans-Schemm-Schule auch für "volksdeutsche" Messerschmittarbeiter³⁰², später als Lazarett. Die Suche nach leerstehenden Räumen bei Behörden erwies sich nun fast immer als vergeblich - allenthalben hatte man inzwischen ausgebombte auswärtige Dienststellen aufnehmen müssen³⁰³. Die nicht als Lazarett genutzten Schulen, Altenheime etc. waren infolge der Zusammenlegung gleichartiger Institutionen vollkommen ausgelastet, die Krankenhäuser ständig überfüllt.

Die folgende Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Anzumerken ist, daß häufig nur Teile der betreffenden Gebäude beschlagnahmt und eine Reihe von ihnen gleichzeitig oder nacheinander von verschiedenen Institutionen genutzt wurden, was Doppelnennungen erklärt. In einigen Fällen aus den letzten Kriegswochen ist ungeklärt, ob es nach einer Beschlagnahmeverfügung noch zur tatsächlichen Inanspruchnahme durch die vorgesehene Behörde kam³⁰⁴.

- Öffentlicher Versammlungsraum (und Kino): Stadttheater
- Städtische Sammelunterkunft für wechselnde Gruppen: Pestalozzischule (bis zu 600 Personen; Handwerkereinsatz bei Sofortmaßnahmen, SS-Pioniere, Kommandos der NSKK-Transportgruppe Speer, Einsatzkräfte Luftwaffe und Reichsbahn, Arbeitskräfte OBAG und Messerschmitt, Flüchtlinge, Volkssturm)³⁰⁵; für den gleichen Zweck beschlagnahmt: Blaue Traube/Steinweg (bis zu 64 Personen, zuletzt Sammelunterkunft für Kraftfahrer)
- Reservelazarette und Hilfskrankenhäuser³⁰⁶: Augustenschule (bis zu 800 Mann), Städtische Mädchenoberschule samt Schülerinnenheim Helenenstraße (bis zu 550 Mann)³⁰⁷, Oberrealschule (ab 1942, bis zu 750 Mann, 28.12.1944 teilweise zerstört³⁰⁸), Jahn-Turnhalle, Bischöfliches Knabenseminar Obermünster, Kapuzinerkloster St.Fidelis, Schloß und Schloßgaststätte Prüfening (48+2 Räume), Karmelitenkloster St.Theresia³⁰⁹, Kloster und Institut Niedermünster (bis zu 230 Insassen)³¹⁰, Bischöfliches Klerikalseminar³¹¹, Stu-

³⁰⁰ Rundschr. 18.8.1943, WSt 3. Einzelheiten in DS 763. Lt. undat. Verzeichnis (WSt 3) waren u.a. beschlagnahmt: 8 Hotels und Pensionen, 2 Schülerheime, v.a. für Wehrmacht und Werksangehörige Messerschmitt; 4 stillgelegte Betriebe für IG Farben, BayWa, Luftgaukommando und ebenfalls Messerschmitt; 3 Kaufhäuser bzw. Geschäfte für Rüstungskommando; Privatgebäude für Wehrmachtsdienststellen.

³⁰¹ Die Einzelheiten in DS 767.

³⁰² Einzelheiten in DS 732 und 749; demnach 700 in Obertraubling ausgebombte Arbeitskräfte, März-April 1944 in der Schule untergebracht, dann wohl nach Straubing verlegt. Zur Wiederaufnahme des Schulbetriebs war wegen Verwanzung eine Desinfektion erforderlich.

³⁰³ Einzelheiten in DS 763, darunter Meldung Finanzamt, man habe die Reg.-Hauptkasse Speyer aufnehmen müssen, vgl. auch Finanzamt an Stadt 10.10.1944, DS 889. Ebd. Vermerk H. 17.3.1945, das Finanzamt habe weitere 20 Zollbeamte aufgenommen. Vgl. zur allg. Lage auch RBD an Stadt 13.11.1944, WSt 1.

³⁰⁴ Erstellt aus DS 732, 746, 763 und 767 sowie Unterlagen in DS 733, 743, 753, 757, 766, 769, 889 und WSt 1-4. Listen geschlossener Betriebe Sommer 1944 und 22.3.1945 in DS 763.

³⁰⁵ Wb zur Belegung der Schule in DS 732, Einzelheiten in DS 743, 746 und 769.

³⁰⁶ Stand 4.9.1944; vgl. Reservelazarett I an EWA (EWA 501).

³⁰⁷ Ehem. Institut der Engl. Fräulein, Helenenstr. Die Heimschülerinnen waren in der schon 1939 stillgelegten Pädagog. Hochschule untergekommen, die zum 1.2.1945 ebenfalls als Lazarett beschlagnahmt wurde.

³⁰⁸ Vgl. E.Zweck: Das Goethe-Gymnasium Rgbg. in einer politisch, sozial und wirtschaftlich schwierigen Zeit, in dessen Jahresbericht 1987/88 S.66-79, hier S.68.

³⁰⁹ Vgl. Merl (s.Anm.67) S.376.

³¹⁰ Mitte Dez. 1944 endete der notdürftig erteilte Unterricht wegen Kohlenmangel, freiwerdende Räume dienten der Erweiterung des Hilfskrankenhauses. Zur Behebung der Bombenschäden vgl. Berichte Zwick in DS 743 und 770.

dienseminare der Alten Kapelle (seit 1941), der Kapuziner und Karmeliten; Männerabteilung der Barmherzigen Brüder (seit 1939), Evangelisches Krankenhaus, Augenklinik; Kind-Jesu-Haus³¹², Dompräbende (ab 18.1.1945), ab Februar 1945: Staatliche Schülerheime Marschallstraße und Ölberg, Gymnasium und Städtisches Schülerinnenheim Ägidienplatz, Städtische Mädchenoberschule Jesuitenplatz, Altes Gymnasium, Horst-Wessel-, Hans-Schemm-Schule (ermöglicht teils durch Kinderlandverschickung, teils durch Stillegung wegen Kohlenmangels); Gaststätte Glöckl/Großprüfening

- Quartiere für Fliegergeschädigte, Flüchtlinge etc. (Stadtverwaltung und NSV³¹³): Fürstliches Schloß (zunächst 25 Räume, ab März 1945 Großteil des gesamten Schlosses, soweit nicht von der Kommandantur genutzt³¹⁴), Schloß Prüfening, Dörnberg-Palais, Städtisches Säuglingsheim und Kloster St.Klara (Altenheime für Hamburger Umquartierte und Quartiere der Volksdeutschen Mittelstelle), Kirchenmusikschule und Schlachthof (Auffang-sammelstellen), Pestalozzi-, dann Klarenangerschule (Durchgangslager³¹⁵), Sitzungssaal Neues Rathaus (ab März 1945), Brandlbräu, Landshuter Hof, Blaue Traube (Reinhausen), Café Von der Tann, Gasthaus Oppenrieder, Weinstube Tüchler
- Sonstige NSV-Einrichtungen: Private kaufmännische Schule Breitschaft (Haushalts-hilfenstation, bis zu 80 Personen³¹⁶), Sternbräu-, Stadtkeller und Von-der-Tann-Schule (Großküchen), Gaststätten Eckert, Klimesch, Six und Höglauer (Kindergärten), Café Gehring (Gasmaskenverkauf), Seidenplantage (Lageraum), Stärzenbacher Hof und Hapag-Fremdenverkehrsbüro (Quartier für durchreisende bombengeschädigte Mütter mit Kindern³¹⁷)
- Kreisleitung der NSDAP: private und gewerbliche Kellerräume (Einsatzstab), Stadtkeller und Gaststätte Fischer/Galgenberg (Kinderlandverschickung³¹⁸)
- Hitlerjugend³¹⁹: Jugendherberge, Kreisschule Königswiesen; Bann-Ausbildungs- bzw. Wehrrtütigungslager: Städtisches Werkheim Sandberg, Auer-Keller, Alte Mauth, Altdorferschule/Mädchen (ca. 130-150 HJ-Angehörige³²⁰); Neues Gymnasium (Reichsaus-bildungslager Nachrichten-HJ)
- Polizei und Luftschutzpolizei: Fürstliches Schloß (30 Räume), Marstall-Museum³²¹, Schloß und Schloßgaststätte Prüfening (mindestens 28 Räume), Jugendherberge³²², Mu-seum; Regierungsforstamt Gabelsbergerstraße (für Auslands-Briefprüfstelle, evtl. ab April 1945), Engelburgerschule, Schule Weichs, Knaben- und Mädchenschulen Stadtamhof und

³¹¹ Einzelheiten in DS 770; lt. Belegungsliste DS 764 umfaßte das Hilfskrankenhaus zunächst 144, ab Ende 1944 241 Betten.

³¹² Vgl. Mb GesA Aug. 1944, GES 502; eingerichtet wohl Nov. 1944, vgl. Reservelazarett II an EWA 7.11.1944, EWA 501. Beschlagnahmeverf. H. für 100 Bettstellen samt Zubehör für Kinderheim Regenstau 12.2.1945 in WSt 1.

³¹³ Vgl. allg. D.Rebentisch: Innere Verwaltung, in DVG IV S.732-774, hier S.773 f.

³¹⁴ Beschlagnahmeverf. H. 15.3.1945, WSt 1.

³¹⁵ Wegen Verlausung der Klarenangerschule mußten die Flüchtlinge im April 1945 teils wieder in der Pestalozzi-schule untergebracht werden, vgl. Wb Wehrmachtstelle 7.4.1945, DS-743.

³¹⁶ Zunächst vorgesehen: Erhardi-Haus, das ein Apparatelager der RP sowie ital. und frz. Kriegsgefangene beher-bergte.

³¹⁷ Der Hapag-Kiosk war Eigentum der UFA. Einzelheiten in ZRa 14360 und DS 767; ebd. erfolglose NSV-Versuche, die für Messerschmitt sichergestellte Gaststätte "Zur Eisenbahn" für diesen Zweck zugewiesen zu erhalten.

³¹⁸ Einzelheiten zu weiteren für die KLV genutzten Räumen in WSt 1, EWA 1 und DS 767.

³¹⁹ Zum 1.10.1944 übernahm die HJ-Gebietsführung die Salesianer-Wohnheime Weitoldstr. 3 und Nonnenplatz 8, vgl. Stadt an RVK 14.10.1944, DS 746; Einzelheiten in JUG (alt) Aju-f 103 und 102 (Stadtarchiv).

³²⁰ Vgl. JUG 544 zur Einweisung von Fürsorgezöglingen in HJ-Wehrrtütigungslager. Zu diesen im Stadtgebiet: DS 746 und 759, vgl. auch H. an HJ-Bann 311 23.1.1945 (WSt 1) und Schreiben eines städt. Angestellten 16.5.1945, EWA 1. Geplante, teils befristete Beschlagnahmungen für die HJ auch belegt in DS 767.

³²¹ Vorgesehen als Mannschafts-Quartier, nicht durchgeführt.

³²² Vgl. JUG Aju-f 103 (Stadtarchiv).

- Reinhausen, Bischöfliches Knabenseminar; Gasthaus Herrmann/Stadtamhof (Stadt-wachtbereitschaft)³²³, Kreuzschänke, Frühlingsgarten, Fürstengarten, Goldener Hirsch, Zur Heimat, Jesuitenbrauerei, Neu-St.Niklas, Schützenhalle Steinweg, Sportgaststätte Prüfeninger Straße, Weinstube Tüchler, Stadel Wöhrdstraße und Spitalkeller (Polizei-beschaffungsamt Prag³²⁴), Schmuckhandlung Pleyer/Untere Bachgasse 11 (Kriminal-polizei), Bürstengeschäft Vor der Grieb 7 und Möbelhandlung Rief/Haidplatz 1 (Rückfüh-rungsstelle beim Befehlshaber Ordnungspolizei Griechenland bzw. Gerätelager), Kneitin-ger Keller (Ausweichstelle für Revier 2), Obermünsterkeller (Musterungen)
- Sammellager für Polizeihäftlinge: Gaststätte Posthorn (bis zu 60 Mann)³²⁵
 - Wehrmacht: Fürstliches Schloß (51 Räume für Kommandantur), Hofküche³²⁶; Neues Gymnasium (bis 450 Mann SS-Nachrichtenabteilung); Soldatenheim Keplerbau (bis 100 Mann); Möbelhaus Rief/Haidplatz (Medizinaldepot)³²⁷; Mädchenschule Steinweg (bis 130 Mann Flak-Untergruppe Regensburg); Zweigstelle Regensburg des Landesfinanzam-tes/Bismarckplatz (Büros für Inspekteur Süd der Ergänzungsstellen des Heeres und der Waffen-SS), Pestalozzische Schule (SS-Pioniere Wasserwerk); Altdorfer- und Klarenanger-schule³²⁸; Tanzbar Carola/Untere Bachgasse; Fürstenhof und Gaststätte Karmeliten (Luftgau-Gebührnisstelle), Meindl-Stube (Sammelunterkunft hierfür), Zum Motorboot, Zur Sonne (ab Mitte April 1945)
 - Volkssturm: (Pestalozzische Schule, Gaststätte Fischer/Galgenbergstraße)
 - Organisation Todt, Kreishandwekerschaft und sonstige Einsatzkräfte für Sofortmaßnah-men: Weinstube Amberger/Malergasse (Leitstelle OT); Schule am Ostentor (ab Februar 1945, bis 280 Mann OT-Einsatz im Hafen)³²⁹, Pestalozzische Schule (bis 200 Mann Handwer-kereinsatz), Von-der-Tann-Schule (ab November 1944; bis 175 Ostlegionäre³³⁰), Knaben-schule Reinhausen und Schule Sallern (Holländische Baukompanien), Berufsschule Haid-platz (ab Februar 1945, bis 130 italienische Zivilarbeiter Stadtwerke und Tiefbau)³³¹, Städtische Reithalle (Unterer Wöhrd), Blaue Traube, Gaststätte Högner
 - Reichsbahn³³²: Pürklguter Keller (von Fürstlicher Rentkammer, für deutsche und ge-flüchtete ungarische Eisenbahner), Städtische Reitschule Wöhrdstraße (bis 167 ausländi-sche, wohl ukrainische Zivilarbeiter), Pestalozzische Schule (Arbeitskräfte Sofortmaßnahmen), Geschenkehaus Wagner und Weißer Hirsch (Expreßgut-Abgabe), Colosseum/Stadtamhof (KZ-Außenkommando)
 - Reichspost: Brauerei und Gaststätte Obermünster; Erhardihaus (Apparatelager); für Tele-gramfenbauamt: Gasthäuser Ertl, Zur Blume und Filmbühne (Quartiere), Fa.Johann Frank (Garagen), Finanzamt (Büros)

³²³ Nicht durchgeführt, vgl. PoDir an Wehrmachtstelle 23.1.1945, WSt 1.

³²⁴ Großes Textil- und Schuhlager des Polizeibeschaaffungsamts Wien auch am Aschenbrennermarter, vgl. Zuschrift 4.5.1945, NIB, Akt "Verschiedenes", vgl. auch Weilner passim.

³²⁵ Wöchentl., dann tägl. Belegungsmeldungen in DS 769, Einzelheiten in DS 743, 770 und GES 502. Häftlingsein-satz zunächst (Jan./Feb. 1945) auf den Friedhöfen, dann auch beim Wasser- und zuletzt im Gaswerk.

³²⁶ Beschlagnahmeverf. H. 20.4.1945, WSt 1.

³²⁷ Einzelheiten in ZRa 12730; das Möbelhaus war urspr. vorgesehen für die Erweiterung der Bauschule.

³²⁸ Vorgesehen für Truppen, die bei einem der letzten Mobilisierungsaufrufe ("Gneisenau-Aufruf") zusammenge-stellt werden sollten.

³²⁹ Belegungsmeldungen ab 17.2.1945 in DS 769.

³³⁰ Einzelheiten zur wechselnden Belegung in DS 732, 746, 762 und 769. Zu den Ostlegionären, Lohn, Versor-gungsproblemen und Polizeihaft wegen Arbeitsverweigerung vgl. DS 762, 769, 770 und PAP 721/16.

³³¹ Belegungsmeldungen ab 13.2.1945 und Einzelheiten zum Italienerlager Haidplatz in DS 769. Zu den Verwü-stungen nach Kriegsende vgl. 50 Jahre Städt. Berufsschule Rgbg. 1952/53 S.37. Vgl. zum Italienerinsatz allg. G.Schreiber: Militärsklaven im "Dritten Reich", in Der Zweite Weltkrieg (1989) S.761-771.

³³² Vgl. zu den Problemen bei der Unterbringung ausländischer RB-Hilfskräfte den Schriftwechsel in WSt 1.

- Ernährungs- und Wirtschaftsamt: Engelburgerschule, Schule Weichs, Mädchenschule Stadtamhof, Knabenschulen Stadtamhof und Reinhausen, Museum; Versorgungsamt: Von-der-Tann-Schule (ab Mai 1944); Bauschule: Engelburgerschule (seit 1940)³³³; Städtische Möbelbergung: Kirchen, Brauereien, Fürstliche Reithalle, AOK-Halle.
- Rüstungsinspektion Regensburg: Schule Sallern (4 Räume ab 1.3.1945)
- Messerschmitt: Horst-Wessel- und Hans-Schemm-Schule (Zeichenbüro bzw. Quartier für volksdeutsche Arbeiter), Teile städtischer Lagerhäuser, Schloß Prüfening, Haus des Rudervereins (Quartier, bis 50 Mann), Walhalla-Turnhalle (Büros, bis 100 Personen), mindestens 16 größere Wirtshaussäle, darunter Stadtamhofer Colosseum (später Außenkommando des KZ Flossenbürg), Glöckl/Großprüfening, Schrödl/Reinhausen (70 Mann), Augustiner (gemeinsam mit Uniformfabrik Reitz), Sternbräukeller (gemeinsam mit NSV-Großküche)³³⁴, Fischer/Galgenbergstraße (gemeinsam mit Kinderlandverschickung und Volkssturm); Mälzerei Herrmann/Stadtamhof (gemeinsam mit IG Farben), Ziegelei Mayer & Reinhardt/Dechbetten³³⁵, Maschinenfabriken Gerhard & Rauh und Schlageter, Schokoladenhandlung Buck (Wohnungsstelle des Flugzeugwerks), Laden der Württembergischen Metallwarenfabrik WMF, Büromaschinen-Laden Hopf, Hutgeschäft Weinzierl³³⁶

Weitere Betriebe:

- BayWa: Wagenhalle im Fürstlichen Schloß, Stadthalle;
- OBAG, Zuckerfabrik, Stadtbau GmbH und Handwerksbetriebe: Von-der-Tann-Schule (Legionäre);
- Bayerischer Lloyd: Städtische Reithalle (Unterer Wöhrd, bis Ende 1944), Städtisches Werkheim am
- Sandberg (bis Ende 1944), Von-der-Tann-Schule (Legionäre);
- Daimler-Benz: Pürklguter Keller (2 Räume)³³⁷;
- Ring der Lebensmittel-Großverteiler: Stahlgroßhandlung Schwenck (Schattenhofer Gasse; evtl. ab April 1945);
- Lungenarzt Dr. Jüttner (Praxis ausgebombt): Zigarrengeschäft Wollsdorf Maximilianstraße

8. Verlagerung kriegswichtiger Industrie nach Regensburg

Anfragen auswärtiger Betriebe und Behörden nach stillgelegten Hallen oder Lagerräumen mußten gegen Kriegsende wegen der allgemeinen Raumnot nach wie vor abschlägig beschieden werden³³⁸. Dennoch wurden einige auswärtige, mit kriegswichtigen Aufgaben betraute Industriebetriebe nach Regensburg verlegt³³⁹. Schon Ende 1943 erfuhr die Stadt von den katastrophalen Folgen der Bombardierungen Leipzigs für die deutsche Druckindustrie und den Plänen, drei Regensburger Großdruckereien in die reichsweite Dezentralisierung dieses Indu-

³³³ Einzelheiten in ZRa 12730.

³³⁴ Der Keller (Galgenbergstraße) hatte zuvor als Umsiedlerlager fungiert; Belege u.a. in ZR 20157.

³³⁵ Vgl. auch Mayer & Reinhardt an Militärreg. 19.5.1945, NIB, Akt "Verschiedenes", wonach Messerschmitt trotz Protest des Betriebs seit Feb. 1944 die Hallen der Ziegelei benutzte.

³³⁶ Neben den in Anm.35 genannten Quellen: DS 749, 889 und HStAM Reichsstathalter 703.

³³⁷ Einzelheiten in DS 889.

³³⁸ Zahlreiche Belege in DS 879 und 889.

³³⁹ Unrichtig demnach die Erklärung H. 7.8.1946 (NIH 5), es sei ihm gemeinsam mit Oberinspektor Hierl, dem Leiter der Wehrmachtstelle, gelungen, solche Verlagerungen zu verhindern.

striezweigs einzubeziehen. Anfang 1944 schloß die Leipziger Druckerei Poeschel & Trepte mit der Fa. Josef Habel einen "Kriegsbetriebsgemeinschafts-Vertrag" und verlegte einen Teil ihrer Belegschaft und damit auch größere Aufträge nach Regensburg³⁴⁰; für den Fall einer Zerstörung der Reichsdruckerei sollte Pustet den Druck von Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen übernehmen³⁴¹. Ebenfalls im Herbst 1943 mieteten die Hamburger Speditionen Kühne & Nagel den stillgelegten Tabakladen Wollsdorf (Maximilianstraße 2), Dähn & Hamann Räume in der Unteren Bachgasse 12. Der Berliner Wiking-Verlag kam am Watmarkt 2 unter, im Herbst 1944 vermittelte Herrmann der ausgebombten ortsansässigen Kohlenhandlung Kobler & Cie. das ebenfalls leerstehende Kaufhaus Fischl und weitere Läden als Quartier³⁴².

Kurz zuvor hatte die größte deutsche Uniformfabrik, die Wuppertaler Firma Erich Reitz, die Stadt um Räume für einen Zweigbetrieb in Regensburg gebeten. Ihr Hauptwerk war 1941 im Auftrag des OKW und des Reichswirtschaftsministeriums nach Antwerpen verlegt worden, Zweigwerke in Osteuropa hatte man schon im Sommer 1944 aufgeben müssen, und nun machten dringendste Winteraufträge der Wehrmacht die weitere Rückverlagerung in weniger gefährdete Gebiete erforderlich³⁴³. Reitz erhielt den Theatersaal in der Gaststätte Augustiner, wo bislang Messerschmitt produzierte³⁴⁴, und die stillgelegte Textilhandlung Carlson (Brückstraße) zugewiesen³⁴⁵. Täglich rechnete man mit dem Eintreffen der Maschinen, bis Anfang 1945 die überraschende Nachricht einging, Reitz verlagere nach Groningen in Holland, wo man günstigere Bedingungen vorgefunden habe³⁴⁶. Hinfällig wurde damit auch eine vorübergehend ins Auge gefaßte Beschlagnahmung des Kaufhauses Merkur (heute Horten), wo bislang die großen Bestände der "Zentrallagergemeinschaft" untergebracht waren, die für die Reichsregierung die Bekleidung für ausländische Arbeitskräfte bewirtschaftete³⁴⁷.

Nun war der Weg frei für die Textilfabrik Bleimund, die in ihrem Stammwerk Wieliczka bei Krakau Uniformen für die Wehrmacht produzierte. Auch sie mußte beim Näherrücken der Front die wichtigsten Produktionsanlagen ins Altreich zurückverlagern. Im Raum Regensburg wollte sie eine "Heimindustrie" aufbauen, also kleine Schneidereien als Zwischenproduzenten einschalten³⁴⁸. In der Stadt selbst bemühte sie sich um die Kellerräume der Carlson KG, die für das Flugzeugwerk sichergestellt waren, aber von diesem nicht benutzt und daher für Bleimund freigegeben wurden³⁴⁹. Noch Ende 1944 nahm die Textilfabrik in Regensburg die Produktion für die Heeresbekleidungsämter auf, Zweigbetriebe entstanden in Pielenhofen, Sünching, Bad Abbach und Wörth³⁵⁰. Nach Kriegsende gelang es der Betriebsleitung sehr schnell, ihre Regensburger Kapazitäten beträchtlich auszuweiten, indem sie das Kaufhaus Merkur einbezog und Anfang 1946 das ehemalige Kantinengebäude des Flugzeugwerks erwarb. Zu dieser Zeit produzierte man Zivilkleidung, aber auch schon wieder Uniformen, nun allerdings für Reichsbahn und Polizei³⁵¹.

³⁴⁰ Einzelheiten in ZRa 12836 und DS 889.

³⁴¹ Reichsdruckerei Berlin an Produktionsausschuß Druck (Leipzig) 9.9.1944, Abschrift in DS 766.

³⁴² Maximilianstraße 2, belegt in DS 889.

³⁴³ Fa.Reitz an Stadt 27.9.1944, ebd.

³⁴⁴ Einzelheiten ebd. und in WSt 4.

³⁴⁵ RVK an Stadt 6.11.1944, DS 889.

³⁴⁶ Reitz an RVK 10.1.1945, Abschrift und Einzelheiten ebd.

³⁴⁷ Angeblich Waren im Wert von 700000 RM; Einzelheiten in ZRa 12836 und DS 889.

³⁴⁸ Bleimund an Wehrkreisbeauftragten des Rüstungsmin., wohl 31.8.1944, Abschrift in ZRa 12836.

³⁴⁹ Messerschmitt an Stadt 18.9.1944, ebd.

³⁵⁰ Bleimund an Stadt 10.11.1944 und Bericht Wehrmachtstelle 9.12.1944, ebd.

³⁵¹ Einzelheiten ebd.

Die Firma Piasten hatte in Brieg/Bezirk Breslau für die Osram GmbH KG (Berlin) Hochleistungslampen für Flugzeuge, Panzerwagen, Sturmgeschütze etc. hergestellt. Nach dem Ausfall des dortigen Werks sollte sie im Regensburger "Neuen Haus", das zuvor bereits als möglicher Standort für die Erweiterung der Königswiesener Munitionsfabrik vorgesehen gewesen war³⁵², mit Osram-eigenen Maschinen die Produktion wieder aufnehmen. Die Neuhaussäle und das "Café Römertor" - seine Pächterin war wegen unerlaubter Beziehungen zu Ausländern verhaftet worden - sollten zugleich als Quartier für die rund 150 Arbeitskräfte dienen³⁵³, doch begann der Aufbau des Maschinenparks erst Ende Februar 1945³⁵⁴ und wurde wohl vor Kriegsende nicht mehr abgeschlossen³⁵⁵. Ebenfalls nicht mehr durchgeführt wurde die Ansiedlung eines in Metz beheimateten Werks für Norm- und Gewindeteile, für das ein Lagerhaus am Hafen vorgesehen gewesen wäre; als dieses jedoch beim Bombenangriff vom 20.10.1944 abbrannte, zerschlug sich das Projekt³⁵⁶.

B. Verwaltung unter erschwerten Bedingungen³⁵⁷

Der bereits erwähnte Kohlenmangel traf auch die Behörden einschließlich der Stadtverwaltung. Sehr viele verwaltungsinterne Anweisungen beschäftigten sich mit dem Heizungsproblem, wobei die Einsparung von Kohle von Anfang an im Mittelpunkt stand und sich die Sparmaßnahmen von Jahr zu Jahr verschärften³⁵⁸. Schottenheim bestimmte Überwachungspersonal, das ihm überheizte Räume zu melden hatte³⁵⁹, und schon im Winter 1941/42 sah er sich gezwungen, eine ganze Reihe von Bediensteten zu versetzen, um auf die Beheizung der freigemachten Räume verzichten zu können³⁶⁰. Mitte 1943 kam eine vom Reichsinnenministerium angeordnete Senkung des Stromverbrauchs um 30 % hinzu. Bis ins letzte Detail wurden die erforderlichen Maßnahmen vorgeschrieben: Die Decken- und Flurbeleuchtungen waren auf nur noch 5 Watt pro m² zu reduzieren, die Rundfunkanlagen zu normalen Zeiten stillzulegen, Fahrstühle und Staubsauger seltener zu bedienen, elektrische Zusatzheizungen wurden verboten. Auch hier bestellte Schottenheim eigene "Energie-Ingenieure" für alle städtischen Dienstgebäude, die ihm persönlich über Sparmöglichkeiten wie über Verstöße gegen die neuen Anordnungen zu berichten hatten³⁶¹.

Schon kurz vor Kriegsbeginn hatte der Oberbürgermeister auch die Einsparung von Papier angeordnet. Wie bei den Staatsbehörden galt nun, daß Blätter zwei-, Bögen vierseitig und in

³⁵² Vermerk 11.10.1944, WSt 4.

³⁵³ Undatierte Übersicht, DS 746.

³⁵⁴ Sch. an RVK 22.2.1945, DS 746 und 763, sowie H. an Kreisleitung 29.3.1945, DS 889. Vgl. auch Reinemer an DAF-Kreisverwaltung 9.3.1945, PAM 538: von nun an Verzicht auf den Neuhaussaal, daher Einstellung der Feierabendveranstaltungen des Volksbildungswerks.

³⁵⁵ Vgl. letzte Meldung Wehrmachtstelle 7.4.1945, WSt 4. Einzelheiten ebd. und in DS 889, vgl. auch Fa.Piasten an Stadt 2.5.1945, NIB, Akt "Verschiedenes".

³⁵⁶ Einzelheiten in DS 889.

³⁵⁷ Zum Personalangel vgl. PAM, zur Personalnot, kriegsbedingten Umsetzungen, veränderter Büroeinteilung etc. v.a. PAM 519 und 540. Zur Beamtenpolitik allg. Rebertisch (1989) S.406 ff.

³⁵⁸ Vgl. z.B. Verf. Sch. 14.12.1940 und 26.11.1941, u.a. in NIS 11, 12 und JUG 502, vgl. auch Anmeldung von 9 Bediensteten zu DAF-Kursen über Kohlenersparnis in Sammelheizungen 10.9.1940, ZRa 14146.

³⁵⁹ Verf. 26.11.1941, ZRa 13418 und PAM 539.

³⁶⁰ Verf. 24.1.1942, u.a. in ZRa 13418, PAM 539 und JUG 502. In PAM 539 weitere vertraul. Verf. zur Einschränkung der Heizung 19.12.1941.

³⁶¹ Verf. 11.6.1943, u.a. in ZR 9042, ZRa 13419 und PAM 539.

voller Breite zu beschreiben waren³⁶². Auch Briefumschläge mußten zunehmend sparsamer benutzt werden³⁶³. In den folgenden Jahren ergingen zahlreiche weitere Vorschriften hierzu³⁶⁴. In der zweiten Jahreshälfte 1944 nahm außerdem die Qualität des Papiers deutlich ab, selbst Verfügungen des Oberbürgermeisters wurden häufig nur noch in winzigen Druckbuchstaben auf kleinsten Zetteln minderwertiger Qualität herausgegeben; auch Gummistempel konnten nicht mehr in ausreichender Menge beschafft werden³⁶⁵.

Die Benutzung der Diensttelefone war ein weiteres, häufig angesprochenes Konfliktthema im Verwaltungsalltag. Sie mußten mittags unter den Schreibtischen in "Sicherheit" gebracht werden³⁶⁶, und ihre Benutzung für Privatgespräche wurde verboten; verschärft galt dies nach Luftangriffen³⁶⁷. Auch der Mangel an Büro-, insbesondere an Schreibmaschinen entwickelte sich zu einem ernstem Problem. Schon Anfang 1941 beschränkten Regierung und Bezirkswirtschaftsamt die freie Verfügbarkeit solcher Geräte aus stillgelegten Betrieben bzw. denjenigen, die ihre Arbeit hatten reduzieren müssen³⁶⁸. Später wurden alle Schreibmaschinen zentral erfaßt, und eine "Maschinen-Auskämmkommission" überprüfte die Betriebe und Behörden auf eventuell überzählige Geräte³⁶⁹.

Auf die Schwierigkeit, zuverlässige Angaben zum Personalstand der Stadtverwaltung zu machen, wurde bereits hingewiesen. Dennoch darf man unterstellen, daß Dezernent Reinemer Recht hatte, wenn er die Personaldecke schon für die Zeit vor Kriegsbeginn als unzureichend bezeichnete: Mangels geeigneter Kräfte sei "die stellenplanmäßige Besetzung nicht nur bei den Verwaltungsbeamten, sondern ganz besonders bei den technischen Abteilungen nicht erreicht (worden). Die Unterbesetzung hat schon im Frieden bei sparsamster Personalwirtschaft nahezu 10 % betragen."³⁷⁰

Vor dem Krieg umfaßte die Stadtverwaltung also rund 760 Beschäftigte, einschließlich der Pensionisten rund 1350-1400 Personen³⁷¹. Von den Aktiven hatten bis 12.9.1939 205 die Einberufung erhalten³⁷², ein Großteil davon allerdings nicht zum Fronteinsatz bei der Wehrmacht, sondern zum Sicherheits- und Hilfsdienst³⁷³. Vorgesehen waren sie somit für die Sanitätsabteilung des SHD, für den Entgiftungsdienst, als Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- oder Kanalfachtrupps. Hier gab es durchaus Kompromisse, wonach der Betreffende nur im Bedarfsfall tatsächlich herangezogen wurde, ansonsten aber seinem Arbeitgeber weiter zur Verfügung stand³⁷⁴.

³⁶² Verf. 18.7.1939, bezogen auf ME 11.6.1939, DS 513.

³⁶³ Verf. Sch. 27.5.1942, u.a. in ZR 9042 und JUG 502, bzw. 5.10.1944, ZR 3726 und ZRa 13416.

³⁶⁴ Abdrucke v.a. in ZRa 13414 und 13416, vgl. z.B. auch Verf. Sch. 10.1.1940, u.a. in JUG 502. Zur städt. Materialverwaltung: Sailer an OB Bayreuth 10.10.1940, ZRa 13526.

³⁶⁵ Vgl. z.B. Verf. 10.2.1944, NIS 12.

³⁶⁶ Z.B. Verf. 27.10.1944, ZR 3726 und 9042.

³⁶⁷ Vgl. z.B. Verf. Sch. 18.10.1943, 15.6., 7. und 18.10.1944, ZR 3726, 9042 und PAM 539.

³⁶⁸ Veröff. durch Verf. Sch. 26.2.1941, Wbl 8.3.1941; vgl. auch Schriftwechsel mit Reservelazarett im ehem. Institut der Englischen Fräulein, ZRa 14281.

³⁶⁹ Die entspr. Anordnungen versch. Reichsstellen ab Ende 1942 in ZRa 13423. Vgl. Verf. Sch. 31.3.1943, ZR 9042, entbehrliche Schreibmaschinen zu melden. Die Stadt stellte 8 Geräte zur Verf., vgl. Reinemer an Reg. 8.4.1943, ZRa 13423.

³⁷⁰ Bericht an DGT 3.5.1944, ZRa 13251.

³⁷¹ Einige Abweichungen in ZR 3715, 3821, ZRa 13193, 13253 und 13423.

³⁷² Bericht an Reg. 12.9.1939, ZR 3715.

³⁷³ PolDir an Stadt 19.9.1939, DS 553. Andere Listen verzeichnen nur rund 70 Namen (PAM 535; ebd. Einzelheiten). Nach Berichten 25.5.1940 (ZR 4151) und 6.6.1940 (ZR 3716) gehörten z.B. alle Beamte der Feuerschutzpolizei seit Sept. 1939 dem SHD an.

³⁷⁴ Vgl. Reinemer an PolDir 27.1.1941, DS 553.

DIE PERSONALENTWICKLUNG IM ZWEITEN WELTKRIEG ³⁷⁵							
	Beamte		Angestellte		Arbeiter		Summe
	m	w	m	w	m	w	
1939	282	28	44	37	303	65	759
1940							
beschäftigt	210	31	68	124	264	47	744
eingezogen	80	-	12	-	43	-	135
abgeordnet	2	-	1	-	6	-	9
1941							
beschäftigt	197	29	64	138	241	67	736
davon uk	59	-	7	-	19	-	85
eingezogen	83	-	18	-	49	-	150
1942							
beschäftigt	192	29	74	181	236	62	774
davon uk	43	-	7	-	27	-	77
eingezogen	104	-	19	-	58	-	181
1943							
beschäftigt	166	30	76	209	217	81	779
davon uk	38	-	16	-	36	-	90
eingezogen	120	-	22	-	78	-	220
gefallen	4	-	2	-	5	-	11
abgeordnet	13	-	2	-	7	-	22
1944							
beschäftigt	162	29	67	216	204	129	807
davon uk	113	-	36	-	91	-	240
eingezogen	129	-	26	-	90	-	245
abgeordnet	5	-	1	3	10	1	20

Hatte man den Personalmangel zunächst durch verwaltungsinterne Umsetzungen ausgleichen wollen, so konnte selbst der Rückgriff auf Ruhstandsbeamte schon Mitte September 1939 nur noch einen "verschwindend geringen Ausgleich" schaffen³⁷⁶. Nur wenige Verwaltungsbereiche blieben einigermaßen vom Personalentzug verschont, in erster Linie die Stellen, die mit dem Familienunterhalt befaßt waren - bei diesem für die Kampfmoral der Truppe zentralen Punkt war man überaus vorsichtig: Klagen über verzögerte Auszahlungen, selbstherrliche Behördenangestellte und ähnliches wurden sehr genau registriert und führten dazu, daß man die Sicherstellung der Personals in diesem Bereich kaum antastete³⁷⁷. Dagegen war beispielsweise die Fleischversorgung der Regensburger Bevölkerung nach Kriegsbeginn akut gefährdet, nachdem sechs von acht im Stadtgebiet tätigen Tierärzten eingezogen worden wa-

³⁷⁵ Stand jeweils 1.6., erstellt anhand der vom RMdI angeordneten Erhebungen, ZR 3824. Vgl. auch Vermerk Reg. 9.3.1944 über Reinemers Personalmeldungen, StA 16784.

³⁷⁶ Bericht an Reg. 12.9.1939, ZR 3715.

³⁷⁷ Unterlagen hierzu in DS 553.

ren und Schlachthofdirektor Kolb den gesamten amtstierärztlichen Dienst längere Zeit hindurch allein leisten mußte³⁷⁸. Auch der Betrieb des Bauamts konnte nur mit Mühe einigermaßen aufrechterhalten werden³⁷⁹, und ohne die ehrenamtliche Tätigkeit der städtischen Lehrerschaft wäre, wie erwähnt, das neue Ernährungs- und Wirtschaftsamt sofort zusammengebrochen³⁸⁰. Zugleich mußte in rund 60 Schulklassen Schichtunterricht eingeführt werden³⁸¹, nachdem die Lehrer fehlten, die Von-der-Tann-Schule für Rückwanderer freizuhalten, die Altdorfer- und die Ostenschule von der Wehrmacht belegt waren³⁸². Auch das gerade erst von der Stadt übernommene Institut der Englischen Fräulein und das städtische Lyzeum dienten zu Kriegsbeginn mehrere Wochen lang als Hilfslazarette der Wehrmacht; der Unterricht mußte auf verschiedene andere Gebäude, darunter das Niedermünster-Institut der Armen Schulschwester, verteilt werden³⁸³. Bezüglich der Lehrerschaft ergaben sich erhebliche Nachwuchssorgen; im Sommer 1940 regte Herrmann an, ob man nicht bestimmte Fachlehrerinnen besser eingruppiert solle, da man sonst bald keine mehr bekommen könne³⁸⁴.

Hatte das Rechnungsprüfungsamt vor dem Krieg eine fast lückenlose Belegprüfung durchgeführt, so waren bereits im Herbst 1940 nur noch Stichproben möglich. Unvermutete Kassenprüfungen, die an sich zweimal jährlich erfolgen sollten, mußten aufgeschoben werden, und nicht einmal mehr die Jahresrechnungen der einzelnen Dienststellen konnten im vorgeschriebenen Umfang geprüft werden. Es schlichen sich Rechenfehler ein, die für die betroffenen Bürger weitreichende Konsequenzen haben konnten, und auch Manipulationen und Unterschlagungen wurde - zumindest theoretisch - Tür und Tor geöffnet. Nur für die allerwichtigsten Verwaltungszweige konnte Schottenheim noch auf möglichst lückenloser Kontrolle durch das Prüfungsamt bestehen³⁸⁵.

Die Wochenarbeitszeit der städtischen Bediensteten betrug seit Mitte 1938 51 Stunden. Ende 1939 wie auch in den folgenden Kriegswintern verfügte Schottenheim eine Neuverteilung und ließ wegen der abendlichen Verdunkelung über Mittag arbeiten, um Kohle und Strom zu sparen³⁸⁶. Nachdem die Urlaubsbeschränkungen für Arbeiter und Angestellte der freien Wirtschaft Ende 1939 aufgehoben worden waren, sollten sie auch für die Beamten gelockert werden³⁸⁷, doch das weitere Kriegsgeschehen führte schnell wieder zur restriktiven Handhabung³⁸⁸: Überstunden galten als selbstverständlicher Teil des "restlosen Einsatzes" aller Volksgenossen, das Privatleben hatte sich dem "Staatsganzen" unterzuordnen³⁸⁹, wie sich auch im Zusammenhang mit den allgemeinen Versorgungsmängeln zeigte - nicht nur im Verwaltungsbetrieb wurde den städtischen Bediensteten äußerste Sparsamkeit zur Pflicht ge-

³⁷⁸ Einzelheiten in ZR 20838 f.

³⁷⁹ Berichte an Reg. 12.9.1939 bzw. 2.11.1939, ZR 3715 bzw. 3820.

³⁸⁰ Vgl. auch Protest Reinemer gegen Einberufung des Leiters der Markenrücklieferungs- und Bezugsstelle zum SHD (27.1.1941 an PolDir, DS 553).

³⁸¹ Vgl. Schulstatistiken in DS 687.

³⁸² Vermerk Weigert 20.9.1939, ZRa 12428.

³⁸³ Mai-Okt. 1940 wurde das Lyzeum, das Institut Helenenstr. sogar bis Kriegsende erneut zu Reservelazaretten; die Stadt beschlagnahmte dafür die fast leerstehende Pädagog. Hochschule und mietete weitere Räume in Niedermünster für Schulzwecke. Einzelheiten in ZRa 14281.

³⁸⁴ Vermerk 2.8.1940, ZR 3817, vgl. auch Mühlbach an Schulamt 14.8.1942, PAM 536: weitere Lehrkräfte könnten nicht mehr abgegeben werden.

³⁸⁵ Sch. an Dienststelle Bayern-Ostmark des DGT 4.10.1940, ZRa 13523. Vgl. ZRa 13453 zur Personalnot in der städt. Telefonzentrale Anfang 1941.

³⁸⁶ Verf. 9.12.1939, ZRa 13316. Änderung der täglichen Arbeitszeit zu Beginn der wärmeren Jahreszeit durch Verf. 7.3.1940, ZRa 13316 und NIS 1. Zu den Sparmaßnahmen zwischen Weihnachten und Neujahr: ZRa 13316.

³⁸⁷ RdErl Reichs- und Landesreg. 21.12.1939 bzw. 5.1.1940, der städt. Belegschaft bekanntgegeben 8.1.1940, ZR 4151 und PAM 539.

³⁸⁸ Verf. 23.5.1940, PAM 539 und ZR 4151; ebd. Urlaubslisten 1939 und 1940. Urlaubsregelung 1938: ZR 4150, 1941: PAM 539, 1942: ZR 4151 (samt Urlaubslisten) und ZRa 13332.

³⁸⁹ Verf. 7.3.1940, ZRa 13316.

macht, man beordnete sie auch zu verschiedensten Veranstaltungen über sparsames Wirtschaften im Privatbereich³⁹⁰.

Ende 1939 meldete der Regierungspräsident dem Innenministerium anhaltende heftige Klagen der Behörden, die sich aus der Flut neuer Vorschriften und dem Mangel an gutem Personal ergaben, da dieses in die besser bezahlten Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie abwanderte³⁹¹. 1941 betrug beispielsweise die Stundenlöhne städtischer Arbeiter in der untersten Lohngruppe je nach Dienstalter 58-63 Rpf, in der obersten 87-92 Rpf; für Frauen schwankten sie je nach Lohngruppe zwischen 46,5 und 65 Rpf. Diese Löhne lagen deutlich unter denen, die Messerschmitt zahlte³⁹². Hinzu kam die Wohnungsnot: Als man "rückgeführte" Südtiroler als Arbeitskräfte angeboten erhielt, mußte Reinemer trotz dringenden Bedarfs ablehnen, da es unmöglich sei, entsprechenden Wohnraum bereitzustellen³⁹³. Im Februar 1940 liefen auch noch die uk-Stellungen aus³⁹⁴, von nun an wurden die Bedingungen hierfür ständig verschärft und auch die einzuberufenden Geburtsjahrgänge immer weiter ausgedehnt³⁹⁵. Dies führte zu weiteren heftigen Klagen des Oberbürgermeisters: Schon heute begegne die "geordnete und ungestörte Fortführung der Geschäfte den größten Schwierigkeiten"³⁹⁶. Im Mai 1940 nannte Schottenheim eine Zahl von 160 städtischen Beamten und Angestellten, die eingezogen seien; nicht einmal das Ernährungs- und Wirtschaftsamt könne man mehr ausreichend besetzen³⁹⁷.

Die Freistellung von Personal für die besetzten Gebiete trug erheblich zum Personalmangel bei. "Befristete" Abordnungen erwiesen sich für die abgebende Stadt als riskant - häufig wurde die Befristung stillschweigend verlängert, d.h. die neue Dienststelle schickte den Betroffenen einfach nicht mehr nach Hause, so daß er für seine Heimatgemeinde verloren blieb. Kurz nach Kriegsbeginn wehrte sich daher die Regensburger Stadtspitze bereits dagegen, wie schon 1938 - damals für das Sudetenland - Personal zur Verwaltung der soeben besetzten Ostgebiete abzustellen; dennoch wurden schließlich zehn aktuelle und ehemalige Mitarbeiter benannt³⁹⁸, vier von ihnen waren im Frühjahr 1940 tatsächlich im Kommunaldienst der besetzten Gebiete eingesetzt³⁹⁹.

Nach dem Frankreichfeldzug wurde auch für die besetzten Westgebiete Verwaltungspersonal benötigt, vier Bedienstete gab die Stadt Regensburg hierfür frei⁴⁰⁰. Grotesk wirken die gleichzeitigen Vorbereitungen für die Verwaltung des erst noch zu gewinnenden deutschen Kolonialreichs: Sechs städtische Beamte, vom Stadtkasseninspektor über den Schlachthofbeamten bis zum Handelslehrer, ließen sich für den Kolonialdienst vormerken, doch kam dessen Auf-

³⁹⁰ Vgl. z.B. Verf. Sch. 12., 17.3.1942 und 15.2.1944, NIS 12, JUG 502 bzw. ZR 3726.

³⁹¹ RPB 8.11.1939, vgl. Sch. an Reg. 1.3.1940, ZR 3715: Aushilfen, die nicht einmal beim Flugzeugwerk unterkamen, brachten üblicherweise "die für die Verwaltung erforderliche Eignung und die zur Einarbeitung notwendige Befähigung" nicht mit.

³⁹² Tabelle Stand 8.9.1941, PAM 537. Details zu Tarifen und Besoldung ab 1939 in PAM 539; zur Beamtenversorgung 1942: HM 1487.

³⁹³ 12.8.1941 an MInn, ZR 3823; Grundlage: Bericht Sailer, ebd.

³⁹⁴ Anordnung MInn 17.2.1940, DS 553.

³⁹⁵ Vgl. OKW-Richtlinien 18.3. und 25.7.1940 und Einzelheiten in DS 553. Vgl. allg. D.Rebentisch: Innere Verwaltung, DVG IV S.732-774, hier S.768 ff.

³⁹⁶ Bericht an Reg. 1.3.1940, ZR 3715.

³⁹⁷ 20.5.1940, ZRa 13243.

³⁹⁸ Bericht an Reg. 12.9.1939, ZR 3715. Darunter die beiden Rh. (und somit Ehrenbeamten) Kaiser und Ederer sowie der Verkehrsplaner Eichhorn, später Architekt der Behelfsheime.

³⁹⁹ Vermerk Reinemer 1.4.1940, ZR 3715. Darunter der Inspektorenanwärter Heidenreich, s.S.176.

⁴⁰⁰ 6.6.1940 an Reg., ZR 3716.

bau nur stockend in Gang, da sich viele Bewerber als untauglich erwiesen. So liegt die Vermutung nahe, daß viele von ihnen hofften, auf diese Weise dem Wehrdienst zu entgehen⁴⁰¹.

Trotz weiterer Personalabgaben sprach Reinemer noch im Sommer 1941 von nur 125 tatsächlich abwesenden Beamten und Angestellten⁴⁰². Bis dahin hatte man auf Anweisung Görings, des Vorsitzenden im Ministerrat für die Reichsverteidigung, alle Betriebe und Behörden mehrfach auf die Möglichkeit hin durchforstet, weiteres Personal freizustellen - der Angriff auf die Sowjetunion kündigte sich an⁴⁰³. Betroffene Dienststellen wehrten sich regelmäßig mit ausführlichen Berichten über die eigene Bedeutung und dem Hinweis auf die ohnehin schon katastrophale Personalnot, denn wer nicht überzeugend belegen konnte, daß seine Arbeit tatsächlich kriegswichtig war, mußte befürchten, für die Wehrmacht freigegeben zu werden. So verwahrte sich beispielsweise der Leiter der Stadthauptkasse nachdrücklich gegen weiteren Personalabbau: Von den vor dem Krieg vorhandenen 51 Beamten und Anwärtern seien 27 zur Wehrmacht eingezogen worden, es sei völlig ausgeschlossen, den gestiegenen Anforderungen mit dem verbliebenen Personal auf Dauer gerecht zu werden⁴⁰⁴. Der Kämmerer schloß sich an: Von 54 Beamten, Anwärtern und Angestellten, die ihm früher zur Verfügung gestanden hätten, seien nur noch 18 vorhanden, als Ersatz für die 36 abgegebenen habe er zwei Pensionisten, eine Beamtin und zehn Kriegsaushilfen erhalten; statt über insgesamt 62 Arbeitskräfte verfüge er nur noch über 38⁴⁰⁵. Die Möglichkeiten der Stadtverwaltung waren weitgehend ausgeschöpft, Reinemer hatte dem Wehrbezirkskommando jeden einzelnen uk-Antrag erläutert und konnte seine Anträge nur in den wenigsten Fällen zurückziehen⁴⁰⁶. Schließlich wehrte sich sogar der Regierungspräsident aufgrund vielfacher Klagen der ihm unterstellten Behörden gegen den übertriebenen Personalabbau, während gleichzeitig manche Dienststellen der Heeresverwaltung überbesetzt und die dort Beschäftigten zur Untätigkeit verdammt seien⁴⁰⁷.

Ab Sommer 1941 liegen detaillierte Meldungen der Stadt über die Personalveränderungen vor⁴⁰⁸. Die meisten bezogen sich auf Einberufungen zur Wehrmacht, doch finden sich auch Abordnungen an andere Stellen: den SHD, die Reichsbahn und den Arbeitsdienst, die OT bzw. den Baustab Speer⁴⁰⁹, eine Fliegerhorstkommandantur, die Wehrmachtsverwaltung oder den Zollgrenzschutz. Ein städtischer Bediensteter wurde sogar an die Torpedo-Versuchsanstalt Eckernförde abgegeben⁴¹⁰. Lokale Rüstungsbetriebe wie Messerschmitt, Ruthof, die Maschinenfabrik Zorn und das Chemiewerk Barthel, aber beispielsweise auch ein Nürnberger Betrieb beschäftigten Personal der Stadtverwaltung, Städte wie Kiel, Bottrop, Düsseldorf und Berlin, die nach Luftangriffen Aushilfen benötigten, erhielten dieses unter anderem aus Regensburg.

⁴⁰¹ Bekanntgabe der Mögl. zur Vormerkung mit Verf. Sch. 15.7.1940, ZR 10519. Einzelheiten ebd. und in ZR 10518.

⁴⁰² Reinemer an Reg. 5.7.1941, PAM 519.

⁴⁰³ Vgl. Anweisung Göring 20.6.1941, DS 553.

⁴⁰⁴ Bericht 30.5.1941 in PAM 540. Vgl. zur Personalnot der städt. Sparkasse, die trotz mehr als verdoppelter Umsätze sogar ihre Außenstellen schließen mußte, den Gb 1942, DS 706.

⁴⁰⁵ FIN 500. Im Herbst 1942 noch 13 Beamte bei der Stadthauptkasse, von denen 4 krankheitsbedingt nicht voll einsetzbar waren, vgl. Reinemer an Reg. 27.10.1942, StA 16781.

⁴⁰⁶ Reinemer an Reg. 26.7.1941 über Vorsprache beim Wehrbezirkskommando 21.4.1941, DS 553.

⁴⁰⁷ RPB 8.8.1941, vgl. auch Stellungnahme Sch. 14.8.1941 zum Bericht des bayer. Prüfungsverbands öff. Kassen, StA 16786.

⁴⁰⁸ PAM 519 und ZR 3824, Vollständigkeit unsicher. ZR 3824 mit zahlreichen Namenslisten zu versch. Betreffen, u.a. Aufstellung 1.6.1943 der Gesamtbelegschaft mit Besoldungsstufen und Dienststellen.

⁴⁰⁹ 27.8.1942 noch Fehlanzeige zur Abstellung von techn. Personal für die Transportstandarte Speer (ZR 3820); später dann doch eine Freistellung hierfür (PAM 519).

⁴¹⁰ PAM 519, vgl. auch den bei Reinemer 18.10.1944 erwähnten Fall, ZR 3709.

Anfang 1942 wurde die Verwaltungsarbeit der Gemeinden für nicht generell kriegswichtig erklärt. Diesen Status, der die Sicherung des Personalstands erleichtert hätte, behielten nur einige Zweige, etwa die kommunalen Energieversorgungsunternehmen. Schließlich wurden die Geburtsjahrgänge ab 1908 für den Wehrdienst freigegeben, und es erging die ausdrückliche Aufforderung an die Kommunen, weibliche Aushilfsangestellte für die eingezogenen männlichen Beamten einzustellen⁴¹¹. Wie ersichtlich, kam man auch in Regensburg dieser Weisung in großem Umfang nach, wenn auch die Kriegsaushilfen nicht immer die Erwartungen erfüllten:

KRIEGSAUSHILFEN ⁴¹²				
	Beschäftigte	davon Kriegsaushilfen	von diesen:	
			Männer	Frauen
1940	744	93	20	73
1941	736	102	16	86
1942	774	138	17	121
1943	779	172	17	155
1944	807	213	15	198

Unter den Aushilfen befanden sich seit dem Frühjahr 1941 erstmals auch RAD-"Maiden". Sie wurden Opfer eines Führererlasses vom Sommer 1941, der ihre halbjährige Arbeitspflicht um weitere sechs Monate verlängerte⁴¹³.

Mitte Mai 1942 gab Schottenheim Görings Anordnung bekannt, wonach für alle Beamten und Angestellten die 56-Stunden-Woche und die Aufhebung der Sonntagsruhe galt⁴¹⁴. Samstags war nun siebeneinhalb, sonntags eine Stunde zu arbeiten, allerdings brauchten, "solange sich Arbeitsrückstände nicht bemerkbar machen", nicht alle Betroffenen tatsächlich zu erscheinen, vielmehr wurde nur ein Wochenenddienst eingerichtet⁴¹⁵. Tatsächlich konnte die Arbeitszeit Ende 1942 auf die gewohnte 51-Stunden-Woche zurückgefahren werden⁴¹⁶, allerdings kamen die Luftschutz-Nachtwachen hinzu, deren Einteilung angesichts des Personal mangels immer schwieriger wurde. Ende 1942 mußte Schottenheim der Gauleitung berichten, sein "Verwaltungskörper" sei "derart ausgekämmt", daß "ich in meinen Entschlüssen allmählich durch die Macht der Verhältnisse sehr behindert bin und ich daher oft personelle Veränderungen vornehmen muß, von denen auch ich von vorneherein schon weiß, daß sie nicht als glücklich zu bezeichnen sind."⁴¹⁷ Kurz darauf ordneten OKW, Reichs- und Parteikanzlei ge-

⁴¹¹ Führererlaß 25.1.1942, vgl. Rebutisch (1989) S.463 ff. Entsprechende ME 12.2.1942 in DS 553, vgl. auch RMDI an die RVK, bekanntgegeben vom MInn 25.3.1942, Abdruck in ZR 4053.

⁴¹² Namenslisten Kriegsaushilfen 1941-1943 in ZR 3824. Besonderheit in Rgbg.: Beschäftigung von Straßenbahnschaffnerinnen, vgl. Eiber S.594. Steigende Zahl an Kriegsaushilfen auch belegt durch Urlaubslisten 1940 und 1942, ZR 4151.

⁴¹³ Erlaß 29.7.1941 und DurchfVO 13.8.1941, RGBI I S.463 bzw. 491. 3 der Frauen erbat sich die Stadt zum Kriegseinsatz. Übersicht über Anforderungen aller lokaler Behörden 4.9.1941 in ZR 398; Details zu den RAD-Maiden in PAM 515.

⁴¹⁴ 10.4.1942, RMBliV S.765.

⁴¹⁵ Verf. Sch. 11.5.1942, u.a. in ZR 4227, 9042, ZRa 13316 und PAM 539; in ZR 4227 Namenslisten der vom Wochenenddienst betroffenen Beamten.

⁴¹⁶ Verf. Sch. 7.11.1942, ZR 9042, ZRa 13316 und PAM 539.

⁴¹⁷ Sch. an Landeskulturwalter Gau Bayreuth 11.12.1942, NIS 12.

meinsam an, Stellenpläne dürften auf allen Verwaltungsebenen nicht mehr ausgeweitet werden und neue Planstellen seien nur noch auf der Grundlage eines Führererlasses zulässig; Zusatzstellen blieben allerdings erlaubt⁴¹⁸. Daher bot Schottenheim nun seinen Untergebenen an, entsprechend vorgebildete Ehefrauen als Kriegsaushilfen bei der Stadtverwaltung unterzubringen⁴¹⁹. Hier handelte es sich wohl tatsächlich um ein Angebot, nicht um eine repressive Maßnahme, nachdem früher berufstätigen Ehefrauen ohnehin die Dienstverpflichtung drohte. Seit Ende 1942 mußten die weiblichen Bediensteten der Stadt allerdings wegen des Mangels an Putzfrauen die Büros selbst reinigen⁴²⁰.

Im Februar 1943 umfaßte die Stadtverwaltung nur noch rund 1200 Personen, von denen schon 331 eingezogen waren⁴²¹. Trotz neuer strikter Richtlinien Hitlers⁴²² und aller Mahnungen des Ministerrats für die Reichsverteidigung⁴²³ mußte Reinemer der Regierung melden, weitere Personalabgaben seien absolut ausgeschlossen⁴²⁴. Folgt man den Berichten der städtischen Dienststellen, so herrschten zu dieser Zeit bereits chaotische Verhältnisse in der Stadtverwaltung; der Betrieb sowohl des Siedlungsamts als auch der Stadtbau GmbH konnte beispielsweise nur noch aufrecht erhalten werden, weil der zur Wehrmacht einberufene Abteilungsleiter mit Zustimmung des Wehrbezirkskommandeurs spätnachmittags in seinem Amt arbeitete⁴²⁵.

Im Zuge der Einberufungswelle im Frühjahr 1943 wurden auch die Regelungen zu Urlaub und Arbeitszeit wieder verschärft. Erholungsurlaub gab es nur noch, wenn nach Ansicht des Vorgesetzten tatsächlich Urlaubsbedürftigkeit vorlag und die Geschäftslage bei den kriegswichtigen Arbeiten es erlaubte. Selbst dann betrug seine Höchstdauer 14, ab dem 50. Lebensjahr 20 Tage. Die Wochenarbeitszeit wurde zugleich wieder auf 56 Stunden erhöht, die bisherige Begrenzung auf höchstens neun Stunden täglich aufgehoben, und an Samstagnachmittagen und Sonntagen war nun insoweit zu arbeiten, als kriegswichtige Aufgaben zu erfüllen waren⁴²⁶. Zugleich mit der Bekanntgabe dieser neuen Verfügungen regelte Schottenheim auch die Arbeitszeit nach Luftwarnungen bzw. Fliegeralarm: Eine nächtliche Luftwarnung berechnete noch nicht dazu, am Morgen verspätet zum Dienst zu erscheinen; dies war nur gestattet, wenn auch noch Fliegeralarm nachgefolgt war⁴²⁷. Immerhin konnten zumindest vollbeschäftigte Frauen einige Nachmittagsstunden freibekommen⁴²⁸, und Wochenend-Tagwachen wurden als Dienst gewertet, zu dem allerdings ab Frühjahr 1944 auch Halbtagskräfte heranzuziehen waren⁴²⁹.

Allenthalben blieben inzwischen selbst wichtigste Terminsachen unbearbeitet - ein Umstand, der Schottenheim und Reinemer bewegte, gegenüber Bezirksregierung, Innenministerium und Gemeindetag eine sehr deutliche Sprache anzuschlagen⁴³⁰. Aussicht auf Erfolg hatten

⁴¹⁸ Abschrift der Anordnung 17.2.1943 in ZR 17719.

⁴¹⁹ Verf. 17.2.1943, ZR 9042.

⁴²⁰ Verf. 9.12.1942, ebd.

⁴²¹ 639 Beamte, Angestellte und Kriegsaushilfen, 556 Arbeiter, vgl. Reinemer an Reg. Feb. 1943, ZRa 13423.

⁴²² Vgl. zum Führerlaß 13.1.1943 über umfassenden Einsatz von Männern und Frauen für die Reichsverteidigung: Rebentisch (1989) S.476 ff.

⁴²³ Bek. 10.3.1943, der städt. Belegschaft bekanntgegeben 26.3.1943, DS 513.

⁴²⁴ Bericht 2.4.1943, PAM 519; ebd. viele weitere Beispiele zum Personalmangel.

⁴²⁵ Bericht 4.8.1943, PAM 540, mit Darstellung der vielfältigen Aufgaben des Dienststellenleiters.

⁴²⁶ Anordnungen RMDI bzw. Göring 2. und 10.3.1943 (letzte im RGBI I S.141), von Sch. bekanntgegeben 26.3.1943, DS 513, PAM 539 und ZRa 13332. Vgl. auch Verf. Sch. 28.5.1943, ZR 9042, NIS 12 und PAM 539.

⁴²⁷ Vgl. Verf. Sch. 2.3.1944, PAM 535.

⁴²⁸ Verf. Sch. 20.4.1943 und 12.1.1944, ZR 3726, 9042 und PAM 539.

⁴²⁹ Verf. Sch. 7.3.1944 auf Veranlassung der PolDir, ebd.

⁴³⁰ Z.B. Sch. an Reg. nach telefon. Protest in München 21.8.1943, PAM 519; Reinemer an DGT 3.5.1944, ZRa 13251.

Proteste im "totalen Krieg" nicht mehr. Die Wehrpflicht wurde im Herbst 1943 auf die Geburtsjahrgänge seit 1884, also auf die Sechzigjährigen ausgedehnt, wobei es Parteifunktionären nach wie vor gelang, sich vor der Einberufung zu drücken; sie wurden wohl nicht nur in Regensburg für den Oberbürgermeister uk-gestellt⁴³¹.

Mit der Verschlechterung der Kriegslage wurden auch den städtischen Bediensteten Durchhalteparolen eingehämmert wie "Die ganze Kraft dem Krieg, dann siegen wir"⁴³². Noch enger wurde nach den ersten Luftangriffen die Zusammenarbeit mit Partei, Wehrmacht, Polizei und Reichsarbeitsdienst - nur gemeinsam waren die dringendsten Aufgaben, etwa die Aufräumungsarbeiten, Fragen der Unterbringung Obdachloser⁴³³, Umquartierungen etc., zu lösen. In vielen Sachfragen wirkte man verblüffend schnell und perfekt zusammen; die Improvisationsfähigkeit deutscher Behörden hat auch die Alliierten immer wieder überrascht⁴³⁴.

Drohender klangen jetzt Schottenheims Appelle an die Arbeitsdisziplin und die Verfügungen, mit denen die städtischen Bediensteten auf die Parteilinie eingeschworen werden sollten⁴³⁵. Sogar Nicht-Pg forderte man zum aktiven Dienst für die örtliche NSDAP auf, wo diese Personal benötigte⁴³⁶; auch die erwähnte Beurlaubung Stadtschulrat Weigerts für Zwecke der Partei belegt die Verquickung von NSDAP und Stadtverwaltung⁴³⁷. Doch verloren die Treueschwüre gerade durch ihre ständige Wiederholung zunehmend an Glaubwürdigkeit. Schon seit Herbst 1943 häuften sich Indizien für die abnehmende Bereitschaft der Parteigenossen, sich als solche zu erkennen zu geben; auch die NSDAP-Mitglieder in der Stadtverwaltung mußten immer wieder an ihre Pflicht erinnert werden, das Parteiabzeichen zu tragen, und zwar deutlich sichtbar auf der Überbekleidung⁴³⁸. Die Ortsgruppen der NSDAP überprüften die Teilnahme an Parteiveranstaltungen und werteten ein Fernbleiben als "Disziplinlosigkeit und Feigheit"⁴³⁹.

Vom Arbeitsamt wurde die Stadtverwaltung im Frühjahr 1944 nur noch "ganz unzureichend" bzw. "fast überhaupt nicht mehr" mit brauchbaren Aushilfskräften versorgt⁴⁴⁰. Dafür mußte man weiteres Personal abgeben und das verbliebene teilweise berufsfremd einsetzen. So meldete man fünf Bedienstete für die Reservetrupps, die nach Fliegerschäden von den Reichsverteidigungskommissaren eingesetzt werden sollten⁴⁴¹, und seit April 1944 hatten die städtischen Bediensteten, wie erwähnt, beim Behelfsheimbau mitzuarbeiten. Es galt zu dieser Zeit bereits eine vom Reichsinnenministerium verfügte Urlaubssperre, für wenige Wochen wurde sie aufgehoben, doch war Urlaub nur unter ganz besonderen Bedingungen möglich, und nur, wenn "Schlagkraft" und Einsatzfähigkeit der Dienststellen gesichert waren⁴⁴². Nachdem Goebbels Mitte 1944 zum Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz berufen

⁴³¹ Reinemer an RVK 24.4.1944, DS 553.

⁴³² Verf. Sch. 17.11.1943 zum Betriebsappell der Stadtwerke 8.12.1943, ZR 16529.

⁴³³ Liste Auffangsammlstellen aller NS-Ortsgruppen (Stand 1.9.1942) in NIB Akt "Chemie". Ebd. umfassendes Merkblatt zu den Aufgaben der Ortsgruppenleiter.

⁴³⁴ Vgl. z.B. Erfahrungsberichte PolDir 25. und 26.10.1944, DS 737 und 743.

⁴³⁵ Vgl. z.B. Verf. Sch. 29.10.1943, DS 132, 513, ZR 3726 und 9042.

⁴³⁶ Reg. an OB und Landräte 7.12.1943, DS 553.

⁴³⁷ Vgl. zu Kriegsauszeichnungen städt. Bediensteter Bericht Reinemer an Höheren SS- und Polizeiführer 31.1.1945, PAM 533. Ebd. Listen der Träger solcher Auszeichnungen samt Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Kreisleitung - verweigert offenbar nur Schlachthofdirektor Kolb.

⁴³⁸ Z.B. Verf. 25.8.1944, ZR 3710 und 9042.

⁴³⁹ Vgl. Rundschreiben Reinemer 6.11.1943, ZR 9042: die Stadt habe keine Möglichkeit, Bedienstete von den Helldengedenkfeiern Nov. 1943 zu befreien.

⁴⁴⁰ Reinemer an DGT 3.5.1944, ZRa 13251. Gegenüber dem Reichstreuhänder für den öff. Dienst klagte Reinemer, er müsse sogar "Anlernlinge" (Arbeitskräfte ohne höheren Schulabschluß) einstellen (15.5.1944, PAM 521).

⁴⁴¹ RVK an die OB 10.3.1944 und Meldung Reinemer 24.4.1944, StA 16784.

⁴⁴² Verf. Sch. 7.6.1944, ZR 9042 und ZRa 13332. Einzelheiten in PAM 539.

worden war⁴⁴³, ordnete er die Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 60 Stunden an⁴⁴⁴, wochentags waren regelmäßig zehneinhalb Stunden zu arbeiten; dies galt auch für Frauen und Jugendliche über 16 Jahren, während Halbtagskräfte auf eine Wochenarbeitszeit von 31,5 Stunden kamen⁴⁴⁵. Für Personal mit "mangelnden geistigen Gaben" galt zwar auf Anweisung des Reichsführers SS eine Beförderungssperre⁴⁴⁶, und Faulheit konnte zur Entlassung führen, doch war dies eine stumpfe Waffe in der Hand eines Arbeitgebers, der dringend Personal brauchte, es aber nicht bekommen konnte. Wohl aus diesem Grund gab Schottenheim bekannt, der Treuhänder der Arbeit habe Haftstrafen gegen städtische Bedienstete angeordnet, die ihm wegen dauernder Unpünktlichkeit gemeldet und von der Staatspolizei festgenommen worden seien⁴⁴⁷. Außerdem hielt er die städtischen Bediensteten an, dafür zu sorgen, daß ihre Angehörigen sich für den Arbeitseinsatz meldeten⁴⁴⁸.

Dem totalen Kriegseinsatz diene auch die weitere Einschränkung des gesamten öffentlichen Lebens vom Post- und Bahnbetrieb über den Kultur- und Schulbereich bis hin zum Gaststättenwesen im Herbst 1944. Nochmals mußten zahlreiche Kräfte an Wehrmacht und Rüstungsindustrie abgegeben werden, da die Behörden nun weniger Verwaltungsarbeit zu leisten hatten⁴⁴⁹. Diese Maßnahme war so einschneidend und wurde wohl auch so überhastet durchgeführt, daß selbst der Regensburger Regierungspräsident sie vorsichtig kritisierte⁴⁵⁰. In diesem Zusammenhang ist auch die Stilllegung des Regensburger Stadttheaters zu sehen, das die Saison 1944/45 nicht mehr aufnahm⁴⁵¹ - sein Ensemble wurde dem Arbeitseinsatz, vor allem im Messerschmittwerk, zugeführt. Immerhin brachte die Reduzierung der Verwaltungsarbeit eine gewisse Erleichterung für die städtischen Bediensteten mit sich: Die Wochenarbeitszeit konnte Anfang 1945 auf 50 Stunden gesenkt werden⁴⁵², wozu vermutlich die Erfahrungen mit vorgetäuschten und echten Krankmeldungen erheblich beigetragen haben. Schließlich sollte sich die städtische Belegschaft an Hitlers "Volksopfer" für angeblich neu aufgestellte Wehrmachtseinheiten, Luftkriegsgeschädigte und Kleinkinder beteiligen, alle Parteidienststellen und Behörden hatten hierfür Vorhänge, Übergardinen etc. abzuliefern, soweit sie nicht zur Verdunkelung benötigt wurden⁴⁵³.

Ab Herbst 1944 ließen die ständigen Luftwarnungen und Bombardierungen, die Zerstörungen und der Mangel an buchstäblich allem an eine geordnete Verwaltungsarbeit nicht mehr denken. Es wurde improvisiert, so gut es ging, man saß bei ungenügender Beleuchtung in kalten Räumen oder - aus Gründen der Heizungsersparnis - zusammengedrängt in einem der noch beheizten Büros, hatte kaum mehr Schreibmaschinen zur Verfügung, Papier war knapp und schlecht, das Telefon für Privatgespräche gesperrt. Hinzu kam die Angst, zunächst nur vor den Alarmen, dann vor den Angriffen selbst, nachdem im Oktober 1944 erstmals auch in größerem Umfang Wohngebiete bombardiert worden waren. Kaum jemand glaubte mehr an den Endsieg, ständig erlebte man die absolute Luftherrschaft der Alliierten und hörte die mühsam kaschierten Berichte über den Rückzug an allen Fronten. Unter solchen Bedingun-

⁴⁴³ Vgl. allg. Rebentisch (1989) S.512 ff.

⁴⁴⁴ Von Sch. bekanntgegeben 25., 29.8., 12.9.1944 und 7.2.1945, ZR 3710, 3726, 9042, ZRa 13316, 13332 und PAM 539.

⁴⁴⁵ Verf. Sch. 12. und 27.9.1944, ZR 9042 und PAM 539.

⁴⁴⁶ Erlaß RfSS 20.3.1944, bekanntgegeben durch Verf. Sch. 26.6.1944, ZR 3716 und 9042.

⁴⁴⁷ Rundschr. 12.10.1944, ZR 3726.

⁴⁴⁸ Verf. Sch. 12.9.1944, ebd.

⁴⁴⁹ Meldungen Stadtwerke und Schlachthof über absolut unverzichtbare Gefolgschaftsmitglieder in DS 741; vgl. allg. D.Rebentisch: Innere Verwaltung, DVG IV S.732-774, hier S.772 ff.

⁴⁵⁰ RPB 10.10.1944.

⁴⁵¹ Vgl. Kripostelle Rgbg. an Stadt 9.11.1944, ZRa 13423.

⁴⁵² Verf. 2.1.1945, ZRa 13316.

⁴⁵³ Schnellbrief Reg. 19.1.1945, ZR 18756 a, bzw. Verf. Sch. 23.1.1945, ZR 383.

gen 60 Stunden in der Woche seinen Dienst zu verrichten und sich zwischendurch auch noch ideologisch schulen zu lassen, etwa über Spionage- und Sabotageabwehr⁴⁵⁴, erforderte Disziplin und eine gesunde Konstitution, die auch unter der mangelhaften Lebensmittelversorgung nicht gelitten hatte; viele der Krankmeldungen waren sicherlich nicht vorgetäuscht.

Die ganzen Kriegsjahre hindurch bemühte sich die Stadtspitze, mit den eingezogenen Gefolgschaftsmitgliedern in Kontakt zu bleiben. Dies Bemühen ging über die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen, etwa den Familienunterhalt und die Weitergewährung eines bestimmten Prozentsatzes der Löhne und Gehälter, weit hinaus. Vielmehr bestanden viele persönliche und briefliche Verbindungen zu den Soldaten bzw. Fronturlaubern, deren Berichte anfangs auf die Bevölkerung generell beruhigend, teils sogar motivierend wirkten. Mit dem Angriff auf die Sowjetunion übertrug sich dann allerdings die Besorgnis der Soldaten auf diesem Weg auf die Einwohnerschaft; spätestens nach Stalingrad waren fast nur noch pessimistische Äußerungen zu hören⁴⁵⁵. Zu Weihnachten versandte die Stadt Feldpostpäckchen⁴⁵⁶, und ab 1942 veranstaltete sie auch Weihnachtsfeiern für die Kinder der eingerückten und gefallenen Bediensteten. Die Spendenfreudigkeit der in Regensburg verbliebenen Gefolgschaft scheint dabei überaus groß gewesen zu sein⁴⁵⁷, schon 1943 fehlten allerdings die Waren für die Päckchen, daher sollte wenigstens die Bescherung für die über 400 einbezogenen Kinder umso schöner werden; alle städtischen Bediensteten wurden zu Bastelarbeiten aufgefordert⁴⁵⁸. Selbst im Herbst 1944 wandte man noch viel Mühe auf, um auf verschlungenen Wegen wenigstens kleine Geschenke für die Kinder zu organisieren⁴⁵⁹. Das geplante Kasperltheater mußte allerdings - vielleicht aus Pietät gegenüber den Opfern des Luftangriffs vom 20.12.1944 - verschoben werden⁴⁶⁰. Zu bedenken ist bei diesen menschlich sympathischen Gesten, daß sie nicht zuletzt zur Zufriedenheit der Frontsoldaten und damit zur Hebung ihrer Kampfmoral beitragen sollten. Auch von der Wehrmachtsführung und der Reichsregierung wurden sie daher begrüßt. Ausdrücklich sollten sie, ebenso wie die "Heimatbriefe" der Gemeinden und die politischen Mitteilungen der NSDAP-Ortsgruppen an die Soldaten, dazu beitragen, deren "Verbundenheit mit der Heimat" aufrecht zu erhalten⁴⁶¹. - Die Zahl der gefallenen städtischen Bediensteten läßt sich nicht genau ermitteln; alle erhalten gebliebenen Listen brechen spätestens im Sommer 1944 ab. Bis April 1943 waren 21 Gefolgschaftsmitglieder gefallen oder vermißt⁴⁶², bis Juli 1944 erhöhte sich ihre Zahl auf 51⁴⁶³, doch wird sie auch in den letzten Kriegsmonaten nochmals deutlich gestiegen sein.

⁴⁵⁴ Verf. Reinemer 29.9.1944; Grundlage: Erlaß RMdI 20.6.1944, wonach der OB als "Abwehrbeauftragter" entspr. Pflichtvorträge durchzuführen hatte.

⁴⁵⁵ Vgl. allg. O.Buchbender/R.Sterz (Hg.): Das andere Gesicht des Krieges, München 1982. Für Rgbg. vgl. Rzehak S.80 ff. Beileidsschreiben Sch. für gefallene Gefolgschaftsmitglieder u.a. in NIS 7.

⁴⁵⁶ Versch. Weihnachts- bzw. Begleitbriefe zu Feldpostpäckchen ab 1940 in PAM 539. Für ihren phrasenhaften Inhalt war Reinemer verantwortlich.

⁴⁵⁷ Vgl. VO über Gewährung von Weihnachtsspendungen im öff. Dienst und an Soldaten der Wehrmacht 16.12.1939, RGBI I S.2425. Spendenaufruf für die Weihnachtspäckchen 9.11.1942 in ZR 9042 und JUG 502. Einzelheiten in ZR 9042 und 11330.

⁴⁵⁸ Verf. Reinemer, wohl Okt. 1943, ZR 3726 und 9042; in ersterem auch Hinweis Sch. 20.12.1943 auf Dienstbefreiung für die Teilnahme an der Weihnachtsfeier.

⁴⁵⁹ Material in PAM 501, vgl. Verf. Reinemer 16.10.1944 mit der Bitte um Spielzeug, Kleiderspenden usw., ZR 3726 und 9042.

⁴⁶⁰ Einladung zur Besichtigung der Geschenke 14.12.1944, ZR 3726, bzw. Verf. Sch. 30.12.1944, JUG 502.

⁴⁶¹ RdErl RMdI 3.7.1940, ZR 387. Ebd. ein Beispiel für einen Heimatbrief von Sch.

⁴⁶² Liste in ZRa 13135. Der erste gefallene städt. Beamte war der ehem. BVP-Stadtrat, Berufsschullehrer und Aktivist im Verein für das Deutschtum im Ausland, Dr. Hans Soß (4.9.1939 Polenfeldzug).

⁴⁶³ Liste in PAM 516.

Unmittelbar vor dem Zusammenbruch des Dritten Reichs, am 19.4.1945, traf Schottenheim eine Maßnahme, die der Zukunftsvorsorge für seine Untergebenen diente. Diesen war sofort ein Großteil ihrer Bezüge auszuzahlen, und sie erhielten Bescheinigungen darüber, wieviel Gehalt, Lohn oder Ruhestandsgeld ihnen zustand⁴⁶⁴. Zahlenangaben über die Personaldecke der Stadtverwaltung zu dieser Zeit sind kaum noch möglich, ebenso bestehen Unklarheiten über die Ausländer der verschiedenen Kategorien, die bei ihr beschäftigt waren. Ob gegen Kriegsende Beamte ohne ihr Wissen in die Partei überführt wurden, d.h. ohne Parteiausweise zu erhalten oder Beiträge zu bezahlen⁴⁶⁵, ist umstritten. Nur wenige städtische Bedienstete brachten jedenfalls den Mut auf wie der spätere Stadtkämmerer Peter Kraus, der der NSDAP nicht beigetreten ist, allerdings auch nicht befördert wurde⁴⁶⁶. Nach Kriegsende hätte die Besatzungsmacht eigentlich die gesamte Stadtverwaltung auswechseln müssen, nachdem fast alle Angestellten und Beamten der NSDAP angehört hatten. Und tatsächlich wurden auch sehr viele Entlassungen formal ausgesprochen, viele davon jedoch nicht durchgeführt. Beim Neuaufbau einer funktionierenden Verwaltung waren die US-Behörden zu sehr auf die eingearbeiteten Fachleute angewiesen, als daß man rigoros hätte "säubern" können, wie es ihnen vorgeschwebt hatte. Sie standen damit vor dem gleichen Problem wie die Nationalsozialisten im Jahr 1933: Ein bürokratischer Apparat kann nicht einfach ausgewechselt werden, selbst wenn man in Kauf nehmen muß, daß seine Mitglieder sich vielleicht als politisch unzuverlässig erweisen werden⁴⁶⁷.

IV. Kriegsschäden in Regensburg: Versuch einer Bilanz

Die dramatischen Ereignisse der letzten Kriegstage in Regensburg fanden und finden in Forschung und Publizistik bis heute großes Interesse⁴⁶⁸. Insbesondere gilt dies für die Justizmorde des 23. April 1945. Damals juristisch verbrämt, müssen sie aus heutiger Sicht als Ergebnis der jahrelangen Perversion der Justiz im Dritten Reich gewertet werden. Wenige Tage vor dem Einmarsch der US-Armee wurden in Regensburg nach einem Standgerichtsverfahren, das selbst damaligen Kriterien Hohn sprach, der Domprediger Dr. Johann Maier und der Arbeiter Josef Zirkl hingerichtet. Kurz zuvor waren im Gebäude der Kreisleitung Michael Lottner ermordet sowie der Mesner von St. Emmeram, Johann Igl, hingerichtet worden - dieser hatte im Sommer 1944 geäußert, ob sich denn keiner finde, der Hitler "ein Messer reinrennt", und war daraufhin zum Tod verurteilt worden. Als schwierig erwies sich die Suche nach einem Henker; erst nach dramatischen Verzögerungen und einem monatelangen Wech-

⁴⁶⁴ Verf. 19.4.1945, ZR 4148.

⁴⁶⁵ So der Kassenleiter des Wohlfahrtsamts und spätere Stadtkämmerer Peter Kraus (FIN 1).

⁴⁶⁶ Kraus' Erklärung, die Beziehung zur SPD abgebrochen zu haben, in Sch. an Reg. 24.11.1933, s.S.134 Anm.134. Später berichtete Kraus, als Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt sei er "als erster und einziger städtischer Beamter" von der Gestapo verhaftet worden und habe über einen Monat im Gefängnis verbracht (undatiertes Lebenslauf nach Juli 1947, FIN 1).

⁴⁶⁷ Die Problematik der Säuberungen wird einen Schwerpunkt der Arbeit von Hilmer darstellen, vgl. allg. Matthes.

⁴⁶⁸ Bislang umfassendste Darstellung mit Aufarbeitung der älteren Lit. bei Chrobak (1985). Zum milit. Hintergrund vgl. Brückner und Mulert, vgl. auch Sonderbeilage MZ Mai 1985. Genaue Darstellung zu erwarten bei Hilmer (s. Vorwort), versch. weitere Untersuchungen (Chrobak, Bürger, Ehm) sind in Arbeit.

selbad zwischen Hoffnung und Verzweiflung wurde Igl schließlich vom Leiter der KZ-Außenstelle im Regensburger Colosseum, Erich Liedtke, kurz vor Kriegsende getötet⁴⁶⁹.

Datum	Schwerpunkt	Todesopfer	Totalschäden	leichte bis schwere Schäden
1943				
17.8.	Flugzeugwerk	377-397	9-11	180-210
1944:				
(22.2.)	Fehlabwürfe	0-2	0-1	0-1
25.2.	Flugzeugwerk	16-21	15-48	138-422
21.7.	Flugzeugwerk	-	1-5	9-17
20.10.	RB-Anlagen, Hafen	86-91	28-30	563-710
23.10.	Hauptbhf., RB-Brücken	48-59	20-26	251-303
4.11.	RB-Anlagen	60-62	20-25	131-224
22.11.	Güterbahnhof, Karthaus, Kumpfmühl	54-86	8-16	93-124
(9.12.)	(Tegernheim) Schwabelweis	-	0-5	0-3
20.12.	RB-Anlagen, Hafen, Flug- zeugwerk, Stadtsüden	12-31	11-12	117-273
28.12.	Ölhafen, Güterbahnhof	47-48	56-62	552-615
1945:				
20.1.	Ölhafen, Ostbahnhof, Stadtosten	1	-	27-37
5.2.	Hafen, Bahnhöfe, Stadt- osten, Kasernen	65	47-49	366-716
13.-22.2.	Tiefflieger, Spreng- bombenabwürfe	?	?	?
13.3.	RB-Anlagen, Hafen, Westen, Süden, Kasernen	110-169	101-154	581-1979
11.4.	Ölhafen, Ostbahnhof	3	-	15
16.4.	Hauptbhf., RB-Brücken, Flugzeugwerk	112		
20.4.	Ölhafen, Bahnhof ?	22		
April	Tiefflieger	6 ?		

Für den kommunalpolitischen Aspekt sind die Ereignisse Ende April 1945 insofern von Bedeutung, als der Oberbürgermeister in den letzten Stunden seiner Amtszeit nochmals Verantwortung übernahm und die Stadt am Morgen des 27. April 1945 kampfflos an Einheiten der

⁴⁶⁹ Vgl. W.Kick S.238 ff. Ebd. S.263 ff.: Kein Beteiligter am Justizmord wurde nach Kriegsende bestraft.

3.US-Armee übergab. Ermöglicht wurde dies durch den Abzug des Kampfkommandanten, der Verteidigungsgruppe wie auch der führenden Parteifunktionäre in der vorangegangenen Nacht⁴⁷⁰. Damit entging Regensburg der sonst sicherlich unvermeidbaren Verwüstung - schlimm genug waren die Folgen des Kriegsgeschehens ohnehin.

Nur unter großen Vorbehalten ist es möglich, zusammenfassende, halbwegs gesicherte Aussagen über die Folgen des Luftkriegs für Regensburg zu machen. Nicht einmal die Zahl der Angriffe steht einwandfrei fest. 440mal soll es in Regensburg Luftalarm gegeben haben⁴⁷¹, mindestens 15 direkte Bombardierungen sind nachgewiesen. Hinzu kommen die Angriffe auf Obertraubling und Tegernheim vom 22.2. und 9.12.1944, bei denen auch im Stadtgebiet Schäden entstanden, sowie Mitte Februar und ab Mitte April 1945 eine ungeklärte Zahl von Tieffliegerangriffen, bei denen es ebenfalls Bombenabwürfe gegeben haben kann. So sprechen auch die Quellen im allgemeinen von 16-20 Angriffen.

Größte Schwierigkeiten bereitet der Versuch, die Personenschäden statistisch zu erfassen. Die beiden Regensburger Standesämter beurkundeten 1943 377 Todesfälle von Luftkriegsopfern, 1944: 342 und 1945: 277, zusammen also 996 Personen. 593 davon sollen Regensburger, 300 ortsfremde Deutsche und 103 Ausländer gewesen sein⁴⁷². Demgegenüber enthalten Listen der Luftkriegsopfer schon für die Angriffe bis Anfang Februar 1945 die Namen von 106 ausländischen Bombenopfern⁴⁷³, und Anfang der sechziger Jahre stellte die damalige Statistische Abteilung der Stadtverwaltung auf entsprechende Anfragen hin fest, daß bei den Luftangriffen auf Regensburg nach den Beurkundungen des Standesamts 1056 Personen ums Leben gekommen seien⁴⁷⁴.

Nicht darin enthalten sind Todesfälle, die aufgrund der damaligen Bestimmungen von anderen Behörden beurkundet wurden, etwa die von Hotelgästen auf der Durchreise, Marktbeschickern aus dem Umland, während eines Lazaretttransports getöteten Fronturlaubern oder auch KZ-Häftlingen, die beim Arbeitseinsatz von einem Fliegerangriff überrascht wurden. Die Nachkriegsstatistik, erstellt im Jahr 1954, kam für Regensburg auf eine Zahl von 1139 getöteten Personen: 732 Männer, 335 Frauen und 72 Kinder⁴⁷⁵.

Zahlen in der angegebenen Größenordnung bestätigt auch die hier versuchte Analyse. Faßt man die vielen Einzelmeldungen der Polizeidienststellen, städtischer und sonstiger Behörden zusammen, so ergibt sich, daß zwischen 1019 und 1175 Menschen, darunter mindestens 127-139 Ausländer, in Regensburg bei Luftangriffen ums Leben kamen, wobei vermutlich die jeweils letztgenannten Werte näher an der Wahrheit liegen.

Gegenüber den unsicheren Angaben zu den Personenschäden sind die Informationen über Zerstörungen an Gebäuden zuverlässiger. Vom 27.April 1945, dem Tag des amerikanischen Einmarsches, datiert ein Bericht der Tiefbauabteilung über die vordringlichsten Arbeiten⁴⁷⁶. Aufgeführt sind darin die Räumung der Straßen von Glasscherben und Schutt, die Beseitigung der Panzersperren und die Auffüllung der Bombenrichter, daneben die sofortige In-

⁴⁷⁰ Eine Woche zuvor stellte H. im Privatgespräch fest, Sch. sei "solange nicht selbständig zu handeln in der Lage", als der für Rgbg. zuständige "Kampfkommandant Generalmajor Amann und Kreisleiter Weigert noch hier seien" (Eidesstattl. Erklärung, NIH 8).

⁴⁷¹ Lehner in Festschrift Reinhausen S.13.

⁴⁷² DS 539-542 bzw. für 1945 DS 129. Anhand der Mb (DS 530) bis März 1945 insgesamt 846 Luftkriegsopfer (480 ortsansässige, 268 ortsfremde Deutsche und 98 Ausländer).

⁴⁷³ ZRa 12137 a.

⁴⁷⁴ Akt Statist. Abteilung, s.Anm.35.

⁴⁷⁵ Ebd. Gleiche Zahl in TA 15.-16.11.1952 unter Berufung auf das Einwohnermeldeamt.

⁴⁷⁶ DS 745. Der berichtende Beamte erwog allen Ernstes, ob man nicht ausländ. Arbeitskräfte bewegen könne, sich "freiwillig und gegen Bezahlung des tariflichen Höchstlohnes" an den Aufräumungen zu beteiligen.

standsetzung der Kanäle. Insgesamt mußten nach Kriegsende rund 100000 Kubikmeter Trümmerschutt beseitigt werden.

Vor dem Krieg hatte es in Regensburg rund 25800, Mitte 1943 26700, bei Kriegsende 27800 Wohneinheiten gegeben. Davon wurden 1400 völlig zerstört, 940 schwer beschädigte waren Ende 1946 noch unbewohnbar⁴⁷⁷. Der amtlich errechnete Wohnraumverlust schwankte zwischen 7,1 und 7,5 %, der Gesamtverlust an Gebäuden einschließlich gewerblichen und Verkehrsanlagen betrug rund 18 %⁴⁷⁸. Daß allerdings nur 150 Gebäude total zerstört worden sein sollen⁴⁷⁹, erscheint angesichts der hier neu ausgewerteten Quellen ungläubhaft; die Berichte ergaben insgesamt eine Zahl von 316-444 Totalschäden. Möglich sind immerhin Doppelzählungen oder auch unterschiedliche Bewertungskriterien zwischen den berichtenden Behörden und der Nachkriegsstatistik.

Auch städtische Gebäude und Häuser der Stadtbau GmbH wiesen eine Reihe von Schäden auf, so vor allem die Volkswohnungsblocks im Kasernenviertel; allein deren Instandsetzung wurde auf 130000 RM veranschlagt⁴⁸⁰. Und nicht zuletzt waren verschiedene Baudenkmäler wie die völlig zerstörte Obermünsterkirche und das später abgerissene Empire-Schloßchen Theresienruhe, die Alte Kapelle, die Minoritenkirche, St.Leonhard, das Dominikanerinnen-Kloster Hl.Kreuz, der Kreuzgang von Niedermünster und auch eine Reihe wertvoller Patrierhäuser teils schwer verwüstet⁴⁸¹.

Zu den Verlusten an Wohnraum in der schon vor dem Krieg, und erst recht nach Kriegsende, überfüllten Stadt kam die Vernichtung Tausender von Arbeitsplätzen in der Industrie und im Hafensbereich. Daß die deutschen Truppen vor ihrem Abzug sämtliche Brücken gesprengt und damit das innerstädtische Verkehrsnetz unterbrochen hatten, bedeutete eine weitere schwere Hypothek für den Wiederaufbau nach dem Krieg.

⁴⁷⁷ Undat. Liste (ZRa 12950), Gebäude- und Wohnungszählung 10.12.1945 (ZRa 13880) und Statistik Wohnungsamt 20.11.1946 (Wohnungsamt 73). Hier weitere Berichte aus der Nachkriegszeit mit teils deutlich abweichenden Angaben.

⁴⁷⁸ Bericht Statist. Abteilung 6.8.1963, Akt "Statistik allgemein" (s.Anm.35), vgl. auch Distler S.52. Zu Schäden an landwirtsch. Gebäuden: Bericht Bauamt 3.7.1945, ZRa 12950.

⁴⁷⁹ Ebd., vgl. auch Statist. Abteilung an Stadtarchiv auf Anfrage einer Lexikon-Redaktion 27.12.1954, Akt "Statistik Allgemein" (s.Anm.35). Die gleichen Zahlen übernommen im Bayerischen Städtebuch S.578, Abweichungen bei Klitta S.28.

⁴⁸⁰ Voranschlag in DS 955. Weitere Berichte Stadtbau GmbH in DS 749 und ZR 17064, Übersicht über Schäden an städt. Gebäuden und Einrichtungen im Bericht Bauamt 24.7.1946, ZR 11325.

⁴⁸¹ Vgl. zu Schäden an Kunstdenkmälern die von Boll und Diepolder erstellten Listen, DS 743. Details auch in NIB, Akt "Konzertchronik (Minoritenkirche)". Vgl. H. an Landesamt für Denkmalpflege 8.8.1945, DS 746, wohl auf der Grundlage eines Berichts von Boll 21.7.1945 (NIB, Akt ohne Titel).

ZUSAMMENFASSUNG

Versucht man, Regensburgs Entwicklung im Dritten Reich in Phasen zu unterteilen, so ergeben sich fünf aufeinander folgende, recht deutlich voneinander geschiedene Abschnitte: Zunächst die Jahre der Konsolidierung, dann des allmählichen, bald außergewöhnlich starken Wirtschaftsaufschwungs bis 1939; die Zäsur dazwischen bildete die in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzende Ansiedlung des Flugzeugwerks. Die dritte Phase umfaßte die ersten Kriegsjahre, geprägt von Euphorie und optimistischer Zukunftsplanung für die soeben zur Großstadt herangewachsene Kommune. Es folgten Jahre der Stagnation und spätestens seit dem Frühjahr 1944 der immer schnellere Niedergang bis zum Zusammenbruch. Für die vorliegende Untersuchung war dabei zu berücksichtigen, daß Kommunalpolitik - innerhalb des rechtlichen und politischen Rahmens, der von Staat und Partei vorgegeben war - nicht nur die Maßnahmen der Stadtverwaltung selbst umfaßte; selbstverständlich unterlagen bei weitem nicht alle wichtigen Entwicklungen der zentralen Lenkung durch den Oberbürgermeister. Vielmehr mußte die Stadt auch als soziales Gefüge, als Siedlungs- und Wirtschaftskörper verstanden werden, und so waren Einflüsse Dritter auf die Kommunalpolitik, insbesondere solche der NS-Dienststellen und der Kreis- bzw. Bezirksregierung, aber auch der Wehrmacht, der Reichsbahn oder wichtiger Industriebetriebe, ausführlich darzustellen.

Bis zum 20. März 1933, als der amtierende BVP-Oberbürgermeister Dr. Otto Hipp unter putschähnlichen Umständen aus dem Amt gedrängt wurde und mit dem SS-Funktionär Dr. Otto Schottenheim ein Nationalsozialist die Leitung der Stadt Regensburg übernahm, galt diese als eine der wichtigsten Hochburgen des politischen Katholizismus in Bayern. Noch bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 - fünf Wochen nach Hitlers Amtsantritt in Berlin - hatten 60 % der Regensburger Wähler ihre Stimme demokratischen Parteien gegeben. Die Einwohnerschaft zeigte also eine vergleichsweise geringe Neigung zur politischen Radikalisierung, obwohl die vom Handels- und Dienstleistungssektor geprägte, strukturschwache und verarmte Provinzstadt Regensburg kaum noch in der Lage war, die Folgelasten der Massenarbeitslosigkeit zu tragen.

Anfang 1933 schien jede Zukunftsperspektive zu fehlen; mit der traditionsreichen Bleistiftfabrik stand einer der letzten größeren Betriebe in der Stadt vor dem Zusammenbruch. Dennoch begann nun auch in Regensburg im Sommer 1933, nach dem Abschluß der Gleichschaltungsphase, die wie überall von Terror und Anpassung geprägt war, der langsame ökonomische Konsolidierungsprozeß, gekennzeichnet durch den allmählichen Rückgang der Arbeitslosigkeit und die Sanierung der städtischen Finanzen. Maßgebend hierfür waren in erster Linie externe Impulse: Erste Großbauten der Wehrmacht und die aus den Arbeitsbeschaffungsprogrammen der Reichs- und Landesregierung geförderten Baumaßnahmen. Städtische Eigeninitiativen konnten dagegen angesichts der desolaten Finanzlage nur in geringem Maß zur Konsolidierung beitragen. Selbst das später als Hauptleistung des Oberbürgermeisters gefeierte und nach ihm benannte Siedlungsprojekt im Nordosten der Stadt, die "Schottenheim-Siedlung" (heute "Konradsiedlung") entwickelte sich nur sehr langsam. Jahrelang verhinderte die Leidenschaft des Stadtoberhaupts für den Siedlungsbau sogar einen wirksamen Kampf gegen die Wohnungsnot.

Anders als in anderen Städten kam es bei der Regensburger Stadtverwaltung zunächst nicht in größerem Ausmaß zur Auswechslung von Personal, da die örtliche NSDAP nicht über genügend kompetente Mitglieder verfügte, um den Beamtenapparat damit zu durchsetzen, und da die hohen Kosten massenhafter Zwangspensionierungen auch nicht finanzierbar gewesen wären. Daher begnügten sich Schottenheim und der mit ihm befreundete Kreisleiter der

NSDAP, Wolfgang Weigert, mit Einschüchterungsmaßnahmen, die völlig ausreichten, um ein loyales Verhalten der städtischen Beamtenschaft zu gewährleisten. Erst nach und nach übernahmen NS-Funktionäre Spitzenpositionen in der Stadtverwaltung, darunter Weigert selbst 1934 das Amt des Stadtschulrats, während die letzten leitenden Beamten, die der NSDAP noch nicht angehörten, dieser im Frühjahr 1935 beitraten. Unter ihnen befand sich mit Bürgermeister Hans Herrmann auch Schottenheims Stellvertreter, der sich zwar 1933 noch als Reichstagsabgeordneter der BVP exponiert hatte (und als solcher auch für einige Tage in Polizeihaft geraten war), sich durch seinen Fleiß und sein Fachwissen in Grundstücks-, Verkehrs- und Industrialisierungsfragen allerdings auch für die nationalsozialistische Stadtführung unentbehrlich zu machen wußte.

Daß Schottenheim dem städtischen Wohnungs- bzw. Siedlungsbau in der beschriebenen Weise seinen persönlichen Stempel aufdrücken konnte, widerlegt die mehrfach erwähnte, in ihrer Radikalität für Regensburg unzutreffende These von der völligen Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung im Dritten Reich. Ganz offensichtlich ließen die Machtkämpfe zwischen staatlichen und Parteistellen dem geschickten Kommunalpolitiker durchaus Lücken und Nischen für eigene Initiativen, sofern er es verstand, sich mit den örtlichen Parteigrößen und der Aufsichtsbehörde zu arrangieren. In Regensburg behielt jedenfalls die entscheidende Rolle für die Kommunalpolitik die Stadtverwaltung selbst, das ganze Dritte Reich über geführt von Oberbürgermeister Schottenheim. Als SS-Oberführer und stellvertretender Gauamtsleiter selbst hochrangiger Parteifunktionär, verfügte er nicht nur über die erwähnten freundschaftlichen Beziehungen zu Kreisleiter Weigert, sondern auch über enge Kontakte zum langjährigen Leiter der Aufsichtsbehörde, dem Regierungspräsidenten Wilhelm Freiherrn von Holzschuher. Eine weitere wichtige Voraussetzung für Schottenheims starke und unabhängige Position lag im Machtzuwachs begründet, den die Deutsche Gemeindeordnung von 1935 den Bürgermeistern zuschrieb. Schließlich kam dem Umstand besondere Bedeutung zu, daß Regensburg zwar die weitaus größte Stadt des Gaues "Bayerische Ostmark", nicht aber dessen Hauptstadt war, und die in Bayreuth residierenden Gauleiter somit schon wegen der räumlichen Entfernung den Informationsvorsprung der örtlichen Verwaltung nicht ausgleichen konnten, sich vielmehr häufig vor vollendete Tatsachen gestellt sahen.

Die Entmachtung des Stadtrats sollte nicht überbewertet werden. Als Institution hatte er zwar keine Kontrollbefugnisse mehr, doch handelte es sich bei seinen Mitgliedern um mehr oder minder einflußreiche Parteifunktionäre, die andere Möglichkeiten hatten, ihren Wünschen Geltung zu verschaffen als in den Plenarsitzungen des Stadtrats. Alle Entscheidungen seit der Einführung der DGO fielen offiziell nach dem Führer-Prinzip, lagen also ausschließlich in der Kompetenz des Oberbürgermeisters, doch konnte dieser selbstverständlich nicht ständig einsame Beschlüsse fassen. Wichtige Fragen wurden ja nicht zufällig entschieden, sondern nach der Vorarbeit der Verwaltung und der internen Abstimmung mit der Partei. In der Praxis brachten also DGO und Führerprinzip nicht so einschneidende Veränderungen mit sich, wie sich bei oberflächlicher Betrachtung vermuten ließe: Weiterhin mußte in jedem Einzelfall ein Kompromiß zwischen sachlich gerechtfertigtem und politisch gewünschtem Verwaltungshandeln gefunden werden. Kein Bürgermeister hätte - trotz Führer-Grundsatz - laufend Entscheidungen gegen die Parteivertreter im Gemeinderat treffen können, während er andererseits bei einer Häufung sachlich unsinniger, wenn auch ideologisch motivierter Maßnahmen sehr schnell von der Staatsaufsicht gebremst worden wäre.

Insgesamt gelang es dem selbstbewußten Stadtoberhaupt, dem andernorts häufig anzutreffenden Machtkampf mit dem Gauleiter weitgehend aus dem Weg zu gehen und auch allzu ausufernde Ansprüche der Parteidienststellen abzuwehren. Zugleich kam er als überzeugter Nationalsozialist dem - in Regensburg wie überall anzutreffenden - Anwachsen des Parteieinflusses auf die Verwaltung von sich aus gerne entgegen, etwa der Ausbreitung von HJ und

NSV im Bereich der Jugend- und Sozialarbeit oder im Bereich der Aufgaben, die der Vierjahresplan den Kommunen zuwies.

Während vom nationalsozialistischen Oberbürgermeister also ohnehin kein Widerstand gegen den Einfluß der Partei auf die Verwaltung zu erwarten war, bleibt festzuhalten, daß sich auch die überwiegend konservative Beamtenschaft widerspruchslos fügte - oder sogar von sich aus zur Verschärfung des Terrors beitrug, wie beispielhaft am Verhalten des Sozialdezernenten Zwick und des Jugendamtsleiters Graßmann gezeigt wurde. Da wurden - im Rahmen der Dienstpflicht, ob bedenkenlos oder mit schlechtem Gewissen - die Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vollzogen und die Vorbereitungen für den Krieg schon Jahre vor seinem Beginn getroffen. Da wurden aber auch - über die Pflicht hinaus - Hausbesitzer denunziert, die ungenügend beflaggt hatten, Alkoholiker ins Konzentrationslager eingewiesen, um den städtischen Sozialetat zu entlasten, oder ein Mann der Gestapo gemeldet, der seine schizophrene Frau nicht widerstandslos sterilisieren lassen wollte. Andererseits sorgten sich dieselben Entscheidungsträger aber auch um "Arbeit und Brot" für die Masse verzweifelter Arbeitsloser und verhalfen Hunderten von Familien gerade einkommensschwacher Schichten zu eigenem Hausbesitz.

Hinweise, daß innerhalb der Stadtverwaltung in irgendeiner, sei es auch nur in inhaltlicher Form, Widerstand geleistet worden wäre, finden sich selten; der couragierte Einsatz des Schlachthofdirektors Dr. Jakob Kolb zugunsten der jüdischen Viehhändler blieb die Ausnahme. Die Unterdrückung der politischen Linken in der Phase der Gleichschaltung und die Entmachtung der SA nach dem sogenannten Röhm-Putsch nahm man in der Beamtenschaft überwiegend mit einer gewissen Erleichterung oder auch mit Schadenfreude zur Kenntnis, doch auch die NS-Judenpolitik und die - von Schottenheim und anderen Spitzenbeamten ausdrücklich begrüßte - inhumane Behandlung Behinderter und anderer Randgruppen riefen keine erkennbare kritische Regung hervor. Der beginnende Schul- und Kirchenkampf mußte allerdings jedem klar machen, wie der NS-Staat nun auch mit dem politischen Katholizismus umzugehen gedachte. Doch selbst jetzt verzeichnen die persönlichen Notizen des Oberbürgermeisters keinerlei Oppositionshaltung; Anbiederungsversuche, wie sie der Leiter der "Domspatzen" oder auch der Vorsitzende der "Katholischen Aktion" unternahmen, waren symptomatisch für das Verhalten breiter Bevölkerungskreise und auch für das der überwiegend konservativen Beamtenschaft - schließlich boten die Erfolge der Reichsregierung, etwa der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Auferstehung außenpolitischer "Größe", selbst demjenigen Gelegenheit zur Identifikation, der andere Teile der NS-Herrschaft, etwa den Kirchenkampf und den Antisemitismus, ablehnte oder zumindest überflüssig fand. Vor die Alternative gestellt, ständigen Repressalien bis hin zur Polizeihaft ausgesetzt zu sein, wie sie einer Reihe städtischer Beamter im Sommer 1933 widerfahren war, oder wenigstens in kleinem Umfang noch "Politik für den Bürger" machen zu können, dadurch aber die Verwaltung im terroristischen Staat einschließlich der Kriegsvorbereitung erst zu ermöglichen, mag vieles mitgespielt haben: Opportunismus, alte Aversionen gegen die unterdrückten Gruppen, Angst, aber auch die Hoffnung, manches verhüten zu können - ein komplexes Bündel von Motiven, das sich der einfachen Schuldzuschreibung ebenso entzieht wie der simplifizierenden Apologie, jeder habe "mitmachen" müssen. -

Regensburgs Entwicklung in den späten dreißiger Jahren war geprägt von einem ungewöhnlich starken Wirtschaftswachstum und dem daraus folgenden Aufschwung auf allen Gebieten. Schon 1935 war in einigen Branchen erstmals wieder Facharbeitermangel spürbar geworden, und mit der Ansiedlung des Flugzeug- und des Holzverzuckerungswerks wurde die Stadt Standort modernster industrieller Technologie. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit war verdrängt, der Hafenumschlag erreichte 1937 eine sensationelle Rekordmarke, die sogar das alte Projekt eines neuen Osthafens wieder ins Blickfeld geraten ließ. In diesem Jahr kam es auch

zur glanzvollsten Veranstaltung, die das nationalsozialistische Regensburg erlebt hat: den "Führer-Besuch" im Juni 1937, verbunden mit dem Gauparteitag der NSDAP. 1938 wuchs das Stadtgebiet durch die Eingemeindung dreier Vororte von 46 auf 52 km². Über Raum für den Wohnungs- und Siedlungsbau hätte man nun verfügt, doch behinderten zu dieser Zeit bereits der Mangel an Arbeitskräften, Materialknappheit, Kreditsperren und Transportprobleme die vielen Großprojekte, die durch den Konjunkturaufschwung ermöglicht worden waren - bzw. wären; erinnert sei an die Bauvorhaben im Bereich des Minoritenwegs, an das geplante Ostmarkhaus der NSDAP im Stadtpark, an die Planungen der Reichsbahn, der Rhein-Main-Donau AG oder an die Pläne für ein neues Verwaltungszentrum im Nordosten der Stadt.

Insgesamt gewann die Stadtverwaltung in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre durch die stark gestiegenen Steuereinnahmen zusätzlichen Handlungsspielraum, wie sich etwa am Rathaus-Neubau oder auch an ihrem erheblichen Beitrag zum Bau der Adolf-Hitler-Brücke erwies. Erst im Herbst 1938, im Zusammenhang mit der Sudetenkrise, wurden die zentralistischen Tendenzen des NS-Staats wieder deutlicher spürbar. Dabei schien die außenpolitische Lage nach dem Anschluß Österreichs, des Sudetenlands und der Besetzung der Tschechei gewaltige Entwicklungsmöglichkeiten für Regensburg zu eröffnen: Osthafen, Autobahnananschluß und Rhein-Main-Donau-Kanal hätten, wären sie wie geplant verwirklicht worden, die Stadt für weitere Industrieansiedlungen attraktiv gemacht. Anfragen ansiedlungswilliger Betriebe lagen vor; es schien sich die Chance zu bieten, von Regensburg aus riesige neue Märkte in Ost- und Südosteuropa zu erschließen. Die Stadtverwaltung versuchte darauf zu reagieren, indem sie weitere Eingemeindungen anstrebte, um das dringend benötigte Gelände für Betriebsansiedlungen, vor allem aber auch für den Wohnungsbau zu gewinnen, denn das entscheidende Hindernis für eine organische Entwicklung der Stadt bildete nach wie vor die Wohnungsnot. Doch trotz des Baubooms der späten dreißiger Jahre, der Entstehung der beiden Großsiedlungen "Schottenheim" und "Göringheim" sowie Hundertener von Mietshäusern gelang es bis zur fast völligen Einstellung des Wohnungsbaus nach Kriegsbeginn nicht, den Mangel an Wohnraum zu beheben. Und auch das neuerliche Eingemeindungsprojekt war nun zum Scheitern verurteilt.

Der Luftkrieg ließ Regensburg vier Jahre lang weitgehend unberührt. Dennoch unterlagen selbstverständlich das Leben der Bevölkerung wie auch der Verwaltungsalltag nach Kriegsbeginn in vielerlei Hinsicht veränderten Bedingungen; erinnert sei an die Bewirtschaftung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, an die allabendliche Verdunkelung, an Personal- und Materialmangel oder auch das Verbot, Neubauprojekte in Angriff zu nehmen.

Nach wie vor stieg die Bevölkerungszahl Regensburgs durch alljährliche Geburtenüberschüsse, vorwiegend aber durch Wanderungsgewinne, bis 1941/42 der Status einer Großstadt erreicht war. In diesen frühen, von Optimismus geprägten Kriegsjahren blieb der Stadtspitze genügend Handlungsspielraum erhalten, um große neue Projekte zu planen und sich damit auf die vermeintlich bevorstehenden gewaltigen Aufgaben nach dem "Endsieg" vorzubereiten. Es entstanden umfassende Konzepte für den künftigen Wohnungs- und Siedlungsbau, für die Verkehrsführung im Stadtgebiet und die Abwasserentsorgung, aber auch für zahlreiche neue Großbauten und die Ansiedlung weiterer Industriebetriebe - letztere vorwiegend im Bereich des neuen Osthafens, mit dessen Verwirklichung man noch 1941/42 rechnen zu können glaubte. Erst nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 wurde auch dem Regensburger Stadtoberhaupt schmerzlich bewußt, daß der Krieg erheblich länger dauern werde als erwartet. Die zunächst voller Euphorie betriebene Planungsarbeit der frühen Kriegsjahre trat von nun an immer mehr gegenüber der Verwaltung des Mangels im Alltagsleben der Bevölkerung zurück. Außerdem gewannen nach den ersten Luftangriffen völlig neuartige Aufgaben Gewicht: Die Behebung der Bombenschäden, die Abwicklung der Entschädigungsverfahren, die in größter Eile vorangetriebenen Luftschutzbauten, die Beschaf-

fung von Quartieren für Flüchtlinge und Einsatzgruppen aller Art, für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, die "Deckung des kriegswichtigen Raumbedarfs" durch Stilllegung örtlicher Betriebe - all dies stellte hohe Anforderungen an das Verhandlungs- und Improvisationsgeschick der Stadtspitze, wobei sich wiederum Bürgermeister Herrmann auszeichnete; ihm und seinen Mitarbeitern gelang es bis März 1945, die städtische Infrastruktur in Gang zu halten.

Im August 1943 war Regensburg erstmals Ziel eines Bombenangriffs geworden. Zwar galt er ausschließlich dem Flugzeugwerk, doch führte er den Bewohnern der Stadt eindringlich vor Augen, daß diese durchaus nicht mehr außerhalb der Reichweite der alliierten Luftwaffen lag und gerade als Standort wichtiger Rüstungsbetriebe äußerst gefährdet war. Tatsächlich erfolgten im Februar und Juli 1944 weitere Luftangriffe auf die Messerschmitt-Werke in und bei Regensburg, und ab Herbst 1944 gerieten auch andere Ziele im Stadtgebiet - vorwiegend Bahn- und Hafenanlagen, insbesondere die Mineralölbetriebe am Ölhafen - ins Blickfeld der Alliierten. Zwar blieb die Stadt von einem großflächigen Vernichtungsangriff verschont, doch forderten die Bombardierungen bis Kriegsende rund 1100 Todesopfer auch unter der Regensburger Zivilbevölkerung und führten in der ohnehin von katastrophaler Wohnungsnot geplagten Stadt zu schweren Verwüstungen.

So bietet die Zusammenschau ein zwiespältiges Bild. Mit ihren Bauten, gerade aber auch mit den nicht mehr ausgeführten Zukunftsplanungen hat die nationalsozialistische Stadtverwaltung die Stadtentwicklung entscheidend - und bis heute wirksam - geprägt. Doch wird man das überwiegend positive Urteil über Schottenheim und Herrmann, das in Regensburg verbreitet war und ist, relativieren müssen, wie die einschlägigen Kapitel der vorliegenden Arbeit gezeigt haben. Unbestreitbaren Leistungen aus den dreißiger und frühen vierziger Jahren stehen zum einen die Verbrechen gegenüber, die gleichzeitig auch in Regensburg im Namen des Nationalsozialismus begangen wurden; und zumindest Schottenheim hat als überzeugter Parteigenosse und SS-Funktionär nicht nur die herrschende Ideologie repräsentiert, sondern beispielsweise die Zwangssterilisierungen ausdrücklich befürwortet. Zum zweiten ist die erschreckende Bilanz zu bedenken, die sich bei Kriegsende, nach dem Zusammenbruch des "Tausendjährigen Reichs", auch für Regensburg bot: Tausende von Bürgern waren an allen Fronten, aber auch in der Stadt selbst, ums Leben gekommen; Bombentrichter und Trümmerschutt prägten das Straßenbild, Brücken, Kanäle und Straßenbahngleise waren weitgehend unbenutzbar, Hunderte von Wohnhäusern zerstört, die Strom-, Gas- und Wasserversorgung in der typhusverseuchten, ohnehin hoffnungslos überfüllten Stadt funktionierte nicht mehr - und schließlich mußte man die Willkür der Besatzungsmacht, vielleicht auch die Vergeltung für die von Deutschen begangenen Verbrechen befürchten. Dem totalen Krieg schien der totale Zusammenbruch gefolgt zu sein.

ABKÜRZUNGEN

AA	Arbeitsamt Regensburg
ADI-Report	US-Geheimdienstberichte zum Messerschmitt-Werk (s. Quellenverzeichnis / Nationalarchiv Washington)
AG	Amtsgericht
AfK	Archiv für Kommunalwissenschaften
AG	Aktiengesellschaft
allg.	allgemein
Alu	Arbeitslosenunterstützung
a.o.	außerordentlich
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
A.R.	Artillerie-Regiment
BA	Bayerischer Anzeiger
BA Koblenz	Bundesarchiv Koblenz
BA-MA	Bundesarchiv-Militärarchiv (Freiburg)
BAP	Baualterspläne zur Stadtsanierung (s. Lit.verz.)
BAU	Akten des Baudezernats bzw. Stadtbauamts
BAV	Besoldungs-Angleichungs-Verordnung
BdM	Bund deutscher Mädchen
BDO	Bund Deutscher im Osten
Bek.	Bekanntmachung
BES	Akten des Bestattungsamts
Bespr.	Besprechung
BFV	Bezirksfürsorgeverband
BFW	Bayerische Flugzeugwerke
BL	Bayerischer Lloyd
BNS	"Bayern in der NS-Zeit", s. Lit.verz.
BOm	Bayerische Ostmark
BOw	Bayerische Ostwacht
Bpb	Bezirksplanungsbehörde bei der Regierung von Oberpfalz und Niederbayern
BVP	Bayerische Volkspartei
BWA	Bezirkswirtschaftsamt
BZAR	Bischöfliches Zentralarchiv Regensburg
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAPG	Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDSG	Erste Donaudampfschiffahrtsgesellschaft
DGO	Deutsche Gemeindeordnung
DGT	Deutscher Gemeindetag
DJK	Deutsche Jugendkraft
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DRuPrStA	Deutscher Reichs- und Preußischer Staatsanzeiger
DS	Akten des Direktorialsekretariats (Bürgermeisterakten)
DurchfVO	Durchführungs-Verordnung
DVG	Deutsche Verwaltungsgeschichte (s.Lit.Verz.)
EMA	Akten des Einwohner- bzw. Meldeamts
EWA	Akten des Ernährungs- und Wirtschaftsamts

EWB	Einwohnerbuch der Stadt Regensburg
FAD	Freiwilliger Arbeitsdienst
FIN	Akten des Finanzreferats bzw. -dezernats
GA	Geschäftsabteilung
GAG	Gemeindeabgabengesetz
Gagfah	Gemeinnützige AG für Angestellten-Heimstätten (Weimar)
Gb	Geschäftsbericht
GdS	Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen
GES	Akten der städtischen Gesundheitsbehörde
GesA	Staatliches Gesundheitsamt
GUG	Gemeindeumschuldungsgesetz
GVBl	Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
H.	Bürgermeister Hans Herrmann
HA	Hauptausschuß
HJ	Hitlerjugend
HM	Unsortierter Aktenbestand (Stadtarchiv Regensburg)
HMB	Halbmonatsbericht
HStAM	Hauptstaatsarchiv (München)
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IHK	Industrie- und Handelskammer
I.R.	Infanterie-Regiment
Jb	Jahresbericht(e)
JM	Jungmädels
JUG	Jugendamtsakten
JV	Jungvolk
KdF	Kraft durch Freude
KLV	Kinderlandverschickung
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
Kru	Krisenunterstützung
KU	Kulturamtsakten
k.u.l.	kriegs- und lebenswichtig
kw	künftig wegfallend
KZ	Konzentrationslager
LG	Landgericht
Lieg.	Städtische Liegenschaftsverwaltung
Lit.verz.	Literaturverzeichnis
LS	Luftschutz
LWA	Landeswirtschaftsamt
M	Bestand "Manuskripte" (Stadtarchiv Regensburg)
MAN	Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg
Mb	Monatsbericht(e)
MBB	Messerschmitt-Bölkow-Blohm AG (Ottobrunn)
MBM	Miscellanea Bavarica Monacensia
MdL	Mitglied des Landtags
MdR	Mitglied des Reichstags
ME	Ministerialentschließung
MInn	Bayerisches Innenministerium
MK	Bayerisches Kultusministerium
MWi	Bayerisches Wirtschaftsministerium
MZ	Mittelbayerische Zeitung
NIB	Nachlaß Dr.Boll (Stadtarchiv)

NIH	Nachlaß Hans Herrmann (Stadtarchiv)
NIS	Nachlaß Dr.Schottenheim (Stadtarchiv)
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSF	Nationalsozialistische Frauenschaft
NSFK	Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps
NSKOV	Nationalsozialistische Kriegsoferversorgung
NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OB	Oberbürgermeister
OKH	Oberkommando des Heeres
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OLG	Oberlandesgericht
OMGUS	Akten der US-Militärregierung (s.Einleitung)
"Omgus-Report"	siehe Quellenverzeichnis
OT	Organisation Todt
PAM	Personalamts- bzw. -dezernatsakten
PAP	Personalamt/Personalakten
Pg	Parteigenosse
Pol	Polizei
PolDir	Polizeidirektion
Prot.	Protokoll
PS	Plansammlung (Stadtarchiv Regensburg)
PSt	Akten der städtischen Pressestelle
PÜW	Akten der städtischen Preisüberwachungsstelle
RA	Regensburger Anzeiger
RAB	Reichsautobahn
RAD	Reichsarbeitsdienst
RAF	Royal Air Force
RAZ	Regensburger Allgemeine Zeitung
RB	Reichsbahn
RBD	Reichsbahndirektion Regensburg
RDB	Reichsbund der deutschen Beamten
RdErl	Runderlaß
RE	Regensburger Echo
Ref.	Referat
RegAnz	Regierungsanzeiger
Reg.	Kreis- bzw. Bezirksregierung
RegPräs	Regierungspräsident
RfA	Reichsversicherungsanstalt für Angestellte
RFM	Reichsfinanzministerium
RfSSuChdDtP	Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsinnenministerium
Rgbg.	Regensburg
RGBI	Reichsgesetzblatt
Rh-Prot.	Ratsherren-Protokoll(e)
RK	Regensburger Kurier
RLB	Reichsluftschutzbund
RLG	Reichsleistungsgesetz
RLM	Reichsluftfahrtministerium

RMBliv	Reichsministerialblatt der inneren Verwaltung
RMD	Rhein-Main-Donau
RMdI	Reichsministerium des Innern
RNN	Regensburger Neueste Nachrichten
RP	Reichspost
RPB	Monatsbericht des Regierungspräsidenten an das Innenministerium, siehe Einleitung
RTA	Akten des Rechtsamts
RVK	Reichsverteidigungskommissar
RVM	Reichsverkehrsministerium
SA	Sturmabteilung
Sch.	Oberbürgermeister Dr. Otto Schottenheim
SD	Sicherheitsdienst der SS
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SHD	Sicherheits- und Hilfsdienst
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Sr-Prot.	Stadratsprotokoll
SS	Schutzstaffel
StA	Staatsarchiv Amberg. Soweit nicht anders angegeben: Bestand "Regierung der Oberpfalz"
StA (1987)	Staatsarchiv Amberg, Aktenabgabe der Bezirksregierung 1987
StA (NSDAP)	Staatsarchiv Amberg, Akten der NSDAP/Kreisleitung Regensburg
StA (Mil.)	Staatsarchiv Amberg, Bestand Militärregierung
StAnz	Staatsanzeiger
Stellv.	Stellvertreter
Survey	Survey of Messerschmitt Factory (s.Einleitung)
SWE	Akten der Stadtwerke
TA	Tagesanzeiger
TN	Technische Nothilfe
TÜV	Technischer Überwachungsverein
uk	unabkömmlich
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Association
USSBS	United States Strategic Bombing Survey (s.Einleitung)
VB	Völkischer Beobachter
Verf.	Verfügung
VfZG	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VHVN	Verhandlungen des Historischen Vereins für Niederbayern
VHVO	Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg
VO	Verordnung
VSA	Akten des Versicherungsamts
VÜW	Akten der Verkehrsüberwachungsstelle
VW	Volkswacht für Oberpfalz und Niederbayern
Wb	Wochenbericht(e)
Wbl	Wochenblatt
WE	Wohlfahrtserwerbslose
WHW	Winterhilfswerk
WOH	Akten des Wohnungsamts
WSt	Akten der städtischen Wehrmachtstelle
ZBLG	Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte
zit.	zitiert
ZR	Zentralregistratur des Stadtarchivs Regensburg

Quellen und Literatur

Ungedruckte Quellen

1. Stadtarchiv Regensburg

a. Sammlungen und Nachlässe

Fotosammlung
Manuskriptsammlung
Nachlaß Dr. Walter Boll
Nachlaß Hans Herrmann
Nachlaß Dr. Otto Hipp
Nachlaß Berta Rathsam
Nachlaß Dr. Otto Schottenheim
Nachlaß Adolf Schmetzer
Plan- und Kartensammlung
Zeitungsausschnitt-Sammlung

b. Protokolle

Stadtrat bzw. Ratsherrengremium
Hauptausschuß bzw. Verwaltungsbeirat
Weitere Stadtrats- bzw. Ratsherrenausschüsse

c. Einzelne Registraturen

Baudezernat bzw. Bauamt
Bestattungsamt
Brandschutzamt
Direktorialsekretariat
Einwohner- bzw. Meldeamt
Ernährungs- und Wirtschaftsamt
Finanzreferat bzw. Kämmerei
Gesundheitsbehörde
Jugendamt
Kulturdezernat
Personaldezernat bzw. Personalamt
Preisüberwachungsstelle
Pressestelle
Rechtsamt

Registaturen der eingemeindeten Vororte
Stadtwerke
Verkehrsüberwachungsstelle
Versicherungsamt
Wehrmachtstelle
Wirtschaftsamt
Wohnungsamt
Zentralregistratur
Zugangsliste A

2. Staatsarchiv Amberg

Neubauamt Donauausbau Regensburg
NSDAP / Kreisleitung Regensburg
Regierung der Oberpfalz (Aktenabgaben 1949 ff. bzw. 1987)
US-Militärregierung
Wasser- und Schiffsamt Regensburg
Wirtschaftsarchive / Flugzeugwerk Regensburg

3. Hauptstaatsarchiv München

MA Staatskanzlei (Nr. 105190 f., 106168, 106171 ff., 106672 ff., 106949, 106965, 106983, 107382, 107475 f., 107492)
MF Finanzministerium (Nr. 67281 f., 67587, 68425, 68566)
MInn Innenministerium (Nr. 71527, 71852, 71860, 71891, 71911 f., 72322 ff., 72708, 73779, 73901, 79883, 80022 ff., 80044 f., 80144, 80 363 ff., 80387, 80417, 80467, 80526, 80623)
MJu Justizministerium (Nr. 6112, 6294, 6476, 6675)
MK Kultusministerium (Nr. 14700, 27603, 39072 f., 39181 f., 39253, 41117 ff., 41951 ff., 51323)
ML Landwirtschaftsministerium (Nr. 3556, 3744, 3866)
MWi Wirtschaftsministerium (Nr. 35 ff., 356, 2444, 3158 f., 6730, 7327, 7332, 7815, 8028, 8308, 8978, 9003, 9035 f., 9097 f., 10857)

Oberste Baubehörde (Nr. 12 813)

Reichsstatthalter (Nr. 276 ff., 308, 395, 447, 460, 498, 548, 555, 624, 703 ff., 711, 823)

4. Bundesarchiv (Koblenz)

NS 4 Fl (Nr. 5, 6., 15, 18, 20, 27, 28, 32, 39)
NS 23 (Nr.241 ff., 334 f., 475)
NS 24 (Nr. 260 ff., 320)
NS 25 (Nr. 20, 668 ff., 853)
NS 26 (Nr. 134, 518, 801, 823, 1102, 1335 f., 1924/II)
NS 51/62 (DAF-Kreiswaltung)

R 3 (Nr. 191, 443, 1590, 1605, 1729, 1731, 1732)
R 13 XXII (Nr. 234, 1025 ff., 1471, 1599, 1614)
R 13 XXVIII (Nr. 1 ff.)
R 13 XXXIV (Nr. 23, 23a, 118 f.)
R 18 (Nr. 824, 1189 f., 1272 ff., 1303, 1330, 1348 f., 2216, 2641 ff., 3402)
R 126 (Nr. 41 f., 75)

ZSg 138

5. Bundesarchiv-Militärarchiv (Freiburg)

RH 26-10/1 ff., 140, 154, 197, 226, 252, 350, 437, 484, 504, 511, 533, 534, 542, 544
RH 34/90-95
RL 21/90
RW 21-52/1-3

6. Weitere Archive

Nationalarchiv Washington: Unterlagen zum Regensburger Flugzeugwerk
"ADI-Reports: RG 165 - 573/1944, 577/1944, 607/1944
"OMGUS-Report": RG 260 - 145/1-10
Document Center (Berlin): Verschiedene Personalakten
Staatsarchiv Bamberg (Akten der Gauleitung)
Staatsarchiv Nürnberg: KV-Anklage, Interrogations Nr.A 31
(Kriegsverbrecher-Prozesse)
Stadtarchiv Weimar: "Stadtverwaltung 1919-1945 1-11-66" (Personalakt Dr.Sachs)
Archiv des Bezirkskrankenhauses Regensburg: Nr. 107, Nr. 309
Betriebsarchive OBAG, Funk, Zuckerfabrik, MBB (OttoBrunn)

Gedruckte Quellen und Literatur

Zeitungen:

Bayerische Ostmark
Bayerische Ostwacht
Bayerischer Anzeiger
Regensburger Allgemeine Zeitung
Regensburger Anzeiger
Regensburger Echo
Regensburger Kurier
Regensburger Neueste Nachrichten
Völkischer Beobachter
Volkswacht für Oberpfalz und Niederbayern

Literatur:

- Albrecht Dieter: Regensburg in der NS-Zeit. In: Ders. (Hg.): Zwei Jahrtausende Regensburg. Vortragsreihe der Universität Regensburg zum Stadtjubiläum 1979 (= Schriftenreihe der Universität Regensburg 1). Regensburg 1979 S.179-203
- Albrecht Dieter: Regensburg im Jahre 1933. In VHVO 124 (1984) S.463-474 (in erweiterter Form: siehe folgenden Titel)
- Albrecht Dieter: Regensburg im Wandel. Studien zur Geschichte der Stadt im 19. und 20. Jahrhundert (= Studien und Quellen zur Geschichte Regensburgs 2, hg. von den Museen und dem Archiv der Stadt Regensburg). Regensburg 1984
- Angerstorfer Andreas: Die Geschichte bis zum Holocaust (Die jüdische Gemeinde in Regensburg). In: Regensburger Almanach 1986 (1985) S.167-172
- Architektur in Regensburg 1933-1945. Hg. vom Neuen Kunstverein Regensburg (= Schriftenreihe des Neuen Kunstvereins Regensburg e.V. 1). Regensburg 1989
- Babl Josef: Entnazifizierungsverhandlung gegen den ehemaligen Oberbürgermeister Dr.Schottenheim bei der Lagerspruchkammer in Regensburg (masch., unveröff.). Regensburg 1947
- Bachfischer Erna: Die Bayerische Volkspartei in Regensburg von 1929 bis 1933. Staatsexamensarbeit in Geschichte, Universität Regensburg (masch., unveröff.). Regensburg 1975
- Bartels Olaf: Zufluchtstätte Industriebau. Die Architektur der deutschen Automobil- und Flugzeugindustrie in den Jahren 1936-45; untersucht an den Beispielen des Carl F.W.Borgward-Automobilwerks in Bremen-Sebaldsbrück: Architekt: Rudolf Lodders, und dem Messerschmitt-Flugzeugwerk in Regensburg-Prüfening, Architekten: Bernhard Hermkes und Wilhelm Wichtendahl. Diplomarbeit an der Hochschule für bildende Künste, Hamburg (masch., unveröff.). Hamburg 1987
- Bauer Karl: Regensburg. Aus Kunst-, Kultur- und Sittengeschichte. Regensburg 3.Aufl. 1980
- Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege (Hg.): Baualterspläne zur Stadtsanierung Regensburg Bd.1-. München 1973-
- Bayern im Ersten Vierjahresplan. Denkschrift der Bayerischen Landesregierung zum 9.März 1937. München 1937
- Bayern in der NS-Zeit. 6 Bde., hg. von Martin Broszat u.a., München-Wien 1977-1983
- Becker Erich: Entwicklung der deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände im Hinblick auf die Gegenwart. In: Hans Peters (Hg.): Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Bd.I. Berlin-Göttingen-Heidelberg 1956 S.62-112
- Bracher Karl Dietrich/Sauer Wolfgang/Schulz Gerhard: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland (= Schriften des Instituts für Politische Wissenschaften 14). 2. Auflage Köln-Opladen 1962
- Brendel Peter u.a.: Das Lager Colosseum in Regensburg. In: Die Kriegsjahre in Deutschland 1939-1945. Ergebnisse und Anregungen aus dem Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten 1982/83. Für die Körber-Stiftung hg. von Dieter Galinski und Wolf Schmidt. Hamburg 1985 S.251-268
- Bretschneider Heike: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in München 1933 bis 1945. (= MBM 4) München 1968
- Broszat Martin: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik. München 1984
- Broszat Martin: Alltagsgeschichte der NS-Zeit. Neue Perspektive oder Trivialisierung (= Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte). München 1984
- Brückner Joachim: Kriegsende in Bayern 1945. Der Wehrkreis VII und die Kämpfe zwischen Donau und Alpen (= Einzelschriften zur militärischen Geschichte des Zweiten Weltkriegs 30). Freiburg 1987

- Bürger Robert: Regensburg in den letzten Kriegstagen des Jahres 1945. In: VHVO 123 (1983) S.379-394
- Chrobak Werner: Die Regensburger Kirchenzeitung im Dritten Reich. In: Schwaiger/Mai (1981) S.389-430
- Chrobak Werner Johann: Domprediger Dr.Johann Maier - ein Blutzeuge für Regensburg. Zum 40.Todestag neue Forschungen und Studien. In: VHVO (1985) S.453-484
- Chrobak Werner: Johann Maier (1906-1945). Domprediger in Regensburg. In: Georg Schwaiger (Hg.): Lebensbilder aus der Geschichte des Bistums Regensburg 1.Teil (= Beiträge zur Geschichte des Bistums Regensburg 23). Regensburg 1989 S.979-991
- Clutton Sarah: Shadows over Regensburg - 17th August, 1943. The links between the bombing strategy of the United States Air Force in World War Two and the city of Regensburg. o.O. 1984
- Deutsche Verwaltungsgeschichte, hg.v. Kurt G.A.Jeserich, Hans Pohl und Georg-Christoph von Unruh. Bd.4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus. Stuttgart 1985
- Die Kirchliche Lage in Bayern: s. W.Ziegler (1973)
- Diehl-Thiele Peter: Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Verwaltung (1933-1945). München 1969
- Distler Erika: Evakuierte, Fremdarbeiter und Heimatvertriebene in Regensburg von 1944-1949. Staatsexamensarbeit in Geschichte, Universität Regensburg (masch., unveröff.). Regensburg 1979
- Domröse Ortwin: Der NS-Staat in Bayern von der Machtergreifung bis zum Röhm-Putsch. München 1974
- Dülffer Jost/Thies Jochen/Henke Josef (Hg.): Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich. Eine Dokumentation. Köln-Wien 1978
- Düwell Kurt: Die regionale Geschichte des NS-Staates zwischen Mikro- und Makroanalyse. Forschungsaufgaben zur "Praxis im kleinen Bereich." Mit einer Literaturübersicht. In: Jahrbuch für Westdeutsche Landesgeschichte 9 (1983) S.287-344
- Ehm Rainer: Nie gebaut: Der "Henkel-Hafen" in Regensburg-Kreuzhof. Die Planungsgeschichte eines Regensburger Zweigbetriebs mit Werkshafen der Firma Henkel & Cie. GmbH der Jahre 1939-41. In: Donau-Schiffahrt. Schriftenreihe des Arbeitskreises Schiffahrts-Museum Regensburg e.V. 4. Regensburg 1987 S.92-101
- Ehm Rainer: Der Krieg - Vater allen Bauens. Luftschutzrecht und Planungsrichtlinien für das Bauwesen als Faktoren für die Stadtentwicklung Regensburgs 1933-1939/45. In: Architektur in Regensburg (1989) S.109-123
- Ehm Rainer: Der Flugplatz Cham-Michelsdorf im März 1939. Der "Einsatzhafen Cham" im Spiegel des Kriegstagebuchs seines "Leithorstes Regensburg-Obertraubling" (Neutraubling). In: Beiträge zur Geschichte im Landkreis Cham 6 (1989) S.237-256
- Eiber Ludwig: Frauen in der Kriegsindustrie. Arbeitsbedingungen, Lebensumstände und Protestverhalten. In: Bayern in der NS-Zeit III (1981) S.569-644
- Eichhorn Rudolf: Memoiren eines Achtzigers (masch., unveröff.). Regensburg 1959
- Engeli Christian/Haus Wolfgang (Bearb.): Quellen zum modernen Gemeindeverfassungsrecht in Deutschland (= Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik 45). Stuttgart u.a. 1975
- Engeli Christian/Hofmann Wolfgang/Matzerath Horst (Hg.): Probleme der Stadtgeschichtsschreibung. Materialien zu einem Kolloquium des Deutschen Instituts für Urbanistik am 29. und 30.April 1980. Berlin 1981
- Ettelt Rudibert: Kelheim 1939-1945. Kelheim 1975
- Fendl Josef: Flugplatz Obertraubling. In VHVO 109 (1969) S.169-182
- Festschrift Reinhausen 1007 - Weichs 888 - St.Josef Reinhausen 1908. Hg. vom Festausschuß Heimatfest Reinhausen-Weichs 1958

- Finke Barbara/Pohl Harald: Studien zur kommunalen Industrieförderung im 20. Jahrhundert. Das Beispiel Regensburg von 1900 bis 1985 (= Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Forschungsbeiträge 2). Regensburg 1986
- Frei Norbert: Nationalsozialistische Eroberung der Provinzzeitungen. Eine Studie zur Pressesituation in der bayerischen Ostmark. In: Bayern in der NS-Zeit II (1979) S.1-89
- Gamber Klaus: Die Einführung der Gemeinschaftsschule und die dabei angewandten Druckmittel. In: Schwaiger/Mai (1981) S.211-235
- Grosshauser Jutta: Die Entwicklung der Heil- und Pflegeanstalt Karthaus-Prüll 1852-1939 unter besonderer Berücksichtigung der Behandlungs- und Pflegemethoden. Diss. Erlangen 1973
- Hable Guido: Geschichte Regensburgs. Eine Übersicht nach Sachgebieten. Unter Mitarbeit von Raimund W. Sterl. Regensburg 1970
- Halter Helmut: Aspekte Regensburger Stadtentwicklung im Dritten Reich. In: Architektur in Regensburg (1989) S.37-56
- Halter Helmut/Hilmer Ludwig/Reindl Gerhard: Ostbayern vom Ersten Weltkrieg bis in die 50er Jahre. In: Bilder aus der Heimat. Szenen und Begebenheiten aus der Geschichte Ostbayerns, hg. v. Fritz Wiedemann. Regensburg 1989 S.177-193
- Halter Helmut: Die "Regensburger Domspatzen" 1924-1945. In: Staat, Kultur, Politik. Beiträge zur Geschichte Bayerns und des Katholizismus. Festschrift zum 65.Geburtstag von Dieter Albrecht, hg. v. Winfried Becker und Werner Chrobak. Kallmünz/Opf. 1992 S.371-388
- Hanko Helmut M.: Kommunalpolitik in der "Hauptstadt der Bewegung" 1933-1935. Zwischen "revolutionärer" Umgestaltung und Verwaltungskontinuität. In: Bayern in der NS-Zeit III (1981) S.329-441
- Heckenstaller Hans: 100 Jahre Gasversorgung in Regensburg 1857-1957. 2 Teile, Regensburg 1958 und 1964
- Held Josef: Zeitungsgeschichte - Zeitgeschichte. Der "Anzeiger" 75 Jahre im Druck- und Verlagshaus Habel-Held. In: Ders. (Hg.): Zeitungsgeschichte - Zeitgeschichte. Beiträge zur Regensburger Pressegeschichte (= Zeit und Welt 3). Regensburg 1959 S.7-40
- Hilmer Ludwig: Regensburg unter amerikanischer Besatzung 1945-1949. Struktur, Schriftgut und Tätigkeit des Military Government. Magisterarbeit in Geschichte, Universität Regensburg (masch., unveröff.). Regensburg 1986
- Hiltl Franz: Weiße Fahnen über Regensburg. Artikelserie in den Wochenend-Ausgaben des Tages-Anzeigers vom 19.2. bis 1.5.1955
- Hirschfeld Gerhard/Kettenacker Lothar (Hg.): Der "Führerstaat": Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 8). Stuttgart 1981
- Hübschmann Monika M.: Zur Strukturveränderung von Arbeiter- und Werkssiedlungen in den nördlichen Vororten Regensburgs im Rahmen der allgemeinen Stadtentwicklung anhand ausgewählter Beispiele. Diplomarbeit in Geographie (masch., unveröff.) Regensburg 1989
- Im Januar 1983. Sonderbeilage zum 50.Jahrestag der "Machtergreifung" und des Beginns der Hitler-Diktatur. Sonderdruck der Mittelbayerischen Zeitung vom 30.1.1983
- Ishoven Armand van: Messerschmitt. Wien-Berlin 1975.
- Jablonski Eduard: Doppelschlag gegen Regensburg und Schweinfurt. Schulbeispiel oder Fehlschlag eines großen Bombenangriffs 1943. Stuttgart 1975
- Jaumann Michael: "Kunst am Bau" in Regensburg in der NS-Zeit. In: Architektur in Regensburg (1989) S.129-136
- Jeserich Kurt (Hg.): Jahrbuch für Kommunalwissenschaften. Stuttgart 1934-1942
- Jeserich Kurt: Die deutsche Gemeinde. Festschrift des Kommunalwissenschaftlichen Instituts an der Universität Berlin zum zehnjährigen Bestehen 1928-1938. Berlin 1938
- Jeserich Kurt: Lage und Zukunft der deutschen Gemeindefinanzen. Stuttgart 1938

- Jeserich Kurt G.A.: Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik. In: DVG IV (1985) S.487-524
- Kaiser Johann Baptist: Die Geschichte des Messerschmitt-Flugzeugbaus. In: Mitteilungen der deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt 75-21 (1975)
- Kammerbauer Ilse: Die Legitimation kommunaler Selbstverwaltung seit 1945: Theorien, Thesen, Konzepte und ihre Anwendung auf Regensburger Kommunalpolitik. Diss. Regensburg 1980
- Kammerbauer Ilse: Die Verfolgung sogenannter "staatsfeindlicher Bestrebungen" im Regierungsbezirk Niederbayern und Oberpfalz 1933-1945. In: VHVO 121 (1981) S.285-348
- Kerler Albert: Bauliche Gliederung und Gestaltung Schottenheims. In: Bayerland 48 (1937) S.620-628
- Kick Karl G.: Die Geschichte der Gräflich von Dörnberg'schen Waisenfondstiftung in Regensburg. Magisterarbeit in Geschichte, Universität Regensburg (masch., unveröff.). Regensburg 1986
- Kick Wilhelm: Sag es unseren Kindern. Widerstand 1933-1945. Beispiel Regensburg. Berlin/Vilseck 1985
- Klenner Jochen: Verhältnis von Partei und Staat 1933-1945. Dargestellt am Beispiel Bayerns (= MBM 54). München 1974
- Klitta Helga: Das Ende eines ideologischen Krieges, dargestellt an den Ereignissen in der Oberpfalz Januar bis Mai 1945. Schwandorf o.J. (1970)
- Langer Martina: Die Regensburger Judengemeinde von 1914 bis 1945. Staatsexamensarbeit in Geschichte, Universität Regensburg (masch., unveröff.). Regensburg 1984
- Löffler Elisabeth: Kommunalpolitik in Regensburg in der Zeit der Weimarer Republik. Magisterarbeit in Geschichte, Universität Regensburg (masch., unveröff.). Regensburg 1981
- Mai Paul: Michael Buchberger. Bischof von Regensburg (1927-1961). In: Schwaiger/Mai (1981) S.39-68
- Maier Stefan: "Die neue Stadt bei Regensburg" als völkische Gemeinschaftssiedlung. Magisterarbeit in Volkskunde, Universität Regensburg (masch., unveröff.). Regensburg 1986
- Maier Stefan: Die "Schottenheim-Siedlung". Sozialer Wohnungsbau im "Dritten Reich". In: Architektur in Regensburg (1989) S.78-96
- Maier Stefan/Schmidt Reiner R.: Architektur in Regensburg im Dritten Reich. In: Architektur in Regensburg (1989) S.9-14
- Mattausch Roswitha: Siedlungsbau und Stadtneugründungen im deutschen Faschismus. Dargestellt anhand exemplarischer Beispiele. Frankfurt/Main 1981
- Matthes Hans-Georg: Entnazifizierung in Regensburg und Stadtverwaltung 1946-1948. Staatsexamensarbeit in Geschichte, Universität Regensburg (masch., unveröff.). Regensburg 1974
- Matzerath Horst: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung (= Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften 29). Stuttgart u.a. 1970
- Matzerath Horst: Nationalsozialistische Kommunalpolitik. Anspruch und Realität. In: Die alte Stadt 5 (1978) S.1-22
- Matzerath Horst: Oberbürgermeister im Dritten Reich. Auswertung einer quantitativen Analyse. In: Schwabe (1981) S.157-199, gekürzt und überarbeitet auch in: Hirschfeld/Kettenacker (1981) S.228-254
- Mayerhofer Josef: Die nationalsozialistischen Gesundheits- und Rassengesetze und ihre Auswirkungen auf die Seelsorge im Bistum Regensburg. In: Schwaiger/Mai (1981) S.193-206
- Mehring Hartmut: Die KPD in Bayern 1919-1945. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand. In: Bayern in der NS-Zeit V (1983) S.1-286
- Mehring Hartmut: Die bayerische Sozialdemokratie bis zum Ende des NS-Regimes. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand. In: Bayern in der NS-Zeit V (1983) S.287-432
- Meier Gerhard: Die Siedlung "Göring-Heim" in Regensburg (1937-1945). In: VHVO 128 (1988) S.275-284
- Meier Gerhard: Das "Göring-Heim" (1937-1945): Wohnungsbau für die Messerschmitt-Werke. In: Architektur in Regensburg (1989) S.97-108

- Metschl Heinrich: 75 Jahre Wasserversorgung der Stadt Regensburg. In: 75 Jahre Wasserwerk Regensburg. Festschrift der Stadtwerke Regensburg. Regensburg 1954
- Metschl Heinrich: 44 Jahre städtischer Kranenbetrieb. In: 75 Jahre Wasserwerk Regensburg. Festschrift der Stadtwerke Regensburg. Regensburg 1954
- Middlebrook Martin: The Schweinfurt-Regensburg mission: American raids on 17.Aug.1943. Harmondsworth/Middlesex 1985
- Möckershoff Barbara: Nationalsozialistische Verfolgung katholischer Geistlicher im Bistum Regensburg (Fragebogen 1946 und 1980). In: Schwaiger/Mai (1981) S.89-144
- Möckershoff Barbara: Der Kampf um das Schulkreuz. In: Schwaiger/Mai (1981) S.237-256
- Mörlein Andreas: Wirtschaft und Arbeitseinsatz der Arbeitsamtsbezirke Regensburg und Cham in der Bayerischen Ostmark 1933-1939. Diss. München 1941
- Mommsen Hans: Beamtentum im Dritten Reich. Stuttgart 1966
- Mosse George L.: Der nationalsozialistische Alltag. So lebte man unter Hitler. Königstein 1978
- Mulert Jürgen: Amerikanische Quellen zur Vorgeschichte der Kapitulation von Regensburg im April 1945. In: VHVO 127 (1987) S.267-277
- Mutius Albert von: Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik. In: DVG IV (1985) S.1055-1081
- Ophir Baruch Z./Wiesemann Falk: Die jüdischen Gemeinden in Bayern 1918-1945. Geschichte und Zerstörung. München-Wien 1979
- Ordosch Annemarie: Die politischen Parteien in Regensburg 1945-1949. Staatsexamensarbeit in Geschichte, Universität Regensburg (masch., unveröff.). Regensburg 1976
- Peltz-Dreckmann Ute: Nationalsozialistischer Siedlungsbau. Versuch einer Analyse der die Siedlungspolitik bestimmenden Faktoren am Beispiel des Nationalsozialismus. München 1978
- Peterson Edward N.: Die Bürokratie und die NSDAP. In: Der Staat 6 (1967) S.151-173
- Petsch Joachim: Baukunst und Stadtplanung im Dritten Reich. Herleitung, Bestandsaufnahme, Entwicklung, Nachfolge. München-Wien 1976
- Petzina Dietmar/Abelshäuser Werner/Faust Anselm: Materialien zur Statistik des Deutschen Reichs 1914-1945 (Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch 3). München 1978
- Raab Johann: Organisation und Geschichte der Regensburger Sozialdemokratie vom Herbst 1929 bis zum Parteiverbot am 22. Juni 1933. Staatsexamensarbeit in Geschichte, Universität Regensburg (masch., unveröff.). Regensburg 1974
- Rathsam Berta: Der große Irrtum bezüglich Frauendemonstration 1945 und Domprediger Dr. Johannes Maier. Regensburg 1980
- Rathsam Berta: Der große Irrtum. Dr. med. Otto Schottenheim - Mitläufer? Regensburg 1981
- Rebentisch Dieter: Die politische Stellung der Oberbürgermeister im Dritten Reich. In: Schwabe (1981) S. 125-155
- Rebentisch Dieter: Der Nationalsozialismus als Problem der Stadtgeschichtsschreibung. In: Engeli/Hofmann/Matzerath (1981) S.127-135
- Rebentisch Dieter/Teppe Karl (Hg.): Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System. Göttingen 1986
- Rebentisch Dieter: Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verfassungspolitik 1939-1945 (= Frankfurter Historische Abhandlungen 29). Stuttgart 1989
- Recker Marie-Luise: Staatliche Wohnungsbaupolitik im Zweiten Weltkrieg. In: Die alte Stadt 5 (1978) S.117-137
- Regensburg 1945-1949: Katalog und Aufsätze. Hg. von der Stadt Regensburg (Volkshochschule). Katalogredaktion Hermann Hage und Ludwig Hilmer. Regensburg 1987
- Regensburg - eine Stadt des Reiches. Hg. von der Stadt Regensburg. (= Städte der Bayerischen Ostmark). Bayreuth 1940

- Reindl Gerhard: Grundlegende Strukturen der Kommunalpolitik in Regensburg während der Weimarer Zeit. In: *Architektur in Regensburg* (1989) S.23-35
- Ribhegge Wilhelm: Die Systemfunktion der Gemeinden. Zur deutschen Kommunalgeschichte seit 1918. In: Rainer Frey (Hg.): *Kommunale Demokratie. Beiträge für die Praxis der kommunalen Selbstverwaltung*. Bonn-Bad Godesberg 1976 S.28-65
- Rohr Hildegard: Der "Bayerische Lloyd". Wirtschaftliche Probleme der deutschen Donau-Schifffahrt 1913-1970. Diplomarbeit in Wirtschaftswissenschaft, Universität Regensburg (masch., unveröff.). Regensburg 1978
- Ruhl Wolfgang: Architektur und Städteplanung während des Dritten Reiches in Regensburg. Magisterarbeit in Kunstgeschichte, Universität Regensburg (masch., unveröff.). Regensburg 1987
- Ruhl Wolfgang: Architektur in Regensburg 1933 bis 1945. Ein Überblick. In: *Architektur in Regensburg* (1989) S.57-77
- Rzehak Claudia: Studien zur Geschichte Regensburgs im Zweiten Weltkrieg (1939-1945). Staatsexamensarbeit in Geschichte, Universität Regensburg (masch., unveröff.). Regensburg 1981
- Schäche Wolfgang: Architektur und Städtebau im Nationalsozialismus. In: *Bauwelt* 74/4 (1983) S.119-125
- Schäfer Hans Dieter: *Das gespaltene Bewußtsein. Deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933-1945*. München-Wien 1984
- Scharnagl Hedwig: *Der Arbeitseinsatz in der Bayerischen Ostmark 1933-1937*. Diss. München o.J. (1939)
- Schmetzer Adolf: *Die sechs Bürgermeister von Regensburg von 1868-1933 und ihre Amtsführung*. Regensburg o.J. (1933/34)
- Schönhoven Klaus: *Der politische Katholizismus in Bayern unter der NS-Herrschaft 1933-1945*. In: *Bayern in der NS-Zeit V* (1983) S.541-646
- Schwabe Klaus (Hg.): *Oberbürgermeister (= Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit 13. Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 1979)*. Boppard am Rhein 1981
- Schwaiger Georg/Mai Paul (Hg.): *Das Bistum Regensburg im Dritten Reich (= Beiträge zur Geschichte des Bistums Regensburg 15)*. Regensburg 1981
- Siegert Toni: *Das Konzentrationslager Flossenbürg. Gegründet für sogenannte Asoziale und Kriminelle*. In: *Bayern in der NS-Zeit II* (1979) S.429-493
- Siegert Toni: *Elektrizität in Ostbayern. Die Oberpfalz von den Anfängen bis 1945 (= Schriftenreihe des Bergbau- und Industriemuseums Ostbayern 6)*. Theuern 1985
- Simon-Pelanda Hans/Heigl Peter: *Regensburg 1933-1945. Eine andere Stadtführung (= Schriften der Geschichtswerkstatt Regensburg und Ostbayern)*. Regensburg, 4.Aufl. 1989
- Simon-Pelanda Hans: *Medizin und Trinkerfürsorge. Ein Amtsarzt bekämpft den Alkoholismus mit KZ-Haft*. In: *Dachauer Hefte* 4 (1988) S.215-224
- Stadt und Mutter in Israel. *Jüdische Geschichte und Kultur in Regensburg (= Ausstellungskataloge zur Regensburger Geschichte 2, hg. von der Stadt Regensburg)*. Regensburg 1989
- Steinbach Peter: *Beiträge zur Geschichte der Stadt unter dem Nationalsozialismus*. In: *AfK* 22 (1983) S.1-17
- Stratmann Maria: *Regensburger Stadtplanung im Dritten Reich. Das Verhältnis der Nationalsozialisten zur Altstadt. Abschlußarbeit im Aufbaustudiengang Denkmalpflege an der Universität Bamberg (masch., unveröff.)*. Bamberg o.J. (1987)
- Stratmann Maria: *Zur Denkmalpflege der Nationalsozialisten in Regensburg*. In: *Architektur in Regensburg* (1989) S.124-128
- Strölin Karl: *Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Gemeinden. Generalbericht auf dem VI.Internationalen Gemeindegroß Berlin-München 1936*.
- Survey Of Messerschmitt Factory And Functions: s. Einleitung
- Tessin Georg: *Deutsche Verbände und Truppen 1918-1939*. Osnabrück 1974

- Tessin Georg: Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg 1939-1945, Bd.3. Frankfurt/Main o.J.
- Thränhardt Dietrich: Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848-1953. Historisch-soziologische Untersuchungen zum Entstehen und zur Neuerrichtung eines Parteiensystems. Hg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Düsseldorf 1973
- Trampl Kurt: Bayerische Ostmark. Aufbau eines deutschen Grenzlandes. Hg. vom Institut zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten bei der Münchner Universität im Auftrag der Gauleitung Bayerische Ostmark der NSDAP. München 1934
- Trampl Kurt: Bayerns Leistung und Aufgabe im deutschen Grenzkampf. In: Bayerland 44 (1933) S.353-384
- Troll Hildebrand: Aktionen zur Kriegsbeendigung im Frühjahr 1945. In: Bayern in der NS-Zeit IV (1981) S.645-689
- Troost Gerdy (Hg.): Das Bauen im Dritten Reich, Bd.1. Bayreuth 1938
- The United States Strategic Bombing Survey. A collection of the 31 most important reports printed in 10 volumes. New York-London 1976
- Vilsmeier Gabriele: Der Flugplatz Obertraubling. In: Neutraubling 1951-1976. 19 Beiträge zur Geschichte einer bayerischen Vertriebenengemeinde. Red. Josef Fendl. Neutraubling 1976 S.28-39
- Voggenreiter Franz: Die Stadt Regensburg, ihre Erscheinung und ihre Entwicklung zum neuzeitlichen geographischen Raumorganismus. Ein Beitrag zur Heimatkunde der Bayerischen Ostmark. Potsdam 1936
- Voggenreiter Franz: Die Siedlung Schottenheim bei Regensburg, eine soziale Großtat. Die deutsche Stadt im Anfang einer neuen Entwicklung. In: Die Oberpfalz 31 (1937) S.2-6
- Voggenreiter Franz/Kerler Albert: Die neue Stadt bei Regensburg. Schottenheim - Aufbau und Leben einer neuen Siedlergemeinde. Sonderdruck aus Bayerland o.J. (1937).
- Volk Ludwig: Bayern im NS-Staat 1933 bis 1945. In: Max Spindler (Hg.): Handbuch der bayerischen Geschichte IV/1. München 1974 S.518-537
- Volkert Wilhelm (Hg.): Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799 bis 1980. München 1983
- Wabra Michael (Hg.): Zum Gedenken an unsere ehemaligen jüdischen Schülerinnen, die Opfer des Nationalsozialismus geworden sind. Eine Broschüre zur Geschichte des Von-Müller-Gymnasiums in den Jahren 1933-1936, erstellt von der Arbeitsgruppe Geschichtswerkstatt der SMV des Von-Müller-Gymnasiums. Regensburg 1987
- Wächtler Fritz (Hg.): Bayerische Ostmark. Vier Jahre nationalsozialistischer Aufbauarbeit in einem deutschen Grenzgau. Bayreuth 1937
- Wächtler Fritz (Hg.): Neue Aufgaben der Bayerischen Ostmark. Bayreuth o.J. (1939)
- Wartner Hubert: Mustergültige Volksgesundheitspflege in Regensburg durch die vorbildliche Siedlung "Schottenheim". (Diss. München) Regensburg 1940
- Weigert Johann: Das Kriegsjahr 1943 in Regensburg. Staatsexamensarbeit an der Pädagogischen Hochschule Regensburg (masch., unveröff.). Regensburg 1972
- Weigl Ludwig: Domprediger Dr. Johann Maier 1906-1945. In: Ders.: Sterne in der Hand des Menschensohnes. Ein Beitrag zur Geschichte der pastoralen Bestrebungen unseres Jahrhunderts. Nürnberg/Eichstätt 1963 S.153-230 (gekürzt unter dem Titel: Domprediger Dr. Johann Maier 1906-1945. Nürnberg-Eichstätt 1963)
- Weigl Ludwig: Domprediger Dr. Johann Maier, Regensburg (1906-1945). In: Schwaiger/Mai (1981) S.431-475
- Weilner Ignaz: Unter Gottes Gericht. Die letzten Kriegstage 1945 am Hof des Fürsten von Thurn und Taxis. Regensburg o.J. (1965)
- Weinmann Josef: Die Aktivitäten der NSDAP und ihrer Gliederungen in Regensburg von 1933-1936. Staatsexamensarbeit in Geschichte, Universität Regensburg (masch., unveröff.). Regensburg 1974

- Weißleder Goetz: Donauraum und Rhein-Main-Donau-Kanal. Eine verkehrspolitische, geschichtliche und geopolitische Studie (= Verkehrswissenschaftliche und volkswirtschaftliche Arbeiten, hg. von Karl Bräuer, Institut für Verkehrswissenschaft an der Universität Leipzig, Heft 3). Jena 1944
- Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933-1945. Hilfsmittel, Archivinventare, hg. im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, Bd.7. München 1977
- Wiesemann Falk: Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtergreifung in Bayern 1932/33. Berlin 1975
- Wittmer Siegfried: Geschichte der Regensburger Juden zwischen Monarchie und Diktatur (1903-1935). In VHVO 128 (1988) S.113-148
- Wittmer Siegfried: Geschichte der Regensburger Juden von 1936 bis 1938. In VHVO 128 (1988) S.149-184
- Wolf Josef: Die Aktivitäten der NSDAP und ihrer Gliederungen in Regensburg 1936-1939. Staatsexamensarbeit in Geschichte, Universität Regensburg (masch., unveröff.). Regensburg 1982
- Zeitler Walther: Die Regensburger Straßenbahn. Regensburg 1981
- Zeitler Walther: Regensburger Schifffahrt. Regensburg 1985
- Ziegler Maria Liobgid: Das kirchliche Bildungs- und Fürsorgewesen in Bayern während des Dritten Reiches. Mit besonderer Berücksichtigung des Bistums Regensburg. In: Schwaiger/Mai (1981) S.257-313
- Ziegler Walter (Bearb.): Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933-1943. Bd. IV: Regierungsbezirk Niederbayern und Oberpfalz 1933-1945. Mainz 1973
- Ziegler Walter: Der Kirchenkampf in Ostbayern im Rahmen des allgemeinen Kirchenkampfes. In: Schwaiger/Mai (1981) S.9-38
- Zittel Bernhard: Die Volksstimmung im Dritten Reich, aufgezeigt an den Geheimberichten des Regierungspräsidenten von Niederbayern-Oberpfalz. In VHVN 98 (1972) S.96-138
- Zweck Erich: Die NSDAP in Regensburg während der Endphase der "Kampfzeit" (Oktober 1929 bis März 1933). Staatsexamensarbeit in Geschichte, Universität Regensburg (masch., in erweiterter Form veröffentlicht, s. folgenden Titel). Regensburg 1973
- Zweck Erich: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Regensburg von 1922-1933. In VHVO 124 (1984) S.149-260
- Zweck Erich: Das Grundwissen für SA-Anwärter in Regensburg 1934. In: Oberpfälzer Heimat 32 (1988) S.139-146
- Zweck Erich: Widerstand in der Oberpfalz. In: Akademiebericht der Akademie für Lehrerfortbildung Dillingen 133 (1988) S.59-94
- Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hg. von Wolfgang Michalka. München 1989

Alphabetisches Namensregister

Nicht aufgenommen wurden aufgrund zu häufiger Nennungen die Bürgermeister Dr. Otto Schottenheim und Hans Herrmann.

- Adam, General, Wehrkreisbefehlshaber 472
Adler, Josef, Stadtrat (SPD) 37, 200
Albrecht, Andreas, Journalist 179
Allmann, Albert, Bildhauer (München) 473
Altdorfer, Albrecht, Maler und Baumeister 524, 533, 539
Alwens, Ludwig, Journalist 177
Amann, Generalmajor, Kampfkommandant 549
Amann, Max, Verleger, Präs. d. Reichspressekammer 178, 180
Amberger (Weinstube) 533
Ammon, Fritz und Wilhelm, Inhaber d. Bleistiftfabrik Rehbach 301, 302
Anderson, General (US-Luftwaffe) 333, 334
Andrian-Werburg, Karl Frhr. v., Stiftungsadministrator 487
Anger, Kurt, Generalmajor 335
Aschenauer, Maximilian, Oberst 70
Augustin, Rosa, Bahninspektorswitwe 197, 209
Aumüller, Josef, Verleger 71, 73
Auto-Union 337
- Baier, Dr., Rechtsanwalt (München) 86
Barth, Josef, Stadtrat (SPD) 37
Barthel (Chemiefabrik) 233, 303, 541
Bartmann, Wolfgang, Buchhalter, und Antonie 194
Bauer, Benno, Kaufmann 195
Bauer, Fritz, Elektromonteur, Stadtrat (NSDAP) 65, 67, 106
Bauer, Matthias, Geschäftsführer, Stadtrat (SPD) 65-67, 182, 183
Baur, Prof., Bildhauer (München) 400
Bayerer, Alfons, Parteisekretär, MdL (SPD) 46, 64-67, 181, 182
Becher, Georg, Polizeioffizier 47
Beckers, Hans, Reg.-Baumeister 395, 402, 404, 439
Behr, Max, Oberlehrer 194
Berg, Ulrich, Zeitungsverleger 71, 177
Bergbauer, Ulrich, Verw.-Sekretär 102
Berger, Heinrich, Kaufmann, Ratsherr 106, 110, 113
Bergius, Friedrich, Chemie-Nobelpreisträger 340-342
Bernard (Tabakfabrik) 110, 263, 292, 375, 415
Bernheim, Carl, Kaufmann 194
Bernreuther, Friedrich, Polizeidirektor 47, 229, 396
Beru-Werk (Zündkerzenwerk, Ludwigshafen) 364
- Beschoren, Karl, Schifffahrtsdirektor, und Rosa, Autorin 397
Best, Walter, NSKK-Standartenführer 122
Bestelmayer, German, Architekt, Präs. d. Akademie der Künste 406
Biendl, Franz, Stadtrat (BVP) 36
Binswanger, Albert, Kaufmann 194
Bleimund (Textilfabrik) 535
Bloch, Anton (Textilgeschäft) 194, 196
Bloch, Ludwig, Kaufmann 194
Blomberg, Werner von, Reichskriegsminister 472
Bock, Franz, SA-Gruppenführer 220
Boelcke, Oswald, Jagdflieger 324
Boepple, Albert, Staatssekretär 206
Böhm, Dominikus, Architekt (Köln) 324
Boll, Dr. Walter, Museumsdirektor, NS-Kreiskulturwart 169, 188, 384, 393, 394, 410, 412, 484, 510, 550
Bollwein, Josef, Postarbeiter 215
Bommel, Gerhard, Reg.-Präsident 219, 222, 454, 507
Bosse, Gustav, Stadtrat (DNVP) 37, 196
Bouhler, Philipp, Chef der Kanzlei des Führers 218
Brandis, Karl, Großhändler 195
Brandl, Friedrich, Konrektor 435, 436
Brauchitsch, Walther von, Generalfeldmarschall 499
Brauhaus Regensburg AG (Brauerei) 194-196, 303, 409, 439
Braun (Baufirma) 474
Braun, Dr. Wilhelm, Fabrikbesitzer 194
Breitenbach, Friedrich, SA-Oberführer 44, 50, 51, 78, 105, 110, 220
Breker, Arno, Bildhauer 409
Brown & Boveri (Konzern) 363
Bruckner, Anton, Komponist 167, 170
Brunner (Baufirma) 251, 391
Buchberger, Dr. Michael, Bischof von Rgbg. 35, 89, 199, 200, 202, 204, 208, 394, 410, 431, 439, 480, 481
Buck (Schokoladenhandlung) 534
Büechl (Kalkwerk) 173, 299, 303, 368, 373, 386, 446, 454, 513, 523, 527
Büechl, Dr. Eduard, Zahnarzt 435
Büechl, Franz, Kalkwerksbesitzer 431
Bunz, Dr. Max, Landgerichtsarzt 211
Burgau, Michael, Gewerkschaftssekretär, Stadtrat (SPD) 37, 183
Burger, Karl, Kriminalrat 194
Büsscher & Hoffmann (Dachpappenfabrik, Berlin) 364

- Carlson, Walter (Fa. Carlson) 197, 535
Christlieb, Heinrich, Großhändler, Stadtrat (DDP) 37
Cloppenburg, Heinz (Fa. Carlson) 197
Cochenhausen, Konrad von, General, Standortkommandant 233-235
Coppentrath (Verlagshaus / Buchhandlung) 207, 229, 409-411, 413
Croneiß, Theo, Betriebsführer d. Flugzeugwerks 20, 120, 312-315, 317, 319, 322, 323, 325, 329, 331
- Dachs, Hanna (Schulkreuz-Demonstration) 209
Dähn & Hamann (Spedition, Hamburg) 535
Daimler-Benz (Autokonzern) 389
Danner, Wilhelm, Amtmann 69
Dauchert, Hermann, NS-Gauhauptstellenleiter 118
Dauer, Max, Kaufmann, Stadtrat (BVP) 36
Debus, Dr. Karl, Journalist 71, 72
Deininger, Josef, Arbeitersekretär, Stadtrat (BVP) 36, 65
Deininger, Leonhard, Journalist (Landrat) 179
Demjanjuk, John, KZ-Aufseher 378
Deppisch, Justine, Hausbesitzerin 194
Deubl, SS-Oberführer 121, 137
Deubler, Jakob, Zimmermann, Stadtrat (SPD) 65, 66
Diepolder, Dr. Irene, Kunsthistorikerin 496, 510, 550
Dill, Hans, Grenzsekretär d. Exil-SPD 181
Ditthorn, Ferdinand, Rechtsrat 95
Doberl, Dr. Anton, Journalist 201
Dölger, Baurat, Siedlungsarchitekt 431, 432
Dömges, Max, Architekt 318, 334
Donderer, Dr. August, NS-Kreisleiter (Kelheim) 174, 204
Donhauser, Paul, Städt. Angestellter, SA-Truppführer 137
Donle, Dr. Ludwig von, Vorstand d. Bayer. Lloyd 346, 349
Dörfler, Dr. Heinrich, Chefarzt 77
Dörfler, Heinrich, Kreisbauernführer 62
Dorn, Andreas, Städt. Angestellter 96, 517
Dörnberg (Stiftung / Park) 83, 110, 149, 152, 159, 182, 485-487, 532
Dorner, Joseph Georg, Architekt 322
Dziewas, SA-Brigadeführer (Rotes Kreuz) 77
- Ebentheuer, Franz, Hauptlehrer 200
Eberlein, Georg, Verw.-Inspektor 253, 528
Eckart, Dietrich, Autor, NS-Ideologe 123
Eckert (Gastwirtschaft) 532
Eckl, Hans, Amtmann 60, 61, 448, 488
Edenhofer, Generalmajor 54
Eder, Johann, Versicherungsinspektor, Stadtrat (Völk. Block) 37
Ederer, Franz, Jurist 97
Ederer, Lorenz, Rechtsrat, SA-Obersturmbannführer 75, 76, 91, 95, 97, 110, 111, 120, 121, 144, 145, 527, 540
- Eher-Verlag (NS-Zentralverlag) 62, 178
Ehrensperger, Ludwig, Kaufmann, Stadtrat (SPD) 37
Ehrhardt, Richard, Rechtsrat 35, 50, 52, 53, 74, 88, 93, 94, 104, 105, 159, 246, 255, 257-263, 275, 276, 302, 397, 475
Eibl, Johann, Opfer der NS-Justiz 215
Eichhorn, Rudolf, Baurat 453-455, 482, 505, 540
Eidenschink (Bankhaus, München) 342
Eisen, Dr. Karl, Leiter d. Heil- und Pflegeanstalt 211
Eisenberger, Johann, Möbelfabrikant 195
Eisenmann, Dr. Siegmund, Kaufmann, und Karoline 194
Elze, Kuni (Fa. Karl Schmidt & Co.) 197
Emslander, Fritz, Brauereibesitzer, Stadtrat (BVP) 36
Emslander (Brauerei) 315
Enderlein, Franz, Arbeiter, KPD-Funktionär 181
Engel, Johann, Schreiner, SS-Sturmführer, Ratsherr 48, 91, 106, 109, 110, 121, 187
Engert, Ludwig, Präs. d. Landgerichts 83
Engl, Johann, Reichsbahninspektor, Stadtrat (Freie Vereinigung) 37
Engler, Hermann, Gewerkschaftssekretär, Stadtrat (SPD) 37
Epp, Franz Ritter von, General, Reichsstatthalter 20, 21, 38, 40-46, 52, 95, 171, 219, 438
Erbersdobler, Otto, Gauleiter, MdR 40, 62, 114, 115, 117, 118, 128, 148, 173, 174
Erdal-Werke (Firma) 302
Erhard, Julius, Ingenieur 196
Ermer, Franz, Studienprofessor 66
Ernstberger, Josef (Schreinerei) 194
Ertl (Gastwirtschaft) 533
Erzberger, Matthias, Reichsfinanzminister 124
Esser, Hermann, Chef d. Staatskanzlei 46, 72, 73
Esser, Karl, Stiftungsadministrator, Stadtrat (SPD), Verleger 37, 43, 68, 83, 89, 110, 181, 182, 486, 488
Esterer, Prof., Präs. d. Schlösser- und Seenverwaltung 410
- Faber-Castell, Grafen von, Schloßbesitzer (Regendorf) 271
Fahr, Elsa, Leiterin d. NS-Frauenschaft 122
Faulhaber, Michael von, Kardinal 178
Feiner, Hans, Druckermeister 44
Feldheimer, Heinrich (Amsterdam) 194
Feldmeier, Josef, Vollstreckungssekretär 194
Fick, Prof. Roderich, Architekt 469, 473
Fiehler, Karl, OB von München 49, 63, 86, 297
Filchner, Anton, Oberlehrer, NS-Ortsgruppenleiter 22, 113
Firnbacher, Max, Ida und Sophie, Viehhändler 194
Fischer (Gastwirtschaft) 532-534
Fischer, Anton, Bahnbeamter, NS-Stadtrat 37

- Fischl (Kaufhaus) 535
 Focke-Wulf (Flugzeugwerk) 331, 333
 Forchheimer, Karl, Textilfabrikant, und Rosalie 193-195
 Ford (Autokonzern) 273, 291, 393
 Forster, Georg, SA-Standartenführer 121, 194
 Forster, Rudolf, Kaufmann (Weiden) 194
 Frank, Hans, bayerischer, dann Reichsminister, Generalgouverneur in Polen 46, 171
 Frank, Johann (Firma) 533
 Frank, Ludwig und Lina, Hausbesitzer 195
 Frei, Eugen, Oberreg.-Rat 44
 Freising, Carl, Eisenhändler 195
 Freisler, Roland, Präs. d. Volksgerichtshofs 209
 Freudenberger, Dr. Andreas, Stadtschulrat 35, 45, 50, 52, 66, 74, 99, 145
 Freund, Adolf, SA-Brigadeführer 113, 121, 323
 Freundlich, Gebr. (AG, München) 187
 Frick, Wilhelm, Reichsinnenminister 20, 70, 218, 496, 497
 Friedrich der Große, König von Preußen 49
 Fritz, Anna, Haushälterin 91
 Fuchs, SA-Obergruppenführer 220
 Funk, David (Kalkwerk Funk) 184, 188, 195, 243, 354, 388
 Fürbacher, Simon, Immobilienhändler 152
- Galen, Clemens August Graf von, Bischof von Münster 213
 Gameso, Olga, Ostarbeiterin 374
 Gamperl, Dr. Georg, Leiter d. Chem. Untersuchungsanstalt 231
 Ganghofer, Ludwig, Heimatdichter 326
 Ganninger, Franz, MdR, NS-Gauinspekteur 20, 79, 109, 113, 118, 119, 128, 148-151, 174, 179, 186, 320, 486-488
 Gärtner, Margarete, Fürsorgerin, Stadträtin (BVP) 36
 Gaschler, Rudolf, Reichsbahninspektor, SA-Oberführer, Ratsherr 68, 109-111, 121
 Gäbler, Hermann Edler von, stellv. Reg.-Präsident 219
 Gebert, Hans, Prokurist, SA-Sturmbannführer, Ratsherr 105, 110, 185
 Gehring (Café) 532
 Geis, Hermann, Oberst, Stahlhelmführer 37, 43
 Gereke, Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung ("Gereke-Programm") 295, 296, 393, 477, 491
 Gerhard & Rauh (Maschinenfabrik) 363, 534
 Gerhart & Zenns (Ingenieurbüro) 473
 Geyer (Fa. Beton-Geyer) 375
 Giesler, Prof. Hermann, "Leibarchitekt" Hitlers 151
 Giggelberger, Dr. Max, Arzt 196
 Glaser, Julius, Textilhändler 195
 Glöckl (Gastwirtschaft) 532, 534
 Goebbels, Dr. Joseph, Propagandaminister 141, 178, 179, 317, 499, 544
 Goebel, Bildhauer (München) 397
 Goerdeler, Carl, OB von Leipzig 112
 Goppel, Alfons, Rechtsanwalt, Stadtrat (BVP), bayer. Ministerpräsident 69
 Göring, Hermann, Reichsmarschall / "Göringheim" 163, 165, 166, 170, 227, 272, 321-324, 326, 356, 387, 445, 465, 541, 543
 Göring ("Reichswerke") 165, 188, 195, 304, 346, 354, 359, 360, 364, 372, 376, 504,
 Gortner, Karl, Amtmann, NS-Gauamtsleiter 120
 Gottfried, Wilhelm, Werkzeughändler 195
 Götz, Benedikt, Bahnbeamter, Stadtrat (BVP) 65, 69
 Götz, NS-Gaurichter 85
 Gradl (Baufirma) 195
 Gräfe, Dr. Julius, Leiter d. Feuerwehr 87, 189, 190, 225
 Gräßl, Josef, Bäckermeister, Stadtrat (BVP) 36, 69
 Großmann, Albert, Leiter d. Jugendamts 83, 157, 209, 212, 553
 Groh, Gretl, Ehefrau des Josef Schmid 377
 Groher, Georg, Standartenführer (NS-Fliegerkorps) 122
 Groß, Dr., Reichsärztführer 171
 Grüneis, Kajetan, Expedient (Fa. Kohler) 196
 Grünhut, Siegfried, Josef und Samuel, Kaufleute 193, 195
 Günther (Lederfabrik) 188, 300, 303, 373
 Gürtner, Franz, Reichsjustizminister 123
 Gutmann, Senta, Privatiere 195
- Haas, Josef, Opfer der NS-Justiz 215
 Habel, Josef, Verleger (Habel-Verlag) 33, 69, 71, 178-180, 409, 504, 505, 535
 Häfner, Konrad, SA-Brigadeführer 121
 Hafner, Ludwig (Modehaus) 197
 Hagen, Dr. Hans, Messerschmitt-Treuhänder 340
 Hahn, Julius, stellv. Reg.-Präsident 219
 Haindl, F., Architekt (München) 406
 Hamm, Fritz, Fabrikant (Eisenwerk Hamm), SA-Sonderkommissar 61, 62, 348
 Hämmerle, Josef Ludwig, Journalist 201
 Hansen, Richard, Postrat, Ratsherr 114, 115
 Hapag (Reise- und Verkehrsbüro) 298, 493, 532
 Harnier, Dr. Adolf von, Rechtsanwalt 271
 Harnier, Baron Georg von, Schloßbesitzer (Regendorf) 271
 Hartl, Albert, Offiziant im Wohlfahrtsamt 299
 Härtl, Thomas, Malermeister, Präs. d. Handwerkskammer, Stadtrat (DDP) 37, 43
 Hausladen, Johann, Gastwirt, SA-Mann 43
 Haymann, Jakob und Klara (Stiftung) 185
 Heckenstaller, Hans, Baurat, Gaswerksdirektor 226, 227, 277, 490, 492
 Heerd-Lingler GmbH (Chemiefabrik, Frankfurt) 375
 Hegendörfer, Friedrich, NSKK-Oberstaffelführer 122

- Heidenreich, Max, Inspektorenanwärter 176, 540
- Heim, Dr. Georg ("Bauerndoktor") 46, 69
- Heindl, Simon, Vertreter, Ratsherr 110, 111
- Heiß, Alfons, Rechtsanwalt, OB von Regensburg 192, 198, 214
- Heiß, Alice, Ehefrau des Alfons H., Opfer des NS-Terrors 198
- Held, Georg, Bezirksschulrat 75, 100, 205, 524, 525
- Held, Heinrich, bayer. Ministerpräsident 33, 43, 46, 69, 71, 72, 178, 180
- Held, Dr. Josef, Geschäftsführer des "Anzeigers" 71, 180
- Heller, Hugo und Isidor, Kaufleute 193, 195
- Hengstenberg, Richard (Essig-, Senf- und Lickörfabrik, Eßlingen) 300, 375, 503
- Henkel (Chemiekonzern, Düsseldorf) 353, 355-357, 363, 387, 391, 482
- Hentzen, Fritz H., Ingenieur, Vorstand d. Flugzeugwerks 314
- Hermkes, Bernhard, Architekt d. Flugzeugwerks 315
- Herrich-Schäffer, Dr. August, Arzt und Sanitätsrat 211
- Herrmann (Gastwirtschaft / Stadtmhof) 533, 534
- Herrmann, Josef, Gastwirt, Bürgermeister von Ziegetsdorf 113
- Herrmann, Wolfgang, Kohlenführer 87
- Herzog, Franz, Opfer der NS-Justiz 215
- Heß, Ottmar, Verw.-Beamter 140
- Heß, Rudolf, Stellv. d. "Führers" 107, 128, 218, 317, 471, 499
- Heyden, von (Chemische Fabrik) 345
- Heyder, Franz (= Pater Gebhard), Opfer des NS-Terrors 209
- Heyder, Otto, Spediteur, Ratsherr 63, 91, 113, 114, 120, 363
- Heydrich, Reinhard, Gestapochef, stellv. Reichsprotektor in Böhmen und Mähren 43, 46, 47
- Hierl, Andreas, Obersekretär 69, 102, 534
- Hierl, Konstantin, Reichsleiter d. RAD 160
- Hifinger & Brunner (Baufirma) 251
- Hilmer, Rupert, Friseur / städt. Angestellter, NSKK-Standartenführer, Ratsherr 65, 81, 106, 109, 110, 115, 122, 442
- Hiltl, Johann, SS-Scharführer 139
- Himmler, Heinrich, Reichsführer SS, Reichsinnenminister 43, 46, 47, 123, 169, 222, 223, 225, 497
- Hindenburg, Paul von, Reichspräsident 40, 42, 43, 245
- Hipp, Dr. Otto, OB von Regensburg 34-36, 38, 40-45, 49-51, 53-57, 73, 95, 103, 133, 160, 220, 229, 255, 258, 259, 298, 348, 384, 391, 414, 551
- Hirdes, Louis, Spediteur (Hamburg, Fa. Polgar, Lefkovits und Fekete) 196
- Hirschfeld, Leo und Max, Kaufleute 184, 195
- Hitler, Adolf, "Führer und Reichskanzler" 38, 43, 55, 57, 66, 70, 90, 107, 112, 117, 124, 135, 141, 163, 169, 170, 174, 179, 200, 202, 208, 212, 213, 218, 234, 242, 278, 295, 334, 336, 342, 356, 366, 394, 409, 413, 445, 453, 458, 459, 473, 477, 484, 495, 497, 547
- Hitzler, Walter, Werftbesitzer / Hitzler-Werft 307, 348, 360, 362, 376, 503
- Hoch, Alois, städt. oder Polizeibeamter 194
- Hoesl, Johannes, Stadtpfarrer 209
- Hofbauer, Erna, Hausbesitzerin (Neustadt / Waldnaab) 195
- Hofbauer, Franz, Kaufmann 195
- Hofer, Eugen, Führer d. Motor-SA-Schule 155
- Hoffmann, Fritz, SA-Standartenführer 121
- Hoffmann, Hans, NSV-Kreisamtsleiter 122
- Hofmann, Hans Georg, Polizeidirektor / Staatssekretär, MdR 47, 72, 173, 174
- Hofmann, Hans, Ingenieur im Bauamt, Adjutant d. RAD-Gauleitung 137
- Hofmeister, Michael, Milchhändler, Ratsherr 114
- Höglauer (Gastwirtschaft) 532
- Högner (Gastwirtschaft) 533
- Högner, Wilhelm, bayer. Ministerpräsident 73
- Höhne, Franz, Kraftfahrer, Stadtrat (SPD) 65, 66, 182
- Holtschmidt, Dr. Adolf, Oberbaurat 58, 383
- Holzinger, Ottmar, Großhändler, und Ella 195
- Hölzl, Martin, Straßenbahnfahrer, SS-Mann 137
- Holzschuher, Wilhelm Frhr. von, SS-Gruppenführer, Reg.-Präsident 20, 81, 120, 125, 136, 201, 202, 204, 218, 219, 221, 399, 471, 552
- Hönig & Söldner, Architekturbüro (München) 385, 400, 406
- Hönig, Prof. Eugen, Vorstand d. Bundes Deutscher Architekten 400
- Hönigsberger (Familie / Essig- und Spirituosenfabrik) 195
- Hopf (Büromaschinengeschäft) 534
- Hornauer, Friedl, Jungmädel-Untergauleitung 122
- Horten (Kaufhaus) 535
- Horz, Hans, Gastwirt, Ratsherr 106, 110, 113, 231
- Huber, Hans, Hausbesitzer 196
- Huber, Josef, Kellermeister, SA-Obersturmbannführer, Ratsherr 106, 110
- Hufer, Georg, Möbelhändler 191
- Hühnlein, Adolf, NSKK-Reichsführer 171, 174
- Hummel, Dionys, Architekt, Stadtrat (BVP) 37, 65
- Hummel, Georg, Hilfsarbeiter, SS-Mann 137
- Hundhammer, Alois, bayer. Kultusminister 394
- Hundhammer, Andreas, bischöfl. Verw.-Direktor 209
- Igl, Johann, Mesner, Opfer der NS-Justiz 377, 547, 548

- Illnseher, Josef, Steueroberinspektor, NS-Ortsgruppenleiter, Ratsherr 110, 111, 120, 192
 Immelmann, Max, Kampfflieger 324
- Jacob, Julius (Handlung für Kfz-Teile) 196
 Jacobi (Fa. Edm. Jacobi Nachf.) 503
 Jakob (Sägewerk) 301
 Jepsen, Franz, Oberamtmann, Stadtrat (BVP) 35, 36, 49, 50, 53, 54, 56, 57, 69, 74, 91, 94, 101, 102
 Joachim, Dr., Sanitätsrat, Leiter d. Roten Kreuzes, Stadtrat (BVP) 394
 Jobst, Josef (?), Kunstmaler 411
 Jordan, Julius, Zuckerwarengroßhändler / Familie Jordan / Erbgemeinschaft 185, 186, 196
 Jüttner, Dr. Johannes, Lungenfacharzt 534
- Kahn, Marie (Textilgeschäft Bloch) 196
 Kaiser, Josef, Stiftungsadministrator, Ratsherr 105, 110, 115, 120, 486-488, 540
 Kaltenbrunner, Ernst, Chef d. Reichssicherheitshauptamtes 223
 Kaltenecker, Adam, städt. Angestellter, SS-Mann 137
 Kampe, Wilhelm, Pater 209
 Kappelmeyer, Ernst, Versicherungsinspektor, SA-Obersturmbannführer, Ratsherr 115
 Kapphan, Dr., Rechtsanwalt 188
 Karsch (Fa. Emil Karsch) 195
 Kehrer, Otto und Wilhelm, Kaminkehrermeister 194
 Keiter, Engelhardt, Rechtsanwalt, Stadtrat (BVP) 36, 43, 65, 67, 69
 Kellner, Johann, Hilfsarbeiter, Opfer der NS-Justiz 215
 Keppler, Wilhelm, Staatssekretär 342
 Kerler, Albert, Baurat 98, 151, 322, 325, 416, 426, 436-442, 446, 447
 Kerschensteiner, Dr. Bezirksarzt, Naturschutzbeauftragter 233
 Kiessig, Werner, Baurat 247, 325, 326, 447, 449
 Kilian, Dr., Hausbesitzer 197
 Kimpel, Gymnasiallehrer, Opfer des NS-Terrors 48
 Kirsch-Puricelli (Erbgemeinschaft) 270
 Kittel, Franz, SS-Adjutant 137
 Klenner, Treuhänder für das Holzverzuckerungswerk 342, 345
 Klimesch (Gastwirtschaft) 532
 Klug (Baufirma) 362, 419, 421
 Knab, Arthur, Baugeschäftsinhaber, IHK-Präsident, Ratsherr 62, 110, 111, 120, 189, 250, 251, 303, 406, 474, 515
 Kneidl, Heinrich, Postinspektor, Stadtrat (BVP) 36, 65, 69
 Knoeringen, Waldemar von, Grenzsekretär d. Exil-SPD 181
 Knorr, OB von München, Geschäftsführer d. Bayer. Gemeindetags 262, 496
- Kobl, Franz, Kraftfahrer, Reichsbannerführer, Terroropfer 68, 110
 Kobler & Cie. GmbH (Kohlenhandlung) 535
 Koch, SS-Oberscharführer 377
 Koch, Anton, Gutspächter 164, 273
 Koch, Josef, Architekt 58
 Köck, Dr. Ernst, Leiter d. Städt. Säuglingsheims 84
 Koder, Rudolf, Elektromaschinist, Betriebsobmann 140
 Koegel, Max, KZ-Kommandant (Flossenbürg) 336
 Köglmaier, Max, Staatssekretär 46, 142
 Kohl, Prof., Architekt (Hannover) 473
 Kohl, Theodor, Kaufmann 195
 Kohler, Konrad (Fa. Kohler & Co.) 196
 Kohn, Fritz, Weinhändler (Fa. Lehmann) 188, 196
 Kokothaki, Rakan, Finanzchef d. Flugzeugwerks 314, 321, 330, 331, 335
 Kolb, Dr. Jakob, Schlachthofdirektor 137, 185, 186, 370, 376, 539, 544, 553
 Kolbe, NS-Gaupropagandaleiter 209
 Koller, August, Hauptlehrer, Stadtrat (DDP) 37
 König, Fritz, Bildhauer 409
 Köppl, Josef, SPD-Mitglied, Opfer der NS-Justiz 182
 Körber, Eugen, Angest. im Stadtlagerhaus, SA-Sturmabführer 48
 Korherr, Dr. Richard, Leiter d. Statist. Instituts beim Reichsführer SS 176
 Köstler, Hans, Färbereibesitzer 196
 Kraher, NS-Kreisleiter (Dingolfing) 82
 Kraus, NSKK-Gruppenführer 155
 Kraus, Peter, Kassenleiter im Wohlfahrtsamt 547
 Kreuzmotoren GmbH (München) 303
 Krieger, Ehefrau von Dr. Otto K. 194
 Krug, Alois, Beamter, Opfer des NS-Terrors 215
 Kuchlbauer (Brauerei, Abensberg) 228
 Kugler, Anton, Prokurist, NS-Kreisschulungsleiter, Ratsherr 65, 106, 110, 120, 460
 Kuhn, Kriminalrat 380
 Kuhn, Max (Textilgeschäft Bloch) 196
 Kühne & Nagel (Spedition, Hamburg) 535
 Kurz, Otto, Druckereibesitzer 177, 179
- Lachner, Josef (Baufirma) 375
 Lammers, Dr. Hans Heinrich, Chef der Reichskanzlei 497
 Landauer, Frank und Friederike / Familie 195, 399
 Lanz (Maschinenfabrik) 179
 Lanz, Georg, Diplomalndwirt, Eigentümer von Gut Königswiesen 272, 273
 Lasne, Prof., Verfasser des Baulinienplans 384, 413, 481
 Lassack, Julius, Reichsbahn-Oberinspektor, SS-Standartenführer, Ratsherr 115
 Lauerer, Andreas, Oberbauamtmann 58, 98

- Laur, Karl, Generalarbeitsführer 119, 160, 162
 Lehmann, Emma, Kaufmannswitwe / Erbenge-
 meinschaft (Weinhandel / Likörfabrik) 196
 Lehmann, Otto (Bauartikelhandlung) 337, 376
 LeMay, Oberst US-Luftwaffe 310, 333, 334
 Leutner, Emil, Oberstarbeitsführer 119
 Levy, Albert, Zuckerwarenfabrikant (Fa. Roeg-
 ner) 196, 488, 489
 Ley, Dr. Robert, NS-Reichsorganisationsleiter,
 DAF-Führer 170, 451, 453
 Leythäuser, Kurt, Hauptmann, Führer d. Volks-
 sturms 445
 Liebel, Willy, OB von Nürnberg 464
 Liebl, Josef, Reichsbahnsekretär, Rats-
 herr 105, 110
 Liebl, Papiergroßhändler 196
 Liebscher, Fahrlehrer, NSKK-Gruppenfüh-
 rer 189
 Liedtke, Erich, SS-Oberscharführer (KZ-Au-
 ßenkommando) 377, 548
 Lilienfeld, Josef, Kaufmann 196
 Lilienthal, Joel, Tabakhändler 190
 Limmer, Rupert, Journalist 177
 Linder, Karl, Betriebsführer d. Flugzeug-
 werks 331, 334, 335, 337-339
 Lindinger, Jo, Künstler 435
 Lindner, Josef, Kaufmann, NS-Ortsgruppenlei-
 ter, Ratsherr 91, 105, 110
 Lippert, Dr. Franz, stellv. Arbeitsamtsdirek-
 tor 136
 Lippert, Michael, SS-Obersturmbannführer (KZ
 Dachau) 176
 Lippert, Wilhelm, Direktor d. Hafenamts 349,
 354
 List, Johann, Angest. d. Heil- und Pflegeanstalt,
 NS-Ortsgruppenleiter 113
 Lossin, NS-Gauamtsleiter (Bayreuth) 440
 Lottner, Michael, Polizeibeamter, Opfer des
 NS-Terrors 547
 Lucht, Roluf, Generalstabsingenieur, Betriebs-
 führer d. Flugzeugwerks 331
 Ludwig I., König von Bayern 408
 Luitpold, Prinzregent von Bayern 345
 Lutz & Söhne (Barackenbau, München) 364
 Lutze, Viktor, SA-Stabschef 171, 220
- Magerl, Andreas, Kreisobmann d. DAF 122
 Mai, H. (Volkswacht-Druckerei) 179
 Maier, Hans, Tabakhändler 193
 Maier, Dr. Johann, Domprediger, Opfer des
 NS-Terrors 110, 209, 547
 Maierhofer, Augustin, Expositus 209
 Maierhofer, Franz, Stadtrat (Mieterpartei) 37
 Maierhofer, Franz, Verleger, NS-Gauleiter,
 MdR 71, 117, 148
 Manes (Textilhandlung) 188
 Männer, Ludwig, SS-Sturmführer 121
 Mantke, Paul, SS-Unterscharführer 377
 Manz (Druckerei) 301
 Marchsreiter, Gastwirtsehepaar 196
 Marquart, Georg, SA-Standartenführer 121
 Massinger (Gastwirtschaft) 374
- Massinger, Max, Arbeiter, Opfer der NS-Ju-
 stiz 215
 Matzke, Major, Kommandeur d. Heeres-Pio-
 nierschule, Adjutant d. Kampfkommandan-
 ten 243
 Mayer & Reinhardt KG (Ziegelei) 22, 534
 Mayer, Ernst, Kaufmann 194
 Mayer, Friedrich, Prokurist
 (Flugzeugwerk) 317, 329
 Meier, E. (Elektrochem. Fabrik, Stuttgart) 303
 Meierhofer, Hans, Bäckermeister, Präs. d.
 Handwerkskammer, NS-Ortsgruppenleiter,
 Ratsherr 111, 115, 120, 178, 179, 406, 486
 Meise, Wilhelm, Oberstleutnant, Kommandeur
 d. Pionier-Bataillons 245, 248, 249
 Meister, Dr., Betriebsarzt d. Flugzeug-
 werks 523
 Melchior, Karl Otto, Kaufmann, NS-Stadt-
 rat 65, 106, 111
 Menzl, Hans, Sportartikelhändler 196
 Merkur (Kaufhaus) 535
 Messerschmitt (Flugzeugwerk) 16, 31, 81,
 120, 222, 290, 302, 310, 312, 314-340, 366,
 372, 373, 375, 377, 379, 445, 452, 456, 492,
 500, 501, 504, 505, 521, 523, 527, 528, 530-
 532, 534, 535, 540, 541, 555
 Metschl, Heinrich, Wasserwerksdirektor 177,
 346, 490
 Meyer (Erbengemeinschaft) 196
 Miersch, Dr. Hans, Direktor d. Ar-
 beitsamts 136, 143, 402
 Milch, Erhard, Generalinspekteur d. Luft-
 waffe 331, 334
 Morstadt, Kurt, Kaufmann, SD-Führer 122
 Moshamer, Architekt (Berlin) 159
 Mötsch, Heinrich, Leiter d. Wohl-
 fahrtsamtes 304, 307, 516
 Mühlbach, Dr. Hans, Lyzeumsdirektor 185,
 200, 205, 206, 524, 539
 Mühleisen, Ewald, Amtmann, NS-Ortsgrup-
 penleiter 61, 104, 120, 429, 497, 528
 Müller, Dr. Josef, Rechtsanwalt, bayer. Justiz-
 minister 179
 Müller (-Seyffert), Wilhelm, NSKK-Obergrup-
 penführer, Ratsherr 110, 113, 114, 119, 122,
 150, 153-155, 189, 190
- Naß, Abraham, Kaufmann (Fa. Schleyer) 196
 Neumeier (Häuserblock) 149, 150, 388, 392,
 401, 405, 406
 Niedermayer (Gastwirtschaft) 374
 Norkauer, Prof., Architekt 449
 Norkus, Herbert, Hitlerjunge, NS-Märty-
 rer 323
- Oberberger, Johann, Handwerker, Stadtrat
 (BVP) 36, 65, 69
 Oberdorfer, Simon, Autohändler, Eigentümer d.
 Velodroms 187
 Obermaier, Fritz, Bildhauer 397
 Obermaier, Pilot 500
 Obermeier (Firma) 194

- Obpacher, Josef, Rittmeister / Fabrikbesitzer (Leichtsteinwerk) 57, 300, 363, 432
 Öhrl, Heinrich, Stadtkämmerer 74, 104
 Opel, Bernd, Journalist 177
 Oppenrieder (Gastwirtschaft) 532
 Ostermeier, Anna, Landwirtin 195
 Öttinger, Dr. Fritz, Rechtsanwalt, Vorstand d. jüd. Gemeinde 183, 196
- Papen, Franz von, Reichskanzler 349
 Pellkofer, Dr. Wilhelm, städt. Syndikus 75, 76, 85, 93, 230, 455, 528
 Pfenning, Richard, Oberbauamtman 76, 98, 362, 384, 481, 526
 Pfrimmer (Pharmazeut. Firma, Nürnberg) 404
 Pfülf, Antonie, MdR (SPD) 38, 67, 181
 Piasten (Firma) 536
 Plagge, SS-Oberscharführer 377
 Platzer, Sebastian, NSKK-Oberstaffelführer, Leiter d. Motor-SA-Schule 155, 189
 Pletzer (Firma) 195
 Pleyer (Schmuckgeschäft) 533
 Poeschel & Trepte (Druckerei, Leipzig) 535
 Pohl, Oswald, Chef d. Wirtschaft-Verwaltungshauptamtes der SS 82
 Polgar, Lefkovits & Fekete (Spedition, Budapest) 196
 Pöllinger, Dr. August, Lyzeumsdirektor 54, 200
 Popp, Fritz, SS-Offizier, Polizeidirektor 47, 69, 73, 120, 179, 222, 223, 396, 397, 501, 509
 Popp, Walter, Baurat 58, 98
 Prechtl, Wolfgang, Studienprofessor, Stadtrat (BVP) 36, 65, 69, 200
 Preißer, Hermann (Mechan. Werkstätte, Landshut) 303
 Prießhauer, Dr. Max, Studienprofessor, Stadtrat (DNVP, dann NSDAP) 37, 45, 65, 106, 159, 302
 Priester, Viktor, Kaufmann (Fahrradhandlung Steinböck) 196
 Prolat, Albert, Kaufmann, Opfer des "Röhm-Putsches" 145
 Pustet, Dr. Friedrich, Verleger, Stadtrat (BVP) / Pustet-Verlag 65, 200, 201, 203, 293, 307, 375, 535
 Putz, Hans, Verw.-Inspektor, NS-Gauhauptstellenleiter, Ratsherr 105, 111, 119
- Quadt zu Wykradt, Eugen Graf von, bayer. Wirtschaftsminister 46, 69
- Raab & Karcher (Firma) 356
 Rabl, Kreisbauernführer 185
 Rakobrandt, Arthur, Major, SA-Gruppenführer 98, 119, 173, 174, 218, 220, 227, 300, 469, 470
 Rappl, Wilhelm, Buchbinder, Stadtrat (SPD) 67
 Rath, Ernst vom, Gesandtschaftssekretär (Paris) 188
- Rathgeber, Walter, Alfred und Fritz (Textilfabrik) 193-195
 Raulino-Strohmeyer (Familie), Miteigentümer des Flugzeugwerks 318, 335
 Rausse, Dr. Hubert, Theaterintendant, Schriftsteller 192
 Reemtsma (Tabakfirma) 161
 Refle & Co. (Lignin-Verwertungs-KG, München) 364
 Regensburger, Alfred, Philipp und Jakob, Kaufleute 196
 Rehbach (Bleistiftfabrik) 292, 300-302
 Reichenberger, Dr. Robert, Domdekan 71
 Reinemer, Fritz, Rechtsrat, NS-Kreisamtsleiter für Kommunalpolitik 27, 65, 74-76, 79, 83, 95, 96, 101-106, 109, 111, 120, 134, 139, 141-143, 147, 169, 181, 188, 214, 235, 250, 285, 297, 307, 366, 385, 449, 455, 472, 497, 510, 511, 524, 536, 537, 539-541, 543, 544, 546
 Reinemer, Dr. Walter, Facharzt 85
 Reinhardt, Fritz, Staatssekretär 295, 296
 Reiß, Albert, Architekt 155
 Reiß, Hedwig, BdM-Untergaueführerin 122
 Reiß, Dr. Paul, Leiter d. Heil- und Pflegeanstalt 82, 211, 213, 379
 Reiter (Gastwirtschaft) 530
 Reitz (Uniformfabrik, Wuppertal) 534, 535
 Renz, Max, Generalmajor ("Heeresdienststelle 6") 235
 Reuß, Dr. Josef, Rechtsrat 35, 49-51, 53, 54, 56, 57, 67, 73, 95, 96
 Rheinberger, Karoline, Fabrikantenwitwe 196
 Richtberg (Holzimprägnierungs-KG) 376, 505, 527
 Richter & Frenzel KG (Sanitärgrößhandel) 363
 Richthofen, Manfred Frhr. von, Jagdflieger 324
 Riedelbeck, Bartholomäus, Studienrat, Stadtrat (BVP) 36
 Rief, Dr. Max, Möbelhändler 533
 Rieger, Eugen, Schrotthändler (Fa. Fritz Rieger) 520
 Riepl, Joseph (Baufirma) 297, 342, 370, 474, 527
 Ries, Josef, SA-Sonderkommissar 220
 Rix, Fritz, Reichsbahninspektor, NSKK-Oberführer, Ratsherr 114, 115, 122, 220
 Roegner, Johann (Zuckerwaren) 196
 Röhm, Ernst, SA-Chef 46, 154, 170, 176, 220, 553
 Röhl, Otto, Landwirt, Bürgermeister von Großprüfening 22
 Rohrmeier, Martin, Pfarrer 209
 Roider, Max, Bildhauer 397
 Roosevelt, Franklin Delano, US-Präsident 295
 Rosenbauer, René, SS-Einsatzgruppen-Kommandeur 175
 Rosenberg, Alfred, Reichsminister, NS-Ideologe 170, 354
 Rosengold, Max, Kaufmann (Fa. Manes) 197

- Roßhaupter, Albert, MdL (SPD) 46
 Roßmann, Fritz, Kaufmann (Textilfabrik Forchheimer) 194
 Rothammer, Josef, Journalist 44, 68
 Rothauscher, Josef, Textilhändler 260
 Rüb, Ignaz, Leiter d. Chem. Untersuchungsanstalt 231
 Ruckdeschel, Ludwig, NS-Gauleiter 117, 174, 342
 Ruhland, Josef, Kaufmann 196
 Rumpf, Hermann, Werftdirektor 316, 349
 Ruoff, Ernst, Stadtbaurat, Stadtrat (Kampffront) 65, 70, 106, 111, 468, 469
 Rupprecht, Kronprinz von Bayern 40
 Rust, Bernhard, Reichserziehungsminister 475
 Ruthof (Schiffswerft / Maschinenfabrik) 232, 307, 348, 356, 360, 374, 375, 541

 Sabatier (Erbengemeinschaft) 197
 Sachs, Dr. Heinrich, Rechtsrat 21, 55, 67, 73-75, 81, 93, 95-97, 99, 105, 106, 127, 179, 346, 405, 415, 431, 488
 Sack, Dr. Max, Alumneumsdirektor, SA-Staffelführer, Ratsherr 106, 111, 115
 Sailer, Chef d. Messerschmitt-Konzerns 318, 331, 335, 340
 Sailer, Johann, Bauleiter d. Donaubrücke 473, 475
 Sailer, Johann Michael, Bischof von Rgbg. 166
 Sailer, Karl, Kämmerer, NS-Kreisstellenleiter 65, 74-76, 78, 91, 94, 102, 104-106, 109, 111, 120, 148, 155, 158, 185, 207, 223, 225, 229, 269, 271, 272, 275, 277, 279-284, 288, 325, 356, 397, 405, 407, 416, 419, 421, 439, 497, 528, 529, 537, 540
 Salbey, Hans, Polizeihauptmann 42, 45
 Salomon, Dr. Falk Felix, Rabbiner 148, 184
 Sämman & Jordan (Viehagentur) / Familie Sämman 185, 186
 Sammüller (Drogerie) 297
 Saßnick, Walter, Journalist 44
 Sauckel, Fritz, NS-Gauleiter (Thüringen), Generalbevollm. f. d. Arbeitseinsatz 366
 Sauer, Ernst, Druckereibesitzer 71
 Saur, Karl Otto, Leiter d. Jägerstabs im RLM 334, 336
 Schäfer, Karl, HJ-Oberbannführer 122, 158
 Schäffer, Fritz, Rechtsanwalt, bayer. Ministerpräsident 56
 Scharff, Dr. Pius, Direktor d. Gesundheitsamtes 57, 82, 92, 210, 211, 368, 404, 523
 Scharnagl, Karl, OB von München 49
 Scharnagl, Karl, Amtsgerichtsrat 211
 Schaudig, Dr. Hans, Leiter d. Kinderklinik 85, 342, 401
 Scheid, Johann, Zimmermeister, Präs. d. Handwerkskammer, NS-Stadtrat 65, 106, 111
 Scheidig, Konrad, Bauamtmann 58
 Scheimer, Kajetan, Kaufmann (Fa. Kohler) 196
 Schemm, Georg, Verleger (Bayreuth) 178
 Schemm, Hans, Verleger (Bayreuth), NS-Gauleiter, Kultusminister 37, 41, 46, 72, 73, 117, 148, 171, 177, 178, 199, 201, 202, 218, 340-342, 395, 470
 Schenker & Co. GmbH (Spedition) 363
 Scheugenpflug, Josef, Hilfsarbeiter, SA-Standartenführer, Ratsherr 65, 106, 111, 115, 429
 Schiekofer, Jakob, E-Werksdirektor 59, 61, 479
 Schiele, Heinrich (Graph. Kunstanstalt) 71, 297
 Schießl, Konrad, Pfarrer 87
 Schild, Berthold, Metzgermeister 197
 Schinabeck, Max, Angestellter, Stadtrat (SPD) 65, 68
 Schindler (Gastwirtschaft) 374, 375
 Schindler, Johann, Opfer der NS-Justiz 215
 Schipper, Philipp, Stadtbaurat 35, 49, 50, 53, 54, 56-58, 73-76, 98, 99, 150, 161, 166, 224, 226, 241, 246, 249, 315, 322, 323, 325, 326, 345, 355, 356, 358, 372, 384, 391, 399, 400, 406, 407, 411, 414, 416, 418, 422, 425, 437-440, 453, 458, 459, 462, 468-472, 481, 488, 526
 Schirach, Baldur von, Reichsjugendführer 171
 Schirnding, Otto Schirndinger Frhr. von, fürstl. Hofmarschall 485
 Schlageter (Bayer. Maschinenfabrik F.J.Schlageter KG) 22, 534
 Schlageter, Albert Leo, Freikorpskämpfer, NS-Märtyrer 323
 Schlange, Major, Kommandeur d. Flak-Stamm-batterie 242
 Schlegel, Dr. Albert, Vorstand d. Bayer. Lloyd 349
 Schlegel, Heinrich, Direktor d. Stadtlagerhaus GmbH 346, 350, 359, 373
 Schlegl, Dr. Armin, Rechtsanwalt, Vorsitzender d. "Kathol. Aktion" 199
 Schlegl, Dr. Maria, Schulärztin 29
 Schleyer, August (Textilhandlung) 196
 Schlumprecht, Staatskommissar im Innenministerium 53, 54
 Schmetzer, Adolf, Oberstadtbaudirektor 484
 Schmid, Dr., Schulzahnarzt 514
 Schmid, Alois, SA-Standartenführer 121
 Schmid, Egon, Theaterintendant 159
 Schmid, Josef, SS-Obersturmführer (Berlin) 377
 Schmid, Karl, Schiff-Oberoffiziant, NS-Stadtrat 67, 106
 Schmidbauer, Fritz, stellv. NS-Kreisleiter, Ratsherr 87, 115, 120, 186, 190, 510
 Schmidt (Gastwirtschaft) 369
 Schmidt, Hans, Stiftungsadministrator 486
 Schmidt, Karl (Firma) 197
 Schmidt, Walter und Ludwig, Cafésbesitzer (Würzburg) 410
 Schneider, Georg (Bayer. Hofglasmalerei) 435

- Schneider, Georg, Direktor d. Milchwerks 519, 520
- Schnell, Josef und Matthias, Pächter der Stadthalle 484, 485
- Schober, Hans, Druckereibesitzer 177, 180
- Schöllmann, Karl, Reichsbankdirektor 189
- Schön (Erbengemeinschaft) 197
- Schoppe, Jakob, Kaufmann (Firma Schoppe & Co.) 196
- Schottenheim, Konrad, Postbeamter, und Amalie, Eltern des Oberbürgermeisters 78
- Schrems, Dr. Theobald, Domkapellmeister 202
- Schricker, Hans (Baufirma) 62, 110, 250, 251, 402
- Schrödl (Gastwirtschaft) 534
- Schropp, Georg, Landwirt, Bürgermeister von Dechbetten 22
- Schultze, Max, fürstl. Oberbaurat 489
- Schwager, Albert, Fritz und Josef (Lederhandlung) 197
- Schwartzkopff, Adalbert, Vorstand d. Flugzeugwerks 314
- Schwarz, Xaver, Bauunternehmer, NS-Ortsgruppenleiter, Ratsherr 106, 111, 115, 191, 435
- Schwarzhaupt, Salomon, Großhändler, und Betty 148, 149, 152, 197
- Schwede, Franz, OB von Coburg / Gauleiter von Pommern 218
- Schwenck, Ludwig, Schneiderei und Textilhandlung (Fa. Schleyer) 196
- Schwenck, Rudolf (Stahl- und Werkzeuggroßhandel) 534
- Seboldt, Dr. Heinrich, Leiter d. Roten Kreuzes, NS-Kreisamtsleiter, Ratsherr 111, 112, 120, 394, 396
- Sechser & Klug OHG (Baufirma) 421
- Sedlmeier (Konditorei) 530
- Seitz, Hans, Kaufmann 340-344, 355
- Seligmann, Fanny und Albert (München) 184, 197
- Seligmann, Julius, Kaufmann 184
- Sengmüller (Freikorps) 77
- Sepp, Ludwig, Architekt 397
- Seßler, Friedrich, Schlossermeister, Stadtrat (BVP) 65
- Seyboth (Seilereie) 363
- Seyboth, Manuel, Diplomkaufmann 184
- Seyboth, Dr. Peter, Facharzt, SA-Standartenführer, NS-Beauftragter für Rassenpolitik 121
- Seyß-Inquart, Arthur, Reichskommissar f. d. besetzten Niederlande 219
- Siebert, Ludwig, bayer. Ministerpräsident, Aufsichtsratsvors. d. Bayer. Lloyd 46, 84, 169-171, 218, 296, 323, 356, 358-360, 389, 393, 394, 396, 408, 436, 438, 439, 441, 472, 491
- Siemens (Siemens-Schuckertwerke AG) 337
- Sierp, Dr. Kurt, stellv. Reg.-Präsident 219
- Simon, Johann, Amtmann 140
- Six (Gastwirtschaft) 534
- Söldner s. Hönig & Söldner
- Sonn, Moses, Hauptlehrer, Leiter d. jüd. Volksschule 184
- Soß, Dr. Hans, Berufsschullehrer, Stadtrat (BVP) 65, 69, 546
- Spangler, Johann, Baumeister, NS-Ortsgruppenleiter, Ratsherr 23, 114
- Speck, Hermann Ritter von, General, Kommandeur d. Art. Reg. 10 241, 253
- Speer, Albert, "Architekt des Führers", Rüstungsminister 356, 358, 531, 541
- Spohn, Hans, Druckereibesitzer, Verleger 177, 178
- Stadelmayr, Fritz, Chef der Schutzpolizei 47
- Staeffler, Richard, DAF-Kreiswarter 122, 429
- Staub, Philipp, Oberforstrat 197
- Staudinger, Karl, Rektor, Stadtrat (DDP) 37, 324
- Stauß, Ritter von, Vizepräs. d. Reichstags, Gründer d. Bayer. Lloyd 349
- Steinböck, Jean (Fahrradhandlung) 196
- Stieler, Felix, Journalist 177
- Stobaeus, Oskar (von), Bürgermeister von Rgbg. 32
- Streck und Zenns (Ingenieurbüro, München) 469
- Streit, SS-Obersturmführer 121
- Strobl, Karl, Oberinspektor 165
- Strohmeyer s. Raulino-Strohmeyer
- Süß, Hans, AOK-Direktor 403
- Suttner, Bernhard, Schneidermeister, Stadtrat (BVP) 69
- Tausendpfund, Ferdinand (Baufirma) 163, 251, 404, 425, 426, 447, 474
- Thalmayr, Dr. Georg, Pfarrer 23
- Theuerkauf, Johann, Kommerzienrat 164
- Thieme, Otto, Prokurist d. Flugzeugwerks 317, 331
- Thum, Max, Architekt 58
- Thumann, Georg, Weinhändler (Augsburg) 197
- Thurn und Taxis, Fürst Albert von / Fürstl. Haus 86, 218, 239, 270, 322, 324, 342, 356, 425, 485
- Tietz, H. & C. Nachf. (Kaufhaus-Konzern) 184, 188, 385
- Titze, Gerhard, OB von Regensburg 50, 58, 98, 198, 377, 378
- Todt, Dr. Fritz, Generalbevollm. f. d. Bauwirtschaft, Reichsmin. f. Bewaffnung und Munition 362, 454, 458-460, 470-473, 475, 527, 533
- Trampler, Kurt, Buchautor 300
- Troll, Max (alias "Theo"), Angest. im Flugzeugwerk, Gestapospitzel 176
- Tüchler (Weinstube) 532, 533
- Ulrich, Fritz, Seiler, Siedlungsobmann, NS-Ortsgruppenleiter 428-430, 433, 436
- Unruh, Walter von, Generalmajor 253

- Unterholzner, Käthe, Hausbesitzerin (Augsburg) 194
 Uttenhofer, Josef, Hilfsarbeiter, SS-Mann 137
- Velasco, von, Oberstabsarzt 247
 Viehbacher, Friedrich, OB von Regensburg 87
 Vierzigmann, Dr. Adolf, Oberarzt an der Heil- und Pflegeanstalt 211
 Vögele, Joseph (AG, Mannheim) 153, 154
 Voggenreiter, Franz, Lehrer / Buchautor 300, 444, 524
 Völkel, Paul, Metzgermeister 197
 Völker, Heinrich, Miteigentümer d. Fa. Schoppe 196
- Wacha, Maria, Ostarbeiterin 374
 Wächtler, Fritz, NS-Gauleiter 117, 150, 151, 159, 164, 171, 174, 206, 207, 218, 219, 331, 355, 356, 359, 364, 394, 410, 473, 498
 Waffler, Anton, Werkzeughändler (Fa. Gottfried) 195
 Wagenbauer, SA-Gruppenführer 119
 Wäger, Alfred, General, Standortkommandant 234, 238, 241, 248, 249, 253, 471-473
 Wagner (Geschenkehaus) 533
 Wagner, SS-Standartenführer 110, 121
 Wagner, Adolf, bayer. Innenminister 20, 45, 46, 49, 52-55, 68, 69, 79, 167, 171, 206, 208, 209, 218, 222, 399, 405, 406, 444, 464, 470-473, 475, 496
 Wagner, Alois, Journalist 177
 Wagner, Jakob, Stadtpfarrer 209
 Walberer, Eusebius, Präs. d. Reichspostdirektion 408, 409
 Wanninger (Bauunternehmen, Cham) 193
 Warmuth (Rechtsanwaltskanzlei, München) 56
 Wartner, Hans, Gärtnereibesitzer, Ratsherr 106, 111, 114, 273
 Wartner, Dr. Hubert, Arzt 444
 Weber, Hans, Elektromonteur, Bürgermeister von Regensburg 182
 Wegertseder, Ludwig, Reg.-Schulrat, NS-Gaushauptstellenleiter 119
 Wehrmann, Dr. Emil, Reichsbahnpräsident 85, 414, 461, 464
 Weidinger, Fritz, IHK-Präsident (Kohlenhandlung) 62, 297
 Weidlich, Hanns Konrad (Musik- und Pianohaus) 197
 Weigert, Hans, Kaufmann, Stadtrat (BVP) 65
 Weigert, Wolfgang, Stadtschulrat, NS-Kreisleiter 21, 36, 38, 42-45, 51, 53, 55-58, 65, 67, 70, 74, 75, 78, 86, 87, 91, 99-101, 106, 107, 111, 114, 118, 120, 122, 126, 128, 130, 139, 145, 148, 151, 157, 159, 174, 185, 189, 190, 204, 205, 207, 212, 225, 228, 300, 395, 397, 429, 435, 488, 497, 510, 539, 549, 552
 Weinberg, Dr. Magnus, Rabbiner 184
 Weinzierl (Hutgeschäft) 534
 Weisinger, Vinzenz, Geschäftsinhaber (Fa. Weisinger & Huber) 196
- Weiß, J., und Holzinger (Großhandlung) 195
 Weithenauer, Wilhelm, Kaufmann, NS-Ortsgruppenleiter, Ratsherr 115, 120
 Welke, A. (Arthur ?), SS-Obersturmführer 122
 Welnhofer, Ehepaar, Hausbesitzer 197
 Wendler, Dr., OB von Hof 222
 Wenz, Hans, Architekt 150, 158, 322
 Werner, Metzgermeister 297
 Werner, Dr. Rudolf, Journalist 72, 177, 179
 Wessel, Horst, SA-Truppführer, NS-Märtyrer 324
 Westenhuber, Max, Inspektor im Arbeitsamt, NSKK-Sturmführer, Ratsherr 111, 115
 Wichtendahl, Wilhelm, Chefarchitekt d. Flugzeugwerks 315, 318, 320
 Wiedemann, Gustav, Chef d. Feuerwehr 225, 226
 Wiedmann, Dr. Friedrich, Leiter d. Chem. Untersuchungsanstalt 231
 Wiener, Jacob, Kaufmann 197
 Wiesend, Georg, Reg.-Schulrat, Adjutant des NS-Gauinspektors, Ratsherr 114, 119, 120
 Wilhelm, Matthias, städt. Oberinspektor 432
 Wimmer, Dr. Dr. Friedrich, Reg.-Präsident 219, 222, 358, 482, 495
 Wirschinger, Dr. Heinrich, Reg.-Präsident 42, 51, 53, 54, 199, 217, 218, 220, 227, 260
 Wirtz, Richard, Major, Kommandeur d. Pionier-Bataillons 10 249
 Witt (Textilfabrik, Weiden) 335, 337
 Wittmann, Max, Architekt 439
 Wittrien, Max, Bankkaufmann, SS-Obersturmbannführer, SD-Führer 121, 122
 Wittstatt, Friedrich, Bauleiter d. Donaubrücke 469, 473
 Wolf, Xaver, Gastwirt / Getreidehändler, Stadtrat (BVP) 36, 37
 Woll, Franz, Geschäftsführer des "Anzeigers" 71, 179
 Wollsdorf (Tabakhandlung) 534, 535
 Wörner, OB von Plauen 210
 Wozniowski (Ehepaar), Brauereiverwalter 195
 Wutzlhofer, Hans, Syndikus, Stadtrat (BVP) 65, 69
- Zaubzer, Georg, Arbeiter, Opfer der NS-Justiz 215
 Zech, Eugen, Polizeihauptmann 121
 Zeiß-Ikon (Firma) 337
 Zeitler, Hans, NS-Kreispropagandaleiter 120
 Zipfel, Bahnhofsgastwirt 52
 Zirkl, Josef, Lagerhausarbeiter, Opfer des NS-Terrors 84, 110, 547
 Zirngibl, Matthias, Landesarbeitsrat, Stadtrat (BVP) 36
 Zitzler, Georg, OB von Regensburg 273
 Zollitsch, Josef, Schlosser, Stadtrat (SPD) 37
 Zollner, Xaver, Obstgroßhändler 196
 Zorn (Maschinenfabrik) 541
 Zorn, Oberstleutnant (Reichswehrministerium) 471, 472

Zorzi, Josef, Baugeschäftsinhaber, Stadtrat
(Mittelstandspartei) 37
Zuylen, Frhr. von (Familie), Eigentümer des
Gutes Königswiesen 272, 273
Zwick, Max, Rechtsrat 20, 35, 45, 49-51, 74-
76, 87, 89, 92, 93, 100, 137, 148, 156, 157,
164, 176, 184, 209, 210, 211, 226, 231, 234,
241, 293, 298, 299, 304, 307, 320, 359, 370,
376, 379, 384, 395, 401, 402, 404-406, 420,
428, 429, 450, 457, 503, 504, 516, 517, 521,
531, 553
Zwick, Xaver, Schiffbauer, SA-Obersturmfüh-
rer, Ratsherr 196, 111

